This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

**Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

**About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

**Über dieses Buch**

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

**Nutzungsrichtlinien**

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

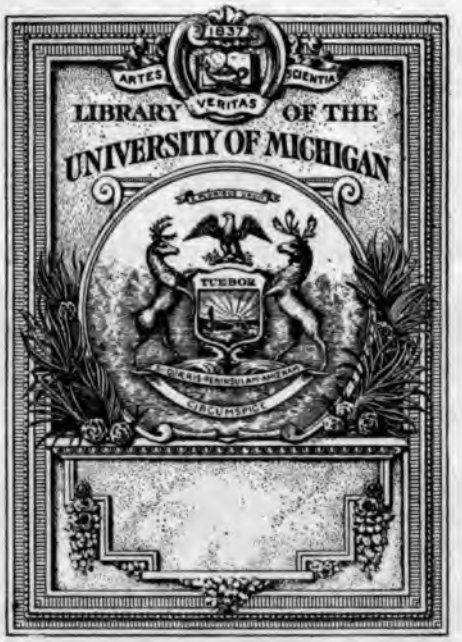
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

**Über Google Buchsuche**

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 1,074,432


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

U
394
.S7

# Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

**Aegidi** und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Dr. Hans Delbrück.

**Zweiundvierzigster Band.**

**Leipzig,**

Verlag von Duncker & Humblot.

1884.

# I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.


**Aegypten***). (Siehe auch Aegyptische Verfassung und Suez-Canal.)

1882. Juli. 26. Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter in Konstantinopel über die elfte Sitzung . . . . . 8019.

„ „ 27. Frankreich. Bericht der Commission der Deputirtenkammer über den ägyptischen Credit. Verlesen vom Berichterstatter Sarrien am 27. Juli 1882 . . . . . 8024.

„ „ 28. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Dufferin). Erklärung, betreffend die Mitwirkung türkischer Truppen . . . 8020.

„ „ 28. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Bedingungen der Pforte im Fall ihrer Intervention . 8021.

„ „ 28 — Botschafter in Rom (Paget) an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Mancini über die Intervention in Aegypten . . . . . 8022.

„ „ 28. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Walsham). Bismarck's Ansicht über den Schutz des Suez-Canals . . . . . 8023.

„ „ 29. Grossbritannien. Min d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. England kann trotz Entsendung türkischer Truppen nach Aegypten seine Truppen von dort nicht zurückziehen . . . . . 8025.

„ „ 29. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. Russland weigert sich, ferner an der Conferenz theilzunehmen . . . . . 8026.

„ „ 29. Türkei. Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in London. Hofft, dass die englischen Truppen aus Aegypten zurückgezogen werden . . . . . 8027.

„ „ 30. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Betreffend die Zurückziehung der englischen Truppen. Verlangen der Proclamation gegen Arabi . . . . . 8028.


*) Eine fortlaufende Darstellung der Ereignisse in Aegypten und der bezüglichen Verhandlungen geben die beiden Depeschen Granville's an den englischen Botschafter in Konstantinopel vom 11. Juli 1882 (Bd. XLI Nr. 7936) und vom 5. October 1882 (unten Nr. 8048).

338169

1882. Juli 30. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). Stellung der französischen Regierung zu Lesseps . . . . . 8029.

„ „ 30. Spanien. Verbalnote des Gesandten in London (Casa Laiglesia) an den engl. Min. d. Ausw. Spaniens Anspruch auf Theilnahme an der Conferenz . . . . . 8030.

„ „ 31. Grossbritannien. Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. Italien ist bereit, sich an dem Schutze des Canals zu betheiligen . . . . . 8031.

„ „ 31. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. Russlands Betheiligung an der Conferenz . . 8032.

„ „ 31. Türkei. Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in London. Die Proclamation soll erst nach Ankunft der Truppen in Aegypten erlassen werden . . . . . 8033.

„ Aug. 2. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Madrid. Verhandlungen mit dem spanischen Gesandten über die Betheiligung Spaniens an der Conferenz 8034.

„ „ 2. Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter über die zwölfte Sitzung . . . . . 8035.

„ „ 3. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Vor Abschluss der Militärconvention und Veröffentlichung der Proclamation gegen Arabi wird England die Landung türkischer Truppen nicht gestatten . . . . . 8036.

„ „ 4. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Vorstellungen wegen der anti-englischen Politik Lesseps' 8037.

„ „ 4. — Kriegsminister (Childers) an den Kommandirenden der Expeditions-Armee (Wolseley). Instruction . . . . 8038.

„ „ 5. Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter über die dreizehnte Sitzung . . . . . 8039.

„ „ 7. — Identisches Telegramm der Botschafter über die vierzehnte Sitzung . . . . . 8040.

„ „ 8. Grossbritannien. Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Erklärung des Cabinets Duclerc über seine ägyptische Politik . . . . . 8041.

„ „ 10. Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter über die fünfzehnte Sitzung . . . . . 8042.

„ „ 12. Grossbritannien. Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Lesseps' Politik . . . . . 8043.

„ „ 14. Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter über die sechzehnte (letzte) Sitzung . . . . . 8044.

„ Sept. 18. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Die Verhandlungen über die Militärconvention sind jetzt als gegenstandslos abzubrechen 8045.

„ „ 20. — Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Duclerc wünscht Auskunft über Englands Absichten bezüglich Aegyptens. . . . . 8046.

„ „ 27. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Rom. Unterredung mit dem italienischen Botschafter über die Zukunft Aegyptens . . . . . 8047.

„ Oct. 5. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstanti-

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | | | nopel. Uebersicht über den Verlauf der Ereignisse in Aegypten vom 11. Juni bis 5. October 1882 . . . | 8048. |
| 1882. | Oct. | 11. | Grossbritannien. Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Duclerc über die Beseitigung der Controle . . . . . | 8049. |
| „ | „ | 11. | — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris. Gründe, aus welchen Colvin angewiesen ist, seine Geschäfte als General-Controleur nicht wieder aufzunehmen | 8050. |
| „ | „ | 12. | Frankreich. Min. d. Ausw. an den französ. Botschafter in London. Unterredung mit Lyons über die Beseitigung der Controle . . . . . | 8051. |
| „ | „ | 17. | Türkei. Min. d. Ausw. an den englischen Botschafter in Konstantinopel. Die Pforte wünscht mit England in Verhandlung zu treten . . . . . | 8052. |
| „ | „ | 18. | Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris. Unterredung mit Tissot über die Controlfrage . | 8053. |
| „ | „ | 20. | Frankreich. Min. d. Ausw. an den französischen Botschafter in London. Brédif hat Instruction, seine Functionen als Controleur wieder aufzunehmen . . . . . | 8054. |
| „ | „ | 23. | Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Vorschlag, den Controleuren einen europäischen Finanz-Berather zu substituiren . . . . . | 8055. |
| „ | „ | 28. | — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Lehnt die Eröffnung der Verhandlungen ab | 8056. |
| „ | „ | 28. | Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Ablehnung des englischen Vorschlages . . | 8057. |
| „ | „ | 29. | — Derselbe an Denselben. Motivirung der Ablehnung des englischen Vorschlages . . . . . | 8058. |
| „ | „ | 29. | — Min. d. Ausw. an den stellvertretenden General-Consul in Kairo. Instruction für Brédif . . . . . | 8059. |
| „ | „ | 30. | — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. England scheint nicht geneigt, Frankreich die von ihm verlangte Stellung einzuräumen . . . . . | 8060. |
| „ | „ | 30 | Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Vortheile des englischen Vorschlages . . | 8061. |
| „ | „ | 30. | — Derselbe an Denselben. Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung über einen von ihr zu stellenden Antrag auf Aufhebung der Finanz-Controle . . . . | 8062. |
| „ | „ | 31. | — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Duclerc findet, dass Englands Vorschläge mit dem Versprechen, den *status quo ante* herzustellen, nicht übereinstimmen | 8063. |
| „ | Nov. | 1. | Frankreich. Min. d. Ausw. an den stellvertretenden General-Consul in Kairo. Brédif soll unter allen Umständen auf seinem Rechte bestehen . . . . . | 8064. |
| „ | „ | 3. | Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Ankündigung und Instruction für die Mission nach Aegypten . . . . . | 8065. |
| „ | „ | 4. | Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Die franz. Regierung ist zu Modificationen in dem Institut der Controle bereit, will aber nicht den dualistischen Charakter derselben aufgeben . . | 8066. |

1882. Nov. 5. Aegypten. Min. d. Ausw. an den franz. General-Controleur. Gründe, aus denen er nicht zum Ministerrath einberufen ist . . . . . 8067.
„ „ 7. — Min. d. Ausw. an die General-Consuln Frankreichs und Englands. Memorandum über die Abschaffung der Finanz-Controle . . . . . 8068.
„ „ 8. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Rechtfertigung des englischen Vorschlages 8069.
„ „ 9. Frankreich. Erklärung des Ministeriums, verlesen beim Wiederzusammentritt der Kammern (soweit sie die auswärtige Politik betrifft) . . . . . 8070.
„ „ 10. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an Lord Dufferin. Freiheitliche Institutionen für Aegypten . . . . . 8071.
„ „ 24. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Der englische Vorschlag bedeutet den definitiven Verlust der Stellung Frankreichs in Aegypten, ist also unannehmbar . . . . . 8072.
„ „ 25. — Botschafter in London an den französ. Min. d. Ausw. Granville bietet Frankreich als Ersatz der Finanz-Controle die Präsidentenstelle der Kasse der öffentlichen Schuld . . . . . 8073.
„ Dec. 1. Grossbritannien. Dufferin an den Min. d. Ausw. Unterredung mit dem russischen General-Consul über die Politik Englands . . . . . 8074.
„ „ 13. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Der französischen Regierung genügt die Präsidentschaft der Kasse der öffentlichen Schuld nicht 8075.
„ „ 15. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Die gegenwärtige Lage in Aegypten bedeutet nicht einen Sieg Englands und eine Niederlage Frankreichs . . . . . 8076.
„ „ 28. — Min. d. Ausw. an Dufferin. Abschaffung der Finanz-Controle . . . . . 8077.
„ „ 30. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Betrachtet die vertraulichen Verhandlungen mit Frankreich als gescheitert, wird bald allen Grossmächten officiell die Pläne der englischen Regierung mittheilen 8078.
1883. Jan. 3. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Englands in Berlin, Paris, Rom, St.-Petersburg und Wien. Pläne Englands über die Reorganisation Aegyptens . . . . . 8079.
„ „ 4. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Internationaler Charakter des Institutes der Finanz-Controle. Die französische Regierung nimmt ihre volle Aktionsfreiheit zurück . . . . . 8080.
„ „ 10. Grossbritannien. Dufferin an den ägypt. Minister-Präsidenten. England willigt in die Abschaffung der Finanz-Controle . . . . . 8081.
„ „ 15. Aegypten. Min. des Ausw. an den franz. stellvertretenden General-Consul in Kairo. Abschaffung der Finanz-Controle . . . . . 8082.
„ „ 20. Frankreich. Stellvertretender General-Consul an den ägypt.

Min. d. Ausw. Protestirt gegen die einseitige Aufhebung der Finanz-Controle, als vertragswidrig . . . 8083.
1883. Jan. 25. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den englischen Botschafter in Paris. Hält die ägyptische Regierung für berechtigt, die Controle aufzuheben . . . . . 8084.
„ Febr. 2. — Botschafter in Rom an den englischen Min. d. Ausw. Die italienische Regierung ist mit dem englischen Rundschreiben vom 3. Januar einverstanden . . . . . 8085.
„ „ 3. Russland. Min. d. Ausw. (Giers) an den russischen Botschafter in London (Mohrenheim). Einverständniss der russ. Regierung mit den Plänen Englands . . . 8086.
„ „ 4. Aegypten. Decret, betreffend Ernennung Colvin's zum Finanz-Rath. Functionen desselben . . . . . 8087.
„ „ 6. Grossbritannien. Dufferin an den engl. Min. des Ausw. Generalbericht über die Reorganisation Aegyptens . 8088.
„ April 20. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Hofft, dass die franz. Regierung der Erhebung der Grundsteuer auch von den Fremden zustimmen wird 8089.
„ Mai 1. Frankreich. Min. des Ausw. (Challemel-Lacour) an den engl. Botschafter in Paris. Zustimmung unter Forderung von Garantien . . . . . 8090.
„ „ 1. Aegypten. Decret, betreffend die Verfassung Aegyptens (Loi Organique d'Égypte). . . . . 8091.
„ „ 2. — Decret, betreffend das Wahlgesetz (Loi électorale). . 8092.
„ Juni 11. Grossbritannien. Dufferin an den engl. Min. des Ausw. Das Gerücht, dass der Khedive der Urheber der Metzeleien vom 11. Juni 1882 gewesen, ist grundlos. 8093.

## Aegyptische Verfassung. (Vergl. Bd. XLI)

1883. Mai 1. Aegypten. Decret, betreffend die Verfassung Aegyptens (Loi Organique d'Égypte) . . . . . 8091.
„ „ 2. — Decret, betreffend das Wahlgesetz (Loi électorale) . 8092.

## Anamitisch-französischer Conflict s. Tonkin.

## Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vergl. Bd. XLI u. vorg.)

1866. Febr. 22. Aegypten. Convention entre le Vice-Roi d'Egypte et la Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez. 8004.
1874. März 15. Frankreich und Anam. Traité politique conclu entre la France et l'Annam le 15 Mars 1874 . . . . . 8094.
„ Aug. 31. — Traité de commerce entre la France et l'Annam le 31 Août 1874 . . . . . 8095.
1882. Dec. 5. Deutschland und Mexico. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag . . . . . 7996.
1883. Jan. 6. Deutschland und Serbien. Consularvertrag vom 6. Jan. 1883. 7998.
„ „ 6. — Handelsvertrag vom 6. Januar 1883 . . . . . 7997.
„ April 19. Deutschland und Frankreich. Uebereinkunft, betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst . . . . 7999.
„ Mai 4. Deutschland und Italien. Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 4. Mai 1883 . . . . . 8000.

1883. Juli 11. Grossbritannien. Die englischen Canal-Directoren an den engl. Min. d. Ausw. Bericht über die Verhandlungen mit Lesseps. Vertrags-Entwurf . . . . . 8009.

**Chinesisch-französischer Conflict** s. Tonkin.

**Deutsches Reich.**

1883. April 14. Deutschland. Kaiserliche Botschaft an den Reichstag, verlesen von dem königl. preussischen Finanzminister v. Scholz . . . . . 8012.
„ Aug. 29. — Thronrede zur Eröffnung des Reichstages vom Staatssekretär von Bötticher verlesen . . . . . 8018.

**Handelspolitik** s. Bündnisse etc., Suez-Canal und Panama-Canal.

**Konstantinopeler Conferenz** s. Aegypten.

**Panama-Canal.** (Vergl. Bd. XL.)

1882. Mai 8. Vereinigte Staaten. Staatssekretär d. Ausw. (Frelinghuysen) an den amerik. Gesandten in London. Die Monroe-Doctrin; Auslegung des Art. VIII des Clayton-Bulwer-Vertrages; Verletzung desselben durch die Engländer; Vorschläge für eine Revision des Vertrages . . . . 7993.
„ Dec. 30. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (West). Andere Auslegung des Artikels VIII des Clayton-Bulwer-Vertrages; Verletzung desselben durch die Engländer hat nicht stattgefunden; Bedürfniss zu einer Revision des Vertrages ist nicht vorhanden . . . . . 7994.

**Preussen** s. Staat und Kirche.

**Siebenbürgen.**

1882. Nov. 21. Siebenbürgen. Rechtsgutachten der Münchener Juristenfacultät über die Rechtsfrage der sächsischen Nations-Universität . . . . . 7995.

**Staat und Kirche** (Preussen).

1883. Mai 5. Preussen. Gesandter beim päpstlichen Stuhl an den Cardinal-Staatssecretär Jacobini. Die Regierung ist bereit, die Kategorien von Geistlichen, für welche die Anzeigepflicht beansprucht wird, einzuschränken . . . . . 8013.
„ Juni 5. — Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze . . . . . 8014.
„ Juli 11. — Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze . . . . . 8015.
„ „ 14. — Reskript des Cultusministers von Gossler an die preussischen Bischöfe, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1883 . . . . . 8016.

**Suez-Canal.**

1854. Nov. 30. Aegypten. Acte de Concession du Vice-Roi d'Egypte pour la construction et l'exploitation du Canal Maritime de

Suez et Dépendances entre la Mer Méditerranée et la Mer Rouge . . . . . 8001.
1856. Jan. 5. — Acte de Concession du Vice-Roi d'Egypte, et Cahier des Charges, pour la Construction et l'Exploitation du Canal Martime de Suez et Dépendances . . . . . 8002.
„ „ 5. — Statuts de la Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez . . . . . 8003
1866. Febr. 22. — Convention entre le Vice-Roi d'Egypte et la Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez . . . . . 8004.
„ März 19. Türkei. Firman du Sultan de la Turquie, autorisant l'exécution du Canal Maritime de Suez . . . . . 8005.
1883. April 27. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an die Canal-Directoren. Bericht über den Empfang zweier Deputationen. Stellung der Regierung zur Canal-Frage . . . . . 8006.
„ „ 30. — Die englischen Canal-Directoren an den engl. Min. d. Ausw. Lesseps beschwert sich über die beim Empfang der Handelskammer-Deputation von Granville gehaltene Ansprache . . . . . 8007.
„ Mai 16. — Min. des Ausw. an die englischen Canal-Directoren. Anweisung, Unterhandlungen mit Lesseps zu eröffnen. Instruction . . . . . 8008.
„ Juli 11. — Die englischen Canal-Directoren an den engl. Min. d. Ausw. Bericht über die Verhandlungen mit Lesseps. Vertrags-Entwurf . . . . . 8009.
„ „ 20. Frankreich. Lesseps an den engl. Premier-Minister. Erachtet den Minister nicht für gebunden, die Uebereinkunft vor das Parlament zu bringen . . . . . 8010.
„ „ 23. Grossbritannien. Premier-Minister an Lesseps. Dankt, dass Lesseps nicht auf der Uebereinkunft besteht . . . 8011.

## Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vergl. Bd. XLI u. vorg.)

1883. April 14. Deutschland. Kaiserliche Botschaft an den Reichstag, verlesen von dem königl. preussischen Finanzminister v. Scholz . . . . . 8012.
„ Aug. 25. Grossbritannien. Thronrede, bei Schluss des Parlaments verlesen vom Lord-Kanzler . . . . . 8017.
„ „ 29. Deutschland. Thronrede zur Eröffnung des Reichstages vom Staatssekretär von Bötticher verlesen . . . . 8018.

## Tonkin.

1874. März 15. Frankreich und Anam. Traité politique conclu entre la France et l'Annam le 15 Mars 1874 . . . . . 8094.
„ Aug. 31. — Traité de commerce conclu entre la France et l'Annam le 31 Août 1874 . . . . . 8095.
1875. Febr. 27. Frankreich. Min. des Ausw. (Decazes) an den franz. Geschäftsträger in China (Rochechouart). Souveränetät des Königs von Anam; Vortheile der französisch-anamitischen Verträge für China . . . . . 8096.
„ April 19. — Min. der Marine und der Colonien (Montaignac) an den franz. Min. des Ausw. (Decazes). Frankreich muss an dem Protectorat über Anam festhalten . . . . 8097.

1875. Mai 27. Frankreich. Geschäftsträger in China an den franz. Min. des Ausw. Der chinesischen Regierung sind die Verträge von 1874 und die darauf gegründeten Ansprüche Frankreichs mitgetheilt . . . . . 8098.
„ Juni 19. — Derselbe an denselben. Die Antwort der chinesischen Regierung spricht nicht von der Vassallität Anams gegenüber China . . . . . 8099.
1877. Sept. 7. — Min. des Ausw. an den franz. Min. der Marine und der Colonien (Gicquel des Touches). Instruction für den neuernannten Gouverneur von Cochinchina. Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung der Verträge von 1874 entgegenstellen . . . . . 8100.
„ „ 30. — Gesandter in China (Brenier de Montmorand) an den franz. Min. des Ausw. Verhandlungen mit China über die Aufhebung des Suzeränetäts-Verhältnisses zu Anam werden zu keinem Resultate führen. Frankreichs Haltung gegenüber der anamitischen Gesandtschaft, welche nach Peking zur Ueberbringung des Tributs gegangen ist . . . . . 8101.
1880. Mai 5. — Geschäftsträger in China (Patenôtre) an den franz. Min. des Ausw. (Freycinet). Die anamitische Regierung sucht das alte Vassallen-Verhältniss zu China wiederherzustellen. Frankreich darf die Absendung eines Tributs nicht zulassen . . . . . 8102.
„ „ 24. — Min. des Ausw. an den franz. Min. der Marine und der Colonien (Jauréguiberry). Die geplante Entsendung einer anamitischen Gesandtschaft nach Peking ist zu hintertreiben . . . . . 8103.
„ Juli 26. — Min. des Ausw. an den Min. der Marine und der Colonien. Eine Expedition nach Tonkin zum Zweck der Besetzung des Rothen Flusses erscheint erforderlich. 8104.
„ Nov. 10. China. Gesandter in Paris (Tseng) an den franz. Min. des Ausw. (Barthélémy-Saint-Hilaire). Bittet um Aufklärung über die Intentionen der franz. Regierung bez. Tonkins. 8105.
„ Dez. 27. Frankreich. Min. des Ausw. an den chinesischen Gesandten in Paris. Für die Beziehungen Frankreichs zu Anam sind die Verträge von 1874 maassgebend, durch welche Frankreich die vollständige Unabhängigkeit des Königs von Anam anerkannt hat . . . . . 8106.
„ „ 27. — Gesandter in China (Bourée) an den franz. Min. des Ausw. Ankunft der anamitischen Gesandtschaft. Nothwendigkeit einer energischen Politik Frankreichs . . 8107.
1881. Aug. 17. — Decret, betr. die französische Jurisdiction in Anam . 8108.
„ Sept. 24. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Die chinesische Regierung erkennt den Vertrag von 1874 nicht an . . . . . 8109.
„ „ 26. Frankreich. Min. der Marine und der Colonien (Cloué) an den Min. des Ausw. Instruction für den neuen Gouverneur von Cochinchina . . . . . 8110.
1882. Jan. 1. — Min. des Ausw. (Gambetta) an den chinesischen Gesandten in Paris. Die chinesische Regierung hat bei

der officiellen Mittheilung der Verträge von 1874 nicht gegen dieselben protestirt . . . . . 8111.

1882. Jan. 18. Frankreich. Gouverneur von Cochinchina (le Myre de Vilers) an den Min. des Handels und der Colonien (Rouvier). Die Lage in Tonkin hat eine Verstärkung des franz. Postens in Hanoï nöthig gemacht . . . . . 8112.

„ Febr. 8. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. (Freycinet). Der Brief des Prinzen Kong vom 15. Juni 1875 enthält keine Anerkennung der Verträge von 1874. 8113.

„ März 16. Frankreich. Min. des Ausw. an den Marine-Min. Billigt die vom Gouverneur von Cochinchina dem Commandanten Rivière ertheilte Instruction . . . . . 8114.

„ Mai 6. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Hofft, dass die franz. Regierung ihre Truppen von Hanoï zurückrufen wird . . . . . 8115.

„ „ 31. Frankreich. Min. des Ausw. an den chinesischen Gesandten in Paris. Die französische Regierung hat keine Veranlassung, der chinesischen Regierung irgend welche Aufklärungen über die Ereignisse in Tonkin zu geben 8116.

„ Juni 14. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. China hat aus staatsrechtlichen, politischen und handelspolitischen Gründen ein Recht, sich in die Ereignisse von Tonkin einzumischen . . . . . 8117.

„ Juli 4. Frankreich. Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in China. Die französische Regierung lehnt es ab, auf das Schreiben des Marquis Tseng vom 14. Juni zu antworten . . . . . 8118.

„ „ 7. — Ders. an Dens. Die Ereignisse von Hanoï. Die Verhandlungen mit der Regierung von Anam . . . . 8119.

„ Sept. 9. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. (Duclerc). Das angebliche Einverständniss zwischen Bourée und der chines. Regierung ist nicht vorhanden 8120.

„ Dec. 5. Frankreich. Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Die chinesische Regierung hat ihre Truppen aus Tonkin zurückgerufen . . . . . 8121.

„ „ 20. — Ders. an Dens. Hat die Grundzüge eines Arrangements mit dem Vice-König Li-Hong-Tchang vereinbart . . 8122.

„ „ 27. — Ders. an Dens. Begründung der einzelnen Punkte des Arrangements . . . . . 8123.

„ „ 29. — Ders. an Dens. Vertragsentwurf . . . . . 8124.

1883. Jan. 4. — Marine-Min. an den franz. Min. des Ausw. Durch den Vertragsentwurf wird China ein Recht der Einmischung zugestanden . . . . . 8125.

„ „ 8. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Antwort des Tsong-Li-Yamen auf Bourée's Vorschläge 8126.

„ „ 26. — Marine-Min. an den Min. des Ausw. Missbilligt die Anknüpfung von Unterhandlungen mit China . . . 8127.

„ Febr. 20. — Stellvertretender Min. der Marine und der Colonien (Mahy) an den stellv. Min. des Ausw. (Ferry). Der Vertrag Bourée ist unannehmbar und kann für Frankreichs Ansehen höchst gefährlich werden . . . . . 8128.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1883. | März | 5. | Frankreich. | Min. des Ausw. (Challemel-Lacour) an den franz. Gesandten in China. Abberufung Bourée's . . . . | 8129. |
| „ | „ | 7. | — | Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Bedauert die Desavouirung des von ihm vereinbarten Arrangements . . . . . | 8130. |
| „ | „ | 14. | — | Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in China. Nähere Motivirung der Abberufung . . . . . | 8131. |
| „ | April | 2. | China. | Das Tsong-Li-Yamen (Auswärtige Amt) an den chin. Gesandten in Paris. Auftrag, um Aufklärung über die Abberufung Bourée's zu bitten . . . . . | 8132. |
| „ | „ | 16. | Frankreich. | Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Der Abbruch der Verhandlungen macht den Krieg unvermeidlich . . . . . | 8133. |
| „ | Mai | 9. | — | Unterredung des franz. Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. Die franz. Regierung lehnt es ab, in politische Verhandlungen mit China betr. Tonkin zu treten, ist dagegen bereit, über handelspolitische Fragen zu unterhandeln . . . . . | 8134. |
| „ | „ | 15. | — | Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in Japan (Tricou). Ernennung desselben zum ausserordentl. Gesandten in China. Instruction . . . . . | 8135. |
| „ | „ | 18. | — | Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in China (Tricou). Ausführlichere Instruction . . . . . | 8136. |
| „ | „ | 27. | — | Gouverneur von Cochinchina an den franz. Marine-Min. (Brun). Nothwendigkeit, energische Maassregeln gegen Anam zu ergreifen . . . . . | 8137. |
| „ | Juni | 8. | — | Marine-Min. an den franz. Civil-Commissar in Tonkin (Harmand). Instruction . . . . . | 8138. |
| „ | „ | 18. | — | Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. China zieht die Unterhandlungen absichtlich in die Länge . . . . . | 8139. |
| „ | „ | 21. | — | Unterredung des stellvertretenden franz. Min. d. Ausw. Ferry mit dem chinesischen Gesandten in Paris. China ist nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn sich Chinesen unter den schwarzen Flaggen befinden . . . . . | 8140. |
| „ | „ | 22 | — | Stellvertretender Min. des Ausw. (Ferry) an den franz. Gesandten in China. Die Sprache Tsengs steht im Widerspruche mit der des Vicekönigs . . . . . | 8141. |
| „ | „ | 22. | — | Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Widerspruch in den Erklärungen Li-Hong-Tchang's über seine Vollmachten . . . . . | 8142. |
| „ | Juli | 1. | — | Derselbe an Denselben. Vorschlag eines Abkommens mit China . . . . . | 8143. |
| „ | „ | 3. | — | Min. d. Ausw. an den franz. Gesandten in China. Die neuen Vorschläge sind annehmbar . . . . . | 8144. |
| „ | „ | 3. | — | Gesandter in China an den franz. Min. d. Ausw. Verhandlungen mit Li-Hong-Tchang auf Grund der neuen Vorschläge . . . . . | 8145. |
| „ | „ | 5. | — | Derselbe an Denselben. Die Verhandlungen sind abgebrochen . . . . . | 8146. |

1883. Juli 20. Frankreich. Gesandter in China an den franz. Min. d. Ausw. Das Erscheinen einer französischen Flotte in den chinesischen Gewässern würde für die politischen Verhandlungen günstig sein . . . . . 8147.

„ Aug. 1/2. — Unterredungen des Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. Chinesische Beschwerdepunkte: die Anwesenheit französischer Truppen in Tonkin; Nichtanerkennung des chinesischen Interesses in Tonkin; Verwerfung des Arrangements Bourée. Chinesischer Vorschlag, die militärischen Operationen zu suspendiren . . . . . 8148.

# II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.


## Aegypten.

**Aegyptische Angelegenheiten:**

1882. Nov. 5. No. 8067.
„ „ 7. „ 8068.
1883. Jan. 15. „ 8082.
„ Febr. 4. „ 8087.
„ Mai 1. „ 8091.
„ „ 2. „ 8092.

**Aegyptische Verfassung:**

1883. Mai 1. No. 8091.
„ „ 2. „ 8092

**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1866. Febr. 22. No. 8004.

**Suez-Canal:**

1854. Nov. 30. No. 8001.
1856. Jan. 5. „ 8002.
„ „ 5. „ 8003.
1866. Febr. 22. „ 8004.

## Anam.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1874. März 15. No. 8094.
„ Aug. 31. „ 8095.

**Tonkin-Streitigkeiten:**

1874. März 15. No. 8094.
„ Aug. 31. „ 8095.

## China.

**Tonkin-Streitigkeiten:**

1880. Nov. 10. No. 8105.
1881. Sept. 24. „ 8109.
1882. Febr. 8. „ 8115.
„ Juni 14. „ 8118.
„ Sept. 9. „ 8120.
1883. April 2. „ 8132.

## Conferenz-Staaten.

**Aegyptische Angelegenheiten:**

1882. Juli 26. No. 8019.
„ Aug. 2. „ 8035.
„ „ 5. „ 8040.
„ „ 10. „ 8042.
„ „ 14. „ 8044.

## Deutschland.

**Bündnisse, Conventionen:**

1882. Dec. 5. No 7996.
1883. Jan. 6. „ 7998.
„ „ 6. „ 7997.
„ April 19. „ 7999.
„ Mai 4. „ 8000.

**Deutsches Reich:**

1883. April 14. No. 8012.
„ Aug. 29. „ 8018.

**Thronreden, Adressen etc.:**

1883. April 14. No. 8012.
„ Aug. 29. „ 8018.

## Frankreich.

**Aegyptische Angelegenheiten:**

1882. Juli 27. No. 8024.
„ Oct. 12. „ 8051.
„ „ 20. „ 8054.
„ „ 28. „ 8057.
„ „ 29. „ 8058.
„ „ 29. „ 8059.
„ „ 30. „ 8060.
„ Nov. 1. „ 8064.
„ „ 4. „ 8066.
„ „ 9. „ 8070.
„ „ 24. „ 8072.

1882. Nov. 25. No. 8073.
„ Dec. 13. „ 8075.
1883. Jan. 4. „ 8080.
„ „ 20. „ 8083.
„ Mai 1. „ 8090.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1874. März 15. No. 8094.
„ Aug. 31. „ 8095.
1883. April 19. „ 7999.

**Suez-Canal:**
1883. Juli 20. No. 8010.

**Tonkin-Streitigkeiten:**
1874. März 15. No. 8094.
„ Aug. 31. „ 8095.
1875. Febr. 27. „ 8096.
„ April 19. „ 8097.
„ Mai 27. „ 8098.
„ Juni 19. „ 8099.
1877. Sept. 7. „ 8100.
„ „ 30. „ 8101.
1880. Mai 5. „ 8102.
„ „ 24. „ 8103.
„ Juli 26. „ 8104.
„ Dec. 27. „ 8106.
„ „ 27. „ 8107.
1881. Aug. 17. „ 8108.
„ Sept. 26. „ 8110.
1882. Jan. 1. „ 8111.
„ „ 18. „ 8112.
„ März 16. „ 8114.
„ Mai 31 „ 8116.
„ Juli 4. „ 8118.
„ „ 7. „ 8119.
„ Dec. 5. „ 8121.
„ „ 20. „ 8122.
„ „ 27. „ 8123.
„ „ 29 „ 8124.
1883. Jan. 4. „ 8125.
„ „ 8. „ 8126.
„ „ 26. „ 8127.
„ Febr. 20. „ 8128.
„ März 5. „ 8129.
„ „ 7. „ 8130.
„ „ 14. „ 8131.
„ April 16. „ 8133.
„ Mai 9. „ 8134.
„ „ 15. „ 8135.
„ „ 18. „ 8136.
„ „ 27. „ 8137.
„ Juni 8. „ 8138.
1883. Juni 18. No. 8139.
„ „ 21. „ 8140.
„ „ 22. „ 8141.
„ „ 22. „ 8142.
„ Juli 1. „ 8143.
„ „ 3. „ 8144.
„ „ 3. „ 8145.
„ „ 5. „ 8146.
„ „ 20. „ 8147.
„ Aug. 1/2. „ 8148.

## Grossbritannien.

**Aegyptische Angelegenheiten:**
1882. Juli 28. No. 8020.
„ „ 28. „ 8021.
„ „ 28. „ 8022.
„ „ 28. „ 8023.
„ „ 29. „ 8025.
„ „ 29. „ 8026.
„ „ 30. „ 8028.
„ „ 30. „ 8029.
„ „ 31. „ 8031.
„ „ 31. „ 8032.
„ Aug. 2. „ 8034.
„ „ 3. „ 8036.
„ „ 4. „ 8037.
„ „ 4. „ 8038.
„ „ 8. „ 8041.
„ „ 12. „ 8043.
„ Sept. 18. „ 8045.
„ „ 20. „ 8046.
„ „ 27. „ 8047.
„ Oct. 5. „ 8048.
„ „ 11. „ 8049.
„ „ 11. „ 8050
„ „ 18. „ 8053.
„ „ 23. „ 8055.
„ „ 28 „ 8056.
„ „ 30. „ 8061.
„ „ 30. „ 8062.
„ „ 31. „ 8063.
„ Nov. 3. „ 8065.
„ „ 8. „ 8069.
„ „ 10. „ 8071.
„ Dec. 1 „ 8074.
„ „ 15. „ 8076.
„ „ 28. „ 8077.
„ „ 30. „ 8078.
1883. Jan. 3. „ 8079.
„ „ 10. „ 8081.
„ „ 25. „ 8084.

1883. Febr. 2. No. 8085.
„ „ 6. „ 8088.
„ April 20. „ 8089.
„ Juni 11. „ 8093.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1883. Juli 11. No. 8009.

**Panama-Canal:**
1882. Dec. 30. No. 7994.

**Suez-Canal:**
1883. April 27. No. 8006.
„ „ 30. „ 8007.
„ Mai 16. „ 8008.
„ Juli 11. „ 8009.
„ „ 23. „ 8011.

**Thronreden, Adressen etc.:**
1883. Aug. 29. No. 8018.

## Italien.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1883. Mai 4. No. 8000.

## Mexico.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1882. Dec. 5. No. 7996.

## Preussen.

**Staat und Kirche:**
1883. Mai 5. No. 8013.
„ Juni 5. „ 8014.
„ Juli 11. „ 8015.
„ „ 14. „ 8016.

## Russland.

**Aegyptische Angelegenheiten:**
1883. Febr. 3. No. 8086.

## Serbien.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1883. Jan. 6. No. 7998.
„ „ 6. „ 7997.

## Siebenbürgen.

1882. Nov. 24. No. 7995.

## Spanien.

**Aegyptische Angelegenheiten:**
1882. Juli 30. No. 8030.

## Türkei.

**Aegyptische Angelegenheiten:**
1882. Juli 29. No. 8027.
„ „ 31. „ 8033.
„ Oct. 17. „ 8052.

**Suez-Canal:**
1866. März 19. No. 8005.

## Vereinigte-Staaten.

**Panama-Canal:**
1882. Mai 8. No. 7993.

# Panama-Canal.*)

**Nr. 7993.** **VEREINIGTE STAATEN.** — Staatssecretär d. Ausw. (Frelinghuysen) an den amerik. Gesandten in London. — Die Monroe-Doctrin; Auslegung des Art. VIII des Clayton-Bulwer-Vertrages; Verletzung desselben durch die Engländer; Vorschläge für eine Revision des Vertrages.

Department of State, Washington, D.C., May 8, 1882.

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

Sir, — Mr. Sackville West has handed me copies of two despatches from Lord Granville to him respecting the Clayton-Bulwer Treaty; the first, dated 7th January last, comments upon Mr. Blaine's Nr. 270 of the 19th November; the second, of the 14th January, comments upon Mr. Blaine's No. 281 of the 29th November. || They have been read with interest and with attention. After careful consideration, the President is not without hope, that the views of the two Governments may be harmonized in this matter. He therefore directs me to communicate to you, somewhat at length, the opinions entertained here respecting the traditional continental policy of the United States and the Clayton-Bulwer Treaty. || A canal across the isthmus for vessels of all dimensions and every character, under possible conditions hereinafter referred to, would affect this Republic in its trade and commerce; would expose our western coast to attack; destroy our isolation; oblige us to improve our defences and to increase our navy, and possibly compel us, contrary to our traditions, to take an active interest in the affairs of European nations. The United States, with their large and increasing population and wealth, cannot be uninterested in a change in the physical conformation of this hemisphere which may injuriously affect either the material or political interests of the Republic, and naturally seek, that the severance of the isthmus connecting the continents shall be effected in harmony with those interests. This Government, while believing, that the isthmus should not be severed so as to do unnecessary injury to the United States, at the same time appreciates the desire of Great Britain, that she should be able by a short and easy passage from ocean to ocean to reach her Eastern and American possessions on the

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. XL, Nr. 7644—7650.

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

Pacific, and that other nations of the world have a similar interest in such a passage. There is, however, no necessary conflict between the political claims of the United States in this matter and the material interests of other nations. || A canal across the isthmus can be created, and under the Protectorate of the United States and the Republic whose territory it may cross can be freely used by all nations; thus in some degree would be continued to the United States the benefit of that conformation of the earth which is now an element of security and defence. || For thirty years the Panamá Railroad has been maintained without other protection than that of the United States and the local Sovereign in accordance with the Treaty of 1846 with New Grenada. || During that period Great Britain has carried to a successful result the wars of the Crimea and the Indian Mutiny; France has three times convulsed Europe with strife; a conflict between Russia and Turkey has changed the face of the Ottoman Empire; thrones have crumbled; Empires have been constructed; Republics have arisen, while on this continent the most remarkable Civil War in history has occurred, and, at the same time, the Emperor of the French was lending his active support to an aspirant for Imperial honours in the neighbouring Republic of Mexico. Within that period almost every form of war and strife has taken place that would seem to make especially necessary the neutralization of the isthmus, and yet the trains of the Panamá Railroad have run from ocean to ocean peacefully, and with no other interruption than what has come from the rare turbulence of the local population. || During the same time another isthmus has been pierced, and while wars have raged within sight of the Mediterranean port, the peaceful commerce of the world has moved through the Suez Canal quietly and safely under no international Protectorate. || If no guarantee or Protectorate has been found necessary during such troubled times, it can scarcely be required in the more peaceful period which both the Government of the United States and that of Great Britain hope and strive for. || The President therefore considers it unnecessary and unwise, through an invitation to the nations of the earth, to guarantee the neutrality of the transit of the isthmus, to give their navies a pretext for assembling in waters contiguous to our shores, and to possibly involve this Republic in conflicts from which its natural position entitles it to be relieved. || It will doubtless occur to Lord Granville, as it does to us, that international agreements of this kind, calling for interference by force, and conferring joint rights upon several independent Powers, are calculated to breed dissension and trouble. In times of peace, when there is no call for their exercise, they are harmless, though useless. But when wars and trouble come it too frequently happens, that differences arise and so at the very moment when the agreement should be enforced it is i possible to enforce it; and such agreements would lead to that political i vention in American affairs which the traditional policy of the United makes it impossible, that the President should either consent to or lo

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

with indifference. || The President believes, that the formation of a Protectorate by European nations over the isthmus transit would be in conflict with a doctrine which has been for many years asserted by the United States. This sentiment is properly termed a doctrine, as it has no prescribed sanction and its assertion is left to the exigency which may invoke it. It has been repeatedly announced by the Executive Department of this Government and through the utterances of distinguished citizens; it is cherished by the American people, and has been approved by the Government of Great Britain. || It is not the inhospitable principle which it is sometimes charged with being, and which asserts, that European nations shall not retain dominion on this hemisphere, and that none but Republican Governments shall here be tolerated, for we well know, that a large part of the North American continent is under the dominion of Her Majesty's Government, and that the United States were in the past the first to recognize the Imperial authority of Dom Pedro in Brazil and of Iturbide in Mexico. It is not necessary now to define that doctrine; but its history clearly shows, that it at least opposes any intervention by European nations in the political affairs of American Republics. || In 1823 Mr. Canning, with the concurrence of the Cabinet of London, informed Mr. Rush, that Great Britain could not see with indifference the intervention of foreign Powers in Spanish America, or the transfer to those Powers of any of the Colonies, and suggested a joint declaration to that effect by the United States and Great Britain. This suggestion grew out of the relations then existing between France and Spain, their attitude towards the South American Republics then struggling for independence, and the injuries to the Colonies and commerce of Great Britain which would result from a successful prosecution of the policy of those two Governments. President Monroe did not adopt the proposal for a joint declaration; but in his Message of the 2nd December, 1823, after stating, that it was our policy not to interfere with the internal concerns of European Powers, speaking of the war which the revolted Colonies were carrying on against Spain, and of contemplated interference by the "Holy Alliance" in behalf of the latter, said, in language which has gone into history under his name, thus: "But in regard to these continents, circumstances are eminently and conspicuously different. It is impossible, that the allied Powers should extend their political system to any portion of either continent without endangering our peace and happiness, nor can any one believe, that our southern brethren, if left to themselves, would adopt it of their own accord. It is equally impossible, therefore, that we should behold such interposition in any form with indifference." This sentiment was received in England with enthusiasm. Mr. Brougham said: "The question in regard to Spanish America is now, I believe, disposed of, or nearly so; for an event has recently happened than which none has ever dispersed greater joy, exultation and gratitude over all the freemen of Europe; that event which is decisive on the subject is the language held with respect

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

to Spanish America in the message of the President of the United States." Sir James Mackintosh said: "This evidence of the two great English commonwealths (for so I delight to call them, and I heartily pray that they may be for ever united in the cause of justice and liberty) cannot be contemplated without the greatest pleasure by every enlightened citizen of the earth." || Mr. John Quincy Adams, who well knew what had led to these statements by Mr. Monroe, explained in a message to the House of Representatives on the 17th March, 1826, that there was no purpose of interfering with the existing European colonies in America; that the language was only a frank declaration, that the United States could not look with indifference either upon an attempt by colonization to close any port of the continent against the commerce of the United States or upon concerted political interference from Europe in American affairs. || Thus the doctrine of non-intervention by European Powers in American affairs arose from complications in South America, and was announced by Mr. Monroe on the suggestion of the official Representative of Great Britain. || The doctrine so formulated by Monroe and expounded by Adams has since remained a cardinal principle of our continental policy. In several notable instances, especially in the case of the French attempt to set up Imperial authority in Mexico, it guided our political action, and it is to-day firmly imbedded in the American heart. || It is true, that this doctrine refers to the political and not to the material interest of America; but no one can deny, that to place the isthmus under the protection and guarantee of the Powers of Europe, rather than under the protection of the leading Power of this hemisphere, would seriously threaten and affect the political interest of that Power. || It is not to be anticipated, that Great Britain will controvert an international doctrine, which she suggested to the United States, when looking to her own interest, and which, when adopted by this Republic, she highly approved; and it is but frank to say, that the people of this country would be as unwilling, that the pathway of commerce between the Pacific coast and our Eastern market should be under the dominion of the allied European Powers as would be the people of Great Britain, that the transit from one to another part of her possessions should be under such control. || Prior to the war of the revolution, Great Britain had acquired strong positions from Halifax to Antigua, dominating the coast of the United States. She retained these positions after the peace of 1783, and continues to use them for offensive and defensive purposes. She has strengthened old strongholds and made new ones, while the United States has ever refused to avail itself of proffered commanding external military stations. || No well-informed statesman doubts the ability of this nation to raise a powerful navy. To raise such a navy might bring commercial advantages to the United States; but it is doubtful whether it would promote the peace of the world; and the United States desire, that their citizens may, without any armed assertion of right, be conveyed by water transit from their western to their eastern shores

without passing under the guns of European Powers. || These are our own views, and it is but frank to state them, while Her Majesty's Government is not called upon either to admit or deny them.

To considerations such as these Lord Granville, in his despatch of 10th November, 1881, answers, that the position of Great Britain and the United States, in reference to the canal, is determined by the "engagements entered into by them respectively in the Convention, which was signed at Washington on the 19th April, 1850, commonly known as the Clayton-Bulwer Treaty, and that Her Majesty's Government rely with confidence upon the observance of all the engagements of that Treaty."

We are thus fairly brought to the consideration of the Clayton-Bulwer Treaty. || The Treaty relates to communication between the oceans, and divides itself into two parts. || First, and principally, that which the Treaty terms a "particular object," to wit, a then projected interoceanic canal in Central America by the Nicaragua route; and this is the only object stated in the preamble of the Treaty, which says, that the two Governments, "being desirous of consolidating the relations of amity which so happily subsist between them, by setting forth and fixing in a Convention their views and intentions with reference to any means of communication by ship-canal which may be constructed between the Atlantic and Pacific Oceans by the way of the River San Juan de Nicaragua and either or both of the lakes of Nicaragua or Managua to any port or place on the Pacific Ocean," to that end confer full powers on Mr. Clayton and Sir Henry Bulwer. || This first and principal object of the Treaty is considered in the first seven Articles. || Second, the subordinate object of the Treaty is that treated of in the remaining or VIIIth Article, which states, that the two Governments, "having not only desired in entering into this Convention to accomplish a particular object, but also to establish a general principle (and this is the principle), hereby agree to extend their protection by Treaty stipulation to any other practicable communication" across the isthmus, "and especially to the interoceanic communications should the same prove practicable, whether by canal or railroad, which are now proposed to be established by the way of Tehuantepec or Panamá." This "general principle" or joint protection is to be effected as stated "by Treaty stipulations." || Although this discussion relates to a canal by the Panamá route outside of Central America, to which Article VIII refers, yet your attention is invited as well to the first and principal as to the second and subordinate purpose of the Treaty.

First. — While the primary object of the Treaty, as will be seen, was to aid the immediate construction of a canal by what is known as the Nicaragua route, it is equally plain, that another and important object, which the United States had in view, was to dispossess Great Britain of settlements in Central America, whether under cover of Indian sovereignty or otherwise. The United States were tenacious, that Great Britain should not extend further

Nr. 7903. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1852.

her occupation of threatening military or naval strategic points along their maritime frontier. To assure this the parties to the Treaty jointly agreed not to exercise dominion over or fortify or colonize Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito coast, or any part of Central America. Great Britain, however, exercises dominion over Belize or British Honduras, the area of which is equal to that of Massachusetts, Connecticut and Rhode Island, and the impression prevails, that since the conclusion of the Treaty of 1850 the English inhabitants of that district have spread into the territory of the neighbouring Republics, and now occupy a large area of land which, under the Convention, belongs to one or the other of the two Republics, but over which the Government of Her Majesty assumes to exercise control. || Such dominion seems to be inconsistent with that provision of the Treaty which prohibits the exercise of dominion by Great Britain over any part of Central America. This makes it proper for me to say, that the English privileges, at the time of the conclusion of the Clayton-Bulwer Treaty, in what has been known as the Belize, were confined to a right to cut wood and establish saw-mills in a territory defined by metes and bounds. These privileges were conferred by Treaties, in which Spanish sovereignty was recognized. On the successful revolution the rights of Spain vested in the new Republics and had not been materially changed when the Clayton-Bulwer Treaty was concluded. That Treaty was concluded on the 19th April, and its ratification advised by the Senate on the 22nd May, 1850. On the exchange of the ratifications Sir Henry Bulwer filed in this Department, under date of the 29th June, 1850, a declaration, that the exchange was made with the understanding on the part of Her Majesty's Government, that the Treaty did not apply to Her Majesty's Settlement at Honduras and its dependencies. Mr. Clayton answered, under date of the 4th July, 1850, that he so understood, but that he must not be understood to either affirm or deny British title therein. It is to be observed, that each of these declarations was made after the conclusion of the Treaty by the joint action of the President and the Senate, and that the declaration was not made to or accepted by them. In 1859 Great Britain entered into a Treaty with Guatemala, in which what had been called the Settlement in the declaration made on the exchange of the ratification of the Clayton-Bulwer Treaty was styled "Her Britannic Majesty's Settlement and *Possessions*." || In the Treaty with Guatemala the boundaries were defined, and it was agreed, that all on one side of the defined boundaries "belongs to Her Britannic Majesty." It is further understood, that when the Commissioners met to mark the boundary in accordance with the agreement, it was found, that the subjects of Great Britain had occupied so much more of Guatemala than was supposed, that the Commissioner on the part of Her Majesty's Government refused to proceed, and this large area of land has since remained practically in the possession of Great Britain. || The United States have never given their assent to this conversion of the British "Settlement" in Central America under

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

Spanish American sovereignty into a British "possession" with British sovereignty. There is a vast difference between a Settlement subject to the sovereignty of the Central-American Republic and a Colony controlled by Great Britain. || Under the Treaty of 1850, while it is binding, the United States have not the right to exercise dominion over or to colonize one foot of territory in Central America. Great Britain is under the same rigid restriction. And if Great Britain has violated and continues to violate that provision, the Treaty is, of course, voidable at the pleasure of the United States. || Again, it is well known, that the parties to the Clayton-Bulwer Treaty anticipated, that a canal by the Nicaragua route was to be at once commenced. Under the assumption of a Protectorate of Mosquito, British authority was at that time in actual and visible occupation of one end of the Nicaragua route, whether with or without title is not now material, and it was intended by this Treaty to disposses Great Britain of this occupation. This object was accomplished in 1859 and 1860 by Treaties between Great Britain, Guatemala, Honduras and Nicaragua, referred to in Lord Granville's despatch of the 14th January, 1882. It was to this adjustment, which was one of the prime objects of the Treaty, and no to the colonization of British Honduras, that Mr. Buchanan in his message of the 3rd December, 1860, alludes as "an amicable and honourable adjustment of dangerous questions arising from the Clayton-Bulwer Treaty." || When the Clayton-Bulwer Treaty was concluded it was contemplated, that the Nicaragua Canal, to which the Treaty principally had relation, would be at once commenced and finished with all possible speed by American and British capital under the impulse of the joint Protectorate. This appears not only from the context of the Treaty, but also from the history of the negotiations which lead to the Treaty and the relations which then existed between this Government and the Central-American States. || On the 12th December, 1846, New Grenada, by a Treaty of Commerce, in consideration of certain guarantees, made the United States valuable grants relating to the Panamá route, to which your attention will be directed when we consider the rights of this Republic in relation to the Panamá route. || The discovery of gold in California soon made it important to find some rapid way of reaching it. Notwithstanding the progress of the Panamá Railroad scheme, public feeling was running strongly in favour of a ship-canal large enough to accommodate ocean steam-ships. Influenced by this strong feeling the Minister of the United States in Nicaragua, without instructions, negotiated a Treaty with that Republic, which conferred upon certain citizens of the United States the valuable right to construct a ship-canal from San Juan on the Atlantic coast to the Pacific. Nicaragua claimed sovereignty over the whole of the line of the proposed canal, while Great Britain, as I have shown, claimed sovereignty over a portion of it occupied by the Mosquito Indians. || At the time of the concession by Nicaragua it would have been impossible to procure in the United States the capital necessary for the construction of a ship-canal

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

from the Atlantic to the Pacific. || Hence it was that, when Mr. Clayton learned of the concession, he at once informed Mr. Crampton, the British Minister, saying, that the United States did not propose to avail themselves exclusively of these privileges, but wished a canal constructed, and that the claim of Great Britain on behalf of the Mosquito Indians, which the United States could not admit, stood in the way. The Government of the United States, Mr. Clayton said, was persuaded, that "these considerations, if fairly laid before Her Majesty's Government, would induce Her Majesty's Government to make such an arrangement with regard to the Mosquito Indians as would prevent its being an obstacle to the design in question." President Taylor was present at the interview and "cordially concurred." Mr. Crampton reported the conversation to Lord Palmerston on the 1st October, and on the 15th of the same month transmitted to him a copy of the Concession by Nicaragua to the American Company. The 22nd November Mr. Abbott Lawrence officially informed Lord Palmerston, that an American Company, aided by the subscription of a large amount of British capital, had begun to construct the Panamá Railroad, and had completed the contracts for iron for it. He transmitted to Lord Palmerston a copy of the guaranty in the Treaty of 1846 with New Grenada, and invited Great Britain to join in the guaranty. In the same note he acquainted Her Majesty's Government with the concession from Nicaragua to the American Canal Company, and said, that the conflicting claims as to Mosquito threw an obstacle in the way of the work, and invited a conversation on the subject. It seems, that several conversations were had, since on the 14th of the following December Mr. Lawrence addressed a formal note to Lord Palmerston, in which, after referring to them and again setting forth the concessions for the Panamá Railroad and the Nicaragua Canal, and stating, that the United States had "disclaimed all intention to settle, annex, colonize, or fortify the territory of Central America, which declaration had been met by a similar disclaimer on the part of Great Britain," and also that Her Majesty's Government "had intimated their willingness to join with the United States in their guarantee of neutrality," he asked in substance, 1st, Whether Great Britain would enter into a Treaty with Nicaragua similar to that negotiated by the United States? 2nd, Whether Great Britain would enter into Treaty with New Grenada guaranteeing the neutrality of the railway then under construction? 3rd, Whether the obstruction of the Mosquito Protectorate would be removed? This note was never answered formally in London, but negotiations were transferred to Washington. || Meantime, and in the autumn of 1849, Sir Henry Bulwer had succeeded Mr. Crampton in Washington, and, soon after his arrival, commenced negotiations with Mr. Clayton for a Treaty for the protection of a canal. || On the 6th January, 1850, Sir Henry Bulwer wrote to Lord Palmerston, saying: "Your Lordship is aware, that the main interest of the United States in this matter has arisen from its newly acquired possession in the Pacific, and the project of an American Company to form a

water communication between the two oceans, passing through the Lake of Nicaragua and the River San Juan; this Company having obtained from the State of Nicaragua the use of its lakes and territory for this purpose, and the use also of the River San Juan, to which Nicaragua lays claim. . . . But it so happens, that while it is very difficult, not to say impossible, for Her Majesty's Government to listen to those claims of Nicaragua, our decision with respect to which has been already openly taken, there is no difficulty, I believe, whatsoever, in Her Majesty's Government assisting the United States in its general views with respect to that water communication across Central America, which Great Britain must be almost as desirous as the United States to see established. . . . I am disposed to think, that the best way of doing this is by a Convention between Great Britain and the United States." || Negotiations conducted on this basis progressed so rapidly, that on the 3rd February, 1850, Sir Henry Bulwer was able to transmit for Lord Palmerston's criticism the full project of a Treaty. Extracts from the covering despatch fully explain what the Treaty was intended to accomplish: || "The State of Nicaragua made to an American Company, formed for the construction of such a canal, the grant, accompanied by various favours and privileges, of all such portion of the territory claimed by it, as the said Company require. . . . It was, however, impossible for the contemplated scheme to be executed under any grant from the State of Nicaragua as long as the mouth of the San Juan River was in the hands of another people protected by Great Britain. . . . Both the American Company, to which I have alluded, and the American Government, have latterly manifested and earnest desire to have it clearly understood, that they will modify all that portion of their original engagement with Nicaragua which secures any advantages to one State which another may not equally enjoy; and if such be the spirit which is to preside over the vast project under consideration, Great Britain has not only no interest in preventing its success, but every interest in forwarding its completion and providing for its security. . . . It is with such views, that the inclosed Convention has been drawn up, its object being to exclude all question of the disputes between Nicaragua and the Mosquitos; but to settle in fact all that it was essential to settle with regard to these disputes as far as the ship communication between the Atlantic and Pacific and the navigation of the River San Juan were concerned." || The project, which was inclosed in this despatch, was, in the substance of its provisions, and in most of its language, identical with the Treaty subsequently concluded, with one marked exception. In the Project, Article 7 stopped with the general provision to give encouragement and support to the first parties offering to commence the work with the necessary capital. In the subsequent negotiations the following words were added to that Article, and form part of Article 7 of the executed Treaty: "And if any persons or Company should already have, with any State, through which the proposed ship-canal may pass, a contract for the construction of such a canal

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

as that specified in this Convention, to the stipulations of which contract neither of the contracting parties in this Convention have any just cause to object, and the said persons or Company shall, moreover, have made preparations and expended time, money and trouble on the faith of such contract, it is hereby agreed, that such persons or Company shall have a priority of claim over every other person, persons, or Company, to the protection of the Governments of the United States and Great Britain, and be allowed a year from the date of the exchange of the ratifications of this Convention for concluding their arrangements and presenting evidence of sufficient capital subscribed to accomplish the contemplated undertaking; it being understood, that, if at the expiration of the aforesaid period such persons or Company be not able to commence and carry out the proposed enterprise, then the Governments of the United States and Great Britain shall be free to afford their protection to any other persons or Company that shall be prepared to commence and proceed with the construction of the canal in question." || The Clayton-Bulwer Treaty was concluded on the 19th of the following April, and I think it will not be denied, that the object which President Taylor, Mr. Clayton, Sir Henry Bulwer and Lord Palmerston had in view in making it was primarily and mainly this: To insure at the earliest possible moment the completion of the particular ship-canal, for which a concession had been made by Nicaragua to citizens of the United States on the 29th August, 1849. Alle the interviews of which accounts remain and all the correspondence relate to this particular canal and to no other. As if to make assurance doubly sure, the project of a Treaty which Sir Henry Bulwer sent to Lord Palmerston the 3rd of February, being found doubtful or insufficient in this respect, was so amended between that time and the 19th April as to make it practically certain, that that grant would be accepted by both Governments as the one covered by the Treaty. || It was to this particular canal that were to be applied all the provisions of the first Article in the Treaty relating to the fortification of the canal, the control over it, and exclusive advantage in it; of the IInd Article, relating to blockade, detention, or capture; of the IIIrd and IVth Articles, relating to protection during construction and to free ports; of the Vth Article, in regard to a guarantee of neutrality; of the VIth Article, with regard to Treaties with other States, and the use of the good offices of the IIigh Contracting Parties; and of the VIIth Article, as already noticed; but if under the provisions of the VIIth Article the claims of the holders of this particular concession should be set aside, then each Government reserved to itself the right to determine whether its interests required it to afford protection to the holders of any other concession. || The two Governments did, however, subsequently come to a harmonious agreement with regard to the grant by Nicaragua, the one contemplated by the Treaty. || The Company was organized, and Colonel Childs, who had been Chief Engineer of the canals of the State of New York, was sent to Nicaragua to make a survey.

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

He arrived there in August, 1850, and in 1852 his Report was received, printed and laid before the Secretary of War by direction of the President, who detailed Colonel Abert and Lieutenant-Colonel Turnbull, of the United States' army, to examine it and give their opinions upon it. They approved the Report on the 20th March, 1852. || On the 16th June, in the same year, Mr. Lawrence informed Lord Malmesbury of these facts, and requested Her Majesty's Government to appoint engineers of skill and experience to examine it on the part of that Government. || Mr. Lawrence was on the 30th July informed, that an officer of the Royal Engineers and an eminent civil engineer had been appointed for that purpose, and on the 13th August their Report was transmitted to Mr. Lawrence by Lord Malmesbury. The Report was favourable, and a combination of British capitalists was made in contemplation of united action with American shareholders in the construction of the canal. For reasons which need not now be repeated, but principally because of the discussion which immediately began as to the clauses of the Treaty relating to settlements in British Honduras, the project failed, and no canal was ever constructed under that grant. || A line of steamers was put on and run for many years, carrying passengers between New York and San Francisco. The expedition of Walker into Nicaragua terminated this line. The grant was revoked, the steamers were seized; the stockholders received no benefit from their property, and although the Company nominally exists, it has been practically superseded by subsequent grants from Nicaragua to other Companies. || It was also agreed in the Treaty, that the parties should invite other States to enter into similar stipulations, to the end that they might share in the "honour and advantage of having contributed to a work of such general interest and importance as the canal herein contemplated," to wit, that by the Nicaragua route. || It is to be observed, that, if other nations were to become parties to the enterprise, it was only on the joint invitation of both the United States and Great Britain; but the President regards the provision as lapsed by the failure to construct the canal, to which it referred, and by the fact before stated, that experience has shown, that no joint Protectorate for any canal across the isthmus is requisite. The canal, however, now in question is on the Panamá and not on the Nicaragua route. || The remaining subject of the Treaty is contained in the VIIIth Article, which relates to a canal or railway across the isthmus other than by the Nicaragua route, as by way of Tehuantepec or Panamá, and it is this provision of the Treaty which has occasioned this correspondence. The Article provides as follows: — || "The Governments of the United States and Great Britain having not only desired, in entering into this Convention, to accomplish a particular object" (to wit, the Nicaragua Canal, which at the date of the Treaty it was thought was about to be constructed), "but also to establish a general principle, they hereby agree to extend their protection, by Treaty stipulations, to any other communications, whether by canal or railway across the isthmus which connects North

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

and South America, and especially to the interoceanic communications, should the same prove to be practicable, whether by canal or railway, which are now proposed to be established by the way of Tehuantepec or Panamá." It is to be here observed, that the Government of the United States has a Treaty with New Grenada, now a part of the United States of Colombia, entered into in 1846, by which free transit is guaranteed to the citizens of the United States across the Isthmus of Panamá upon any mode of communication that may be constructed, subject to no duties or burdens but such as may be imposed upon citizens of New Grenada, and by which, in order to secure the tranquil and constant enjoyment of these advantages, the United States guaranteed, positively and efficaciously, *the perfect neutrality of the isthmus*, with the view, that free transit from sea to sea might not be interrupted or embarrassed, and also guaranteed the rights of sovereignty and property which New Grenada (now the United States of Colombia) had and possesses over said territory.

By this Treaty with New Grenada the United States claim to occupy a peculiar relation to the means of transit by railroad or canal across the isthmus, within the territories of the United States of Colombia, a relation which cannot justly be superseded by the intervention of other States without the consent of the United States, duly and properly obtained. A Protectorate of this kind is, like government, necessarily exclusive in its character, and implies a right and duty to make it effective. There may be a joint Protectorate engaged in by mutual Convention of different States; but the Protectorate itself must be a unit. The Treaty with New Grenada of 1846 still remains in full force. If Great Britain should desire to be united with the Government of the United States in that guaranty, of course it would require the consent of the United States of Colombia and of this Government, and a Convention to that end, the terms of which should be made agreeable to the parties. || Article VIII of the Clayton-Bulwer Treaty relates only to those projects *now* [1850] proposed to be established; and expressly contemplates some further "Treaty stipulation" on the part of Great Britain with the United States of America and New Grenada, now the United States of Colombia, before Great Britain can join the United States in the Protectorate of the canal or railway by the Panamá route. No such Treaty stipulation has been made, or has been proposed by Great Britain. Since the ratification of the Clayton-Bulwer Treaty, for thirty years the United States, under the Treaty of 1846 with New Grenada, has extended protection to the transit from sea to sea by the Panamá Railway. || Should Her Majesty's Government, after obtaining the consent thereto of the United States of Colombia, claim, under the Clayton-Bulwer Treaty, the right to join the United States in the protection of the existing Panamá Railway, or any future Panamá Canal, the United States would submit, that experience has shown, that no such joint Protectorate is requisite; that the Clayton-Bulwer Treaty is subject to the provisions of the Treaty of 1846 with New Grenada while it exists, which Treaty obliges the United

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

States to afford, and secures to it the sole Protectorate of any transit by the Panamá route; and if Great Britain still claimed the right to join in the Protectorate, the United States would then determine whether the "Treaty stipulations" proposed by Great Britain regulating that joint Protectorate were just, and, if so, whether the length of time during which Great Britain has concurred in the protection of the Panamá route under the Treaty with New Grenada has, or has not relieved the United States from any obligation to accept a proposal from the Government to join in the guarantee. || I may then state the President's views on the whole subject, which I do with an assurance, that they will meet with a candid consideration from Lord Granville, and with the hope, that they may be substantially concurred in by Her Majesty's Government.

The Clayton-Bulwer Treaty was concluded to secure a thing which did not exist, and which now never can exist. It was to secure the construction of a canal under the grant of 1849 from Nicaragua, that the United States consented to waive the exclusive and valuable rights which had been given to them; that they consented to agree with Great Britain, that they would not occupy, fortify, colonize, or assume dominion over any part of Central America; and that they consented to admit Her Majesty's Government at some future day to a share in the protection which they have exercised over the Isthmus of Panamá. || The Government and people of the United States, though rich in land and industry, were poor in money and floating capital in 1850. The scheme for a canal, even without the complications of the Mosquito Protectorate, was too vast for the means of the Americans of that day, who numbered then considerably less than one-half of their numbers to-day. They went to England, which had, what they had not, surrendered their exclusive privileges, offered an equal share of all they had in those regions, in order, as expressed in the VIIth Article of the Treaty, "that no time should be unnecessarily lost in commencing and constructing the said canal." Through no fault of theirs time was unnecessarily lost, the work was never begun, and the Concession failed.

The President does not think, that the United States are called upon, by any principle of equity, to revive those provisions of the Clayton-Bulwer Treaty which were specially applicable to the Concession of August 1849, and apply them to any other Concession which has been since or may hereafter be made. The conditions of 1882 are not those of 1852. The people of the United States have now abundance of surplus capital for such enterprises, and have no need to call upon foreign capitalists. The legislative branch of the Government of the United States may also desire to be free to place the credit of the United States at the service of one or more of these enterprises. The President does not feel himself warranted in making any engagement or any admission respecting the extinct provisions of the Clayton-Bulwer Treaty which would prevent or interfere with such a purpose. On the contrary,

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

frankness requires him to say that, as the persons who held the grant which the United States understood to be accepted by the two Governments under the provisions of the Treaty have not "carried out the proposed enterprise," the United Staates esteem themselves competent to refuse to afford their protection jointly with Great Britain to any other persons or company, and hold themselves free hereafter to protect any interoceanic communication, in which they or their citizens may become interested in such way as Treaties with the local sovereign Powers may warrant and their interests may require.

There are some provisions of the Treaty which the President thought might be advantageously retained. With this purpose the present correspondence was opened by the note to you of the 19th November last, in which these points were indicated. The President is still ready, on the part of the United States, to agree, that the reciprocal engagements respecting the acquisition of territory in Central America, and respecting the establishment of a free port at each end of whatever canal may be constructed, shall continue in force, and to define by agreement the distance from either end of the canal where captures may be made by a belligerent in time of war, and with this definition thus made to keep alive the second Article of the Treaty. He hopes, that Lord Granville on future consideration may not be averse to revising his opinion, that such agreements would not be beneficial. || To the suggestion made by Lord Granville at the close of his note of the 7th January, that the United States should take the initiative in an invitation to other Powers to participate in an agreement based upon the Convention of 1850, the President is constrained, by the considerations already presented, to say, that the United States cannot take part in extending such an invitation, and to state, with entire frankness, that the United States would look with disfavour upon an attempt at a concert of political action by other Powers in that direction. || It is not necessary to observe, that there is no provision of the Clayton-Bulwer Treaty which authorizes Great Britain to invite, or obliges the United States to accept, the aid of other nations to protect or to guarantee the neutrality of the Panamá route.

Fortunately, the want of harmony in the views of the two Governments can have at present no injurious influence. No canal yet exists across the isthmus, and in the natural course of events some time must elapse before one can be constructed; meanwhile, the points of divergence between Her Majesty's Government and that of the United States may disappear. The President hopes, that long before the subject becomes one of practical importance, Her Majesty's Government may be brought to see, that the interests of Great Britain and of the United States in this matter are identical, and are best promoted by the peaceful policy which he has marked out for this country. || In the meantime, the diversity of opinion which now exists will not in any wise impair the good understanding happily existing between the people and Governments of the United States and Great Britain. || You will read this

despatch to Lord Granville, and if he desires to have a copy of it, you may leave one with him. || I am, &c.

Nr. 7993. Vereinigte Staaten. 8. Mai 1882.

Fredk. T. Frelinghuysen.

---

## Nr. 7994. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (West). — Andere Auslegung des Artikels VIII des Clayton-Bulwer-Vertrages; Verletzung desselben durch die Engländer hat nicht stattgefunden; Bedürfniss zu einer Revision des Vertrages ist nicht vorhanden.

Foreign Office, December 30, 1882.

Nr. 7994. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

Sir, — You have already received, with my despatch of the 17th June last, a copy of the despatch addressed by Mr. Frelinghuysen to Mr. Lowell on the 8th May, by whom it was communicated to me on the 31st of that month, in which the views of the Government of the United States are expressed in great detail respecting the traditional Continental policy of that Government and the provisions of the Clayton-Bulwer Treaty.

Her Majesty's Government have not failed to give their most careful consideration to the important questions discussed in Mr. Frelinghuysen's communication, and I now proceed to convey to you the following remarks upon some of the principal points.

You will have observed, that three questions are raised by Mr. Frelinghuysen: —

1. The meaning and effect of Article VIII of the Clayton-Bulwer Treaty;

2. Whether such acts have been committed by Great Britain in British Honduras in violation of the Treaty as would entitle the United States to denounce it; and

3. The proposed conclusion of a fresh Agreement between the two countries, having for its object the retention and renewal of certain provisions of the Clayton-Bulwer Treaty, and the definition of the distance from either end of the proposed canal beyond which captures might be made by belligerents in time of war.

As regards the first point, Mr. Frelinghuysen renews Mr. Blaine's contention, that the Clayton-Bulwer Treaty had reference only to the interoceanic routes then in contemplation, and that Article VIII of that Treaty must be read subject to the provisions of the earlier Treaty of 1846 between the United States and New Grenada, which, as he alleges, secures to the United States the sole Protectorate of any route across the Isthmus of Panamá. || Her Majesty's Government are unable to accept that view. The routesi n contemplation at the date of the Clayton-Bulwer Treaty were those by way of the River San Juan and either or both of the Lakes of Nicaragua and Managua;

Nr. 7994. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

and Article I of the Treaty no doubt applied only to those routes. By that Article it was declared, that neither the one nor the other of the High Contracting Parties would ever obtain or maintain for itself any exclusive control over any ship-canal which might be constructed between the Atlantic and Pacific Oceans, by the way of the River St. Juan de Nicaragua and either or both of the Lakes of Nicaragua or Managua, to any port or place on the Pacific Ocean. || But by Article VIII the High Contracting Parties, after declaring, that they not only desired in entering into the Convention to accomplish a particular object, but also to establish a general principle, agreed "to extend their protection by Treaty stipulations to any other practicable communications (that is to say, other than those mentioned in Article I), whether by canal or railway, across the isthmus which connects North and South America; and especially to the interoceanic communications, should the same prove to be practicable, whether by canal or railway, which are now proposed to be established by the way of Tehuantepec or Panamá." || This is in effect an agreement, that all the prior provisions with reference to the protection of the particular ship-canal then in contemplation shall, in principle, be applied to any interoceanic ship-canal thereafter constructed. The contention of Mr. Frelinghuysen, that Article VIII "relates only to those projects *now* (1850) proposed to be established," is opposed to the terms of the Article, which expressly refers to any communications other than those mentioned in Article I, and *especially* to those then projected. It is also contended, that Article VIII "contemplates some future Treaty stipulation." But it is none the less an agreement because its application to any canal thereafter made is to be carried into effect by Treaty stipulations. || The general principle established by Article VIII of the Clayton-Bulwer Treaty was, that all communications by canal or railway between the Atlantic and Pacific Oceans, "across the isthmus which connects North and South America," should be established on the broad basis, that they should be for the general benefit of mankind, and that no country should, on any pretence whatever, reap an advantage which was not enjoyed by all who should be willing to extend their protection to such enterprises. || This "general principle" was not only fully admitted by General Cass in his note to Lord Napier of the 20th October, 1857, as pointed out to you in my despatch of the 14th January last, and in which General Cass said, that "the United States demanded no exclusive privileges in the interoceanic passages of the isthmus," but would always exert their influence to secure their free and unrestricted benefits both in peace and war to the commerce of the world; but it was actually carried out both by Great Britain and the United States in their subsequent Treaties with Honduras and Nicaragua, in which they respectively agreed to extend their protection and guarantee to the interoceanic communications therein mentioned, in order to insure equal treatment to all nations across those public highways, and to prevent the imposition of unfair discriminating duties in matters of commerce, or of unequal

Nr. 7994. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

transit dues. || I refer to the Treaties between Great Britain and Honduras of the 27th August, 1856, and between Great Britain and Nicaragua of the 11th February, 1860, and to the Treaties between the United States and Honduras of the 4th July, 1864, and between the United States and Nicaragua of the 21st June, 1867, which show, that Article VIII of the Clayton-Bulwer Treaty had reference to the protection and guarantee to be extended to *all* interoceanic communications, and not to any one particular scheme or schemes. || Moreover, the United States, in their Treaty with Nicaragua, not only "agreed to extend their protection to all such routes of communication (between the Atlantic and Pacific Oceans), and to guarantee the neutrality and innocent use of the same," but did further "agree to employ their influence with other nations to induce them to guarantee such neutrality and protection." || The Government of the United States having, therefore, since the conclusion of its Treaty of 1846 with New Grenada, entered into Treaties of a more recent date with Great Britain and other Powers, carrying out the "general principle" established by the Clayton-Bulwer Treaty, which is opposed to all idea of exclusive advantages in any interoceanic communication which may be constructed, they can hardly now appeal, without inconsistency, to their Treaty with New Grenada, as giving them exclusive rights of protection over the projected canal across the Isthmus of Panamá. || Moreover, there is nothing in the terms of the Treaty of 1846 which confers on the United States any exclusive right of protection, or which is inconsistent with the joint protection of Great Britain and the United States; and in the view, therefore, of Her Majesty's Government, the guarantee given by the United Stats to New Grenada in the Treaty of 1846 meant no more than the guarantee given by the United States, jointly with this country, in the Clayton-Bulwer Treaty of 1850, or the guarantees given by this country, by France and by the United States in their separate Treaties with Honduras and Nicaragua.

I now pass to the second point raised by Mr. Frelinghuysen, namely, whether such acts have been committed by Great Britain in British Honduras in violation of the Clayton-Bulwer Treaty as would entitle the United States to denounce it. It is alleged, that Great Britain has violated and continues to violate its provisions by exercising sovereignty over British Honduras, and treating that territory as a British Colony. || On this point it is important to refer to the following correspondence on the subject which took place at the time between Sir Henry Bulwer and Mr. Clayton: — || On the 29th June, 1850, Sir H. Bulwer handed to Mr. Clayton the following Declaration in writing: — || "In proceeding to the exchange of ratifications of the Convention signed at Washington on the 19th April, 1850, between Her Britannic Majesty and the United States of America, relative to the establishment of a communication by ship-canal between the Atlantic and Pacific Oceans, the Undersigned, Her Britannic Majesty's Plenipotentiary, has received Her Majesty's instructions to declare, that Her Majesty does not understand the

Nr. 7994. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

engagements of that Convention to apply to Her Majesty's settlement at Honduras, or to its dependencies. Her Majesty's ratification of the said Convention is exchanged under the explicit Declaration above mentioned.

Done at Washington, the 29th day of June, 1850.

H. L. Bulwer."

To this Mr. Clayton replied, on the 4th July, as follows: —

Department of State, Washington, July 4, 1850.

"Sir, — I have received the Declaration you were instructed by your Government to make to me respecting Honduras and its dependencies, a copy of which is herewith subjoined. || The language of Article I of the Convention concluded on the 19th day of April last, between the United States and Great Britain, describing the country not to be occupied, &c., by either of the parties, was, as you know, twice approved by your Government, and it was neither understood by them, nor by either of us (the negotiators) to include the British settlement in Honduras (commonly called British Honduras, as distinct from the State of Honduras), nor the small islands in the neighbourhood of that settlement, which may be known as its dependencies. To this settlement and these islands the Treaty we negotiated was not intended by either of us to apply. The title to them it is now and has been my intention, throughout the whole negotiation, to leave as the Treaty leaves it, without denying, affirming, or in any way meddling with the same, just as it stood previously. || The Chairman of the Committee on Foreign Relations of the Senate, the Hon. William R. King, informs me, that 'the Senate perfectly understood, that the Treaty did not include British Honduras.' It was understood to apply to, and does include, all the Central American States of Guatemala, Honduras, San Salvador, Nicaragua and Costa Rica, with their just limits and proper dependencies. The difficulty that now arises seems to spring from the use, in our Convention, of the term 'Central America' which we adopted because Viscount Palmerston had assented to it and used it as the proper term, we naturally supposing that, on this account, it would be satisfactory to your Government; but if your Government now intend to delay the exchange of ratifications until we shall have fixed the precise limits of Central America, we must defer further action until we have further information on both sides, to which at present we have no means of resort, and which it is certain we could not obtain before the term fixed for exchanging the ratifications would expire. It is not to be imagined, that such is the object of your Government; for not only would this cause delay, but absolutely defeat the Convention. || Of course, no alteration could be made in the Convention, as it now stands, without referring the same to the Senate; and I do not understand you as having authority to propose any alteration. But, on some future occasion, a conventional Article, clearly stating what are the limits of Central America, might become advisable. || There is another matter, still more important, which the stipulations of the Convention direct that we shall settle,

but which you have no instructions now to determine, and I desire you to invite the attention of your Government to it: — 'The distance from the two ends of the canal within which vessels of the United States or Great Britain, traversing the said canal, shall, in case of war between the Contracting Parties, be exempted from blockade, detention, or capture, by either of the belligerents.' The subject is one of deep interest, and I shall be happy to receive the views of your Government in regard to it as soon as it may be convenient for them to decide upon it. || I avail, &c.

John M. Clayton."

Sir H. Bulwer acknowledged the receipt of Mr. Clayton's despatch, on the same day, in the following words: —

British Legation, July 4, 1850.

"Sir, — I understand the purport of your answer to the Declaration, dated the 29th June, which I was instructed to make to you on behalf of Her Majesty's Government, to be, that you do not deem yourself called upon to mark out at this time the exact limits of Her Majesty's settlement at Honduras, nor of the different Central American States, nor to define what or what are not the dependencies of the said settlement, but that you fully recognize, that it was not the intention of our negotiation to embrace in the Treaty of the 19th April whatever is Her Majesty's settlement at Honduras, nor whatever are the dependencies of that settlement, and that Her Majesty's title thereto subsequent to the said Treaty will remain just as it was prior to that Treaty, without undergoing any alteration whatever in consequence thereof. || It was not the intention of Her Majesty's Government to make the Declaration I submitted to you more than a simple affirmation of this fact, and, consequently, I deem myself now authorized to exchange Her Majesty's ratification of the Treaty of the 19th April for that of the President of the United States. || I shall take the earliest opportunity of communicating to Her Majesty's Government the desire which you express to have determined the distance from the two ends of the canal within which vessels of the United States or Great Britain traversing the said canal shall, in case of war between the Contracting Parties, be exempted from blockade, detention, or capture, by either of the belligerents, and I will duly inform Her Majesty's Government of the interest which you take in this question. || I avail, &c.

H. L. Bulwer."

And finally on the 5th July Mr. Clayton signed the following Memorandum: — || "The within Declaration of Sir H. L. Bulwer was received by me on the 29th day of June, 1850. In reply, I wrote to him my note of the 4th July, acknowledging that I understood British Honduras was not embraced in the Treaty of the 19th April last, but, at the same time, carefully declining to affirm or deny the British title in their settlement or its alleged dependencies. After signing my note last night I delivered it to Sir Henry, and we immediately proceeded, without any further or other action, to ex-

Nr. 7994. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

change the ratifications of said Treaty. The consent of the Senate to the Declaration was not required, and the Treaty was ratified as it stood when it was made.

John M. Clayton."

To this Memorandum the following postscript was attached: — || "The rights of no Central American State have been compromised by the Treaty or by any part of the negotiation."

It would seem, then, to be opposed to all sound principle, that the United States should now claim to abrogate the Treaty of 1850 by reason of the existence of a state of things which has prevailed, to their knowledge, before as well as since its ratification, to which the Treaty was never intended to apply and notwithstanding the known existence of which they have more than once recognized the Treaty as subsisting. || It seems, indeed, to be suggested, that, at the time the Clayton-Bulwer Treaty was made, Honduras was only a British settlement under Spanish-American sovereignty, and that it has since been converted into a British possession, and that to this conversion the United States has never given its assent. || It is true, that, during the middle of the last century, the British settlement at Belize owed its existence to the permission of Spain, and that the colonists were gradually allowed to occupy the territory now called British Honduras, for the purpose only of cutting logwood and exporting mahogany; but it is also a matter of history that, when England and Spain were subsequently at war, an attack made by the forces of the latter on the British settlement was successfully repulsed; and, in consequence, from that time, British Honduras remained under the dominion of the British Crown. || When peace was signed, most of the British conquests from Spain were restored to her; but the settlement in Honduras, like that of the Falkland Islands, was not given up, and continued on the same footing as any other possession under the British Crown. || At the time of the abandonment by Spain of all her possessions in South America, she made no protest against the rights which the British Crown had acquired over Belive and British Honduras. || It is therefore clear, that the sovereignty of British Honduras was acquired by conquest, and was possessed by this country long prior to the time of the Clayton-Bulwer Treaty. I would observe, moreover, that the Preamble of the Postal Convention concluded at Washington on the 11th August, 1869, and in London on the 4th September of the same year, shows, that the United States have formally recognized British Honduras as being a "Colony" of Great Britain. || The Preamble of that Convention, which received the formal approval of President Grant on the same day on which it was signed at Washington, runs as follows: — || "The General Post Office of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the General Post Office of the United States of America, being desirous of establishing and maintaining an exchange of mails between the United States on the one side and the Colony of British Honduras on the other, by

Nr. 7994. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

means of the British mail-packet plying between New Orleans and Belize, the Undersigned, duly authorized for that purpose, have agreed upon the following Articles:" — || The contention, therefore, in Mr. Frelinghuysen's despatch, that "a settlement" has been converted into "a possession," and a material change thereby effected, in consequence of the employment of the word "possession" in the Treaty with Guatemala of 1859, cannot be supported consistently with the facts above stated.

As regards the third question, Mr. Frelinghuysen states, that "the President is still ready, on the part of the United States, to agree, that the reciprocal engagements respecting the acquisition of territory in Central America and respecting the establishment of a free port at each end of whatever canal may be constructed, shall continue in force, and to define by agreement the distance from either end of the canal where captures may be made by a belligerent in time of war, and, with this definition thus made, to keep alive the IInd Article of the Clayton-Bulwer Treaty." || A similar proposal respecting captures by belligerents, as already shown, was made to Her Majesty's Government by Mr. Clayton shortly after the conclusion of the Treaty of the 19th April, 1850, in fact, on the very day on which the ratifications were exchanged (4th July, 1850); and no objection was then offered by Her Majesty's Government to the conclusion of such an arrangement. || In a despatch which was addressed to Sir H. Bulwer by Viscount Palmerston on the 4th October, 1850, his Lordship stated: "With reference to your despatch of the 8th July last, requesting to be informed of the views of Her Majesty's Government as to the arrangement which remains to be agreed upon between Great Britain and the United States with regard to the limits within which vessels traversing the ship-canal between the Atlantic and Pacific Oceans are to enjoy exemption from blockade, detention, or capture, I have to acquaint you, that the Lords Commissioners of the Admiralty consider, that a segment of a circle of 25 nautical miles radius, drawn to seaward from each end of the canal, as from a centre, should be the limits within which vessels should enjoy the exemption in question," and on the substance of this despatch being communicated to Mr. Clayton at Boston, he informed Sir H. Bulwer, that the proposal appeared to him to be a fair one, although he added, that on his return to Washington, after receiving a written communication from Sir H. Bulwer on the subject, he would give him a more decided answer with respect to it. || On the 19th May of the following year, however, Sir H. Bulwer reported, that, although he had had conversations with Mr. Webster respecting the different points which then remained unsettled in regard to the Convention of the 19th April, his mind and time had been so occupied with a variety of other matters, that he had frankly confessed to him, that he had been unable, up to that time, to give that full attention to those subjects which would enable him to make what he should consider a satisfactory proposal concerning them. || Sir H. Bulwer then suggested to Lord Palmerston a plan

Nr. 7994. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

for the settlement of some of these disputed questions, and added: — || "Should your Lordship, under all the circumstances, be disposed to consider favourably this suggestion, the course which, after some consideration, I should be disposed to advise would be a new Treaty, supplementary to that of the 19th April, with Mr. Webster, settling, among other things, the distance from the two ends of the proposed canal at which, in case of war, neutrality should be observed." || No result was, however, arrived at.

The conclusions arrived at by Her Majesty's Government, after a careful consideration of the questions raised in Mr. Frelinghuysen's despatch, are, that the meaning and effect of Article VIII of the Clayton-Bulwer Treaty are not open to any doubt; that the British Government have committed no act in relation to British Honduras or otherwise which can invalidate that Treaty, and justify the Government of the United States in denouncing it; and that no necessity exists for renewing any of the provisions of that Treaty. || There might, perhaps, be advantages in defining by agreement the distance from each end of the canal within which no hostilities should be committed by belligerents, in order to maintain the freedom of the passage through the Panamá Canal, should that route be completed; and when the time approaches for its completion, Her Majesty's Government would, no doubt, be prepared to give its careful attention to the question of concluding an arrangement with that object, should such a proposal be made to them; but in the present stage of the enterprise, they conceive, that it would be premature to enter upon negotiations for that purpose. || I have not thought it necessary to allude in this despatch to the "traditional Continental policy" of the United States as laid down in what is commonly called the "Monroe Doctrine," since Mr. Frelinghuysen, in his note of the 8th May last, in which he explained the views which were entertained by his Government on that subject, admitted that Her Majesty's Government was not called upon either to admit or deny the views therein expressed. || You will state to Mr. Frelinghuysen, that Her Majesty's Government are animated by the most sincere desire to arrive at an amicable settlement of the questions which have given rise to this correspondence, and that they note with great satisfaction the friendly assurance, with which he concludes his despatch, that the diversity of opinion which now exists will not in any wise impair the good understanding happily existing between the people and Governments of the United States and Great Britain. || You will read this despatch to Mr. Frelinghuysen, and, if he should desire it, place a copy of it in his hands. || I am, &c.

Granville.

# Siebenbürgen.

## Nr. 7995. SIEBENBÜRGEN. — Rechtsgutachten der Münchener Juristenfacultät*) über die Rechtsfrage der sächsischen Nationsuniversität. Vom 24. November 1882.



Die Mitglieder der sächsischen Universität zu Hermannstadt, Herren Advokat Albert Arz, Gustav Kapp und H. Wittstock, haben mit Vorstellung vom 2. d. M. an die unterfertigte Juristenfacultät das Gesuch gerichtet, über nachfolgende Fragen ein Rechtsgutachten abzugeben:

1. Sind die vom Minister des Innern mit Erlass vom 19. November 1877 Z. 45968, beziehungsweise vom 13. Januar 1878 Z. 643, „genehmigten" Organisationsstatute der sächsischen Universität im Sinne des § 9 des XII. Gesetzartikels von 1876 formal rechtsgiltig zu Stande gekommen?

2. Ist die Universität als die auch durch den XII. G.-A. vom 1876 anerkannte Eigenthümerin des Universitätsvermögens (respektive als gesetzliche Repräsentantin des Eigenthümers) berechtigt, über dieses Vermögen allein zu verfügen, oder steht der Regierung auf Grund des ihr in diesem Gesetz eingeräumten Aufsichtsrechtes das Recht zu, nicht blos die Beschlüsse der Universität durch Verweigerung der Genehmigung jeder rechtlichen Wirkung zu entkleiden, sondern diese Beschlüsse auch meritorisch abzuändern und dadurch auch positive Verfügungen über das Vermögen zu treffen, z. B. eine von der Universität verweigerte Dotation einer Schule über eingelegten Rekurs zu bewilligen?

3. Kann die Universität rechtlich verhalten werden, eine solche Verfügung der Regierung zu vollziehen, und eine von der letztern gegen den beschlussmässig ausgesprochenen Willen der Universität bewilligte Dotation auszuzahlen?

4. Hat die Universität im Sinne des XII. G.-A. von 1876 noch die Verwaltung des Vermögens in ihren Händen, wenn der von der Regierung er-

*) Die Mitglieder des Spruchcollegiums der Facultät München sind die Herren ordentlichen und öffentlichen Professoren Dr. August Geyer, d. Z. Dekan, Dr. Joh. Jul. Wilh. v. Planck, k. Geheimer Rath, Dr. Paul v. Roth, Dr. Alois v. Brinz, Dr. Konrad v. Maurer, Dr. Karl Theodor Bolgiano, Dr. Ernst August Seuffert, Dr. Hermann von Scherer, Dr. Franz v. Holtzendorff, Dr. Josef Berchtold, Dr. Max Seydel.

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

nannte Obergespan (als Oberhaupt des Zentralamtes der Universität) alle Schriftstücke der Universität mit Ausschluss der Gegenzeichnung durch den der Universität verantwortlichen Sekretär allein zeichnet und die Beamten der Universität unbedingt verpflichtet sind, alle Befehle des Obergespans zu vollziehen?

Dieses Gutachten erstatten wir hiemit, wie folgt:

I.

Der XII. Gesetzartikel von 1876 über den Königsboden (Fundus regius), ferner über die Regulirung der Sachsen-Universität (universitas) sowie über das Vermögen der Universität und der sogenannten Sieben Richter hat zwei Zwecke im Auge. Dieselben sind aus dem Motivenbericht zum Entwurfe des Gesetzes zu entnehmen. Die sächsische Nationsuniversität, beziehungsweise deren Generalversammlung, hatte, so erörtern die Motive, in alter Zeit drei besondere Wirkungskreise: || 1. „Die Universität der sächsischen Nation als eine der in Siebenbürgen bestehenden drei politischen Nationen, übte jenes statutarische Recht auf dem Felde der Verwaltung und der Justizpflege, mit welchem dieselben bekleidet waren; sie konnte über die ungeschmälerte Erhaltung der sächsischen nationalen Vorrechte wachen, und || 2. bildete die Generalversammlung der Universität einen Hüter hinsichtlich Aufrechterhaltung der gesammten Verfassung; || 3. verfügte dieselbe über das Nationalvermögen.“ || Die Motive bemerken nun weiter, dass in Bezug auf den justiziellen Wirkungskreis die Zuständigkeit der sächsischen Nationsuniversität bereits aufgehört habe. Aber auch die, politische und administrative Rechte übenden Nationsversammlungen der sächsischen Nation könnten in Zukunft nicht mehr bestehen. Weder könnten die von einander getrennten sehr unregelmässigen Territorien des gesammten Königsbodens ein Municipium bilden, noch sei die Belassung der gegenwärtigen 11 gesonderten Municipien des Königsbodens in ihrem dermaligen Territorialbestande möglich. Ebensowenig gehe es an, dass diese 11 Municipien, gesondert bestehend, zusammen einen politischen Verband höheren Ranges bilden und unter Vorsitz des Sachsencomes als Generalversammlung der Vertreter des Königsbodens gleichsam als Staat im Staate existiren; letzteres insbesondere sei vom Standpunkte der Verwaltung und des Staatsinteresses unannehmbar. || Von diesen Erwägungen geleitet, bestimmt das Gesetz in § 1: Bei der Regelung der Municipalterritorien, worüber ein besonderes Gesetz verfügen wird, werden der Königsboden und die ihm benachbarten Territorien einer und derselben Rücksicht unterliegen. Nach Regelung der Territorien hören die für den Königsboden in Sachen der Administration bisher bestandenen Unterschiede auf. Und § 2 setzt bei, dass das Amt eines sächsischen Comes aufzuhören und der Titel auf den Obergespan des Hermannstädter Comitats als Präsident der Generalversammlung der Sachsen-Universität überzugehen habe. || Es bleibt hienach, so äussern sich die Motive, von dem früheren Wirkungskreise der sächsischen

Universität nichts übrig, als die Verfügung über das sehr beträchtliche sächsische Nationsvermögen und die Kontrole über die der Bestimmung desselben entsprechende Verwendung." Dieses Recht, so wird betont, müsse die sächsische Nationsuniversität auch in Zukunft behalten, wenn man sich nicht dem gerechten Vorwurfe aussetzen wolle, dass der Staat über das Privatvermögen von Einzelnen oder Gegenden eigenmächtig verfüge. Auf Grund dieser Auffassung sei jener Theil des Gesetzentwurfes entstanden, welcher auf die Nationsuniversität sowie auf das Vermögen der sächsischen Universität und der Sieben-Richter sich beziehe. || In der That bestimmt auch, hiemit im Einklang, der § 5 des Gesetzes: das betreffs des Vermögens der Sachsen-Universität bestehende Eigenthumsrecht bleibt durch dieses Gesetz unberührt. Die Fragen, welche über dieses Eigenthumsrecht etwa auftauchen könnten, werden durch richterliches Urtheil entschieden. || Der Zweck, welchen das Gesetz verfolgt und welchen es erreicht hat, lässt sich hienach in Kürze dahin bezeichnen, dass die Sachsen-Universität als öffentlichrechtliche Corporation aufhöre, als privatrechtliche Corporation dagegen fortbestehen solle. Dass nach Absicht des Gesetzes das Vermögen Corporationsvermögen bleiben, nicht etwa Stiftungsvermögen werden solle, erhellt aus § 6, wo „von der gesammten eigenthumsberechtigten Einwohnerschaft ohne Unterschied der Religion und Sprache" die Rede ist. || Aus dieser Eigenschaft des sächsischen Universitätsvermögens als Privateigenthum der Corporation ergiebt sich mit Nothwendigkeit, dass der eigenthumsberechtigten Körperschaft, beziehungsweise deren gesetzlicher Vertretung, bezüglich dieses Vermögens grundsätzlich alle jene Rechte zukommen müssen, welche dem Eigenthümer nach Civilrecht zustehen. „Als ein Recht betrachtet", sagt Artikel 354 des allg. bürgerlichen Gesetzbuchs, „ist Eigenthum das Befugniss, mit der Substanz und den Nutzungen einer Sache nach Willkür zu schalten und jeden Andern davon auszuschliessen." Eine Beschränkung dieser Dispositionsbefugnisse kann nur in soweit Platz greifen, als eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung dies verfügt. || Das Gesetz unterscheidet nun in §§ 3 mit 6 zwischen jenen von der Sachsen-Universität „manipulirten Fundationen", deren Verwendung nach Fundationalbestimmungen zu erfolgen hat, und den unter freier Verfügung stehenden Vermögenseinkünften. || Es enthält sodann bezüglich der Verfügung über das Vermögen in §§ 4 und 6 zwei Normen. || Die eine lautet dahin, dass das Vermögen der Sachsen-Universität nur zu culturellen Zwecken verwendet werden dürfe; die andere dahin, dass die unter freier Verfügung stehenden Einkünfte des Universitätsvermögens innerhalb der angegebenen Schranken zu Gunsten der gesammten eigenthumsberechtigten Einwohnerschaft, d. h., wie aus § 8 ersichtlich, der Einwohnerschaft des Königsbodens, ohne Unterschied der Religion und Sprache zu verwenden seien. || Die Verfügung der Universität über ihr Vermögen ist also nur in sofern gesetzlich eingeschränkt, als eine Verwendung desselben zu anderen als culturellen Zwecken unstatthaft ist, und als vom Genusse der unter freier Verfügung stehenden Einkünfte nicht ein-

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

zelne Classen der Bevölkerung des Königsbodens mit Rücksicht auf ihre Religion oder ihre Sprache ausgeschlossen werden dürfen, während bezüglich der oben erwähnten Fundationen solche Verfügungen unzulässig sind, welche den Fundationsbestimmungen zuwiderlaufen. Im Uebrigen aber kann die Universität über die Einkünfte ihres Vermögens nach ihrem Ermessen frei verfügen. || Das Gesetz ordnet sodann Einrichtung und Wirksamkeit der Vertretungsorgane der Universität. || In § 3 wird Folgendes vorausgeschickt: || Der Wirkungskreis der Sachsen-Universität (universitas) als eine ausschliesslich culturelle Behörde wird betreffs der Verfügung über das Universitätsvermögen, dann betreffs der nach Fundationalbestimmungen erfolgenden Verwendung der von ihr manipulirten Fundationen sowie betreffs der Kontrole über dieselben auch weiterhin aufrechterhalten. || In § 7 wird sodann als beschlussfassendes Organ für die Vermögensverwaltung der Universität die Generalversammlung der Sachsen-Universität bezeichnet. Dieselbe verfügt über das Vermögen im Sinne und innerhalb der Schranken der Fundationen sowie unter Wahrung des Aufsichtsrechtes der Regierung. || Die Generalversammlung besteht nach § 8 aus 20 gewählten Vertretern, dem Obergespan des Hermannstädter Comitates als Vorsitzendem und dem Universitäts-Secretär. Einen Vice-Präsidenten wählt die Versammlung aus ihrer Mitte. || Das vollziehende Organ der Universität ist nach § 16 das Centralbureau, welches die Angelegenheiten der Universität auf Grund der Generalversammlungsbeschlüsse leitet. Das Haupt des Bureau's ist der Präsident der Generalversammlung; die Beamten sind der Secretär und der Caissier der Universität. || Nach § 7 des Gesetzes soll die Verwaltung des Universitätsvermögens unter der Aufsicht der Regierung stehen. Dieses Aufsichtsrecht kommt durch folgende weitere gesetzliche Bestimmungen zur Geltung. || 1. Nach § 9 Absatz 2 bedürfen die von der ersten Generalversammlung festzustellenden Berathungsnormen für die Universitätsversammlung und Geschäftsordnung für das Centralbureau der Genehmigung des Ministers des Innern. || 2. Nach § 12 werden die Beschlüsse der Universitätsversammlung im Allgemeinen nach Gutheissung des Ministers des Innern oder, in sofern sie sich auf Sachen der öffentlichen Bildung beziehen, nach Genehmigung Seitens des Cultus- und Unterrichtsministers Geltung erlangen. § 13 bestimmt das Nähere über die Erholung dieser Genehmigung. || 3. Nach § 14 hat der Präsident, wenn die Generalversammlung nach seiner Meinung ihren Wirkungskreis überschritten hat oder wenn er die Ordnung nicht aufrechterhalten kann, das Recht zur Aufhebung, beziehungsweise Vertagung der Sitzung. || Weder das Gesetz selbst, noch der Motivenbericht giebt eine nähere Erläuterung darüber, was unter dem Aufsichtsrechte der Regierung zu verstehen sei. || Indessen ist dieser Begriff nichtsdestoweniger mit Sicherheit zu ermitteln. Es darf angenommen werden, dass, nachdem es sich hier um die Aufsicht über eine Verwaltung aus Gründen staatlichen Interesses handelt, der Ausdruck in seinem gewöhnlichen staatsrechtlichen Sinne gebraucht sei. Bestätigt wird dies dadurch, dass § 8 des Gesetzes das Aufsichtsrecht

der Regierung dem Verfügungsrecht der Universität entgegengestellt. Es ist also jenes Aufsichtsrecht gemeint, durch welches die Selbstverwaltung kontrolirt wird. Der Inhalt des Aufsichtsrechtes im allgemeinen staatsrechtlichen Sinne und abgesehen von weitergehenden positiven Rechtsvorschriften ist aber der, dass kraft desselben gesetzwidrige Handlungen verhindert werden können, nicht dagegen der, dass kraft desselben in eine gesetzmässig geführte Verwaltung eingegriffen werden darf. || In diesem Sinne sagt z. B. Art. XVI Absatz 1 des österreichischen Reichsgesetzes über das Gemeindewesen vom 5. März 1862: die Staatsverwaltung übt das Aufsichtsrecht über die Gemeinden dahin, dass dieselben ihren Wirkungskreis nicht überschreiten und nicht gegen die bestehenden Gesetze vorgehen. || Im vorliegenden Falle ist es klar, dass, wenn das Gesetz der Sachsen-Universität das Eigenthum ihres Vermögens und der Generalversammlung der Sachsen-Universität die Verfügung über dieses Vermögen zuschreibt, der Inhalt des Aufsichtsrechtes der Regierung kein solcher sein kann, welcher jenes Eigenthums- und Verfügungsrecht wieder aufhebt. Es kann, wenn anders die Dispositionen des Gesetzes einen vernünftigen Sinn haben sollen, die Regierung über das Vermögen der Universität niemals selbst verfügen, sondern nur solche Verfügungen verhindern dürfen, welche den Gesetzen oder Fundationsbestimmungen zuwiderlaufen. Denn die Verfügung über das Vermögen ist Sache des Eigenthümers, beziehungsweise seines Vertreters; die Regierung aber ist weder Eigenthümerin noch Vertreterin des Eigenthums. || Daraus folgt, dass überall da, wo das Gesetz die Beschlüsse der Generalversammlung an die Genehmigung des Ministers bindet, es hiemit unmöglich den Sinn verknüpfen kann, es solle in der Willkür des Ministers liegen, ob er die Beschlüsse genehmigen wolle oder nicht. Diese Genehmigung kann nur als eine aufsichtliche Genehmigung verstanden werden. Hienach wird die Versagung der Genehmigung eines ihm vorgelegten Beschlusses Seitens des Ministers nur dann eintreten dürfen, wenn derselbe den Beschluss gesetzwidrig findet, nicht aber dann, wenn er lediglich subjectiv mit demselben nicht einverstanden ist. Noch viel weniger aber wird der Minister rechtlich in der Lage sein, unter dem Titel der Genehmigung den ihm gut scheinenden Beschluss zu erzwingen oder an Stelle der ihm nicht zusagenden Verfügung eine andere zu setzen. Ein derartiges Verfahren wäre keine Handhabung der Staatsaufsicht, sondern eine Negation des Eigenthumsrechtes. || Die Auslegung des Gesetzes von 1876 in einem Sinne, der das letztere Gebahren als ein rechtmässiges erscheinen liesse, ist abgesehen davon, dass sie dem anerkannten Begriffe der Aufsicht widerspricht, auch aus innern Gründen unmöglich. Sie würde die Loyalität des Gesetzgebers gegenüber dem im Motivenbericht betonten Satze, dass der Staat, welcher über das Privatvermögen von Einzelnen oder Gegenden eigenmächtig verfügt, sich gerechtem Vorwurfe aussetze, in geradezu beleidigender Weise anzweifeln. Ein derartiger Zweifel ist um so weniger gestattet, als die Bestimmungen des Gesetzes zum Theile geradezu auf die Annahme aufgebaut sind, dass dasselbe einen loyalen Vollzug finden

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

werde. Nach § 12 ist ein Beschluss der Universitätsversammlung, welchem die ministerielle Genehmigung verweigert wird, formell unwirksam. Die blosse Thatsache, dass die Genehmigung versagt wurde, genügt, um den Beschluss nicht zur Rechtswirksamkeit gelangen zu lassen. Aber indem das Gesetz diese einschneidende Gewalt in die Hände des Ministers legte, hat es ihn gewiss nicht von der Verpflichtung befreien wollen, diese seine Gewalt in gesetzlicher Weise, nicht nach Willkür zu handhaben. Das Gesetz ist lediglich davon ausgegangen, dass ein anderer als ein gesetzlicher Gebrauch des Genehmigungsrechtes vom Minister nicht zu erwarten sei. Soweit nun aber auch dem Gesagten zufolge das Gesetz in der Bemessung der ministeriellen Befugnisse gegangen ist, die Befugniss hat es dem Minister unstreitig nicht verliehen, Beschlüsse zu genehmigen, welche die Generalversammlung nicht gefasst hat.

II.

Auf der Grundlage dieser allgemeinen Erörterungen kann nunmehr in die rechtliche Würdigung jener Vorgänge eingetreten werden, auf welche die erste der gestellten Fragen sich bezieht.

> Die Bestimmung des § 9 Absatz 2 des Gesetzes: || Die auf Grund dieses Gesetzes zu bildende Generalversammlung stellt unter Genehmigung des Ministers des Innern die Berathungsnormen der Universitätsversammlung und Geschäftsordnung des Centralamtes der Universität fest",

gab zu folgenden Verhandlungen Anlass. || Von der Generalversammlung der Universität wurden in den Sitzungen vom 19., 20., 26. und 27. April, dann 2. Mai 1877 die fraglichen Vorschriften für die Generalversammlung und das Centralamt berathen und festgestellt. Sie gelangten nebst einem in der Sitzung vom 2. Mai 1877 beschlossenen Einbegleitungsberichte beim k. u. k. Minister des Innern in Vorlage. || Ein Erlass des genannten Ministers vom 14. Juli 1877 beanstandete die Organisations-Entwürfe in einer Reihe von Punkten und forderte die Gneralversammlung zur Umarbeitung und erneuten Vorlage der Entwürfe an den Minister auf. || Bei der zu diesem Zwecke berufenen ausserordentlichen Generalversammlung kam es sofort in der Sitzung vom 15. September 1877, in welcher die Verhandlungen über die von einer Commission neu bearbeiteten Statuten-Entwürfe beginnen sollten, zu einer Differenz zwischen dem Vorsitzenden und der Mehrheit der Versammlung. | Ersterer bestritt der Versammlung das Recht, solche Bestimmungen der Entwürfe, welche vom Minister nicht beanstandet und daher genehmigt worden seien, neuerlich in Berathung zu nehmen und abzuändern. Er könne also eine Berathung und Beschlussfassung über solche Punkte nicht gestatten. || Den Antrag eines Abgeordneten, eine Commission einzusetzen, um eine Vorstellung beim Ministerium des Innern gegen dieses Verbot auszuarbeiten, liess der Vorsitzende nicht zu. || Derselbe Abgeordnete erklärte dann, dass er das Vorgehen des Vorsitzenden für ungesetzlich halte, gegen das ausgesprochene Verbot protestire und sich gegen alle daraus fliessenden Folgen verwahre. Er

erklärte ferner, dass er mit den Commissionsvorlagen einverstanden sei, in eine Verhandlung derselben aber nicht eintrete, nachdem durch das Verbot des Vorsitzers eine freie Berathung und Beschlussfassung über die organischen Entwürfe unmöglich gemacht werde. || Als alle anwesenden Mitglieder mit Ausnahme eines einzigen sich dieser Erklärung angeschlossen hatten, hob der Vorsitzende auf Grund des § 14 des XII. Gesetzartikels von 1876 die Sitzung auf und vertagte die Verhandlung auf den 17. gleichen Monats. In der Sitzung vom 17. September 1877 gaben, nachdem der Vorsitzende den von ihm eingenommenen Standpunkt abermals betont hatte, sämmtliche anwesenden Abgeordneten mit Ausnahme von zweien eine Erklärung ab, deren Hauptinhalt folgender ist: || Das Verbot des Vorsitzenden, die Ausschussvorlagen, so wie sie seien, zum Gegenstande der Berathung zu machen, sei ungerechtfertigt; denn der Ministerialerlass vom 14. Juli enthalte keinerlei Genehmigung irgend eines Theils der Organisationsentwürfe. Es seien überdies die Beanständungen des Ministers von der Art, dass nur durch eine Umarbeitung der Statute im Ganzen denselben Rechnung getragen werden könne. Da nun der Universität nicht gestattet werde, ein ihrer Ueberzeugung entsprechendes, in sich selbst übereinstimmendes Gesammtoperat zu liefern, so sei sie in der freien Ausübung des ihr nach § 9 des XII. Gesetzartikels von 1876 zustehenden Rechts willkürlich behindert. Die Unterzeichner der Erklärung könnten daher in eine so gesetzwidrig beschränkte und ihrer Freiheit beraubte Debatte nicht eintreten. || Das Verbot des Vorsitzenden, den Antrag auf Einsetzung einer Commission zur Entwerfung einer Beschwerde an den Minister zu verhandeln, sei gleichfalls gesetzwidrig; denn es entziehe der Generalversammlung das jedem Staatsbürger zustehende Recht, gegen die Maassregelung durch einen Regierungsbeamten höhern Orts Schutz zu suchen. Die Berufung des Vorsitzenden auf § 14 des XII. G.-A. von 1876 sei hinfällig, da weder die Ordnung gestört worden sei, noch die Generalversammlung einer Ueberschreitung ihres Wirkungskreises sich schuldig gemacht habe. || Die Unterzeichner erklärten schliesslich, dass sie den von der Commission vorgelegten Organisationsentwürfen sammt deren Einbegleitungsberichte nach ihrem vollen Inhalte ihre Zustimmung ertheilten. || Als sodann der Antrag eines Abgeordneten, in die Spezialdebatte über die vom Minister beanständeten Punkte einzutreten, mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt worden war, vertagte der Vorsitzende abermals auf Grund des § 14 des XII. Gesetzartikels von 1876 die Versammlung auf 14 Tage behufs Einholung ministerieller Entscheidung. || Diese Entscheidung erfolgte durch einen Erlass vom 5. Oktober 1877. Der Minister erklärt hierin, dass die Universität dem Auftrage vom 14. Juli nicht entsprochen habe, weil das Commissionsoperat, über welches übrigens kein rechtsgiltiger Beschluss der Generalversammlung vorliege, sich nicht auf die in dem Erlasse vom 14. Juli gemachten Bemerkungen beschränke, sondern mehrere wesentliche Veränderungen nicht beanständeter Punkte enthalte. Gleichwohl wolle der Minister in eine Prüfung des Operates eingehen. Der

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

Erlass unternimmt sodann eine Kritik der Entwürfe und schliesst mit folgendem Satze: || „Hiernach fordere ich die sächsische Nationsuniversität ernstlich auf, wegen Geltendmachung der in Frage stehenden Organisationsentwürfe gemäss den gemachten Bemerkungen Anstalt zu treffen und über deren Vollzug unter Vorlage je eines Exemplars der richtiggestellten Entwürfe unverzüglich mir Bericht zu erstatten, wobei ich zur Nachachtung unter Einem bemerke, dass, ob der ursprüngliche, ob der von der Siebener-Commission ausgearbeitete neue Entwurf zur Grundlage der Berathung angenommen wird, dieselben nur aus dem Gesichtspunkte der gemachten Bemerkungen zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden können, woraus folgt, dass weiterhin weder für Aufnahme neuer Paragraphen, noch für Auslassung oder neue Textirung der bereits genehmigten Abschnitte Raum gegeben wird."

An diesen ministeriellen Erlass reihten sich folgende Vorgänge: || In der Sitzung der Generalversammlung vom 16. Oktober 1877 wurde der Erlass durch den Vorsitzenden bekanntgegeben. Der Vorsitzende bemerkte zugleich, dass er über die Einhaltung des oben verlesenen Erlasses zu wachen habe und dass er demgemäss frage, ob die Generalversammlung den ursprünglichen oder den zweiten Statuten-Entwurf zur Grundlage der Verhandlung nehmen wolle, wobei er jedoch im Vorhinein erkläre, dass er bei der Verhandlung keine mit den ministeriellen Verfügungen in Gegensatz tretenden Anträge zulassen werde. || Der Ministerialerlass wurde hierauf der frühern Commission zur schleunigen Berichterstattung zugewiesen. || In der Sitzung vom 21. October 1877 eröffnete der Vorsitzende der Versammlung, die Commission habe als Erledigung des ihr ertheilten Auftrages den Entwurf einer Vorstellung an den Minister des Innern vorgelegt, worin ausgeführt werde, dass es der Generalversammlung unmöglich sei, die Statute in allen Punkten nach den Anforderungen des Ministers einzurichten und unter den im Erlasse ausgedrückten Beschränkungen in eine neuerliche Berathung der Statute einzutreten; es werde daher gebeten, nachdem die Entwürfe der Siebener-Commission einer ordnungsmässigen Berathung in der Generalversammlung noch nicht unterzogen worden seien, im Sinne der §§ 9 und 16 des XII. Gesetzartikels von 1876 die unbeschränkte Berathung und Beschlussfassung über die Organisationsstatute der sächsischen Universität und die Vorlage der hieraus hervorgehenden Beschlüsse zu gestatten. || Hiernach habe, so fügte der Vorsitzende bei, die Commission der ausdrücklich ertheilten ministeriellen Weisung nicht entsprochen, und er könne daher eine Verhandlung über das Commissionsoperat nicht zulassen. || Dagegen stellte er die Frage, ob die Generalversammlung die ursprünglichen Organisationsentwürfe oder die des Siebener-Ausschusses mit Beachtnng der dazu gemachten ministeriellen Bemerkungen und Weisungen zur Grundlage der Verhandlungen annehmen wolle. || Ein Abgeordneter erklärte hierauf seine und aller seiner Gesinnungsgenossen Zustimmung zu der von der Commission entworfenen Vorstellung, welcher Erklärung die Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen sich anschloss. || Der Vorsitzende eröffnete nunmehr der Versamm-

lung, dass er nöthigenfalls die Statute auch von einer Minderheit werde festsetzen lassen, um der klaren Weisung des Ministers nachzukommen. || Er fordere daher diejenigen Mitglieder der Generalversammlung, welche entschlossen seien, entweder die ursprünglichen Organisationsentwürfe der Universität oder die Entwürfe der Siebener-Commission genau nach Weisung des Ministers abzuändern, zur Erklärung hierüber auf. Die zwei Abgeordneten der Minderheit und der Schriftführer entsprachen diesem Ansinnen; die übrigen 12 Abgeordneten protestirten. || Der Vorsitzende lud nun die Generalversammlung zur Aeusserung darüber ein, welches der beiden bezeichneten Operate als Grundlage der Berathung angenommen werden wollte. Einer der Abgeordneten der Minderheit beantragte, die Operate der Siebener-Commission unter theilweiser Zuhilfenahme des ursprünglichen Operats zu wählen. || Der Antrag wurde mit 12 gegen 2 Stimmen verworfen. || Der Vorsitzende sprach nun aus: || Aus der Abstimmung erhelle, dass die Mehrheit dabei beharre, die Verhandlung nach Maassgabe der ministeriellen Weisung abzulehnen. An Diejenigen, welche sich bereit gezeigt hätten, in die Verhandlung einzutreten, richte er daher nunmehr die Aufforderung, die Organisationsentwürfe, selbstverständlich unter genauer Beachtung der ministeriellen Verfügungen, bald auszuarbeiten und ihm vorzulegen, damit dieselben in einer Sitzung der Generalversammlung zum Vortrag gebracht würden. || In der Sitzung vom 25. Oktober 1877 kamen die von den zwei Abgeordneten der Minderheit gefertigten Operate zur Verlesung. || Der Vorsitzende stellte hierauf die Vorfrage, ob die Versammlung in die Detailberathung dieser Entwürfe, selbstverständlich unter genauester Beachtung der ministeriellen Erlasse, eintreten wolle, was mit 12 gegen 2 Stimmen verneint wurde. || Der Vorsitzende fuhr sodann fort: Da die Mehrheit durch diese Abstimmung neuerdings erklärt habe, dass sie sich den Weisungen des Ministers nicht fügen wolle, so werde er das Minderheits-Operat sowie die „Sondermeinung" der Mehrheit und das Operat der Siebener-Commission gleichzeitig dem Minister des Innern vorlegen, damit derselbe von allen Vorgängen Kenntniss erhalte. || Der Antrag der Abgeordneten auf Absendung einer Beschwerde-Deputation an das Ministerium, eventuell an das kaiserliche Hoflager, wurde vom Vorsitzenden nicht zugelassen und die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit, bis zum Herablangen höherer Weisungen, vertagt. Auf den Bericht des Obergespans des Hermannstädter Comitats als Comes der Sachsen erging unterm 19. November 1877 ein ministerieller Bescheid folgenden Inhalts: || Die Mehrheit der Generalversammlung habe ihrer gesetzmässigen Aufgabe nicht entsprochen und dadurch den Vorsitzenden in die Zwangslage gebracht, den ministeriellen Verordnungen durch die gegenwärtig gewesene Minderheit Geltung zu verschaffen. Die Mehrheit der Generalversammlung berufe sich zwar auf § 9 des XII. G.-A. von 1876. Nach diesem Paragraphen, so sage sie, komme die Feststellung der Statute der Universität mit Genehmigung des Ministers zu; der Minister habe somit die vorgelegten Operate nur entweder genehmigen oder nicht genehmigen dürfen; zur Vornahme von

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

Modificationen sei er nicht berechtigt und daher die Generalversammlung auch nicht in der Lage gewesen, den ihr ertheilten Aufträgen Folge zu geben. || Dem entgegen führt der Minister wörtlich Nachstehendes aus: „Diese Argumentation der Majorität der Generalversammlung beruht jedoch nicht auf dem Gesetz und kann auch deshalb nicht Platz greifen, weil es ein natürlicher Ausfluss des Genehmigungs-Wirkungskreises ist, dass diejenige Behörde, welcher das Ueberwachungs- und Ausbeutungsrecht der Genehmigung gebührt, zugleich auch die Genehmigung an Bedingungen knüpfen und innerhalb der Schranken des Gesetzes und aus Rücksicht auf ihre Ansprüche an Zweckmässigkeit und ein richtiges Verfahren diejenigen Modificirungen festsetzen darf, von deren Ausführung die Ertheilung der Genehmigung abhängt. || In dieser Interpretation liegt der praktische Werth des der Regierung gehörigen Wirkungskreises in Beziehung auf Oberaufsicht und Ueberwachung, und in diesem Sinne wird derselbe auch thatsächlich gegenüber sämmtlichen Jurisdictionen des Landes geübt, ohne dass es auch nur einer einzigen eingefallen wäre, gegen einen derartigen Gebrauch des Oberaufsichtsrechtes der Regierung eine Einwendung zu machen. || Da die von mir zu den ursprünglichen Statuten-Entwürfen gemachten Bemerkungen aus dem obenangeführten Gesichtspunkte insgesammt begründet sind, so folgt daraus, dass sich die Generalversammlung in dieselben hätte fügen sollen, und dass die Majorität der Generalversammlung in dem Momente von der Bahn der Gesetzlichkeit abgewichen ist, als sie der Ausführung der gemachten Bemerkungen sich entgegenstemmte und, indem sie die pflichtgemässe Umgestaltung der Organisationsstatute in Gemässheit der erhaltenen Weisungen verweigerte, selbst die Nothwendigkeit zur Anwendung des oberwähnten Ausnahmsverfahrens herbeigeführt hat. || Dadurch, dass die in meinen erwähnten Verordnungen bezeichneten Aenderungen in den Organisirungs-Statuten nicht durch die Majorität, sondern durch die Minorität der Generalversammlung ausgeführt worden, wird die Gesetzlichkeit jener Aenderungen auch nicht im Mindesten geschwächt; denn indem die Majorität durch ihr erwähntes widersetzliches Verhalten die Ausübung des ihr durch das Gesetz gewährten Rechtes freiwillig abgelehnt hat, hat sie selbst auf diese Weise das gesetzliche Vertretungsrecht der Generalversammlung der Minorität überlassen, und war daher auf diese Weise die Minorität im Namen der Generalversammlung berufen, die fraglichen Organisationsentwürfe innerhalb der Schranken meiner Bemerkungen und im Geiste derselben zu verhandeln, und sie hat in Folge dessen die Organisirungsvorschläge, von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch machend, in der durch den Vorsitzer der Generalversammlung mir gleichzeitig unterbreiteten Gestalt festgestellt. || Eben deshalb und indem ich das oben skizzirte, ungesetzliche und unschickliche Verhalten der Majorität der Generalversammlung unter entschiedener Zurückweisung der in ihrer dem Berichte beigelegten Aeusserung enthaltenen Verwahrung missbillige und gleichzeitig das durch den Vorsitzer der Generalversammlung mir unterbreitete Operat der Minorität als den nothwendigen Ausfluss des oben geschilderten

Nr. 7095. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

Verhaltens der Majorität wie eine Entschliessung der Generalversammlung annehme, genehmige ich die in dem Operat dieser Minorität enthaltenen, den Bemerkungen in meinen unter Z. 23308 und 39980 erflossenen Verordnungen dieses Jahres grösstentheils entsprechenden Bestimmungen kraft des durch das Gesetz mir verliehenen Rechtes im Allgemeinen." || Bezüglich des Statutes über die Geschäftsbehandlung des Universitätsamtes fand der Minister noch Berichtigungen erforderlich und beauftragte die Universität, dieselben im Texte des Statuts auszuführen, alsdann aber das richtig gestellte Statut zur definitiven Bestätigung vorzulegen. || Nachdem in der Sitzung der Generalversammlung vom 15. Dezember 1877 die Abgeordneten der Mehrheit gegenüber dem Ministerialerlasse ihren frühern Standpunkt in einer Erklärung vertreten hatten, wiederholten sich bezüglich des oben erwähnten Statuts für das Centralamt in dieser und der folgenden Sitzung die früheren Vorgänge. Die endgiltige Bestätigung des Elaborates der Minderheit erfolgte durch Ministerialerlass am 13. Januar 1878.

Angesichts der geschilderten Vorgänge richten nun die Herren Gesuchsteller an uns die Frage: || Sind die vom Minister des Innern mit Erlass vom 19. November 1877 Z. 45968, beziehungsweise vom 13. Januar 1878 Z. 463, genehmigten Organisationsstatute der sächsischen Universität im Sinne des § 9 des XII. G.-A. von 1876 formell rechtsgiltig zu Stande gekommen?

Diese Frage ist zu verneinen und zwar aus folgenden Gründen: „Nach dem angeführten § 9 setzt die Generalversammlung der Sachsenuniversität die in Rede stehenden Organisationsstatute unter Genehmigung des Ministers des Innern fest. || Abgesehen von dem, was zu Eingang dieses Gutachtens über den materiellen Inhalt des ministeriellen Genehmigungsrechtes erörtert wurde, lässt der Wortlaut des Gesetzes in formeller Beziehung jedenfalls so viel ausser Zweifel, dass Gegenstand der ministeriellen Genehmigung jedes Statut als Ganzes ist. Es hat dies auch seine gute innere Berechtigung. Ein Organisationsstatut kann selbst des organischen Zusammenhanges nicht entbehren, und eine Behandlung desselben als ein Aggregat gesondert neben einander stehender Vorschriften ist der Natur der Sache nach unmöglich. Eine Analogie für diesen Gedanken bietet die Gesetzgebung in manchen Staaten, welche den Körpern der Selbstverwaltung den Erlass von Polizeiverordnungen anheimgiebt und sie hiebei an die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde bindet. Der Aufsichtsbehörde wird hier nicht verstattet, aus dem Zusammenhange der Verordnung heraus das Eine zu genehmigen, das Andere zu beanstanden, sondern es wird ihr nur zwischen Genehmigung und Nichtgenehmigung der ganzen Verordnung die Wahl gelassen. Was hier für Anordnungen polizeilicher Natur verfügt wird, hat um so grössere Berechtigung bei solchen statutarischen Bestimmungen, die nicht kraft übertragener öffentlich rechtlicher Functionen, sondern kraft der Dispositionsbefugniss des Eigenthümers erlassen werden. Es ist allerdings richtig, wie der Ministerialerlass vom 19. November 1877 ausführt, dass die Behörde, welcher das Recht der Genehmigung

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

zusteht, die Genehmigung auch an Bedingungen knüpfen könne. Allein dieser Satz bedarf nach einer doppelten Richtung näherer Präcisirung. || Fürs erste nämlich ist klar, dass die Genehmigung nicht an jede beliebige Bedingung gebunden werden kann. Nur solche Momente, deren Mangel zur Versagung der Genehmigung berechtigt, können Gegenstand der Bedingung sein. Im gegebenen Falle kann also, dem früher Erörterten zufolge, Gegenstand der Bedingung nur die Beseitigung von Bestimmungen sein, die dem Gesetze zuwiderlaufen, nicht aber, wie es der Erlass vom 19. November 1877 will, alles, was etwa dem Minister zweckmässig erscheint. Wenn sich der Erlass dabei auf die Willfährigkeit aller Jurisdictionen des Landes gegenüber einer ähnlichen Handhabung des Genehmigungsrechtes beruft, so vergisst er, dass er hier nicht einer Jurisdiction, sondern einem sein Eigenthum verwaltenden Eigenthümer gegenübersteht, dass also die herangezogene Analogie in keiner Weise passt. || Fürs zweite kommt auch, abgesehen davon, wie man den materiellen Umfang des Prüfungs- und Genehmigungsrechtes auffasst, weiter in Betracht, dass eine bedingte Genehmigung nicht den Sinn hat, es werde jetzt genehmigt, wenn künftig die Bedingung erfüllt werde, sondern es werde nach Erfüllung der Bedingung die Genehmigung ertheilt werden. Es ist dies eine nothwendige Consequenz der Untheilbarkeit des Genehmigungs-Objectes. || Ist dies richtig, dann lösst sich die bedingt ertheilte Genehmigung rechtlich in Folgendes auf: Die der Genehmigung unterbreitete Vorlage wird nicht genehmigt; einer neuen, den gesetzten Bedingungen entsprechenden Vorlage wird die Genehmigung in Aussicht gestellt. Die bedingte Genehmigung giebt also Demjenigen, welcher die Vorlage gemacht hat, die völlige Freiheit seiner Entschliessungen zurück. Die geschehene Vorlage ist als non avenue zu betrachten, und es bleibt dem Betreffenden anheimgegeben, mit einer völlig neuen Vorlage sein Glück zu versuchen. || Der ministerielle Erlass vom 14. Juli 1877 berechtigt auch in der That mit keiner Silbe zu dem Schlusse, dass der Minister der Generalversammlung der sächsischen Universität in dieser Beziehung eine Beschränkung auferlegen wolle. Erst in dem späteren Erlasse vom 5. October, durch welchen das Verfahren des Vorsitzenden der Versammlung gebilligt wurde, kam diese Absicht zum Ausdrucke. Die Generalversammlung hat sich mit Recht geweigert, einem derartigen, mit den Bestimmungen des Gesetzes in Widerspruch stehenden Zwange, welcher sie der Freiheit der Beschlussfassung beraubte, sich zu fügen. || Eine noch offensichtlichere Rechtsverletzung aber liegt in der Art und Weise, wie sich die Ministerialerlässe vom 12. December 1877 und 13. Januar 1878 die Objecte für die Ertheilung der dort ausgesprochenen Genehmigungen beschafft haben. Es ist völlig zutreffend, wenn in der Erklärung der Mehrheit der Generalversammlung vom 15. Dezember 1877 gesagt wird, der Minister habe bestätigt, was die Generalversammlung der sächsischen Universität nicht beschlossen habe. Man kann unter Umständen darüber zweifeln, ob der Wille einer Corporation oder Corporations-Vertretung durch den einstimmigen Beschluss aller Mitglieder

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

oder durch den Beschluss der Mehrheit repräsentirt werde; aber nach keinem Rechte ist es erhört, dass er in dem Beschlusse der Minderheit sich darstelle. Wenn der Ministerialerlass vom 19. November 1877 ausführt, die Mehrheit habe durch ihr widersetzliches Verhalten die Ausübung ihres gesetzlichen Rechtes freiwillig abgelehnt, auf diese Weise das gesetzliche Vertretungsrecht der Minderheit überlassen, und letztere sei daher zur Beschlussfassung Namens der Generalversammlung befugt gewesen, so können diese Ausführungen auf die Bezeichnung rechtlicher Deductionen keinen Anspruch erheben. Für die Beschlussfassung im Sinne des § 9 des Gesetzes kommt nur die Generalversammlung als solche, nicht eine Mehrheit oder Minderheit derselben in Betracht; nicht das Votum Einzelner, sondern nur das Votum der Versammlung kann Gegenstand einer Genehmigung sein. Die Weigerung der Mehrheit, einen Beschluss zu fassen, ist rechtlich nicht die Weigerung der einzelnen Mehrheitsmitglieder, sondern Weigerung der Versammlung. Ein Statut ist nicht festgestellt, wenn es nicht durch Beschluss der Versammlung festgestellt ist. Fehlt ein solcher Beschluss, dann fehlt auch ein Object der Genehmigung. Es steht weder im Gesetze geschrieben, noch folgt es aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, dass die Weigerung der Mehrheit, irgend einen Beschluss zu fassen, der Minderheit die Macht verleihe, ihren Willen als den Willen der Gesammtheit zu setzen. || Der Ministerialerlass bezeichnet diese Substituirung des Willens der Minderheit für den Willen der Gesammtheit als ein Ausnahme-Verfahren. Er lässt dabei ausser Acht, dass ein Ausnahmeverfahren, welches von den gemeingiltigen Regeln des Rechts sich entfernt, der Begründung durch eine positive gesetzliche Norm bedarf, und dass es an einer solchen Norm im gegebenen Falle fehlt. || Zu den angeführten Gründen der Nichtigkeit der ministeriell genehmigten Organisationsstatute kommt noch der weitere, dass durch den Vorsitzenden der Generalversammlung die Berathungen in gesetzwidriger Weise beschränkt worden sind. Der Vorsitzende mochte den ministeriellen Standpunkt vertreten, dass die Generalversammlung nicht befugt sei, an den vom Minister nicht beanstandeten Bestimmungen des Statutenentwurfes etwas zu ändern; aber es kam ihm nicht zu, der Generalversammlung die Erörterung und Geltendmachung des entgegengesetzten Standpunktes zu verwehren. Der § 11 des Gesetzes enthält keinerlei Bestimmungen, welche die Generalversammlung bezüglich der Gegenstände ihrer Berathungen an die Weisungen des Ministers binden oder sie nöthigen, nur über diejenigen Gegenstände zu berathen, wegen welcher sie berufen ist. Es liegt vielmehr in der Natur der Sache und erhellt indirect aus § 14, dass die Versammlung über all das berathen kann, was innerhalb ihres Wirkungskreises liegt. Als eine Ueberschreitung ihres Wirkungskreises aber kann es nur bezeichnet werden, wenn sie sich mit Gegenständen befasst, welche ausserhalb des Bereiches der ihr übertragenen Vermögensverwaltung liegen, nicht aber, wenn sie innerhalb dieses Bereiches über irgend eine Frage anderer Meinung ist, als der Minister oder ihr Vorsitzender.

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1892.

III.

Die beiden nächsten an uns gerichteten Fragen lassen sich nach dem bisher Dargelegten gemeinsam in ziemlicher Kürze beantworten.

Die Fragen lauten: || Ist die Universität als die auch durch den XII. Gesetzartikel von 1876 anerkannte Eigenthümerin des Universitätsvermögens (resp. als gesetzliche Repräsentantin des Eigenthümers) berechtigt, über dieses Vermögen allein zu verfügen, oder steht der Regierung auf Grund des ihr in diesem Gesetze eingeräumten Aufsichtsrechtes das Recht zu, nicht blos die Beschlüsse der Universität durch Verweigerung der Genehmigung jeder rechtlichen Wirkung zu entkleiden, sondern diese Beschlüsse auch meritorisch abzuändern und dadurch auch positive Verfügungen über das Vermögen zu treffen, z. B. eine von der Universität verweigerte Dotation einer Schule über eingelegten Recurs zu bewilligen? || Kann die Universität rechtlich verhalten werden, eine solche Verfügung der Regierung zu vollziehen und eine von der letztern gegen den beschlussmässig ausgesprochenen Willen der Universität bewilligte Dotation auszuzahlen?

Es ist selbstverständlich, dass, wenn ein Gesetz das Verfügungsrecht des Eigenthümers garantirt und das Aufsichtsrecht der Staatsregierung daneben wahrt, es nicht die Absicht haben kann, das erstere durch das letztere zu annulliren. Das Aufsichtsrecht kann nur den Zweck haben, Verfügungen zu hindern, welche dem Gesetze widersprechen; es kann nicht den Inhalt haben, dass innerhalb des Umkreises des Verfügungsrechts Verfügungen bestimmten Inhalts erzwungen werden. Der Gesetzartikel von 1876 giebt in § 4 bezüglich der Verfügung über das Vermögen der Sachsen-Universität die Norm, dass es nur zu kulturellen Zwecken verwendet werden darf. Er sagt im § 6 weiter, dass die Verwendung innerhalb dieser Grenzen zu Gunsten der gesammten eigenthumsberechtigten Einwohnerschaft ohne Unterschied der Religion und Sprache zu geschehen habe. Daraus folgt, dass die Aufsichtsbehörde nur solchen Verfügungen die Genehmigung versagen darf und muss, welche für andere als culturelle Zwecke Mittel bewilligen wollen, dass es ihr aber nicht zusteht, dem Eigenthümer, bez. seiner Vertretung, vorzuschreiben, für welche culturellen Zwecke Mittel zu bewilligen seien. Es kann auch nicht angehen, dass, wie der Ministerialerlass vom 19. Mai 1880 inhaltlich der Zuschrift des Sachsen-Comes vom 23. gleichen Monats thut, die Aufsichtsbehörde gleichsam das Gewissen der Generalversammlung erforscht und auf Grund der Vermuthung, die Generalversammlung habe sich den § 6 des Gesetzes nicht vor Augen gehalten, eine Schuldotation bewilligt, welche von der Generalversammlung abgelehnt worden ist. Der § 6 verpflichtet die Generalversammlung nur dazu, eine Zuwendung nicht deshalb abzulehnen, weil sie den Angehörigen einer bestimmten Confession oder Nationalität zu Gute kommt; aber er verpflichtet sie nicht, im einzelnen Falle eine solche Zuwendung nur deshalb zu machen, um sich dem Verdacht zu entziehen, als habe die Ablehnung in confessionellen oder nationalen Rücksichten ihren Grund. || Gegenüber der freien Dispositionsbefugniss des

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1892.

Eigenthümers innerhalb der Schranken des § 4 hat Niemand ein Recht auf eine Zuwendung. Die Ablehnung einer solchen enthält keine Rechtsverletzung, und sie bietet eben deshalb auch keinen Anhalt für das Eingreifen der Aufsichtsorgane. Es kann aus dem nämlichen Grunde auch von keinem Recursrechte die Rede sein, weder für die durch die Ablehnung betroffenen Interessenten noch für die bei der Abstimmung unterlegenen Mitglieder der Generalversammlung. Denn die Beschwerde setzt voraus, dass eine Unterinstanz eine rechtsverletzende Entscheidung gefällt habe. Von einer solchen Entscheidung kann aber nicht gesprochen werden, wo es sich lediglich um eine Verfügung des Eigenthümers über sein Eigenthum handelt. Nur eine Denunciation an die Aufsichtsbehörde könnte Platz greifen, dahin gehend, dass die Generalversammlung gesetzwidrige Beschlüsse gefasst habe. Durch die Denunciation gewinnt der Denunciant aber nicht die Rolle einer Partei, und er vermag durch dieselbe die Befugnisse der Aufsichtsbehörde nicht zu erweitern. Gleichviel ob die Aufsichtsbehörde aus eigenem Antriebe oder ob sie auf Denunciation hin einen Beschluss fasst, ihr Beschluss wird immer Aufsichtsbeschluss sein müssen und daher niemals in einer positiven Verfügung über das Universitätsvermögen zu Gunsten des Denuncianten oder der von ihm vertretenen Interessenten bestehen können. Die Ausführungen in dem Ministerialerlass vom 22. Juni 1882, wonach es den Fundamentalgrundsätzen der Regierung schnurstracks widersprechen würde, wenn jedes Rechtsmittel gegen die in erster Instanz gefassten Beschlüsse der Universitätsversammlung den interessirten Parteien verschlossen bliebe, vermögen wir nicht als zutreffend zu erachten, da hier weder eine Unterinstanz noch Parteien vorhanden sind. || Wir müssen daher die gestellten Fragen dahin beantworten, dass der Sachsenuniversität nach dem Gesetze das alleinige Verfügungsrecht über das Universitätsvermögen zukommt, dass der Regierung ein Recht zur meritorischen Abänderung der diesbezüglichen Universitätsbeschlüsse und zur positiven Verfügung über das Universitätsvermögen nicht zusteht, und dass die Universität zum Vollzuge einer derartigen Regierungs-Verfügung rechtlich nicht verhalten werden kann.

## IV.

Die vierte uns vorgelegte Frage lautet: || Hat die Universität im Sinne des XII. G.-A. von 1876 noch die Verwaltung des Vermögens in ihren Händen, wenn der von der Regierung ernannte Obergespan (als Oberhaupt des Centralamtes der Universität) alle Schriftstücke der Universität mit Ausschluss der Gegenzeichnung durch den der Universität verantwortlichen Secretär allein zeichnet und die Beamten der Universität unbedingt verpflichtet sind, alle Befehle des Obergespans zu vollziehen?

Nach § 16 des XII. G.-A. vom Jahre 1876 werden die Angelegenheiten der Universität auf Grund der Generalversammlungsbeschlüsse durch das Centralbureau geleitet, dessen Haupt der Präsident der Universitäts-Generalversammlung ist, und dessen Beamte der Secretär und der Caissier sind. Nach

Nr. 7995. Siebenbürgen. 24. Nov. 1882.

§ 9 Absatz 1 a. a. O. stellt die Generalversammlung unter Genehmigung des Ministers des Innern die Geschäftsordnung des Centralamtes fest. || Das Gesetz bestimmt über die Rechte, welche dem Haupte des Centralamtes zukommen sollen, nichts Näheres, sondern überlässt die diesbezüglichen Vorschriften der Geschäftsordnung. Das Gesetz sagt insbesondere nicht ausdrücklich, ob das Centralamt bureaukratische oder collegiale Verfassung haben solle. Die Bezeichnung des Präsidenten der Generalversammlung als Haupt des Centralbureau's ist mit dem einen wie mit dem anderen System verträglich. Dass das Gesetz eine collegiale Einrichtung des Centralbureaus mindestens nicht ausschliessen wollte, erhellt daraus, dass § 16 im Eingange die Leitung der Universitäts-Angelegenheiten dem Centralbureau als solchem, nicht dem Präsidenten der Universitäts-Generalversammlung zuschreibt. Wenn der Ministerialerlass vom 5. October 1877 hervorhebt, das Gesetz enthalte keine Bestimmung darüber, dass das Universitätsamt eine collegiale Einrichtung besitzen müsse, so ist das richtig. Unrichtig aber ist der daraus gezogene Schluss, der Minister könne demnach verlangen, dass es eine bureaukratische Verfassung haben müsse. Wenn das Gesetz in § 16 über die angegebene Frage schweigt, so giebt es damit nach § 9 die Antwort darauf der Generalversammlung anheim. Die Bestimmung des § 16 bleibt unverletzt, insolange die Geschäftsordnung des Centralbureaus dem Comes die Stellung eines Vorsitzenden wahrt. Der Geschäftsordnung ist es durch das Gesetz nicht verwehrt, die Thätigkeit des Comes als Vorsitzenden mit allen denjenigen Cautelen zu umgeben, welche zur Wahrung der Universitätsinteressen erforderlich erscheinen. Derartige Bestimmungen können, weil sie nicht dem Gesetze zuwiderlaufen, sondern lediglich eine im Gesetze gelassene Latitude ausfüllen, auch aufsichtlich nicht beanstandet werden. Die aufsichtliche Beanstandung kann nur gegenüber Normen Platz greifen, welche dem Gesetze entgegen sind. Die Forderung der Gegenzeichnung der Anordnungen des Obergespans durch den Universitäts-Secretär erscheint aber, abgesehen davon, dass sie keiner gesetzlichen Bestimmung widerspricht, auch innerlich wohlberechtigt. Denn da das Centralamt das Vollzugsorgan der Generalversammlung, der Obergespan aber von der Generalversammlung unabhängig und ihr nicht verantwortlich ist, so ist es klar, dass die Generalversammlung ein wesentliches Interesse daran hat, wenn die Verfügungen des Centralamts nur durch die Mitunterzeichnung eines ihr verantwortlichen Beamten Rechtsgiltigkeit gewinnen können.

So beschlossen in versammelter Sitzung.

München, den 24. November 1882.

Die Juristenfacultät der k. Lud. Maximil.-Universität.

(L. S.) Geyer m. p.,
d. Z. Decan.

# Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc.

## Nr. 7996. DEUTSCHLAND und MEXICO. — Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 5. December 1882.

[Reichs-Gesetzblatt 1883, Nr. 18, S. 247.]



Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des deutschen Reiches einerseits und die Vereinigten Staaten von Mexico andererseits, von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen und Interessen zu fördern und zu befestigen, haben beschlossen, einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag abzuschliessen.

Zu diesem Zwecke haben Sie zu Ihren beiderseitigen Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Seinen Ministerresidenten bei den Vereinigten Staaten von Mexico Ernst Ludwig Carl Freiherrn von Waecker-Gotter

und

der Präsident der Vereinigten Staaten von Mexico:

den Senator Don Genaro Raigosa,

welche, nach Austausch ihrer Vollmachten, sich über folgende Artikel geeinigt haben:

Art. 1. Es soll dauernde und unwandelbare Freundschaft bestehen zwischen den Vereinigten Staaten von Mexico einerseits und dem deutschen Reich andererseits sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen.

Art. 2. Ebenso soll zwischen den vertragschliessenden Theilen gegenseitige Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen. Die Angehörigen eines jeden derselben dürfen frei und ungehindert mit ihren Schiffen und Ladungen nach allen Plätzen, Häfen und Flüssen des anderen fahren, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation geöffnet sind oder in Zukunft geöffnet werden sollten. Sie sollen befugt sein, an den genannten Orten oder an irgend welchem anderen Punkte des Landes sich aufzuhalten und niederzulassen sowie zum Betrieb von Handel jeder Art Häuser, Magazine und sonstige Räumlichkeiten innezuhaben und zu miethen und hierbei dieselben Rechte, Freiheiten und Begünstigungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden

Nr. 7996. Deutschland und Mexico. 5. Dec. 1882.

sollten. Selbstverständlich haben sie sich nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes zu richten.

Art. 3. Den Kriegsschiffen eines jeden der vertragschliessenden Theile wird es freistehen, sicher und ungehindert in allen Häfen, Flüssen und Orten des anderen Theils einzulaufen, wo das Einlaufen den Kriegsschiffen der meistbegünstigten Nation erlaubt ist oder in Zukunft erlaubt werden sollte, und sie sollen daselbst gleich jenen behandelt werden.

Art. 4. Die Handelsschiffe eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen befugt sein, unter Beobachtung der in dem Gebiete des anderen Theils geltenden Gesetze und Verordnungen, in zwei oder mehreren Häfen dieses Theils ihre Ladung zu löschen oder einzunehmen, ohne anderen oder höheren Abgaben und anderen Förmlichkeiten zu unterliegen, als denjenigen, welchen die Handelsschiffe der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder in Zukunft unterworfen sein werden. || Diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf die Küstenfrachtfahrt, welche in dem Gebiete eines jeden der vertragschliessenden Theile den einheimischen Schiffen vorbehalten bleibt. Sollte jedoch einer der vertragschliessenden Theile die Küstenfrachtfahrt, ganz oder theilweise, einer oder mehreren anderen Nationen zugestehen, so soll es dem anderen Theil freistehen, die in dieser Hinsicht den Angehörigen der meistbegünstigten Nation bewilligten Rechte und Vortheile auch für seine Angehörigen zu beanspruchen, sofern er seinerseits für das von ihm Beanspruchte Gegenseitigkeit gewährt.

Art. 5. Den Schiffen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete oder in den Häfen des anderen Theils bei ihrem Eingange, Ausgange und während ihres Aufenthalts nicht andere oder höhere Abgaben, Auflagen oder Gebühren für Beamte, an Tonnen-, Leucht-, Hafen-, Lootsen-, Quarantänegeldern, Bergungs- und Hülfskosten bei Haverei oder Schiffbruch, sowie nicht andere allgemeine oder örtliche Lasten oder Gebühren irgend welcher Art auferlegt werden, als diejenigen, welche die Schiffe der meistbegünstigten Nation zahlen oder in Zukunft zahlen werden. || Bei Erhebung der nach dem Tonnengehalt zu berechnenden Abgaben sollen die in den Schiffspapieren angegebenen Raumverhältnisse der Berechnung zu Grunde gelegt werden. || In denjenigen Fällen, in welchen dieser oder andere Artikel des gegenwärtigen Vertrages zur Anwendung kommen, sollen unter den Häfen eines der vertragschliessenden Theile diejenigen verstanden werden, welche von demselben für den Einfuhr- und Ausfuhrhandel geöffnet sind oder in Zukunft geöffnet werden sollten.

Art. 6. Die Dampfschiffe jedes der vertragschliessenden Theile, welche eine periodische Verbindung zwischen den beiden Ländern unterhalten, sollen bei dem Einlaufen, der Abfertigung und dem Auslaufen dieselben Erleichterungen geniessen, welche den Dampfschiffen der meistbegünstigten Nation zugestanden sind oder in Zukunft zugestanden werden sollten.

Art. 7. Ein jeder der vertragschliessenden Theile wird als Schiffe des

andern Theils diejenigen Fahrzeuge ansehen und behandeln, welche unter der Flagge dieses Theils fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze des letzteren behufs Nachweisung der Nationalität erfordern.

Art. 8. Hinsichtlich der Hafenpolizei, des Ladens und Löschens der Schiffe sowie hinsichtlich der Sicherung und Bewachung der Waaren und Güter sind die beiderseitigen Angehörigen den örtlichen Gesetzen und Verordnungen unterworfen. || Für die mexicanischen Häfen sind darunter diejenigen Gesetze und Verordnungen zu verstehen, welche von der Föderalregierung erlassen sind oder werden erlassen werden, und ausserdem die Anordnungen der Localbehörden auf sanitätspolizeilichem Gebiete. || Die vertragschliessenden Theile kommen überein, als Grenze der Territorialhoheit an ihren beiderseitigen Küsten die Entfernung von drei grossen Seemeilen anzusehen, von der Linie der niedrigsten Ebbe gerechnet. Indessen soll diese Bestimmung nur auf die Ausübung der Zollcontrole und auf die Anwendung der Zollverordnungen und der Maassregeln gegen den Schmuggel beschränkt bleiben, auf die übrigen Fragen des internationalen Seerechts aber keine Anwendung finden. Auch besteht darüber Einverständniss, dass jeder der vertragschliessenden Theile die gedachte Ausdehnung der Hoheitsgrenze gegen die Schiffe des anderen Theils nur dann in Anwendung bringen darf, wenn er in gleicher Weise auch die Schiffe aller anderen Nationen behandelt, mit welchen er Handels- und Schifffahrtsverträge hat.

Art. 9. Alle Handelsgegenstände, ohne Unterschied des Ursprungs, deren Einfuhr in das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile den Schiffen der meistbegünstigten Nation gestattet ist oder in Zukunft gestattet werden sollte, dürfen auch in den Schiffen des anderen Theils, aus welchem Lande diese Schiffe kommen mögen, eingeführt werden, ohne andere oder höhere Abgaben zu entrichten, als diejenigen, welche sie in den Schiffen der meistbegünstigten Nation zu entrichten haben oder in Zukunft zu entrichten haben werden. || Derselbe Grundsatz soll für die Ausfuhr und Wiederausfuhr gelten ohne Rücksicht darauf, nach welchem Lande die Schiffe bestimmt sind.

Art. 10. In dem Gebiete eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen bei der Einfuhr, Wiederausfuhr und Durchfuhr der Erzeugnisse des Bodens und des Gewerbfleisses des anderen Theils keine anderen oder höheren Abgaben entrichtet werden, als diejenigen, welche die entsprechenden Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation zu entrichten haben oder in Zukunft zu entrichten haben werden. || Ebenso soll keiner der vertragschliessenden Theile auf die Ausfuhr von Handelsgegenständen nach dem Gebiete des anderen Theils andere oder höhere Abgaben legen, als diejenigen, welche bei der Ausfuhr dieser Gegenstände nach dem Gebiete der meistbegünstigten Nation zu entrichten sind oder in Zukunft zu entrichten sein werden. || Auch soll keiner der vertragschliessenden Theile ein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot gegen den anderen erlassen, welches nicht gleichzeitig auf alle übrigen Nationen An-

Nr. 7996. Deutschland und Mexico. 5. Dec. 1882.

wendung findet. || Sobald die mexicanische Regierung in ihrem Zolltarife oder in den Zollgesetzen und Verordnungen Veränderungen einführt, so wird sie für das Inkrafttreten derselben eine genügende Frist lassen, damit der Handel danach seine Vorkehrungen treffen könne, und sie wird jeden Fall mit billiger Rücksicht behandeln, in welchem eine entschuldbare Unkenntniss der eingetretenen Veränderungen nachgewiesen werden kann.

Art. 11. So oft die Angehörigen eines der vertragschliessenden Theile in Folge schlechten Wetters oder aus irgend einem anderen Grunde mit ihren Schiffen in den Häfen, Buchten, Flüssen oder Gebieten des anderen Theils Schutz suchen werden, sollen sie mit Freundschaft aufgenommen und behandelt werden, unbeschadet der Vorsichtsmaassregeln, welche zur Verhütung von Zollunterschleifen seitens der betreffenden Regierung für erforderlich erachtet werden sollten. Es soll ihnen ferner jede Begünstigung und jeder Schutz zu Theil werden, um die erlittenen Schäden auszubessern, Lebensmittel einzunehmen und sich zur Weiterreise in den Stand zu setzen, ohne Hinderniss oder Belästigung irgend einer Art. In dem Gebiete eines jeden der vertragschliessenden Theile soll es den Handelsschiffen des anderen Theils, deren Mannschaft durch Krankheit oder sonstige Ursachen vermindert worden, gestattet sein, die zu ihrer Weiterreise erforderlichen Seeleute anzuwerben, jedoch unter Beobachtung der örtlichen Gesetze und Verordnungen und unter der Bedingung, dass die Verheuerung der Seeleute auf Seiten der letzteren eine freiwillige sei.

Art. 12. Erleidet das Schiff eines Angehörigen eines der vertragschliessenden Theile an den Küsten oder innerhalb des Gebietes des anderen Theils Schiffbruch, Strandung oder sonstige Haverei, so soll demselben jede Hülfe und der gleiche Schutz gewährt werden, welcher in dem Gebiete, in welchem die Haverei stattgefunden hat, den eigenen Schiffen gewährt wird. Falls es erforderlich sein sollte, darf die Ladung unter Beobachtung derjenigen Vorsichtsmaassregeln, welche von der betreffenden Regierung zur Verhütung von Zollunterschleifen für erforderlich erachtet werden sollten, gelöscht werden, ohne dass die geborgenen Waaren und sonstigen Gegenstände irgend einer Abgabe oder Auflage unterliegen, es sei denn, dass sie für den inländischen Verbrauch bestimmt werden.

Art. 13. Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theils für ihre Person, für ihre Güter, ferner in der Ausübung ihrer Geschäfte und Gewerbe wie auch für ihre Religion denselben Schutz und dieselben Rechte geniessen, welche die Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder in Zukunft geniessen werden. Sie sollen freien und leichten Zutritt bei Gericht haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte und Interessen und sollen überhaupt in allen Angelegenheiten der Rechtspflege gleiche Rechte und Rechtsmittel und gleiche Verpflichtungen haben, wie die Landesangehörigen.

Art. 14. Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile

sollen in dem Gebiete des anderen Theils keinen anderen oder höheren Lasten, Auflagen und Abgaben unterworfen sein, als die Landesangehörigen. Sie sollen von jedem persönlichen Dienst im Landesheere oder in der Marine, in der Miliz oder in der Nationalgarde befreit sein, ohne irgend eine Abgabe, in Geld oder Gut, an Stelle jenes Dienstes zahlen zu müssen. Ferner sollen sie von gezwungenen Anleihen befreit sein sowie von Lasten, Requisitionen und Contributionen für Zwecke eines auswärtigen Krieges, sofern diese nicht auf das im Lande belegene unbewegliche Eigenthum umgelegt werden, in welchem letzteren Falle sie von den genannten Angehörigen des anderen Theils in gleicher Weise zu tragen sind, als von den Landesangehörigen. Ihre Schiffe und Schiffsmannschaften, ihre Waaren sowie ihre sonstigen Güter und Vermögensstücke dürfen weder für eine militärische Unternehmung noch für irgend einen anderen Zweck des öffentlichen Dienstes, welcher Art dieser auch sei, ohne vorgängige Entschädigung auf gerechten und billigen Grundlagen weggenommen oder zurückgehalten werden.

Art. 15. Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen berechtigt sein, in dem Gebiete des anderen Theils bewegliches Vermögen unter denselben Bedingungen zu erwerben und zu besitzen, wie die Landesangehörigen. Was die Gegenstände des unbeweglichen Vermögens anlangt, so sollen sie dieselben nach Maassgabe der Landesgesetze erwerben und besitzen können. In Betreff der Befugniss, über ihr Eigenthum durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen, oder auf irgend eine andere Art zu verfügen, sowie in allem, was sich auf den Erwerb beweglichen Eigenthums durch Erbschaft, sei es kraft letzten Willens oder kraft Gesetzes, bezieht, sollen die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen Theils dieselben Freiheiten, Rechte und Verpflichtungen haben, wie die Landesangehörigen, und in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen, als die letzteren. || Wenn einem Angehörigen eines der vertragschliessenden Theile durch Erbschaft Gegenstände des unbeweglichen Vermögens zufallen sollten, welche im Gebiet des anderen Theils gelegen sind, und welche er nach den Landesgesetzen in seiner Eigenschaft als Ausländer nicht befähigt wäre zu besitzen, so soll ihm, von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo er gesetzlich darüber verfügen darf, eine Frist von drei Jahren bewilligt werden, um jene Gegenstände nach seinem Befinden zu veräussern, und soll es ihm gestattet sein, den Erlös derselben frei und ungehindert aus dem Lande zu führen und ohne dass seitens der Landesregierung daran ein Retentionsrecht ausgeübt werden darf.

Art. 16. Sollte zu irgend einer Zeit zwischen den vertragschliessenden Theilen unglücklicherweise ein offener Zwiespalt eintreten, in Folge dessen die freundschaftlichen Beziehungen in Handel und Verkehr unterbrochen würden, so sollen doch die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile, welche sich in dem Gebiete des anderen befinden, das Recht haben, dort zu bleiben und ihren Handel, ihr Gewerbe oder Geschäft fortzusetzen, solange sie

Nr. 7996. Deutschland und Mexico. 5. Dec. 1882.

sich friedlich verhalten und sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen. Sie sollen fortfahren, jene Rechte und Vortheile zu geniessen, welche ihnen durch die Artikel 13, 14 und 15 des gegenwärtigen Vertrages eingeräumt sind. Ihre Besitzungen, Güter und Vermögenstücke sowie ihre Forderungen an Privatpersonen oder an den Staatsschatz, ferner ihre Bergwerksantheile und sonstigen Werthpapiere, welcher Art sie auch seien, sollen nicht aus Anlass des gedachten Zwiespalts mit Beschlag belegt, sequestrirt oder eingezogen werden.

Art. 17. Hinsichtlich ihrer Beziehungen in Kriegszeiten, sei es als Kriegführende, sei es als Neutrale, werden sich die vertragschliessenden Theile nach den Normen des Völkerrechts richten, welche von den gesitteten Nationen allgemein anerkannt sind. Auf dem Gebiete des internationalen Seerechts insbesondere verpflichten sie sich, gegen einander die Regeln 2, 3 und 4 der Pariser Declaration vom 16. April 1856 zu beobachten, jedoch mit dem Vorbehalt von Seiten der Vereinigten Staaten von Mexico, dass diese, sofern sie sich im Kriege mit einer dritten Macht befinden sollten, das unter neutraler Flagge befindliche Gut des Feindes nur in dem Fall als frei anerkennen werden, wenn die genannte Macht den gleichen Grundsatz des Seerechts auch ihrerseits gegen Mexico gelten lässt.

Art. 18. Die vertragschliessenden Theile sind übereingekommen, den Gesandten, Ministern und öffentlichen Agenten gegenseitig dieselben Vorrechte, Begünstigungen und Freiheiten einzuräumen, welche diejenigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder in Zukunft geniessen werden. || Auch sind sie, geleitet von dem Wunsche, jeden Anlass zur Trübung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu vermeiden, dahin übereingekommen, dass ihre diplomatischen Vertreter nicht interveniren sollen aus Anlass der Rechtsansprüche oder Beschwerden von Privatpersonen in Angelegenheiten, welche der bürgerlichen oder Strafrechtspflege oder der administrativen Entscheidung zugehören, es sei denn, dass es sich um Rechtsverweigerung, um ungewöhnliche oder ungesetzliche Rechtsverzögerung, oder um Nichtvollstreckung eines rechtskräftigen Urtheils handelt, oder endlich, dass nach Erschöpfung der gesetzlichen Rechtsmittel eine klare Verletzung der zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen bestehenden Verträge oder der von den gesitteten Nationen allgemein anerkannten Normen des Völkerrechtes oder des internationalen Privatrechts vorliegen sollte. || Ferner besteht darüber Einverständniss unter den vertragschliessenden Theilen, dass die deutsche Regierung, mit Ausnahme der Fälle, wo ein Verschulden oder ein Mangel an schuldiger Sorgfalt seitens der mexicanischen Behörden oder ihrer Organe vorliegt, die mexicanische Regierung nicht verantwortlich machen wird für Schäden, Bedrückungen oder Erpressungen, welche die Angehörigen des deutschen Reiches in dem Gebiete Mexico's in Zeiten der Insurrektion oder des Bürgerkrieges von Seiten der Aufständischen zu erleiden haben sollten, oder welche ihnen durch die wilden Stämme zugefügt werden, die den Gehorsam gegen die Regierung nicht anerkennen.

Art. 19. Jeder der vertragschliessenden Theile soll die Befugniss haben,

Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten in dem Gebiete des anderen Theils zu ernennen; dabei behalten sich aber beide Theile das Recht vor, diejenigen Oertlichkeiten, für welche die Zulassung solcher Beamten nicht als angemessen erscheinen sollte, auszunehmen, vorausgesetzt, dass diese Ausnahme sich auch auf die Consularbeamten aller anderen Mächte erstreckt. || Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten sollen ihre amtliche Thätigkeit nicht beginnen können, bevor sie ihre Patente oder Ernennungsurkunden in gehöriger Form vorgelegt und das Exequatur erlangt haben. Dieselben sollen diejenigen Rechte, Vorzüge und Freiheiten geniessen, welche an dem Orte ihres Amtssitzes die Consularbeamten gleichen Ranges der meistbegünstigten Nation geniessen oder in Zukunft geniessen werden.

Art. 20. Die Archive und amtlichen Papiere der Consularbeamten sind unverletzlich; die Landesbehörden dürfen dieselben unter keinem Vorwande einsehen oder mit Beschlag belegen. || Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln, Consularagenten und ihre Kanzler, sofern sie nicht Angehörige des vertragschliessenden Theils sind, in dessen Gebiet sie ihren Amtssitz haben, sollen von Verpflichtungen zum öffentlichen Dienste sowie von jeder rein persönlichen Steuer oder Auflage befreit sein. Falls sie jedoch in dem Gebiete, in welchem sich ihr Amtssitz befindet, Grundstücke besitzen, oder Handel oder Gewerbe betreiben, sind sie, insoweit nicht die im Artikel 14 des gegenwärtigen Vertrages zugestandenen Befreiungen Platz greifen, in Bezug auf die Grundstücke, den Handel oder das Gewerbe den gleichen Lasten und Abgaben unterworfen, wie die Landesangehörigen. In allem übrigen sind sie den Gesetzen des Landes unterworfen, in welchem sie ihren Amtssitz haben.

Art. 21. Die Consularbeamten der beiden vertragschliessenden Theile können den Beistand der Ortsbehörden beanspruchen, um die Verfügungen in Vollzug zu setzen, welche sie in amtlicher Eigenschaft zur Wiederherstellung der Ordnung an Bord von Handelsschiffen erlassen, sowie ferner, um Personen, welche zur Mannschaft oder Besatzung der Kriegs- oder Handelschiffe desjenigen Theils, von dem sie ernannt sind, gehören, sobald dieselben von einem der gedachten Schiffe entwichen sind, aufzusuchen, festzunehmen und in sicheren Gewahrsam zu bringen. Zu diesem Zweck haben sie sich schriftlich an die zuständige Behörde zu wenden und durch Vorlegung der Schiffsregister, der Musterrolle oder anderer amtlicher Schriftstücke nachzuweisen, dass die verfolgten Personen zur Schiffsmannschaft oder Besatzung gehören. Auf das in vorstehender Weise begründete Ersuchen soll die Auslieferung nicht verweigert werden. Nach Verhaftung der Entwichenen sollen dieselben dem Consularbeamten, welcher ihre Auslieferung beantragt hat, zur Verfügung gestellt, und, falls er es beantragt, auf Kosten desselben in den öffentlichen Gefängnissen in Gewahrsam gehalten werden, um an Bord der Schiffe, von welchen sie entwichen waren, oder anderer Schiffe derselben Nationalität abgeliefert zu werden. Sollte jedoch die Ablieferung nicht innerhalb dreier Monate, vom Tage ihrer Verhaftung an gerechnet, ausgeführt sein, so sollen sie in Freiheit gesetzt

Nr. 7996. Deutschland und Mexico. 5. Dec. 1882.

werden und aus demselben Grunde nicht wieder verhaftet werden können. || Hat der Entwichene in dem Gebiete des vertragschliessenden Theils, welcher um die Auslieferung ersucht ist, sich eine strafbare Handlung zu Schulden kommen lassen, so soll die Auslieferung ausgesetzt bleiben, bis die endgiltige Entscheidung des zuständigen Gerichts ergangen und in allen Theilen vollstreckt ist. || Falls der Entwichene ein Angehöriger des vertragschliessenden Theils ist, in dessen Gebiete die Verhaftung stattfinden soll, sind die Bestimmungen dieses Artikels nicht anwendbar.

Art. 22. Die beiden vertragschliessenden Theile kommen überein, dass sie gegenseitig in Handels-, Schifffahrts- und Consularsachen sowie in Betreff der Behandlung ihrer gegenseitigen Angehörigen, dieselben Rechte und Vortheile zugestehen wollen, welche von dem betreffenden Theile der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden.

Art. 23. Der gegenwärtige Vertrag soll von den beiden vertragschliessenden Theilen ratificirt und es sollen die Ratificationsurkunden sobald als möglich in der Stadt Mexico ausgetauscht werden.*) || Derselbe soll zehn Jahre, von dem Tage der Auswechselung der Ratificationsurkunden an gerechnet, in Kraft bleiben. Falls zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist jedoch keiner der vertragschliessenden Theile dem anderen seine Absicht, die Wirksamkeit des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben hat, soll letzterer bis nach Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere Theil ihn kündigen sollte, verbindlich bleiben.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in zwei Ausfertigungen unterschrieben und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in der Hauptstadt Mexico am fünften December des Jahres Eintausendachthundertzweiundachtzig.

(L. S.) Ernst Ludwig Carl.
Freiherr von Waecker-Gotter.
(L. S.) G. Raigosa.

---

## Nr. 7997. **DEUTSCHLAND** und **SERBIEN**. — Handelsvertrag vom 6. Januar 1883.

[Reichs-Gesetzblatt 1883, Nr. 8, S. 41.]

Nr. 7997. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Seine Majestät der König von Serbien, von dem gleichen Wunsche beseelt, die zwischen den beiderseitigen Gebieten bestehenden Handelsbeziehungen zu erleichtern und auszudehnen, haben beschlossen, zu diesem Zwecke einen Vertrag abzuschliessen, und haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

---

*) Geschehen am 26. Juli 1883.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Staatsminister, Staatssecretär des Auswärtigen Amts, Grafen Paul v. Hatzfeldt-Wildenburg;

Seine Majestät der König von Serbien:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen, Milan A. Petronievitsch,

den Sectionschef in Allerhöchstihrem Finanzministerium Wukaschin J. Petrowitch,

Allerhöchstihren Zolldirector in Belgrad Wutschko D. Stojanovits,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den nachstehenden Handelsvertrag vereinbart und abgeschlossen haben:

Art. 1. Zwischen den Gebieten der beiden vertragschliessenden Theile soll volle Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen. || Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen dieselben Rechte, Begünstigungen und Befreiungen in Ansehung des Handels und Verkehrs, der Schifffahrt und des Gewerbebetriebs geniessen, welche in eben diesem Gebiete die eigenen Staatsangehörigen und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder geniessen werden.

Art. 2. Demgemäss sollen die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile gegenseitig in dem Gebiete des anderen in gleichem Maasse wie die Einheimischen und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation befugt sein, an beliebigem Orte sich vorübergehend aufzuhalten oder dauernd niederzulassen, Grundstücke jeder Art und Häuser zu kaufen, oder dieselben ganz oder theilweise zu miethen und zu besitzen, überhaupt bewegliche und unbewegliche Güter zu erwerben, darüber durch Rechtsgeschäfte jeder Art zu verfügen, dieselben insbesondere zu verkaufen und zu vererben sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben; alles dies Vorstehende, ohne hierzu einer besonderen Autorisation oder Genehmigung der Landesbehörden zu bedürfen; sie sollen daselbst Handel und Gewerbe treiben, Geschäfte jeder Art selbst oder vermittelst einer von ihnen gewählten Mittelsperson, allein oder in Gesellschaften betreiben, Waaren und Personen verfrachten, Geschäftsniederlagen errichten, die Preise, Löhne und Vergütungen ihrer Waaren und Leistungen bestimmen, sowie ihre Angelegenheiten besorgen, den Zollämtern ihre Declarationen einreichen können. || In allen diesen Beziehungen sollen andere, höhere oder lästigere Abgaben, Steuern, Gebühren oder Taxen, als die Inländer oder Angehörigen der meistbegünstigten Nation zu entrichten haben, nicht erhoben und ein Unterschied nach der Confession nicht gemacht werden. || Soweit die beiderseitigen Angehörigen wegen Verfolgung oder Vertheidigung ihrer Rechte und Interessen sich an die Behörden und Gerichte des Landes zu wenden haben, sollen sie gleichfalls alle Rechte und Befreiungen der Inländer und der Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen. || Es ist selbst-

Nr. 7997. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

verständlich, dass hierbei die im Lande in Bezug auf Handel, Gewerbe und öffentliche Sicherheit bestehenden und auf die Inländer und Angehörigen der meistbegünstigten Nation anwendbaren Gesetze und Verordnungen zu beobachten sind. || Actiengesellschaften und sonstige commerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiet des einen der vertragschliessenden Theile nach Maassgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiet des anderen Theiles diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

Art. 3. Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des anderen von jedem Militärdienste, sowohl in der regulären Armee als in der Miliz und Nationalgarde, befreit sein. Ebenso werden sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder municipaler Art, von allen militärischen Requisitionen und Leistungen sowie von Zwangsanleihen und sonstigen Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, befreit sein, jedoch unbeschadet ihrer Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, soweit eine solche Verpflichtung den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation obliegt. || Sie dürfen weder persönlich, noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als jenen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Art. 4. Wenn Geschäftsleute des einen vertragschliessenden Theils im Gebiete des anderen entweder selbst reisen oder ihre Commis, Agenten, Reisenden und sonstigen Vertreter reisen lassen zu dem Zwecke, um Einkäufe zu machen oder Bestellungen zu sammeln, sei es mit oder ohne Muster, sowie überhaupt im Interesse ihrer Handels- und Industriegeschäfte, so dürfen weder diese Geschäftsleute, noch ihre erwähnten Vertreter aus diesem Anlasse einer weiteren Steuer oder Abgabe unterworfen werden, insofern durch eine nach beigeschlossenem Formular A ausgefertigte Legitimationskarte nachgewiesen wird, dass das Geschäftshaus, für dessen Rechnung die Reise vollzogen wird, in seinem Heimathlande die vom Betriebe seines Handels und Gewerbes entfallenden Steuern und Abgaben entrichtet hat. || Die Angehörigen der vertragschliessenden Theile werden wechselseitig wie die Inländer behandelt werden, wenn sie sich aus einem Lande in das andere zum Besuche der Märkte und Messe begeben, um dort ihren Handel zu treiben und ihre Producte abzusetzen. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche die Spedition zwischen den verschiedenen Punkten der beiderseitigen Gebiete ausüben, oder welche sich der Schifffahrt widmen, werden auf dem Gebiete des anderen aus Anlass der Ausübung dieses Gewerbes keiner Gewerbe- oder speciellen Abgabe unterliegen.

Art. 5. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet.

Art. 6. In jedem der vertragschliessenden Theile sollen die, bei der Ausfuhr gewisser Erzeugnisse bewilligten Ausfuhrvergütungen nur die Zölle und inneren Steuern repräsentiren, welche von den gedachten Erzeugnissen oder von den Rohstoffen, aus denen sie erzeugt werden, erhoben wurden. Eine Ausfuhrprämie sollen sie nicht enthalten.

Art. 7. Bei der Einfuhr von Waaren deutscher Provenienz nach Serbien haben die in der beigeschlossenen Anlage B enthaltenen Zölle und Zollbefreiungen in Anwendung zu kommen. || Insofern in Serbien in Folge von Gesetzen oder Verträgen mit dritten Staaten für die Einfuhr von Waaren andere Verzollungsarten oder Zölle als die gemäss der Anlage B vereinbarten in Anwendung kommen, hat der Importeur von Waaren deutscher Provenienz die freie Wahl, dieselben nach diesen letzteren Verzollungsarten und Zollsätzen oder nach den in der Anlage B vereinbarten Zöllen verzollen zu lassen. || In jedem Falle kann der Importeur zwischen den verschiedenen bestehenden Verzollungsarten und Zollsätzen nach eigenem Belieben wählen und darf in der Ausübung dieses Rechtes weder unmittelbar noch mittelbar gehindert werden. || Alle Waaren serbischer Provenienz werden bei der Einfuhr nach Deutschland auf dem Fusse der Meistbegünstigung behandelt werden. || Die näheren Bestimmungen über das Verfahren bei der Verzollung von Waaren nach ihrem Werthe sind in der Anlage C enthalten.

Art. 8. Hinsichtlich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle, der zollamtlichen Niederlagen, der Nebengebühren, der Zollformalitäten, ferner in Bezug auf die für Rechnung des Staats, einer Gemeinde oder Corporation zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchsabgaben und Accisegebühren jeder Art verpflichtet sich jeder der beiden vertragschliessenden Theile, den anderen an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht und jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht gewährt haben sollte. Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne weiteres dem anderen vertragschliessenden Theile zu statten kommen.

Art. 9. Eine zeitweilige Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben wird beiderseits für folgende Gegenstände unter der Bedingung, dass dieselben binnen einer im voraus bestimmten Frist zurückgeführt werden und dass deren Identität ausser Zweifel ist, zugestanden: || Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehre im Gebiete des einen vertragschliessenden Theils in das Gebiet des anderen auf Märkte oder Messen oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- oder Marktverkehre versendet in dem Gebiete des anderen Theils aber nicht in den freien Verkehr gesetzt, sondern unter Controle der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen gelagert oder als Muster von Geschäftsreisenden eingebracht werden.

Art. 10. Sowie in Deutschland rücksichtlich der Zahlungen der Zölle und Nebengebühren die gegenüber der meistbegünstigten Nation anwendbaren Be-

Nr. 7997. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

stimmungen auch für serbische Provenienzen gelten, so werden auch in Serbien Waaren deutscher Provenienz keinen localen oder anderweitigen Zollzuschlägen, keinen neuen oder höheren Nebengebühren als den derzeit gegenüber der meistbegünstigten Nation bestehenden unterworfen werden, nämlich: || 1. Ladegebühr: 20 Dinarpara per 100 Kilogramm, und nur dort, wo der Dienst von den Angestellten des Zollamtes besorgt wird; || 2. Waagegeld: 8 Dinarpara per 100 Kilogramm; || 3. Pflastergeld: 10 Dinarpara per 100 Kilogramm; || 4. Lagerzins: 5 Dinarpara per 100 Kilogramm und Tag.

Diese Taxe erhöht sich um 10 Para per 100 Kilogramm und Tag für leicht entzündbare und explodirende Waaren. || Es versteht sich, dass die vorstehenden Nebengebühren nur dann und nur insoweit erhoben werden können, als die Leistung, für welche sie bezahlt werden sollen, thatsächlich und auf Grund der Zollvorschriften oder Gesetze erfolgt. || Es bleibt übrigens vereinbart, dass jede Verminderung dieser Zuschlagsgebühren, welche den Waaren eines dritten Staates zugestanden würde, ohne Verzug auch auf die gleichartigen Artikel deutscher Provenienz Anwendung finden soll.

Art. 11. Die vertragschliessenden Theile werden, sobald in Serbien der Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen sowie der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung nach Maassgabe der in dieser Beziehung allgemein angenommenen Grundsätze durch Gesetz geregelt sein wird, ein Abkommen treffen, durch welches man den Angehörigen eines jeden der beiden Theile in dem Gebiet des anderen Theils in allem, was die Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen sowie die Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung betrifft, denselben Schutz wie den Inländern gewährleisten wird.

Art. 12. Der gegenwärtige Vertrag findet seine Anwendung auf alle mit Deutschland gegenwärtig oder künftig zollvereinten Länder.

Art. 13. Der gegenwärtige Vertrag wird einen Monat nach Austausch der Ratificationen in Wirksamkeit treten und während der hierauf folgenden zehn Jahre in Geltung bleiben. || Falls keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf der bezeichneten Periode seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu machen, kundgegeben haben wird, wird derselbe bis zum Ablaufe eines Jahres, vom Tage, wo einer oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft bleiben.

Art. 14. Gegenwärtiger Vertrag wird ratificirt und die Ratificationen werden sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden.*) || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung den sechsten Januar eintausend achthundert dreiundachtzig.

Graf von Hatzfeld. Wuk. J. Petrowitch.
M. A. Petronievitsch. Wutschko D. Stojanovits.

*) Ist geschehen zu Berlin am 25. Mai 1883.

## Besondere Bestimmungen,

*betreffend die Verzollung von Waaren nach ihrem Werthe bei der Einfuhr nach Serbien.*

§ 1. Bei der Einfuhr von Waaren, deren Verzollung nach dem Werthe erfolgen soll, ist dies vom Importeur in der Declaration schriftlich auszudrücken, wobei der Werth und die handelsübliche Benennung des einzuführenden Gegenstandes angegeben werden muss. || Als Werth, welcher der Verzollung zu Grunde zu legen ist, hat der wirkliche Verkaufspreis des eingeführten Gegenstandes am Erzeugungs- oder Absendungsorte mit Hinzufügung jener Transport-, eventuell auch Versicherungs- und Commissionsspesen zu gelten, welche für die Einfuhr nach Serbien bis zum Eintrittsorte an der Grenze thatsächlich erwachsen sind. || Der Importeur soll seiner Declaration die Verkaufsfactura nebst Frachtbrief oder Ladeschein beilegen. || Der Werth ist in der Declaration in Dinaren (Franken) und deren Bruchtheilen auszudrücken.

§. 2. Bei Waaren, welche nach dem Werthe zu verzollen sind, muss die zollamtliche Revision binnen 48 Stunden nach Abgabe der Declaration erfolgen. || Wenn das Zollamt den declarirten Werth für ungenügend befindet, so hat es binnen 24 Stunden nach Vornahme der Revisionshandlung das Recht, zu erklären, dass es die Waare gegen Auszahlung des declarirten Werthes nebst einem Zuschlage von 10 Procent zurückbehalte. Es versteht sich, dass in diesem Falle weder der Zoll noch eine Nebengebühr erhoben wird. Diese Auszahlung hat binnen 14 Tagen vom Tage der Vorkaufserklärung zu erfolgen. || Erklärt das Zollamt nicht binnen 24 Stunden nach Vornahme der Revision, das Vorkaufsrecht ausüben zu wollen, so hat es nach Ablauf dieser Frist die Waare gegen Entrichtung des nach der Werthdeclaration des Importeurs zu bemessenden Zolles auszufolgen. || Der Importeur, dem gegenüber das Zollamt das Vorkaufsrecht ausüben will, kann, falls er dies vorzieht, innerhalb acht Tagen, nachdem ihm die diesbezügliche Entscheidung des Zollamtes bekannt gemacht wurde, die Schätzung der Waare durch Sachverständige verlangen. Dasselbe Recht steht dem Zollamte zu, wenn dasselbe es nicht angemessen findet, sogleich zum Vorkaufe zu schreiten; jedoch hat es seine Entscheidung bezüglich der Vornahme eines Sachverständigenbefundes dem Importeur binnen 24 Stunden nach Vornahme der Revision bekanntzugeben. Wenn die Expertise von einem oder dem anderen Theile begehrt wurde, so ist dem Importeur auf Verlangen seine Waare gegen Zurücklassung von Mustern oder Proben und gegen angemessene Sicherstellung des Zolles sammt Nebengebühren und allfälligem, in Folge der Expertise etwa zu gewärtigendem Zuschlage behufs ungehinderter Einfuhr auszufolgen.

§ 3. Das Vorkaufsrecht des Zollamtes erlischt, sobald die Expertise, sei es vom Zollamte selbst oder seitens der Partei, in Anspruch genommen wird. || Wenn die Expertise ergiebt, dass der Werth der Waare den vom Importeur declarirten Werth nicht um mehr als 5 Procent übersteigt, so wird der Zoll

Nr. 7997. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

dem Betrage der Declaration gemäss erhoben. || Uebersteigt der von der Expertise ermittelte Werth den in der Declaration angegebenen um mehr als 5 Procent, so ist der Zoll in Gemässheit des von den Sachverständigen festgesetzten Werthes zu erheben. || Dieser Zoll wird um 50 Procent als Strafzahlung erhöht, wenn die Schätzung der Sachverständigen den declarirten Werth um 10 Procent übersteigt. || Die Strafe kann sogar mit 100 Procent des Zolles bemessen werden, wenn das Zollamt das Vorkaufsrecht rechtzeitig ausüben zu wollen erklärt hat, über Antrag der Partei jedoch die Ausfolgung der Waare und die Expertise erfolgte und der durch letztere festgestellte Werth den declarirten Werth um mindestens 15 Procent überstieg. || Die Kosten des Sachverständigenverfahrens werden vom Declaranten getragen, wenn der von der Expertise ermittelte Werth den declarirten um mehr als 5 Procent überschreitet; im entgegengesetzten Falle werden sie vom Zollamte getragen. || Sobald vom Zollamte der Zoll sammt entfallenden Nebengebühren und der etwa in Folge der Expertise sich ergebenden Strafe eingehoben wird, ist dem Importeur die Waare auszufolgen oder, falls er dieselbe bereits bezogen hatte, der Rest der Sicherstellung ohne Verzug zurückzustellen.

§ 4. Die Expertise wird in der Weise veranstaltet, dass der Vorstand des betreffenden Zollamtes und der Importeur binnen acht Tagen, nachdem dieselbe in Anspruch genommen wurde, je einen sachverständigen Schiedsrichter ernennen. Bei Stimmengleichheit oder auf Verlangen des Importeurs sofort bei Constituirung des Schiedsgerichts werden die beiden Sachverständigen einen dritten Schiedsrichter erwählen. Wenn über diese Wahl unter ihnen keine Vereinbarung erzielt wird, so wird der dritte Schiedsrichter vom Präsidenten des competenten Handelsgerichts, oder, wo ein solches nicht besteht, von dem Vorsteher des competenten Bezirksgerichts ernannt. || Der Schiedsspruch muss innerhalb der auf die Ernennung der Schiedsrichter folgenden acht Tage gefällt werden.

---

## Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen dem deutschen Reich und dem Königreich Serbien haben die beiderseitigen Bevollmächtigten hinsichtlich des Vertrages die nachstehenden Vorbehalte und Erklärungen abgegeben:

### Zu Artikel II.

1. Die Bestimmungen im Artikel II, betreffend den Antritt und die Ausübung von Gewerben, finden beiderseits keine Anwendung auf das Apotheker- und Handelsmaklergewerbe, dann das Hausirgewerbe und andere ausschliesslich im Umherwandern ausgeübte gewerbliche Verrichtungen.

2. Deutsche Handelsgesellschaften und Versicherungsanstalten werden bezüglich der Errichtung von Zweigniederlassungen und Agenturen in Serbien auch künftig nach denselben Normen und gesetzlichen Vorschriften behandelt

werden und unter den gleichen Bedingungen auf Grund ihrer Statuten ihre Geschäfte betreiben können wie die Einheimischen.

3. Unter dem Ausdrucke „Geschäftsniederlagen" im Artikel II werden öffentliche Lagerhäuser nicht verstanden.

Zu Artikel V.

Die serbischen Bevollmächtigten erklärten, dass die Salzmonopolverwaltung in Serbien so viel Salz deutschen Ursprungs vorräthig zu halten verpflichtet sei, dass der Nachfrage nach solchem Salz jederzeit in vollem Umfang entsprochen werden kann.

Zu Artikel VII.

Von Ein- und Ausfuhrzöllen sind gegenseitig befreit: || 1. Effecten der Reisenden, Schiffer, Fuhrleute und Handwerker, als Wäsche, Kleidungsstücke, Reisegeräth, Werkzeuge und Instrumente für deren eigenen Gebrauch; || 2. Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, welche nur zum Gebrauch als solche geeignet sind.

Zu Artikel VIII.

Die Bestimmungen des Artikels VIII haben keine Anwendung zu finden: || a) auf die Begünstigungen, welche anderen unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt werden; || b) auf die einem der beiden vertragschliessenden Theile durch die Bestimmungen einer schon abgeschlossenen oder etwa künftighin abzuschliessenden Zolleinigung auferlegten Verbindlichkeiten.

Zu Artikel XI.

Vier Monate vor dem Zeitpunkte, mit welchem nach dem serbischen Marken- und Musterschutzgesetze der Anspruch auf den Marken- und Musterschutz in Serbien durch die Priorität der Deponirung bestimmt sein wird, werden deutsche Gewerbetreibende ihre Muster und Marken bei dem hierzu bestellten Büreau mit der Wirkung deponiren können, dass ihnen die Priorität unter allen Umständen gewahrt bleibt, sofern sie die wahren Eigenthümer der deponirten Marken oder Muster sind.

Das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratification durch die blosse Thatsache der Auswechslung der Ratificationen des Vertrages, auf welchen es sich bezieht, als gebilligt und bestätigt anzusehen ist, wurde in Berlin in doppelter Ausfertigung am 6. Januar 1883 verfasst.

Graf von Hatzfeldt.

M. A. Petronievitsch.
Wuk. J. Petrowitch.
Wutschko D. Stojanovits.

# Nr. 7998. DEUTSCHLAND und SERBIEN. — Consularvertrag vom 6. Januar 1883.

[Reichs-Gesetzblatt 1883, Nr. 8, S. 62.]

Nr. 7998. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Seine Majestät der König von Serbien, von dem Wunsche geleitet, die Rechte, Privilegien und Befugnisse der wechselseitig in den betreffenden Staaten zugelassenen deutschen und serbischen Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln, Consularagenten, Kanzler und Secretäre zu regeln, haben beschlossen, einen Consularvertrag abzuschliessen, und zu diesem Behufe zu ihren Bevollmächtigten ernannt,

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Staatsminister, Staatsecretär des Auswärtigen Amts, Grafen Paul von Hatzfeldt-Wildenburg;

Seine Majestät der König von Serbien:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen, Milan A. Petronievitch,

den Sectionschef in Allerhöchstihrem Finanzministerium Wukaschin Petrowitch und

Allerhöchstihren Zolldirector in Belgrad, Wutschko Stojanovits,

welche, nach Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Jeder der hohen vertragschliessenden Theile kann in den Städten oder Handelsplätzen des Gebiets des anderen Theiles Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten bestellen. Beide Theile behalten sich jedoch das Recht vor, einzelne Orte zu bezeichnen, welche auszunehmen sie für angemessen erachten, wobei vorausgesetzt wird, dass dieser Vorbehalt gleichmässig allen Mächten gegenüber Anwendung findet. || Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten treten ihre Thätigkeit an, sobald sie von der Regierung des Landes, in welchem ihnen ihr Amtssitz angewiesen ist, in den dort üblichen Formen zugelassen und anerkannt worden sind. || Das Exequatur soll ihnen kostenfrei ertheilt werden.

Art. II. Die Generalconsuln, Consuln und ihre Kanzler oder Secretäre sowie die Viceconsuln oder Consularagenten, welche Angehörige des Staates sind, der sie ernannt hat, sollen von der Militäreinquartierung und den Militärlasten überhaupt, von den directen, Personal-, Mobiliar- und Luxussteuern befreit sein, mögen solche vom Staat oder von den Gemeinden auferlegt sein, es sei denn, dass sie Grundbesitz haben, Handel oder irgend ein Gewerbe betreiben, in welchen Fällen sie denselben Taxen, Lasten und Steuern unterworfen sein sollen, welche die sonstigen Einwohner des Landes als Grundeigenthümer, Kaufleute oder Gewerbetreibende zu entrichten haben. || Sie dürfen weder verhaftet, noch gefänglich eingezogen werden, ausgenommen für solche Handlungen, welche die Strafgesetzgebung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, als

Verbrechen bezeichnet und als solche bestraft. Sind sie Handeltreibende, so kann wegen Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften Schuldhaft gegen sie verhängt werden. Im Falle der Verhaftung eines Consularbeamten soll die Gesandtschaft seines Landes hiervon sofort durch die Regierung desjenigen Landes, in welchem die Verhaftung stattgefunden hat, in Kenntniss gesetzt werden.

Art. III. Die Consularbeamten sind verbunden, vor Gericht Zeugniss abzulegen, wenn die Landesgerichte solches für erforderlich halten. Doch soll die Gerichtsbehörde in diesem Falle sie mittelst amtlichen Schreibens ersuchen, vor ihr zu erscheinen. || Für den Fall der Behinderung der gedachten Beamten soll, wenn dieselben Angehörige des Staates sind, welcher sie ernannt hat, die Gerichtsbehörde sich in ihre Wohnung begeben, um sie mündlich zu vernehmen, oder unter Beobachtung der einem jeden der beiden Staaten eigenthümlichen Förmlichkeiten ihr schriftliches Zeugniss verlangen. Die betreffenden Beamten haben dem Verlangen der Behörde in der ihnen bezeichneten Frist zu entsprechen und derselben ihre Aussage schriftlich, mit ihrer Unterschrift und ihrem amtlichen Siegel versehen, zuzustellen.

Art. IV. Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten können an dem Consulatsgebäude das Nationalwappen mit der Umschrift: „Generalconsulat, Consulat, Viceconsulat oder Consularagentur von . . . .“ anbringen und die Nationalflagge auf dem Consulatsgebäude aufziehen. || Es versteht sich von selbst, dass diese äusseren Abzeichen niemals werden so aufgefasst werden dürfen, als begründeten sie ein Asylrecht.

Art. V. Die Consulatsarchive sind jederzeit unverletzlich, und die Landesbehörden dürfen unter keinem Vorwande und in keinem Falle die zu den Archiven gehörigen Dienstpapiere einsehen oder mit Beschlag belegen. || Die Dienstpapiere müssen stets von den, das etwaige kaufmännische Geschäft oder Gewerbe des Consularbeamten betreffenden Büchern und Papieren vollständig gesondert sein.

Art. VI. In Fällen der Behinderung, Abwesenheit oder des Todes von Generalconsuln, Consuln oder Viceconsuln sollen die Kanzler und Secretäre, sofern sie in dieser Eigenschaft den betreffenden Behörden bereits vorgestellt sind, von Rechtswegen befugt sein, einstweilig die consularischen Amtsbefugnisse auszuüben, und sie sollen während dieser Zeit die Freiheiten und Privilegien geniessen, welche nach diesem Vertrage damit verbunden sind.

Art. VII. Die Generalconsuln, Consuln und Viceconsuln können, sofern sie durch die Gesetzgebung des Staates, welcher sie ernannt hat, dazu befugt sind, vorbehaltlich der Zustimmung der Landesregierung, Consularagenten in den Städten und Plätzen ihres Amtsbezirks ernennen. || Diese Agenten können ohne Unterschied aus Angehörigen beider Länder oder dritter Staaten gewählt werden. Sie erhalten eine Bestallung von dem Consul, welcher sie ernannt hat und dessen Weisungen sie unterstellt sind. Die in diesem Vertrage verabredeten Privilegien und Befreiungen stehen vorbehaltlich der in den Artikeln II und III vorgesehenen Ausnahmen auch ihnen zu. || Es wird besonders bemerkt,

Nr. 7998. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

dass, wenn ein in einem der beiden Länder bestellter Consularbeamter aus den Angehörigen dieses Landes erwählt wird, derselbe nach wie vor als Angehöriger des Staates betrachtet wird, dem er angehört, und dass er folgeweise den Gesetzen und Bestimmungen unterworfen bleibt, welche an seinem Amtssitze für die Landesangehörigen maassgebend sind; es soll jedoch dadurch die Ausübung seiner Amtsbefugnisse in keiner Weise gehindert, noch die Unverletzlichkeit der Consulatsarchive gefährdet werden.

Art. VIII. Die Generalconsuln, Consuln und Viceconsuln oder Consularagenten können in Ausübung der ihnen zuertheilten Amtsbefugnisse sich an die Behörden ihres Amtsbezirks wenden, um gegen jede Verletzung der zwischen beiden Theilen bestehenden Verträge oder Vereinbarungen und gegen jede den Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, zur Beschwerde gereichende Beeinträchtigung Einspruch zu erheben. Wenn ihre Vorstellungen durch diese Behörden nicht berücksichtigt werden, so können sie, in Ermangelung eines diplomatischen Vertreters genannten Staates, sich an die Centralregierung des Landes wenden, in welchem sie ihren Amtssitz haben.

Art. IX. Die Generalconsuln, Consuln und ihre Kanzler sowie die Viceconsuln und Consularagenten haben das Recht, in ihrer Kanzlei sowohl als auch in der Wohnung der Betheiligten diejenigen Erklärungen aufzunehmen, welche die Reisenden, Handeltreibenden und alle sonstigen Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, abzugeben haben. || Sie können ausserdem, soweit sie nach den Gesetzen dieses Staates dazu ermächtigt sind, alle letztwilligen Verfügungen von Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, aufnehmen und beurkunden. || In gleicher Weise können sie alle anderen, diese Angehörigen betreffenden Rechtshandlungen aufnehmen und beurkunden sowie alle Rechtshandlungen, bei welchen neben solchen Angehörigen Angehörige oder sonstige Einwohner des Landes, in welchem sie ihren Amtssitz haben, betheiligt sind. Bezieht sich jedoch die Rechtshandlung auf eine Angelegenheit, welche in dem Staate ihres Amtssitzes zur Erledigung kommen soll, so sind die Consularbeamten zur Aufnahme und Beurkundung nur berechtigt, wenn die fragliche Handlung nach den Gesetzen dieses Staates zu dem Geschäftskreise der daselbst zur Aufnahme und Beurkundung von Rechtshandlungen berufenen Beamten (in Deutschland der Notare) gehört. Auch muss die Handlung, falls sie die Bestellung einer Hypothek oder ein anderes Rechtsgeschäft hinsichtlich eines unbeweglichen Gegenstandes betrifft, welcher in dem Staate des Amtssitzes des Consularbeamten belegen ist, in den durch die Gesetze dieses Staats vorgeschriebenen Formen und unter Beobachtung der sonstigen Bestimmungen dieser Gesetze abgefasst werden. || Zur Aufnahme und Beurkundung von Rechtshandlungen, an welchen ausschliesslich Angehörige des Staates, in welchem die Consularbeamten ihren Amtssitz haben, oder eines dritten Staates betheiligt sind, sind diese Beamten nach Maassgabe der Gesetze des Staates, welcher sie ernannt hat, dann befugt, wenn die Rechtshandlungen in diesem Staate befindliche bewegliche oder unbewegliche Gegenstände oder Angelegenheiten betreffen, welche dort zur

Erledigung kommen sollen. || Die Consularbeamten können auch jede Art von Verhandlungen und Schriftstücken, welche von einer Behörde oder einem Beamten des Staates, der sie ernannt hat, ausgegangen sind, übersetzen und beglaubigen. || Alle vorerwähnten Urkunden sowie die Abschriften, Auszüge oder Uebersetzungen solcher Urkunden sollen, wenn sie durch die gedachten Consularbeamten vorschriftsmässig beglaubigt und mit dem Amtssiegel der Consularbehörde versehen sind, in jedem der beiden Staaten dieselbe Kraft und Geltung haben, als wenn sie vor einem Notar oder anderen öffentlichen oder gerichtlichen, in dem einen oder dem anderen der beiden Staaten zuständigen Beamten aufgenommen wären, mit der Maassgabe, dass sie dem Stempel, der Registrirung oder jeder anderen in dem Staate, in welchem sie zur Ausführung gelangen sollen, bestehenden Taxe oder Auflage unterworfen sind. Wenn gegen die Genauigkeit oder die Echtheit der Abschriften, Auszüge oder Uebersetzungen Zweifel erhoben werden, so soll die Consularbehörde der zuständigen Landesbehörde auf Verlangen die Urschrift behufs Vergleichung zur Verfügung stellen.

Art. X. Die diplomatischen Vertreter, die Generalconsuln, Consuln und Viceconsuln des deutschen Reiches in Serbien haben, soweit sie von ihrer Regierung dazu ermächtigt sind, das Recht, daselbst bürgerlich gültige Eheschliessungen von Angehörigen des deutschen Reiches nach Maassgabe der Gesetze des letzteren vorzunehmen.

Art. XI. Verstirbt ein Deutscher in Serbien oder ein Serbe in Deutschland an einem Orte, an welchem ein Generalconsul, Consul oder Viceconsul der Nation des Verstorbenen seinen Amtssitz hat, oder wenigstens in der Nähe dieses Ortes, so soll die Ortsbehörde der Consularbehörde hiervon unverzüglich Nachricht geben. In gleicher Weise soll die Consularbehörde, wenn sie zuerst von dem Todesfall Kenntniss erhält, die Ortsbehörde mit Nachricht versehen. || Die Consularbehörde soll das Recht haben, von Amtswegen oder auf Antrag der betheiligten Parteien alle Effecten, Mobilien und Papiere des Verstorbenen unter Siegel zu legen, indem sie zuvor von dieser Amtshandlung die zuständige Ortsbehörde benachrichtigt, welche derselben beiwohnen und ebenfalls ihre Siegel anlegen kann. || Die beiderseits angelegten Siegel dürfen ohne Mitwirkung der Ortsbehörde nicht abgenommen werden. || Sollte jedoch diese letztere auf eine von der Consularbehörde an sie ergangene Einladung, der Abnahme der beiderseits angelegten Siegel beizuwohnen, innerhalb achtundvierzig Stunden, vom Empfange der Einladung an gerechnet, sich nicht eingefunden haben, so kann die Consularbehörde allein zu der gedachten Amtshandlung schreiten. || Die Consularbehörde soll nach Abnahme der Siegel ein Verzeichniss aller Habe und Effecten des Verstorbenen aufnehmen und zwar in Gegenwart der Ortsbehörde, wenn diese in Folge der vorerwähnten Einladung jener Amtshandlung beigewohnt hatte. || Die Ortsbehörde soll den in ihrer Gegenwart aufgenommenen Protokollen ihre Unterschrift beifügen, ohne dass sie für ihre amtliche Mitwirkung bei diesen Amtshandlungen Gebühren irgend welcher Art beanspruchen kann.

Nr. 7998. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

Art. XII. Die zuständigen Landesbehörden sollen die in dem Lande gebräuchlichen oder durch die Gesetze desselben vorgeschriebenen Bekanntmachungen bezüglich der Eröffnung des Nachlasses und des Aufrufs der Erben oder Gläubiger erlassen und diese Bekanntmachungen der Consularbehörde mittheilen, unbeschadet der Bekanntmachungen, welche in gleicher Weise von dieser etwa erlassen werden.

Art. XIII. Die Consularbehörde kann alle beweglichen Nachlassgegenstände, welche dem Verderben ausgesetzt sind, und alle diejenigen, deren Aufbewahrung dem Nachlass erhebliche Kosten verursachen würde, unter Beobachtung der durch die Gesetze und Gebräuche des Landes ihres Amtssitzes vorgeschriebenen Formen öffentlich versteigern lassen.

Art. XIV. Die Consularbehörde hat die inventarisirten Effecten und Werthgegenstände, den Betrag der eingezogenen Forderungen und erhaltenen Einkünfte, sowie den Erlös aus dem etwa stattgehabten Verkauf von Nachlassgegenständen als ein Depositum, welches den Landesgesetzen unterworfen bleibt, bis zum Ablauf einer Frist von sechs Monaten, von dem Tage der letzten Bekanntmachung, welche die Ortsbehörde hinsichtlich der Eröffnung des Nachlasses erlassen hat, an gerechnet, oder, falls von der Ortsbehörde keine Bekanntmachung erlassen worden ist, bis zum Ablauf einer Frist von acht Monaten, von dem Todestage an gerechnet, zu verwahren. || Die Consularbehörde soll jedoch die Befugniss haben, die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung des Verstorbenen, den Lohn der Dienstboten, Miethszins, Gerichts- und Consulatskosten und Kosten ähnlicher Art sowie, unbeschadet der Ansprüche sonstiger Gläubiger, etwaige Ausgaben für den Unterhalt der Familie des Verstorbenen aus dem Erlös des Nachlasses sofort vorweg zu entnehmen.

Art. XV. Vorbehaltlich der Bestimmungen des vorhergehenden Artikels soll der Consularbeamte das Recht haben, hinsichtlich des beweglichen oder unbeweglichen Nachlasses des Verstorbenen alle Sicherungsmaassregeln zu treffen, welche er im Interesse der Erben für zweckmässig erachtet. Er kann denselben entweder persönlich oder durch von ihm erwählte und in seinem Namen handelnde Vertreter verwalten, und er soll das Recht haben, sich alle dem Verstorbenen zugehörigen Werthgegenstände, die sich in öffentlichen Kassen oder bei Privatpersonen in Verwahrung befinden sollten, ausliefern zu lassen.

Art. XVI. Wenn während der im Artikel XIV erwähnten Frist über etwaige Ansprüche von Landesangehörigen oder Unterthanen einer dritten Macht gegen den Nachlass Streit entstehen sollte, so steht die Entscheidung über diese Ansprüche, sofern sie nicht auf einem Erbanspruche oder Vermächtniss beruhen, ausschliesslich den Landesgerichten zu. || Falls der Bestand des Nachlasses zur unverkürzten Bezahlung der Schulden nicht ausreichen sollte, sollen die Gläubiger, sofern die Gesetze des Landes dieses gestatten, bei der zuständigen Ortsbehörde die Eröffnung des Concurses beantragen können. Nach erfolgter Concurseröffnung sollen alle Schriftstücke, Effecten oder Werthe der Nachlassmasse der zuständigen Ortsbehörde oder den Verwaltern der Concurs-

masse überliefert werden, wobei die Consularbehörde mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Landesangehörigen und insbesondere der Vertretung derjenigen, welche abwesend, minderjährig oder sonst zur eigenen Vertretung unfähig sind, betraut bleibt.

Art. XVII. Mit Ablauf der im Artikel XIV festgesetzten Frist soll, wenn keine Forderung gegen den Nachlass vorliegt, die Consularbehörde, nachdem alle dem Nachlasse zur Last fallenden Kosten und Rechnungen nach Maassgabe der Landesgesetze berichtigt worden sind, endgültig in den Besitz des Nachlasses gelangen, welchen sie liquidiren und den Berechtigten überweisen soll, ohne dass sie anderweit, als ihrer eigenen Regierung, Rechnung abzulegen hat.

Art. XVIII. In allen Fragen, zu denen die Eröffnung, die Verwaltung und die Liquidirung der Nachlässe von Angehörigen eines der beiden Staaten in dem anderen Staate Anlass geben können, vertreten die betreffenden Generalconsuln, Consuln und Viceconsuln die Erben von Rechtswegen und sind amtlich als die Bevollmächtigten derselben anzuerkennen, ohne dass sie verpflichtet wären, ihren Auftrag durch eine besondere Urkunde nachzuweisen. || Sie sollen demgemäss in Person oder durch Vertreter, welche sie aus den landesgesetzlich dazu befugten Personen erwählt haben, vor den zuständigen Behörden auftreten können, um in jeder sich auf den Nachlass beziehenden Angelegenheit die Interessen der Erben wahrzunehmen, indem sie deren Rechte geltend machen oder sich auf die gegen dieselben erhobenen Ansprüche einlassen. || Sie sind jedoch verpflichtet, zur Kenntniss der Testamentsvollstrecker, wenn solche vorhanden sind, oder der gegenwärtigen oder vorschriftsmässig vertretenen Erben jeden Anspruch zu bringen, welcher bei ihnen gegen die Nachlassmasse erhoben sein sollte, damit die Vollstrecker oder die Erben ihre etwaigen Einrede dagegen erheben können. || Sie sollen gleichfalls die Vormundschaft oder Curatel über die Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, für alles auf die Nachlassregelung Bezügliche in Gemässheit der Gesetze dieses Staates einleiten können. || Es versteht sich jedoch von selbst, dass die Generalconsuln, Consuln und Viceconsuln, da sie als Bevollmächtigte ihrer Landesangehörigen betrachtet werden, niemals wegen irgend einer die Succession betreffenden Angelegenheit persönlich gerichtlich in Anspruch genommen werden dürfen.

Art. XIX. Das Erbrecht sowie die Theilung des Nachlasses des Verstorbenen richten sich nach den Gesetzen seines Landes. || Alle Ansprüche, welche sich auf Erbrecht und Nachlasstheilung beziehen, sollen durch die Gerichtshöfe oder zuständigen Behörden desselben Landes entschieden werden und in Gemässheit der Gesetze dieses Landes.

Art. XX. Wenn ein Deutscher in Serbien oder ein Serbe in Deutschland an einem Orte verstirbt, wo eine Consularbehörde seines Staates nicht vorhanden ist, so hat die zuständige Ortsbehörde nach Massgabe der Landesgesetze zur Anlegung der Siegel und zur Verzeichnung des Nachlasses zu schreiten. Beglaubigte Abschriften der darüber aufgenommenen Verhandlungen sind nebst der Todesurkunde und den die Staatsangehörigkeit des Verstorbenen

Nr. 7998. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

darthuenden Schriftstücken binnen kürzester Frist der dem Nachlassorte nächsten Consularbehörde zu übersenden. || Die zuständige Ortsbehörde soll hinsichtlich des Nachlasses des Verstorbenen alle durch die Landesgesetze vorgeschriebenen Maassregeln treffen, und der Bestand des Nachlasses ist in möglichst kurzer Frist nach Ablauf der im Artikel XIV bestimmten Frist der gedachten Consularbehörde zu übermitteln. || Es versteht sich von selbst, dass von dem Augenblicke an, wo der zuständige Consularbeamte erschienen sein oder einen Vertreter an Ort und Stelle geschickt haben sollte, die Ortsbehörde, welche etwa eingeschritten ist, sich nach den in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Vorschriften zu richten haben wird.

Art. XXI. Erscheint ein Angehöriger eines der beiden Staaten an einem im Gebiete des anderen Staates eröffneten Nachlasse betheiligt, so soll, auch wenn der Erblasser Angehöriger des ersteren Staates war, die Ortsbehörde die nächste Consularbehörde von der Eröffnung des Nachlasses unverzüglich in Kenntniss setzen.

Art. XXII. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen in gleicher Weise auf den Nachlass eines Angehörigen eines der beiden Staaten Anwendung finden, der, ausserhalb des Gebiets des anderen Staates verstorben, dort bewegliches oder unbewegliches Vermögen hinterlassen haben sollte.

Art. XXIII. Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten sind ausschliesslich beauftragt mit der Inventarisirung und den anderen zur Erhaltung und Liquidirung erforderlichen Amtshandlungen bei dem Nachlasse jedes Reisenden, welcher in dem Staate des Amtssitzes des gedachten Beamten gestorben ist und bei seinem Ableben dem anderen Staate angehörte.

Art. XXIV. Die Generalconsuln, Consuln und ihre Kanzler oder Secretäre sowie die Viceconsuln und Consularagenten sollen in beiden Staaten aller Befreiungen, Vorrechte, Immunitäten und Privilegien theilhaftig sein, welche den Beamten gleichen Grades der meistbegünstigten Nation zustehen.

Art. XXV. Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, verzichtet auf die Ausübung der Vorrechte und Befreiungen, welche bisher den Angehörigen des deutschen Reiches auf Grund der mit dem ottomanischen Reiche bestehenden Capitulationen und in Gemässheit des Artikels XXXVII des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878 in Serbien zustanden. || Die erwähnten Capitulationen bleiben jedoch auch fernerhin hinsichtlich aller gerichtlichen Angelegenheiten in Anwendung, welche sich auf die Verhältnisse von Angehörigen des deutschen Reiches zu Angehörigen solcher Mächte beziehen, die auf die ihnen nach den Capitulationen zukommenden Vorrechte und Befreiungen nicht verzichten, mit Ausnahme des Falles, dass diese gerichtlichen Angelegenheiten in Serbien gelegene unbewegliche Güter betreffen. || Ueber die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher und Erledigung von Requisitionen in Strafsachen wird zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen dem deutschen Reiche in Serbien dieselben Rechte und Begünstigungen,

welche seitens Serbiens einem anderen Staate durch derartige Vereinbarungen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden, insoweit zustehen, als seitens des deutschen Reiches im einzelnen Falle für gleichartige Fälle die Gegenseitigkeit an Serbien zugesichert wird. || Diejenigen zur Zeit in Serbien unter deutschem Schutze stehenden Personen, welche nicht Angehörige des deutschen Reiches sind, sollen für ihre Lebenszeit in allen Beziehungen dieselben Rechte geniessen, wie die Reichsangehörigen. Ein Verzeichniss dieser Personen wird der serbischen Regierung deutscherseits mitgetheilt werden.

Nr. 7998. Deutschland und Serbien. 6. Jan. 1883.

Art. XXVI. Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt und die Ratificationen sollen in Berlin so bald als möglich ausgewechselt werden.*) || Derselbe soll einen Monat nach der Auswechselung der Ratificationen in Kraft treten und zehn Jahre, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, in Wirksamkeit bleiben. || Wenn ein Jahr vor Ablauf dieses Zeitraums keiner der hohen vertragschliessenden Theile dem anderen durch eine amtliche Erklärung seine Absicht kundgiebt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, so soll derselbe bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der hohen vertragschliessenden Theile denselben gekündigt haben wird. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 6. Januar 1883.

Graf von Hatzfeldt.

M. A. Petronievitch.
Wuk. J. Petrowitch.
Wutschko D. Stojanovits.

---

## Nr. 7999. DEUTSCHLAND und FRANKREICH. — Uebereinkunft, betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst. Vom 19. April 1883.

[Reichs-Gesetzblatt 1883, Nr. 20, S. 269.]

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des deutschen Reichs, und der Präsident der französischen Republik, gleichmässig von dem Wunsche beseelt, in wirksamerer Weise in beiden Ländern den Schutz an Werken der Literatur und Kunst zu gewährleisten, haben den Abschluss einer besonderen Uebereinkunft zu diesem Zwecke beschlossen und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Nr. 7999. Deutschland und Frankreich. 19. April 1883.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

den Herrn Paul Grafen von Hatzfeldt-Wildenburg, Allerhöchst Ihren Staatsminister und Staatssecretär des Auswärtigen Amts;

---

*) Ist geschehen zu Berlin am 25. Mai 1883. Die Red.

Nr. 7999. Deutschland und Frankreich. 19. April 1883.

und

der Präsident der französischen Republik:

den Herrn Alphons Baron von Courcel, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Frankreichs bei Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen,

und

den Herrn Carl Jagerschmidt, bevollmächtigten Minister erster Classe, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Art. 1. Die Urheber von Werken der Literatur oder Kunst sollen, gleichviel ob diese Werke veröffentlicht sind oder nicht, in jedem der beiden Länder gegenseitig sich der Vortheile zu erfreuen haben, welche daselbst zum Schutze von Werken der Literatur oder Kunst gesetzlich eingeräumt sind oder eingeräumt werden. Sie sollen daselbst denselben Schutz und dieselbe Rechtshülfe gegen jede Beeinträchtigung ihrer Rechte geniessen, als wenn diese Beeinträchtigung gegen inländische Urheber begangen wäre. || Diese Vortheile sollen ihnen jedoch gegenseitig nur so lange zustehen, als ihre Rechte in dem Ursprungslande in Kraft sind, und sollen in dem anderen Lande nicht über die Frist hinaus dauern, welche daselbst den inländischen Urhebern gesetzlich eingeräumt ist. || Der Ausdruck „Werke der Literatur oder Kunst" umfasst Bücher, Broschüren oder andere Schriftwerke; dramatische Werke, musikalische Compositionen, dramatisch-musikalische Werke; Werke der zeichnenden Kunst, der Malerei, der Bildhauerei; Stiche, Lithographien, Illustrationen, geographische Karten; geographische, topographische, architektonische oder naturwissenschaftliche Pläne, Skizzen und Darstellungen plastischer Art und überhaupt jedes Erzeugniss aus dem Bereiche der Literatur, Wissenschaft oder Kunst.

Art. 2. Die Bestimmungen des Artikels 1 sollen auch Anwendung finden auf die Verleger solcher Werke, welche in einem der beiden Länder veröffentlicht sind und deren Urheber einer dritten Nation angehört.

Art. 3. Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Urheber, Verleger, Uebersetzer, Componisten, Zeichner, Maler, Bildhauer, Kupferstecher, Architekten, Lithographen u. s. w. sollen gegenseitig in allen Beziehungen dieselben Rechte geniessen, welche die gegenwärtige Uebereinkunft den Urhebern, Verlegern, Uebersetzern, Componisten, Zeichnern, Malern, Bildhauern, Kupferstechern, Architekten und Lithographen selbst bewilligt.

Art. 4. Es soll gegenseitig erlaubt sein, in einem der beiden Länder Auszüge oder ganze Stücke eines zum ersten Male in dem anderen Lande erschienenen Werkes zu veröffentlichen, vorausgesetzt, dass diese Veröffentlichung ausdrücklich für den Schul- oder Unterrichtsgebrauch bestimmt und eingerichtet oder wissenschaftlicher Natur ist. || In gleicher Weise soll es gegenseitig erlaubt sein, Chrestomathien, welche aus Bruchstücken von Werken verschiedener Urheber zusammengesetzt sind, zu veröffentlichen sowie in eine Chrestomathie oder in ein in dem einen der beiden Länder erscheinendes Originalwerk eine

in dem anderen Lande veröffentlichte ganze Schrift von geringerem Umfange aufzunehmen. || Es muss jedoch jedesmal der Name des Urhebers oder die Quelle angegeben sein, aus welcher die in den beiden vorstehenden Absätzen gedachten Auszüge, Stücke von Werken, Bruchstücke oder Schriften herrühren. || Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Aufnahme musikalischer Compositionen in Sammlungen, welche zum Gebrauche für Musikschulen bestimmt sind; vielmehr gilt eine derartige Aufnahme, wenn sie ohne Genehmigung des Componisten erfolgt, als unerlaubter Nachdruck.

Art. 5. Artikel, welche aus den in einem der beiden Länder erschienenen Zeitungen oder periodischen Zeitschriften entnommen sind, dürfen in dem anderen Lande im Original oder in Uebersetzung gedruckt werden. || Jedoch soll diese Befugniss sich nicht auf den Abdruck, im Original oder in Uebersetzung, von Feuilletonromanen oder von Artikeln über Wissenschaft oder Kunst beziehen. || Das gleiche gilt von anderen, aus Zeitungen oder periodischen Zeitschriften entnommenen grösseren Artikeln, wenn die Urheber oder Herausgeber in der Zeitung oder in der Zeitschrift selbst, worin dieselben erschienen sind, ausdrücklich erklärt haben, dass sie deren Nachdruck untersagen. || In keinem Falle soll die im vorstehenden Absatz gestattete Untersagung bei Artikeln politischen Inhalts Anwendung finden.

Art. 6. Das Recht auf Schutz der musikalischen Werke begreift in sich die Unzulässigkeit der sogenannten musikalischen Arrangements, nämlich der Stücke, welche nach Motiven aus fremden Compositionen ohne Genehmigung des Urhebers gearbeitet sind. || Den betreffenden Gerichten bleibt es vorbehalten, die Streitigkeiten, welche bezüglich der Anwendung obiger Vorschrift etwa hervortreten sollten, nach Maassgabe der Gesetzgebung jedes der beiden Länder zu entscheiden.

Art. 7. Um allen Werken der Literatur und Kunst den im Artikel 1 vereinbarten Schutz zu sichern, und damit die Urheber der gedachten Werke, bis zum Beweise des Gegentheils, als solche angesehen und demgemäss vor den Gerichten beider Länder zur Verfolgung von Nachdruck und Nachbildung zugelassen werden, soll es genügen, dass ihr Name auf dem Titel des Werkes, unter der Zueignung oder Vorrede, oder am Schlusse des Werkes angegeben ist. || Bei anonymen oder pseudonymen Werken ist der Verleger, dessen Name auf dem Werke steht, zur Wahrnehmung der dem Urheber zustehenden Rechte befugt. Derselbe gilt ohne weiteren Beweis als Rechtsnachfolger des anonymen oder pseudonymen Urhebers.

Art. 8. Die Bestimmungen des Artikels 1 sollen auf die öffentliche Aufführung musikalischer sowie auf die öffentliche Darstellung dramatischer oder dramatisch-musikalischer Werke gleichfalls Anwendung finden.

Art. 9. Den Originalwerken werden die in einem der beiden Länder veranstalteten Uebersetzungen inländischer oder fremder Werke ausdrücklich gleichgestellt. Demzufolge sollen diese Uebersetzungen, rücksichtlich ihrer unbefugten Vervielfältigung in dem anderen Lande, den im Artikel 1 festgesetzten Schutz

Nr. 7999. Deutschland und Frankreich. 19. April 1883.

geniessen. || Es ist jedoch wohlverstanden, dass der Zweck des gegenwärtigen Artikels nur dahin geht, den Uebersetzer in Beziehung auf die von ihm gefertigte Uebersetzung des Originalwerkes zu schützen, keineswegs aber, dem ersten Uebersetzer irgend eines in todter oder lebender Sprache geschriebenen Werkes das ausschliessliche Uebersetzungsrecht zu übertragen, ausser in dem im folgenden Artikel vorgesehenen Falle und Umfange.

Art. 10. Den Urhebern in jedem der beiden Länder soll in dem anderen Lande während zehn Jahre nach dem Erscheinen der mit ihrer Genehmigung veranstalteten Uebersetzung ihres Werkes das ausschliessliche Uebersetzungsrecht zustehen. || Die Uebersetzung muss in einem der beiden Länder erschienen sein. || Behufs des Genusses des obengedachten ausschliesslichen Rechtes ist es erforderlich, dass die genehmigte Uebersetzung innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren, von der Veröffentlichung des Originalwerkes an gerechnet, vollständig erschienen sei. || Bei den in Lieferungen erscheinenden Werken soll der Lauf der in dem vorstehenden Absatz festgesetzten dreijährigen Frist erst von der Veröffentlichung der letzten Lieferung des Originalwerkes an beginnen. || Falls die Uebersetzung eines Werkes lieferungsweise erscheint, soll die im ersten Absatz festgesetzte zehnjährige Frist gleichfalls erst von dem Erscheinen der letzten Lieferung der Uebersetzung an zu laufen anfangen. || Indessen soll bei Werken, welche aus mehreren in Zwischenräumen erscheinenden Bänden bestehen, sowie bei fortlaufenden Berichten oder Heften, welche von literarischen oder wissenschaftlichen Gesellschaften oder von Privatpersonen veröffentlicht werden, jeder Band, jeder Bericht oder jedes Heft, bezüglich der zehnjährigen und der dreijährigen Frist, als ein besonderes Werk angesehen werden. || Die Urheber dramatischer oder dramatisch-musikalischer Werke sollen, während der Dauer ihres ausschliesslichen Uebersetzungsrechtes, gegenseitig gegen die nicht genehmigte öffentliche Darstellung der Uebersetzung ihrer Werke geschützt werden.

Art. 11. Wenn der Urheber eines musikalischen oder dramatisch-musikalischen Werkes sein Vervielfältigungsrecht an einen Verleger für eins der beiden Länder mit Ausschluss des anderen Landes abgetreten hat, so dürfen die demgemäss hergestellten Exemplare oder Ausgaben dieses Werkes in dem letzteren Lande nicht verkauft werden; vielmehr soll die Einführung dieser Exemplare oder Ausgaben daselbst als Verbreitung von Nachdruck angesehen und behandelt werden. || Die Werke, auf welche vorstehende Bestimmung sich bezieht, müssen auf ihrem Titel und auf ihrem Umschlag den Vermerke tragen: „In Deutschland (in Frankreich) verbotene Ausgabe". || Uebrigens sollen diese Werke in beiden Ländern zur Durchfuhr nach einem dritten Lande unbehindert zugelassen werden. || Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels finden auf andere als musikalische oder dramatisch-musikalische Werke keine Anwendung.

Art. 12. Die Einfuhr, die Ausfuhr, die Verbreitung, der Verkauf und das Feilbieten von Nachdruck oder unbefugten Nachbildungen ist in jedem der beiden Länder verboten, gleichviel, ob dieser Nachdruck oder diese Nach-

bildungen aus einem der beiden Länder oder aus irgend einem dritten Lande herrühren.

Art. 13. Jede Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft soll die Beschlagnahme, Einziehung und Verurtheilung zu Strafe und Schadensersatz nach Maassgabe der betreffenden Gesetzgebungen in gleicher Weise zur Folge haben, wie wenn die Zuwiderhandlung ein Werk oder Erzeugniss inländischen Ursprungs betroffen hätte. || Die Merkmale, aus welchen der Thatbestand des Nachdrucks oder der unbefugten Nachbildung sich ergiebt, sind durch die betreffenden Gerichte nach Maassgabe der in jedem der beiden Länder geltenden Gesetzgebung festzustellen.

Art. 14. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft sollen in keiner Beziehung das einem jeden der beiden hohen vertragschliessenden Theile zustehende Recht beeinträchtigen, durch Maassregeln der Gesetzgebung oder inneren Verwaltung die Verbreitung, die Darstellung oder das Feilbieten eines jeden Werkes oder Erzeugnisses zu überwachen oder zu untersagen, in Betreff dessen die zuständige Behörde dieses Recht auszuüben haben würde. || Ebenso beschränkt die gegenwärtige Uebereinkunft in keiner Weise das Recht des einen oder des anderen der beiden hohen vertragschliessenden Theile, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem Gebiete zu verhindern, welche nach seinen inneren Gesetzen oder in Gemässheit seiner mit anderen Mächten getroffenen Abkommen für Nachdruck erklärt sind oder erklärt werden.

Art. 15. Die in der gegenwärtigen Uebereinkunft enthaltenen Bestimmungen sollen auf die vor deren Inkrafttreten vorhandenen Werke mit den Maassgaben und unter den Bedingungen Anwendung finden, welche das der Uebereinkunft angeheftete Protokoll vorschreibt.

Art. 16. Die hohen vertragschliessenden Theile sind darüber einverstanden, dass jeder weitergehende Vortheil oder Vorzug, welcher künftighin von Seiten eines Derselben einer dritten Macht in Bezug auf die in der gegenwärtigen Uebereinkunft vereinbarten Punkte eingeräumt wird, unter der Voraussetzung der Reciprocität den Urhebern des anderen Landes oder deren Rechtsnachfolgern ohne weiteres zu statten kommen soll. || Sie behalten sich übrigens das Recht vor, im Wege der Verständigung an der gegenwärtigen Uebereinkunft jede Verbesserung oder Veränderung vorzunehmen, deren Nützlichkeit sich durch die Erfahrung herausstellen sollte.

Art. 17. Die gegenwärtige Uebereinkunft tritt an die Stelle der früher zwischen Frankreich und den einzelnen deutschen Staaten abgeschlossenen Literarconventionen. || Sie soll während sechs Jahre von dem Tage ihres Inkrafttretens an in Geltung bleiben, und ihre Wirksamkeit soll alsdann so lange, bis sie von dem einen oder anderen der hohen vertragschliessenden Theile gekündigt wird, und noch ein Jahr nach erfolgter Kündigung fortdauern.

Art. 18. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Ratificationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden.*)

*) Geschehen am 6. August 1883. Die Red.

Nr. 7999. Deutschland und Frankreich. 19. April 1883.

|| Sie soll in beiden Ländern drei Monate nach der Auswechselung der Ratificationen in Kraft treten. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft vollzogen und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 19. April 1883.

Graf v. Hatzfeldt.
Alph. de Courcel.
Ch. Jagerschmidt.

---

## Protokoll.

Da es von den unterzeichneten Bevollmächtigten für nothwendig erachtet worden ist, die Rechte, welche der Artikel 15 der unterm heutigen Tage zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossenen Literarconvention den Urhebern der vor deren Inkrafttreten vorhandenen Werke beilegt, näher zu bestimmen und zu regeln, so haben dieselben Folgendes vereinbart:

1. Die Wohlthat der Bestimmungen der Uebereinkunft vom heutigen Tage wird denjenigen vor deren Inkrafttreten vorhandenen Werken der Literatur und Kunst zu Theil, welche etwa einen gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck, gegen Nachbildung, gegen unerlaubte öffentliche Aufführung oder Darstellung oder gegen unerlaubte Uebersetzung nicht geniessen, oder diesen Schutz in Folge der Nichterfüllung vorgeschriebener Förmlichkeiten verloren haben. || Der Druck der Exemplare, deren Herstellung beim Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft erlaubter Weise im Gange ist, soll vollendet werden dürfen; diese Exemplare sollen ebenso wie diejenigen, welche zu dem gleichen Zeitpunkt erlaubter Weise bereits hergestellt sind, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Uebereinkunft verbreitet und verkauft werden dürfen, vorausgesetzt, dass innerhalb dreier Monate, in Gemässheit der von den betreffenden Regierungen erlassenen Anordnungen, die bei dem Inkrafttreten angefangenen oder fertiggestellten Exemplare mit einem besonderen Stempel versehen werden. || Ebenso sollen die beim Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft vorhandenen Vorrichtungen, wie Stereotypen, Holzstöcke und gestochene Platten aller Art sowie lithographische Steine, während eines Zeitraumes von vier Jahren von diesem Inkrafttreten an benutzt werden dürfen, nachdem sie mit einem besonderen Stempel versehen worden sind. || Auf Anordnung der betreffenden Regierungen soll ein Inventar der Exemplare von Werken und der Vorrichtungen, welche im Sinne dieses Artikels erlaubt sind, aufgenommen werden.

2. Was die dramatischen oder dramatisch-musikalischen Werke anlangt, welche in einem der beiden Länder erschienen und in dem anderen Lande vor dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft im Original oder in Uebersetzung öffentlich aufgeführt worden sind, so sollen dieselben den gesetzlichen Schutz gegen unerlaubte Aufführung nur insoweit geniessen, als sie nach den

früher zwischen Frankreich und den einzelnen deutschen Staaten abgeschlossenen Uebereinkommen geschützt waren.

3. Die Wohlthat der Bestimmungen gegenwärtiger Uebereinkunft soll auch denjenigen Werken, welche weniger als drei Monate vor dem Inkrafttreten erschienen sind und bezüglich deren daher die gesetzliche Frist für die in einigen der früheren Uebereinkommen zwischen Frankreich und den einzelnen deutschen Staaten vorgeschriebene Eintragung noch nicht abgelaufen ist, zu statten kommen, und zwar ohne dass die Urheber zur Erfüllung jener Förmlichkeit gehalten wären.

4. Anlangend das Uebersetzungsrecht sowie die öffentliche Aufführung der Uebersetzungen von Werken, welche beim Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft noch nach den früheren Uebereinkommen geschützt sind, soll die in den letzteren auf fünf Jahre bemessene Dauer jenes Rechtes unter der Voraussetzung auf zehn Jahre verlängert werden, dass entweder die fünfjährige Frist beim Inkrafttreten der gegenwärtigen Uebereinkunft noch nicht abgelaufen, oder aber, im Falle des schon erfolgten Ablaufes, seitdem keine Uebersetzung erschienen ist, beziehungsweise keine Aufführung stattgefunden hat. Ebenso sollen die Urheber bezüglich des Uebersetzungsrechtes an ihren Werken sowie der öffentlichen Aufführung von Uebersetzungen dramatischer oder dramatisch-musikalischer Werke, insoweit es sich um die durch die früheren Uebereinkommen für den Beginn oder für die Vollendung der Uebersetzungen festgesetzten Fristen handelt, unter den im vorstehenden Absatze vorgesehenen Voraussetzungen die durch die gegenwärtige Uebereinkunft gewährten Vortheile geniessen.

Das gegenwärtige Protokoll soll, als integrirender Theil der Uebereinkunft vom heutigen Tage, mit derselben ratificirt werden und gleiche Kraft, Geltung und Dauer wie diese Uebereinkunft haben.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll aufgenommen und dasselbe mit ihrer Unterschrift versehen.

So geschehen zu Berlin, den 19. April 1883.

Graf v. Hatzfeldt.
Alph. de Courcel.
Ch. Jagerschmidt.

---

## Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Vollziehung der Uebereinkunft zu schreiten, welche behufs gegenseitiger Gewährleistung des Schutzes von Werken der Literatur und Kunst unterm heutigen Tage zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen worden ist, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die nachstehenden Erklärungen und Vorbehalte verlautbart:

1. Da nach den Bestimmungen der deutschen Reichsgesetzgebung die Dauer des gesetzlichen Schutzes gegen Nachdruck und Nachbildung bei ano-

Nr. 7999. Deutschland und Frankreich. 19. April 1883.

nymen oder pseudonymen Werken in Deutschland auf dreissig Jahre nach dem Erscheinen beschränkt ist, es sei denn, dass jene Werke innerhalb dieser dreissig Jahre unter dem wahren Namen des Urhebers eingetragen werden, so wird verabredet, dass es den Urhebern der in einem der beiden Länder erschienenen anonymen oder pseudonymen Werke oder deren gesetzlich berechtigten Rechtsnachfolgern freistehen soll, sich in dem anderen Lande die Wohlthat der normalen Dauer des Rechtes auf Schutz dadurch zu sichern, dass sie während der obenerwähnten dreissigjährigen Frist ihre Werke unter ihrem wahren Namen in dem Ursprungslande nach Maassgabe der daselbst geltenden gesetzlichen oder reglementarischen Vorschriften eintragen oder deponiren lassen.

2. Die zur Einfuhr erlaubten Bücher, welche aus einem der beiden Länder kommen, sollen in dem andern Lande auch fernerhin, sowohl zum Eingange, als auch zur unmittelbaren Durchfuhr oder zur Niederlage, bei allen Zollstellen abgefertigt werden, welche für diesen Zweck gegenwärtig bestimmt sind oder künftig bestimmt werden.

3. Mit Rücksicht darauf, dass nach der deutschen Reichsgesetzgebung photographische Werke nicht denjenigen Werken beigezählt werden können, auf welche die gedachte Uebereinkunft Anwendung findet, behalten die beiden Regierungen sich eine spätere Verständigung vor, um durch ein besonderes Abkommen in beiden Ländern gegenseitig den Schutz der photographischen Werke sicherzustellen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratification, durch die blosse Thatsache des Austausches der Ratificationen zu der Uebereinkunft, auf die es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihrer Unterschrift versehen.

So geschehen zu Berlin, den 19. April 1883.

Graf v. Hatzfeldt.
Alph. de Courcel.
Ch. Jagerschmidt.

---

## Nr. 8000. DEUTSCHLAND und ITALIEN. — Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 4. Mai 1883.

[Reichs-Gesetzblatt 1883, Nr. 11, S. 109.]

Nr. 8000. Deutschland und Italien. 4. Mai 1883.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, einerseits und Seine Majestät der König von Italien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen, und zu Bevollmächtigten ernannt,

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Staatssecretär des Reichsschatzamts, Wirklichen Geheimen Rath Franz Emil Emanuel Burchard,

und

Allerhöchstihren Director im Auswärtigen Amt, Wirklichen Geheimen Legationsrath Victor von Bojanowski,

Seine Majestät der König von Italien:

Allerhöchstihren Botschafter bei Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen, Eduard Grafen de Launay,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den folgenden Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen haben:

Art. 1. Zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen. || Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theils in Bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern oder den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren, allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

Art. 2. Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theils zum vollen Genusse der bürgerlichen Rechte gleich den Inländern zugelassen werden. || Sie sollen demgemäss gleich den Inländern berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben, zu besitzen und darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben. || Auch sollen sie in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen, als die Inländer.

Art. 3. Die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland sollen volle Freiheit haben, wie die Inländer ihre Geschäfte entweder in Person oder durch einen Unterhändler ihrer eigenen Wahl zu regeln, ohne verpflichtet zu sein, solchen Mittelspersonen eine Vergütung oder Schadloshaltung zu zahlen, falls sie sich derselben nicht bedienen wollen, und ohne in dieser Beziehung anderen Beschränkungen, als solchen zu unterliegen, welche durch die allgemeinen Landesgesetze festgestellt sind. || Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

Art. 4. Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theils von jedem persönlichen Dienste im

Nr. 8000. Deutschland und Italien. 4. Mai 1883.

Landheere, in der Marine und in der Land- und Seewehr oder in der Nationalmiliz befreit sein und hinsichtlich ihres beweglichen ebenso wie ihres unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Beschränkungen, Taxen oder Auflagen unterworfen werden, als denjenigen, welchen die Inländer unterworfen sind.

Art. 5. In Bezug auf die Erfindungspatente, die Fabrik- oder Handelsmarken sowie die industriellen oder gewerblichen Muster oder Modelle aller Art sollen die Angehörigen des einen der hohen vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen dieselben Vortheile geniessen, welche die betreffenden Gesetze den Inländern gegenwärtig gewähren oder in Zukunft gewähren werden. || Sie werden demgemäss denselben Schutz und dieselben gesetzlichen Mittel gegen jede Verletzung ihrer Rechte haben, wie die Inländer, vorausgesetzt, dass sie die Förmlichkeiten und Bedingungen erfüllen, welche die innere Gesetzgebung eines jeden der beiden Staaten den Inländern auferlegt. || Das ausschliessliche Recht, ein industrielles oder gewerbliches Muster oder Modell zu benutzen, wird den Italienern in Deutschland und ebenso den Deutschen in Italien nur auf so lange zustehen, als dss Gesetz ihres Heimathstaates dasselbe gewährt, und nur auf so lange, als das Gesetz des Ortes es hinsichtlich der Inländer zulässt. || Steht das industrielle oder gewerbliche Muster oder Modell in dem Lande seines Ursprungs in freiem Gebrauche, so kann dasselbe auch in dem anderen Lande nicht den Gegenstand ausschliesslicher Benutzung bilden. || Die Bestimmungen der beiden vorhergehenden Absätze finden auch auf die Fabrik- und Handelsmarken Anwendung. || Die Rechte der Angehörigen des einen der hohen vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen sind nicht durch die Verpflichtung bedingt, von den industriellen oder gewerblichen Mustern oder Modellen Gebrauch zu machen. || Unter den Fabrik- oder Handelsmarken, auf welche die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden, sind diejenigen zu verstehen, welche in den beiden Ländern von den Gewerbetreibenden oder Kaufleuten, die sich ihrer bedienen, gesetzlich erworben sind, so dass die Eigenschaft einer italienischen Marke nach italienischem und die einer deutschen Marke nach deutschem Gesetze zu beurtheilen ist.

Art. 6. Die hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet.

Art. 7. Die in dem beiliegenden Tarif (A) bezeichneten Gegenstände italienischer Herkunft (Provenienz) oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Zöllen zugelassen. || Die in dem beiliegenden Tarif (B) bezeichneten Gegenstände deutscher Herkunft (Provenienz) oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Italien zu den durch diesen Tarif festgestellten Zöllen zugelassen. || Jeder der beiden hohen vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, den anderen bei der Ein- und Ausfuhr der im gegenwärtigen Vertrage genannten oder nicht genannten Waaren un-

verzüglich und ohne weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird.

Art. 8. Hinsichtlich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle, sowie in Bezug auf die Durchfuhr, die zollamtliche Niederlage, die (örtlichen) Gebühren, die Zollformalitäten, die Zollbehandlung und Zollabfertigung, ferner in Bezug auf die für Rechnung des Staates, einer Gemeinde oder Corporation zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchsabgaben und Accisegebühren jeder Art verpflichtet sich jeder der hohen vertragschliessenden Theile, den anderen an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht und jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht gewährt haben sollte. || Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne weiteres dem anderen vertragschliessenden Theile zu statten kommen.

Art. 9. Als deutsche oder italienische Schiffe sollen alle diejenigen angesehen werden, welche nach den Gesetzen des deutschen Reichs als deutsche oder nach den italienischen Gesetzen als italienische Schiffe anzuerkennen sind.

Art. 10. Waaren jeder Art und Herkunft, welche in dem Gebiete des einen der hohen vertragschliessenden Theile von nationalen Schiffen zur Ein-, Aus-, Durchfuhr oder auf Niederlage gebracht werden dürfen, können auch von Schiffen des anderen Theils ein-, aus-, durchgeführt oder auf Niederlage gebracht werden, ohne andere oder höhere Zölle zu entrichten und anderen oder grösseren Beschränkungen zu unterliegen, und mit der Berechtigung auf dieselben Privilegien, Ermässigungen, Vergünstigungen und Rückerstattungen, welche den von nationalen Schiffen ein-, aus-, durchgeführten oder auf Niederlage gebrachten Waaren eingeräumt werden.

Art. 11. Die Schiffe eines der hohen vertragschliessenden Theile, welche mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Theils einlaufen oder dieselben verlassen, werden daselbst, welcher auch immer der Ort ihres Auslaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, in jeder Hinsicht auf demselben Fusse wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Sowohl bei ihrem Einlaufen, wie während ihres Aufenthalts und bei ihrem Auslaufen werden sie keine anderen oder höheren Leuchtthurm-, Tonnen-, Lootsen-, Hafen-, Remorquirungs-, Quarantäne- oder sonstige auf dem Schiffskörper lastende, wie immer benannte Gebühren, dieselben mögen im Namen und zu Gunsten des Staats, der öffentlichen Beamten, der Gemeinden oder was immer für Corporationen eingehoben werden, zu entrichten haben, als diejenigen, zu welchen die einheimischen Schiffe daselbst verpflichtet sind oder sein werden. || In Bezug auf die Aufstellung, die Beladung und die Entlöschung der Schiffe in den Häfen, Rheden, Buchten und Bassins, sowie überhaupt in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsfahrzeuge, ihre Mann-

Nr. 8000. Deutschland und Italien. 4. Mai 1883.

schaften und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man übereingekommen, dass den inländischen Schiffen kein Vorrecht und keine Begünstigung zugestanden werden soll, welche nicht gleichmässig den Schiffen des anderen Theils zukommen, indem es der Wille der hohen vertragschliessenden Theile ist, dass auch in dieser Hinsicht ihre Schiffe auf dem Fusse einer vollständigen Gleichheit behandelt werden sollen.

Art. 12. Was die Küstenschifffahrt betrifft, so soll jeder der hohen vertragschliessenden Theile für seine Schiffe alle Begünstigungen und Vorrechte, welche der andere Theil in dieser Hinsicht irgend einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird, unter der Bedingung in Anspruch nehmen können, dass er den Schiffen des anderen Theils dieselben Begünstigungen und Vorrechte in seinem Gebiete zugesteht. || Es sollen die Schiffe eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile, welche in einen der Häfen des anderen Theils einlaufen, um daselbst ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, wenn sie sich den Gesetzen und Verordnungen des Landes fügen, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen, ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Art. 13. Der gegenwärtige Handelsvertrag erstreckt sich auf die mit einem der hohen vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Landestheile.

Art. 14. Der gegenwärtige Vertrag wird am 1. Juli 1883 in Wirksamkeit treten und bis zum 1. Februar 1892 in Geltung bleiben. Jedoch behält sich jeder der beiden hohen vertragschliessenden Theile die Befugniss vor, die Wirkungen desselben am 1. Februar 1888 aufhören zu lassen, indem er ihn sechs Monate zuvor kündigt. || Sollte von dieser Befugniss kein Gebrauch gemacht werden, so wird der gegenwärtige Vertrag bis zu dem oben genannten Tage, dem 1. Februar 1892, Geltung behalten und über diesen Zeitraum hinaus bis zum Ablaufe eines Jahres, von dem Tage, an welchem einer oder der andere der beiden hohen vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft bleiben.

Art. 15. Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt und die Ratificationen sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 4. Mai 1883.

Burchard. v. Bojanowski. Launay.

## Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reich und Italien haben die Bevollmächtigten der beiden hohen vertragschliessenden Theile Folgendes erklärt:

Seitens des italienischen Bevollmächtigten ist bei den Verhandlungen wiederholt beantragt worden, dass in den Vertrag eine Bestimmung Aufnahme fände, wonach Meinungsverschiedenheiten unter den hohen Vertragschliessenden über die Anwendung oder Auslegung einzelner Vertragsbestimmungen durch ein Schiedsgericht entschieden werden sollten. Um den Abschluss des Vertrages nicht zu verzögern, waren die beiderseitigen Bevollmächtigten einverstanden, dass die Prüfung dieser Frage weiteren Verhandlungen vorzubehalten sei. || Im übrigen haben die Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt:

Zu Art. 2. Die Vorschriften dieses Artikels beziehen sich nicht auf juristische Personen. Für Actiengesellschaften und andere commercielle, industrielle oder financielle Gesellschaften bleibt die, zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen zu Berlin am 8. August 1873 unterzeichnete Convention unverändert in Geltung.

Zu Art. 9. Die beiderseitigen Schiffsmessbriefe finden nach Maassgabe der hierüber zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen getroffenen besonderen Vereinbarung gegenseitige Anerkennung.

Zu Art. 15. Die Bevollmächtigten sind übereingekommen, dass das gegenwärtige Protocoll zugleich mit dem Vertrage den beiden hohen vertragsschliesenden Theilen vorgelegt werden soll, und dass im Falle der Ratification des letzteren auch die in dem ersteren enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratification als genehmigt angesehen werden sollen.

So geschehen zu Berlin, den 4. Mai 1883.

Burchard. v. Bojanowski. Launay.

[Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden und die Auswechselung der Ratifikationen hat stattgefunden.]

# Suez-Canal.

## Nr. 8001. AEGYPTEN. — Acte de Concession du Vice-Roi d'Egypte pour la construction et l'exploitation du Canal Maritime de Suez et Dépendances entre la Mer Méditerranée et la Mer Rouge. — Caire, le 30 Novembre 1854.

Nr. 8001. Aegypten. 30. Nov. 1854.

Notre ami M. Ferdinand de Lesseps ayant appelé notre attention sur les avantages qui résulteraient pour l'Egypte de la jonction de la Mer Méditerranée et de la Mer Rouge par une voie navigable pour les grands navires, et nous ayant fait connaître la possibilité de constituer, à cet effet, une compagnie formée de capitalistes de toutes les nations, nous avons accueilli les combinaisons qu'il nous a soumises, et lui avons donné, par ces présentes, pouvoir exclusif de constituer et de diriger une compagnie universelle pour le percement de l'Isthme de Suez et l'exploitation d'un Canal entre les deux mers, avec faculté d'entreprendre ou de faire entreprendre tous travaux et constructions, à la charge par la compagnie de donner préalablement toute indemnité aux particuliers en cas d'expropriation pour cause d'utilité publique; le tout dans les limites et avec les conditions et charges déterminées dans les Articles qui suivent.

Article 1. M. Ferdinand de Lesseps constituera une compagnie, dont nous lui confions la direction, sous le nom de Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez, pour le percement de l'Isthme de Suez, l'exploitation d'un passage propre à la grande navigation, la fondation ou l'appropriation de deux entrées suffisantes, l'une sur la Méditerranée, l'autre sur la Mer Rouge, et l'établissement d'un ou de deux ports.

Art. 2. Le directeur de la compagnie sera toujours nommé par le Gouvernement Egyptien et choisi, autant que possible, parmi les actionnaires les plus intéressés dans l'entreprise.

Art. 3. La durée de la Concession est de 99 ans, à partir du jour de l'ouverture du Canal des deux mers.

Art. 4. Les travaux seront exécutés aux frais exclusifs de la compagnie, à laquelle tous les terrains nécessaires n'appartenant pas à des particuliers

seront concédés à titre gratuit. Les fortifications que le Gouvernement jugera à propos d'établir ne seront point à la charge de la compagnie.

Art. 5. Le Gouvernement Egyptien recevra annuellement de la compagnie 15 pour cent des bénéfices nets résultant du bilan de la société, sans préjudice des intérêts et dividendes revenant aux actions qu'il se réserve de prendre pour son compte lors de leur émission et sans aucune garantie de sa part dans l'exécution des travaux ni dans les opérations de la compagnie. Le reste des bénéfices nets sera réparti ainsi qu'il suit:

75 pour cent au profit de la compagnie;

10 pour cent au profit des membres fondateurs.

Art. 6. Les tarifs des droits de passage du Canal de Suez, concertés entre la compagnie et le Vice-Roi d'Égypte et perçus par les agents de la compagnie, seront toujours égaux pour toutes les nations, aucun avantage particulier ne pouvant jamais être stipulé au profit exclusif d'aucune d'elles.

Art. 7.*) Dans le cas où la compagnie jugerait nécessaire de rattacher par une voie navigable le Nil au passage direct de l'Isthme, et dans celui où le Canal Maritime suivrait un tracé indirect desservi par l'eau du Nil, le Gouvernement Egyptien abandonnerait à la compagnie les terrains du domaine public aujourd'hui incultes qui seraient arrosés et cultivés à ses frais ou par ses soins.

La compagnie jouira, sans impôts, des dits terrains pendant 10 ans, à partir du jour de l'ouverture du Canal; durant les 89 ans qui resteront à s'écouler jusqu'à l'expiration de la Concession, elle payera la dîme au Gouvernement Egyptien; après quoi elle ne pourra continuer à jouir des terrains ci-dessus mentionnés qu'autant qu'elle payera au dit Gouvernement un impôt égal à celui qui sera affecté aux terrains de même nature.

Art. 8.*) Pour éviter toute difficulté au sujet des terrains qui seront abandonnés à la compagnie concessionnaire, un plan dressé par M. Linant-Bey, notre commissaire ingénieur auprès de la compagnie, indiquera les terrains concédés, tant pour la traversée et les établissements du Canal Maritime et du Canal d'Alimentation dérivé du Nil, que pour les exploitations de culture, conformément aux stipulations de l'Article 7.

Il est, en outre, entendu que toute spéculation est, dès à présent, interdite sur les terrains du domaine public à concéder, et que les terrains appartenant antérieurement à des particuliers, et que les propriétaires voudront plus tard faire arroser par les eaux du Canal d'Alimentation exécuté aux frais de la compagnie, payeront une redevance de . . . par feddan cultivé**) (ou une redevance fixée amiablement entre le Gouvernement Egyptien et la compagnie).

Art. 9. Il est enfin accordé à la compagnie concessionnaire la faculté d'extraire des mines et carrières appartenant au domaine public, sans payer

---

*) Aufgehoben durch Art. 3 des Vertrages vom 22. Februar 1866. (Nr. 8004.)

**) Le feddan Egyptien correspond à peu près à un demi-hectare.

Nr. 8001. Aegypten. 30. Nov. 1854.

de droits, tous les matériaux nécessaires aux travaux du Canal et aux constructions qui en dépendront, de même qu'elle jouira de la libre entrée de toutes les machines et matériaux qu'elle fera venir de l'étranger pour l'exploitation de sa Concession.

Art. 10. A l'expiration de la Concession, le Gouvernement Egyptien sera substitué à la compagnie, jouira sans réserve de tous ses droits et entrera en pleine possession du Canal des deux mers et de tous les établissements qui en dépendront. Un arrangement amiable ou par arbitrage déterminera l'indemnité à allouer à la compagnie pour l'abandon de son matériel et des objets mobiliers.

Art. 11. Les statuts de la société nous seront ultérieurement soumis par le directeur de la compagnie et devront être revêtus de notre approbation. Les modifications qui pourraient être introduites plus tard devront préalablement recevoir notre sanction. Les dits statuts mentionneront les noms des fondateurs, dont nous nous réservons d'approuver la liste. Cette liste comprendra les personnes dont les travaux, les études, les soins ou les capitaux auront antérieurement contribué à l'exécution de la grande entreprise du Canal de Suez.

Art. 12. Nous promettons enfin notre bon et loyal concours et celui de tous les fonctionnaires de l'Egypte pour faciliter l'exécution et l'exploitation des présents pourvoirs.

Caire, le 30 Novembre 1854.

---

A mon dévoué ami, de haute naissance et de rang élevé, M. *Ferdinand de Lesseps.*

La concession accordée à la Compagnie Universelle du Canal de Suez devant être ratifiée par Sa Majesté Impériale le Sultan, je vous remets cette copie pour que vous la conserviez par devers vous. Quant aux travaux relatifs au creusement du Canal de Suez, ils ne seront commencés qu'après l'autorisation de la Sublime Porte.

Le 3 Ramadan, 1274. (Cachet du Vice-Roi.)

---

## Nr. 8002. **AEGYPTEN.** — Acte de Concession du Vice-Roi d'Egypte, et Cahier des Charges, pour la Construction et l'Exploitation du Canal Maritime de Suez et Dépendances. — Alexandrie, le 5 Janvier, 1856.

Nr. 8002. Aegypten. 5. Jan. 1856.

Nous, Mahemed-Saïd-Pacha, Vice-Roi d'Egypte.

Vu notre Acte de Concession, en date du 30 Novembre, 1854, par lequel nous avons donné à notre ami, M. Ferdinand de Lesseps, pouvoir exclusif à l'effet de constituer et diriger une Compagnie Universelle pour le per-

cement de l'Isthme de Suez, l'exploitation d'un passage propre à la grande navigation, la fondation ou l'appropriation de deux entrées suffisantes, l'un sur la Méditerranée, l'autre sur la Mer Rouge, et l'établissement d'un ou deux ports:

M. Ferdinand de Lesseps nous ayant représenté que, pour constituer la Compagnie sus-indiqué dans les formes et conditions généralement adoptées pour les sociétés de cette nature, il est utile de stipuler d'avance, dans un acte plus détaillé et plus complet, d'une part, les charges, obligations et redevances auxquelles cette société sera soumise; d'autre part, les concessions, immunités, et avantages auxquels elle aura droit, ainsi que les facilités qui lui seront accordées pour son administration:

Avons arrêté, comme suit, les conditions de la concession qui fait l'objet des présentes.

§ 1. *Charges.*

Article 1. La société fondée par notre ami M. Ferdinand de Lesseps, en vertu de notre Concession du 30 Novembre, 1854, devra exécuter à ses frais, risques et périls tous les travaux et constructions nécessaires pour l'établissement:

1, d'un canal approprié à la grande navigation maritime, entre Suez dans la Mer Rouge, et le Golfe de Péluse dans la Mer Méditerranée;

2, d'un canal d'irrigation et approprié à la navigation fluviale du Nil, joignant le fleuve au Canal Maritime susmentionné;

3, de deux branches d'irrigation et d'alimentation dérivées du précédent canal et portant leurs eaux dans les deux directions de Suez et de Péluse.

Les travaux seront conduits de manière à être terminés dans un délai de six années, sauf les empêchements et retards provenant de force majeure.

Art. 2. La Compagnie aura la faculté d'exécuter les travaux dont elle est chargée par elle-même et en régie, ou de les faire exécuter par des entrepreneurs au moyen d'adjudications ou de marchés à forfait. *Dans tous les cas, les quatre cinquièmes au moins des ouvriers employés à ces travaux seront Egyptiens.**)

Art. 3. Le Canal approprié à la grande navigation maritime sera creusé à la profondeur et à la largeur fixées par le programme de la Commission Scientifique Internationale. || Conformément à ce programme, il prendra son origine au port même de Suez; il empruntera le bassin dit les Lacs Amers et le Lac Timsah; il viendra déboucher dans la Méditerranée en un point du Golfe de Péluse qui sera déterminé dans les projets définitifs à dresser par les ingénieurs de la compagnie.

Art. 4. Le Canal d'irrigation approprié à la navigation fluviale dans les conditions du dit programme, prendra naissance à proximité de la ville du

*) Aufgehoben durch Art. 1 des Vertrages vom 22. Februar 1866.

Nr. 8002. Aegypten. 5. Jan. 1856.

Caire, suivra la vallée (ouadée) Toumilat (ancienne terre de Gessen), et débouchera dans le Grand Canal Maritime au Lac Timsah.

Art. 5. Les dérivations du canal précédent s'en détacheront en amont du débouché dans le Lac Timsah; de ce point elles seront dirigées, d'un côté sur Suez, de l'autre côté sur Péluse, parallèlement au Grand Canal Maritime.

Art. 6. Le Lac Timsah sera converti en un port intérieur propre à recevoir des bâtiments du plus fort tonnage. || La compagnie sera tenue, en outre, si cela est nécessaire: 1, de construire un port d'abri à l'entrée du Canal Maritime dans le Golfe de Péluse; 2, d'améliorer le port et la rade de Suez, de manière à ce que les navires y soient également abrités.

Art. 7. Le Canal Maritime, les ports en dépendant, ainsi que le canal de jonction du Nil et le canal de dérivation, seront constamment entretenus en bon état par la compagnie et à ses frais.

Art. 8. Les propriétaires riverains qui voudront faire arroser leurs terres au moyen de prises d'eau tirées des canaux construits par la compagnie, pourront en obtenir d'elle la concession moyennant le payement d'une indemnité ou d'une redevance dont le chiffre sera fixé dans les conditions de l'Article 17 ci-près.

Art. 9. Nous nous réservons de déléguer, au siége administratif de la compagnie, un commissaire spécial dont le traitement sera payé par elle, et qui représentera, près de son administration, les droits et les intérêts du Gouvernement Egyptien pour l'exécution des dispositions du présent. || Si le siége administratif de la société est établi ailleurs qu'en Egypte, la compagnie sera tenue de se faire représenter à Alexandrie par un agent supérieur nanti de tous les pouvoirs nécessaires pour assurer la bonne marche du service et les rapports de la compagnie avec notre Gouvernement.

### § 2. *Concessions.*

Art. 10.*) Pour la construction des canaux et dépendances mentionnés dans les Articles qui précèdent, le Gouvernement Egyptien abandonne à la compagnie, sans aucun impôt ni redevance, la jouissance de tous les terrains n'appartenant pas à des particuliers, qui pourront être nécessaires. || Il lui abandonne également la jouissance de tous les terrains aujourd'hui incultes n'appartenant pas à des particuliers, qui seront arrosés et mis en culture par ses soins et à ses frais, avec cette différence: 1, que les terrains compris dans cette dernière catégorie seront exempts de tout impôt pendant 10 ans seulement, à dater de leur mise en rapport; 2, que passé ce terme, ils seront soumis, pendant le reste de la concession, aux obligations et aux impôts auxquels seront assujetties, dans les mêmes circonstances, les terres des autres provinces de l'Egypte; 3, que la compagnie pourra ensuite, par elle-même ou par ses ayants droit, conserver la jouissance de ces terrains et des prises

*) Aufgehoben durch Art. 3 des Vertrages vom 22. Februar 1866.

d'eau nécessaires à leur fertilisation, à charge de payer au Gouvernement Egyptien les impôts établis sur les terres dans les mêmes conditions.

Art. 11.*) Pour déterminer l'étendue et les limites des terrains concédés à la compagnie, dans les conditions du § 1 et du § 2 de l'Article 10 qui précède, il est référé aux plans ci-annexés; étant expliqué qu'aux dits plans les terrains concédés pour la construction des canaux et dépendances, sans impôt ni redevance, conformément au § 1, sont teintés en noir, et que les terrains concédés pour être mis en culture en payant certains droits, conformément au § 2, sont teintés en bleu. || Sera considéré comme nul tout acte fait postérieurement à notre acte du 30 Novembre, 1854, qui aurait pour conséquence de créer à des particuliers, contre la compagnie, ou des droits à indemnité qui n'existaient pas alors sur les terrains, ou des droits à indemnité plus considérables que ceux auxquels ils auraient pu prétendre à cette époque.

Art. 12. Le Gouvernement Egyptien livrera, s'il y a lieu, à la compagnie, les terrains de propriété particulière dont la possession sera nécessaire à l'exécution des travaux et à l'exploitation de la concession, à charge par elle de payer aux ayants droit de justes indemnités. || Les indemnités d'occupation temporaire ou d'expropriation définitive seront, autant que possible, réglées amiablement; en cas de désaccord, elles seront fixées par un tribunal arbitral procédant sommairement et composé: 1, d'un arbitre choisi par la compagnie; 2, d'un arbitre choisi par les intéressés; 3, d'un tiers arbitre désigné par nous. || Les décisions du tribunal arbitral seront exécutoires immédiatement et sans appel.

Art. 13. Le Gouvernement Egyptien accorde à la compagnie concessionnaire, pour toute la durée de la concession, la faculté d'extraire des mines et carrières appartenant au domaine public, sans payer aucun droit, impôt ni indemnité, tous les matériaux nécessaires aux travaux de construction et d'entretien des ouvrages et établissements dépendant de l'entreprise. || Il exonère, en outre, la compagnie de tous droits de Douane, d'entrée et autres, pour l'introduction en Egypte de toutes machines et matières quelconques qu'elle fera venir de l'étranger pour les besoins de ses divers services en cours de construction ou d'exploitation.

Art. 14. Nous déclarons solennellement, pour nous et nos successeurs, sous la réserve de la ratification de Sa Majesté Impériale le Sultan, le Grand Canal Maritime de Suez à Péluse et les ports en dépendant, ouverts à toujours, comme passages neutres, à tout navire de commerce traversant d'une mer à l'autre, sans aucune distinction, exclusion ni préférence de personnes ou de nationalités, moyennant le payement des droits et l'exécution des règlements établis par la Compagnie Universelle concessionnaire pour l'usage du dit canal et dépendances.

Art. 15. En conséquence du principe posé dans l'Article précédent, la Compagnie Universelle concessionnaire ne pourra, dans aucun cas, accorder

*) Aufgehoben durch Art. 3 des Vertrages vom 22. Februar 1866.

Nr. 8002. Aegypten. 5. Jan. 1856.

à aucun navire, compagnie ou particulier, aucuns avantages ou faveurs qui ne soient accordés à tous autres navires, compagnies ou particuliers, dans les mêmes conditions.

Art. 16. La durée de la société est fixée à 99 années, à compter de l'achèvement des travaux et de l'ouverture du Canal Maritime à la grande navigation. || A l'expiration de cette période, le Gouvernement Egyptien rentrera en possession du Canal Maritime construit par la Compagnie, à charge par lui, dans ce cas, de reprendre tout le matériel et les approvisionnements affectés au service maritime de l'entreprise et d'en payer à la Compagnie la valeur telle qu'elle sera fixée, soit amiablement, soit à dire d'experts. || Néanmoins, si la compagnie conservait la Concession par périodes successives de 99 années, le prélèvement stipulé au profit du Gouvernement Egyptien par l'Article 18 ci-après serait porté pour la seconde période à 20 pour cent, pour la troisième période à 25 pour cent, et ainsi de suite, à raison de 5 pour cent d'augmentation pour chaque période, sans que toutefois ce prélèvement puisse jamais dépasser 35 pour cent des produits nets de l'entreprise.

Art. 17. Pour indemniser la compagnie des dépenses de construction, d'entretien et d'exploitation qui sont mises à sa charge par les présentes, nous l'autorisons, dès à présent, et pendant toute la durée de sa jouissance, telle qu'elle est déterminée par les paragraphes 1 et 3 de l'Article précédent, à établir et percevoir, pour le passage dans les canaux et les ports en dépendant, des droits de navigation, de pilotage, de remorquage, de halage ou de stationnement, suivant des tarifs qu'elle pourra modifier à toute époque, sous la condition expresse: || 1, de percevoir ces droits, sans aucune exception ni faveur, sur tous les navires, dans des conditions identiques; || 2, de publier les tarifs, trois mois avant la mise en vigueur, dans les capitales et les principaux ports de commerce des pays intéressés; || 3, de ne pas excéder, pour le droit spécial de navigation, le chiffre maximum de 10 fr. par tonneau de capacité des navires et par tête de passager. || La Compagnie pourra également, pour toutes les prises d'eau accordées à la demande de particuliers, en vertu de l'Article 8 ci-dessus, percevoir, d'après des tarifs qu'elle fixera, un droit proportionnel à la quantité d'eau absorbée et à l'étendue des terrains arrosés.

Art. 18. Toutefois, en raison des concessions de terrains et autres avantages accordés à la Compagnie par les Articles qui précèdent, nous réservons, au profit du Gouvernement Egyptien, un prélèvement de 15 pour cent sur les bénéfices nets de chaque année, arrêtés et répartis par l'assemblée générale des actionnaires.

Art. 19. La liste de membres fondateurs qui ont concouru par leurs travaux, leurs études et leurs capitaux, à la réalisation de l'entreprise avant la fondation de la société, sera arrêtée par nous. || Après le prélèvement stipulé au profit du Gouvernement Egyptien par l'Article 18 ci-dessus, il sera attribué, dans les produits nets annuels de l'entreprise, une part de 10 pour cent aux membres fondateurs ou à leurs héritiers ou ayants cause.

Art. 20. Indépendamment du temps nécessaire à l'exécution des travaux, notre ami et mandataire M. Ferdinand de Lesseps présidera et dirigera la société comme premier fondateur, pendant 10 ans à partir du jour où s'ouvrira la période de jouissance de la Concession de 99 années, aux termes de l'Article 16 ci-dessus. Nr. 8002. Aegypten. 5. Jan. 1856.

Art. 21. Sont approuvés les statuts ci-annexés de la société créée sous la dénomination de Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez, la présente approbation valant autorisation de constitution, dans la forme des sociétés anonymes, à dater du jour où le capital social sera entièrement souscrit.

Art. 22. Comme témoignage de l'intérêt que nous attachons au succès de l'entreprise nous promettons à la Compagnie le loyal concours du Gouvernement Egyptien, et nous invitons expressément par les présentes les fonctionnaires et agents de tous les services de nos administrations à lui donner en toute circonstance aide et protection. || Nos ingénieurs, Linant-Bey et Mougel-Bey, que nous mettons à la disposition de la compagnie pour la direction et la conduite des travaux ordonnés par elle, auront la surveillance supérieure des ouvriers et seront chargés de l'exécution des règlements qui concerneront la mise en oeuvre des travaux.

Art. 23. Sont rapportées toutes dispositions de notre Ordonance du 30 Novembre, 1854, et autres qui se trouveraient en opposition avec les clauses et conditions du présent Cahier des Charges, lequel fera seul loi pour la concession à laquelle il s'applique.

Fait à Alexandrie, le 5 Janvier, 1856.

A mon dévoué ami de haute naissance et de rang élevé,
M. Ferdinand de Lesseps.

La concession accordée à la Compagnie Universelle du Canal de Suez devant être ratifiée par Sa Majesté Impériale le Sultan, je vous remets cette copie authentique, afin que vous puissiez constituer la dite compagnie financière.

Quant aux travaux relatifs au percement de l'isthme, elle pourra les exécuter elle-même dès que l'autorisation de la Sublime Porte m'aura été accordée.

Alexandrie, le 26 Rebi-ul-Akher, 1272 (5 Janvier, 1856).

(Cachet de Son Altesse le Vice-Roi.)

---

## Nr. 8003. AEGYPTEN. — Statuts de la Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez. — Alexandrie, le 5 Janvier, 1856.

Titre I. — *Formation et objet de la Société — Dénomination. — Siége. — Durée.*

Article 1. Il est formé, entre les souscripteurs et propriétaires des actions créées ci-après, une société anonyme sous la dénomination de Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez. Nr. 8003. Aegypten. 5. Jan. 1856.

Nr. 8003. Aegypten. 5. Jan. 1856.

Art. 2. Cette société a pour objet: || 1. La construction d'un canal maritime de grande navigation entre la Mer Rouge et la Méditerranée, de Suez au Golfe de Péluse. || 2. La construction d'un canal de navigation fluviale et d'irrigation joignant le Nil au canal maritime, du Caire au Lac Timsah; || 3. La construction de deux canaux de dérivation, se détachant du précédent en amont de son débouché dans le Lac Timsah, et amenant ses eaux dans les deux directions de Suez et de Péluse; || 4. L'exploitation des dits canaux et des entreprises diverses qui s'y attachent. || 5. Et l'exploitation des terrains concédés.

Le tout aux clauses et conditions de la concession telle qu'elle résulte des Ordonnances de Son Altesse le Vice-Roi d'Egypte, en date du 30 Novembre 1854, et du 5 Janvier, 1856: la première donnant pouvoir spécial et exclusif à M. de Lesseps de constituer et diriger, comme premier fondateur président, une société en vue de ces entreprises; la seconde portant concession des dits canaux et de leurs dépendances à cette société, avec toutes les charges et obligations, tous les droits et avantages qui y sont attachés par le Gouvernement Egyptien.

Art. 3. La société a son siége à Alexandrie et son domicile administratif à Paris.

Art. 4. La société commence à dater du jour de la signature de l'acte social, portant souscription de la totalité des actions. Sa durée est égale à la durée de la concession.

Art. 5. Les comptes des dépenses faites antérieurement à la constitution de la société, soit par Son Altesse le Vice-Roi d'Egypte, soit par M. Ferdinand de Lesseps agissant en vertu des pouvoirs dont il était investi pour arriver à la réalisation de l'entreprise, seront réglés par le Conseil d'Administration, qui en autorisera le remboursement à qui de droit.

### Titre II. — *Fonds Social. — Actions. — Versements.*

Art. 6. Le fonds social est fixé à 200 000 000 de francs, représentés par 400 000 actions, à raison de 500 francs chacune.

Art. 7. Les titres d'actions et d'obligations, dont le Conseil d'Administration détermine la forme et le modèle, sont libellés en langues Turque, Allemande, Anglaise, Française et Italienne.

Art. 8. Le montant de chaque action est payable en espèces, dans la caisse social ou chez les représentants de la Compagnie à Alexandrie, Amsterdam, Constantinople, Londres, New York, Paris, Saint-Pétersbourg, Vienne, Gênes, Barcelone et autres villes qui seraient désignées par le Conseil d'Administration, au cours du change, soit sur Paris, soit sur Alexandrie, au choix de la Compagnie.

Art. 9. Les versements s'opèrent conformément aux appels faits par le conseil au moyen d'annonces publiées deux mois à l'avance par l'insertion dans deux journaux et, à défaut de journaux, par l'affichage à la Bourse, dans les villes désignées à l'Article 8 ci-dessus.

Art. 10. Si le conseil juge qu'il n'y a pas lieu d'appeler, au moment de la souscription, le versement immédiat de la partie de capital nécessaire, aux termes de l'Article 12 ci-après, pour l'émission des titres au porteur, le premier versement peut être constaté par la délivrance de certificats nominatifs provisoires. || Ces certificats portent un numéro d'ordre; ils sont détachés d'un registre à souche et timbrés du timbre sec de la compagnie. Ils sont signés par deux administrateurs et un délégué du Conseil d'Administration.

Art. 11. Les certificats nominatifs peuvent être négociés, au moyen d'un transfert signé par le cédant et le cessionnaire et inscrit sur les registres établis dans les bureaux de la compagnie ou de ceux de ses représentants désignés à cet effet par le conseil, partout où besoin sera. || Mention est faite du transfert au dos des titres par un administrateur ou par agent à ce commis. || La compagnie peut exiger que la signature des parties soit dûment certifiée.

Art. 12. Les souscripteurs primitifs et leurs cessionnaires restent solidairement engagés jusqu'au payement intégral de 30 pour cent sur le montant de chaque action. || Après le versement de 30 pour cent sur le montant de chaque action, les certificats nominatifs peuvent être échangés contre des titres au porteur provisoires.

Art. 13. Chaque versement effectué est inscrit sur les titres auxquels il s'applique. || Après libération intégrale opérée, il est délivré aux porteurs des actions définitives.

Art. 14. A défaut de versement aux époques déterminées l'intérêt est dû pour chaque jour de retard à raison de 5 pour cent par an. || La société peut, en outre, faire vendre les actions dont les versements sont en retard. || A cet effet, les numéros de ces actions sont publiés, conformément aux prescriptions de l'Article 9 ci-dessus pour les appels de fonds, avec indication des conséquences du retard apporté dans les versements. || Deux mois après cette publication, la société, sans mise en demeure et sans autre formalité ultérieure, a le droit de faire procéder à la vente des dites actions pour le compte et aux risques et périls des retardataires. || Cette vente est faite sur duplicata, en une ou plusieurs fois, à la Bourse de Paris ou à celle de Londres, par le ministère d'un agent de change. || Les titres antérieurs des actions ainsi vendues deviennent nuls de plein droit, par le fait même de la vente; il est délivré aux acquéreurs des titres nouveaux qui portent les mêmes numéros et qui sont seuls valables. || En conséquence, tout titre qui ne porte pas la mention régulière des versements exigibles cesse d'être négociable. || Les mesures qui font l'objet du présent Article n'excluent pas l'exercice simultané par la société, si elle le juge utile, des moyens ordinaires de droit contre les actionnaires en retard.

Art. 15. Les sommes provenant des ventes effectuées en vertu de l'Article précédent, déduction faite des frais et des intérêts, sont imputées, dans les termes de droit, sur ce qui est dû par l'actionnaire exproprié ou par ces cédants, qui restent responsables de la différence, s'il y a déficit, et qui bénéficient de l'excédant, si excédant il y a.

Nr. 8003. Aegypten. 5. Jan. 1856.

Art. 16. Les actions définitives sont au porteur; la cession s'en opère par la simple tradition du titre. || Les actions définitives sont extraites d'un registre à souche, numérotées et revêtues de la signature de deux administrateurs, ou d'un administrateur et d'un délégué du Conseil d'Administration. || Elles protent le timbre sec de la compagnie.

Art. 17. Le Conseil d'Administration peut autoriser le dépôt et la conservation des titres au porteur dans la caisse sociale. Il détermine, dans ce cas, la forme des certificats nominatifs de dépôt, les conditions de leur délivrance et les garanties dont l'exécution de cette mesure doit être entourée dans l'intérêt de la société et des actionnaires.

Art. 18. Chaque action donne droit à une part proportionnelle dans la propriété de l'actif social.

Art. 19. Toute action est indivisible. La société ne reconnaît qu'un propriétaire pour chaque action.

Art. 20. Les droits et les obligations attachés à l'action suivent le titre dans les mains où il se trouve. || La possession d'une action emporte de plein droit adhésion aux statuts de la société et aux résolutions de l'assemblée générale des actionnaires.

Art. 21. Les héritiers ou créanciers d'un actionnaire ne peuvent, sous quelque prétexte que ce soit, provoquer l'apposition des scellés sur les biens, valeurs ou revenus de la société, en demander le partage ou la licitation, ni s'immiscer en aucune manière dans son administration. Ils doivent, pour l'exercice de leurs droits, s'en rapporter aux inventaires sociaux et aux comptes annuels approuvés par l'assemblée générale des actionnaires.

Art. 22. Les actionnaires ne sont engagés que jusqu'à concurrence du capital de leurs actions, au delà duquel tout appel de fonds est interdit.

Art. 23. Le Conseil peut autoriser la libération anticipée des actions, mais seulement par mesure générale applicable à tous les actionnaires.

### Titre III. — *Conseil d'Administration.*

Art. 24. — La société est administrée par un conseil composé de 32 membres représentant les principales nationalités intéressées à l'entreprise. || Un comité, choisi dans son sein, est spécialement chargé de la direction et de la gestion des affaires de la société.

Art. 25. Les administrateurs ne contractent en raison de leurs fonctions aucune obligation personnelle ou solidaire. Ils ne répondent que de l'exécution de leur mandat.

Art. 26. Les administrateurs sont nommés par l'assemblée générale des actionnaires pour huit années. || Le Conseil se renouvelle, en conséquence, chaque année, par huitième. Jusqu'à ce que l'entier renouvellement du Conseil ait établi l'ordre de roulement, les membres sortants sont désignés annuellement par le sort. || Les Administrateurs sortants peuvent toujours être réélus.

Art. 27. En cas de vacances provenant de démissions ou de décès, il

est pourvu provisoirement au remplacement par le Conseil d'Administration jusqu'à la prochaine assemblée générale des actionnaires. || Les administrateurs ainsi nommés ne demeurent en fonctions que pendant le temps restant à courir pour l'exercice de leurs prédécesseurs.

Art. 28. Chaque administrateur doit être propriétaire de cent actions, qui sont inaliénables et restent déposées dans la caisse sociale pendant toute la durée de ses fonctions.

Art. 29. Une part de 3 pour cent dans les bénéfices nets annuels est attribuée aux Administrateurs en raison de leurs peines et soins. || Pendant la durée des travaux, et au besoin pendant les premières années qui suivront l'ouverture du canal maritime à la grande navigation, il est attribué au Conseil, pour tenir lieu de la part de 3 pour cent stipulée ci-dessus, une allocation annuelle qui sera comprise dans les frais d'administration, et dont le montant sera fixé par la première assemblée générale des actionnaires. || Le Conseil d'Administration détermine l'attribution particulière qui doit être faite sur cette somme ou sur les 3 pour cent dans les bénéfices aux membres du Comité de Direction.

Art. 30. Le Conseil d'Administration nomme chaque année, parmi ses membres, un président et trois vice-présidents. || Le président et les vice-présidents peuvent toujours être réélus. || En cas d'absence du président et des vice-présidents, le Conseil désigne, à chaque séance, celui de ses membres qui doit en remplir les fonctions.

Art. 31. Le Conseil d'Administration se réunit au moins une fois par mois. Il se réunit, en outre, sur la convocation du président, aussi souvent que l'exigent les intérêts de la société. || Les décisions sont prises à la majorité des voix des membres présents. || En cas de partage, la voix du président est prépondérante. || Sept administrateurs au moins doivent être présents pour valider les délibérations du Conseil. || Lorsque sept administrateurs seulement sont présents, les décisions, pour être valables, doivent être prises à la majorité de cinq voix.

Art. 32. Le Secrétaire-Général de la Compagnie assiste aux séances du Conseil d'Administration avec voix consultative.

Art. 33. Les délibérations du Conseil d'Administration sont constatées par des procès-verbaux signés par le président et l'un des membres présents à la séance. || Les copies ou extraits de ces procès-verbaux doivent, pour être produits valablement en justice ou ailleurs, être certifiés par le Secrétaire-Général de la Compagnie. || Un extrait des décisions rendues à chaque séance, dûment certifié, est envoyé, dans les huit jours qui suivent la réunion, à chaque administrateur absent.

Art. 34. Le Conseil d'Administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour l'administration des affaires de la société. || Il arrête les propositions à soumettre à l'assemblée générale des actionnaires en vertu de l'Article 16 ci-après. || Il statue sur les propositions du Comité de Direction con-

Nr. 8003. Aegypten. 5. Jan. 1856.

cernant les objets suivants, savoir: || 1. Nomination et révocation des fonctionnaires et agents supérieurs de la Compagnie; fixation de leurs attributions et de leur traitement; || 2. Placements temporaires des fonds disponibles; || 3. Etudes et projets, plans et devis pour l'exécution des travaux; || 4. Marchés à forfait; || 5. Acquisitions, ventes et échanges d'immeubles, achats de navires ou de machines nécessaires pour l'exécution des travaux et l'exploitation de l'entreprise; || 6. Budgets annuels; || 7. Fixation et modification des droits de toute nature à percevoir en vertu de la Concession; conditions et mode de perception des tarifs; || 8. Disposition du fonds de réserve; || 9. Disposition du fonds de retraite, de secours et d'encouragement pour les employés; || 10. Réglementation de la caisse des dépôts pour les actions et obligations de la société.

Art. 35. Le Conseil nomme ceux de ses membres qui doivent faire partie du Comité de Direction. || Il peut déléguer à un ou à plusieurs administrateurs, aux fonctionnaires, employés de la Compagnie ou autres, tout ou partie de ses pouvoirs par un mandat spécial et pour une ou plusieurs affaires ou objets déterminés.

Art. 36. Nul ne peut voter dans le Conseil par procuration. || Lorsque le Conseil doit délibérer sur des modifications à apporter dans les tarifs ou dans les statuts, sur des emprunts ou augmentations de capital social, sur des demandes de concessions nouvelles, des traités de fusion avec d'autres entreprises, sur la dissolution et la liquidation de la société, les administrateurs absents doivent, un mois à l'avance, être informés de l'objet de la délibération et invités à venir prendre part au vote, ou à adresser leur opinion par écrit au président, qui en donne lecture en séance; après quoi les décisions sont prises à la majorité des voix des membres présents.

## Titre IV. — *Comité de Direction.*

Art. 37. Le Comité de Direction, constitué en vertu des dispositions de l'Article 24 ci-dessus, est composé du président du Conseil d'Administration et de quatre administrateurs spécialement délégués.

Art. 38. Le Comité de Direction se réunit, à la convocation du président, autant de fois que cela est nécessaire pour la bonne marche du service et au moins une fois par semaine.

Art. 39. Il est tenu procès-verbal des séances du Comité de Direction. Ces procès-verbaux sont signés par un des administrateurs présents à la séance. || Les extraits de ces procès-verbaux, pour être valablement produits en justice ou ailleurs, doivent être visés par le président et certifiés par le secrétaire général de la compagnie.

Art. 40. Le Comité de Direction est investi de tous pouvoirs pour la gestion des affaires de la société. || Il pourvoit à l'exécution tant des obligations imposées par le Cahier des Charges et les statuts, que des résolutions adoptées par l'assemblée générale et des décisions du Conseil d'Administration. || Il soumet au Conseil d'Administration les propositions relatives aux objets

définis à l'Article 35 ci-dessus. || Il représente la société et agit en son nom, par un ou plusieurs de ses membres, dans tous les cas où une disposition expresse n'exige pas l'intervention de l'assemblée générale des actionnaires ou du Conseil d'Administration, notamment en ce qui concerne les objets ci-après: 1. Nomination et révocation des employés; fixation de leurs fonctions et de leur solde; || 2. Travail des bureaux; || 3. Règlements et ordres de service; || 4. Ordonnancement et règlement des dépenses; || 5. Transferts de rentes, d'effets publics et de commerce; || 6. Perceptions de droits, recouvrements de créances, quittances et mainlevées avec ou sans payement, instances judiciaires et administratives, mesures conservatoires; || 7. Défenses en justice, compromis, transactions, désistements; || 8. Traités, marchés, adjudications, achats de mobilier, baux et locations. || Les actions judiciaires en demandant ou en défendant sont dirigées par ou contre le président et les membres composant le Comité de Direction. || En conséquence, les notifications ou significations sont faites et reçues par le Comité de Direction au nom de la société.. || Les décisions du comité, les actes et engagements approuvés par lui, sont signés par le président ou par deux membres du comité délégués à cet effet.

Art. 41. Le Comité de Direction et le Président du Conseil peuvent déléguer, par procuration authentique, à un ou plusieurs administrateurs, fonctionnaires de la compagnie, employés ou autres, le pouvoir de signer tous les actes et engagements mentionnés ci-dessus.

Art. 42. Un administrateur délégué comme agent supérieur et chef de service réside à Alexandrie. || Il est investi de tous les pouvoirs nécessaires pour l'exécution des travaux et la marche de l'exploitation. || Il représente la compagnie dans tous ses rapports avec le Gouvernement Egyptien et les tiers.

Titre V. — *Assemblée Générale des Actionnaires.*

Art. 43. L'Assemblée Générale régulièrement constituée représente l'universalité des actionnaires.

Art. 24. L'Assemblée Générale se compose de tous les actionnaires propriétaires d'au moins 25 actions. || Elle est régulièrement constituée lorsque les actionnaires qui la composent sont au nombre de quarante et représentent le vingtième du fonds social.

Art. 45. Lorsque, sur une première convocation, les actionnaires présents ne remplissent pas les conditions spécifiées ci-dessus pour constituer la validité des délibérations de l'Assemblée Générale, la réunion est ajournée de plein droit, et l'ajournement ne peut être moindre de deux mois. || Une seconde convocation est faite dans la forme prescrite par l'Article 47 ci-après. || Les délibérations de l'Assemblée Générale dans cette seconde réunion ne peuvent porter que sur les objets à l'ordre du jour de la première. Ces délibérations sont valables quel que soit le nombre des actionnaires présents et des actions représentées.

Art. 46. L'Assemblée Générale se réunit, chaque année, dans la pre-

Nr. 8003. Aegypten. 5. Jan. 1856.

mière quinzaine du mois de Mai. || Elle se réunit, en outre, extraordinairement toutes les fois que le Conseil d'Administration en reconnaît l'utilité.

Art. 47. Les convocations ordinaires et extraordinaires sont faites par un avis publié deux mois avant l'époque de la réunion dans les formes prescrites pour les appels de fonds, par l'Article 9 ci-dessus.

Art. 48. Les actionnaires, pour avoir le droit d'assister ou de se faire représenter à l'Assemblée Générale, doivent justifier, au domicile de la société, au moins cinq jours avant la réunion, du dépôt fait de leurs titres dans la caisse sociale ou chez un représentant de la Compagnie désigné à cet effet par le Conseil d'Administration, dans les villes dénommées à l'Article 8 ci-dessus. || Les dépôts faits dans ces conditions donnent droit à la remise de cartes d'admission nominatives. || Les actionnaires porteurs de certificats de dépôt ont également la faculté de se faire représenter aux Assemblées Générales par des mandataires munis de pouvoirs réguliers, dont la forme est déterminée par le Conseil d'Administration. || Les fondés de pouvoirs doivent déposer leurs procurations au domicile de la société cinq jours au moins avant la réunion. || Nul ne peut représenter un actionnaire à l'assemblée s'il n'est lui-même membre de cette assemblée.

Art. 49. L'Assemblée Générale est présidée par le Président ou par l'un des Vice-Présidents de Conseil d'Administration, et, à leur défaut, par un administrateur nommé par le Conseil. || Les deux plus forts actionnaires présents au moment de l'ouverture de la séance, et qui acceptent, sont nommés scrutateurs. || Le Président désigne le Secrétaire.

Art. 50. Les délibérations de l'Assemblée Générale sont prises à la majorité des voix des membres présents ou régulièrement représentés, conformément à l'Article 48 ci-dessus. || En cas de partage, la voix du président est prépondérante.

Art. 51. Vingt-cinq actions donnent droit à une voix; le même actionnaire ne peut réunir plus de dix voix, soit comme actionnaire, soit comme mandataire.

Art. 52. Le scrutin secret peut être réclamé par dix membres.

Art. 53. Les délibérations de l'Assemblée Générale sont constatées par des procès-verbaux signés par le Président, par les scrutateurs et par le Secrétaire. || Les copies ou extraits de ces procès-verbaux, pour être valablement produits en justice ou ailleurs, doivent être certifiés par le Secrétaire Général de la Compagnie.

Art. 54. Une feuille de présence, destinée à constater le nombre des membres assistant à l'assemblée et celui des actions représentées par chacun d'eux, reste annexée à la minute du procès-verbal, ainsi que les pouvoirs conférés par les actionnaires absents. || Cette feuille doit être signée par chaque actionnaire à son entrée à la séance.

Art. 55. L'ordre du jour de l'Assemblée Générale est arrêté par le Conseil d'Administration. || Aucune autre question que celles portées à l'ordre du jour ne peut être mise en délibération.

Art. 56. L'Assemblée Générale entend les rapports du Conseil d'Administration sur la situation et les intérêts de la société. Elle délibère sur ses propositions, en se renfermant dans les limites des Statuts et du Cahier des Charges, concernant tous les intérêts de la Compagnie. Elle nomme les administrateurs en remplacement des membres du Conseil sortants ou à remplacer. Elle confère, lorsqu'il y a lieu, au Conseil les pouvoirs nécessaires pour la suite à donner à ses résolutions. || L'approbation de l'Assemblée Générale est nécessaire pour toute décision statuant sur les objets ci-après, savoir: — 1. Concessions nouvelles; || 2. Fusion avec d'autres entreprises: || 3. Modifications aux Statuts de la Société; || 4. Dissolution de la Société; || 5. Augmentation du capital social; || 6. Emprunts; || 7. Règlement des comptes de premier établissement en fin de l'exécution des travaux; || 8. Règlement des comptes annuels; || 9. Fixation de la retenue pour le fonds de réserve; || 10. Fixation du dividende à distribuer annuellement aux actions.

Art. 57. Les délibérations relatives aux objets mentionnés à l'Article 56, paragraphes 1, 2, 3, 4, 5 et 6, doivent, pour être valables, être prises par une assemblée réunissant au moins le dixième du fonds social et à la majorité des deux tiers des voix des membres présents, au nombre de cinquante au moins. || Lorsque, sur une première convocation, les actionnaires présents ne remplissent pas ces conditions, il est procédé à une deuxième convocation, conformément aux prescriptions de l'Article 47, ci-dessus. || Les délibérations de l'Assemblée Générale réunie en vertu de cette deuxième convocation sont valables quel que soit le nombre des actionnaires présents et des actions représentées.

Art. 58. Les délibérations de l'Assemblée Générale prises conformément aux statuts obligent tous les actionnaires, même ceux qui sont absents ou dissidents.

## Titre VI. — *Comptes Annuels. Amortissement. Intérêts. Fonds de Réserve. Dividendes.*

Art. 59. Pendant l'exécution des travaux, il est payé annuellement aux actionnaires un intérêt de 5 pour cent sur les sommes par eux versées, en exécution de l'Article 9, ci-dessus. || Il est pourvu au payement de ces intérêts par le produit des placements temporaires de fonds et autres produits accessoires, et au besoin sur le capital social.

Art. 60. Après l'achèvement des travaux, le compte des recettes et dépenses de la Compagnie pendant la durée de ces travaux est arrêté et soumis à l'Assemblée Générale des actionnaires par le Conseil d'Administration.

Art. 61. A dater de l'ouverture du Canal Maritime à la grande navigation, un inventaire général de l'actif et du passif de la société au 31 Décembre précédent est dressé dans le premier trimestre de chaque année. Cet inventaire est soumis à l'Assemblée Générale des actionnaires réunie dans le courant du mois de Mai suivant.

Nr. 8003. Aegypten. 5. Jan. 1856.

Art. 62. Les produits annuels de l'entreprise servent d'abord à acquitter dans l'ordre ci-après: || 1. Les dépenses d'entretien et d'exploitation, les frais d'administration et généralement toutes les charges sociales; || 2. L'intérêt et l'amortissement des emprunts qui peuvent avoir été contractés; || 3. Cinq pour cent du capital social pour servir aux actions amorties et non amorties un intérêt annuel de 25 francs par action, les intérêts différents aux actions amorties devant rentrer au fonds d'amortissement, constitué conformément à l'Article 66 ci-après; || 4. Quatre centièmes pour cent du capital social également applicables à ce fonds d'amortissement; || 5. La retenue destinée à constituer ou à compléter un fonds de réserve pour les dépenses imprévues, conformément aux dispositions de l'Article 69 ci-aprés. || L'excédant des produits annuels, après ces divers prélèvements, constitue les produits nets ou bénéfices de l'entreprise.

Art. 63. Les produits nets ou bénéfices de l'entreprise sont répartis de la manière suivante: || 1. 15 pour cent au Gouvernement Egyptien; || 2. 10 pour cent aux fondateurs; || 3. 3 pour cent aux administrateurs; || 4. 2 pour cent pour la constitution d'un fonds destiné à pourvoir aux retraites, aux secours, aux indemnités ou gratifications accordés, suivant qu'il y a lieu, par le Conseil, aux employés; || 5. 70 pour cent comme dividende à répartir, entre toutes les actions amorties et non amorties indistinctement.

Art. 64. Le payement des intérêts et dividendes est fait à la caisse sociale, ou chez les représentants désignés par le Conseil d'Administration dans les villes dénommées à l'Article 8 ci-dessus. || Le payement des intérêts est fait en deux termes, le 1er Juillet et le 1er Janvier de chaque année. || Le dividende est payé le 1er Juillet. || Toutefois le Conseil peut, lorsqu'il juge qu'il y a lieu, autoriser le payement d'un à-compte de dividende le 1er Janvier. || Chaque payement est annoncé au moyen de publications faites conformément aux prescriptions de l'Article 9 ci-dessus pour les appels de fonds.

Art. 65. Les intérêts et dividendes qui ne sont pas réclamés à l'expiration de cinq années après l'époque annoncée pour le payement sont acquis à la société.

Art. 66. L'amortissement des actions est effectué en quatre-vingt dix-neuf ans, suivant le tableau d'amortissement dressé en exécution des présents Statuts. || Il est pourvu à cet amortissement, ainsi qu'il a été dit à l'Article 62 ci-dessus, au moyen d'une annuité de 0 fr. 04 c. pour cent du capital social et de l'intérêt à 5 pour cent des actions successivement remboursées. || S'il arrivait que, dans le cours d'une ou de plusieurs années, les produits nets de l'entreprise fussent insuffisants pour assurer le remboursement du nombre d'actions à amortir, la somme nécessaire pour compléter le fonds d'amortissement serait prélevée sur la réserve, et, à défaut, sur les premiers produits nets disponibles des années suivantes, par préférence et antériorité à toute attribution de dividende. || La désignation des actions à rembourser a lieu au moyen d'un tirage au sort fait publiquement chaque année au domicile de la société, aux époques et suivant la forme déterminées par le Conseil.

Art. 67. Les numéros des actions désignées par le sort pour être remboursées sont annoncés au moyen de publications faites conformément aux prescriptions de l'Article 9 ci-dessus.

Art. 68. Le remboursement des actions désignées par le tirage au sort pour être amorties est fait aux lieux indiqués pour le payement des intérêts et dividendes par l'Article 64 ci-dessus. || Les porteurs d'actions amorties conservent les mêmes droits que les porteurs d'actions non amorties, à l'exception de l'intérêt à 5 pour cent du capital qui leur a été remboursé.

Art. 69. La retenue opérée pour la constitution ou le complément du fonds de réserve, conformément au paragraphe 5 de l'Article 62 ci-dessus, est de 5 pour cent des produits annuels, après déduction des charges définies aux paragraphes 1, 2, 3 et 4 du même Article. || Lorsque le fonds de réserve atteint le chiffre de 5,000,000 de francs, l'Assemblée Générale des actionnaires peut, sur la proposition du Conseil, réduire ou suspendre la retenue annuelle à ce affectée ainsi qu'il vient d'être expliqué. || Cette retenue reprend cours et effet dès que le fonds de réserve descend au-dessous de 5,000,000 de francs.

Art. 70. La part attribuée aux fondateurs dans les bénéfices annuels de l'entreprise par le Cahier des Charges est représentée par des titres spéciaux dont le Conseil détermine le nombre, la nature et la forme. || Dans tous les cas, les prescriptions des Articles 17, 18, 19 et 21 ci-dessus, concernant les actions, sont également applicables aux titres des fondateurs, dont les droits suivent ceux des actionnaires sur la jouissance des terrains faisant partie de la concession.

## Titre VII. — *Modifications aux Statuts. Liquidation.*

Art. 71. Si l'expérience fait reconnaître l'utilité d'apporter des modifications ou additions aux présents Statuts, l'Assemblée Générale y pourvoit dans la forme déterminée à l'Article 57. || Les résolutions de l'assemblée à cet égard ne sont toutefois exécutoires qu'après l'approbation du Gouvernement Egyptien. || Tous pouvoirs sont donnés d'avance au Conseil d'Administration, délibérant à la majorité des deux tiers des voix des membres présents dans une réunion spéciale à cet effet, pour consentir les changements que le Gouvernement Egyptien jugerait nécessaire d'apporter aux modifications votées par l'Assemblée Générale.

Art. 72. Dans le cas de dissolution de la société, l'Assemblée Générale, sur la proposition du Conseil d'Administration, détermine le mode à adopter, soit pour la liquidation, soit pour la réconstitution d'une société nouvelle.

## Titre VIII. — *Attribution de Juridiction. Contestations.*

Art. 73. La société étant constituée, avec approbation du Gouvernement Egyptien, sous la forme anonyme, par analogie aux sociétés anonymes autorisées par le Gouvernement Français, elle est régie par les principes de ces

Nr. 8003. Aegypten. 5. Jan. 1856.

dernières sociétés. || Quoique ayant son siége social à Alexandrie, la Société fait élection de domicile légal et attributif de juridiction à son domicile administratif à Paris, où doivent lui être faites toutes significations.

Art. 74. Toutes les contestations qui peuvent s'élever entre les associés sur l'exécution des présents Statuts et à raison des affaires sociales sont jugées par arbitres nommés par les parties, sans qu'il puisse être nommé plus d'un arbitre pour toutes les parties représentant un même intérêt. || Les appels de ces sentences sont portés devant la Cour d'Appel de Paris.

Art. 75. Les contestations touchant l'intérêt général et collectif de la société ne peuvent être dirigées soit contre le Conseil d'Administration, soit contre l'un de ses membres, qu'au nom de la généralité des actionnaires et en vertu d'une délibération de l'Assemblée Générale. || Tout actionnaire qui veut provoquer une contestation de cette nature doit en faire la communication au Conseil d'Administration quinze jours au moins avant la réunion de l'Assemblée Générale, en la faisant appuyer par la signature d'au moins dix actionnaires en mesure d'assister à cette assemblée. Le Conseil est alors tenu de mettre la question à l'ordre du jour de la séance. || Si la proposition est repoussée par l'assemblée, aucun actionnaire ne peut la reproduire en justice dans son intérêt particulier. Si elle est accueillie, l'assemblée désigne un ou plusieurs commissaires pour suivre la contestation. || Les significations auxquelles donne lieu la procédure ne peuvent être adressées qu'aux dits commissaires. Dans aucun cas, elles ne doivent l'être aux actionnaires personnellement.

Titre IX. — *Commissaire Spécial du Gouvernement Egyptien près la Compagnie.*

Art. 76. Conformément au Cahier des Charges un commissaire spécial est délégué près la Compagnie, à son domicile administratif, par le Gouvernement Egyptien. || Le commissaire du Gouvernement Egyptien peut prendre connaissance des opérations de la Société, et faire toutes communications ou notifications nécessaires à l'accomplissement de son mandat, pour l'exécution du Cahier des Charges de la concession.

Titre X. — *Dispositions Transitoires. Premier Conseil d'Administration.*

Art. 77. Par dérogation aux Articles 24, 26, 27, 30, 56 ci-dessus et sauf l'exception déterminée par l'Article 23 de l'Acte de Concession, le Conseil d'Administration est constitué comme suit, pour toute la durée des travaux et pendant les cinq premières années qui suivront l'ouverture du Canal Maritime à la grande navigation.

MM._____

Indépendamment des attributions déterminées par les Articles 34 et 35 des présents Statuts le Conseil d'Administration, constitué comme il est dit ci-dessus, est investi de tous pouvoirs pour assurer l'exécution de l'entreprise. A cet effet, il peut choisir le mode qui lui paraît le plus favorable tant pour

l'acquisition et la revente des terrains que pour l'achat des matières, l'exécution des travaux et la fourniture du matériel de toute nature. Il peut autoriser la mise en adjudication de tout ou partie des travaux, l'acquisition de tous biens meubles et immeubles nécessaires à l'établissement et à l'exploitation des canaux et dépendances faisant partie de la Concession. Il peut également, et dans le même but, autoriser les travaux en régie et les marchés à forfait pour tout ou partie de l'entreprise. || Le premier Conseil d'Administration est autorisé, pendant la durée du mandat spécial qui fait l'objet du présent Article, à se compléter, en cas de vacances, de quelque manière que ces vacances se produisent. Nr. 8003. Aegypten 5. Jan. 1856.

Titre XI. — *Publications.*

Art. 78. Tous pouvoirs sont donnés au porteur d'une expédition des présentes pour les faire publier à Alexandrie et partout où besoin sera.

Nous Mohammed-Saïd-Pacha, Vice-Roi d'Egypte, après avoir pris connaissance du Projet des Statuts de la Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez et dépendances, lequel nous à été présenté par M. Ferdinand de Lesseps, et dont l'original, contenant 78 Articles, reste déposé dans nos archives, déclarons donner aux dits Statuts notre approbation, pour qu'ils soient annexés à notre Acte de Concession et Cahier des Charges, en date de ce jour.

Alexandrie, le 26 Rebi-ul-akhir, 1272 (5 Janvier 1856).

Cachet de Son Altesse le Vice-Roi.

---

## Nr. 8004. **AEGYPTEN.** — Convention entre le Vice-Roi d'Egypte et la Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez. — Signé au Caire, le 22 Février, 1866.*)

Entre Son Altesse Ismail-Pacha, Vice-Roi d'Egypte, d'une part, et la Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez, représentée par M. Ferdinand de Lesseps, son Président-Fondateur, autorisé à cet effet par les assemblées générales des actionnaires des 1 Mars et 6 Août, 1864, et par décision spéciale du Conseil d'Administration de la dite Compagnie, en date du 13 Septembre, 1864, d'autre part, a été exposé et stipulé ce qui suit: Nr. 8004. Aegypten. 22.Febr.1866.

Un premier Acte de Concession provisoire, en date du 30 Novembre, 1854, a autorisé M. de Lesseps à former une Compagnie Financière pour l'exécution du Canal Maritime de Suez. || Un second Acte de Concession pro-

*) Dieser Vertrag und der folgende Firman sind bereits Band XII, Nr. 2648 und Nr. 2649 des Staatsarchivs abgedruckt. Bei den neuerdings hervorgetretenen Controversen über den Umfang der Privilegien der Suez-Gesellschaft erscheint es zweckmässig, beide Actenstücke hier von neuem in Verbindung mit den vorstehenden Documenten zum Abdruck zu bringen. Anm. d. Red.

Nr. 8004. Aegypten. 22.Febr.1866.

visoire, en date du 5 Janvier, 1856, a déterminé le Cahier des Charges pour procéder à la formation de la Compagnie Financière chargée d'exécuter les travaux du Canal, et a donné l'autorisation d'exécuter les travaux du percement de l'isthme dès que la ratification de la Sublime Porte serait obtenue. A cet acte étaient annexés les Statuts de la Compagnie Universelle, revêtus de l'approbation du Vice-Roi. || Un décret-règlement, en date du 20 Juillet, 1856, a déterminé l'emploi des ouvriers fellahs aux travaux du Canal de Suez. || Une Convention intervenue entre le Vice-Roi et la Compagnie, le 18 Mars, 1863, a rétrocédé au Gouvernement Egyptien la première section du Canal d'eau douce, entre le Caire et le Ouady. || Une autre Convention, datée du 20 Mars, 1863, a réglé la participation financière du Gouvernement Egyptien dans l'entreprise. || Enfin, une dernière Convention, en date du 30 Janvier, 1866, a réglé: || 1. L'usage des terrains réservés à la Compagnie comme dépendances du Canal Maritime; || 2. La cession du Canal d'eau douce, des terrains, ouvrages d'art et constructions en dépendant, et la reprise par le Gouvernement de l'entretien du dit Canal; || 3. La vente du domaine du Ouady, au prix de 10,000,000 fr.; || 4. Les échéances des termes fixés pour le payement des sommes dues à la Compagnie.

La Sublime Porte, sollicitée, conformément à l'Acte de Concession du 5 Janvier, 1856, de donner sa ratification à la Concession de l'entreprise du Canal, a formulé, par une note en date du 6 Avril, 1863, les conditions auxquelles cette ratification était subordonnée. || Pour donner pleine satisfaction à cet égard à la Sublime Porte, il s'est établi entre le Vice-Roi et la Compagnie une entente qu'ils ont consacrée et formulée dans la Convention dont les Clauses et stipulations suivent:

Art. 1. Est et demeure abrogé, dans son entier, le Règlement en date du 20 Juillet, 1856, relatif à l'emploi des fellahs aux travaux du Canal de Suez. || Est, en conséquence, déclarée nulle et caduque la disposition de l'Article 2 de l'Acte de Concession du 5 Janvier, 1856, ainsi conçue: "Dans tous les cas, les quatre-cinquièmes au moins des ouvriers employés aux travaux seront Egyptiens." || Le Gouvernement Egyptien payera à la Compagnie, à titre d'indemnité et en raison de l'annulation du Règlement du 20 Juillet, 1856, et des avantages qu'il comportait, une somme de 38,000,000 de francs. || La Compagnie se procurera désormais, suivant le droit commun, sans priviléges comme sans entraves, les ouvriers nécessaires aux travaux de l'entreprise.

Art. 2. La Compagnie renonce au bénéfice des Articles 7 et 8 de l'Acte de Concession du 30 Novembre, 1854, et des Articles 10, 11 et 12 de celui du 5 Janvier, 1856. || L'étendue des terrains susceptibles d'irrigation concédés à la Compagnie par ces mêmes Actes de 1854 et 1856 et rétrocédés au Gouvernement, a été reconnue et fixée d'un commun accord à 63,000 hectares sur lesquels doivent être déduits 3,000 hectares qui font partie des emplacements affectés aux besoins du Canal Maritime.

Art. 3. Les Articles 7 et 8 de l'Acte de Concession de 1854, et les

Articles 10, 11 et 12 de celui de 1856, demeurant abrogés, comme il est dit dans l'Article 2, l'indemnité due à la Compagnie par le Gouvernement Egyptien, par suite de la rétrocession des terrains, s'élève à la somme de 30,000,000 de francs, le prix de l'hectare étant fixé à 500 francs.

Art. 4. Considérant qu'il est nécessaire de déterminer, pour le Canal Maritime, l'étendue des terrains qu'exigent son établissement et son exploitation, dans des conditions propres à assurer la prospérité de l'entreprise; que cette étendue ne doit pas être restreinte à l'espace qui sera matériellement occupé par le Canal même, par ses francs-bords et par les chemins de halage; considérant que pour donner aux besoins de l'exploitation une entière et complète satisfaction, il faut que la Compagnie puisse établir, à proximité du Canal Maritime, des dépôts, de magasins des ateliers, des ports dans les lieux où leur utilité sera reconnue, et enfin des habitations convenables pour les gardiens, surveillants, les ouvriers chargés des travaux d'entretien et pour tous les préposés de l'administration qu'il est, en outre, convenable d'accorder, comme accessoires des habitations, des terrains qui puissent être cultivés en jardins et fournir quelques approvisionnements dans des lieux privés de toute ressource de ce genre; qu'enfin il est indispensable que la Compagnie puisse disposer de terrains suffisants pour y faire les plantations et les travaux destinés à protéger le Canal Maritime contre l'invasion des sables et assurer sa conservation; mais qu'il ne doit rien être alloué au délà de ce qui est nécessaire pour pourvoir amplement aux divers services qui viennent d'être indiqués; que la Compagnie ne peut avoir la prétention d'obtenir, dans des vues de spéculation, une étendue quelconque de terrains, soit pour les livrer à la culture, soit pour y élever des constructions, soit pour les céder lorsque la population aura augmenté; || Les deux parties intéressées se renfermant dans ces limites pour déterminer, sur tout le parcours du Canal Maritime, le périmètre des terrains dont la jouissance, pendant la durée de la Concession, est nécessaire à l'établissement, à l'exploitation et à la conservation de ce Canal; || Sont, d'un commun accord, convenues que la quantité de terrains nécessaires à l'établissement, l'exploitation et la conservation du dit Canal, est fixée, conformément aux plans et tableaux dressés, arrêtés, signés et annexés à cet effet aux présentes.

Art. 5. La Compagnie rétrocède au Gouvernement Egyptien la seconde partie du canal d'eau douce située entre le Ouady, Ismaïlia et Suez, ainsi qu'elle lui avait déjà rétrocédé la première partie du Canal située entre le Caire et le domaine du Ouady, par la Convention du 18 Mars 1863.

La rétrocession de cette seconde partie du canal d'eau douce est faite dans les termes et sous les conditions qui suivent:

1. La Compagnie est tenue de terminer les travaux restant à faire pour mettre le Canal du Ouady, Ismaïlia et Suez dans les dimensions convenues et en état de réception.

2. Le Gouvernement Egyptien prendra possession du canal d'eau douce,

Nr. 8004. Aegypten. 22. Febr. 1866.

des travaux d'art et des terrains qui en dépendent, aussitôt que la Compagnie se croira en mesure de livrer le dit Canal dans les conditions ci-dessus indiquées. Cette livraison, qui impliquera réception de la part du Gouvernement Egyptien, sera opérée contradictoirement entre les ingénieurs du Gouvernement et ceux de la Compagnie, et constatée dans un procès-verbal relatant en détail les points par lesquels l'état du Canal s'écartera des conditions qu'il devait réaliser;

3. Le Gouvernement Egyptien demeurera, à partir de la livraison, chargé de l'entretien du dit Canal, soit: || 1. De faire dans le délai possible toutes plantations, cultures et travaux de défense nécessaires pour empêcher la dégradation des berges et l'envahissement des sables, et de maintenir l'alimentation du Canal par celui de Zagazig, jusqu'à ce que cette alimentation soit assurée directement par la prise d'eau du Caire; || 2. D'exécuter les travaux de la partie qui lui a été rétrocédée par la Convention du 18 Mars 1863 et de mettre cette première section en communication avec la seconde, au point de jonction du Ouady; || 3. D'assurer en toute saison la navigation, en maintenant dans le Canal une hauteur d'eau de 2 mètres 50 centimètres dans les hautes eaux du Nil, de 2 mètres à l'étiage moyen, et de 1 mètre, au minimum, au plus bas étiage; || 4. De fournir, en outre, à la Compagnie, un volume de 70,000 mètres cubes d'eau par jour pour l'alimentation des populations établies sur le parcours du Canal Maritime, l'arrosage des jardins, le fonctionnement des machines destinées à l'entretien du Canal Maritime et de celles des établissements industriels se rattachant à son exploitation, l'irrigation des semis et des plantations pratiqués sur les dunes et autres terrains non naturellement irrigables compris dans les dépendances du Canal Maritime; enfin l'approvisionnement des navires qui passent par le dit Canal; || 5. De faire toute curage et travaux nécessaires pour entretenir le canal d'eau douce et ses ouvrages d'art en parfait état. Le Gouvernement Egyptien sera de ce chef substitué à la Compagnie en toutes les charges et obligations qui résulteraient pour elle d'un entretien insuffisant, étant tenu compte de l'état dans lequel le Canal aura été livré, et du délai nécessaire aux travaux que cet état aura pu exiger.

Art. 6. La Compagnie aura la servitude de passage sur les terrains que devront traverser les rigoles et conduites d'eau nécessaires au prélèvement des 70,000 mètres cubes d'eau dont il s'agit ci-dessus.

Art. 7. Aussitôt après la livraison du canal d'eau douce, le Gouvernement Egyptien en aura la jouissance et disposera de la faculté d'y établir des prises d'eau; la Compagnie, de son côté, aura pendant la durée des travaux de construction du Canal Maritime, et, au besoin, jusqu'à la fin de 1869, la faculté d'établir sur le canal d'eau douce des services de remorqueurs à hélice ou de toueurs pour les besoins de ses transports ou de ceux de ses entrepreneurs, et l'exploitation exclusive du transit des marchandises de Port Saïd à Suez, et *vice versa*. || Après 1869, la Compagnie rentrera dans le droit commun pour

l'usage du canal d'eau douce; elle n'aura plus sur ce canal que la jouissance appartenant aux Egyptiens, sans toutefois que jamais ses barques et bâtiments puissent être soumis à aucun droit de navigation. || L'alimentation d'eau douce en ligne directe à Port Saïd sera toujours amenée par les moyens que la Compagnie jugera convenable d'employer à ses frais. || La Compagnie cesse d'avoir le droit de cession de prise d'eau, de navigation, de pilotage, de remorquage, de halage, ou stationnement à elle accordés sur le canal d'eau douce par les Articles 8 et 17 de l'Acte de Concession du Janvier, 1856. || Les bâtiments construits par le Compagnie pour ses services sur le parcours du canal d'eau douce de Zagazig à Suez sont cédés au Gouvernement Egyptien au prix de revient; ceux de ces bâtiments et dépendances qui seront nécessaires à la Compagnie pendant la période ci-dessus indiquée lui seront loués par le Gouvernement aux taux de 5 pour cent l'an du capital remboursé. || Le canal d'eau douce ayant été ainsi complètement rétrocédé au Gouvernement Egyptien, son entretien étant à la charge du dit Gouvernement, il pourra établir sur le dit Canal et ses dépendances tels ouvrages fixes ou mobiles qu'il jugera convenables; d'un autre côté, il devient inutile de déterminer, ainsi qu'on l'a fait pour le Canal Maritime, aucune étendue de terrain pour son entretien et pour sa conservation.

Art. 8. L'indemnité totale due à la Compagnie, s'élevant à la somme de 84,000,000 de fr., lui sera payée par le Gouvernement Egyptien, ensemble avec le restant du montant des actions du Gouvernement, au cas où la Compagnie ferait un appel de fonds la présente année, et les 10,000,000 fr., prix de la vente du Ouady, de la manière indiquée au tableau dressé à cet effet, signé et annexé aux présentes.

Art. 9. Le Canal Maritime et toutes ses dépendances restent soumis à la police Egyptienne, qui s'exercera librement comme sur tout autre point du territoire, de façon à assurer le bon ordre, la sécurité publique et l'exécution des lois et règlements du pays. || Le Gouvernement Egyptien jouira de la servitude de passage à travers le Canal Maritime sur les points qu'il jugera nécessaires, tant pour ses propres communications que pour la libre circulation du commerce et du public, sans que la Compagnie puisse percevoir aucun droit de péage ou autre redevance sous quelque prétexte que ce soit.

Art. 10. Le Gouvernement Egyptien occupera dans le périmètre des terrains réservés comme dépendance du Canal Maritime, toute position ou tout point stratégique qu'il jugera nécessaire à la défense du pays. Cette occupation ne devra pas faire obstacle à la navigation et respectera les servitudes attachées aux francs-bords du Canal.

Art. 11. Le Gouvernement Egyptien, sous les mêmes réserves, pourra occuper pour ses services administratifs (poste, douane, caserne, &c.) tout emplacement disponible qu'il jugera convenable, en tenant compte des nécessités de l'exploitation des services de la Compagnie; dans ce cas, le Gouvernement remboursera, quand il y aura lieu, à la Compagnie les sommes que

Nr. 8064. Aegypten. 22. Febr. 1866.

celle-ci aura dépensées pour créer ou approprier les terrains dont il voudra disposer.

Art. 12. Dans l'intérêt du commerce, de l'industrie ou de la prospère exploitation du Canal, tout particulier aura la faculté, moyennant l'autorisation préalable du Gouvernement et en se soumettant aux réglements administratifs ou municipaux de l'autorité locale, ainsi qu'aux lois, usages et impôts du pays, de s'établir, soit le long du Canal Maritime, soit dans les villes élevées sur son parcours, réserve faite des francs-bords, berges et chemins de halage; ces derniers devant rester ouverts à la libre circulation, sous l'empire des règlements qui en détermineront l'usage. || Ces établissements, du reste, ne pourront avoir lieu que sur les emplacements que les ingénieurs de la Compagnie reconnaîtront n'être pas nécessaires aux services de l'exploitation, et à charge par les bénéficiaires de rembourser à la Compagnie les sommes dépensées par elle pour la création et l'appropriation des dits emplacements.

Art. 13. Il est entendu que l'établissement des services de douane ne devra porter aucune atteinte aux franchises douanières dont doit jouir le transit général s'effectuant à travers le Canal par les bâtiments de toutes les nations, sans aucune distinction, exclusion ni préférence de personne ou de nationalité.

Art. 14. Le Gouvernement Egyptien, pour assurer la fidèle exécution des Conventions mutuelles entre lui et la Compagnie, aura le droit d'entretenir à ses frais, auprès de la Compagnie et sur le lieu des travaux, un Commissaire Spécial.

Art. 15. Il est déclaré, à titre d'interprétation, qu'à l'expiration des 99 ans de la Concession du Canal de Suez et à défaut de nouvelle entente entre le Gouvernement Egyptien et la Compagnie, la concession prendra fin de plein droit.

Art. 16. La Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez étant Egyptienne, elle est régie par les lois et usages du pays; toutefois, en ce qui regarde sa constitution comme société et les rapports des associés entre eux, elle est, par une Convention spéciale, réglée par les lois qui, en France, régissent les sociétés annoymes. Il est convenu que toutes les contestations de ce chef seront jugées en France par des arbitres avec appel, comme surarbitre, à la Cour Impériale de Paris. || Des différends en Egypte entre la Compagnie et les particuliers, à quelque nationalité qu'ils appartiennent, seront jugés par les Tribunaux locaux suivant les formes consacrées par les lois et usages du pays et les Traités. || Les contestations qui viendraient à surgir entre le Gouvernement Egyptien et la Compagnie seront également soumises aux Tribunaux locaux et résolues suivant les lois du pays. || Les préposés, ouvriers et autres personnes appartenant à l'administration de la Compagnie, seront jugés par les Tribunaux locaux, suivant les lois locales et les Traités, pour tous délits et contestations dans lesquels les parties ou l'une d'elles seraient indigènes. || Si toutes les parties sont étrangères, il sera procédé entre elles conformément aux règles établies. || Toute signification à la Compagnie par une partie intéres-

sée quelconque en Egypte sera valablement faite au siége de l'administration à Alexandrie. Nr. 8004. Aegypten. 22. Febr. 1866.

Art. 17. Tous les Actes antérieurs, Concessions, Conventions et Statuts sont maintenus dans toutes celles de leurs dispositions qui ne sont point en contradiction avec la présente Convention.

Fait double au Caire, le 22 Février, 1866.

Ismail.
Ferd. de Lesseps.

---

## Nr. 8005. TÜRKEI. — Firman du Sultan de la Turquie, autorisant l'exécution du Canal Maritime de Suez. — Signé le 2 Zilqydjé, 1282 (19 Mars, 1866).

Mon illustre Vézir, Ismaïl-Pacha, Vice-Roi d'Egypte, ayant rang de Grand-Vézir, décoré de l'Osmanié et du Medjidieh de première classe, en brillants: Nr. 8005. Türkei. 19. März 1866.

La réalisation du grand œuvre destiné à donner des nouvelles facilités au commerce et à la navigation par le percement d'un Canal entre la Mediterranée et la Mer Rouge étant l'un des événements les plus désirables de ce siècle de science et de progrès, des conférences ont eu lieu depuis un certain temps avec la Compagnie qui demande à exécuter ce travail, et elles viennent d'aboutir d'une façon conforme, pour le présent et pour l'avenir, aux droits sacrés de la Porte, comme à ceux du Gouvernement Egyptien.

Le contrat, dont ci-aprés la teneur des Articles en traduction, a été dressé et signé par le Gouvernement Egyptien conjointement avec le représentant de la Compagnie; il a été soumis à notre sanction Impériale, et après l'avoir lu, nous lui avons donné notre acceptation.

(Suit le Contrat *in extenso*, signé au Caire le 22 Février.)

Le présent Firman, émané de notre Divan Impérial, est rendu à cet effet que nous donnons notre autorisation souveraine à l'exécution du Canal par la dite Compagnie, aux conditions stipulées dans ce Contrat, comme aussi au règlement de tous les accessoires selon ce Contrat et les Actes et Conventions y inscrits et désignés qui en font partie intégrante.

Donné le 2 Zilqydjé, 1282 (19 Mars, 1866).

---

## Nr. 8006. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die Canal-Directoren. — Bericht über den Empfang zweier Deputationen. Stellung der Regierung zur Canal-Frage.

Foreign Office, April 27, 1883. Nr. 8006. Grossbritannien. 27 April 1883.

Gentlemen, — I yesterday received at this Office two deputations, one from the Association of Chambers of Commerce of the United Kingdom, and

Nr. 8006. Grossbritannien. 27. April 1883.

the other from the Chamber of Shipping of the United Kingdom. The object of the first deputation was to ask, that Her Majesty's Government should take advantage of the present state of affairs in Egypt to obtain for British trade and shipping increased facilities in the Suez Canal, and a larger share in the management of the Canal. The second deputation attended to urge Her Majesty's Government to acquire the right to cut another Canal, so as to give an alternative route between the Red Sea and the Mediterranean.

For your information I transmit, extracted from the "Times" newspaper, the shorthand writer's report of the proceedings. I also inclose a copy of the Memorial which was left with me by the deputation from the Associated Chambers of Commerce. || I have, &c.

Granville.

---

*Extract from the "Times" of April 27, 1883.*

British Commerce and the Suez Canal. — Yesterday two deputations, each of a representative character, waited upon Lord Granville at the Foreign Office, to call attention to matters which Lord Granville acknowledged to be of the greatest possible importance. One deputation was from the Chamber of Shipping of the United Kingdom, who attented to urge, that the Government should give its direct aid to the cutting of another Canal in the East, so as to give an alternative route between the Mediterranean and the Red Sea. The other deputation was from the Associated Chambers of Commerce. They asked, that the Government should take advantage of the present state of affairs in Egypt to make such arrangements with respect to the Suez Canal as would give British trade and British shipping greater facilities than they had hitherto enjoyed, "and at the same time procure for this country such an increased share in the management of the Canal and its traffic as the importance of British trade and the interest which this country holds in the Canal demands." Mr. Monk, M. P., headed the deputation from the Associated Chambers of Commerce; and Mr. Laing, M. P., headed that from the Chamber of Shipping of the United Kingdom. Both deputations were received together. Among those present were Sir J. Whitwell Pease, M. P., Sir George Elliot, M, P., Mr. Corry, M. P., Mr. C. M. Palmer, M. P., Sir M. Ridley, M. P., Mr. Pender, M. P., Mr. Gourley, M. P., Mr. C. Patrick, M. P., Mr. Carbutt, M. P., and Mr. Stevenson, M. P.

*Lord Granville* said he had asked the two deputations to come together, and he was sure, that there would be no quarrel as to precedence between them. He understood, that they both proposed to limit the number of speakers, and as the Associated Chambers of Trade would only have two speakers, he would ask, that the deputation from that body should first address him.

*Mr. Monk, M. P.,* as President of the Associated Chambers of Trade, said the body from which his deputation came represented fifty-five Chambers of Trade in the important centres of the country, and they presented a Memorial

(mentioned above) requesting Her Majesty's Government to take steps to obtain for British trade greater facilities in passing through the Canal, and to secure for the nation a greater share in its management that it at present possessed. He begged to say, that the Chambers took up no antagonistic position to the Canal Company, for the British traders recognized and acknowledged the great work which that Company had accomplished. But the Chamber of Commerce had come to the conclusion, that, if the Government could not obtain for British commerce the necessary facilities it required in going from east to west and from west to east, then the Government should lend its aid to the promotion of an additional Canal to the Red Sea from the Mediterranean.

*Mr. Palmer, M. P.*, representing the Newcastle and Gateshead Chamber, said the commercial representatives of the east coast desired to express the opinion, that the time had come when a decided course must be taken in connection with the block of commerce in the Suez Canal. This was not the opinion of the Chambers of Commerce only; the steam-ship owners felt very strongly on the same point, and were directing their attention to the subject. The Canal Company admitted, that the Canal was unable to deal with the traffic. It was proposed, that the block should be relieved by the creation of sidings and by other operations. The present inadequate passage room was seen in the reports of ships being run aground and of the large number of ships detained. This present condition of affairs presented a growing evil, and had led many influential men to propose, that a new Canal should be cut at the expense of British capital. The Chambers of Commerce did not go so far as that, but they urged, that endeavours should be made to see, whether something could not be done through the Canal Company, who at present almost ignored the position which British influence should hold. He enlarged on the great increase of shipping passing through the Canal, and upon the fact, that a very large number of the vessels were British, and then urged, that the Directorate should be entirely reorganized, with the addition of more British Directors, in place of three out of twenty-three, as at present, with the result, that the whole control was really in the hands of the President and his son. The speaker added, that the byelaws of the Canal were arbitrary, and so irritating as to be almost intolerable. The project of the Freshwater Canal would, he thought, if carried out, be very beneficial to Egypt. He concluded by urging, that the Government should make a searching inquiry into all matters connected with the Canal.

*Sir J. W. Pease, M. P.*, urged, that the greatly increased amount of British shipping, which passed through the Canal, would quite justify British traders in asking for an alternative route. In 1871 the traffic, which passed through the Canal, amounted to only 771,409 tons; last year it had risen to 7,122,000 tons, of which enormous amount four-fifths were British traffic. The stoppages which had occurred from the Canal Company not being capable of dealing with this growing traffic were very costly to British ship-owners, and,

Nr. 8006. Gross-britannien. 27. April 1883.

as Lord Granville doubtless knew, the days which a ship occupied on a voyage made all the difference between profit and loss. Looking at the vast interests the British had in the commerce between the West and the East, it might be asked, that the Government should favour British capital by making an alternative route. The money which the country had placed in the Suez Canal shares might be left to take care of itself, for the interests of British commerce were of more importance than the question of receiving interest for the shares purchased by the country in the Suez Canal undertaking.

Mr. Laing then introduced the deputation from the Chamber of Shipping. They presented the following Resolution: — || "That the attention of the Government be drawn to the necessity of measures being taken to increase the facilities of transit through Egypt, and to the advantage of securing an alternative route from the Mediterranean to the Red Sea".

*Mr. Laing* said the first portion of this Resolution was general, and the second specific and definite. It was with regard to the latter portion, that the gentlemen on the deputation would address themselves. Mr. Palmer had referred to the great increase which had arisen in the traffic on the Canal; but Lord Granville, if he had the figures more fully, could judge more accurately of the enormous increase. In 1870, the first year of the Canal, the whole traffic amounted to 435,911 tons. In 1871 the traffic amounted to 761,467 tons, and since that year there had been a gradual increase until, in 1882, it reached, as Mr. Palmer had said, the enormous total of 7,122,000 tons. The rapid and progressive increase in the traffic gave a guide as to what the future progress would be, and the Chamber had come to the conclusion, that the establishment of another Canal would not be antagonistic to the Suez Canal, but would be simply necessary for the traffic which was to pass into the Red Sea. The proportion of British traffic to all other traffic put together passing through the Suez Canal at the present time was 81 per cent., or four-fifths of the whole; and looking at the growing trade between this country and the East, including India, China and Australia, the shipping trade was confidently of opinion, that, if the opportunity were afforded for British enterprise to form another Canal, this would prove not so much the rival of the Suez Canal as a relief, that it would work well in all respects, and would give a good return for the capital invested in it.

*Mr. Green*, of Blackwall, dwelt upon the great delays which now occurred on the Suez Canal, and said, that lately some vessels had been delayed four days over the journey of two, and some even longer. An alternative route was urgently needed.

*Mr. Glover*, of London, said the shipping trade and ship-masters were there from the profound conviction, that what they aimed at could be asked for on public grounds only. If an alternative route gave decreased rates, the public, as Lord Granville well knew, would reap the immediate advantage.

The consumer had now increased costs from the delays, and these delays were not surprising, looking at the rapid increase of the traffic from less than half-a-million tons in 1870 to two million tons in 1876, and to four millions and a third in 1880. The increase in the last two years amounted to more than the annual average of total traffic in the first ten years of the Canal's working. Even the great traffic of 1882 could not be regarded as anything like a maximum of that passing between the West and the East. It had been seen, that wherever ports were made available for steam-ships, the sailing-ship traffic decreased. There would be increased traffic through the Canal to Bombay, to the Madras coast, to Calcutta, to Burmah and to Java, for only half the traffic to the East at present passed through the Canal. To receive, that increased traffic the present was Canal was altogether inadequate. Another Canal would have to be made, that was certain; and the question was, whether it was to be a French, German, Italian, Egyptian, or Turkish Canal. The ship-owners were of opinion, that it should be made by the British nation, which had four-fifths of the commerce between the West and the East, and four-fifths of the traffic through the present Canal under its flag. Then, too, the British position in Egypt at the present time, and the steps the nation took last year, gave Great Britain the right to look to its interests in these matters. The right to make such a route should be acquired by the British Government. On public grounds, on international grounds, on the ground of our holding land on this route, and on the ground of British sacrifices in Egypt, he urged, that the Government should take up this question, and not wait until a Concession was given to some other State. He urged, too, that the Government should not rest satisfied with improvements in the present Canal, nor allow its duplicate to be made under French control, but should obtain for England the right to acquire an alternative route.

*Mr. William Gray*, of Hartlepool, stated other facts in proof of the increase of the traffic between the East and the West, and supported the views which had been expressed.

*Lord Granville*, in reply, said: There is no doubt about the importance of this question, and if there had been any doubt in my mind it would have been removed by the statements made to-day. These two deputations are not only very important in themselves, but are still more important from the representative character which they hold. With regard to the opinions which have been given, I will only say, that it is a matter of satisfaction to me, as I think it must be to every one present, that those who have spoken, while they have made certain complaints of the existing state of things, while they have both gone on the same lines as to improvements which they think necessary, and while they have differed somewhat, too, as to the particular recommendations which they make, yet the speakers on both sides of the room have carefully abstained from saying one word of any unreasonable hostility towards the present Suez Canal Company. (Hear, hear.) My answer to the

Nr. 8006. Grossbritannien. 27. April 1883.

deputations is made much more easy, so far as I am myself concerned, from the fact, that the Cabinet has carefully considered this subject, and has come to a preliminary decision — a decision with which, I own, I entirely concur. They think, that our present responsibilities connected with Egypt do not give reasons why Her Majesty's Government should commit themselves more than they otherwise would do to general industrial enterprises. They are ready to admit, that there may be peculiar work and peculiar circumstances which might be exceptionally treated, and which Her Majesty's Government might be called upon to consider. But in that case they believe, that the projects should be more or less matured in a manner to be submitted to their opinion, and that they should not be asked for their views as a basis for making applications either to shareholders or to the Egyptian Government. Now, in saying this, I hope you will not go away with the impression, that we ignore the subject, that we think it of no importance, or that we are neglecting it. We have been most carefully considering it; but you must be perfectly aware of great complications connected with it — complicated questions of a legal character, questions of an international character, questions of an engineering character, questions of the wishes of the Egyptians themselves, and also questions of how the commerce of the world, of which this country has such an enormous share, can best be advantaged. I may say, that, among other communications, we have been in communication with Lord Dufferin on the subject, and those communications will be renewed as soon as he comes over to this country. I cannot overrate the importance, in these circumstances, of having all the information, that men engaged in the practical business connected with the Suez Canal are able to afford us. I beg to thank you very sincerely for having come here to-day to make statements which I have heard with great interest and satisfaction. On the other hand, I must ask you to be a little forbearing with me. As soon as our troops occupied Cairo, a gentleman, who knows as much about Egypt as any one with whom I am acquainted, said, "You will find people excessively anxious to confer a benefit on Egypt, and if they are not supported as much as they expect by the English and Egyptian Governments they will not complain of the refusal, but they will fall violently on the Administrators and Government there generally." Very soon after this was told me I had a most important deputation suggesting a scheme which certainly had a general object in view, one of a great number of schemes, though not of the nature of that suggested to-day. Among that deputation was a Member of Parliament, highly respected in the House of Commons, for whom I personally have the greatest possible respect, though he differs with me in political opinion. He was very warm in making an application on the subject, and I replied to him with the like guarded answer that I have given to you, and the next week I saw, that he had explained to this constituents, that my manners were very genial, but my "energy was not up to the mark." Now I am quite content to leave my manners to your tender mercies; but I hope you

will not judge of my energy by the limited standard of the guarded answer which I have found it my duty to make to-day. Nr. 8006. Gross-britannien. 27. April 1883.

The deputation thanked Lord Granville for his courtesy and withdrew.

---

*Memorial of the Association of Chambers of Commerce of the United Kingdom. — (Left by Deputation, April 26, 1883.)*

To the Right Honourable the Earl Granville, K. G., Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs.

The Memorial of the Association of Chambers of Commerce of the United Kingdom, of which the following Chambers of Commerce are members: Aberdeen, Barnsley, Batley, Belfast, Birmingham, Bradford, Bristol, Cardiff, Cleckheaton, Coventry, Derby, Dewsbury, Dover, Dublin, Dudley, Dundee, Exeter, Falmouth, Gloucester, Goole, Greenock, Halifax, Heckmondwike, Huddersfield, Hull, Jersey, Kendal, Kidderminster, Leeds, Leicester, London, Luton, Macclesfield, Middlesbrough-on-Tees, Morley (near Leeds), Newcastle-on-Tyne, Newport (Monmouth), Northampton, North Shields and Tynemouth, North Staffordshire, Nottingham, Plymouth, Portsmouth, Sheffield, Southampton, South of Scotland, Stockton-on-Tees, Sunderland, Swansea, The Hartlepools, Wakefield, Walsall, Warrington, Wolverhampton, Worcester,

Sheweth:

That your memorialists, being deeply interested in shipping and in the trade of this country with India and the East generally, have watched with attention the affairs of the Suez Canal and the development of its traffic.

That in 1870, the first year the Canal was open, the amount of tonnage passing through was: —

| | Gross Tonnage. |
|---|---|
| English vessels . . . . . | 433,851 |
| Foreign vessels . . . . . | 221,064 |
| Total | 654,915 |

That during the last three years upwards of 80 per cent. of the tonnage using the Canal was British, the quantities being as follows: —

| | British Vessels. | Foreign Vessels. | Total. |
|---|---|---|---|
| 1880 . . . . | 3,446,431 | 898,088 | 4,334,519 |
| 1881 . . . . | 4,790,331 | 1,004,070 | 5,794,401 |
| 1882 . . . . | 5,795,484 | 1,326,541 | 7,122,025 |

The number of vessels using the Canal in the different years referred to were —

| | |
|---|---|
| 1870 . . . . . | 486 |
| 1880 . . . . . | 2,026 |
| 1881 . . . . . | 2,727 |
| 1882 . . . . . | 3,198 |

Nr. 8006. Grossbritannien. 27. April 1883.

or in the proportion of about one and one-third vessels per day in 1870, as against nearly nine per day in 1882. Not only has the number of vessels thus increased, but their average size has nearly doubled, the average in 1870 being 1,347 tons gross, whereas in 1882 it had risen to 2,231 tons. || Although the Canal was sufficient to accommodate the traffic flowing to it in the first few years after its opening, it has, in consequence of the increase in number and tonnage of the vessels using it, become quite inadequate to present requirements. From want of depth and the narrowness of the passage, steamers frequently ground in the Canal, thus not only being delayed themselves, but in some cases causing a complete stoppage of transit operations. || That the Canal Company require every vessel passing through the Canal to employ one or more of their pilots, and although 80 per cent. of the vessels using the Canal are British vessels, few, if any, of the pilots can speak English. The dues charged for pilotage are excessive, and form a material addition to the transit dues. Furthermore, vessels have lately, when quarantine regulations were in force, been put to much inconvenience and expense by reason of the pilots being obliged to precede the vessels, being piloted in steam-launches, the number of such launches possessed by the Canal Company being much below what was necessary for the service, and the price for their hire being exorbitant. || That the British Government have by purchase become the virtual possessors of nearly one-half of the original share capital, but have only three representatives at the Board of Management out of twenty-four. || That, taking into consideration the various circumstances referred to above, your memorialists' Association, at their recent annual meeting held in London on the 20th February last and two following days, passed the following Resolutions, viz.: — || "1. That this Association urge by deputation and Memorial to Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs the importance of Her Majesty's Government not allowing the existing state of affairs in Egypt to pass over without making such arrangements with respect to the Canal and its navigation as will give British trade and shipping greater facilities than they have hitherto enjoyed, and at the same time procure for this country such an increased share in the management of the Canal and its traffic as the importance of British trade and the interests this country has in the Canal demand. || 2. That, in view of the probable great increase in the future of traffic to and from India and our Australasian Colonies, this Association expresses its opinion of the need an additional Canal to the Red Sea." || That, for some years after its opening, the Canal was unremunerative to its shareholders; but it is now not only paying handsome dividends of from 10 to 12 per cent., but the capital is being reduced at the cost of revenue through the action of a sinking fund; it is not, therefore, unreasonable to insist, that the Company should execute such works as may afford the most complete facilities for the rapidly increasing traffic. The Company do propose to execute certain works of a remedial character; but in the opinion of your memorialists the suggested

works will prove far from sufficient to meet the requirements of trade; and as it would indeed appear impossible to render the present Canal of affording adequate accommodation for the future, the only satisfactory arrangement would be the cutting of another Canal; whether such other Canal should be in close proximity to the present Canal or not is a matter for further inquiry. || That your memorialists, bearing in mind the advantages conferred on the commerce of the world by the opening of the present Canal, and the difficulties the promoters had to encounter and overcome, are far from desiring to promote any hostile opposition to the Company, but would suggest, that your Lordship should cause the fullest inquiry to be made as to the state of the Canal, so as to meet the present and future requirements of trade, and that steps should be taken by Her Majesty's Government to obtain for this country an increased amount of control over the affairs of the Canal and its traffic regulations. || Given under the common seal of this Association, the 26th day of April, 1883.

Great College Street, Westminster.

C. J. Monk, President.

Nr. 8006. Grossbritannien. 27. April 1883.

---

## Nr. 8007. GROSSBRITANNIEN. — Die englischen Canal-Directoren an den engl. Min. d. Ausw. — Lesseps beschwert sich über die beim Empfang der Handelskammer-Deputation von Granville gehaltene Ansprache.

(Extract.) Paris, April 30, 1883.

We called upon M. de Lesseps to-day with the intention of discussing with him the question of the appointment of an Inspector of Navigation, which formed the subject of our despatch of the 9th March last. || He at once commenced to complain of the proceedings, as recorded in the newspapers, on the occasion of the recent reception by your Lordship of deputations from the Associated Chambers of Commerce and the Chamber of Shipping respecting the insufficiency of the existing Suez Canal for the requirements of commerce and the proposals for another Canal. || He adverted to what he considered to be the misrepresentations of the various speakers. He complained, that the rights of his Company were disregarded, and he dwelt on the omission in your Lordship's reply of any acknowledgment of the large outlay which has been lately voted for the improvement of the Canal. He added, that, when the question of new works was under consideration last winter, he, his managing Committee and his technical advisers, were prepared to recommend the construction of a second parallel Canal, but postponed the further consideration of the idea pending further discussion with the Representatives of Her Majesty's Government. || He further added, that he was under the impression, that he had been acting in friendly accord on all points with Her Majesty's Government, of which

Nr. 8007. Grossbritannien. 30. April 1883.

Nr. 8007. Grossbritannien. 30. April 1883.

his offer of the appointment of an Englishman as Inspector of Navigation was a proof, but that the whole situation was now changed, and that any such concession now made would be attributed to pressure. He also referred to the serious depreciation in the market value of the property, which was attributed to the report of the deputations (a fall of 200 fr. per share having taken place). ‖ He begged us to discuss the whole matter further with his son, M. Charles de Lesseps, who was present during the conversation.

---

(Extract.) Paris, April 30, 1883.

With reference to our immediately preceding despatch of this date, we have the honour to report the following particulars of an interview we have just had with M. Charles de Lesseps: — ‖ M. Charles de Lesseps began by repeating the words his father had just used to us, viz., that the whole situation as between Her Majesty's Government and the Suez Canal Company had been completely changed by what passed between your Lordship and the deputations of commerce and shipping on Thursday last. He said, that the questions at issue were evidently of far greater importance than could be satisfied by so simple a remedy as the appointment of an English official on the Canal, however considerable might be the position created for him; he had indeed, until quite recently, thought, that the arrangements made in 1876 between Her Majesty's Government and the Company had laid at rest all differences, and had been considered by Her Majesty's Government as satisfactory and final. It would appear, however, that this was not the case, and in these circumstances it might be advisable at once to examine, from the widest point of view, what would be the extent of the concessions which the Company might make so as to satisfy the requirements of Her Majesty's Government and the interests of commerce. ‖ He then observed, that the fundamental idea in the minds of the representatives of British shipping was evidently the apprehension, that the Company, being in possession of a monopoly, would always exercise the rights under their Concession to their fullest extent, and that no reduction would be voluntarily made by them in the maximum rate of toll allowed by their Charter. He stated distinctly, that this was by no means his view; he had always considered, that a monopoly carried with it duties as well as privileges — that the Company ought not to seek for an excessive rate of remuneration at the expense of trade, and that he had been and was still quite prepared to consider under what conditions a reduction of tariff might be made, for instance, that a ratio of reduction of toll in proportion to increase of traffic might be established; and although he observed, that his suggestion must not be held to bind the Council of Administration, he gave us to understand, that he thought a negotiation might be opened on a basis of which the above would be one of the most important points. The other elements of the negotiation to which he adverted would be the attainment of a sufficiency of canal accommodation for the requirements of commerce, and the appointment of the

English Inspector. || We have engaged to bring this matter without delay under the consideration of your Lordship, in order that we may be able, should the overture which has been made to us find favour with Her Majesty's Government, to obtain such instructions as may allow us to enter upon its more serious discussion when we meet in Paris for the yearly settlement of accounts on the 18th May.

Nr. 8007. Grossbritannien. 30. April 1883.

---

## Nr. 8008. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die englischen Canal-Directoren. — Anweisung, Unterhandlungen mit Lesseps zu eröffnen. Instruction.

Foreign Office, May 16, 1883.

Nr. 8008. Grossbritannien. 16. Mai 1883.

Gentlemen, — Her Majesty's Government have had under their consideration your two despatches of the 30th ultimo, reporting conversations held by you with the Messrs. Lesseps, and the suggestions put forward by M. Charles de Lesseps as to the arrangements that might be made between Her Majesty's Government and the Company with the view of meeting the requirements of the shipping and commercial interests of this country. || I have now to authorize you to take an early opportunity of opening negotiations with M. de Lesseps, taking as bases the three following points, which Her Majesty's Government are desirous of attaining: —

1. The improvement of the Canal accommodation across the isthmus so as to meet the increasing requirements of commercial traffic.
2. A substantial reduction of the dues and tolls.
3. An increased share in the government of the Company.

In consideration of such concessions, Her Majesty's Government would be prepared to favour the construction of a second canal, parallel to the present one, and with that object to join with the Company in seeking from the Egyptian Government a concession of the additional lands indispensable for its formation. || They would further support an application by the Company for a prolongation of the term of their existing concession, and they would assist M. de Lesseps' view as to the extension of the Fresh-Water Canal to Port Saïd, as to which you have already been furnished with instructions. || Her Majesty's Government consider, that in view of the predominant interest of this country in the Canal, and especially after any agreement arrived at for its further extension, it would be only reasonable, that the present Direction and practical administration of the Canal should be modified. || Should M. de Lesseps suggest any arrangement with Her Majesty's Government intended to lessen the pecuniary burden which might be entailed upon the Company by giving effect to the wishes of Her Majesty's Government, you will report his proposals to me. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8009. GROSSBRITANNIEN. — Die englischen Canal-Directoren an den engl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Verhandlungen mit Lesseps. Vertrags-Entwurf.

London, July 11, 1883.

Nr. 8009. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

My Lord, — Our confidential communications of the last few weeks have kept your Lordship informed of the preliminary conversations which, in obedience to your Lordship's instructions, we have held with the MM. de Lesseps during our visits to Paris in April, May and June, on the subject of the improvement of the Canal communication across the Isthmus of Suez, and of the conditions under which the Suez Canal will in future be worked. || These conversations resulted in so near an approximation between the views of Her Majesty's Government, as defined in your Lordship's instructions, and those of the President and Vice-President of the Suez Canal Company, that we were directed to invite them to come over to London, in order to place themselves in direct communication with Her Majesty's Government. || In compliance with this invitation, M. Ferdinand de Lesseps and M. Charles Aimé de Lesseps came over to London and have had several interviews with your Lordship, with the Chancellor of the Exchequer and with the President of the Board of Trade. || The result has been, that the remaining points of difference have been removed, and provisional Heads of Agreement were signed late last evening, and have been announced to the House of Commons to-day by the Chancellor of the Exchequer. || We have the honour to inclose a copy of them, and to offer your Lordship the following remarks in explanation of them. || The points to which our attention was directed were as follows: — 1. The improvement of the Canal accommodation across the isthmus, so as to meet the increasing requirements of commercial traffic. || 2. A substantial reduction of the dues and tolls. || 3. An increased share in the government of the Company. || Your Lordship will perceive, that these points are all comprised in the arrangement just concluded with the MM de Lesseps.

1. Increased accommodation will be provided by the construction of a second Canal nearly parallel and in close proximity to the present one, and of dimensions sufficient for the increasing requirements of maritime construction. || As stated by M. de Lesseps in his recent Report to the General Meeting of Shareholders, improved communication may be obtained by one of three methods: — (1.) By the simple widening and deepening of the present Canal. || (2.) By the construction of a second Canal on ground forming part of the Company's Concession, which would lead to the new channel not being on the most advantageous line; and || (3.) The construction of this second parallel Canal on ground outside the boundary of the Company's territory, but which would allow of the channel being traced in the best direction for the navigation and for economy of construction. || Either of the two first alternatives was open to M. de Lesseps to adopt, without any fresh Concession from the Egyp-

tian Government, and therefore without the necessity of having recourse to any Agreement with Her Majesty's Government for their good offices. || From the moment, that such intervention was rendered possible by an understanding on other points, the third alternative appeared to us the only one deserving of consideration. || It is sufficient to mention the obvious advantage resulting from a system which secures to vessels two distinct and efficient routes, one for the outward and the other for the homeward traffic, which would thereby be greatly accelerated; whilst the present vexatious delays occasioned by the process of shunting vessels into sidings would be avoided, and the hindrances caused by the grounding of vessels would be minimized. || We have reason to think, that this simplification of the means of transit will lead to the removal of the friction which has given rise to so many of the late complaints of the management of the Canal. || With reference to the proportions of the new Canal, your Lordship will observe, that we have not stipulated for any precise dimensions; but the Agreement reserves to us the power of requiring, that the width and depth shall satisfy us, and on these points we shall take care, acting under your Lordship's instructions, to ascertain what will properly meet both the present and future requirements of vessels. || M. de Lesseps has engaged to push forward the new works with the greatest activity, and will, when the Agreement has been finally ratified, at once order the large amount of dredging and other plant required. || He formally stated his intention to appoint a Commission of Engineers, which will include independent engineers of standing from this country, to examine the technical questions involved, and to make recommendations as to the best mode of carrying out the work.

2. On the second point of our instructions—that which relates to procuring a substantial reduction of the Tariff, we found ourselves confronted by the fact that the position of the Company with respect to the dues which they can levy on navigation is distinctly and clearly defined by the Charter, Statutes and Imperial Firman under which they have the power to levy any dues at all; that they have been held to the terms of this Charter by the authority of the Sultan, exercised at the instance of the principal Maritime Powers in 1873-74, and that they are, during the present year, still levying a surtax under the sanction of the Powers. This sanction extended the operation of the surtax to the 31st December, 1883, and was given in 1876 in consequence of the Convention made in that year with M. de Lesseps, with the avowed object of putting an end to the differences between the Maritime Powers and the Company. || It is only on the 1st January, 1884, that the Company will begin to levy the maximum toll of 10 fr. per ton assured to them by their Charter; but from that date M. de Lesseps will have absolute power to charge permanently the full rate of 10 fr. per ton on all vessels, whether laden or in ballast, and, in addition, the pilotage dues. || We think it necessary to dwell upon this point, in order that the paramount necessity of making an Agreement, of which the reduction of charges should be a principal element,

Nr. 8009. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

may be clear to Her Majesty's Government. || The principal difference between M. de Lesseps and his son on the one part, and ourselves on the other part, in the recent negotiations, has been on the question of the speed at which the reduction should take place. || They entirely concurred with us in the necessity, that the Agreement should embrace the abolition of the pilotage dues, that it should continue to vessels in ballast the advantage of paying less than laden vessels which they have enjoyed under the arrangements of 1873/74 and 1876, and in the desirability of reducing the transit dues from 10 fr. to 5 fr. per ton by successive remissions of 50 centimes per ton. But very wide differences of opinion existed as to the moment at which the remissions should begin, and as to the successive points at which they should be continued. || The first idea on both sides was to take the annual amounts of tonnage as a basis for regulating these points, and it was also proposed to adopt a combination of fixed periods with certain increments of tonnage; but these systems had necessarily to be considered in connection with the annual expenditure, the variations in which, to meet the growing requirements of trade, can with difficulty be predicted. || For this reason M. de Lesseps proposed, that the successive reductions should be made to depend on the amount of net profits realized by the shareholders. || The principle which he thus adopts is, that every increase of profits shall be shared with the ship-owners. Her Majesty's Government accepted this principle as a fair and intelligible one, and we submit that the terms eventually agreed to on both sides, far more favourable to trade than those with which we were at first met, do provide a very substantial reduction of dues, which ship-owners a few years ago never ventured to anticipate. It is worthy of remark, that for some years after the settlements of 1773 and 1876, when vessels were paying a heavy surtax, no complaints were heard of the amount of dues paid. It is only since the total receipts of the Company have been swollen by the great increase of traffic, that any serious complaints of the tolls have been made, although they are, in reality, very much less than they were seven years ago. It would seem, that the irritation caused by the delays and changes due to the quarantine annoyances in 1881-82, and the continuance of the same feeling in 1882-83, on account of the over-crowding due to the rapid increase of traffic, have led to representations as to the tonnage rate not previously put forward. || M. de Lesseps has, however, recognized the demand for reduced tolls which we proposed, and, as we have indicated above, we have induced him to make that Concession at a much earlier date and to carry it out at a far higher speed than he at first contemplated. || Next year a very important Concession will be made to ships in ballast. They will from the 1st January, 1884, and thenceforward, always pay $2^1/_2$ fr. a ton less than vessels with cargoes. The rate at which the traffic through the Canal is increasing allows the expectation that in June 1885 a dividend will be distributed, making the amount of interest and dividend received by the shareholders more than 21 per cent., and it may

therefore be reasonably expected, that on the 1st January, 1886, the first half of the pilotage dues will be remitted, and that on the 1st January, 1887, they will altogether disappear. || The reduction of the transit dues may be expected to commence on the 1st January, 1888. As the liabilities of the Company for the loan on the new works will during this period be causing an increase to the annual expenditure, a more rapid advance in the profits can hardly be anticipated; nor, during the execution of such extensive works, could a more rapid reduction in fairness be demanded of the Company; but we have every reason to hope, that, from the date of the opening of the new Canal, the successive falls of 50 centimes in the dues will rapidly occur. || We may give a single illustration of the gain to commerce by the reductions to which M. de Lesseps has agreed: — || The increase of the divided profits to 30 per cent. will probably take place when the net tonnage reaches between 12 and $12^1/_2$ millions. || This amount may be expected to be reached in seven years. || The dues will, in the year following that dividend, fall to 8 fr. 50 c. || The difference between the charge in 1884 of 10 fr. 75 c. for transit and pilotage and the charge on, say, 13 million tons in the year after the declaration of a 30 per cent. dividend, will be $29^1/_4$ million francs. || In other words, in that year no less than 1,175,000 l. would be surrendered by the shareholders and saved to the commercial community — between three-quarters of a million and a million sterling being the relief to British shipping. || This boon to the public is of course irrespective of the gains in the previous years, and of the reductions agreed to for dividends exceeding 30 per cent.

3. The third point as to which we were instructed by your Lordship was to secure an increased share in the government of the Company. || This object might be attained by obtaining a larger participation in the management, either on the Canal itself, or at the head-quarters of the Company in Paris, or by both these methods; but either arrangement is difficult of application. || As regards the staff in Egypt, first appointments in the lower grades are open to candidates irrespective of nationality. No opposition would be offered to the introduction of Englishmen if they should present themselves; and it may be desirable, perhaps, in future, that young Englishmen should be encouraged to take service with the Company; but, as the higher posts are filled by promotion, it would be unfair to the existing staff, and would prejudicially disturb the working of the Company, if Englishmen unconnected with the Company were to be brought in all at once, and were appointed to the direction of any of the branches of the local administration. It was impossible for M. de Lesseps to make such a Concession to us; but he recognized the propriety of ensuring to the captains of English vessels passing through the Canal that there should always be a high officer of their own nationality in authority on the Canal, to whom, if necessary, their complaints should be addressed, and who might generally facilitate their communications with the Company; and the appointment of such an officer, to be designated "Inspecteur

Nr. 8009. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

de la Navigation", and to be selected by Her Majesty's Government, is included accordingly in our present Agreement. || We believe, that this appointment, which we think should be filled by a naval officer of the rank of admiral, or at least post-captain, may tend materially to remove the causes of complaints which have been so frequent of late, and which indicate a very undesirable amount of friction between English captains and shipping agents and the local staff. His precise functions will have to be carefully defined in agreement with us, and we consider it essential that he should possess considerable discretionary powers, and should be independent of the heads of the administrative branches on the Canal. || We represented to M. de Lesseps, that it was essential that the pilots placed in charge of English vessels should, as far as possible, be English. The inconvenience occasioned by difficulties of communication between the officer of a ship and the pilot, when neither understand the language of the other, is obvious; and although a large number of the Maltese, Greek and Italian pilots at present employed are represented as speaking English, we do not doubt that the complaints as to the absence of Englishmen in this capacity are well founded. || The appointment of the "Inspecteur de la Navigation" and of English pilots are then the Concessions which have been obtained for strengthening the English element on the Canal; and we think we have shown, that we could not reasonably have expected more. The former of these Concessions we believe to be of the highest value. || It has been suggested, that the second Canal might be managed entirely by Englishmen; but we think the objections to such a plan, even if attainable, are much greater than any advantages which might be derived from it. The expense of doubling the personnel, when the two Canals might be worked in a great measure conjointly by the same staff, would cause an unnecessary waste of money; and it would be impossible to establish two staffs of different nationalities, language and habits, side by side, without incurring the risk of continual jealousies and collisions. || As regards the acquisition of a larger share of authority on the Council in Paris, we were aware of the importance attached to this point in England, and we should have been glad to have obtained some further satisfaction in respect to it; but we venture to think that, when the facts are sufficiently understood, it will be seen that a mere numerical increase in the English Directorate would not have secured the advantages contemplated (unless, indeed, we could have obtained an actual majority on the Board), that an addition, indeed, of two or three Englishmen to the Board would rather have weakened than increased the authority of the English representatives. || During the seven years that the three English Directors have been members of the Council, all matters of interest or importance have invariably been discussed and settled in personal intercourse with the President and Vice-President prior to their formal submission to the Council, and we do not call to mind a single occasion when a division in the Council has been taken on a question of real importance. No advantage then,

we think, would result from the appointment of additional English Directors having the same official character as ourselves; and if it were stipulated, that a certain number of seats were to be reserved for Englishmen not having an official status by reason of their nationality alone, we cannot but think that the result would be the creation on the Board of separate parties, leading to a system of constant voting on the questions presented, with the disadvantage to English interests, that the English members would be in a minority. || We must remark, that we could not have insisted on the addition even of one English Director without creating a claim for a counter-Concession from us under some other head. || M. de Lesseps has agreed, that one of the Vice-Presidents, whose duty it is to replace the President in his absence, shall be always chosen from among the English Directors, and it is also stipulated that the arrangement already existing in practice shall be maintained, by which one of the English Directors is to be a member of the Managing Committee, and two of the English Directors shall be upon the Finance Commission, to which all questions are submitted for approval before they are brought before the Council. || In conclusion of our remarks on this part of the negotiations, we must express our belief not only that the arrangements which have been agreed to for ensuring to Her Majesty's Government a share in the control of the Company are all that could be obtained from M. de Lesseps, and all for which he would be likely to obtain the acquiescence of the shareholders, but that short of a complete reconstruction of the scheme of management of the Company on the basis of an entirely English administration, they are for all practical purposes sufficient for the due protection of English interests connected with the Canal. || The proposed loan by Her Majesty's Government, which is one of the terms of the Agreement, although a measure of undoubted advantage to the Company, was not urged by M. de Lesseps as the principal object which, in his opinion, the shareholders would seek. || It has been usual to offer the Company's loans to the shareholders on advantageous terms, thereby securing for them either a profitable investment, or a premium on the sale of the debentures allotted to them, and any arrangement depriving them of this privilege would probably not be generally acceptable. || It was rather contended, that an advance by Her Majesty's Government of the amount required for the construction of the new Canal at a rate of interest involving a saving of charge to the Company would be primarily advantageous to the ship-owners as tending to accelerate the successive reductions of the tax on commerce. The arrangement appears to us advantageous, alike in the interests of the commercial community, for the reason just stated, and in those of the Company, whose charges would be diminished and profits therefore increased. || A suggestion made to us, that Her Majesty's Government might perhaps be disposed to create a sinking fund for the extinction of the debt from the dividends that will accrue to them on their shares after 1894 we declared to be inadmissible; but we agreed, that the sinking fund might be so adjusted

Nr. 8009. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

as to operate slowly in the first years of the term, and more rapidly after the Company has obtained relief from the extinction of its other loans.

We have now to advert to the other advantages which we were able to offer to the Company. These were, that Her Majesty's Government would use their good offices to obtain for them: — 1. Sufficient land for the construction of the new Canal and its approaches. || 2. Permission to construct a Freshwater Canal between Ismaïla and Port Saïd upon terms which would prevent a loss to the Company. || 3. An extension of the term of the original Concession. || It will be observed that, although the first of these Concessions is indispensable for the satisfactory construction of a duplicate Maritime Canal, and the second is desirable in the interests alike of the inhabitants of Port Saïd, the shipping and the Company, yet neither is actually essential to the prosperity of the Company. || M. de Lesseps expresses himself as in no way compelled to obtain additional land for the second Canal, the ground already at his disposal being sufficient for the purpose, although he admits, that the new Canal could be made under conditions much more favourable to trade if he could obtain an enlargement of territory; and as regards the supply of fresh water to Port Saïd, the present system of conduits provides a sufficiency for the actual wants of the Company. || But to the prolongation of the term of his Concession M. de Lesseps attaches considerable importance, and upon this point the assistance of Her Majesty's Government could be the means of securing a substantial advantage to the Company. || The present Concession was granted for a period of ninety-nine years, of which eighty-five are unexpired, and when the question was first mentioned between us an extended term of fifty years from the termination of the first period of ninety-nine years was suggested by the representatives of the Company as a reasonable compensation for the sacrifices which the construction of a new Canal would entail. It will be seen by the Agreement, that M. de Lesseps was induced to moderate his demands on this head, and that the term of the renewed Concession will be for ninety-nine years from the date of the completion of the new Canal, making a total extension of about twenty years only. It may be observed, that the Act of Concession of 1856 contemplates the renewal of the original term for successive periods of ninety-nine years.

Before concluding our negotiation with M. de Lesseps, we felt it our duty to stipulate for some advantage in favour of the Egyptian Government, from whom the new Concession will emanate. Under the Concession of 1856, 15 per cent. of the net profits of the Company were reserved for the Egyptian Government, and it was stipulated that in the event of each successive renewal for ninety-nine years an increase of 5 per cent. should be made to the original 15 per cent. of the Egyptian Government. || M. de Lesseps has agreed, that an additional 1 per cent. of the annual net profits shall be paid over to the Egyptian Government from the commencement of the new term of ninety-nine years. On the basis of last year's net profits, 1 per cent. would represent

over 12,000*l.* a-year, an amount which will of course increase with the growing prosperity of the Company. || When it became necessary to obtain from Her Majesty's Government our final instructions for the conclusion of the Agreement, we stated to them our opinion, that no further Concessions could be obtained from M. de Lesseps, and that the only question was, either to secure the very valuable advantages we had obtained, or to leave the Company in full possession of its monopoly of the transit across the isthmus, with its undoubted rights to continue its present charges. || We had no hesitation in advising the former course. || We have, &c.

J. Stokes.
C. Rivers Wilson.

P. S. — We append a Table showing the Increase of Tonnage and Receipts during the last four years and a-half: —

| Year. | Transit Due per Ton. | Gross Tonnage. | Net Tonnage. | Gross Receipts. | Net Profits. | Percentage on Share Capital divided. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Fr. c. | | | Francs. | Francs. | |
| 1879 . . . . . | 12 00 | 3,236,942 | 2,263,332 | 30,949,148 | 2,744,880 | 5·974 |
| 1880 . . . . . | 12 00 | 4,344,519 | 3,057,421 | 41,820,899 | 12,330,142 | 9·377 |
| 1881 . . . . . | 11 50 | 5,794,401 | 4,136,779 | 54,676,189 | 24,678,046 | 13.76 |
| 1882 . . . . . | 11 00 | 7,122,125 | 5,074,808 | 63,409,593 | 31,674,313 | 16·24 |
| First half of 1883 . . . . | 10 50 | 4,305,882 | Not yet reported. | 35,329,248* | — | — |

*Heads of Agreement between the Representatives of Her Majesty's Government and the President of the Suez Canal Company.*

1. The Company to construct a second Canal, as far as possible parallel to the present Canal, of width and depth sufficient to meet the requirements of maritime construction, settled in agreement with the English Directors.

2. The second Canal to be completed, if possible, by the end of 1888.

3. The Company to reduce the dues and tolls as follows: — || From the 1st January, 1884, ships in ballast to pay $2^1/_2$ fr. per ton less than ships with cargoes. || After the profits (interest and dividend) have been distributed at the rate of 21 per cent., half the pilotage dues to be remitted from the following 1st January. || After the profits, as above, are 23 per cent., the rest of the pilotage dues to be similarly remitted. || After the profits, as above, are 25 per cent., the transit dues of 10 fr. per ton to be reduced by 50 centimes, to 9 fr. 50 c. || After the profits, as above, are $27^1/_2$ per cent., a further 50 centimes to be taken off. || After the profits, as above, are 30 per cent., a

*) This only includes transit and pilotage dues, not the other receipts, as in the figures for previous years.

Nr. 8009. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

further 50 centimes to be taken off. || For every additional 3 per cent. of distributed profits, 50 centimes to be taken off, to a minimum of 5 fr. per ton.

4. No two reductions of pilotage or transit dues to take place in the same year.

5. If the distributed profits should fall off, an increase of transit dues to take place according to the same scale, but no two increases to take place in one year.

6. On the first occasion of a vacancy one of the English Directors to be nominated by the President for election as Vice-President, and thereafter one of the English Directors to be always a Vice-President.

7. The English Director now acting as honorary member of the Comité de Direction to become a regular member when vacancies permit, and thereafter one of the English Directors to be always a member of the Comité.

8. Two of the English Directors to be always members of the Finance Commission.

9. An English officer, selected by Her Majesty's Government, to be appointed by the Board "Inspecteur de la Navigation." His functions to be determined in agreement with the English Directors.

10. The Company to engage, in future, a fair proportion of English pilots.

11. Her Majesty's Government to use their good offices to obtain the necessary Concession — || *(a.)* For the land required for the new Canal and its approaches. || *(b.)* For the Sweet-water Canal between Ismaïla and Port Saïd, on the basis already accepted by Her Majesty's Government. || *(c.)* For the extension of the term of the original Concession for so many years as will make a new term of ninety-nine years from the date of the completion of the second Canal. In consideration of such extension the Company to pay annually from the commencement of the new term of ninety-nine years, to the Egyptian Treasury, 1 per cent. of the total net profits, after the statutory reserve.

12. Her Majesty's Government to lend to the Company, by instalments, as required for the construction of the works, including the Sweet-water Canal, not more than 8,000,000*l.* at $3^1/_4$ per cent. interest, with a sinking fund calculated to repay the capital in fifty years, such sinking fund not to commence until after the completion of the works.

13. These Heads of Agreement to be at once communicated to the House of Commons. They will be developed in full detail in a Resolution of the Council of Administration of the Company, the terms of which will have been settled in accord with Her Majesty's Government. That Resolution will be communicated to Her Majesty's Government for formal acceptance. The Agreement, however, and the acceptance of the Resolution, will have no effect until the necessary authority has been obtained from Parliament.

Pour le Président,

C. Rivers Wilson. Ch. A. de Lesseps.

J. Stokes.

London, July 10, 1883.

## Nr. 8010. FRANKREICH. — Lesseps an den engl. Premier-Minister. — Erachtet den Minister nicht für gebunden, die Uebereinkunft vor das Parlament zu bringen.

Paris, le 20 Juillet, 1883.

Nr. 8010. Frankreich. 20. Juli 1883.

Mon cher et honorable Ami, — Vous savez avec quelle cordiale loyauté le Conseil d'Administration de la Compagnie du Canal de Suez et les Représentants du Gouvernement de la Reine dans le sein de ce Conseil n'ont cessé de se préoccuper jusqu'ici, dans les limites du droit, des intérêts légitimes des actionnaires de la Compagnie et des clients du Canal Maritime Universel. || Cet accord constant venait de se traduire par une entente écrite qui donnait à ce double intérêt les justifications que comportaient, d'une part, les obligations d'une Compagnie jouissant du monopole exclusif, pour quatre-vingt-dix-neuf années, de tout creusement de Canal Maritime dans l'Isthme Égyptien, et, d'autre part, des armateurs dont les flottes utilisent l'oeuvre accomplie après tant de dépenses et d'efforts. || Cette entente, étudiée et concertée avec les Ministres de la Reine, visait nos principales intentions communes, en assurant dans le plus bref délai le creusement d'une voie maritime parallèle à la voie actuelle, et prévoyait les diminutions de taxes conformes aux promesses faites solennellement jadis aux actionnaires et aux armateurs. || En France, l'opinion publique, oubliant le passé, a unanimement applaudi à cet accord; en Angleterre il me semble qu'une partie de l'opinion publique, qui s'est peut-être prononcé hâtivement, n'a pas compris toute la portée de l'arrangement équitable intervenu; et il en est résulté, entre les deux nations amies, des discussions fâcheuses, susceptibles, je le crains, de nuire profondément, et pour longtemps, aux sentiments nécessaires de forte amitié qui unissaient les deux peuples. || Je serais désolé, personnellement, que l'oeuvre de paix exécutée en Égypte par les capitaux Français dans l'intérêt des échanges universels devînt un prétexte de discorde, et que l'Europe assistât au développement, dans le Parlement d'Angleterre, et sous votre Ministère libéral, d'une erreur d'appréciation fatale au droit. || Dans l'intérêt de la paix générale, dans l'intérêt de l'alliance Franco-Anglaise, indispensable à la civilisation du monde, je vous prie de ne pas vous considérer comme lié envers les armateurs et envers moi-même, par les termes de l'accord que nous avons signé. || Notre Conseil d'Administration tient des Statuts de la Compagnie les pouvoirs suffisants pour décider le creusement d'une seconde voie maritime et pour arrêter les tarifs à percevoir, et nos actionnaires sont en situation de nous fournir les moyens de creuser le second Canal. || En conséquence, tenez pour déclaré, qu'alors que notre accord serait suspendu, ou même retiré, le creusement du second Canal Maritime sera immédiatement exécuté, et que toutes les diminutions de taxe prévues dans cet accord seront appliquées. || Et nous continuerons en paix, sans trouble, comme jusqu'ici, d'accord avec les Représentants du Gouvernement de la Reine dans le Conseil, à exploiter et à améliorer le Canal Maritime, sui-

Nr. 8010. Frankreich. 20. Juli 1883.

vant les exigences d'une oeuvre faite pour demeurer librement ouverte et facile aux flottes de toutes les nations "sans exclusion ni faveur," dans les termes de notre Concession. || Veuillez, &c.

Ferdinand de Lesseps.

---

## Nr. 8011. GROSSBRITANNIEN. — Premier-Minister an Lesseps. — Dankt, dass Lesseps nicht auf der Uebereinkunft besteht.

10, Downing Street, Whitehall, July 23, 1883.

Nr. 8011. Grossbritannien. 23. Juli 1883.

My dear M. de Lesseps, — I have the honour, on behalf of myself and my colleagues, to acknowledge the receipt of your letter of the 20th. || I have undertaken to thank you for apprising us in a manner so frank and friendly that, so far as you are concerned, you regard us in no way bound, under the existing circumstances, to press the Agreement on Parliament. || I am also to thank you for having in a similar manner made known to us, for the information of Parliament and the country, the independent and spontaneous action, with a view to enlarged means of communication through the Isthmus, which you intend to propose to your shareholders. || I remain, &c.

W. E. Gladstone.

# Deutsches Reich.

## Nr. 8012. DEUTSCHLAND. — Kaiserliche Botschaft an den Reichstag, verlesen von dem königl. preussischen Finanzminister v. Scholz, am 14. April 1883.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben es jederzeit als eine der ersten von uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Classen im ganzen Reiche dieselbe Fürsorge und Pflege zuzuwenden, welche Wir in Preussen zur Fortbildung der von Unserm in Gott ruhenden Vater im Anfange dieses Jahrhunderts begründeten Reform zu bethätigen suchten. Schon beim Erlass des Socialistengesetzes haben Wir Unserer Ueberzeugung dahin Ausdruck gegeben, dass die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und abwehrende Maassregeln beschränken darf, sondern suchen muss, zur Heilung oder doch zur Milderung des durch Strafgesetze bekämpften Uebels Reformen einzuführen, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich, die Lage derselben zu bessern, zu fördern und zu sichern geeignet sind. Dieser Unserer Ueberzeugung haben Wir insbesondere in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben und Uns gefreut, als einen ersten Erfolg in dieser Richtung in Unserm Königreich Preussen wenigstens die beiden ersten Stufen der Classensteuerpflichtigen befreien zu können.



Dankbar für die einmüthige Unterstützung Unserer hohen Verbündeten, dankbar für die hingebende Arbeit Unserer Behörden, sehen Wir auch auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung den Anfang des Reformwerkes soweit gediehen, dass dem Reichstage zu Anfang der Session der Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes in einer mit Rücksicht auf die frühere umgearbeiteten Fassung vorgelegt und ergänzt werden konnte durch einen Gesetzentwurf zur Organisation des Krankenkassenwesens. Seitdem haben Wir, den Verhandlungen des Reichstages über diese Vorlagen mit besonderer Aufmerksamkeit folgend und zu jeder möglichen Erleichterung derselben gern die Hand bietend, an dem Wunsche und der Hoffnung festgehalten, dass diese Session des Reichstages nicht zu Ende gehen werde, ohne dass jene Vorlagen und Gesetze in einer, die Sanction ermöglichenden Gestalt zur Annahme gelangen. Wir haben auch mit Anerkennung und Befriedigung gesehen, wie die ernste

Nr. 8012. Deutschland. 14. April 1883.

Arbeit des Reichstages die Berathung des Krankenkassengesetzes bereits soweit gefördert hat, dass in Bezug hierauf die Erfüllung Unserer Erwartung kaum mehr zweifelhaft erscheint. Mit Sorge aber erfüllt es Uns, dass die principiell wichtigere Vorlage des Unfallversicherungsgesetzes noch so sehr im Rückstande ist, und dass daher auf deren Durchberathung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden kann. Bliebe diese Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, dass in der nächsten Session die weiteren Vorlagen, betreffend die Alters- und Invaliden-Versorgung, durchzuberathen, völlig schwinden, wenn die Berathung des Reichshaushaltsetats für 1884/85 noch die Kraft des Reichstages während der Wintersession in Anspruch nähme. Wir haben deshalb für geboten erachtet, die Zustimmung der verbündeten Regierungen dahin zu beantragen, dass der Entwurf des Reichshaushaltsetats dem Reichstage jetzt von neuem zur Beschlussnahme vorgelegt wird. Wenn dann die Vorlage über die Unfallversicherung in der laufenden Frühjahrssession vom Reichstage nicht mehr berathen und festgestellt wird, dann wird durch vorgängige Berathung des Reichshaushaltsetats wenigstens für die Wintersession die Freiheit gewonnen werden, welche erforderlich ist, um die socialen Reformen auf wirthschaftlichem Gebiete zu fördern. Die Zeit ist eine lange für die Empfindung, mit welcher Wir in Unserem Lebensalter auf die Erfüllung der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe die in der Botschaft ausgesprochenen Gedanken eine praktische Bethätigung soweit erhalten, dass sie volles Verständniss und volles Vertrauen finden. Unsere kaiserlichen Pflichten aber fordern Uns auf, kein Mittel zu versäumen, um für die Besserung der Lage der Arbeiter und für die Erhaltung des Friedens unter den Classen der Bevölkerung, so lange Gott Uns Frist giebt, zu wirken. Darum wollen Wir dem Reichstage durch Unsere Botschaft von neuem und unter Anrufung seiner bewährten und treuen Anhänglichkeit die baldige Erledigung der vorbezeichneten Aufgaben dringend ans Herz legen.

Gegeben Berlin, den 14. April 1883.

Wilhelm.
von Bismarck.

---

## Nr. 8013. **PREUSSEN.** — Gesandter beim päpstlichen Stuhl an den Cardinal-Staatssecretär Jacobini. Die Regierung ist bereit, die Kategorien von Geistlichen, für welche die Anzeigepflicht beansprucht wird, einzuschränken.

[Nach der „Nordd. Allg. Ztg." vom 22. Mai 1883.]

Rom, 5. Mai 1883.

An Seine Eminenz den Herrn Cardinal Jacobini, Staatssecretär Sr. Heiligkeit des Papstes.

Nr. 8013. Preussen. 5. Mai 1883.

Durch die Note Sr. Eminenz des Herrn Cardinal-Staatssecretärs Jacobini vom 7. April d. J. ist die königl. Regierung von neuem in der Ueberzeugung

Nr. 8013. Preussen. 5. Mai 1883.

bestärkt worden, dass die Erfüllung der Anzeigepflicht im Princip von der Curie zugestanden werden kann. Se. Heiligkeit will indess die Bischöfe erst dann dazu ermächtigen, wenn die preussische Regierung auf anderen kirchenpolitischen Gebieten gewisse Gegenconcessionen gemacht haben wird. Die preussische Regierung ist ihrerseits nach wie vor bereit, den römischen Wünschen entgegenzukommen, sobald mit der Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht der Anfang gemacht sein wird; es handelt sich also in der Hauptsache um die Frage der Priorität derjenigen Zugeständnisse, welche im Princip auf beiden Seiten als möglich gedacht werden. Wenn die königliche Regierung auf die Anzeigepflicht einen hervorragenden Werth legt, so handelt es sich für sie einmal um die Ehrenfrage der Behandlung auf gleichem Fuss mit anderen Regierungen, welchen diejenige Mitwirkung der weltlichen Behörden bei Berufung katholischer Geistlichen jederzeit unbedenklich eingeräumt worden ist, welche Preussen versagt wird. Aber abgesehen von dieser Formfrage bildet die Mitwirkung der weltlichen Autorität bei Uebertragung geistlicher Aemter die Vorbedingung für die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit der weltlichen und geistlichen Behörden an der Erhaltung und Befestigung ihres Einvernehmens. Die königliche Regierung sieht in der Anzeige und in der sich an dieselbe knüpfenden Verhandlung und Verständigung der geistlichen und weltlichen Organe die Vorbedingung und den Anknüpfungspunkt wohlwollenden Zusammenwirkens derselben.

Ohne Letzteres hat die Anzeigepflicht für die weltliche Regierung mehr formalen als praktischen Werth. Der Staatsregierung werden in den meisten Fällen die anzustellenden Priester weniger genau bekannt sein, als den geistlichen Behörden; die Regierung wird also da, wo sie keinen Widerspruch erhebt, deshalb doch keine Sicherheit haben, dass sie mit dem neu anzustellenden Geistlichen auf die Dauer in friedlichen Beziehungen bleiben wird.

Die Anzeigepflicht und die vorgängige Erörterung einer Anstellung ist von hohem Werthe, wenn das Verfahren von dem Geiste friedlichen Zusammenwirkens beider Theile getragen wird. Sie verliert aber an ihrer Wichtigkeit, wenn beide betheiligten Mächte — die weltliche und die geistliche — sich kämpfend oder doch ohne die Absicht der gegenseitigen Unterstützung gegenüberstehen. Alsdann wird der Staat seine Sicherheit gegen unverträgliche Beamte der Kirche mehr in Repressiv- als in Präventivmaassregeln suchen müssen. Der Präventivmaassregel der Anzeigepflicht wird gerade aus diesem Grunde von der preussischen Regierung eine hohe Bedeutung beigelegt, weil sie für ein System friedlichen Einverständnisses unentbehrlich scheint. Findet letzteres nicht statt, so sieht sich der Staat schliesslich genöthigt, seine Beziehungen zur römischen Kirche dauernd im alleinigen Wege seiner Gesetzgebung zu regeln; er wird dann den katholischen Preussen alles zu gewähren haben, was mit dem unentbehrlichen Maasse staatlicher Autorität verträglich ist, über diese Linie hinaus aber das weltliche Gesetz, ungemildert durch Verständigung mit geistlichen Organen, walten lassen. Dann wird für den Staat

Nr. 8013. Preussen, 5. Mai 1883.

die Anzeigepflicht nahezu entbehrlich; er würde dann die Wahrung seiner Autorität und des confessionellen Friedens durch die repressive Wirkung seiner Gesetze zu erstreben haben.

Die königliche Regierung wünscht auf diesen Weg nicht gedrängt zu werden und würde ihn erst betreten, wenn sie die Hoffnung auf einen Erfolg der schwebenden Verhandlungen aufgeben müsste. Sie hält an dieser Hoffnung fest, solange ihr die Aussicht, ihre Rechte und Interessen bei Anstellung von Geistlichen auf der Basis der Anzeigepflicht mittels Verständigung wahren zu können, nicht abgeschnitten wird.

In diesem Sinne ist die königliche Regierung bereit, der Curie die Gestattung der Anzeige durch Einschränkung der Kategorien, für welche sie beansprucht wird, zu erleichtern. Die Curie wird einen Beweis des ernstlichen Strebens der Regierung nach friedlichem Zusammenwirken darin erkennen, wenn die königliche Regierung ihre Geneigtheit ausspricht, im Wege der Gesetzgebung auf die Anzeigepflicht bezüglich eines Theiles der Geistlichen zu verzichten. Wenn die königliche Regierung die Ueberzeugung hat, in den sonstigen Fragen zu einer Verständigung zu gelangen, so würde dieselbe bereit sein, wie es schon in Artikel 4 der Vorlage von 1882 in Aussicht genommen war, die Zuständigkeit des Gerichtshofes auf dem Gebiete der Anzeige zu beseitigen und das Verlangen vorgängiger Benennung auf die mit Seelsorge verbundenen Benefizien (bénéfices parochiaux) sowie auf die Pfarrverweser und auf die wegen der hohen administrativen und politischen Bedeutung wichtigen höheren Kirchenämter (Generalvicare, Decane u. s. w.) zu beschränken, die nicht benefizirten Hülfsgeistlichen aber davon auszunehmen. Wenn der Fürst Bismarck hoffen dürfte, dass eine Gesetzesvorlage in dieser Richtung die Bereitwilligkeit der Curie zur Gestattung der Anzeige herbeiführte, so würde derselbe geneigt sein, eine solche bei Seiner Majestät und beim Staatsministerium zu befürworten. Es würde auf diesem Wege die Möglichkeit für die Geistlichkeit geschaffen, da, wo jetzt Seelsorger mangeln, ohne Mitwirkung der Regierung Abhülfe zu treffen und insbesondere das ungehinderte Messelesen und Spenden der Sacramente für alle Fälle zu sichern, indem diese Functionen durch nicht benefizirte Hülfsgeistliche versehen werden könnten, sobald dieselben ohne Anzeige nur den allgemeinen gesetzlichen Erfordernissen für die Vornahme geistlicher Amtshandlungen, wie beispielsweise Indigenat, Vorbildung, und den sonstigen Bedingungen genügen, welchen alle Geistlichen der christlichen Kirche dem Staate gegenüber zu entsprechen haben. Aus der Beilage zu der Note Sr. Eminenz vom 7. April d. J. hat die königliche Regierung ersehen, dass das von ihr schon bisher geleistete Entgegenkommen von dem Verfasser jener Beilage nicht vollständig gewürdigt worden ist. So ist das wissenschaftliche Staatsexamen bereits durch Art. [illegible] der Novelle vom 31. Mai 1882 virtuell beseitigt, so sind Knaben-Alumnate inzwischen auf der Grundlage des gemeinen Rechts in Fulda und Paderborn bereits eingerichtet, und der Eröffnung von Priesterseminaren zur praktischen Ausbildung stehen erkennbare Schwierigkeiten unseres Wissens nicht entgegen

Die königliche Regierung ist überzeugt, dass die Divergenzen beider Theile sich auch in anderer Richtung geringer erweisen werden, als sie scheinen, wenn die Curie sich dazu verstehen will, die Anzeigepflicht in dem oben erwähnten eingeschränkten Maasse erfüllen zu lassen und dadurch den Boden praktischer Verständigung zu betreten. Es würde dann der Regierung möglich sein, über den Artikel 5 der Vorlage vom Januar 1882 hinauszugehen, auf die Constituirung eines Widerrufsrechts zu verzichten und ihrem Gesetzentwurf eine für die gesammte Monarchie bestimmte Fassung zu geben, ohne die Districte auszunehmen, in welchen die polnische Sprache herrscht.

Nr. 8013. Preussen. 5. Mai 1883.

Der Unterzeichnete benutzt auch diesen Anlass, um dem Herrn Cardinal-Staatssecretär die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) v. Schlözer.

---

## Nr. 8014. PREUSSEN. — Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Nr. 8014. Preussen. 5. Juni 1883.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den Umfang derselben, was folgt:

Art. 1. Die Verpflichtung der geistlichen Oberen zur Benennung des Candidaten für ein geistliches Amt sowie das Einspruchsrecht des Staates werden aufgehoben: || 1. für die Uebertragung von Seelsorgeämtern, deren Inhaber unbedingt abberufen werden dürfen, 2. für die Anordnung einer Stellvertretung oder einer Hülfsleistung in einem geistlichen Amte.

Art. 2. Auf Verweser (Administratoren, Provisoren etc.) eines Pfarramtes findet die Vorschrift des Artikels 1 nicht Anwendung.

Art. 3. Die Zuständigkeit des königl. Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten zur Entscheidung auf Berufungen gegen die Einspruchserklärung der Staatsregierung bei || 1. Uebertragung eines geistlichen Amtes (§ 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873, Gesetzsammlung S. 191), || 2. Anstellung als Lehrer oder zur Wahrnehmung der Disciplin bei kirchlichen Anstalten, welche der Vorbildung der Geistlichen dienen (§ 12 des Gesetzes vom 11. Mai 1873), || 3. Ausübung von bischöflichen Rechten oder Verrichtungen in erledigten katholischen Bisthümern (§ 3 des Gesetzes vom 20. Mai 1874, Gesetzsamml. S. 135) wird aufgehoben.

Art. 4. An die Stelle des § 16 im Gesetz vom 11. Mai 1873 (Gesetzsammlung S. 191) tritt nachfolgende Bestimmung: || Der Einspruch findet statt, wenn dafür erachtet wird, dass der Anzustellende aus einem Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört, für die Stelle nicht geeignet sei, insbesondere wenn seine Vorbildung den Vorschriften dieses Gesetzes nicht entspricht. Die Gründe für den Einspruch sind anzugeben. || Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb dreissig Tage bei dem Mini-

Nr. 8014. Preussen. 5. Juni 1883.

ster der geistlichen Angelegenheiten Beschwerde erhoben werden, bei dessen Entscheidung es bewendet.

Art. 5. Die Vorschrift des Artikels 5 im Gesetz vom 14. Juli 1880 (Gesetzsammlung S. 285), wegen Straffreiheit der Vornahme geistlicher Amtshandlungen in erledigten oder solchen Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung des Amtes verhindert ist, kommt für alle geistlichen Aemter und ohne Rücksicht darauf, ob das Amt besetzt ist oder nicht, zur Anwendung.

Art. 6. Die den Bestimmungen der Artikel 1 bis 4 dieses Gesetzes entgegenstehenden Vorschriften der Gesetze vom 11. Mai 1873, vom 20. Mai 1874 und 21. Mai 1874 (Gesetzsammlung S. 139) werden aufgehoben.

Urkundlich etc.

---

## Begründung.

Die Bemühungen der Staatsregierung, eine friedlichere Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche zu fördern, sind, nachdem es gelungen, eine geordnete Diöcesanverwaltung in den meisten Bisthümern der Monarchie wiederherzustellen, in erster Linie darauf gerichtet gewesen, im Interesse der Katholiken Preussens die Wiederherstellung einer genügenden Seelsorge in den katholischen Pfarrgemeinden herbeizuführen. Zu dem Ende sind durch die kirchenpolitischen Novellen vom 14. Juli 1880 und 31. Mai 1882 wesentliche Erleichterungen sowohl wegen geistlicher Bedienung der Gemeindeglieder in erledigten Pfarreien als auch in Betreff der Voraussetzungen für die Bekleidung eines geistlichen Amtes überhaupt, namentlich bezüglich des sogenannten Staatsexamens, geschaffen worden. Auch ist es der Staatsregierung gelungen, eine grosse Zahl Stellen landesherrlichen Patronats, bei denen die Benennungspflicht der geistlichen Oberen nicht in Frage kommt, mit Seelsorgern zu besetzen. Aber eine durchgreifende Abhülfe bleibt von einer Regelung der Benennungspflicht abhängig. Von dieser Erwägung geleitet, hatte die Staatsregierung in der Vorlage vom Januar 1882 (Art. 4 und 5 des Entwurfs) Maassnahmen vorgeschlagen, welche die Mitwirkung des Staates bei Besetzung geistlicher Aemter auf ein Maass zurückführen sollten, welches der bis zur Einführung der Verfassungsurkunde in den verschiedenen Theilen der preussischen Monarchie bestandenen Uebung und der in anderen deutschen Staaten bestehenden und durch längere Erfahrung bewährten gesetzlichen Bestimmungen entspricht; und es sollte ferner, unter Ausscheidung der Thätigkeit des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten auf diesem Gebiete, in Betreff des Einspruchsrechts des Staates ein Verfahren geschaffen werden, welches der friedlichen Verständigung zwischen den Organen des Staates und der Kirche Raum schafft. Wenn jene Vorschläge im verflossenen Jahre die Zustimmung der Landesvertretung nicht gefunden haben, so ist doch das Bedürfniss einer Ordnung dieser Materie damals von allen Seiten anerkannt. Der Staatsregierung war es deshalb erwünscht, in Anknüpfung an den bekannten Briefwechsel

Nr. 8014. Preussen. 5. Juni 1883.

zwischen Seiner Majestät dem Könige und dem Oberhaupte der katholischen Kirche in eine Erörterung über diesen Gegenstand mit der römischen Curie einzutreten. Durch die der Oeffentlichkeit übergebene Note des preussischen Gesandten in Rom an den Staatssecretär, Cardinal Jacobini vom 5. Mai d. J. sind die Grundlinien gezogen, innerhalb deren die Staatsregierung eine anderweite Regelung der Benennungspflicht bei den gesetzgebenden Factoren zu empfehlen bereit ist. Diese Vorschläge gehen, unter Berücksichtigung der bei der vorjährigen legislativen Berathung ausgesprochenen Bedenken und Anregungen auf eine andere Gestaltung der Mitwirkung des Staates bei Besetzung geistlicher Aemter hinaus, und es ist zugleich erklärt, dass hierbei sowohl von der Constituirung eines Widerrufrechts für den Staat, als auch von einer Ausnahmestellung bestimmter Districte, insbesondere solcher, in welchen die polnische Sprache herrscht, werde abgesehen werden können. Wenn diese Vorschläge bei der römischen Curie bisher nicht das entsprechende Entgegenkommen gefunden haben, so hat die Staatsregierung sich die Frage vorlegen müssen, ob nicht diejenigen Erleichterungen, welche nach den Darlegungen der Note vom 5. Mai d. J. möglich sind, ohne wesentliche Interessen des Staates und seine Autorität zu schädigen, dem Lande alsbald zu gewähren seien oder ob die Gewährung von dem zur Zeit noch nicht zu bestimmenden Ausgange der Erörterungen mit der römischen Curie abhängig zu machen sei. Die Staatsregierung hat sich für die erstere Alternative entschieden, da für sie nur das Interesse des eigenen Landes und das Wohlergehen der eigenen Staatsangehörigen maassgebend sein können, diese Rücksichten aber die in der Note bezeichneten Erleichterungen thunlich und anräthlich erscheinen lassen. Der vorliegende Gesetzentwurf charakterisirt sich daher als die legislative Formulirung des in der Note vom 5. Mai d. J. skizzirten Programms.

Im Einzelnen ist zur Begründung des Entwurfes noch Folgendes zu bemerken:

Artikel 1 und 2. Die Anzeigepflicht, welche den geistlichen Oberen bei der Anstellung von Geistlichen nach den Vorschriften des Gesetzes vom 11. Mai 1873 der Staatsbehörde gegenüber obliegt, bezieht sich zunächst || 1. auf alle Fälle, in welchen ein geistliches Amt übertragen werden soll. Sie findet dann aber auch || 2. auf rein provisorische Stellungen Anwendung, deren Inhaber ein Amt überhaupt nicht bekleiden, sondern lediglich mit Stellvertretung oder Hülfsleistung in einem geistlichen Amt betraut sind. (§§ 1, 2, 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873.) || Unter den Begriff „geistliches Amt" fallen alle kirchlichen Aemter, mit welchen die Vornahme von heiligen, eine Ordination voraussetzenden Handlungen verbunden ist. Es gehören dahin also || 1. die Pfarrämter, deren Träger in unmittelbarer Unterordnung unter dem geistlichen Oberen innerhalb eines festbestimmten Bezirks für die Verwaltung der Sacramente, für die Feier des Gottesdienstes und für Ausübung der kirchlichen Lehrgewalt berufen sind (§ 18 l. c.), 2. die Seelsorgeämter ohne pfarramtliche Rechte (§ 19 l. c.). || Auf weitere Unterscheidungen ist die staatliche Gesetzgebung

Nr. 8014. Preussen. 5. Juni 1883.

bisher nicht eingegangen. Insbesondere hat der dem katholischen Benefizialrecht geläufige Gegensatz zwischen fest und nicht fest zu besetzenden Kirchenämtern für die Anzeigepflicht keine Berücksichtigung gefunden. Die bezüglichen Gesetzesvorschriften kommen vielmehr zur Anwendung, gleichviel ob ein geistliches Amt dauernd oder widerruflich übertragen wird. (§ 2 l. c.) || Eine Nothwendigkeit, den Kreis der anzeigepflichtigen geistlichen Aemter in diesem weiten Umfange aufrecht zu erhalten, liegt nicht vor. Wie noch heute in den meisten deutschen Ländern, z. B. in Baiern, Württemberg und Baden sowie in Oesterreich, so hat sich auch in Preussen bis zum Jahre 1849, resp. in den der Monarchie später einverleibten Gebietstheilen bis zur Einführung der preussischen Verfassungsurkunde, das Mitwirkungsrecht des Staats bei Besetzung der geistlichen Aemter in engeren Schranken bewegt, ohne dass hieraus Unzuträglichkeiten erwachsen wären, oder die Möglichkeit zur Wahrnehmung der staatlichen Interessen merklichen Abbruch erlitten hätte. || Demgemäss schlagen die Artikel 1 und 2 eine anderweite Regelung vor, wonach dem staatlichen Einspruchsrecht fortan nur noch solche geistliche Aemter unterliegen sollen, welche fundationsmässig dauernd zu besetzen sind. || Für Seelsorgeämter, bei welchen dies nicht zutrifft, deren Inhaber also unbedingt abberufen werden dürfen (wohin die sogenannten Succursalpfarreien nicht gehören, § 19 Absatz 2 l. c.), tritt die Benennungspflicht der geistlichen Oberen ausser Kraft. Dasselbe gilt für die Anordnung einer blossen Stellvertretung oder Hülfsleistung in einem anzeigepflichtigen Amte. Nur wenn es sich bei erledigten oder solchen besetzten Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung ihres Amts behindert sind, um die Einrichtung einer interimistischen Verwaltung durch Verweser, Administratoren, Provisoren und dergl. handelt, wird es wegen der Wichtigkeit dieser Stellungen bei dem staatlichen Einspruchsrecht sein Bewenden behalten müssen.

Artikel 3 und 4. Die Artikel 3 und 4 geben dem Gedanken, welcher im Artikel 4 des kirchenpolitischen Gesetzentwurfs vom Jahre 1882 formulirt war, einen erneuten, jetzt aber schärfer präcisirten Ausdruck. Die Staatsregierung kann an der Auffassung nur festhalten, dass das staatliche Einspruchsrecht gegen die Anstellung der Geistlichen einen eminent politischen Charakter hat, dass die durch das Gesetz vom 11. Mai 1873 geschaffene richterliche Zuständigkeit in dieser Angelegenheit eine Anomalie bildet, und dass es aus inneren wie aus äusseren Rücksichten geboten ist, zu denjenigen Grundsätzen zurückzukehren, welche von ihr dieserhalb bereits in der Regierungsvorlage vom Jahre 1873 vertreten worden sind.

Artikel 5. Nach Artikel 1 des Entwurfs soll die Anzeigepflicht der geistlichen Oberen fortan wegfallen, sofern von ihnen eine Stellvertretung oder Hülfsleistung in einem geistlichen Amte angeordnet wird. Das Gesetz vom 14. Juli 1880 hat im Artikel 5 eine entsprechende Bestimmung nur für geistliche Amtshandlungen getroffen, welche von gesetzmässig angestellten Geistlichen in erledigten oder in solchen Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung des Amts verhindert sind, vorgenommen werden, ohne dabei die Absicht zu bekunden,

dort ein geistliches Amt zu übernehmen. Es liegt in der Consequenz, diese Bestimmungen nunmehr in der hier vorgeschlagenen Weise weiter zu entwickeln. Nr. 8014. Preussen. 5. Juli 1883.

Artikel 6. Der rein kassatorische Inhalt des Artikels 6 bedarf näherer Erläuterung nicht.

---

## Nr. 8015. PREUSSEN. — Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze. Vom 11. Juli 1883.

[Gesetz-Sammlung Nr. 20, S. 109.]

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den Umfang derselben, was folgt: Nr. 8015. Preussen. 11. Juli 1883.

Artikel 1. Die Verpflichtung der geistlichen Oberen zur Benennung des Candidaten für ein geistliches Amt sowie das Einspruchsrecht des Staates werden aufgehoben: || 1) für die Uebertragung von Seelsorgeämtern, deren Inhaber unbedingt abberufen werden dürfen, || 2) für die Anordnung einer Hülfsleistung oder einer Stellvertretung in einem geistlichen Amte, sofern letztere nicht in der Bestellung des Verwesers eines Pfarramts (Administrators, Provisors etc.) besteht.

Artikel 2. Die Zuständigkeit des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten zur Entscheidung auf Berufungen gegen die Einspruchserklärung des Ober-Präsidenten bei || 1) Uebertragung eines geistlichen Amts (§ 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873*), Gesetz-Sammlung S. 191), || 2) Anstellung als Lehrer oder zur Wahrnehmung der Disciplin bei kirchlichen Anstalten, welche der Vorbildung der Geistlichen dienen (§ 12 des Gesetzes vom 11. Mai 1873), || 3) Ausübung von bischöflichen Rechten oder Verrichtungen in erledigten katholischen Bisthümern (§ 3 des Gesetzes vom 20. Mai 1874**), Gesetz-Sammlung S. 135) || wird aufgehoben. || Die beiden letzten Absätze des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 werden aufgehoben.

Artikel 3. Die Vorschrift des Artikels 5 im Gesetz vom 14. Juli 1880***) (Gesetzsammlung S. 285) wegen Straffreiheit der Vornahme geistlicher Amtshandlungen in erledigten oder solchen Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung des Amtes verhindert ist, kommt für alle geistlichen Aemter und ohne Rücksicht darauf, ob das Amt besetzt ist oder nicht, zur Anwendung.

Artikel 4. Die Strafbestimmung des § 4 im Gesetze vom 20. Mai 1874 (Gesetzsammlung S. 135) findet nicht Anwendung auf die Vornahme einzelner Weihehandlungen, welche von staatlich anerkannten Bischöfen in erledigten Diöcesen vollzogen werden.

---

*) Staatsarchiv, Supplementband I. zu Band XXIII und XXIV No. 6053.
**) Supplementband II, No. 6110.
***) Band XXXVIII No. 7406.

Nr. 8015. Preussen. 11. Juli 1883.

Artikel 5. Die den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 dieses Gesetzes entgegenstehenden Vorschriften der Gesetze vom 11. Mai 1873, vom 20. Mai 1874 und 21. Mai 1874*) (Gesetz-Sammlung S. 139) werden aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel.

Gegeben Schloss Mainau, den 11. Juli 1883.

Wilhelm.

v. Bismarck. v. Puttkamer. Lucius. Friedberg. v. Boetticher. v. Gossler. v. Scholz. Graf v. Hatzfeldt. Bronsart v. Schellendorff.

---

## Nr. 8016. PREUSSEN. Reskript des Cultusministers von Gossler an die preussischen Bischöfe, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1883.

[Nach der Köln. Ztg.]

Berlin, den 14. Juli 1883.

Nr. 8016. Preussen. 14. Juli 1883.

Nachdem das unterm 11. Juli d. J. Allerhöchst sanktionirte Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, durch die erfolgte Publikation Geltung erlangt hat, ist für die Ausübung der katholischen Seelsorge ein erheblich weiter Raum gewährt.

Nach Art. 1 dieses Gesetzes ist die Benennungspflicht der geistlichen Oberen aufgehoben für die Uebertragung von Seelsorgeämtern, deren Inhaber unbedingt abberufen werden dürfen, sowie für die Anordnung einer Hülfsleistung oder einer Stellvertretung in einem geistlichen Amte, sofern letztere nicht in der Bestellung des Verwesers eines Pfarramtes (Administrators, Provisors u. s. w.) besteht. || Im übrigen hatte bereits das Gesetz vom 14. Juli 1880 in Art. 5 solche geistliche Amtshandlungen den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. Mai 1873 und 21 März 1874 entzogen, welche von gesetzmässig angestellten Geistlichen in erledigten oder in solchen Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung des Amts verhindert ist, vorgenommen werden, ohne dabei die Absicht zu bekunden, dort ein geistliches Amt zu übernehmen. Diese Bestimmung ist durch Art. 3 des Gesetzes vom 11. Juli 1883 auf alle geistlichen Aemter ausgedehnt und kommt fortan zur Anwendung ohne Rücksicht darauf, ob das Amt besetzt ist oder nicht. || In allen diesen Fällen findet fortan eine Mitwirkung des Staates bei der Uebertragung der amtlichen Funktionen nicht statt, und die geistlichen Obern sind in der Sendung der betreffenden Geistlichen völlig frei, sofern die letzteren im übrigen die allgemeinen Vorbedingungen für die Bekleidung eines geistlichen Amtes erfüllen, insbesondere im Besitze des Indigenates sind und die vorgeschriebene Vorbildung genossen haben. || Was die letztere, die Vorbildung, betrifft, so wird sich, wie ich annehme, in einer Reihe von Fällen namentlich für die nächste Zukunft das Bedürfniss nach Erlangung von Dispensationen geltend machen, und im Hinblick hierauf habe

*) Supplementband II, No. 6111.

Nr. 8016. Preussen. 14. Juli 1883.

ich nicht unterlassen wollen, Ew. . . . . gefällige Aufmerksamkeit darauf ergebenst zu lenken, dass, was häufig übersehen wird, die Vorschriften des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über den Nachweis der wissenschaftlichen Vorbildung nach § 26, Absatz 1, überhaupt keine Anwendung auf Personen finden, welche vor Verkündung dieses Gesetzes, d. i. vor dem 15. Mai 1873, im geistlichen Amte angestellt sind oder die Fähigkeit zur Anstellung im geistlichen Amte erlangt haben. Ausserdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten auch schon nach den Vorschriften dieses Gesetzes ermächtigt (§ 26, Abs. 2), denjenigen Personen, welche vor Verkündung dieses Gesetzes in ihrer Vorbildung zum geistlichen Amte vorgeschritten waren, den vorgeschriebenen Nachweis der Vorbildung ganz oder theilweise zu erlassen. || Eine weitere Erleichterung, auf welche ich bereits in meiner Mittheilung vom 29. Juni v. J. (B. 5910) hingewiesen habe, gewährt das Gesetz vom 31. Mai 1882*), indem es im Art. 3 von Ablegung der wissenschaftlichen Staatsprüfung diejenigen Candidaten befreit, welche durch Vorlegung von Zeugnissen den Nachweis führen, dass sie die Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium abgelegt, das dort näher bezeichnete dreijährige theologische Studium zurückgelegt und während dieses Studiums Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Geschichte und deutschen Literatur mit Fleiss gehört haben. Während die hiernach auszustellende Bescheinigung über die Befreiung von Ablegung der wissenschaftlichen Staatsprüfung nach der von mir unterm 29. Juni v. J. getroffenen Anordnung von dem zuständigen Herrn Oberpräsidenten ertheilt wird, ist zugleich der Minister der geistlichen Angelegenheiten in dem gedachten Art. 3 mit der noch weiter gehenden Ermächtigung versehen, auch im übrigen von den in Ansehung der Vorbildung bestehenden gesetzlichen Erfordernissen zu dispensiren. || Mit Ew. . . . glaube ich mich in der Auffassung zu begegnen, dass es im Interesse der Vereinfachung des Geschäftsganges liegen wird, das einzuschlagende Verfahren thunlichst praktisch zu regeln, etwa in der Weise, dass Ew. . . ., ähnlich wie es im Grossherzogthum Baden üblich ist, die Namen derjenigen Geistlichen, welche Dispensation von den Vorschriften der Vorbildung in den oben erwähnten Richtungen zu erlangen wünschen, in Form von tabellarischen Nachweisungen zusammenstellen lassen und diese unter Beifügung der Beläge je nach Verschiedenheit der Fälle entweder der bezeichneten Provinzialinstanz oder mir direkt übermitteln. Sollten Ew. . . . . den Wunsch haben, noch anderweitige Erleichterungen des Verfahrens herbeigeführt oder aus Veranlassung des neuesten kirchenpolitischen Gesetzes weitere Bestimmungen getroffen zu sehen, welche geeignet sein möchten, die Ausführung desselben zu fördern, so würde ich gern bereit sein, in entsprechende Erörterungen einzutreten, und sehe ich in diesem Falle einer gefälligen Mittheilung ganz ergebenst entgegen.

(gez.) Gossler.

*) Staatsarchiv Band XL No. 7713.

## Nr. 8017. GROSSBRITANNIEN. — Thronrede, bei Schluss des Parlaments verlesen vom Lord-Kanzler am 25. August 1883.

Nr. 8017. Grossbritannien. 25. August 1883.

My Lords and Gentlemen, — In releasing you from your protracted labours, I use the occasion to acknowledge your unremitting energy and devotion in the fulfilment of the great trust committed to you. || The harmony of my relations with foreign Governments continues to be undisturbed. || The Conference assembled in London for the settlements of various questions connected with the free navigation of the Danube has, by the conciliatory attitude of the countries represented in it, arrived at an agreement favourable to commerce. || The work of administrative reorganisation in Egypt, though retarded at important points by the visitation of cholera, has steadily advanced. || The aim of the temporary occupation of the country by my military forces, the considerations which must supply the measure of its duration, and the constant direction of my efforts to the maintenance of established rights, to the tranquillity of the East and to the welfare of the Egyptian people, have been more than once explained to you, and they remain unchanged. || Occurrences arising out of the French operations in Madagascar form the subject of communications with the Government of France, which, conducted in the spirit of friendship, will, I doubt not, lead to satisfactory results. In connection with these occurrences my attention has been and will continue to be steadily directed to all which may affect the rights or liberties of my subjects. || My hopes for the re-establishment of stable peace and order in Zululand have not as yet been fulfilled, and the working of the Convention with the Transvaal Government has proved, in certain respects, to be far from satisfactory. || In regard to the first I shall, while avoiding all gratuitous interference, study to maintain such engagements as I have contracted, and keep steadily in view the security of the border of Natal. || The questions of frontier policy opened by the second, which in different forms have for so long a time constituted the main difficulty in the administration of my South African possessions, will, with other points, shortly be discussed in this country between my Ministers and the confidential Envoys who are to be despatched from the Transvaal for the purpose.

Gentlemen of the House of Commons, — || I thank you for the liberal supplies by which you have enabled me to make adequate provision for the public establishments and other services of the country during the current year.

My Lords and Gentlemen, — || The revenue has thus far not fallen short of its anticipated amount; the condition of the classes suffering from the depression of agriculture has, in most districts of the country, shown some degree of improvement; and the general state of trade and industry is sound. || I can refer with greater satisfaction than on some former occasions to the condition of Ireland. Except in regard to the disposal of appeals, where there is still much to be desired, the action of the appointed tribunals has brought into

wide operation the provisions of the Land Act; the late combination against the fulfilment of contracts, especially for rent, has been in a great degree broken up; there is a marked diminution of agrarian crime; and associations having murder for their object have been checked by the detection and punishment of offenders. || The expectations of more successful progress in the work of legislation which I expressed to you at the close of the last Session of Parliament have not been wholly disappointed and I have cordially given my assent to many measures of public usefulness. || The Acts, which secure due compensation to improving occupiers of land in England and Scotland respectively and comprise other valuable provisions, will, I trust, tend alike to the promotion of confidence between classes and to the more advantageous prosecution of the great business of agriculture. || The new Law relating to corrupt practices at elections will not only tend towards extinguishing the grosser forms of mischief at which it is particularly aimed, but will, by reducing the expense of Parliamentary elections, give increased freedom of choice to the Constituencies, an thus promote the more efficient representation of all classes in the Great Council of the Nation. || The Act for the improvement of the Law of Bankruptcy appears well adapted to fulfil the favourable anticipations with which it has been received by the commercial and trading community; and the Act concerning patents will be found greatly to improve the position of inventors, in whose ingenuity and resource the public has a substantial interest. || The provision which you have made for further securing a continuous redemption of the National Debt will materially aid the maintenance of the public credit. || The Act for the encouragement of Irish industry and enterprise by improvement of communication, and for the further relief of particular districts by emigration and migration, supplies a new proof of your anxiety to promote the prosperity of Ireland. || The remission of Parliamentary labour which you have so amply earned will bring with it the discharge of important duties, both personal and public, in your respective districts. Alike in these and in the arduous exertions which may be demanded from you in coming Sessions, I trust that the favour of Providence may uniformly guide you to promote the object of my constant solicitude—the welfare and happiness of my people.

Nr. 8017. Grossbritannien. 25. August 1883.

---

## Nr. 8018. DEUTSCHLAND. — Thronrede zur Eröffnung des Reichstages vom Staatssekretär von Bötticher verlesen am 29. August 1883.

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser haben den Reichstag zu berufen geruht, um Ihnen den mit der königlich spanischen Regierung vereinbarten Handels- und Schifffahrtsvertrag zur verfassungsmässigen Beschlussfassung vorzulegen. Eine Einigung beider Regierungen über diesen Vertrag ist erst nach dem Schlusse

Nr. 8018. Deutschland. 29. August 1883.

Nr. 8018. Deutschland. 29. August 1883.

der letzten Reichstagssession zu Stande gekommen. Dass der Abschluss sich so lange verzögerte, beruht auf Hindernissen, deren Beseitigung erst infolge längerer und schwieriger diplomatischer Verhandlungen gelang. Aus dem Vertrage ergeben sich für die deutsche Einfuhr nach Spanien wichtige Zollermässigungen, und seitens der betheiligten deutschen Industrie wurde der dringliche Wunsch kundgegeben, dass diese Zollerleichterungen alsbald in Kraft treten möchten. In voller Würdigung der hierbei in Betracht kommenden wirthschaftlichen Interessen haben die verbündeten Regierungen es sich angelegen sein lassen, den zweckmässigsten Weg zu finden, um diesem Wunsche zu entsprechen. Sie haben sich dabei zu der Auffassung geeinigt, dass auf Grund diplomatischer Verständigung zwischen den beiden Vertragsmächten eine vorläufige Inkraftsetzung der vereinbarten Zollermässigungen unter Vorbehalt der für die definitive Gültigkeit des Vertrages erforderlichen Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages zu geschehen habe, und dass für die darin liegende Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung die Indemnität bei den gesetzgebenden Körpern demnächst nachzusuchen sein werde. || Die nachträgliche Zustimmung des Reichstages sobald als thunlich herbeizuführen, wurde dabei von vornherein um so mehr ins Auge gefasst, als kein Zweifel darüber bestand, dass für die betheiligten Kreise die volle Gewissheit über die rechtliche Geltung des Vertrages im Interesse der Sicherheit ihrer geschäftlichen Dispositionen von hohem Werthe sei. || Gleichwohl stand der sofortigen Berufung der Reichsvertretung die durch die Jahreszeit bedingte Rücksicht auf die persönliche Belästigung der im laufenden Jahre ohnehin ungewöhnlich in Anspruch genommenen Mitglieder derselben gegenüber, und hielt Seine Majestät der Kaiser Sich zu dem Vertrauen berechtigt, dass das unter den verbündeten Regierungen bestehende Einverständniss über die Behandlung des Vertrages auch bei allen Parteien im Reichstage vorhanden sein werde. || Der unerwartete Umstand, dass nicht nur vereinzelte Stimmen, sondern die Organe weiter Kreise übereinstimmend gegen die Abweichung von dem Buchstaben der Verfassungsbestimmungen Klage erhoben und dem in anderen Verfassungsstaaten thatsächlich in Uebung stehenden Princip eines Indemnitäts-Verfahrens jede Anwendbarkeit auf die Reichsverfassung bestritten haben, hat Seiner Majestät dem Kaiser indessen den Anlass gegeben, die der sofortigen Einberufung entgegenstehenden Bedenken zurücktreten zu lassen.

Der Vertrag wird Ihnen unverzüglich mit dem Antrage zugehen, demselben sowie der erwähnten vorläufigen Ermässigung einzelner Zollsätze die verfassungsmässige Zustimmung zu ertheilen.

# Aegypten.*)

## Nr. 8019. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter in Konstantinopel über die elfte Sitzung.

Nr. 8019. Conferenz-Staaten. 26. Juli 1882.

A la onzième séance tenue aujourd'hui, le Ministre des Affaires Étrangères, après un échange d'idées préliminaires, a déclaré que les troupes Ottomanes étaient sur le point de partir pour l'Égypte. || Son Excellence a admis que l'envoi des troupes ne pouvait être que le résultat d'une entente convenue avec les Puissances. Il a examiné ensuite chaque point de la note identique du 15 Juillet, et s'est montré assez satisfait des explications qui lui ont été données. || À ce moment de la séance, les Ambassadeurs d'Angleterre et de France ont fait la communication suivante, en demandant à la Conférence d'en prendre acte:— || "La France et l'Angleterre, ayant saisi la Conférence de leurs vues, qui ont été également communiquées aux différents Cabinets, et leurs propositions n'ayant pas rencontré d'objections soit de la part des Cabinets, soit de la part de leurs Représentants à la Conférence, les deux Puissances sont, quant à présent, convenues que, dans l'état actuel des choses, elles sont prêtes, si la nécessité se produit, à s'employer pour protéger le Canal de Suez, soit seules, soit avec l'adjonction de toute Puissance qui voudrait prêter son concours." || Les deux Délégués Ottomans, s'étant consultés entre eux, nous ont déclaré qu'ils acceptaient la proposition de la Conférence, telle qu'elle avait été formulée,—que l'intervention militaire des Puissances Étrangères en Égypte ne serait plus considérée comme nécessaire. || Ils se sont, d'ailleurs, réservé de nous adresser, probablement demain, une note dans ce sens.

---

## Nr. 8020. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Dufferin). — Erklärung, betreffend die Mitwirkung türkischer Truppen.

Foreign Office, July 28, 1882.

Nr. 8020. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

My Lord, — The Turkish Ambassador communicated to me yesterday a telegram from the Porte, of which I inclose a copy. It is to the effect that,

*) Eine fortlaufende Darstellung der Ereignisse in Aegypten und der bezüglichen diplomatischen Verhandlungen geben die beiden Depeschen Granville's an den englischen Botschafter in Konstantinopel vom 11. Juli 1882 (Bd. XLI. No. 7936) und vom 5. October 1882 (8048).

Nr. 8020. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

being resolved to use its incontestable sovereign rights over Egypt in an effective manner, and thereby to assure, without delay, the return of quietude, the Porte has decided upon the immediate dispatch of a sufficient number of troops to Egypt.

Under these circumstances, Her Majesty's Government desire that your Excellency will make to the Conference a declaration on their part in the following terms:— || "The destruction of the forts of Alexandria, necessitated by considerations of self-defence, and under circumstances constituting a case of *force majeure*, has been followed by occurrences which made it incumbent on the Commanders of Her Majesty's Forces to take further steps to insure the safety to the Khedive and to restore peace and order in the town and neighbourhood. || "The hostile attitude of the rebel forces and the great importance of protecting the free navigation of the Suez Canal, have necessitated further preparations, which Her Majesty's Government believe will be sufficient of themselves for the restoration of the authority of the Khedive and the establishment of settled order in Egypt. || While reserving to themselves the liberty of action which the pressure of events may render expedient and necessary, Her Majesty's Government will be glad to receive the co-operation of any Powers who are ready to afford it. || They are accordingly prepared to accept frankly the assistance which the Sultan has now announced his readiness to give in the restoration of order by sending troops to Egypt in accordance with the invitation addressed to His Majesty by the Powers, and subject to the conditions proposed by them. || They now desire to learn what number of troops the Sultan intends to send, the date of their probable departure and the proposed disposition of them. || In the meanwhile, the delay which has occurred in the adoption of measures by the Porte, and the feeling of uncertainty which has unfortunately prevailed as to the real intentions of the Sultan, and which has been strengthened by the action of His Majesty in conferring on Arabi-Pasha an important decoration and mark of his favour, make it in the view of Her Majesty's Government essential, both for the assertion of the Sultan's own authority and of that of the Khedive, that His Majesty should at once, and before the dispatch of the troops, issue a Proclamation upholding Tewfik Pasha and denouncing Arabi as a rebel." || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8021. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Bedingungen der Pforte im Fall ihrer Intervention.

Therapia, July 28, 1882.

Nr. 8021. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

My Lord, — Last night the Turkish Minister for Foreign Affairs read to us unofficially the Sultan's communication, which he intended to have made to the Conference, had it held its sitting, and which he proposes to convey

to us to-day in a note. It appeared to be a repetition of the statement already conveyed to your Lordship in the identic telegram recording the eleventh meeting, on the 26th instant, a copy of which was inclosed in my despatch of that day's date, except that instead of concluding with a hope that the military intervention of Europe would go no further, it implied, as a condition, that the foreign troops in Egypt should evacuate the country on the arrival of the Turkish forces. Saïd-Pasha also read me another paper proposing that the reorganization of the Egyptian army should be concerted between the Porte and the Khedive alone, and not in concert with the Powers. I have already explained to your Lordship, that we had provided that the reorganization of the Egyptian army should be conducted in some degree under European supervision, in order that the Khedive might not be left at the mercy of a military Turco-Circassian party, instead of a Mameluke party. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 8021. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

---

## Nr. 8022. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom (Paget) an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Mancini über die Intervention in Aegypten.

Rome, July 28, 1882.

My Lord, — I called upon M. Mancini to-day, and executed the instructions conveyed to me in your Lordship's telegram of the 25th instant. || I began the interview by saying, that I believed his Excellency must have been already prepared by General Menabrea for the communication I was about to make to him. It was simply this: that, while Her Majesty's Government would be glad if Italy would join England and France in securing the safety of the Suez Canal, Her Majesty's Government would also welcome her ("serait aussi bien aise") if she would co-operate in a movement in the interior, which they were of opinion could be no longer delayed, and for which they were actively preparing, but in which the French Government appeared disinclined to join. M. Mancini, after requesting me to express to your Lordship the thanks of the Italian Government for this further proof of confidence and friendship, confessed that he had heard of this communication from General Menabrea, and that he had desired him at once (the night before last, I believe) to represent to your Lordship, that he (M. Mancini) presumed that your Lordship had made it before you were aware of the answer of the Porte to the identic note. | I said, that I had reason to think that this might be so; but, at the same, I was enabled to state to his Excellency, that I knew for a fact that this answer had not in any way changed the intentions of Her Majesty's Government, or made them think the employment of a British force less necessary than before. How, I asked, was it possible to have confidence in this tardy acquiescence of the Porte in the demands of Europe? It might

Nr. 8022. Grossbritannien. 28. Juli 1880.

Nr. 8022. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

be quite true that preparations were now, at the eleventh hour, being made to dispatch a Turkish force to Egypt, but who would answer that those troops would be employed for the desired purpose when once they got there? The policy of the Porte throughout the whole of this Egyptian business had been marked with so much equivocation that it was impossible to place the slightest reliance upon it as regards the future. As an instance, I said, only in the very last meeting of the Conference, when the proposal had been brought forward by Lord Dufferin, and supported by all his colleagues, that the Sultan should declare Arabi a rebel, the Turkish Commissioner had met it by one of the usual motions of postponement. Then, again, quite lately, a secret agent of Arabi's had been arrested by the English authorities at Alexandria, on his return from Constantinople, with the most compromising documents in his possession, and, if the reports were correct, he had made avowals which proved complicity between Constantinople and the head of the rebels. || I appealed, therefore, to M. Mancini to say whether Her Majesty's Government were not justified in their mistrust of the Sultan's intentions, and, at all events, in taking such measures themselves as might effectually thwart any evil designs. My belief was, I added, that Her Majesty's Government would accept the cooperation of Turkey, but that they would proceed with their own measures as originally intended. || M. Mancini, without disputing any of the facts which I had brought before him, or the logical deduction to be drawn from them, replied that, whatever reasons for mistrust might exist, it would appear to be a contradiction, at the moment when the Porte had accepted without reserve all the conditions of a note to which Italy and England were parties, for those two Powers to enter into engagements as to another mode of intervention. Time should, at all events, be allowed, in his opinion, to test the good faith with which the Turks were now acting. If there were evidences of their not carrying out faithfully the programme which they had accepted from the Powers, if there was any indication of their showing favour to the party in rebellion, or of their not acting energetically with a view to its suppression, the complexion of things would change, and the new situation would have to be considered by the Powers. || His Excellency admitted, however, that the position of England was different from that of Italy and the other Powers. England had already got her troops in Egypt, and he quite understood her intending to have a sufficient force there to control the conduct of the Turks; but for Italy to enter at this moment into an agreement with England such as that now suggested would be for her a new departure, which would not be justified by the circumstances; but he must wait, he said, to see the course of events, what answer your Lordship would give to General Menabrea, and the public declarations which might be made by Her Majesty's Ministers in regard to this new phase of the question, before giving a positive answer for the Italian Government to the present proposal. || In reply to this, I expressed the hope that the offer now made to the Italian Government would not be

forgotten, so that Her Majesty's Government might not at any time be accused of having followed an exclusive policy. | I have, &c.

A. Paget.

Nr. 8022. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

---

## Nr. 8023. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Walsham). — Bismarck's Ansicht über den Schutz des Suez-Canals.

Foreign Office, July 28, 1882.

Nr. 8023. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

Sir, — The German Chargé d'Affaires called upon me yesterday, and said that in answer to questions which had been put to him by different Governments as to the protection of the Suez Canal, Prince Bismarck was of opinion that the Sultan had the first claim to exercise this protection. In the event of his being unwilling or unable to do so, the Powers interested in the Canal would be justified in acting themselves. If those Powers had the intention of protecting their own interests in the Canal, Germany could not take upon herself any responsibility for the measures to be taken for this purpose. Germany could not consent to a vote in the Conference involving a modification of existing Treaty arrangements. Prince Bismarck was not in favour of the co-operation of all the Powers in the form of a mandate to some of them, because the result of such a mandate would be to create an unlimited responsibility for the measures resorted to, without control over them, and without the possibility of withdrawal. || Supposing the Conference to come to an agreement, that the protection of the Canal must be undertaken by the European Powers for an unlimited period, Prince Bismarck thinks such an arrangement could only be accepted unanimously on condition that all the Powers interested should take part in it, with equal rights as to measures of police for the Canal. These measures of police should, in his Highness' opinion, be maritime, and any steps for guarding the Canal ought to be the subject of discussion in each individual case. Prince Bismarck thought, that public opinion would be in favour of an arrangement of this kind, and Germany would be ready to take part in it. The Austrian, Italian and Russian Governments also shared his views. | I saw M. Stumm again to-day, and told him that the communication of Prince Bismarck's views which he had made to me appeared to me to be based upon a misunderstanding. || In making the proposal we had laid before the Conference it was not our intention to settle any scheme for the protection of the Suez Canal for an unlimited time. || We considered the permanent obligation to maintain its security rests upon the Egyptian Government. In its default recurrence may be had to the sovereign Power. | The present, I said, is an abnormal state of things. The Egyptian *de jure* Government is not in a position to assert its rights. The *de facto* Government is the principal quarter from which danger to the Canal may be apprehended.

Nr. 8023. Grossbritannien. 28. Juli 1882.

The Sovereign has taken no steps to secure its safety. || If a house were on fire, a principal tenant would not hesitate to put it out without waiting for the assent of the owner or other tenants. He would be glad to concert with a few of them how to do so, without excluding any who might wish to join in the work. || This has been our position with regard to the present danger to the Canal. || I added, that we hoped no long time would elapse before order is restored in Egypt, and that the temporary measures now required would then be no longer needed. Her Majesty's Government, I said, do not believe, that the responsibility for the safety of the Canal ought to be transferred from those on whom it has hitherto rested, and this the more so, as maritime protection without landing men might not be sufficient for the purpose. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8024. FRANKREICH. — Bericht der Commission der Deputirtenkammer über den ägyptischen Credit. Verlesen vom Berichterstatter Sarrien am 27. Juli 1882.

Nr. 8024. Frankreich. 27. Juli 1882.

Messieurs, — Le Gouvernment a déposé Lundi dernier sur le bureau de la Chambre la demande d'un nouveau crédit extraordinaire de 9,410,000 fr., ayant pour object de permettre au Département de la Marine d'envoyer en Égypte un corps expéditionnaire dont l'effectif pourrait s'élever à 8,000 hommes et deux nouvelles canonnières. || M. le Président du Conseil avait, d'ailleurs, fait pressentir à la Chambre cette nouvelle demande, en lui annonçant, dans la discussion qui a eu lieu, à l'occasion du vote des premiers crédits motivés par les événements d'Égypte, qu'un accord venait d'intervenir, entre la France et l'Angleterre, pour la protection du Canal de Suez. || D'après l'Exposé des Motifs et les explications qui nous ont été données, l'accord entre les deux Puissances serait limité à la protection du Canal, et il n'entre point dans les intentions du Gouvernement Français d'intervenir effectivement en Égypte. || Il s'agit simplement, par le vote des crédits qu'on sollicite de la Chambre, d'autoriser le Gouvernement Français à occuper un ou deux points le long du Canal et à mettre à l'abri de toutes les attaques cette voie de communication dont la sécurité inspirerait en ce moment de vives inquiétudes, et qui a tant d'importance pour notre commerce, notre industrie et nos relations avec nos Colonies de l'extrême Orient. La France se chargerait de la surveillance de la partie du Canal située entre Port Saïd et Ismaïlia, l'Angleterre de la partie située entre Ismaïlia et Suez. || L'action de la France, nous a dit M. le Président du Conseil, est parfaitement définie et absolument limitée à la protection du Canal. Nous nous sommes engagés, par l'occupation que nous voulons effectuer, à repousser les agressions qui pourraient se produire et qui sont, d'ailleurs, peu probables; mais nous entendons nous renfermer dans un rôle défensif et ne point faire campagne dans l'intérieur de l'Égypte. || Le Gouverne-

ment estime que pour atteindre le but qu'il indique avec l'aide de la flotte, il suffirait d'envoyer immédiatement un corps de 4,000 hommes entre Port Saïd et Kantara; mais comme les Chambres doivent se séparer prochainement et qu'il peut se produire des incidents qui l'obligerait à augmenter l'effectif du corps de débarquement, il a cru devoir vous demander des crédits plus considérables pour parer à tous les éventualités. || Interrogé par votre Commission sur le point de savoir si la France et l'Angleterre allaient en Égypte en vertu d'un mandat de la Conférence ou par leur initiative personnelle, M. le Président du Conseil nous a dit que les Cabinets Européens avaient répondu à la proposition faite par les deux Puissances qu'il n'y avait pas lieu de donner un mandat pour un cas qui leur paraît de force majeure, et que chaque nation doit agir sous sa propre responsabilité. Les Cabinets estiment, d'ailleurs, qu'il ne leur convient pas de donner un mandat pour l'occupation d'un territoire qui ne leur appartient pas. || L'abstention des autres Puissances a pris, suivant M. le Président du Conseil, une forme plutôt bienveillante; mais, en l'état actuel de l'Europe et tout en réservant l'avenir, M. le Président du Conseil ne croit pas devoir prendre la responsabilité de conseiller une intervention en Égypte. Sur le désir qui lui en a été exprimé par la Commission, il a mis à sa disposition les documents diplomatiques les plus récents et qui étaient de nature à éclairer son jugement. || Quoi qu'il en soit, après avoir entendu les explications du Gouvernement et pris connaissance des documents diplomatiques, votre Commission a décidé, par six voix et cinq abstentions, qu'elle vous proposerait de ne pas accueillir la demande de crédits. || Sur la nature et l'importance des intérêts que la France peut avoir en Égypte, votre Commission a été à peu près unanime; et elle a été également presque unanime pour reconnaître que l'occupation limitée, telle qu'elle est présentée par le Gouvernement, aurait chances d'aboutir à une intervention plus active et plus complète en Égypte, et qu'il était impossible de déterminer rigoureusement à l'avance les limites de cette intervention. || Mais elle s'est montrée divisée sur les motifs qui devaient entraîner le rejet de la demande des crédits. || Plusieurs membres de la Commission ont soutenu que la France devait aller en Égypte, qu'elle devait intervenir, non pas seulement pour protéger le Canal de Suez, mais pour rétablir l'ordre et défendre nos intérêts et la vie de nos nationaux.

Nr. 8024. Frankreich. 27. Juli 1882.

---

## Nr. 8025. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — England kann trotz Entsendung türkischer Truppen nach Aegypten seine Truppen von dort nicht zurückziehen.

Foreign Office, July 29, 1882.

Nr. 8025. Grossbritannien. 29. Juli 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government have had under their consideration the proposals which, as described in your telegram of yesterday, the Turkish

Nr. 8025. Grossbritannien. 29. Juli 1882.

Minister for Foreign Affairs informs your Excellency the Porte intends to make to the Conference with regard to the dispatch of Turkish troops to Egypt. Her Majesty's Government desire, that you will inform Saïd-Pasha and the Conference that they can neither withdraw their troops nor relax their preparations. || The prolonged inaction of the Sultan in the face of a situation such as that presented by the state of Egypt has thrown upon this country, in the general interest as much as in her own, the burden which she has now undertaken to bear. || Her Majesty's Government will accept the arrival and cooperation of Turkish forces in Egypt provided the character in which they come is satisfactorily defined and cleared from all ambiguity by previous declarations of the Sultan. || Her Majesty's Government desire to make known to the Conference that when the military object in view shall have been obtained they will invite the aid of the Powers to make provision for the future security and good government of Egypt. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8026. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russland weigert sich, ferner an der Conferenz theilzunehmen.

Foreign Office, July 29, 1882.

Nr. 8026. Grossbritannien. 29. Juli 1882.

Sir, — The Russian Chargé d'Affaire scalled upon me to-day to make a communication from his Government with regard to the Conference. || M. Davydow said, that that body had met to discuss the best means of maintaining the *status quo*, but that events had proceeded with so much rapidity that certain Powers had been obliged to take resolutions and resort to measures outside the Conference, which had reduced it to a mere formal position; and that, as it no longer possessed any attribute excepting to register accomplished facts, the Russian Government had come to the following resolution:— || "The Imperial Cabinet would continue to take part in the Conference if the Powers would agree upon a practical and well-defined course (programme), to be followed with firmness and unanimity, and to be carried out with energy. Otherwise, the Emperor, whilst maintaining the principle that no change can be introduced into the political *status quo* created by Europe in Egypt, is resolved to instruct his Representative at Constantinople to withhold his participation in deliberations which His Majesty considers useless until the situation becomes sufficiently defined to enable him to speak with dignity". || I told M. Davydow, that I would communicate this information to my colleagues. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8027. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in London. — Hofft, dass die englischen Truppen aus Aegypten zurückgezogen werden.

(Télégraphique.) Constantinople, 29 Juillet, 1882.

Nr. 8027. Türkei. 29. Juli 1882.

Mes communications successives, ainsi que la Déclaration que je viens de remettre à mes collègues de la Conférence, et qui forme l'objet de mon télégramme daté de ce jour, corroborent la résolution du Gouvernement Impérial d'envoyer des troupes en Égypte pour le rétablissement de l'ordre. || Cette expédition est imminente; mais nous espérons aussi que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique voudra bien, dans son appréciation juste et éclairée, reconnaître avec nous qu'étant donnée cette détermination de la Sublime Porte, pour laquelle sa Seigneurie Lord Granville vous a témoignée sa satisfaction, la présence de nos troupes seule sur les lieux suffirait pour assurer le retour du calme. || Sa Seigneurie a toujours manifesté l'intention du Cabinet de St. James de respecter les droits souverains incontestables de Sa Majesté Impériale le Sultan sur l'Égypte, et avait même à plusieurs reprises insisté sur la nécessité d'une expédition militaire de notre part, sans jamais faire allusion à celle d'autres erpéditions en dehors de la nôtre. || Maintenant que nos troupes vont se rendre à Alexandrie, nous espérons que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, prenant toujours en considération les droits souverains de notre auguste Maître, jugera tout naturel de mettre fin à l'occupation Anglaise de l'Égypte. || Nous comptons là-dessus, et nous y verrons une nouvelle preuve des sentiments d'amitié de l'Angleterre à notre égard et de sa déférence pour nos droits.

---

## Nr. 8028. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Betreffend die Zurückziehung der englischen Truppen. Verlangen der Proclamation gegen Arabi.

Foreign Office, July 30, 1882.

Nr. 8028. Grossbritannien. 30. Juli 1882.

My Lord, the Turkish Ambassador called upon me this afternoon, and gave me the telegram from the Porte of which I inclose a copy. His Excellency had already communicated to me a telegram containing the Declaration of the Porte in regard to the dispatch of Turkish troops to Egypt, together with the Appendix to it. Musurus-Pasha asked for an answer to the request contained in his present communication, that now the Sultan was about to send troops to Alexandria the British occupation should cease. || I said, that I could not discuss questions respecting the co-operation of the Turkish troops until I knew whether the Sultan would issue at once a Proclamation, such as had been asked for by Lord Dufferin and the other Ambassadors, upholding Tewfik-Pasha and denouncing Arabi as a rebel. || His Excellency answered, that he

Nr. 8028. Grossbritannien. 30. Juli 1882.

did not accept the term "co-operation," because the Sultan was both Sovereign of the country and was taking action as mandatory of the Powers. He added, however, that, if Her Majesty's Government would promise to withdraw the British forces, he would refer to his Government the question of the immediate issue of a Proclamation such as we desired. || I told his Excellency, that it was impossible for me to give any such assurance. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8029. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). — Stellung der französischen Regierung zu Lesseps.

Foreign Office, July 30, 1882.

Nr. 8029. Grossbritannien. 30. Juli 1882.

My Lord, — With reference to the course pursued by M. de Lesseps inconnection with the question of the protection of the Suez Canal, I request that your Excellency will state to M. de Freycinet that Her Majesty's Government presume that M. de Lesseps has had no authority to act or to speak for the French Government in this affair. || Your Excellency will request an early answer as to the matter of fact. || Her Majesty's Government would be glad to receive the assurance from M. de Freycinet before he resigns the seals of office.*) || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8030. SPANIEN. — Verbalnote des Gesandten in London (Casa Laiglesia) an den engl. Min. d. Ausw. — Spaniens Anspruch auf Theilnahme an der Conferenz.

Nr. 8030. Spanien. 30. Juli 1882.

Par dépêche du 24 courant, le Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi a chargé le Marquis de Casa Laiglesia d'exposer à M. le Comte Granville les raisons pour lesquelles l'intérêt du Gouvernement de Sa Majesté, puissamment éveillé par les événements d'Égypte, lui impose le devoir de faire auprès du Comte Granville ainsi qu'auprès des Gouvernements des autres Grandes Puissances, la présente démarche, dont le but est de revendiquer les titres que l'Espagne possède à être entendue dans le Conseil des Puissances, alors qu'il s'y traite de questions qui la concernent directement au double point de vue de ses intérêts comme Puissance Méditerranéenne et coloniale. || En effet, il suffit d'envisager la situation géographique de l'Espagne, la vaste étendue de ses côtes baignées par la Mediterranée, sa possession des Iles Baléares et

*) Die Antwort Freycinets lautete:

Présidence du Conseil, le 31 Juillet, 1882.

Mon cher Ambassadeur, — M. de Lesseps n'a pas reçu de mandat du Gouvernement Français, et il ne peut, par conséquent, engager le Cabinet. || Votre, &c.

C. de Freycinet.

Nr. 8030. Gross-britannien. 30. Juli 1882.

de ses forteresses de l'Afrique Septentrionale, et la nécessité de la libre communication avec ces dépendances, pour comprendre l'intérêt qui y éveille tout événement, toute agitation de nature à porter atteinte à sa position comme nation Mediterranéenne. || Tant que les événements d'Égypte ont revêtu un caractère purement domestique, et qu'il ne s'agissait que d'y implanter des réformes, le Gouvernement de Sa Majesté a suivi avec intérêt les louables efforts qui tendaient à assurer la paix et la prospérité d'un pays dont le bien-être et la tranquillité sont aujourd'hui d'un intérêt vital et commun pour l'Europe. || Mais ces questions ont suscité celle de la sécurité du Canal de Suez qui relie l'Espagne à ses Colonies de l'Extrême Orient, qui assure ses relations politiques, administratives et commerciales avec l'Archipel des Phillipines, avec les 7,000,000 de sujets de Sa Majesté dont se compose sa population, qui permet l'importation dans le monde entier de ses immenses richesses, et dont l'interruption compromettrait l'avenir et l'existence même de l'Espagne comme Puissance coloniale. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique ne pourra donc trouver étrange que le Gouvernement du Roi, qui au delà du Canal possède un Empire inférieur seulement à celui de la Grande Bretagne, parmi les Grandes Puissances, se croie parfaitement fondé à réclamer son droit légitime et irrécusable de prendre part aux délibérations à ce sujet, des Puissances dont plusieurs d'entre elles ne possèdent ni dans la Méditerranée ni dans l'Extrême Orient des intérêts qui puissent être comparés aux siens. || Le Gouvernement du Roi est en même temps fermement convaincu que, afin que les décisions des Puissances au sujet du Canal de Suez revêtent ce caractère de justice et de permanence qui peut seul les rendre efficaces, la participation des Puissances qui, comme l'Espagne, y sont si vitalement intéressées, est indispensable. || Cette opinion du Gouvernement du Roi n'est du reste pas isolée. M. le Ministre des Affaires Étrangères de la République Française l'a déclaré ainsi lorsqu'il y a peu de jours il informait la Chambre, qu'invité, par la Grande-Bretagne à veiller conjointement avec celle-ci et avec l'assentiment de l'Europe à la sécurité de la navigation du Canal, il se croyait obligé de consulter l'opinion de l'Europe, et d'obtenir son consentement pour tout ce qui regarderait les mesures à prendre, croyant ainsi mieux défendre les intérêts de la France. || Le désir de voir l'Espagne prendre part à la solution de questions qui l'intéressent d'une façon aussi directe, a été, en outre, exprimé confidentiellement par d'autres Cabinets de l'Europe, et le Gouvernement du Roi, confiant dans le sentiment de justice qui inspire le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, ainsi que dans la cordialité des rapports qui les unissent, ne doute pas que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique saura reconnaître la justice et la convenance d'admettre l'Espagne aux délibérations qui aient pour but d'adopter des mesures d'un caractère permanent et définitif relatives au Canal de Suez.

Londres, ce 30 Juillet 1882.

## Nr. 8031. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. — Italien ist bereit, sich an dem Schutze des Canals zu betheiligen.

Rome, July 31, 1882.

Nr. 8031. Grossbritannien. 31. Juli 1882.

My Lord, I received a message from the Minister for Foreign Affairs this morning requesting me to call upon him between one and two o'clock. || I accordingly went to M. Mancini at that hour, when his Excellency said that in fulfilment of the promise he had given me yesterday, he would now inform me of the answer of the Italian Government to the invitation of the English and French Governments to join with them in measures for the protection of the Suez Canal. || After a few preliminary remarks in which his Excellency recalled our previous conversations upon this subject when he had stated that, the question of the protection of the Canal being before the Conference, he could not treat it in a separate form, and subsequently, when he became aware that the Conference had not discussed it, that he had placed himself in direct communication with the other Governments upon it, his Excellency proceeded to give me the following reply, which I took down from dictation, and have since telegraphed to your Lordship:— || "Pour donner suite à sa réserve de répondre, le Gouvernement Italien n'ayant pu provoquer jusqu'ici une discussion dans le sein de la Conférence, a eu soin de sonder directement l'opinion des autres Cabinets, et il est prêt à adhérer à l'invitation Anglo-Française pourvu qu'on admet en principe que la protection collective de la sécurité du Canal sera organisé dans la forme d'une service de police et de surveillance maritime, auquel toutes les Puissances intéressées pourraient participer moyennant des règles à convenir, et avec réserve d'une entente éventuelle dans tout cas spécial où les simples mesures de police maritime paraîtraient insuffisantes." || M. Mancini added, that Count Corti had been instructed to make the above declaration to the Conference. || As regards the rules to be agreed upon, his Excellency expressed the opinion, that they should be settled by the Naval Commanders on the spot. Not being "un homme technique," he would not feel himself competent in the matter. The "tout cas spécial où les simples mesures de police maritime paraîtraient insuffisantes" means, his Excellency explained, the case of an attack, which would have to be repelled by the employment of troops on land. || M. Mancini further stated that he presumed the declaration to the Conference and the taking act of it by that assembly would be sufficient, but that, if it was not, he would be prepared to sign an agreement or an exchange of notes in the sense of the declaration. With reference to this point, I read to his Excellency your Lordship's telegram of the 25th instant to Lord Lyons. || I have, &c.

A. Paget.

## Nr. 8032. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. — Russlands Betheiligung an der Conferenz.

Foreign Office, July 31, 1882.

Nr. 8032. Grossbritannien. 31. Juli 1882.

Sir, — I had an interview to-day with the Russian Chargé d'Affaires. He informed me, that the Emperor would not object to his Chargé d'Affaires being present at the Conference. The previous instruction was given in the belief that we refused the substitution of the Turkish forces for English intervention; but as it appears, that this is not the case, and that we shall abstain from all isolated action, the Emperor had given permission to his Chargé d'Affaires to continue to attend meetings. || I said, that we had not refused co-operation of Turkey; but the Porte had not agreed to issue the Proclamation desired by all the Powers, and was imposing conditions which were unacceptable, such as withdrawal of our forces and exclusion of Europe from future settlement of Egyptian army. We retained our liberty of action in case these conditions were maintained. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8033. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in London. — Die Proclamation soll erst nach Ankunft der Truppen in Aegypten erlassen werden.

(Télégraphique.) Constantinople, le 31 Juillet, 1882.

Nr. 8033. Türkei. 31. Juli 1882.

Reçu télégramme du 25 courant. || J'approuve le langage que votre Excellence a tenu dans cette circonstance. || Lancer une Proclamation quelconque avant l'arrivée de nos soldats à Alexandrie, ce serait prendre une mesure intempestive qui ne pourrait avoir aucun effet pratique et aggraverait même la situation. Dans l'état ectuel des choses, il nous semble plus opportun et plus conforme à l'intérêt général de faire la Proclamation voulue en Égypte simultanément avec la présence de nos forces sur les lieux comme, d'ailleurs, cela a presque toujours eu lieu partout dans des circonstances analogues. || Je prie votre Excellence de bien faire pressentir la chose à Lord Granville de manière que sa Seigneurie veuille bien apprécier notre manière de voir dans le cas qui nous occupe.

---

## Nr. 8034. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Madrid. — Verhandlungen mit dem spanischen Gesandten über die Betheiligung Spaniens an der Conferenz.

Foreign Office, August 2, 1882.

Nr. 8034. Grossbritannien. 2. Aug. 1882.

Sir, — The Spanish Minister called upon me on the 30th ultimo, and told me that he had received a despatch from the Minister for Foreign

Nr. 8034. Grossbritannien. 2. Aug. 1882.

Affairs dated the 24th, and instructing him to explain to me that the Spanish Government had been deeply interested in recent events in Egypt, and felt it their duty to bring to the notice of Her Majesty's Government and to the other Great Powers the claim of Spain to be heard in the Council of the Powers in questions, which concerned her directly in view of her interests both as a Mediterranean and as a Colonial Power. || It was sufficient, said the Marquis de Casa Laiglesia, to look at the geographical position of Spain, the vast extent of her Mediterranean coast, her possession of the Balearic Islands, her fortresses on the north coast of Afrika, and the necessity for free communication with those dependencies, to understand the interest with wich she must regard any event or agitation calculated to affect her position as a Mediterranean nation. || So long as events in Egypt had been of a purely domestic character, and had related merely to the introduction of reforms, the Spanish Government had followed with interest the laudable efforts intended to secure the peace and prosperity of a country of wich the prosperity and tranquillity are now a matter of vital and common concern for Europe. || These questions, however, had now involved, that of the security of the Suez Canal, which connects Spain with her Colonies in the extreme east, which secures her political, administrative and commercial relations with the Philippine Archipelago, and the 7,000,000 of Spain subjects composing its population, which is the channel for the importation of its immense riches into the rest of the world, and the interruption of which, the Marquis de Casa Laiglesia continued, would compromise the future and even the existence of Spain as a Colonial Power. || Her Majesty's Government would not, therefore, be surprised that the Government of Spain, which possessed on the other side of the Canal an Empire inferior only to that of Great Britain among the Great Powers, should consider themselves justified in asserting their legitimate and unquestionable right to take part in the deliberations on this subject of Powers, of whom several possessed, neither in the Mediterranean nor in the extreme east, interests to be compared with those of Spain. The Spanish Government were at the same time firmly convinced, that in order that the decisions of the Great Powers on the subject of the Suez Canal should bear that character of justice and permanence which would alone render them effectual, it was indispensable to have the participation of Powers who, like Spain, were vitally interested in the question. || The Spanish Government were not alone in this opinion. The French Minister for Foreign Affairs had made a declaration in the same sense some days ago, when he had informed the French Chamber that, having been invited by Great Britain to make provision for the security of the navigation of the Canal in conjunction with her and with the assent of Europe, he had considered himself obliged to consult the opinion of Europe, and to obtain her consent with regard to any measures to be taken, believing that this was the best method of defending the interests of France. || The Marquis de Casa Laiglesia concluded by saying, that other Governments had also expresed a desire to see Spain take part in the solution of questions which so directly

interested her, and that the Spanish Government, relying on our feeling of justice and on our cordial relations with Spain, did not doubt that Her Majesty's Government would recognize the justice and expediency of admitting Spain to any deliberations for the purpose of adopting measures of a permanent and definite character with regard to the Suez Canal. || The Marquis de Casa Laiglesia called upon me again this afternoon to receive my reply. I told him, that the best answer I could give would be to repeat to him what I had already stated to the German Government with regard to the recent proposal of England and France. I had said, that we had never made any proposal to settle arrangements for insuring the safety of the Suez Canal for an unlimited time. We considered, that the responsibility for its protection lies primarily with the Egyptian Government. Failing the Egyptian Government, recourse might be had to the Sovereign Power. || At the present moment the *de jure* Government of Egypt is helpless, and the *de facto* Governments is the principal source from which danger to the Canal is to be apprehended. The Sovereign has taken no steps for its protection. || If the principal tenant of a house were to see it on fire, he would not wait for the owner and other tenants, but would try to put out the fire at once. He would be glad to concert with any of the other tenants who were ready to join him, and would exclude none. || That was our position with regard to the Canal. We hoped, that the state of anarchy in Egypt would soon be at an end, and, when that happened, we are not aware of any reasons why the responsibility of securing the safety of the Canal should be transferred from those on whom it has hitherto rested. This, I said, had been the substance of our explanations to Prince Bismarck. || I added that, if a necessity should arise for considering questions connected with the Canal, I could not give an isolated opinion as to the admission of any Power or Powers to the deliberations on those questions, but should be glad to communicate with the other Governments on the subject of the admission. In the meanwhile, we should welcome any assistance for the protection of the Canal, and if the Spanisch Government had near the Canal or intended to send there any vessels of war or gunboats, we should be happy to put our Admiral into friendly communication with the officers in command of them, and to give them a cordial reception. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8034. Grossbritannien. 2. Aug. 1882.

---

## Nr. 8035. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter über die zwölfte Sitzung.

A l'ouverture de la douzième séance MM. les Délégués Ottomans ont saisi la Conférence de la Déclaration avec son Appendice en date du 27 Juillet, qu'ils avaient déjà adressés directement à chacun de nous. La Conférence a été également saisie d'une double communication de l'Ambassadeur d'Angleterre

Nr. 8035. Conferenz-Staaten. 2. Aug. 1882.

Nr. 8035. Conferenz-Staaten. 2. Aug. 1882.

touchant la présence des troupes Anglaises en Égypte et la demande d'une Proclamation déclarant Arabi rebelle, ainsi que de la réponse de la Sublime Porte en date du 1er Août.

L'Ambassadeur d'Italie a ensuite donné lecture à la Conférence de la proposition suivante: — || "La Conférence reconnaît qu'il convient d'organiser, pour la sécurité de la libre navigation du Canal de Suez, avec le concours de la Sublime Porte, un service purement naval de police et de surveillance, auquel toutes les Puissances seraient appelées à participer d'après des règles à convenir, et avec réserve de se concerter dans chaque cas spécial où l'application de ces règles paraîtrait insuffisante."

L'Ambassadeur d'Angleterre a dit que, n'ayant pas d'instructions, il ne pouvait qu'en référer à son Gouvernement.

L'Ambassadeur de France a fait ressortir la similitude entre cette proposition et celle qui avait été précédemment formulée par son collègue d'Angleterre et par lui.

Les Représentants d'Autriche, d'Allemagne et de Russie ont adhéré à la proposition de l'Ambassadeur d'Italie.

Les Délégués Ottomans se sont réservé de répondre à la prochaine séance.

La Déclaration du 27 Juillet et son Appendice relativement à l'acceptation par la Sublime Porte de l'intervention en Égypte ayant soulevé des objections, MM. les Délégués Ottomans se sont enfin engagés à apporter à la prochaine séance une Déclaration plus catégorique.

Prochaine séance Vendredi.

---

## Nr. 8036. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Vor Abschluss der Militärconvention und Veröffentlichung der Proclamation gegen Arabi wird England die Landung türkischer Truppen nicht gestatten.

Foreign Office, August 3, 1882.

Nr. 8036. Grossbritannien. 3. Aug. 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government have received information, that preparations are being made for the immediate dispatch of Turkish troops to Egypt, but until the Porte shall have entered into an agreement with Her Majesty's Government for the issue of a Proclamation by the Sultan in support of Tewfik-Pasha and denouncing Arabi as a rebel, and shall have signed a Military Convention with this country for the co-operation of the Turkish troops with Her Majesty's forces, no Turkish troops can be allowed to land in Egypt. Orders to that effect have been sent to the British Admiral commanding Her Majesty's naval forces in the Mediterranean. || I have to request, that you will make this known to the Porte in courteous terms, unless the

necessity for such a communication shall have entirely disappeared by the time this despatch reaches you. || I am, etc.

Granville.

Nr. 8036. Grossbritannien. 3. Aug. 1882.

---

## Nr. 8037. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Vorstellungen wegen der antienglischen Politik Lesseps'.

Foreign Office, August 4, 1882.

My Lord, — I have to request, that your Excellency will represent to the Government of France that Her Majesty's Government are informed that active opposition to the operations of Her Majesty's Government in Egypt, by obstruction of the Suez Canal in the event of British forces being landed at any stations in or near the Canal has been threatened by M. de Lesseps, against whose proceedings, as an eminent French citizen and Chairman of the Canal Company, Her Majesty's Government would be unwilling to take any measures without absolute necessity. They hope, that any such necessity will be avoided by those representations on the part of the French Government to M. de Lesseps which, from the friendly relations and the identity of interests in the Canal and in Egyptian affairs generally of both Governments, Her Majesty's Government feel sure they may confidently expect. || I am, etc.

Granville.

Nr. 8037. Grossbritannien. 4. Aug. 1882.

---

## Nr. 8038. GROSSBRITANNIEN. — Kriegsminister (Childers) an den Kommandirenden der Expeditions-Armee (Wolseley). — Instruction.

War Office, August 4, 1882.

Sir, — Her Majesty having been graciously pleased to appoint you to the command of the army ordered for service in Egypt, in support of the authority of His Highness the Khedive, as established by the Firmans of the Sultan and existing international engagements, to suppress a military revolt in that country, I have received the Queen's directions to instruct you to assume the command of an expeditionary force for that purpose without delay. || The force which Her Majesty has placed under your command, proceeding from this country, consists of 4 regiments of cavalry, 8 batteries of Royal Artillery, 1 ammunition column, 6 troops and companies of Royal Engineers and 10 battalions of infantry, making a total of 14,794 non-commissioned officers and men of all arms. || You will also have under your command a force about to be dispatched from India, consisting of 3 regiments native cavalry, 1 mountain battery of artillery, 2 companies Madras sappers, 1 British battalion of infantry and 3 native battalions of infantry, making a total of 4,586 non-com-

Nr. 8038. Grossbritannien. 4. Aug. 1882.

Nr. 8038. Grossbritannien. 4. Aug. 1882.

missioned officers and men. || Another portion of the force, consisting of 4 garrison batteries of artillery, 2 companies Malta Fencible Artillery, 1 company Royal Engineers, and $6^1/_2$ battalions of infantry, making a total of 6,186 non-commissioned officers and men, to be under your command, has already, as you are aware, proceeded to Egypt, and is now engaged in the protection of Alexandria. || Her Majesty's Government do not wish to fetter your discretion as to the particular military operations which may be necessary, but the main object of the expedition is to re-establish the power of the Khedive. || Her Majesty's Government empower you, after successful operations against Arabi and those in arms against His Highness the Khedive, to enter into any Military Convention which the circumstances warrant; but no arrangements involving a political settlement should be made by you. || It will be desirable, should time and circumstances admit, that the terms of any Convention should be referred to Her Majesty's Government before being finally decided, and in such case they should be simultaneously communicated to Her Majesty's Agent and Consul-General for the information of His Highness the Khedive. || You are aware that in the operations which have taken place at Alexandria Admiral Sir B. Seymour, in the absence of Her Majesty's Agent and Consul-General, has been acting as the Representative of Her Majesty's Government. Sir Edward Malet being now about to return, this arrangement will cease upon his arrival. || Sir Beauchamp Seymour will be instructed to co-operate with you, and render you every assistance in his power. || Her Majesty's Government consider, that the protection of the Suez Canal should be undertaken by the fleet; you will communicate with the Admiral on this point and ascertain his arrangements. || Her Majesty's Consul-General in Egypt should be the medium of any communications which you may deem necessary to make to His Highness the Khedive. || I am, etc.

Hugh C. E. Childers.

---

## Nr. 8039. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter über die dreizehnte Sitzung.

(Translation.)

Nr. 8039. Conferenz-Staaten. 5. Aug. 1882.

The proposition of the Italian Ambassador relative to the protection of the Suez Canal was brought forward for discussion at the commencement of our thirteenth meeting. || The English Ambassador said, that he had no positive instructions, but that he did not reject the proposition. || The French Ambassador also reserved his opinion. || At the demand of the Ottoman Delegates, the words "having a provisional character" were added to the text of our preceding telegram. They are to follow the word "supervision". The English Ambassador renewed his pressing demands ("instances") with a view to obtaining a Proclamation from the Sultan declaring Arabi in a state of rebellion.

He complained, that the Ottoman authorities in the provinces led the population to believe the Ottoman troops sent to Egypt had for their mission the expulsion of strangers and the Khedive. || The Ottoman Delegates not having brought the declaration in writing of their categorical acceptance of the identic note of the 15th July, which was promised for to-day's meeting, the English Ambassador stated it was his duty, although he had no instructions with regard to this point, to declare to the Ottoman Delegates that the delays and hesitation which the Government of the Sultan chose to interpose before giving ("mettait à donner") a definite answer to the note, ran the risk of being interpreted by Her Majesty's Government as a refusal to accept it. || In his answer Saïd-Pasha engaged to give to-morrow or the day after the acceptance in writing.

Nr. 8039. Conferenz-Staaten. 5. Aug. 1882.

---

## Nr. 8040. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter über die vierzehnte Sitzung.

A la quatorzième séance aujourd'hui nous avons signé le Protocole suivant: — || „Messieurs les Délégués Ottomans ont fait à la Conférence la Déclaration suivante: — || 'La Sublime Porte accepte l'invitation d'intervenir militairement en Égypte qui lui a été adressé par la note identique du 15 Juillet, ainsi que les clauses et conditions qui s'y trouvent énumérées.' || La susdite déclaration a été acceptée par la Conférence. || En foi de quoi MM. les Plénipotentiaires ci-dessus nommés ont signé le présent Protocole.

Suivent les signatures.

La prochaine séance a été fixée pour Jeudi.

Nr. 8040. Conferenz-Staaten. 7. Aug. 1882.

---

## Nr. 8041. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Erklärung des Cabinet Duclerc über seine ägyptische Politik.

(Telegraphic.) Paris, August 8, 1882, 5. 15 P. M.

The new Cabinet has made a declaration to the Chamber this afternoon. The following is the passage about Egypt: —

"En refusant les crédits nécessaires à l'occupation d'une partie du Canal de Suez, la Chambre a pris mesure de réserve et prudence qui n'est point une abdication. Le Gouvernement s'inspirera de la pensée qui est dictée par ce vote, et y conformera sa conduite. Si des événements survenaient qui parussent engager les intérêts ou l'honneur de la France, nous nous empresserions de convoquer les Chambres, et leur soumettre les résolutions que les circonstances commanderaient."

Nr. 8041. Grossbritannien. 8. Aug. 1882.

---

## Nr. 8042. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter über die fünfzehnte Sitzung.

Nr. 8042. Conferenz-Staaten. 10. Aug. 1882.

A la quinzième séance d'aujourd'hui les Délégués Ottomans, ayant exprimé le désir d'avoir un Protocole de la séance, nous l'avons rédigé dans les termes suivants: —

"*Protocole de la séance du 10 Août, 1882.*

Présidence de son Excellence Saïd-Pacha. || Le Président a remis en discussion à l'ouverture de la séance la proposition Italienne concernant le Canal de Suez, dont le texte a déjà été présenté à la Conférence. || Les Représentants d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de Russie et de Turquie ont exprimé leur adhésion antérieure. || L'Ambassadeur d'Angleterre a déclaré que son Gouvernement adhérait également à la condition qu'il soit entendu que la proposition Italienne se limite dans ses effets à la crise actuelle et ne soit pas un empêchement, si la nécessité se produit, soit pour l'Angleterre,soit pour les autres Puissances, de mettre des troupes à terre et d'occuper certains points nécessaires à la sécurité du Canal. Il est également entendu que l'Angleterre réserve toute sa liberté d'action pour les opérations militaires ayant en vue le rétablissement de l'autorite du Khédive. || L'Ambassadeur de France a fait savoir qu'il attendait incessamment ses instructions. || Le Chargé d'Affaires de Russie a demandé à l'Ambassadeur d'Angleterre des explications sur l'occupation de Suez par les forces Anglaises. || L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie s'est associé à cette demande. || Lord Dufferin a répondu que cette occupation avait été effectuée par ordre de l'Amiral Anglais en vue de sauver la ville d'un danger imminent, et devait être considérée comme ne portant aucune atteinte au caractère international du Canal. || Le Ministre des Affaires Étrangères a annoncé que par suite de l'acceptation par le Gouvernement Ottoman de la note identique, les troupes Impériales allaient partir aujourd'hui ou demain, et en réponse à une demande de l'Ambassadeur d'Angleterre a ajouté qu'elles ne débarqueraient pas en Égypte avant l'arrivée du Commissaire et du Général-en-chef."

---

## Nr. 8043. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Lesseps' Politik.

Nr. 8043. Grossbritannien. 12. Aug. 1882.

(Extract.) Paris, August 12, 1882.

I spoke this afternoon to M. Duclerc respecting the proceedings of M. de Lesseps in Egypt. || His Excellency promised to write to-day to M. de Lesseps, with a view to inducing him to take another line; but his Exellency added, that he trusted that Her Majesty's Government would show great patience ("longanimité") in dealing with a man who enjoyed in France so high a reputation and so extensive a popularity as did M. de Lesseps. || I answered, that Her Majesty's Government and Her Majesty's officers on the spot

had shown the utmost consideration for M. de Lesseps, and the greatest forbearance towards him, and that they earnestly desired to continue to do so, but that it must be remembered that we were engaged in military operations, and that M. de Lesseps seemed to be unhesitating in his efforts to thwart our operations and to help and encourage our adversaries.

Nr. 8043. Grossbritannien. 12. Aug. 1882.

---

## Nr. 8044. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter über die sechzehnte (letzte) Sitzung.

Le Protocole suivant a été signé á la fin de notre seizième séance aujourd'hui: —

Nr. 8044. Conferenz-Staaten. 14. Aug. 1882.

"A la séance du 14 Août le Président ayant réouvert la discussion sur la proposition Italienne, relativement au Canal de Suez, s'est adressé à l'Ambassadeur de France et lui a demandé s'il avait reçu des instructions l'autorisant à adhérer à la proposition. || L'Ambassadeur de France a répondu qu'il était autorisé à adhérer si tous les Représentants des Puissances participant à la Conférence avaient donné leur adhésion, et a prié le Président de constater que les adhésions déjà acquises étaient maintenues. Tous les membres de la Conférence ayant répondu qu'ils maintenaient leur adhésion antérieure, l'Ambassadeur de France a déclaré qu'il adhérait également, en ajoutant que la France réservait son entière liberté d'appréciation quant à l'exécution des mesures auxquelles elle pouvait être appelée à prendre part en vertu de cet arrangement. || L'Ambassadeur d'Italie a remercié la Conférence, et, abordant les moyens d'exécution, a fait la proposition suivante: — || „Les Commandants des forces navales sur les lieux seront chargés par leurs Gouvernements respectifs de fixer les règles à établir pour la mise à exécution du projet que la Conférence venait d'adopter. || Tous les membres de la Conférence ont accepté cette proposition en s'engageant à en informer leurs Gouvernements. Les Représentants des Puissances, ayant exprimé l'avis unanime que le moment leur semblait venu de suspendre les travaux de la Conférence, les Délégués Ottomans n'ont pas partagé cette manière de voir et se sont réservés de nous faire connaître la date de la prochaine séance. Le jour où les Puissances croiront opportun de suspendre nos séances, nos Gouvernements auront à nous donner l'instruction formelle de faire une déclaration en ce sens à la Conférence."

---

## Nr. 8045. GROSSBRITANNIEN. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Die Verhandlungen über die Militärconvention sind jetzt als gegenstandslos abzubrechen.

Foreign Office, September 18, 1882.

Nr. 8045. Grossbritannien. 18. Sept. 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government greatly appreciate the fact that a substiantial accord exists between the Government of the Sultan and that

Nr. 8045. Grossbritannien. 18. Sept. 1882.

of Her Majesty on the Egyptian question, and especially as to the rebellion of Arabi Pasha and the position of His Highness the Khedive. || The occasion of the proposed Military Convention between this country and Turkey being now passed away, Her Majesty's Government rejoice that it is no longer necessary to discuss the difficulties which have been raised by His Majesty. Your Excellency is therefore authorized to convey to the Sultan, in the most courteous terms, the permission given you to drop the negotiation on this question. || You will explain to His Majesty, that Her Majesty's Government conceive this final step to be most consistent with the dignity of the two countries, and that it is not intended or calculated to alter the good and friendly relations existing between them. || The language which has been held by your Excellency throughout these negotiations is entirely approved by Her Majesty's Government, as well as the desire which you have shown to meet the wishes of the Turkish Government, so far as they could reasonably be admitted. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8046. GROSSBRITANNIEN. Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Duclerc wünscht Auskunft über Englands Absichten bezüglich Aegyptens.

Paris, September 20, 1882.

Nr. 8046. Grossbritannien. 20. Sept. 1882.

My Lord, — When I called on M. Duclerc to-day for his usual weekly reception, he observed to me, in the course of a desultory conversation on the topics of the day, that he thought it would be in the interest of England to give at an early date some notion of what her future intentions were with regard to Egypt.

Personally, his Excellency said, he was in no hurry, for he had entire confidence, that En glandwill not take any unfair advantage of the stone which, for the moment, has been placed in the way of France by the action of her Chamber. He felt, that England desired to be friendly to France, and therefore he was content to wait; but others were getting impatient. || I observed, that I had no doubt Her Majesty's Government were fully alive to the importance of not allowing too long a time to elapse, and equally felt the inconvenience which, as his Excellency had suggested, might arise from newspaper discussions on false premises; but he must not forget how few days had yet elapsed since the collapse of the rebellion, and must allow for the necessity for Her Majesty's Government to have the latest materials upon which to form their decision. || M. Duclerc again disclaimed emphatically the least desire to hurry Her Majesty's Government. He had merely intended to let me know, in a friendly way, what he had noticed. || The word "Conference" having arisen in the conversation, M. Duclerc observed that, unless Her Majesty's Government desire to make some modifications in the Firmans, which would require

the formal sanction of the Powers, he thought it would be more prudent of England not to refer the Egyptian question to any Conference. || His Excellency stated, that France would have no objection to the Conference, if England desires one; but he said he foresaw, that there would be in the Conference attempts made to form "combinations," which England might prevent by direct negotiations. || I have had the honour to forward the substance of this, by telegraph, to your Lordship this afternoon. || I have, &c.

F. R. Plunkett.

Nr. 8046. Grossbritannien. 20. Sept. 1882.

---

## Nr. 8047. GROSSBRITANNIEN. Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Rom. — Unterredung mit dem ital. Botschafter über die Zukunft Aegyptens.

(Extract.) Foreign Office, September 27, 1882.

General Menabrea spoke of the arrangements to be made for the future. He said, that the Italian Government were in no way jealous of the predominance of English influence. The claim of Italy was limited to a share in the settlement proportionate to her interests. Throughout the previous negotiations with the other Powers the Italian Government had made it a preliminary condition that any proposal put forward by them should have the assent of the English Government. They were now prepared to give their support to any scheme which we might think it right to propose, feeling confident that it would be based on equitable considerations, if they had a preliminary knowledge of it. General Menabrea asked whether it was possible for me to give any general indication of our views, in order to enable the Italian Government to be of assistance to us in advocating them with other Powers. || I said that, if I was unable to give him any reply at present, it was from no desire to preserve undue secrecy. Events had moved with great rapidity, greater indeed than could reasonably have been anticipated; it was necessary to consider with great care what the next proceeding should be, and the various points to be considered were so much connected and interdependent that it was impossible to discuss any one part of the settlement until we had come to a clear and definite conclusion as to the whole, after which we should be glad to communicate with the Italian Governement. || General Menabrea then alluded to the reports of an offer of the Sultan to hand over Egypt to England, in return for a pecuniary consideration, and to the suggestions which had appeared of an English Protectorate. || I told him, that I thought I might commit the indiscretion of assuring him that he might dismiss from his mind both these ideas. || His Excellency then spoke in a very condemnatory tone of the Control. He attributed to that institution a great portion of the difficulties which had arisen. He said, that it was still supported by M. Gambetta and his party at Paris, but that it did not seem to him possible to reconcile it

Nr. 8047. Grossbritannien. 27. Sept. 1882.

Nr. 8047. Grossbritannien. 27. Sept. 1882.

with good government in Egypt. He gave some reasons for this opinion, and concluded by saying that, in his view, the most important matter was the establishment of independent Tribunals, composed in part of foreigners, which could be trusted for the administration of real justice throughout the country, and beyond that a Commission to watch the proper administration of the finances, also the necessary measures for securing public order. || I thanked General Menabrea for his friendly communication.

---

## Nr. 8048. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Uebersicht über den Verlauf der Ereignisse in Aegypten vom 11. Juni bis 5. October 1882.

Foreign Office, October 5, 1882.

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

My Lord, — My despatch of the 11th July*) last brought down the history of recent events in Egypt to the moment when the threatening character of the military preparations at Alexandria had forced Her Majesty's Government to instruct the Admiral in command of the British fleet to demand the temporary surrender of the forts for the purpose of being disarmed. This demand not having been complied with, the attack upon the forts commenced on the 11th July, and was continued on the 12th until a white flag was hoisted, under cover of which the Egyptian troops retired from Alexandria, letting loose the convicts, and leaving the town to be pillaged and set on fire. || Full notice of the intended action of the fleet had been given by your Excellency to the Turkish Government, and in the night of the 10th—11th July the Foreign Minister called upon you to urge that the bombardment should be countermanded, stating that a change of Ministry had taken place, and that a satisfactory solution would be proposed within a few hours. The Turkish Ambassador read me a telegram from the Porte in the same sense on the following day; but these communications came too late—the ships had already opened fire. The nature of the promised solution was never made known to Her Majesty's Government. || Meanwhile, the Representatives at Constantinople were awaiting instructions from their Governments as to the identic note inviting the Porte to intervene in Egypt which had been adopted in the Conference on the 6th July. It appeared to Her Majesty's Government, that a decision should be come to without delay as to the steps to be taken in the event of danger to the Suez Canal. They accordingly requested the Powers to be prepared with an opinion on the subject, and they proposed to the French Government on the 13th July to discuss the matter with them on the understanding that any action which might be taken would be sub-

*) Band XLI, Nr. 7936.

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

ject to the Self-denying Protocol, and with the suggestion that, if measures should become necessary,' they should be taken at the instance or with the sanction of the Powers represented in the Conference and of the Porte, and that they should be prompt. || M. de Freycinet at once consented to take these proposals into consideration, and our communications resulted in the declaration which your Excellency and the French Ambassador made to the Conference on the 19th July *), proposing that the Conference should designate the Powers who should be charged in case of need to take the measures necessary for the protection of the Canal, and should autorize the Powers so designated to decide on the mode and moment of action. In the event of England and France being designated, you were authorized to accept the "mandat" on the part of Her Majesty's Government. || The proposal was referred by your colleagues to their Governments; but the Powers, though they offered no objection to the proposal that England and France should in case of necessity protect the Canal, declined to give them a mandate.

In consequence of reports that vessels in the Canal were in danger of being plundered by Arabs, it was thought advisable that Her Majesty's gunboats should be authorized to convoy them, and the French Government agreed on the 15th to join in this arrangement, in which the other Powers were also invited to take part. || On the 15th July your Excellency reported, that the identic note inviting the Porte to send troops to Egypt had been presented. || On the 16th July news was received, that Arabi-Pasha had been dismissed from his post, and as complete uncertainty prevailed in regard to his movements and those of the forces under his command, the British Admiral at Port Saïd was authorized to concert with his French colleague for the protection of the Canal, and to act in the event of sudden danger. The French Government instructed their Admiral to concert with ours, but stated that they could not, without the sanction of the Chambers, authorize him to act, except in the event of his being actually attacked. || On the 19th July the intelligence from Egypt assumed a still more serious character, and I instructed Her Majesty's Ambassador in Paris to urge the French Government to give their Admiral at Port Saïd full discretion in view of any emergency. At the same time I requested your Excellency to propose immediately to the Conference that, if the Sultan did not in twelve hours give an affirmative answer to the identic note of the 15th, it should be treated as a negative, and that the Conference should proceed at once to consider the speediest mode of intervention. The Porte, however, having on the following day sent a reply to the identic note expressing its readiness to take part in the Conference, I informed your Excellency, that it would not be necessary to carry out this instruction, but that you should inform the Sultan that he could only hope to recover the confidence of Her Majesty's Government by the immediate issue of a Pro-

*) Nr. 7947.

Nr. 8048. Grossbritannien, 5. Oct. 1882.

clamation in favour of the Khedive and denouncing Arabi-Pasha as a rebel. || On the same day news came of the blocking of the Mahmoudieh Canal, of the issue of Proclamations against the Khedive by Arabi-Pasha and of military preparations being made by him. Orders were given for a British force of 15,000 men to be collected in Malta and Cyprus; and your Excellency was informed that, in the event of the Sultan making any fresh proposals to you with regard to action in Egypt, you should decline to discuss them and should refer them to Her Majesty's Government. || If they were such as to show, that the Porte was not in earnest, you should say that they would result in a decision being taken independently of the Sultan.

On the 20th July Her Majesty's Government decided on the dispatch of an expedition to Egypt from this country for restoration of order and of the Khedive's authority, with or without the co-operation of other countries. || The French Government considered, that they could not give their Admiral at Port Said the discretion suggested by Her Majesty's Government, without the consent of the Chamber. On the 21st July I instructed Lord Lyons to propose to them, that we should jointly make a declaration to the Conference, stating that, having put them in possession of our views, and no dissent having been expressed, we had arrived at a provisional understanding that, in the existing state of facts, we should be prepared, should the necessity occur, to protect the Suez Canal by ourselves, or with the addition of any Power willing to take part. I at the same time suggested Italy as a Power whose co-operation was desirable. || On the following day I authorized Lord Lyons to propose, that your Excellency and your French colleague should be instructed to say to the other Ambassadors that, unless the Porte sent an acceptance of a kind immediately available, England and France intended to devise, with a third Power, if possible, military means for preparing a solution; that we should ask Italy to be that third Power; that we should consult immediately upon the division of labour; and that the Suez Canal should be included in the general scheme of allied action. || The French Government agreed to make the proposed declaration as to the Canal, and to invite Italy to join in the measures for its protection; they limited their co-operation to naval measures and to the occupation of certain points on the Canal itself, and they refused to take part in any operations in the interior of Egypt except for the purpose of repelling direct acts of aggression, though they would not object to such operations being undertaken by England alone. || Your Excellency was accordingly authorized on the 24th July to make, with the French Ambassador, the declaration, that the two Governments had arrived at a provisional understanding for the protection of the Canal.

The Ottoman Delegates presented themselves at the tenth meeting of the Conference on the 24th July; they adhered in principle to the proposal for the dispatch of Turkish troops to Egypt, and promised to give a complete answer at the next meeting. || On the 25th June I sent Lord Lyons a draft of Protocol

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

defining the mode, in which the arrangements for the protection of the Canal were to be carried out. || On the 26th the invitation to join in the protection of the Canal was made to the Italian Government by the English and French Representatives at Rome, and on the same day I informed the Italian Ambassador in London, that we should welcome the co-operation of Italy in a movement in the interior. The reply of the Italian Government was that, the Porte having accepted the identic note, it would be a contradiction to enter at present into engagements as to another mode of intervention, and that he must await the course of events before giving a definite answer.

Your Excellency reported, that at the eleventh meeting of the Conference on the 26th July the Ottoman Delegates had declared that Turkish troops were on the point of starting for Egypt; that they had accepted the identic note in the terms, in which it was framed, but had expressed a hope that the military intervention of foreign Powers in Egypt would no longer be considered necessary. They still delayed the formal answer to the identic note. The Representatives unanimously supported your Excellency's suggestion, that the Sultan should issue a Proclamation denouncing Arabi.

The French Ministers applied to the Chamber for a grant of money to enable them to carry out the arrangements for the protection of the Canal. The Bill was introduced on the 25th July; but it soon appeared, that it would meet with great opposition; and on the 27th, the discussion upon it having been postponed to the 29th, Her Majesty's Ambassador in Paris was instructed to inform the French Government, that Her Majesty's Government, whilst accepting the co-operation of Turkey in regard to intervention in Egypt, would proceed with the measures they had already taken in hand.

On the same day your Excellency reported, that the Ottoman Delegates had requested that a meeting of the Conference might be summoned to receive their answer to the identic note, but that, the Russian Representative having been instructed to abstain from taking part in the Conference, no meeting could take place. || Musurus-Pasha communicated to me on the 28th July a telegram from the Porte intimating its decision to dispatch troops immediately to Egypt, and I at once instructed your Excellency to make a communication to the Conference, informing them that in consequence of the hostile attitude of the rebel forces, and the importance of protecting the Canal, Her Majesty's Government had been forced to make preparations which they believed would be sufficient for the restoration of the authority of the Khedive and the establishment of order; that, while reserving their liberty of action, they would be glad to receive the co-operation of other Powers, including the Porte; that they wished to learn the number of troops the Sultan intended to send, the date of their probable departure and the proposed disposition of them; and that they considered it essential that the Sultan should at once, and before the dispatch of his troops, issue a Proclamation upholding Tewfik-Pasha and denouncing Arabi as a rebel.

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

Communications, meanwhile, had been passing between the Powers on the subject of the proposal respecting the protection of the Suez Canal made by your Excellency and the French Ambassador to the Conference on the 19th July; and on the 28th the German Ambassador in Paris informed the French Government, that the German, Austrian, Russian and Italian Government were agreed that, as the Sultan had consented to send troops to Egypt, the Turks should first be asked to protect the Canal, and if they refused, the Powers most interested might act, but should refer the matter to the Conference in order that it might devise measures for placing the protection of the Canal in the hands of all the Six Powers. || The German Chargé d'Affaires made a somewhat similar communication to me and added, that Prince Bismarck would not consent to a vote in the Conference involving a modification of existing Treaty arrangements, and would not be a party to a "mandat" which would entail responsibility without control. An agreement for the protection of the Canal for an unlimited period by the European Powers could, in his Highness' opinion, only be accepted unanimously if all the Powers interested took part in it with equal rights as to measures for the police of the Canal. These measures should be maritime, and each individual case should be discussed. I explained to the German Chargé d'Affaires, that we had not contemplated protection for an unlimited time. We considered, that the permanent obligation to maintain the security of the Canal rested upon the Egyptian Government and, failing it, upon the Porte. The present was an abnormal state of things. The *de facto* Government was the quarter from which danger to the Canal was apprehended. The Sultan had taken no steps to secure its safety. Our position was that of a principal tenant of a house on fire, who would not hesitate to put it out without waiting for the assent of the owner or other tenants. We hoped that order would soon be re-established, and that these temporary measures would no, longer be needed. We did not believe that the responsibility for the safety of the Canal ought to be transferred from those on whom it had hitherto rested.

Your Excellency reported on the 27th July, that the Turkish Plenipotentiaries had made a communication to the members of the Conference repeating the statement that Ottoman troops would be sent to Egypt, but implying as a condition that the foreign troops in Egypt should evacuate the country on the arrival of the Turkish forces. They also proposed, that the reorganization of the Egyptian army should be concerted between the Porte and the Khedive alone, without the interference of the Powers. || I at once telegraphed to your Excellency to inform Saïd-Pasha and the Conference, that Her Majesty's Government could neither withdraw their troops nor relax their preparations; that the prolonged inaction of the Sultan had thrown upon England the burden which she had undertaken to bear; that Her Majesty's Government would accept the arrival and co-operation of the Turkish forces in Egypt, provided the character in which they came was satisfactorily defined and cleared from all ambiguity, by previous declarations of the Sultan; and I desired you to

make known to the Conference that, when the military object in view should have been abtained, we should invite the aid of the Powers to make provision for the future security and good government of Egypt.

On the 29th July the French Chamber threw out the Suez Canal Credit Bill by a large majority, and the French Government withdrew from all co-operation in the measures for the protection of the Canal, and instructed their Admiral at Port Saïd to preserve a strict neutrality, and to cease convoying vessels.

On the 31st the Khedive, at the request of Her Majesty's Government, gave authority to the British Admiral at Port Saïd to occupy such points of the Isthmus of Suez as he might deem useful for the free traffic on the Canal and the protection of the neighbouring towns and populations, and to suppress any force not recognizing the Khedive's authority. The Admiral was further authorized to take the necessary measures for depriving the rebels of the railway between Ismaïlia and Suez. || On the 2nd August Admiral Hewett occupied Suez on behalf of the Khedive.

The Russian Government having sanctioned the attendance of their Representative at the Conference, it met for the twelfth time on the 2nd August, after a week's adjournment, and the Italian Ambassador proposed the adoption of a formula providing for the protection of the Suez Canal, with the concurrence of the Porte, by a "purely maritime service for the police and supervision of the Canal, in which all the Powers should be invited to take part, according to rules to be hereafter agreed upon, and with the reservation of concerting in each special case in which the application of these rules may seem to be insufficient." || This proposal, as your Excellency is aware, was agreed to by Her Majesty's Government on the understanding that it was temporary, that it did not prevent the landing of troops, in case of necessity, to hold posts for the security of the Canal, and that Her Majesty's Government retained entire liberty of action as to such military movements as might be necessary for the support of the Khedive against the rebels. || In the meantime, the Turkish Government, in spite of your urgent representations, delayed coming to any resolution as to the issue of the Proclamation against Arabi, while they continued their preparations for the immediate dispatch of their troops to Egypt; and on the 3rd August I telegraphed to your Excellency to inform the Porte, that until they should have entered into an agreement with Her Majesty's Government for the issue of the Proclamation, and should have signed a Military Convention, no Turkish troops would be allowed to land in Egypt, and that orders to that effect had been given to the British Admiral. || In the meeting of the Conference on the 5th your Excellency renewed your demands for the issue of the Proclamation, and you called attention to the fact that the written acceptance of the identic note had not yet been sent to the Conference. || On the 6th Saïd-Pasha informed you, that the Sultan agreed to all our demands. At the meeting of the Conference on the 7th the

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

Ottoman Plenipotentiaries formally accepted the invitation to send troops, and intimated that the draft of Proclamation would be prepared at once, and negotiations for the Military Convention commenced. || On the 8th August your Excellency, reported that the Porte had announced to you that the Ottoman troops would start on the 10th August, and on the 9th you telegraphed the draft of Proclamation which they had communicated to you. The wording of it, with the exception of one expression as to "foreign" interference, was satisfactory, and I requested your Excellency to convey the thanks of Her Majesty's Government to the Sultan, and, as a proof of their confidence, to invite his naval co-operation at Port Saïd or on the Canal. || On the following day Musurus-Pasha communicated to me the draft of a Military Convention, but it did not meet the requirements of the case, and I therefore instructed your Excellency to propose a draft which had been telegraphed to you a few days previously. || Her Majesty's Government thought it necessary to insist, that the number of Turkish troops should, in the first instance, be limited to 5,000 men, and should not be increased without their consent; that the force should be landed at Aboukir Damietta, or Rosetta; that it should not make any movement without the consent of the British Commander-in-chief, and that it should evacuate Egypt at the same time as the British force.

The Italian proposal for the police service of the Suez Canal having been unanimously agreed to, the Italian Ambassador proposed that the rules to be adopted in order to give effect to the proposition should be settled by the Commanders of the respective naval forces on the spot. This proposal was also accepted, and instructions in accordance with it were sent to the British Admiral at Port Saïd; but the progress of events prevented the execution of the plan.

At the last meeting of the Conference, which took place on the 14th August, the Representatives of the Powers expressed their opinion, that the moment had come to suspend its labours but; this opinion was not shared by the Ottoman Delegates, who reserved the right of summoning another meeting. You reported, that your colleagues wished to insert into the Protocol of the final meeting of the Conference a formula stating, that an amicable understanding exists between the European Cabinets, that no definitive settlement of the Egyptian question is to take place except with the co-operation of all the Powers. Your Excellency had already stated, at the twelfth meeting of the Conference, that, when the military object in view had been obtained, England would invite the aid of the Powers to make provision for the future security and good government of Egypt, and it appeared to me that it was hardly necessary to repeat these declarations, but I authorized you to assent to the proposed formula, with the substitution of the word „communication" or "consultation" for "co-operation." || The idea of a formal suspension of the Conference was, however, eventually dropped, and no final Protocol was signed.

On the 18th August Sir G. Wolseley started from Alexandria with the

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

British force, and on the following day Port Saïd, Kantara and Ismaïlia were occupied. || Meanwhile, the negotiations with the Porte for the dispatch of the Turkish force to Egypt were being unremittingly pressed on by your Excellency. || The Turkish Ministers began by accepting the terms of the Military Convention in principle, with some verbal amendments, but wished to insert a stipulation giving them the power of prolonging the stay of the Ottoman troops in Egypt. || When the Articles, however, were referred to the Sultan, His Majesty struck out the clause requiring the assent of England to the landing of reinforcements, and insisted that his troops should disembark at Alexandria, and that the Turkish Commander-in-chief should have the power of arresting the military operations. || Her Majesty's Government learnt with much regret, that the export of the mules purchased for the use of the army in Egypt in Asia Minor had been stopped, and the drivers imprisoned, and the unfriendly conduct of the Turkish Government in delaying the removal of this prohibition led so strong remonstrances from your Excellency, and could not fail to increase the distrust felt in England in regard to the intentions of the Sultan. || The explanation given by your Excellency to the Turkish Ministers on the 20th August to the effect, that the draft Convention gave the English Commander-in-chief a veto on the movements of the Turkish troops, but not the power of compelling the Turks to make movements to which they objected, was calculated to meet one of the objections put forward by the Sultan, and was approved by Her Majesty's Government. || It was not until the 23rd, that the Sultan sent to inform your Excellency that he had given orders to allow the mules and their drivers to be embarked; and he at the same time sent you a personal message urging, that Alexandria should be the port of disembarkation and base of operations for his troops. || After an interview with the Turkish Ministers, your Excellency agreed to submit to Her Majesty's Government the Sultan's request that the troops should land at Alexandria, and the Turkish Ministers finally accepted all the other clauses of the Convention, with certain amendments which had been agreed to by you; but when you proceeded to discuss the question of the Proclamation, they proposed to throw aside the Proclamation which had been agreed upon, and by which Arabi was declared to be a rebel, and to issue a mere appeal to his loyalty. Your Excellency very properly refused to listen to any such suggestion, and informed them that you would not sign the Convention until the Proclamation had been officially communicated to you, and that it would be impossible for Her Majesty's Government to allow the landing of the Ottoman troops. || I informed your Excellency on the 24th August, that Her Majesty's Government could not make any further changes in the Convention, and I requested you to intimate to the Porte that under the existing pressure of circumstances it would not be well for the dignity of either Power that the negotiations should be indefinitely-prolonged. || Again the Turkish Ministers and the Sultan's Dragoman came to your Excellency with messages from the Sultan pressing for the landing

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

at Alexandria, and assuring you that the Proclamation should be communicated the moment that the heads of the Convention were agreed to. Things looked more promising, when, on the 25th, your Excellency telegraphed that the instructions given for the dispatch of the mules from Smyrna and the release of the drovers had been cancelled by an order from the Palace. I at once informed you that, if these facts proved correct, it was no longer possible for you to continue the negotiations for the Convention. || On the 27th your Excellency reported that the Turkish Ministers had accepted Aboukir as the place of disembarkation, and promised that before the Convention was signed they would communicate the Proclamation officially and order its publication in Egypt. I replied, that you might sign the Convention on the preliminary condition that the mules and drivers should be released, and a promise given by the Porte to assist in forwarding them to Egypt, with an assurance that no further impediments would be offered; that the Proclamation should be issued at once, and that British officers should go to Crete or Constantinople to concert with Turkish officers as to the military operations. || On the 29th you reported, that you had settled the text of the Convention with the Turkish Plenipotentiaries, who had also agreed to the preliminary conditions, and had promised to send the initialled copy next day, when the Sultan's formal sanction had been obtained. They still begged, that the troops should be allowed to pass through Alexandria on their way to Aboukir. The 30th passed without any further communication from the Porte; but in the middle of the night Saïd-Pasha called upon you at Therapia with a further message from the Sultan, urging that the troops should go to Aboukir viâ Alexandria; and in the morning his Excellency came again with the Sultan's Private Secretary, and stated that His Majesty was ready to take any step to remove our misgivings, if he was allowed to land his troops at Alexandria. He would reduce their number to 1,000 or 2,000. Baker-Pasha should go as second in command, and take with him as many English officers as he pleased, and the Turkish troops should be as much under English control as in the Crimea. Further, the Sultan was prepared to enter into the closest friendship with England, to discharge from his person and about his service all those who had hitherto stood in the way of a good understanding, and he acknowledged that he had been wrong in doubting her friendship and assuming so reserved an attitude towards her. || I informed your Excellency on the 1st September, that Her Majesty's Government were willing to meet these proposals, and to receive 2,000 or even 3,000 troops, but that, in view of the strong objections to Alexandria, it would be preferable that the landing should take place in the Suez Canal. || On the 3rd September your Excellency telegraphed, that the Sultan accepted the proposal that his troops should go to Port Saïd and thence into the Canal, that he maintained his other propositions, and that the Proclamation would be communicated immediately. || I authorized you on the 24th to conclude the Convention as soon as the Proclamation should have been published, the words "such point or points on the Canal as

may previously be arranged with the British Commander-in-chief" being substituted for "Aboukir," and a Memorandum to be signed by the Turkish Minister for Foreign Affairs embodying the Sultan's proposals. || When your Excellency proceeded to the Porte on the 6th September to sign the Convention, you found that the Proclamation had that morning appeared in the newspapers in a changed form, and you thereupon stated that you must decline to sign the Convention. Saïd-Pasha admitted, that the publication was an act of heedlessness; but he said, that the denunciation of Arabi in the published Proclamation was stronger than in the original draft, and he undertook that the word "foreign," to which we had objected, should be expunged from all the official texts and translations, and that a correction should be published in the "Vakit." A further discussion ensued as to the form of the stipulation respecting the landing of the Turks in the Canal. Saïd-Pasha objected to the words I had proposed, and pressed for the mention of Port Saïd. Your Excellency accepted, *ad referendum*, an amended paragraph to the effect, that the Turkish forces would proceed ("se rendront") to Port Saïd, and from thence to whatever point or points may be agreed upon between the two Commanders-in-chief. Her Majesty's Government, however, insisted, that the clause should state that the Turkish troops would "enter the Canal at Port Saïd and proceed from thence," while the Sultan wished to substitute the word "débarqueront" for "se rendront à Port Saïd." || On the 10th instant the Ottoman Plenipotentiaries came to the Embassy with copies of the Convention and Memorandum for signature. They were authorized to accept the words "se rendront à Port Saïd"; but your Excellency, having in the meantime been informed of the views of Her Majesty's Government, stated that you could not accept them. You finally agreed to their retention on the understanding; that a paragraph should be inserted in the Memorandum explaining the meaning of the words to be that the troops should "direct their course towards Port Saïd in order to enter the Canal." || On the 12th your Excellency was again obliged to suspend negotiations on account of the arrest of a number of porters who had been engaged at Sir G. Wolseley's request for service in Egypt. They were on the same day released, with a promise that such proceedings should not be repeated. || The signature of the Convention, as further amended, was authorized by my telegram of the 13th, on the conditions that the Proclamation should be issued with the amendment required by Her Majesty's Government, and that the Memorandum, with the last addition proposed by your Excellency, should be signed simultaneously. || The Sultan sent for your Excellency on the 15th to meet the Turkish Ministers at his Palace, and spent eleven hours in attempting to introduce alterations into the Memorandum to which his Ministers had agreed, and in arguing against the omission of the word "foreign" from the Proclamation.

On the 15th I telegraphed to you that, in view of the defeat and submission of the Egyptian insurgents, Her Majesty's Government contemplated shortly commencing the withdrawal of the British troops from Egypt, and

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

presumed that, the emergency having passed, the Sultan would not now consider it necessary to send troops; and on the 18th you were authorized to convey to His Majesty, in the most courteous terms, the permission given to you to drop the negotiation of the Military Convention. || You were at the same time to explain to His Majesty, that Her Majesty's Government conceived this step to be most consistent with the dignity of the two countries and that it was not intended or calculated to alter the good and friendly relations between them. In replying to this communication, the Turkish Foreign Minister expressed the deep satisfaction of the Sultan and his Government at the sentiments which you had expressed on behalf of Her Majesty's Government. He declared, that the wish of the Turkish Government was to maintain unaltered the old friendship between the two countries; and he alluded in a tone of satisfaction to the successful efforts recently made by England for the restoration of order and good government in Egypt. Finally, referring to the announcement you had made as to the intention of Her Majesty's Government to commence the withdrawal of the British troops, he asked what date had been fixed upon for the accomplishment of the evacuation. || I requested your Excellency to state, in reply to this communication, that the Sultan was aware of the sacrifices we had made in order to restore order in Egypt; that, while those sacrifices had given us power, that power had thrown upon us great responsibility; that, the army being disbanded, until the Khedive had organized the means of securely maintaining his authority, it was impossible for us to withdraw our troops, although we had already diminished their number, and had no desire to keep any in Egypt longer than was justified by the circumstances. With regard to the overtures for a close alliance, the Sultan would remember, that the offer had been made by him on several occasions without any practical results, owing to the apparent change of His Majesty's views. We were still desirous to be on the most friendly terms with the Turkish Government, and the advice we had hitherto given to the Sultan had been that which we believed to be the best adapted for his security and the permanent advantage of the Ottoman Empire.

In executing these instructions, your Excellency pointed out that offers of friendship were unsatisfactory without some tangible proof of the willingness of the Ottoman Government to adopt that line of conduct which could alone render their friendship acceptable to English public opinion; and you suggested, that that proof might be given by inaugurating those internal reforms which were indispensable to the existence of the Empire and to the maintenance of a really good understanding with England. || I have already had the pleasure of conveying to your Excellency the entire approval by Her Majesty's Government of the manner in which you conducted the long and difficult negotiations which I have here recapitulated.

The Egyptian question has now entered a new phase. The rebellion has been crushed. Its leaders are in prison awaiting their trial, and the soldiers

who followed them have dispersed to their homes. The first portion of our task is accomplished. That which remains is to re-establish on a firm basis the authority of the Khedive, and to make provision for the future well-being of all classes of the Egyptian people. || Having reached this point, I have thought it desirable to record in some detail the negotiations in which Her Majesty's Government have taken part since the day when the forts at Alexandria were silenced by the British fleet. || This summary of events will show, that the isolated action which has been forced upon Her Majesty's Government was not of their seeking. From the first moment when it became apparent, that order could not be re-established in Egypt without the exercise of external force, they maintained that that force should be supplied by the Sultan as Sovereign of Egypt. || They proposed this solution to the Conference, and your Excellency lost no opportunity of urging it upon His Majesty and his advisers. Our efforts to induce them to intervene in Egypt under conditions which would satisfy Europe proved unavailing, and when it became necessary to make immediate provision for the safety of the Suez Canal, we proposed to undertake this duty jointly with France, with the co-operation of any other Powers who might be prepared to join us. We addressed a special invitation to Italy to take part in the arrangements. The progress of the rebellion having destroyed the authority of the Khedive and reduced Egypt to a state of anarchy, we invited France and Italy to act with us in repressing it; and when those Powers declined to do so, we still urged the Porte to send troops, insisting only on such conditions as were indispensable to secure unity of action. But before the Turkish Government carried out its agreement to sign the Military Convention, the success of our arms had put an end to the insurrection. || I am &c.

Granville.

Nr. 8048. Grossbritannien. 5. Oct. 1882.

---

## No. 8049. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Duclerc über die Beseitigung der Controle.

Paris, October 11, 1882.

My Lord, — On my entering M. Duclerc's room this afternoon his Excellency said he must ask me to convey a friendly message to your Lordship. || He had noticed, with regret, in the papers that instructions had been given to Sir A. Colvin not to resume his duties as Controller, when he reached Alexandria. || His Excellency begged me to observe, that he did not ask me either to confirm or to deny this report. || He desired merely, that I should convey to Her Majesty's Government, in the most delicate manner, that he feared this step might not be understood correctly. || He felt it his duty to warn Her Majesty's Government, that any attempt to abolish the Control by indirect means, or by treating it as dead, without previous consultation with the French Government, would produce a bad effect in France; and it would be considered

Nr. 8049. Grossbritannien. 11. Oct. 1882.

Nr. 8049. Grossbritannien. 11. Oct. 1882.

by the French Government as not being quite a friendly proceeding on the part of Great Britain. || His Excellency at once went on to say, that he would be ready to agree to the abolition of the Control, if the question were put before him by Her Majesty's Government. Although personally not so convinced as others, he was ready to recognize that circumstances now seem to make the cessation of the Control desirable. || M. Duclerc begged me especially to make your Lordship appreciate, that he had asked no questions, and displayed no impatience to know what the intentions of Her Majesty's Government are with regard to Egypt. He merely wished to convey a hint to a friend, in the full expectation, however, that it would be taken as intended. || I said I would at once forward his message, and had no doubt your Lordship would be glad to have this expression of his Excellency's views. || His Excellency thanked me, and immediately suggested we should converse on other matters. || I had the honour of forwarding the substance of the above to your Lordship by telegraph this afternoon. || I have &c.

F. R. Plunkett.

---

## Nr. 8050. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris. — Gründe, aus welchen Colvin angewiesen ist, seine Geschäfte als General-Controleur nicht wieder aufzunehmen.

Foreign Office, October 11, 1882.*)

Nr. 8050. Grossbritannien. 11. Oct. 1882.

Sir, — Count d'Aunay called here on the 7th instant, on behalf of M. Tissot, to inquire (under instructions from his Government) into the truth of the report which has appeared in the newspapers, and which would appear to have been confirmed by Sir E. Malet's statement to the French Agent in Egypt, that Sir A. Colvin, who has returned to Egypt, will not for the present resume his functions of Controller. He added, that the French Government wish to ascertain, if the report be true, what is the "veritable character of the measure." || I am not quite sure whether the measure of which the French Government desire to know the character is the return of Sir A. Colvin or the fact that he will not at once resume the duties of Controller. But I am happy to give all the information in my power on the subject. || Sir A. Colvin has returned at the strongly-expressed wish of the Egyptian Government, and Her Majesty's Government saw no reason to object to his doing so. || But they thought it better to advise that he should not at once resume the duties of Controller, for the following reasons: — || The measures which Her Majesty's Government have taken to restore order in Egypt throw great re-

*) Am 13. October wurde der Geschäftsträger in Paris angewiesen, den Inhalt dieser Depesche zur Kenntniss der französischen Regierung zu bringen.

sponsibility on the Government as to the advice which they will give for its future administration. || Late events have created considerable doubts as to the expediency of maintaining the Control as it was provisionally created by the Khedivial Decree of the 15th November, 1879, doubts which it is probable that the French Government have also entertained. || The personal action of the Controllers having been interrupted by their absence, it appeared to me better to advise, that Sir A. Colvin, on his return, should not reassume at once those duties, but give a little time for Her Majesty's Government to elaborate and to make known their views on the whole subject. || I have communicated the substance of the above despatch to the French Ambassador. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8050. Grossbritannien. 11. Oct. 1882.

---

## Nr. 8051. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den französischen Botschafter in London. — Unterredung mit Lyons über die Beseitigung der Controle.

Paris, le 12 octobre 1882.

Hier j'ai vu le Ministre d'Angleterre, et je lui ai parlé des instructions que M. Colvin aurait reçues du Gouvernement anglais avant de retourner en Égypte. J'ai déclaré à M. Plunkett que si l'Angleterre croyait avoir de bonnes raisons pour désirer la suppression du contrôle, elle n'avait qu'à nous en faire part; que nous ne refuserions pas d'examiner ses propositions et d'entrer en discussion avec elle à ce sujet, que le plus tôt même serait le mieux. Mais, ai-je ajouté, si les instructions de M. Colvin sont conformes à ce que Sir Ed. Malet en a dit à M. Raindre, ce serait un procédé dont nous aurions le droit de nous montrer surpris, et qui répondrait mal au bon vouloir que nous montrons au Gouvernement de la Reine. Nous ne saurions admettre, en effet, que l'Angleterre supprime ainsi, par une voie dé-tournée, par une sorte de simple prétérition, et sans notre avis, une institution qui fonctionne régulièrement par suite d'accords intervenus entre les deux Pays. || Je n'ai pas besoin de dire que ces observations ont été faites sur un ton amical. M. Plunkett a dû les transmettre, le soir même et par le télégraphe, à son Gouvernement.

E. Duclerc.

Nr. 8051. Frankreich. 12. Oct. 1882.

---

## Nr. 8052. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den englischen Botschafter in Konstantinopel. — Die Pforte wünscht mit England in Verhandlung zu treten.

Sublime Porte, le 17 Octobre, 1882.

M. l'Ambassadeur, — J'ai eu l'honneur de recevoir la réponse gracieuse de votre Excellence à ma lettre du 25 Septembre. || Vous voulez bien, M.

Nr. 8052. Türkei. 17. Oct. 1882.

No. 8052. Türkei. 17. Oct. 1882.

l'Ambassadeur, constater cette fois encore l'identité parfaite des vues et des intentions des deux Gouvernements — vues et intentions qui ont pour base les sentiments d'amitié inaltérable qui lient les deux pays. || Me plaçant dans cet ordre d'idées, je n'hésite pas à exprimer ici la conviction que le désir commun de l'Empire et de l'Angleterre dans les circonstances présentes a évidemment pour objet de donner aux affaires Égyptiennes une solution de nature à satisfaire à la dignité et au but réciproques. Dans la pensée de mon Gouvernement, ce but serait amplement atteint en amenant entre les deux Cabinets une entente dont le centre de gravité devra réunir les éléments les plus propres à assurer un état de choses stable en Égypte, en rétablissant d'une manière inébranlable le respect des stipulations du Traité de 1841 et de celles des Firmans Impériaux, le maintien, en un mot, du *statu quo ante*, lesquels consacrent les droits de souveraineté incontestables de Sa Majesté Impériale, mon auguste Maître, sur l'Égypte, et fixent la marche de l'administration de ce pays || Sur ces bases que le Gouvernement Anglais, dans son appréciation juste et éclairée, a déjà, à maintes reprises, reconnues et proclamées solennellement, je me déclare, d'ordre de Sa Majesté Impériale le Sultan, prêt à entrer en négociation avec votre Excellence, et à établir une entente qui sera certainement féconde en résultats pour le calme et la prospérité si désirés de l'Égypte. || Quant à l'évacuation des troupes Britanniques, nous prenons acte avec gratitude des assurances que le Gouvernement de Sa Majesté la Reine veut bien nous donner par l'entremise de votre Excellence sur son intention de ne point laisser longtemps dans cette contrée les troupes déjà diminuées par son ordre. D'ailleurs, en présence du retour du calme dans ce pays et des sentiments d'estime et de confiance parfaites du Cabinet Impérial à l'égard du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, nous avons le ferme espoir que l'évacuation totale des forces Anglaises ne tardera point à s'effectuer incessamment, ce qui pourrait, à notre avis, entrer également dans le domaine des négociations et de l'entente dont j'ai eu l'honneur de faire mention ci-dessus. || Veuillez, &c.

Saïd.

---

## No. 8053. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den englischen Geschäftsträger in Paris. — Unterredung mit Tissot über die Controlfrage.

Foreign Office, Octobre 18, 1882.

Nr. 8053. Grossbritannien. 18. Oct. 1882.

Sir, — the French Ambassador called upon me this afternoon, and we had some conversation on Egyptian affairs. || I told his Excellency, that I observed that the return of Sir A. Colvin to Egypt, and the instruction to him to abstain for the present from exercising the functions of Controller-General had caused some emotion at Paris. This step, however, had been taken without any *arrière-pensée* on our part. The fact was, that the Khedive and his Ministers had expressed a strong desire for Sir A. Colvin's presence in Egypt,

and their request had been supported by Sir E. Malet. We had been unwilling to part with him, as he was very useful here in advising Her Majesty's Government on various matters, and in furnishing information. Only the day before he left England I had telegraphed to Sir E. Malet to inquire if he considered it really important, that Sir Auckland should return at once. Sir E. Malet had replied in the affirmative. He said, that Sir A. Colvin's advice was required for the guidance of the Ministers, and that some mistakes had already resulted from his absence. We had therefore consented to his departure. || As regards the instruction to him to abstain for the present from resuming his duties as Controller-General, it had not been given with any intention of putting an end to the Control by a surprise. We thought that, any change of the existing system should only be made after full consideration and preparation of the arrangements to replace it. || I thought it probable that in the opinion of my colleagues it would be impossible to maintain for the future the Control as established by the Decree of November 1879, and I could not help believing that the French Government must entertain the same opinion. || I said that I observed, that M. Brédif, the French Controller-General, had been directed also to return to Egypt, and that the French Government had given us no information as to the instructions with which he had been furnished. I thought it would be very unfortunate if the native population should have before them the spectacle of two great European Powers pulling different ways, and I hoped M. Duclerc might be willing to arrange that the instructions to our respective Controllers-General should be in harmony. My idea was, that the two Controllers should for the present abstain from exercising their functions, but should perform some act appertaining to the office before it terminated, if its abolition were decided upon. I assured M. Tissot, in conclusion, that our desire was, that the arrangements in Egypt should be so framed as to leave France and England on a more friendly, rather than on a less friendly, footing than hitherto in regard to that country. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8053. Grossbritannien. 18. Oct. 1882.

---

## No. 8054. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den französischen Botschafter in London. — Brédif hat Instruction, seine Functionen als Controleur wieder aufzunehmen.

Paris, le 20 octobre 1882.

M. Brédif a regagné son poste à l'expiration de son congé. Les instructions que je lui ai données verbalement se résument en ceci: „En l'absence de toute proposition de l'Angleterre, il est invité, d'une manière générale, à s'occuper de tout ce qui concerne ses fonctions. Il devra assister au Conseil des Ministres, s'il y est convoqué selon la forme accoutumée. Dans le cas

Nr. 8054. Frankreich. 20. Oct. 1882.

Nr. 8054. Frankreich. 20. Oct. 1882.

contraire, il devra m'en référer. Du reste, nous sommes disposés à compléter ces instructions en autorisant M. Brédif à se concerter avec son collègue pour prêter au Gouvernement Égyptien le concours de leur expérience. J'ai pris acte des assurances que vous a données Lord Granville avec d'autant plus de satisfaction qu'elles vous ont paru avoir plus de valeur.

E. Duclerc.

---

## Nr. 8055. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den englischen Botschafter in Paris. — Vorschlag, den Controleuren einen europäischen Finanz-Berather zu substituiren.

Foreign Office, October 23, 1882.

Nr. 8055. Grossbritannien. 23. Oct. 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government have necessarily had under their consideration the question how far it will be desirable to modify the arrangements connected with the administration of Egypt which form the subject of international agreement, and what alterations recent experience has shown to be expedient. || They are anxious to take the earliest opportunity of consulting the French Government upon those points in which the two countries are jointly concerned, and they take advantage of your Excellency's return to Paris to communicate a general outline of their views. || Foremost among the arrangements in question is the appointment of the English and French Controllers-General, as originally instituted by the Decree of the 18th November, 1876, and with the attributes provisionally assigned to them by the later Decree of the 15th November, 1879. || Her Majesty's Government have always been of opinion, that the system thus established has worked well for the material prosperity of Egypt, and that both the English and French Controllers have laboured ably and conscientiously to that end. But recent events have shown, that the system is not free from serious defects and dangers. Her Majesty's Government believe, therefore, that it would be better to abandon the Control, and to endeavour to replace it by some other system. || An alternative to the Control would be, that the Khedive should appoint a single European financial adviser. This officer would attend Cabinet Councils, but not as a Finance Minister, when requested by the Khedive, and would exercise, as His Highness might appoint, powers of inquiry and advice on financial questions, but without any authority to interfere in the direct administration of the country. || This plan recommends itself to Her Majesty's Government on account of its simplicity, and of its affording better opportunities for self-development on the part of the Egyptian people. || It does not interfere with the Law of Liquidation. || Her Majesty's Government would propose, that the new arrangement should be for a term of ten years, subject to a provision that it might at the end of five years be abrogated or modified should circumstances admit, with a view to the diminution of the European, and increase of the Egyptian,

element in the general system of financial supervision. || If this plan should meet with the concurrence of the French Government, I should propose that, after the Controllers-General had performed some duty which now pertains to their office, the Khedive should be informed that the English and French Governments are willing to give up the exceptional position which they hold as regards the Control, and jointly advise him to abolish it by a further Decree. This Decree and the new arrangement to be formally communicated to the Powers. || Her Majesty's Government would further propose to intimate to the Egyptian Government, that they fully approve of the principle of the increased employment of native Egyptians, as far as practicable, in all branches of the Administration of Egypt in which they may be capable of rendering efficient service. || Your Excellency is requested to place the above proposals before M. Duclerc and to invite discussion upon them. Her Majesty's Government have made them with a sincere desire to consider the dignity and interests of France, and they would wish to carry them out in the manner most in harmony with those objects. || Her Majesty's Government are of opinion that it is not expedient as a matter of right, or in the interest of Egypt, to interfere in the financial arrangements which have been the subject of general international agreement by any reopening of the settlement so effected, but that greater economy and simplicity, with equal efficiency, might be attained in the organization of the Boards which at present exercise supervision over and in some cases, administer the various sources of revenue is more than probable. It is, however, a matter which could only be decided by agreement between the Powers who are parties to the particular arrangements, and on this point Her Majesty's Government would be glad to have the opinion of that of France. || I am, &c.

Nr. 8055. Grossbritannien. 23. Oct. 1882.

Granville.

---

## Nr. 8056. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Lehnt die Eröffnung der Verhandlungen ab.

Foreign Office, October 28, 1882.

My Lord, — I have received your Excellency's despatch of the 20th instant, inclosing copy of a note from the Porte inquiring as to the intentions of Her Majesty's Government relative to the settlement of affairs in Egypt. || In reply, I have to instruct your Excellency to inform the Porte in courteous terms that, when the proper time arrives, Her Majesty's Government will be prepared to consider the views of the Ottoman Government on the subject, but that the affairs of Egypt having but partially advanced towards their final settlement, any explanations would at the present moment be premature. || I am, etc.

Nr. 8056. Grossbritannien. 28. Oct. 1882.

Granville.

---

## Nr. 8057. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Ablehnung des engl. Vorschlages.

Paris, le 28 octobre 1882.

Nr. 8057. Frankreich. 29. Oct. 1882.

Monsieur, j'ai revu aujourd'hui Lord Lyons, qui venait recevoir ma réponse à sa communication. Je lui ai dit en substance: "D'après vos propres déclarations, le système du contrôle a bien fonctionné pour la prospérité matérielle de l'Égypte, et les contrôleurs anglais et français ont avec habileté et consciencieusement travaillé dans ce but." || Il serait difficile de fournir de meilleures raisons pour conclure au maintien du contrôle. Cependant vous proposez de l'abolir parce que "ce système n'est pas exempt de sérieux défauts et dangers". Quels défauts et quels dangers? Je ne les trouve indiqués nulle part dans votre note. || Mais voulez-vous réellement abolir le contrôle? Nullement. Vous dites: "Comme remplacement du contrôle, le Khédive nommerait un seul conseiller européen. Européen, c'est-à-dire anglais, n'est-ce pas? Eh bien! pour appeler les choses par leur nom, ce que vous proposez ce n'est pas l'abolition du contrôle, c'est l'abolition du contrôleur français. Je ne vous surprendrai certainement pas en vous disant qu'il ne m'est pas permis d'accepter cela."

— Ce n'est pas long, a repris Lord Lyons; je vais télégraphier votre réponse à mon Gouvernement.

— "Vous pouvez ajouter, ai-je repris à mon tour, que votre Gouvernement a devant lui trois alternatives: réorganiser l'Égypte à lui seul, ou avec l'Europe, ou avec nous. Lord Granville a dit à M. Tissot que le désir de l'Angleterre était de s'entendre avec nous et que c'était aussi son intérêt; j'espère qu'il reviendra à cette conviction."

Là-dessus l'Ambassadeur s'est levé et, au moment de franchir la porte, il m'a tendu la main et m'a dit: "Je pense que nous pourrons peut-être trouver quelque autre arrangement."

J'ai répondu: "Je le désire et je l'espère."

Pour mon compte, je suis bien tranquillement décidé à n'accepter que l'acceptable, et je suis sûr que c'est là aussi votre sentiment. Ayant fait loyalement tout ce qui était en mon pouvoir pour maintenir l'entente amicale, si les Anglais n'en veulent plus, je me résigne.

E. Duclerc.

---

## Nr. 8058. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Motivirung der Ablehnung des engl. Vorschlages.

Paris, le 29 octobre 1882.

Nr. 8058. Frankreich. 29. Oct. 1882.

Monsieur, dans les instructions de Lord Granville à Lord Lyons, que celui-ci a été autorisé à me communiquer, se trouve textuellement ce qui

Nr. 8058. Frankreich. 29. Oct. 1882.

suit: || "Le Gouvernement de Sa Majesté est d'avis qu'il ne serait pas utile, ni au point de vue du droit, ni au point de vue des intérêts de l'Égypte, d'intervenir dans les arrangements financiers qui ont fait l'objet d'une entente internationale générale, en reprenant d'une façon quelconque la question des arrangements ainsi établis . . . Toutefois, c'est là un point qui ne pourrait être décidé que par un accord des Puissances qui on pris part aux conventions particulières, et, sur ce sujet, le Gouvernement de Sa Majesté serait heureux d'avoir l'opinion du Gouvernement français." || Mon avis est bien simple, ai-je dit à Lord Lyons; que vous ayez devant vous une institution fondée par un accord entre les Puissances, ou un établissement créé par une convention entre le Khédive, vous et nous, le droit est identiquement le même. Pas plus dans un cas que dans l'autre, vous ne pouvez, légalement, passer outre sans un assentiment réciproque, explicite et formel. || M. l'Ambassadeur d'Angleterre n'a rien répliqué. || En effet, l'organisation des Administrations européennes ou mixtes, établies actuellement en Égypte, résulte d'actes ayant, à des degrés divers, mais ayant tous le caractère de convention internationale. Il n'y a d'exception pour aucune. Si la caisse de la dette a été instituée par un accord entre le Khédive et les Puissances, le contrôle a été établi en exécution d'accords entre le Khédive et les Gouvernements français et anglais. On est même en droit de soutenir que tous les autres Gouvernements y sont intéressés à différents titres, puisqu'ils ont coopéré à la commission de liquidation dont l'oeuvre est liée intimement au fonctionnement du contrôle. || Mais, en tous cas, s'il pouvait être permis à quelqu'un de contester le caractère de convention internationale à l'institution du contrôle, ce n'est pas au Gouvernement anglais, partie contractante au décret du 18 novembre 1876 qui l'a institué, et ensuite au décret du 15 novembre 1879, qui lui a donné une seconde consécration. Comme le Khédive, comme nous, au même titre que nous, le Gouvernement anglais est engagé vis-à-vis des créanciers de l'Égypte, et il ne peut dégager sa responsabilité par la simple signification d'un acte de volonté personnelle. Je voudrais ne pas insister, mais j'ai le devoir de mettre en pleine lumière le caractère essentiel de la proposition anglaise. Ce n'est pas l'abolition du contrôle qu'elle vise. Ce conseiller financier que l'on nous propose est un contrôleur. Les attributions qu'il doit recevoir sont précisément celles que le décret du 15 novembre 1879 donne aux contrôleurs généraux: interdiction de prendre part à la direction des services administratifs et financiers, simples pouvoirs d'investigation; dans l'un et dans l'autre cas, les termes sont exactement les mêmes. Et si, au lieu d'être admis, de plein droit, au Conseil des Ministres avec voix consultative, le conseiller financier n'y assiste que quand il y est convoqué par le Khédive, on n'aperçoit pas bien clairement la valeur de l'innovation ni "les défauts et les dangers" auxquels elle est de nature à porter remède. || Donc, en résumé vrai, le Gouvernement anglais prétend que le système actuel de contrôle présente des inconvénients qu'il ne précise pas, et, pour les éviter, il propose qu'un agent anglais fasse seul ce que font ac-

Nr. 8058. Frankreich. 29. Oct. 1882.

tuellement deux agents, l'un anglais, l'autre français. Voilà tout. || La conclusion est d'une telle évidence qu'il me paraît superflu de la formuler. C'est aussi ce qui me donne lieu de penser que le Gouvernement anglais, lié comme il l'est par les contrats, par le protocole de désintéressement, par la déclaration réitérée de ses ministres, de ses agents diplomatiques, ne persistera pas à la maintenir. || Je vous laisse le soin de porter ces considérations à la connaissance de Lord Granville de la manière et dans la forme que vous jugerez les plus convenables.

E. Duclerc.

**Paris, le 29 octobre 1882.**

Monsieur, pour faire suite à la lettre que je viens de vous écrire au sujet de la proposition de Lord Granville, qui m'a été communiquée par Lord Lyons, je vous envoie copie d'un télégramme que j'ai reçu de M. Brédif*) et de la réponse que j'y ai faite. || Quelle que doive être la fin de l'incident, le contrôle subsiste. Les Contrôleurs ont des devoirs qu'ils ne peuvent délaisser par voie de simple omission. L'ordre étant rétabli en Égypte, rien ne justifierait une plus longue interruption de leur service; ils sont tenus de le reprendre et d'exercer leurs fonctions, tout au moins jusqu'au moment où un échange de vues entre les trois gouvernements les aurait amenés à concerter un nouvel ordre de choses, offrant les mêmes garanties que le régime actuel. || J'ai lieu de penser que le Gouvernement anglais n'élèvera aucune objection, et qu'il donnera à M. Colvin les mêmes instructions que nous donnons à M. Brédif; car, dans sa lettre à Lord Lyons, le principal Secrétaire d'État dit formellement: "Dans le cas où ce projet obtiendrait l'agrément du Gouvernement français, je proposerais que, après que les Contrôleurs généraux auraient rempli encore *quelques devoirs qui dépendent actuellement de leurs charges . . . etc.*" || Vous remarquerez que, sauf peut-être l'accent plus précis, les instructions que j'envoie aujourd'hui à M. Brédif sont identiquement celles que je lui ai données verbalement, au moment de son départ pour l'Égypte et que je vous ai fait connaître par mon télégramme en date du 20 octobre.

E. Duclerc.

---

## No. 8059. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den stellvertretenden General-Consul in Kairo. — Instruction für Brédif.

**Paris, le 29 octobre 1882.**

Nr. 8059. Frankreich. 29. Oct. 1882.

Veuillez communiquer à M. Brédif ma réponse à son télégramme: || "Aussitôt qu'un Conseil aura été réuni sans que vous y ayez été appelé, écrivez au Président du Conseil égyptien en réclamant contre cet oubli et en insistant pour qu'il ne se renouvelle pas. Vous attendrez une réponse officielle et m'en référerez pour toute démarche ultérieure."

E. Duclerc.

*) Mittheilung, dass er voraussichtlich nicht zu den Ministerberathungen zugezogen werden würde.

## No. 8060. FRANKREICH. — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. — England scheint nicht geneigt, Frankreich die von ihm verlangte Stellung einzuräumen.

Londres, le 30 octobre 1882.

Nr. 8060. Frankreich. 30. Oct. 1882.

Je viens de causer très longuement avec Lord Granville de la question du contrôle. || Le Cabinet de Londres paraît peu disposé à nous accorder la place que nous réclamons dans la combinaison par laquelle il compte remplacer le contrôle. || Mais il ne se refuserait pas à examiner les demandes que nous pourrions formuler en vue d'obtenir quelque compensation de détail et peut-être à les prendre en considération. || J'ai demandé amicalement à Lord Granville l'explication de l'attitude si étrange du Cabinet de Londres à notre égard. A travers sa réponse qui a été loin d'être aussi nette que ma question, j'ai cru deviner que le ministère Gladstone ne voulait pas s'exposer aux attaques de l'opposition, en nous admettant au partage des bénéfices d'une expédition coûteuse, dont nous n'avions pas jugé à propos de partager les dangers et les charges. || Je n'ai pas manqué de faire valoir auprès du Ministre les arguments sans réplique que développaient vos dernières instructions. Lord Granville, en effet, n'y a pas répliqué. Il s'est borné à me dire qu'il avait déjà répondu à nos observations, par une dépêche en date d'hier, dont Lord Lyons vous aura sans doute donné lecture aujourd'hui; il a ajouté que l'Angleterre n'entendait pas supprimer le contrôle par un acte de sa simple volonté. Le Khédive, usant de son droit, avait spontanément demandé au Cabinet de Londres la résiliation des arrangements de 1876 et 1879, arrangements conclus à titre provisoire. Le Gouvernement égyptien avait eu l'intention de faire la même démarche auprès de nous, et si le Cabinet de Londres l'en avait détourné, c'était précisément, m'a dit Lord Granville, par égard pour la France. Le Gouvernement de la Reine ne voulait pas que nous pussions le soupçonner d'avoir mis le Khédive en avant et avait préféré traiter d'abord la question avec nous.

Tissot.

---

## No. 8061. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Vortheile des englischen Vorschlages.

Foreign Office, October 30, 1882.

Nr. 8061. Grossbritannien. 30. Oct. 1882.

My Lord, — I have received from your Excellency the report of the communication made to you by the French Minister for Foreign Affairs on the subject of the proposals contained in my despatch of the 23rd instant. || I should wish you to offer to M. Duclerc the following observations in reply. || The dual Control in Egypt, as provisionally established in 1879, entailed great embarrassments and difficulties during the negotiations which ensued after the first

Nr. 8061. Grossbritannien. 30. Oct. 1882.

indications of the military revolt, notwithstanding the excellent dispositions of the English and French Governments, and their desire to act in complete accord; and when it came to a question of the employment of force, it completely failed. || Her Majesty's Government think that its revival in the shape of a Control is impossible. They know this to be the opinion of the Egyptian Ministers and of other Egyptians with political experience; and they thought they had reason to believe, that such was the conviction of M. Duclerc. || But his Excellency appears to think, that there is no essential difference between the functions of the new financial adviser proposed in my despatch and those of the two Controllers-General. || This seems to me to be a mistaken view. || The arrangement which we propose is only for a limited time, and is in no way a Control in the English sense of the term. || We desire to exclude political influence from the new office. || The selection of the two Controllers-General, and their maintenance in office, depended on two foreign Governments. In the case of the new officer, these will depend on the action of the Khedive. || The attendance of the Controllers-General at Cabinet Councils was uniform and by right. The attendance of the new officer would be *pro re nata*, and by invitation from the Head of the State. || The arrangements with regard to the Control, though announced to be for the moment, had no term fixed for their reconsideration. The present proposal may be reconsidered at the end of five years, and is stamped as temporary from the first. || It is the desire of Her Majesty's Government gradually to reduce all foreign interference to a minimum. || Her Majesty's Government invite the Government of France to suggest any further provisions which would further indicate, in a judicious manner, the character of the appointment in the sense which I have described. || They have already requested the French Government to make known to them their views with regard to the other forms of intervention in the finances of Egypt now existing in virtue of engagements with the Powers generally; and to state whether they are not of opinion that greater simplicity and economy might be introduced into the machinery consistently with the substance of those international engagements. Her Majesty's Government would be glad to know what position France would desire to secure in any such improved machinery for the protection of her interests. || You will inform M. Duclerc, that, after hearing again from his Excellency, we shall be prepared to communicate officially to France and to the other Powers our views on the arrangements to be made in Egyptian affairs. || I am, &c.

Granville.

## No. 8062. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung über einen von ihr zu stellenden Antrag auf Aufhebung der Finanz-Controle.

Foreign Office, October 30, 1882.

Nr. 8062. Grossbritannien. 30. Oct. 1882.

My Lord, — With reference to my despatch of to-day, I have to state to your Excellency, that I received on the 21st instant a telegram from Her Majesty's Agent and Consul-General in Egypt, which was to the following effect:— || "The Egyptian Government have prepared a note, which they will present me to-day or to-morrow, proposing, on grounds of expediency and in view of recent events, the abolition of the dual Financial Control and the substitution of a Financial Councillor, who would be English, with modified attributions." || To that telegram I replied the same day as follows:— || "Try to prevent presentation of note respecting Control, and at all events prevent publication of it." || And on the 22nd instant the ensuing answer reached me from Sir E. Malet:— || "I have received draft of a note proposing the abolition of the Control. Chérif-Pasha gave it to me, asking me to inquire of your Lordship whether the presentation of such a note would meet your Lordship's views, and saying that, if the reply were affirmative, he would send the note officially to my French colleague and me. Nothing will be done without your Lordship's sanction." || Your Excellency is authorized to mention the purport of the foregoing correspondence to M. Duclerc, if you consider it judicious to do so*). || I am, &c. Granville.

---

## No. 8063. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Duclerc findet, dass Englands Vorschläge mit dem Versprechen, den status quo ante herzustellen, nicht übereinstimmen.

Paris, October 31, 1882.

Nr. 8063. Grossbritannien. 31. Oct. 1882.

My Lord, — I recited this afternoon to M. Duclerc verbally, but fully and accurately, the contents of your Lordship's despatch of yesterday, which comments on the communication made by him to me on the 26th instant in answer to the suggestion of Her Majesty's Government respecting the substitution of a single financial adviser for the dual Control in Egypt. || M. Duclerc said that, if I would give him the substance of what I had said in writing in any form I thought most convenient, he would carefully consider all the points mentioned and give me an answer. || On one expression, however, he must, he said, ask leave to make an observation at once. He had never stated it to be his conviction, that the maintenance of the Anglo-French Control was impossible. What he had said was that he did not feel bound ab-

*) Geschehen am 31. October 1883.

Nr. 8063. Grossbritannien. 31. Oct. 1882.

solutely to object to any modification of it, provided always that France received due compensation for any change to her detriment which might be proposed. He understood Her Majesty's Government to have promised to maintain the *status quo ante*, that is to say, the *status* before Arabi's rebellion, and this *status quo ante* undoubtedly included an equality of position between France and England. Of course he did not shut his eyes to the fact, that morally a great increase of prestige and influence must accrue to England from her successful military expedition to Egypt. This was a simple and inevitable effect of circumstances; but it did not, in his opinion, at all diminish the necessity for formally upholding the *status quo ante* as far as the institutions and engagements which affected foreign Powers were concerned. || There was also another matter, M. Duclerc went on to say, upon which he would speak at once. He must confess, that the observations of your Lordship which I had just recited to him had not at all convinced him that there would be in practice any real difference between the functions to be assigned to the new financial adviser and those which now belonged to the Controllers. || I argued these points with M. Duclerc at some little length; but I cannot flatter myself, that I changed his opinion. || Finally, I begged him to consider the communication of Her Majesty's Government in detail, and to state frankly, and also in detail, the views and wishes of the French Government. All hope of an agreement must, I said, vanish, if the overtures of Her Majesty's Government were met by what I must call a sort of "fin de non recevoir." || M. Duclerc said that, if I would give him in writing the substance of the communication I had made to him, he would examine it with an earnest desire to find in it the elements of an agreement. || In the course of conversation M. Duclerc mentioned cursorily, that he had received a telegram stating that the Earl of Dufferin was to go to Egypt to conduct the negotiations there; and he asked me if this was true. || I answered in the affirmative and mentioned some of the qualities which rendered Lord Dufferin peculiarly well fitted for this mission. M. Duclerc only observed, that it was always said that the road to India lay through Egypt. || I have, &c.

Lyons.

---

## No. 8064. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den stellvertretenden General-Consul in Kairo. — Brédif soll unter allen Umständen auf seinem Rechte bestehen.*)

Paris, le 1er novembre 1882.

No. 8064. Frankreich. 1. Nov. 1882.

Veuillez communiquer ce qui suit à M. Brédif:

Je maintiens les instructions que je vous ai données verbalement avant votre départ et que ma dépêche du 29 a confirmées. || J'ajoute que quelle que

*) Antwort auf eine erneute Anfrage Brédifs, ob er trotz der veränderten Situation seiner früheren Instruction gemäss handeln solle.

doive être a suite des événements, le contrôle existe réellement anjourd'hui. Jusqu'à ce qu'il soit aboli ou modifié, ou transformé par voie de consentement mutuel, personne n'a le droit d'en interrompre l'exercice. Vous ne pouvez donc délaisser vos fonctions. J'espère que les mêmes instructions seront données à M. Colvin par le Gouvernement anglais; car dans un *pro memoria* que m'a remis Lord Lyons, le fonctionnement provisoire du contrôle fait partie de l'arrangement qu'on nous propose. En conséquence, conformez votre attitude aux prescriptions de ma dépêche en date du 29. Nr. 8064. Frankreich. 1. Nov. 1882.

E. Duclerc.

---

## No. 8065. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Ankündigung und Instruction für die Mission nach Aegypten.

Foreign Office, November 3, 1882.

My Lord, — I have informed your Excellency by telegraph, that at the moment when important negotiations are being carried on for the settlement of Egypt Her Majesty's Government think your presence for a time in that country will be of advantage. || While retaining your post of Ambassador at the Porte your Excellency will advise the Government of the Khedive in the arrangements which will have to be made for re-establishing His Highness' authority and providing for the future wellbeing of all classes of the population. || The success of the military operations undertaken by Her Majesty's Government to suppress the late rebellion in Egypt has placed them in a position of authority and of corresponding responsibility in regard to the future government of that country. || Her Majesty's Government, while desiring that the British occupation should last for as short a time as possible, feel bound not to withdraw from the task thus imposed on them until the administration of affairs has been reconstructed on a basis which will affort satisfactory guarantees for the maintenance of beace, order and prosperity in Egypt, for the stability of the Khedive's authority, for the judicious development of self-government, and for the fulfilment of obligations towards foreign Powers. These objects are in the real interest of Egypt, of this country and of Europe. || It will be essential therefore, that all measures bearing on the reorganization of the Government should be submitted to your Excellency before they are adopted or made public, and that you should as far as possible be consulted at every stage of their preparation. || The recent correspondence, which you will find in the archives of the Agency, will acquaint you with the general views of Her Majesty's Government in regard to many of the questions with which you will be called on to deal. Nr. 8065. Grossbritannien. 3. Nov. 1882.

The principal of those questions are:—

1. Reorganization of the army and police force. || 2. The substitution of some better system for the Dual Control, and any other alterations that may

Nr. 8065. Grossbritannien. 3. Nov. 1882.

seem desirable in the arrangements with regard to finance. || 3. Introduction of improvements in the machinery of those branches of the public service which are now managed wholly or in great part by Europeans. || 4. The gradual reduction of the foreign element and the increased employment of native Egyptians in all branches of the Administration. || 5. The establishment of an improved system of justice for natives. || 6. The equal taxation of foreigners and Egyptians. || 7. The establishment of institutions favourable to the prudent development of liberty, either by the reassembling of the Chamber of Notables or by such other measures as may be best calculated to secure that end. || 8. The prevention of the Slave Trade and of slavery. || 9. The security of transit across Egypt between Europe and the East, and esspecially freedom of passage through the Suez Canal. || I propose to address your Excellency in separate despatches on some of these subjects. || In these and other matters your Excellency will have the advantage of the advice and assistance of Sir E. Malet, whose experience and local knowledge, and the confidence placed in him by the Khedive and the Egyptian authorities and leading public men, will enable him to supply full information on the various points as they may arise. || I am &c.

Granville.

---

## No. 8066. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Die franz. Regierung ist zu Modificationen in dem Institut der Controle bereit, will aber nicht den dualistischen Charakter derselben aufgeben.

Paris, le 4 novembre 1882.

Nr 8066. Frankreich. 4. Nov. 1882.

Monsieur l'Ambassadeur, en réponse à la dépêche de Lord Granville relative aux affaires d'Égypte que vous avez bien voulu me communiquer, par votre lettre du 2 novembre, j'ai l'honneur de vous envoyer la note verbale ci-jointe.

E. Duclerc.

### Note Verbale.

Paris, le 4 novembre 1882.

Dans sa dépêche en date du 30 octobre dernier, le Principal Secrétaire d'État britannique pour les Affaires étrangères expose que „le contrôle à deux en Égypte, tel qu'il a été établi à titre provisoire en 1879, a été la cause de grands embarras et de grandes difficultés lors des négociations engagées après les premiers symptômes de la révolte militaire." || On paraît ainsi critiquer tout à la fois la dualité du contrôle et son mode d'action. Nous croyons devoir faire observer tout d'abord qu'il y a là deux questions absolument distinctes.

En ce qui concerne le dualisme du contrôle, le Gouvernement français ne

saurait partager l'opinion exprimée par la dépêche qui lui a été communiquée; il persiste à penser que le contrôle, tel qu'il a été organisé en décembre 1879, a produit, ainsi que le reconnaissait récemment encore le Gouvernement anglais, les meilleurs résultats au point de vue de la prospérité de l'Égypte. Cette prospérité s'est traduite par une augmentation pour ainsi dire subite de la richesse publique, et par l'allégement des charges qui, jusqu'alors, sous un gouvernement soustrait à toute ingérence étrangère, avaient pesé de leur poids le plus lourd sur les classes les plus pauvres de la population. D'aussi heureux résultats eussent-ils été obtenus sans l'accord et l'action concertée des deux Contrôleurs délégués par leurs Gouvernements? Il est permis d'en douter. || D'autre part, jusqu'au jour du moins où toute administration régulière a été momentanément suspendue, le „contrôle à deux" ne paraît pas avoir été *la cause de grands embarras et difficultés.* Telle est encore l'opinion du Gouvernement français et telle était au 1er juillet dernier l'opinion d'un agent anglais auquel sa situation eût permis, sans doute, d'avoir quelque connaissance de ces embarras et de ces difficultés. A cette date, c'est-à-dire à la veille de l'occupation du territoire égyptien par les troupes de Sa Majesté Britannique, M. Colvin, dans un memorandum publié par les soins de son Gouvernement, faisant l'historique de l'action du contrôle depuis son institution, ne fait aucune allusion à des difficultés dont la cause eût été le dualisme du contrôle, et ne cesse de parler du contrôle en des termes qui ne peuvent laisser aucun doute sur l'action commune et l'accord constant des deux Agents qui l'exerçaient. || Si néanmoins le but auquel tend aujourd'hui le Gouvernement anglais est de supprimer la dualité d'ingérence admise jusqu'ici dans l'administration financière de l'Égypte, quelles que soient les conditions de cette ingérence, le Gouvernement français ne pourrait s'associer à ces vues. Ce serait abandonner la protection d'intérêts dont le Gouvernement anglais n'a jamais méconnu l'importance.

Nr. 8066. Frankreich. 4. Nov. 1882.

Si, au contraire, on met simplement en cause le mode d'action du contrôle, nous croyons tout d'abord devoir faire observer que les objections qu'il suscite proviennent en grande partie de ce que le nom de contrôleur, en langue anglaise et même en français, ne répond pas exactement aux attributions données à ces agents par le décret de 1879: ils n'ont que le droit de conseil; en leur donnant le titre de *conseillers* on éviterait que l'opinion publique se méprît sur la nature de leurs fonctions. || Le Gouvernement français ne verrait non plus aucun inconvénient à limiter à cinq années la durée d'une organisation nouvelle, „qui aurait ainsi, dès le début, le caractère d'une institution temporaire." || Le Gouvernement anglais propose, pour soustraire les conseillers financiers aux influences politiques, que leur nomination dépende du Khédive. C'est aujourd'hui le Khédive qui nomme les contrôleurs généraux; mais ils sont désignés par leurs Gouvernements (article XIV du décret du 18 novembre 1876 et décrets de nomination des contrôleurs). Il ne peut s'agir ici que d'une modification de forme; car il n'entre certainement pas dans la pensée du Gouvernement anglais de laisser le Khédive libre de confier les fonctions de Conseillers à des

Nr. 8066. Frankreich. 4. Nov. 1882.

agents de son choix, fussent-ils égyptiens, en dehors de toute intervention, même officieuse, de tout Gouvernement étranger. || Quant à enlever aux conseillers financiers le droit d'assister à toutes les séances du Conseil, cette innovation, la seule qui ferait aux conseillers une situation différente de celle des contrôleurs généraux, ne nous paraîtrait pas sans inconvénient. Elle permettrait aux Ministres égyptiens, dont l'inexpérience en ces matières n'est pas à démontrer, de trancher, sans aucun avis, des questions administratives dont ils n'apercevraient que les conséquences financières. || Cette proposition paraît inspirée par le désir de ménager les susceptibilités du Gouvernement égyptien. Cette susceptibilité ne s'était jusqu'à présent jamais manifestée, et les Ministres qui aujourd'hui seraient, on le croit du moins, „hostiles au maintien du Contrôle sous sa forme actuelle" ont, jusqu'au 1er juillet dernier, manifesté des dispositions absolument contraires. || D'après le mémorandum déjà cité de M. Colvin, Riaz-Pacha „recherchait au Conseil l'avis des contrôleurs et réclamait habituellement leur coopération en toute matière financière ou économique;" il faisait appel à leur concours „même dans les affaires administratives qui, à proprement parler, dépassaient la sphère de leurs attributions." || A Riaz-Pacha succéda, en septembre 1881, Chérif-Pacha comme président du Conseil. Voici en quels termes M. Colvin apprécie l'attitude de Chérif-Pacha vis-à-vis du contrôle: || „Le fait que Chérif-Pacha ait si cordialement appelé les contrôleurs à se ranger à son côté, comme il le fit, contrairement aux prévisions de tous ceux qui connaissaient ses vues politiques quand il arriva au pouvoir, est la preuve concluante que les meilleurs juges et ceux qui ont à coeur les intérêts de l'Égypte ne trouvaient aucune raison de s'inquiéter des ambitions politiques du contrôle. C'est un fait notoire que Chérif est devenu un partisan dévoué du contrôle." || Riaz-Pacha et Chérif Pacha sont aujourd'hui les principaux membres du Cabinet égyptien. || On ne saurait conclure de ce qui précède qu'il ne faut pas tendre à „réduire graduellement à un minimum toute influence étrangère en Égypte". Mais la limite extrême de ce minimum n'est-elle pas le droit de donner des avis que le Gouvernement égyptien est libre de ne pas suivre, à la condition toutefois que cette liberté existe non seulement en apparence, mais en fait? Et ce n'est pas des contrôleurs généraux qu'il dépend d'employer, pour faire prévaloir leurs conseils, d'autres moyens que la persuasion. || Quant aux modifications à apporter „aux autres formes d'intervention dans les finances égyptiennes résultant d'engagements internationaux", ce sont là des questions fort délicates, en ce qu'elles touchent à la loi de liquidation, dont toute personne intéressée peut poursuivre la stricte exécution devant les tribunaux de la réforme. Le Gouvernement français est disposé à les étudier de concert avec le Gouvernement anglais; mais il croit ne pouvoir le faire utilement qu'après être tombé d'accord sur les questions principales qui font l'objet de la présente note.

## No. 8067. AEGYPTEN. — Min. d. Ausw. an den franz. General-Controleur. — Gründe, aus denen er nicht zum Ministerrath einberufen ist.

Le Caire, le 5 novembre 1882.

Nr. 8067. Aegypten. 5. Nov. 1882.

Monsieur le Contrôleur général, je m'empresse de vous donner les explications que vous avez bien voulu me demander par votre lettre du 2 de ce mois, explications que j'ai d'ailleurs fournies à M. le Gérant de l'Agence et Consulat général de France, dans un entretien que j'ai eu l'honneur d'avoir avec lui ces jours derniers. || Avant le retour de votre collègue anglais, M. l'Agent et Consul général d'Angleterre m'avait informé que Sir A. Colvin ne reprendrait pas ses fonctions. En effet, sir A. Colvin s'est abstenu, depuis sa rentrée au Caire, d'assister aux séances du Conseil des Ministres et d'exercer ses fonctions de Contrôleur général. || Je me vois donc obligé, à cause du caractère essentiellement solidaire des fonctions des Contrôleurs généraux, de m'abstenir de vous inviter à prendre part aux séances du Conseil des Ministres, alors que votre collègue n'y assiste pas. || Je me plais à espérer, Monsieur le Contrôleur général, que vous voudrez bien ne voir dans cette réponse que le désir du Gouvernement de Son Altesse de se conformer à l'esprit et à la lettre du décret du 15 novembre 1879.

Chérif.

---

## No. 8068. AEGYPTEN. — Min. d. Ausw. an die General-Consuln Frankreichs und Englands. — Memorandum über die Abschaffung der Finanz-Controle.*)

Nr. 8068. Aegypten. 7. Nov. 1882.

Les derniers événements survenus en Égypte ont forcément attiré l'attention du Gouvernement de Son Altesse sur l'institution du contrôle tel qu'il a été établi par décret khédivial du 15 novembre 1879, décret remplaçant momentanément celui du 18 novembre 1876, auquel le contrôle doit son origine. Le but unique et fondamental du décret du 15 novembre était de consolider les garanties offertes aux créanciers; le contrôle, tel qu'il a été modifié depuis, n'est pas moins une institution ayant presque un caractère politique ayant pour objectif de maintenir une garantie aux détenteurs de titres égyptiens qui jouissaient déjà de garanties spéciales. || Il est à remarquer, dans cet ordre d'idées, que la loi de liquidation, qui a coordonné, confirmé et revêtu d'une sanction ayant un caractère international les différentes garanties consenties aux créanciers, s'abstient d'une manière marquée de considérer l'institution du contrôle comme l'une de

*) Am 6. November hatte Granville an den englischen General-Consul telegraphirt: Inform the Egyptian Government, that Her Majesty's Government no longer request them to hold back their proposal to the British and French Governments to give up the Control.

Nr. 8068. Aegypten. 7. Nov. 1882.

ces garanties. || Il résulte de ce fait que le contrôle, ne relevant nullement des différentes Puissances signataires de la loi de liquidation, n'est pas partie intégrante des garanties concédées aux créanciers de l'État. Son existence ou son abolition dépendent uniquement d'une entente spéciale entre les Gouvernements français et anglais d'une part, et du Gouvernement khédivial de l'autre. || C'est en se plaçant à ce point de vue que le Gouvernement égyptien soumet à la haute appréciation du Gouvernement de la République l'opportunité de renoncer à une institution dont le maintien ne saurait être justifié et qui, en tout état de cause, n'a plus, ainsi qu'il vient d'être démontré, sa raison d'être en ce qui concerne les créanciers. || Le Gouvernement de Son Altesse n'a pas l'intention d'insister ici sur tous les inconvénients résultant de l'existence du contrôle; mais il est cependant de son devoir de rappeler, ce qui est d'ailleurs de notoriété publique, que cette institution a, par suite de son dualisme et de son caractère quasi politique, déterminé des abus administratifs incontestables soulevé les susceptibilités légitimes des Égyptiens et qu'elle a eu pour résultat de porter atteinte, dans des proportions dangereuses, à l'autorité du Gouvernement vis-à-vis du pays. || Le Gouvernement de Son Altesse a l'espoir que la gravité de ces inconvénients n'échappera pas à l'attention du Gouvernement de la République et qu'il voudra bien reconnaître, avec son esprit habituel d'équité, la nécessité qui s'impose d'abroger les décrets des 15 novembre 1879 et 18 novembre 1876, l'un dans son entier, l'autre en ce qui a trait au contrôle.

Le Caire, le 7 novembre 1882. Chérif.

---

## Nr. 8069. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Rechtfertigung des englischen Vorschlages.

Foreign Office, November 8, 1882.

Nr. 8069. Grossbritannien. 8. Nov. 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government have given their careful consideration to the *note verbale* inclosed in your Excellency's despatch of the 5th instant, containing M. Duclerc's observations on their proposals for the abandonment of the system of dual Control in Egypt. || Her Majesty's Government have received with some surprise the expression of M. Duclerc's objections, as they had gathered from the tenour of his Excellency's language in conversation with Mr. Plunkett, and from the information which had reached them as to the views of the French Government, that the latter were alive to the inconveniences that would attend a continuance of the Control, and were ready to agree to its abolition. || Her Majesty's Government have paid due regard to M. Duclerc's natural desire, that France should be consulted before any step was taken in this direction, and they were not prepared to meet with so decided opposition to many of the material features of their

Nr. 8069. Grossbritannien. 8. Nov. 1882

proposal. || It is not necessary to enter into any detailed argument in reply to M. Duclerc's statement of the good results which had been effected by the action of the Controllers-General. || Her Majesty's Government have not denied, and, indeed, it is distinctly admitted in my despatch to your Excellency of the 23rd ultimo, that the system has worked well for the material prosperity of Egypt. Nor do they deny, that harmony of views and objects on the part of the two Powers has greatly contributed to that result. || They are, indeed, inclined to believe, that much of what has been accomplished has been due to the excellent personal relations and the general agreement of views as to administration which have hitherto prevailed between the two Controllers-General, and they think that it is of itself a grave objection to the system that its efficacy should depend upon personal circumstances which cannot be relied upon as necessarily permanent, and which, under certain conditions not unlikely to arise in the future, it might be difficult to secure. They continue of opinion, that in the quasi-political position into which the Controllers-General were brought by the force of events, the necessity of unanimity in their proceedings, and of entire agreement on the part of the two Governments, in every step of any importance that was to be taken in support of them, tended to retard and even to paralyze effective action, deprived their representations of much of their force, and thus contributed to bring matters to the crisis which eventually resulted. || Her Majesty's Government do not believe, that the maintenance of this dual principle is essential to the preservation of substantial accord between the two Powers in the objects of their policy as regards Egypt, nor to the adequate protection of French interests. || It will be better, in their opinion, to avoid the embarrassments to which such an anomalous condition of affairs might too probably give rise. They have sought to do so in the manner which would be least unpalatable to the French Government or injurious to the dignity of France, by proposing a mutual and simultaneous relinquishment of the exceptional position held by the two countries. || M. Duclerc expresses his willingness to agree to the abandonment of the title of Controllers, and suggests that that of Councillor should be substituted. But his Excellency seems to think that it is to the title alone that reasonable objection can be taken, whereas, in the opinion of Her Majesty's Government, the embarrassments which have occurred in the past, or are to be apprehended in the future, must be traced not merely to the title, but to the position given to those officers, and to the action to which that position necessarily leads. || M. Duclerc sees no objection to limiting the arrangement to a term of five years. His Excellency considers that the designation of the financial advisers by the Khedive is a matter of form. He refers to the original Decree of November 1876 to show that the Controllers were always designated by the English and French Governments, and he presumes that it is not intended that the Khedive should appoint any person he pleases, even an Egyptian, to the office. Further, he thinks it undesirable, that the right of being present at all sittings of the

Nr. 8069. Grossbritannien. 8 Nov. 1882.

Council of Ministers should be abandoned. He quotes statements by Sir A. Colvin to show, that this right is in no way offensive to the susceptibilities of the Egyptian Ministers or people, that, on the contrary, successive Ministers have shown an equal desire to consult the Controllers-General on all administrative matters. His Excellency does not object to the principle of gradually reducing European interference to a minimum, but he considers that that minimum should consist in the right of tendering advice upon every subject, leaving the Egyptian Government free to adopt or reject such advice, as it may think best. || Upon these points Her Majesty's Government are unable to concur in M. Duclerc's views. The office of Controllers-General was instituted by the ex-Khedive in 1876, *proprio motu*, on the advice of Messrs. Goschen and Joubert, but without any agreement with the Governments of England and France. The object was to restore the credit of Egypt, and to provide for the proper collection of the revenue and the faithful application of the public funds in the manner specified in the Budget. The Decree stated, that the nomination and selection of the Controllers-General would belong to the Khedive, but that, in order to satisfy himself with regard to the guarantees offered by the persons whom he might select, the Khedive would apply unofficially to the English and French Governments, and would only engage persons who were furnished with the authority or with the acquiescence of their Governments. If one or the other of those Governments at the time when the nominations had to be made should not give its authority or its acquiescence, the Khedive's choice would be made from among the higher officials of the two countries, either in active service or retired. || It was obviously in the interest of the Khedive, no less than in that of the creditors of Egypt, to take every precaution that the persons selected for these important and highly-paid posts should be thoroughly competent and trustworthy. Accordingly, when Her Majesty's Government declined the responsibility of nominating any one for the appointment of Controller-General of Receipts, although the French Government had consented to nominate a Controller-General of Audit, the Khedive had recourse to Mr. Goschen's advice for the former appointment, and selected a gentleman whose qualifications were undeniable. || There seems no reason to suppose that the present Khedive or his Ministers will be less alive to the necessity of selecting a proper person as their European Adviser in financial matters, and Her Majesty's Government do not think it necessary to make a specific condition that the appointment shall be dependent on the selection or consent of any foreign Government. || The arrangement made in 1879 was of a different description. The Egyptian Government, who were pledged to revert to the Control if the employment of European Ministers was abandoned, applied to the Governments of England and France to nominate two persons, whom the Khedive would be ready to appoint as Controllers-General. The English and French Governments agreed to do so, but stipulated that these officials should not be removed without their consent. They further consented, that the Controllers-General should abstain from exercising the administrative

functions assigned to them by the Decree of 1876, on condition that their powers of investigation and advice should be very greatly extended. The consequence has been the presence in the Council of Ministers of two Europeans, nominally officers of the Khedive, but selected by two foreign Governments, and dependent on those Governments for their maintenance in office, without, however, any expressed responsibility towards those Governments, and without any representative character. The limitation of their functions to financial matters, which was inserted in the Decree, has proved merely nominal; and M. de Blignières, until recently French Controller-General, states, in a letter published by him on the 25th July, that, up to February last, few decisions, whether administrative or financial, had been taken without the consent of the Controllers-General. || Her Majesty's Government do not believe, that it would be convenient to revert to this system. They agree with M. Duclerc in thinking, that the Egyptian Ministers will continue to be willing enough to consult their European adviser on all questions relating to the finances of the country, or matters connected with them; but they do not consider it advantageous, that this officer should find himself called upon by his position to give advice upon every question of administration. || His office should be to warn the Ministers of possible difficulties, and to point out the means of avoiding them. The defence of the interests of the creditors, if these should be prejudiced or attacked, rests properly with the Commissioners of the Public Debt, and those of foreigners in general with the Representatives of their several Governments, with whom it would be better to leave them. Her Majesty's Government have no doubt that the British and French Agents will be found equal to the task, and that the representations of both will receive the attention which is due to them. But they wish, your Excellency to repeat to M. Duclerc that they are very desirous of communicating with the French Government, as soon as they are willing, on any changes, in the sense of simplification and economy, which it may be desirable to propose to the Powers with respect to the machinery of the various Boards on which Europeans have been employed. || In conclusion, I am desirous, that your Excellency should draw the attention of the French Government to the basis on which it is wished and assumed by Her Majesty's Government that the new arrangement should rest. The Khedive has proposed the abandonment of the Control. It seems, however, unsafe for His Highness, under the actual circumstances of the country, to rely wholly on Egyptian advice in regard to finance, or to lose the advantage which he would derive from announcing to the world at once his intention to profit by foreign aid, and to appoint for this purpose a financial adviser. But while Her Majesty's Government would recommend such an arrangement to the Khedive, it would rest on no other authority than that of his own adoption of it, and a declaration of intention, which Her Majesty's Government would accept with entire confidence. || You are at liberty to give M. Duclerc a copy of this despatch if requested by his Excellency. || I am, &c. Granville.

## No. 8070. FRANKREICH. — Erklärung des Ministeriums, verlesen beim Wiederzusammentritt der Kammern (soweit sie die auswärtige Politik betrifft).

Nr. 8070. Frankreich. 9. Nov. 1882.

Au dehors vous voulez la paix. Elle a été maintenue. Nous pouvons sans témérité dire que rien ne paraît devoir la troubler. Nos relations avec les Grandes Puissances Continentales de l'Europe se consolident par la pratique loyale des devoirs réciproques. La nomination simultanée d'Ambassadeurs à Paris et à Rome témoigne des dispositions amicales qui animent les deux nations et leurs Gouvernements. Les complications survenues en Égypte avant notre entrée aux affaires ont amené depuis l'occupation militaire de ce pays par l'Angleterre. Ce fait si nouveau dans la politique Européenne soulève des questions qui nous touchent particulièrement. Le Cabinet de Londres les a abordées spontanément il y a quelques jours, et nous étudions la proposition qu'il nous a faite. Dès que la négociation qui se poursuit avec une courtoisie amicale aura abouti nous vous en ferons connaître le résultat. Quel qu'il soit, ne vous le dissimulez pas, Messieurs, la source de notre politique extérieure est ici. Elle est en vous. Selon le caractère que vous imprimerez à notre politique intérieure l'action de la France au dehors sera féconde ou stérile.

---

## No. 8071. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an Lord Dufferin. — Freiheitliche Institutionen für Aegypten.

Foreign Office, November 10, 1882.

Nr. 8071. Grossbritannien. 10. Nov. 1883.

My Lord, — Among the subjects to which your Excellency's attention has been called in my despatch of the 3rd instant, is the question of the establishment in Egypt of institutions favourable to the prudent development of liberty, either by the reassembling of the Chamber of Notables or by such other measures as may be best calculated to secure that end. || The matter is one of great importance and difficulty. Her Majesty's Government will be glad to learn the conclusions to which your Excellency may come after consultation with Sir E. Malet and with the Egyptian Ministers as to the best means of effecting the object in view in a solid and liberal manner. || I am, etc.

Granville.

---

## No. 8072. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Der englische Vorschlag bedeutet den definitiven Verlust der Stellung Frankreichs in Aegypten, ist also unannehmbar.

Paris, le 24 novembre 1882.

Nr. 8072. Frankreich. 24. Nov. 1882.

Monsieur, j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint, pour votre information, le texte de la note du Foreign Office en date du 8 de ce mois, dont Lord

Nr. 8072. Frankreich. 24. Nov. 1882.

Lyons m'a laissé copie et qui a été de ma part l'objet de l'examen le plus attentif. Je crois devoir vous faire part des observations que l'étude de ce document m'a suggérées. || Il est d'abord un point sur lequel il me paraît nécessaire de dissiper tout malentendu. Lord Granville semble avoir compris, par les comptes rendus de ses agents après leurs entretiens avec moi, que j'acceptais sans réserves les critiques adressées au contrôle franco-anglais, et que je considérais moi-même cette institution comme condamnée par l'expérience qui en a été faite. Si telle était réellement l'opinion du Gouvernement Britannique, il me serait trop facile de la rectifier. || Vous avez pu voir, en effet, par ma note du 4 novembre et par le soin que j'ai mis à discuter les allégations produites contre le contrôle dans les communications du Foreign Office, que je ne saurais, quant à moi, partager l'opinion actuelle des Ministres de la Reine sur cette institution. La note du 8 novembre reproduit, sous une forme nouvelle, une partie des critiques auxquelles j'ai déjà répondu. Je crois inutile de les reprendre une à une; mais je désire bien préciser le point de vue auquel j'ai toujours tenu et auquel je tiens encore à me placer. || Dans l'opinion du Gouvernement Français, le contrôle, tel qu'il a été établi par les arrangements de 1876 et de 1879, constitue la meilleure garantie que l'on ait trouvée jusqu'à présent pour la bonne administration de l'Égypte et pour la défense des intérêts qu'on a voulu sauvegarder, en le créant. On allègue contre cette institution des appréhensions plutôt que des griefs, et, quel que soit mon désir de me trouver en communion d'idées avec le Gouvernement Anglais, je ne crois pas qu'on puisse établir une balance entre les avantages réels, constatés par une pratique déjà longue, et des inconvénients d'avenir, incertains et discutables. || Toutefois, quelle que fût mon opinion personnelle dans la question, j'ai voulu donner la mesure de ma déférence pour les sentiments qui paraissent prévaloir en Angleterre, et j'ai dit à M. Plunkett d'abord, à Lord Lyons ensuite, comme je vous l'ai écrit à vous-même, que je consentirais à abandonner le contrôle, mais à la condition qu'il fût remplacé par quelque autre institution inspirée du même esprit, et offrant pour la France, au même titre que pour l'Angleterre, des garanties analogues. || En renouvelant ici une déclaration aussi précise, je couperai court, je l'espère, aux malentendus auxquels je dois attribuer les divergences que révèlent les différentes notes du Foreign Office, et notamment celle du 8 novembre. Je ne crois pas du reste nécessaire, je viens de le dire, d'entrer de nouveau dans la discussion minutieuse des allégations qui sont produites dans ces documents et je demeure convaincu que le meilleur moyen d'arriver à une entente est d'élever la discussion et de la dégager des questions secondaires et accessoires. || C'est à ce point de vue que je vais me placer avec vous et que vous aurez à vous placer vous-mêmes pour répondre d'une manière générale aux communications du Gouvernement Anglais. || Nous sommes, en Égypte, en possession d'une situation acquise, laquelle résulte à la fois des intérêts que nous avons dans ce pays, du rôle que nous y avons joué en tous temps, des grandes entreprises dues à notre initiative et à notre

Nr. 8072. Frankreich. 24. Nov. 1882.

industrie, et, plus spécialement, des arrangements diplomatiques concertés avec l'Angleterre et avec le Khédive en 1876 et en 1879. Je n'examinerai pas ici s'il y a lieu, comme le fait la note du 8 novembre, de marquer une distinction entre les accords de 1876, établis avec le concours pour le moins moral des Gouvernements intéressés, et ceux de 1879, formés avec leur intervention officielle. || De tous ces accords ressort indistinctement une même idée, idée grande et féconde, à laquelle les Cabinets de Paris et de Londres ont longtemps subordonné tout autre considération, celle qui consiste à abdiquer les rivalités du passé et à unir l'action des deux pays dans une pensée commune de sauvegarde pour les intérêts européens et de progrès pour la civilisation locale. || Les événements qui se sont récemment produits en Égypte ont-ils modifié cet ordre de choses? En intervenant pour réprimer une sédition militaire, l'Angleterre a-t-elle entendu se dégager de ses accords antérieurs, répudier le concours de la France et se charger seule désormais de l'oeuvre poursuivie jusqu'alors en commun? C'est de la réponse que le Gouvernement Britannique jugera devoir faire à cette demande que doit dépendre à mes yeux la solution de toutes les questions pendantes, et je ne verrais que des inconvénients à nous écarter de la seule base d'entente possible entre les deux pays pour nous perdre dans des discussions de détail sans objet et sans issue. || Or je ne puis relever jusqu'ici, dans les différentes communications qui m'ont été faites, qu'une seule idée: celle de l'abolition du contrôle anglo-français. Et il s'agit non pas de le supprimer pour le remplacer par une institution équivalente, ce à quoi nous aurions pu souscrire, mais bien de le détruire sans compensation pour nous. || Je ne vois, dans la proposition de substituer un conseiller unique aux contrôleurs des deux pays, aucune trace de l'entente amicale qui avait jusqu'à ce jour dirigé tous nos actes et servi de base à la politique franco-anglaise en Égypte. J'irai plus loin: je ne vois pas clairement ce que peut valoir, pour les Cabinets étrangers, cette intention où serait le Khédive d'appeler un conseiller européen. Quel service peut-on attendre d'un tel agent, qui n'étant pas même désigné par son Gouvernement, resterait sans attache avoué avec lui et qui ne remplirait d'autre rôle auprès du Vice-Roi que celui qui lui serait volontairement et accidentellement confié par Son Altesse Elle-même. Pour avoir reçu un mandat de cinq années, ce conseiller exercera-t-il une action plus réelle que tout autre employé du Khédive? S'il dépend de ce dernier de ne pas suivre les conseils donnés et même de ne pas les demander, on avouera qu'il serait difficile de trouver dans la nomination d'un pareil fonctionnaire l'équivalent des garanties que l'institution du contrôle offrait, jusqu'à ce jour, aux intérêts engagés en Égypte et aux Gouvernements qui en ont la tutelle. || Il résulte de ce qui précède que les propositions anglaises n'auraient d'autre effet, je le répète, que d'annuler purement et simplement l'institution sur laquelle étaient basées jusqu'à ce jour l'entente franco-anglaise et la politique commune en Égypte. Dans l'ignorance où nous sommes, d'ailleurs, des projets des Ministres de la Reine pour la réorganisation administrative et

militaire de ce pays, il nous est difficile d'apprécier si le Gouvernement Anglais retrouverait ailleurs des compensations à ce que l'abolition du contrôle lui ferait perdre d'influence et d'action; mais, pour ce qui nous concerne, il m'est impossible de méconnaître que l'annulation des accords de 1879, sans une compensation vraiment sérieuse, équivaudrait à la perte pure et simple du rôle que doivent nous assurer en Égypte notre passé, nos traditions et nos intérêts légitimes. || Je crois nécessaire de nous expliquer sur ces points avec une entière franchise. Nous n'avons pas participé à la récente expédition militaire; nous n'avons pas, dès lors, à prendre l'initiative dans le règlement des questions qui en sont la conséquence. C'est à l'Angleterre qu'il appartient d'examiner s'il lui convient, une fois l'ordre rétabli, de maintenir ou de détruire l'accord anglo-français et la politique à deux dans les questions égyptiennes. || Si le Gouvernement Britannique, obéissant à des préoccupations que je n'ai pas à examiner, croit devoir abandonner les errements anciens et dénoncer des arrangements diplomatiques dont rien ne nous semble cependant avoir diminué l'utilité réciproque; s'il juge, en un mot, plus conforme à ses convenances ou à ses impressions du moment de reprendre sa liberté d'action, nous n'aurons plus qu'à pourvoir nous-mêmes à la sauvegarde de nos intérêts. Si, au contraire, au moment de prendre une résolution si décisive et de diriger sa politique dans une voie nouvelle, le Cabinet anglais fait comme nous un retour vers le passé et ramène ses souvenirs sur tant de résultats heureux et féconds, dus à l'union de nos vues et à notre action commune; s'il se montre sensible aux preuves que nous lui avons encore tout récemment données, en Égypte même, du prix que nous attachions à la bonne harmonie des deux pays; s'il sent enfin la nécessité de tenir compte des droits et des susceptibilités légitimes d'un ancien allié et juge convenable de nous offrir, sur les bases précédentes ou sur des bases analogues, le rétablissement de notre longue entente, nous répondrons avec empressement à des avances de cette nature, et on peut être assuré à Londres que nous apporterons, dans une discussion engagée dans ces conditions, les dispositions les plus amicales et les plus conciliantes. || Mais, dans un cas comme dans l'autre, les Ministres de la Reine, après avoir eu connaissance de ces observations qui résument la manière de voir de notre Gouvernement, estimeront certainement qu'il ne serait digne ni d'eux ni de nous de poursuivre des discussions de détail, sources d'équivoques et de malentendus, tant que le point essentiel, qui seul peut servir de base utile à nos pourparlers, n'aura pas été franchement abordé et résolu.

Nr. 8072. Frankreich. 24. Nov. 1882.

E. Duclerc.

## No. 8073. FRANKREICH. — Botschafter in London an den französischen Min. d. Ausw. — Granville bietet Frankreich als Ersatz der Finanz-Controle die Präsidentenstelle der Kasse der öffentlichen Schuld.

Londres, le 25 novembre 1882.

Nr. 8073. Frankreich. 25. Nov. 1882.

Monsieur le Ministre, j'ai reçu ce matin la dépêche que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire sous la date d'hier. Lord Granville ayant passé la journée à Windsor, je n'ai pu le voir que ce soir. J'étais annoncé du reste auprès de lui par un télégramme de Lord Lyons qui avait signalé le départ d'un courrier extraordinaire et fait pressentir une communication de notre part. || Votre Excellence ayant bien voulu m'avertir qu'elle avait fait remettre copie de sa dépêche à Lord Lyons, je n'ai vu aucun inconvénient à en mettre le texte sous les yeux du Principal Secrétaire d'État. Après l'avoir lue avec beaucoup d'attention, Lord Granville s'est borné à me faire observer que cette communication „n'avançait pas les choses" et s'est plaint, en termes très courtois, de l'avoir longtemps attendue. || J'ai expliqué au Principal Secrétaire d'État qu'en ce qui concerne la question de temps, nous avions, avec plus de raison, le droit de formuler un regret analogue à celui qu'il exprimait; après avoir expliqué le sens réel du dernier paragraphe de sa communication du 8 novembre, le Cabinet de Londres nous avait fait espérer, par l'intermédiaire de l'Ambassadeur de la Reine, une communication officielle que Votre Excellence attendait encore à la date d'hier. Quant au fond même de la question, j'ai fait remarquer à Lord Granville que la dépêche dont je venais de lui donner communication me paraissait, au contraire, avancer les choses, en formulant nettement la question suivante sur laquelle je lui demandais la permission d'insister: „L'intention du Cabinet de Londres est-elle, oui ou non, d'enlever à la France, sans compensation, la situation qui lui est acquise en Égypte? Si oui, nous désirons qu'on nous le dise nettement. Si non, nous demandons à savoir quelles sont au juste les compensations que l'Angleterre compte nous offrir." || Lord Granville m'a répondu que s'il n'avait jamais formulé les offres indirectes, auxquelles j'avais fait allusion, c'était parce que, dans sa pensée, les demandes devaient venir de notre côté: c'était à nous de spécifier les compensations que nous désirions obtenir. Or nous n'avions jamais voulu nous expliquer à cet égard. || J'ai fait observer à mon tour au Principal Secrétaire d'État que, n'ayant été pour rien dans les événements dont l'Égypte avait été le théâtre, nous n'avions pas d'initiative à prendre dans le règlement des questions qu'avait soulevées l'intervention anglaise; l'initiative devait venir de l'Angleterre: c'était à elle qu'incombait le devoir de s'expliquer sur la façon dont elle entendait compenser, à notre point de vue, les modifications qu'elle semblait disposée à apporter à l'état de choses établi d'un commun accord avec nous. „Comment voulez-vous," ai-je ajouté, à titre de réflexion toute personnelle, „que nous prenions l'initiative d'une demande de

compensation? Si considérables qu'elles puissent être à vos yeux, ces compensations seront toujours bien au-dessous de ce que vous annoncez l'intention de nous enlever. Peut-être pourrions-nous, — je n'entends rien préjuger à cet égard, — accepter ce que vous nous offririez. Aucun Ministre français n'assumerait, vis-à-vis de l'opinion publique de son pays, la responsabilité de vous suggérer une combinaison qui aboutirait toujours, en fin de compte, à une diminution notable de la situation de la France en Égypte. Nous ne pouvons vous demander que le maintien du *statu quo* ou son équivalent: c'est ce que nous avons déjà fait; c'est ce que nous faisons encore." || Lord Granville s'est empressé de reconnaître la justesse du point de vue auquel je venais de me placer et m'a avoué que, si je n'avais pas fait valoir auprès de lui un argument dont il ne pouvait méconnaître la valeur absolue, il se serait vu dans la nécessité de ne répondre à la dépêche dont je venais de lui donner communication qu'en s'adressant aux autres Puissances; non pas, s'est-il hâté de dire, pour en appeler à elles contre la France, mais pour leur faire connaître, en même temps qu'à la France, les décisions auxquelles le Cabinet de Londres se croyait obligé de s'arrêter. „Vous m'avez démontré," a ajouté le Principal Secrétaire d'État, „que ce n'était pas à vous de parler; mais m'encouragez-vous à parler moi-même?"

— „Le désir du Président du Conseil," ai-je répondu, „est évidemment d'écarter de nos pourparlers toute équivoque et toute ambiguïte. Il vous le dit lui-même. Mon impression toute personnelle est qu'il y aurait utilité à ce que le Cabinet de Londres formulât des offres qui, — vous le reconnaissez vous-même, — ne nous ont jamais été faites en termes explicites.

J'ignore l'accueil qu'elles rencontreront; mais il me paraît utile, je le répète, que les questions soient nettement posées."

— „Eh bien!" a repris Lord Granville, „je vous donnerai très franchement les explications que vous désirez.

Nous avons recherché et examiné, mes collègues et moi, toutes les combinaisons qui pouvaient constituer une solution acceptable pour la France. Une seule nous a paru possible. C'est celle qui vous donne la Présidence de la Commission de la Dette publique. Nous voudrions même faire un peu plus. J'ai lieu de croire que mes collègues ne verraient pas d'inconvénients sérieux à grossir la présidence de la Commission en augmentant l'importance de la Commission elle-même. Nous pourrions examiner avec vous, s'il n'y aurait pas lieu, en simplifiant certains rouages administratifs, de transférer, au moins pour une période plus ou moins longue, à la Commission de la Dette, tout ou partie des attributions actuelles de l'administration du Domaine et de la Daïra. Il y aurait là une question à examiner, et nous l'examinerons dans le désir sincère d'accroître d'autant la part que nous vous offrons."

„Lord Lyons", ai-je repris, „nous a donné à entendre que l'on nous offrirait non seulement la combinaison dont vous venez de parler, mais quelque chose de plus."

[Nr. 8073.] Frankreich. 25. Nov. 1882.

„Lord Lyons," a répliqué le Principal Secrétaire d'État, „n'a pu faire allusion qu'à la combinaison complémentaire dont je viens de parler.

— M'autorisez-vous à transmettre immédiatement les offres à Paris?

— Certainement."

— „Je crois savoir, ai-je ajouté, que M. Gladstone est personnellement pressé d'abréger les pourparlers actuels. Il est bien entendu que, du moment où vous vous décidez à parler, vous attendrez notre réponse?

— Cela va sans dire."

Tel est le résumé de la conversation que je viens d'avoir avec le Principal Secrétaire d'État. Elle a eu pour résultat d'amener enfin le Cabinet de Londres à formuler ses offres de compensation.

Tissot.

---

## Nr. 8074. GROSSBRITANNIEN. — Dufferin an den Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem russischen General-Consul über die Politik Englands.

Cairo, December 11, 1882.

Nr. 8074. Grossbritannien. 1. Dec. 1882.

My Lord, — The Russian Agent, M. Lex, called upon me last Thursday, the 7th instant. I need not trouble your Lordship with the general gist of the conversation which ensued, except to observe that M. Lex seemed to be under some apprehension that we intended to use Egypt as a *place d'armes* for the organization of a considerable Anglo-Egyptian force. I at once disabused his mind of this idea, and told him that, on the contrary, our recommendation to the Egyptian Government was that they should maintain a very small army, in view of the critical situation of their finances. Although it was true Her Majesty's Government was going to lend them a few officers, it was probable that only the superior grades of one-half of the regiments composing the entire force would be filled by Englishmen, and that under any circumstances the numbers would not exceed a few dozen individuals.

I further told M. Lex, that I was quite ready to give him any information he might desire as to our policy in this country, for the simple reason that from first to last our only object was to re-establish a capable Administration under conditions to secure the permanent peace of Egypt and the well-being of its inhabitants. Our own legitimate influence and interests would be better secured by these results than by any other means which could be imagined.

I have, &c.

Dufferin.

---

## No. 8075. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den französischen Botschafter in London. — Der französischen Regierung genügt die Präsidentschaft der Kasse der öffentlichen Schuld nicht.

Paris, le 13 décembre 1882.

Monsieur, j'ai reçu la dépêche que vous m'avez adressée pour me rendre compte de votre dernier entretien avec Lord Granville. || J'aurais déjà répondu à cette communication, si différentes indications ne m'avaient permis d'espérer que le Gouvernement Anglais se déciderait à donner une forme plus précise aux allusions un peu vagues qui ont accompagné sa proposition. Cet espoir ne paraissant pas devoir se réaliser, je ne tarderai pas davantage à vous faire connaître mon sentiment. || Ma dépêche du 24 novembre vous a suffisamment édifié sur le point de vue auquel nous avions dû nous placer et d'où il ne nous semblait pas possible de nous départir dans les questions égyptiennes. L'offre qui vient de nous être faite ne saurait modifier notre manière de voir, ni la ligne de conduite que nous impose le souci de nos intérêts et celui de votre dignité. Cette proposition se présente d'ailleurs à nous, ainsi que je viens de le dire, sous une forme assez vague. Votre télégramme du 25 novembre, confirmé par vos communications ultérieures, la formulait ainsi: || „Lord Granville m'a laissé entendre que les attributions de la Commission de la Dette pourraient être élargies à la suite d'un accord, ce qui, en lui donnant plus d'importance, augmenterait par suite celle de son président." || Nous aurions désiré être fixés d'une manière précise sur l'extension qui pouvait, dans l'esprit du Gouvernement Anglais, être donnée aux attributions de la Commission de la Dette et sur le rôle qui en serait résulté pour son président. Sur ce point les allusions du Ministre de la Reine ne nous ont point paru explicites. Il ressort, il est vrai, de votre correspondance et de différentes suggestions officieuses que le Cabinet britannique aurait été disposé à trouver cette extension d'attributions dans l'adjonction des administrations de la Daïra et des Domaines à celle de la Dette. Si j'avais pu partager cette opinion, j'aurais eu à développer les considérations qui soulèvent des doutes dans mon esprit sur la possibilité pratique d'une combinaison de ce genre. || Le contrôle de la Daïra, créé par un contrat intervenu entre le Gouvernement Égyptien et les représentants de ses créanciers, est devenu l'un des éléments de la loi de liquidation et il ne saurait, à mon avis, y être porté atteinte sans le consentement unanime des Puissances intéressées. Quant à l'organisation des Domaines, elle repose sur un arrangement conclu avec l'assentiment des Cabinets de Paris et de Londres, et elle ne pourrait être modifiée elle-même sans le consentement de tous les souscripteurs de l'emprunt domanial.

Nr. 8075. Frankreich. 13. Dec. 1882.

Mais je ne crois pas nécessaire de m'étendre sur ces détails. Il vous serait facile, en vous inspirant de mes communications précédentes, de démontrer aux Ministres de la Reine que, réduite à de semblables proportions, la pro-

Nr. 8075. Frankreich. 13. Dec. 1882.

position anglaise ne saurait répondre suffisamment à nos aspirations légitimes. Nous ne pouvions y voir, en l'état, qu'une tendance du Cabinet britannique à chercher un terrain d'entente et ce n'est qu'à ce point de vue que nous avions pu nous y attacher un instant. || Sans ajouter à notre réponse rien qui pût ressembler à des récriminations, je ne puis me dispenser cependant de vous rappeler en terminant l'attitude si strictement correcte que nous avons observée à l'égard de l'Angleterre pendant les récents événements. Tant qu'a duré la lutte, nous avons conservé le rôle d'amis sincères, séparés un moment par un dissentiment de conduite. De son côté, le Gouvernement de la Reine nous a exprimé la gratitude que lui avaient inspirée nos bons offices et nous a donné l'assurance expresse que notre confiance ne serait pas déçue. La question que nous avions à résoudre nous paraissait donc fort simple. Le succès des armes britanniques en Égypte ne pouvait modifier, au point de vue du droit, la situation de ce pays. Les Anglais eux-mêmes avaient déclaré, au début de leur expédition, ils ont répété depuis, que leur intervention n'avait d'autre objet que de rétablir l'ordre dans les États du Khédive. Or la première condition du rétablissement de l'ordre n'était-elle pas le respect des institutions, que la rébellion voulait renverser, et, au premier rang de ces institutions, ne trouvions-nous pas toutes celles qui ont un caractère international? Que si, sur tel ou tel point, une modification eût paru commandée par les circonstances, elle aurait été examinée par nous dans un sentiment de déférence amicale; mais nous persistons à croire qu'elle ne pourrait, légalement, être introduite que par voie de consentement réciproque, explicite et formel. || Je me suis du reste expliqué déjà sur ces différents points dans mes conversations avec Lord Lyons et je n'y reviens ici que pour votre information personnelle. Des indications récentes tendraient, il est vrai, à représenter les Ministres de Sa Majesté comme disposés à s'écarter de l'ordre d'idées auquel nous restons attachés. Mais je veux espérer encore que des propositions réellement acceptables nous seront faites, en définitive, et Lord Granville peut être certain que, si elles viennent à se produire, elles nous trouveront disposés à les examiner dans un esprit de conciliation sincère.

E. Duclerc.

---

## Nr. 8076. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Die gegenwärtige Lage in Aegypten bedeutet nicht einen Sieg Englands und eine Niederlage Frankreichs.

Foreign Office, December 15, 1882.

Nr. 8076. Grossbritannien. 15. Dec. 1882.

My Lord, — I have received your despatch of the 4th instant, conveying to me the observations of M. Duclerc on the proposal which I had requested the French Ambassador here to submit to his Excellency respecting the pre-

sidency of the Egyptian Caisse de la Dette. || Her Majesty's Government entirely approve the language held by your Excellency on that occasion, though much regretting that their efforts to arrive at a confidential understanding with the French Government have not proved more successful. The difference between the two Governments may be resumed in a few words. The French Government deprecate the abolition of the Control unless a complete equivalent be given to France for the disadvantage to her which might result therefrom, and, in their opinion, no arrangement would afford a complete equivalent which did not virtually re-establish the *status quo ante*. || On the other hand, Her Majesty's Government, for reasons which have been fully explained, maintain the opinion that the continuance of the dual Control, or the substitution for it of any similar arrangement, would not be advantageous to Egypt, nor, in the long run, conduce to the good relations of England and France. || M. Duclerc observed to your Excellency, that the refusal of the French Government to take part in the Egyptian expedition had resulted in a victory to England and a defeat to France, and that he would rather accept that defeat than be a party to placing France by any act of his in an undignified position. || Her Majesty's Government entirely concur in your Excellency's view as to the inapplicability of such terms as "victory" and "defeat" to the relative situations of England and France in Egypt, and in your protest against the use of them. The only victory that has been gained is over the common enemy. It is true, that owing to the resolution of the French Chambers, the work of restoring peace and good order in Egypt, of preserving the rights and interests of foreign Powers, and the guarantees of the international obligations, was left exclusively to England; but the voluntary accomplishment of that work has given her no victory over France. || It has only imposed on this country onerous obligations, from which Her Majesty's Government hope, at no distant period, to find themselves relieved. || In the meanwhile, they see no reason why England and France should not act in perfect harmony, although the form of joint action should not be continued. || I desire therefore to express the great pleasure with which Her Majesty's Government have noticed the observation of M. Duclerc reported in your Excellency's despatch, that although the cessation of such joint action is, in his opinion, much to be regretted, it does not follow that it should lead to any estrangement between the two Powers, and that France would pursue her own interests in Egypt side by side with England instead of in special union with her, relying on the due support of Her Majesty's Government in doing so. || These friendly sentiments are cordially welcomed and reciprocated by Her Majesty's Government, and I have to request that in communicating the substance of this despatch to M Duclerc, you will convey to him the assurance that, although these confidential and preliminary communications have not resulted in an agreement, Her Majesty's Government hope that, in the formal communications which will be made to France and the other Powers, there will be nothing to prevent the harmonious acting of the two countries, either during

Nr. 8076. Grossbritannien. 15. Dec. 1882.

the time of the temporary occupation of Egypt by British troops, or later, as the self-government of the country is prudently developed. || I am, &c.

Granville.

## Nr. 8077. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an Dufferin. — Abschaffung der Finanz-Controle.

Foreign Office, December 28, 1882.

Nr. 8077. Grossbritannien. 28. Dec. 1882.

My Lord, — Among the important questions connected with the reorganization of the Government of Egypt which have received the anxious consideration of Her Majesty's Government is that relating to the system of financial Control which it was considered necessary to introduce in the administration of the country, and which was established under the Decrees of the Khedive of the 18th November, 1876, and the 15th November, 1879. || Sir E. Malet, in his despatch of the 22nd October last, transmitted the draft of a note which he had received from the Egyptian Government, proposing the abolition of the Anglo-French Control instituted by those Decrees; and he stated, that he had been requested to ascertain whether that proposal would be acceptable to Her Majesty's Government, and had been informed that, if the answer should be in the affirmative, the note would be officially presented to him and to his French colleague. || The note set out the grounds, on which the Egyptian Government consider that the further maintenance of the Anglo-French Control would not be justified. After pointing out that the Control formed no part of the guarantees conceded to the public creditors of the State, that it was not established in pursuance of any international Agreement, but owed its origin to a special understanding between Egypt, on the one side, and Great Britain and France, on the other, the note proceeded to show the inconvenience which had resulted from its existence, and urged, as a matter of public notoriety, that, by reason of its dualism and of its quasi-political character, it had given rise to undeniable abuses in the public administration, had roused the legitimate susceptibilities of the people and had prejudiced to a dangerous extent the authority of the Government over the nation. || In view of the important nature of the question, and the desire of Her Majesty's Government to give it the fullest consideration, and for other reasons, Sir E. Malet was instructed to endeavour to delay the official pesentation of this note. || But, after careful attention to the subjectre Her Majesty's Government have recently thought they had no right to insist upon further procrastination on the part of the Egyptian Government regarding a matter to which the Khedive and his Ministers attached so much importance, and on the 7th ultimo the note was presented officially to the British and French Agents. || Her Majesty's Government are not prepared, in opposition to the wishes of the Egyptian Government and in face of the many objections which have been raised to the continuance of the Control, to insist on the maintenance of an arrangement which, in its last form, was only provisionally accorded. || They think, however, that, for the present, it would

Nr. 8077. Grossbritannien. 28. Dec. 1882.

not be wise on the part of the Egyptian Government to deprive themselves of all European assistance in securing the good administration of the finances, on which must depend the prosperity and credit of the country, and its power to fulfil its international engagements without undue pressure on the Egyptian people. || Her Majesty's Government would recommend that, in place of the Control, His Highness the Khedive should appoint a single European financial adviser. This officer would attend Cabinet Councils, but not as a Finance Minister, when requested by the Khedive, and would exercise, as His Highness might appoint, powers of inquiry and advice on financial questions, but without any authority to interfere in the direct administration of the country. || Her Majesty's Government have no reason to suppose that, the Khedive or his Ministers will be less alive to the necessity of selecting a properly-qualified European adviser for this purpose than on previous occasions when Her Majesty's Government had declined to make a nomination; they do not, therefore, think it necessary to make a specific condition, that the appointment shall be dependent on the selection or consent of any foreign Government. || Your Excellency, therefore, in recommending this arrangement to the Khedive, will state, that Her Majesty's Government would consider that it would rest on no other authority than that of His Highness' own adoption of it, and a declaration of intention on his part, which Her Majesty's Government would accept with entire confidence. || Subject to the above reservation in regard to the arrangements which should be substituted for the Control, Her Majesty's Government are prepared to accede, so far as this country is concerned, to the proposal of the Egyptian Government for the abrogation of the Decrees of the 15th November, 1879, and the 18th November, 1876, the one in its entirety and the other so far as it relates to the Control. || I have to request, that your Excellency will communicate this decision to the Egyptian Government. || Her Majesty's Government are aware of the great value which the French Government have attached in the past to the Dual Control. They do not deny the practical advantages which, for a time, attended the system—advantages which were owing to the common wish of this country and of France to promote the prosperity of Egypt; but they are convinced that this feeling on the part of France will not extend to thinking it possible that an arrangement of a temporary character should be continued after two of the three parties to it have become desirous to be freed from the obligation, for reasons which they consider to be of grave importance. || I am, &c. Granville.

Foreign Office, December 28, 1882.

My Lord, I have to request your Excellency not to act upon my despatch of this day's date, relative to the abolition of the Anglo-French Control in Egypt, until you have received instructions by telegraph to do so.*) || I am, &c.
Granville.

*) Entsprechende Instruction wurde ertheilt am 8. Januar 1883.

No. 8078. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Betrachtet die vertraulichen Verhandlungen mit Frankreich als gescheitert, wird bald allen Grossmächten officiell die Pläne der engl. Regierung mittheilen.

Foreign Office, December 30, 1882.

Nr. 8078. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

My Lord, — I have already forwarded to your Excellency a copy of the despatch from M. Duclerc, communicated to me by the French Ambassador in reply to the proposals last made by me with regard to future financial arrangements in Egypt. || Her Majesty's Government had been prepared by your Excellency's reports of recent conversations with M. Duclerc for the nature of this communication, and the reply to it is in a great measure anticipated by my despatch to you of the 15th instant. || Her Majesty's Government entirely agree with M. Duclerc in deprecating anything in the nature of controversy between the two Governments, and if they refer to the history of the communications which have taken place on this matter, it is only for the purpose of showing, that the course they have taken has been dictated by a desire to consult the dignity of France, and to show their friendly feeling towards the French Government. || They had understood from the reports of M. Duclerc's language, and his Excellency indeed admits, that he anticipated and did not in principle object to a termination of the system of dual financial control, as it had existed previous to the recent events. M. Duclerc had in fact stated to Mr. Plunkett, on the 11th October last, that he would be ready to agree to the abolition of the Control if the question were put before him by Her Majesty's Government, and that although personally not so convinced as others, he was ready to recognize, that circumstances now seemed to make the cessation of the Controle desirable. He said, that any attempt to abolish it by indirect means, or by treating it as dead without previous consultation with the French Government, would produce a bad effect, and would be considered as not being quite a friendly proceeding on the part of Great Britain; and, moreover, he intimated to Mr. Plunkett on the same occasion, that what he personally would like the best under the circumstances would be the restoration, for form's sake, of the *status quo ante*, even if only for the moment, and with a previous understanding, that it was all to be upset immediately afterwards. || The proposal which your Excellency was instructed to make on the 23rd October last, while it was that which seemed to Her Majesty's Government to be the best adapted to the circumstances, was so framed in its details as to meet M. Duclerc's views as thus indicated. || When Her Majesty's Government found, that they had been unsuccessful in obtaining M. Duclerc's concurrence, they naturally expected, that he would make some counter-proposal. || As M. Duclerc seemed to be unwilling to take this upon himself, and as his Excellency objected, that the proposal of Her Majesty's Government contained

Nr. 8078. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

no compensation to France for the position which she would give up, Her Majesty's Government intimated a possible basis for an arrangement by inviting the French Government to state what position France would desire to secure for the protection of her interests in the other financial arrangements which are matters of international agreement. || M. Duclerc thought, however, that this part of the question should be postponed until an agreement had been come to in regard to the Control. || Your Excellency, at a subsequent stage of the discussion, again called M. Duclerc's attention to this point as likely to facilitate the attainment of a satisfactory understanding between the two Governments. || M. Duclerc continued to be unwilling to make any proposal with regard to the nature of the compensation which would be regarded as sufficient by the French Government, and M. Tissot said, that it would be an invidious and difficult task for the French Government themselves to propose a compromise, and that they hoped that Her Majesty's Government would offer them a basis for discussion. || As time was of importance, and as I had no desire to throw backwards and forwards the responsibility of taking the initiative, I asked M. Tissot whether a certain proposal was likely to be favourably received, and on receiving the assurance of his personal impression that such was the case, I requested his Excellency to transmit it to M. Duclerc. || This conversation took place on the 27th ultimo. M. Duclerc expressed to your Excellency his satisfaction at receiving a proposal of a definite nature. He informed you on the 1st instant, that he was ready to answer the offer at once, but would wish to wait two or three days in the hope of receiving in the meantime some further details, and he seemed to expect that an expert would be sent over to discuss them. || I replied, that, if the French Government accepted the principle of the arrangement, we should be ready to send an expert, an offer which was declined by M. Duclerc. " It has been with sincere regret that Her Majesty's Government have found, that their suggestion has not been considered acceptable, even as the basis of an arrangement. || The word "compensation" has appeared in this correspondence. It is not the phrase that Her Majesty's Government would choose to describe the views with which they have addressed themselves to the subject of the Control. They do not regard the Control as having been introduced to promote any separate or special interest of France and England which is to suffer by its abolition. As they conceive it was intended to promote order in Egyptian finance, and incidentally good government as connected with such order, the benefit was to redound first to Egypt and then to other countries interested in Egyptian prosperity, among whom France and England hold so prominent a place, and for whose benefit, not less than for their own, they exercised the Control. But as, in the view of Her Majesty's Government, this benefit cannot proportionately be had through the Control, they have not felt, that they were entitled to seek what could properly be termed compensation for its abolition || They have, therefore, had it in view to release the Khedive from the restraints under

Nr. 8078. Grossbritannien. 30 Dec. 1882.

which he was placed by the Control, which they think it reasonable to accept, and record His Highness' willingness and desire to avail himself for a time of European aid in the general management of his finances. || It may be probable, that the Khedive will select an Englishman on such an occasion for his counsellor. But may it not be asked whether such an exercise of his discretion has in it anything strange, and whether it does not grow naturally out of the occasion itself, on which it has been left to England to represent European as well as Egyptian interests in the restoration of order, and in providing securities for its maintenance. But this mode of proceeding would not be referable to any covenant imposed upon Egypt; it would rather be a choice founded upon and agreeable to all the facts of the case, which seem to indicate, that at such a moment the aid towards securing future financial order should be sought in the same quarter from whence at a period of extreme emergency the military means necessary for the restoration of society have been supplied. || M. Duclerc argues in his despatch, that because the intervention of England in Egypt was for the declared object of restoring order in that country, Her Majesty's Government are pledged to re-establish all the institutions which the rebellion tended to overthrow, and especially all those which had an international character. But it was never, declared that intervention in Egypt was to be merely for the purpose of restoring order, and did not also include the removal of causes of danger to its future maintenance. Whatever might be the method adopted for re-establishing the power of the Khedive, Her Majesty's Government had always mentioned other objects of their own policy and of that of France, and among them the judicious development of Egyptian institutions. The object of their intervention would be very imperfectly attained if order were merely re-established for the moment without any attempt to make provision for its permanence. In advising or supporting the restoration of institutions which previously existed, Her Majesty's Government feel bound to consider whether in any way these may have contributed to bring about the recent crisis, and whether they are well adapted for the present order of things and likely to be of benefit for the future. The Anglo-French Financial Control was an institution which could never have been intended to be permanent; it was designed to meet a peculiar condition of affairs, and it must be admitted, that the circumstances have been greatly altered by the important events which have occurred during the present year. Even apart from any objections which might be taken in principle to its being treated as other than a temporary expedient, the system could not work well when two of the three parties to the arrangement are strongly opposed to its continuance. || There seems no reason why France as well as England (to avoid mutual dualism) should not continue without it to exercise a beneficent influence over the future of Egypt, in whose prosperity and good government they both are so deeply interested.

While regretting, therefore, that these preliminary and confidential com-

munications with the French Government have not resulted in an agreement, Her Majesty's Goverment continue to hope that their policy, as expressed in the formal communications which they must shortly proceed to make to France and to the other Powers, will commend itself as a whole to the eventual judgment of the French Government. ‖ I am, etc.

Nr. 8078. Grossbritannien. 30. Dec. 1882.

Granville.

---

## No. 8079. GROSSBRITANNIEN. Min. d. Ausw. an die Vertreter Englands in Berlin, Paris, Rom, St.-Petersburg und Wien. — Pläne Englands über die Reorganisation Aegyptens.

Foreign Office, January 3, 1883.

My Lord, Sir, The course of events has thrown upon Her Majesty's Government the task, which they would willingly have shared with other Powers, of suppressing the military rebellion in Egypt, and restoring peace and order in that country. The object has happily been accomplished; and although for the present a British force remains in Egypt for the preservation of public tranquillity, Her Majesty's Government are desirous of withdrawing it as soon as the state of the country, and the organization of proper means for the maintenance of the Khedive's authority, will admit of it. In the meanwhile, the position in which Her Majesty's Government are placed towards His Highness imposes upon them the duty of giving advice with the object of securing that the order of things to be established shall be of a satisfactory character, and possess the elements of stability and progress. ‖ The subjects to be treated may be divided into two categories: those which concern other countries and are matters for the consent or concurrence of the European Powers, and those which are matters of internal administration. ‖ To begin with the former class: one result of recent occurrences has been to call special attention to the Suez Canal, firstly, on account of the danger with which it was threatened during the first brief success of the insurrection; secondly, in consequence of its occupation by the British forces in the name of the Khedive, and their use of it as a base of the operations carried on in His Highness' behalf, and in support of his authority; and thirdly, because of the attitude assumed by the Direction and officers of the Canal Company at a critical period of the campaign. ‖ As regards the first two of these points, Her Majesty's Government believe that the free and unimpeded navigation of the Canal at all times, and its freedom from obstruction or damage by acts of war, are matters of importance to all nations. It has been generally admitted, that the measures taken by them for protecting the navigation, and the use of the Canal on behalf of the territorial Ruler for the purpose of restoring his authority, were in no way infringements of this general principle. ‖ But to put upon a clearer footing the position of the Canal for the future, and to provide against possible dangers,

Nr. 8079. Grossbritannien. 3. Jan. 1883.

Nr. 8079. Grossbritannien. 3. Jan. 1883.

they are of opinion that an agreement to the following effect might with advantage be come to between the Great Powers, to which other nations would subsequently be invited to accede:— || 1. That the Canal should be free for the passage of all ships, in any circumstances. || 2. That in time of war a limitation of time as to ships of war of a belligerent remaining in the Canal should be fixed, and no troops or munitions of war should be disembarked in the Canal. || 3. That no hostilities should take place in the Canal or its approaches, or elsewhere in the territorial waters of Egypt, even in the event of Turkey being one of the belligerents. || 4. That neither of the two immediately foregoing conditions shall apply to measures which may be necessary for the defence of Egypt. || 5. That any Power whose vessels of war happen to do any damage to the Canal should be bound to bear the cost of its immediate repair. || 6. That Egypt should take all measures within its power to enforce the conditions imposed on the transit of belligerent vessels through the Canal in time of war. || 7. That no fortifications should be erected on the Canal or in its vicinity. || 8. That nothing in the agreement shall be deemed to abridge or affect the territorial rights of the Government of Egypt further than is therein expressly provided.

Passing to the financial arrangements which have been the subject of agreement with all the Powers in connection with the Law of Liquidation, Her Majesty's Government are induced to believe that greater economy and simplicity may be attained in regard to the management of the Daïra Estates and some other Administrations by certain changes of detail which would not diminish the security of the creditors. They trust shortly to be in a position to lay before the Powers definite proposals for this purpose. || A question in which all the Powers are interested, and which connects itself with the general subject of finance, is that of the equal taxation of foreigners and natives. Her Majesty's Government feel convinced, that the Powers will be prepared to join them in accepting any equitable proposals of the Egyptian Government for the purpose of placing foreigners on the same footing as natives in regard to taxes from which they are at present exempt. || As regards the Mixed Tribunals which have been established in Egypt by international agreement for the decision of civil suits between natives and foreigners, you are aware that the prolongation of the present system, which was agreed to in January last, would naturally expire on the 1st February next. Her Majesty's Government have advised the Egyptian Ministry to propose a further prolongation of a year, in order to give time for the discussion of amendments in the Codes and procedure which was interrupted by the events of the present year. || This concludes the list of questions which are matters of direct international arrangement with the Powers. || Her Majesty's Government communicate this outline of their views, as the initiative seems, after what has occurred, to fall on them, and submit it for the consideration of the Powers, in the hope that it will meet with their approval.

Nr. 8079. Grossbritannien. 3. Jan. 1883

With reference to the second class of questions, the first and most pressing of the measures of internal administration is the organization of a force for the maintenance of public security against external or internal attack. Both on grounds of economy and of safety, Her Majesty's Government think it desirable, that the Egyptian army should be a small one, and that the duty of maintaining order within the country should be discharged, as far as possible, by a separate force of gendarmerie and of police. The Khedive and his Ministers have expressed a strong wish, that British officers should be lent, to fill certain posts in the army, under the Commander-in-chief of the Khedive, and to this Her Majesty's Government have expressed their willingness to agree for a time, and on a system which would give Egyptian officers access to some of the higher commands. The details of the scheme are still under consideration; but the general principles are sufficiently indicated in what I have stated. || Among the administrative arrangements of recent years, one of great importance was the institution of the English and French Controllers-General, with certain attributions in relation to the revenue and expenditure of the State, to which the French Government, and more recently that of England, became parties. || Upon this subject I inclose, for your information and for communication to the Government to which you are accredited, a copy of a note officially delivered by the Egyptian Government to the British and French Agents in Egypt on the 7th November, containing a proposal for the abolition of the Control, and a statement of the grounds on which that course is advocated. I also inclose a copy of the instructions which Her Majesty's Government have addressed to the Earl of Dufferin in reply to this communication, from which it will be seen that, for the reasons therein stated, and subject to a reservation as to the appointment for the present of an European official as financial adviser to the Khedive, Her Majesty's Government are prepared to accede to the proposal of the Egyptian Government. In this measure they earnestly desire the concurrence of France. || Her Majesty's Government have urged strongly upon the Khedive the necessity of at once introducing an improved system for the administration of justice to natives throughout the country, and they trust that in a short time effective measures will be taken for this purpose. || The question of the suppression of the Slave Trade and of the abolition, as far as possible, of slavery in Egypt is one which Her Majesty's Government have much at heart. They will lose no favourable opportunity of advising the Khedive to take such steps as may be judicious for the attainment of these objects. || There remains the question of the development of political institutions in Egypt. It is one of great importance and complexity, and requires for its treatment careful study of the circumstance of the country and people. Her Majesty's Government are of opinion that the prudent introduction of some form of representative institutions may contribute greatly to the good government of the country and to the safety and regularity of the Khedive's rule. But they await

Nr. 8079. Grossbritannien. 3. Jan. 1883.

further Reports from their Representatives in Egypt before coming to a conclusion as to the shape which would be best suited to the present occasion, while affording opportunities for future growth. || Her Majesty's Government have wished to give full information to the Powers on all these matters, which are immediately connected with the peace, security and social order of Egypt, and on which, accordingly, they have thought it their duty to advise the Khedive as to the best mode of exercising his governing power. They trust, that the spirit in which they have proceeded will be found to be in consonance with the views of the other Governements who take an interest in the welfare of that country. || You will communicate a copy of this despatch to the Government to which you are accredited. || I am, &c.

Granville.

Foreign Office, January 3, 1883.

My Lord, — I have to request your Excellency not to act upon my Circular despatch of to-day, relative to the Suez Canal and the reorganization of Egypt, until you receive instructions by telegraph to do so.*) || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8080. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Internationaler Charakter des Institutes der Finanz-Controle. Die französische Regierung nimmt ihre volle Aktionsfreiheit zurück.

Paris, le 4 janvier 1883.

Nr. 8080. Frankreich. 4. Jan. 1883.

Monsieur, l'Ambassadeur d'Angleterre m'avait prévenu qu'il se trouverait incessamment en mesure de me communiquer les vues définitives de son Gouvernement relativement à l'Égypte. Vous trouverez sous ce pli la dépêche de Lord Granville, dont Lord Lyons m'a remis copie hier. || Comme vous le verrez, Lord Granville prend texte de la réponse que j'ai dû faire à ses dernières propositions, pour retracer sommairement les phases successives de pourparlers échangés depuis le mois de septembre. Il rappelle l'acquiescement implicite que j'aurais donné à l'abolition du contrôle, au prix d'une compensation suffisante. Il regrette que ses dernières suggestions n'aient pas été considérées comme offrant les bases d'un arrangement, ou nous fournissant tout au moins un point de départ pour des contre-propositions acceptables. Revenant enfin sur ce point, que le maintien du contrôle et des institutions actuelles ne suffirait pas aux nécessités de la tâche que l'Angleterre s'est imposée en intervenant en Égypte, il exprime l'espoir que, malgré les divergences qui subsistent à cet égard, la politique du Gouvernement anglais se recommandera d'elle-même

*) Entsprechende Instruction wurde ertheilt am 12. Januar 1883.

Nr. 8080. Frankreich. 4. Jan. 1883.

à notre appréciation, et que les deux Gouvernements continueront à exercer une influence bienfaisante sur l'avenir de l'Égypte, à la prospérité et au développement de laquelle les deux Puissances sont si profondément intéressées. || Alors même que Lord Granville n'aurait pas formulé l'intention explicite d'exposer prochainement aux Puissances les vues du Gouvernement anglais relativement à l'Égypte, je n'aurais pu me dissimuler que cette dernière communication ne marquât le terme des pourparlers suivis pour arriver à un accord préliminaire avec la France. La conviction réfléchie qu'une entente entre les deux Pays est la garantie nécessaire des intérêts divers dont le siége est en Égypte, ne me permet pas d'envisager sans regret les conséquences du parti pris par l'Angleterre de rompre les liens d'une coopération qui, quoiqu'on en dise aujourd'hui, a produit beaucoup de bien et empêché beaucoup de mal. Au reste, l'heure de la discussion est passée et l'avenir seul reste chargé de mettre en lumière les conséquences du changement qui va être introduit dans une politique consacrée par une longue et heureuse épreuve. || Quoi qu'il en soit, et sans revenir sur un débat épuisé, je me crois obligé, pour dégager notre responsabilité de faire certaines réserves relativement à l'attitude que nous aurions observée, d'après la note de Lord Granville, durant la dernière période des négociations. Cette attitude n'a pas varié; car elle était imposée par les arrangements conventionnels en vigueur. A aucun moment, je n'ai songé, en vue de ménager une transition délicate, à suggérer l'idée d'un rétablissement temporaire et apparent du contrôle: c'est un calcul qui n'aurait convenu ni à la dignité de la France, ni à mon caractère, et je m'étonne que mes intentions sur ce point aient pu être interprétées différemment. Lord Granville peut, s'il le veut, consulter à cet égard les souvenirs toujours si exactement fidèles de Lord Lyons. Nous n'avons, d'ailleurs, jamais pensé que les désordres survenus dans le bassin du Nil et la répression dont ils ont fait l'objet, eussent entraîné l'anéantissement implicite de l'organisation établie dans un intérêt général, garantie par des stipulations régulières et acceptée de toutes les Puissances. Nous n'avons pas supposé, et il nous est encore impossible d'admettre que des obligations synallagmatiques, régulièrement intervenues entre trois États, soient anéanties ou modifiées sans le concours et l'assentiment de toutes les Parties contractantes. Bien plus, dans ma dépêche du 29 octobre, j'ai contesté avec une énergique précision une théorie que je considérais et que je considère comme absolument inconciliable avec les principes reconnus du droit des gens. Des déclarations réitérées ont prouvé, au début, qu'à Londres comme ailleurs, on envisageait les choses sous le même aspect, et qu'on y appréciait, à une égale valeur, le fonctionnement des rouages divers de cette organisation. || Si nous avons admis, dans l'examen des améliorations que le système pouvait comporter, l'eventualité de la transformation du contrôle, c'était à la condition *sine qua non* qu'une place équivalente serait faite à l'action de la France. Et ici, je touche à l'un des points les plus délicats qui soient abordés dans la note du Foreign Office et sur lequel je tiens à ce qu'il ne subsiste aucune équivoque. || A plusieurs

Nr. 8080. Frankreich. 4. Jan. 1883.

reprises, Lord Granville revient sur le mot de *compensation*, qui a figuré dans notre correspondance, alors que nous recherchions les éléments d'un arrangement susceptible d'être substitué à l'ordre de choses dont le Cabinet anglais demandait le changement. || D'accord avec le Cabinet de Londres, nous n'avons jamais considéré que le contrôle et les autres institutions internationales établies en Égypte, fussent destinés à favoriser un intérêt séparé ou spécial de la France et de l'Angleterre. Dans notre pensée également, ces institutions avaient pour but essentiel d'assurer l'administration politique et financière du pays dans des conditions telles que l'Égypte d'abord, et ensuite toutes les Puissances intéressées à la prospérité de l'Égypte, y trouvassent de solides garanties. Aujourd'hui encore, Lord Granville ne fait pas difficulté de reconnaître que, parmi toutes ces Puissances, la France et l'Angleterre occupent une place prépondérante. Notre intime conviction, je le répète, est que le *consortium* de la France et de l'Angleterre est nécessaire pour assurer les résultats désirés par tous. Ce n'est donc pas en vue d'un but séparé, mais dans l'intérêt de l'Égypte aussi bien que des autres Puissances, que nous avons dû nous préoccuper des équivalents qui seraient attribués à la France, au cas où son rôle dans les institutions actuelles viendrait à être modifié. C'est en ce sens que le mot de *compensation* a été employé par nous, et nos correspondances du mois de novembre ne laissent place à aucun doute à cet égard. || Au point décisif où en sont les négociations, il serait sans utilité de développer certaines autres réserves que suggère l'examen de la note de Lord Granville. Je voulais espérer que de nouvelles ouvertures, dont nous n'avions pas à prendre l'initiative, auraient complété les dernières suggestions du Foreign Office et fourni les bases d'un arrangement compatible avec les intérêts dont nous ne saurions abandonner la surveillance et ceux dont l'Angleterre poursuit la consolidation immédiate. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique en juge autrement, et nous met dans l'obligation de reprendre en Égypte notre liberté d'action. Quelque regret que nous en éprouvions, nous acceptons la situation qui nous est faite. || Je vous autorise à donner lecture de cette dépêche à Lord Granville et à lui en laisser copie s'il le désire.

E. Duclerc.

---

## Nr. 8081. GROSSBRITANNIEN. — Dufferin an den ägypt. Minister-Präsidenten. — England willigt in die Abschaffung der Finanz-Controle.

Cairo, January 10, 1883.

Nr. 8081. Grossbritannien. 10. Jan. 1883.

M. le President, — Among the important questions connected with the reorganization of Egypt which have received the anxious consideration of Her Majesty's Government is that relating to the system of financial control which it was considered necessary to introduce into the administration of the country, and which was established under the Decrees of His Highness the Khedive

Nr. 8081. Grossbritannien. 10. Jan. 1883.

of the 18th November, 1876, and the 15th November, 1879. || On the 7th November last a note was presented by the Egyptian Government to the English and French Agents on the subject. || The note set out the grounds, on which the Egyptian Government consider that the further maintenance of the Anglo-French Control would not be justified. After pointing out that the Control formed no part of the guarantees conceded to the public creditors of the State, that it was not established in pursuance of any international agreement, but owed its origin to a special understanding between Egypt on the one hand, and Great Britain and France on the other, the note proceeded to show the inconvenience which had resulted from its existence, and urged as a matter of public notoriety that by reason of its dualism and of its quasi-political character it had given rise to undeniable abuses in the public administration, had roused the legitimate susceptibilities of the people, and had prejudiced to a dangerous extent the authority of the Government over the nation. || The note concluded by proposing the abolition of the Anglo-French Control, as established under the Decrees of the 18th November, 1876, and the 15th November, 1879.

I am now directed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to inform your Excellency, that Her Majesty's Government, after careful attention to the subject, are not prepared, in opposition to the wishes of the Egyptian Government, and in face of the many objections which have been raised to the continuance of the Control, to insist on the maintenance of an arrangement which in its last form was only provisionally accorded. || They think, however, that for the present it would not be wise on thie part of the Egyptian Government to deprive themselves of all European assistance in securing the good administration of the finances, on which must depend the prosperity and credit of the country and its power to fulfil its international engagements without undue pressure on the Egyptian people. || Her Majesty's Government would recommend, that in place of the Control His Highness the Khedive, should appoint a single European Financial Adviser. This officer would attend Cabinet Councils, but not as a Finance Minister, when requested by the Khedive and would exercise, as His Highness might appoint, powers of inquiry and advice on financial questions, but without any authority to interfere in the direct administration of the country. || Her Majesty's Government have no reason to suppose, that the Khedive or His Highness' Ministers will be less alive to the necessity of selecting a properly qualified European adviser for this purpose, than on previous occasions when Her Majesty's Government had declined to make a nomination. They do not, therefore, think it necessary to make a specific condition that the appointment shall be dependent on the selection or consent of any foreign Government. || I am desired, therefore, in recommending this arrangement to the Khedive, to state that Her Majesty's Government would consider that it would rest on no other authority than that of His Highness' own adoption of it, and a declaration of intention on His Highness' part which Her Majesty's Government would accept with entire confidence. || Subject to

Nr. 8081. Grossbritannien. 10. Jan. 1883.

the above reservation in regard to the arrangements which should be substituted for the Control, Her Majesty's Government are prepared to accede, so far as England is concerned, to the proposal of the Egyptian Government for the abrogation of the Decrees of the 18th November 1876, and the 15th November, 1879, the one in its entirety, and the other so far as it relates to the Control. || Her Majesty's Government are aware of the great value which the French Government have attached in the past to the dual Control. They do not deny the practical advantages which for a time attended the system, advantages which were owing to the common wish of Great Britain and France to promote the prosperity of Egypt; but they are convinced, that this feeling on the part of France will not extend to thinking it possible that an arrangement of a temporary character should be continued after two of the three parties to it have become desirous to be freed from the obligation for reasons which they consider to be of grave importance. || I avail, &c.

Dufferin.

---

## Nr. 8082. AEGYPTEN. — Min. des Ausw. an den franz. stellvertretenden General-Consul in Kairo. — Abschaffung der Finanz-Controle.

Le Caire, le 15 Janvier, 1883.

Nr. 8082. Aegypten. 15. Jan. 1883.

M. le Gérant, — Le 7 Novembre de l'année dernière le Sous-Secrétaire d'État de mon Département a eu l'honneur de vous remettre, ainsi qu'au Représentant du Gouvernement Britannique, une note dans laquelle le Gouvernement de son Altesse exposait les motifs pour lesquels il croyait devoir demander la suppression du Contrôle, institué par Décret du 15 Novembre, 1879. || Ces motifs consistaient, M. le Gérant, en ce que le Contrôle, sans former partie intégrante des garanties concédées aux créanciers, avait assumé le caractère d'une institution politique qui par son ingérence dans l'administration intérieure du pays portait atteinte à l'autorité du Gouvernement, et soulevait les susceptibilités légitimes des Egyptiens. || L'examen approfondi dont cette question a été l'objet de la part du Cabinet de St. James a amené le Gouvernement Britannique à reconnaître le bien-fondé des objections contenues dans la note précitée et à acceder au désir exprimé par le Gouvernement Égyptien. Aussi, conformément aux instructions qui lui sont parvenues de son Gouvernement, Sir A. Colvin a présenté le 11 de ce mois à Son Altesse le Khédive sa démission de Contrôleur-Général Anglais. || Or, le caractère de dualisme dont a été revêtu cette institution, aussi bien dans son organisation primitive que dans sa forme postérieure et temporaire, ne saurait être contesté. Le Gouvernement de Son Altesse estime par conséquent que le retrait du Contrôleur Anglais enlève à cette institution le caractère essentiel de son existence, et qu'il y a lieu de soumettre à la sanction de Son Altesse le Khédive un Décret abrogeant ceux

du 18 Novembre, 1876, et 15 Novembre, 1879, l'un dans ce qui est relatif au Contrôle et l'autre dans son entier. || J'ose espérer, M. le Gérant, que le Gouvernement Français voudra bien ne voir dans la suppression de cette institution que la nécessité dans laquelle se trouve le Gouvernement de Son Altesse après les événements survenus en Égypte, de tenir compte des sentiments de sa population et surtout de veiller à ce que son autorité ne soit pas affaiblie aux yeux de son pays. || Je croirais manquer à un devoir, M. le Gérant, si je ne profitais pas de cette occasion pour rendre hommage aux services signalés rendus au pays par les hommes distingués que la France a bien voulu envoyer en Égypte en qualité de Contrôleurs-Généraux et Secrétaires-Généraux. || Veuillez, &c.

Nr. 8082. Aegypten. 15. Jan. 1883.

Le Ministre des Affaires Étrangères,
Chérif.

---

## Nr. 8083. FRANKREICH. — Stellvertretender General-Consul an den ägyptischen Min. d. Ausw. — Protestirt gegen die einseitige Aufhebung der Finanz-Controle, als vertragswidrig.

Le Caire, le 20 Janvier, 1883.

M. le Ministre, — Le „Moniteur Égyptien" du 19 de ce mois a publié un Décret Khédivial daté du 18 Janvier, et portant que „les dispositions du Décret du 18 Novembre, 1876, relatives au Contrôle-Général, et les Décrets du 4 Septembre et du 15 Novembre, 1879, sont et demeurent abrogés." || Comme le sait votre Excellence, ces actes ont été promulgués, en leur temps, à la suite d'un accord intervenu entre les Gouvernements Français et Égyptien, le premier obtenant, le second concédant des garanties reconnues nécessaires pour sauvegarder les intérêts Français sur les bords du Nil. || Le 7 Novembre dernier votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire une lettre dans laquelle se trouvaient exposés les motifs pour lesquels le Gouvernement de Son Altesse croyait devoir demander la suppression du Contrôle-Général. Le Gouvernement de la République n'a pu donner suite à cette demande. L'établissement d'aucune institution équivalente ne se trouvait en effet proposé pour remplacer celle dont l'abolition était réclamée par le Ministère Vice-Royal et que nous considérions comme une garantie essentielle des intérêts Français. || Le 15 du présent mois votre Excellence m'a représenté, en substance, qu'à la suite de la note du 7 Novembre le Gouvernement de Sa Majesté Britannique avait invité le Contrôleur-Général Anglais à donner sa démission, et que, cette retraite, enlevant à l'institution du Contrôle le caractère de dualisme essentiel à son existence d'après le Gouvernement Égyptien, ce dernier se proposait de soumettre à la sanction de Son Altesse le Khédive un Décret abrogeant les actes qui ont constitué le Contrôle. || J'ai depuis lors fait connaître à votre

Nr. 8083. Frankreich. 20. Jan. 1883.

Nr. 8083. Frankreich. 20. Jan. 1883.

Excellence, verbalement, mais à titre officiel, que mon Gouvernement déniait au Gouvernement Vice-Royal le droit de dénoncer par une manifestation de sa seule volonté des actes ayant le caractère et la valeur d'un contrat international. La publication du Décret du 18 Janvier est venue démontrer que le Ministère de Son Altesse avait entendu passer outre ces observations. || En cet état de choses, et conformément aux instructions de M. le Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères, j'ai l'honneur de déclarer à votre Excellence: || Que le Gouvernement de la République ne saurait admettre que la démission du Contrôleur-Général Anglais ait en aucune manière délié le Gouvernement Égyptien d'engagements personnellement contractés à notre égard; || Que, dès lors, le Gouvernement Français ne peut, dans les circonstances présentes, accorder un acquiescement explicite ou implicite au changement de l'organisation actuelle; || Enfin qu'il a le regret de devoir établir toutes ses réserves au sujet des actes pris par le Gouvernement Khédivial en vue de se dégager de ses obligations, le tenant pour responsable des conséquences eventuelles de ces décisions au regard des intérêts Français engagés en Égypte. || M. Brédif m'a, d'autre part, écrit pour m'exposer que la mesure prise par le Gouvernement Vice-Royal le mettant dans l'impossibilité de continuer à exercer ses fonctions, il demandait au Gouvernement de la République l'autorisation de rentrer en France. Je lui ai fait connaître aussitôt que cette autorisation lui était accordée par M. le Président du Conseil. J'ai fait une communication analogue au Marquis de Roussy, Secrétaire-Général du Contrôle. || Veuillez, &c.

Raindre.

---

## Nr. 8084. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den englischen Botschafter in Paris. — Hält die ägyptische Regierung für berechtigt, die Controle aufzuheben.

Foreign Office, January 25, 1883.

Nr. 8084. Grossbritannien. 25. Jan. 1883.

My Lord, — The French Ambassador communicated to me on the 5th instant M. Duclerc's réply to my despatch of the 30th December, 1882, on the subject of the abandonment of the Anglo-French Financial Control in Egypt. It is unnecessary for me to forward to your Excellency a copy of this document, as M. Duclerc has been so good as to supply you with one. || In view of the desire which both Governments have expressed to avoid anything in the nature of unnecessary controversy, I abstain from touching upon several of the points mentioned in the despatch which might otherwise call for reply. I only think it necessary to refer to that portion of it in which M. Duclerc questions the right of England and of Egypt to withdraw from, or to modify the arrangement, without the consent of France. In regard to this question, it will be convenient to state the view which Her Majesty's Govern-

ment take of the nature of the obligations contracted by the Khedive towards England and France upon this matter, and of the manner in which those obligations have been affected by recent occurrences. || It is clear, in the first place, that the establishment of the English and French Controllers-General by the Decree of November 1876 was a purely voluntary act on the part of the Khedive, and was not the result of any international compact either with England or with France. The Decree was issued with the view of restoring the Khedive's credit in financial circles, and of introducing order into his finances. Its result and natural corollary, as regards the English and French Governments, was an application from His Highness that they would consent to nominate two persons for the appointments. This request was at the time refused by the English Government, and the English Controller-General was nominated by the Khedive independently, according to the alternative method provided in the Decree. || This state of things continued until December 1878, when Sir Rivers Wilson and M. de Blignières having been appointed to seats in the Egyptian Ministry, the Control was suspended. || An assurance given on this occasion in a letter addressed by Nubar-Pasha to the Commission which had been appointed to inquire into the finances of Egypt was subsequently repeated in an official note to the English and French Agents on the 31st March, 1879. || This note stated: "que conformément aux arrangements intervenus l'année dernière entre la France et l'Angleterre d'une part, et le Gouvernement du Khédive d'autre part, le Contrôle des Finances Égyptiennes actuellement suspendu, rentrerait *ipso facto* en vigueur, tel qu'il a été établi par le Décret du 18 Novembre 1876, dans le cas où l'organisation Ministérielle instituée par le Décret du 28 Août, 1878, viendrait a être modifiée dans la direction des Finances ou des Travaux Publics." || This no doubt constituted an engagement on the part of the Khedive to the extent that the Control should revive *ipso facto* in case the European Ministers were dismissed. But it is one thing to say, that a pre-existing institution shall revive subject to all its pre-existing qualities; it would be quite another to assert that what passed amounted to an engagement that the Control should not only revive, but that it should, for the first time, become perpetual and unchangeable, except with the consent of England and France. It would be a strong measure to evoke an international engagement of so momentous a character from such slight materials. || Upon the dismissal of Sir Rivers Wilson and M. de Blignières from the Egyptian Ministry in April 1879, the late Khedive applied to the former English and French Controllers-General to resume their functions; but these latter declined to do so, and the Control remained suspended until the abdication of Ismaïl-Pasha on the 26th June. || The present Khedive on his accession decided to have a purely native Ministry. The President of the Council, Chérif-Pasha, informed the English and French Agents that, if the Governments of England and France would nominate Controllers-General under the Decree of November 1876, the Khedive would also agree to appoint them,

Nr. 8084. Grossbritannien. 25. Jan. 1883.

but that their powers would be limited to investigation and verification, and that they would not exercise any administrative or executive functions. || The English and French Governments agreed to nominate Controllers-General on these terms, but stipulated that, in place of the administrative authority which was to be withdrawn from them, a great extension should be given to their functions of inspection and supervision; and, further, an undertaking was required, that neither Controller should be removed without the consent of his respective Government. || The result of these discussions was the Decree of the 15th November, 1879. || Her Majesty's Government are unable to see in what passed during the negotiation, or in the terms of the Decree itself, anything which can be considered as amounting to an engagement on the part of the Khedive that the Control should be maintained in perpetuity; while, on the other hand, they consider that an obligation to continue, under all circumstances, to submit the whole administrative system of a country to the inspection of two officials of foreign nationality, selected by two foreign Governments and removable only with their consent, is one that could be asserted only on the evidence of diplomatic engagements of the most explicit and formal character. || Something further must be said as to the nature of the institution that existed under the Decree of 1879. It was of the essence of the arrangement then come to that there should be a joint Anglo-French Control, by means of Controllers whose appointment had the sanction and support of their respective Governments. The joint action of the two Controllers has, in practice, always been considered necessary to give validity to their proceedings. There was no agreement on the part of the Khedive with either Power that it should have a sole Control, or that the Control as constituted should continue, supposing that either of the two Powers did not desire its continuance. || Finally, the aspect of the case must be regarded as having been materially affected by recent events. The result of the military insurrection was virtually to abrogate the Control. It has only been by military intervention, in which France declined to take part, that the Khedive's power has been re-established; and it is by the presence of British troops in Egypt that His Highness' authority is maintained pending the reorganization of a stable Government. || Under these circumstances, it cannot justly be contended that former arrangements applicable to a different state of things are still obligatory and must necessarily be restored, even though experience has shown, in the opinion of Her Majesty's Government, that in the condition of things which now exists or which is to be established they would be inexpedient, if not actually dangerous. || We earnestly desire, that French interests should be scrupulously secured by the Egyptian Government. We believe, that our objects are the same, namely, the peace and prosperity of Egypt, and we see no reason why both countries should not cordially join their efforts and exert their influence to that end. || Your Excellency is authorized to read this despatch to M. Duclerc, and to give him a copy of it. || I am, &c. Granville.

No. 8085. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. — Die italienische Regierung ist mit dem englischen Rundschreiben vom 3. Januar einverstanden.

Rome, February 2, 1883.

Nr. 8085. Grossbritannien. 2. Febr. 1883.

My Lord, — M. Mancini referred, in our conversation yesterday, to the favourable impression which he had expressed to me, after a first perusal of your Lordship's despatch of the 3rd January, of the proposals of Her Majesty's Government for the future regulation of the Suez Canal and the reorganization of Egypt. || His Excellency stated that since then he had been enabled to give more careful study to your Lordship's plans, and he would now request me to inform your Lordship that, to the general features of those plans, the adherence of the Italian Government might be considered as acquired. || With regard to the definitive proposals, which were foreshadowed in your Lordship's despatch, his Excellency begged me to say, that your Lordship might rely upon their being examined by the Italian Government with every desire to meet the views of Her Majesty's Government. || In the meantime, his Excellency referred especially to two points: first, the equal taxation of foreigners and natives; and second, the execution of the measures for the defence of the Canal in time of war. || With regard to the first, while admitting the justice of the general principle, his Excellency stated that he had called upon the Italian Consul-General in Egypt to furnish him with a detailed Report upon the taxes now payable by the natives, so as to be able to form a more correct idea than he now possessed as to those which might fairly be made applicable to foreigners. || And with respect to the second, he would wish to submit to the consideration of Her Majesty's Government whether it might not tend to the greater security of the Canal in time of war, if the Powers were to enter into some engagement in the form of a Convention for a service of maritime police for the protection of the Canal, somewhat on the lines of the arrangements which existed during the recent operations, rather than leave the execution of the measures of protection to the Egyptian Government alone. To this I replied, that it appeared to me that, if the Powers entered into an agreement embodying the conditions suggested in your Lordship's despatch, the object which his Excellency had in view, namely, the complete security of the Canal in the time of war, would be fully attained. || I have, etc.

A. Paget.

## No. 8086. RUSSLAND. — Min. d. Ausw. (Giers) an den russischen Botschafter in London (Mohrenheim). — Einverständniss der russ. Regierung mit den Plänen Englands.

St. Pétersbourg, le 3 Février, 1883.*)

Nr. 8086. Russland 3. Febr. 1883.

M. l'Ambassadeur, — L'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique a eu l'ordre de communiquer au Cabinet Impérial une dépêche de Lord Granville destinée à faire connaître le but que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique poursuit en Égypte, et les moyens par lesquels il espère pouvoir l'atteindre. || Ce but se résume dans l'affermissement de l'autorité du Khédive, dans l'apaisement des troubles récents et le rétablissement durable de l'ordre et de la sécurité. || Le Cabinet Impérial ne peut qu'y applaudir n'ayant jamais pour sa part eu d'autres vues quant à l'Égypte. Il se féliciterait sincèrement si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique parvenait à les réaliser. || Quant aux moyens qu'il suggère à cet effet, ils se divisent en deux catégories: ceux qui concernent les autres pays et exigent le consentement des Puissances Européennes, et ceux qui ont trait à l'administration intérieure. || En déférant les premiers à l'examen des Cabinets, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique donne une preuve de son respect pour l'assurance qu'il a maintes fois réitérée de ne rien vouloir changer à la situation créée en Égypte par les Traités Européens, sans l'assentiment des Puissances Signataires de ces Traités. || Le Cabinet Impérial n'en avait jamais douté.

Il nous semble donc qu'il ne s'agit: — || 1. Que d'apprécier avant tout en combien les mesures suggérées par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, tant à l'égard des questions d'un intérêt international que des questions intérieures, sont d'accord avec les Traités qui ont fixé la position politique de l'Égypte, les droits respectifs du Sultan et du Khédive, les limites tracées à l'autorité souveraine et à l'autonomie administrative de l'Égypte, à la force ainsi qu'à l'organisation de son armée, et enfin la situation internationale du Canal de Suez. || 2. D'examiner dans le cas où quelques-unes de ces mesures impliqueraient une déviation des Traités instants, quelles sont les modifications qui seraient réclamées par l'expérience et devraient être revêtues de la sanction des Puissances Européennes.

Si l'on convenait d'établir une pareille entente, le Cabinet Impérial serait prêt à y concourir dans un esprit de justice, de conciliation et de respect pour tous les intérêts. || D'ordre de Sa Majesté l'Empereur vous êtes autorisé à transmettre cette assurance à Lord Granville en lui donnant lecture de la présente dépêche.

Veuillez, etc.

Giers.

*) Der englischen Regierung mitgetheilt am 15. März 1883.

## No. 8087. AEGYPTEN. — Decret, betreffend Ernennung Colvin's zum Finanz-Rath. Functionen desselben.

Nr. 8087. Aegypten. 4. Febr. 1883.

Nous, Khédive d'Égypte, || Vu le Rapport de notre Président du Conseil des Ministres, en date du 3 Février, 1883; || Sur la proposition de notre Conseil des Ministres; || Décrétons:

Article 1er. Sir Auckland Colvin est nommé Conseiller Financier auprès de notre Gouvernement.

Article 2. Notre Président du Conseil des Ministres est chargé de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdin, le 4 Février, 1883 (26 Rabi-Ewel, 1300).

Méhémet Tewfik.

Par le Khédive:
Le Président du Conseil des Ministres,
Chérif.

*Rapport de son Excellence Chérif-Pacha, Président du Conseil des Ministres, à Son Altesse Méhémet-Tewfik-Pacha, Khédive d'Égypte.*

Monseigneur, — Votre Altesse a daigné sanctionner le projet de Décret que j'ai eu l'honneur de lui soumettre le 9 Rabi-Ewel, 1300 (18 Janvier, 1883), pour abroger ceux des 18 Novembre, 1876, et 15 Novembre, 1879, l'un dans ce qui a trait au Contrôle, et l'autre en son entier. || En proposant cette suppression, le Gouvernement de votre Altesse avait été guidé par le désir de tenir compte des sentiments des Égyptiens et de consolider l'autorité de son Gouvernement. Quels qu'aient été les services signalés rendus par le Contrôle, il n'en est pas moins vrai que l'ingérence nécessitée par la nature même de cette institution dans les affaires administratives du pays portait gravement atteinte à l'action de vos Ministres et tendait à transférer l'autorité gouvernementale entre les mains de fonctionnaires irresponsables dont la nomination et le remplacement ne dépendaient pas uniquement de la volonté de votre Altesse et de son Gouvernement. || Indépendamment de ces inconvénients d'un ordre intérieur, la présence constante des Contrôleurs-Généraux aux séances du Conseil, qu'elles que pussent être les questions à examiner, donnait à cette institution un caractère politique qui dépassait les intentions de votre Altesse. || Néanmoins, tout en écartant ces inconvénients, le Gouvernement de votre Altesse pense qu'il serait sage de nous assurer pour un certain temps le concours d'un étranger qui nous aiderait de ses lumières dans la solution des questions financières. || J'estime, Monseigneur, que cet Européen qui deviendrait fonctionnaire Égyptien pourrait avoir le titre de Conseiller Financier. Il serait choisi et nommé par votre Altesse dont il relèverait directement. Sans avoir les attributions d'un Ministre, il pourra assister aux séances du Conseil, toutes les fois qu'il y sera invité par le Président du Conseil. Il aura le pouvoir d'examiner les questions financières et d'émettre son avis sur elles dans les

Nr. 8087. Aegypten. 4 Febr. 1883.

limites que votre Altesse et ses Ministres pourront déterminer. Il n'aura toutefois aucun droit d'intervenir dans les affaires administratives du pays. || Si votre Altesse approuve cette manière de voir de son Gouvernement, je me permettrai, d'accord avec mes collègues, de lui proposer pour le poste de Conseiller Financier, Sir Auckland Colvin. L'occasion qu'il a eue d'étudier les ressources du pays et la connaissance qu'il a acquise de notre organisation financière sont autant de titres qui le recommandent à la confiance de votre Altesse et de son Gouvernement. || Je suis, etc.

Le Président du Conseil des Ministres,

Chérif.

---

## No. 8088. GROSSBRITANNIEN. — Dufferin an den engl. Min. d. Ausw. — Generalbericht über die Reorganisation Aegyptens.*)

Cairo, February 6, 1883.

Nr. 80[8]R. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

My Lord, — As Parliament is about to meet, it may be convenient that I should place your Lordship in possession of such conclusions with regard to the reorganization of Egypt as I have been able to arrive at; but in submitting what follows to your consideration, I would ask you to remember that three months have not yet elapsed since my arrival in Cairo, that a great proportion of my time has of necessity been occupied with the superintendence and arrangement of complicated current affairs, requiring constant and minute attention, as well as laborious correspondence, and that, consequently, I have had far less leisure than I should have wished to study the various questions upon which your Lordship has desired my opinion. || A succession of unexpected events, over which we have had no control, and which we had done our best to avert, has compelled us to enter Egypt singlehanded, to occupy its capital and principal towns with an English force, and to undertake the restoration of a settled Government. As a consequence, responsibilities have been imposed upon us. Europe, and the Egyptian people, whom we have undertaken to rescue from anarchy, have alike a right to require that our intervention should be beneficent and its results enduring; that it should obviate all danger of future perturbations; and that it should leave established on sure foundations the principles of justice, liberty and public happiness. || In the following paragraphs I shall endeavour to indicate the means by which these objects may be best attained. || In spite of the evidence of history, it ought to be no difficult task to endow the Egyptian people with good govern-

*) Bei der Länge des Berichts ist es nicht möglich, denselben vollständig zum Abdruck zu bringen. Es sind daher nur die Abschnitte aufgenommen, die ein besonderes politisches Interesse gewähren; von den übrigen sind die Ueberschriften angegeben. Der Bericht befindet sich im Blaubuch „Egypt" No. 6 (1883).

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

ment. It is true that from the commencement of the historical era the Valley of the Nile has been ruled by foreigners, and its inhabitants domineered over by alien races. Nor do its annals indicate an epoch when the "justice" of the country was not corrupt, its administration oppressive and the indigenous population emotional, obsequious and submissive. But there is no need to imagine that what has been must always continue even in the unchanging East, or that a race, some branches of which have evinced considerable energy as conquerors and colonists, as well as an intelligent appreciation of art and literature, should prove eternally impervious to the teachings of civic morality and the instincts of patriotism, or incapable of apprehending those common axioms of government which the consensus of civilized mankind has recognized as essential to the welfare of a community. On the contrary, there are many circumstances which indicate the present moment as propitious for the inauguration of a new era. All the European Governments seem to be agreed, not only that the experiment shall be made, but that it shall be made under favourable conditions. The territory of the Khedive has been recognized as lying outside the sphere of European warfare and international jealousies. The protection oft he Suez Canal, linking as it does the seas of the West to the oceans of India and China, has been declared an object of common solicitude; the over-active operation of an extraneous agency, which was fast shattering to pieces she frail imperium with which it was incorporated, has come to an end; the artificial pretensions advanced in various quarters to exercise an irritating tutelage over the native Administration have either been withdrawn or have lapsed; and the one Power whose pre-eminent interest in the well-being of Egypt has been universally recognized, and the integrity of whose intentions is self-evident, is engaged in setting up the machinery of the new régime. ‖ On the other hand, from various causes, those characteristics which have been indicated as tainting the entire past of Egypt, though still existent, have lost something of their malignant influence. Her actual Rulers are still supplied, indeed, from a foreign stock; but the progenitor of the race was one of the most illustrious men of the present century, who proved his right to found a dynasty by emancipating those he ruled from the arbitrary thraldom of an imperious Suzerain. His successors have carried the liberation of their adopted country still further, and the Prince now sitting on the Khedivial throne represents, at all events, the principle of autonomous Government, of heriditary succession and commercial independence. Nor does his personal character evince any of those ruthless and despotic instincts which signalized the Egyptian Satraps of former days. His disposition is eminently benevolent and sympathetic. Well versed in history, and alive to the progress of events, he is indisposed either to claim or exercise the arbitrary powers of an Oriental autocrat. Having conscientiously at heart the welfare of his people, he is willing to accord them such a measure of Constitutional privileges as their backward condition entitles them to demand. ‖

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

Again, though, as of yore, a foreign element still dominates in Egypt and enjoys a social and political ascendency which is out of harmony with the democratic ideal, it would be a mistake to imagine that it occupies the same odious position as the foreign oligarchies that formerly crushed the fellaheen. Many circumstances have combined to obliterate in the Egypt of to-day those invidious distinctions which never fail to follow upon the conquest of one race by another. The individuals of Turkish extraction left in the country form a very small minority; they do not stand in the relation of landlords to the peasantry, a few hundred thousand feddans out of five millions approximately representing the extent of their possessions; and they are closely incorporated with those amongst whom they have been domiciled by the bonds of a religion, the very essence of whose doctrine is brotherhood, equality and social unity. The Ottoman Egyptian appreciates thoroughly the advantages secured to him by the Firmans, and proud of the political privileges of his country, he is as violently "Chauvinist" as any Arab. The policy of some of the late Rulers of Egypt has also contributed to amalgamate the races, Abbas, Saïd and Ismaïl having found it their interest to promote to posts of honour and authority personages of "fellah" origin. At the present moment two important State Departments are administered by Pharaonic Egyptians. Sultan Pasha, a distinguished personage of fellah descent, is President of the Chamber of Notables, and holds a position of great influence in the country. Most of the Judges and all the religious dignitaries are pure Egyptian, as are also the majority of the large landed proprietors and a host of the public servants. If, on the other hand, the prestige of the notabilities of Turkish extraction is still more considerable than a political philosopher might desire, we must accept it as the unavoidable outcome of the irrevocable past, and as in some measure justified by the superior education, ability and energy of a vigorous race. Nor would it be just or advisable to resort to forcible means to redress the inequality. A similar process of epuration would have to be applied to the descendants of other nationalities — Armenians, Greeks, Syrians and Jews — which would result in excluding such men as Nubar, Riaz and Tigrane, equally with Chérif-Pasha and his colleagues, from all contact with public affairs, until at last it would become the turn of the Copts to demand the disqualification of their Arab invaders. It will be safer to regard every native-born Egyptian, no matter what the stock from which he springs, as entitled to whatever position his talents or aptitudes may enable him to attain, and to rely upon the influence of equal laws and the development of constitutional principles to invalidate caste pretensions and obliterate obnoxious distinctions of race. Nor need the fact of the sparse descendants of Mehemet Ali and his companions having become rooted in Egypt be considered as any longer incompatible with the introduction of a popular Government, though their presence and the moral ascendency they exercise may render still more urgent the establishment of an omnipotent justice and a perfection of equality before the law."

Here again the progress of events has been telling in our favour, for though perhaps the Native Courts were never more imbecile and corrupt than they are at present, the institution on the confines of the land of the International Tribunals, and the administration within earshot of the people of what, with all its imperfections, is recognized with wonder as a justice which can neither be bought nor intimidated, has generated in the heart of the nation an unquenchable desire for righteous laws and a pure magistracy. When a great need like this declares itself in a community, the battle is already half won, and unexpected forces converge from different quarters to realize the idea. ‖ Lastly, though obliged to admit that those infirmities of character which have been the chief notes of their past still cling to the Egyptian masses, we need not be too much disheartened. The metamorphic spirit of the age, as evoked by the inventions of science, intercourse with European countries, and other invigorating influences have already done something to inspire the fellah with the rudiments of self-respect, and a dim conception of hitherto unimagined possibilities. Nor, like his own Memnon, has he remained irresponsive to the beams of the new dawn. His lips have trembled, if they have not articulated, and in many indirect and half-unconscious ways he has shown himself not only equal to the discharge of some of those functions of which none but members of the most civilized communities were thought capable, but unexpectedly appreciative of his legitimate political interests and moral rights. ‖ If these sentences accurately summarize the elements with which we have to deal, it is clear that the principles upon which we should found our new system ought not to differ in any great degree from those which have been found advantageous in other countries, namely, national independence and constitutional government. It is true, that at present Egypt is neither capable of revindicating the one, nor fitted to enjoy the other, in the full acceptation of either term, but she may count upon the former being secured to her by the magnanimity of Europe, while she may trust to time for the development of the latter. It has indeed been asserted by the illustrious statesman whose loss England and France equally deplore that order in Egypt can only continue to exist under the combined discipline of a couple of foreign schoolmasters and the domestic „courbash." This theory seems to be supported by a consensus of foreign opinion in this country. According to this view, the Egyptian people are condemned as for ever incapable of managing their own affairs, the only administration considered possible being that of an irresponsible centralized bureaucracy. I would press upon Her Majesty's Government a more generous policy — such a policy as is implied by the creation, within certain prudent limits, of representative institutions, of municipal and communal self-government, and of a political existence untrammelled by external importunity, though aided, indeed, as it must be for a time, by sympathetic advice and assistance. Indeed, no middle course is possible. The Valley of the Nile could not be administered with any prospect of success from London. An attempt upon our part to engage in

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

such an undertaking would at once render us objects of hatred and suspicion to its inhabitants. Cairo would become a focus of foreign intrigue and conspiracy against us, and we should soon find ourselves forced either to abandon our pretensions under discreditable conditions, or to embark upon the experiment of a complete acquisition of the country. If, however, we content ourselves with a more moderate rôle, and make the Egyptians comprehend that instead of desiring to impose upon them an indirect but arbitrary rule, we are sincerely desirous of enabling them to govern themselves, under the uncompromising aegis of our friendship, they will not fail to understand that while, on the one hand, we are the European nation most vitally interested in their peace and well-being, on the other, we are the least inclined of any to allow the influence which the progress of events has required us to exercise to degenerate into an irritating and exasperating display of authority, which would be fatal to those instincts of patriotism and freedom which it has been our boast to foster in every country where we have set our foot. || I will now endeavour to point out in detail the practical measures it will be necessary to adopt in order to bring about the desired transformation. || The well-being of every nation depends upon its possessing a threefold security, material, moral and political. The first is maintained by its military and civil forces; the second is guaranteed by its Courts of Justice; and the third is dependent on its representative institutions.

*Army.*

In a previous despatch (dated the 18th November last), I have discussed so fully the constitution of the Egyptian army, constabulary and urban police, that I need not recapitulate at any length the conclusions which have been arrived at. Isolated on three sides by the desert, the military forces of Egypt proper need not be numerous. Many persons have argued, that she requires no army at all; but contingencies might arise which would render it advisable that she should have at her disposal a certain number of well-disciplined battalions. Her villages have more than once been the birth-place of wild fanatics and impostors, who have passed themselves off upon the simple population as endowed with a supernatural mission. Claims of this kind are only too readily admitted, and create an amount of religious excitement, which, unless quickly checked by the arrest of the pretender and the dispersion of his followers, has more than once occasioned serious disturbances. On the other hand, the Bedouin tribes occasionally give trouble, and might be tempted to make an inroad upon the richer Egyptian towns—perhaps on the capital itself—if they imagined they would find them destitute of troops. But the Egyptian army ought to be essentially a latent force, and the fact of its being called upon to act should be regarded as a proof that the Administration had failed in adequately providing against emergencies which ought to have been foreseen and forestalled. || A force of 6,000 men will be sufficient for the purposes

indicated. The composition of this body should be native Egyptian. The great temptation of a Ruler in the position of the Khedive, especially after recent events, will be to surround himself by mercenary troops. This has been in all ages the resource of Oriental dynasties. But such a precaution ought, *ex hypothesi*, to be unnecessary. Nor should the army, though sufficiently trustworthy for all legitimate purposes of government, be so constituted as to become the blind and mechanical instrument of despotism. Its composition should be such as to convey a wholesome consciousness to those in authority that it is not well adapted to subserve purposes of arbitrary oppression. But though with this view the foreign janissary element should be rigorously excluded, whether recruited from Albania, Anatolia, or elsewhere, it does not follow that the Turco-Egyptian aspirant to military honours need be driven from the service. On the contrary, it would be wise to introduce a certain amount of professional back-bone into the invertebrate ranks of the fellaheen soldiery by the admission amongst them of the descendants of those hardy warriors who carried the standards of Mehemet-Ali from Cairo to Konieh.

At the earnest desire of the Khedive and his Ministers — a desire which was perfectly spontaneous — the Egyptian army will be temporarily placed under the immediate direction of an English General; and a few English officers will be attached to its battalions. The necessity of this precaution is sufficiently obvious; nor can the Egyptian Government be blamed if they should desire to set on foot a more trustworthy and efficient force than the one which, having first turned against its employers, showed itself so incapable of defending the interests it had espoused. The officers have always been the weak element in Egyptian armies, and both the example and instruction of thoroughly capable professional men will be required to remedy the defect. The Khedive will still remain supreme Commander-in-chief. In order that the presence of British officers may not interfere with the promotion of natives or exclude them from the higher ranks, the Infantry will be divided into two brigades, and it will only be in one of these brigades that Englishmen will serve. Thus of the eight battalions of Infantry, four will be officered in all grades, from the highest to the lowest, by Egyptians, and will be commanded by an Egyptian Brigadier-General. The first and second in command of each of the other four battalions will be Englishmen. In order, however, to provide against the contingency of illness or absence in these latter regiments, three unattached officers will be incorporated with the brigade, whose duty it will be to give their assistance wherever it may be temporarily required. The same principle will be applied to the artillery, which will consist of four batteries under the command of a Colonel of the Royal Artillery, the first two batteries of six guns each having two English officers attached to them, and the remaining batteries of four guns each being entirely officered by Egyptians. There will be one regiment of cavalry of 500 men, with Englishmen as first and second in command, and an English subaltern attached. It is further intended to

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

form a camel corps of 200 men, and a company of engineers. It has also been thought desirable to raise the pay of the soldiers from 20 to 30 piastres a-month. || The English officers engaged will be under contract, and by the terms of their agreement they will be required to pass an examination in Arabic within a limited period.

The total number of English officers employed will be twenty-seven.

I subjoin a summarized table of the force: —

Composition and strength of the reorganized Egyptian army: —

| | Men. |
|---|---|
| Cavalry, 1 regiment | 560 |
| Artillery, 4 batteries, 20 guns | 464 |
| Infantry, 8 battalions | 4,712 |
| Camel corps | 205 |
| Engineer company | 104 |
| Coast artillery | 102 |
| Total (officers and men) | 6,147 |

Of the foregoing, 2,774 are already embodied.

A fuller analysis is given in Appendix I.

*Constabulary.*

*Urban Police.*

*Institutions.*

Having thus arranged for the material security of the country, we must next consider what provision can be made for its political needs. A paper constitution is proverbially an unsatisfactory device. Few institutions have succeeded that have not been the outcome of slow growth and gradual development; but in the East even the germs of constitutional freedom are non-existent. Despotism not only destroys the seeds of liberty, but renders the soil on which it has trampled incapable of growing the plant. A long enslaved nation instinctively craves for the strong hand of a master rather than for a lax constitutional régime. A mild ruler is more likely to provoke contempt and insubordination than to inspire gratitude. Nowhere is this truth more strikingly exhibited than in this country, and those whose only prescription for government in Egypt is the lash, diagnose correctly enough the symptoms of the disease, however wrong they may be in the choice of the remedy. The problem before us is not, however, so disheartening as it might seem. Though hitherto Eastern society has only been held together by the coercive forces of absolutism, it must be remembered that, on the one hand, the Mahommedan religion is essentially democratic; and, on the other, that the primitive idea of the elders of the land assembling in Council round their Chief has never altogether faded out of the traditions of the people. Even the elective principle has been to some degree preserved amongst their village

communities. If, therefore, we found ourselves upon what already exists, and endeavour to expand it to such proportions as may seem commensurate with the needs and aptitudes of the country, we may succeed in creating a vitalized and self-existent organism, instinct with evolutionary force. In order to obtain our ends, we must lay the foundation broad and deep. Hitherto resort has been had to the very opposite process; instead of seeking for the roots, too much regard has been paid to the murmuring leaves. Most people have fondly imagined, that a Chamber of Notables implied constitutional freedom. But the wants and instincts of the mass of the population were as little represented by the Chamber of Notables as was the Irish nation by its Protestant Parliament. The component parts of the Chamber of Notables were large landed proprietors, rich townspeople, and village Sheikhs, that is to say, the three classes most indifferent or opposed to the interests of the fellaheen. Yet, after all, it is with the welfare of these dumb labouring masses, the victims of the conscription, the „corvée" and the „courbash", that we are principally concerned. It is true for many a long day their best refuge from oppression will be found within the precincts of the reformed Native Tribunals, rather than in Courts of any Parliament, for I fear there is no system of representation, however cunningly contrived, that will enable them to evince much electoral independence in the teeth of their traditional habits of submission, their ignorance, and the untoward influences by which they will be surrounded. In order, however, that, at least in theory, they may enjoy the benefits we desire to place within their reach, perfect electoral freedom and the personal right of choosing their representative should be secured to them. Hitherto the village Sheikhs have always been regarded as the spokesmen and delegates of the commune; but they are seldom really entitled to exercise such functions or assume such a character. In the first place, there are half a-dozen Sheikhs, or sometimes many more, in every village, each of them connected with varying sized sections of the community; and, in the next, they are either hereditary dignitaries or the direct or indirect nominees of the authorities, or have been chosen by the headmen of the adjoining districts. They may for the most part be looked upon as the most inveterate oppressors of those placed under their authority. It is they who best know what individuals in the village can be most profitably squeezed, and whose tching palms are greased by the wealthier peasant anxious to avoid the "corvée" or greedy for a disproportionate share of the fertilizing stream. Although therefore, it might be too revolutionary a step to interfere with the administrative position of these questionable authorities, the community should be at least given a free choice of the person with whom the suffrage of the hamlet is to be deposited.

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

*Electoral Body.—(Provincial Councils. Legislative Council. General Assembly.)*

In this way we arrive at the initial principle necessary to our design, namely, that each village or circumscription should elect a Representative as the custodian of the vote of the commune. Having thus focussed the voices of the various villages of a province, in a way that harmonizes with the habits of the people, the next step would be to call upon these communal representatives to elect the members of a Privincial Council. That the Mudir of a province should be assisted by a Medjliss or Council of eminent men, though in contradiction with the absolutist régime actually existing, would not appear either a new or an incongruous idea to any one concerned, unless it were to the Mudir himself. It is certain, that local self-government is the fittest preparation and most convenient stepping-stone for anything approaching to a constitutional régime. || We next have to consider the question of a General Assembly. To the theoretical constitution-maker nothing probably would appear more simple. Let a certain number of members be assigned to each of the provinces, and so many to the respective towns of Egypt, and a spick-and-span House of Commons rises to the surface; but it is very questionable whether an instiution thus lightly called into existence would really answer, our requirements. It is to be feared that it would simply prove an uninstructed and unmanageable mob, with a very low level both of character and intelligence, incapable of discussing public business or of understanding finance, and to which it would be dangerous to accord anything but the most restricted privileges. Moreover, from its very composition, it would be impossible for it to remain in session for more than a few weeks at a time. As a consequence, either a large measure of arbitrary power must be left for the remainder of the year in the hands of the Government, or its administrative functions must be inconveniently impeded. What is really needed is the constant supervision of a smaller, more select, and more highly organized body, which will be always at hand to assist the Ministers in the elaboration of their measures, to enlighten them as to the general needs and wishes of the country, and to act as a check upon their arbitrary inclinations. Such a body, if called into being, might be designated the "Legislative Council." It should consist of about thirty members, a little less than one-half nominated by the Khedive, and the other moiety elected. In order that the nominated members may be thoroughly independent, they should hold their office for life, or at least for a term of years. The representative members should be elected by the Provincial Councils. There being fourteen provinces, we should thus, by giving two members to four of the smaller ones, get twelve representatives, who, together with the members similarly elected by the large towns, would raise the representative section of the Council to sixteen, leaving twelve seats to be filled by their nominated colleagues. || The advantages of a nominated element are obvious. It would secure the presence in this department of business of a

certain number of distinguished men, whose experience, social station and antecedents may have entitled them to the confidence of the Chief of the State, as well as of eminent Copts and other Christians who might be unlikely to win the favour of Mahommedan constituencies, at the same time that it would preserve a certain continuity in the traditions of administration. The initiation of every measure must of necessity for the present remain with the Government, nor should the Council of Legislation be endowed with the power of vetoing their decisions; but no Law or Decree involving administrative changes should be promulgated or acquire legal force until it shall have been submitted to the Council, to whom should be attributed full liberty of criticism, discussion and suggestion. The Budget will of course be submitted to them; but the various charges and obligations resulting from the Law of Liquidation or from International Conventions would remain outside the sphere of their deliberations. They should also be empowered to pass under review all departmenta expenditure, with the object of ascertaining that the sums of money placed at the disposal of each Minister had been applied in the manner provided by the estimates of the preceding year. Nor should there be any limits to their powers of inquiry and investigation.

Although it may be fairly contended, that the intimate association with the Government of a body like the foregoing, endowed with such ample powers of incisive supervision, will sufficiently check the abuses of arbitrary authority, one further step might still be taken with safety in the direction of liberalizing Egyptian institutions. Admitting that the Council of Legislation comprises in its ranks the ablest men the country is able to produce, it cannot be regarded as a thoroughly popular body, or as being in sufficiently direct contact with the labouring masses. In order to remedy this defect it might be found desirable on occasion to reinforce the Council of Legislation by a more democratic element. With this view the same communal Representatives, to whom it has been proposed to confide the election of the Provincial Councils, should be called upon to choose two Representatives for each province, who, in combination with a proportionate number chosen by the towns, would amount to about forty-six Deputies. These, in conjunction with the members of the Council of Legislation, would be formed into a Plenary or General Assembly whenever it became necessary to discuss any of those larger questions which affect the interests of the whole country, such as the equalization of the land-tax, large schemes of canalization, the application of the „Cadastre“ and the imposition of fresh financial burdens on the people. By thus uniting the two bodies into a single Chamber we shall ballast what for a long time would probably prove the childish inexperience of the larger section, with the knowledge of affairs and habits of business possessed by their colleagues of the Council. || The powers of the General Assembly would be analogous to those of the Council of Legislation, though exercised at rarer intervals and in reference to more important subjects; that is to say, the right of inaugurating

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

measures would still be left with the Ministers, but the Assembly would possess the same privileges as the Council of discussion, criticism, suggestion and protest. The line of demarcation between the Laws and Decrees to be submitted to the Council of Legislation and those which should only be promulgated after having been discussed by the General Assembly, would have to be carefully indicated in an Organic Statute, as was done in defining the coterminous powers of the Canadian Parliament and the Provincial Legislatures of the Dominion. || In one important particular the General Assembly should be endowed with an absolute right of veto, namely, in respect of any measure involving the imposition of fresh taxation. || The following tabular statement will give a clear idea of the Constitutional scheme indicated in the foregoing paragraphs.

*Synopsis of proposed Egyptian Institutions.*

1. *The Village Constituency.* — Composed of Representatives of each circumscription, chosen by manhood suffrage, who are the depositaries of the village vote.

2. *The Provincial Councils.* — (Varying in number from 4 to 8 members.) — Chosen by the spokesmen of the villages.

3. *The Legislative Council.* — Consisting of 26 members, of whom 12 are nominated by the Khedive on the advice of his Ministers, and 16 are elected by the Provincial Councils.

4. *The General Assembly.* — Of 80 members: 8 Ministers; 26 members of the Legislative Council; 46 Delegates elected by the spokesmen of the villages.

5. *Eight Ministers.* — Responsible to the Khedive.

6. His Highness the Khedive.

It may be objected, that the foregoing machinery does not really embody the Parliamentary principle in the true acceptation of the term, both the Council of Legislation and the General Assembly being consultative rather than law-making bodies; but few people would be prepared, to maintain that Egypt is yet ripe for pure popular government. Under these circumstances, it seems to me that we should be undertaking a very great responsibility if we insisted on forcing upon her institutions which all her most liberal-minded public men are convinced will replunge the country into confusion and chaos the moment we leave it to itself. The political problems which confront us in India do not much differ from those which present themselves in Egypt, and yet how slow, hesitating and tentative are the steps we are there taking to mitigate the predominant absolutism which till now we have thought necessary for the security of our rule. But the arrangements proposed for Egypt are a far more bold and generous move in the direction of selfgovernment than anything the most revolutionary Indian statesman has hitherto dared to suggest for that country. To the extent indicated above, however, the Khe-

dive's advisers are willing to go. The project of a Decree, or rather a Charter, regulating the Constitutional fabric in accordance with the leading principles I have thus briefly indicated, and which will be found in the Appendix, has been already planned, and on receiving the approval of Her Majesty's Government, will be still further elaborated. || In addition to the foregoing institutions, the Government contemplate the establishment of a Privy Council, but as this body will be purely administrative and non-political, I need not trouble your Lordship at present with a description of its attributions. It will, however, possess a judicial as well as an administrative side. I shall have occasion to refer to its judicial functions in dealing with the indigenous justice of Egypt. Its general constitution I shall describe in a subsequent despatch. || One further institution, however, will be still necessary to render vital and effective those already described, namely, a free press. I have already been in communication with the Government on the subject, and I anticipate no difficulties in this respect.

*Indigenous Justice.*

The chief requirement of Egypt is justice. A pure, cheap and simple system of justice will prove more beneficial to the country than the largest Constitutional privileges. The structure of society in the East is so simple that, provided the taxes are righteously assessed, it does not require much law-making to make the people happy; but the most elaborate legislation would fail to do so if the laws invented for them were not equitably enforced. At this moment there is no real justice in this country. What passes under that name is a mockery, both as regards the Tribunals themselves, and the *corpus juris* they pretend to administer. In ancient days the Cadi, an essentially religious functionary, took cognizance of all disputes and gave judgment according to his own lights, without reference to any procedure; though he occasionally invoked such a text from the Koran, or such a phrase from a commentator as appeared most applicable to the matter in hand. His real inspiration, however, was too often drawn from the money bags of one, or perhaps both of the parties to the cause, while in his own person he was a mere tool, whenever it was necessary to make use of him, in the hands of the despotic Government of the day. || Since the time of Mehemet-Ali a hybrid sort of civil justice has been gradually established. The Cadis, or religious Judges, have, indeed, preserved their jurisdiction in questions relative to marriage, the descent of property, the guardianship of minors, etc.; but all other matters, whether civil or commercial, are now brought before the Tribunals which have superseded them. Of these there are three sorts: one of First Instance ("Medjliss Ibtádich"), located in each Moudirich; three Courts of Appeal („Medjliss Estisnaf"); and a kind of Superior Council at Cairo (Medjliss el Ahkam"), which has the faculty of quashing the Judgments of the lower Courts and substituting its own decisions. || But this organization, though

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

presenting a fair appearance on paper, is of little value as a justiciary. In the first place, none of the occupants of the Bench in any of these Courts have had a legal training, having been promiscuously selected from the general public, without reference either to their character or qualifications; and, in the next, there are no real laws in existence to guide their proceedings. At one time the French Codes are invoked; at another, the Regulations formerly in force before the old Mixed Tribunals; and at another, the precepts of the Mahommedan religion. || The misery and confusion entailed by such a state of things has long since attracted the attention of the Egyptian Government. Their conscience was still further quickened by the institutions of the Mixed Tribunals, or rather, by the recommendation of the „Commission d'Enquête," and in 1880 a Committee was appointed for the purpose of framing the necessary Codes and Procedures for the proposed native Courts. The irruption of Arabi and his military associates into the Government suspended for a time the peaceful labours of this Commission; not, however, before it had succeeded in drawing out a „Règlement Organique", which was promulgated by Khedivial Decree on the 17th November, 1881. || In this document are laid down the principles essential to all justice, such as the equality of every citizen before the law and the independence of the Magistracy. The Statute then proceeds to regulate the constitution of the Tribunals, their attributions, their discipline and the general machinery required to provide the country with a complete judicial system. || Immediately after the re-establishment of the Khedive's authority, the beneficent labours of the Commission were resumed, and for some time past it has been sedulously prosecuting its task. || It is the natural and legitimate ambition of the Egyptian Government eventually to supersede the International Courts by its own Tribunals, and, with this view, it had been proposed to adopt *en bloc* the Civil, Commercial and Maritime Codes now in use by the former. Unfortunately, these Codes are anything but perfect, and their procedures, which are taken from the French, are altogether too cumbrous, complicated and expensive for convenient application to the uses of the fellaheen population. What the Oriental understands is rather equity than justice; nor is he able to comprehend how essential procedure is to prevent equity from degenerating into arbitrary caprice. In order to avoid offending his instincts in this respect, and for other reasons, it is essential that the procedure with which he is supplied should be of the utmost simplicity. I have therefore urged the Egyptian Government to abandon their original idea, and so to modify the Codes now administered by the International Tribunals as to render them more suitable to the requirements of the people. In order to expedite the task, Nubar-Pasha (whose previous exertions in the cause of justice entitle his opinions to great weight), Judge Hills, and Judge Moriondo, of the International Courts, have been added to the Commission. With their assistance the existing Codes have been supplemented, enlarged and amended. Especial attention has been given to the Articles regulating what is called

„Judicial Hypothèque," which were found inequitably prejudicial to the peasant while under prosecution at the hands of his creditors. The undue rapidity with which the holder of a mortgage could foreclose and force the sale of an indebted estate at a price below its value has been checked, and greater facilities for redemption have been provided for the mortgager. Even admitting, however, that the Codes may be still defective, it is obvious that anything is better than further delay in furnishing Egypt with justice. To wait until new Commissions had constructed an entirely new body of law would have been out of the question. It will be easy, hereafter, to introduce into them what ever further ameliorations experience may prove to be necessary. The case, however, is very different with regard to the procedures which it had been intended to borrow from the International Courts. These will have to be entirely reconstructed from one end to the other. For some weeks past the Commission has been engaged upon the arduous task of elaborating an entirely new system; and I have reason to believe, that, those of its members who are most keenly alive to the defects of the existing procedures have succeeded in impressing their colleagues with their own convictions. || But the most important feature of the new project consists in the introduction into the indigenous Tribunals of a European element. It seems to be universally acknowledged, both by the Government itself and by native public opinion, that no measure short of this will ever definitely establish a spirit of purity and independence amongst the native magistracy. Servility and corruption are so intertwined with their habits and traditions that the automatic cleansing of their Courts is out of the question. But it is hoped that when once they have been rendered robust and pure by the presence of a few high-minded Europeans, it may become possible to preserve indefinitely the standard of righteousness which shall have been thus established. || The Judges in question will be principally taken from the Judiciaries of Holland, Belgium, and Switzerland, except where in individual instances a knowledge of the native language and other special qualifications may render some other selection desirable. The Minister of Justice, recognizing the necessity of recurring to the assistance of some European authority of high professional standing, has succeeded in securing the services of an English lawyer of great ability, to co-operate with him, as Procureur-Général, in organizing the new Tribunals, and making the necessary arrangements with the European Judges. || There will be a Court of First Instance in every Moudirieh. Three Judges will form a quorum, and one of the three will be a European. The Appeal Courts will be two in number—one for Upper and one for Lower Egypt. In these Courts five Judges will form a quorum, of whom two will be European and three native. The Commission, I understand, proposes, that the salaries of the European Judges shall be sufficiently liberal to command the services of men of high ability, and it has already taken steps to discover them. The acquisition of Arabic will be a *sine qua non*, and its attainment will be rewarded by a substantial honorarium. || A further question of some

Nr. 8088. Grossbritannien. 6 Febr. 1883.

difficulty connected with this subject has also been occupying the attention of the Khedive's Government, namely, that of what in France is called „administrative justice". At first there was an inclination to constitute a separate Court for the adjudication of all actions brought by individuals against officials; but I am happy to say this idea has been abandoned, and it is now settled that all public functionaries shall be amenable to the ordinary Tribunals for any act committed in violation of any Law, Decree, or Regulation; and that every case in which the position of the State is analogous to that of a private person, whether as proprietor, seller, buyer, tenant, creditor, or debtor, will be dealt with by the ordinary Tribunals. || As, however, there will still remain a certain category of litigious questions between the State, not acting as an individual, but in its corporate capacity as a Government, and its subjects at large, involving public interests of great importance which it might not be safe to send before the new and untried Courts of First Instance, it will still be desirable to constitute a special Tribunal for their adjudication. I have already noted, in a previous portion of this despatch, that the Egyptian Government contemplates creating a Privy Council. This body will possess an administrative and non-political character. A proportion of its members will, however, be absolutely independent of the Government. It is proposed to constitute the Tribunal required by associating three of these with the two European members of the Court of Appeal. By this means it is hoped to secure a Bench of Judges of such exceptional ability and knowledge as will entitle them to exercise so important a jurisdiction. || Such are the main features of the project for the organization of native justice in Egypt. The scheme is almost completed, and will probably be ready for application within a few weeks. We must not, however, delude ourselves with the hope, that it will prove altogether satisfactory at first starting. The difficulties in the way of such a result are enormous. Even should we succeed in procuring the assistance of the couple of dozen Europeans required for our purpose, we shall still be confronted with the difficulty of providing them with educated and trustworthy native colleagues. The whole personnel will be new to their work; there is no native Bar, and experience will doubtless discover omissions and defects both in the Codes and in the Procedures. Nor is it certain, that those for whose benefit the apparatus has been constructed will at first duly appreciate its *modus operandi*, in spite of its having been rendered as congenial to their habits and prejudices as circumstances permitted. But I have little doubt these initial difficulties will gradually be got over, and that those patriotic men who have originated this attempt at endowing Egypt with native justice will eventually see the fulfilment of their most sanguine expectations.

*Canalization and Irrigation.*

*Execution of new Works.*

*Repair of existing Works.*

*Control and Distribution of Water.*
*The Daïra Sanieh and the Domains.*
*Domains.*
*The Cadastral Survey of Egypt.*

*The Indebtedness of the Fellaheen.*

I now proceed to call your Lordship's attention to one of the most distressing subjects connected with the present social condition of this country. It is a question of recent growth; namely, the encumbered condition of a considerable proportion of the fellaheen lands, especially in the Delta. A similar problem confronts us in India, and the rise and progress of the difficulty in both countries appear to have been developed by the same circumstances. Under native rule in India the creditor received little or no assistance from the State in recovering his debts, and was obliged to resort to the ordinary methods of dunning, to fasting before the debtor's door (when those within the house were in honour obliged to follow his example), and in extreme cases to suicide, with the view of involving the defaulter in bloodguiltiness. The Egyptian peasants maintain, that in former days the creditor was not armed with the power of foreclosing and expropriating the debtor from his holding, nor under Mahommedan law could the case go against him by default; but in the same way as the introduction into India of British Codes invested the creditor with new powers, so in Egypt the International Tribunals have, on the one hand, stimulated the fellah's borrowing instincts by constituting his holding a legal security, and on the other, they have armed the mortgagee with far too ready and extensive powers of selling up the encumbered owner. As a consequence, the debts of the fellaheen have of late years increased with such rapidity that sooner or later the intervention of the Government will be neccessary if it is intended to prevent considerable tracts of territory from passing out of the hands of the peasant cultivators. According to the records kept by the International Tribunals, since the year 1876, when the Mixed Courts were instituted, that is within a period of six years, the amount inscribed on the Table of Mortgages has risen in round numbers from 500,000*l.* to 7,000,000*l.* A vast proportion of this capital sum represents, not the original charge, but the accumulated interest, the usual rate of which is 3 per cent. per month, or 36 per cent per annum. The whole of this indebtedness has not, however, been contracted by the peasantry. It includes the sums borrowed by the Princes and Pashas, as well as £ E. 1,387,295 charged on house property in Alexandria and Cairo; but the amounts inscribed in the name of the fellaheen, amounting, perhaps, to 5,000,000*l.*, is sufficient to give rise to serious anxiety. In 1880 the establishment of two financial Companies, the Land and Mortgage Company, and the Crédit Foncier, produced a rise in the value of land, and a fall in the rate of interest, at the same time that the

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

principle was introduced of making loans payable by sinking funds. But the equitable terms upon which the fellah was able to borrow from these banks did not prevent him from continuing to obtain additional sums from the money-lenders. At present the rate of interest is on an average 15 per cent., but far more usurious terms are too frequently exacted. The Egyptian peasant does not look forward, and, like a child, is prone to gratify his immediate desires at any sacrifice. As a consequence, he is enticed into most imprudent arrangements which eventually lead to his ruin and expropriation, the procedure of the Mixed Tribunals unduly favouring the interests of the mortgagee, who is frequently enabled, by forcing a sale of the property, to obtain it at half its value. || On the 30th June, 1882, the mortgage debt on 400,000 acres amounted to £ E. 5,821,912. The interest payable upon this sum, at 16 per cent., would amount to £ E. 931,505. The land revenue, calculated at the average rate of 1*l.* per feddan, or more, would represent a further liability of 500,000*l.* The mortgaged land in question has therefore to support an annual charge of £ E. 1,431,505, or 3*l.* 11 s. an acre, exclusive of other taxes, to which must be added the expenses necessary for the maintenance of the cultivator and his family. As there is very little land in Egypt capable of supporting this accumulated burden, it has a tendency to pass out of the hands of the present owners into those of the foreign creditors. Such an operation could scarcely take place without producing an agrarian crisis, which would prove equally disastrous to the creditors, the debtors and the Government. || Various schemes have been suggested for averting the threatened catastrophe; and the Government has even been called upon to assist the indebted peasantry in reducing the excessive interest by guaranteeing its payment and accepting an addition to the land tax as a security. A more important point to consider is, whether something could not be done to throw difficulties in the way of the fellah's outrageous habits of borrowing. This might be done by curtailing the creditor's powers of foreclosure and expropriation; by provisions protecting the judgment-debtor from the wrong use of a Decree; and by exempting the cultivator's agricultural implements from sale and execution. But such measures would scarcely do more than mitigate the evil. I am more inclined to recommend that a limit should be created to the liability of the peasants' land to be sold in liquidation of his debts. The aggregation of land in large farms is not suitable to Egypt except where the sugar-cane is cultivated, whereas "la petite culture" is eminently adapted to the soil and climate. Under these circumstances, there would be no economical objections to the State's imposing on the peasant a definite limitation of the power to alienate land. Under such a regulation a certain proportion of his holding might be left liable to seizure and sale for the benefit of the creditor, but a residuum sufficient to maintain him and his family might be preserved from legal attachment. || Unfortunately, the 5,000,000*l.* of mortgage debt above referred to does not by any means represent the whole

of the fellah's indebtedness. I am told, on good authority, that he owes at least another 3,000,000*l.* or 4,000,000*l.* to the village usurer, who holds his bond, and is able to sell him up with the same sinister expedition as the mortgagee. || Before quitting this subject I subjoin a sketch of two schemes which have been suggested for assisting the fellah out of his difficulties – the one by private enterprise, the other with Government assistance. || The first proposal is to establish agricultural banks in every province on the system that is now being introduced in some parts of Western India. The main features of this system are as follows: — || The capital required for working the bank is to be subscribed by local capitalists; but the money required for the settlement of the debts of cultivation by composition with the creditors is to be advanced, in the first instance, by the Government, and will be repaid by the bank in two years with interest at 4 per cent. The bank guarantees to advance money at 12 per cent. per annum; but the advance is not to exceed 75 per cent. of the value of the land mortgaged. Loans are to be for general purposes, and not for land improvements only. Bonds are to be prepared in the form approved of by the Government. Loans to be registered, and the accounts of the banks audited by officials of the Government. Instalments of debts due to the bank to be collected, as a revenue charge, by the Governement revenue officers. Stamp duty, Court fees and registration fees on all operations with the banks to be remitted by the Government. || The other suggestion is to employ the "Crédit Foncier," an institution existing in the country, and already in working order, and, by appointing a certain number of Government officials on the Board of Direction, to convert it practically into a Department of the Government. || The Crédit Foncier, thus supported by the guarantee of the Government, could obtain the necessary funds at a low rate of interest, and hold them at the disposal of the Government for the purchase of the debts. || To repay the loans, the land would be charged with an annuity, or "taxit," extending over a long period. An annuity would include interest at a rate fixed by the Government, plus a small sum for the amortization of the loan. This amount might be collected by the revenue authorities at the same time as the regular assessment on the land, and repaid to the Crédit Foncier. || The advantage of this institution of the "taxit," which is well known and recognized in Egyptian administration, is that as the Government has the first claim on all the property of the annuitant, the sale of a cultivator's land or crops for a debt due to a usurer can be stopped until the whole of the instalments of the annuity or "taxit" have been paid up. By this means the fellah will be prevented from incurring fresh debts, for when he is subject to the payment of the "taxit," his property loses its value as a security, and the usurers will have no object in encouraging him to borrow. || Agencies, under the control of the Crédit Foncier, would be established in each province to furnish the loans for short periods which the cultivators will require for their agricultural operations, and which they have hitherto got from the

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

usurers. As the financial position of each cultivator will be accurately known, the loans can be limited to sums which he will be able to repay without inconvenience.

*The Assessment of the Land Revenue.*

There is no fact more necessary to ascertain or more difficult to verify than the degree to which the assessment of the land tax, representing an annuity of about £ E. 5,000,000, may be considered as compatible with the well-being of the cultivators. The terrible indebtedness of the Egyptian peasant would point to the conclusion, that he is overweighted by it: but this indebtedness is of recent accumulation, and, as the peasantry themselves assert, is consequent upon the cruel and illegal exactions perpetrated by former Governments, which they were forced to meet with borrowed money. Although denominated a land tax in common parlance, this payment must be regarded, both from an historical and an economical point of view, as rent paid to the Government, or, in the case of the Daïra and Domains, to the State, as representing the late Khedive. Even in so highly civilized a country as Ireland there prevails a great discrepancy of opinion as to what is a "fair rent," especially between the two classes principally interested: nor are the authoritative conclusions of the Government valuers always accepted with the submission they should command. The land tax of Egypt varies from 16*s.* to 1*l.* 12*s.* a feddan, which may be roughly considered as the equivalent of an acre. In the Delta the soil is capable of producing two, and sometimes three, crops in the year, and the gross profits from land of a first-rate quality have been estimated by Mr. Villiers Stuart, M.P., at from 15*l.* to 25*l.* a feddan when under cotton, at 5*l.* when under wheat; at 15*l.* when under rice, and at 4*l.* when under maize. As a cotton and a wheat crop, or a wheat, maize, bean, or fodder crop can be taken off the same land in the same year, the value of the annual crop raised in these circumstances may be taken at from 15*l.* to 30*l.* a feddan. A rent, therefore, which is sometimes as low as 16*s.*, and seldom rises above 1*l.* 14*s.*, a feddan cannot be considered excessive. In Upper Egypt the case is different. There, in many parts, not more than one crop can be raised in the year, the value of which Mr. Stuart estimates at from about 4*l.* to 5*l.* an acre. || But though it may be a question whether the land tax, as a whole, weighs too heavily on the agricultural classes, there is no doubt that its incidents are unfairly distributed. The areas recorded on the registers are inaccurate. They are based on a survey made under Mehemet-Alí in 1813, and have only been partially revised since that date. It is notorious, that during the survey, and in the subsequent corrections, the officials unduly favoured those who were rich enough to bribe them. Even had the original surveys been accurate at the time, they would no longer be trustworthy. In many places land has been washed away by the Nile, or taken for canals, dykes, or railways, without the payment of any indemnity to the owner or a propor-

tionate reduction in the assessment. Though entitled to relief under such circumstances, the proprietor finds great difficulty in obtaining it. An instance has come to my knowledge where an individual had to wait for twelve years before he could escape from the liability of paying the land tax on 17 feddans which had been occupied by a railway embankment. The new cadastral survey made last year for some villages in the districts of Kafre Zayed and Samanand disclosed the fact that, out of a total of 914 occupiers, 185 held land for which they paid no tax, while 699 were paying an assessment on land which they did not occupy; the quantity of assessed land being 340 feddans, while the area of non-existent land upon which the revenue charge was imposed amounted to 1,776 feddans. || But the injustices committed in the delimitation of the assessed areas are probably insignificant when compared with those resulting from the unequal valuation of the holdings, which are classified in categories and assessed accordingly. In Europe the quality of the soil, the facilities of transport, the means of obtaining manure and of disposing of the produce of the farm, are the recognized elements of such a calculation. In Egypt it is necessary also to take into account the water supply and the means of drainage, which in their turn depend upon constantly varying conditions but a scientific discrimination of the relative value of land, based upon these circumstances, has never been seriously attempted. As a consequence, the inequalities of assessment are glaring, and the dissatisfaction of those who pay the higher ratings is proportionate. The decreasing fertility of the soil, from over-cropping, and from the growing scarcity of the water supply, is rapidly reducing the value of land, on which the assessment, though originally fairly applotted, is now unduly onerous.

*Agricultural Taxes.*
*The Oochuri Lands.*
*Education.*

*Europeans in Egyptian Civil Service.*

But there are other radical reforms which will have to be inaugurated before the Civil Service of Egypt can become either efficient or economical. Unfortunately, the introduction of these will occasion much dissatisfaction, and may inflict some individual hardship. || In his Report of the 18th September last, transmitted to your Lordship by Sir Edward Malet, Mr. Fitzgerald has shown, that the number of employés in the service of the Egyptian Government is ridiculously in excess of the public needs. This result is to be attributed to various causes, such as the existence of a multitude of officials whose functions it would be impossible to define, the absence of any regulations limiting the number of posts in the several Administrations, and the consequent opportunity afforded to jobbers of creating new berths for the accommodation of their personal friends. There is no privilege more abused in the

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

East than that of patronage. Every Pasha has a number of adherents who look to him for favours and whose assiduity he has no compunction in rewarding at the expense of the State. The total number of natives at this moment in the Egyptian Civil Service is 53,000, their united salaries amounting to £ E. 1,648,503. If one-third of these men were dismissed to-morrow, the work of the Ministries they encumber would be all the more efficiently performed. It would, however, be unadvisable to undertake too drastic a measure at present; but an immediate stop should be put to the lax system which has resulted in the present state of affairs. For this purpose a competent Commission should be appointed, whose duty it would be to study the requirements of each Department, and determine the numbers of its staff. The figure once fixed, it should never be exceeded, unless with the cognizance and approval of some authority appointed for the purpose of deciding such questions. The conditions of promotion should be defined and rigidly observed, and the Pension Code should be revised. At the present moment the Egyptian Pension Code is extravagantly liberal. || The number of Europeans in the service of Egypt amounted at the end of last year to 1,054; of these 140 were English, and 100 Maltese, or under English protection; 240 were French, 300 Italians, 104 Greeks, 80 Austrians, and 35 Germans. Their entire salaries came to 305,000*l.* Thus the European employés represent 2 per cent. of the total number, and 15 per cent. of the total cost. But it must be remembered, that more than one-half of these are paid either from revenues assigned to the debt — such as the Railway and the Customs Staff, with which the State has at present no direct concern — or from the rents and profits of the Daïra and Domain Estates. The Tribunals of Reform, in which there are a considerable number of Europeans, are supported by fees. Even so, the average salary of the European in Egypt does not amount to more than 283*l.* per annum. Nevertheless, it is very desirable, that the European staff should be considerably reduced, especially where it has been duplicated for political reasons. The statements I have submitted in reference to the cadastre are a case in point. On the other hand, I cannot conceive anything which would be more fatal to the prosperity and good administration of the country than the hasty and inconsiderate extrusion of any large proportion of the Europeans in the service of the Government, in deference to the somewhat unreasonable clamour which has been raised against them. For some time to come European assistance in the various Departments of Egyptian administration will be absolutely necessary. Were they to be withdrawn, the whole machinery of government would fall into inextricable confusion. The benefits derived from the labours of the honourable and devoted men who have helped to introduce something like order regularity, and efficiency into the public business of the country, whether French, Italian, English, or German, cannot be overrated. The interests at stake are far too important to allow the reforms which have been introduced by their energy and capacity to disappear, especially when we take into account the

rapid extension of the relations of Egypt with Europe, the development of her external commerce, and the magnitude of the public works in which she will probably soon engage. It is frightful to contemplate the misery and misfortune which would be en tailed on the population were the Financial, the Public Works and analogous Departments to be left ungarrisoned by a few high-minded European officials. The Egyptian Government would quickly become a prey to dishonest speculators, ruinous contracts and delusive engineering operations, from which they are now protected by the intelligent and capable men who are at hand to advise them in reference to these subjects. This is especially true in regard to financial matters. The maintenance of Egypt's financial equilibrium is the guarantee of her independence. But, apart from the material benefits conferred by the assistance of Europeans, we must remember that they are establishing a standard of integrity, zeal and efficiency which we may hope will eventually be permanently consolidated in all the Departments of the State. At the same time, it may teach the native members of the Civil Service the mode in which public business should be conducted, accounts tabulated, audited, checked and inspected, which when once it shall have become an habitual tradition, will enable the Egyptians themselves to conduct routine affairs without further guidance, until that which is now denounced as an injustice will prove to have been the best remedy for the very abuses it was accused of illustrating.

There still remains, however, to be considered an exceptional service, namely, the service of the Treasury of the Public Debt. The service exists under International Conventions, and is exercised in the interests of the bondholders. It differs from the other Egyptian services, inasmuch as in them the cost of the European element is only 15 per cent. of the whole, whereas in the service of the Public Debt it amounts to 85 per cent. There is no doubt, that this excessive predominance has been the circumstance which has been chiefly present to the minds of the Egyptian people when inveighing against the excessive claims of the stranger on the public Exchequer. That dissatisfaction has been aggravated by the fact that, in order to satisfy international jealousies, the number of officials drawing large salaries in this Department has been unnecessarily multiplied. The Administration of the Treasury of the Public Debt, which is simply an Audit Office, costs 19,463*l.* a year. The sum is not a very large one, and the irritation its payment occasions is out of proportion to its amount. I would therefore strongly advise that, in the same way as the expense of management of the Domains and of the Daïra are theoretically a charge on the profits of those Administrations, so the cost of administering the „Caisse Publique," which is the French designation of the Administration in question, should be defrayed out of the annuities.

*The "Corvée" or Forced Labour.*

I have already alluded incidentally to the "corvée". Unfortunately it is one of those evils which it is impossible altogether to abolish. It is an

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

institution which has existed in Egypt for 6,000 years, and which the people accept as a dispensation of Providence that is not open to question. The necessity of executing extensive earthworks with the utmost rapidity to avert calamities which would affect extensive districts is so obvious, that every one submits. It is like a „levée en masse" to repel an invader. Two auxiliaries might, however, greatly mitigate the severity of its application: hydraulic machinery and the scientific organization of the labouring power of the country. Were the latter properly manipulated, the amount of forced labour required might be reduced to the one-half of what is now called out.

*Conscription.*

A kindred affliction to the "corvée", greatly dreaded by the peasantry, is the conscription. I have anxiously considered whether the system of long service, with a pension, might not be introduced; but at present the difficulties in the way of such an arrangement appear insurmountable. In the case of two battallions of constabulary the principle of voluntary enlistment is about to be tried. Should this answer, it might be still further extended, and long service, with pensions, might be adopted as a corollary; but, as long as the recruit is taken compulsorily from his home, it would be cruel to deprive him of the prospect of returning thither within a reasonable period. In consequence of the smallness of the Egyptian army, the area of conscription will in future be greatly reduced, and we may hope that the improved conditions of the service under the new system, and the higher pay about to be granted, will render the military profession more popular. It will be my duty, however, to address your Lordship more at length on this subject in a subsequent despatch.

*The Bedouins.*

The question of how the Bedouin tribes are to be dealt with has already been partially discussed in this despatch, and I need not trouble your Lordship with any lengthened observations in regard to them. || The Bedouin population of Egypt is reckoned at 400,000 of whom it is said 40,000 are capable of bearing arms. These figures are probably exaggerated, and, in any case, they do not represent the actual fighting power of the tribes. Of these there are upwards of fifty, who, being devided from each other by petty jealousies and long-existing feuds, are incapable of combined action. || They may be conveniently divided into three categories: — || The Eastern (or Arabian) Bedouins, inhabiting the country bounded by the Red Sea and the Nile Valley on the east and west, by the Mediterranean on the north, and on the south by the Keneh-Kossier route, where the Nile approaches nearest to the Red Sea coast. To these must be added the tribes inhabiting the Tih Plateau and the Sinaitic Peninsula. || 2. The Western (or Mogrebin) Bedouins, who inhabit the western border of the Nile Valley and the oasis of the Lybian

Desert. || 3. The Southern (or Ethiopian) Bedouins, who inhabit the eastern edge of the Nile Valley, south of the Keneh-Kossier route, and a great part of Nubia.

(*1.*) — *The Eastern (or Arabian) Bedouins.* — These are factions of tribes which crossed at remote periods from Arabia and the Sinaitic Peninsula. Some of them still preserve a tradition of the district from whence their ancestors came. The most powerful tribe is the Maazeh, whose ascendancy extends from the Keneh-Kossier route to Suez. The Tarrazin dwell around Suez and its coasts; the Amran, or Amerin, between Suez and Cairo; the Allawin on the isthmus, and the Ayaideh, near Heliopolis (a few miles to the north-east of Cairo). Above Cairo we have the Beni Wasel opposite Beni Souef, the Metahrat opposite Siout, and the Hawarah near Thebes.

(*2.*) *The Western (or Mogrebin) Bedouins.* — The Bedouins of the Lybian Desert are Arabs in language, and, to a certain extent, in type; but, though claiming an Arab origin, they have come more immediately from Tripoli or Tunis. They are regarded by the Eastern Bedouins with contempt, as being of inferior blood, and less respectable in character.

(*3.*) *The Southern (or Nubian) Bedouins.* — These Bedouins occupy the country between the Nile Valley and the Red Sea from the Keneh-Kossier route to the table-lands of Abyssinia. They are known under the generic appellation of the Beza tribes, and are believed to be the descendants of the Blemmyer, who were expelled from the Upper Nile Valley in the fourth century. Though physiologically of a high type, they are not Arabs and speak a language called the Begawieh, which is said to be a dialect of the Abyssinian. The Ababdeh, which occupy the district between the Keneh-Kossier route and the Second Cataract, are the most civilized and docile, and have already adopted the Arabic language. Further south dwell the other Beza tribes, the Bishari and the Hadendon, who are less civilized. || The Bedouin difficulty has, during the last few years, been gradually undergoing its natural solution. Down to the beginning of the present century the nomad Arab tribes that hovered on the outskirts of Egypt had preserved their warlike character, and being almost as well armed as the rulers of the Nile Valley, constituted a force which had to be taken into serious consideration by the Egyptian Government. In the time of the Mamelukes they often took part in the feuds between the rival Chiefs. On his advent to power Mehemet-Ali employed them in his expeditions as irregular cavalry to harass the retreating enemy, and as *éclaireurs*. As regular troops they have always been worthless. || Eventually Mehemet-Ali conceived the idea of transforming a portion of the Bedouin population into agriculturists, in the expectation that they might serve as a defence against the less amenable tribes who retained their predatory character. This policy Mehemet-Ali's successors have continued to follow, and of late these quondam marauders have changed their character. Numbers of them have settled on the irrigated land and have become agriculturists, especially in the districts

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

contiguous to the desert. Though still despising the fellah, they have to some extent mingled by intermarriage with the resident population. As a consequence the Government has acquired a considerable hold over them, especially through their Sheikhs, many of whom have become the owners of estates. "We had an instance of this only a short time ago in connection with the murder of Professor Palmer and his companions. One of the principal Chiefs of the tribe near which the tragedy occurred was residing on his property in Egypt, and when required by the Government to give his assistance in capturing the criminals he found it his interest to obey their behests with alacrity. || The tribes, however, are still sufficiently independent, notwithstanding their partial adoption of sedentary habits, to deter the Epyptian Government from depriving them of their two great privileges, exemption from the "corvée" and from the conscription; and during the late troubles a band of 2,000 of them, under a single leader, crossed over from the Fayoum to the camp of Arabi, while the confusion which reigned at Alexandria after the bombardment was worse confounded by the irruption of several hundred Bedouins into the blazing streets. Their actual attitude, however, is neither formidable nor menacing. They are badly armed, for though they may have picked up a certain number of Remington rifles they have no ammunition. The fear of having their property confiscated will keep many of their chief men on their good behaviour, and the gendarmerie pickets will prove more than sufficient to bridle the less orderly bands.

*The Soudan.*

In considering the military establishment of Egypt, I have left altogether out of account the requirements of the Soudan; nor would it be possible to form an accurate estimate of what these may ultimately prove until after the present disturbances shall have been suppressed. || Some persons are inclined to advise Egypt to withdraw altogether from the Soudan and her other acquisitions in that region; but she can hardly be expected to acquiesce in such a policy. Possessing the lower ranges of the Nile, she is naturally inclined to claim dominion along its entire course; and when it is remembered, that the territories in question, if properly developed, are capable of producing inexhaustible supplies of sugar and cotton, we cannot be surprised at her unwillingness to abandon them. Unhappily, Egyptian administration in the Soudan has been almost uniformly unfortunate. The success of the present Mahdi in raising the tribes and in extending his influence over great tracts of country is a sufficient proof of the Government's inability either to reconcile the inhabitants to its rule or to maintain order. The consequences have been most disastrous. Within the last year and a-half the Egyptians have lost something like 9,000 men while it is estimated that 40,000 of their opponents have perished. Nor does this chronic slaughter seem to be nearer its conclusion than when it first commenced. Reinforcements to the extent of another 10,000 men

have been dispatched to Khartoum; but they seem to be raw, undisciplined and disheartened levies. In the meantime, Egyptian garrisons at Obeïd and Bara, and various scattered posts in Darfour and Kordofan, are cut off from communication with their base, many of them are surrounded, and some are pressed by famine. Obeïd still holds out; but Bara seems to be on the point of surrendering. || Colonel Hicks, a distinguished retired Indian officer, has been engaged by the Egyptian Government to join the Commander-in-chief of the Soudan army as Chief of the Staff. A few retired European officers accompany him, who perhas will be able to inspire the troops with confidence. Both Colonel Hicks and his companions have entered the Egyptian service on their own responsibility, nor have either Sir Edward Malet or myself been concerned in the arrangement. || In the expectation that the fresh efforts about to be made will result in the restoration of tranquillity, a plan should be carefully considered for the future administration of the country. Hitherto, it has caused a continual drain on the resources of the Egyptian Exchequer. The first step necessary is the construction of a railway from Souakin to Berber, or what, perhaps, would be still more advisable, to Shendy, on the Nile. Another scheme of railway communication has been proposed down the Nile Valley; but it has many disadvantages. The promoters of the Souakin route maintain, that the construction of their line would bring Cairo within six and a-half days of Khartoum, the time required to run from Souakin to Berber, on the Nile, being only sixteen hours, and that the cost would be under a million and a-half. The completion of this enterprise would at once change all the elements of the problem. Instead of being a burden on the Egyptian Exchequer, these equatorial provinces ought to become, with anything like good management, a source of wealth to the Government. What has hitherto prevented their development has been the difficulty of getting machinery into the country, and of conveying its cotton, sugar and other natural products to the sea. The finances of the Soudan once rehabilitated, the Provincial Administration would no longer be forced to visit its subjects with those heavy exactions which have been in all probability at the bottom of the present disturbances, and the natural expansion of commerce would eventually extend the benefits of civilization for some distance through the surrounding regions. I apprehend, however, that it would be wise upon the part of Egypt to abandon Darfour and perhaps part of Kordofan, and to be content with maintaining her jurisdiction in the Provinces of Khartoum and Senaar.

*Slave Trade.*

In providing for the reorganization of the Egyptian Government, one of the most important questions which presents itself is, whether it might not be possible to take a fresh departure in reference to the Slave Trade with a view to its final and complete abolition. To this end it might be well to examine the effect which has been produced by the Convention of the 17th

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

August, 1877, and the actual state of slavery and the Slave Trade in this country.

The following is a summary of the Convention: — || Article I. The Egyptian Government engages to prohibit the Slave Trade in Egypt and the export of slaves from Egyptian territory. || Art. II provides, that any person found to be engaged in the Slave Trade shall be considered guilty of "stealing with murder," and be tried by court-martial. || Art. III. The Egyptian Government engages to make certain provisions for captured slaves. || Art. IV provides that persons found engaged in the mutilation of, or traffic in, children, shall be pursued as murderers, and tried by court-martial. || Art. V. The Egyptian Government engages to publish a special Ordinance prohibiting all Traffic in Slaves after a specified date. || Art. VI gives British cruizers the right of search in Egyptian waters, and provides for the disposal of captured boats and slaves. || Art. VII fixes the date on which the Convention is to come into force.

In an *Annex* to the Convention, the police are charged with the manumission of slaves and the education of slave children; the Egyptian Government engages to provide employment for male and female slaves, and to educate children in the Government schools. || A Khedivial Decree of the same date orders, that the sale of slaves from family to family is to cease in seven years from the date of signature in Egypt proper, as far as Assouan, that is, on the 17th August, 1884; and in twelve years in the Soudan and other provinces on the 17th August, 1889; that any infraction of the Decree is to be punished by imprisonment with hard labour, and that the Traffic in white slaves is to cease on the 17th August, 1884. || The weak point of the Convention and its Annexes is that, though they create certain offences, and provide for their trial, they do not specify the punishments applicable to each case. The result has been, that the sentences pronounced by the special Tribunals have been inadequate. If a schedule of crimes and their punishments had been drawn up and annexed to the Convention, it would have worked better. || The length of time, twelve years, during which the sale of slaves from family to family was allowed to continue in the Soudan, seems unnecessary, especially as under this provision it will be possible to bring fresh slaves into Egypt proper after August 1884. || The machinery established from time to time for carrying out the provisions of the Convention were the Manumission Bureaux at Cairo, Alexandria and other places; the Service for the Abolition of Slavery under Count della Sala; the Red Sea Service under Captain Malcolm, R.N., and, on the part of Her Majesty's Government, the employment of cruizers in the Red Sea. || The Manumission Bureaux have done good work at slight expense; no difficulties have been raised, and the number of slaves manumitted up to the 30th November, 1882, in a little more than five years, has been 8,092 (3,436 male and 4,656 female). This result is very largely due to the never-ceasing exertions of Mr. Borg, Her Majesty's Vice-Consul at Cairo. The disposal of the slaves has not been quite satisfactory, as large numbers

have been sent up to the Soudan, where supervision is not easy. Nothing is known of the fate of these men, and some of them may possibly have been resold as slaves. Neither have the female slaves been sufficiently looked after during the first few weeks of freedom. || The "Service for the Abolition of Slavery" has almost checked the introduction of fresh slaves into Egypt proper. The "Service" consisted in 1882 of a staff of fifteen officials and a corps of 420 officers and men; its cost was £ E. 17,627 per annum. It is now merged into the gendarmerie, and its duties will henceforth be performed by officers and men from Baker Pasha's new gendarmerie force. All the old stations will be occupied in greater strenght than before, and there will be a good system of inspection. || The Red Sea Service was suppressed after it had been in existence a short time; its failure appears to have been due chiefly to the apathy and obstruction of the Egyptian officials; nor has the action of Her Majesty's cruizers, from various causes, been attended by satisfactory results. A certain number of new slaves still find their way into Egypt proper; but the vigorous action of Count della Sala has stopped the arrival of large caravans. A few white slaves come in by Alexandria. The traffic in eunuchs appears to have quite ceased. || The action of the Manumission Bureaux has greatly modified the relations between slaves and their masters. Every male slave now knows, that he can obtain his freedom whenever he likes; and though the seclusion of harem life has prevented the female slaves from acquiring the same knowledge of their rights, they are generally aware that if they are ill-used they can obtain redress through the British Consulate. The slaves, as a rule, are well-treated, and perhaps better cared for than domestic servants in Europe. || The accounts from the Soudan are very conflicting. It seems certain, that the Slave Trade has received a check, bet slavery is universally prevalent, and in some districts the Slave Trade and slave hunts, with all their attendant horrors, are in full force. The mutilation of children is also carried on, though to a more limited extent than formerly. The worst feature is, that since General Gordon left no punishments have been inflicted sufficiently heavy to deter the slave-traders.

As regards the Red Sea, the export of slaves from Souakin is apparently rather less than it was; but there seemes to be little or no diminution in the numbers, variously estimated at from 2,000 to 5,000, annually sent across the Red Sea from Massowah southwards, and especially from Zeila. || The naval officers on the station appear to be unanimously of opinion, that the action of Her Majesty's ships alone is insufficient to stop the Traffic. The difficulties arise from the narrowness of the Red Sea, which allows boats, with a fair wind, to run across under cover of night, and the absence of co-operation on the part of the Egyptian and Turkish authorities. Besides this, the crews cannot land and operate on Egyptian territory, even though it be known that slaves are being collected to be run across at the first favourable moment. || The mutilation of children is still practised on the shores of the Red Sea,

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

especially "in the region between Majara and the port of Massowah." || The officials of the various provinces derive great part of their income, directly or indirectly, from the Slave Trade; and the Egyptian Government, either from want of power, inclination, or courage, has never attempted to remove or punish them, in spite of their attention having been frequently drawn to their misdeeds. || The question of further action in the direction of abolition may now be considered. || In Egypt proper the white slaves are, with few exceptions, owned by members of the Khedivial family and by rich Pashas; though when the sudden rise in the price of cotton, consequent on the American war, put money into the pocket of the fellah, his first impulse was to provide himself with a Circassian girl. The immediate abolition of slavery would certainly be very unpopular with the former class, and it would entail considerable pecuniary loss, for which they might justly expect compensation. There is, however, in Turkey a very general custom by which slaves are spontaneously freed, or have a half acknowledged right to claim their freedom after seven years, and there would seem no great hardship in applying this custom to Egypt. || In the Soudan, where slavery is universally prevalent, abolition would cause much dissatisfaction and, perhaps, disturbance; but, on the other hand, it may safely be said that no measure, such as abolition, would create a greater state of disorder than exists at present in that unhappy country. || Slavery might be abolished by Khedivial Decree; but a Convention is so much more formal and binding, that it would seem preferable. || I would therefore propose, that a new Convention be entered into between Great Britain and Egypt, by which slavery would entirely cease in Egypt and its dependencies seven years after the date of signature. This would entail no great hardship on the slave-owners, and get rid of the question of compensation. || The best way to give effect to the proposed Convention, or to carry out more fully the provisions of the present one, may now be considered. || Registration has been often proposed, and seems at first sight a simple matter. In Egypt proper it is now, owing to the facilities for obtaining manumission, hardly necessary; and as most of the unfreed slaves are in the harems, it is doubtful whether accurate registration would be possible, and whether the result would justify the expense. In the Soudan registration would hardly be practicable. || The levy of a tax on slaves and eunuchs is open to almost the same objections. The tax could not be properly levied and collected by native machinery, and it would not be possible to employ Europeans. The tax would be a constant source of irritation, which would chiefly be directed against England. || In Egypt proper it will probably be sufficient to continue the action of the existing Manumission Bureaux, and to press the Egyptian Government to inflict the heaviest possible punishments when crimes are committed which are punishable under the Convention and its Annexes. || Much good may be expected from the new gendarmerie, with its British officers and inspectors. I believe, however, that Baker-Pasha has not as yet been directed officially to take over the duties of the "Service for

Nr. 8068. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

the Abolition of Slavery." It is very desirable, that a Decree or Ministerial Order should be issued transferring those duties to the gendarmerie force, and that the same time defining the powers granted to the gendarmerie to enable them to deal with Slave Trade questions. || In the Soudan quite as much may be expected from the settlement of outstanding questions with Abyssinia and the encouragement of trade and cultivation as from any repressive measures. || Captain Malcolm, R. N., is of opinion that, if Massowah were declared a free port, it would strike a blow at the Slave Trade "this side of Edd and Hanfelah." || The construction of roads with proper stations or resting-places from Souakin to Berber, and from Souakin to Kassala and Gellabat, would have a great effect by driving trade into fixed routes and rendering supervision more easy; but if a railway were made from Souakin to Berber, it would do more to stop the Slave Trade than any other measure. || Manumission Bureaux should be established at Khartoum, Obeïd, Kassala, Berber, Souakin and other large places. Copies of the Convention should be posted in all large towns. A "Service for the Abolition of Slavery," similar to that which Count della Sala commanded, should be established and officered by Europeans, and a couple of steamers should be attached to carry river police. A strict watch should be kept on the Jeddah merchants, who are the worst offenders, especially as regards the number of retainers they have on arriving at and leaving Souakin. No Arab should be allowed into Darfour or Bahr-Gazelle without passport and without some householder's guarantee that he will not purchase slaves. || No good will, however, be effected unless the Egyptian Government is made to realize that in this question of the suppresion of the Slave Trade we are in earnest, and until the employés, from the Governors-General downwards, are made to feel that their interest lies in checking, and not in encouraging slavery and the Slave Trade. The officials can stop the Slave Trade if they wish, and a few severe examples would have a good effect. || The Egyptian force in the Soudan is quite large enough to deal with the slavetraders, and it is to be hoped, that the Egyptian Government will direct its Representatives to take vigorous action against them. || The appointment of British Consuls at Khartoum, Souakin and Massowah, with Consular Agents at other places, would have a great effect. Indeed, it will be a necessity if any new arrangements are made. || The Red Sea question is a difficult one. There will always be a demand for slaves in Arabia, especially at Mecca, and, as long as there is a demand, attempts will be made to supply it. Much may, however, be done to repress, the Trade by strong action on the Afrikan shore; the rest must be left to time and the effect of further pressure on Turkey. || The measures which appear necessary are: the formation of special police forces at Souakin, Massowah, and other places, to be paid by those towns as long as slaves are exported from the coast line over which they have control; and the re-establishment of a Red Sea Service for the suppression of slavery, under English officers. The officer in command should have full power to act on land as

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

well as at sea, and the special police forces at Souakin, &c., should be under his orders. He should, in fact, occupy in the coast provinces the same position that Count della Sala has done in Egypt proper. || The re-establishment of the Red Sea Service will entail considerable expense, the whole of which Egypt could hardly bear. It is, therefore, well worth the consideration of Her Majesty's Government whether the naval force in the Red Sea might not be reduced, and a subsidy given to an Egyptian force on condition that a certain number of English officers and men were employed. There would be no difficulty in obtaining naval officers for the work; but care must be exercised to select men who have tact and a knowledge of Eastern people. || Governors from whose forts slaves are shipped should be summarily dismissed. || With regard to the Arabian side of the Red Sea, it is very necessary that warrants should be issued giving the Captains of Her Majesty's ships the necessary powers to act in Turkish waters and search Turkish vessels. This question, however, and that of obtaining more active co-operation from the Turkish officials, will have to be settled at Constantinople. || Apart from the Slave Trade, it will always be necessary, from political motives, for some of Her Majesty's ships to cruize in the Turkish waters of the Red Sea.

*As to the propriety of giving Criminal Jurisdiction to the International Tribunals.*

The present opportunity may not be inconvenient for examining the grave disadvantages under which the Egyptian Government labours in regard to its jurisdiction in criminal cases where foreigners are concerned. || Since the year 1875 by virtue of an International Agreement, all civil and commercial litigation in such cases has been confided to the jurisdiction of Mixed Tribunals. At the time of the institution of these Courts, it was considered prudent not to extend their jurisdiction to criminal cases until experience had shown, that they could administer civil and commercial justice to the satisfaction of those concerned. Criminal offences, therefore, committed by foreigners, or of which foreigners have been the victims, are still tried by the several foreign Consular Courts. It is obvious, that grave inconveniences must result from such an arrangement. It would not be tolerated in any independent country, and can only be justified on the ground that the Courts of Egypt are too incompetent or corrupt to dispense justice to the subjects of other Powers; but the Egyptian Government maintain, that the existence of the International Courts, and the universal confidence which they inspire, disposes of the only plea on which the maintenance of Consular Courts can be excused. Egypt, they say, has now become the home of a large foreign population. It is the interest of that population, as well as of their Governments, that iniquity should be punished, and the wronged obtain satisfaction. Under existing circumstances, justice must continually miscarry. The Consular authorities, ignorant of the domiciles of many of their clients, and possessing a very limited staff of exe-

cutive officers, are either incapable of laying their hands upon the guilty parties, or hesitate to commence a suit which, after giving rise to expensive proceedings on the spot, may eventually have to be carried to the bars of distant Tribunals of Appeal in their own country, while the injured party himself frequently recoils from a prosecution encumbered by formalities he does not understand, and entailing endless inconveniences and delays. When, as is often the case, a final judgment is delivered in some remote quarter of Europe, the moral effect which is produced by a rapidity of retribution is lost through the delay which has intervened between the offence and the sentence. || The diversity of the laws prevailing in the Consular Courts still further enhances the evil, as unequal and inconsistent punishments are distributed to identical degrees of guilt. Further complications are entailed by disputes as to the nationality of the accused and the difficulty of determining in which Court he should be prosecuted, and avowed criminals sometimes escape in consequence of a doubt as to which one out of the fourteen Courts is entitled to punish them. || There are, moreover, special crimes in regard to which, when committed by foreigners, the Egyptian Government has found peculiar difficulty in obtaining a conviction, such as perjury, the circulation of false money, usury, swindling and gambling. There are others of which the procedure of the Consular Courts do not even permit them to take cognizance. || The present position of Egypt brings the foregoing inconveniences into still stronger relief. In order to give satisfaction to the European communities residing at Cairo and Alexandria, foreigners have been incorporated with the urban police of those two towns; but should one of these individuals commit a misdemeanour it would be impossible to punish him, as he would at once claim the protection of his Consul, a state of affairs which is detrimental to the discipline of the corps in which he serves. The same observation applies to the case of the European servants employed in the public offices. Should they misappropriate funds or engage in criminal transactions, the Government has no hold on them except through the doubtful intervention of a Consular Court. The Egyptian Railway Service, the Customhouse and Quarantine Services are similarly affected—in the case of the Customhouse Service, as I have explained elsewhere, to an exceptionally pernicious degree. || As it is in the interest of all nations and of public morality that the course of criminal justice should be as unimpeded in Egypt as elsewhere, the question arises whether the evils and inconveniences of which the Egyptian Government legitimately complain might not be obviated by the expedient of endowing the Mixed Tribunals with a criminal jurisdiction. As far as I have been able to ascertain, they are perfectly competent to exercise it. The members of these Courts are persons of the highest integrity, of large experience and of acknowledged ability, and if the Civil and Commercial Codes they administer are about to be revised, I would suggest that the Commission charged to undertake this duty should also be required to elaborate a suitable Criminal Code.

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

*The right of Egypt to make Commercial Conventions.*

The question of the right of Egypt to make Commercial Conventions has already been before your Lordship. On the 23rd April, 1881, the Egyptian Minister for Foreign Affairs addressed a note to Her Majesty's Agent and Consul-General, stating that the Government of the Khedive desired to modify its Customs legislation, and to make use of the right conferred by the Firmans to contract a new Commercial Convention with us. Her Majesty's Government consented, and in a despatch dated the 3rd August, 1881, your Lordship informed Sir Edward Malet, that Her Majesty's Government were willing to co-operate with the Egyptian Government in measures for the development of the commercial relations between the British dominions and Egypt. The Powers to whom a similar request was addresed sent satisfactory answers with the exception of France and Spain. The French Government was of opinion, that the Firmans did not confer on Egypt the right of making such a Treaty as was desired, and the Spanish Government referred the question to the Porte. As a consequence the Porte addressed a remonstrance to the Egyptian Government, and denied their right to make Customs Conventions with foreign Powers. The question had, however, been carefully considered by Her Majesty's Government, and your Lordship stated to the French Ambassador in London that, in their opinion, it was within the powers conferred on the Khedive by the Sultan's Firmans to negotiate such Conventions, and that they saw no objection to his doing so. The political occurrences which supervened prevented the negotiations from being carried further. || The Customs Tariff at present in force in Egypt is based upon the Commercial Treaties concluded between the Porte and foreign Powers in 1861 and 1862. These Treaties were made without any regard to the special commercial requirements of Egypt, and it is extremely desirable, from the Egyptian point of view, that they should be subjected to large modifications. || It is natural, on the other hand, that the Porte should do all in its power to avoid any change, because the present Customs laws are greatly in its favour. All goods, native or foreign, coming from Turkey, enter Egypt free of duty. An export duty of 8 per cent is charged upon these goods when they leave Turkish ports, and a certificate is granted to the effect that this duty has been paid. The certificate is called a "raftieh". The arrangement, indeed, is reciprocal; but, as the imports form Turkey to Egypt far exceed those from Egypt to Turkey, the balance is altogether one-sided, and unfairly favours the Imperial Exchequer.

In the year 1881 the estimated value of Turkish produce imported into Egypt was £. E. 1,755,066, and of Egyptian produce exported to Turkey £ E. 404,946, giving an excess of Turkish imports over Egyptian exports of about £ E. 1,350,000. The loss to Egypt was the amount of duty payable on this excess, amounting to £ E. 97,208. || The grievance is especially felt in respect of tobacco. The Ottoman Government reserves to itself the right to regulate the traffic in to-

bacco, and imposes upon its exportation from the Turkish dominions an *ad valorem* duty of 25 per cent. By the Regulations enforced under this claim Turkish tobacco alone is allowed to be imported into Egypt. An octroi duty is also charged on tobacco by the Egyptian Government, and all imports have to be accompanied by a "raftieh," as evidence of the previous payment of the Turkish export duty. The article is therefore so burdened, that smuggling becomes lucrative, and is carried on upon a large scale. In order to mitigate this evil the Egyptian Government reduced its own octroi duty, but, as it could not touch the Turkish export duty, which indeed was immediately raised in proportion, the remedy has proved unavailing. Moreover, it must be remembered, that the evils arising from smuggling are not confined to the pecuniary loss it entails. It produces various ramifications of fraud, and has an injurious effect much more widely spread than can be conceived except from an intimate acquaintance with its *modus operandi*. || The loss to the Egyptian revenue in consequence of its dependence on the Turkish Customs Regulations in the respects referred to amounts probably to nearly 200,000*l*. a-year, a sum equivalent to more than a fourth of the Customs revenues of the country. Nor is an increase of income the only benefit that Egypt would derive from their suppression. Her revenue officers would be relieved from insisting on a number of vexatious formalities, at the same time that they would get rid of the constant litigation to which they are subjected by enforcing them; for here, as in other instances, the Egyptian Government finds itself embarrassed by the Capitulations, which prove at every turn incompatible with the proper administration of her revenue service. They render it impossible, for instance, for her Custom-house officers to establish any effective watch or guard over merchant shipping under foreign flags, and suspicious vessels beating about in the offing cannot be boarded. Rules essential to Custom-house administration cannot be introduced, because the Customs officials are powerless to enforce them as against foreigners or foreign vessels, and the whole Egyptian seaboard has, consequently, become the theatre of the most barefaced depredations on the part of the Levantine smuggling community. If, therefore, the negotiations for the Convention should be renewed, it would be advisable at the same time to relieve the Egyptian Custom-house from these inconveniences. Were this to be done, and were Customs Conventions in harmony with the wants of the country to be concluded on the independent basis which the Firmans undoubtedly sanction, it is calculated that not less than 300,000*l*. a-year might be added to the Egyptian Treasury. I would venture to suggest that efforts should at once be made to enfranchise Egypt from those restrictions which now so cruelly cripple her commercial prosperity.

*Exemption of Foreigners from Taxation.*

In your Lordship's Circular despatch of the 3rd January, on the policy of Her Majesty's Government in Egypt, it is stated that the equal taxation of

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

foreigners and natives is a question in which all the Powers are interested. There is no doubt, that the fact of foreigners in Egypt being exempt from taxation to which its inhabitants are subject is extremely galling to the native mind. The removal of so glaring an injustice would do much towards suppressing the very general feeling that the philanthropy of foreign Government towards the Egyptians becomes paralyzed the moment the pecuniary interests of their own subjects are affected. || The taxes paid by natives from which foreigners are exempt are as follows: — || The professional tax, house tax, stamps and registration tax, weighing tax, carriage tax, market tax, succession duty, oil press tax, assay tax, registration fees, duty on permanent debts, besides certain miscellaneous and special taxes, which yield a very small yearly sum and need not be considered. || The total yield of these taxes at present is about 430,000*l.* out of a total revenue of 8,946,546*l.* || The extension of the above taxes to the foreign traders and residents would not increase to any considerable degree the amount of their yield. It is not, however, a case in which we should consider how much or how little the Egyptian revenue would profit by the change. We should rather bear in mind what is due both to ourselves, our own dignity and honour, and to the natural feeling of the natives. We must remember, that the inequalities complained of are ever present to the Egyptian. They meet him at every turn. He sees numbers of Christians come to his country to profit by the advantages of its soil and climate. He enters into competition with them already seriously handicapped by their superior education and larger capital. He is naturally indignant at finding himself still further overweighted in the exercise of his livelihood by the payment of dues from which his European rivals are exempt. Her Majesty's Government has already declared itself willing, that its subjects should contribute their equitable share to the house tax. It is scarcely to be supposed, that any Power in Europe would decline to enter into a similar arrangement, or refuse their assent to the removal of this and every other cognate grievance.

*Egyptian Agencies in Europe.*

Many of the foregoing grievances would undoubtedly have been remedied had not the Egyptian Government laboured under the disadvantage, in its relations with foreign Powers, of not having any Agents of its own through whom to press its complaints. It is true almost all the European Governments are represented at Cairo by Agents and Consuls-General, and through these personages the Egyptian Administration has an opportunity of communicating with foreign Powers; but it is manifest, that such a partial arrangement cannot be satisfactory. Without supposing that these gentlemen do not fulfil their duties with the utmost fidelity, it is evident that in making their Reports the interests of their own Governments must be their first consideration, and that the Egyptian view of the case is not likely to be brought out in the same relief as would be the case if developed by Egyptian Representatives at the various

Courts, especially when it becomes necessary, as is the case in all negotiations to reinforce written statements by verbal explanations. It is, for instance, hardly possible, that foreigners should up to the present have remained exempt from taxation to which natives are subject, if Egypt had had Agents abroad who could have brought home to foreign statesmen the injustice of the privilege. Agents at the larger Courts might be appointed without any official character, in accordance with the precedent established in the case of the Servian and Roumanian Representatives, when those States formed an integral portion of the Ottoman Empire. The Emissaries thus commissioned would not only be of use in advocating the interests of their Government, but, on returning to Egypt, the experience they had acquired from their contact with foreign statesmen of eminence and education, and from the study of foreign Constitutions, would prove extremely serviceable to their country.

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

*The Suez Canal.*

As proposals relative to the Suez Canal have already been submitted by Her Majesty's Government to the consideration of the European Powers, it is needless for me to trouble your Lordship with any observations on that important question.

*A Retrospect of the Reforms lately Accomplished.*

Although in the preceding pages I have touched upon some of the principal subjects comprised in the idea of Egyptian reorganization, there are others I should have desired to discuss had I not feared trespassing too long upon your Lordship's patience. Perhaps, however, I may be permitted, before concluding this part of my task, to draw attention to the sincere efforts which have been already made by the Egyptian Government during the last three years to improve the administration of the country. This will be best exhibited by a reference to the Report of the Commission of Inquiry instituted in 1878. In the fourth section of that Report dated the 19th August, 1878, the Commission summarizes the reforms most urgently required. The principles there laid down were accepted by the late Khedive on the advice of the Nubar Ministry. They were subsequently adopted by the present Khedive, and they have formed the standard up to which the successive Ministries of Riaz- and Chérif-Pashas, assisted by the late Controllers-General, have been earnestly working. Though the confusion occasioned by the recent irruption of ignorant men into affairs they were incapable of understanding for a time arrested these endeavours, considerable results have been obtained.

The several points specified by the Commission of Inquiry were the following:— || 1. That no tax should be collected except by virtue of a law duly and officially published. || 2. The creation of a legislative body. || 3. That all the staff employed for the collection of revenues should be placed under the immediate orders of the Minister of Finance, and that their work should

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

be supervised by inspectors attached to the Central Administration. || 4. A reform in the system of accounts and the due preparation of Budgets. || 5. The creation of a reserve fund to meet the possible deficit arising from a bad Nile. 6. An arrangement by which, through an account opened by the Government with the bank, current expenses could be met in temporary anticipation of payment of taxes. || 7. The creation of an independent Tribunal, before which could be brought all complaints and Petitions in regard to taxation. || 8. Judicial reforms. || 9. The abolition of vexatious and sterile taxes. The increase of the land-tax on lands at present let at privileged rates. || 10. Revision of the land-tax on a new survey. || 11. Revision of the Customs duties. || 12. Reform in the distribution and regulation of the water supply from the canals. || 13. Regulation of the Public Works system, and abolition of "corvée" for all but works of public utility.

Considerable parts of the foregoing important programme have been already carried out. The taxes are now levied under due authority only. Every peasant knows exactly what he is required to pay; a separate account is kept for him, and the dates at which he is called upon to meet his obligations have been fixed with a special regard to his convenience. The collection of the land revenue is closely followed and controlled by the Minister of Finance. Great progress has been made in perfecting the system of accounts. Budgets are punctually submitted and are strictly observed. The Government has an account current on easy terms with the Imperial Ottoman Bank, which enables it temporarily to meet, if need be, current expenditure instead of forestalling the taxes. Twenty-nine taxes, yielding in all a revenue of 377,308*l.*, have, either in whole or in part, been abolished as vexatious. The land revenue has been increased by 150,000*l.* levied on the "Oochuri" or privileged lands. The survey and land settlement is being pushed on with as much activity as very unfortunate circumstances have permitted. A Circular was sent in 1881 to all the Powers, intimating the intention of the Egyptian Government to revise the present Customs duties. The "corvée" is now, at all events in theory, limited to public works; and although it is a matter to which still remains to be radically dealt with, something has already been done regularize its application. || Many of the other questions, as I have explained in the earlier parts of this despatch, are now on the eve of settlement, such as the formation of native Tribunals and the introduction of representative institutions. || In enumerating the results of efforts which, after all, only represent the work of three years, two of which were disturbed by a military mutiny, I cannot help desiring to pay a deserved tribute of respect to Chérif-Nubar- and Riaz-Pashas, who so patriotically engaged in them, as well as to the high-minded and able Europeans who, whether as Controllers or Administrators, intelligently and sedulously inspired or seconded their efforts.

*The Egyptian Budget.*

*Extraordinary Budgets. — Egyptian Debt.*

*Conclusion.*

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

Having thus given your Lordship a résumé of the steps already taken towards the reorganization of Egypt, and of the further measures in progress or in contemplation, it remains for me to consider how far we can depend upon the continued, steady and frictionless operation of the machinery we shall have set up. A great part of what we are about to inaugurate will be of necessity tentative and experimental. This is especially true as regards the indigenous Courts of Justice and the new political institutions, both of which will have to be worked by persons the majority of whom will be without experience or instruction. Had I been commissioned to place affairs in Egypt on the footing of an Indian subject State, the outlook would have been different. The masterful hand of a Resident would have quickly bent everything to his will, and in the space of five years we should have greatly added to the material wealth and well-being of the country by the extension of its cultivated area and the consequent expansion of its revenue, by the partial, if not the total, abolition of the "corvée" and slavery the establishment of justice and other beneficent reforms. But the Egyptians would have justly considered these advantages as dearly purchased at the expense of their domestic independence. Moreover, Her Majesty's Government and the public opinion of England have pronounced against such an alternative. But though it be our fixed determination, that the new régime shall not surcharge us with the responsibility of permanently administering the country, whether directly or indirectly, it is absolutely necessary to prevent the fabric we have raised from tumbling to the ground the moment our sustaining hand is withdrawn. Such a catastrophe would be the signal for the return of confusion to this country and renewed discord in Europe. At the present moment we are labouring in the interests of the world at large. The desideratum of every one is an Egypt peaceful, prosperous and contented, able to pay its debts, capable of maintaining order along the Canal, and offering no excuse in the troubled condition of its affairs for interference from outside. France, Turkey, every European Power must be as anxious as ourselves for the attainment of these results, nor can they be jealous of the means we take to secure them. || The very fact of our having endowed the country with representative institutions is a proof of our disinterestedness. It is the last thing we should have done had we desired to retain its Government in leading strings; for however irresistible may be the control of a protecting Power when brought to bear upon a feeble autocracy, its imperative character disappears in the presence of a popular Assembly. The behests of "the Agent" are at once confronted by the *non possumus* of "the Minister". But before such a guarantee for Egypt's independence can be said to exist, the administrative system of which it is the leading characteristic must have time to consolidate, in order to resist disintegrating influences from within and without, and to acquire the use and knowledge of its own capacities. If the multiform

Nr. 8088. Grossbritannien. 6. Febr. 1883.

and balanced organization we have contrived is to have a chance of success, it must be allowed to operate *in vacuo*. Above all, the persons who have staked their future on its existence must have some guarantee that it will endure. How can we expect men born under a ruthless despotism to embark on the duties of an Opposition — which is the vital spark of constitutional government—to criticize, condemn and countervail the powers that be, if tomorrow the ark of the Constitution to which they trusted is to break into fragments beneath their feet? Amidst the applause of the liberal world a Parliament was called into existence at Constantinople; a few months later it disappeared, and its champion and fugleman is now languishing in the dungeons of Taïf. Unless they are convinced, that we intend to shield and foster the system we have established, it will be in vain to expect the timid politicians of the East to identify themselves with its existence. But even this will not be enough. We must also provide, that the tasks entrusted to the new political apparatus do not overtax its untried strength. The situation of the country is too critical; the problems immediately pressing on the attention of its rulers are too vital to be tampered with, even in the interests of political philosophy. Various circumstances have combined to render the actual condition of the Egyptian fellah extremely precarious. His relations with his European creditors are becoming dangerously strained. The agriculture of the country is rapidly deteriorating, the soil having become exhausted by overcropping and other causes. The labour of the "corvée" is no longer equal to the cleansing of the canals. As a consequence the desert is encroaching on the cultivated land, and, unless some remedy be quickly found, the finances of the country will be compromised. With such an accumulation of difficulties native statesmanship, even though supplemented by the new-born institutions, will hardly be able to cope, unless assisted for a time by our sympathy and guidance. Under these circumstances, I would venture to submit that we can hardly consider the work of reorganization complete, or the responsibilities imposed upon us by circumstances adequately discharged, until we have seen Egypt shake herself free from the initial embarrassments which I have enumerated. This point of departure once attained, we can bid her God-speed with a clear conscience, and may fairly claim the approbation of Europe for having completed a labour which every one desired to see accomplished, though no one was willing to undertake it but ourselves. Even then the stability of our handiwork will not be assured unless it is clearly understood by all concerned that no subversive influence will intervene between England and the Egypt she has re-created. || I have, &c.

Dufferin.

**Nr. 8089.** **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Hofft, dass die franz. Regierung der Erhebung der Grundsteuer auch von den Fremden zustimmen wird.

Foreign Office, April 20, 1883. Nr. 8089. Grossbritannien. 20. April 1883.

My Lord — I have to request your Excellency to point out to the French Government that recent events in Egypt have subjected the resources of that country to a strain which the most rigid economy on the part of the Government will not enable them entirely to relieve, the preparation of new financial measures is occupying their serious attention, and it may be anticipated that proposals will shortly be submitted to the Powers with a view to making foreign residents in Egypt liable to the payment of those taxes from which they have hitherto been exempt.

Your Excellency is aware, that a Decree was prepared some time ago establishing a tax upon immovable property to be paid alike by foreigners and natives.

M. Barthélémy-St.-Hilaire was so good as to inform Mr. Adams in a note, dated the 26th August, 1881, that the French Representative in Egypt had been authorized at the beginning of that year to inform the Egyptian Government that the house property belonging to French citizens in Egypt should be subjected to the tax in question. The definitive consent of the French Government to the levying of the tax was only reserved until an understanding should be come to as to the securities to be given against any abuse in the assessment of the tax. In a note, dated the 15th October last, Mr. Plunkett expressed, on behalf of Her Majesty's Government, the belief, that they might assume that the French Government entertained no objection to the issue of the Decree respecting the levying of the house tax on foreigners. Her Majesty's Government are informed, that the Egyptian Government attaches great importance to issuing the Decree and collecting the tax without further delay, that it is willing to give securities respecting proper and fair assessment, and that it will establish administrative Regulations which will prevent any undue interference with the immunities enjoyed by foreigners in respect to their dwellings under the Capitulations; Her Majesty's Government trust, therefore, that the French Government will concur in facilitating the measures proposed. || I am, &c.

Granville.

---

**Nr. 8090.** **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. (Challemel-Lacour) an den engl. Botschafter in Paris. — Zustimmung unter Forderung von Garantien.

Paris, le 1er Mai, 1883.

M. l'Ambassadeur, — En me signalant, par une dépêche en date du 21 Avril dernier, la nécessité où se trouve le Gouvernement Égyptien, pour Nr. 8090. Frankreich. 1. Mai 1883.

Nr. 8090. Frankreich. 1. Mai 1883.

augmenter ses ressources, de recourir à de nouvelles mesures financières, votre Excellence a bien voulu me faire part de l'intention où est Son Altesse le Khédive de prélever, notamment, un impôt sur les immeubles urbains appartenant aux étrangers aussi bien qu'aux indigènes. || Le projet d'établissement de cette taxe, ainsi que vous me faisiez l'honneur de me le rappeler, a déjà donné lieu à un échange de correspondances entre votre Ambassade et mon Département. En effet, dans le courant de l'année 1881, Nabaraouz-Bey, envoyé à Paris par le Khédive, a remis à M. Barthélémy-St.-Hilaire un projet de Décret ayant pour conséquence d'abolir les immunités accordés jadis par Méhémet-Ali, en matière de taxe immobilière, aux résidents Européens; mon prédécesseur, en portant à titre officieux ce projet à la connaissance de Mr. Adams, s'est déclaré disposé à seconder les vues du Gouvernement Égyptien, à la condition que certaines garanties fussent assurées à nos nationaux. || L'accord s'est établi facilement, à cet égard, dans les pourparlers qui suivirent entre M. Barthélemy-St.-Hilaire et le Délégué du Khédive. Le système de garanties que nous réclamions consistait dans l'adoption de la procédure suivante: l'évaluation des immeubles à imposer, dans le cas où il s'agirait d'immeubles possédés par un sujet ou un protégé Européen, serait confiée à une Commission dans laquelle des Notables élus par les propriétaires appartenant à la nationalité du contribuable intéressé seraient adjoints aux Commissaires Égyptiens en nombre égal à celui de ces derniers. En cas de partage égal des voix ou en cas de réclamation des intéressés, le débat serait porté devant un Conseil de Révision chargé de statuer définitivement; ce Conseil, présidé par un fonctionnaire à la désignation du Government Égyptien, serait composé de quatre autres membres, dont deux, lorsqu'il s'agirait de propriétés Européennes, seraient des Assesseurs ayant cette qualité en vertu du Règlement d'Organisation Judiciaire et élus pour ces fonctions spéciales par leurs collègues. || Cet arrangement, dont la mise en vigueur eût, sans doute, résolu les difficultés d'une manière satisfaisante pour toutes les parties, avait été accepté en principe par Chérif-Pacha du mois d'Octobre 1881. Si les Ministres du Khédive sont animés des mêmes intentions, il leur appartient de soumettre à notre approbation un nouveau Décret dans lequel seraient stipulées les garanties auxquelles Nabaraouz-Bey s'était empressé de souscrire. Ainsi présentée, la mesure, dont votre Excellence a bien voulu m'entretenir, ne rencontrera aucune objection de la part du Gouvernement de la République.

Challemel-Lacour.

---

## Nr. 8091. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Verfassung Aegyptens (Loi Organique d'Égypte).

Nr. 8091. Aegypten. 1. Mai 1883.

Nous, Khédive d'Égypte, | Décrétons:

Titre Ier.

Article 1er. Il est institué: || 1. Un Conseil Provincial dans chaque Moudirieh; || 2. Un Conseil Législatif; || 3. Une Assemblée Générale; || 4. Un Conseil d'État.

Titre II. — *Des Conseils Provinciaux.*



Art. 2. Le Conseil Provincial peut voter des contributions extraordinaires à établir en vue de dépenses d'utilité publique intéressant la Moudirieh. || Les délibérations du Conseil Provincial, en cette matière, ne sont définitives qu'après avoir reçu la sanction du Gouvernement.

Art. 3. L'avis préalable du Conseil Provincial est nécessaire dans les questions suivantes: — || 1. Changements proposés à la circonscription du territoire de la Moudirieh et des villages; || 2. Direction des voies de communication par terre ou par eaux et travaux d'irrigation. || 3. Établissement, changement, ou suppresion des foires et marchés dans la Moudirieh; || 4. Les objets sur lesquelles il pourra être appelé à donner son avis en vertu des Lois, Décrets, ou Règlements; || 5. Les questions sur lesquelles il est consulté par l'Administration.

Art. 4. Le Conseil Provincial peut donner son avis: — || 1. Sur les travaux de route et de navigation, d'irrigation et de tous autres objets d'utilité publique intéressant la Moudirieh; || 2. Sur les acquisitions, aliénations, échanges, construction et reconstruction des édifices et bâtiments destinés à la Moudirieh, aux Tribunaux, aux prisons, ou à d'autres services spéciaux de la Moudirieh, ainsi que sur les changements de destination de ces édifices.

Art. 5. Le Conseil Provincial peut émettre spontanément des voeux sur les questions intéressant le progrès de l'instruction publique et de l'agriculture, tels que desséchement des marais, amélioration des cultures et écoulement des eaux, &c.

Art. 6. Un Conseil Provincial ne peut se réunir que s'il a été convoqué par le Moudir, en vertu d'un Décret déterminant l'époque et la durée de la réunion. || Les Conseils Provinciaux doivent être réunis au moins une fois par an. || Au jour indiqué pour la réunion du Conseil Provincial le Moudir donnera lecture de l'ordonnance de convocation, recevra des Conseillers nouvellement élus le serment de fidélité à notre personne et d'obéissance aux lois du pays, et déclarera, en notre nom, la Session ouverte. || Le Conseil Provincial est présidé par le Moudir, qui a voix délibérative. || L'Ingénieur-en-chef de la Moudirieh assiste aux séances avec voix délibérative.

Art. 7. Les séances du Conseil Provincial ne sont pas publiques. Il ne peut délibérer que si la moitié plus un au moins des Conseillers sont présents.

Art. 8. Tout acte ou toute délibération d'un Conseil Provincial relatifs à des objets qui ne sont pas légalement compris dans ses attributions, sont nuls et de nul effet. La nullité en sera prononcée par la Commission Spéciale prévue à l'Article 52 de la présente Loi.

Art. 9. Toute délibération prise hors de la réunion légale du Conseil est nulle de plein droit. Le Moudir déclare la réunion illégale, prononce la nullité des actes, et prend toutes les mesures nécessaires pour que l'Assemblée

Nr. 8091. Aegypten. 1. Mai 1883.

se sépare immédiatement. Les membres des Conseils Provinciaux peuvent se pourvoir devant le Ministre de l'Intérieur contre la décision du Moudir.

Art. 10. Il est interdit à tout Conseil Provincial de se mettre en communication avec d'autres Conseils Provinciaux, et de faire ou de publier aucune Proclamation ou adresse.

Art. 11. La dissolution d'un Conseil Provincial ne peut être prononcée que par Décret rendu sur la proposition de notre Conseil des Ministres. Dans ce cas, il est procédé à de nouvelles élections dans le délai de trois mois, à dater du jour de la dissolution.

Art. 12. Les Membres Délégués au Conseil Législatif, dont il va être parlé au Titre IV, sont choisis dans le sein des Conseils Provinciaux.

Titre III. — *Composition des Conseils Provinciaux.*

Art. 13. Le nombre des Conseillers Provinciaux est déterminé ainsi qu'il suit: —

| | | | |
|---|---|---|---|
| Garbieh | 8 | Béni-Souef | 4 |
| Menoufieh | 6 | Fayoum | 3 |
| Dakahlieh | 6 | Minieh | 4 |
| Charkieh | 6 | Siout | 7 |
| Béhéra | 5 | Ghirgheh | 5 |
| Ghizeh | 4 | Keneh | 4 |
| Gallioubieh | 4 | Esneh | 4 |

L'élection des Conseillers Provinciaux se fera dans les formes et conditions prescrites par la Loi Électorale promulguée à la date de ce jour.

Art. 14. Nul ne sera éligible au Conseil Provincial s'il n'a 30 ans révolus, s'il ne sait lire et écrire, s'il ne paie, depuis deux ans au moins, 5,000 piastres par an d'impôt foncier à la Moudirieh, et s'il n'est inscrit sur la liste électorale depuis cinq ans au moins.

Art. 15. Les fonctionnaires et les militaires en activité ne pourront être nommés membres des Conseils Provinciaux.

Art. 16. Nul ne peut être membre de plusieurs Conseils Provinciaux.

Art. 17. Les membres des Conseils Provinciaux sont nommés pour six ans; ils sont renouvelés par moitié tous les trois ans, et sont indéfiniment rééligibles. Les membres sortants sont désigné par tirage au sort.

Titre IV. — *Du Conseil Législatif.*

Art. 18. Aucune Loi, aucun Décret portant Règlement d'Administration Publique, ne sera promulgué sans avoir été préalablement présenté pour avis au Conseil Législatif. || Si le Gouvernement ne s'arrête pas à cet avis, il notifiera au Conseil les motifs de sa décision. L'exposition de ces motifs ne peut donner lieu à aucune discussion.

Art. 19. Le Conseil Législatif pourra provoquer la présentation par le

Gouvernement de Projets de Lois ou Décrets portant Règlement d'Administration Publique.

Art. 20. Tout Égyptien peut nous adresser une Pétition. || Les Pétitions envoyées au Président du Conseil Législatif seront, après examen par ce Conseil, rejetées ou prises en considération. || Les Pétitions prises en considération sont envoyées pour telles suites que de droit au Ministre compétent, qui devra informer le Conseil de la suite donnée.

Art. 21. Toute Pétition ayant pour objet des droits et des intérêts personnels sera rejetée si elle ressort à la compétence des Tribunaux, ou si elle n'a été préalablement adressée à l'autorité administrative compétente.

Art. 22. Le Budget Général des recettes et des dépenses devra être communiqué au Conseil Législatif le 1er Décembre de chaque année. || Les Conseil pourra émettre des avis et des voeux sur chaque chapitre du Budget. Ces avis et ces voeux seront transmis au Ministre des Finances, qui devra, les cas échéant, motiver le rejet des propositions du Conseil. Cette motivation ne peut donner lieu à aucune discussion.

Art. 23. Le service du Tribut, celui de la Dette Publique, et généralement toutes charges ou obligations résultant de la Loi de Liquidation ou de Conventions internationales, ne peuvent être l'objet d'aucune discussion ni d'aucune expression de voeu.

Art. 24. En tous cas le Budget sera rendu exécutoire par Décret, sur la proposition de notre Conseil des Ministres avant le 25 Décembre de chaque année.

Art. 25. Le compte général de l'Administration des Finances, rendu pour l'exercice écoulé, sera présenté chaque année au Conseil Législatif, pour avis ou observations, au moins quatre mois avant la présentation du nouveau Budget.

Art. 26. Le Conseil Législatif se réunit les 1er Février, Avril, Juin, Août, Octobre, et Décembre de chaque année. La première convocation aura lieu par Décret. || Il peut, en outre, être convoqué par nous toutes les fois que les circonstances nécessiteront sa réunion. || Les sessions sont closes dès que le Conseil Législatif a épuisé l'examen des questions qui lui sont soumises. || La dissolution du Conseil Législatif est prononcée par nous. Les Conseils Provinciaux éliront, conformément à l'Article 32, les nouveaux membres Délégués, dans les trois mois qui suivront la dissolution. Les membres permanents conserveront leurs fonctions dans le nouveau Conseil, conformément à l'Article 31.

Art. 27. Les Ministres prennent part aux séances du Conseil Législatif et à toutes les discussions avec voix consultative. Ils peuvent aussi se faire assister ou répresenter dans des questions spéciales par de hauts fonctionnaires de leur Département Ministériel.

Art. 28. Les Ministres fournissent au Conseil Législatif toutes les explications qu'il leur demande dans la limite de ses attributions.

Art. 29. Nul ne peut être admis aux séances du Conseil Législatif en dehors des Ministres et de ceux qui les assistent ou les représentent.

Titre V. — *Composition du Conseil Législatif.*

Nr. 8091. Aegypten. 1. Mai 1883.

Art. 30. Le Conseil Législatif se compose de trente membres, dont un Président et deux Vice-Présidents. || Les Membres du Conseil Législatif sont permanents ou délégués. || Les Membres permanents du Conseil Législatif sont au nombre de quatorze, savoir: || Le Président, l'un des Vice-Présidents et douze Conseillers. || Les membres Délégués sont au nombre de seize, dont un Vice-Président.

Art. 31. Le Président est nommé directement par nous. || Le Vice-Président et les membres permanents sont nommés par nous, sur la proposition de notre Conseil des Ministres. || Les Président, Vice-Présidents et membres permanents reçoivent une indemnité. Ils ne peuvent être révoqués de leurs fonctions que par un Décret rendu sur la proposition de notre Conseil des Ministres, à la suite d'une délibération prise par le Conseil Législatif à la majorité des deux tiers des voix. Si des vacances viennent à se produire par la nomination de membres permanents aux fonctions de Ministre, il sera pourvu à leur remplacement par la nomination des Ministres sortants.

Art. 32. Le mandat des membres délégués a une durée de six années. Les membres Délégués peuvent être indéfiniment réélus. Ils reçoivent une indemnité de déplacement. || Les seize sièges des membres délégués sont ainsi répartis: pour le Caire, 1; pour Alexandrie, Damiette, Rosette, Suez, Port-Saïd, Ismaïlia et El-Arich, 1; et pour chacune des quatorze provinces, un, élu par le Conseil Provincial respectif. || L'élection des membres délégués se fera dans les formes et conditions prescrites par la Loi Électorale promulguée à la date de ce jour. || Le membre délégué qui, au renouvellement triennal de son Conseil Provincial, sortira de ce Conseil, par le tirage au sort, cessera de faire partie du Conseil Législatif. Le Conseil Provincial élira à sa place un autre membre délégué. || Un des Vice-Présidents du Conseil nommés par nous est pris parmi les membres délégués.

Art. 33. Le Président du Conseil Législatif nomme les employés formant le personnel nécessaire pour l'expédition des affaires.

Titre VI. — *De l'Assemblée Générale.*

Art. 34. Nul impôt nouveau, direct foncier, ou personnel, ne peut être établi en Égypte, sans avoir été discuté et voté par l'Assemblée Générale.

Art. 35. L'Assemblée Générale doit être consultée pour avis: || 1. Sur tout emprunt public; || 2. Sur la construction ou la suppression de tout canal et toute ligne de chemin de fer traversant plusieurs Moudiriehs; || 3. Sur la classification générale des terres du pays, au point de vue de l'impôt foncier. || Le Gouvernement devra faire connaître à l'Assemblée les motifs pour lesquels, le cas échéant, il n'aurait pas tenu compte de son avis. L'exposition de ces motifs ne peut donner lieu à aucune discussion.

Art. 36. L'Assemblée Générale émet son avis sur les questions et projets

qui sont soumis à son examen par le Gouvernement. || Elle peut aussi émettre spontanément des avis et des voeux en toutes matières: économiques, administratives ou financières. || Le Gouvernement devra faire connaître à l'Assemblée les motifs pour lesquels, le cas échéant, il n'aurait pas tenu compte de l'avis ou du voeu exprimés. L'exposition de ces motifs ne peut donner lieu à aucune discussion.

Art. 37. Toute délibération prise par l'Assemblée Générale en dehors des conditions de la présente Loi est nulle et de nul effet.

Art. 38. Nul ne sera admis aux séances de l'Assemblée Générale en dehors des membres de l'Assemblée.

Art. 39. L'Assemblée Générale est convoquée par nous une fois au moins tous les deux ans. Il nous appartient également de la proroger et de la dissoudre. || En cas de dissolution, les nouvelles élections devront avoir lieu dans un délai de six mois.

## Titre VII. — *Composition de l'Assemblée Générale.*

Art. 40. L'Assemblée Générale est constituée ainsi qu'il suit: || 1. Les Ministres; || 2. Les Président, Vice-Présidents et Membres du Conseil Législatif; 3. Les Notables délégués.

Art. 41. Les Notables délégués sont au nombre de quarante-six, savoir: —

| | | | |
|---|---|---|---|
| Le Caire | 4 | Charkieh | 3 |
| Alexandrie | 3 | Béhéra | 3 |
| Damiette | 1 | Ghizeh | 2 |
| Rosette | 1 | Galliqubieh | 2 |
| Suez et Port-Saïd | 1 | Béni-Souef | 2 |
| El-Arich et Ismaïlia | 1 | Fayoum | 2 |
| Garbieh | 4 | Minieh | 2 |
| (dont un pour la ville de Tantah). | | Siout | 3 |
| Ménoufieh | 3 | (dont un pour la ville de Siout). | |
| Dakahlieh | 3 | Ghirgheh | 2 |
| (dont un pour la ville de Mansourah). | | Esneh | 2 |
| | | Keneh | 2 |

Art. 42. Le mandat des Notables délégués a une durée de six années. Les Notables délégués peuvent être indéfiniment réélus. Il reçoivent une indemnité de déplacement. || L'élection des Notables délégués se fera dans les formes et conditions prescrites par la Loi Électorale promulguée à la date de ce jour. || Nul ne peut être Notable délégué s'il n'a 30 ans révolus, s'il ne sait lire et écrire, s'il ne paye, dans la ville ou dans la Moudirieh qu'il représente, depuis cinq ans au moins, 2,000 piastres par an d'impôt foncier, immobilier, ou de patente et s'il n'est, depuis cinq ans au moins, inscrit sur la liste électorale.

Art. 43. Le Président de notre Conseil Législatif présidera de droit l'Assemblée Générale.

Nr. 8091. Aegypten. 1. Mai 1883.

Art. 44. Les Secrétaires du Conseil Législatif rédigeront, sous la direction du Président de l'Assemblée, les procès verbaux des séances.

Art. 45. Les Notables délégués devront, dès la première séance et avant d'exercer leurs fonctions, prêter serment de fidélité à notre personne et d'obéissance aux lois du pays.

Titre VIII. — *Du Conseil d'État.*

Art. 46. L'organisation et les attributions du Conseil d'État seront déterminées par un Décret ultérieur.

Titre IX. — *Dispositions transitoires.*

Art. 47. Les Articles 18, 34 et 35 de la présente Loi recevront leur application dès que le Conseil Législatif se sera réuni pour la première fois

Titre X. — *Dispositions générales.*

Art. 48. Les Conseils Provinciaux, le Conseil Législatif et l'Assemblée Générale ne peuvent délibérer valablement que si les deux tiers au moins de leurs membres, non compris ceux en congé régulier, assistent à la délibération. || Hors les cas où la majorité des deux tiers est requise, les délibérations sont prises à la majorité des voix. || En cas de partage, la voix du Président est prépondérante. || Aucun vote ne peut être émis par mandataire.

Art. 49. En cas de vacance d'un siége de membre d'un Conseil Provincial, du Conseil Législatif, ou de l'Assemblée Générale, on procédera, au plus tard dans le délai d'un mois, à une nouvelle élection. Le mandat du nouvel élu ne dure que jusqu'aux prochaines élections générales.

Art. 50. Le Conseil Législatif et l'Assemblée Générale feront respectivement leur règlement intérieur. || Un Décret ultérieur établira le Règlement Intérieur des Conseils Provinciaux.

Art. 51. Aucune Loi, aucun Décret ne sera promulgué, sans avoir été contresigné par le Président du Conseil des Ministres et les Ministres compétents.

Art. 52. Toute question qui pourrait s'élever sur l'interprétation de la présente Loi sera jugée souverainement par une Commission Spéciale composée de deux Ministres, dont l'un sera celui de la Justice et aura la présidence, de deux Membres du Conseil Législatif et de trois Conseillers de la Cour d'Appel du Caire.

Art. 53. Toutes dispositions des Lois, Décrets, Ordres Supérieurs et Règlements contraires au présent Décret sont et demeurent abroges.

Art. 54. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution de la présente Loi, qui sera promulguée en la forme ordinaire et affichée dans les villes et villages de la Haute- et de la Basse-Égypte.

Fait au Palais d'Abdin, le 24 Djemad-el-Akher, 1300 (1er Mai, 1883).

Par le Khédive: (Signé) Méhémet Tewfik.

Unterschriften sämmtlicher Minister.

## Nr. 8092. AEGYPTEN. — Decret, betreffend das Wahlgesetz. (Loi électorale).

Nr. 8092. Aegypten. 2. Mai 1883.

Nous, Khédive d'Égypte, || Vu la Loi Organique promulguée à la date de ce jour, || Décrétons:

Titre Ier. — *Corps Électoral et Élection des Électeurs délégués.*

Article 1er. Sont électeurs tous les Égyptiens, sujets locaux, âgés de 20 ans accomplis, n'étant pas dans un des cas d'incapacité prévus par l'Article 6. || Les militaires en activité de service ne peuvent exercer le droit d'élection.

Art. 2. L'électeur doit exercer son droit en personne et dans le collège électoral de son domicile politique. || Tout individu est censé avoir son domicile politique là où il est domicilié pour l'exercice de ses droits civils. || L'électeur peut toutefois transférer son domicile politique dans un autre collège électoral, pourvu qu'il en fasse déclaration expresse au Moudir du lieu où il a son domicile politique actuel, ainsi qu'au Moudir du lieu où il veut le transférer.

Art. 3. Les électeurs qui sont fonctionnaires publics peuvent exercer leur droit électoral dans le collège où ils remplissent leurs fonctions.

Art. 4. Aucun électeur ne peut exercer son droit électoral plus d'une fois.

Art. 5. Dans les quinze jours qui suivront la promulgation de la présente Loi, la liste électorale sera dressée, par ordre alphabétique, en double exemplaire, par les Cheikhs, dans chaque ville et village de la Basse-et de la Haute-Égypte. || Dans chacun des Toumnes du Caire et des Kismes d'Alexandrie, ainsi que dans chacune des villes de Rosette, Damiette, Port-Saïd, Suez, Ismaïlia et El-Arich, la liste électorale sera dressée par les soins d'un Comité composé, pour les Toumnes du Caire et les Kismes d'Alexandrie, du Mamour de chaque Toumne ou Kisme, qui aura la présidence, du Cheikh-el-Toumne ou Kisme et des Cheikhs-el-Hara, et, pour les autres villes, d'un délégué du Gouverneur, qui aura la présidence, et de quatre propriétaires Notables de la ville, nommés par le Gouverneur. || La liste comprendra tous les électeurs ayant, au moment de sa formation, leur domicile ou habitation dans la circonscription électorale où la liste est dressée.

Art. 6. Ne seront pas inscrits sur les listes électorales: — (*a.*) Les condamnés aux travaux forcés, à la détention, à l'exil, à l'interdiction des droits civiques ou à l'internement dans une localité désignée, ainsi que les condamnés pour vol, escroquerie, abus de confiance ou attentat aux moeurs. || (*b.*) Ceux qui auront été révoqués des fonctions qu'ils remplissaient au service du Gouvernement, à la suite d'une condamnation judiciaire prononcée pour malversation, prévarication, concussion ou attentat au libre exercice des droits politiques des Égyptiens. || (*c.*) Ceux qui sont en état de faillite déclarée et les interdits.

Art 7. La liste électorale sera affichée dans chaque ville ou village et

Nr. 8092. Aegypten. 2. Mai 1883.

à la Moudirieh. || Dans les villes du Caire et d'Alexandrie, l'affichage aura lieu au bureau respectif de chaque Toumne ou Kisme, ainsi qu'à la Préfecture de Police; dans les autres six villes, mentionnées à l'Article 5, au siége du Gouvernorat. || L'affichage aura lieu du 1er au 31 Janvier de chaque année.

Art. 8. Tout Égyptien, qui se croira omis sur la liste, pourra réclamer son inscription, et tout électeur inscrit pourra réclamer l'inscription de tout Égyptien indûment omis ou la radiation de tout individu indûment inscrit. || Ces réclamations pourront être produites dn 1er au 15 Février de chaque année. || Elles seront adressées dans les Moudiriehs, au Moudir; au Caire et à Alexandrie, au Préfet de Police, et, dans les autres six villes mentionnées à l'Article 5, au Gouverneur. || Il sera ouvert, auprès de chacune de ces autorités, un registre, sur lequel les réclamations seront inscrites par ordre de date. || Il sera donné récépissé de chaque réclamation. || L'électeur, dont l'inscription aura été contestée, en sera averti, sans frais, par la Commission mentionnée à l'Article suivant et pourra présenter ses observations.

Art. 9. Les réclamations seront jugées, sans frais, du 15 Février au 15 Mars de chaque année, par une Commission composée, dans les Moudiriehs du Moudir, qui aura la présidence, et de deux membres du Conseil Provincial, élus au scrutin secret; au Caire et à Alexandrie, du Préfet de Police, qui aura la présidence, et de deux Juges du Tribunal de Première Instance de la circonscription; dans les autres six villes, mentionnées à l'Article 5, du Gouverneur, qui aura la présidence, et de deux Notables propriétaires pris parmi les électeurs inscrits. || Les délibérations de ces Commissions, prises à la majorité, seront notifiées aux intéressés, par écrit et à domicile, sans frais, dans les drois jours, par voie administrative. || Tout défaut de décision par une Commission ou tout refus par elle de statuer sur une réclamation dont elle est saisie, équivaut au rejet de cette réclamation. || Les intéressés pourront se pourvoir contre les délibérations des Commissions devant la Cour d'Appel de la circonscription, dans le délai de huit jours à dater de la notification. Ce délai, augmenté de trois jours, courra du 15 Mars, pour le cas de refus de statuer ou de défaut de décision par une Commission. La délibération des Commissions aura toutefois son effet jusqu'à la décision de la Cour d'Appel, qui sera prononcée sans frais, le Ministère Public entendu.

Art. 10. Un exemplaire des listes électorales dûment cacheté par les Cheikhs ou les Comités qui les ont dressées et le procès-verbal constatant l'accomplissement de la formalité de l'affichage, seront, le jour même, transmis au Moudir de la province, au Préfet de Police du Caire ou d'Alexandrie, ou au Gouverneur dans les autres six villes mentionnées à l'Article 5. || Le Moudir, le Préfet de Police, ou le Gouverneur contresignera ces listes qui seront permanentes; il ne pourra y être fait de changement que lors de la révision annuelle dont il est parlé dans les Articles précédents. || Le Moudir, le Préfet de Police, ou le Gouverneur les rectifie conformément aux délibérations de la Commission ou aux décisions de la Cour d'Appel et signe

les rectifications. || L'autre exemplaire des listes restera auprès des Cheikhs ou des Comités et sera rectifié par eux, suivant les rectifications qui leur seront notifiées par le Moudir, le Préfet de Police, ou le Gouverneur.

Art. 11. Au moment de la révision annuelle, les Cheikhs ou les Comités ajoutent aux listes les Égyptiens qu'ils reconnaissent avoir acquis les qualités requises par la Loi. || Ils en retranchent: (1) les individus décédés; (2) ceux qui ont perdu des qualités requises.

Art. 12. Nul ne peut être admis à voter, s'il n'est inscrit sur la liste électorale.

Art. 13. Il sera élu dans chaque Toumne du Caire et Kisme d'Alexandrie, dans chacune des autres six villes mentionnées à l'Article 5 et dans chaque ville et village de la Basse- et de la Haute-Égypte, un électeur délégué dont les attributions sont déterminées ci-après.

Art. 14. L'élection de l'électeur délégué se fera au jour, à l'heure et au lieu fixés par le Décret de convocation des électeurs, sans égard au nombre des votes exprimés et à la majorité relative des voix. || La direction de l'élection appartient à une Commission composée de cinq électeurs sachant lire et écrire, élus par les électeurs présents. Les membres de cette Commission nomment leur Président. || Les formes et les conditions dans lesquelles il doit être procédé aux élections seront, pour chaque élection, déterminées par ordre de notre Ministre de l'Intérieur; mais l'on devra suivre par analogie les règles contenues au titre suivant. || Le Ministre de l'Intérieur peut toujours se faire représenter dans la Commission par un délégué ayant voix délibérative. Il prendra les mesures nécessaires pour veiller à la liberté du suffrage et à la régularité des opérations électorales.

Art. 15. Les Moudirs, Préfets de Police et Gouverneurs devront constater la légalité de l'acte de l'élection des électeurs délégués dans leurs circonscription. || S'ils trouvent nécessaire une nouvelle élection, ils devront l'ordonner immédiatement, avec indication des motifs de nullité de la première élection.

Art. 16. Dès que le Décret ou l'Arrêté Ministériel prévus par l'Article suivant sera publié, les Moudirs, Préfets de Police et Gouverneurs délivreront aux électeurs délégués des cartes de légitimation qui devront contenir le nom et le domicile de l'électeur délégué, le lieu, le jour et l'heure de l'élection des Conseillers Provinciaux. Ces cartes donneront droit d'entrée dans le local où doit avoir lieu l'élection des Conseillers Provinciaux et tiendront lieu d'invitation.

Titre II. — *Élection des Conseillers Provinciaux.*

Art. 17. Les Conseillers Provinciaux sont élus par les électeurs délégués, convoqués à cet effet à la Moudirieh, au moins huit jours avant les élections. || La convocation aura lieu par Décret, pour les élections générales, et par

Nr. 8092. Aegypten. 2. Mai 1883.

Arrêté du Ministre de l'Intérieur, pour les élections complémentaires. || Les fonctions des Conseillers Provinciaux sont gratuites.

Art. 18. Les électeurs ne peuvent s'occuper d'autres objets que de l'élection des Conseillers Provinciaux. Toute discussion, toute délibération leur sont interdites. || Les électeurs seuls assistent à l'Assemblée. Ils ne peuvent pas s'y présenter en armes.

Art. 19. La direction de l'élection dans chaque Moudirieh appartient à une Commission Électorale, à la composition de laquelle on procédera en présence du Moudir. || Cette Commission sera composée de cinq membres, dont trois élus par les électeurs présents, parmi les électeurs sachant lire et écrire, un Juge du Tribunal de Première Instance de la circonscription et un délégué du Ministre de l'Intérieur. Ce Ministre prendra les mesures nécessaires pour veiller à la liberté du suffrage et à la régularité de l'opération électorale.

Art. 20. Le jour de l'élection, à l'heure et au lieu fixés, quel que soit le nombre des électeurs présents, on commencera l'opération électorale par la composition de la Commission, conformément à l'Article précédent. || Cette Commission nommera dans son sein son Président et son Secrétaire. || Le Secrétaire aura à rédiger le procès-verbal des opérations, dont il donnera lecture à la fin de la séance.

Art. 21. Le Président de la Commission rappellera aux électeurs réunis les dispositions des Articles 14 et 15 de la Loi Organique, concernant les qualités requises pour l'éligibilité, leur expliquera le procédé à suivre dans l'opération électorale et les engagera à donner leurs votes en bonne conscience et dans le seul but du bien public.

Art. 22. Le Président de la Commission Électorale a la police de l'Assemblée. || Si la règle établie par l'Article 18 de la présente Loi n'est pas scrupuleusement observée, le Président doit user du rappel à l'ordre. Si, malgré ses efforts, il ne peut se faire obéir, il doit lever la séance, pour la remettre à une autre heure. || Il pourra enfin, s'il ne lui restait aucun moyen de faire respecter la Loi, requérir la force armée par l'intermédiaire du Moudir, qui aura toujours le droit de surveiller les réunions électorales et au besoin d'intervenir pour le maintien de l'ordre public.

Art. 23. Le Président doit constater, au commencement de l'opération, l'heure à laquelle la votation est ouverte. || Il constate également l'heure à laquelle il déclare la votation close.

Art 24. Trois membres de la Commission au moins doivent être présents pendant tout le cours des opérations. || Le Secrétaire compte au nombre des trois membres dont la présence simultanée est requise pendant toute la durée de la votation. || Si la Commission, pendant le cours des opérations, ne se trouve plus composée de trois membres, le Président doit la compléter, en prenant, parmi les électeurs présents, le nombre de membres nécessaire. || En cas d'absence, le Président est remplacé par le membre qu'il désignera. || Le

Président désignera aussi le membre ou l'électeur qui aura à remplacer le Secrétaire absent momentanément.

Art. 25. La Commission juge en dernier ressort, sauf la disposition contenue dans l'Article 44 de la présente Loi, toutes les difficultés qui s'élèvent sur les opérations de l'Assemblée. || Les décisions sont motivées. || La délibération de la Commission est secrète; la décision est prononcée à haute voix par le Président.

Art. 26. Les décisions sont prises à la majorité. En cas de partage, dont il sera fait mention au procès-verbal, la voix du Président est prépondérante.

Art. 27. Toutes réclamations et décisions sont insérées au procès-verbal. Toutefois, le défaut de mention au procès-verbal des difficultés survenues et des décisions prises ne peut motiver l'annulation des opérations électorales.

Art. 28. La votation reste ouverte depuis une heure après le lever du soleil jusqu'à une heure avant le coucher du soleil et se fera par scrutin secret.

Art. 29. Les membres de la Commission votent les premiers. || Ensuite un membre de la Commission fait l'appel des électeurs délégués dans l'ordre où ils sont inscrits sur la liste générale, et chaque électeur délégué donne son vote à l'appel de son nom. || Il sera fait un réappel des électeurs qui n'ont pas répondu au premier appel. || Les électeurs qui n'ont répondu ni à l'appel ni au réappel doivent être admis à voter jusqu'à l'heure fixée pour la clôture de la votation.

Art. 30. Chaque électeur appelé présentera à la Commission sa carte de légitimation. || Il aura autant de voix qu'il y a de Conseillers Provinciaux à élire, et pourra en disposer en faveur d'un seul ou de plusieurs candidats. || L'électeur qui aurait perdu sa carte de légitimation peut être admis à voter après que son identité aura été constatée par la Commission.

Art. 31. Les électeurs qui ne savent pas écrire pourront exprimer leur vote de vive voix. Dans ce cas, le vote de chaque électeur est enregistré sur une liste en marge de son nom. || L'enregistrement est fait par le Secrétaire de la Commission, sous le contrôle d'un membre de cette Commission choisi par l'électeur. || Celui-ci pourra exprimer son vote de manière à ce qu'il ne soit entendu que du Secrétaire et du membre qu'il aura désigné.

Art. 32. Les votes donnés conditionnellement sont nuls. || La Commission délibère immédiatement et en dernier ressort sur la validité ou l'invalidité des votes, sauf la disposition contenue dans l'Article 44 de la présente Loi.

Art. 33. La votation ne durera qu'un jour. Toutefois, si des circonstances imprévues en ont empêché le commencement, la continuation ou la clôture, elle peut être prorogée au jour suivant. Cette prorogation doit être notifiée aux électeurs dans le mode qui sera établi par la Commission.

Art. 34. Dès que tous les électeurs présents auront donné leur vote, le Président de la Commission déclare la votation close. || Les membres de la Commission et le Moudir signent la liste de votation. || Ces opérations ache-

Nr. 8092. Aegypten. 2. Mai 1883.

vées, le nombre des votants sera vérifié et notifié immédiatement à l'Assemblée par le Président de la Commission. || On procédera ensuite au dépouillement des votes.

Art. 35. La nomination des Conseillers se fera à la majorité relative des voix. || Si deux candidats obtiennent le même nombre de suffrages, la majorité est acquise à celui qui sera désigné par le sort. Le tirage au sort sera fait par le Président de la Commission.

Art. 36. Le Président de la Commission proclamera les noms des Conseillers élus. || Tous les membres signeront, séance tenante, le procès-verbal de l'élection, qui sera transmis directement avec tous les actes électoraux au Ministre de l'Intérieur, dans la huitaine. || Il restera un double, certifié conforme par les membres de la Commission, auprès du Moudir de la province.

Art. 37. Le Ministre de l'Intérieur adressera sans délai, à chacun des Conseillers élus, un certificat d'élection.

Titre III. — *Élection des Membres délégués au Conseil Législatif.*

Art. 38. Les électeurs délégués des Toumnes du Caire éliront le membre délégué au Conseil Législatif pour la ville du Caire, et ceux des Kismes d'Alexandrie et des autres six villes mentionnées à l'Article 5, éliront le membre délégué au dit Conseil pour ces sept villes. || Les élections se feront, à la majorité relative des voix, pour le Caire, à la Préfecture de Police de cette ville, et, pour les autres villes, à la Préfecture de Police d'Alexandrie.

Art. 39. Les quatorze Conseils Provinciaux éliront chacun au scrutin secret, à la majorité relative des voix, dans leur sein, un membre délégué au Conseil Législatif.

Titre IV. — *Élection des Notables délégués à l'Assemblée Générale.*

Art. 40. Les électeurs délégués des Toumnes du Caire et des Kismes d'Alexandrie et ceux des autres six villes, mentionnées à l'Article 5, éliront, à la majorité relative des voix, les onze Notables délégués à l'Assemblée Générale, au nombre fixée par la Loi Organique pour chacune des ces villes. || Pour le Caire et Alexandrie les élections se feront à la Préfecture de Police, pour Rosette et Damiette au Gouvernorat, pour Suez et Port-Saïd au Gouvernorat de Suez, et pour Ismaïlia et El-Arich au Gouvernorat d'Ismaïlia.

Art. 41. Les électeurs délégués des quatorze Moudiriehs éliront, à la majorité relative des voix, dans les formes et conditions prescrites par la présente Loi pour les élections aux Conseils Provinciaux, les trente-cinq Notables délégués à l'Assemblée Générale, au nombre fixé par la Loi Organique pour chacune des Moudiriehs.

Titre V. — *Dispositions transitoires.*

Art. 42. Pour les premières élections, les dispositions des Articles 7, 8 et 9 de la présente Loi sont modifiés, comme il suit: — || (*a.*) La liste élec-

torale sera affichée durant la quinzaine qui suivra les quinze jours fixés par l'Article 5 pour la formation des listes. || (*b.*) Les réclamations pourront être produites dans la huitaine qui suivra les quinze jours fixés pour l'affichage des listes. || (*c.*) Ces réclamations seront jugées dans la huitaine qui suivra les huit jours fixés pour leur présentation. || (*d.*) La Commission instituée à l'Article 9 sera composée, pour les premières élections des électeurs délégués, du Moudir, du Préfet de Police, ou du Gouverneur, qui aura la présidence, et de deux Juges du Tribunal de Première Instance de la circonscription. || (*e.*) Le délai augmenté de trois jours, prévu par l'Article 9 pour se pourvoir en appel, dans le cas de refus de statuer ou de défaut de décision par la Commission, courra du jour qui suivra la huitaine dans laquelle les réclamations devront être jugées.

Art. 43. La durée de l'inscription sur les listes électorales prévue par les Articles 14 et 42 de la Loi Organique n'est requise ni pour les deux premières élections générales et les élections complémentaires des Conseillers Provinciaux, ni pour les premières élections générales et les élections complémentaires des Notables délégués.

Titre VI. — *Dispositions générales.*

Art 44. Toute réclamation contre la validité des élections devra être présentée, dans les huit jours, au Président du corps représentatif qu'elles concernent; le Président, après en avoir donné connaissance à ce corps, la remettra, dans les huit jours suivants, au Président de la Cour ou du Tribunal dont il va être parlé. || Les réclamations contre la validité de l'élection d'un Membre du Conseil Législatif ou de l'Assemblée Générale seront jugées souverainement, sans frais, par la Cour d'Appel du Caire, le Ministère public entendu. || Les réclamations contre la validité de l'élection d'un Conseiller Provincial seront jugées souverainement, sans frais, par le Tribunal de Première Instance, dans la circonscription duquel se trouve le Conseil Provincial, le Ministère Public entendu.

Art. 45. Toutes dispositions des Lois, Décrets, Ordres Supérieurs, et Règlements contraires à la présente Loi, sont et demeurent abrogées.

Art. 46. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution de la présente Loi qui sera promulguée en la forme ordinaire et affichée dans les villes et villages de toute l'Égypte.

Fait au Palais d'Abdin, le 24 Djemad-el-Akher, 1300 (1er Mai, 1833).

Méhémet-Tewfik.

Par le Khédive:

Le Président du Conseil des Ministres,

Chérif.

Le Ministre de l'Intérieur,

Ismaïl Eyoub.

## Nr. 8093. GROSSBRITANNIEN. — Dufferin an den engl. Min. des Ausw. — Das Gerücht, dass der Khedive der Urheber der Metzeleien vom 11. Juni 1882 gewesen, ist grundlos.

London, June 11, 1883.

Nr. 8093. Grossbritannien. 11. Juni 1883.

My Lord, — As it has been suggested in Parliament, that the Khedive of Egypt was the author of the massacres at Alexandria on the 11th June last year, and as it has been publicly stated that I hurried the trial of Arabi to a premature conclusion, lest, were it to have been prolonged, revelations might have been made injurious to the character of His Highness, I beg to say, that such a supposition is quite erroneous. It is perfectly true, that during the course of some preliminary conversations I had with Mr. Broadley, in regard to disputed points of procedure between himself and the Egyptian Public Prosecutor, that gentleman occasionally hinted, in ominous but vague language, that, in the interests of his clients, he would be compelled to make very damnatory disclosures in regard to a number of eminent Egyptian personages. To these observations, which were more than once repeated, I invariably replied, as I am sure Mr. Broadley will himself testify, that such a result would be a matter of indifference both to myself and to Her Majesty's Government, who could have no possible desire to shield any one to whom such a dreadful crime as murder could be brought home. Nor did I ever utter a word to discourage Mr. Broadley from executing his intentions. It is true I did not regard these minatory suggestions as serious, at all events so far as the Khedive was concerned; but even had I attached more importance to them I should not have held different language. || It was during the course of one of these conversations that Mr. Broadley said to me, that in strict justice it was Lutfi-Pasha and not Arabi who ought to be in the dock, and that he could mention facts to support this assertion. The circumstances he referred to did not, however, appear to me to make out a case against Lutfi which could be seriously sustained, and if, as Mr. Eve has asserted in his letter to the "Times" of to-day, I replied during the course of what was expressly a "privileged," and therefore unguarded, conversation, that "it was not my business to prosecute the Minister of War," I can only congratulate myself upon having made so sensible a reply. || The circumstances under which the trial of Arabi-Pasha was concluded I have already related to jour Lordship in my previous despatches, and especially in that of the 5th instant. The narrative speaks for itself, and disposes of the theory that I did anything to hush up the proceedings. || Only one other person, and that an English gentleman, in some degree professionally connected with the Arabi interest, ever submitted to me the suggestion, that the Alexandria massacres could be traced to the agency of His Highness the Khedive; but the assertion was not substantiated by any tangible fact or circumstance which could bring conviction to a reasonable mind, especially when account was taken of the avowed sen-

timents of my interlocutor. Nor during the whole of my stay in Egypt was a tittle of evidence brought to my notice which would in the faintest degree have authorized so strange an allegation. After the conversation in question, however, I thought it worth while to sound a number of trustworthy and unprejudiced persons, both European and native, on the point, and I especially discussed the matter with Sir Charles Wilson. As I think I have already stated, Sir Charles Wilson's sympathies were absolutely impartial. In fact, he was considered by the Egyptian Government to have taken a far too indulgent view of the Arabi movement. Sir Charles Wilson ridiculed the idea of the Khedive's complicity in the massacres, as I am bound to say did every other person to whom I mentioned the subject. || Under the foregoing circumstances, I have never been able to come to any other conclusion than that the accusation in question was one of those thousand baseless calumnies which teem from the Egyptian soil, for whose origin there is no accounting, and which, being unsupported by any substantial or tangible evidence, are the more difficult to refute. || I have, &c.

Dufferin.

P. S. — With regard to Mr. Eve's statement as to the witnesses to whom a safe-conduct was to be given, I have no recollection of the circumstance to which he refers. Had Mr. Broadley required a safe-conduct for any of his witnesses, he would have made me an official demand in writing to that effect, and, as a matter of course, I should have requested the Egyptian Government to comply with his desire.

# Tonkin.

## Nr. 8094. FRANKREICH und ANAM. — Traité politique conclu entre la France et l'Annam le 15 Mars 1874.*)

Nr. 8094. Frankreich und Anam. 15. März 1874.

Art. 1. Il y aura paix, amitié et alliance perpétuelles entre la France et le Royaume d'Annam.

Art. 2. Son Exc. le Président de la République française, reconnaissant la souveraineté du Roi de l'Annam et son entière indépendance vis-à-vis de toute puissance étrangère, quelle qu'elle soit, lui promet aide et assistance et s'engage à lui donner sur sa demande, et gratuitement, l'appui nécessaire pour maintenir dans ses États l'ordre et la tranquillité, pour le défendre contre toute attaque, et pour détruire la piraterie qui désole une partie des côtes du Royaume.

Art. 3. En reconnaissance de cette protection, Sa Majesté le Roi de l'Annam s'engage à conformer sa politique extérieure à celle de la France et à ne rien changer à ses relations diplomatiques actuelles. || Cet engagement politique ne s'étend pas aux traités de commerce. Mais, dans aucun cas, Sa Majesté le Roi de l'Annam ne pourra faire avec une nation, quelle qu'elle soit, de traité de commerce en désaccord avec celui conclu entre la France et le Royaume d'Annam, et sans en avoir préalablement informé le Gouvernement Français.

Art. 4. Son Exc. le Président de la République Française s'engage à faire à Sa Majesté le Roi de l'Annam don gratuit: || 1° De 5 bâtiments à vapeur d'une force réunie de 500 chevaux, en parfait état, ainsi que leurs chaudières et machines, armés et équipés, conformément aux prescriptions du règlement d'armement: || 2° De 100 canons de 7 à 16 centimètres de diamètre approvisionnés à 200 coups par pièce; || 3° De 1,000 fusils à tabatière et de 500,000 cartouches.

Ces bâtiments et armes seront rendus en Cochinchine et livrés dans le délai maximum d'un an à partir de la date de l'échange des ratifications. ||

---

*) Die Auswechselung der Ratificationen hat am 26. August zu Hué stattgefunden.

Son Exc. le Président de la République Française promet, en outre, de mettre à la disposition du Roi des instructeurs militaires et marins en nombre suffisant pour reconstituer son armée et sa flotte; des ingénieurs et chefs d'ateliers capables de diriger les travaux qu'il plaira à Sa Majesté de faire entreprendre; des hommes experts en matière de finances pour organiser le service des impôts et des douanes dans le Royaume; des professeurs pour fonder un collège à Hué. Il promet, en outre, de fournir au Roi les bâtiments de guerre, les armes et les munitions que Sa Majesté jugera nécessaires à son service. || La rémunération équitable des services ainsi rendus sera fixée d'un commun accord entre les Hautes Parties contractantes.

Art. 5. Sa Majesté le Roi de l'Annam reconnaît la pleine et entière souveraineté de la France sur tout le territoire actuellement occupé par elle et compris entre les frontières suivantes: || A l'est, la mer de Chine et le Royaume d'Annam (province de Binh-Thuan); || A l'ouest, le golfe de Siam; || Au sud, la mer de Chine; || Au nord, le Royaume du Cambodge et le Royaume d'Annam (province de Binh-Thuan).

Les onze tombeaux de la famille Pham situés sur le territoire des villages de Tannien-Dong et de Tanquan-Dong (province de Saïgon) et les trois tombes de la famille Hô situées sur les territoires des villages de Linh-Chun-Tay et de Tan-May (province de Bien-Hoa) ne pourront être ouverts, creusés, violés ni détruits. || Il sera assigné un lot de terrain de 100 maos d'étendue aux tombes de la famille Pham et un lot d'égale étendue à celles de la famille Hô. Les revenus de ces terres seront consacrés à l'entretien des tombes et à la subsistance des familles chargées de leur conservation. Les terres seront exemptes d'impôts et les hommes de ces familles seront également exempts des imports personnels, du service militaire et des corvées.

Art. 6. Il est fait remise au Roi par la France de tout ce qui lui reste dû de l'ancienne indemnité de guerre.

Art. 7. Sa Majesté s'engage formellement à rembourser, par l'entremise du Gouvernement Français, le restant de l'indemnité due à l'Espagne, s'élevant à 1,000,000 de dollars (à 0,72 de taël le dollar), et à affecter à ce remboursement la moitié du revenu net des douanes des ports ouverts au commerce européen et américain, quel qu'en soit d'ailleurs le produit. Le montant en sera versé chaque année au trésor public de Saïgon, chargé d'en faire la remise au Gouvernement espagnol, d'en tirer reçu et de transmettre ce reçu au Gouvernement annamite.

Art. 8. Son Exc. le Président de la République française et Sa Majesté le Roi accordent une amnistie générale, pleine et entière, avec levée de tous séquestres mis sur les biens, à ceux de leurs sujets respectifs qui, jusqu'à la conclusion du traité et auparavant, se sont compromis pour le service de l'autre Partie contractante.

Art. 9. Sa Majesté le Roi de l'Annam, reconnaissant que la religion catholique enseigne aux hommes à faire le bien, révoque et annule toutes les

Nr. 8094. Frankreich und Anam. 15. März 1874.

prohibitions portées contre cette religion et accorde à tous ses sujets la permission de l'embrasser et de la pratiquer librement. || En conséquence, les chrétiens du royaume d'Annam pourront se réunir dans les églises en nombre illimité pour les exercices de leur culte. Ils ne seront plus obligés sous aucun prétexte à des actes contraires à leur religion, ni soumis à des recensements particuliers. Ils seront admis à tous les concours et aux emplois publics sans être tenus pour cela à aucun acte prohibé par la religion. || Sa Majesté s'engage à faire détruire les registres de dénombrement des chrétiens, faits depuis quinze ans, et à les traiter, quant aux recensements et impôts, exactement comme tous ses autres sujets. Elle s'engage, en outre, à renouveler la défense, si sagement portée par elle, d'employer dans le langage ou dans les écrits des termes injurieux pour la religion et à faire corriger les articles du Thâp-Dien dans lesquels de semblables termes sont employés. || Les évêques et missionnaires pourront librement entrer dans le royaume et circuler dans leurs diocèses avec un passeport du Gouverneur de la Cochinchine, visé par le Ministre des Rites ou par le Gouverneur de la province. Ils pourront prêcher en tous lieux la doctrine catholique. Ils ne seront soumis à aucune surveillance particulière, et les villages ne seront plus tenus de déclarer aux mandarins ni leur arrivée, ni leur présence, ni leur départ. || Les prêtres annamites exerceront librement, comme les missionnaires, leur ministère. Si leur conduite est répréhensible et si, aux termes de la loi, la faute par eux commise est passible de la peine du bâton ou du rotin, cette peine sera commuée en une punition équivalente. || Les évêques, les missionnaires et les prêtres annamites auront le droit d'acheter et de louer des terres et des maisons, de bâtir des églises, hôpitaux, écoles, orphelinats et tous autres édifices destinés au service de leur culte. || Les biens enlevés aux chrétiens pour fait de religion, qui se trouvent encore sous séquestre, leur seront restitués. || Toutes les dispositions précédentes, sans exception, s'appliquent aux missionnaires espagnols aussi bien qu'aux français. || Un édit royal, publié aussitôt après l'échange des ratifications, proclamera dans toutes les communes la liberté accordée par Sa Majesté aux chrétiens de son Royaume.

Art. 10. Le Gouvernement annamite aura la faculté d'ouvrir à Saïgon un collège placé sous la surveillance du directeur de l'Intérieur et dans lequel rien de contraire à la morale et à l'exercice de l'autorité française ne pourra être enseigné. Le culte y sera entièrement libre. || En cas de contravention, le professur qui aura enfreint ces prescriptions sera renvoyé dans son pays, et même, si la gravité du cas l'exige, le collège pourra être fermé.

Art. 11. Le Gouvernement annamite s'engage à ouvrir au commerce les ports de Thin-Naï, dans la province de Binh-Dinh, de Ninh-Haï, dans la province de Haï-Dzuong, la ville de Hanoï et le passage par le fleuve du Nhi-Hâ, depuis la mer jusqu'au Yunnan. || Une convention additionnelle au traité, ayant même force que lui, fixera les conditions auxquelles ce commerce pourra être exercé. || Le port de Ninh-Haï, celui de Hanoï et le transit par

le fleuve seront ouverts aussitôt après l'échange des ratifications et même plus tôt, si faire se peut; celui de Thin-Naï un an après. || D'autres ports ou rivières pourront être ultérieurement ouverts au commerce, si le nombre et l'importance des relations établies montrent l'utilité de cette mesure.

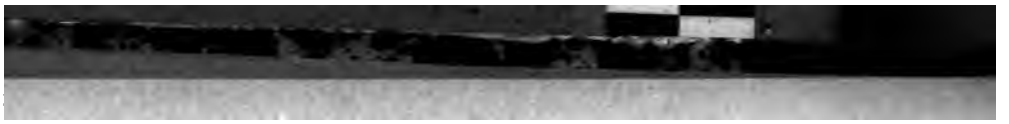
Art. 12. Les sujets français ou annamites de la France et les étrangers en général pourront, en respectant les lois du pays, s'établir, posséder et se livrer librement à toutes opérations commerciales et industrielles dans les villes ci-dessus désignées. Le Gouvernement de Sa Majesté mettra à leur disposition les terrains nécessaires à leur établissement. || Ils pourront de même naviguer et commercer entre la mer et la province du Yunnan par la voie du Nhi-Hâ, moyennant l'acquittement des droits fixés et à la condition de s'interdire tout trafic sur les rives du fleuve entre la mer et Hanoï et entre Hanoï et la frontière de Chine. || Ils pourront librement choisir et engager à leur service des compradors, interprètes, écrivains, ouvriers, bateliers et domestiques.

Art. 13. La France nommera, dans chacun des ports ouverts au commerce, un Consul ou Agent assisté d'une force suffisante, dont le chiffre ne devra pas dépasser le nombre de cent hommes, pour assurer sa sécurité et faire respecter son autorité, pour faire la police des étrangers, jusqu'à ce que toute crainte à ce sujet soit dissipée par l'établissement des bons rapports que ne peut manquer de faire naître la loyale exécution du traité.

Art. 14. Les sujets du Roi pourront, de leur côté, librement voyager, résider, posséder et commercer en France et dans les colonies françaises en se conformant aux lois. Pour assurer leur protection, Sa Majesté aura la faculté de faire résider des agents dans les ports ou villes dont elle fera choix.

Art. 15. Lorsque des sujets français, européens ou cochinchinois ou d'autres étrangers désireront s'établir dans un des lieux ci-dessus spécifiés, ils devront se faire inscrire chez le Résident français, qui en avisera l'autorité locale. || Les sujets annamites voulant s'établir en territoire français seront soumis aux mêmes dispositions. || Les Français ou Étrangers, qui voudront voyager dans l'intérieur du pays, ne pourront le faire que s'ils sont munis d'un passeport délivré par un Agent français et avec le consentement et le visa des autorités annamites. Tout commerce leur sera interdit, sous peine de confiscation de leurs marchandises. || Cette faculté de voyager pouvant présenter des dangers dans l'état actuel du pays, les Étrangers n'en jouiront qu'après que le Gouvernement annamite, d'accord avec le Représentant de la France à Hué, jugera le pays suffisamment calmé. || Si des voyageurs français doivent parcourir le pays en qualité de savants, déclaration en sera également faite; ils jouiront à ce titre de la protection du Gouvernement, qui leur délivrera les passeports nécessaires, les aidera dans l'accomplissement de leur mission et facilitera leurs études.

Art. 16. Toutes contestations entre Français, ou entre Français et Étrangers, seront jugées par le Résident français. || Lorsque des sujets français ou étrangers auront quelque contestation avec des Annamites ou quelque plainte





Nr. 8094. Frankreich und Anam. 15. März 1874.

ou réclamation à formuler, ils devront d'abord exposer l'affaire au Résident, qui s'efforcera de l'arranger à l'amiable. || Si l'arrangement est impossible, le Résident requerra l'assistance d'un juge annamite commissionné à cet effet, et tous deux, après avoir examiné l'affaire conjointement, statueront d'après les règles de l'équité. || Il en sera de même en cas de contestation d'un Annamite avec un Français ou un Étranger: le premier s'adressera au Magistrat, qui, s'il ne peut concilier les parties, requerra l'assistance du Résident français, et jugera avec lui. || Mais toutes les contestations entre Français ou entre Français et Étrangers seront jugées par le Résident français seul.

Art. 17. Les crimes et délits commis par des Français ou des Étrangers sur le territoire de l'Annam seront connus et jugés à Saïgon par les tribunaux compétents. Sur la réquisition du Résident français, les autorités locales feront tous leurs efforts pour arrêter le ou les coupables et les lui livrer. || Si un crime ou délit est commis sur le territoire français par un sujet de Sa Majesté, le Consul ou Agent de Sa Majesté devra être officiellement informé des poursuites dirigées contre l'accusé et mis en mesure de s'assurer que toutes les formes légales sont bien observées.

Art. 18. Si quelque malfaiteur, coupable de désordres ou brigandages sur le territoire français se réfugie sur le territoire annamite, l'autorité locale s'efforcera, dès qu'il lui en aura été donné avis, de s'emparer du fugitif et de le rendre aux autorités françaises. || Il en sera de même si des voleurs, pirates ou criminels quelconques, sujets du Roi, se réfugient sur le territoire français; ils devront être poursuivis aussitôt qu'avis en sera donné et, si faire se peut, arrêtés et livrés aux autorités de leur pays.

Art. 19. En cas de décès d'un sujet français ou étranger sur le territoire annamite, ou d'un sujet annamite sur le territoire français, les biens du décédé seront remis à ses héritiers; en leur absence ou à leur défaut, au Résident, qui sera chargé de les faire parvenir aux ayants droit.

Art. 20. Pour assurer et faciliter l'exécution des clauses et stipulations du présent traité, un an après sa signature, Son Exc. le Président de la République Française nommera un Résident ayant le rang de Ministre auprès de Sa Majesté le Roi de l'Annam. Le Résident sera chargé de maintenir les relations amicales entre les Hautes Parties contractantes et de veiller à la consciencieuse exécution des articles du traité. || Le rang de cet Envoyé, les honneurs et prérogatives auxquels il aura droit, seront ultérieurement réglés d'un commun accord et sur le pied d'une parfaite réciprocité entre les Hautes Parties contractantes. || Sa Majesté le Roi de l'Annam aura la faculté de nommer des Résidents à Paris et à Saïgon.

Les dépenses de toute espèce, occasionnées par le séjour de ces Résidents auprès du Gouvernement allié seront supportées par le Gouvernement de chacun d'eux.

Art. 21. Ce traité remplace le traité de 1862, et le Gouvernement français se charge d'obtenir l'assentiment du Gouvernement espagnol. Dans

le cas où l'Espagne n'accepterait pas ces modifications au traité de 1862, le présent traité n'aurait d'effet qu'entre la France et l'Annam, et les anciennes stipulations concernant l'Espagne continueraient à être exécutoires. La France, dans se cas, se chargerait du remboursement de l'indemnité espagnole et se substituerait à l'Espagne, comme créancière de l'Annam, pour être remboursée conformément aux dispositions de l'article 7 du présent traité. Nr. 8094. Frankreich und Anam. 15. März 1874.

Art. 22. Le présent traité est fait à perpétuité. Il sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Hué dans le délai d'un an, et moins si faire se peut. Il sera publié et mis en vigueur aussitôt que cet échange aura eu lieu. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Saïgon, au Palais du Gouvernement de la Cochinchine française, en quatre expéditions, le dimanche quinzième jour du mois de mars de l'an de grâce 1874, correspondant au vingt-septième jour du premier mois de la vingt-septième année de Tu-Duc.

C.-Am. Dupré.
Le Tuan et Nguyen-Van Tuong.

---

## Nr. 8095. FRANKREICH und ANAM. — Traité de commerce conclu entre la France et l'Annam le 31 Août 1874.

Art. 1. Conformément aux stipulations de l'article 11 du Traité du 15 mars, le Roi de l'Annam ouvre au commerce étranger, sans distinction de pavillon ou de nationalité, ses ports de Thin-Naï dans la province de Binh-Dinh, de Ninh-Haï dans la province de Haï-Dzuong, la ville de Hanoï et le fleuve de Nhi-Hà depuis la mer jusqu'à la frontière chinoise. Nr. 8095. Frankreich und Anam. 31. Aug. 1874.

Art. 2. Dans les ports ouverts, le commerce sera libre après l'acquittement d'une taxe de 5 p. % de la valeur des marchandises à leur entrée ou à leur sortie. Ce droit sera de 10 p. % sur le sel. || Cependant les armes et les munitions de guerre ne pourront être ni importées, ni exportées par le commerce. Le commerce de l'opium reste assujetti à la réglementation spéciale établie par le Gouvernement annamite. || L'importation des grains sera toujours permise moyennant un droit de 5 p. %. || L'exportation des grains ne pourra avoir lieu qu'en vertu d'une autorisation temporaire du Gouvernement de l'Annam, dont il sera donné connaissance au Résident français à Hué. Les grains seront, dans ce cas, frappés d'un droit de sortie de 10 p. %. || L'importation de la soie et du go-liem sera toujours permise. || L'exportation de la soie et du bois dit go-liem ne sera permise chaque année qu'après que les villages qui payent leurs impôts avec ces deux denrées auront totalement acquitté cet impôt en nature, et que le Gouvernement annamite aura acheté les quantités indispensables à son propre usage. || Le tarif d'entrée ou de sortie sur ces matières sera, comme pour toutes les autres marchandises, de 5 p. %. || Lorsque le Gouvernement annamite aura

Nr. 8095. Frankreich und Anam. 31. Aug. 1874.

l'intention de profiter de ce droit de suspendre l'exportation de la soie et du bois go-liem, il en préviendra, au moins un mois à l'avance, le Résident français à Hué; il lui fera également connaître un mois à l'avance l'époque à laquelle l'exportation de ces denrées redeviendra libre. || Toutes les interdictions, à l'exception de celles qui concernent les armes et les munitions, qui ne peuvent être transportées sans une autorisation spéciale du Gouvernement annamite, ne s'appliquent pas aux marchandises en transit pour le Yunnan, ou venant du Yunnan; mais le Gouvernement annamite pourra prendre des mesures de précaution pour empêcher que les objets prohibés soient débarqués sur son territoire. || Les marchandises transitant par le Yunnan n'acquitteront le droit de douane qu'à leur entrée sur le territoire annamite, que ce soit par mer ou par la frontière de Chine (province du Yunnan). || Aucun autre droit accessoire ou supplémentaire ne pourra être établi sur les marchandises régulièrement introduites à leur passage d'une province ou d'une ville à une autre. || Il est entendu que les marchandises importées ou exportées par des bâtiments chinois ou appartenant à l'Annam seront soumises aux mêmes interdictions, et que celles importées ou exportées sous pavillon chinois seront soumises aux mêmes droits que les marchandises importées sous pavillon européen ou américain (ce que l'on entend, dans ces deux Traités, par *pavillon étranger*). Mais ces droits seront perçus séparément par les Mandarins annamites du service de la Douane et versés dans une caisse spéciale, à l'entière disposition du Gouvernement annamite.

Art. 3. Les droits de phare et d'ancrage sont fixés à trois dixièmes de taël par tonneau de jauge pour les navires entrant et sortant avec un chargement, et à quinze centièmes de taël par tonneau pour les navires entrant sur lest et sortant chargés, ou entrant chargés et sortant sur lest. || Sont considérés comme étant sur lest les navires dont la cargaison est inférieure au vingtième de leur jauge en encombrement, et à cinq francs par tonneau en valeur. || Les navires entrant sur lest et partant sur lest ne payent aucun droit de phare et d'ancrage.

Art. 4. Les marchandises expediées de Saïgon pour un des ports ouverts du Royaume de l'Annam ou à destination de la province du Yunnan en transit par le Nhi-Hâ, et celles qui sont expédiées de l'un de ces ports ou de la province du Yunnan pour Saïgon, ne seront soumises qu'à la moitié des droits frappant les marchandises de toute autre provenance ou ayant une autre destination. || Pour éviter toute fraude et constater qu'ils viennent bien de Saïgon, ces bâtiments y feront viser leurs papiers par le capitaine du port de commerce et les y feront timbrer par le Consul d'Annam. || La Douane pourra exiger des bâtiments, à leur départ pour Saïgon, caution pour la moitié des droits auxquels ils ne sont pas soumis en vertu du paragraphe 1er du présent article, et, si la caution ne paraît pas valable, la Douane pourra exiger le versement en dépôt de cette moitié de droits, qui sera restituée après justification.

Art. 5. Le commerce par terre entre la province de Bien-Hoa et celle

de Binh-Thuan restera provisoirement dans les conditions où il est en ce moment, c'est-à-dire qu'il ne pourra être établi de nouveaux droits ni apporté aucune modification aux droits existants. || Dans l'année, qui suivra l'échange des ratifications du présent traité, une convention supplémentaire réglera les conditions auxquelles sera soumis ce commerce par terre. || En tous cas, l'exportation de chevaux de l'Empire d'Annam à destination de la province de Bien-Hoa ne pourra être assujettie à des droits plus forts que ceux qui sont payés actuellement.

Art. 6. Pour assurer la perception des droits, et afin d'éviter les conflits qui pourraient naître entre les étrangers et les Autorités annamites, le Gouvernement français mettra à la disposition du Gouvernement annamite les fonctionnaires nécessaires pour diriger le service des Douanes, sous la surveillance et l'autorité du Ministre chargé de cette partie du service public. Il aidera également le Gouvernement annamite à organiser sur les côtes un service de surveillance efficace pour protéger le Commerce. || Aucun Européen non Français ne pourra être employé dans les Douanes des ports ouverts, sans l'agrément du Consul de France ou du Résident français près la Cour de Hué, avant le payement intégral de l'indemnité espagnole. || Ce payement terminé, si le Gouvernement annamite juge que ses fonctionnaires employés dans les Douanes peuvent se passer du concours des fonctionnaires français, les deux Gouvernements s'entendront au sujet des modifications que cette détermination rendra nécessaires.

Art. 7. Les Douanes des ports ouverts au Commerce étranger devant être dirigées par un fonctionnaire annamite résidant à Ninh-Haï, un fonctionnaire français mis à la disposition du Gouvernement annamite et portant le titre de Chef du Service européen résidera dans le même port, afin de se concerter avec lui sur toutes les mesures de détail ayant pour but la bonne organisation du service. || Tous les Européens employés dans les Douanes relèveront directement du Chef du Service européen. Il aura le droit de correspondre, pour les affaires de Douanes et de Commerce, avec le Consul français et avec le Résident français à Hué. || Le Directeur du Service européen et le Chef du Service annamite s'entendront pour les rapports à adresser au Ministre des Finances. En cas de dissentiment, chacun d'eux pourra s'adresser directement à ce Haut Fonctionnaire.

Art. 8. Les rangs du personnel mis au service de Sa Majesté, ses rapports officiels avec les Autorités du Pays, ainsi que ses émoluments, seront réglés d'un commun accord entre les deux Gouvernements.

Art. 9. La comptabilité des Douanes sera tenue en double dans les bureaux du Service européen et dans les établissements financiers désignés par le Gouvernement annamite pour encaisser le montant des droits. || Les ordres de recette des droits devront porter le visa du fonctionnaire français et celui du fontionnaire annamite. Les mêmes formalités seront observées lorsque l'argent devra être extrait des caisses de la Douane pour être versé

Nr. 8095. Frankreich und Anam. 31. Aug. 1874.

dans celles de l'État. || Les pièces de comptabilité et les registres seront comparés tous les mois.

Art. 10. Seront prélevés sur le produit des droits de phare et d'ancrage et, en cas d'insuffisance, sur le produit des droits de Douane, sans que jamais le prélèvement puisse dépasser la moitié du revenu brut de ce dernier, et dans l'ordre suivant: || 1° La solde du personnel Européen employé au service des Douanes des ports ouverts de l'Annam; celle des employés annamites ou autres du même service; || 2° La construction et l'entretien des bureaux de la Douane; || 3° La construction et l'entretien des phares, bateaux-feux, balises; || 4° Les travaux de curage et les sondages.

Enfin toutes les dépenses reconnues nécessaires pour faciliter et activer le développement du mouvement commercial.

Art. 11. Le tarif des droits établis par la présente Convention sera applicable pendant dix ans à dater de l'échange des ratifications; pendant cette période, il ne pourra être modifié que du commun consentement des deux Hautes Parties contractantes, et un an au moins après que la proposition en aura été faite par l'une d'elles.

Art. 12. Toutes les contestations entre les étrangers et le personnel des Douanes au sujet de l'application des réglements douaniers seront jugés par le Consul et un magistrat annamite.

Art. 13. Lorsqu'un bâtiment français ou étranger arrivera dans les eaux de l'un des ports ouverts au commerce étranger, il aura la faculté d'engager tel pilote qui lui conviendra pour se faire conduire immédiatement dans le port et, de même, quand, après avoir acquitté toutes les charges légales, il sera prêt à mettre à la voile, on ne pourra pas lui refuser des pilotes pour le sortir du port sans retard ni délai. || Tout individu, qui voudra exercer la profession de pilote pour les bâtiments étrangers pourra, sur la présentation de trois certificats de capitaines de navires, être commissionné par le Consul de France et le Capitaine de port. || La rétribution payée aux pilotes sera réglée selon l'équité, pour chaque port en particulier, par le Consul ou Agent consulaire et le Capitaine de port, en raison de la distance et des difficultés de la navigation.

Art. 14. Dès que le pilote aura introduit un navire de commerce étranger dans le port, le Chef de la Douane déléguera un ou deux préposés pour surveiller le navire et empêcher qu'il ne se pratique aucune fraude. Ces préposés pourront, selon leurs convenances, rester dans leurs propres bateaux ou se tenir à bord du bâtiment. || Les frais de leur solde, de leur nourriture et de leur entretien seront à la charge de la Douane, et ils ne pourront exiger aucune indemnité ou rétribution quelconque des capitaines ou des consignataires. Toute contravention à cette disposition entraînera une punition proportionnelle au montant de l'exaction, laquelle sera en outre intégralement restituée.

Art. 15. Dans les vingt-quatre heures qui suivront l'arrivée d'un navire de commerce étranger dans l'un des ports ouverts ou commerce étranger, le capitaine, s'il n'est dûment empêché, et, à son défaut, le subrécargue ou le consignataire, devra se rendre au Consulat de France et remettre entre les mains du Consul les papiers de bord, les connaissements et le manifeste. Dans les vingt-quatre heures suivantes, le Consul enverra au Chef de la Douane un extrait du rôle d'équipage et une note détaillée indiquant le nom du navire, le tonnage légal du bâtiment et la nature de son chargement; si, par suite de la négligence du capitaine, cette dernière formalité n'avait pu être accomplie dans les quarante-huit heures qui suivront l'arrivée du navire, le capitaine sera passible d'une amende de cinquante piastres par jour de retard, au profit de la caisse des Douanes; ladite amende toutefois ne pourra dépasser la somme de deux cents piastres. || Aussitôt après la réception de la note transmise par le Consulat, le Chef de la Douane délivrera le permis d'ouvrir la cale. Si le capitaine, avant d'avoir reçu le permis précité, avait ouvert la cale et commencé à décharger, il pourrait être condamné à une amende de cinq cents piastres au plus, et les marchandises débarquées pourraient être saisies, le tout au profit de la caisse des Douanes. || Les armes et les munitions de guerre que les bâtiments de commerce pourraient avoir à bord pour leur propre sûreté devront être énumérées sur les papiers de bord et déclarées en même temps que la composition de la cargaison, à leur arrivée au port ou à la Douane. || Si les fonctionnaires du Gouvernement annamite le jugent nécessaire, ces armes seront mises en dépôt à terre entre les mains du Capitaine de port et du Consul, ou dans le poste-frontière, pour n'être rendues qu'au départ du bâtiment, soit qu'il prenne la mer, soit qu'il pénètre sur le territoire chinois. Dans ce dernier cas, la quantité de munitions et d'armes sera déterminée par le Consul et le Chef de la Douane, en raison des circonstances. Les contraventions seront punies de la confiscation des armes au profit du Gouvernement annamite et, en outre, d'une amende qui ne pourra excéder 500 piastres. || Si un bâtiment a débarqué clandestinement des armes ou des munitions sur le territoire annamite, ces armes, si elles sont en petit nombre, seront confisquées, et les contrevenants seront en outre punis d'une amende de 500 piastres au plus; mais si la quantité d'armes ou de munitions de guerre ainsi débarquées est considérable et constitue un danger, le bâtiment pourra être saisi et confisqué, ainsi que tout ou partie du chargement. || La confiscation d'un bâtiment européen ou américain ne pourra être prononcée que par les deux Gouvernements.

Art. 16. Les capitaines et négociants étrangers pourront louer telles espèces d'allèges et d'embarcations qu'il leur plaira pour transporter des marchandises et des passagers, et la rétribution à payer pour ces allèges sera réglée de gré à gré par les parties intéressées, sans l'intervention de l'autorité annamite et, par conséquent, sans sa garantie en cas d'accident, de fraude et de disparition desdites allèges. Le nombre n'en sera pas limité, et le monopole

Nr. 8095. Frankreich und Anam. 31. Aug. 1874.

n'en pourra être concédé à qui que ce soit, non plus que celui de transport, par portefaix, des marchandises à embarquer ou à déparquer.

Art. 17. Toutes le fois qu'un négociant étranger aura des marchandises à embarquer ou à débarquer, il devra d'abord remettre la note détaillée au Consul ou Agent consulaire, qui en donnera communication au Chef de la Douane. Celui-ci délivrera sur-le-champ un permis d'embarquement ou de débarquement. Il sera alors procédé à la vérification des marchandises dans la forme la plus convenable pour qu'il n'y ait chance de perte pour aucune des parties. || Le négociant devra se faire représenter sur le lieu de la vérification (s'il ne préfère y assister lui-même) par une personne réunissant les qualités requises, à l'effet de veiller à ses intérêts au moment où il sera procédé à cette vérification pour la liquidation des droits; faute de quoi, toute réclamation ultérieure restera nulle et non avenue. || Si le négociant ne peut tomber d'accord avec l'employé annamite sur la valeur à fixer, chaque partie appellera deux ou trois négociants chargés d'examiner les marchandises, et le prix le plus élevé qui sera offert par l'un d'eux sera réputé constituer la valeur desdites marchandises. || Les droits seront prélevés sur le poids net; on déduira, en conséquence, le poids des emballages et contenants. Si le négociant ne peut s'entendre avec l'employé annamite sur la fixation de la tare, chaque partie choisira un certain nombre de caisses et de ballots parmi les colis objets du litige; ils seront d'abord pesés bruts, puis tarés ensuite, et la tare moyenne des colis pesés servira de tare pour tous les autres. || Si, pendant le cours de la vérification, il s'élève quelque difficulté qui ne puisse être résolue, le négociant pourra réclamer l'intervention du Consul, lequel portera sur-le champ l'objet de la contestation au Chef des Douanes, et tous deux s'efforceront d'arriver à un arrangement amiable; mais la réclamation devra avoir lieu dans les vingt-quatre heures, sinon, il n'y sera pas donné suite. Tant que le résultat de la contestation restera pendant, le Chef de la Douane n'en portera pas l'objet sur ses livres, laissant ainsi toute latitude pour l'examen et la solution de la difficulté. || Les marchandises qui auraient éprouvé des avaries jouiront d'une réduction de droits proportionnée à leur dépréciation. Celle-ci sera déterminée équitablement et, s'il le faut, par expertise contradictoire, ainsi qu'il a été stipulé plus haut.

Art. 18. Tout bâtiment entré dans l'un des ports ouverts de l'Annam, et qui n'a point encore levé le permis de débarquement mentionné dans l'article précédent, pourra, dans les deux jours de son arrivée, quitter le port et se rendre dans un autre port, sans avoir à payer ni droits d'ancrage, ni droits de Douane, attendu qu'il les acquittera ultérieurement dans le port où il effectuera la vente de ses marchandises.

Art. 19. Les droits d'importation seront acquittés pas les capitaines ou négociants au fur et à mesure du débarquement des marchandises et après leur vérification. Les droits d'exportation le seront de la même manière lors de l'embarquement. Lorsque les droits de tonnage et de douane dus par un

bâtiment étranger auront été intégralement acquittés, le Chef de la Douane délivrera une quittance générale, sur l'exhibition de laquelle le Consul rendra ses papiers de bord au capitaine et lui permettra de partir. || Toutefois, si le capitaine y consent, il sera loisible à l'Administration des Douanes (afin de faciliter les opérations du commerce) de percevoir les droits d'après les papiers de bord, sans qu'on soit obligé de décharger les marchandises pour en constater la valeur et la quantité.

Art. 20. Après l'expiration des deux jours mentionnés dans l'article 18 et avant de procéder au déchargement, chaque bâtiment de commerce acquittera integralement les droits de phare et d'ancrage fixés par l'article 3. Aucun autre droit, rétribution ou surcharge, ne pourra être exigé sous aucun prétexte. || Lors du payement du droit précité, le Chef de la Douane délivrera au capitaine ou au consignataire un reçu en forme de certificat, constatant que les droits de phare et d'ancrage ont été intégralement acquittés, et, sur l'exhibition de ce certificat au Chef de la Douane de tout autre port où il lui conviendrait de se rendre, le capitaine sera dispensé de payer de nouveau ces droits pour son bâtiment, tout navire étranger ne devant en être passible qu'une seule fois à chacun de ses voyages d'un pays étranger en Annam.

Art. 21. Tout navire étranger entré dans l'un des ports ouverts au commerce et qui n'y voudra décharger qu'une partie de ses marchandises ne payera les droits de douane que pour la partie débarquée; il pourra transporter le reste de sa cargaison dans un autre port et l'y vendre. Les droits seront alors acquittés. || Dans le cas où des étrangers, après avoir acquitté dans un port les droits sur des marchandises, voudraient les réexporter et aller les vendre dans un autre port, ils en préviendraient le Consul ou Agent consulaire; celui-ci, de son côté, informera le Chef de la Douane, lequel, après avoir constaté l'identité de la marchandise et la parfaite intégrité des colis, remettra aux réclamants une déclaration attestant que les droits afférents auxdites marchandises ont été effectivement acquittés. || Munis de cette déclaration, les négociants étrangers n'auront, à leur arrivée dans l'autre port, qu'à la présenter, par l'entremise du Consul, au Chef de la Douane, qui délivrera pour cette partie de la cargaison, sans retard et sans frais, un permis de débarquement en franchise de droits; mais, si l'Autorité découvrait de la fraude ou de la contrebande parmi ces marchandises ainsi réexportées, celles-ci seraient, après rectification, confisquées au profit de la caisse des Douanes.

Art. 22. Aucun transbordement de marchandises ne pourra avoir lieu que sur permis spécial et dans un cas d'urgence. S'il devient indispensable d'effectuer cette opération, il devra en être référé au Consul, qui délivrera un certificat, sur le vu duquel le transbordement sera autorisé par le Chef de la Douane. Celui-ci pourra toujours déléguer un employé de son Administration pour y assister. || Tout transbordement non autorisé, sauf le cas de péril en la demeure, entraînera la confiscation, au profit de la caisse des Douanes, de la totalité des marchandises illicitement transbordées.

Nr. 8095. Frankreich und Anam. 31. Aug. 1874.

Art. 23. Dans chacun des ports ouverts au commerce étranger, le Chef de la Douane recevra pour lui-même et déposera au Consulat français des balances légales pour les marchandises et pour l'argent, ainsi que des poids et mesures exactement conformes aux poids et aux mesures en usage dans l'Annam, et revêtus d'une estampille et d'un cachet constatant cette conformité. Ces étalons seront la base de toutes les liquidations de droits et de tous les payements à faire. On y aura recours en cas de contestations sur le poids et la mesure des marchandises, et il sera statué d'après les résultats qu'ils auront donnés.

Art. 24. Toute marchandise introduite ou exportée en contrebande par des navires ou par des négociants étrangers dans les ports, quelles que soient d'ailleurs sa valeur et sa nature, comme aussi toute denrée prohibée débarquée frauduleusement, seront saisies par l'Autorité locale et confisquées; en outre, le Gouvernement annamite pourra, si bon lui semble, interdire l'entrée de ses ports au bâtiment surpris en contravention, et le contraindre à partir aussitôt après l'épuration de ses comptes. Si quelque navire étranger se couvrait frauduleusement d'un pavillon qui ne serait pas le sien, l'Autorité française prendrait les mesures nécessaires pour la répression de cet abus. || La totalité des sommes provenant de la vente des objets confisqués sera versée à la caisse de la Douane. Le produit des amendes pour contravention aux règlements des douanes, dans le ports ouverts, sera également versé à cette caisse.

Art. 25. Son Exc. le Président de la République Française pourra faire stationner un bâtiment de guerre dans les ports ouverts de l'Empire où sa présence sera jugée nécessaire pour maintenir le bon ordre et la discipline parmi les équipages des navires marchands et faciliter l'exercice de l'Autorité consulaire. Toutes les mesures nécessaires seront prises pour que la présence de ces navires de guerre n'entraîne aucun inconvénient. Les bâtiments de guerre ne seront assujettis à aucun droit.

Art. 26. Tout bâtiment de guerre français croisant pour la protection du commerce sera reçu en ami et traité comme tel dans tous les ports de l'Annam où il se présentera. Ces bâtiments pourront s'y procurer les divers objets de rechange et de ravitaillement dont ils auraient besoin, et, s'ils ont fait des avaries, les réparer et acheter dans ce but les matériaux nécessaires, le tout sans la moindre opposition. || Il en sera de même à l'égard des navires de commerce français ou étrangers qui, par suite d'avaries majeures ou pour toute autre cause, seraient contraints de chercher refuge dans un port quelconque de l'Annam. Mais ces navires devront également n'y séjourner que momentanément, et, aussitôt que la cause de leur relâche aura cessé, ils devront appareiller, sans pouvoir y prolonger leur séjour et sans pouvoir y commercer. Si quelqu'un de ces bâtiments venait à se perdre sur la côte, l'autorité la plus proche, dès qu'elle en serait informée, porterait sur le champ assistance à l'équipage, pourvoirait à ses premiers besoins et prendrait les mesures d'urgence nécessaires pour le sauvetage du navire et la préservation des marchandises.

Puis elle porterait le tout à la connaissance du Consul ou Agent consulaire le plus à portée du sinistre, pour que celui-ci, de concert avec l'autorité compétente, pût aviser aux moyens de rapatrier l'équipage et de sauver les débris du navire et de la cargaison. || Le port de Thuân-An, à cause de sa situation dans une rivière qui conduit à la capitale et de sa proximité de cette capitale, fera exception, et aucun bâtiment étranger de guerre ou du commerce ne pourra y pénétrer. || Cependant si un bâtiment de guerre français était chargé d'une mission pressée pour le Gouvernement de Hué ou pour le Résident français, il pourrait franchir la barre, après en avoir demandé et obtenu l'autorisation expresse du Gouvernement annamite.

Art. 27. Les navires de commerce annamites qui se rendront dans tous les ports de France ou des six provinces françaises de la Basse-Cochinchine pour y commercer, y seront traités, au point de vue des droits de toute nature, comme la nation la plus favorisée.

Art. 28. Le Gouvernement français renouvelle la promesse, faite au Gouvernement annamite à l'article 2 du Traité du 15 mars, de faire tous ses efforts pour détruire les pirates de terre et de mer, particulièrement dans le voisinage des villes et ports ouverts au commerce européen, de façon à rendre les opérations du commerce aussi sûres que possible.

Art. 29. La présente Convention aura la même force que le Traité du 15 mars 1874, auquel elle restera attachée; elle sera mise en vigueur aussitôt après l'échange des ratifications, qui aura lieu en même temps que celui du Traité du 15 mars 1874, si c'est possible, et, en tous les cas, avant le 15 mars 1875.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Saïgon, au Palais du Gouvernement, en deux expéditions en chaque langue, comparées et conformes entre elles, le 31 août 1874.

Krantz.

(Signatures des Plénipotentiaires annamites.)

---

Afin d'éviter des difficultés dans l'interprétation de quelques passages des nouveaux traités, les Plénipotentiaires des deux Hautes Parties contractantes sont convenus d'ajouter au présent traité un acte additionnel, qui sera considéré comme en faisant partie intégrante.

*Article additionnel.*

Il est entendu que la ville même de Hanoï est ouverte au commerce étranger, et qu'il y aura dans cette ville un Consul avec son escorte, une Douane, et que les Européens pourront y avoir des magasins et des maisons d'habitation aussi bien qu'à Ninh-Haï et à Thin-Naï. || Si, par la suite, on reconnaissait que la douane de Hanoï est inutile et que celle de Ninh-Haï suffit, la douane de Hanoï pourrait être supprimée; mais il y aurait toujours

Nr. 8095. Frankreich und Anam. 31. Aug. 1874.

dans cette ville un Consul et son escorte, et les Européens continueraient à y avoir des magasins et des maisons d'habitation. || Les terrains nécessaires pour bâtir les habitations des Consuls et de leurs escortes seront cédés gratuitement au Gouvernement français par le Gouvernement annamite. || L'étendue de ces terrains sera, dans chacune des villes ou ports ouverts, de cinq maus (mesure annamite, environ deux hectares et demi). Les terrains nécessaires aux Européens pour élever leurs maisons d'habitation ou leurs magasins seront achetés par eux aux propriétaires. Les Consuls et les autorités annamites interviendront dans ces achats, de façon à ce que tout se passe avec équité. Les magasins et les habitations des commerçants seront aussi rapprochés que possible de la demeure des Consuls. || A Ninh-Haï, le Consul et son escorte continueront à occuper les forts, tant que cela sera jugé nécessaire pour assurer la police et la sécurité du commerce. Il habitera plus tard sur le terrain de cinq maus, qui lui aura été concédé. || On respectera les pagodes et les sépulcres, et les Européens ne pourront acheter les terrains sur lesquels il existe des habitations qu'avec le consentement des propriétaires, et en payant une juste indemnité. || Les commerçants européens payeront l'impôt foncier d'après les tarifs en usage dans la localité où ils habiteront; mais ils ne payeront aucun autre impôt.

A Saïgon, le 31 août 1874.

Krantz.

(Signatures des Plénipotentiaires annamites.)

---

*Convention du 23 novembre, annexe au traité de commerce du 31 août 1874.*

. . . . . .

Est et demeure supprimé le dernier paragraphe de l'article 2 du susdit traité, ainsi conçu:

„Il est entendu que les marchandises importées ou exportées par des bâtiments chinois ou appartenant à l'Annam seront soumises aux mêmes interdictions, et que celles importées ou exportées sous pavillon chinois seront soumises aux mêmes droits que les marchandises importées ou exportées sous pavillon européen ou américain (ce que l'on entend, dans ces deux traités, par pavillon étranger). Mais ces droits seront perçus séparément par les Madarins-annamites du service de la Douane et versés dans une caisse spéciale, à l'entière disposition du Gouvernement annamite."

Ledit paragraphe supprimé est remplacé par le texte suivant:

„Il est entendu que les marchandises importées de l'étranger dans les ports ouverts, ou exportées des ports ouverts à l'étranger par des bâtiments chinois ou appartenant à l'Annam, seront soumises aux mêmes interdictions et aux mêmes droits que celles importées de l'étranger ou exportées à l'étranger sous tout autre pavillon, et que ces droits seront perçus par les mêmes employés et versés dans les mêmes caisses que ceux perçus sur les marchan-

dises importées de l'étranger ou exportées à l'étranger sous les pavillons dits *étrangers.*“ Nr. 8095. Frankreich und Anam. 31. Aug. 1874.

La présente convention sera rattachée au traité du 31 août 1874, lors de l'échange des actes de ratification, et en fera partie intégrante.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé aujourd'hui, 23 novembre 1874, correspondant au quinzième jour du dixième mois de la vingt-septième année de Tu-Duc.

Krantz.

(Signatures des Plénipotentiaires annamites.)

---

## Nr. 8096. FRANKREICH. — Min. des Ausw. (Decazes) an den franz. Geschäftsträger in China (Rochechouart). Souveränetät des Königs von Anam; Vortheile der französisch-anamitischen Verträge für China.

Versailles, le 27 février 1875.

Ainsi que vous le savez, dans le courant de l'année dernière, nous avons conclu avec le Gouvernement Annamite deux traités destinés à règler, pour l'avenir, les rapports politiques et commerciaux des deux pays. L'Assemblée nationale, par son vote du 4 août, a approuvé les clauses du traité politique et autorisé le Gouvernement à procéder à l'échange des ratifications de cet acte. || La nécessité d'introduire certaines modifications dans l'un des articles de la Convention commerciale, corollaire naturel du traité politique, n'a pas permis de la présenter simultanément à l'Assemblée. Cependant la négociation à cet égard est également terminée, et j'ai lieu d'espérer que le Gouvernement pourra solliciter, dans un bref délai, l'approbation qui lui est nécessaire pour ratifier de même les arrangements commerciaux intervenus avec le Royaume d'Annam. || Aux termes de l'article 2 du traité politique, la France reconnaît la souveraineté du Roi de l'Annam et son entière indépendance vis-à-vis de toute Puissance étrangère, quelle qu'elle soit, lui promet aide et assistance, et s'engage à lui donner, sur sa demande, l'appui nécessaire pour maintenir dans ses États l'ordre et la paix, pour le défendre contre toute agression, et pour détruire la piraterie qui désole une partie des côtes du Royaume. A cet effet, la France met à la disposition de la Cour de Hué plusieurs bâtiments à vapeur et un matériel de guerre important, dont il lui est fait gratuitement l'abandon. || Je me plais à penser que l'étroite entente établie sur de semblables bases entre la France et le Gouvernement annamite sera appréciée comme il nous convient qu'elle le soit par les membres du Gouvernement Chinois. || En présence d'une situation aussi nette, il y a lieu de croire que le Tsong-li-Yamen renoncera pour l'avenir à toute idée de faire intervenir les troupes Impériales dans des provinces qui font partie du territoire annamite, et dans lesquelles nous ne saurions plus reconnaître à

Nr. 8096. Frankreich. 27. Feb. 1875.

Nr. 8096. Frankreich. 27. Feb. 1875.

d'autres qu'à nous-mêmes les droits de rétablir l'ordre et d'assurer la tranquillité des populations. || Vous n'êtes pas sans avoir eu avis, d'autre part, de la clause du traité qui a pour objet de lever les obstacles opposés jusqu'à ce jour par le Gouvernement annamite à la navigation du Song-Koï, depuis la mer jusqu'au Yunnan. Je n'ai pas à faire ressortir à vos yeux le bénéfice considérable qu'est appelée à retirer la Chine d'un état de choses qui aura pour conséquence de mettre en communication facile et rapide avec les marines de tous les pays une de ses plus belles provinces; l'éloignement du littoral en a partiellement stérilisé les richesses jusqu'à ce jour, et elle voit tomber enfin les barrières qui s'opposaient à l'écoulement de ses produits agricoles, industriels et miniers sur les marchés du monde entier. Le Gouvernement Impérial trouverait par suite autant d'avantages, pour le moins, que nous-mêmes, à seconder énergiquement le mouvement commercial considérable qui va, dès les premiers jours, se produire par cette nouvelle et précieuse voie fluviale; aussi je veux croire que des préventions inspirées par des vues étroites ou passionnées ne sauraient prévaloir, dans les Conseils de l'Empire, sur le sentiment réfléchi des intérêts bien entendus qui se confondent là, pour la Chine, avec ceux de toutes les puissances commerçantes. Néanmoins, j'ai reçu, de mon collègue le Ministre de la Marine, l'avis que notre Gouverneur de Cochinchine ne serait pas sans inquiétudes sur les dispositions que manifesteraient à cet égard les autorités Impériales récemment envoyées dans le Yunnan. L'Administration précédente de cette province avait accueilli autrefois les ouvertures qui lui avaient été faites avec un empressement bienveillant, auquel semblerait avoir fait place un bon vouloir beaucoup plus incertain. Je crois devoir signaler ces informations à toute votre attention, et je vous invite, dans la mesure où vous le permettront les circonstances résultant des changements de règne, à faire tout ce qui dépendra de vous pour dissiper les défiances du Tsong-li-Yamen et pour lui faire comprendre les avantages qu'il peut retirer de ses bons rapports avec nous sur la frontière du Tonkin.

Decazes.

---

## No. 8097. **FRANKREICH.** — Min. der Marine und der Colonien (Montaignac) an den franz. Min. des Ausw. (Decazes). — Frankreich muss an dem Protectorat über Anam festhalten.

Paris, le 19 avril 1875.

No. 8097. Frankreich. 19. Apr. 1875.

Les dernières dépêches que j'ai reçues relativement aux affaires du Tonkin constatent que la situation est excellente; l'attitude de l'ancien Ministre des Affaires étrangères Pham, qui nous était hostile, est significative, et prouve que la Cour de Hué accepte franchement les conséquences du traité en voie de ratification. J'appelle votre attention sur l'avis émis par le Contre-Amiral Duperré au sujet de notre attitude vis-à-vis du Gouvernement chinois, en ce

qui touche l'accès de la province de Yunnan, au commerce européen. Le Gouverneur de la Cochinchine croit très urgent de faire connaître au Tsong-li-Yamen, par l'entremise du comte de Rochechouart, que l'ouverture des ports du Tonkin et la libre navigation dans le Song-Koï jusqu'aux frontières chinoises ne modifie en rien les restrictions que renferme le traité de Tien-Tsin. || Quant à la partie de la lettre de l'Amiral Duperré qui a trait à l'établissement d'un Résident à Hanoï, je dois insister sur la nécessité d'entretenir un Agent politique auprès de l'autorité supérieure annamite siégeant au Tonkin. Notre rôle, dans cette partié de l'Empire d'Annam, ne saurait se borner à faire fonctionner la douane annamite au mieux des intérêts de la Cour de Hué. Notre intervention actuelle est le jalon du protectorat qui doit plus tard être nettement établi et consenti. Nr. 8097. Frankreich. 19. Apr. 1875.

Nous jouerions un rôle peu digne de la France si, après les sacrifices que nous avons déjà faits et ceux que nous allons faire, au moment où l'on nous remercie de l'assistance prêtée pour la pacification de la province, et où l'on nous demande notre concours en cas d'éventualités semblables, nous faisions des concessions de nature à nous faire dévier du but réel: l'établissement du protectorat de la France sur l'Annam. || Le traité si longtemps débattu nous concède la faculté d'entretenir un Agent à Hanoï, et le désir manifeste du Gouvernement annamite de laisser cette clause dans l'ombre nous prouve qu'il en a compris l'importance et le sens. || Affaibli comme il l'est aujourd'hui, impuissant comme il l'avoue, à assurer l'obéissance de ses propres sujets, le Royaume d'Annam est appelé à subir le protectorat d'une grande puissance. La situation que nous avons prise en Cochinchine ne nous permet pas de laisser une influence autre que la nôtre peser sur Tu-Duc. Alors que nous étions au début de notre occupation nous pouvions renoncer à nous établir d'une façon solide dans l'extrême Orient. Aujourd'hui, nous ne le pouvons plus. Nous avons occupé trois, puis six provinces de l'Empire d'Annam, nous avons placé le Cambodge sous notre protectorat, nous avons dépensé beaucoup d'argent pour jeter les fondements d'une administration française dans ce pays, nous devons poursuivre notre œuvre, sans rien brusquer, mais sans jamais dévier, et, surtout, sans revenir sur nos pas et perdre le bénéfice de nos efforts. || Je pense que vous partagez cette manière de comprendre notre situation en Cochinchine, et que le concours de votre Département est assuré à cette politique.

Montaignac.

---

No. 8098. **FRANKREICH.** — Geschäftsträger in China an den franz. Min. des Ausw. — Der chinesischen Regierung sind die Verträge von 1874 und die darauf gegründeten Ansprüche Frankreichs mitgetheilt.

Pékin, le 27 mai 1875. (Reçu le 23 juillet 1875.)

J'ai reçu la dépêche que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 27 février au sujet du Tonkin, et en même temps une lettre de l'Amiral Nr. 8098. Frankreich. 27. Mai 1875.

Nr. 8098. Frankreich. 27. Mai 1875.

Duperré, qui semble avoir été chargé par le Gouvernement de l'organisation du service dans l'Annam et qui a déjà nommé le représentant que nous devons avoir à la Cour de Hué. Il paraît considérer la question à un point de vue un peu différent du vôtre et être disposé à traiter le Tonkin comme une annexe du Gouvernement de Saïgon. Tandis que vous insistez sur l'indépendance de l'Empereur Tu-Duc, il paraît plutôt croire à un protectorat; comme ses nouvelles sont plus récentes que les miennes, j'ai craint de m'avancer sur ce terrain brûlant, et dans la lettre que j'ai écrite au Prince Kong, en lui envoyant une copie du traité d'amitié du 15 mars, j'ai glissé sur cette question et appuyé plus spécialement sur les deux points que vous me signaliez: la dispersion des bandes chinoises et l'ouverture d'un point du Yunnan. || En présence de la situation que j'ai essayé de vous dépeindre dans mes dépêches précédentes, j'ai cru bien faire d'exposer nettement au Gouvernement chinois vos prétentions. Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le dire, je crois que ce Gouvernement fera tout au monde pour nous empêcher d'avoir des griefs assez sérieux qui nous permettent de faire cause commune avec le Gouvernement anglais et qu'il aimera mieux nous faire des concessions que de nous voir, comme en 1860, alliés de l'Angleterre.

Rochechouart.

*Le Comte de Rochechouart, Chargé d'Affaires de France en Chine, au Prince Kong.*

Pékin, le 24 mai 1875,

J'ai l'honneur de vous adresser, ci-joint, une copie du traité conclu entre le Gouvernement français et Sa Majesté le Roi de l'Annam le 15 mars 1874. Ce traité, après avoir été approuvé par l'Assemblée, a été définitivement ratifié à Hué le 14 avril dernier. Votre Altesse Impériale verra que, dorénavant, c'est à la France qu'il appartient de veiller à la sécurité et à l'indépendance de Sa Majesté Tu-Duc, et le Gouvernement chinois comprendra, je n'en doute pas, combien il est nécessaire, pour le maintien des bonnes relations qui existent entre la France et la Chine, de donner les ordres les plus sévères aux autorités du Yunnan pour les engager non seulement à empêcher de nouvelles bandes chinoises d'entrer dans le royaume d'Annam, mais même à rappeler celles qui s'y livrent actuellement à toutes sortes de sévices. Le Gouvernement français est décidé à remplir les engagements qu'il a contractés vis-à-vis du Roi Tu-Duc et à assurer la tranquillité dans les États de ce souverain. Son premier soin sera donc de disperser et de détruire ces bandes, qui entretiennent le trouble de la guerre civile, et il serait à désirer, je le répète, que Votre Altesse Impériale prît les mesures nécessaires pour faciliter cette tâche, dont la province du Yunnan, si troublée elle aussi, ne peut que profiter. Il est un second point sur lequel je désire également appeler l'attention de Votre Altesse Impériale: je veux parler de l'ouverture à la navigation du Fleuve Rouge ou Song-Koï, depuis son embouchure jusqu'aux frontières de la

Chine. Il n'existe dans les traités de Tien-Tsin et de Pékin aucune clause relative à cette éventualité, qu'on ne pouvait pas prévoir à l'époque où ils furent conclus; mais aujourd'hui qu'elle se présente, elle doit être réglée, et il faut le faire tout de suite afin d'empêcher les complications qui ne manqueraient pas de se produire dès le début. Le Gouvernement français a longtemps réfléchi avant de conclure ce traité et s'est parfaitement rendu compte et de ses charges et de ses avantages, et il est aussi décidé à remplir ses engagements qu'à user de ses privilèges. Aussi ai-je été chargé de m'entendre avec Votre Altesse Impériale sur ces deux questions : 1° la suppression des bandes chinoises qui désolent l'Annam; 2° l'ouverture d'un point du Yunnan où nos bâtiments puissent atterrir et se livrer aux transactions commerciales régulières. Je ne doute pas que Votre Altesse Impériale ne comprenne, elle aussi, la nécessité de régler d'une façon pratique ces deux questions et ne préfère l'établissement de rapports réguliers à un état de trouble qui pourrait avoir les conséquences les plus graves en forçant le Roi d'Annam à prendre des résolutions énergiques pour sauvegarder la sécurité de ses États et la prospérité de son commerce. Nr. 8098. Frankreich. 27. Mai 1875.

Rochechouart.

---

## Nr. 8099. FRANKREICH. — Derselbe an denselben. — Die Antwort der chinesischen Regierung spricht nicht von der Vassallität Anams gegenüber China.

Pékin, le 19 juin 1875. (Reçu le 21 août 1875.)

J'ai l'honneur de vous adresser ci-joint une traduction de la réponse du Prince Kong à lettre que je lui avais écrite, au sujet du Tonkin, et dont je vous ai envoyé copie par le dernier courrier. Cette réponse est meilleure que je ne l'espérais. En effet, le Prince ne parle de la vassalité de l'Annam à l'égard de la Chine qu'à l'état passé, ce qui est une reconnaissance tacite de la situation nouvelle. Il ne refuse pas absolument non plus l'ouverture d'un point du Yunnan au commerce étranger, et, sans l'accorder, il donne à entendre qu'en mettant en avant le Roi Tu-Duc, la chose ne serait pas impossible. „L'Annam, appelé aussi Yué-Nan, a été tributaire de la Chine; les habitants des frontières de la Chine ont eu de tout temps avec les habitants des États tributaires voisins des rapports commerciaux dont la nature varie suivant les provinces. Il est nécessaire que j'envoie une dépêche pour ordonner une enquête au Yunnan à ce sujet; dès que la réponse sera venue, nous nous occuperons de délibérer sur cette affaire.“ Tels sont les termes employés dans la dépêche chinoise; il ressort de cette phrase que l'Annam a été tributaire de la Chine, que les habitants des deux États avaient des relations commerciales, que le mode de ces relations varie suivant les lieux et les circonstances et qu'après une enquête qui éclairera le Gouvernement chinois sur la situ- Nr. 8099. Frankreich. 19. Juni 1875.

Nr. 8099. Frankreich. 19. Juni 1875.

ation, on pourra s'entendre. || Quand au second point de ma lettre, c'est-à-dire la dispersion des bandes chinoises, le Prince répond péremptoirement que c'est sur la demande du Roi de l'Annam que ces bandes avaient été envoyées, qu'aujourd'hui les troupes qui restent sur la frontière chinoise sont là pour protéger les frontières. „Quant aux bandes qui passent la frontière, les autorités provinciales ne peuvent les laisser faire sans manquer à leurs devoirs; elles doivent les poursuivre et les punir. Nous venons donc d'écrire de nouveau au Gouverneur du Yunnan pour l'engager à arrêter sévèrement l'entrée de ces bandes dans l'Annam."

Je désirerais maintenant avoir des instructions sur ce que je dois faire. Quel est le point dont vous désirez l'ouverture? Voulez-vous tenter l'aventure d'une convention directe avec le Gouvernement chinois, ou ne vaudrait-il pas mieux négocier au nom du Roi Tu-Duc et avec des pouvoirs? Je vous serais reconnaissant de m'envoyer des instructions par télégraphe, afin que je sache plus vite à quoi m'en tenir et puisse, pour terminer cette affaire, profiter de l'incident Margary. Il me semble, en tous cas, qu'il serait utile que le Roi Tu-Duc notifiât le Traité au Gouvernement chinois, de façon à ce que le Tsong-Li-Yamen ne garde aucun doute sur la réalité de son existence. J'écris dans ce sens à l'Amiral Duperré. || Le Gouvernement chinois a parfaitement vu que nous étions décidés à profiter des avantages conquis au Tonkin, et j'ai lieu de croire qu'il n'agirait qu'avec une très grande prudence; le jour où ils seront persuadés qu'avec ou sans leur consentement nous ouvrirons le Yunnan, ils céderont, préférant un état régulier qui assure leurs revenus de douane à un état de désordre où ils perdraient tout.

Rochechouart.

---

*Le Prince Kong au Comte de Rochechouart, Chargé d'Affaires de France en Chine.*

Pékin, le 15 juin 1875.

J'ai reçu la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire à la date du 25 mai, et dans laquelle vous me faisiez part de la ratification du traité entre l'Annam et la France. En me donnant communication d'une copie de ce traité vous exprimiez le désir de voir le Gouvernement chinois envoyer des ordres précis aux autorités du Yunnan leur enjoignant d'empêcher les bandes chinoises d'entrer sur le territoire annamite et de rappeler les bandes qui s'y sont introduites; „de cette façon, dites-vous, nos bonnes relations seront maintenues et affermies." Vous m'entretenez également de la communication qui existe entre l'Annam et la Chine par le moyen du Song-Koï, qui, après avoir traversé le Tonkin, pénètre dans la province du Yunnan. Ce point, me dites-vous, ne se trouve pas indiqué dans le traité, parce qu'on ne pouvait prévoir alors la situation actuelle; mais, maintenant que cette question se présente, il importe qu'elle soit réglée dans le plus bref délai. Le Gouvernement français vous a chargé de vous entendre avec nous sur ces deux questions :

1° l'anéantissement des bandes chinoises qui désolent l'Annam; 2° l'ouverture d'un port du Yunnan où vos steamers puissent atterrir et se livrer à des transactions commerciales régulières. || Dans la onzième lune de la douzième année du règne de Tong-tche, j'ai reçu une lettre de M. de Geoffroy, contenant la copie d'une lettre adressée par ce dernier au Gouverneur du Yunnan, dans laquelle il était question des avantages que recueillerait le commerce de l'ouverture de cette province. J'ai répondu à M. de Geoffroy que le Yunnan n'était pas ouvert au commerce étranger, et j'ai écrit au Gouverneur de cette province de conformer sa conduite aux stipulations du traité. Maintenant que votre Gouvernement réclame l'ouverture d'un port sur le Song-Koï, je suis obligé de répondre également que le Yunnan est fermé au commerce étranger, et que dès lors dans votre traité, ni dans celui d'aucune Nation, il ne saurait y avoir de stipulation relative à l'ouverture d'un port de commerce dans le Yunnan. || L'Annam est la contrée appelée également Yué-Nan; elle a été tributaire de la Chine, et les habitants de la frontière chinoise ont eu de tout temps avec les habitants des États tributaires voisins des rapports commerciaux, dont la nature varie suivant les provinces. Il est nécessaire que j'envoie une dépêche pour ordonner une enquête au Yunnan à ce sujet; dès que la réponse me sera parvenue, nous nous occuperons de délibérer sur cette affaire. || D'un autre côté, l'Annam était jadis infesté de brigands, et son Gouvernement a, à plusieurs reprises, demandé du secours à la Chine. La Chine ne pouvait refuser aide et protection à un pays tributaire: aussi envoya-t-elle des troupes pour poursuivre ces brigands; les troupes qui se trouvent dans l'Annam y sont donc sur la demande du Gouvernement annamite, et dans le but de protéger la frontière; ce but une fois atteint, leur présence sur le territoire annamite n'avait plus de raison d'être, et on les a rappelées. || Dans le douzième mois de la douzième année du règne de Tong-tche, et dans le troisième mois de l'année dernière, j'ai écrit à M. de Geoffroy que, dans un rapport présenté par le Gouverneur du Yunnan, il était dit que, sur la frontière qui sépare le Yunnan de l'Annam, le chef de brigands Houang-tsoung-in et plusieurs autres troublaient profondément l'Annam, qu'ils voulaient bouleverser de fond en comble, qu'il avait envoyé des troupes pour s'opposer à cette dévastation, et que le plan de campagne avait été très bien exécuté; il priait le Tsong-Li-Yamen d'écrir eaux Consuls français résidant dans l'Annam pour leur dire que les troupes du Yunnan qui ont passé la frontière n'ont pas d'autre destination que d'arrêter les dévastations des brigands et qu'ils n'ont rien à voir avec les troupes françaises. || L'Empereur donna l'ordre au Tsong-Li-Yamen de se conformer à ce rapport. || La Chine a envoyé des troupes dans l'Annam sur la demande du Gouvernement de ce pays, et dans le but de détruire le brigandage. Les soldats chinois qui se trouvent sur la frontière du Yunnan sont là dans le but de protéger l'Annam contre les attaques des brigands et, en même temps, d'assurer la sécurité du Yunnan. Quant aux bandes qui passent la frontière, les autorités provinciales ne peuvent les laisser faire sans manquer à leur devoir;

Nr. 8099. Frankreich. 19. Juni 1875.

elles doivent les poursuivre et les punir. Après ce que vous nous avez dit, nous nous croyons tenu d'écrire de nouveau au Gouverneur du Yunnan pour l'engager à arrêter sévèrement les bandes qui tenteraient de pénétrer dans l'Annam. || Tel est le but de la présente communication spéciale.

Kong.

---

## Nr. 8100. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Min. der Marine und der Colonien (Gicquel des Touches). — Instruction für den neuernannten Gouverneur von Cochinchina. Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung der Verträge von 1874 entgegenstellen.

Paris, le 7 septembre 1877.

Nr. 8100. Frankreich. 7. Sept. 1877.

J'ai reçu la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire le 31 juillet dernier, et par laquelle vous m'annonciez la nomination du Contre-Amiral Lafont aux fonctions de Gouverneur de la Cochinchine. || Vous vouliez bien me demander si je n'aurais pas quelques recommandations spéciales à adresser à cet officier général, qui va se trouver appelé à entretenir avec les pays indépendants, voisins de notre colonie, des rapports particuliers définis par des conventions internationales et au sujet desquels nos deux Départements ont eu maintes fois à se concerter.

Il me paraît essentiel, avant tout, que l'Amiral Lafont se pénètre bien de la pensée qui nous a dirigés dans la poursuite des arrangements conclus avec la Cour de Huć, ainsi que de l'interprétation que nous y avons donnée. || Cette politique a été traversée, dès l'origine, par des considérations diverses qui s'imposaient à notre prudence. || Sous l'empire de ces préoccupations, nous avons renoncé à exercer ouvertement un Protectorat qui était sans aucun doute originairement dans les vues du négociateur français. || Parmi les clauses inscrites dans les traités, il en est qui visent spécialement les étrangers. Les autres n'ont trait qu'à nos rapports directs avec l'Annam, et déterminent le rôle des Agents français chargés de surveiller et d'entretenir le fonctionnement du nouvel état de choses que nous avons fondé. || Il est de toute évidence que la prise de possession du Tonkin par une grande Puissance maritime, hostile ou seulement rivale, eût constitué, pour notre colonie de Cochinchine et pour notre influence dans la péninsule tout entière, un incontestable danger, contre lequel il était très important de nous prémunir tout d'abord. Ce résultat a été pleinement obtenu par la stipulation en vertu de laquelle la Cour de Huć a pris l'engagement de ne rien changer désormais, sans notre assentiment préalable, aux relations diplomatiques existantes entre elle et les Gouvernements étrangers et dont, pour l'avenir, notre traité a prévu la nature de la façon la plus limitative. || Le Roi Tu-Duc sait que nous avons le droit de lui demander de rester fidèlement attaché à notre système politique, et nous ne sommes limités, dans l'usage à en faire, que par nos

Nr. 8100. Frankreich. 7. Sept. 1877.

propres convenances. Ce sont ces convenances, qu'il s'agit de déterminer; le contreamiral Duperré, en se rendant pour la seconde fois à Saïgon, avait présenté à ce sujet à votre département des observations qui ont été sérieusement examinées. || Suivant cet officier général, après l'expérience faite des difficultés que soulevait l'exécution du traité, il n'y avait plus d'autre alternative pour nous que de conquérir le Tonkin ou de l'abandonner. La retraite devait s'entendre en ce sens que nous retirerions le plus tôt possible les escortes de nos Consuls, les fonctionnaires préposés à l'organisation et à la surveillance des douanes, de façon à livrer entièrement à elle-même l'administration indigène, à réduire les attributions de nos agents diplomatiques ou consulaires à ce qu'elles sont en Chine et au Japon et à assimiler enfin de tout point, vis-à-vis de nous, l'indépendance de l'Annam à celle de ces deux derniers pays. || Bien que les circonstances soient aujourd'hui plus favorables pour nous qu'elles ne l'étaient alors au point de vue de nos relations internationales, je ne crois pas que nous devions chercher à étendre notre situation au Tonkin. En supposant même qu'une telle entreprise dût être peu coûteuse par elle-même, elle nous exposerait encore au grave inconvénient d'être entraînés plus loin que nous ne voulons aller et nous créerait, en tout état de cause, de grands embarras, par suite de l'insuffisance numérique du personnel spécial dont nous pourrons disposer et qui ne serait nullement en état d'administrer une population trois ou quatre fois plus nombreuse que ne l'est celle de la Basse-Cochinchine. Cette combinaison ne mérite donc pas, suivant moi, de fixer présentement notre attention. Mais si je tiens pour sage de l'écarter, il ne s'ensuit pas que je me rallie au projet qui consisterait à rendre plus normaux et plus simples nos rapports avec l'Annam au prix du retrait des établissements que nous y avons fondés. Je ne méconnais nullement les inconvénients qu'entraînent pour nous les défiances et les préventions que nous inspirons au Gouvernement annamite; je me rends également bien compte des tiraillements qui en sont la conséquence, de l'amoindrissement qui en résulte dans le rendement des douanes, ainsi que du mauvais vouloir croissant dont les chrétiens, tenus pour nos complices, se voient l'objet de la part des mandarins et des lettrés. || Je crois, en effet, qu'il y a là pour nos Agents des obstacles très sérieux, propres à mettre leur expérience, leur tact, leur patience à une difficile épreuve. Mais il ne faut pas oublier, non plus, l'effet que produirait sur le Gouvernement et sur la population annamites l'abandon de la situation que nous nous étions assurée par de longues négociations. Les rancunes de la Cour de Hué contre la France, qui l'a dépouillée de la Basse-Cochinchine, n'en seraient pas moins vives, et n'aurions-nous pas à craindre que l'expression en fût au contraire aggravée par la croyance générale que nos concessions seraient imputables à la faiblesse? Quel motif avons-nous de penser que, faisant exception aux habitudes et aux instincts de tous les peuples d'origine asiatique, les Annamites se montreraient plus sensibles à notre générosité qu'ils n'ont été intimidés par notre force? Et si l'on ne

Nr. 8100. Frankreich. 7. Sept. 1877.

raisonne pas à Hué autrement qu'on ne le ferait à Pékin, comment parviendrions-nous à empêcher de s'y établir la conviction que nous abandonnons ce que nous ne pouvons pas garder et que notre impuissance à le retenir explique seule une aussi brusque renonciation aux avantages que la supériorité de nos armes nous avait acquis à une autre époque? || Ces réflexions paraîtront plus décisives encore si l'on tient compte des impressions qu'un semblable mouvement de recul éveillerait dans tous le pays qui entretiennent des relations plus ou moins suivies avec l'Annam et surtout avec la Chine. Est-il besoin de rappeler, à ce propos, le retentissement qu'a eu dans le Céleste Empire la douloureuse issue de l'expédition du Commandant Garnier et la très grave atteinte qu'elle a failli porter à notre prestige? La conclusion des traités et leur notification officielle sont fort heureusement venues dissiper des rumeurs qui commençaient à se propager avec une rapidité inquiétante et qui n'ont pas été sans exercer une influence passagère, mais, très marquée, sur l'attitude du Tsong-li-Yamen, lui-même à l'égard de notre Légation? || Que n'aurions-nous donc pas à attendre d'un retour offensif, si nous y donnions encore une fois prétexte, en fournissant une occasion plausible de se produire à des commentaires dont notre départ du Tonkin semblerait justifier les plus malveillantes insinuations? || J'incline donc à penser, pour ma part, que nous devons nous maintenir sur le terrain où nous nous sommes placés, sauf, dans la pratique, à modérer ou à modifier même la conduite de nos Agents, s'il est nécessaire de le faire pour prévenir des conflits et éviter de nouveaux sacrifices en nous bornant à conserver les positions acquises. || Éclairé par vous sur les côtés particuliers et délicats de cette situation, le Contre-Amiral Lafont parviendra, je n'en doute pas, à éviter les écueils qu'elle présente, et saura se tenir à égale distance des déterminations qui pourraient engager notre action plus que nous ne le voulons et des renonciations que la prudence elle-même déconseille, tant au point de vue de nos relations futures avec l'Annam qu'à celui de nos intérêts généraux dans toutes les contrées de l'Extrême-Orient.

Decazes.

---

## Nr. 8101. FRANKREICH. — Gesandter in China (Brenier de Montmorand) an den franz. Min. des Ausw. — Verhandlungen mit China über die Aufhebung des Suzeränetäts-Verhältnisses zu Anam werden zu keinem Resultate führen. Frankreichs Haltung gegenüber der anamitischen Gesandtschaft, welche nach Peking zur Ueberbringung des Tributs gegangen ist.

Pékin, le 30 septembre 1877. (Reçu le 26 novembre 1877.)

Nr. 8101. Frankreich. 30. Sept. 1877.

J'ai reçu la dépêche que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire, le 30 mai dernier, pour me demander mon sentiment sur la manière de voir

exposée par l'amiral Duperré dans sa lettre du 28 octobre 1876, et sur l'opportunité qu'il pourrait y avoir à introduire, en ce moment, à la Cour de Pékin des demandes formelles en vue de faire cesser les rapports de vassalité qui unissent l'Annam à la Chine. || L'amiral Duperré semble penser que l'envoi triennal d'une Ambassade annamite à Pékin, apportant à l'Empereur le tribut du Roi Tu-Duc, n'est qu'un acte de pure courtoisie, n'ayant, pour ainsi dire, qu'une importance purement historique et qui n'implique en aucune façon la pensée de resserrer un lien aujourd'hui disparu. Il en voit la preuve dans la prise de possession par la France de plusieurs provinces annamites et la conclusion de trois traités successifs avec la Cour de Hué, sans que ces conquêtes ni ces négociations aient soulevé de la part du Gouvernement chinois la moindre réclamation ni la plus simple revendication, de suzeraineté. || Pour corroborer son opinion, l'honorable Gouverneur de la Cochinchine française s'appuie sur l'absence de réclamations de la part du Gouvernement chinois, soit lors de la prise de possession par la France de plusieurs provinces annamites, soit après la conclusion des trois traités successifs que nous avons conclus avec la Cour de Hué. || Mais, si le Gouvernement chinois n'a fait alors aucune objection ni demandé aucune explication, il faut bien plus chercher la raison de son silence, soit dans son désir de n'attirer pour le moment à la Chine aucune complication, soit parce qu'il ne comprenait pas très bien la signification du mot "Protectorat", que dans son acquiescement à ce qui venait de se passer entre la France et le Royaume d'Annam. || D'un autre côté, on s'appuie sur une phrase incidente de la dépêche du prince Kong, en date du 15 juin 1875: "L'Annam est la contrée appelée aussi Yué-Nan, elle a été tributaire de la Chine" — *a été* . . . donc elle n'est plus. Cependant, en supposant la traduction de cette phrase aussi exacte que possible, ce dont il est toujours permis de douter, la suite de la même dépêche atténue singulièrement la valeur de la première déclaration: "La Chine ne pouvait refuser protection et assistance à son *vassal*." || Cette dépêche du prince Kong, en date de 15 juin 1875, répondait à la communication du 25 mai précédent de M. de Rochechouart, dans laquelle notre chargé d'affaires, en envoyant au Gouvernement chinois une copie du traité du 15 mars et en lui faisant part de la ratification qui en avait été faite par le Gouvernement français, exprimait le désir que, comme conséquence de la nouvelle situation faite au roi Tu-Duc, le Gouvernement chinois rappelât les troupes chinoises qui se seraient introduites dans l'Annam. A cela le prince Kong répond "que c'est sur la demande réitérée du Gouvernement annamite et pour le débarrasser des brigands qui infestaient son territoire que le Gouvernement chinois a envoyé des troupes sur cette frontière. Le but une fois atteint, ajoute le prince Kong, leur maintien sur le territoire annamite n'avait plus de raison d'être, et on les a fait revenir. "Est-ce là reconnaître et ratifier la nouvelle situation de l'Annam? || Ce n'était pas, d'ailleurs, la première fois que Son Altesse le Prince Kong invoquait le droit de la Chine d'intervenir dans

Nr. 8101. Frankreich. 30. Sept. 1877.

l'Annam; on lit, en effet, dans la dépêche qu'il écrivait à M. de Geoffroy le 7 février 1874, cette phrase topique: || "Quant au nouveau corps d'armée expédié du Kouang-Si au Tonkin, nous n'avons fait, en l'envoyant, qu'user du droit que nous avons: 1° de secourir un des nos royaumes tributaires; 2° d'assurer la sécurité de nos frontières." || Au reste, l'Amiral Duperré paraît ne pas considérer la question au même point de vue que le Département de Votre Excellence. Le premier semble, en effet, tant soit peu disposé à traiter l'Annam comme une annexe du Gouvernement de Saïgon et croire à un protectorat effectif de notre part, tandis que Votre Excellence, dans sa dépêche du 27 février 1875, insiste sur l'indépendance du roi Tu-Duc. || En l'état, l'Annam me semble donc avoir deux protecteurs: la France et la Chine. En effet, l'article 2 du traité de 1874 déclare que la France, reconnaissant la souveraineté du roi de l'Annam et son entière indépendance vis-à-vis de toute Puissance étrangère, quelle qu'elle soit, lui promet aide et assistance et s'engage à lui donner, sur sa demande et gratuitement, l'appui nécessaire pour maintenir dans ses États l'ordre et la tranquillité, pour se défendre contre toute attaque et pour détruire la piraterie qui désole une partie des côtes du royaume. || Ne semble-t-il pas à Votre Excellence qu'il y ait entre ces paroles et les faits une certaine contradiction? Ainsi, si l'Annam est reconnu comme un État entièrement indépendant, il semblerait que c'est à son Gouvernement qu'aurait dû incomber le soin de transmettre le traité du 15 mars au Gouvernement chinois; et, d'un autre côté, si c'est la France qui est sa véritable protectrice, le tribut apporté cette année à Pékin, — la première fois depuis le traité de 1874, — n'aurait-il pas dû s'arrêter à Saïgon? Tout au contraire, une ambassade part d'Hanoï pour Pékin au bruit d'une salve d'artillerie; M. de Kergaradec ou le chargé d'affaires de l'amiral en sont informés; ils rendent visite aux divers membres de l'ambassade, et ils apprennent de l'un des ambassadeurs annamites, le Mandarin Bin-Van-Ki, que ses instructions portent d'aller rendre visite au Ministre de France à Pékin, une fois sa mission remplie, mais seulement après en avoir obtenu la permission des mandarins chinois chargés de le recevoir. || Toutefois, il y a lieu de penser que l'autorisation de faire cette visite, — en supposant qu'elle ait été demandée, — n'a pas été accordée; car l'ambassade annamite est repartie de Pékin sans s'être présentée à la légation de France. || Notre situation vis-à-vis de l'Annam est donc en quelque sorte mixte et indéterminée. || Après cet exposé, Votre Excellence pensera sans doute avec moi qu'il serait peut-être difficile en ce moment de mener à bien de nouvelles négociations avec le Tsong-li-Yamen au sujet des nouveaux rapports que nous désirerions voir exister entre l'Annam et la Chine. On ne peut guère se flatter de briser en un jour des liens que des conformités de race, de religion et de moeurs ont établis depuis des siècles entre deux peuples, chez lesquels les traditions sont tout, et où le respect des anciennes coutumes tient lieu de civilisation. || En outre, le Gouvernement chinois trouverait toujours moyen d'éluder ces questions

aussi embarrassantes pour lui que pour nous, et après une volumineuse correspondance échangée nous aboutirions, je le crains, à un échec, en ce sens que nous ne serions guère plus avancés qu'aujourd'hui et que rien ne serait décidé. Toute la question, pour les extrêmes-Orientaux, est de gagner du temps, et tous leurs actes semblent prouver qu'ils comptent sur ce grand auxiliaire pour nous expulser un jour de leur pays. || Je partage donc entièrement sur ce point l'opinion de l'Amiral Duperré, et je crois que nous avons tout intérêt à laisser les choses dans le *statu quo*, tout en nous réservant le droit d'intervenir dans le cas où les relations de la Chine et de l'Annam, ne se bornant plus à un simple acte de courtoisie et de soumission, sur lequel nous pouvons sans danger fermer les yeux pour le moment, prendraient un caractère plus étroit et arriveraient à menacer ainsi nos intérêts en Cochinchine.

Nr. 8101. Frankreich. 30. Sept. 1877.

Brenier de Montmorand.

---

## Nr. 8102. **FRANKREICH.** — Geschäftsträger in China (Patenôtre) an den franz. Min. des Ausw. (Freycinet). — Die anamitische Regierung sucht das alte Vasallen-Verhältniss zu China wiederherzustellen. Frankreich darf die Absendung eines Tributs nicht zulassen.

Pékin, le 5 mai 1880. (Reçu le 2 juillet 1880).

Je prends la liberté d'appeler toute l'attention de Votre Excellence sur le document ci-joint que j'emprunte à la *Gazette de Pékin* et dans lequel la prétendue suzeraineté de la Chine sur l'Annam, si souvent revendiquée dans ces derniers temps par le Gouvernement Impérial, s'affirme avec plus de netteté que jamais, grâce, cette fois, à la connivence du Roi Tu-Duc. Le Roi d'Annam, en effet, loin de répudier les traditions de dépendance que le traité de 1874 a eu pour objet d'abroger, semble saisir avec empressement l'occasion de renouer les anciens liens qui l'unissaint à la Chine. C'est ainsi qu'il fait demander à la Cour de Pékin, par l'entremise du Gouverneur de Kouang-Si, à quelle époque il lui sera permis d'envoyer à l'Empereur le tribut que les Souverains annamites ont coutume de lui offrir périodiquement. Ce n'est pas la première fois que le Gouverneur du Kouang-Si sert ainsi d'intermédiaire entre le suzerain et le vassal. Je faisais remarquer à ce propos, dans ma dépêche du 4 mars, qu'en écrivant au Roi d'Annam, ce haut mandarin s'était servi récemment d'une forme de correspondance impliquant une sorte d'assimilation de grade entre lui et Tu-Duc. Non seulement ce dernier ne s'offense pas d'être traité d'égal à égal par un fonctionnaire chinois, mais il emploie aujourd'hui, en s'adressant au Gouverneur du Kouang-Si, une forme de message réservée par l'étiquette pour les relations d'inférieur à supérieur. || J'ai montré d'autre part qu'en laissant, par une condescendance inexplicable et malgré les avertissements répétés de la Légation, le Roi Tu-Duc libre d'envoyer en 1876

Nr. 8102. Frankreich. 5. Mai 1880.

Nr. 8102. Frankreich. 5. Mai 1880.

son tribut à Pékin, notre Gouvernement de Cochinchine avait donné, à l'intervention ultérieure de la Chine dans les affaires du Tonkin, un prétexte plus ou moins plausible. La question se pose à nouveau aujourd'hui avec une gravité particulière. Je ne puis que répéter ici ce que j'ai maintes fois déjà écrit au Département: Si la France ne veut pas renoncer à toute influence dans l'Extrême Orient, il est d'une nécessité absolue d'apporter un prompt remède à une situation qui va s'aggravant de jour en jour. Dans les circonstances actuelles et vu l'affectation que met la Chine à rappeler, à chaque instant, une suzeraineté qui est la négation même du protectorat français sur le Tonkin, il n'y a pas à se dissimuler que le maintien du tribut annamite serait interprété de notre part comme une abdication.

Patenôtre.

---

## Nr. 8103. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Min. der Marine und der Colonien (Jauréguiberry.) — Die geplante Entsendung einer anamitischen Gesandtschaft nach Peking ist zu hintertreiben.

Paris, le 24 mai 1880.

Nr. 8103. Frankreich. 24. Mai 1880.

En m'entretenant du projet de la Cour de Hué d'envoyer une Ambassade à Pékin, vous m'exprimez la crainte que la réalisation d'un pareil projet n'influe d'une façon fâcheuse sur notre situation vis-à-vis de la Cour de Hué et vous voulez bien en même temps me demander mon avis au sujet de cette question sur laquelle vous vous proposez d'adresser prochainement des instructions à M. le Gouverneur de la Cochinchine. || J'estime avec vous que la solution définitive à donner aux difficultés soulevées par les liens de vassalité que l'Annam persiste à vouloir reconnaître est intimement liée au projet en ce moment à l'étude pour le remaniement du traité de 1874. Je partage également vos doutes sur la possibilité de nous opposer aujourd'hui d'une manière ostensible à l'Ambassade qui se prépare, après que nous avons fermé les yeux sur une première manifestation de ce genre, il y a deux ans. Il me semble toutefois que nous pourrions sans inconvénient inviter M. Rheinart à faire des efforts pour détourner indirectement le Gouvernement Annamite de son projet, en laissant entendre que la France, sans élever d'objection formelle, verrait cependant d'un mauvais oeil l'envoi d'une mission à Pékin. || Il est très probable que, si notre représentant s'exprime en ce sens avec l'énergie nécessaire, bien qu'avec prudence, son langage aura tout au moins pour effet de donner à réfléchir aux Ministres de Tu-Duc et d'entraîner dans l'exécution du projet des délais qui seraient à notre avantage, s'ils nous permettaient de gagner le moment où nous devrons nous occuper de soumettre à un réglement mieux défini la question générale des relations de l'Empire d'Annam avec la France. || En tous cas, vous jugerez sans doute convenable d'inviter M. Rheinart à vous tenir très exactement

informé de tous les incidents qui se rapporteraient à ce projet d'Ambassade annamite en Chine. Nr. 8103. Frankreich. 24. Mai 1880.

C. de Freycinet.

---

## Nr. 8104. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den Min. der Marine und der Colonien. — Eine Expedition nach Tonkin zum Zweck der Besetzung des Rothen Flusses erscheint erforderlich.

Paris, le 26 juillet 1880.

D'après l'étude de nouveaux documents sur le Tonkin, je crois que votre première idée d'occupation de ce pays était plus juste que celle d'une simple police des embouchures du fleuve, à laquelle s'est rallié le Conseil des Ministres. A mon sens, il faudrait en revenir à la pensée d'une véritable expédition aboutissant à une solide occupation du fleuve jusque dans sa partie supérieure. D'après les derniers témoignages qui m'ont été fournis, 3,000 hommes suffiraient, et l'on serait largement rémunéré des frais par le produit de la douane sur les ports de commerce du fleuve. Il n'y aurait aucune complication à redouter du côté de la Chine, qui peut-être même verrait volontiers qu'on la soulageât de la police intermittente qu'elle fait actuellement aux embouchures pour protéger son commerce de Canton. Dans ces conditions, je pense qu'il conviendrait de préparer un projet de loi dans lequel on aborderait de front l'idée d'une occupation du fleuve Rouge. Si vous partagez cette manière de voir, je vous prierai de vouloir bien élaborer ce projet de loi que nous soumettrons au Conseil et au Président de la République après les vacances, vers la fin de septembre. Je tiens à votre disposition, pour le cas où il pourrait vous intéresser, le dossier que j'ai réuni en dernier lieu sur le Tonkin. Nr. 8104. Frankreich. 26. Juli 1880.

C. de Freycinet.

---

## Nr. 8105. CHINA. — Gesandter in Paris (Tseng) an den franz. Min. des Ausw. (Barthélémy-Saint-Hilaire). — Bittet um Aufklärung über die Intentionen der franz. Regierung bez. Tonkins.

Saint-Pétersbourg, le 10 novembre 1880.

J'ai l'honneur d'informer Votre Excellence qu'à la suite des bruits qui avaient couru sur certaines causes de nature à créer un conflit entre le Gouvernement français et le Prince du Tonkin, j'ai eu, le 25 janvier, une entrevue avec M. de Freycinet, au Ministère des Affaires étrangères. Et après avoir fait connaître à Son Excellence, lors de cet entretien, les liens de vassalité qui unissent le Tonkin à la Chine, je lui ai demandé s'il y avait réellement des causes de cette nature. Son Excellence a déclaré que de pareilles causes Nr. 8105. China. 10. Nov. 1880.

Nr. 8105. China. 10.Nov. 1880.

n'existaient point, et cette assurance a pu calmer nos appréhensions sur ce sujet. || Mais, d'après des informations plus récentes, il paraît que le Gouvernement français aurait l'intention d'envoyer ou a déjà expédié des troupes au Tonkin, ce qui m'a fait renaître des appréhensions. || J'ai donc l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir m'informer si ces observations sont authentiques, et si, depuis l'entretien que j'ai eu avec M. de Freycinet, les intentions du Gouvernement français ont subi quelque changement. || J'espère que Votre Excellence voudra bien me faire connaître, comme son prédécesseur, les vues de votre Gouvernement relatives à la question du Tonkin; car je n'ai pas besoin de déclarer à Votre Excellence que le Gouvernement chinois ne saurait regarder avec indifférence des opérations qui tendraient à changer la situation politique d'un pays limitrophe comme le Royaume du Tonkin, dont le Prince a reçu jusqu'à présent son investiture de l'Empereur de Chine. || Comme je suis occupé à des négociations avec le Gouvernement russe, je n'ai pu, à mon regret, présenter mes félicitations à Votre Excellence, le jour de votre entrée au Ministère. Dès que je serai arrivé à un arrangement à Saint-Pétersbourg, je m'empresserai de venir à Paris pour présenter mes devoirs à Votre Excellence. Pour le moment, je dois prier Votre Excellence de vouloir bien me donner une réponse à la note que j'ai l'honneur de lui adresser.

Tseng.

---

## Nr. 8106. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den chinesischen Gesandten in Paris. — Für die Beziehungen Frankreichs zu Anam sind die Verträge von 1874 maassgebend, durch welche Frankreich die vollständige Unabhängigkeit des Königs von Anam anerkannt hat.

Paris, le 27 décembre 1880.

Nr. 8107 Frankreich. 27.Dec. 1880.

Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire de Saint-Pétersbourg, sous la date du 10 novembre, pour me demander des renseignements sur l'état actuel des rapports de la France avec le Tonkin, et vous avez bien voulu me rappeler les termes d'une conversation qui a eu lieu, sur le même sujet, entre mon prédécesseur et vous, dans les premiers jours de l'année courante. || Nos rapports avec le Tonkin sont réglés par le traité conclu, le 15 mars 1874, entre la République française et l'Empire d'Annam, dont le Tonkin, vous ne l'ignorez pas, est une dépendance. || En vertu de l'article 2 de cet acte solennel, la France a reconnu l'entière indépendance du Souverain de l'Annam vis-à-vis de toute Puissance étrangère quelle qu'elle soit, lui a promis aide et assistance, et s'est engagée à lui donner tout l'appui nécessaire pour maintenir dans ses États l'ordre et la tranquillité, pour le défendre contre toute attaque. Je dois ajouter que le même traité a placé sous la protection de la France les intérêts européens en Annam. || L'acte dont je viens d'indiquer les principales clauses

a été communiqué, en son temps aux différents Gouvernements qu'il pouvait intéresser; la Cour de Chine, en particulier, en a reçn notification par l'entremise de la Légation de France à Pékin. Les relations du Gouvernement de la République avec l'Annam et ses différents provinces se trouvent depuis lors définies avec une précision suffisante, et je ne doute pas que M. de Freycinet, à l'entretien amical de qui vous vous êtes référé, ne vous ait donné avant moi des explications parfaitement concordantes avec le texte du traité qui détermine les droits et les obligations de la France. || Je ne fais pas difficulté de vous assurer, à mon tour, que le Gouvernement de la République a l'intention de se conformer aux stipulations du traité de 1874 et de remplir les obligations qui peuvent en découler pour lui. Il comprend sans peine l'intérêt que la Cour de Pékin attache, comme nous-mêmes, au maintien du bon ordre dans une contrée voisine de la frontière du Céleste Empire, et il appliquera tous ses efforts à empêcher qu'aucune difficulté ou aucun malentendu ne s'élève, de ce chef, entre la France et le Gouvernement impérial chinois.

Barthélémy-Saint-Hilaire.

Nr. 8106. Frankreich. 27. Dec. 1880.

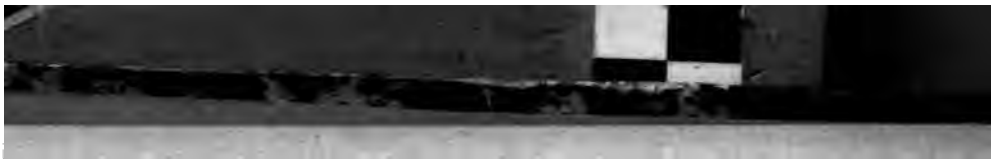
---

## Nr. 1807. FRANKREICH. — Gesandter in China (Bourée) an den franz. Min. des Ausw. — Ankunft der anamitischen Gesandtschaft. Nothwendigkeit einer energischen Politik Frankreichs.

Pékin, le 27 décembre 1880. (Reçu le 2 mars 1881.)

Je viens d'adresser à Votre Excellence, par voie télégraphique russe, une dépêche destinée à lui annoncer l'arrivée imminente à Pékin de l'ambassade annamite chargée d'apporter à l'Empereur le tribut qu'il serait dans les habitudes du roi Tu-Duc d'acquitter tous les quatre ans. J'ai l'honneur de joindre au présent rapport la traduction de la *Gazette de Pékin*, destinée à porter ce fait à la connaissance de ses lecteurs. || Déjà, le 5 mai dernier, l'organe officiel du Gouvernement chinois avait publié une lettre du roi Tu-Duc au Vice-Roi des Deux Kouang demandant à ce haut fonctionnaire l'autorisation de laisser acheminer vers la capitale les délégués de la Cour de Hué. En rendant compte de cet incident à M. de Freycinet, M. Patenôtre l'appréciait dans des termes si justes et formulait à cette occasion des réflexions si sensées, que je dois prier instamment Votre Excellence de vouloir bien se reporter à sa communication. || Le mémoire présenté aujourd'hui au Trône par les Envoyés du roi Tu-Duc fait ressortir avec plus de force et d'instance que jamais la volonté bien arrêtée de resserrer les liens qui unissent l'Annam à la Chine, et il n'est pas une ligne de ce document qui n'ait été rédigée dans une pensée de protestation contre notre établissement en Cochinchine et contre les traités. Ce serait fermer les yeux à l'évidence que de ne pas voir dans la conduite du roi Tu-Duc un audacieux défi dont la signification s'aggrave encore par la

Nr. 8107. Frankreich. 27. Dec. 1880.





Nr. 8107. Frankreich. 27. Dec. 1880.

violation d'un traité à peine signé et qui proclame l'absolue indépendance de l'Annam à l'égard de toute Puissance autre que la France. || En agissant ainsi, le Gouvernement annamite a certainement voulu répondre par une manifestation retentissante aux bruits qui ont été répandus dans ces derniers temps et d'après lesquels nous songerions à mettre définitivement la main sur le Tonkin et à proclamer notre protectorat sur le reste de l'Annam. || Il serait surprenant que tout cela n'eût pas été concerté avec la Cour de Pékin. Cette dernière en tous cas n'aura sûrement rien fait pour décourager ses clients bénèvoles, et l'accueil fait par elle aux protestations d'attachement et de dévouement, dont je viens de rendre compte, est de nature à autoriser l'espoir que la résistance du roi Tu-Duc à nos plus légitimes revendications trouvera désormais tout au moins des encouragements et peut-être même un point d'appui à Pékin. Rien de plus fâcheux ne pouvait survenir pour notre influence en Cochinchine. Si non seulement nos projets doivent être ajournés de ce côté, mais si notre abstention doit avoir dans toute la péninsule des effets d'autant plus regrettables que l'on nous a récemment attribué des intentions plus énergiques et demeurées sans application, si enfin la Chine doit bénéficier de la faiblesse de notre attitude et voir accroître son prestige de tout ce dont le nôtre diminuerait, on peut en vérité se demander pourquoi nous restons à Saïgon et comment nous ne préférons pas une retraite volontaire, explicable par des considérations de politique générale ou des vues raisonnées, à un effacement graduel de la puissance coloniale, chèrement acquise dans cette contrée, et à un amoindrissement progressif devant fatalement nous conduire à une évacuation contrainte et forcée qui ternirait jusqu'au souvenir de nos conquêtes passées. || Des renseignements, que je tiens d'une source confidentielle mais sûre, m'autorisent d'ailleurs à penser que le roi Tu-Duc ne s'est pas borné à des démonstrations purement platoniques, et que la mission de ses ambassadeurs ne se rapporte pas uniquement à des questions de cérémonial et d'étiquette. Il me revient en effet qu'outre le mémoire publié dans les journaux officiels, il en existe un autre d'une nature très confidentielle, destiné à solliciter l'appui matériel de la Chine contre les vues envahissantes que l'on nous attribue, dont ferait foi la campagne ouverte depuis plusieurs mois dans la presse française, et qui mettrait en péril l'intégrité de l'Annam. Si le fait est vrai, et, dans l'état actuel des choses, il me paraîtrait impossible qu'il ne le fût pas, la Cour de Hué serait bien près de prendre à notre égard une attitude qui nous réduirait à un rôle purement défensif, le pire de tous, quand on a affaire à des Asiatiques. || Comme je vous le disais dans mon télégramme, il ne nous est plus possible ni permis de temporiser davantage, et la question se pose pour nous de savoir si, dans ces mers, nous entendons poursuivre le bénéfice de la politique pratiquée depuis vingt ans, non sans succès et non sans gloire, ou si, comme l'écrivait M. Patenôtre, nous entendons abdiquer et abandonner aux autres Puissances les avantages découlant des traités que nos armes victorieuses ont naguère imposés sur le terrain écono-

mique: une telle politique ne serait pas moins funeste à nos intérêts matériels qu'à notre dignité. Ma dépêche d'hier vous a effectivement indiqué à quels symptômes je rattachais l'espoir de voir bientôt la Chine renoncer à ses vieux préjugés contre les grandes innovations de la science industrielle de l'Occident. Le moment est proche peut-être où elle va faire appel aux capitaux, aux ingénieurs, aux savants de l'Europe: dès que le premier chemin de fer aura été décrété, des horizons immenses vont se trouver ouverts au génie progressiste, commercial et civilisateur des puissances européennes. Serons-nous les seuls à ne point participer à ce bouleversement économique auquel il est impossible d'assigner des limites et dont, à tous les points de vue, les conséquences doivent être incalculables? Si de telles révolutions avaient dû s'accomplir au lendemain de la signature du traité de Tientsin, de quel poids nos résolutions n'auraient-elles pas pesé sur celles du Gouvernement chinois pour faire tourner à notre avantage les tendances nouvelles auxquelles il aurait obéi? Quel crédit auraient, par contre, les désirs et les recommandations d'un Gouvernement dont les Annamites eux-mêmes auraient eu raison, qui se désintéresserait de ses anciennes conquêtes. || Je supplie Votre Excellence de pardonner l'insistance avec laquelle je reviens sur cette question de l'Annam. Mais je la crois intimement liée à celle de nos intérêts généraux dans l'Extrême Orient, et c'est avec une véritable douleur patriotique que je verrais le Gouvernement de la République renoncer à consommer une oeuvre presque réalisée déjà. Nr. 8107. Frankreich. 27. Dec. 1880.

Bourée.

---

## Nr. 8108. FRANKREICH. — Decret, betreffend die französische Jurisdiction in Anam. Vom 17. August 1881.

Le Président de la République Française, || Sur le rapport du Ministre de la Marine et des Colonies, du Ministre des Affaires étrangères et du Garde des Sceaux, Ministre de la Justice; || Vu l'article 16 du traité conclu, le 15 mars 1874, entre la France et le royaume de l'Annam; || Vu le décret du 25 mai 1881, portant réorganisation du service judiciaire en Cochinchine; || Vu l'article 18 du sénatus-consulte du 3 mai 1854, Nr. 8108. Frankreich. 17. Aug. 1881.

Décrète:

Art. 1. Sur le territoire ouvert aux Européens dans le royaume d'Annam, la justice est rendue aux nationaux sujets ou protégés français et à tous sujets ou protégés d'une puissance étrangère, et dans tous les cas où il n'y a pas de sujets annamites en cause, par les tribunaux français établis au siége des Résidents de France. || Ces tribunaux sont assimilés aux tribunaux de première instance siégeant dans l'intérieur de la Colonie.

Art. 2. Ces tribunaux se conformeront, pour le jugement des affaires civiles, commerciales et pénales intéressant les justiciables désignés à l'article 1er,

Nr. 8108. Frankreich. 17. Aug. 1881.

à la législation en vigueur en Cochinchine, laquelle sera promulguée dans les territoires compris dans la juridiction des tribunaux au siége des Résidents.

Art. 3. Les fonctions du ministère public, de greffier, de notaire et d'huissier seront remplies par des fonctionnaires désignés par le Gouverneur de la Cochinchine. || Les fonctions de notaire et de greffier pourront être réunies.

Art. 4. Il n'est rien modifié aux dispositions en vigueur, d'après les traités conclus avec le Gouvernement annamite et concernant les juridictions instituées pour le jugement des affaires civiles, commerciales et pénales, où seraient parties des sujets annamites conjointement avec des nationaux sujets, ou protégés français, ou des sujets ou protégés d'une puissance étrangère.

Art. 5. Pourront être distraites de la juridiction des tribunaux français les causes dans lesquelles les sujets d'une Puissance étrangère seront défendeurs lorsqu'il sera intervenu des arrangements particuliers entre ladite Puissance et le Gouvernement de la République française pour l'établissement d'une juridiction spécialement chargée de la connaissance de ces causes.

Art. 6. Le Ministre de la Marine et des Colonies, le Ministre des Affaires étrangères et le Garde des Sceaux, Ministre de la Justice, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret, qui sera inséré au *Bulletin des lois* et au *Bulletin officiel de la Marine.*

Fait à Paris, le 17 août 1881.

Jules Grévy.

---

## Nr. 8109. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Die chinesische Regierung erkennt den Vertrag von 1874 nicht an.

Paris, le 24 septembre 1881.

Nr. 8109. China. 24. Sept. 1881.

J'ai eu l'honneur de recevoir la dépêche de Votre Excellence en date du 27 décembre dernier, dans laquelle Elle a bien voulu me faire connaître que les rapports actuels de la France avec l'Annam ont pour base un traité où le Gouvernement de la République, tout en reconnaissant la souveraineté et l'indépendance entière du Prince d'Annam, lui a promis aide et assistance pour maintenir l'ordre et la tranquillité dans ses États. || Il est dit, en outre, dans la dépêche de Votre Excellence que le Gouvernement français a l'intention de se conformer aux stipulations du traité de 1874 et de remplir les obligations qui peuvent en découler pour lui; et puis, en reconnaissant la légitimité de l'intérêt que la Cour de Pékin attache aux affaires de l'Annam, Votre Excellence a bien voulu ajouter que le Gouvernement français appliquera tous ses efforts à empêcher qu'aucune difficulté ou aucun malentendu ne s'élève de ce chef entre la France et la Chine. || J'ai été heureux de recevoir cette assurance de la part de Votre Excellence; et je me suis empressé de la

communiquer à mon Gouvernement, en lui demandant des instructions au sujet de tout ce qui concerne la question du Tonkin. || Maintenant j'ai à informer Votre Excellence que le Gouvernement Impérial ne peut pas reconnaître le traité de 1874. Mais le Cabinet français ayant promis d'appliquer tous ses efforts à empêcher qu'aucune difficulté ou aucun malentendu ne s'élève au sujet du Tonkin entre la France et la Chine, il est permis de croire que le Gouvernement de la République cherchera dans toutes les circonstances à se mettre d'accord avec la Cour de Pékin, afin que l'affaire en question soit réglée d'une façon satisfaisante. || Le Gouvernement chinois espère que le Gouvernement de la République trouvera moyen de conserver ses intérêts dans le Tonkin, sans porter atteinte à ceux que l'Empire de Chine y possède incontestablement, soit à titre de suzerain, soit comme pays voisin et limitrophe. Il soutient, en outre, que la reconnaissance par la France de l'indépendance du Prince d'Annam ne peut, par ce fait, changer les relations déjà existantes entre la Chine et l'Annam, et que le Prince de ce pays ne peut, par aucun acte, conférer à qui que ce soit, surtout à une Puissance étrangère, aucune partie des droits souverains qu'il tient directement de l'Empereur de Chine, en vertu de son investiture. || Les vues exposées plus haut n'étant que le développement de celles qui étaient déjà connues de Votre Excellence, lorsqu'Elle me fit la promesse que le Gouvernement de la République appliquera tous ses efforts à empêcher qu'aucune difficulté ou aucun malentendu ne s'élève au sujet du Tonkin entre la France et la Chine, j'en conclus donc que le Gouvernement français, avant de procéder dans le sens indiqué par le crédit récemment voté par la Chambre des députés, essayera d'arriver à une entente avec le Gouvernement chinois, quant aux mesures qui lui paraîtront nécessaires pour assurer ses intérêts dans le Tonkin; car le Gouvernement français comprendra sans peine que l'invasion du Tonkin par les troupes françaises, dans quelques circonstances que ce soit, ne manquera pas de provoquer des grandes inquiétudes à la Cour de Pékin. || En recommandant ce qui précède à la plus sérieuse attention de Votre Excellence, je la prie de vouloir bien agréer les assurances de la très haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être, Monsieur, etc.

Nr. 8109. China. 24. Sept. 1881.

Tseng.

---

## Nr. 8110. FRANKREICH. — Min. der Marine und der Colonien (Cloué) an den Min. d. Ausw. — Instruction für den neuen Gouverneur von Cochinchina.

Paris, le 26 septembre 1881.

J'ai l'honneur de vous communiquer, ci-joint, en projet, le texte des instructions que doit emporter M. le Gouverneur de la Cochinchine touchant les affaires du Tonkin et du Cambodge.

Nr. 8110. Frankreich. 26. Sept. 1881.

Nr. 8110. Frankreich. 26. Sept. 1881.

M. Le Myre de Vilers devant partir le 2 octobre prochain, pour retourner à son poste, je vous serai reconnaissant de me faire connaître, dans le plus bref délai possible, si vous avez des objections à formuler contre ces instructions.*)

Cloué.

L'Amiral Cloué, Ministre de la Marine et des Colonies,
à M. le Myre de Vilers, Gouverneur de la Cochinchine-française.

Paris, le septembre 1881.

Au moment où vous allez rejoindre votre poste, je crois nécessaire de vous faire connaître les vues du Gouvernement sur les questions qui intéressent notre politique dans l'Extrême Orient et auxquelles se trouve nécessairement mêlé le Gouvernement de la Cochinchine. || J'ai lu avec intérêt les appréciations contenues dans vos notes des 25 avril et 6 septembre sur la question du Tonkin. Je constate avec satisfaction que la ligne de conduite que vous préconisez est, d'une manière générale, conforme à celle que le Gouvernement considère comme indiquée par la prudence, et d'accord avec le langage qu'il a tenu à la tribune, lors de la récente discussion des crédits supplémentaires. || Relever le prestige de l'autorité française amoindrie par nos hésitations et nos faiblesses, et cependant se garder, avant tout, de se lancer dans les aventures d'une conquête militaire, protéger manifestement les intérêts et la sécurité des Européens dans ces parages: tel est l'objet que nous devons assigner comme but à notre politique au Tonkin. || Il faut donc prendre une attitude et tenir un langage vis-à-vis de la Cour de Hué, qui lui fassent comprendre que le moment est venu de prendre au sérieux les stipulations que les ruses de sa politique tortueuse ont jusqu'alors réduites à l'état de lettre morte. || Pour se faire accepter, cette attitude doit s'appuyer sur une manifestation matérielle qui n'ait nullement le caractère d'une action militaire, mais qui suffise cependant à faire comprendre que nous avons les moyens de faire respecter la volonté de la France. || C'est l'inexécution des traités de 1874 qui doit servir de thème à nos revendications et justifier la sévérité de notre langage. || L'appui nécessaire pour en assurer l'efficacité se trouvera dans l'envoi, sur les côtes du Tonkin, de tout l'effectif naval dont vous pourrez disposer. Vous apprécierez le moment où cette manifestation devra se faire, au point de vue de l'opportunité politique, comme au point de vue de la saison. || La nécessité de poursuivre la piraterie qui se déplace plutôt qu'elle ne diminue, d'assurer la liberté du commerce du fleuve aux commerçants européens, rend absolument correct, au point de vue des traités, ce déploiement de forces maritimes, ainsi que notre intervention dans les eaux du fleuve. || Vous pourrez, au besoin, toujours dans le même ordre d'idées, appuyer votre

*) Barthélémy-Saint-Hilaire spricht in einem Schreiben vom 26. September seine unbedingte Zustimmung zu der Instruction aus.

démonstration d'un léger accroissement des garnisons d'Hanoï et de Haï-Phong, accroissement que la Cochinchine pourra fournir sans compromettre sa sécurité. || Il n'est pas douteux que vous ne trouviez ensuite un motif pour remonter le fleuve. Le développement de notre action dans cette direction rencontrera d'autant moins de résistance que vous ferez en sorte qu'il tourne au profit de la sécurité des populations et du commerce, || Vous me tiendrez toutefois exactement au courant de tout ce qui se passera, afin que, dans le cas de complications imprévues, vous puissiez recevoir les ordres du Gouvernement.

Nr. 8110. Frankreich. 26. Sept. 1881.

Cloué.

---

## Nr. 8111. FRANKREICH. — Min. des Ausw. (Gambetta) an den chinesischen Gesandten in Paris. — Die chinesische Regierung hat bei der officiellen Mittheilung der Verträge von 1874 nicht gegen dieselben protestirt.

Paris, le 1er janvier 1882.

Je me suis fait représenter dernièrement une lettre que vous avez adressée, sous la date du 24 septembre 1881, à M. Barthélémy-Saint-Hilaire, mon prédécesseur au Département des Affaires étrangères, en réponse à sa communication du 27 décembre 1880, concernant les affaires de la Colonie française de Cochinchine. Vous développiez dans cette lettre différentes considérations relatives à la situation internationale de l'Empire d'Annam, et j'ai regretté de constater une certaine différence entre vos appréciations à cet égard et celles que M. Barthélémy-Saint-Hilaire vous avait exposées au nom du Gouvernement de la République. Je croirais inopportun d'engager ici une discussion de principe; je préfère me borner à mentionner que la communication, qui vous a été transmise à la date du 27 décembre 1880, contient l'indication exacte des faits auxquels le Gouvernement français a le devoir de se tenir. || Il est toutefois un point dans votre lettre que je ne saurais laisser passer sans une observation particulière. Le Gouvernement Impérial chinois, écriviez-vous, ne peut pas reconnaître le traité de 1874 conclu entre la France et l'Annam. Or, ce traité, qui règle précisément nos rapports avec l'Annam, a été officiellement communiqué au Gouvernement chinois, le 25 mai 1875, par le Comte de Rochechouart, Chargé d'affaires de France à Pékin, et dans la réponse en date du 15 juin suivant, que le Prince Kong a envoyée à M. de Rochechouart, il n'a été élevé aucune objection contre la conclusion du traité, ni contre aucune de ses clauses; l'Annam est mentionnée simplement comme ayant été autrefois un pays tributaire de la Chine, ce qui ne présente, à vrai dire, qu'un intérêt historique. || Vous comprendrez sans peine que, dans ces conditions, il nous soit malaisé d'admettre que le Gouvernement chinois vienne contester aujourd'hui un traité existant et déjà entré dans la période

Nr. 8111. Frankreich. 1. Jan. 1882.

Nr. 8111. Frankreich. 1. Jan. 1882.

d'application depuis près de huit années; nous ne saurions nous arrêter en tout cas à une réclamation aussi tardive, et le Gouvernement de la République hésite d'autant moins à revendiquer l'entière liberté de ses actes en ce qui concerne l'exécution de ses conventions avec l'Annam, qu'il ne nourrit, ainsi que M. de Freycinet et M. Barthélémy-Saint-Hilaire vous en ont successivement donné l'assurance, aucun dessein qui puisse porter ombrage à la Chine ou qui soit préjudiciable à ses intérêts.

Léon Gambetta.

---

## Nr. 8112. FRANKREICH. — Gouverneur von Cochinchina (le Myre de Vilers) an den Min. des Handels*) und der Colonien (Rouvier). — Die Lage in Tonkin hat eine Verstärkung des franz. Postens in Hanoï nöthig gemacht.

Saïgon, le 18 janvier 1882. (Reçu le 12 février 1882.)

Nr. 8112. Frankreich. 18. Jan. 1882.

J'ai l'honneur de vous confirmer mon télégramme du 17 janvier, ainsi conçu.**) || Je ne puis mieux faire, pour vous mettre à même d'apprécier à ligne de conduite que je compte suivre et les causes qui ont motivé ma détermination, que de vous communiquer les instructions que j'ai adressées à notre Chargé d'affaires près la Cour de Hué***) et à M. le Commandant de la division navale. || Je ne saurais trop le répéter, c'est pacifiquement, administrativement, politiquement, que nous devons opérer au Tonkin; une action militaire pourrait avoir des conséquences graves, et entraînerait le Gouvernement de la République dans des complications hors de proportion avec les résultats à atteindre. J'ai la conviction qu'avec de la fermeté, de la persévérance et de l'esprit de suite, nous ferons ce que nous voudrons. || Du reste, pourquoi engager la lutte? Et avec qui? || Le Tonkin est actuellement occupé par cinq armées différentes: || L'armée royale, les bandes de Pavillons-Noirs à la solde de l'Annam, les troupes impériales chinoises sur la frontière, les Pavillons-Jaunes et les troupes françaises. || En dehors de nos soldats, il est

---

*) Gambetta hatte das Departement der Colonien vom Marine-Ministerium getrennt und mit dem des Handels vereinigt; Freycinet stellte alsbald das alte Verhältniss der Ressorts wieder her.

**) Das Telegramm l utet:

Saïgon, le 16 janvier 1882.

En présence de l'impuissance du Gouvernement de Hué et devant l'attitude des Pavillons Noirs, il me paraît indispensable de doubler notre garnison à Hanoï. || *Le Drac* partira jeudi. || Il n'y aura pas d'opération militaire; je prendrai seulement des mesures préventives. || Je n'ai pas besoin de crédit.

Le Myre de Vilers.

***) Diese Instruction ist, soweit sie nicht mit derjenigen an den Commandanten identisch ist, ohne Interesse.

permis de dire que ces bandes n'ont d'autres objectifs que le pillage des malheureuses populations. Elles évitent soigneusement la bataille. Les Pavillons-Noirs pourraient essayer, par bravade et dans le but de prouver au Gouvernement de Hué leur valeur et leur utilité, d'enlever un de nos postes insuffisamment défendu; mais ils se garderont bien de s'exposer à nos coups et se retireront devant nous. || J'ai recommandé au Commandant Rivière de n'avoir recours aux armes qu'en cas d'absolue nécessité. Cet officier supérieur est intelligent; il connaît le programme à suivre, et il m'a promis de se conformer exactement aux instructions politiques que je lui ai données. Je crois pouvoir compter sur sa prudence et sa modération. Il saura maintenir dans le devoir les troupes qu'il dirige, et je n'hésiterais pas à proposer une sévère répression contre les officiers qui n'exécuteraient pas ponctuellement ses ordres.

Le Myre de Vilers.

Le Gouverneur de la Cochinchine — à M. Rivière.

Saïgon, le 17 janvier 1882.

A la suite de l'attaque dont ont été victimes MM. Courtin et Villeroi, voyageurs français munis de passeports réguliers, j'ai dû faire des représentations au Gouvernement annamite et l'engager à expulser de son territoire les mercenaires chinois à sa solde connus sous le nom de "Pavillons-Noirs". || Sans repousser ma demande, la Cour de Hué, sous le prétexte que ces irréguliers lui avaient rendu des services, mais, en réalité, par impuissance, n'a pu me donner satisfaction, elle s'est contentée de me répondre qu'elle éloignerait ces bandes. || D'un autre côté, j'apprends que Lun Vinh Phuoc vient de se rendre en Chine, salué sur son passage comme un chef d'armée et emportant des sommes considérables destinées, sans aucun doute, à recruter de nouveaux soldats. || En même temps, des saisies opérées par la douane ont prouvé qu'il se faisait un approvisionnement considérable d'armes à tir rapide et de munitions de guerre. || Dans ces conditions, il me paraît nécessaire de mettre nos troupes à l'abri d'une surprise, et j'ai décidé que la garnison de Hanoï serait doublée. || Vous voudrez bien donner des instructions pour que "*le Drac*" appareille jeudi soir et porte au Tonkin deux compagnies de renfort; je désire que vous présidiez à cette opération. || Vous connaissez les vues du Gouvernement de la République. Il ne veut, à aucun prix, faire à 4,000 lieues de la France une guerre de conquête, qui entraînerait le pays dans de graves complications. || C'est politiquement, pacifiquement, administrativement que nous devons étendre et affermir notre influence au Tonkin et en Annam; aussi la mesure que nous prenons aujourd'hui est-elle essentiellement préventive. || Vous devez donc n'avoir recours à la force qu'en cas d'absolue nécessité, et je compte sur votre prudence pour éviter cette éventualité, peu proabble d'ailleurs. || Nous n'avons pas à Hanoï les casernements nécessaires pour loger 450 hommes. Vous aurez à créer une installation provisoire; je vous recom-

Nr. 8112. Frankreich. 18. Jan. 1882.

mande de la faire aussi salubre que possible; car, avant tout, il faut ménager la vie et la santé de nos soldats. || Comme vous le savez, des douanes intérieures ont été placées par les "Pavillons-Noirs" sur le cours du Song-Koï et de ses affluents, contrairement aux traités. || Vous aurez à surveiller le fleuve, et je considère comme très utile d'établir un poste fortifié à l'embouchure de la rivière Claire. Vous ferez étudier le projet par l'officier du génie que je mets à votre disposition et vous commencerez les travaux lorsque vous jugerez pouvoir le faire sans sortir du programme pacifique que je vous ai indiqué. || Incontestablement les autorités annamites, auxquelles nous nous adresserons pour obtenir la cession du terrain, feront des observations, demanderont à en référer à Hué et chercheront à gagner du temps, vous passerez outre, lorsque le moment vous paraîtra venu; j'ai, du reste, tout lieu de croire que vous ne rencontrerez aucune opposition sérieuse. || Vous ne devrez avoir aucun rapport direct ou indirect avec les "Pavillons-Noirs"; pour nous, ce sont des pirates et vous les traiterez comme tels, s'ils se mettent sur votre route; seulement, comme nous devons nous montrer ménagers de la vie humaine, au lieu de les passer pas les armes, vous les expédierez à Saïgon et je les ferai interner à Poulo-Condore. || Dans le cas peu probable, où vous rencontreriez des troupes impériales chinoises, vous éviteriez soigneusement un conflit. || Il est possible que votre présence seule provoque un mouvement insurrectionnel de la part de la population, vous aurez grand soin de ne pas vous y associer sans m'en avoir référé. || Les fonds nécessaires à la première installation seront mis à votre disposition par le Chef du service administratif; ultérieurement, je prendrai les mesures nécessaires pour que les travaux d'établissement soient payés sur les douanes. || Si vous aviez besoin de forces complémentaires, vous m'en feriez la demande et j'y satisferais immédiatement. || Je ne crois pas devoir vous donner d'instructions plus détaillées, elles ne feraient que vous entraver; car, probablement, il se produira des incidents et des nécessités que je ne puis prévoir; mais je compte sur votre patriotisme et votre sagesse pour ne pas engager le Gouvernement de la République dans une voie qu'il ne veut pas suivre. || Toute ma pensée peut se résumer en cette phrase: Évitez les coups de fusil; ils ne serviraient à rien qu'à vous créer des embarras."

Le Myre de Vilers.

---

## Nr. 8113. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. (Freycinet). — Der Brief des Prinzen Kong vom 15. Juni 1875 enthält keine Anerkennung der Verträge von 1874.

Paris, le 8 février 1882.

Nr. 8113. China. 8. Febr. 1882.

En réponse à la communication que votre prédécesseur a bien voulu m'adresser en date du 1er janvier dernier, je n'ai qu'à confirmer les vues de

Nr. 8113. China. 8. Febr. 1882.

mon Gouvernement, qui se trouvent développées dans ma dépêche du 24 septembre 1881. || Il y a, toutefois, deux points dans cette communication sur lesquels je dois présenter quelques observations: l'un, relatif à une erreur légère ou une faute de plume, l'autre, à un malentendu d'un caractère plus important. || 1° En se référant à la dépêche que j'ai adressée à M. Barthélémy-Saint-Hilaire, le 24 septembre dernier, Son Excellence M. Gambetta a constaté qu'elle concernait "les affaires de la colonie française de la Cochinchine". Mais je me permets de faire observer à Votre Excellence, que, dans cette dépêche, je me suis borné au traité de 1874 et aux relations actuelles de la France avec l'Annam, et que je n'ai jamais soulevé de question au sujet de la colonie française de la Cochinchine.

2° Son Excellence ajoutait que "dans la réponse adressée par le Prince Kong au Comte de Rochechouart, il n'a été élevé aucune objection contre la conclusion du traité, ni contre aucune de ses clauses. L'Annam est mentionné simplement comme ayant été autrefois un pays tributaire de la Chine, ce qui ne présente à vrai dire qu'un intérêt historique". || Je crois devoir faire observer à Votre Excellence que j'ai vainement recherché dans la réponse du Prince Kong les mots qui pourraient justifier la traduction d'après laquelle l'Annam aurait été seulement "autrefois" un pays tributaire de la Chine. Car les termes employés par Son Altesse Impériale signifient que l'Annam a été depuis longtemps et est encore un pays tributaire de la Chine. D'ailleurs, il est connu de tout le monde que la vassalité du Roi d'Annam à l'égard de l'Empereur de Chine, loin de ne posséder qu'un intérêt purement historique, est un fait prouvé par une continuité d'actes de soumission qui datent depuis longtemps et durent jusqu'à l'heure qu'il est. || Après la déclaration qui a été faite par le Prince Kong, portant atteinte au fondement même du traité, il eût été surérogatoire de discuter les articles qui y sont contenus. || Votre Excellence n'aura donc pas de peine à voir que le Gouvernement impérial a, en effet, refusé de reconnaître le traité de 1874, dès le premier moment où il lui à été soumis; et il me semble que ce fait devait être reconnu par M. Barthélémy-Saint-Hilaire, puisqu'il n'a point reproché à la reclamation de la Chine d'être tardive. || Le Gouvernement impérial n'a jamais douté de l'assurance réitérée du Gouvernement français, "qu'il ne nourrit aucun dessein qui puisse porter ombrage à la Chine ou qui soit préjudiciable à ses intérêts." Toutefois, comme chaque pays doit avoir nécessairement sa manière de voir, le Gouvernement impérial, dans l'état actuel des choses, se réserve le droit de juger, selon son appréciation, ce qui est profitable ou préjudiciable aux intérêts de la Chine.

Tseng.

## Nr. 8114. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den Marine-Min. — Billigt die vom Gouverneur von Cochinchina dem Commandanten Rivière ertheilte Instruction.

Paris, le 16 mars 1882.

Nr. 8114. Frankreich. 16. März 1882.

J'ai reçu la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 4 de ce mois, relativement aux dispositions prises par le Gouverneur de la Cochinchine, pour accroître nos forces au Tonkin, pour établir un poste fortifié au confluent de la rivière Claire et du Fleuve Rouge, et pour chasser les Pavillons-Noirs des abords de ce dernier cours d'eau. || Vous m'avez en même temps exposé votre opinion motivée touchant les projets de M. le Myre de Vilers et les mesures d'exécution qu'ils devaient entraîner, et vous m'avez exprimé le désir de savoir si j'approuvais, comme vous, l'initiative prise par le Gouverneur de la Cochinchine et si j'étais disposé à m'entendre avec vous relativement aux moyens de réaliser le plan de conduite suggéré par ce haut fonctionnaire. || A diverses époques déjà le Ministre de la Marine et celui des Affaires étrangères ont eu à s'entendre relativement à la politique qu'il convenait d'adopter en commun; sous l'empire de considérations diverses, les vues ainsi arrêtées d'un commun accord entre nos deux Départements ont subi des modifications successives, et c'est seulement dans le courant de l'été dernier qu'elles se sont trouvées fixées d'une manière plus précise et plus stable, lorsque le Gouvernement de la République, après avoir exposé aux Chambres la situation telle qu'il l'envisageait, eut obtenu, en même temps que l'adhésion du Parlement à ses conclusions motivées, les moyens financiers de mener à bien les solutions qu'il avait mises en avant. || Les instructions que l'amiral Cloué proposait d'envoyer à M. le Myre de Vilers et auxquelles M. Barthélémy-Saint-Hilaire adhérait, ont précisément pour objet de donner à cette politique la consécration pratique nécessaire, en traçant à notre Gouvernement à Saïgon, chargé plus spécialement du soin de nos intérêts en Indo-Chine, la conduite qu'il allait avoir à suivre dans ses relations avec l'Annam. || Depuis ce moment, les circonstances ne semblent avoir apporté aucun changement marqué à l'état de choses alors existant, et les incidents nouveaux apportés par M. le Myre de Vilers s'ajoutent simplement aux incidents plus ou moins analogues qui avaient précédemment dicté nos résolutions; ils contribuent à les affermir sans nous engager à les modifier. C'est donc aux instructions de septembre 1881 que je me rapporterai pour apprécier les questions que voulez bien me poser aujourd'hui. Ces instructions peuvent se résumer comme suit: || Exiger de l'Annam une scrupuleuse exécution des traités de 1874, appuyer nos revendications d'un certain déploiement de forces, sans d'ailleurs engager ces forces autrement que pour faire la police du fleuve Rouge, ouvert en droit aux Européens, fermé, en réalité, par les pirates et les bandes

armées indépendantes qui en occupent les abords. Je ne trouve dans les ordres écrits donnés par M. de Vilers au commandant de la station navale de Cochinchine rien, qui soit contraire au texte ou à l'esprit des directions que je viens de rappeler. Ils me semblent, au contraire, en être le développement à la fois logique et prudent; je ne puis donc que les approuver. Je me bornerai dès lors à vous présenter quelques observations destinées à bien marquer la manière dont il me paraît désirable que ces ordres soient interprétés par celui-même qui les a donnés, et éxécutés par le commandant de nos forces militaires dans la province septentrionale de l'Annam. L'ouverture effective du Fleuve Rouge, considérée par nous comme la simple application des traités de 1874, comporte bien en effet la dispersion des Drapeaux Noirs et l'établissement d'un ou plusieurs petits postes fortifiés sur le cours du fleuve. Elle ne saurait comporter, au contraire, l'occupation d'aucun territoire avoisinant. Comme le fait observer M. le Myre de Vilers, "c'est politiquement, pacifiquement, que nous devons étendre et affermir notre influence au Tonkin et en Annam"; mais je m'explique un peu moins clairement dans quel sens il a ajouté les mots: "et administrativement"; notre action, en effet, ne paraît devoir être localisée avec soin et ne saurait s'exercer par aucune prise de possession, même mitigée et administrative, des villes et provinces annamites. || Si nous ébranlions l'autorité du Gouvernement et des fonctionnaires annamites par de tels empiètements, nous rendrions beaucoup plus probable le danger que M. le Myre de Vilers a prévu lui-même dans ses ordres au commandant Rivière et qui est en effet le plus sérieux dans l'entreprise poursuivie par nous, celui de provoquer des mouvements insurrectionnels, même sympathiques à la France, qui risqueraient de nous placer en face de l'anarchie et d'étendre, au delà de nos prévisions et de notre volonté, les responsabilités de notre tâche. || J'ai vu avec satisfaction que les plus grandes précautions étaient recommandées à M. Rivière pour prévenir tout contact avec les troupes régulières chinoises qui, contre tout droit du reste, se maintiennent dans le Tonkin. Il y a là une question dont le Gouvernement de la République pourra être conduit à s'occuper plus tard, mais qu'il serait tout à fait inopportun de réveiller avant l'heure. || Il est permis d'espérer d'ailleurs que le commandant de notre station navale ne sera en aucune manière gêné par les réguliers chinois, confinés sur la frontière du sol annamite à distance du Fleuve Rouge. || Quant à l'importance des moyens d'action que le Gouverneur de la Cochinchine devra avoir à sa disposition, elle pourra être restreinte à des proportions d'autant plus modérées que l'entreprise sera mieux définie, plus étroitement limitée dans son objet et conduite avec un soin plus scrupuleux de ne point la laisser sortir du cadre ainsi tracé. Il ne s'agit, pour le moment du moins, que de rendre le Fleuve Rouge accessible au commerce et de purger ses rives des bandes qui l'infestent. Je n'ai pas à apprécier le chiffre des effectifs que nécessitera cette opération, pendant laquelle, d'ailleurs, les postes ouvertes ne sauraient être dégarnies de leur garde accoutumée. ||

Nr. 8114. Frankreich. 16. März 1882.

C'est un point dont vous êtes, mieux que moi, en mesure de juger, après avoir recueilli les avis du Gouverneur de la Cochinchine.

C. de Freycinet.

---

## Nr. 8115. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Hofft, dass die franz. Regierung ihre Truppen von Hanoï zurückrufen wird.

Paris, le 6 mai 1882.

Nr. 8115. China. 6. Mai 1882.

En référant à ma lettre du 8 février dernier, je m'empresse d'informer Votre Excellence que j'ai reçu hier un télégramme de Pékin m'avisant des inquiétudes éprouvées par le Gouvernement Chinois relativement à ce qui se passe au Tonkin. || Au moment où cette dépêche a été expédiée, le Gouvernement Impérial n'avait reçu ni le télégramme annonçant la prise de la ville de Hanoï par les troupes françaises, ni celui que je lui ai envoyé, après l'entrevue que j'ai eue avec Votre Excellence le 3 mai courant, entrevue dans laquelle Elle a bien voulu m'assurer que le Gouvernement français n'avait reçu aucune nouvelle précise au sujet de la prise de cette ville, et que s'il est vrai, comme le bruit en avait couru, que la ville de Hanoï avait été attaquée et prise par les troupes françaises, ce serait à l'insu du Gouvernement de la République, donc sans son autorisation. || Ces assurances que Votre Excellence m'a formellement autorisé à transmettre à mon Gouvernement, ne manqueraient pas de calmer l'émotion que la Cour de Pékin aurait, autrement, éprouvée à la réception de la nouvelle de l'attaque et de la prise de Hanoï par les troupes françaises, et cela, non seulement à une époque où la République est en pleine paix avec la Chine et avec son vassal, le Prince de l'Annam, mais au moment même où une correspondance amicale s'échange sur la question du Tonkin entre la France et la Chine. || J'espère que Votre Excellence aura reçu une réponse aux explications qu'Elle a bien voulu demander à propos de ce qui s'est passé, et dans le cas où la nouvelle précitée serait exacte, que le Gouvernement français voudra bien, suivant les sentiments de justice et d'amitié qui le distinguent, ordonner le rappel de ses troupes comme il l'a loyalement et spontanément fait en 1873, quand un jeune et intrépide officier, poussé par un excès de zèle, avait pris la même ville en pleine paix et sans autorisation de son Gouvernement.

Tseng.

## Nr. 8116. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den chinesischen Gesandten in Paris. — Die französische Regierung hat keine Veranlassung, der chinesischen Regierung irgend welche Aufklärungen über die Ereignisse in Tonkin zu geben.

Paris, le 31 mai 1882.

Nr. 8116. Frankreich. 31. Mai 1882.

Dans la dépêche que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire, le 6 de ce mois, vous voulez bien vous référer à un entretien que nous avions eu récemment à l'occasion des dernier incidents qui se sont produits au Tonkin. || Je crains que, par suite, sans doute, d'une interprétation inexacte, vous n'ayez attribué à mes paroles un sens ou une portée qu'elles ne sauraient avoir. Aux préoccupations que vous m'exprimiez, je me suis borné à répondre que le Gouvernement de la République, soucieux de faire respecter un acte qu'il a signé, avait donné aux autorités coloniales en Cochinchine l'ordre d'assurer l'exécution du traité conclu entre la France et l'Empire annamite en 1874. || J'ai ajouté que les suites de l'action, que nous entendons exercer dans cette vue, ne concernaient que les deux États signataires de ladite convention, et qu'en conséquence nous n'avions aucune explication à fournir au Gouvernement chinois. || Au surplus, cette manière de voir ne saurait vous étonner après le dernier entretien que j'ai eu l'honneur d'avoir avec vous. || Agréez, etc.

C. de Freycinet.

---

## Nr. 8117. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — China hat aus staatsrechtlichen, politischen und handelspolitischen Gründen ein Recht, sich in die Ereignisse von Tonkin einzumischen.

Paris, le 14 juin 1882.

Nr. 8117. China. 14. Juni 1882.

Monsieur le Ministre, j'ai l'honneur d'accuser réception de la dépêche que Votre Excellence a bien voulu m'écrire en date du 31 mai, en réponse seulement à la derniére des deux lettres que je lui ai adressées, relativement à l'intervention française au Tonkin. || Je regrette d'apprendre par cette dépêche, qu'à notre entrevue du 3 mai, j'aurais mal compris le sens ou la portée des paroles prononcées par Votre Excellence, surtout en raison du temps écoulé, et il y a presque un mois, depuis que j'ai eu l'honneur de lui écrire pour l'informer dans quel sens j'avais compris et télégraphié ses assurances à mon Gouvernement. || Si, comme le dit Votre Excellence, quelque erreur avait pu se produire dans l'interprétation de ses paroles, il me semble qu'elle l'aurait rectifiée, sinon tout de suite, du moins dans l'une des entrevues que, depuis l'envoi de ma lettre, j'ai eues avec elle. || En ce qui concerne les vues du Gouvernement français, telles qu'elles se trouvent exposées dans la dépêche

Nr. 8117. China. 4. Juni 1882.

précitée, j'ai à protester contre la nouvelle théorie émise par Votre Excellence. Le Gouvernement de la République, a-t-elle dit, soucieux de faire respecter un traité qu'il a signé, a ordonné aux autorités coloniales d'en assurer l'exécution, et Elle a ajouté: „que les suites de l'action, que la France entend exercer dans cette vue, ne concernent que les deux États signataires de ladite convention, et que le Gouvernement français n'a aucune explication à fournir au Gouvernement chinois." || Dans cette déclaration, j'ai constaté avec regret le peu de cas qui a été fait par le Gouvernement français des revendications incontestables et des justes susceptibilités de la Chine. J'aime à espérer qu'il reviendra sur les idées émises, ou, au moins, prendra en sérieuse considération une question qui peut devenir grave. Si, comme Votre Excellence ne l'ignore pas, les droits politiques des États ne changent pas selon les latitudes, l'assertion, d'après laquelle ce qui se passe au Tonkin ne concerne pas la Chine, est une thèse difficile à soutenir, et je m'étonne même que Votre Excellence ait voulu la poser sans la démontrer. Car ce serait une position qu'aucun de ses deux prédécesseurs n'a voulu assumer, position que la Chine ne pourra point laisser prendre. || Si une souveraineté séculaire sur le Tonkin, une frontière contiguë de plusieurs milliers de lieues, une colonie nombreuse établie dans le pays, des intérêts commerciaux dont l'étendue ne le cède à celle d'aucun pays quelconque, la navigation d'un fleuve qui est le débouché des produits du sud-ouest de la Chine, si, dis-je, tous ces titres réunis ne donnent pas au Gouvernement Impérial le droit de s'intéresser à ce qui se passe au Tonkin, je serai heureux de savoir, Monsieur le Ministre, ce qui pourrait conférer un pareil droit.

Tseng.

---

## Nr. 8118. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in China. — Die französische Regierung lehnt es ab, auf das Schreiben des Marquis Tseng vom 14. Juni zu antworten.

Paris, le 4 juillet 1882.

Nr. 8118. Frankreich. 4. Juli 1882.

Par ma lettre du 18 mars dernier*), je vous ai fait connaître les vues du Gouvernement de la République en ce qui concerne le Tonkin, et je vous ai annoncé notre intention d'accentuer notre Protectorat sur l'Annam, conformément au Traité de 1874, dont plusieurs dispositions sont restées jusqu'à présent à l'état de lettre morte. Le Gouverneur de la Cochinchine, ainsi que vous l'avez sans doute appris directement, a envoyé une expédition dans le Fleuve Rouge, et a été amené à s'emparer de vive force de la place de Hanoï. Dès que cette nouvelle est parvenue en Europe, le Ministre de Chine a cru devoir réclamer contre un fait qui, bien que les détails n'en fussent pas alors

*) Im wesentlichen desselben Inhalts wie No. 8114.

connus, constituait, d'après lui, une violation des droits de suzeraineté revendiqués par le Céleste Empire. Quoique cette protestation fût conçue en termes assez peu courtois, je n'ai pas cru devoir la laisser sans réponse: dans une lettre, dont vous trouverez ci-joint copie j'ai décliné toute discussion avec le Marquis Tseng sur une question qui intéresse seulement la France et l'Annam, signataires du Traité de 1874. Depuis lors, le Représentant du Céleste Empire est revenu à la charge, et m'a adressé, le 14 juin dernier, une dépêche, également ci-jointe en copie, dont vous vous apprécierez comme moi le manque de convenance. Le moins que je puisse faire est de ne pas répondre à une semblable communication. Je vous prie d'en aviser le Tsong-Li-Yamen, en lui faisant observer que nous ne sommes pas habitués à recevoir de pareilles lettres, et que, si son Représentant à Paris ne change pas le ton de sa correspondance, il ne devra pas s'étonner que nous ne lui répondions pas. || Quant au fond même de l'affaire, je n'ai pas à vous rappeler que, pas plus à Pékin qu'à Paris, nous ne devons permettre à la Chine de s'ingérer dans la politique que nous suivons en Indo-Chine.

Nr. 8118. Frankreich. 4. Juli 1882.

C. de Freycinet.

---

## Nr. 8119. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in China. — Die Ereignisse von Hanoï. Die Verhandlungen mit der Regierung von Anam.

Paris, le 7 juillet 1882.

Vous aurez sans doute reçu directement des informations au sujet de l'expédition que le Gouverneur de la Cochinchine a entreprise au Tonkin, dans le cours du mois de mars dernier. Je crois devoir, néanmoins, en rappeler ici les principaux incidents, ne fût-ce que pour vous mettre en garde contre les fausses rumeurs qui pourraient se répandre, à ce sujet, dans l'Extrême Orient, et vous permettre de les démentir au besoin. || Vous savez déjà que, contrairement à mes intentions, il n'a pas été possible d'éviter une collision avec les troupes annamites. Le commandant Rivière, chef de l'expédition, est arrivé le 5 avril devant Hanoï. L'accueil sympathique qu'il a reçu du Gouverneur de la citadelle et des mandarins lui avait fait espérer d'abord que le but de l'entreprise pourrait être atteint sans recourir à la force; mais bientôt il devint facile de discerner des arrière-pensées inquiétantes, cachées sous les dehors de la politesse orientale. Les réserves furent appelées et, peu à peu, la garnison de la forteresse était augmentée, en même temps que l'on travaillait secrètement à mettre les remparts en état de défense. Le commandant Rivière, voyant que malgré ses avertissements les préparatifs se continuaient, se trouva dans la nécessité d'envoyer un ultimatum au Gouverneur annamite: ce dernier fut, à la date du 25 avril, invité à livrer la place aux troupes françaises, avant le lendemain à 8 heures du matin. Le chef de l'expédition

Nr. 8119. Frankreich. 7. Juli 1882.

Nr. 8119. Frankreich. 7. Juli 1882.

s'engageait, il est vrai, à ne garder la citadelle que trois jours et à la restituer ensuite aux autorités annamites, après l'avoir mise hors d'état de nous opposer ultérieurement aucune résistance. Cette sommation n'ayant pas été suivie d'effet, le bombardement commença à l'heure annoncée, et deux heures plus tard nos troupes avaient enlevé la citadelle. || Il importait surtout de savoir quel accueil serait fait par la Cour de Hué à la nouvelle de ce fait d'armes. Les Ministres du Roi Tu-Duc avaient été avertis de nos projets, tant par M. Rheinart à Hué, que par M. le Myre de Vilers, auprès de qui un envoyé spécial, le Sous-Secrétaire d'État des finances Nguyen, ex-consul à Saïgon, avait été accrédité pendant le mois d'avril. De part et d'autre, on avait pris soin de marquer nettement au Gouvernement annamite que nous n'entendions pas entrer en lutte avec lui, ni rien faire qui pût être interprété comme un acte d'hostilité, que notre seul but était d'assurer la liberté de la navigation du Fleuve Rouge, en dispersant les Pavillons-Noirs. C'était donc uniquement l'impuissance du Gouvernement de Hué à chasser ces dangereux pirates qui nous obligeait à agir nous-mêmes. Cette impuissance, l'envoyé du Roi d'Annam à Saïgon l'avait lui-même reconnue, en avouant à M. de Vilers que son Gouvernement, après les services que ce Pavillons-Noirs lui avaient rendus, ne pouvait pas les expulser du pays. Il offrait seulement de les refouler dans les montagnes, proposition inacceptable; car les autorités annamites ne pourraient les empêcher de descendre dans la plaine, pour y exercer leurs brigandages, quand ils le voudraient. A la suite de ces pourparlers, Nguyen a paru comprendre que nos desseins n'étaient pas incompatibles avec le Traité de 1874 et a promis d'écrire à son Gouvernement pour provoquer l'envoi des instructions les plus conciliantes au Gouverneur de Hanoï. La nouvelle de la prise de cette place, arrivant au moment même où les déclarations les plus rassurantes étaient prodiguées à la Cour de Hué, produisit dans l'entourage du Roi une véritable stupeur, en même temps qu'une profonde irritation. M. Rheinart comprit la gravité de la situation, et, sentant tous les inconvénients que présenterait actuellement une guerre avec l'Empire d'Annam, mit tout en oeuvre pour empêcher le conflit local qui avait éclaté à Hanoï, de dégénérer en un conflit entre les deux États dont les troupes avaient pris part à la lutte. Notre Chargé d'affaires proposa aux Ministres annamites que la citadelle fût rendue, après avoir été démantelée, aux agents du Roi Tu-Duc. Une offre si modérée eut pour effet de convaincre la Cour de Hué de la sincérité de nos protestations pacifiques: par une lettre en date du 2 mai, le Ministre des Affaires étrangères de l'Annam, tout en exprimant ses regrets et sa surprise des événements de Hanoï, annonça à M. Rheinart qu'un nouveau Gouverneur serait désigné par le Roi pour reprendre possession de la citadelle. Ce fonctionnaire, qui a pris passage sur *le Perceval*, est arrivé à Hanoï le 10 mai, sous les couleurs françaises, comme pour montrer plus clairement aux populations l'accord existant entre la France et l'Annam. La place, suivant l'intention manifestée par le commandant Rivière, dans le dernier de ses

rapports qui m'ait été communiqué, a dû être remise aux Annamites démantelée au moins en partie avec défense de la réédifier. || Les dernières nouvelles de Hué remontent au 14 mai. A cette époque, M. Rheinart, tout en constatant que les esprits étaient un peu calmés, et en conservant l'espérance du maintien de la paix, signale la nécessité d'observer avec la plus grande attention l'attitude de la Cour d'Annam et de prendre des mesures de prudence pour le cas, où les projets belliqueux de quelques-uns des conseillers du Roi viendraient à être adoptés; le plus grand danger, qui pourrait survenir, serait que la Cour d'Annam, obéissant aux sentiments de colère causés par notre intervention, ne se jetât dans les bras de la Chine pour avoir un allié contre nous. Le langage du marquis Tseng, dont j'ai constaté le ton inconvenant dans ma dépêche du 4 de ce mois, sous le n° 11, est une preuve du prix que la Cour de Pékin attache aux prétendus liens de vassalité qui placeraient l'Annam sous son influence directe. Je vous prie de surveiller avec toute la sollicitude possible les pourparlers qui pourraient s'engager entre les deux Gouvernements. Vous devriez, si des tentatives de rapprochement vous étaient signalées, ne rien négliger pour les empêcher d'aboutir. Vous représenteriez tout d'abord au Tsong-Li-Yamen que nous ne faisons pas la guerre à l'Annam, que nous poursuivons l'exécution du traité de 1874, que nos seuls ennemis au Tonkin sont des pirates mis au ban de la nation et dont aucun peuple civilisé ne saurait prendre la défense. Vous pourriez laisser entendre, en outre, que nous sommes fermement résolus à persévérer, quoi qu'il arrive, dans la politique que nous suivons vis-à-vis de l'Annam, et notamment au Tonkin.

Nr. 8119. Frankreich. 7. Juli 1882.

C. de Freycinet.

---

## Nr. 8120. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. (Duclerc.) — Das angebliche Einverständniss zwischen Bourée und der chinesischen Regierung ist nicht vorhanden.

Paris, le 9 septembre 1882.

A l'entrevue du 30 août dernier, Votre Excellence a bien voulu me faire savoir que M. Bourée, représentant de la République à Pékin, a été chargé par le Ministère des Affaires étrangères de s'entretenir avec le Tsong-Li-Yamen de la question du Tonkin, et que le Gouvernement chinois n'éprouve plus d'inquiétudes à ce sujet. || Je viens de recevoir un télégramme de mon Gouvernement m'informant que M. Bourée a envoyé auprès du Tsong-Li-Yamen M. Frandin, interprète de la Légation de France; et bien qu'on ait parlé de la question du Tonkin, le Tsong-Li-Yamen n'a reçu de M. Frandin aucune assurance qui puisse calmer les inquiétudes qu'il a éprouvées à ce sujet, et, de son côté, il n'a rien dit à l'interprète de la Légation de France qui puisse faire supposer un pareil sentiment. Par conséquent, le Gouvernement impérial

Nr. 8120. China. 9. Sept. 1882.

Nr. 8120. China. 9. Sept. 1882.

ne peut comprendre à quel accord Votre Excellence a fait allusion dans la conversation qu'elle a eue avec moi le 30 août dernier. || M. Frandin a dit au Tsong-Li-Yamen que M. le Ministère des Affaires étrangères avait informé M. Bourée que j'ai adressé au Ministère une lettre contenant des termes méprisants. Je regrette vivement d'apprendre cette nouvelle. Étant accrédité auprès du Gouvernement de la République, j'ai cru devoir lui exposer avec franchise les vues de mon Gouvernement. Si, par suite d'une divergence d'opinions, j'ai soutenu la discussion avec énergie, je n'ai fait que remplir un devoir. Je pense que Votre Excellence ne m'en fera pas un sujet de reproches. || Comme je n'ai eu dans mon esprit aucune pensée de mépris, et que mon Gouvernement a reconnu que je ne pouvais jamais agir de cette façon, j'espère que Votre Excellence, en considération de nos bonnes relations, voudra bien examiner avec attention ma lettre et m'indiquer d'une manière précise, non seulement les expressions qui auraient pu être considérées comme méprisantes, mais même celles qui auraient pu paraître trop fortes ou plus vives que les termes contenus dans la correspondance précédente du Ministère, et que je serai heureux de pouvoir rectifier, si les imputations auxquelles je viens de faire allusion se trouvent fondées.

Tseng.

---

## Nr. 8121. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Die chinesische Regierung hat ihre Truppen aus Tonkin zurückgerufen.

Shanghai, 5 décembre 1882.

Nr. 8121. Frankreich. 5. Dec. 1882.

(Télégramme.) La guerre avec la Chine semblait inévitable; je crois maintenant que le danger est écarté: après une résistance opiniâtre, le Gouvernement chinois consent à rappeler ses troupes du Tonkin. L'ordre de retraite a été expédié par courrier rapide au Kouang-Si et au Yunnan. En attendant il est urgent de télégraphier en Cochinchine, afin de prévenir l'ouverture des hostilités contre les troupes impériales. Nous sommes convenus que pendant le délai nécessaire pour exécuter les instructions de Pékin, la responsabilité d'aucun des deux Gouvernements ne serait engagée par une collision. || Je discute et je vous soumettrai bientôt les bases d'un arrangement pour l'ouverture du Yunnan.

Bourée.

---

## Nr. 8122. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Hat die Grundzüge eines Arrangements mit dem Vice-König Li-Hong-Tchang vereinbart.

(Auszug.)

Shanghaï, le 20 décembre 1882 (reçu le 31 janvier 1883).



A l'heure dite le 28 novembre, Ma-Kien-Tchong arrivait chez moi, et, après avoir étudié sous toutes ses faces la meilleure forme à donner à un arrangement qui concilierait les intérêts chinois et français engagés dans cette délicate affaire, j'en suis venu à mettre sur le papier l'espèce de mémorandum que voici:

„1° Moyennant que les troupes impériales évacuent les territoires qu'elles occupent au delà des frontières du Yunnan et du Kouang-Si et rentrent dans leurs provinces respectives ou du moins n'en dépassent pas les limites au delà d'un nombre déterminé de „lis", M. Bourée remettra au Yamen une dépêche dans laquelle il sera expressément déclaré que la France ne poursuit dans cette contrée aucune idée de conquête ou aucune entreprise contre la souveraineté territoriale du Roi d'Annam".

„2° La France cherche surtout à ouvrir une voie fluviale qui mette en communication le Yunnan avec la mer. Pour tirer parti de cette voie, il est indispensable qu'elle aboutisse à un point du territoire chinois, où il serait possible d'établir des établissements commerciaux, des magasins, des entrepôts, des quais, etc . . . "

Autrefois il avait été question, à cet effet, de *Man-Hao*. Mai ce n'est là qu'une misérable bourgade entourée de populations pillardes et dangereuses. Un peu en aval (en territoire annamite), sur le Song-Koï, se trouve la ville de *Lao-Kaï* offrant beaucoup plus de ressources, toutes les sécurités qui manquent à Man-Hao, et enfin le fleuve y est sensiblement plus profond. Si l'on adoptait Lao-Kaï comme terminus de la navigation ascendante dans le fleuve Rouge, le Gouvernement chinois considérerait cette ville comme faisant partie de son territoire, de telle sorte que les douanes chinoises y seraient établies et que les produits étrangers ayant franchi cette barrière, se trouveraient placés au delà sous le régime ordinaire de tous les produits qui ont pénétré dans l'intérieur de la Chine par les ports ouverts. D'autre part, le Gouvernement impérial ferait le nécessaire pour faciliter l'arrivée à Lao-Kaï des produits intérieurs destinés à l'exportation (destruction des brigands, taxes frontières de la douane reportées à Lao-Kaï, etc.);

„3° Afin de purger le Tonkin des bandes de malfaiteurs qui le désolent et le rançonnent et de procurer au pays une administration régulière, offrant pour tous des garanties d'ordre et de sécurité, les deux Gouvernements s'accorderaient pour tracer une ligne de démarcation qui devrait être établie d'un commun accord dans la contrée comprise entre le fleuve Rouge et les frontières de Chine: les territoires situés au nord de cette ligne seraient placés

Nr. 8122. Frankreich. 20. Dec. 1882.

sous la surveillance de la Chine, tandis que la région qui s'étendrait vers le Midi se trouverait sous celle des autorités françaises.

„La Chine et la France s'engageraient réciproquement à maintenir le *statu quo* ainsi convenu et à protéger éventuellement l'intégrité du Tonkin dans ses limites actuelles contre toute entreprise du dehors qui serait de nature à y porter atteinte."

---

## Nr. 8123. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Begründung der einzelnen Punkte des Arrangements.

Shanghaï, le 27 décembre 1882. — (Reçu le 7 février 1883).

Nr. 8123. Frankreich. 27. Dec. 1882.

Le temps m'a absolument manqué, lors du départ de la malle anglaise, pour joindre à ma dépêche du 20 décembre les développements que j'avais promis à Votre Excellence et qui eussent contribué à éclaircir à ses yeux le sens et la portée des stipulations indiquées dans le projet d'arrangement dont j'ai combiné les termes à Tien-Tsin, avec le Vice-Roi du Tché-li. Je viens aujourd'hui combler cette lacune, en indiquant à Votre Excellence les raisons qui, suivant moi, doivent rendre non seulement acceptables, mais même désirables, des clauses destinées à supprimer entre la Chine et nous toute cause de mésintelligence sur un terrain où l'entente entre les deux pays est, plus que partout ailleurs, nécessaire, si l'on veut retirer de la politique que nous entendons inaugurer au Tonkin les avantages qui lui constitueraient sa principale raison d'être. || Les dispositions auxquelles nous nous sommes arrêtés avec le Vice-Roi, se réduisent à trois: || 1° La substitution de Lao-Kaï à Mang-Hao, comme terminus de la navigation ascendante du Song-Koï. || 2° La détermination, dans la partie du Tonkin située au nord du fleuve Rouge, d'une ligne partageant ce pays en deux zônes, dont l'une serait placée sous la surveillance de la Chine, et l'autre serait entièrement abandonnée à notre Administration et à notre influence. || 3° Les deux pays s'engageraient à maintenir le statu quo ainsi convenu et se garantiraient réciproquement l'intégrité du Tonkin, dans les limites actuelles, contre toute entreprise du dehors. || Entre Lao-Kaï et Mang-Hao, la Rivière Rouge n'est plus guère que flottable: les moyens de transport qu'elle peut encore offrir sont très incertains et tout à fait insuffisants. Mang-Hao, d'après les informations que j'ai recueillies, n'est d'ailleurs qu'une misérable bourgade, qui n'aurait jamais pu devenir la tête de ligne d'un mouvement commercial important. Toute autre serait la situation de Lao-Kaï. Le fleuve y est beaucoup plus profond; de vastes entrepôts s'y élèveraient sans peine pour recevoir les marchandises destinées soit à l'exportation, soit à l'importation; des transbordements onéreux seraient évités. En offrant à la Chine de comprendre, en quelque sorte, cette ville dans son territoire et d'y placer, pour nous l'ouvrir, la porte qui donne-

rait accès dans le Yunnan, il semble que nous fassions une concession territoriale au Gouvernement chinois et, en fait, nous nous procurons la possibilité de pénétrer dans l'Empire par la seule voie praticable pour notre commerce. Nous accordons aussi à la Chine une de ces satisfactions d'amour-propre dont elle est principalement en quête, et nous nous constituons à nous-mêmes la réalité des avantages qu'il nous serait impossible d'atteindre ailleurs, au même degré, si nous cherchions à remonter le Song-Koï, dans des conditions de navigabilité presque inutilisables, jusqu'à la frontière actuelle de la Chine. Cette frontière n'est pas à notre portée aujourd'hui et, si le Gouvernement chinois voulait y mettre du mauvais vouloir, il n'aurait qu'à laisser les choses dans l'état où elles sont, pour que toutes les autorisations qu'on lui arracherait en faveur de notre navigation fluviale, à l'effet de franchir la frontière impériale sur un point qui serait inaccessible à des bateaux de transport, fussent absolument illusoires et non avenues. Donc, tout le bénefice réel de la clause dont il s'agit est exclusivement pour nous; Votre Excellence s'en rendra mieux compte encore, si elle veut bien considérer que Lao-Kaï est le quartier général des bandes insoumises ou Pavillons-Noirs et que la Chine achète assez cher la gloire d'avancer de quelques lieues les limites de sa frontière douanière, en prenant envers nous l'engagement de détruire ces brigands qui rançonnent actuellement le commerce à Lao-Kaï même, et qu'il nous serait assez malaisé de poursuivre dans une région aussi éloignée du Delta du Song-Koï, c'est-à-dire de notre base d'opérations naturelle. || En acceptant l'idée de délimiter en deux zônes distinctes la contrée comprise entre le Fleuve Rouge et la frontière chinoise, Votre Excellence serait portée à relever l'inconséquence par laquelle j'inclinerais à adopter aujourd'hui une combinaison que je repoussais si vivement, à une date toute récente encore, dans une dépêche politique du 4 novembre. Mais il ne vous échappera pas que les événements ont bien rapidement marché depuis cette époque, et que les complications auxquelles nous exposerait le différend actuel avec la Chine attendraient des proportions autrement graves qu'il ne m'avait été donné de le prévoir, quand j'insistais sur la nécessité de nous conserver une frontière commune avec le grand Empire, dont nous deviendrions les voisins. Il ne s'agit plus pour nous d'opter aujourd'hui avec une entière indépendance d'esprit pour celui des arrangements qui serait le plus à notre convenance et qui répondrait le mieux à nos visées futures. || Nous sommes en présence d'une situation qui nous commande de nous contenter du possible, pour éviter d'être engagés dans une guerre dont le champ serait des plus étendus et qui nous entraînerait bien au delà, je pense, du point que nous ne voudrions pas dépasser. Dans ces conditions, je crois qu'il faut nous résigner à des sacrifices qu'une politique à la fois plus décidée et plus prudente n'eût pas rendus nécessaires il y a quelques mois. || Je me permettrai, d'ailleurs, de vous faire observer que le principe de l'établissement de la ligne appelée à diviser en deux zones la contrée qui nous occupe n'a été posé qu'en termes très généraux, et que,

Nr. 8123. Frankreich. 27. Dec. 1882.

lorsque le moment serait venu d'en déterminer le tracé, on parviendrait peut-être à rétrécir assez l'espace abandonné à la surveillance de la Chine pour que, dans la pratique, les inconvénients ou plutôt le "manque à gagner" résultant de notre éloignement des provinces chinoises proprement dites fussent considérablement atténués. || Au surplus, Votre Excellence trouvera sans doute une très appréciable compensation à ce mécompte, relativement léger, mais inévitable, dans le fait que la France et la Chine, en s'engageant à maintenir le *statu quo* qui serait ainsi créé, se garantiraient, en outre, réciproquement, contre toute entreprise du dehors, l'intégrité territoriale du Tonkin dans ses limites actuelles. J'attacherais, pour ma part, une très grande importance à cette stipulation qui aurait pour effet de prémunir nos établissements dans la vallée du Song-Koï contre toutes les éventualités menaçantes qui pourraient les atteindre. || Je crois que, d'autre part, nous serions fondés à attendre les meilleurs effets de l'espèce de solidarité qui se serait établie ainsi sur un point aussi important pour notre politique dans l'Extrême Orient, entre la Chine et nous. Il en découlerait, par une pente naturelle, un rapprochement plus amical dans nos rapports avec le Céleste Empire, qui serait par là conduit à se dépouiller à notre égard d'une partie des préventions dont s'inspire habituellement sa conduite envers les Puissances occidentales. Quand on se rendra compte que nous n'entretenons aucun dessein dont on puisse prendre ombrage à Pékin; que notre action est naturellement appelée à se limiter dans les bornes de l'ancien royaume d'Annam; que nous sommes, après tout, de bons voisins, désireux de tirer pacifiquement le meilleur parti possible d'une situation qui aura fait mettre en valeur, au profit de la Chine elle-même, les richesses de ses provinces inexplorées et perdues au centre du continent asiatique, on comprendra aussi que notre amitié est utile, que notre alliance serait naturellement indiquée dans bien des cas contre des adversaires ou des compétiteurs dont les visées dans ces mers sont également inquiétantes pour les deux pays, et qui sait? l'accord cimenté au Tonkin par les garanties ainsi données à des intérêts communs pourrait avec le temps se transformer peut-être en une intimité plus étroite et plus féconde. || Je crois que, dans cette voie, nous avons plus de résultats utiles à attendre que dans celle des redoutables conflits qui mettraient aux prises la France et la Chine. Aussi n'ai-je épargné aucun effort pour amener le Gouvernement chinois à adopter les idées qui se trouvent résumées dans le projet de convention que j'ai eu l'honneur de vous soumettre. Bien que le Vice-Roi Li-Hong-Tchang soit spécialement autorisé par ses fonctions à traiter et à discuter avec les agents étrangers les questions se rapportant aux affaires extérieures, il n'en a pas moins tenu à ce que j'écrivisse une seconde lettre officielle au Tsong-li-Yamen, pour le saisir formellement des propositions au sujet desquelles nous nous étions mis d'accord à Tien-Tsin. Votre Excellence trouvera ci-joint une copie de la lettre que j'ai, à cet effet, adressée à Pékin: j'y aurai depuis longtemps reçu une réponse quand ces lignes vous parviendront: si elle est favorable,

doption ou le rejet de l'arrangement que j'ai placé sous les yeux de Votre Nr. 8123. Frankreich. 27. Dec. 1882.
ccellence ne dépendra plus que de sa volonté, et je souhaiterais sincèrement
e les vues dont il est l'expression fussent adoptées par le Gouvernement
la République. Dans le cas où, à Paris comme à Pekin, l'on se déciderait
négocier sur de telles bases la conclusion d'un arrangement définitif, je
us prierais de vouloir bien m'en aviser par le télégraphe, en m'autorisant
me rendre à Canton, afin de me mettre en rapport avec le délégué que le
ouvernement chinois aurait, de son côté, désigné à cet effet. Il serait en
ême temps indispensable que le Gouverneur de la Cochinchine fût invité à
ettre à ma disposition ceux des agents spéciaux qu'il aurait auprès de lui
qui se trouveraient tout rendus au Tonkin, et dont le concours me serait
cessaire, soit pour diriger les travaux techniques de délimitation qu'il y
rait à faire, soit pour me fournir les éclaircissements et les renseignements
détail dont j'aurais le plus grand besoin, et que leur suggérerait une con-
issance personnelle des contrées à peine explorées qu'il s'agirait de répartir
tre la Chine et nous. || Peut-être même y aurait-il lieu d'examiner s'il ne
nviendrait pas de m'adjoindre, comme deuxième plénipotentiaire dans ces
gociations, un des agents distingués que le Ministère de la Marine a à sa
sposition, et qui, comme M. de Kergaradec, par exemple, ont depuis long-
mps habité le Tonkin, l'ont parcouru dans tous les sens et qui ont surtout
it porter leurs études sur la praticabilité des nouvelles voies de communi-
tion que nous cherchons à établir, par la vallée du Song-Koï, entre la Chine
la mer.

Bourée.

---

## r. 8124. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Vertragsentwurf.

Shanghaï, le 29 décembre 1882. Nr. 8124. Frankreich. 29. Dec. 1882.

(Télégramme.) Le prochain courrier portera un projet*) de convention com-
né avec le Vice-Roi du Pe-tché-li et agréé par le Tsong-Li-Yamen: ouverture
i Yunnan; reconnaissance de la protection française au Tonkin sauf sur une
ne à délimiter suivant la frontière chinoise; garantie réciproque de cet état
: choses contre toute entreprise extérieure. Des télégrammes représentent
s préparatifs pour le Tonkin comme hostiles à la Chine. Si vous ne
'aidez pas à les démentir, l'accord pacifique sur les bases indiquées pourrait
re compromis. Les forces militaires chinoises dépassent beaucoup les appré-
ations du Ministre de la Marine. Détails par la poste.

Bourée.

*)Nicht publicirt. A. d. R.

## Nr. 8125. FRANKREICH. — Marine-Min. an den franz. Min. des Ausw. — Durch den Vertragsentwurf wird China ein Recht der Einmischung zugestanden.

Paris, le 4 janvier 1883.

Nr. 8125. Frankreich. 4. Jan. 1883.

J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre lettre contenant copie des instructions envoyées par vous au Ministre de France à Pékin ainsi que copie d'un télégramme de ce dernier relatif à un projet d'arrangement en voie de conclusion entre la France et le Céleste Empire. Ne connaissant ni la portée, ni la limite, ni le texte de l'arrangement dont il s'agit, il m'est impossible de l'apprécier. Toutefois, je dois vous faire observer que la ligne politique adoptée de concert entre nos deux Départements et suivie jusqu'ici, a toujours consisté à ne reconnaître aucun droit d'intervention à la Chine dans nos affaires avec la cour de Hué. Nous n'avons jamais admis le droit de suzeraineté du Céleste Empire sur l'Annam et sur le Tonkin, et logiquement il me paraît que nous ne pourrions consentir à un arrangement qui mettrait en doute ces points principaux. || Je ne puis donc que maintenir les réserves que mon Département a constamment exprimées à ce sujet. || Le Commandant du corps expéditionnaire au Tonkin à déjà été invité à affermir ses positions, en surveillant la retraite des troupes chinoises, et à s'abstenir, à moins de nécessité absolue, de tout mouvement de nature à provoquer un conflit. J'écris au Gouverneur de la Cochinchine pour lui réitérer ces recommandations.

Jauréguiberry.

---

## Nr. 8126. FRANKREICH. — Gesandter in Chna an den franz. Min. des Ausw. — Antwort des Tsong-Li-Yamen au Bourée's Vorschläge.

Shanghaï, le 8 janvier 1883 (reçu le 19 février 1883).

Nr. 8126. Frankreich. 8. Jan. 1883.

Mon courrier de la dernière malle venait d'être expédié, lorsque j'ai reç de Pékin, par la voie de terre toujours très lente, la réponse du Yamen à l seconde des communications que je lui avais adressées de Tien-Tsin po l'informer du projet d'arrangement que nous avions combiné avec le Vice-R Li-Hong-Tchang et dont je comptais soumettre les termes à la bienveillan appréciation du Gouvernement de la République. Je m'attendais à recev une acceptation pure et simple: au lieu de cela, les Ministres chinois m'o adressé des contrepropositions de la nature la plus inattendue, et qui étai absolument incompatibles avec l'arrangement que nous avions préparé. || D'abo on me demandait qu'aucun cadre ne fût assigné par avance aux travaux d délégués français et chinois; "ce n'est qu'après qu'ils auraient été désignés part et d'autre que l'on s'occuperait de déterminer les matières à soumett à leur examen." Ensuite il était dit: "Qu'un envoyé annamite devrait fai

partie de la conférence et que les résolutions auxquelles s'arrêteraient les Plénipotentiaires ne deviendraient définitives qu'après avoir reçu la sanction de la Cour de Hué." Enfin la lettre, écrite sur un ton médiocrement courtois, se terminait par la demande que nous n'augmentassions pas nos effectifs militaires au Tonkin, et l'on ajoutait que, les troupes impériales s'étant retirées de cette contrée, si nous venions, nous, "à porter les nôtres en avant, *sous quelque prétexte que ce fût*, il pourrait en résulter des conséquences fâcheuses pour le maintien des bonnes relations entre les deux pays." || Votre Excellence n'aura pas de peine à s'imaginer le mouvement d'impatience et de déception que me causa une pareille dépêche. Je mandai aussitôt auprès de moi Ma-Kien-Tchong, le mandarin que Li-Hong-Tchang a envoyé à ma suite à Shanghaï, pour assurer entre nous, pendant toute la durée de la fermeture du Pei-Ho, le maintien de communications fréquentes par la voie du télégraphe. || A la lecture de la pièce que je lui tendis, Ma-Kien-Tchong parut consterné, et je puis dire même que c'est la première fois qu'il m'est arrivé de voir se refléter sur la physionomie d'un fonctionnaire chinois une impression aussi vive. "La seule chose à faire, dit-il, c'est de télégraphier tout de suite au Vice-Roi et de demander le retrait pur et simple de cette lettre, ou d'obtenir, sous forme d'éclaircissements, l'annulation de tous les passages qui modifient ce qui a été convenu à Tien-Tsin." || Je fis observer que les éclaircissements ne seraient pas faciles à donner, vu les contradictions par trop fortes qu'il y avait entre les idées que nous avions mises sur le papier et celles dont on m'entretenait maintenant. — "N'importe, reprit Ma-Kien-Tchong, écrivez-moi vous-même un projet de réponse, en indiquant les points que vous entendez faire rectifier, je m'en rapporte d'autant plus à vous pour cela que, dans le cas actuel, votre intérêt, celui du Vice-Roi et, il est permis d'ajouter, celui du Gouvernement chinois lui-même, se confondent absolument." || Je fis ce qu'il me demandait, et, muni de mon projet de dépêche, où j'indiquais le sens du télégramme qu'il me fallait, il partit en toute hâte pour expédier une dépêche détaillée à Tien-Tsin. || Le lendemain matin, je recevais de Ma un billet m'annonçant que le Vice-Roi, saisi de ma réclamation, avait aussitôt envoyé un courrier à Pékin pour l'appuyer énergiquement et pour demander l'autorisation de me faire tenir des déclarations conformes à mon désir. Li-Hong-Tchang devait être trop personnellement jaloux de défendre auprès du Yamen l'oeuvre à laquelle il avait si intimement coopéré, pour que je n'eusse pas une entière confiance dans l'énergie du concours qu'il me fournirait en cette occasion; j'étais sûr qu'il n'épargnerait aucun effort pour ramener le Yamen à une appréciation plus sensée de la situation et à une manière de voir plus conforme aux vues dont nous nous étions inspirés pendant mon séjour à Tien-Tsin, afin d'aplanir les voies à un accommodement acceptable pour les deux pays. || Mon espérance ne fut heureusement pas trompée, et trente-six heures plus tard, Ma-Kien-Tchong m'apportait le télégramme dont Votre Excellence trouvera la traduction ci-jointe. Elle y verra que tout ce

Nr. 8126. Frankreich. 8. Jan. 1883.

qui était inacceptable pour nous dans la dépêche du Yamen a été écarté par les soins du Vice-Roi et que les choses ont été rétablies dans l'état où il fallait qu'elles fussent maintenues; il demeure donc entendu avec le Gouvernement impérial: 1° que les pourparlers des Plénipotentiaires des deux pays porteront sur les matières définies à Tien-Tsin et auront pour base le projet d'arrangement que je vous ai transmis; 2° que le Commissaire annamite dont il est fait mention dans la lettre du Yamen, ne devra pas prendre part aux délibérations des Représentants français et chinois, mais être seulement admis à donner des informations *s'il en est requis;* 3° que la ratification de la Cour de Hué ne sera pas demandée pour valider les décisions prises par les Plénipotentiaires; 4° que la demande du Gouvernement chinois se rapportant à nos troupes au Tonkin, n'a pas trait à *l'augmentation* possible de notre garnison, mais seulement aux *mouvements en avant* qui pourraient être ordonnés à nos soldats. || Ces explications étant données, il n'y avait plus lieu de demander le retrait de la dépêche du Yamen, puisque le commentaire qui m'en était donné émanant de la plus haute Autorité qui soit en Chine après l'Empereur, nous donnait toutes les sécurités, toutes les garanties même que nous pouvions souhaiter. Je me suis alors décidé à envoyer à Votre Excellence le télégramme du 29 décembre, où je vous faisais connaître en substance le projet de Convention que je vous avais expédié par la Malle anglaise. J'appelais en même temps votre attention sur les embarras que me causaient ici des nouvelles répandues par les journaux anglais et qui entretenaient les inquiétudes des Chinois, en nous représentant comme résolus à envoyer une formidable expédition au Tonkin et à répondre, par une conquête des pays contestés, aux efforts que faisait la Chine pour nous en éloigner. A la longue, il était à craindre que ces publications simplement intempestives ou calculées dans un mauvais esprit, ne vinssent à éveiller de fâcheux soupçons dans l'esprit des Ministres chinois. C'est pourquoi je vous ai demandé, Monsieur le Président du Conseil, de m'aider à dissiper des rumeurs qui pourraient, à la longue, exercer une influence fâcheuse sur la Cour de Pékin comme sur les Membres de l'Administration impériale et mettre par suite en péril peut-être l'issue de nos pourparlers futurs avec le Gouvernement chinois. La réponse que Votre Excellence a bien voulu faire à ma dépêche m'a fourni à cet égard, de précieux arguments que je me suis hâté d'utiliser tant auprès du Vice-Roi du Tchéhy que des Ministres du Tsong-Li-Yamen. Il restait toutefois, un point sur lequel j'avais encore besoin d'être rassuré moi-même pour calmer tout à fait des appréhensions dont l'écho m'était revenu de plusieurs côtés différents. J'étais sans informations quant à la nature et l'importance véritables de l'expédition qui venait de quitter les côtes de France, et le Gouvernement chinois attachait évidemment beaucoup de prix à ce que nous ne missions pas à profit le retrait de ses troupes pour pousser les nôtres en avant et faire ainsi préjuger, d'une façon onéreuse pour la dignité, le résultat des négociations et des arrangements pacifiques que nous

Nr. 8126. Frankreich. 8. Jan. 1883.

aurions à concerter ultérieurement avec lui. C'est ce qui m'a engagé à vous envoyer un nouveau télégramme. Les éclaircissements que vous avez eu la bonté de me donner rendent désormais mon rôle facile et écartent la possibilité de tout malentendu. Il ne me reste donc plus qu'à attendre les instructions que vous voudrez bien me faire tenir, quand mes derniers rapports vous seront parvenus. || L'adhésion que Votre Excellence a déjà donnée aux idées que je lui ai sommairement indiquées par le télégraphe, et qui doivent servir de base à la convention projetée, affermit en moi l'espoir que nous arriverons, par ce moyen, à concilier les vues de la Chine avec nos propres desiderata au Tonkin et à nous créer, dans la vallée du Song-Koï, une situation solide, aussi profitable au développement de nos intérêts coloniaux qu'à celui de notre influence et de notre prestige dans tous les pays de l'extrême Orient.

Bourée.

Le Vice-Roi Li-Hong-Tchang, — à Ma-Kin-Tchong.

(Télégramme.) Le 29 décembre 1882.

Traduction. Je vous prie de dire à M. le Ministre de France que, dans le passage du Tchao-Houei du Tsong-Li-Yamen, où il est question des points à étudier par les deux délégués à nommer, le véritable sens doit être: Il faudra réserver pour plus tard la discussion des détails, et l'on ne sortira pas du cadre convenu à Tien-Tsin. Quant au délégué de l'Annam, il sera seulement adjoint pour fournir, au besoin, des informations, s'il en est requis; et, en ce qui concerne les décisions à prendre, le Plénipotentiaire chinois aura tout pouvoir pour se prononcer définitivement (c'est-à-dire sans avoir à soumettre ses décisions à la sanction du Gouvernement annamite).

Dès à présent et jusqu'à une solution définitive, puisque les soldats chinois se sont retirés, l'armée française ne devra pas se porter en avant. C'est là le sens qu'il convient d'attacher à la communication du Tsong-Li-Yamen et qui est conforme à mon propre sentiment.

Il n'est pas nécessaire, après ces explications, de demander le retrait du Tchao-Houei.*)

Li-Hong-Tchang.

*) Das franz. Gelbbuch charakterisirt an einer anderen Stelle das Tchao-Houei folgendermassen: Il y a une grande différence à établir comme importance entre la dépêche officielle (Tchao-Houé) ou la communication ordinaire faite sur papier rouge qui engage seulement celui de qui elle émane. Le Tchao-Houé lie le Gouvernement lui-même.

## Nr. 8127. FRANKREICH. — Marine-Min. an den Min. des Ausw. — Missbilligt die Anknüpfung von Unterhandlungen mit China.

Paris, le 26 janvier 1883.

No. 8127. Frankreich. 26. Jan. 1883.

J'ai reçu votre lettre du 13 de ce mois, dans laquelle vous manifestez la pensée qu'en présence des pourparlers que notre Ministre Plénipotentiaire aurait engagés avec la Cour de Pékin concernant les affaires du Tonkin, il convient d'attendre l'issue de ces négociations pour prendre une détermination sur cette question délicate. Je ne puis me défendre de voir dans cette appréciation l'affirmation d'une politique nouvelle à laquelle les correspondances antérieures de votre Département, et notamment votre lettre du 14 novembre 1882, ne m'avaient pas suffisamment préparé. || En présence des menées de l'Annam en Cochinchine, de la prétention de la Chine à faire valoir des droits de suzeraineté qui, s'ils ont jamais existé, ont disparu depuis le traité de 1874, une résolution rapide et énergique pouvait paraître le seul moyen de rétablir l'ordre dans nos possessions et de nous assurer vis-à-vis de l'Annam et du Tonkin la situation prépondérante à laquelle nous n'avons cessé de viser. || Je n'entends pas préjuger l'issue des négociations dont vous me faites part. On ne saurait d'ailleurs méconnaître qu'elles auront pour effet d'ajourner indéfiniment une solution qui peut paraître nécessaire et urgente à ceux qui veulent conserver notre prestige dans cette partie de l'Extrême-Orient. || Il est vrai, ainsi que vous le faites ressortir, qu'une entente diplomatique avec la Chine eût été necessaire pour nous assurer la route du Yunnan quand nous aurions été installés au Tonkin, et vous pensez que cette entente se produira avec plus de chance de succès dans l'état actuel des choses, c'est-à-dire avant que notre situation à l'égard de l'Annam soit nettement définie. Je regrette de ne pouvoir me rallier à cette appréciation, je persiste à penser que si nous avions obtenu de la Cour de Hué la reconnaissance de nos justes prétentions, c'est-à-dire un protectorat effectif, nous serions en meilleure situation pour traiter, tant avec la Chine qu'avec toute autre nation. || Quoi qu'il en soit, votre Département étant mieux placé que le mien pour formuler un avis sur les questions qui touchent à la politique internationale, je ne puis que m'incliner et attendre le résultat des négociations confiées à M. Bourée. || Ma responsabilité personnelle se trouve dégagée par la correspondance échangée entre nos deux Départements. Jauréguiberry.

---

## Nr. 8128. FRANKREICH. — Stellvertretender Min. der Marine und Colonien (Mahy) an den stellv. Min. des Ausw. (Ferry.) — Der Vertrag Bourée ist unannehmbar und kann für Frankreichs Ansehen höchst gefährlich werden.

Paris, le 20 février 1883.

Nr. 8128. Frankreich. 20. Febr. 1883.

Monsieur le Président du Conseil et cher Collègue, le courrier que je viens de recevoir de Chine contient, au sujet de la question du Tonkin, des

Nr. 8128. Frankreich. 20. Febr. 1883.

nouvelles qui me paraissent d'une extrême gravité. D'une part, il paraîtrait résulter des informations parvenues au Gouverneur de la Cochinchine que le retrait des troupes chinoises n'aurait été que simulé, et que les troupes, peu nombreuses sans doute, qui ont passé la frontière du Tonkin, continuent à séjourner dans cette province. || D'autre part, les journaux de Chine publient, à propos du projet de traité convenu entre notre Ministre et le Tsong-Li-Yamen, des renseignements que je dois supposer inexacts, mais qui ont provoqué dans l'extrême Orient une émotion à laquelle je ne saurais rester étranger, et je vous serai vivement obligé, si le texte du traité qui nous a été annoncé au mois de décembre vous est parvenu, de vouloir bien me rassurer à cet égard. || Il paraîtrait que le traité reconnaît le droit le suzeraineté de la Chine, ou tout au moins un droit d'immixtion pour elle dans les affaires de l'Annam et du Tonkin. Il ne vous échappera pas que c'est là une doctrine contre laquelle le Département de la Marine et des Colonies a protesté de la manière la plus formelle. M. Duclerc, d'ailleurs, avait, dans ses dépêches antérieures, partagé complètement, sur ce point, l'avis de mon Département. || Je ne puis croire que ces nouvelles soient exactes; mais leur répétition, l'insertion dans un journal de Shanghaï d'une note d'un aspect semi-officiel démentant un point parmi les informations relatives à ce traité, et donnant, par suite, plus de force aux autres indications de ce journal, me font craindre que les intérêts de la France au Tonkin n'aient pas été complètement sauvegardés par M. Bourée. || Les démarches tentées auprès de la Cour de Pékin n'auront pas, il faut le craindre, les conséquences heureuses qu'on en avait espérées; elles entraîneront, au contraire, pour nous établir au Tonkin, un déploiement de forces plus considérable. Il ne faut se faire aucune illusion sur ce point: l'abandon des nos droits vis-à-vis de la Chine peut avoir pour notre influence dans l'extrême Orient, pour les intérêts de notre commerce, des conséquences telles que je ne saurais trop appeler sur ce point votre haute attention.

Mahy.

---

Nr. 8129. Frankreich. 5. März 1883.

**Nr. 8129. FRANKREICH.** — Min. des Ausw. (Challemel Lacour) an den franz. Gesandten in China. — Abberufung Bourée's.

Paris, le 5 mars 1883.

(Télégramme.) Il n'est pas tenu, dans l'arrangement dont vous avez pris l'initiative au sujet du Tonkin, un compte suffisant de notre situation conventionnelle. Cet arrangement consacrerait, au profit de la Chine, des concessions auxquelles il ne nous appartient pas de souscrire. Pour bien marquer notre entiment à cet égard, je me vois, à regret, dans la nécessité de mettre fin votre mission. En attendant vos lettres de rappel, vous vous appliquerez

Nr. 8129. Frankreich. 5. März 1883.

à établir que notre décision n'implique aucune pensée d'hostilité contre l Chine, notre seul but étant d'assurer l'ordre au Tonkin dans les conditior du Traité de 1874.

Challemel Lacour.

---

## Nr. 8130. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Mi des Ausw. — Bedauert die Desavouirung des von ih vereinbarten Arrangements.

Shangha ï 7 mars 1883.

Nr. 8130. Frankreich. 7. März 1883.

J'allais vous mander qu'une Ambassade annamite, parti e de Canton le se dirige vers Pékin pour adresser un appel désespéré à la Chine, au mome où j'ai reçu votre télégramme du 5. || Votre refus de souscrire aux arrang ments, dont le Département avait, à deux reprises, admis le principe, no rejette dans l'inconnu le plus inquiétant; votre éclatant désaveu réduit, d'ailleur ici mon rôle à néant, je doute que l'on ait pu peser à Paris toutes les cons quences de la détermination que vous me notifiez et dans laquelle je fa abstraction des considérations qui me sont personnelles.

Bourée.

---

## Nr. 8131. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Gesandt in China. — Nähere Motivirung der Abberufung.

Paris, le 14 mars 1883.

Nr. 8131. Frankreich. 14. März 1883.

Mon télégramme du 5 mars vous a indiqué sommairement les motifs q ne permettent pas au Gouvernement de la République d'accepter comme bas d'un arrangement avec la Chine, relativement au Tonkin, les proposition formulées dans votre dépêche du 20 décembre et dont vous aviez pris l'ini tiative. Une question qui m'a été adressée hier au Sénat m'a fourni l'occasio d'exposer publiquement les principes dont notre politique doit s'inspirer dar l'Indo-Chine et qui procèdent d'un juste sentiment de nos rapports conventionne avec l'Annam, aussi bien que de notre situation au regard de l'Empire chinoi L'exposé que j'en ai présenté me dispense d'insister sur les divergences q subsistent entre la ligne de conduite que vous vous étiez tracée et le poi de vue que nous jugeons nécessaire de maintenir. Vous vous convainc facilement qu'aucun des arrangements concertés avec Li-Hong-Tchang ne sera compatible avec la situation créée par notre traité de 1874, dont notre fern volonté est d'assurer l'application effective. Vous reconnaîtrez, en particuli que l'affirmation solennellement „proclamée" de la souveraineté et de l'entiè indépendance de l'Annam nous impose le devoir strict de décliner to arrangement qui équivaudrait à la reconnaissance, au profit de la Chine, d'u

sorte de droit d'intervention ou qui consacrerait en sa faveur une cession plus ou moins déguissée de territore. || Les principes que je rappelle ont toujours déterminé l'attitude du Gouvernement français depuis 1874, et nous n'entendons pas inaugurer une politique nouvelle. Vos télégrammes du mois de décembre se bornaient à annoncer comme bases de l'accord projeté: „l'ouverture du Yunnan et la reconnaissance de la protection française au Tonkin, sauf sur une zone à délimiter, suivant la frontière chinoise". Par là s'explique l'adhésion donnée tout d'abord par mon prédécesseur au principe d'une négocation dont la portée n'a été exactement connue que plus tard par les explications transmises à la suite de votre télégramme. Alors seulement il est apparu que l'esprit en était incompatible avec les vues que nous avons à faire prévaloir, et la nécessité nous a été imposée de mettre fin à votre mission, pour bien marquer, aux yeux du Gouvernement chinois, que nous ne pouvons le suivre dans la voie où vous vous engagiez avec lui. Aucune équivoque ne doit d'ailleurs subsister sur le sens de notre résolution. Il importe surtout que le Gouvernement chinois ne puisse y voir le désir d'une rupture ou l'indice d'un refroidissement, que rien dans les rapports des deux pays ne saurait motiver. En prenant des mesures pour affirmer au Tonkin l'exercice régulier de nos droits, nous ne modifions rien à l'état de choses établi depuis neuf ans, et notre action ne peut qu'être profitable à la Chine elle-même, en assurant l'ordre sur ses frontières. Nous nous bornons à consolider une situation qui doit être considérée comme définitive, tout disposés, d'ailleurs, à chercher, de concert avec la Cour de Pékin, les moyens de régler, par voie conventionnelle, les relations de commerce et de bon voisinage entre les provinces limitrophes. Telles sont les considérations dont vous aurez à tenir compte pour motiver notre décision et notre attitude. || A un autre point de vue, ces explications vous permettront de vous rendre un juste compte des raisons d'ordre exclusivement politique qui ont imposé la mesure prise à votre égard. S'il ne m'est pas possible d'approuver votre initiative et de laisser se prolonger la situation où vous seriez placé désormais, je n'en rends pas moins justice à l'activité et au dévoûment consciencieux dont vous avez fait preuve au cours de votre mission en Chine et qui pourront trouver ailleurs un champ plus favorable. || Je vous envoie par le même courrier vos lettres de rappel; mais je vous serai obligé d'attendre de nouvelles instructions avant d'en faire la remise.*)

Nr. 8131. (Frankreich. 14. März 1883.

Challemel Lacour.

*) Die entsprechende Instruction wurde ertheilt am 16. Mai 1883.

## Nr. 8132. CHINA. — Das Tsong-Li-Yamen (Auswärtige Amt) an den chin. Gesandten in Paris. — Auftrag, um Aufklärung über die Abberufung Bourée's zu bitten.

Pékin, 2 avril 1883.

Nr. 8132. China. 2. April 1883.

L'année dernière, vu la situation qui existait entre vous et les Ministres Gambetta et de Freycinet au sujet du Tonkin, M. Duclerc a cru mieux de transférer la tenue des négociations de Paris à Pékin, et le Gouvernement impérial, répondant à l'invitation que M. Bourée était chargé de faire auprès de lui, donna son assentiment à cet arrangement. Nous avions plusieurs entretiens avec M. Bourée qui, nous l'avons espéré, ne seraient pas infructueux. Maintenant M. Bourée nous a fait connaître qu'il a reçu des ordres de son Gouvernement de retourner en France, et comme il court des bruits de préparatifs que venait de faire le Gouvernement français de renforcer ses troupes en Cochinchine, le Gouvernement Impérial s'inquiète. || Le Yamen vous charge donc de vous rendre chez l'Ambassadeur de France à Londres, pour prier qu'il demande à son Gouvernement s'il peut nous donner des renseignements sur la cause du rappel de son Ministre, ainsi, s'il y a de fondement pour les bruits susmentionnés. || Vous exprimerez à Son Excellence l'espoir du Gouvernement impérial que la réponse de son Gouvernement serait d'une nature rassurante; car après la preuve de conciliation qu'il a donnée en consentant de faire retirer ses troupes, tandis que les négociations de M. Bourée avaient lieu, il éprouverait de la mortification, si, au lieu de retirer ses troupes, le Gouvernement de la République leur enverrait des renforts. Vous devez lire cette dépêche à M. l'Ambassadeur, et, s'il le veut, lui en donner une copie.

---

## Nr. 8133. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Der Abbruch der Verhandlungen macht den Krieg unvermeidlich.

Shanghaï, 16 avril 1883.

Nr. 8133. Frankreich. 16. April 1883.

(Télégramme.) J'ai la crainte que la gravité de la situation ne soit pas comprise à Paris. Je me suis efforcé, par ma correspondance d'expliquer que, si nous n'arrivions pas à une entente avec la Chine au sujet du Tonkin, elle nous y devancerait et nous en disputerait la possession par les armes. On a jugé devoir passer outre. || Le retrait des troupes n'avait eu lieu que difficilement. Le Gouvernement de l'Empereur croyait à la possibilité d'un arrangement; mais maintenant que nous refusons de traiter, les troupes repassent la frontière. On ne s'arrête pas aux protestations pacifiques que je prodigue non plus qu'à nos droits conventionnels avec l'Annam que la Chine n'a jamais reconnus. On veut des garanties effectives, et, pour se les assurer, plus de 10,000 hommes du Yunnan comprenant le détachement des troupes de Lo-

Hong-Tchang sont déjà rentrés au Tonkin. C'est l'avant-garde d'une autre armée d'invasion, et nous aurons bientôt devant nous des masses considérables avec un fort appoint de soldats exercés, bien armés, et d'officiers étrangers. || On assure que la mise sur le pied de guerre de toutes les forces de l'Empire vient d'être ordonnée par la Cour. Si vous persistez dans la ligne adoptée, préparez-vous à une lutte des plus sérieuses qu'aucune assurance amicale ne saurait plus conjurer. Je serais un agent déloyal, si je ne vous tenais ce langage.

Nr. 8133. Frankreich. 16. April 1883.

Bourée.

---

## Nr. 8134. FRANKREICH. — Unterredung des franz. Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris *). — Die franz. Regierung lehnt es ab in politische Verhandlungen mit China betr. Tonkin zu treten, ist dagegen bereit, über handelspolitische Fragen zu unterhandeln.

Nr. 8134. Frankreich. 9. Mai 1883.

Dans une entrevue du 9 mai 1883, le Ministre de Chine à Paris a exprimé le désir d'obtenir des renseignements sur l'action que la France se prépare à exercer au Tonkin. || Le Ministre des Affaires étrangères a fait observer qu'il pourrait se dispenser de répondre, ne voyant pas l'intérêt qui justifie la question du Gouvernement chinois; cependant, par courtoisie et pour témoigner de ses sentiments amicaux, il n'a pas fait difficulté de dire que la France va pourvoir aux moyens d'assurer l'exécution régulière du Traité qu'elle a conclu en 1874 avec l'Annam. || D'après le Marquis Tseng, le Gouvernement chinois aurait de justes motifs de se préoccuper de la question. Le Gouvernement de la République n'ignore pas, en effet, que la Chine a un droit de suzeraineté sur le Tonkin. Il ne s'agirait pas seulement d'un droit historique, comme l'aurait dit M. Gambetta, mais d'un droit réel et positif. || Le Ministre des Affaires étrangères refuse d'accepter la discussion sur un droit que la France ne reconnaît pas. Pour le Gouvernement français, l'Annam est un État souverain et indépendant, qui a traité comme tel, et auquel il y a lieu, par suite, de demander directement l'exécution de ses engagements. || Ne s'arrêtant pas à cette déclaration, le Marquis Tseng expose que la France a pour but avoué d'ouvrir, à travers le Tonkin, une voie commerciale, et qu'elle doit, par conséquent, désirer l'ouverture du Yunnan, où cette voie aboutira. Cette question est donc connexe à celle de l'Annam, et il serait

*) Les entretiens du Ministre des Affaires étrangères avec le Ministre de Chine n'ont fait l'objet d'aucun procès-verbal concerté; les comptes rendus publiés dans le présent recueil ont été rédigés sur les notes fournies par le Ministre des Affaires étrangères après chaque entrevue. (Anm. des Gelbbuches.)

Aus diesem Grunde sind die Unterredungen unter Frankreich rubricirt.

Nr. 8134. Frankreich. 9. Mai 1883.

opportun de profiter des bonnes relations qui existent en ce moment entre la Chine et la France pour en aborder l'examen. Il est incontestable, notamment, que l'assistance de la Chine faciliterait au Gouvernement français les moyens de faire exécuter ou modifier le traité qu'elle a conclu avec l'Annam. M. Bourée s'était sans doute inspiré de cette considération lorsqu'il a négocié, il y a quelques mois, un commencement d'entente avec le Gouvernement chinois. Les bases de cette entente n'ont pas été approuvées à Paris. Il y aurait intérêt, pour les deux Gouvernements, à ne pas laisser les choses en l'état. On ne peut espérer, en effet, que la Chine se désintéresse des affaires d'un pays sur lequel elle revendique un droit de suzeraineté qu'elle n'a jamais laissé périmer. Il y a donc utilité à s'entendre directement avec elle pour le règlement de la question. Le Marquis Tseng tient à s'ouvrir à cet égard en toute franchise. Son rôle, comme diplomate, est d'aplanir les difficultés que présente la situation, et il s'efforce d'assurer ce résultat en adoucissant beaucoup les observations qu'il a été chargé de présenter au Gouvernement de la République. Il considère comme très désirable que les bonnes relations de la France et de la Chine ne soient pas altérées par cette affaire. Il serait disposé, dès lors, à en aborder l'examen, avec l'esprit le plus conciliant, dans une Conférence, dont le résultat ne compromettrait rien, puisque les propositions qu'on y formulerait pourraient être ultérieurement modifiées ou repoussées. Ce mode de procéder préviendrait les dangers inévitables d'une action isolée qui peut entraîner la France, à défaut d'une entente avec l'Annam, à une conquête qui en ferait la voisine de la Chine. || Après avoir remercié le Ministre de Chine de ses dispositions conciliantes, M. Challemel Lacour l'assure que personnellement il s'inspire des mêmes sentiments en atténuant aussi beaucoup le caractère des observations qu'il doit présenter. Le Gouvernement français ne peut que savoir gré à la Chine de l'assistance qu'elle semble disposée à lui offrir pour amener le règlement des affaires de l'Annam. Mais il n'aperçoit aucun motif pour accepter une pareille offre: d'une part, le Gouvernement français, considérant l'Annam comme un État indépendant, n'a pas à traiter avec une puissance tierce des affaires de cet État; d'autre part, la France est en situation d'obtenir de l'Annam, sans aucune assistance, tout ce qu'elle a le droit de demander d'après le Traité. M. Bourée avait, il est vrai, ouvert des pourparlers sur la question. Le Gouvernement français a cru que son Représentant s'était engagé dans une mauvaise voie, dangereuse même pour les bonnes relations des deux pays; il l'a arrêté à temps. Convient-il de reprendre à Paris les pourparlers interrompus à Shanghai? On ne voit pas quel en serait l'intérêt ni l'objet. Le Gouvernement français n'a rien à demander au Gouvernement chinois, puisqu'il écarte la question de suzeraineté de la Chine sur l'Annam. Le but qu'il poursuit, c'est l'exécution régulière du Traité de 1874, et la répression au Tonkin du brigandage et de la piraterie qui en ferment l'accès au commerce. Ces questions, la France doit les régler de concert avec le Roi Tu-Duc ou toute seule. La Chine n'a

d'ailleurs pas à se préoccuper des conséquences éventuelles de l'action à laquelle la France peut être entraînée, cette action ne pouvant amener entre les deux États le voisinage qu'on semble appréhender à Pékin. Quand même nous deviendrions les maîtres du delta du Fleuve Rouge, nous serions encore séparés de la Chine par de vastes régions où nous n'avons pas l'intention de pénétrer. Mais nous n'en voulons à l'indépendance d'aucune partie de l'Annam, et notre seul but est de sauvegarder nos intérêts au Tonkin et de remplir l'obligation qui nous incombe d'y assurer l'ordre. Nous ne voulons ni porter atteinte au territoire de la Chine, ni même en approcher. M. Challemel Lacour souhaite que cette déclaration soit de nature à calmer les inquiétudes qui pourraient exister: elle dispense, à son avis, de tout engagement conventionnel. || Dans l'opinion du Ministre de Chine, cette déclaration gagnerait beaucoup à être faite sous la forme plus solennelle d'une Convention dans laquelle on pourrait traiter aussi des intérêts commerciaux de la France avec la Chine. || Le Ministre des Affaires étrangères se déclare prêt à ouvrir des négociations à Paris ou à Pékin, pour assurer le règlement des questions commerciales qui peuvent exister entre les deux pays; mais il lui semble au moins inutile de lier ces questions à celle du Tonkin, qui est toute différente et qui relève uniquement de la France et de l'Annam. Quant à la Déclaration dont le Marquis Tseng a pris acte, elle a été faite par courtoisie et doit être considérée comme un témoignage des bonnes dispositions dont le Gouvernement français n'a pas cessé d'être animé à l'égard de la Chine; mais elle ne saurait faire l'objet d'une Convention qui n'a aucune raison d'être.

Nr. 8134. Frankreich. 9. Mai 1883.

---

## Nr. 8135. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in Japan (Tricou). — Ernennung desselben zum ausserordentl. Gesandten in China. Instruction.

Paris, le 15 mai 1883.

(Télégramme.) Je vous prie de vous rendre immédiatement à Pékin comme Envoyé extraordinaire, en attendant le successeur de M. Bourée. Notre refus d'accepter le traité préparé par M. Bourée relativement au Tonkin a donné lieu à un malentendu qui a refroidi nos rapports avec la Chine. || Deux buts sont assignés à votre mission provisoire: 1° établir que le rappel de M. Bourée n'implique aucune pensée de rupture; que nous sommes prêts à traiter sur d'autres bases, et que notre protectorat au Tonkin ne change rien à la situation créée dès 1874; 2° nous renseigner exactement sur les intentions et préparatifs de la Chine. D'après M. Bourée, le Gouvernement chinois serait résolu à s'opposer à notre action au Tonkin, où il dirigerait contre nous des forces considérables. || Il importe que nous soyons fixés sur ce point. Nous comptons sur votre tact, non seulement pour juger sans prévention de l'état réel des choses, mais pour faciliter un rapprochement

Nr. 8135. Frankreich. 15. Mai 1883.

Nr. 8135. Frankreich. 15. Mai 1883.

entre les deux pays. || Votre arrivée est annoncée à Pékin, où vos lettres de créance vous seront adressées.

Challemel Lacour.

---

## Nr. 8136. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in China (Tricou). — Ausführlichere Instruction.

Paris, le 18 mai 1883.

Nr. 8136. Frankreich. 18. Mai 1883.

J'ai l'honneur de vous confirmer le télégramme que je vous ai adressé le 15 de ce mois.

Je n'ai pas, quant à présent du moins, à vous donner d'autres indications relativement à la mission extraordinaire dont vous êtes chargé. Mes précédentes communications à M. Bourée vous permettront de vous faire une idée exacte de nos intentions et du but que nous poursuivons au Tonkin. Vos efforts devront tendre à représenter au Gouvernement du Céleste Empire qu'il n'a aucun motif fondé de prendre ombrage d'un projet dont il sera tout naturellement appelé à profiter, autant et plus même que les autres Puissances commerciales. Le résumé ci-inclus d'un entretien que j'ai eu le 9 de ce mois avec le marquis Tseng, achèvera de vous édifier sur le langage que vous aurez à tenir au Tsong-Li-Yamen. || Tout en vous efforçant d'apaiser les susceptibilités de la Chine, vous devrez vous appliquer, dans la mesure du possible, à pénétrer ses véritables intentions. S'il faut en juger par les informations qui nous parviennent de divers côtés et qui viennent d'être confirmées encore par le télégramme ci-annexé de notre Consul général à Shangaï, les protestations du Ministre de Chine à Paris, ainsi que les nouvelles de préparatifs militaires répandues par le Gouvernement, ne doivent vraisemblablement être considérées que comme des tentatives d'intimidation ayant pour objet d'amener une fois de plus l'ajournement de nos projets sur le Tonkin. Il importe toutefois que nous soyons fixés à cet égard, notamment sur la portée des préparatifs de guerre, qui, d'après les indications de M. Bourée, auraient pris des proportions considérables. Dans l'état où sont les choses, il ne nous est plus permis de reculer mais il est nécessaire de savoir si nous devons rencontrer des troupes impériales parmi nos adversaires dans le bassin du Fleuve Rouge, quel en pourrait être le nombre et la valeur au point de vue militaire, dans le cas où le Céleste Empire songerait réellement à s'opposer par la force à l'établissement définitif de notre protectorat au Tonkin. || Je fais appel à la vigilance et à la perspicacité dont vous avez déjà fait preuve dans le cours de votre carrière, pour mener à bien la délicate mission qui vous est confiée.

Challemel Lacour.

---

## Nr. 8137. FRANKREICH. — Gouverneur von Cochinchina an den franz. Marine-Min. (Brun). — Nothwendigkeit, energische Maassregeln gegen Anam zu ergreifen.

Saïgon, le 27 mai 1883.

Nr. 8137. Frankreich. 27. Mai 1883.

(Télégramme.) Je vous propose les mesures que la situation actuelle me paraît comporter: négligeons, en apparence, l'intervention plus ou moins directe de la Chine et traitons, en ce moment, seulement avec l'Annam qui a ouvertement à sa solde les Pavillons-Noirs et dont les gouverneurs, les mandarins et les soldats tiennent aujourd'hui au Tonkin campagne contre nous. Les derniers événements et la mort de Rivière nous commandent impérieusement de réclamer une satisfaction complète et de mettre, de gré ou de force, Tu-Duc en demeure de consentir des modifications au traité antérieur et au protectorat. Il faut renoncer, après l'échec de Hanoï, à rien obtenir par la voie des négociations. Tu-Duc ne signera pas de traité avant que la nécessité inéluctable de se soumettre ou de lutter ne lui soit démontrée jusqu'à l'évidence, c'est-à-dire jusqu'au jour où il entendra le premier coup de canon. C'est donc à Hué où sont le Roi, la Reine mère, les Ministres, qu'il faut frapper, et il suffit, pour cela, d'enlever les fortifications de Thuan-An. Bornons-nous donc, pour le moment, à conserver nos positions au Tonkin. Cela est facile avec les troupes présentes et les renforts partis de Saïgon. Envoyer immédiatement des renforts de France; diriger sur le Tonkin, 2,500 hommes, 3 batteries d'artillerie qui porteraient le chiffre des forces à 5,000 hommes environ, plus un bataillon de tirailleurs annamites préparé selon vos instructions; nommer un général d'infanterie de marine commandant des forces au Tonkin; je propose le général Bouët; nommer un capitaine de vaisseau commandant de la division navale de Cochinchine; diriger sur Saïgon 3 batteries, dont une remplacerait celle que j'ai envoyée hier, 1,500 hommes pour rétablir l'effectif de la Cochinchine et former, si vous adoptez mon projet, le corps expéditionnaire pour Hué. Ce corps partirait de Saïgon sur des transports et serait accompagné devant Thuan-An par une division navale. Un ultimatum serait signifié; s'il était repoussé, bombarder les forts et prendre Hué. Il est indispensable pour le prestige français que vous affirmiez par une résolution énergique la politique du Gouvernement de la Républiqne dans l'Extrême Orient.

---

## Nr. 8138. FRANKREICH. — Marine-Min. an den franz. Civil-Commissar in Tonkin (Harmand). — Instruction.

Paris, le 8 juin 1883.

Nr. 8138. Frankreich. 8. Juni 1883.

Le Gouvernement de la République, avec l'assentiment des deux Chambres, a décidé de remettre à un Commissaire général civil le soin de présider à l'action que les événements nous ont amené à engager au Tonkin. Ces

Nr. 8138. Frankreich. 8 Juni 1883.

fonctions vous ont été confiées par un décret du 7 juin, dont vous trouverez ci-joint une ampliation. Les instructions suivantes, concertées entre le Département des Affaires étrangères et celui de la Marine et des Colonies, vous feront connaître le caractère tout spécial de votre mission et les vues dont vous aurez à vous inspirer pour atteindre le but assigné à vos efforts. || Le Commissaire général civil représente la pensée du Gouvernement auprès de l'autorité militaire; il est chargé d'empêcher que l'action militaire ne dévie et ne s'étende au delà du cercle tracé dans les présentes instructions. || Le Commissaire général civil est un négociateur autant qu'un administrateur et un organisateur: il aura à employer tous les moyens dont il pourra disposer pour prévenir l'intervention de la Chine, pour ramener à nous le Gouvernement annamite et rompre les intelligences qui subsistent entre Hué et Pékin pour gagner, s'il y a lieu, les Pavillons-Noirs à la solde de l'Annam. || Il est chargé d'organiser, dans des limites déterminées, notre Protectorat au Tonkin en se bornant tout d'abord aux mesures nécessaires pour assurer le fonctionnement régulier de la vie sociale dans les territoires occupés et le recouvrement des impôts à notre profit. || Enfin, dès que le moment favorable se présentera, il aura à entamer des négociations, afin de régulariser, soit par des modifications introduites dans le traité de 1874, soit même par une nouvelle convention, les rapports nouveaux que notre établissement définitif au Tonkin devra créer entre la France et l'Annam. || Après avoir ainsi défini d'une manière générale votre rôle et vos attributions comme Commissaire général civil, il convient d'examiner de plus près les conditions particulières qui s'imposeront à votre action. Nous n'avons pas à revenir ici sur les événements qui o t rendu inévitable une intervention énergique dans l'Extrême Orient. Les discours prononcés au Parlement par le Ministre des Affaires etrangères vous indiquent d'une manière précise la ligne politique suivie par le Gouvernement. Je ne puis que vous engager à vous y reporter. || La seule partie du Tonkin que nous nous proposions d'occuper, est le delta du Song-Koï; nous n'entendons pas dépasser Bac-Ninh et Honghoa près du confluent de la rivière, sauf, sur la côte, les points dont l'occupation paraîtra nécessaire. || Il n'est guère possible de fixer, dès maintenant, les postes militaires qu'il y aura lieu de garder. Cependant il est utile de signaler en dehors de Hanoï, de Nam-Dinh, où notre drapeau flotte dès maintenant, Haï-Dzuong, Ninbhinh, Bac-Ninh, probablement Kouang-Yen et Nimkoi ou Van-Ninh. Toutefois, en ce qui concerne ce dernier point, sur lequel d'ailleurs la flotille peut veiller, il conviendra, avant de s'y établir, d'examiner la position exacte de la frontière entre le Tonkin et la Chine. || Dans la région comprise entre ces différents points, vos pouvoirs, au point de vue militaire, seront ceux d'un Gouverneur de colonie. Toutefois, en raison des circonstances particulières, où se trouve le Tonkin, vous n'userez de ces pouvoirs qu'avec une grande réserve. || Jusqu'à ce que la pacification du delta soit complète, tant que nous aurons à craindre une action offensive de la part des Annamites ou des Chinois, le

Commandant supérieur des troupes et de la marine devra diriger les opérations tendant à établir notre puissance militaire dans la région que nous voulons occuper. Vous aurez à veiller à ce que l'autorité militaire n'étende pas le cercle d'action dans lequel nous entendons nous limiter pour le moment. Quant à l'ordre à suivre pour les opérations dans le delta, à l'organisation et à la répartition de nos forces sur les différents points, il appartient au commandant militaire de statuer, après s'être toutefois concerté avec vous. Dans le cas où vous ne partageriez pas son opinion, vous devriez me consulter immédiatement. En cas d'urgence, vous pourriez lui notifier par écrit que vous lui abandonnez la responsabilité des mesures militaires qu'il croit indispensable de prendre. Mais je me plais à penser que ces éventualités ne se présenteront pas; votre prudence, celle du général Bouët, votre égal dévouement à la patrie comme à l'oeuvre entreprise, permettent d'écarter l'hypothèse d'un conflit. || D'un commun accord, vous vous efforcerez, l'un et l'autre, d'assurer rapidement notre occupation et de faire cesser ainsi le plus promptement possible la période essentiellement militaire.

Afin d'atteindre ce résultat dans le plus bref délai, il convient d'éviter tout ce qui pourrait exaspérer la résistance ou fournir à la Chine une occasion d'intervenir. A cet effet, vous aurez soin de faire connaître nettement vos intentions aux populations locales. || Nous n'en voulons pas à l'Empire d'Annam. Le Traité de 1874 nous a donné sur le Tonkin certains droits, en même temps qu'il nous a imposé des devoirs. Les nombreuses violations dont ce Traité a été l'objet de la part des Annamites, l'impossibilité où nous nous sommes trouvés d'en assurer l'exécution, nous ont forcés à nous établir dans le bassin du Fleuve Rouge pour exercer et défendre nos droits. Le fait même que nous nous bornons à occuper certaines positions indispensables dans le delta, démontre manifestement que nous n'avons pas en vue l'annexion du pays. || Vous n'ignorez pas que le principal encouragement donné à nos adversaires vient de la Chine, qui supporte difficilement la pensée de nous voir installés définitivement dans un pays placé, d'après elle, sous sa suzeraineté. || Cette suzeraineté de la Chine sur l'Annam, nous ne l'avons pas reconnue jusqu'ici, et nous ne voulons pas la reconnaître d'avantage à lavenir. || Mais il importe d'éviter soigneusement tout ce qui pourrait accroître l'irritation causée dans le Céleste Empire par notre occupation au Tonkin et, par suite, pousser le Tsong-Li-Yamen à prendre une attitude ouvertement hostile à notre égard. C'est pour ce motif que le Gouvernement de la République a décidé de ne pas étendre l'occupation dans les régions voisines de la frontière chinoise. Je ne saurais trop vous recommander, en outre, de prendre toutes les dispositions nécessaires pour que le commerce chinois ne soit pas entravé, tant que les commerçants resteront étrangers aux questions politiques. || Il est bien entendu que ces ménagements ne sauraient nous empêcher en aucune façon de sévir contre les soldats réguliers et irrégulieurs de l'Empire et contre les agents chinois qui fomenteraient l'agitation contre nous. || Dans

Nr. 8138. Frankreich. 8. Juni 1883.

le cas où, pour un motif quelconque, vous seriez amené à entrer en pourparlers soit avec des chefs de bandes chinoises, soit avec le Vice-Roi Li-Hong-Tchang, qui vient d'être appelé au commandement supérieur des quatre provinces du Sud, vous devriez vous concerter avec notre Ministre en Chine ou, en cas d'urgence, le tenir exactement informé de l'état des négociations. || M. Tricou est autorisé à correspondre directement avec vous à cet effet. || Des instructions dans le même sens seront également envoyées aux Consuls de France à Hong-Kong et à Canton, dont l'intermédiaire pourrait, dans certaines éventualités, vous être utile. || Je n'ai pas à ajouter qu'aucun arrangement de quelque importance ne saurait être pris sans l'approbation du Ministre des Affaires étrangères. || Dès que les opérations militaires seront terminées dans le delta et que nous serons en possession de cette contrée, vous devrez vous occuper de donner une organisation durable à notre occupation. Avant même que la période militaire soit terminée et au fur et à mesure que nos troupes s'établiront dans les principales villes, il conviendra de créer un système de perception des impôts, qui nous permette de couvrir le plus tôt possible nos dépenses. Il importe, en effet, que le Tonkin nous fournisse lui-même les ressources nécessaires pour en assurer la tranquillité. Vous compléterez ultérieurement ce système provisoire de perception, quand l'ordre sera suffisamment établi pour permettre la création de services administratifs réguliers. C'est à vous qu'il appartient d'ailleurs d'étudier les détails de cette administration; nous nous réservons d'examiner vos propositions et de vous envoyer en temps opportun des directions précises. Il paraît, néanmoins, utile de vous indiquer ici les principaux traits de cette administration. || Nous entendons limiter au strict nécessaire notre intervention dans les affaires intérieures du Tonkin. || Les fonctionnaires locaux conserveront le plus souvent possible leurs attributions. || Nous nous réserverons seulement d'écarter ceux qui seraient hostiles, pour les remplacer par des hommes dont le concours nous soit assuré, et nous exercerons sur eux un droit de surveillance. || Peut-être conviendra-t-il de faire, à côté des mandarins annamites, une certaine place aux indigènes du Tonkin. || Parmi ces derniers, il en est qui appartiennent à la religion catholique, à laquelle ils ont été convertis par des missionnaires français ou espagnols. || Vous aurez soin de ne pas encourager les prétentions de ces chrétiens à une sorte de suprématie sur leurs compatriotes. Il importe, en effet, que toutes les classes de la population trouvent au même titre aide et protection auprès de l'autorité française. || Vis-à-vis des missionnaires eux-mêmes, vous observerez la plus grande réserve, et vous éviterez de prendre aucun engagement. Toutefois l'influence morale que ceux-ci exercent sur une portion importante des habitants du Tonkin peut rendre d'utiles services. || D'autre part, les Tonkinois chrétiens, déjà initiés dans une certaine mesure, par le fait même de leur conversion, aux bienfaits et aux avantages de la civilisation européenne, pourront nous fournir de précieux auxiliaires, et il serait impolitique et dangereux de décourager les espérances qu'ils

fondent sur notre arrivée pour l'amélioration de leur sort. || Pour l'exercice de notre contrôle sur les autorités locales, il sera établi un Résident auprès de chaque Gouverneur représentant le Roi d'Annam, dans les principales circonscriptions administratives. Ces résidents seront au nombre de sept. Ils devront s'assurer que les impôts sont établis et perçus régulièrement. Ils surveilleront l'administration, sans agir cependant par eux-mêmes, et chercheront à préparer les voies à des réformes destinées à supprimer les exactions des mandarins et à ouvrir peu à peu leurs provinces à notre civilisation et à notre commerce. || Au surplus, leurs fonctions seront analogues à celles des administrateurs des affaires indigènes en Cochinchine. || C'est même parmi ces derniers qu'ils devront être chinois pour le plus grand nombre. La suppression des Consulats de Hanoï et de Haï-Phong placera, en outre, à votre disposition des candidats tout désignés aux fonctions de Résident. || Sur cette question comme sur les autres, où l'utilité s'en ferait sentir, vous pourrez entrer en correspondance directe avec le Gouverneur de la Cochinchine. || Des mesures seront prises ultérieurement pour constituer des tribunaux français. En attendant que le personnel puisse être envoyé, vous confierez aux Résidents les fonctions de juge de première instance. Les appels seront portés devant la Cour d'appel de Saïgon. || Un personnel des postes et télégraphes sera mis à votre disposition: l'organisation des postes doit être faite tout d'abord, en vue de satisfaire aux besoins du personnel du corps d'occupation; mais vous pourrez appeler les populations tonkinoises à bénéficier des avantages du service postal, en fusionnant peu à peu, d'accord avec les autorités annamites, dans ce service ceux qui existent actuellement. Le personnel des télégraphes s'occupera de relier votre résidence, Hanoï, avec la mer, puis avec les postes les plus importants. || Vos communications avec l'Europe se feront soit par Hong-Kong, soit par Saïgon. Nous faisons étudier les moyens, d'une part, d'étendre vos relations régulières par les différentes lignes de paquebots; de l'autre, de prolonger jusqu'à Haï-Phong la ligne télégraphique qui relie Saïgon à la métropole. || Dès que vous aurez pourvu aux besoins les plus essentiels de l'administration, votre attention devra se porter sur l'établissement d'un budget. Il est admis en principe, et c'est là un point sur lequel je ne saurais trop insister, que l'occupation du Tonkin ne doit entraîner aucune dépense pour nous et que cette province doit subvenir à tous les frais, non seulement d'administration, mais encore de garde par terre et par mer. L'entretien du personnel civil, des troupes et des navires de la Division sera donc à la charge de votre budget. Toutefois vous n'y inscrirez que les dépenses correspondant à la période d'occupation proprement dite, dont vous fixerez le point de départ au 1er juillet. Les dépenses du premier semestre seront couvertes ultérieurement, s'il y a lieu, par des contributions de guerre. || Les ressources nécessaires pour alimenter le budget de l'occupation seront demandées, en premier lieu, aux douanes tonkinoises. Ici encore vous aurez à réformer l'état de choses actuels, en supprimant les douanes intérieures et en établissant

Nr. 8138. Frankreich. 8. Juni 1883.

des bureaux de perception réguliers dans les ports. Vous pourrez, pour créer ce nouveau service, vous inspirer de l'organisation des douanes chinoises. Un nouveau tarif devra être élaboré par vous. Vous êtes autorisé à le mettre en vigueur à titre provisoire; mais il ne deviendra définitif qu'après avoir été approuvé par le Gouvernement métropolitain. || Si les ressources réalisées de ce chef sont insuffisantes pour assurer l'équilibre du budget, vous demanderez le surplus à l'impôt. L'exemple de ce que nous avons fait en Cochinchine, pourra vous être utile pour asseoir les nouvelles contributions. Vous éviterez toutefois, autant que possible, de froisser les habitudes de ces populations. Du reste, tant que le Gouvernement annamite persistera dans la ligne de conduite qu'il suit aujourd'hui, les produits des impôts profitant au Gouvernement central pourront être saisis par vous. || Bien que le moment ne paraisse pas venu d'ouvrir des négociations avec la Cour de Hué, il importe de prévoir dès à présent cette éventualité. Jusqu'à ce jour le Gouverneur de la Cochinchine était investi des pouvoirs nécessaires pour négocier avec le Gouvernement annamite. Il a été décidé qu'à l'avenir ce rôle serait confié au Commissaire général du Tonkin. Vous trouverez ci-joints, en conséquence, des pouvoirs préparés par le Ministre des Affaires étrangères. Vous pourrez donc, quand nous en aurons reconnu avec vous l'opportunité, vous en servir pour traiter avec l'Annam. || Peut-être sera-t-il préférable que vous chargiez de ce soin M. de Kergaradec, à qui nous avions déjà confié auprès de la Cour de Hué une mission que les derniers événements ne lui permettent pas d'accomplir. Cet agent devra se tenir à votre disposition, et si vous croyez devoir l'envoyer à Hué, il pourra présenter les pouvoirs qui lui ont été remis avant son départ de Paris et dont il ne devra faire usage qu'avec votre agrément. || Les instructions données à M. de Kergaradec lui prescrivaient de requérir de la Cour d'Annam une sorte d'adhésion de principe aux bases sur lesquelles devront être édifiés les arrangements à intervenir. Ces bases étaient: || La reconnaissance formelle par l'Annam de l'occupation du Tonkin par la République française, laquelle de son côté garantit au Roi Tu-Duc l'intégrité de ses États; — le droit conféré à la France de présider aux relations extérieures de la Cour annamite; — l'établissement de douanes dont le revenu, joint, s'il y a lieu, à une partie des impôts, servirait à couvrir les dépenses du protectorat. || Les derniers évènements de Hanoï n'ont pas, jusqu'à présent, modifié nos vues. Nous nous réservons toutefois d'examiner de nouveau la question d'après vos rapports. Nous apprécierons alors s'il n'y a pas lieu de réclamer de l'Annam une contribution de guerre ou, du moins, une promesse de réparer les dommages causés aux Européens par les opérations militaires qu'ont provoquées les violations du traité de 1874. || Après que l'acceptation de ces diverses demandes aura été consignée dans un protocole, il appartiendra au Ministère des Affaires étrangères de préparer, de concert avec le Département des Colonies, le texte de la convention destinée à compléter les engagements de 1874. || Bien que, dans notre pensée, l'occupation définitive du Tonkin

doive précéder l'ouverture des négociations avec le Roi Tu-Duc, vous pourrez, sans retard, si vous en trouvez le moyen, faire pressentir au Gouvernement annamite nos intentions véritables. Il y aurait tout avantage, en effet, à ce que le Roi Tu-Duc et ses Conseillers s'accoutumassent à la pensée des sacrifices que nous avons à leur demander. Nr. 8138. Frankreich. 8. Juni 1883.

Ch. Brun.

---

## Nr. 8139. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — China zieht die Unterhandlungen absichtlich in die Länge.

Shanghai, le 18 juin 1883.

(Télégramm.) Li-Hong-Chang nous oppose une résistance systématique et affecte même une attitude des plus arrogantes. Il m'a dit hier que la Chine ne reconnaissait pas et ne pouvait reconnaître notre traité de 1874 avec l'Annam; il a ajouté qu'il n'avait pas de pouvoirs. Pour nous déconsidérer, il voudrait envoyer le Représentant du Gouvernement de la République à Pékin, d'où le Tsong-Li-Yamen, après l'avoir amusé de paroles évasives, le renverrait à Li, qui, quoi qu'il en dise, possède et peut seul posséder actuellement tous les pouvoirs. || Li m'a déclaré, il est vrai, que la Chine ne prendra pas l'initiativ d'une rupture; je crois volontiers à cette affirmation, car il lui convient de continuer à nous susciter impunément toutes sortes d'embarras au Tonkin. La tactique de la Cour de Pékin est manifeste: elle veut nous harceler, nous fatiguer, nous épuiser dans l'Annam, espérant, en fin de compte, lasser l'opinion publique en France. Votre Excellence appréciera si nous devons plus longtemps user d'une longanimité qui ne tourne qu'à notre détriment. Les préparatifs de guerre, un moment suspendus, sont repris ostensiblement; je dois dire toutefois qu'ils ont été bien exagérés. || Tous mes efforts restent désormais impuissants, et en y persévérant, je me heurterais vainement contre des fins de non-recevoir calculées qui ne pourraient que porter une grave atteinte à notre prestige dans l'Extrême Orient. Les demi-mesures me semblent grosses de périls. J'estime que, si nous ne voulons pas compromettre une situation déjà sérieusement atteinte, nous devons, au point où en sont venues les choses, déclarer immédiatement la guerre à l'Annam et frapper un grand coup à Hué. Nr. 8139. Frankreich. 18. Juni 1883.

Tricou.

---

## Nr. 8140. FRANKREICH. — Unterredung des stellvertretenden franz. Min. des Ausw. Ferry mit dem chin. Gesandten in Paris. — China ist nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn sich Chinesen unter den schwarzen Flaggen befinden.

Paris, le 21 juin 1883.

Nr. 8140. Frankreich. 21. Juni 1883.

Le Marquis vient demander une explication sur le sens et la portée de cette déclaration, faite à Li-Hong-Tchang par M. Tricou, que la France considérera comme un *casus belli* toute assistance ouverte ou occulte donnée par la Chine au Roi d'Annam. (En nommant le Vice-Roi, le Marquis ajoute incidemment, „qu'il a les pleins pouvoirs du Gouvernement Impérial" pour traiter avec notre Représentant.) Le Marquis demande ce qu'on entend par assistance occulte. Il se peut, en effet, qu'on rencontre parmi les Annamites des Chinois: la Chine a de nombreuses colonies au Tonkin; des Chinois de toute provenance franchissent nécessairement les frontières qui séparent la Chine de l'Annam; s'ils s'enrôlent dans les troupes du Roi d'Annam (car les Pavillons-Noirs, anciens rebelles chinois, sont à la solde de l'Annam), on ne saurait, en vérité, en rendre la Chine responsable. || Le Ministre a répondu qu'il prenait d'abord acte de la déclaration implicitement contenue dans la question posée par le Marquis, à savoir que la Chine répudie hautement toute pensée d'assister le Roi d'Annam, soit ouvertement, soit par des voies détournées; que lorsqu'un grand Gouvernement comme la Chine fait une telle déclaration, on n'a pas le droit de douter de sa parole; que nous n'attendions pas mieux des sentiments amicaux du Gouvernement Impérial. Nous en tirons cette autre conséquence que, si nous trouvons des Chinois parmi les Pavillons-Noirs, la Chine ne s'étonnera pas que nous les traitions, s'il le faut, comme des bandits. || Le Marquis n'a rien objecté; il a poursuivi en disant que la Chine n'a aucune pensée d'agression; qu'elle sait que la France est assez forte pour faire ce qu'elle voudra dans le Royaume d'Annam; qu'elle laissera faire la France et ne considérera pas ce que nous faisons au Tonkin comme un cas de guerre ni de rupture. „Mais, a-t-il ajouté, quand on veut maintenir la paix entre deux grands États, il faut s'efforcer de la rendre aussi longue, aussi durable que possible. Ne comprenez-vous donc pas que ce que vous ferez au Tonkin ne durera pas si la Chine, qui considère l'Annam comme un vassal, reste étrangère à vos arrangements?" || Le Ministre a répondu que, sans entrer dans la discussion des théories, il devait faire remarquer au Marquis Tseng qu'il s'est passé bien des choses au Tonkin depuis deux mois, que des événements graves ont dû, même aux yeux de la Chine, changer l'état de la question; que le Commandant Rivière a été tué dans une embuscade avec plusieurs officiers et soldats, et que le principal devoir et la volonté arrêtée de la France, à cette heure, c'est de les venger. || Le Marquis reconnaît qu'en effet

il y a quelque chose de changé et me remercie de le déclarer aussi franchement. „Oui, le Gouvernement français a des griefs légitimes. Il est assez puissant pour en tirer vengeance. Mais, pour éviter qu'il y ait encore plus de sang versé, ne pourrait-on pas avoir recours à une entente préalable? Pourquoi ne pas traiter la mort du Commandant Rivière comme un assassinat, dont on demanderait réparation, soit par des amendes, soit par la peine du talion?" || M. Ferry a répondu que le Marquis Tseng connaît trop bien les choses et les idées de l'Occident pour s'étonner que nous ne puissions consentir à traiter cette affaire comme un procès; il sait ce que vaut en Occident le point d'honneur militaire. D'ailleurs la responsabilité du Royaume d'Annam est directement et manifestement engagée, puisque chacun sait ce que le Marquis a lui-même reconnu tout à l'heure, que le Roi Tu-Duc entretient les Pavillons-Noirs; cette affaire ne peut donc se régler que militairement. || Le Marquis répète que la Chine ne peut s'opposer à cela. Il tient cependant à expliquer pour quelles raisons le Gouvernement Impérial ne peut se désintéresser des affaires de l'Annam. La Chine ne traite pas ses vassaux comme font les Gouvernements occidentaux; elle leur laisse une grande indépendance, elle ne les dirige pas, elle leur permet de traiter avec d'autres États. Mais si elle se désintéressait de l'Annam, qu'arriverait-il? Comme elle a d'autres vassaux analogues, on verrait ici la Corée, là le Thibet se détacher de l'Empire, ce qui serait très dangereux. || M. le Ministre a demandé alors, sans entrer dans le fond des choses, et seulement pour bien s'entendre sur le sens des mots, ce que c'est que cette suzeraineté réclamée par la Chine qui ne consiste ni à diriger la politique de son vassal ni à prendre fait et cause pour lui, comme c'est ici le cas, et en quoi consiste le lien. || Le Marquis n'a rien répondu sur ce point. Il a repris en exposant la théorie des tampons. Entre un grand État comme la France et un grand État comme la Chine, il faut des tampons. Si la France étend sa souveraineté ou son Protectorat sur toute l'étendue de l'Annam, il n'y aura plus de tampon. Tandis que si la France consentait à laisser une partie de l'Annam contiguë à la Chine, en dehors de son Protectorat le tampon existerait. || M. Ferry a répondu que la nécessité de l'interposition d'un territoire neutre entre deux grands États se comprend quand ces deux États sont conquérants l'un et l'autre. Mais la France ne poursuit aucune idée de conquête sur les territoires convoités par la Chine, elle n'a que des desseins pacifiques: elle veut pacifier et ouvrir le fleuve Rouge dans l'intérêt de la Chine tout autant que dans l'intérêt du commerce européen. || Les efforts qu'elle fera, l'argent qu'elle dépensera pour faire la police du Song-Koï, serviront les intérêts chinois plus que tous les autres. Sur ce terrain, pourquoi la France et la Chine ne s'entendraient-elles pas? La France sait bien que, le bassin du fleuve Rouge une fois purgé, la communication avec le Yunnan ne pourra pas s'établir sans le consentement et le concours du Gouvernement Impérial. Voilà un terrain de négociations et d'entente pratique et fécond. || Le Marquis a paru réfléchir, puis, après une

Nr. 8140. Frankreich. 21. Juni 1883.

pause, il a demandé comment la France entendait le Protectorat qu'elle veut exercer sur l'Annam, et en quoi ce protectorat diffère de la souveraineté. Le Ministre a répondu que le Protectorat n'est pas la souveraineté; que la souveraineté est l'exercice direct et quotidien du pouvoir, de tous les détails du pouvoir; que la protection s'exerce pour un but déterminé, dans des conditions limitées, et laisse subsister l'autonomie de l'État protégé dans les affaires de chaque jour. || „Mais, a repris le Marquis, votre Protectorat sera-t-il analogue à celui que nous avons exercé nous-mêmes au Tonkin depuis votre traité, quand nous avons envoyé des troupes pour châtier un rebelle qui désolait les provinces du Nord du Tonkin? L'exécution faite, nos troupes se sont retirées. Ou bien, voulez-vous établir un Protectorat semblable à celui que l'Angleterre établit en Égypte?" || Le Ministre a répondu que l'on peut imaginer une troisième variété de Protectorat et que nous ne sommes pas obligés de choisir entre ces deux types. Par exemple, une fois le Fleuve Rouge nettoyé dans toute son étendue (et nous sommes résolus à faire tout ce qu'il faudra pour cela), la France n'aurait plus besoin d'entretenir au Tonkin qu'un certain nombre de postes, avec des troupes beaucoup moins nombreuses. || Le Marquis a fait observer qu'il n'est pas étonnant que la Chine se préoccupe de toutes ces choses, étant si voisine de l'Annam, y possédant un si grand nombre de colonies chinoises. || Le Président du Conseil a répondu qu'ainsi défini, l'intérêt qu'a la Chine à nous interroger est incontestable. Quand nous sommes entrés en Tunisie, l'Angleterre et l'Italie, qui comptent beaucoup de leurs nationaux dans ce pays, nous ont interrogés sur nos intentions. De même nous nous expliquons volontiers avec la Chine, qui a des intérêts si importants dans le Tonkin. Nous déclarons que nous n'avons d'autre but final au Tonkin que de consolider l'état des choses créé par le traité de 1874, que nous ne voulons pas conquérir l'Annam; que nous serons disposés, après avoir purgé le bassin du Fleuve Rouge, à traiter avec la Chine sur les moyens d'ouvrir au commerce l'Yunnan par le Songkoï. Le Ministre a ajouté qu'ainsi que l'avait précédemment déclaré M. Challemel Lacour au Marquis Tseng, nous n'écartions pas l'idée d'examiner avec la Chine si quelque modification de frontière ne pourrait pas être admise pour garantir sa sécurité. Le Marquis a dit qu'il était très heureux de trouver chez nous des dispositions aussi conciliantes. Mais toute cette affaire a fait tant de bruit, il s'est fait autour de cette question *une telle notoriété* qu'il est devenu nécessaire de donner quelque consistance aux idées qui viennent d'être échangées. Il prie, en conséquence, M. Ferry de télégraphier à M. Tricou le résumé de cet entretien. Il y a là, en effet, la possibilité d'un accord. Aucun détail, bien entendu, n'est arrêté, mais ce sont des lignes générales, un commencement d'entente. || Le Ministre a promis de télégraphier à M. Tricou; mais il pense que le Marquis devrait aviser, de son côté, son Gouvernement, afin que l'on ne soit pas exposé à trouver à Paris ou à Shanghaï des dispositions différentes. || Le Marquis a répondu qu'il avait parlé en vertu d'instructions pré-

cises de son Gouvernement, lequel est, dès lors, parfaitement au courant de tout ce que le Marquis a été autorisé à dire au Président du Conseil. || En terminant, il a désiré appeler l'attention de M. Jules Ferry sur une parole prononcée au Sénat par M. Challemel Lacour. Le Ministre des Affaires étrangères a dit, en effet, que le Marquis était resté pendant près d'un an sans entretenir des relations avec le Ministère. Cette déclaration a beaucoup étonné et contrarié le Marquis, ainsi accusé d'avoir manqué à ses devoirs essentiels comme diplomate. Au contraire, il dit avoir toujours assidûment fréquenté le Ministère: c'est le Ministère qui a laissé ses communications sans réponse. || Le Président du Conseil a dit que personne n'avait songé à accuser le Marquis de délaisser ses devoirs de diplomate. Et puisque le Marquis entrait dans l'examen des incidents secondaires, je ne pouvais m'empêcher de lui manifester quelque surprise d'avoir vu, depuis deux jours, paraître dans le *Times* des documents diplomatiques qu'il n'est pas d'usage de publier sans en avoir avisé le Gouvernement avec lequel on les a échangés. || Le Marquis a répondu qu'il avait été amené à causer avec plusieurs journalistes par la nécessité de se justifier du reproche, que les paroles de M. Challemel Lacour faisaient peser sur lui, d'être un diplomate absent et négligent, et qu'il avait alors cité ces documents de mémoire et en substance, au moyen d'un carnet tenu jour par jour qu'il porte toujours avec lui. || En partant, le Marquis a renouvelé avec insistance la prière de télégraphier à M. Tricou.

Nr. 8140. Frankreich. 21. Juni 1883.

---

## Nr. 8141. FRANKREICH. — Stellvertretender Min. des Ausw. (Ferry) an den franz. Gesandten in China. — Die Sprache Tsengs steht im Widerspruche mit der des Vicekönigs.

**Paris, le 22 juin 1883, à 9 h. 30 soir.**

(Télégramme.) (Dans ce télégramme M. Jules Ferry fait connaître à M. Tricou la substance de son entretien du 21 juin avec M. le marquis Tseng, et il ajoute:)

Nr. 8141. Frankreich. 22. Juni 1883.

Le Marquis Tseng a paru considérer ces indications comme offrant une base à un arrangement; il a fait observer qu'il venait de parler en vertu d'instructions précises de son Gouvernement, et que, pour prévenir tout malentendu à Shanghaï, il était désirable que vous fussiez informé sans retard de cet échange d'idées. — Il a lui-même télégraphié hier soir à Li-Hong-Tchang, qui a, selon la déclaration formelle du Marquis, pleins pouvoirs de son Gouvernement pour négocier avec vous. || Ce langage si différent de celui du Vice-Roi semble témoigner de l'impression produite par votre ferme attitude et par nos résolutions connues. Vous devrez donc, sans vous laisser arrêter par les dispositions apparentes de Li, continuer vos efforts pour le convaincre de l'inutilité d'une résistance déguisée et de la possibilité d'une entente sur le terrain des faits. On n'ignore pas à Shanghaï que nous avons aujourd'hui au

Nr. 8141. Frankreich. 22. Juni 1883.

Tonkin des forces suffisantes pour tenir les positions conquises. Sous peu de jours vont y arriver les renforts nécessaires pour établir fortement notre occupation et faire face à toute agression du dehors. || Nous nous tournerons alors vers Hué, s'il y a lieu, pour obtenir les garanties indispensables. || Un bâtiment de guerre va être immédiatement dirigé sur Shanghaï

Jules Ferry.

---

## Nr. 8142. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Widerspruch in den Erklärungen Li-Hong-Tchang's über seine Vollmachten.

Shanghaï, le 22 juin 1883. — (Reçu le 5 août 1883.)

Nr. 8142. Frankreich. 22. Juni 1883.

J'ai reçu, en leur temps, les instructions que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser par le télégraphe. Les messages que j'ai dû lui expédier par la même voie l'auront déjà mise au courant du véritable état de choses. || Je suis arrivé à Shanghaï le 6 de ce mois, et je me suis mis immédiatement en rapport avec Li-Hong-Tchang. Au début, les pourparlers semblaient prendre une tournure relativement favorable. Sur ma demande, Li consentait à faire publier une proclamation dans la province de Canton, invitant les volontaires de Hou-han à rentrer dans leurs foyers, et annonçant aux populations qu'il ne se rendrait pas dans le Sud. Il me laissait entendre que la Chine ne s'immiscerait plus dans les affaires de l'Annam, et ne chercherait à contrarier en rien l'établissement de notre Protectorat. Sur la question de suzeraineté, le Vice-Roi se bornait à formuler des réserves purement platoniques; mais on pouvait espérer que, les négociations aidant, on arriverait à triompher de ses premières répugnances. || De regrettables manoeuvres sont venues traverser mon action, et au bout de deux jours un revirement complet s'opérait dans les dispositions de Li. Une sorte de manifeste officieusement communiqué aux journaux tant étrangers que chinois articulait les griefs de la Chine et précisait, pour la première fois, ses prétentions. En même temps, on répandait avec affectation, à Tien-Tsin et ailleurs, la nouvelle de l'échec éprouvé par le Commandant Rivière, le représentant comme une véritable déroute. D'autre part, les armements, un instant suspendus, étaient repris ostensiblement. On disait bien haut que la Chine répudiait le traité de 1874 et l'on affichait, vis-à-vis du Représentant de la France, une attitude des plus arrogantes: Ma-Kien-Tchong, le confident et le familier du Vice-Roi, se permettait même, en présence de Li et devant un de nos interprètes, de traiter le Gouvernement de la République du ton le plus cavalier. || J'ai senti que le terrain se dérobait sous mes pas et j'ai demandé à Li un nouvel entretien. Dès l'abord, il m'a déclaré, à mon grand étonnement, qu'il n'avait pas de pouvoirs, alors que, dans nos premières entrevues, il m'avait très nettement affirmé

qu'il était muni de toutes les instructions nécessaires. Il m'a témoigné ensuite que la Chine ne reconnaissait pas et ne pouvait reconnaître l'instrument de 1874; pour mieux accentuer son dire, il m'adressait même, le 19, une note verbale confirmant cette double déclaration. Je crois devoir en joindre ici la traduction. || Tel est, en quelques traits, l'exposé de la situation actuelle. Si j'en crois des personnes bien informées, il est à craindre que Li ne persévère dans la voie de la résistance. Tous l'y poussent, du reste, réactionnaires et soi-disant progressistes, comptant bien qu'il y perdra sa position et peut-être la vie. Il voit le péril; mais il comprend qu'il est allé trop loin pour pouvoir réagir. C'est lui qui, sous de fâcheuses influences, a mis en avant ces prétentions de suzeraineté qu'on le somme aujourd'hui de faire prévaloir. La Chine n'en avait cure, en 1874, au regard de l'Annam, pa plus qu'en 1876 en ce qui touche la Corée. || Il me paraît que nous nous trouvons dans une véritable impasse, et j'estime que nous devons en sortir au plus tôt, dans l'intérêt de notre dignité. La Cour de Hué et la Cour de Pékin nous font, depuis plus d'une année, la guerre sous le manteau de la paix, et elles ont tout intérêt à perpétuer cet état de choses. Aussi Li n'aura garde de provoquer une rupture, puisque nous voulons bien lui laisser à la fois les bénéfices d'une guerre occulte et d'un commerce amical. Une lutte ouverte, il le comprend, serait le signal d'une rébellion intérieure et pourrait lui susciter de graves embarras du côté de la Russie et du Japon. Il convenient donc à la Cour de Pékin de nous répondre par en *„non possumus“* invariable qui ne l'empêche pas de nous combattre indirectement au Tonkin. Pendant que nous demandons vainement à la Chine de reconnaître notre Protectorat tel qu'il a été défini par les conventions, elle s'entend secrètement avec l'Empereur Tu-Duc, en enjoignant de ne rien signer avec le Gouvernement de la République. Nous perdons ainsi dans l'Annam et en Chine, et nous voyons notre position s'aggraver chaque jour. Permettez-moi de revenir, en terminant, sur une suggestion que j'ai déjà eu l'occasion de vous soumettre. Un grand coup frappé à Hué et une puissante diversion maritime faite sur les côtes du Céleste Empire suffiraient, à mon sens, pour rabaisser une audace qui se fortifie, tous les jours, de nos temporisations prises pour des défaillances. Si nous devons employer la force, sachons au moins l'employer à temps.

Nr. 8142. Frankreich, 22. Juni 1883.

Tricou.

M. Tricou au Vice-Roi Li-Hong-Tchang.

Shanghaï, le 19 juin 1883.

Le 8 de ce mois, Li-Hong-Tchang a affirmé au soussigné qu'il était muni des pouvoirs néces saires pour conférer des affaires de l'Annam, ajoutant que la situation de M. Tricou vis-à-vis du Tsong-Li-Yamen serait la même que sa situation vis-à-vis du Vice-Roi. Aussi quel n'a pas été l'étonnement de M. Tricou, en entendant, le 17, Li-Hong-Tchang lui déclarer absolument le contraire.

Nr. 8142. Frankreich. 22. Juni 1883.

D'un autre côté, dans cette même entrevue du 17, le Vice-Roi a déclaré que la Chine ne reconnaissait pas et ne pouvait pas reconnaître notre traité de 1874 avec l'Annam.

Les points dont il s'agit offrant la plus haute gravité, M. Tricou prie Li-Hong-Tchang de vouloir bien lui confirmer, par écrit, les deux déclarations ci-dessus mentionnées.

Tricou.

---

## Nr. 8143. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Vorschlag eines Abkommens mit China.

Shanghaï, le 1er juillet 1883.

Nr. 8143. Frankreich. 1. Juli 1883.

(Télégramme.) Votre Excellence se contenterait-elle d'une déclaration écrite du Gouvernement chinois portant que la Chine ne cherchera à entraver en rien notre marche militaire et notre établissement au Tonkin?

En retour, le Gouvernement français témoignerait également, par écrit qu'il ne nourrit aucune pensée de conquête à l'égard de l'Annam.

Tricou.

---

## Nr. 8144. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in China. — Die neuen Vorschläge sind annehmbar.

Paris, le 3 juillet 1883.

Nr. 8144. Frankreich. 3. Juli 1883.

(Télégramme.) Les bases d'arrangement contenues dans votre télégramme du 1er juillet paraissent acceptables. || Le Gouvernement français se contentera d'une déclaration écrite portant que la Chine ne cherchera à entraver en rien notre marche militaire et notre établissement au Tonkin. || Il devra y être spécifié que des ordres seront donnés aux Gouverneurs des provinces du sud et des mesures prescrites par eux pour rappeler du Tonkin les troupes chinoises qui pourraient s'y trouver encore, et pour arrêter sévèrement les bandes qui tenteraient d'y pénétrer. || C'est exactement ce que le prince Kong nous avait déclaré dans sa lettre du 15 juin 1875, en réponse à notre notification du traité de 1874. || En retour, le Gouvernement français déclarera, également par écrit, qu'il ne nourrit aucune pensée de conquête sur l'Annam. Toutefois cette déclaration ne devra rien contenir qui puisse être interprété comme impliquant l'abandon du traité de 1874, ou allégué pour en contester la valeur. Il sera entendu, en outre, qu'elle ne pourra être en aucun cas opposée, soit à l'exécution des mesures militaires nécessitées par les événements du mois de mai, soit à l'exercice effectif de notre Protectorat au Tonkin. || Si la résistance des bandes à la solde de l'Annam se prolonge, ou si le rétablissement de nos affaires au Tonkin ne suffit pas pour amener le Roi

d'Annam à composition, la France se réservera, sans que la déclaration susdite puisse être invoquée contre cette mesure, la faculté d'aller à Hué pour y faire reconnaître et consacrer ses droits. || Si ces conditions sont acceptées par Li-Hong-Tchang, et qu'il soit muni, comme vous, de pouvoirs suffisants, vous pourrez, sans plus attendre, constater l'entente intérieure par un échange de notes ou déclarations dont la rédaction est abandonnée à votre appréciation. Vous ajouterez, si vous le jugez utile, qu'une fois établis au Tonkin, nous serons tout disposés à négocier avec la Chine, en vue d'affermir les bonnes relations entre les deux pays, des arrangements relatifs aux interêts commerciaux, au régime de la navigation sur le fleuve Rouge, à l'ouverture des provinces chinoises du sud, et même, s'il y a lieu, à une rectification de frontières. Nr. 8144. Frankreich. 3. Juli 1883.

Challemel. Lacour.

---

## Nr. 8145. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Verhandlungen mit Li-Hong-Tchang auf Grund der neuen Vorschläge.

Shanghaï, le 3 juillet 1883.

(Télégramme.) Li m'a déclaré à plusieurs reprises que ce n'était pas lui qui avait les pleins pouvoirs, mais bien le Marquis Tseng. Il a ajouté qu'il ignorait absolument les déclarations qui avaient pu vous être faites par Tseng, et qu'il ne pourrait en garantir l'exactitude. Les dispositions paraissent plus conciliantes. J'ai eu samedi et dimanche dernier deux longs entretiens avec Li, et j'ai pu l'amener à entrer en pourparlers sur le terrain des faits, laissant de côté les mots de suzeraineté et de Protectorat. || Voici les bases que j'ai prises sur moi de suggérer, et sur lesquelles nous discutons *ad referendum*. || „Le Gouvernement chinois s'engagera à n'entraver en rien notre action militaire et civile au Tonkin, et à ne porter aucune atteinte à notre situation dans l'Annam. || Le Gouvernement chinois serait prêt, une fois l'ordre rétabli, à ouvrir au commerce, par la voie du Song-Koï, les provinces méridionales de la Chine et notamment celles du Yunnan. || D'autre part, le Gouvernement français se déclarerait disposé, le moment venu, à conclure avec le Céleste Empire un arrangement de nature à régler les rapports commerciaux et à sauvegarder les intérêts des résidents chinois au Tonkin. Le Gouvernement français s'obligerait à respecter et à faire respecter la frontière chinoise, et le Gouvernement chinois prendrait, de son côté, le même engagement au regard de la frontière tonkinoise. || Le Gouvernement de la République consentirait même à examiner, de concert avec la Chine, si quelque rectification de frontière ne pourrait pas être prise pour mieux assurer sa sécurité." || Au moment de la signature de l'arrangement, nous remettrions à Li une note dans laquelle nous lui témoignerions qu'en présence des engagements pris par la Chine, la France ne fait nulle difficulté de convenir qu'elle Nr. 8145. Frankreich. 3. Juli 1883.

Nr. 8145. Frankreich. 3. Juli 1883.

n'a pas en vue la conquête de l'Annam. Le Vice-Roi insiste sur ce point et en fait même une condition *sine qua non*. || Li se refuse absolument à soumettre à la Cour de Pékin un projet où il serait fait mention du traité de 1874. Le moment est venu de prendre un parti si nous voulons arriver à un accommodement. Le Vice-Roi m'a dit hier qu'un décret impérial le rappelait à Nankin. J'espère pouvoir le retenir ici quelques jours encore. J'attends des instructions de Votre Excellence. || Sous quelle forme devrait être libellé l'arrangement à intervenir? || Est-ce sous forme de convention ou de déclaration?

Tricou.

---

## Nr. 8146. FRANKREICH. — Derselbe an denselben. — Die Verhandlungen sind abgebrochen.

Shanghaï, le 5 juillet 1883.

Nr. 8146. Frankreich. 5. Juli 1883.

(Télégramme.) Li est parti ce matin pour Tien-Tsin. Son départ peut être considéré comme la rupture des pourparlers entamés en Chine. Il prétend qu'il est débordé par le Tsong-Li-Yamen qui ne saurait admettre notre situation privilégiée dans l'Annam et notre futur établissement au Tonkin. Il persiste à nier formellement les déclarations importantes que vous a faites le Marquis Tseng, il affecte même de les ignorer complètement. La vérité est que le Tsong-Li-Yamen, Li-Hong-Tchang et le Marquis Tseng s'entendent tous les trois pour nous jouer. Quand nous nous adressons à Li, il nous renvoie à Tseng, Tseng à son tour nous renvoie à Li, et le Tsong-Li-Yamen à tous les deux. Si je suis bien informé, ce dernier revirement, qu'une indisposition de Li permettait déjà de pressentir, serait dû à un télégramme du Marquis Tseng, laissant entrevoir à Li les bons offices de quelques Puissances européennes. || Quoi qu'il en soit, Votre Excellence appréciera si, pour mettre un terme à cette politique de faux-fuyants, il ne conviendrait pas de reprendre très haut notre liberté d'action et d'affirmer *intérativement* des droits que nous ne saurions laisser contester plus longtemps. || Votre Excellence appréciera également si, en reprenant notre liberté d'action, nous pouvons, sans périls, continuer d'entretenir des relations amicales avec un pays qui, pénétré de l'idée que nous ne prendrions jamais l'initiative d'une rupture, se refuse obstinément à des négociations pacifiques, pour être à même de nous faire impunément une guerre occulte et incessante au Tonkin. De la rupture, la Cour de Pékin ne veut pas, et la guerre, elle se gardera bien de la déclarer; car la paix lui est par trop avantageuse. Elle sait que le jour où éclaterait la rupture, elle serait en proie à des difficultés intérieures et extérieures qui nous laisseraient nos coudées franches au Tonkin. Sans entraîner forcément la guerre, la rupture des relations, tout en nous ouvrant une sortie des plus honorables, ferait peser sur la Chine une salutaire menace. Les forces de la Chine et sur terre et sur mer ont été singulièrement surfaites. Si nous

agissons vigoureusement au Tonkin, nous verrons les bandes chinoises reculer devant nous, et si nous nous décidons à faire une diversion navale, nous pourrons causer au Céleste Empire les plus sérieux dommages. Actuellement 30,000 hommes, recrutés dans les provinces du Sud, sont échelonnés sur les frontières du Yunnan: mal armés, la plupart indisciplinés, ils ne tiendraient certainement pas devant six bataillons solides soutenus par une forte artillerie. || Lieou (Luu-Vinh-Phuoc) qui commande les Pavillons-Noirs, vient à titre d'encouragement, de recevoir du Tsong-Li-Yamen le grade de Grand-Mandarin. L'autorité laisse répandre à profusion, dans les provinces du Sud, une gravure représentant le corps du Commandant Rivière mutilé, sur lequel s'acharnent des soldats chinois porteurs du drapeau impérial. || J'attends les instructions de Votre Excellence. Elle comprend que la situation qui m'est faite ici ne pourrait, si elle se prolongeait, qu'amoindrir le prestige de mon Gouvernement. Comme Envoyé extraordinaire en mission, je cherche vainement un haut fonctionnaire qui ait qualité pour m'entendre. A Pékin, si j'y vais, je me trouverais en présence d'un être impersonnel et de raison, le Tsong-li-Yamen.

Nr. 8146. Frankreich. 5. Juli 1883.

Tricou.

---

## Nr. 8147. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Das Erscheinen einer franz. Flotte in den chin. Gewässern würde für die politischen Verhandlungen günstig sein.

Shanghaï, le 20 juillet 1883. (Reçu le 4 septembre 1883.)

Mes télégrammes vous ont fait connaître les incidents qui ont marqué mes dernières entrevues avec Li-Hong-Tchang, son départ précipité pour Tien-Tsin et la suspension des pourparlers entamés à Shanghaï. Son attitude des derniers jours ne faisait guère pressentir un pareil résultat. Grâce à la fermeté de Votre Excellence, j'avais insensiblement ramené le Vice-Roi aux dispositions conciliantes qu'il m'avait témoignées dès le début. Bien qu'il feignît d'ignorer les déclarations importantes que vous avait faites le Marquis Tseng, il admettait la possibilité d'une entente sur le terrain des faits; il semblait même la désirer. Je lui avais indiqué les bases d'un arrangement honorable pour les deux pays, et, sur sa demande, j'avais rédigé les propositions formulées dans mon télégramme du 3 juillet. La question de suzeraineté était passée sous silence: il nous convenait d'ignorer des prétentions que nous ne reconnaissions pas. La Chine s'engageait à n'entraver en rien notre action militaire et civile au Tonkin et à ne porter aucune atteinte à notre situation dans l'Annam. Elle se déclarait prête, une fois l'ordre établi, à ouvrir au commerce, par la voie du Song-Koï, les provinces méridionales de l'Empire, et notamment celle du Yunnan. Les rapports commerciaux et les questions de frontière devaient être réglées ultérieurement. En présence des

Nr. 8147. Frankreich. 20. Juli 1883.

Nr. 8147. Frankreich. 20. Juli 1883.

engagements pris par la Chine, la France ne faisait nulle difficulté de reconnaître, par écrit, qu'elle n'avait point en vue la conquête de l'Annam. || Telles sont, Monsieur le Ministre, les suggestions que j'avais soumises à Li, et que nous avons discutées, *ad referendum*, le 30 juin et le 1er juillet. Personnellement, elles paraissaient lui agréer; il se bornait à faire des réserves au nom du Tsong-li-Yamen. || Trois jours après, il se dérobait brusquement et partait pour Tien-Tsin, me faisant dire par Mâ, son confident, que la Cour de Pékin le rappelait en hâte. En même temps, il faisait publier, par les journaux à sa dévotion, qu'un télégramme du marquis Tseng lui faisait espérer les bons offices de l'Angleterre. || Quels que soient les motifs qui aient déterminé le Vice-Roi, il ne me paraît pas que nous devions nous préoccuper de son départ. L'esprit de conciliation dont nous avons fait preuve nous permet désormais d'attendre les ouvertures du Céleste Empire. Par son mauvais vouloir, la question se trouve replacée sur son véritable terrain. Nous n'avons rien à demander à la Chine; c'est à elle à venir à nous, et elle y viendra le jour où nous aurons affirmé nos droits par un coup frappé à Hué et par une action vigoureuse au Tonkin. Quant à la guerre, la Cour de Pékin ne nous la déclarera pas; elle n'en a ni la volonté ni le pouvoir. Elle se bornera à nous susciter secrètement des embarras dont il nous sera aisé de venir à bout, si nous agissons promptement. D'après les renseignements que j'ai pu recueillir, il y aurait actuellement, dans les provinces du Sud, trente mille hommes environ, ou plutôt trente mille pillards, qui, s'ils franchissaient la frontière, devraient être traités comme tels. Ce sont là les armées formidables dont on a fait tant de bruit, et qui devaient inonder le Tonkin, l'Annam et même la Basse-Cochinchine. || Permettez-moi de vous répéter, en terminant, Monsieur le Ministre, que la seule présence d'une division navale dans les mers de la Chine produirait, au point de vue politique, la plus salutaire impression.

Tricou.

---

## No. 8148. FRANKREICH. — Unterredungen des Min. d. Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris.*) — Chinesische Beschwerdepunkte: die Anwesenheit französischer Truppen in Tonkin; Nichtanerkennung des chinesischen Interesses in Tonkin; Verwerfung des Arrangements Bourée. — Chinesischer Vorschlag, die militärischen Operationen zu suspendiren.

Nr. 8148. Frankreich. 1/2Aug. 1883.

Le Marquis Tseng commence par remercier le Ministre des Affaires étrangères de la communication**) qu'il a reçue le matin même et qui répond

*) Siehe Anm. zu Nr. 8134.

**) Betrifft die Reclamation des chin. Gesandten wegen der Beschlagnahme eines chinesischen Schiffes durch die franz. Behörden in Haï-Phong.

aux différentes notes qu'il avait cru devoir adresser au Gouvernement de la République. Son Excellence s'enquiert ensuite des nouvelles récemment arrivées du Tonkin et elle explique sa démarche en ajoutant que la Chine se considère, au Tonkin, comme la maîtresse d'une maison dont les Français ne sont que les hôtes. || M. Challemel Lacour réplique aussitôt que, si le Marquis Tseng se place sur un pareil terrain, il lui sera impossible de l'y suivre, et qu'il deviendra dès lors inutile de continuer l'entretien. || Le Ministre de Chine demande qu'il lui soit permis, du moins, de poser à son interlocuteur les questions suivantes: || La France veut-elle conquérir et s'annexer l'Annam? Entend-elle s'en tenir au traité qu'elle a conclu avec le Roi Tu-Duc ou a-t-elle l'intention de chercher à le modifier?

La réponse de M. Challemel Lacour à ces questions est catégorique et de tous points conforme aux déclarations qu'il a déjà faites à ce sujet à la tribune. La France, dit-il, n'a pas l'intention de s'annexer l'Annam, elle s'en serait tenue volontiers au traité existant; mais ce traité a été violé sans cesse, ce qui tient en partie à ce qu'il n'est pas assez clair; de là, la nécessité d'y apporter des modifications. || Mais, répond l'Envoyé chinois, dans le cas où le Gouvernement de la République aurait à traiter avec le Royaume d'Annam, la Chine serait-elle appelée à coopérer à ce traité? || Le Ministre des Affaires étrangères ayant exprimé le désir de savoir, avant de répondre, si la Chine demandait formellement à être appelée à coopérer au traité, le Marquis Tseng s'empresse d'ajouter qu'il ne s'agit pour son Gouvernement ni de collaborer au traité, ni de le ratifier, mais qu'il offre seulement ses bons offices. Il déclare, d'ailleurs, qu'il ne fait là aucune proposition formelle; mais il émet cette idée avec la conviction qu'elle répond aux vues du Souverain qu'il représente et dont il possède toute la confiance. || M. Challemel Lacour fait observer qu'en ce moment le Gouvernement de la République a une tâche militaire à accomplir, qu'il doit chercher avant tout à réduire les Pavillons-Noirs à l'impuissance et à s'assurer au Tonkin une situation conforme aux droits que lui donne le traité de 1874; les bons offices de la Chine ne lui seraient donc, quant à présent, d'aucune utilité. || Le Marquis Tseng croit devoir cependant rappeler au Ministre des Affaires étrangères ce qu'il lui a déjà dit dans un précédent entretien au sujet des Pavillons-Noirs qui, bien que composés d'anciens rebelles chinois, forment aujourd'hui l'armée régulière de Tu-Duc; Son Excellence a ajouté que, tout en poursuivant l'action militaire engagée, il serait de bonne politique de chercher à se débarrasser de ces troupes par la voie des négociations. || Sans nier ce qu'il peut y avoir de fondé dans cette remarque, le Ministre des Affaires étrangères prend acte de l'affirmation réitérée du Représentant chinois concernant le caractère des Pavillons-Noirs; il fait remarquer que si ces bandes constituent aujourd'hui l'armée annamite, une résistance prolongée de leur part pourrait nous donner le droit et peut-être même nous mettre dans l'obligation de transporter la guerre sur un autre

Nr. 8148. Frankreich. 1/2 Aug. 1883.

point de l'Annam. || Le Gouvernement français, poursuit M. Challemel Lacour, est prêt à négocier, à s'entendre, s'il y a lieu, avec la Chine pour hâter le rétablissement de la paix et de l'ordre. Mais la condition de toute négociation utile est que la Chine passe aujourd'hui une déclaration semblable à celle que le Prince Kong fit en 1875 quand le traité lui fut notifié; c'est-à-dire qu'elle fasse connaître sa volonté d'empêcher toute entrée de troupes impériales au Tonkin. Nous sommes avec la Chine sur un pied amical, nous déclarons n'en point vouloir à ses frontières dont nous évitons même d'approcher; elle n'a donc aucune raison d'envoyer ou d'entretenir des troupes au Tonkin; le retrait de ces troupes, s'il y en a, et nous avons lieu de croire qu'il y en a, est, pour nous, la condition de toute négociation. Si le Gouvernement impérial ne les retire pas, ce serait une cause non seulement de difficultés interminables, mais aussi de graves et réels dangers. || Le Marquis Tseng représente alors à M. Challemel Lacour que, lorsque M. Bourée a demandé à la Chine de rappeler ses troupes du Tonkin, elle a consenti à le faire; mais qu'au même moment où les troupes impériales se retiraient, la France renforçait les siennes, ce qui n'avait pas laissé de causer un certain froissement à la Cour de Pékin. || La Chine, dont la frontière est mal délimitée du côté du Tonkin, ne ferait, d'après lui, en réunissant des troupes sur ce point, que prendre des mesures défensives. Au surplus, dit-il, si la France juge nécessaire de demander au Gouvernement chinois une pareille déclaration, qu'elle lui adresse à ce sujet une communication écrite, il y répondra; mais il ne saurait prendre dans cette question une initiative qui n'aurait pas de raison d'être. || Cette ouverture reste sans réponse: M. Challemel Lacour prévoit, en effet, que les déclarations de la Chine pourraient n'être pas satisfaisantes, ce qui amènerait le Gouvernement français à exiger ce qu'il demandait d'abord, et entraînerait peut-être de graves conséquences. || Le Marquis Tseng, reprenant l'entretien, insiste alors sur ce point qu'il n'y a pas de Chinois au Tonkin; s'il y en a, cela tient à ce que les frontières sont fort mal connues, et qu'il existe entre les deux pays une vaste région qu'on ne sait auquel attribuer. Il pourrait arriver, ajoute-t-il, que, dans une poursuite, les troupes françaises rencontrassent des soldats chinois, et il serait bon que le Gouvernement de la République donnât des ordres ou prît des mesures pour prévenir le danger d'une semblable rencontre. || Le Ministre des Affaires étrangères fait remarquer à son interlocuteur que la Chine n'étant nullement menacée de ce côté, c'est à elle qu'il appartient de prévenir un conflit; aussi insiste-il sur la nécessité des mesures qu'il a demandé au Gouvernement impérial de prendre à cet égard. En fait, continue-t-il, il n'existe nulle cause appréciable de dissentiment entre la France et la Chine. Pourquoi cette dernière aiderait-elle l'Annam ou prolongerait-elle sa résistance en lui laissant croire qu'il peut attendre d'elle un secours? Que la guerre cesse, que la paix soit rétablie; si la Chine croit avoir des garanties à demander, des droits honorifiques à faire valoir, nous les examinerons dans un esprit conciliant et

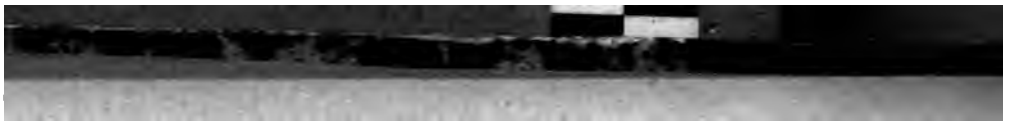
nous arriverons sûrement à un arrangement, pourvu que la Chine n'en tire pas un prétexte pour une immixtion qui serait incompatible avec nos droits.

Le Marquis Tseng répond que trois choses expliquent les inquiétudes de la Chine: || 1° La Cour de Pékin n'a pas, il est vrai, formulé d'objection contre le traité de 1874 quand il lui a été présenté, parce qu'elle voulait alors vivre en bonne amitié avec le Gouvernement de la République; mais l'envoi des troupes françaises au Tonkin a modifié la situation. || 2° La déclaration faite par M. de Freycinet et d'après laquelle la Chine n'aurait rien à voir dans les affaires du Tonkin est la négation de droits auxquels le Gouvernement impérial tient à juste titre. || 3° Le rejet de l'arrangement proposé par M. Bourée a fait croire en Chine que la France avait des exigences plus grandes et encore ignorées. La Cour de Pékin ne peut admettre que la France s'annexe l'Annam; le Ministre chinois se montra d'ailleurs satisfait de la déclaration que M. Challemel Lacour lui a faite à cet égard et il répète que la Chine n'a pas l'intention d'encourager les Pavillons-Noirs.

Laissant de côté les divers incidents rappelés par le Marquis Tseng, M. Challemel Lacour résume l'entretien qu'il vient d'avoir avec lui en quelques mots: il résulte des affirmations du Ministre de Chine touchant les Pavillons-Noirs qu'en fait nous sommes en guerre avec l'Annam malgré nous. Un tel état de choses peut nous obliger, dans le cas où la résistance se prolongerait au Tonkin, à transporter la guerre sur d'autres points. Il y a donc un grand intérêt à faire cesser au plus tôt les hostilités commencées, et c'est au Gouvernement impérial qu'il appartient d'obtenir ce résultat en prenant ouvertement une attitude loyale qui découragera le Roi d'Annam, coupera court à une lutte inégale et hâtera le moment des négociations. || L'obligation où se trouve le Ministre des Affaires étrangères de recevoir les Ambassadeurs des autres Puissances met fin à l'entrevue.

*Entretien de M. Challemel Lacour, Ministre des Affaires étrangères avec le Marquis Tseng, Ministre de Chine, le 2. Août 1883.*

Dans un second entretien, le 2 août, le Marquis Tseng, après s'être félicité des déclarations qui ont été échangées la veille entre le Ministre et lui, lesquelles marquent un rapprochement sensible, fait part d'une idée qu'il s'abstient de convertir pour le moment en une proposition formelle: ce serait de consentir à un armistice, ou, si l'on veut, à une simple suspension des opérations militaires, qui aurait pour but, dans la pensée du Ministre chinois, de permettre à la Chine de prendre d'autres moyens que l'emploi de la force pour dissiper les Pavillons-Noirs. || Le Ministre voit à l'acceptation et à la mise en pratique de cette idée deux objections décisives: la première est que les Pavillons Noirs seraient, d'après les affirmations du Marquis lui-même, l'armée de Tu-Duc, auquel cas Tu-Duc a, s'il le veut, un moyen bien simple de la disperser; la seconde, c'est que les opérations militaires étant commen-





Nr. 8148. Frankreich. 1/2 Aug. 1883.

cées et ayant pour but de venger notre honneur momentanément compromis par un échec et de rétablir notre situation conventionnelle au Tonkin, ne peuvent être suspendues ni arrêtées avant que ce double but soit atteint. Il appartient d'ailleurs au Roi d'Annam de faire des Pavillons-Noirs ce qu'il voudra, puisqu'il les paye et que ces troupes sont à lui. Et, quant au danger d'une rencontre des troupes françaises et des troupes chinoises, la suspension des opérations n'est nullement nécessaire, puisque, d'après le Marquis, il n'y a pas de troupes chinoises au Tonkin; que, s'il y en a, elles n'y sont pas comme auxiliaires des Annamites, et qu'enfin la Chine, pour couper court à tout conflit, n'a qu'à les rappeler. C'est ce que le Ministre a demandé hier; il renouvelle cette demande en vue d'avancer le moment d'un arrangement pacifique. || Le Marquis revient alors sur la nécessité qu'il y aurait d'adresser une demande directe au Gouvernement de Pékin, comme il a été fait en 1875. Il ajoute que, si la Chine faisait spontanément une déclaration de ce genre, elle aurait l'air d'aider la France au lieu d'aider, comme elle le doit, son vassal l'Annam. || Il ne paraît pas possible au Ministre de faire cette demande directe, avant d'être assuré qu'elle sera convenablement accueillie. Le Gouvernement pourrait y faire telle réponse qui, n'étant pas conforme aux faits à nous connus et de nature à nous satisfaire, pourrait nous obliger à insister, et même à exiger. En faisant cette déclaration, la Chine n'aiderait ni la France ni l'Annam, mais elle aiderait efficacement au rétablissement de la paix. || Le Marquis dit qu'il a transmis cette demande, ce matin, par le télégraphe et qu'il attend la réponse sous peu de jours. Il lui paraîtrait désirable et nécessaire que l'ordre fût donné aux commandants des troupes françaises de ne pas se lancer à la poursuite des Pavillons-Noirs, au risque de rencontrer les troupes chinoises; à cela le Ministre a répondu que, si ses troupes se trouvent près de la frontière comme on l'affirme, les troupes françaises ne risquent pas de les rencontrer; car elles ne veulent pas approcher de la frontière. Il en serait autrement si elles étaient plus rapprochées des forteresses qui sont notre objectif. Elles seraient nécessairement traitées en auxiliaires des Annamites. || Le Marquis affirme que les troupes chinoises ne peuvent être là; il y a, selon lui, impossibilité matérielle, à cause de la distance et de la grandeur des obstacles. Il reconnaît, du reste, que vassal ou voisin de la Chine, le Roi d'Annam a toute l'autorité nécessaire pour obtenir, s'il le veut, la retraite ou la dispersion des Pavillons-Noirs.

# Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

**Aegidi** und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Dr. Hans Delbrück.

**Dreiundvierzigster Band.**

**Leipzig,**

Verlag von Duncker & Humblot.

1885.

# I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.


**Aegypten** (Sudan). (Vergl. Bd. XLII u. vorg.)

1883. Aug. 8. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Die engl. Regierung lehnt alle Verantwortlichkeit für die Ereignisse im Sudan ab . . . . . 8218.

„ „ 18. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Die ägyptische Regierung handelt auf eigene Verantwortung im Sudan . . . . . 8219.

„ „ 26. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Die ägyptische Regierung wünscht Reduction der Occupations-Armee auf 2000 Mann . . . . . 8220.

„ Oct. 1. — Min des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Rom. Italien wünscht Garantieen für die Sicherheit und Freiheit des Suez-Kanals . . . . . 8221.

„ „ 9. — Gen.-Consul in Kairo (Baring) an den engl. Min. des Ausw. Reduction der Occupations-Armee . . . . . 8222.

„ Nov. 19. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Die ägyptische Regierung wird um engl. oder indische Truppen bitten . . . . . 8223.

„ „ 20. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Die engl. Regierung wird keine Truppen senden . . 8224.

„ „ 24. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Die Erfolge des Mahdi sind eine Gefahr für Aegypten selbst . . . . . 8225.

„ „ 25. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. England darf keinerlei Verantwortung für die Maassregeln im Sudan übernehmen . . . . . 8226.

„ „ 30. Türkei. Min. des Ausw. (Aarifi-Pascha) an den türk. Botsch. in London (Musurus-Pascha). Protestirt gegen die Beibehaltung der engl. Garnison in Kairo . . . . . 8227.

„ Dec. 11. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den türk. Botschafter in London. Antwort auf den Protest vom 30. Nov. 8228.

„ „ 12. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Die ägyptische Regierung giebt sich ganz in die Hände Englands . . . . . 8229.

„ „ 13. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Räth der ägyptischen Regierung, den Sudan aufzugeben 8230.

1883. Dec. 14. Grossbritannien. Dufferin an den engl. Min. des Ausw. Die Entsendung des General Hicks war kein hoffnungsloses Unternehmen . . . . . 8231.

„ „ 22. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Die ägyptische Regierung ist nicht gewillt, den Sudan aufzugeben . . . . . 8232.

1884. Jan. 2. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Die ägyptische Regierung will sich an die Pforte um militärische Hülfe wenden . . . . . 8233.

„ „ 4. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Englands Stellung zur Sudan-Frage . . . . . 8234.

„ „ 4. — Derselbe an denselben. England verlangt unbedingt die Befolgung der von ihm empfohlenen Politik . . 8235.

„ „ 8. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Der Khedive acceptirt die englischen Vorschläge . . 8236.

„ „ 18. — Min. des Ausw. an den General Gordon. Anweisung, sich nach Aegypten zu begeben . . . . . 8237.

„ „ 20. Türkei. Min. des Ausw. an den türkischen Botschafter in London. Wünscht Meinungs-Austausch mit der engl. Regierung über die ägyptischen Angelegenheiten . . 8238.

„ „ 22. Grossbritannien. Memorandum des Generals Gordon über seine Aufgabe im Sudan . . . . . 8239.

„ „ 28. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Weitere Instruction für Gordon . . . . . 8240.

„ „ 31. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Unterredung mit dem türkischen Botschafter 8241.

„ Febr. — — Memorandum des Generals Gordon . . . . . 8242.

„ „ 8. — Gordon an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Empfiehlt Räumung, aber nicht vollständige Aufgabe des Sudan 8243.

„ „ 18. — Gordon an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Schlägt Zebehr-Pascha als seinen Nachfolger vor . . . . . 8244

„ „ 19. Türkei. Min. des Ausw. an den türkischen Botschafter in London. Die Pforte will die Beruhigung Aegyptens übernehmen . . . . . 8245.

„ „ 21. Grossbritannien. Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Gordons Proclamation . . . . . 8246.

„ „ 28. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Gordons Vorschläge über die zukünftige Regierung des Sudan . . . . . 8247.

„ „ 28. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg (Thornton). Russland wünscht, dass Verhandlungen der Cabinette über die Situation in Aegypten eingeleitet werden . . . . . 8248.

„ „ 29. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Die Vorschläge der Pforte sind keine geeignete Grundlage für Unterhandlungen . . . . 8249.

„ „ 29. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Gründe gegen die Anstellung Zebehrs . . . . . 8250.

„ „ 29. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. Beschwerden der Pforte über England . . . 8251.

1884. März 5. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Hält an der Ablehnung Zebehrs fest . . 8252.
„ „ 6. — Gordon an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Unterwirft sich der Entscheidung der Regierung bez. Zebehrs . 8253.
„ „ 8. — Gordon an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Die Zurückziehung der Garnisonen erfordert die Berufung Zebehrs . . . . . 8254.
„ „ 9. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Befürwortet die Berufung Zebehrs . . . . . 8255.
„ „ 18. Türkei. Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Die Pforte ist bereit, die Circularnote als Basis der Unterhandlungen anzunehmen . . . . . 8256.
„ „ 27. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den türk. Botschafter in London. Die bisherigen Vorschläge der Türkei bieten keine Basis zu praktischen Unterhandlungen . 8257.
„ „ 28. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Gründe für die Verweigerung englischer Truppen und Zweck der Sendung Gordons . . . . . 8258.
„ April 12. Türkei. Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Das Circular vom 3. Januar 1883 bietet eine genügende Basis zu Unterhandlungen . . . . . 8259.
„ „ 16. Grossbritannien. Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Gordon wird seine Entschliessungen nach eigenem Ermessen ohne Rücksicht auf die englische Regierung fassen . . . . . 8260.
„ „ 16. — Gordon an Zebehr-Pascha. Berufung desselben zum Sub-Generalgouverneur . . . . . 8261.
„ „ 16. — Gordon an Baker. Appell an die Millionäre in Amerika und England . . . . . 8262.
„ „ 19. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Zebehr hat abgelehnt . . . . . 8263.
„ „ 23. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Gordon soll Vorschläge machen, wie Khartum zu entsetzen. Verwendung türkischer Truppen ist ausgeschlossen . . . . . 8264.
„ Mai 13. Aegypten. Ministerpräsident an den engl. Geschäftsträger in Kairo. Aegypten kann die für den Sudan nöthigen Ausgaben nicht tragen . . . . . 8265.
„ „ 14. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Vorschlag, die ägyptischen Häfen am rothen Meere der directen Jurisdiction der Pforte zu unterstellen . . . . . 8266.
„ „ 17. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. Weitere Instruction für Gordon . . . . . 8267.
„ „ 21. — Derselbe an denselben. Unverantwortlichkeit der engl. Regierung . . . . . 8268.

## Angra-Pequena.

1880. Nov. 4. Deutschland. Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. Anfrage, ob England die Niederlassungen der Rheinischen Missionsgesellschaft schützen wolle . 8283.

1880. Nov. 29. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. England kann die Verantwortung für Ereignisse ausserhalb seines Territoriums nicht übernehmen . . . . . 8284.

„ Dec. 30. — Min. der Kolonien (Kimberley) an den Gouverneur der Kap-Kolonie (Robinson). Oranjefluss die Grenze der Kap-Kolonie . . . . . 8285.

1881. Okt. 20. Deutschland. Unterstaatssekretär des Auswärtigen (Busch) an den deutschen Botschafter in London. Erneute Anfrage wegen Schutzes der Rheinischen Missionsgesellschaft . . . . . 8286.

1882. Nov. 16. — Anfrage von F. A. E. Lüderitz an das Auswärtige Amt, ob einer an der Südwestküste von Afrika zu gründenden Faktorei deutscher Schutz gewährt werden würde 8287.

1883. Febr. 4. — Reichskanzler an den deutschen Geschäftsträger in London (Herbert Bismarck). Anfrage, ob England jetzt beabsichtigt, das Lüderitz'sche Unternehmen zu schützen . . . . . 8288.

„ „ 26. — Botsch. in London an den Reichskanzler. Die engl. Regierung verlangt zunächst nähere Bezeichnung des Orts der Niederlassung . . . . . 8290.

„ Aug. 18. — Reichskanzler an den deutschen Consul in Kapstadt. Instruction bezüglich des Lüderitz zu gewährenden Schutzes . . . . . 8289.

„ Nov. 12. — Staatssekretär des Ausw. (Hatzfeldt) an den deutschen Geschäftsträger in London. Anfrage, ob England auf Angra Pequena Ansprüche macht . . . . . 8291.

„ „ 20. — Lüderitz zeigt den Erwerb weiterer Gebiete an . . 8292.

„ „ 22. — Botsch. in London an den Reichskanzler. Die engl. Regierung hält eine fremde Kolonie an der südwestafrikanischen Küste für einen Eingriff in die Rechte Englands . . . . . 8293.

„ Dec. 27. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Nochmalige Anfrage wegen Angra Pequena's . . . . . 8294.

„ „ 31. — Botsch. in London an den engl. Min. des Ausw. Auf welche Rechtstitel gründet sich der engl. Anspruch? 8295.

1884. Jan. 22. — Consul in Kapstadt an den Reichskanzler. Die Kap-Regierung ist dem Unternehmen Lüderitz' abgeneigt 8296.

„ „ 27. — Kommandant des „Nautilus" (Aschenborn) an den Chef der Admiralität. Gutachten über die Aussichten der Lüderitz'schen Niederlassung . . . . . 8297.

„ April 24. — Reichskanzler an den deutschen Consul in Kapstadt. Lüderitz und seine Niederlassungen stehen unter deutschem Schutze . . . . . 8298.

„ „ 28. — Consul in Kapstadt an den Reichskanzler. Erledigung von Nr. 8298 . . . . . 8303.

„ Mai 17. — Botsch. in London an den Reichskanzler. Erklärungen Lord Derby's gegenüber einer Deputation südafrikanischer Kaufleute . . . . . 8299.

„ „ 21. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter

in London. Was hat Granville auf Nr. 8298 geantwortet? . . . . . 8300.
1884. Mai 21. Deutschland. Botsch. in London an den Reichskanzler. Antwort Granville's . . . . . 8301.
„ „ 24. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Die englische Regierung ist an Beantwortung der Note vom 31. Dezbr. zu erinnern . . . 8302.
„ „ 26. — Botsch. in London an den deutschen Reichskanzler. Ursachen der Verzögerung der englischen Antwort . 8304.
„ „ 27. — Derselbe an denselben. Entschuldigung der Verzögerung 8305.
„ Juni 3. — Consul in Kapstadt an das deutsche Auswärtige Amt. Die Kap-Kolonie ist bereit, die Küste bis Walfisch-Bai zu übernehmen . . . . . 8306.
„ „ 4. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Die Besitzergreifung der Kap-Kolonie wird nicht anerkannt . . . . . 8307.
„ „ 4. — Consul in Kapstadt an den Reichskanzler. Annexions-Plan der Kap-Regierung . . . . . 8313.
„ „ 7. — Botsch. in London an das deutsche Auswärtige Amt. Granville's Antwort auf diese Mittheilung . . . . . 8308.
„ „ 10. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. Rekapitulation des Sachverhältnisses als Direction für die künftigen Unterhandlungen . . . . . 8309.
„ „ 14. — Geschäftsträger in London an den Reichskanzler. Unterredung mit Granville . . . . . 8310.
„ „ 17. — Botsch. in London an das deutsche Auswärtige Amt. Die Kap-Kolonie ist angewiesen, sich jeden Vorgehens zu enthalten . . . . . 8311.
„ „ 22. — Derselbe an dasselbe. Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft . . . . . 8312.
„ Juli 11. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Mittheilung von Nr. 8313 . . . . . 8314.
„ „ 19. Grossbritannien. Botschafter in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen. Bedingte Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft. Vorschlag kommissarischer Verhandlungen . . . . . 8315.
„ „ 21. Deutschland. Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Sind der Kapregierung dem Anerkennungs-Beschluss entsprechende Weisungen ertheilt? . . . . . 8316.
„ „ 22. — Botsch. in London an den Reichskanzler. Entsprechende Weisungen sind am 14. Juli ertheilt . . . . . 8317.
„ „ 23. — Consul in Kapstadt an den Reichskanzler. Verhandlungen des Kap-Parlaments über die Annexion . . . 8322.
„ „ 24. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. Eine bedingte Anerkennung kann nicht acceptirt werden 8318.
„ „ 28. — Consul in Kapstadt an das deutsche Ausw. Amt. Parlamentsbeschluss über die Annexion. Instruction des Londoner Kabinets . . . . . 8319.
„ Aug. 2. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Widerspruch der der Kap-Regierung er-

theilten Instructionen mit dem Kabinetsbeschluss über die Anerkennung . . . . . 8320.

1884. Aug. 8. Deutschland. Botsch. in London an den Reichskanzler. Die engl. Regierung wolle den deutschen Unternehmungen durchaus keine Schwierigkeiten bereiten . . . . . 8321.

„ „ 11. — Consul in Kapstadt an den Reichskanzler. Proclamation, betreffend die Einverleibung der Walfisch-Bai und Umgegend in die Kolonie . . . . . 8332.

„ „ 14. — Kommando der „Elisabeth" an die Kaiserliche Admiralität. Das Territorium Lüderitz ist unter deutschen Schutz gestellt . . . . . 8323.

„ „ 17. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Collision des Beschlusses der Kap-Regierung mit deutschen Ansprüchen . . . . . 8324.

„ „ 18. — Geschäftsträger in London (Plessen) an den Reichskanzler. Erledigung von Nr. 8324 . . . . . 8327.

„ „ 19. — Derselbe an den deutschen Geschäftsträger in London. Erweiterung des deutschen Schutzgebietes nach Norden . . . . . 8325.

„ „ 22. — Derselbe an denselben. Uebersendung eines Notenentwurfs und eines Aide-mémoire. Forderung, dass England den Beschlüssen der Kap-Kolonie die Genehmigung versage . . . . . 8326.

„ „ 26. — Derselbe an denselben. Erledigung von Nr. 8326 . 8328.

„ „ 29. — Derselbe an denselben. Granville behauptet, der deutschen Note liege ein Missverständniss zu Grunde 8329.

„ Sept. 5. — Consul in Kapstadt an das Ausw. Amt. Die Küste bis Kap Frio ist unter deutschen Schutz gestellt . . 8330.

„ „ 7. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London. Auftrag, Mittheilung von Nr. 8330 zu machen . . . . . 8331.

„ „ 22. Grossbritannien. Geschäftsträger in Berlin an den Staatssekretär des Ausw. England begrüsst Deutschland als Nachbar in Südwestafrika und beansprucht Oberhoheit nur für Walfischbai und die Inseln . . . . 8333.

„ Okt. 6. Deutschland. Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London. Das deutsche Protektorat hat einen territorialen Charakter. Begrenzung des Gebietes . . . . . 8334.

„ „ 11. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London. Vorläufiges Einverständniss mit den deutschen Vorschlägen . . . . . 8336.

„ „ 13. Deutschland. Derselbe an denselben. Conflikt zwischen Lüderitz und Spence. Vorschlag, bis zur Beendigung der kommissarischen Verhandlungen den status quo aufrecht zu erhalten . . . . . 8335.

„ „ 15. — Geschäftsträger in London an den Reichskanzler. Erledigung von Nr. 8335 . . . . . 8337.

**Biafra-Bai,** s. Togo-Gebiet.

**Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle** etc. (Vergl. Bd. XLII u. vorg.)


1880. Febr. 12. Deutschland und Uruguay. Auslieferungsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem orientalischen Freistaat Uruguay . . . . . 8188.

1881. Mai 13. Vereinigte Staaten und Madagaskar. Friedens-, Freundschafts- und Handels-Vertrag . . . . . 8208.

1882. „ 6. Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Niederlande. Convention internationale ayant pour objet de régler la police de la pêche dans la mer du Nord en dehors de territoriales . . . . 8189.

1883. „ 9. Oesterreich-Ungarn, Serbien, Türkei, Bulgarien. Convention relative à la Jonction des Voies Ferrées . . . . . 8190.

1883. Juli 12. Deutschland und Spanien. Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reich und Spanien . . . . 8191.

1884. Febr. 26. Grossbritannien und Portugal. Treaty between Her Majesty and His Majesty the King of Portugal respecting the Rivers Congo and Zambesi, and the Territory on the West Coast of Africa between the 8° and 5° 12′ of South Latitude . . . . . 8194.


**Chinesisch-französischer Conflict,** s. Tonkin.

**Deutsche Kolonien** (s. auch Angra-Pequena, Togogebiet, Südsee und Neu-Guinea.


1884. Juni 23. Deutschland. Aus der Rede des Reichskanzlers in der Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages vom 23. Juni 1884 bei Gelegenheit der Berathung der Postdampfer-Subventionsvorlage. Programm der deutschen Kolonialpolitik . . . . . 8348.

„ „ 26. — Aus den Reden des Reichskanzlers in der Sitzung des Reichstages vom 26. Juni 1884 über die deutsche Kolonialpolitik bei Gelegenheit der Berathung des Handelsvertrages mit Korea . . . . . 8349.


**Handelspolitik,** s. Spanisch-deutscher Handelsvertrag.

**Kongo.**


1884. Febr. 26. Grossbritannien und Portugal. Treaty between Herr Majesty and His Majesty the King of Portugal respecting the Rivers Congo and Zambesi, and the Territory on the West Coast of Africa between the 8° and 5° 12′ of South Latitude . . . . . 8194.


**Madagaskar.** (Vergl. Bd. XLI u. vorg.)


1881. Mai 13. Vereinigte Staaten und Madagaskar. Friedens-, Freundschafts- und Handels-Vertrag . . . . . 8208.

1882. Dec. 9. Frankreich. Min. des Ausw. an den franz. Consul in Tamatave. Die deutschen Unterthanen sollen unter den Schutz der französischen Agenten gestellt werden . 8209.

1883. Mai 31. — Ultimatum des Admiral Pierre und des Consuls Baudais an die Königin von Madagaskar . . . . . 8210.

1883. Juni 5. Madagaskar. Min. des Ausw. an den franz. Consul. Beantwortung des Ultimatuns . . . . . 8211.
„ „ 9. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Die Vereinigten Staaten haben die Souveränetät der Königin von Madagaskar über die ganze Insel anerkannt . . . . . 8212.
„ Juli 10. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Wünscht Aufklärungen über die Ereignisse in Madagaskar . . . . . 8213.
„ Aug. 12. Frankreich. Min. d. Ausw. (Challemel-Lacour) an den franz. Botschafter in London (Waddington). Beantwortung der engl. Beschwerden vom 10. Juli . . . . . 8214.
„ Oct. 15. — Derselbe an denselben. Vertheidigung des Vorgehens des franz. Commandanten in Madagaskar . . . . . 8215.
„ „ 18. — Deselbe an denselben. Anerbieten einer Entschädigung für die von Mr. Shaw erlittene Haft . . . . 8216.
„ „ 29. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London. Der englisch-franz. Conflict in Madagaskar ist durch die Schreiben vom 15. und 18. October zur Zufriedenheit erledigt . . . . . 8217.

**Neu-Guinea,** (englische) Annexion von.

1882. Dec. 9. Grossbritannien. Ausw. Amt an das Kolonial-Amt. Das Kolonial-Institut hat die Annexion von Neu-Guinea angeregt . . . . . 8198.
1883. Jan. 4. — Kolonial-Amt an das Königl. Kolonial-Institut. Hält die Befürchtungen einer Annexion durch Deutschland für unbegründet . . . . . 8199.
„ Febr. 19. — Gouverneur von New South Wales (Loftus) an den engl. Min. der Kolonien. Agitation in den australischen Kolonien für die Annexion Neu-Guinea's . . 8200.
„ April 4. — Proklamation der Annexion . . . . . 8201.
„ „ 16. — Gouverneur von Queensland (Kennedy) an den englischen Min. der Kolonien. Die Annexion ist vollzogen 8202.
„ „ 19. — Gouverneur von Queensland an den engl. Min. der Kolonien. Begründung des selbständigen Vorgehens der Kolonie . . . . . 8203.
„ Mai 3. — Botschafter in Berlin (Ampthill) an den engl. Min. des Ausw. (Granville). Die deutsche Regierung hat nicht Absicht, Neu-Guinea zu colonisiren . . . . . 8204.
„ Juni 1. — Min. der Kolonien an den Administrator von Queensland (Palmer) und Antwort des letzteren. Befürchtung der Annexion durch fremde Mächte . . . . . 8205.
„ Juli 6. — Min. der Kolonien (Derby) an den Gouverneur von Queensland. Gründe der Annullirung der Annexion 8206.
„ Oct. 9. — Gouverneur von Queensland an den engl. Min. der Kolonien. Widerlegung der von der engl. Regierung gegen die Annexion geltend gemachten Gründe . . 8207.

**Panama-Canal.** (Vergl. Bd. XLII u. vorg.)

1883. Mai 5. Vereinigte Staaten. Staatssecretär d. Ausw. (Frelinghuysen) an den amerikanischen Gesandten in London (Lowell).

Der Clayton-Bulwer-Vertrag ist ungültig geworden, weil er sich nur auf die Nicaragua-Route bezog und weil inzwischen die chemalige britische 'Niederlassung' in Bélize eine britische Colonie geworden ist . . . 8195.

1883. Aug. 17. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (West). Die „Monroe"-Doctrin ist durch den Clayton-Bulwer-Vertrag selbst durchbrochen . . . . . 8196.

„ Nov. 22. Vereinigte Staaten. Staatssecretair des Ausw. an den amerikanischen Gesandten in London. Hält den amerikanischen Standpunkt aufrecht . . . . . 8197.

## Spanisch-deutscher Handelsvertrag.

1883. Juli 12. Deutschland und Spanien. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien . . . 8191.

„ Aug. 29. Deutschland. Denkschrift zum deutsch-spanischen Handelsvertrage. Dem Reichstage vorgelegt am 29. August 1883 . . . . . 8192.

„ Sept. 10. — Gesetz, betreffend die Ertheilung der Idemnität für die durch die Bekanntmachung vom 9. August 1883 angeordneten Zollermässigungen sowie die Verallgemeinerung der Zollermässigungen in den Tarifen A zu dem deutsch-italienischen und dem deutsch-spanischen Handels- und Schifffahrtsvertrage . . . . . 8193.

## Sudan, s. Aegypten.

## Südsee, Deutsche Interessen in der.

1883. Deutschland. Niederlassungen und Stationen der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg auf den Inseln im Grossen Ocean 1883 8339.

„ — Zusammenstellung über die Besitzungen der Firma Hernsheim & Co. in der Südsee 1883 . . . . . 8340.

„ Febr. — Bericht des Konsulats in Apia über die Verhältnisse im westlichen Melanesien, speziell in Hinsicht auf den Bezug von Arbeitern für die Plantagen auf Samoa 8341.

„ Dec. 18. — Verweser des Konsulats in Apia (Stuebel) an den Reichskanzler. Einreichung zweier Denkschriften über den deutschen Handel in der Südsee und dessen fremde Konkurrenz . . . . . 8338.

„ „ 29. — Reichskanzler an den Verweser des Konsulats in Apia. Entsendung eines kommissarischen Reichsbeamten nach Neu-Britannien und Neu-Irland . . . . . 8343.

1884. April 14. — Konsulats-Verweser in Apia an den Reichskanzler. Nothwendigkeit einer ständigen Berufsvertretung im Archipel von Neu-Britannien . . . . . 8344.

„ „ 20. — Denkschrift des Verwesers des Konsulats in Apia, betreffend die deutschen und fremden Interessen in dem Archipel von Neu-Britannien . . . . . 8342.

„ Sept. 2. — Derselbe an denselben. Einreichung einer Denkschrift, betreffend die politischen und kommerziellen Verhältnisse auf den Gilbert-, Marshall-, Karolinen-, Ellice-

und Tokelau-Inseln. Einrichtung einer Berufsvertretung und häufiger Besuch von Kriegsschiffen sind erforderlich 8345.
1884. Sept. 8. Deutschland. Konsulats-Verweser in Apia an den Reichskanzler. Nothwendigkeit der Errichtung einer Berufs-Volkvertretung auf den Tonga-Inseln . . . . . 8347.
„ „ 12. — Derselbe an denselben. Einschreiten eines engl. Kriegsschiffes gegen Angestellte deutscher Firmen . . . 8346.

## Thronreden, Adressen, Manifeste, Proklamationen etc. (Vergl. Bd. XLII. u. vorg.)

1883. April 4. Grossbritannien. Proclamation der Annexion . . . . . 8201.
1884. Aug. 11. Deutschland. Konsul in Kapstadt an den Reichskanzler. Proclamation, betreffend die Einverleibung der Walfisch-Bai und Umgegend in die Kolonie . . . . . 8332.

## Togo-Gebiet und Biafra-Bai.

1883. April 4. Preussen. Min. des Ausw. an den preussischen Gesandten in Hamburg. Welche Wünsche hegt der hanseatische Handelsstand bezüglich seines Schutzes und seiner Vertretung im Verkehr mit West-Afrika? . . . . 8269.
„ „ 6. Hamburg. Denkschrift der Handelskammer über die deutschen Interessen in West-Afrika . . . . . 8271.
„ Juli 11. Preussen. Gesandter in Hamburg an den preussischen Min. d. Ausw. Antwort Bremens . . . . . 8270.
„ Dec. 22. — Min. d. Ausw. an den preussischen Gesandten in Hamburg. In Aussicht genommene Maassregeln . . . . 8272.
1884. Febr. 5. Hamburg. Eingabe der Firma Jantzen & Thormählen. Vorschläge für Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen . . . . . 8273.
„ Mai 19. Deutschland. Reichskanzler an den Generalkonsul Dr. Nachtigal. Auftrag, gewisse Küstenstriche unter deutsches Protectorat zu stellen . . . . . 8274.
„ Juli 9. — Nachtigal an den Reichskanzler. Bericht über die Vorgänge in Togo . . . . . 8278.
„ Aug. 16. — Derselbe an denselben. Bericht über die Vorgänge in der Biafra-Bai . . . . . 8280.
„ „ 23. — Derselbe an denselben. Protections-Vertrag mit Togo 8275.
„ „ 28. — Derselbe an denselben. Die deutsche Flagge ist an verschiedenen Punkten der Biafra-Bai gehisst . . . 8276.
„ „ 29. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in Paris (Hohenlohe). Das Vorgehen Nachtigals wird, soweit es mit französischen Ansprüchen collidirt, nicht aufrecht erhalten werden . . . . . 8277.
„ „ 29. Grossbritannien. Geschäftsträger in Berlin (Scott) an den Unterstaatssecretär des deutschen Ausw. Amtes (Busch). Mittheilung über die Beziehungen der britischen Regierung zu den Häuptlingen im Kamerungebiete . . 8279.
„ Sept. 25. Deutschland. Aufzeichnung über eine Unterredung des Reichskanzlers mit den Inhabern der im Biafragebiete interessirten Firmen . . . . . 8281.

1884. Oct. 13. Deutschland. Reichskanzler an die kaiserlichen Missionen in London, Paris, Madrid, Lissabon, Haag, Brüssel, Washington, Rom, Wien, St. Petersburg, Kopenhagen, Stockholm. Auftrag, der betr. Regierung amtlich mitzutheilen, welche Gebiete unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt sind . . . . . 8282.

## Tonkin*). (Vergl. Bd. XLII.)

1883. Aug. 8. Frankreich. Unterredung des franz. Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. Die Anwesenheit chinesischer Truppen in Tonkin . . . . . 8149.
„ „ 10. — Min. des Ausw. an sämmtliche Vertreter Frankreichs bei den Seemächten. Schiffe, welche versuchen, Waffen oder Munition in Anam einzuführen, werden mit Beschlag belegt werden . . . . . 8150.
„ „ 17. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Bittet um Aufklärung über den Charakter des Waffen-Einfuhr-Verbots . . . . . 8151.
„ „ 18. Frankreich. Min. des Ausw. an den chin. Gesandten in Paris. Die Blokade ist erfolgt gemäss der Pariser Declaration vom 16. April 1856 . . . . . 8152.
„ „ 18. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Mittheilung neuer Grundsätze für eine Verständigung 8153.
„ „ 25. Frankreich. Civil-Commissar in Tonkin an die franz. Min. des Ausw. und der Marine. Unterzeichnung einer Convention mit dem König von Anam . . . . . 8154.
„ „ 27. — Min. des Ausw. an den chin. Gesandten in Paris. Zurückweisung der chin. Vorschläge . . . . . 8155.
„ „ 30. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Die chin. Regierung hat nicht gegen die Blokade protestirt . . . . . 8156.
„ Sept. 15. — Memorandum des Min. des Ausw., der chin. Gesandtschaft am 17. September übersandt. Vorschläge der franz. Regierung: Neutrale Zone und Eröffnung des Rothen Flusses . . . . . 8157.
„ „ 18. — Unterredung des stellvertretenden Min. des Ausw. (Ferry) mit dem chin. Gesandten in Paris. China wird der neutralen Zone eine Grenzberichtigung vorziehen . . 8158.
„ „ 26. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Die chin. Regierung versteht unter Grenzberichtigung Annexion des nördlichen Tonkin . . . . . 8159.
„ „ 28. — Unterredung des stellvertretenden Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. Die chin. Regierung will die Grenze zwischen China und dem Gebiete franz. Protectorats südlich vom Rothen Flusse festsetzen . 8160.
„ Oct. 1. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Constatirt, dass die franz. Regierung endlich die Be-

*) Eine Uebersicht über die chinesisch-französ. Verhandlungen giebt die Rede Ferry's vom 10. December 1883 (Nr. 8174).

rechtigung China's, an den Ereignissen in Tonkin Antheil zu nehmen, anerkannt habe . . . . . 8161.

1883. Oct. 1. Frankreich. Unterredung des Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. Die chin. Regierung will die Vorschläge des Memorandums nicht eher prüfen, als bis die französische Regierung die Rechte China's über Tonkin anerkannt hat . . . . . 8162.

„ „ 6. — Unterredung derselben Personen. Der französische Gesandte hält eine schriftliche Fixirung der chinesischen Forderungen bei ablehnender Haltung der französischen Minister für überflüssig. . . . . 8163.

„ „ 15. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Ablehnung des Memorandums. China lässt die Wahl zwischen zwei Lösungen: Herstellung des Zustandes von 1873 oder Errichtung einer neutralen Zone südlich vom Rothen Fluss . . . . . 8164.

„ „ 29. Frankreich. Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. Der Vice-König desavouirt den Marquis Tseng 8165.

„ Nov. 5. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Die Depesche Tricou's vom 29. October beruht auf einem Missverständniss . . . . . 8166.

„ „ 17. Frankreich. Stellvertretender Min. des Ausw. (Ferry) an den chin. Gesandten in Paris. Mittheilung der bevorstehenden französischen Operationen. Empfiehlt die Vereinbarung über eine Demarcationslinie zwischen dem französischen und dem chinesischen Commandanten 8167.

„ „ 17. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. In den Gegenden, welche die Franzosen besetzen wollen, befinden sich chinesische Truppen . . . . . 8168.

„ „ 19. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Wenn die Franzosen in Gegenden eindringen, welche von chinesischen Truppen besetzt sind, werden dieselben gewaltsamen Widerstand leisten . . . . . 8169.

„ „ 22. Frankreich. Min. des Ausw. (Ferry) an den chin. Gesandten in Paris. Zweck der franz. Truppen in Anam; ein Conflict mit den chin. Truppen soll nach Möglichkeit vermieden werden . . . . . 8170.

„ „ 24. China. Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Widerspruch zwischen den Erklärungen des Ministers in der Kammer und den China gegenüber gegebenen Versicherungen . . . . . 8171.

„ „ 26. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. Die Demarcationslinie kann nicht festgesetzt werden, solange die Franzosen Plätze einnehmen wollen, welche von chinesischen Truppen besetzt sind. Vorschlag einer Demarcationslinie zwischen Sontay und Hanoï 8172.

„ „ 30. Frankreich. Min. des Ausw. an den chin. Gesandten in Paris. Ablehnung des neuen Vorschlages . . . . 8173.

„ Dec. 10. — Rede des Minister-Präsidenten und Min. des Ausw. (Ferry) in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. December 1883 . . . . . 8174.

**Tunis.** (Vgl. Bd. XXXIX.)


1882. Oct. 19. Grossbritannien. Geschäftsträger in Paris (Plunkett) an den engl. Min. des Ausw. Hat dem franz. Min. des Ausw. Englands Bereitwilligkeit, in Abschaffung der Consulargerichtsbarkeit in Tunis zu willigen, mitgetheilt 8175.

1883. März 27. Frankreich. Gesetz vom 27. März 1883, betreffend die Organisation der französischen Gerichtsbarkeit in Tunis 8176.

„ April 14. — Decret des Präsidenten der Republik vom 14. April 1883, betreffend die Besetzung des Gerichtshofes in Tunis in Criminalfällen . . . . . 8177.

„ Mai 5. Tunis. Decret des Bey vom 5. Mai, betreffend die Ausdehnung der französischen Gerichtsbarkeit auf die Unterthanen der befreundeten Staaten . . . . . 8178.

„ „ 10. Frankreich. Verbal-Note des franz. Botschafters in London an den engl. Min. des Ausw., betreffend die Aufhebung der Consulargerichtsbarkeit in Tunis . . . . . 8179.

„ Juni 20. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in London (Tissot). Bittet um Aufklärung über einige Punkte des Gesetzes vom 27. März . . . . . 8180.

„ Juli 20. Frankreich. Antwort auf das englische Memorandum vom 20. Juni . . . . . 8181.

„ „ 27. Deutschland. Gesetz, betreffend die Consulargerichtsbarkeit in Tunis. Vom 27. Juli 1883 . . . . . 8182.

„ Nov. 16. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London (Waddington). Die engl. Regierung ist geneigt, die britische Consulargerichtsbarkeit unter einigen Vorbehalten aufzuheben . . . . . 8183.

„ Dec. 29. Frankreich. Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Annahme der englischen Vorbehalte . . . 8184.

„ „ 31. Grossbritannien. Königl. Ordre, betreffend die Aufhebung der Consulargerichtsbarkeit in Tunis . . . . . 8185.

„ „ 31. Frankreich. Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Besondere Bestimmung für Processe gegen die Regierung wegen Immobilien . . . . . 8186.

1884. Jan. 21. Deutschland. Verordnung, betreffend die Consulargerichtsbarkeit in der Regentschaft Tunis. Vom 21. Januar 1884 . . . . . 8187.

# II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.


**Aegypten.**

**Aegyptische Angelegenheiten (Sudan):**

1884. Mai 13. No. 8265.

**Belgien.**

**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1882. Mai 6. No. 8189.

**Bulgarien.**

**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1883. Mai 9. No. 8190.

**China.**

**Tonkin:**

1883. Aug. 17. No. 8151.
„ „ 18. „ 8153.
„ Oct. 1. „ 8161.
„ „ 15. „ 8164.
„ Nov. 5. „ 8166.
„ „ 17. „ 8168.
„ „ 19. „ 8169.
„ „ 24. „ 8171.
„ „ 26. „ 8172.

**Dänemark.**

**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1882. Mai 6. No. 8189.

**Deutschland.**

**Angra-Pequena.**

1880. Nov. 4. No. 8283.
1881. Oct. 20. „ 8286.
1882. Nov. 16. „ 8287.
1883. Febr. 4. „ 8288.
„ Febr. 26. „ 8290.
„ Aug. 18. „ 8289.
„ Nov. 12. „ 8291.
„ „ 20. „ 8292.
„ „ 22. „ 8293.
„ Dec. 27. „ 8294.
„ „ 31. „ 8295.
1884. Jan. 22. „ 8296.
„ „ 27. „ 8297.
„ April 24. „ 8298.
„ „ 28. „ 8303.
„ Mai 17. „ 8299.
„ „ 21. „ 8300.
„ „ 21. „ 8301.
„ „ 24. „ 8302.
1884. Mai 26. No. 8304.
„ „ 27. „ 8305.
„ Juni 3. „ 8306.
„ „ 4. „ 8307.
„ „ 4. „ 8313.
„ „ 7. „ 8308.
„ „ 10. „ 8309.
„ „ 14. „ 8310.
„ „ 17. „ 8311.
„ „ 22. „ 8312.
„ Juli 11. „ 8314.
„ „ 21. „ 8316.
„ „ 22. „ 8317.
„ „ 23. „ 8322.
„ „ 24. „ 8318.
„ „ 28. „ 8319.
„ Aug. 2. „ 8320.
„ „ 8. „ 8321.
„ „ 11. „ 8332.
„ „ 14. „ 8323.
„ „ 17. „ 8324.
„ „ 18. „ 8327.
„ „ 19. „ 8325.
„ „ 22. „ 8326.
„ „ 26. „ 8328.
„ „ 29. „ 8329.
„ Sept. 5. „ 8330.
„ „ 7. „ 8331.
„ Oct. 6. „ 8334.
„ „ 13. „ 8335.
„ „ 15. „ 8337.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1880. Febr. 12. No. 8188.
1882. Mai 6. „ 8189.
1883. Juli 12. „ 8191.

**Deutsche Kolonien:**

1884. Juni 23. No. 8348.
„ „ 26. „ 8349.

**Handelsvertrag, deutsch-spanischer:**

1883. Juli 12. No. 8191.
„ Aug. 29. „ 8192.
„ Sept. 10. „ 8193.

**Südsee, Deutsche Interessen in der:**

1883. — No. 8339.
„ — „ 8340.

1883. Febr. No. 8341.
„ Dec. 18. „ 8338.
„ „ 29. „ 8343.
1884. April 14. „ 8344.
„ „ 20. „ 8342.
„ Sept. 2. „ 8345.
„ „ 8. „ 8347.
„ „ 12. „ 8346.

**Thronreden, Adressen etc.:**
1884. Aug. 11. No. 8332.

**Togogebiet und Biafra-Bai:**
1884. Mai 19. No. 8274.
„ Juli 9. „ 8278.
„ Aug. 16. „ 8280.
„ „ 23. „ 8275.
„ „ 28. „ 8276.
„ „ 29. „ 8277.
„ Sept. 25. „ 8281.
„ Oct. 13. „ 8282.

**Tunis:**
1883. Juli 27. No. 8182.
1884. Jan. 21. „ 8187.

## Frankreich.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1882. Mai 6. No. 8189.

**Madagaskar:**
1882. Dec. 9. No. 8209.
1883. Mai 31. „ 8210.
„ Aug. 12. „ 8214.
„ Oct. 15. „ 8215.
„ „ 18. „ 8216.

**Tonkin:**
1883. Aug. 8. No. 8149.
„ „ 10. „ 8150.
„ „ 18. „ 8152.
„ „ 25. „ 8154.
„ „ 27. „ 8155.
„ „ 30. „ 8156.
„ Sept. 15. „ 8157.
„ „ 18. „ 8158.
„ „ 26. „ 8159.
„ „ 28. „ 8160.
„ Oct. 1. „ 8162.
„ „ 6. „ 8163.
„ „ 25. „ 8165.
„ Nov. 17. „ 8167.
„ „ 22. „ 8170.
„ „ 30. „ 8173.
„ Dec. 10. „ 8174.

**Tunis:**
1883. März 27. No. 8176.
1883. April 14. No. 8177.
„ Mai 10. „ 8179.
„ Juli 20. „ 8181.
„ Dec. 29. „ 8184.
„ „ 31. „ 8186.

## Grossbritannien.

**Aegyptische Angelegenheiten (Sudan):**
1883. Aug. 8. No. 8218.
„ „ 18. „ 8219.
„ „ 26. „ 8220.
„ Oct. 1. „ 8221.
„ „ 9. „ 8222.
„ Nov. 19. „ 8223.
„ „ 20. „ 8224.
„ „ 24. „ 8225.
„ „ 25. „ 8226.
„ Dec. 11. „ 8228.
„ „ 12. „ 8229.
„ „ 13. „ 8230.
„ „ 14. „ 8231.
„ „ 22. „ 8232.
1884. Jan. 2. „ 8233.
„ „ 4. „ 8234.
„ „ 4. „ 8235.
„ „ 8. „ 8236.
„ „ 18. „ 8237.
„ „ 22. „ 8239.
„ „ 28. „ 8240.
„ „ 31. „ 8241.
„ Febr. —. „ 8242.
„ „ 8. „ 8243.
„ „ 18. „ 8244.
„ „ 21. „ 8246.
„ „ 28. „ 8247.
„ „ 28. „ 8248.
„ „ 29. „ 8249.
„ „ 29. „ 8250.
„ „ 29. „ 8251.
„ März 5. „ 8252.
„ „ 6. „ 8253.
„ „ 8. „ 8254.
„ „ 9. „ 8255.
„ „ 27. „ 8257.
„ „ 28. „ 8258.
„ April 16. „ 8260.
„ „ 16. „ 8261.
„ „ —. „ 8262.
„ „ 19. „ 8263.
„ „ 23. „ 8264.
„ Mai 14. „ 8266.

1884. Mai 17. No. 8267.
„ „ 21. „ 8268.

**Angra-Pequena:**
1880. Nov. 29. No. 8284.
„ Dec. 30. „ 8285.
1884. Juli 19. „ 8315.
„ Sept. 22. „ 8333.
„ Oct. 11. „ 8336.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1882. Mai 6. No. 8189.
1884. Febr. 26. „ 8194.

**Kongo:**
1884. Febr. 26. No. 8194.

**Madagaskar:**
1883. Juni 9. No. 8212.
„ Juli 10. „ 8213.
„ Oct. 29. „ 8217.

**Neu-Guinea, Annexion von:**
1882. Dec. 9. No. 8198.
1883. Jan. 4. „ 8199.
„ Febr. 19. „ 8200.
„ April 4. „ 8201.
„ „ 16. „ 8202.
1883. April 19. „ 8203.
„ Mai 3. „ 8204.
„ Juni 1. „ 8205.
„ Juli 6. „ 8206.
„ Oct. 9. „ 8207.

**Panama-Canal:**
1883. Aug. 17. No. 8196.

**Thronreden, Adressen etc.:**
1883. April 4. No. 8201.

**Togogebiet und Biafra-Bai:**
1884. Aug. 29. No. 8279.

**Tunis:**
1882. Oct. 19. No. 8175.
1883. Juni 20. „ 8180.
„ Nov. 16. „ 8183.
„ „ 31. „ 8185.

## Hamburg.

**Togogebiet und Biafra-Bai:**
1883. Juli 6. No. 8271.
1884. Febr. 5. „ 8273.

## Madagaskar.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1881. Mai 13. No. 8208.

**Conflikt mit Frankreich:**
1881. Mai 13. No. 8208.
1883. Juni 5. „ 8211.

## Niederlande.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1882. Mai 6. No. 8189.

## Oesterreich-Ungarn.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1883. Mai 9. No. 8190.

## Portugal.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1884. Febr. 26. No. 8194.

**Kongo:**
1884. Febr. 26. No. 8194.

## Preussen.

**Togo-Gebiet und Biafra-Bai:**
1883. April 4. No. 8269.
„ Juli 11. „ 8270.
„ Dec. 22. „ 8272.

## Serbien.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1883. Mai 9. No. 8190.

## Spanien.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1883. Juli 12. No. 8191.

**Handelsvertrag, Spanisch-deutscher:**
1883. Juli 12. No. 8191.

## Tunis.

1883. Mai 5. No. 8178.

## Uruguay.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1880. Febr. 12. No. 8188.

## Türkei.

**Aegyptische Angelegenheiten (Sudan):**
1883. Nov. 30. No. 8227.
1884. Jan. 20. „ 8238.
„ Febr. 19. „ 8245.
„ März 18. „ 8256.
„ April 12. „ 8259.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1883. Mai 9. No. 8190.

## Vereinigte-Staaten.

**Bündnisse, Conventionen etc.:**
1881. Mai 13. No. 8208.

**Madagaskar:**
1881. Mai 13. No. 8208.

**Panama-Canal:**
1883. Mai 5. No. 8195.
„ Nov. 22. „ 8197.

# Tonkin.

**Nr. 8149.** **FRANKREICH.** — Unterredung des franz. Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. — Die Anwesenheit chinesischer Truppen in Tonkin.

Paris, le 8 août 1883.

Nr. 8149. Frankreich. 8. Aug. 1883

Le Marquis Tseng annonce au Ministre des Affaires étrangères qu'il vient de recevoir du Tsong-Li-Yamen une réponse à ses dernières communications et il ajoute que, bien que les altérations subies par ce télégrammme, arrivé avec plusieurs jours de retard, l'aient rendu difficilement compréhensible, il a tenu cependant à faire part aussitôt de son contenu au Gouvernement français.

D'après l'Envoyé chinois, il semble ressortir de ce document que le Gouvernement impérial juge nécessaire d'ouvrir une enquête sur la prétendue présence de ses troupes au Tonkin, enquête qui exigerait peut-être un temps assez long.

M. Challemel-Lacour ayant fait observer que toute enquête est inutile sur le fait même dont il s'agit, puisque la présence des troupes chinoises sur le territoire tonkinois est établie par des témoignages certains, le Marquis Tseng réplique que dans le vaste territoire situé au nord du Fleuve Rouge, ont existé de tout temps plusieurs bandes de pillards, et il en cite trois notamment dont il nomme les chefs. Deux de ces bandes, dit-il, ont été détruites déjà par les Pavillons-Noirs, et si les troupes impériales sont entrées au Tonkin, ce ne peut être que pour disperser la troisième ou pour la tenir éloignée. || Quel que soit le prétexte de l'envoi de troupes chinoises au Tonkin, répond le Ministre des Affaires étrangères, leur présence n'en constitue pas moins un encouragement et une aide pour ceux que nous combattons, et elle crée en même temps un danger de guerre entre la France et la Chine; nous demandons donc formellement que ces troupes soient rappelées.

Le Marquis Tseng fait observer alors que les troupes françaises opérant sur la rive gauche du Song-koï ne sont pas en mesure de disperser ces bandes,

Nr. 8149. Frankreich. 8. Aug. 1883.

qui, si on ne les poursuit pas, grossiront et deviendront dangereuses. Il prétend qu'on ne saurait dénier à la Cour de Pékin le droit de faire l'enquête dont il est question, et il ajoute que selon le résultat de son enquête, elle pourra soit retirer ses troupes du pays qu'elles occupent, soit les y maintenir, dans le cas où leur rappel lui paraîtrait préjudiciable à ses intérêts. || M. Challemel-Lacour prend acte de cette déclaration qui implique l'aveu de la présence des troupes chinoises au Tonkin. Nous le savions, poursuit-il, et c'est volontairement que nous fermions les yeux; on aurait grand tort de nous forcer à les ouvrir et à reconnaître, malgré nous, que nous sommes en guerre avec la Chine; nous avons le désir, je le répète, d'éviter tout conflit avec le Gouvernement impérial, mais on se tromperait beaucoup en pensant que les événements accomplis depuis dix ans puissent nous empêcher de défendre nos droits contre lui, s'il nous y oblige; c'est la conclusion contraire qu'il faudrait plutôt tirer des événements passés. || En somme, dit le Ministre des Affaires étrangères en terminant, nous voulons la paix; nous sommes prêts à examiner toutes les propositions, mais nous ne pourrions supporter indéfiniment qu'on nous fît la guerre au Tonkin, sans même le cacher, pendant qu'on nous occuperait à Paris ou à Pékin par une apparence de négociation. Or, c'est ce qui a lieu en ce moment; votre Gouvernement fait passer des hommes au Tonkin, il y envoie des munitions et des armes, il encourage les Annamites, et, en même temps, il nous entretient de projets d'arrangement qui n'aboutissent à rien. C'est une situation dangereuse parce qu'elle est intolérable, parce qu'elle peut à chaque instant et qu'elle doit même à la longue nous forcer à prendre des mesures décisives. || Le Ministre de Chine demande à M. Challemel-Lacour s'il doit transmettre ces paroles à son Gouvernement. Il lui est répondu qu'il le peut et même qu'on l'en prie.

---

## Nr. 8150. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an sämmtliche Vertreter Frankreichs bei den Seemächten. — Schiffe, welche versuchen, Waffen oder Munition in Anam einzuführen, werden mit Beschlag belegt werden.

Nr. 8150. Frankreich. 10. Aug. 1883.

Monsieur, les rapports qui nous parviennent de l'extrême Orient signalent sur plusieurs points, le départ de navires chargés d'armes et de munitions à destination de l'Annam. Ayant été amenés à intervenir dans les affaires du Tonkin, à occuper cette province pour y rétablir l'ordre, nous ne pouvons laisser s'effectuer librement un trafic qui aurait pour effet d'accroître les forces des rebelles contre lesquels nous sommes en lutte. En conséquence, les commandants de nos forces navales ont été invités à exercer une stricte surveillance dans le golfe du Tonkin et à visiter tous les navires suspects qui se dirigeraient sur les ports annamites: ceux qui, après notification individuelle de l'interdiction mise au commerce des armes, tenteraient néanmoins

de débarquer leur cargaison ou de franchir les lignes des blocus établis s'exposeraient à la saisie; au surplus, le traité conclu le 31 août 1874 entre la France et l'Annam, qui a eu pour effet d'ouvrir certains ports au commerce étranger, sans distinction de nationalité, porte en termes formels que, par exception, "les armes et les munitions de guerre ne pourront être ni importés ni exportés par le commerce". || Notre commissaire au Tonkin ainsi que le chef de notre escadre ont reçu l'ordre de prendre toutes les mesures nécessaires pour imposer la stricte observation de cette clause. || Je vous serai obligé de vouloir bien porter ces dispositions à la connaissance du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, afin qu'il puisse prévenir les capitaines des bâtiments de commerce portant son pavillon.

Nr. 8150. Frankreich. 10. Aug. 1883.

Challemel-Lacour.

---

## Nr. 8151. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Bittet um Aufklärung über den Charakter des Waffen-Einfuhr-Verbots.

Paris, le 17 août 1883.

Par une communication en date du 10 de ce mois,*) Votre Excellence a bien voulu m'informer qu'à la suite des rapports parvenus au Gouvernement français signalant le départ, de plusieurs points, et notamment de divers ports de la Chine, de navires chargés d'armes et de munitions à destination de l'Annam, le commandant des forces navales de France a été invité à mettre en état de blocus les ports du Tonkin et de l'Annam. || Laissant de côté, pour le moment, certaines observations qu'il pourrait être nécessaire d'adresser à Votre Excellence, au sujet de cette mesure, je me borne à la prier de vouloir bien me faire savoir sous quelle dénomination un blocus limité aux armes et munitions de guerre doit être désigné. || Si je me suis permis de faire cette demande, c'est à cause de la difficulté que j'éprouve pour concilier les deux raisons alléguées par Votre Excellence pour motiver la mesure dont il s'agit. Car, tout en m'informant que le blocus est motivé par le désir d'empêcher vos adversaires de se procurer des munitions, Votre Excellence l'appuie en même temps par le traité de 1874: selon la première des raisons alléguées, le blocus me semble dirigé contre vos adversaires et ce serait donc un acte de guerre, tandis que, suivant la seconde d'elles, ce serait simplement une mesure douanière. || Je serais donc très reconnaissant à Votre Excellence si elle voulait bien me préciser à quelle de ces deux espèces appartient le blocus dont il était question dans sa lettre, parce qu'il me paraît qu'elles ne sauraient exister en même temps.

Nr. 8151. China. 17. Aug. 1883.

Tseng.

*) Dieselbe ist fast wörtlich gleichlautend mit dem Circular vom 10. August.

## Nr. 8152. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den chin. Gesandten in Paris. — Die Blokade ist erfolgt gemäss der Pariser Declaration vom 16. April 1856.

Paris, le 18 août 1883.

Nr. 8152. Frankreich. 18. Aug. 1883.

Par votre communication du 17 de ce mois, vous voulez bien me demander certains éclaircissements qu'il vous semble nécessaire d'obtenir pour être en mesure d'apprécier exactement le caractère des blocus établis devant les ports du Tonkin et de l'Annam. || Je m'empresse de vous confirmer qu'il s'agit, dans le cas actuel, de blocus effectués dans les conditions prescrites par la déclaration dressée le 16 avril 1856 par le Congrès de Paris, c'est-à-dire maintenus par une force suffisante pour interdire effectivement l'accès du littoral. Le motif de cette mesure est surtout d'empêcher nos adversaires de recevoir du dehors des armes et des munitions: c'est pourquoi j'ai rappelé dans ma notification du 10 août que le trafic desdits objets se trouvait interdit déjà par une clause du traité de 1874, le blocus pouvant être considéré, au point de vue du commerce des autres Puissances, comme une sanction particulière de cette interdiction préexistante.

Challemel-Lacour.

---

## Nr. 8153. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Mittheilung neuer Grundsätze für eine Verständigung.

Paris, le 18 août 1883.

Nr. 8153. China. 18. Aug. 1883.

Dans les entrevues que j'ai eu l'honneur d'avoir avec Votre Excellence, Elle a bien voulu m'exprimer le désir du Gouvernement français de connaître les vues de la Cour de Pékin relativement à la question du Tonkin. Je me suis empressé d'en informer le Cabinet impérial, qui vient de m'ordonner de porter à la connaissance du Cabinet français les bases sur lesquelles il est prêt à s'entendre avec le Gouvernement de la République. Ces bases peuvent se résumer dans les points suivants: || 1° Que la France ne porte point atteinte à la position politique du Royaume de l'Annam et ne s'annexe aucun territoire de ce pays en dehors des six provinces du Sud qu'elle avait annexées ou occupés en 1862 et 1867; || 2° Que les liens de vassalité qui unissent l'Annam à la Chine restent comme par le passé; || 3° Que le territoire et les villes actuellement occupés par les forces françaises au Tonkin soient évacués et que certaines villes, moyennant une entente, soient ouvertes au commerce étranger, où des consulats pourront être établis aux conditions semblables à celles qui régissent le commerce étranger dans les ports de la Chine; || 4° Que le Fleuve Rouge soit ouvert à la navigation des navires étrangers jusqu'à „Thoun-Hô-Kouan", situé sur la rive gauche du Fleuve Rouge et en face de la ville de Soutray et qui doit être considéré provisoirement comme point

extrême de la navigation étrangère et comme lieu d'échange des produits de la provenance du Yunnam et des localités riveraines en aval; || 5° Que la Chine s'engage à user de l'influence que lui confère sa position pour faciliter le commerce sur le Fleuve Rouge et éviter l'emploi de la force contre les Pavillons-Noirs; || 6° Que toute convention nouvelle entre la France et l'Annam soit l'objet d'une entente avec la Chine. || Sincèrement désireux d'arriver à une entente au sujet du Tonkin, le Gouvernement impérial m'a prescrit de recommander ces propositions à la plus sérieuse attention du Cabinet français et de lui exprimer l'espoir qu'elles seront l'objet d'une appréciation bienveillante et qu'elles pourront servir à provoquer à temps un échange de vues sur cette question, que le Gouvernement impérial tient profondément à coeur de régler d'une façon amicale et satisfaisante.

Nr. 8153. China. 18. Aug. 1883.

Tseng.

---

## Nr. 8154. FRANKREICH. — Civil-Commissar in Tonkin an die franz. Min. des Ausw. und der Marine. — Unterzeichnung einer Convention mit dem König von Anam.

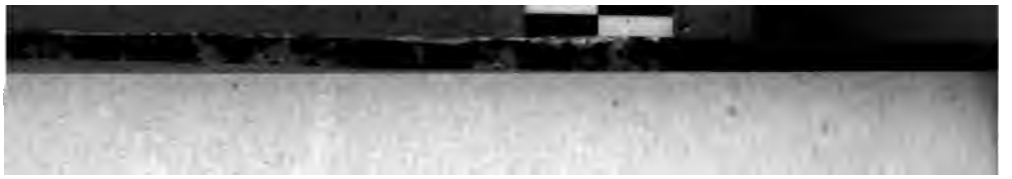
(Telegramm.) Tuan-An, 25 août. (Reçu le 30 août.)

Une Convention a été signée aujourd'hui à Hué même. En voici le résumé:*)

Nr. 8154. Frankreich. 25. Aug. 1883.

„Reconnaissance pleine et entière du protectorat. Annexion définitive du Binh-Thuan aux possessions françaises de Cochinchine. Occupation militaire permanente de la ligne Viung-Khina, des forts de Tuan-An et l'entrée de la rivière de Hué. Résidents assistés de forces suffisantes aux chefs-lieux de toutes les provinces du Tonkin, y compris Thanh-Hoa et Nghe-An. Ports de Xuanday et de Tourane ouverts. Douanes de tout le royaume entièrement aux mains de la France. Ligne télégraphique aérienne Saïgon-Hanoï. Résident à Hué. Audiences personnelles du Roi. Postes militaires le long du fleuve Rouge et fortifications partout où elles sont jugées nécessaires. Dettes de l'Annam considérées comme acquittées en échange du Binh-Thuan. Somme annuelle de deux millions au moins payée au Roi sur le produit des douanes et de l'impôt au Tonkin. Piastre et monnaies de la Cochinchine ont cours dans tout le royaume. Conférences ultérieures à Hué régleront régime commercial, douanes, points de détail de la convention." || Les Plénipotentiaires annamites ont demandé la réouverture de la légation aussitôt que possible. M. de Champeaux me paraît indiqué. Prière nomination par le télégraphe. || Je demande instamment la ratification rapide de la convention et nominations de plénipotentiaires pour discuter certains points de détail que j'ai éludés intentionnellement, tels que le régime commercial, les douanes, les impôts, la

*) Der Vertrag selbst ist aus den in der Rede des Conseil-Präsidenten vom 10. December 1883 (No. 9074) angegebenen Gründen nicht publizirt.





Nr. 8154. Frankreich. 25. Aug. 1883.

quotité proportionnelle à attribuer à l'Annam, etc. Ces discussions seront probablement assez longues; je ne puis y assister. Je demande de ne pas en être chargé. Il serait utile de désigner un plénipotentiaire qui fût un homme d'affaires et un financier. || Il est urgent d'envoyer des décorations et des présents au nouveau Roi Hiep-Hoa et aux deux plénipotentiaires annamites, Tran-Dinh-Tuc, grand censeur, et Nguyen-Trong-Hiep, Ministre de l'Intérieur et des Affaires étrangères; je demande la croix de chevalier pour l'évêque Caspar, qui m'a rendu de grands services. || Je retourne demain au Tonkin.

---

## Nr. 8155. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den chin. Gesandten in Paris. — Zurückweisung der chin. Vorschläge.

Paris, le 27 août 1883.

Nr. 8155. Frankreich. 27. Aug. 1883.

Vous avez bien voulu, par votre office du 18 de ce mois, m'informer des conditions dans lesquelles le Gouvernement chinois désirerait mettre fin aux difficultés existantes au Tonkin. Permettez-moi de me féliciter que, répondant aux instances que nous avons plusieurs fois renouvelées, soit à Paris, soit en Chine, le Gouvernement impérial ait jugé le moment venu de nous communiquer ses vues. Je m'en féliciterais davantage si le caractère de quelques-unes des propositions que vous avez été chargé de me soumettre n'excluait la possibilité de les prendre, dans leur ensemble, pour base d'une discussion utile. || Les déclarations que le Gouvernement français a faites publiquement aux Chambres, aussi bien que les entretiens que j'ai eu l'honneur d'avoir avec vous dans ces derniers temps, vous ont fait connaître l'ordre d'idées dans lequel nous entendons nous maintenir. Vous ne serez donc pas surpris qu'il ne nous paraisse pas opportun d'entrer dans l'examen détaillé des propositions que vous m'avez transmises. En dehors de certaines hypothèses qu'il ne nous convient pas même d'envisager, la série de ces propositions soulève une objection générale en ce qu'elle procède d'une manière de voir à laquelle nous ne saurions nous associer. Il semblerait en résulter, en effet, que nous avons actuellement à traiter avec la Chine de notre situation dans le Royaume d'Annam et des droits que nous revendiquons au Tonkin. Or, quels que puissent être les titres invoqués par la Chine, c'est là une manière de procéder que nous ne saurions accepter. || Le Gouvernement annamite nous a concédé, il y a neuf ans, à la suite d'évènements qu'il n'est pas nécessaire de rappeler, des privilèges particuliers dans la vallée du Song-Koï. Lorsque le Gouvernement de Pékin, en 1875, a été mis au fait de cette situation et informé des conséquences qui en dérivaient, il ne l'a pas jugée incompatible avec les droits ni avec les intérêts de la Chine. Tout en rappelant les liens d'ancienne date qui l'unissaient à l'Annam et les motifs qui ne lui permettaient pas de se désinteresser des affaires du Tonkin, il ne fit pas difficulté d'accéder à la

demande que notre Agent à Pékin était chargé de formuler auprès de lui. Il n'eut pas la pensée de contester la validité de notre traité avec l'Annam et s'empressa de rappeler les troupes impériales du Tonkin, reconnaissant ainsi qu'il nous appartenait désormais de maintenir l'ordre dans ce pays. || Si l'État de choses établi à cette époque, et qui ne pouvait qu'être profitable à l'Annam, n'a pas été maintenu, la faute en est à la négligence et à la mauvaise foi des mandarins annamites. C'est donc avec la Cour de Hué, responsable des difficultés actuelles, que nous devons aujourd'hui, comme nous l'avons fait il y a neuf ans, régler les affaires du Tonkin. Nous lui demanderons de remplacer les conventions qu'elle n'a pas su faire exécuter par des arrangements qui, sans porter atteinte à l'intégrité de son territoire, y garantissent la sécurité des personnes et des transactions en nous donnant les facilités nécessaires pour rétablir et pour assurer l'ordre dans le bassin du Fleuve Rouge. || Je ne dois retenir de votre démarche que l'intention manifestée par le Cabinet impérial d'en faire, selon les termes mêmes de votre communication, le point de départ d'un échange de vues sur une question que nous avons à cœur, comme lui, de régler d'une façon amicale. Nous n'entendons pas méconnaître les motifs qu'a le Gouvernement chinois de s'intéresser à ce qui se passe au Tonkin. Le Gouvernement de la République est prêt à tenir grand compte de ses préoccupations, et n'aura pas d'objection à examiner, de concert avec le Cabinet impérial, les garanties qui lui paraîtraient nécessaires touchant la sécurité de la frontière de la Chine, la répression du brigandage et la protection de l'important trafic auquel se livrent les négociants chinois dans le bassin du Fleuve Rouge. || Le moment n'est pas éloigné, sans doute, où nous aurons lieu d'examiner cette question en détail. La Chine sait déjà, et nous nous plaisons à le répéter ici, qu'elle nous trouvera disposés à respecter les traditions qu'elle croirait de sa dignité de maintenir et les liens qui ne seraient pas incompatibles avec la situation que nous avons prise en Annam et que nous voulons y conserver.

Nr. 8155. Frankreich. 27. Aug. 1883.

Challemel-Lacour.

---

## Nr. 8156. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Die chin. Regierung hat nicht gegen die Blokade protestirt.

(Telegramm.) Shanghaï, le 30 août 1883.

La réponse du Gouvernement chinois à la notification du blocus peut se résumer ainsi:

Nr. 8156. Frankreich. 30. Aug. 1883

„Lorsque M. de Rochechouart nous a communiqué officiellement le traité de 1874, nous lui avons répondu que l'Annam, étant un pays vassal de la Chine, toutes les questions relatives aux rapports entre nos provinces limitrophes et celles des pays vassaux seraient soumises par nous à une enquête, à la suite de laquelle serait déterminé le mode de procéder." || Nous ne pou-

Nr. 8156. Frankreich. 30. Aug. 1883.

vous, aujourd'hui, vous faire qu'une réponse analogue. Nous allons nous enquérir s'il y a dans les provinces de notre littoral des navires de commerce transportant actuellement des armes et des munitions dans les ports de l'Annam, et, après examen, nous aviserons à la manière de procéder."

En somme, le Tsong-Li-Yamen saisit cette occasion pour affirmer à nouveau les droits de suzeraineté de la Chine sur l'Annam. Mais, n'osant protester ouvertement contre le blocus, il se borne, suivant son habitude, à parler d'enquête, pour ne point paraître s'humilier.

Tricou.

---

## Nr. 8157. FRANKREICH. — Memorandum des Min. des Ausw., der chin. Gesandtschaft am 17. September übersandt. — Vorschläge der franz. Regierung: Neutrale Zone und Eröffnung des Rothen Flusses.

Paris, le 15 septembre 1883.

Nr. 8157. Frankreich. 15. Sept. 1883.

Vers la fin du mois de novembre 1882, la situation troublée du Tonkin et les efforts du Gouvernement français pour y rétablir la sécurité avaient amené des pourparlers entre le Ministre de France à Pékin et le Vice-Roi de Petchéli. Ces pourparlers aboutirent à un projet d'arrangement dont les bases furent soumises, sous la forme d'une sorte de Mémorandum, à l'examen du Gouvernement français. La combinaison proposée aurait eu, entre autres inconvénients, celui d'établir entre les pouvoirs respectifs, sur une ligne étendue dans des conditions mal définies, un voisinage immédiat et permanent; elle aurait ainsi constitué un danger sérieux, en raison des conflits de toute nature que la diversité des moeurs et la différence des intérêts pouvaient faire naître à chaque instant. Le Gouvernement français n'a pas cru pouvoir l'adopter. ‖ La paix n'étant pas encore rétablie au Tonkin et de graves incidents ayant obligé le Gouvernement français à prendre des mesures pour défendre ses intérêts dans cette province, le Gouvernement de Pékin a manifesté certaines préoccupations au sujet de sa frontière méridionale. Les déclarations publiques du Gouvernement français ne paraissent pas avoir suffi jusqu'à présent pour les dissiper. Soit par son attachement naturel au système qui ferme la Chine au commerce étranger, sauf dans certaines localités déterminées, et des traditions qu'il craint de voir compromises par notre voisinage, soit par la crainte des difficultés auxquelles le nouvel état de choses au Tonkin pourrait donner lieu, le Gouvernement chinois a semblé considérer comme nécessaire un arrangement qui lui offrît, à ces différents points de vue, de solides garanties. ‖ Diverses tentatives ont été faites, depuis plusieurs mois, pour trouver une combinaison satisfaisante; mais elles n'ont pas eu de résultat. Dans l'intervalle, la situation s'est aggravée au Tonkin, au point de causer certaines inquiétudes aux nations commerçantes qui trafiquent dans l'extrême Orient, et

d'éveiller la sollicitude de tous les amis de la paix. || Le Gouvernement français, préoccupé, à juste titre, de prévenir de dangereuses complications, non moins que de constituer au Tonkin un ordre de choses régulier, voulant, d'ailleurs, donner à la Chine une nouvelle preuve de ses bonnes dispositions et de son respect pour les antiques traditions de l'Empire, a pris à tâche de rechercher, selon le désir qui lui en a été exprimé par M. le Ministre de Chine, les bases d'un arrangement qui répondît également à la dignité et aux intérêts des deux pays. A cet effet, le Ministre des Affaires étrangères de la République française a formulé, dans les deux articles suivants, les propositions auxquelles il suffirait, dans son opinion, que les deux Hautes Parties donnassent leur acquiescement pour amener le résultat qu'elles ont en vue. Nr. 8157. Frankreich. 15.Sept.1883.

I. Le Gouvernement français s'engagerait à n'occuper aucun point et à n'exercer aucune action dans la région délimitée au nord par la frontière de la Chine et au sud par une ligne, à déterminer, partant d'un point sur la côte entre le 21e et le 22e degré de latitude, pour aboutir au fleuve Rouge en amont de Lao-Kaï. Le Gouvernement chinois s'engagerait, de son côté, à n'occuper aucun point et à n'exercer aucune action dans la même région. L'administration continuerait d'être exercée dans cette zone par les fonctionnaires annamites. Il ne pourrait pas y être élevé de fortifications. || Si des bandes armées y venaient chercher un refuge ou s'il s'y produisait des désordres incompatibles avec la sécurité des territoires voisins, les Gouvernements français et chinois pourraient soit ensemble, soit séparément, y faire pénétrer des forces militaires, après s'être mis d'accord sur l'objet et sur l'étendue de l'opération. Ces forces devraient être retirées dès qu'elles auraient atteint le but pour lequel elles auraient été envoyées.

II. La ville de Mang-Hao sur le fleuve Rouge, dans la province du Yunnan, serait ouverte au commerce étranger, dans les mêmes conditions que les autres villes ou ports de l'Empire chinois où ce commerce est déjà permis.

---

## Nr. 8158. FRANKREICH. — Unterredung des stellvertretenden Min. des Ausw. (Ferry) mit dem chin. Gesandten in Paris. — China wird der neutralen Zone eine Grenzberichtigung vorziehen.

Le 18 septembre 1883, le Ministre de Chine est venu voir, au quai d'Orsay, M. le Président du Conseil, chargé par intérim du Département des Affaires étrangères. La veille seulement, il a reçu le Mémorandum français, et il n'a pas eu le temps de l'examiner suffisamment; toutefois, il se demande si les deux points qui y sont déterminés — la constitution d'une zone neutre et l'ouverture au commerce d'une nouvelle ville frontière — offriront une base suffisante d'arrangement. || M. le Président du Conseil fait observer qu'en se ralliant à l'idée d'une zone neutre, le Gouvernement français s'est proposé précisément d'entrer dans les vues de la Chine et de répondre aux préoccu- Nr. 8158. Frankreich. 18.Sept.1883.

Nr. 8158. Frankreich. 18. Sept. 1885.

pations qu'elle avait manifestées à plusieurs reprises au sujet de la sécurité de ses frontières. Dans un entretien qu'a eu ici même le Président du Conseil avec le Marquis Tseng, il y a bientôt trois mois, le ministre de Chine s'était longuement appesanti sur ce qu'il appelait la nécessité d'un *tampon* entre les Puissances européennes et l'Empire du Milieu. La zone neutre est propre à *remplir cet office de tampon.* Quant à l'ouverture d'une ville du Yunnan au commerce étranger, il a semblé que c'était le moyen le plus convenable de régler les relations commerciales qui s'établiront entre les deux pays, une fois l'ordre assuré. || M. le Marquis Tseng dit qu'il comprend toute l'importance de l'établissement d'une zone neutre. Cependant, il se demande si cette combinaison est de nature à écarter toutes les préoccupations de son Gouvernement. Les deux Puissances sont d'accord en ce moment pour écarter du débat les difficultés qui proviennent soit de la suzeraineté revendiquée par la Chine sur l'Annam, soit des droits conventionnels acquis par la France. Ce qu'on recherche à l'heure présente, d'un commun accord, c'est un *modus vivendi.* Sur le sud de l'Annam, la Chine pourrait, à la rigueur, se contenter d'une suzeraineté honorifique; mais si la France exerce également son autorité sur le Tonkin, il est difficile d'admettre que la zone neutre constitue une garantie suffisante. || Quant à la ville de Mang-Hao, indiquée dans le Mémorandum français, elle est située sur un point du fleuve où la navigation est, pour ainsi dire, impossible, à cause des rapides et d'autres obstacles qui se trouvent en aval. Il avait lui-même indiqué un autre point, à la hauteur de Son-Tay, et qui lui paraîtrait plus convenable. Si ce point n'était pas considéré comme acceptable, on pourrait s'entendre pour en déterminer un autre dans la partie supérieure du fleuve. Au-delà de ce point, les marchandises étrangères seraient soumises au régime intérieur de la Chine. || Précisant sa pensée sur la demande qui lui est faite, le Marquis Tseng explique que la navigation étrangère devrait s'arrêter au point choisi, que les marchandises apportées y acquitteraient un droit de douane, et, moyennant une espèce d'acquit à caution, elles seraient ensuite admises à circuler librement dans tout l'Empire comme les marchandises chinoises elles-mêmes. Dans ces conditions, il importe peu que le point d'arrêt des marchandises soit au delà ou en deça de la frontière chinoise, puisqu'on leur accordera le même traitement que si elles étaient entrées en Chine. Mais, au point de vue de l'opinion publique en Chine, le procédé que propose le Marquis Tseng aurait l'avantage de soulever à Pékin moins de difficultés. Il existe, en effet, deux partis en Chine: l'un, le vieux parti chinois, qui ne se résout qu'avec la plus grande difficulté à ouvrir la Chine aux étrangers et à engager avec eux des relations commerciales; l'autre, auquel appartiennent les principaux membres du Gouvernement actuel, le Vice-Roi de Petchéli et le Marquis Tseng lui-même, est, au contraire, pénétré des grands avantages qu'apporteraient à la Chine des relations plus faciles avec les étrangers. En raison même de ces divergences, et si le Gouvernement français ne voulait pas qu'une ville en territoire anna-

mite fût substituée à la ville chinoise de Mang-Hao, il serait plus profitable de se borner, dans l'arrangement à intervenir, à poser le principe de l'ouverture de territoire chinois au commerce par le Fleuve Rouge et d'en renvoyer l'application, d'un commun accord, à un temps plus favorable. Ce serait, dit le Marquis, une rédaction à trouver. || M. Jules Ferry connaît trop bien l'esprit éclairé de son interlocuteur pour avoir jamais douté de son sentiment sur la question; il croit aussi que le parti qui dirige les affaires à Pékin est assez fort et résolu pour faire accepter une stipulation favorable aux progrès de la civilisation et aux rapports amicaux des deux pays. Cependant, si le Gouvernement chinois a des motifs graves pour ajourner le règlement pratique de la question, le Gouvernement français se rallierait probablement à l'une des combinaisons qui viennent d'être proposées. || Un autre sujet de préoccupations pour le Marquis Tseng, c'est le sort des bandes désignées sous le nom de Pavillons-Noirs. Bien que ces troupes aient été composées, à l'origine, d'anciens rebelles, elles ont, depuis, passé sous l'autorité des rois de l'Annam, et, en raison des liens de vassalité qui l'unissent à l'Annam, la Chine ne peut se désintéresser de leur sort. D'un autre côté, il est à craindre que, pressées entre les troupes françaises d'un côté, et la frontière chinoise de l'autre, ces bandes ne s'exaspèrent et ne se portent aux plus grands excès, comme des bêtes fauves acculées. || Il vaudrait donc mieux qu'au lieu de poursuivre la guerre contre les Pavillons-Noirs, la France laissât à la Chine le soin d'assurer leur dispersion par des moyens pacifiques. Le Marquis convient que ces moyens pacifiques sont encore à trouver, mais le Gouvernement chinois ne désespérerait pas de les découvrir. || M. le Président du Conseil ne s'explique pas à quels moyens pacifiques la Chine pourrait avoir recours. Il est bien entendu que les Pavillons-Noirs ne sauraient être considérés comme des troupes chinoises, et qu'ils n'obéissent pas aux ordres de la Chine. Dans le premier entretien que le Président du Conseil et le Ministre de Chine ont eu ensemble au mois de juin, M. le Marquis Tseng en a donné l'assurance à M. Jules Ferry; il s'est même appliqué à prévenir tout malentendu pour l'avenir, en faisant observer que les Chinois sont nombreux au Tonkin, que des déserteurs chinois peuvent se joindre aux Pavillons Noirs, mais qu'en tous cas la présence d'un certain nombre de Chinois dans les rangs des Pavillons-Noirs ne peut pas être considérée comme la preuve d'une assistance occulte donnée par la Chine à la rébellion. M. Jules Ferry a pris acte de ces déclarations si formelles, et il n'a pas fait à la Chine l'injure de concevoir jamais un doute à ce sujet. Dans cet état de choses, il ne faut voir dans les Pavillons-Noirs que des aventuriers et des pillards vivant de vols et d'exactions, et qui ne reconnaissent ni l'autorité de l'Annam ni celle de la Chine. Le seul moyen de les réduire est l'emploi de la force, la Chine elle-même a intérêt à ce que les troupes françaises procèdent le plus tôt possible à leur dispersion. || Le Marquis répond qu'en effet, il n'y a pas de *réguliers* chinois parmi les Pavillons-Noirs, mais qu'en fait, on peut évaluer à une dizaine de mille le

Nr. 8158. Frankreich. 18. Sept. 1883.

Nr. 8158. Frankreich. 18. Sept. 1883.

nombre d'individus *originaires* de Chine qui figurent dans leurs rangs. La Chine ne penche ni d'un côté ni de l'autre; elle ne veut ni favoriser le succès des troupes françaises, ni seconder la résistance des Pavillons-Noirs; mais, à raison même du nombre des Chinois qui sont mêlés à ces derniers, elle préférerait à la guerre d'extermination que l'armée française poursuit, des moyens moins rigoureux d'assurer leur soumission. Elle croit qu'elle serait en mesure de trouver ces moyens, et, au besoin, de ménager aux Pavillons-Noirs les conditions d'existence et d'un établissement nouveau. || Le Président du Conseil insiste sur la nécessité qui s'impose à la France de poursuivre par la force le rétablissement de l'ordre; les moyens pacifiques qu'entrevoit le Gouvernement chinois n'ont aucune chance de succès, s'ils ne sont pas précédés de la défaite des Pavillons Noirs; les deux méthodes ne sont pas incompatibles. || Le Marquis Tseng confirme les dispositions conciliantes de son Gouvernement et demande par où il convient que les négociations soient commencées. A une question qui lui est posée par M. Jules Ferry, il répond qu'il a reçu des pleins pouvoirs pour traiter. || Le Président du Conseil estime que le mode de procéder le plus simple est que le Ministre de Chine veuille bien faire connaître dans une réponse écrite le résultat de l'examen auquel il aura soumis le Mémorandum français, en indiquant les points jugés acceptables et les modifications qui paraîtraient nécessaires. Aussi, le Mémorandum ne fait que poser le principe d'une zone neutre; il resterait à en déterminer l'étendue et les limites. Il faudrait surtout que l'on sût avec précision si les doutes que M. le Ministre de la Chine manifestait tout à l'heure au sujet de la zone neutre portent sur le principe même ou sur l'étendue de cette zone. || Le Marquis doute que l'établissement de cette zone neutre puisse être agréé à Pékin. De graves objections se présentent; quelle que soit l'étendue de cette zone, une bonne frontière serait préférable pour la garantie des intérêts que la Chine a en vue. La France prétend assumer le protectorat du Tonkin et du reste de l'Annam au sud: alors, quel sera le régime de la zone proposée? || M. Ferry fait observer que le Mémorandum répond à cette question, en stipulant que la zone restera sous l'administration annamite. Le Marquis Tseng réplique que l'autorité annamite ne sera que nominale, et qu'en fait l'action française sera prédominante, puisque la France exercera son protectorat sur le Gouvernement annamite, qui dirigera l'administration de la zone. Il est à présumer d'ailleurs que cette zone ne tardera pas à devenir un refuge pour tous ceux qui voudront se soustraire à l'autorité de la France ou de la Chine, que des désordres y éclateront, que l'Administration annamite sera impuissante à les réprimer. || M. Jules Ferry fait observer que le Mémorandum français a prévu encore cette hypothèse, et que, s'il se produisait, dans la zone réservée, des désordres incompatibles avec la sécurité des territoires voisins, les Gouvernements français et chinois s'entendraient pour aviser aux moyens de rétablir la paix, soit ensemble, soit séparément. Le Ministre de la Chine répète que la zone n'en restera pas moins sous l'action indirecte de

la France, qui assume le protectorat de l'Annam chargé de pourvoir à l'administration de ladite zone. Aussi semblerait-il préférable, au point de vue où se place la Chine, de procéder à l'établissement d'une bonne frontière. || M. le Président du Conseil explique qu'une zone étendue et neutralisée constitue la plus sûre des frontières. Il ajoute que, si la Chine croit avoir des raisons d'insister pour une rectification de frontières, le Gouvernement français n'y fera aucune objection; une Commission pourra être nommée pour déterminer, sur les lieux et d'après la configuration du sol, les limites les plus convenables. La France est toute disposée à se prêter, sur ce point, à toutes les concessions qui pourront le justifier légitimement. || Pour la troisième fois, le Marquis Tseng revient sur cette idée que la France ayant le protectorat de tout l'Annam, une zone administrée par des autorités annamites, n'offrirait pas à la Chine tous les avantages qu'elle désire. Dans le cas même où le principe d'une telle zone serait admis à Pékin, le Gouvernement chinois insisterait probablement encore pour *procéder seul* à une rectification de ses frontières. || Le travail de délimitation n'ayant jamais été fait d'une manière précise, par cette raison que l'Annam était anciennement une province chinoise comme toutes les autres, il en est résulté qu'un certain nombre de villes ont successivement passé, à des intervalles rapprochés, sous l'autorité de la Chine pour revenir ensuite sous celle de l'Annam et réciproquement. Une délimitation exacte mettrait fin à cette incertitude, et la Chine aurait à y procéder seule ou de concert avec l'Annam. || Le Président du Conseil répète que la France se prêtera volontiers aux rectifications de frontières que la Chine peut désirer pour la protection de ses intérêts légitimes. Toutefois, de ce fait même que l'Annam s'est placé sous le protectorat de la France, il résulte que la France devra représenter l'Annam dans le travail de délimitation. || Le Marquis n'insiste pas. Il annonce qu'il va télégraphier à Pékin et prendre les ordres de son Gouvernement; bien que muni de pleins pouvoirs, la question de la zone est trop importante pour qu'il la puisse résoudre sans en référer. Il croit que son Gouvernement préférera à la zone neutre une bonne frontière avec une zone de protectorat. || Le Président du Conseil a un trop haut estime pour le caractère et l'esprit éclairé du Marquis Tseng, pour douter qu'il ne fasse les plus sérieux efforts en vue d'un arrangement. Mais il le prie d'appeler l'attention de la Cour de Pékin sur cette considération, que le moment de traiter ne se représentera jamais plus favorable et que de nouvelles temporisations ne seraient pas sans danger. Les événements qui vont survenir, un succès décisif remporté par les troupes françaises peuvent amener un mouvement d'opinion qui empêche le Cabinet de se montrer aussi accommodant. || Le Marquis Tseng proteste qu'il n'entre pas dans ses intentions de temporiser. Il ajoute, en riant, que dans son opinion personnelle, un succès décisif des troupes françaises serait désirable, parce qu'alors les négociations iraient toutes seules. Il va télégraphier à Pékin, et il ne tardera pas à faire parvenir au Ministère sa réponse au Mémorandum du 15 septembre.

## Nr. 8159. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Die chin. Regierung versteht unter Grenzberichtigung Annexion des nördlichen Tonkin.

(Telegramm.) Tien-Tsin, le 26 septembre 1883.

Nr. 8159. Frankreich. 26. Sept. 1883.

Je viens d'avoir avec Li un entretien intime. Son langage diffère sensiblement de celui du Marquis Tseng. Ce que la Cour de Pékin entend par rectification de frontières, c'est le partage du Tonkin en deux zones, celle du nord qui lui appartiendrait, et celle du sud qui serait nôtre. Sur cette zone nord, dont l'étendue serait aussi grande que possible, la Chine établirait son protectorat, pour bien affirmer qu'elle ne renonce pas à ses droits de suzeraineté, puisqu'elle resterait protectrice comme nous. Ce serait le projet de novembre aggravé et la répudiation du traité que nous venons de conclure avec l'Annam. D'accord avec le suzerain ou soi-disant suzerain, nous nous partagerions le territoire vassal que nous avons pris l'engagement de protéger. J'ai dit amicalement au Vice-Roi que je ne pouvais le suivre sur ce terrain.

Je pars demain matin pour Pékin; Votre Excellence peut être assurée que je ne me départirai pas de la réserve qui m'est commandée. Le doute n'est plus permis. La Cour de Pékin n'ajourne que pour gagner du temps, arrêter le départ de nos renforts et nous amener jusqu'à la fin d'octobre, époque à laquelle elle compte bien, la saison aidant, nous accabler au Tonkin sous le nombre de bandes qu'elle grossit secrètement et avec une activité des plus inquiétantes. Elle se flatterait alors de nous dicter des conditions. Il me semble que le Gouvernement de la République assumerait une grave responsabilité en ne prenant pas des mesures d'urgence. Encore une fois, la Chine ne nous déclarera pas la guerre, mais, convaincue, que nous ne la lui déclarerons pas, elle continuera de nous faire impunément tout le mal qui sera en son pouvoir. Tricou.

---

## Nr. 8160. FRANKREICH. — Unterredung des stellvertretenden Min. des Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. — Die chin. Regierung will die Grenze zwischen China und dem Gebiete franz. Protectorats südlich vom Rothen Flusse festsetzen.

Nr. 8160. Frankreich. 28. Sept. 1883.

M. Jules Ferry, Président du Conseil, demande au marquis Tseng s'il a reçu la réponse du Gouvernement chinois au Mémorandum remis le 15 septembre; il développe les raisons qui s'opposeraient à ce que le Fleuve Rouge fût accepté comme limite entre la Chine et nous au Tonkin. || Le Marquis Tseng attend encore la réponse du Tsong-Li-Yamen; sans pouvoir préjuger ce qu'elle sera, il doute cependant qu'il y soit question de choisir le Fleuve

Rouge comme limite, car les instructions qu'il a reçues de Pékin portent que cette limite devra se tracer dans la province cochinchinoise de Quang-Binh, c'est-à-dire encore bien plus au sud que le Song-Koï || L'Annam serait ainsi divisé en deux régions dont la plus méridionale resterait à la France. Par delta du fleuve Rouge, le marquis Tseng ne désigne que le territoire compris entre le Day et le Fleuve Rouge, il considère le Thai-Binh, le Fleuve Rouge et le Day comme autant de voies d'alimentation fluviales nécessaires à son pays. || L'Envoyé chinois constate avec regret que les raisons qui s'opposent à ce que le Fleuve Rouge nous serve de limite s'opposent *a fortiori*, à ce que la proposition qu'il vient de formuler, conformément à ses instructions, ait chance d'être prise en sérieuse considération par le Gouvernement français. M. le Président du Conseil regrette, à son tour, d'avoir à constater que les négociations semblent aujourd'hui moins avancées qu'elles ne l'étaient au mois de juin, époque à laquelle il ne s'agissait, pour la Chine, que d'avoir „une bonne frontière entre elle et nous, tandis qu'aujourd'hui elle nous demande en réalité, non seulement de disparaître tout à fait du Tonkin, mais encore de changer la suzeraineté peu effective que la Cour de Pékin prétend exercer sur tout l'Annam en une véritable prise de possession de la moitié de son territoire. Les intentions de la cour de Pékin ou les idées de son Représentant se seraient-elles donc modifiées à ce point?" || M. le Marquis Tseng réplique que ni ses idées ni les intentions de son Gouvernement ne se sont modifiées, que l'expression de „bonne frontière" qu'il avait employée au mois de juin, n'indiquant rien de précis, pouvait, par conséquent, s'appliquer à la ligne de Quang-Binh que lui recommandent ses instructions; il ajoute qu'en parlant comme il le fait aujourd'hui, il reste en parfait accord avec la teneur de six articles présentés dernièrement par la Légation de Chine. || M. le Président du Conseil fait remarquer à l'Envoyé chinois que la Cour de Pékin semble ne tendre à rien moins qu'à nous demander d'évacuer des territoires occupés par des forces françaises en vertu d'un traité régulier, que ce serait là des propositions auxquelles une grande Puissance, jalouse de son honneur militaire, ne souscrit que si elle y est obligée. Le Gouvernement chinois lui-même écouterait-il de telles propositions, s'il se trouvait à notre place? Cela n'est pas vraisemblable. || M. le Président du Conseil démontre ensuite au Marquis Tseng l'impossibilité, pour un Parlement et pour un Cabinet français quelconque, de souscrire à de pareilles concessions, qui seraient sévèrement condamnées par l'opinion publique et par ses organes, même les plus hostiles au Cabinet actuel. || La Chine, fait observer le Marquis Tseng, ne veut pas faire disparaître les Français de là où ils sont déjà établis au Tonkin; ils y resteraient avec des forces réduites à ce qu'il faut pour la protection de leurs commerçants, de façon à rendre leur situation analogue à celle qui leur est faite sur la concession française de Sanghaï. || M. le Président du Conseil réplique qu'à l'encontre de ce qui est au Tonkin, Sanghaï est territoire chinois, que la Chine avait donc tous les titres nécessaires pour pouvoir en disposer à sa

Nr. 8160. Frankreich. 26. Sept. 1883.

guise et distraire de ce territoire une parcelle qui, bien qu'affermée aux négociants français et bien que jouissant, dans une certaine mesure, de la fiction d'exterritorialité, reste néanmoins chinoise; que les relations traditionnelles du Céleste Empire avec la Cour de Hué ne sauraient conférer à la Cour de Pékin de pareils droits sur les territoires annamites que la Chine ne pourrait même occuper régulièrement et qu'elle nous prie de lui donner, alors que nous n'avons rien à lui demander de semblable. || „Vous êtes plus qu'un simple agent diplomatique, continue M. le Président du Conseil: votre tâche ne peut se borner à transmettre de l'un à l'autre les paroles de deux Gouvernements; les pleins pouvoirs que vous a donnés, m'avez-vous dit, la Chine, votre haute situation personnelle, la confiance que place en vous le Gouvernement chinois et que justifie votre connaissance de l'Europe et de la nation française vous mettent à même de vous faire écouter de vos hommes d'État; persuadez-leur de ne pas s'enfermer dans des prétentions qu'ils jugeraient inacceptables, s'ils étaient à notre place. Démontrez-leur, en puisant vos arguments dans ce que je vous ai dit et dans la profonde expérience que vous avez acquise des choses de notre pays, la nécessité de s'entendre pacifiquement avec nous, afin de tirer d'un bon voisinage en Annam des Résultats qui seront aussi profitables à la Chine qu'à nous-mêmes." || M. le Marquis Tseng répond qu'il va transmettre ponctuellement à son Gouvernement les paroles de M. le Président du Conseil; mais il craint que son influence ne soit plus la même aujourd'hui qu'il y a quelques mois. Les esprits sont maintenant surexcités à tel point, en Chine, qu'il risque, assure-t-il, de ne pas être écouté. A l'occasion des affaires du Tonkin, Li-Hong-Tchang a été accusé de manquer d'énergie, et le Vice-Roi de Canton, oncle de l'envoyé de Chine, est tombé en disgrâce. Ce sont là, ajoute le Marquis Tseng, autant d'indices du peu de chances qu'ont mes conseils pacifiques d'être pris en considération. Tout ce que j'ai dit aujourd'hui à Votre Excellence est conforme à mes instructions antérieures. Je connais peut-être l'Europe; mais comme Chinois, je connais certainement mieux la Chine, et je doute que mes instructions puissent, dans les circonstances actuelles, se modifier. Nous ne saurons, du reste, à quoi nous en tenir sur ce point que quand j'aurai reçu du Tsong-Li-Yamen une réponse à votre Memorandum. S'il a tardé à me l'expédier, c'est qu'il a tenu peut-être à causer préalablement avec M. Tricou qui, aux dernières nouvelles, se trouvait à Tien-Tsin. Si le Yamen tardait davantage à me la faire parvenir, ce serait sans doute parce qu'il éprouverait un certain embarras à formuler des contre-propositions qu'il saurait d'avance ne pas devoir être acceptées.

## Nr. 8161. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Constatirt, dass die franz. Regierung endlich die Berechtigung China's, an den Ereignissen in Tonkin Antheil zu nehmen, anerkannt habe.

Paris, le 1er octobre 1883.

Nr. 8161. China. 1. Oct. 1883.

J'ai l'honneur d'accuser réception de l'office que Votre Excellence a bien voulu m'adresser le 27 août, pour me faire connaître les raisons qui vous empêchent d'accepter les propositions contenues dans ma lettre du 18 du même mois, comme base d'une discussion utile de la question du Tonkin. || Bien qu'il y ait dans votre communication plusieurs points que je ne saurais admettre, néanmoins, vu la situation où nous sommes à l'heure qu'il est, il est inutile d'entrer dans des discussions académiques, je me bornerai donc à relever seulement les deux points ci-après: || 1° La série des propositions chinoises, dit Votre Excellence, soulève une objection générale, parce qu'il semblerait en résulter que la France a actuellement à traiter de sa situation en Annam avec la Chine. || En reconnaissant la justesse de votre appréciation, je suis très au regret de remarquer que "quels que puissent être, comme le dit Votre Excellence, les titres invoqués par la Chine", vous êtes décidé à refuser d'accepter cette manière de procéder; il me semble que ce parti équivaudrait à dire que la France, à tort ou à raison, est déterminée à ne pas reconnaître la position que nous soutenons, ce qui semblerait enlever cette question de toute discussion; || 2° En ce qui concerne les assertions d'après lesquelles le Gouvernement impérial n'aurait pas contesté la validité du Traité de 1874, lorsqu'il lui fut communiqué par le Représentant de France à Pékin, je me permets de rappeler au souvenir de Votre Excellence la réponse que j'ai déjà faite à ce sujet à M. Gambetta qui avait soulevé cette question en 1882, réponse qui me paraît avoir été considérée comme suffisante, puisqu'elle n'a pas été contestée. || Quant à l'allégation que Votre Excellence a bien voulu faire valoir, à savoir que lorsque le Comte de Rochechouart avait communiqué le Traité de 1874 au Gouvernement impérial, celui-ci se serait empressé, à la demande du Représentant de France, de rappeler les troupes impériales qui se trouvaient alors au Tonkin pour y exercer nos droits et devoirs de suzeraineté, je dois dire à Votre Excellence que je n'ai pu trouver dans la note de M. le Chargé d'affaires de France aucune demande concernant le rappel des troupes impériales. Et si nos troupes s'étaient retirées postérieurement en Chine, c'était seulement parce qu'elles avaient accompli l'objet de leur mission, c'est-à-dire la répression des bandes qui troublaient la tranquillité du pays de notre vassal. || Tout en regrettant que le Gouvernement de la République n'ait pu accepter nos propositions comme point de départ des négociations, nous nous félicitons qu'enfin il ait reconnu les motifs du Gouvernement impérial de s'intéresser à ce qui se passe au Tonkin. Le Gouvernement chinois sera bien aise de régler cette

Nr. 8161. China. 1. Oct. 1883.

affaire de concert avec le Cabinet français; mais il ne saurait accepter les points indiqués dans votre lettre comme bases de discussion.

Tseng.

---

## Nr. 8162. FRANKREICH. — Unterredung des Min. d. Ausw. mit dem chin. Gesandten in Paris. — Die chin. Regierung will die Vorschläge des Memorandums nicht eher prüfen, als bis die französische Regierung die Rechte China's über Tonkin anerkannt hat.

Paris, le 1er octobre 1883.

Nr. 8162. Frankreich. 1. Oct. 1883.

La Note chinoise du 1er octobre venait d'être remise au Ministre, qui avait à peine eu le temps d'en prendre connaissance, quand le Marquis Tseng se présenta. | L'Ambassadeur de Chine fit observer à M. Challemel Lacour que la Note que celui-ci avait entre les mains visait uniquement celle que le Gouvernement français avait adressée en réponse aux six propositions de la Chine. || Quoique ce document puisse donner lieu de croire qu'il a trait aux propositions formulées dans notre propre Memorandum, il se rapporte, d'après les déclarations formelles du Marquis, aux garanties indiquées en termes généraux dans notre première lettre et qui visaient les frontières de la Chine, la répression des brigandages commis par les Pavillons-Noirs, le commerce du Fleuve Rouge etc. || Le Gouvernement chinois, ajouta-t-il, ne les accepte pas comme base de discussion, pour la même raison qui nous a décidés nousmêmes à décliner les premières propositions formulées par la Chine. Puisque nous n'admettons pas que la Chine intervienne entre nous et l'Annam avant que nous ayons réglé nos affaires avec cette dernière Puissance, le Gouvernement chinois se refuse de même à examiner nos propres propositions, avant que nous ayons reconnu les droits de la Chine sur le Tonkin. || L'Ambassadeur ayant fait allusion aux conversations qu'il a eues avec M. Ferry, le Ministre répond qu'il lui a été rendu compte de ces entretiens, et ne dissimule pas combien les prétentions émises par son interlocuteur lui ont paru extraordinaires; il ne peut s'empêcher de croire à quelque méprise, et son opinion restera telle jusqu'à ce que des idées si nouvelles, et même si étranges, aient été formulées par écrit et accompagnées d'un essai de justification ou d'explication. || L'Ambassadeur ayant protesté de nouveau des bonnes intentions dont le Gouvernement chinois est animé à l'égard de la France, le Ministre objecte que, sans vouloir contester la sincérité de ce sentiment, il est bien obligé de constater que la marche des négociations ne permet guère de croire à d'aussi favorables dispositions; mais il n'en espère pas moins que les événements se chargeront de mettre d'accord la Chine et la France.

---

## Nr. 8163. FRANKREICH. — Unterredung derselben Personen. — Der französische Gesandte hält eine schriftliche Fixirung der chinesischen Forderungen bei ablehnender Haltung der französischen Minister für überflüssig.

Nr. 8163. Frankreich. 6. Oct. 1883.

Le Marquis Tseng dit qu'il a réfléchi à l'idée que lui a suggérée le Ministre, lors de sa dernière lettre, et qui consisterait à formuler par écrit les revendications de son Gouvernement, qui tendaient à faire admettre les droits de la Chine sur les deux rives du Fleuve Rouge ainsi que sur le Delta tout entier et à reconnaître la neutralité du nord de l'Annam jusqu'à Vung-Chua. Ces demandes ont été, d'ailleurs, exposées déjà devant M. Jules Ferry, puis en dernier lieu devant M. Challemel-Lacour; mais l'accueil que l'un et l'autre ont fait à ces propositions a donné lieu de penser au Marquis Tseng que des ouvertures de cette nature seraient repoussées par la France, et que, dans cette conjecture, il était inutile de les consigner par écrit. || Il a appris au surplus que M. Tricou devait être à Pékin. Si le Représentant de la France est chargé de faire quelque concession au sujet des droits revendiqués par la Chine, il se pourrait que le Gouvernement impérial se décidât à envoyer à son agent de nouvelles instructions. || Le Ministre répond qu'il n'a rien reçu de M. Tricou depuis que ce dernier a quitté Tien-Tsin; mais en raison de la distance qui sépare cette ville de Pékin et par suite de certaines formalités d'étiquette qui durent plusieurs jours, notre Représentant en Chine a pu être empêché, sinon d'entrer en relations avec le Tsong-Li-Yamen, du moins d'aborder les affaires qu'il a mission de traiter. | Des informations ne tarderont sans doute pas à nous parvenir. || La ligne de Tien-Tsin à Pékin s'arrête à une station d'où il reste encore deux heures de route à faire à cheval jusqu'à la capitale. Il faut compter une matinée pour communiquer de Tien-Tsin avec Pékin.

---

## Nr. 8164. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. d. Ausw. — Ablehnung des Memorandums. China lässt die Wahl zwischen zwei Lösungen: Herstellung des Zustandes von 1873 oder Errichtung einer neutralen Zone südlich vom Rothen Fluss.

Londres, le 15 octobre 1883.

Nr. 8164. China. 15. Oct. 1883.

J'ai eu l'honneur de recevoir, le 17 septembre, le Mémorandum que Votre Excellence a bien voulu m'adresser, en date du 15 du même mois, pour me faire connaître les bases proposées par le Gouvernement français en vue d'un arrangement relatif à la question du Tonkin. || En remontant au mois de novembre 1882, Votre Excellence a fait l'historique du Mémorandum que M.

Nr. 6164. China. 15. Oct. 1883.

Bourée, le Représentant de France en Chine, et Son Excellence Li, vice-roi de Tchéli, avaient soumis à l'examen de leurs Gouvernements respectifs. || J'aurais préféré que Votre Excellence eût remonté plus loin et fait également l'historique des causes de la situation troublée du Tonkin qui menèrent à ce Mémorandum et qui, depuis 1873, ont converti ce pays, jusqu'alors tranquille et florissant, dans un état des plus regrettables. || Il y a trois ans que j'ai prévenu le Gouvernement de la République des difficultés que soulèvera l'intervention française au Tonkin; et dans ma dépêche du 14 juin 1882, je l'ai prié de nouveau de prendre en sérieuse considération une question qui pourrait devenir grave. Le Gouvernement impérial a donc vivement regretté que ce fût seulement depuis ces derniers mois, lorsque la situation avait été compliquée par des événements, que le Cabinet français a cru devoir envisager cette question. || Néanmoins, quelque tardif que cela puisse être, je me félicite que le Gouvernement de la République ait jugé nécessaire de formuler des propositions pour prévenir les dangereuses complications que, dès l'abord, nous craignions de voir soulevées par l'intervention française au Tonkin. Ces propositions qui, d'après l'avis du Gouvernement français, répondraient également à la dignité et aux intérêts des deux pays, consistent dans les deux articles suivants: || 1° Le Gouvernement français s'engagerait à n'occuper aucun point et à n'exercer aucune action dans la région délimitée, au nord, par la frontière de la Chine et, au sud, par une ligne à déterminer partant d'un point sur la côte entre le 21e et le 22e degré de latitude pour aboutir au fleuve Rouge en amont de Lao-Kaï. Le Gouvernement chinois s'engagerait, de son côté, à n'occuper aucun point et à n'exercer aucune action dans la même région. || L'administration continuerait d'être exercée dans cette zone par les fonctionnaires annamites. Il ne pourrait y être élevé de fortifications. || Si des bandes armées y venaient chercher un refuge, ou s'il s'y produisait des désordres incompatibles avec la sécurité des territoires voisins, les Gouvernement français et chinois pourraient, soit ensemble, soit séparément, y faire pénétrer des forces militaires, après s'être mis d'accord sur l'objet et sur l'étendue de l'opération. Ces forces devraient être retirées dès qu'elles auraient atteint le but pour lequel elles auraient été envoyées. || 2° La ville de Mang-Hao, sur le Fleuve Rouge, dans la province de Yunnan, serait ouverte au commerce étranger, dans les mêmes conditions que les autres villes ou ports de l'Empire chinois où ce commerce est déjà permis.

J'ai soumis ces propositions à la considération du Gouvernement impérial et je suis maintenant chargé d'exprimer à Votre Excellence le vif regret qu'il éprouve de ne pas y trouver une base qu'il lui convienne d'accepter comme point de départ d'une discussion utile. Dans l'opinion du Gouvernement chinois, elles ne sont de nature ni à satisfaire les droits et les intérêts de la Chine en Annam, ni à garantir l'ordre permanent et la prospérité de ce pays. Nos droits sont les droits de suzeraineté sur tout le Royaume d'Annam; nos intérêts sont ceux d'un pays voisin et limitrophe du Tonkin, y possédant une

Nr. 8164 China. 15. Oct. 1883.

nombreuse colonie, un commerce considérable et le droit de navigation sur un fleuve qui est le seul débouché des produits du sud-ouest de la Chine. || Bien que j'aie déjà fait mention de ces titres dans quelques-unes de mes dépêches précédentes, je crois devoir les reproduire encore une fois, craignant qu'en faisant vos propositions, ils n'aient échappé à Votre Excellence. Elle semble avoir pensé qu'au lieu de conserver ses droits et sauvegarder ses intérêts matériels, les préoccupatations de la Chine n'auraient rapport qu'à la protection de sa frontière méridionale et la conservation des traditions qu'elle craint de voir compromises par le voisinage français. || Tenant compte de cette méprise fondamentale, on ne peut s'étonner que les déclarations du Gouvernement français n'aient pas suffi pour dissiper les inquiétudes de la Chine, et que les propositions formulées seulement en vue de la sécurité de notre frontière ne puissent être acceptées par le Gouvernement chinois comme base d'un arrangement destiné à conserver ses droits et ses intérêts. || Les propositions du Gouvernement français peuvent se résumer ainsi: 1° l'établissement d'une zone neutre longeant la frontière méridionale de la Chine et dans laquelle ni l'une ni l'autre des deux Hautes Parties n'exerceront aucune action; 2° l'ouverture, par le Gouvernement impérial, de la ville chinoise de Mang-Hao au commerce étranger. || Puisque ces deux propositions auraient pour résultat, au surplus d'une concession commerciale, l'abandon par la Chine de tous ses droits sur l'Annam en les remplaçant par ceux de la France, il n'est pas besoin de dire que le Gouvernement impérial ne saurait les envisager. Sincèrement désireux de trouver une issue pour cette affaire, le Gouvernement impérial, loin de voir dans les propositions françaises les bases d'un arrangement qui répondit à la dignité des deux pays, ne pourrait les considérer que comme une capitulation pour, la Chine. || Faute d'un arrangement qui conserverait le *statu quo* politique du Royaume d'Annam, tel qu'il existait avant 1873, et l'indépendance entière du Roi d'Annam vis-à-vis de toute Puissance quelconque, l'Empereur de Chine, son suzerain, seul excepté, aucun autre arrangement qui ne laisserait pas au Gouvernement impérial le droit entier et exclusif d'agir sur le Fleuve Rouge ne pourrait que lui paraître inadmissible. || Des deux solutions qui viennent d'être suggérées, la Chine préférerait la première; car, étant à l'épreuve de toute ambition, elle regretterait de se trouver mise en demeure d'empiéter sur le territoire de son vassal qu'elle a su respecter depuis deux siècles. || Mis dans l'impossibilité d'éviter une occupation qui sauvegarderait ses droits et ses intérêts, le Cabinet impérial serait prêt, mais seulement dans ce cas là, à discuter la proposition du Gouvernement français concernant l'établissement d'une zone neutre, mais une zone neutre située entre Kouang-Bing-Kouan, frontière méridionale du Tonkin, et le 20e degré de latitude. Il serait également disposé à faire des propositions qui répondraient aux besoins du commerce par l'ouverture du fleuve Rouge à la navigation des pavillons de toutes les nations qui ont des traités avec la Chine. || En ce qui concerne le lieu des échanges, le Gouvernement impérial propose, à titre provisoire, la ville de

Nr. 8164. China. 15. Oct. 1883.

Thoung-Rô-Kouan, située en face de Son-Tay, comme point extrême que j'avais d'abord proposé. Au fur et à mesure du développement du commerce, on pourra entrer en négociations avec le Gouvernement impérial, afin de l'étendre sur les points situés plus en amont. Mais il ne saurait, quant à présent, consentir à ouvrir ni la ville de Mang-Hao ni même la ville de Lao-Kaï au commerce. || Le Gouvernement impérial espère que le Gouvernement de la République prendra en sérieuse considération les deux solutions suggérées plus haut; car, en dehors de celles-ci, il ne connaît pas une combinaison qui ne créerait pas une situation fâcheuse pour la Chine, et qui, en raison des conflits de toute nature que pourraient produire la diversité des moeurs, la différence des intérêts et l'expansion inévitable de populations chinoises des provinces limitrophes, ne manquerait pas de causer des malheurs pour le Tonkin lui-même.

Tseng.

---

## Nr. 8165. FRANKREICH. — Gesandter in China an den franz. Min. des Ausw. — Der Vice-König desavouirt den Marquis Tseng.

(Telegramm.) Shanghaï, le 29 octobre 1883.

Nr. 8165. Frankreich. 29. Oct. 1883.

A la dernière heure*) Li-Hong-Chang est venu me trouver pour me prier instamment de rester. Je lui ai répondu que l'état de ma santé m'obligeait à quitter la Chine. Je pars ce soir sur *le Volta*. || Le Vice-Roi est très-inquiet. Il désavoue hautement le Marquis Tseng.

Tricou.

---

## Nr. 8166. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. d. Ausw. — Die Depesche Tricou's vom 29. October beruht auf einem Missverständniss.

Londres, le 5 novembre 1883.

Nr. 8166. China. 5. Nov. 1883.

Me référant au télégramme de M. Tricou, que M. le Président du Conseil a lu, il y a quelques jours, à la tribune de la Chambre des Députés, je m'empresse d'informer Votre Excellence que, bien que je fusse persuadé de l'inexactitude de cette dépêche, néanmoins, vu les suites désastreuses que pourrait produire un malentendu sur un point si important, touchant le degré de confiance accordé par le Gouvernement impérial à son Représentant en France, j'ai cru devoir demander au Cabinet de Pékin s'il n'y aurait pas eu une méprise quelconque au sujet de l'entretien dont il était question dans la dépêche susmentionnée. || En réponse à ma demande, je viens de recevoir une dépêche télégraphique de mon Gouvernement que j'ai l'honneur de porter ci-après à la connaissance de Votre Excellence: || "Le Gouvernement impérial est très étonné du télégramme de M. Tricou: aucune demande de rester en Chine ne lui a été adressée, soit par le Gouvernement, soit par Li-Hong-Tchang. Nous, le Yamen et Li-Hong-Tchang, approuvons hautement la manière dont

*) d. h. vor der Abreise Tricou's nach Japan.

vous avez exécuté les ordres impériaux, et, dans une note en date du 24 octobre de l'année dernière, nous avons fait connaître à M. Bourée, Ministre de France, notre entière approbation aux dépêches que vous aviez adréssées au Gouvernement français au sujet du Tonkin". || Quoiqu'il ne me fût pas échappé que le télégramme de M. Tricou n'avait rapport qu'à un désaveu de la part de Son Excellence Li-Hong-Tchang, cependant il m'a paru convenable de démontrer de la façon la plus positive que je n'ai jamais été privé de la confiance dont le Cabinet de Pékin m'a honoré jnsqu'à l'heure qu'il est. || Cette déclaration est d'autant plus nécessaire que la publicité donnée au susdit désaveu attribué à Son Excellence Li-Hong-Tchang par M. Tricou pourrait, à ce que je crains, être interprétée, par ceux qui ne sont pas au courant des affaires, comme un désaveu émané du Gouvernement impérial. Nr. 8166. China. 5. Nov. 1883.

Tseng.

---

## Nr. 8167. FRANKREICH. — Stellvertretender Min. des Ausw. (Ferry) an den chin. Gesandten in Paris. — Mittheilung der bevorstehenden französischen Operationen. Empfiehlt die Vereinbarung über eine Demarcationslinie zwischen dem französischen und dem chinesischen Commandanten.

Paris, le 17 novembre 1883.

Par une lettre du 5 de ce mois, vous avez bien voulu me communiquer une dépêche dans laquelle votre Gouvernement prend texte d'un récent télégramme de M. Tricou pour donner officiellement son approbation à la manière dont vous avez exécuté les ordres impériaux. Je vous donne acte bien volontiers de cette déclaration et je m'en autorise pour faire appel à vos bons offices afin d'empêcher que l'exécution du plan que nous poursuivons au Tonkin ne donne lieu à de fausses interprétations de la part du Gouvernement de Pékin. || L'ordre a été récemment donné aux troupes françaises cantonnées dans le bassin du Fleuve Rouge de s'emparer de certains points dont l'occupation nous a toujours paru indispensable, notamment de Sontay, Hong-Hoa et Bac-Ninh. Bien que ces opérations ne doivent point amener nos colonnes à s'approcher de la frontière chinoise, il ne serait pas inutile que le Gouvernement impérial en fût avisé, afin qu'étant fixé sur le but, il ne se méprenne pas sur la portée de nos mouvements. || Peut-être même, pour prévenir tout malentendu, y aurait-il avantage à ce que le Commandant de notre corps d'occupation et celui des forces chinoises voisines de la frontière fussent autorisés à s'entendre directement pour arrêter une ligne de démarcation entre leurs positions respectives. Le Gouvernement de la République serait, pour sa part, disposé à munir l'Amiral Courbet des pouvoirs nécessaires pour conclure sur place un arrangement de cette nature, si une pareille combinaison devait obtenir l'adhésion du Cabinet de Pékin. Dans ce cas, il faudrait que des instructions convenables fussent envoyées de part et d'autre dans le plus bref délai, les Nr. 8167. Frankreich. 17. Nov. 1883.

Nr. 8167. Frankreich 17. Nov. 1883.

opérations des troupes françaises étant sans doute déjà commencées à l'heure actuelle. || Je vous serais reconnaissant de porter cette suggestion à la connaissance de votre Gouvernement, si, comme je l'espère, elle vous paraît de nature à être favorablement accueillie à Pékin. Le Tsong-Li-Yamen y verra, en tout cas, une nouvelle marque des dispositions conciliantes dont nous n'avons cessé de faire preuve et de notre désir d'éviter toute complication entre les deux pays.

Jules Ferry.

---

## Nr. 8168. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — In den Gegenden, welche die Franzosen besetzen wollen, befinden sich chinesische Truppen.

Paris, le 17 novembre 1883.

Nr. 8168. China. 17. Nov. 1883.

Monsieur le Ministre, au cours de la séance de la Chambre, qui avait lieu le 31 octobre dernier, M. le Président du Conseil a déclaré que le Gouvernement français s'est décidé de s'établir dans le Delta du Fleuve Rouge et de s'emparer des villes de Son-tay, Hong-Hoa et Bac-Ninh. || Vis-à-vis de cette déclaration, d'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur d'annoncer à Votre Excellence que, usant de ses droits suzerains et remplissant les devoirs qui lui incombent en vertu de la suzeraineté de la Chine à l'égard de l'Annam, ainsi qu'en raison de la demande formelle que le Roi d'Annam lui avait adressée, le Gouvernement Impérial a envoyé il y a quelque temps, comme il avait fait maintes fois, dans le passé, des troupes impériales au Tonkin pour y sauvegarder ses intérêts et ceux de son vassal. || Puisque c'est justement dans les parages auxquels se rapporte la déclaration susmentionnée de M. le Président du Conseil que se trouvent les troupes impériales, je dois notifier ce fait à Votre Excellence. || La présence de ces troupes, comme se le rappellera sans doute Votre Excellence, fut reconnue dans l'entretien que j'avais eu avec M. Challemel Lacour le 1er août 1883, l'entretien où Son Excellence suggéra la question de leur rappel. || Toutefois, vu les complications que pourrait produire une collision inattendue entre les troupes françaises et les troupes impériales, je me fais un devoir d'en faire le sujet de cette notification formelle.

Tseng.

---

## Nr. 8169. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. d. Ausw. — Wenn die Franzosen in Gegenden eindringen, welche von chinesischen Truppen besetzt sind, werden dieselben gewaltsamen Widerstand leisten.

Paris, le 19 novembre 1883.

Nr. 8169. China. 19. Nov. 1883.

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de transmettre à Votre Excellence copie d'un télégramme que je viens de recevoir de Pékin, contenant

le texte d'une dépêche qu'en vertu d'un décret impérial le Tsong-Li-Yamen avait adressée au Chargé d'Affaires de France en Chine. || Je suis chargé par le Gouvernement Impérial de prier Votre Excellence de vouloir bien nous en donner une réponse.

Tseng.

Le Tsong-Li-Yamen à M. de Semallé, Chargé d'Affaires de France en en Chine.

Le Royaume d'Annam est tributaire de la Chine depuis plus de deux cents ans, pendant lesquels son Prince n'a jamais manqué de démander et de recevoir son investiture de l'Empereur de la Chine et de lui présenter les tributs et les hommages que doit un Prince vassal à son Suzerain. Ce sont des faits connus de toutes les nations du monde. || Sous le règne de l'Empereur Toung-Tche, ainsi que sous celui de l'Empereur régnant, le Tonkin, partie septentrionale de l'Annam, étant en proie aux bandits, nous avons, aux demandes Roi du Tu Duc, expédié des troupes impériales pour lui prêter l'aide et l'assistance. Par ces expéditions, qui nous ont coûté des frais montant à plusieurs dizaines de millions de taëls d'argent, nous avons, à plusieurs reprises, pendant dix ans, châtié et supprimé les bandes de malfaiteurs qui, sous les chefs Vou-Ya-Tchang, Hoang-Tsong-Yin, Tchao-Sung-Tsaï, Tseng-Ya-Tche, Sou-Ko-Tsié, Li-Houn-Tsaï, Lou-Tche-Ping et autres, troublaient le pays du Tonkin. La protection ainsi accordée à notre vassal par le Gouvernement impérial est également un fait bien connu de toutes les nations du monde. || Mais malgré notre position de suzerain bien avérée, le Gouvernement français, sans aucune raison, a fait entrer ses troupes dans ce pays et s'emparer de Hanoï Nam-Dinh et d'autres villes. Le Gouvernement impérial, par égard pour les grands intérêts commerciaux que la Chine a en commun avec les Puissances étrangères, n'a pas voulu, avant d'épuiser tous les efforts pour arriver à une entente, rompre les relations amicales qui existent depuis long-temps entre elle et la France. || Mais la politique agressive du Gouvernement français ne s'est pas arrêtée là; car, profitant d'un moment où l'Annam était en deuil pour le feu Roi Tu Duc et où s'effectuait un changement de règne, le Gouvernement français a arraché de vive force, de notre vassal, un Traité dont une clause a pour but d'enlever à la Chine ses droits politiques sur l'Annam. || Nous faisons appel au sentiment d'équité de toutes les nations pour juger si c'est un acte de justice que de méconnaître comme vassal de la Chine, un Prince qui a, pendant deux cents ans, rendu aux Empereurs de la Chine les tributs et les hommages de vassal, et qui, pendant la même période, a reçu d'eux l'investiture et la protection. || Le Gouvernement impérial est très désireux de conserver ses bonnes relations avec la France, et, si ce désir est réciproque, il est prêt à s'entendre avec elle pour arriver à un arrangement à l'amiable. Mais si le Gouvernement français, renonçant, comme il nous le semble, aux sentiments d'honneur et de justice, voulait quand même empiéter sur les lieux occupés par les troupes impériales au Tonkin, ce serait le Cabinet français qui

Nr. 8169. China. 19. Nov. 1883.

aura voulu rompre la paix.*) Car alors les troupes impériales, mises en demeure de se défendre, ne manqueraient pas d'opposer la force contre la force. Tout regrettable que soit un conflit ainsi produit, ce serait le Gouvernement français seul qui en sera responsable. Nous n'aurions à nous reprocher ni l'ouverture des hostilités, ni l'abrogation des traités qui peut en résulter. || Tel est le but de cette communication, que nous avons l'honneur de vous adresser, en la recommandant à la plus sérieuse considération de votre Gouvernement.

---

## Nr. 8170. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. (Ferry) an den chin. Gesandten in Paris. — Zweck der französischen Truppen in Anam; ein Conflict mit den chin. Truppen soll nach Möglichkeit vermieden werden.

Paris, le 22. novembre 1883.

Nr. 8170. Frankreich. 22. Nov. 1883.

J'ai pris connaissance, avec toute l'attention qu'elle mérite, de la dépêche relative aux affaires du Tonkin qui vous a été communiquée par votre Gouvernement et dont vous avez bien voulu m'adresser la traduction à la date du 19 de ce mois. || Après avoir rappelé les droits revendiqués par la Chine sur l'Annam et la protection dont ce Royaume aurait toujours été couvert par e Gouvernement impérial, le Tsong-li-Yamen se plaint de l'entrée des troupes françaises dans le bassin du fleuve Rouge et proteste contre les négociations récemment engagées par nous avec le Roi d'Annam. Enfin, tout en manifestant le désir de résoudre les difficultés actuelles par un arrangement amiable, le haut conseil des Affaires étrangères prévoit l'éventualité d'un conflit entre les troupes françaises et chinoises, et s'applique à en rejeter dès à présent sur nous la responsabilité. || Les dernières communications que vous avez reçues de mon Département répondent, ce semble, par avance, à la plupart des questions touchées dans le memorandum du Yamen. La Chine nous a toujours trouvés prêts à tenir compte des préoccupations que paraît lui causer la présence de nos soldats dans une contrée limitrophe de l'Empire. Elle sait également que nous sommes disposés à respecter les liens traditionels qu'elle tient à honneur de maintenir, en tant que ces liens ne seront pas incompatibles avec l'exercice de notre Protectorat. L'état de choses institué par le traité franco-annamite de 1874 semblait donner à cet égard satisfaction aux voeux des deux

*) D'après la traduction littrale de M. Deveria, Secrétaire interprète du Gouvernement, ce passage devrait être rétabli ainsi:

„Mais si finalement, sans souci de sa réputation et de honneur, le Gouvernement français veut, quand même, opérer des empiétements sur les territoires occupés par nos troupes dans la region septentrionale, ce sera le Gouvernement français qui aura voulu rompre la paix."

La présente dépêche, de même que les autres communications de la Legation de Chine, est une traduction faite par cette Légation sur un original chinois, qui a été remis en même temps, suivant l'usage, au Ministre des Affaires étrangères.

pays. La Chine avait même consenti, après la signature de cet arrangement, à retirer, sur notre demande, les troupes qu'elle entretenait alors au Tonkin; mais l'événement a prouvé que ce régime était impropre à assurer la tranquillité du pays. Les troubles n'ont pas tardé à renaître sur plusieurs points; la piraterie et le brigandage ont reparu; les moyens mis en oeuvre pour rétablir l'ordre n'avaient pas suffi à fonder une paix solide. Les mêmes motifs, qui avaient amené précédemment le Tsong-li-Yamen à faire passer la frontière à un corps d'armée, nous ont conduits, l'année dernière, à grossir les garnisons que le traité de 1874 nous autorisait à maintenir dans plusieurs villes. La nécessité d'assurer la sécurité de nos soldats et de venger la mort d'un chef héroïque, le souci de donner un caractère durable à la pacification que nous avons entreprise et dont le commerce de toutes les nations civilisées recueillera promptement les fruits, nous obligent à occuper un certain nombre de points nouveaux. Quant aux arrangements négociés à Hué, au mois d'août dernier, entre le Commissaire général français et les Ministres annamites, ils ont pour objet de régulariser entre la France et l'Annam une situation créée par l'inexécution persistante des engagements contractés par le Roi Tu Duc, il y a neuf ans. En ce qui concerne la Chine, cette nouvelle convention ne constituera aucune innovation. Le Protectorat de la France était déjà fondé par le traité de 1874. Il s'agit seulement aujourd'hui d'en consolider l'existence et d'en assurer l'exercice par des garanties efficaces. || Au surplus, les échanges de vues qui ont eu lieu depuis quelques mois établissent clairement que nous avons un réel désir de terminer à l'amiable le différend qui s'est élevé entre la France et la Chine à l'occasion du Tonkin. Dans les nombreux entretiens que nous avons eus avec vous, mon prédécesseur et moi, nous nous sommes constamment efforcés de faire prévaloir les propositions les plus conciliantes. La lettre de M. Challemel-Lacour du 27 août, le mémorandum du 15 septembre constatent que nous sommes prêts à discuter toute combinaison qui serait de nature à régler les difficultés d'une manière honorable pour les deux pays. Enfin ma lettre du 17 de ce mois est la meilleure preuve que nous avons à coeur d'éviter les fausses interprétations que pourraient faire naître à Pékin les mouvements de nos troupes et que nous nous préoccupons en même temps de trouver les moyens de prévenir tout conflit. Si la Chine est réellement animée des dispositions pacifiques qu'elle exprime dans le document que vous m'avez transmis, il me paraît difficile qu'elle n'accepte pas l'arrangement que nous avons offert en dernier lieu. || Vous me permettrez, en terminant, d'appeler votre attention sur le passage de votre communication où il est dit que "le Gouvernement français semble renoncer aux sentiments d'honneur et de justice". C'est à une erreur de traduction sans doute qu'il faut attribuer une expression que nous ne saurions accepter et qui d'ailleurs ne figure pas dans le texte transmis télégraphiquement par notre Chargé d'affaires à Pékin.

Jules Ferry.

Nr. 8170. Frankreich. 22. Nov. 1883.

## Nr. 8171. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Widerspruch zwischen den Erklärungen des Ministers in der Kammer und den China gegenüber gegebenen Versicherungen.

Paris, le 24. novembre 1883.

Nr. 8171. China. 24. Nov. 1883.

Par une lettre en date du 17 de ce mois, Votre Excellence a bien voulu me faire connaître l'intention du Gouvernement français de "s'emparer de certains points dont l'occupation vous a toujours paru indispensable, notamment de Son-Tay, Hong-Hoa et Bac-Ninh". Et, afin que l'exécution de ce plan ne donne lieu à de fausses interprétations de la part du Gouvernement impérial, vous faites appel à mes bons offices pour les prévenir, en me servant de la marque de confiance que mon Gouvernement vient de me témoigner. || Plus loin, dans la même dépêche, en vue de prévenir tout malentendu sur la portée des mouvements que le Gouvernement français se propose de faire opérer par les troupes françaises contre les villes susdites, Votre Excellence exprime le désir que le Commandant des forces françaises du Tonkin et celui des forces chinoises voisines de la frontière soient autorisés à s'entendre directement pour arrêter une ligne de démarcation entre leurs positions respectives. || J'ai toujours considéré comme le plus agréable de mes devoirs celui de prévenir que quelque malentendu ne surgisse entre nos deux pays; et bien que j'aie lieu de douter que le Cabinet de Pékin puisse voir dans votre proposition, telle qu'elle se trouve formulée dans votre lettre, une mesure qui répondrait aux positions où se trouvent, en ce moment, les troupes impériales et les troupes françaises, néanmoins, vu qu'elle est motivée par le désir d'éviter toute complication entre les deux nations, je n'ai pas hésité à la communiquer à mon Gouvernement. || "L'occupation de certains points, notamment de Son-Tay, Hong-Hoa et Bac-Ninh, dit Votre Excellence, vous a toujours paru indispensable." Je regrette vivement de recevoir cette déclaration, et tenant compte du désir, tant de fois réitéré par le Gouvernement français, de conserver ses bonnes relations avec la Chine, j'ai de la difficulté à comprendre quelle est la nécessité impérieuse qui pousse le Cabinet français à décider d'occuper les lieux qu'il savait depuis long-temps occupés par les troupes impériales. || De plus, cette déclaration m'aurait été inexplicable si je n'avais fait des recherches hors des correspondances échangées entre nos deux Gouvernements. Je connais l'inconvénient d'introduire dans les documents diplomatiques les débats du Parlement français, mais, répondant à l'invitation de votre prédécesseur, qui se trouve dans sa dépêche du 27 août, de suppléer les pièces diplomatiques par "les déclarations faites publiquement aux Chambres", je me suis permis de le faire. || Le 31 octobre, à la tribune de la Chambre des Députés, M. le Président du Conseil a justifié les dernières opérations ordonnées par le Gouvernement français au Tonkin comme nécessitées par la politique coloniale de la France. En faisant l'éloge de "l'instinct profond qui

a poussé ses prédécesseurs vers l'embouchure du fleuve Rouge et qui leur a montré comme but la possession du Tonkin", il a déclaré que le Gouvernement français voulait s'établir solidement au delta du fleuve Rouge et s'emparer de Son-Tay et Bac-Ninh. || Cette déclaration, et surtout cet éloge que je me suis empressé de communiquer au Tsong-li-Yamen, a fait une très pénible impression sur mon Gouvernement. Car personne ne méconnaîtra que cette déclarasion est un nouveau point de départ dans la politique française; jusqu'ici le Gouvernement français s'appuyait, pour justifier l'intervention française au Tonkin, sur ses traités avec le Roi d'Annam. || Voici les mots dont s'est servi M. Barthélémy-Saint-Hilaire, Ministre des Affaires étrangères, en réponse à ma première dépêche au sujet du Tonkin: "Je ne fais pas de difficulté de vous assurer à mon tour que le Gouvernement de la République a l'intention de se conformer aux stipulations du traité de 1874 et de remplir les obligations qui peuvent en découler pour lui." || MM. Gambetta, de Freycinet et Duclerc se sont tenus à la même déclaration. Si donc, comme dit M. le Président du Conseil, la politique de tous ses prédécesseurs avait eu pour but la "possession" du Tonkin, nous aurions eu beau discuter, pendant ces trois années, la question de l'intervention française au Tonkin, au point de vue du droit conventionnel. || Cependant, si la déclaration de M. le Président du Conseil nous a fait de la peine, elle nous a aussi éclairés. Car maintenant nous saurons à quoi nous en tenir. Nous avons, paraît-il, à envisager la France, jadis si fière de protéger les petits pays, prête, à l'heure qu'il est, à s'emparer du bien du Prince qu'elle faisait semblant de protéger, et à s'en emparer, bien entendu à un moment où le Gouvernement français paraît vivre en pleine et bonne harmonie avec ce Prince. || Je serais bien aise si les assurances de Votre Excellence pouvaient dissiper la mauvaise impression à laquelle a donné lieu la différence entre le langage tenu par M. le Président du Conseil aux Chambres et celui qui se trouve dans les pièces diplomatiques. Car point n'est besoin de dire à Votre Excellence que le Gouvernement impérial ne saurait permettre que le Tonkin devienne une possession française.

Nr. 8171. China. 24. Nov. 1883.

Tseng.

---

## Nr. 8172. CHINA. — Gesandter in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Die Demarcationslinie kann nicht festgesetzt werden, solange die Franzosen Plätze einnehmen wollen, welche von chinesischen Truppen besetzt sind. Vorschlag einer Demarcationslinie zwischen Sontay und Hanoï.

Paris, le 26 novembre 1883.

Monsieur le Ministre, en accusant réception de votre office du 19 de ce mois, et à la suite de ma dépêche du 24, j'ai l'honneur d'informer Votre Excellence que le Gouvernement impérial serait très heureux de s'entendre avec le Gou-

Nr. 8172. China. 26. Nov. 1883.

Nr. 8172. China. 26. Nov. 1883.

vernement français pour éviter qu'aucun conflit ne se produise entre les forces chinoises et françaises au Tonkin. || Mais comme la proposition contenue dans votre lettre du 7 de ce mois envisage la prise de possession des villes de Sontay, Hong-Hoa et Bac-Ninh, c'est-à-dire des villes occupées actuellement par les troupes impériales et qu'elles ont reçu l'ordre de garder, le Gouvernement Impérial est très au regret de ne pouvoir trouver dans votre proposition une mesure qui répondrait au besoin de l'état actuel des choses au Tonkin.

Dans le même but qui a motivé la bienveillante proposition de Votre Excellence, j'ai proposé à votre prédécesseur, dans un entretien que j'ai eu avec lui le 1er août dernier, d'arrêter une ligne de démarcation entre les armées cantonnées à Hanoï et à Sontay, ainsi que dans les villes situées sur la rive gauche et sur la rive droite du fleuve Rouge. || Je renouvelle cette proposition, et, eu égard aux grands intérêts internationaux qu'un conflit entre les troupes de nos deux pays ne manquerait pas de mettre en jeu, j'espère que Votre Excellence voudra bien y accorder sa bienveillante considération.

Tseng.

---

## Nr. 8173. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den chinesischen Gesandten in Paris. — Ablehnung des neuen Vorschlages.

**Paris, le 30 novembre 1883.**

Nr. 8173. Frankreich. 30. Nov. 1883.

Par vos lettres des 24 et 26 novembre, vous avez bien voulu me faire part des observations qui vous ont été suggérées par mes communications des 17 et 19 du même mois. || Votre attention a été tout d'abord appelée sur l'ordre donné à nos troupes de marcher sur Sontay, Hong-Hoa et Bac-Ninh, dont l'occupation est jugée indispensable. Vous approchez de ce fait un passage du discours prononcé le 31 octobre à la Chambre des Députés, où j'ai signalé "la possession du Tonkin" comme le but vers lequel ont constamment tendu les efforts de mes prédécesseurs. Vous vous demandez si ces déclarations ne marquent pas une évolution dans notre politique, si elles ne sont pas inconciliables avec l'assurance donnée en 1881 par M. Barthélémy-Saint-Hilaire „que le Gouvernement de la République a l'intention de se conformer aux stipulations du traité de 1874 et de remplir les obligations qui peuvent en découler pour lui". || Sur ce point je suis heureux de pouvoir dissiper dès à présent tout malentendu. Nos dispositions n'ont pas varié depuis trois ans, et notre politique n'a pas cessé de s'inspirer des principes qui forment la base du traité franco-annamite de 1874. Nous avons scrupuleusement rempli les obligations que cet arrangement mettait à notre charge; nous ne sommes intervenus que pour assurer le respect des droits corrélatifs qui en découlent et après avoir épuisé tous les moyens pacifiques qui pouvaient conduire à ce résultat. Les

événements qui se sont succédé depuis lors, la résistance que nous avons rencontrée, la lutte que nous poursuivons encore, n'ont pas changé nos résolutions. Aujourd'hui comme il y a trois ans, nous n'avons aucune intention de conquête: notre but est seulement d'assurer, par l'affermissement du protectorat que le traité de 1874 nous a concédé, la libre navigation du Song-Koï et la sécurité nécessaire au développement des relations commerciales au Tonkin. C'est en ce sens que dans mon discours du 31 octobre, j'ai montré "la conquête pacifique" de cette région et "la possession du Tonkin comme le but assigné à notre politique. C'est dans le même sens que j'ai rappelé, au même instant, l'accord établi depuis long-temps entre les nations européennes pour reconnaître "que la conquête de la Chine, de ses 400 millions de consommateurs devait être faite par les produits et par les producteurs européens". || Les développements donnés à ma pensée ne laissaient donc place à aucune méprise et je me plais à espérer qu'après ces explications aucun doute ne subsistera plus dans votre esprit. || Le sincère désir que nous avons d'écarter toute chance de conflit, en assurant le résultat que nous avons en vue, m'a conduit à proposer au Gouvernement impérial de confier aux commandants respectifs le soin de s'entendre pour arrêter une ligne de démarcation entre leurs positions. Ces ouvertures ne vous paraissant pas compatibles avec l'état actuel des choses au Tonkin, vous renouvelez une proposition que vous auriez déjà faite verbalement à mon prédécesseur, le 1er août, et qui consisterait à arrêter ladite ligne de démarcation "entre les armées cantonnées à Hanoï et à Sontay, ainsi que dans les villes situées sur la rive gauche et la rive droite du fleuve Rouge". || Permettez-moi de vous rappeler que, dans ce même entretien du 1er août, vous déclariez qu'il n'y avait pas de troupes chinoises au Tonkin, ou que, s'il y en avait, elles ne pouvaient se trouver que dans les régions où se placent les frontièrs mal définies des deux pays. Il ne pouvait donc être question, à ce moment, d'une ligne de démarcation qui aurait passé entre Sontay et Hanoï, pour suivre après le cours du fleuve Rouge. Aussi M. Challemel-Lacour faisait-il remarquer, dans un autre entretien du 2 août, qu'aucun risque de conflit n'était à prévoir, puisque notre corps expéditionnaire ne devait pas se porter vers la partie septentrionale du Tonkin, mais qu'il en serait autrement, si les troupes chinoises étaient plus rapprochées des forteresses qui sont notre objectif, et qu'elles s'exposeraient, dans ce cas, à être traitées en auxiliaires des Annamites. Depuis lors, la situation n'a pas changé de notre fait; notre plan de campagne n'a pas été modifié, et ne saurait l'être. Ce n'est donc pas sur nous que devrait porter la responsabilité d'un conflit entre les forces des deux pays. Nous espérons d'ailleurs qu'une semblable éventualité ne se réalisera pas, et que les troupes chinoises, que rien n'obligeait à quitter leurs positions du mois d'août, nous laisseront accomplir librement l'oeuvre de pacification que nous sommes tenus de poursuivre au Tonkin dans l'intérêt général.

Jules Ferry.

## Nr. 8174. FRANKREICH. — Rede des Minister-Präsidenten und Min. d. Ausw. (Ferry) in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. December 1883.

Nr. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

(Auszug.)

Messieurs, pourquoi sommes-nous au Tonkin? Parce que nous avons la Cochinchine. (Ah! ah!) || Mais oui, messieurs; c'est étrange, et l'honorable M. Delafosse l'a déjà fait remarquer . . . (Bruit.)

Messieurs, il serait étrange — et je ne comprends pas que cette pensée ait pu traverser un instant l'esprit de M. Delafosse — d'en rendre responsable le Gouvernement actuel, ou les différents ministères républicains qui se sont succédé, soit depuis 1876, soit même depuis 1871, depuis la proclamation de la République de fait, comme depuis la proclamation de la République définitive; il serait extraordinaire, contraire à la vérité historique et à la bonne foi, d'attribuer à ces divers ministères la responsabilité de la conquête de la Cochinchine. (Mouvements divers.) || Comment l'expédition du Tonkin et le protectorat du Tonkin se trouvent-ils être une conséquence nécessaire de l'expédition de Cochinchine? Voulez-vous me permettre de vous le dire? || Voulez-vous me permettre de vous mettre sous les yeux une des premières formules de cette vérité, qui se trouve dans le *Livre jaune?* || Je suis heureux de la citer, parce qu'elle émane d'un Gouvernement qui ne représentait pas notre politique, parce qu'elle émane d'un homme fort éminent à coup sûr, mais qui ne siégeait pas sur nos bancs, et parce qu'elle est cette dépêche, un des traits de cette admirable continuité de la politique française dans la question qui nous occupe, continuité qui est démontrée avec tant d'éclat et pour le grand honneur des hommes politiques de ce pays-ci, dans les deux volumes de cette histoire vivante que j'ai eu l'honneur de mettre sous vos yeux; la dépêche est de M. l'amiral Montaignac:

"19 avril 1875.

Nous jouerions un rôle peu digne de la France si, — — — — — —
[siehe Nr. 8097]

sans revenir sur nos pas et perdre le bénéfice de nos efforts."

*Sur un grand nombre de bancs*: Très bien! très bien!

*M. le président du conseil.* Voilà, messieurs, en quelques lignes, toute la philosophie de l'expédition actuelle. || Je demande donc, pour les raisons que je viens de dire, je demande à écarter du débat, comme n'y ayant pas place à cette heure, la théorie, le système des expéditions lointaines dont l'honorable M. Camille Pelletan nous imposait tout à l'heure si injustement la responsabilité. || Je voudrais aussi, messieurs, écarter du débat une question plus personnelle: c'est la question de cabinet. Je vous assure qu'elle ne doit jouer dans nos préoccupations qu'un rôle extrêmement secondaire. || Les hommes qui ont en ce moment l'honneur de tenir le pouvoir ne l'ont point recherché, ne l'ont point souhaité; il n'a pour eux de valeur qu'à la condition qu'il soit inséparable

de votre confiance, qui est leur appui et leur honneur. (Applaudissements au centre et à gauche.) || Le jour où vous ne nous laisseriez cette confiance qu'amoindrie, entamée, compromise par une équivoque, nous comprendrions à demi-mot . . . (Nouveaux applaudissements sur les mêmes bancs), et nous saurions, de la meilleure grâce du monde, remettre le pouvoir à ceux qui paraissent si impatients de le prendre, — probablement parce qu'ils ne le connaissent pas. (Vifs applaudissements à gauche et au centre. — Interruptions à droite.) || L'honorable M. Delafosse émettait l'autre jour, à cette tribune, une formule qui avait un grand succès sur les bancs de l'opposition de l'extrême gauche; il disait: "L'obstacle, c'est le cabinet." || Messieurs, je ne crois pas que cette formule, que l'on prétendait donner comme le résumé de l'impression produite par le *Livre jaune* et les nombreux documents que vous avez eus sous les yeux, je ne crois pas que ce soit celle qui se dégage de cette lecture, et, élevant la question un peu au-dessus des considérations de personnes, je crois qu'il faut formuler autrement les enseignements qui résument toute cette histoire. || Une chose me frappe et a sans doute frappé beaucoup d'entre vous, messieurs; c'est — j'y faisais allusion d'un mot tout à l'heure — la merveilleuse unité de vues qui préside aux conceptions de tous les ministères successifs sur la question présente; il n'est pas possible, il est vrai, d'être plus d'accord, il n'est pas possible de voir plus juste; il n'est pas possible de se faire des moyens pratiques une idée plus précise, et, si j'avais le temps de lire ici les dépêches de M. le duc Decazes à M. de Rochechouart, vous seriez surpris de constater que c'est presque mot pour mot le langage de M. Challemel-Lacour; et quand M. l'amiral de Montaignac — dont j'ai lu tout à l'heure quelques fortes paroles — explique les raisons profondes pour lesquelles la possession de la Cochinchine nous oblige à ne laisser à aucune puissance étrangère le protectorat du Tonkin, il est absolument d'accord avec la série de ces belles dépêches que tout le monde a admirées et qui sont signées de l'amiral Jauréguiberry. || Du ministère Decazes au ministère Challemel-Lacour, en passant par les ministères Duclerc et de Freycinet, l'accord est complet. || Comment se fait-il donc qu'une si grande unité dans les vues, une si grande persistance dans cette politique qui s'est imposée à tant de ministères et à tant d'assemblées qu'on peut véritablement la qualifier de nationale, ait abouti à tant d'impuissance, à tant de demi-mesures, à tant d'avortements?

Ah! c'est que l'obstacle, messieurs, ce n'est pas, comme le dit M. Delafosse, le cabinet: l'obstacle, c'est la fragilité des cabinets. (Vifs applaudissements au centre et à gauche.) || Ce n'est pas la volonté, ce n'est pas la clairvoyance qui a manqué aux différents cabinets dans cette question; c'est le temps, c'est la durée, c'est la vie, sans laquelle on ne fait rien, surtout dans les affaires extérieures. || Je crois que voilà la vraie leçon à tirer de la lecture de ce livre d'histoire que je me fais honneur de vous avoir donné. C'était cependant une grande anomalie . . . (Interruptions sur divers bancs), cela ne s'était jamais fait dans aucun pays, de verser sur le bureau des Chambres

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

tout ce que contiennent les archives d'un ministère. || Puisque nous avons fait l'histoire vivante, sachons en comprendre les enseignements. || Bien qu'il s'agisse dans cette affaire d'un intérêt beaucoup plus grave, beaucoup plus élevé que l'intérêt ministériel, je suis pourtant forcé de suivre les adversaires du projet de loi, ceux qui vous convient au rejet du crédit, sur le terrain qu'ils ont choisi. || Je suis obligé de défendre le cabinet que j'ai l'honneur de présider, non pas contre toutes les accusations et toutes les récriminations dont il a été l'objet, mais contre les principaux griefs, contre ceux qu'on peut en réalité considérer comme graves; et c'est parce qu'ils seraient graves, s'ils étaient justifiés, que je vous demande la permission de m'en expliquer.

La principale accusation qu'on ait formulée contre le cabinet est celle-ci: je ne l'affaiblis pas; selon mon habitude, je vais droit à l'objection: La faute du cabinet, c'est d'avoir entretenu — on ne dit pas de mauvaise foi, — mais enfin d'avoir entretenu, sciemment ou inconsciemment, dans l'esprit de cette Chambre des illusions sur plusieurs points très importants: sur les prétentions de la Chine et sur son rôle éventuel, sur son intervention possible. || Voilà, je crois, les deux principales objections autour desquelles tous les autres griefs viennent se ranger pour les fortifier; c'est là le fond du débat. || Eh bien, je trouve cette accusation vraiment injuste et mal fondée. || Il est tout à fait injuste, il n'est pas conforme à la vérité de dire que le Gouvernement, que le ministre des Affaires étrangères qui a porté le poids de ces nombreuses discussions, — il n'y en a pas eu moins de cinq depuis le mois de mars dernier, — a cherché à entretenir dans l'esprit de la Chambre des illusions sur les prétentions de la Chine. Relisez, messieurs, les discussions qui ont eu lieu au Sénat le 13 mars, à la Chambre le 15 mai pour le vote du crédit, au Sénat le 2 juin sur une question de M. de Saint-Vallier, à la Chambre le 10 juillet sur l'interpellation de M. Granet; — je ne parle pas des débats du 30 et du 31 octobre où il a été amplement question de la Chine et où déjà le grief que je viens de rapporter s'est produit par la bouche de M. Granet et de M. Clémenceau. || Dans ces discussions, dont je ne fais que rappeler les dates, il a été principalement, sinon exclusivement parlé des prétentions de la Chine. Reportez-vous à la séance du Sénat du 13 mars 1883; c'est à une question de M. de Saint-Vallier que répond l'honorable M. Challemel-Lacour. || M. de Saint-Vallier insistait précisément sur le bruit qui s'était fait relativement à la suzeraineté revendiquée par la Chine et aux difficultés qui en résulteraient pour nous dans le cas où nous voudrions donner suite à notre projet d'occupation. Est-ce que M. Challemel-Lacour a nié les prétentions de la Chine? Il en a présenté, au contraire, le tableau: || "L'article principal du traité de 1874, celui qui déclare la souveraineté indépendante du roi d'Annam, a été enfreint ouvertement, puisque, à plus d'une reprise, le roi d'Annam, avec une sorte d'ostentation, s'est reconnu le vassal de l'empire chinois; non seulement il a reconnu cette vassalité, mais il est établi aujourd'hui que les bandes chinoises qui ont franchi la frontière du Tonkin, l'ont franchie, ou de l'assen-

timent du roi d'Annam, ou même à son instigation . . ." || Et un peu plus loin: "Vers 1881, la Chine éleva des prétentions que nous ne pouvions admettre. Simulant des inquiétudes qu'ils ne pouvaient éprouver, nous prêtant des projets de conquête invraisemblables ou plutôt d'une absurdité manifeste, bien sûrs, d'ailleurs, de ne point contrarier les désirs du roi d'Annam, les gouverneurs des provinces méridionales de la Chine firent passer dans le Tonkin des détachements armés plus ou moins nombreux qui entraient, se retiraient, disparaissaient, selon qu'on nous attribuait une résolution plus ou moins arrêtée d'asseoir définitivement notre autorité dans le pays." || Je vous demande, messieurs, si on pouvait parler avec une plus entière franchise des incidents qui se passaient, de cette vassalité qui se manifestait par des actes de soumission, et de cette intervention qui se traduisait par des entrées de soldats plus ou moins réguliers. Et le 15 mai, à la Chambre des députés, j'en appele à M. Delafosse lui-même, qui portait la parole...

*M. Jules Delafosse.* Que m'a-t-on répondu?

*M. le président du conseil.* La discussion portait sur les prétentions de la Chine, sur cette suzeraineté, sur les tentatives de toute nature dont cette prétendue suzeraineté est l'occasion. || Et le ministre expose à la Chambre les prétentions du Gouvernement chinois; il parle des droits de suzeraineté que la Chine revendique sur l'Annam; il en rappelle les manifestations diverses, les échanges de cadeaux, mais il conclut en disant que nous ne pouvons plus tolérer de telles prétentions. || La discussion ne porte que sur ce point. Loin de cacher les prétentions de la Chine, on vous les expose, on les discute, on les réfute, et, je crois, quant à moi, victorieusement. || Dans la même séance, M. Georges Perin, très compétent dans ces matières, revient sur la question des prétentions de la Chine. Cet orateur, toutes les fois qu'il a pris la parole à propos de cette question, a, avec beaucoup de raison, argumenté des prétentions de la Chine pour dire aux différents Gouvernements en face desquels il s'est trouvé: Il y a là un danger auquel il faut prendre garde. || On discute là-dessus; M. Challemel-Lacour parle à son tour et réfute les prétentions de la Chine. Il dit qu'il ne croit pas que la Chine pousse ses prétentions jusqu'à une intervention active . . . (Ah! ah! à gauche); mais il ne les dissimule en aucune manière; il les discute et les réfute. || Je m'explique sur ce premier grief qui consiste à nous reprocher d'avoir entretenu des illusions sur les prétentions de la Chine, et fait croire à la Chambre, comme le disait hier M. Camille Pelletan, que ces prétentions étaient absolument surannées, qu'elles étaient renfermées dans un droit historique, et qu'elles ne se manifesteraient pas. On ne vous en a pas dissimulé les manifestations, seulement on les a discutées, on les a réfutées. Si vous voulez me permettre de suivre l'ordre naturel et logique de ma discussion, nous arriverons tout à l'heure à ce grief tiré de ce que M. Challemel-Lacour n'aurait pas vu avec assez d'effroi les prétentions chinoises et les aurait considérées avec une trop grande confiance; nous nous en expliquerons dans un instant. || Je veux seulement rappeler qu'il fut encore question de ces mêmes prétentions chinoises dans la séance du

No. 8174. Frankreich. 10 Dec. 1883.

24 mai 1883, et qu'au Sénat, dans la séance du 2 juin, une question était posée par M. de Saint-Vallier en ces termes: "L'opinion publique se préoccupe des dangers d'une guerre avec la Chine." M. de Saint-Vallier provoque des explications sur la rupture des pourparlers entamés par M. Bourée; et alors a lieu devant le Sénat la première discussion sur le projet Bourée, discussion dont il est tout à fait inutile de résumer les principaux traits; je crois que la Chambre, sur tout ce qui touche au traité Bourée, est absolument saturée d'explications, et qu'il n'y a pas lieu de lui en donner de nouvelles. (Assentiment.) || Ce sont encore les prétentions de la Chine et le danger chinois qui servent de thème à la discussion qui a eu lieu ici le 10 juillet 1883, sur l'interpellation de M. Granet, et, enfin, il en est encore question tout au long — ce souvenir est encore trop présent à votre esprit pour que j'y insiste — dans les séances du 30 et du 31 octobre 1883. || Ainsi, il est véritablement excessif de répéter, comme on s'obstine à le faire, que le ministre des Affaires étrangères a cherché à dissimuler à la Chambre les prétentions de la Chine; il n'a été question que de cela depuis six mois. || On dit encore: Le Gouvernement, le ministre des Affaires étrangères ont toujours envisagé ces prétentions chinoises avec trop de confiance; ils ont dit à la Chambre: Elles n'aboutiront pas, elles n'aboutiront jamais à une rupture diplomatique. || Sur ce point, les événements peuvent seuls prononcer. Nous ne sommes en aucune façon en état de rupture diplomatique avec la Chine, puisque nous négocions avec elle; mais enfin, je veux, pour les besoins de l'argumentation, concéder que le ministre n'aurait pas assez cru à l'intervention effective de la Chine. Qu'importe cette opinion? Il est permis de se tromper sur les événements futurs et on ne peut pas exiger du ministre d'être prophète. || Qu'importe qu'il ait eu cette opinion, que quelques-uns trouvent excessive et trop confiante, si toute sa conduite a été celle d'un ministre qui aurait cru à l'intervention de la Chine? Et c'est là la vérité, messieurs. || La vérité, c'est que le cabinet ne mérite pas le reproche que lui adressait hier l'honorable M. Camille Pelletan sous cette forme piquante: "Vous avez fait la politique de la quantité négligeable." Nous n'avons jamais fait cette politique-là avec la Chine. (Interruptions à l'extrême gauche.) — — —

Eh bien, le Gouvernement n'a pas fait cette politique. Il n'a jamais traité la comme une quantité négligeable; il l'a traitée comme une très grande puissance, Chine comme une puissance civilisée. (Interruptions sur divers bancs à l'extrême gauche et à droite.).

*M. le comte de Lanjuinais.* Ce n'est pas comme cela que l'a traitée M. Challemel-Lacour.

*M. le président du conseil.* Il l'a traitée comme il eût fait d'une grande puissance européenne, — et il n'en éprouve nul regret, — comme une puissance européenne raisonnable, obéissant à ses intérêts, non à ses passions. Il a toujours considéré qu'il y avait au point de vue de la situation réciproque de la Chine et de la France dans l'Annam plusieurs terrains de conciliation; que les deux nations n'avaient pas en face d'elles une de ces oppositions d'intér-

êts irréductibles qui jettent fatalement une nation contre une autre; que le terrain de la transaction était facile à trouver. Et si vous voulez faire l'histoire véridique des négociations, vous verrez que pendant plusieurs mois on s'est évertué, fatigué, à essayer l'un après l'autre de tous les systèmes de conciliation. Avec la Chine on a tout tenté, les arrangements definitifs, les arrangements provisoires, les conventions, les règlements de frontières, les rectifications de frontières, les *modus vivendi;* on n'a pas même refusé de traiter avec elle de la suzeraineté, et de chercher s'il n'y avait pas sur un terrain aussi délicat un moyen d'accommodement. || Qui a fait cela? Messieurs, c'est ce cabinet, et le ministre des affaires étrangères. || Il est vraiment remarquable que, grâce à la discussion des journaux, il se forme des idées qui prennent possession de l'esprit public avec une rapidité effrayante. Beaucoup de personnes, beaucoup de lecteurs de journaux, j'en suis convaincu, se représentent le cabinet que j'ai l'honneur de présider, et la direction donnée aux affaires étrangères par l'honorable M. Challemel-Lacour, comme révélant un parti-pris de guerroyer à outrance, de ne point arranger les affaires; on nous dépeint sous les fausses couleurs d'un cabinet brutal, agressif, intransigeant. (Rires et applaudissements à gauche et au centre.) || Mais, messieurs, nous avons été le plus transigeant des cabinets dans les affaires de Chine! || Savez-vous où en étaient les relations avec la Chine quand l'honorable M. Challemel-Lacour a pris possession du ministère du quai d'Orsay? On ne causait plus jamais de l'Annam avec elle, on n'avait aucune conversation avec son ministre; c'est l'honorable M. de Freycinet qui avait consigné à la fois et la diplomatie chinoise et son représentant.

*M. René Goblet.* Six mois auparavant!

*M. le président du conseil.* Je ne lui en fais aucun reproche; je ne discute pas le parti qu'il avait cru devoir prendre; mais je fais remarquer que telle était la situation quand nous avons pris les affaires, et que le premier acte de ce cabinet qui ne veut pas transiger, dit-on, qui fait la politique de la quantité négligeable avec la Chine, a été de reprendre les pourparlers diplomatiques et les conférences avec le marquis Tseng. || J'affirme donc que nous avons fait à ce désir d'arrangement toutes les concessions qui sont dans l'esprit de cette Chambre et du pays, et même des concessions que nous n'aurions jamais faites à un Etat européen. Nous n'avons pas cru qu'avec l'empire chinois nous dussions nous retrancher dans une inflexibilité qui pourrait être à sa place vis-à-vis des États d'Europe; nous avons fait de très grands sacrifices; tous les sacrifices qui sont compatibles avec l'honneur, nous les aurions consentis d'avance: je vais le montrer tout à l'heure. Nous avons même fait à ce désir de conciliation un sacrifice d'une valeur particulière.

L'honorable M. Pelletan, avec beaucoup d'amertume, nous faisait l'autre jour ce reproche: "La grande lacune du *Livre jaune*, disait-il, c'est l'absence complète du traité de Hué." Et j'ai entendu dans la commission devant laquelle j'ai eu l'honneur de m'expliquer, et sur ces bancs, plusieurs de nos collègues dire ici: "Mais pourquoi donc ne parle-t-on pas du traité de Hué?"

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

Messieurs, c'est dans une pensée toute politique, toute conciliante, toute diplomatique, que nous avons réservé le traité de Huć; il est là; nous ne vous l'avons pas présenté, parce que nous estimions avoir le droit de choisir le moment opportun pour vous en demander la ratification; nous ne vous l'avons pas encore demandée pour ne pas jeter dans une affaire déjà difficile une complication de plus. (Très bien! très bien! à gauche et au centre.). Le traité de Huć se rattache à une situation déterminée; mais il peut recevoir lui-même des restrictions et des amendements, si cette situation déterminée doit faire place à une situation plus limitée et plus restreinte. (Nouvelle approbation sur les mêmes bancs.) On nous a fait une objection qui n'est pas bien forte: et, d'ailleurs, elle a déjà été réfutée. On a dit: "Mais on exécute ce traité dans sa partie la plus efficace. On a obtenu du roi d'Annam qu'il envoyât l'ordre aux mandarins de cesser de nous combattre dans les provinces." L'ordre a été exécuté pendant quelque temps avec une certaine fidélité. Je crois qu'on ne l'exécute plus beaucoup aujourd'hui, et je le regrette fort. Mais je fais remarquer que le traité de Huć a, dans cette partie, tout à fait le caractère d'une convention militaire et qu'il n'est autre chose que le développement du traité de 1874 et son application loyale. Donc, ce qu'on appelle l'exécution partielle du traité de Huć est simplement l'exécution du traité de 1874.

*M. Clémenceau.* Plus l'annexion d'une province!

*M. le président du conseil.* Vous savez bien qu'il n'y a pas d'annexion de province valable sans le consentement du Parlement. Oh! je sais! vous avez vu une ligne dans une lettre de M. le ministre de la marine adressée à M. Harmand.

*M. Georges Brame.* Quelle ligne?

*M. le président du conseil.* Si vos procédés de polémique ne consistent qu'à prendre une ligne du *Livre jaune* pour en tirer un argument, il ne serait plus possible de déposer un *Livre jaune* devant la Chambre (Réclamations à l'extrême gauche. — Très bien! très bien! à gauche et au centre.) Un grand personnage historique disait qu'il suffisait de trois lignes d'un homme pour le faire pendre. (Exclamations à l'extrême gauche.) Il suffirait, selon vous, de trois lignes d'une dépêche pour dresser un acte d'accusation! Je dis et je répète qu'il n'y a pas eu d'annexion; d'ailleurs, il n'y en a pas de valable sans votre intervention.

*M. Georges Perin.* Il y a eu le projet d'annexion d'une province!

*M. le président du conseil.* Ce projet ne peut recevoir son exécution qu'avec votre agrément . . .

*M. Georges Perin.* Oui!

*Un membre.* Mais le conseil colonial en a délibéré!

*M. le président du conseil.* . . . et il y a des probabilités pour que le Gouvernement, le ministre des Affaires étrangères, s'il reste dans ses mains, ne vous le présente pas. || Messieurs, je croyais qu'il n'était pas nécessaire de donner tant d'explications sur l'absence du traité de Huć. (Exclamations à

l'extrême gauche et à droite.) Je croyais que la perspicacité de mes honorables collègues de l'extrême gauche aurait bien pu leur faire découvrir la raison de cette lacune, sans que je fusse obligé de la leur révéler. C'est par sagesse, pour conserver toute votre liberté d'action, que nous l'avons laissé sommeiller . . . (Applaudissements à gauche et au centre. — Interruptions à l'extrême gauche.)

*M. Georges Perin.* Il ne fallait pas en faire un argument!

*M. le président du conseil.* Je ne peux pas dire un mot sans que M. Perin m'interrompe. || Messieurs, la démonstration qui ressort avec éclat de la lecture du *Livre jaune*, c'est celle de notre volonté persistante, patiente, et patiente jusqu'à l'ingéniosité, en face des prétentions de la Chine, de notre ferme volonté de trouver un terrain d'arrangement avec elle.

Quelle a été, en retour, l'attitude de la diplomatie chinoise? || Cette diplomatie a parcouru, comme nos négociations elles-mêmes, trois phases. La première, c'est l'époque des négociations de M. Bourée; la seconde phase, c'est l'époque des négociations de M. Tricou, qui a immédiatement remplacé M. Bourée, avec un mandat de conciliation des plus étendus, comme vous allez le voir; et la troisième phase, ce sont les négociations poursuivies ici entre le marquis Tseng, l'honorable M. Challemel-Lacour et moi. || Eh bien! ces trois périodes de négociations présentent toutes le même caractère. || A chacune d'elles, vous voyez la diplomatie chinoise, qui est une diplomatie très habile et très subtile, s'empresser de tendre la main au négociateur français pour l'attirer sur son terrain à elle et pour l'arracher à ce premier terrain si solide que M. Bourée, hélas! a été le premier à abandonner: celui où l'on se cantonnait pour dire à la Chine: "Les affaires de l'Annam, nous ne voulons pas les traiter avec vous; traitez-les avec l'Annam si vous voulez, mais nous, nous ne pouvons pas traiter de l'Annam avec la Chine." || C'était une forteresse inexpugnable, et je voudrais, à tous les éloges que l'on a donnés à l'honorable amiral Jauréguiberry, ajouter en un de plus, en vous priant de vous reporter à la seconde page du second volume du *Livre jaune*. Vous y lirez une dépêche bien clairvoyante, bien pénétrante, bien perspicace de l'honorable amiral, auquel M. Duclerc venait de communiquer la dépêche de M. Bourée, cette fameuse dépêche qui disait: "Tout est a rangé reconnaissance de nos droits, etc." || A cette dépêche, qui était absolument contraire à la réalité d'un bout à l'autre, mais par son inexactitude même si tentante, l'amiral Jauréguiberry répondait avec son ferme bon sens: "Prenez garde! Je ne sais pas quels peuvent être ces arrangements; mais, dans tous les cas, c'est une politique nouvelle qui commence. On traite à Pékin les affaires de l'Annam." C'est là, en effet, le but qu'a poursuivi dans ses négociations la diplomatie chinoise: amener à Pékin la discussion des affaires de l'Annam. On avait donc commencé cette discussion à Pékin, puisque M. Bourée l'y avait transportée; et il n'était pas commode au Gouvernement, qui la trouvait souverainement imprudente, de chercher à s'en dégager; nous étions dans un étau, dans un engrenage; il fallait continuer à dicuter à

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

Pékin les affaires de l'Annam. || La Chine ayant attiré les négociateurs français sur le terrain qui est le sien, y reste, elle consent à discuter. On va généralement jusqu'à poser des bases de négociations; on a soin de faire écrire le négociateur français sans jamais écrire rien soi-même; puis, au bout d'un certain temps, on se dérobe à l'abri d'une surenchère tout à fait inattendue. Lorsqu'on lui offre une convention relative à la délimitation des frontières, le Gouvernement chinois demande une zone neutre; puis, dès qu'on parle d'une zone neutre, il réclame une annexion. Tel est le trait particulier de la diplomatie chinoise pendant toute cette période. Je n'ai pas besoin de vous rappeler que c'est ainsi qu'elle s'est comportée vis-à-vis de M. Bourée, afin d'obtenir de lui ce mémorandum qu'il a commis la faute de laisser entre ses mains. Puis, les bases posées, au moment où le négociateur se flattait d'avoir résolu ce grand problème national de pacification définitive entre la France et la Chine, voici qu'on lui fait parvenir des contre-propositions tout à fait opposées aux propositions contenues dans le mémorandum, et, de plus, c'est M. Bourée qui nous le révèle, ces propositions sont conçues dans un langage discourtois. Voilà l'histoire de M. Bourée. || Mais, messieurs, il y a une autre négociation qui a été suivie à Shang-Hai et à Pékin avec moins de candeur que la précédente, mais qui a eu le même sort; seulement, l'honorable M. Tricou a eu le mérite de voir plus clair que son prédécesseur dans le jeu chinois. Je tiens beaucoup à vous faire connaître l'histoire de cette négociation de M. Tricou; on en a beaucoup parlé, et on a cherché à donner à cet agent français une attitude si contraire aux dépêches et aux faits que je dois au moins rétablir la vérité en sa faveur. || M. Tricou n'est pas du tout un de ces négociateurs à la Mentschikoff qui viennent, appuyés de forces militaires, imposer des résolutions à un État asiatique. Non. Il a été, au contraire, un négociateur dans le sens véritablement du terme, un conciliateur. || Il s'est entretenu avec Li-Hong-Chang, comme l'avait fait M. Bourée, et il a cru, lui aussi, avoir trouvé une base de négociations; mais elle a été bientôt abandonnée par le plénipotentiaire chinois. || Il faut vous raconter cela, messieurs, avec quelques détails, et je ne trouve rien de mieux à faire qu'une citation. || Je vous demande pardon de la longueur de la lecture; mais vraiment je crois que vous aurez entendu toute cette curieuse pièce. Il n'y a pas de mise en scène de la diplomatie de la Chine, dans la situation où nous sommes, qui soit plus instructive que cette dépêche. Je l'abrégerai du reste autant que je pourrai. (Lisez! lisez!) || M. Tricou est arrivé, comme vous le savez, le 6 juin à Sang-Haï. Le Gouvernement chinois avait été averti par une dépêche des plus formelles que le rappel de M. Bourée ne tenait nullement à un changement d'intentions de la part du Gouvernement français, et que, si cet agent avait perdu la confiance du Gouvernement français, on l'avait immédiatement remplacé par un autre agent porteur de propositions et d'instructions également très conciliantes. Voici cette, dépêche: || "Dès le jour de mon arrivée, je fis au vice-roi une visite de courtoisie."

La situation pouvait paraître assez menaçante, parce que nous venions d'apprendre que le vice-roi du Pé-Tché-Li, Li-Hong-Tchang, aurait été chargé par le Gouvernement chinois du commandement des provinces du Sud et qu'il devait se rendre à Canton, ce qui semblait indiquer une agression contre le Tonkin et une menace contre la France.

„Il me rendit ma visite immédiatement le 7; et, comme il paraissait avoir hâte d'aborder la question de l'Annam et du Tonkin, je lui demandai s'il était pourvu des pouvoirs nécessaires, insinuant discrètement qu'à en croire la rumeur publique, il venait d'être nommé commandant en chef des trois provinces du Kouang-Tong, du Kouang-Si et du Yun-nan. || Il me répondit, non sans quelque embarras, que cette nomination n'avait pas paru dans la *Gazette officielle* de Pékin; qu'il avait toujours qualité pour conférer avec les ministres étrangers, et que ma situation vis-à-vis de lui serait exactement la même que celle que je pourrais avoir vis-à-vis du Tsong-Li-Yamen. Je lui témoignai alors que le rappel de M. Bourée n'impliquait aucune pensée de rupture et que nous restions animés envers la Chine des mêmes sentiments de bienveillance que par le passé. J'ajoutai que nous n'avions sur l'Annam aucune vue de conquête, et que l'oeuvre que nous poursuivions au Tonkin ne changerait rien à la situation créée dès 1874. Nous n'avions qu'un but: venger notre honneur, gravement atteint par les douloureux événements d'Hanoï, et rétablir la sécurité et l'ordre dans un pays profondément troublé. C'était un double devoir qui s'imposait à nous et auquel nous ne faillirions pas. Nous avions lieu de compter que, rassurée sur nos intentions, la cour de Pékin ne mettrait aucune entrave à notre marche militaire et à l'exercice de notre protectorat. || Après m'avoir remercié des témoignages que je venais de lui transmettre au nom de mon gouvernement, Li-Hong-Chang m'affirma que la Chine n'avait pas l'intention de mettre obstacle à notre entreprise. "Ni directement, ni indirectement?" lui dis-je en insistant sur ce dernier mot. — "Ni directement, ni indirectement, répéta-t-il assez bas."

Je dois dire, messieurs, que c'est absolument le même langage que me tenait, quelques jours après, M. le marquis Tseng au ministère des Affaires étrangères.

"Il est donc avéré, continuait M. Tricou, que les Chinois qui nous combattent ne sont que des brigands et nous sommes autorisés à les traiter comme tels." Il y eut une pose. Le vice-roi reprit: "Ne pourrions-nous pas trouver un *modus vivendi*, un accommodement qui permettrait de mettre fin à cette regrettable situation? La question qui nous divise surtout est celle de la suzeraineté. C'est un droit que nous possédons de temps immémorial et que nous ne pourrions abandonner sans perdre notre force, c'est-à-dire sans nous discréditer aux yeux des populations de l'empire. — Ecartons, lui répondis-je, cette question, puisqu'elle nous divise. La France n'a nullement l'intention de blesser les susceptibilités d'une puissance amie: elle n'a pas à vous demander de renoncer à des prétentions que nous ne saurions reconnaître. Elle vous laissera même volontiers dans

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

une créance qu'elle ne peut vous enlever, pourvu que cette créance ne se manifeste par aucun acte d'hostilité ou d'immixtion. Nous sommes prêts à rechercher de bonne foi et sans arrière-pensée des bases d'arrangement compatibles avec les intérêts et la dignité des deux pays. Il nous serait aisé, ce me semble, d'en trouver les éléments dans les rapports de bon voisinage que doit nécessairement créer notre établissement au Tonkin." Li parut en convenir et me dit que nous en recauserions. Nous nous séparâmes de la manière la plus amicale."

Et, en effet, le ton amical dominait dans ces premiers pourparlers. Car immédiatement les journaux officieux de Li-Hong-Chang annoçaient que Li-Hong-Chang n'allait nullement à Canton, qu'il ne prenait pas le commandement des provinces du Sud et qu'il donnait l'ordre de licencier les volontaires qu'on avait levés et envoyés sur les frontières de l'Annam. || Voilà donc une première solution, une première espérance; on va probablement s'arranger. Il n'en fut rien.

"Cette impression, continue M. Tricou, devait être de courte durée. Dès le 11, les journaux chinois de Shang-Haï reproduisaient une sorte de memorandum dans lequel la cour de Pékin, revendiquant hautement ses droits de suzeraineté sur l'Annam, declarait repousser le traité de 1874 et les droits qui en découlent. On faisait répandre en même temps un manifeste attribué au chef des Pavillons-noirs, véritable défi jeté au Gouvernement de la République. Ce document était l'oeuvre de Ma-Kien-Tchong, secrétaire et confident du vice-roi. Quelle pouvait être la cause de cette soudaine évolution? — Était-ce le contre-coup de la campagne peu diplomatique que le marquis Tseng menait alors dans la presse de Londres? — Je l'ignore. Toujours est-il qu'un changement manifeste se produisait dans le ton, les allures et les procédés."

En effet, le 17, M. Tricou se rend chez le vice-roi du Pé-Tché-Li; il le trouve assez froid, et Li-Hong-Chang lui déclare "qu'il n'a plus de pouvoirs."

Or, messieurs, presque à la même date, car c'était le 21 juin, au quai d'Orsay, j'avais l'honneur de recevoir, pendant un *interim*, M. le ministre de Chine, et il me déclarait qu'il n'avait pas de pouvoirs, que les pouvoirs étaient entre les mains de Li-Hong-Chang . . .

*Plusieurs membres à droite.* Ils vous ont joués!

*M. le président du conseil* . . . . . Et cela précisément à la même date où Li-Hong-Chang disait à M. Tricou que le marquis Tseng avait les pouvoirs à Paris.

"Je n'ai plus de pouvoirs, disait Li-Hong-Chang à M. Tricou; ils sont entre les mains du marquis Tseng. Tout ce que je peux vous dire, c'est que nous n'avons jamais reconnu et que nous ne reconnaîtrons jamais le traité de 1874. — Nous ne vous demandons pas et nous ne vous avons jamais demandé, repliquai-je, de reconnaître cet instrument diplomatique; il existe et cela nous suffit. Il vous a été communiqué en 1875, et vous l'avez virtuellement reconnu, en rappelant, sur notre demande, les bandes chinoises qui oc-

cupaient le territoire tonkinois. Ce que nous vous demandions à cette époque, nous sommes en droit de vous le demander encore aujourd'hui, et vous ne sauriez nous le refuser sans soutenir contre nous un brigandage organisé. Or, vous n'ignorez pas que toute assistance occulte peut faire naître, à chaque instant, un *casus belli* que nous devons avoir tous deux à coeur de conjurer.'

Voilà la phrase sur le *casus belli* qui, vous le voyez, n'a pas le caractère qu'on lui a prêté dans certaines polémiques.

Le vice-roi ne répondit pas grand'chose; mais, le soir même, il donnait ordre, par le télégraphe, au marquis Tseng, de se rendre au ministère des Affaires étrangères. Vous lirez, messieurs, le récit de cette entrevue. || Le marquis Tseng venait nous trouver pour nous dire: "On nous soupçonne de donner une assistance réelle aux Pavillons-noirs, c'est une véritable calomnie. Il y a peut-être, et très probablement, des Chinois dans les Pavillons noirs; peut-être y trouverait-on des réguliers chinois qui sont des déserteurs; mais nous n'entendons donner aux Pavillons noirs ni assistance occulte, ni assistance ouverte, disait le marquis, cela va de soi, puisque nous sommes en paix avec la France. || "Mais je suis ici pour vous attester que nous sommes absolument résolus à ne prêter aucune assistance occulte, et tout ce qui sera dit dans ce sens sera une calomnie contre le Gouvernement impérial."

Sous les auspices de cette déclaration, que j'ai enregistrée, dont j'ai pris acte, j'ai dit comme M. Tricou: Si l'on trouve des Chinois parmi les Pavillons-noirs, ce seront des pillards, ils seront traités comme tels, et on n'aura rien à dire. Le marquis n'a rien objecté; et, à la suite de ce témoignage d'empressement et de cordialité, une conversation, je que vous prierai de relire, s'engage entre nous, dans laquelle vous verrez trait pour trait passer sous vos yeux les différents incidents des premiers entretiens de M. Tricou avec Li-Hong-Chang: protestations de loyauté de la part de la Chine, déclarations qu'elle ne veut, ni directement ni indirectement, nous empêcher de faire nos affaires au Tonkin; adhésion à mon observation, que la Chine devait bien reconnaître que les choses avaient un peu changé pour la France depuis le massacre de Rivière et de ses compagnons; et M. le marquis Tseng de nous dire: Nous comprenons que vous avez votre honneur à venger; mais ne pourrait-on pas vous donner le prix du sang? Sur quoi, je lui répondis: Vous connaissez trop bien la France pour ne pas savoir comme elle entend l'honneur militaire. C'est l'Annam seul qui doit être responsable dans cette affaire; car l'Annam a été de mauvaise foi, et ce sont des troupes soldées par l'Annam qui ont tué le commandant Rivière; c'est donc lui qui devra payer le prix du sang. M. le marquis Tseng écoutait ces observations, y donnait son approbation, et il me quittait en me disant: "Dépêchez-vous de télégraphier cela à M. Tricou, pour qu'il le dise à Li-Hong-Chang."

"Le soir même, reprend M. Tricou, qui, vous le voyez, était bien informé, le soir même Li-Hong-Chang invitait le marquis Tseng à aller vous trouver pour faire les déclarations contenues dans le télégramme du 22 mai; le mar-

No. 8571. Frankreich. 10. Dec. 88.

quis avait l'ordre, dans le cas où Votre Excellence chercherait à convertir ces déclarations en arrangement, d'alléguer comme échappatoire que ce n'était pas lui, mais bien le vice-roi qui était porteur des pleins pouvoirs."

Et c'est précisément, vous l'avez vu encore, ce qui s'était passé entre nous. Ainsi, on nous renvoie de Shang-Haï à Paris et de Paris á Shang-Haï.

"Je laissai s'écouler quelques jours, continue M. Tricou, pour ne pas envenimer une situation qu'on feignait de vouloir tendre ici, pendant qu'on travaillait à l'adoucir en France. Le 29, je fus avisé, par un de ses familiers, que Li s'était gracieusement enquis de l'état de ma santé, et je me rendis chez lui le lendemain. Cette fois, son accueil fut plein d'affabilité. Je profitai de cette occurrence pour lui témoigner que j'avais appris avec une vive satisfaction les déclarations conciliantes que Votre Excellence avait reçues de la bouche du marquis Tseng. Il se montra fort embarrassé et prétendit qu'il n'en avait pas connaissance," et M. Tricou dit, avec raison, qu'il ne jugea pas convenable d'insister.

Cependant il ne désespère pas, il revient sur les prétentions de la Chine; il affirme que toutes les portes ne sont pas fermées. Li-Hong-Chang lui a appris que ce qui inquiétait par-dessus tout le Gouvernement chinois, c'est la prétention de la France à s'annexer l'Annam. C'est cela qui empêche tout.

M. Tricou dit alors au vice-roi: || "Ce qui semble vous inquiéter, ce sont les visées qu'on prête à la France sur l'Annam et le Tonkin. Je vous le répète, nous n'avons aucune pensée de conquête et d'annexion. — Pourriez-vous me le déclarer par écrit? — Je n'y suis pas autorisé; mais je suis convaincu que, par un sentiment de courtoisie, mon Gouvernement ne ferait nulle difficulté de déférer à votre désir, si la Chine prenait, au préalable, l'engagement de rappeler les bandes chinoises et de ne s'ingérer ni directement ni d'une manière détournée dans les affaires de l'Annam et du Tonkin."

Et alors, messieurs, la négociation prend corps pour la première fois; le vice-roi dit à M. Tricou: "Faites-moi connaître ces bases par écrit, nous les examinerons."

M. Tricou lui soumet, le 1er juillet, la proposition suivante; vous allez voir quel malheureux sort elle a rencontré.

"Le Gouvernement chinois s'engagerait à n'entraver en rien notre action militaire et civile au Tonkin et à ne porter aucune atteinte à notre situation dans l'Annam. || Le Gouvernement chinois serait prêt, une fois l'ordre rétabli, à ouvrir au commerce, par la voie du Song-Koï, les provinces méridionales de la Chine, et notamment celle du Yun-nan. || D'autre part, le Gouvernement français se déclarerait disposé, le moment venu, à conclure avec le Céleste-Empire un arrangement de nature à régler les rapports commerciaux et à sauvegarder les intérêts des résidents chinois au Tonkin. || Le Gouvernement français s'obligerait à respecter et à faire respecter la frontière chinoise, et le Gouvernement chinois prendrait, de son côté, le même engagement au regard de la frontière du Tonkin. || Le Gouvernement de la République con-

sentirait même à examiner, de concert avec la Chine, si quelque rectification de frontière ne pourrait pas être admise pour mieux assurer sa sécurité. || Au moment de la signature de l'arrangement, nous remettrions à Li une note dans laquelle nous lui témoignerions qu'en présence des engagements pris par la Chine, la France ne fait nulle difficulté de convenir qu'elle n'a pas eu en vue la conquête de l'Annam." || "Tout en faisant ses réserves sur la question de suzeraineté, que je persistai à ne pas laisser mettre sur le tapis, le vice-roi semblait agréer un projet de nature à ménager toutes les convenances. Il ne faisait d'objection que sur la question de frontières."

Que demande-t-il en fait de frontières? Il demande une zone neutre. Vous voyez ce que nous proposions en faisant un pas de plus. || Le vice-roi déclare qu'il faudrait une zone neutre; M. Tricou fait des objections; il dit que cette zone neutre offrirait beaucoup d'inconvénients, qu'elle nous mettrait immédiatement en contact avec les vagabonds de la Chine à qui cette région servirait de refuge. Il ajoutait: "Nous sommes d'ailleurs, en l'état, séparés par un assez grand espace pour être assurés de pouvoir vivre en bons voisins."

Voici maintenant un trait bien caractéristique et qui peut expliquer les diverses attitudes de la politique chinoise. Le vice-roi dit: || "Mais que va dire le Tsong-Li-Yamen, si je propose ce projet à son adoption? Je joue ma tête; vous savez le sort qui a été réservé à Tchong-Heou, plénipotentaire chargé de négocier l'affaire de Kouldja? Je ne peux qu'en référer à la cour de Pékin; mais je doute fort d'obtenir son assentiment." || "Deux jours après, je priai Li à dîner; il me fit répondre qu'il était souffrant. Il partait le lendemain pour Tien-Tsin, me faisant savoir par Ma, son secrétaire, qu'il venait d'être brusquement rappelé par le Tsong-Li-Yamen. || Le jour de son départ, les journaux annonçaient, par son ordre, que le Gourernement chinois était en mesure de compter sur la médiation d'une puissance tierce."

Ainsi finit la négociation de M. Tricou, et il termine en disant avec beaucoup de bon sens: || "A en croire certains journaux anglais, Li-Hong-Tchang aurait prétendu que je m'étais montré intraitable. || J'avoue que je n'ai pu pousser la condescendance jusqu'à lui abandonner le traité de 1874 et notre situation privilégiée dans l'Annam. Si, comme on s'est plu à le dire, je m'étais réellement montré intraitable, pourquoi la cour de Pékin n'aurait-elle pas traité avec Votre Excellence, du moment que le marquis Tseng était muni des pouvoirs nécessaires?"

Alors commence la troisième phase des pourparlers, les négociations directes à Paris. || Depuis les mois de février et de mars, époque à laquelle M. Challemel-Lacour a repris les entretiens avec M. le marquis Tseng, la Chine avait fait des réponses obscures sur tout; mais elle n'était jamais parvenue à préciser ses prétentions; elle fournit enfin la première note le 18 août; je ne veux pas vous la relire; ce sont les premières propositions de la Chine. Vous savez qu'elles étaient fort simples; elles consistaient "à nous demander de ne point porter atteinte à la position politique du royaume

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

d'Annam, de respecter les liens de vassalité qui unissent l'Annam à la Chine, d'évacuer le territoire et les villes actuellement occupées par nos troupes; elle promettait de son côté d'ouvrir le fleuve Rouge à la navigation des vaisseaux étrangers jusqu'à la hauteur de Son-Tay; pas jusqu'en Chine par conséquent. De plus, la Chine voulait bien s'engager à user de l'influence que lui conférait sa position pour faciliter le commerce sur le fleuve Rouge. Enfin, toute convention nouvelle entre la France et l'Annam devait être l'objet d'une entente avec la Chine." || Si nous avions été le ministère intraitable dont on cherche à créer la légende en quelque sorte, nous aurions rompu en présence de propositions pareilles, en face d'un Gouvernement qui nous disait:

"Vous êtes au Tonkin; vous occupez certaines places en vertu d'un traité passé depuis dix ans; vous allez évacuer toutes ces villes, toutes vos positions." || Si nous avions eu affaire à un Gouvernement européen, nous aurions considéré de telles propositions comme devant entraîner immédiatement une rupture diplomatique. Nous ne l'avons pas voulu, décidés que nous étions à pousser la patience jusqu'à ses plus extrêmes limites. Il y avait, d'ailleurs, à la fin de la dépêche une phrase qui indiquait que la Chine n'avait pas dit son dernier mot. Le marquis Tseng, en effet, "exprimait l'espoir que sa proposition serait l'objet d'une appréciation bienveillante de la part du Gouvernement français." || Eh bien! nous le prîmes au mot. Nous ne suivions pas, vous le voyez, la politique de la quantité négligeable. Nous nous sommes dit: Li-Hong-Chang a parlé d'une zone neutre, offrons cette zone neutre. || Tel est en effet l'objet de notre mémorandum du 15 septembre, que je ne crois pas utile de vous lire. Nous avons offert à la Chine de traiter sur cette double base: concession d'une zone neutre dont l'étendue serait à déterminer, et ouverture du fleuve Rouge. || Il y a même dans ce mémorandum — je tiens à le faire remarquer — une allusion très directe aux anciens rapports de vassalité qui unissent la Chine à l'Annam, à cette vieille suzeraineté qui nous semble plus platonique que réelle, et nous nous déclarions disposés à examiner s'il n'existait pas un moyen de donner satisfaction à ces traditions auxquelles la Chine paraissait tenir essentiellement et de les combiner avec notre action et nos droits dans l'Annam. || Vous savez quelle fut la réponse de la Chine. Elle nous arriva un mois après: le Gouvernement chinois, en réponse à des propositions aussi conciliantes, aussi conformes à l'intérêt des deux pays, aussi faciles à rédiger, à tracer et à réaliser sur une carte, le Gouvernement chinois, le 15 octobre, nous faisait savoir qu'en réponse à ces propositions, nous n'avions plus qu'à choisir entre les deux alternatives suivantes: ou considérer comme non avenu tout ce qui s'était passé depuis 1873 et renoncer au traité de 1874; ou bien, si nous insistions beaucoup pour obtenir la constitution d'une zone neutre, voici comment la Chine l'entendait: la zone neutre n'était plus, comme il était naturel de la considérer, un espace plus ou moins étendu, qui pourrait même être d'une très grande largeur, par exemple le pays qui sépare le delta proprement dit des frontières de la Chine: non! non! La zone neutre, suivant

No. 6174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

la Chine, il faut la chercher au sud du fleuve Rouge. Les bases d'accord que le Gouvernement chinois ne craint pas de nous offrir étaient celles-ci: La Chine s'avançait jusqu'au fleuve Rouge, occupait toute la rive gauche de ce fleuve et la zone neutre s'étendait sur l'Annam jusqu'à peu près une trentaine de lieues de Hué. || Messieurs, je demande si, soit sur les bancs de la droite, soit sur les bancs de l'extrême gauche, un seul membre de cette Assemblée aurait pu considérer ces propositions comme acceptables? (Applaudissements à gauche et au centre.) || S'il s'en peut rencontrer un seul, qu'il le dise! || Quant à nous, nous aurions été véritablement indignes de parler au nom de la France, si nous avions accepté de pareilles propositions! (Nouveaux applaudissements sur les mêmes bancs.) || Quelques jours après, le Gouvernement s'expliquait à cette tribune, et le 31 octobre, mis en demeure de préciser ses vues, de dire jusqu'où il voulait aller, ce qu'il voulait au juste faire au Tonkin, j'exposai en son nom, devant vous, messieurs, ce programme que vous n'avez pas oublié, programme modéré, restreint dans les plus étroites limites de la dignité et de l'honneur national (Très bien! très bien!), programme de sagesse et de conciliation, qui était la main tendue, on peut le dire, à de nouvelles négociations avec la Chine. (Très bien! très bien!) || Comment nous répondon? Comment nous récompense-t-on de ce nouvel effort de conciliation? Par la note du 17 novembre, qui manifeste l'attitude absolument nouvelle prise par le Gouvernement chinois. On nous fait savoir que, puisque nous avons le dessein d'aller jusqu'à Son-Tay et Bac-Ninh, — villes que nous considérons ainsi que tout le monde comme constituant les points stratégiques du delta, — il faut que nous sachions que les troupes chinoises sont „dans ces mêmes parages." C'est l'expression même de la note chinoise. || Constatons donc ce nouveau changement d'attitude de la part de la Chine. On a dit souvent, d'une manière générale, beaucoup trop générale même, qu'il y avait toujours eu des troupes chinoises au Tonkin et que le Gouvernement français n'avait pas pu ignorer ce fait. || Messieurs, il y a toujours eu des troupes chinoises à la frontière du Tonkin: c'est un fait connu, très connu, et depuis long-temps; le Gouvernement chinois ne nous le dissimulait pas, car il nous en a fait part officiellement à différentes reprises. Mais nous pouvions ne nous en considérer comme menacés que dans une mesure très restreinte; car la frontière chinoise est très éloignée du delta, et il n'y avait pas à craindre une rencontre entre les troupes chinoises qui étaient là pour garder la frontière, pour la protéger contre les brigands et les rebelles qui infestent toute la région au sud du Yun-nan, et les troupes françaises qui opéraient à Hanoï et dans les environs.

Jusqu'à cette date du 17 novembre, lorsque la Chine avait eu à s'expliquer sur la présence des troupes chinoises au Tonkin, elle avait toujours dit que ces troupes étaient là uniquement pour la garde des frontières et de cette région indécise qu'on ne pouvait laisser à elle-même, parce qu'elle servait de repaire à tous les bandits du sud de la Chine. || Voilà comment le Gouvernement chinois a toujours expliqué la présence de ces troupes. Et si vous voulez

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

vous reporter aux déclarations de 1875, lorsque M. le comte de Rochechouart notifiait à la Chine le traité de 1874, vous y verrez relatée, avec la plus grande netteté, la présence des troupes chinoises sur les frontières, mais seulement pour l'objet que je viens de dire: et cette mission remplie, les troupes devaient évacuer les frontières et rentrer dans le Yun-nan. || C'est dans les mêmes termes que s'explique le Tsong-Li-Yamen dans une communication faite à M. Bourée en octobre 1882. || M. Bourée, qui vivait dans de très bons termes avec le Tsong-Li-Yamen, fut ému de lire dans les journaux que les troupes chinoises remplissaient le Tonkin. Et comme le Tsong-Li-Yamen lui avait fait des déclarations analogues à celles du prince Kong, que je viens de rappeler, M. Bourée envoya son interprète pour avoir des explications, et le Tsong-Li-Yamen lui fit répondre: || „Ce qui se passe aujourd'hui n'est nullement en contradiction avec ce que nous disions alors. || Votre Excellence nous disant dans sa lettre qu'elle a reçu une demande d'éclaircissements du ministère des Affaires étrangères de France, nous allons, en conséquence, lui faire l'exposé détaillé des faits tels qu'ils sont actuellement. || Depuis plus de dix ans, l'Annam a été le théâtre des ravages par des rebelles, tels que Houang-Tchong-Ing et Li-Yang-Tchoï, et la Chine y a envoyé à plusieurs reprises des troupes du Kouang-Si pour y aider à l'extermination de ces rebelles. Ceux-ci ont été pacifiés; mais des bandes éparses, commandées par Tian-Ssé-Si, Lou-Tché-Ping et autres, se sont retirées dans des lieux bien défendus, d'où ils sortent sans cesse pour faire des incursions. La Chine a le devoir strict de les faire disparaître pour rendre la paix à l'Annam et assurer ses propres frontières. Aussi des troupes du Kouang-Si sont-elles, en ce moment, cantonnées dans les provinces annamites de Cao-Bang, de Lang-Son et de Bac-Ninh. || Quant au Yun-nan, cette province étant aussi limitrophe de l'Annam, quand des troubles se sont produits à Hanoï, les brigands qui se trouvaient dans le voisinage des frontières de cette province ont voulu se soulever de toutes parts. Nos troupes de Yun-nan sont alors descendues dans l'Annam, en passant par la sous-préfecture de Mon-Tsé et de Haï-Houa-Fou, et ont été camper dans la province de Tuyen-Quang, afin de coopérer à la suppression du brigandage. Mais aucun soldat chinois n'a été envoyé dans les environs immédiats de Hanoï, occupés par les troupes françaises. || Le conseil de l'empire va examiner si ce rôle, si ces fonctions sont toujours opportuns, sinon les troupes recevront incessament l'ordre de rentrer en Chine."

Eh bien! voilà comment le Gouvernement chinois a toujours expliqué, jusqu'au 17 novembre, la présence de ces troupes au Tonkin: les troupes sont sur les frontières pour combattre les brigands, et la distance est trop grande pour que les troupes chinoises puissent jamais rencontrer les troupes françaises. C'est la déclaration que fait le marquis Tseng, encore le 21 juin; car, à ce moment, il se défend même contre toute pensée de résistance occulte. || Je dois ajouter, messieurs, que ces déclarations, verbales ou écrites mais très concordantes, sont, jusqu'au 17 novembre, absolument confirmées par les faits eux-

êmes. || J'ai interrogé M. le général Bouët. J'avais le plaisir de voir ces urs-ci le commandant d'une canonnière qui a coopéré à toutes les actions ilitaires depuis l'arrivée du commandant Rivière jusqu'à la fin de septembre, tous sont d'accord pour dire, quand on leur demandait: Est-ce qu'il y a des guliers chinois? On le dit, répondent-ils, mais nous n'en avons jamais aperçu, de près ni de loin. Nous n'avons entrevu et aussi loin que notre vue pouvait rter, que ces troupes de Pavillons-noirs qui constituent d'ailleurs une bande ısez bien disciplinée, assez bien armée et avec laquelle on a fort à faire; mais s troupes chinoises, personne n'en a vu; on dit qu'il y en a, c'est un bruit i court, mais personne n'en a jamais vu. || Voilà quelle était l'attitude constante, ıditionnelle de la Chine; mais, au 17 novembre, changement complet. || L'humeur ıtreprenante et conquérante se révèle et se fait jour. || D'après la première rsion,—la version ancienne, celle de 1875 au mois de novembre 1883,—les ›upes chinoises n'étaient dans l'Annam que pour réprimer le brigandage, ıintenant elles y sont pour prendre L'Annam et les villes de Son-Tay et de ıc-Ninh. || „La maison est à moi, c'est à vous d'en sortir!" Eh bien, c'est la estion qui se pose devant la chambre!

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

La Chine a changé son attitude et assurément sans aucun droit; car le n'a absolument aucun droit à s'emparer de l'Annam. La Chine, sans droit, ıange son attitude. Je demande à la chambre, au pays, si c'est une raison ›ur nous de changer notre programme. (Applaudissements à gauche.) || Si vous voulez, messieurs, vous le direz; ce sera chose fort simple. Vous direz s'il us convient de laisser Son-Tay à la Chine, parce que la Chine le réclame ›n-Tay, jusqu'à présent repaire des Pavillons-noirs; Son-Tay, cet écueil sur ıuel tous nos efforts ont échoué; Son-Tay pour lequel Rivière est mort! Vous; sseriez Son-Tay à la Chine! Ce serait une singulière façon de venger la ›rt de Rivière. (Vifs applaudissements à gauche et au centre.)

*Plusieurs membres à l'extrême gauche.* Ce n'est pas la question!

(De nouveaux applaudissements partent des mêmes bancs, s'adressant à ›rateur.)

*M. Calla.* Le ministère avait, dès le 1er août, connaissance officielle de la ésence des troupes chinoises.

*Mr. le président du conseil.* Vous me répondrez.

Aussi, messieurs, répondant, sous la date du 30 novembre, à la communi-tion du marquis Tseng, j'ai eu l'honneur de lui écrire ceci: „Le sincère sir que nous avons d'écarter toute chance de conflit, — — — — — —

[No. 8173.]

›us laisserons accomplir librement l'oeuvre de pacification que nous sommes nus de poursuivre au Tonkin dans l'intérêt général." (Très bien! très bien!)

Messieurs, deux jours avant cette dépêche, j'avais adressé à M. le mar-is Tseng une réponse au mémorandum que vous connaissez. || Je tiens à nner connaissance de cette réponse à la chambre du haut de cette tribune; r ce mémorandum, qui est le terrain sur lequel nous nous maintenons à

No. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

l'heure qu'il est, contient, en germes, comme vous l'allez voir, tous les modes de transaction possibles. Nous sommes encore aujourd'hui disposés à reprendre les négociations sur l'une ou l'autre de ces bases, selon qu'il plaira à la Chine de choisir. || Je tiens, messieurs, à vous lire cette dépêche. Je le fais pour la chambre, je le fais pour le pays, et je le fais pour l'Europe, à laquelle l'on représente trop aisément la France comme animée d'une humeur agressive et provocante.

*M. Clémenceau.* Nous n'avons jamais dit cela!

*M. le président du conseil.* Ce n'est pas vous, personne n'a dit cela ici, mais je l'ai lu dans la presse étrangère, j'y ai lu que nous étions des provocateurs!... || Des provocateurs! Provocatrice, la civilisation quand elle cherche à ouvrir des terres qui appartiennent à la barbarie! (Applaudissements au centre et à gauche. — Exclamations ironiques à droite.) || Provocatrices, la France et l'Angleterre quand, en 1860, elles imposaient à la Chine l'ouverture d'un certain nombre de ports, et par conséquent une communication directe avec la civilisation! C'est comme cela que nous sommes provocateurs, et pas autrement! || Et vous allez voir, messieurs, si ceci est le langage d'un Gouvernement provocateur:

(Folgt No. 8170 vollständig.)

Messieurs, il y a une dernière dépêche de M. le marquis Tseng; elle n'est pas au *Livre jaune*, parce qu'elle est datée du 5 décembre. Je la fais connaître à la chambre, non pas tout entière, car c'est une longue discussion de principes, mais vous allez voir que c'est purement et simplement la répétition du mémorandum. M. le marquis Tseng discute hypothétiquement sur la valeur du traité de 1874, et termine ainsi: Le Gouvernement impérial espère que votre Excellence, comme gage de la sécurité de nos négociations, a déjà donné des ordres au commandant en chef des troupes françaises de ne faire aucune démonstration dans la direction de ces villes, qui puisse être interprétée par les troupes impériales comme une menace aux positions qu'elles occupent; car, vu la déclaration formelle contenue dans le mémorandum chinois, mon Gouvernement ne saurait concilier une pareille démonstration avec le désir tant de fois réitéré de conserver la paix entre nos deux pays." || Je me propose de répondre à cette dépêche, que l'on peut arrêter le mouvement des troupes et consentir à une proposition d'armistice quand on se trouve en présence d'une base sérieuse de négociations; mais, comme la Chine n'offre aucune base de négociations,—et je crois que la démonstration sur ce point est amplement faite,—il n'y a pas lieu, soit de faire revenir M. l'amiral Courbet, s'il est dans quelqu'une des places dont il s'agit, soit d'arrêter la marche de nos troupes. Ce ne serait pas l'oeuvre d'un Gouvernement avisé et prudent. (Applaudissements au centre. — Exclamations à l'extrême gauche et à droite.)

*M. Clémenceau.* C'est la guerre alors? Il faut demander des soldats et des crédits, mais ne faites pas massacrer nos soldats un à un!

*M. Georges Roche.* Alors vous déclarez la guerre! Eh bien! demandez ngt-cinq ou trente millions pour la faire.

*Plusieurs membres à gauche.* C'est la guerre!

*M. Clémenceau.* C'est la conclusion de ce qui vient d'être dit par le ésident du conseil. (Agitation.)

*M. le président du conseil.* Messieurs, veuillez me permettre d'achever. oilà l'oeuvre diplomatique du cabinet. Si vous croyez qu'une autre conduite rait conciliable avec l'honneur de notre pays, avec le prestige de nos armes de notre pavillon dans l'extrême Orient, avec notre considération dans le onde et avec la sécurité de notre province de la Cochinchine, dites-le, mais tes-le clairement. (Très bien! et applaudissents au centre.)

*M. Clémenceau.* Il faut que ceux qui applaudissement le disent clairement.

*M. le président du conseil.* Voilà l'action diplomatique, qui n'est pas rminée, messieurs; il n'y a point de rupture, il y a des négociations... (Exmations à l'extrême gauche et à droite), et vous désespérez trop vite de ır succès. (Interruptions et mouvements divers.)

*M. Brierre.* Vous venez de déclarer la guerre du haut de la tribune ruit prolongé.)

*M. le président.* Veuillez faire silence, messieurs, et permettre à M. le inistre des Affaires étrangères de continuer ses observations.

*M. le président du conseil.* J'ai, en terminant, à m'expliquer sur l'action litaire. Je réponds aux différentes questions qui on été posées. || On nous dit: „Où va cette action militaire? Jusqu'où vous proposez-vous de l'enger? Quelles seront ses limites?" Je réponds très nettement qu'il n'y a en de changé au programme que j'ai exposé à la tribune le 31 octobre et i a été ratifié par la Chambre à une majorité de 325 voix. C'est d'une tion limitée, localisée, circonscrite géographiquement, comme je l'ai dit à la ibune, qu'il s'agit, et pas d'autre chose. Nous voulons être forts dans le elta, nous voulons en tenir les points stratégiques, pourquoi? Parce que, rsque nous serons forts, nous aurons la certitude de pouvoir négocier (Très en!); parce que, pour négocier avec le Gouvernement impérial, il nous semble 'il faut lui démontrer que la France n'est pas décidée à se retirer incessmment devant lui. (Très bien! au centre.) || Nous croyons qu'une démonstran de cette nature est désormais le préalable nécessaire de toute négociation rieuse, et nous sommes convaincus que la reprise des négociations en serait conséquence immédiate, et non pas seulement la reprise, mais la conclusion négociations sérieuses. || Voilà la première étape, et nous croyons à son ccès. On nous a demandé si nous estimions le corps expéditionnaire suffisant ur atteindre ce premier objectif. Nous répondons que jusqu'à ce que le ldat vigoureux et résolu qui commande le corps expéditionnaire nous ait anifesté le besoin d'avoir des renforts, ou l'impuissance d'opérer, nous nous tenons aux troupes que nous avons envoyées et au crédit que nous deman

Nr. 8174. Frankreich. 10. Dec. 1883.

dons. || Maintenant, si, contre toute attente, la sagesse, l'esp-itr de sagesse qui est dans le monde, n'arrêtait pas un conflit qui, s'il persistait dans ces termes, pourrait bien avoir le caractère d'une reprise de tout ce qui a été concédé à la civilisation dans l'extrême Orient depuis 1860, si l'esprit de sagesse ne remportait pas ce triomphe, ce qui m'étonnerait profondément, nous aurions alors à aviser avec vous, après un examen sérieux et approfondi...

*Voix à droite.* Après!

*M. le président du conseil*..... s'il conviendrait, et s'il pourrait vous convenir de laisser à l'adversaire les avantages évidents et manifestes que lui crée la situation de réserve et de modération que nous avons adoptée et dans laquelle nous persisterons jusqu'à ce que vous nous prescriviez d'en sortir. Cette question vous est réservée, et vous est réservée à vous seuls; car vous seuls avez le droit de prononcer. (Interruptions.) || Pour le moment, nous vous demandons de voter les crédits, nous vous demandons de les voter pour ceux qui combattent d'abord... (Applaudissements sur un grand nombre de bancs.)

*A. droite.* Pourquoi les avoir envoyés au Tonkin?

*M. le président du conseil.* Ce n'est pas seulement par la raison que ces crédits sont engagés, que les troupes sont là-bas dans l'extrême Orient, soutenant les armes et l'honneur de la France; non, je ne vous demande pas un vote de résignation: il faut à nos soldats, à notre drapeau, à notre cause non pas un vote résigné, mais un vote confiant, qui donne à votre Gouvernement la force dont il a besoin... (Applaudissements au centre et à gauche. || Je vous demande aussi de voter ces crédits pour ceux qui négocient; car on ne traite qu'avec les forts, avec les résolus. Il faut, messieurs, que l'on sache, malgré les divisions apparentes des partis, des opinions, malgré les polémiques de la presse, il faut qu'on sache la France aussi résolue qu'elle est forte, et alors elle sera écoutée. (Applaudissements répétés au centre et à gauche. — Le ministre, en revenant à sa place, reçoit les félicitations d'un grand nombre de députés.)

# Tunis (Consulargerichtsbarkeit).

r. 8175. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Paris (Plunkett) an den engl. Min. des Ausw. — Hat dem franz. Min. des Ausw. Englands Bereitwilligkeit, in Abschaffung der Consulargerichtsbarkeit in Tunis zu willigen, mitgetheilt.

Paris, October 19, 1882.



My Lord, — I called upon M. Duclerc this afternoon to communicate to is Excellency the substance of your Lordship's despatch of the 16th instant.*) I stated, that Her Majesty's Government were willing to recognize the justice the contention that there would be no sufficient reason for maintaining onsular jurisdiction in Tunis when the Native Courts are superseded by rench Tribunals. The institutions which have grown up under the Capitutions with Turkey have been found essential for the protection of foreigners nder the peculiar circumstances of the Ottoman Empire, and the necessity r them disappears when Tribunals organized and controlled by an European overnment take the place of the Mussulman Courts. || I told his Excellency, at Her Majesty's Government would be prepared to give the most friendly onsideration to any proposals on the subject which the French Government ay have to make to them. || I begged, however, his Excellency to take note at the question which Her Majesty's Government were willing to consider oncerned Consular jurisdiction only. || Her Majesty's Government reserve all he other rights and privileges, commercial and otherwise, guaranteed to them y Treaties, and they continue to rely upon the assurances given by M. Barhélémy St.-Hilaire in the notes to Lord Lyons of the 14th and 16th May, 881**), and I reminded his Excellency that in your note to M. Challemel-acour of the 20th May, 1881***), your Lordship had stated that Her Ma-

*) Diese Depesche, deren Inhalt in den folgenden Absätzen fast wörtlich enthalten t, wurde allen englischen Vertretern bei den interessirten Mächten mitgetheilt.

**) S. Staatsarchiv Bd. XXXIX. Nr. 7484 und 7487.

***) Ibidem Nr. 7490.

Nr. 8175. Grossbritannien. 19. Oct. 1882.

jesty's Government regard these assurances as an international engagement binding on the French Government.

M. Duclerc, who took down the dates of the notes alluded to, said that he quite appreciated the distinction drawn by Her Majesty's Government; the consent to give friendly consideration to the proposals to be made by France respecting the Tribunals entirely met all he had so far asked Her Majesty's Government to agree to. || The commercial and other privileges might, perhaps, hereafter form the subject of future negotiations; his proposal at present touched only the question of jurisdiction. || M. Duclerc begged me to express to your Lordship his very sincere thanks for the friendly manner in which his overtures had been met by Her Majesty's Government. || If we can continue to discuss our many little difficulties in the same friendly spirit, said his Excellency, we shall soon have settled them all. || I said I entirely agreed with his Excellency, and I counted on seeing France, on her side, show the same friendly disposition as we had shown to arrange in an amicable spirit the various matters in discussion between the two Governments. I have, &c.

F. R. Plunkett.

---

## Nr. 8176. FRANKREICH. — Gesetz vom 27. März 1883, betreffend die Organisation der französischen Gerichtsbarkeit in Tunis.

Nr. 8176. Frankreich. 27. März 1883.

Le Sénat et la Chambre des Députés ont adopté, || Le Président de la République promulgue la Loi dont la teneur suit:

Article 1er. Un Tribunal Français et six Justices de Paix sont institués dans la Régence de Tunis. || Le Tribunal de Première Instance siège à Tunis; les Justices de Paix ont leur siège à Tunis, à la Goulette, à Bizerte, à Sousse, à Sfax et au Kef. || La circonscription du Tribunal s'étend sur toute la Régence. Le ressort de chaque Justice de Paix sera déterminé par un Décret rendu, le Conseil d'État entendu. || Au cas où les besoins du service judiciaire viendraient à l'exiger, d'autres Tribunaux de Première Instance et d'autres Justices de Paix pourront être institués par des Règlements d'Administration Publique, qui auront à en déterminer les ressorts.

Art. 2. Ces Tribunaux font partie du ressort de la Cour d'Alger. Ils connaissent de toutes les affaires civiles et commerciales entre Français et protégés Français. || Ils connaissent également de toutes les poursuites intentées contre les Français et protégés Français pour contraventions, délits, ou crimes. || Leur compétence pourra être étendue à toutes autres personnes par des Arrêtés ou des Décrets de son Altesse le Bey, rendus avec l'assentiment du Gouvernement Français.

Art. 3. Les Juges de Paix exercent en matière civile et pénale la compétence étendue telle qu'elle est déterminée par le Décret du 19 Août, 1854.

|| Toutefois, les Juges de Paix siégeant dans une ville où il y a un Tribunal de Première Instance n'ont cette compétence étendue que pour les actions personelles et mobilières en matière civile et commerciale; pour le surplus, ils exercent la compétence ordinaire telle qu'elle est déterminée par les Lois et Décrets en vigueur en Algérie.

Art. 4. Le Tribunal de Première Instance connait en dernier ressort des actions personelles et mobilières jusqu'à la valeur de 3,000 fr. et des actions immobilières jusqu'à 120 fr. de revenu. En premier ressort sa compétence est illimitée. || En matière correctionnelle il statue en premier ressort sur tous les délits et contraventions dont la connaissance n'est pas attribuée aux Juges de Paix par l'Article précédent. || En matière criminelle il statue en dernier ressort sur tous les faits qualifiés crimes, avec l'adjonction de six Assesseurs ayant voix délibérative, tirés au sort sur une liste dressée chaque année dans des conditions qui seront déterminées par un Règlement d'Administration Publique. || Si l'accusé ou l'un des accusés est Français ou protégé Français, les Assesseurs devront être tous Français.

Art. 5. Le Tribunal statuant au criminel est saisi par un Arrêt de Renvoi rendu par la Chambre des Mises en Accusation de la Cour d'Alger, conformément aux dispositions du Code d'Instruction Criminelle; sa décision est rendue dans les mêmes formes que les Jugements en matière correctionnelle.

Art. 6. Le Tribunal assisté d'Assesseurs, comme il est dit à l'Article 4, tient ses assises tous les trois mois, aux dates fixées d'avance par Arrêté Ministériel.

Art. 7. Sauf les dérogations apportées par les Articles précédents, les règles de procédure et d'instruction criminelle déterminées par les Lois, Décrets et Ordonnances en vigueur en Algérie, sont applicables aux juridictions instituées en Tunisie.

Art. 8. Les délais des ajournements et des appels sont réglés conformément à l'Ordonnance Royale du 16 Avril, 1843. || Toutefois, si celui qui est assigné demeure hors de la Tunisie, le délai des ajournements sera: || Pour ceux qui demeurent dans les autres États, soit de l'Europe, soit du littoral de la Méditerranée et celui de la Mer Noire, de deux mois; || Pour ceux qui demeurent hors de ces limites, de cinq mois.

Art. 9. Lorsqu'il y aura lieu à insertions légales, elles devront, à peine du nullité, être fait dans l'un des journaux désignés à cet effet par Arrêté du Ministre Résident de France à Tunis.

Art. 10. Les dispositions de l'Arrêté Ministériel du 26 Novembre, 1841, sur la profession de défenseur, et les dispositions des Décrets et Arrêtés concernant l'exercice de la profession d'huissier en Algérie sont applicables en Tunisie. || Cependant les Français et les étrangers qui, à la promulgation de la présente Loi, exerceront la profession d'avocat en Tunisie, et auront, dans le délai d'un mois à partir de cette promulgation, adressé au Ministre Résident une demande à l'effet de représenter les parties devant le Tribunal de

Nr. 8176. Frankreich. 27. März 1883.

Tunis pourront, après avis du Tribunal, donné en la Chambre du Conseil, le Procureur de la République entendu, être admis par Décret, à titre exceptionnel, à remplir les fonctions de défenseur près ce Tribunal.

Art. 11. Le Tribunal de Tunis comprend: un Président, trois Juges Titulaires, deux Juges Suppléants, un Procureur de la République, un Substitut et un Greffier. || L'un des Juges, désigné par le Ministre de la Justice, remplit les fonctions de Juge d'Instruction. || Le nombre des Juges et Substituts pourra être augmenté, et des commis greffiers pourront être institués par Décrets rendus en la forme des Règlements d'Administration Publique.

Art. 12. Les Tribunaux de Paix se composent d'un Juge de Paix, d'un ou plusieurs Suppléants et d'un Greffier. || Un officier de Police Judiciaire remplit les fonctions de Ministère Public.

Art. 13. Des Interprètes sont attachés aux Tribunaux et Justices de Paix.

Art. 14. Les Décrets portant nomination et révocation des Magistrats, des officiers Ministériels et des Interprètes sont rendus sur la proposition du Garde des Sceaux, Ministre de la Justice.

Art. 15. Les Magistrats composant les Tribunaux établis en Tunisie, les Greffiers, commis greffiers et Interprètes attachés à ces Tribunaux sont soumis aux lois et règlements qui régissent les jurisdictions Algériennes. || Les conditions d'âge et de capacité pour leur nomination sont les mêmes que celles exigées pour l'exercice, en Algérie, des mêmes fonctions. || Leur traitements sont fixés conformément au Tableau annexé à la présente Loi.

Art. 16. Les fonctions de notaire continueront à être exercées dans la Régence par les Agents Consulaires Français, jusqu'à ce que le notariat y ait été organisé par un Règlement d'Administration Publique.

Art. 17. Le Tarif des frais de justice, en matière civile et criminelle, sera fixé par un Règlement d'Administration Publique. || Jusqu'à la promulgation de ce Règlement d'Administration Publique, les Tribunaux appliqueront les Tarifs en vigueur en Algérie.

Art. 18. Sont abrogées toutes les dispositions concernant la juridiction Consulaire et applicables dans la Régence de Tunis, en tant qu'elles sont contraires à celles qui précèdent.

Art. 19. La présente Loi sera exécutoire trois jours après son insertion dans le "Journal Officiel" du Gouvernement Tunisien.*) || La présente Loi, délibérée et adoptée par le Sénat et par la Chambre des Députés, sera exécutée comme Loi de l'État.

Fait à Paris, le 27 Mars, 1883. Jules Grévy.

Par le Président de la République:

Le Ministre des Affaires Étrangères,

Challemel-Lacour.

Le Garde des Sceaux, Ministre de la Justice et des Cultes,

F. Martin-Feuillée.

*) Im Journal Officiel Tunisien publicirt am 19. April 1883. A. d. R.

## Nr. 8177. FRANKREICH. — Decret des Präsidenten der Republik vom 14. April 1883, betreffend die Besetzung des Gerichtshofes in Tunis in Criminalfällen.

Nr. 8177. Frankreich. 14. April 1883.

Le Président de la République Française, || Sur le rapport du Garde des Sceaux, Ministre de la Justice et des Cultes; || Vu l'Article 4, paragraphes 3 et 4, de la Loi du 27 Mars, 1883, portant organisation de la juridiction Française en Tunisie, || Le Conseil d'État entendu,

Décrète:

Article 1er. La liste générale des Assesseurs est composée de 150 noms et divisée en trois catégories distinctes: || La première catégorie comprend les noms des Assesseurs Français; || La seconde, les noms des Assesseurs de nationalité étrangère; || La troisième, le nom des Assesseurs indigènes. || Le nombre des Assesseurs de chaque catégorie est de cinquante.

Art. 2. Ces listes sont dressées par une Commission composée, savoir: — || En ce qui concerne la désignation des Assesseurs Français: (1) du Résident de France à Tunis, ou de son représentant, Président; (2) du Président du Tribunal; (3) du Procureur de la République; (4) du Consulat-Général de France ou, à son défaut, d'un fonctionnaire désigné par le Ministre des Affaires Étrangères; (5) du premier Député de la nation. || En ce qui concerne la désignation des Assesseurs de nationalité étrangère: (1) du Résident de France à Tunis, ou de son représentant, Président; (2) du Président du Tribunal; 3) du Procureur de la République; (4) de deux Notables, désignés par les Représentants des Puissances Étrangères. || En ce qui concerne la désignation des Assesseurs indigènes: (1) du Résident de France à Tunis, ou de son représentant, Président; (2) du Président du Tribunal; (3) du Procureur de la République; (4) de deux fonctionnaires ou Notables, désignés par Décret de Son Altesse le Bey.

Art. 3. Les listes sont dressées en double exemplaire: un exemplaire est déposé au greffe du Tribunal, l'autre reste aux archives de la Résidence. || Les listes sont permanentes jusqu'à leur renouvellement.

Art. 4. La liste des Assesseurs Français sera dressée, dès la promulgation du présent Décret. || Celles des Assesseurs étrangers et des Assesseurs indigènes seront dressées, lorsque des Arrêtés ou Décrets de Son Altesse le Bey, rendus avec l'assentiment du Gouvernement Français, auront étendu la compétence du Tribunal aux ressortissants d'autres Puissances ou aux indigènes. || Les Commissions instituées en l'Article 2 sont convoquées, chaque année, par le Résident de France, dans le courant du mois de Décembre pour procéder au renouvellement des listes d'Assesseurs.

Art. 5. Les premières listes dressées en exécution du présent Règlement auront leur application jusqu'au 31 Décembre suivant. Les listes ultérieurement dressées seront appliquées du 1er Janvier au 31 Décembre de chaque année.

Nr. 8177. Frankreich. 14. April 1883.

Art. 6. Les Assesseurs sont choisis parmi les personnes âgées de 30 ans au moins et d'une honorabilité reconnue.

Art. 7. Les fonctions d'Assesseurs sont incompatibles avec celles de fonctionnaires Français ou étrangers en Tunisie, de militaire et marin en activité de service, de fonctionnaire Tunisien, civil ou militaire. || Ne peuvent être Assesseurs les domestiques ou serviteurs à gages.

Art. 8. Un mois au moins avant l'ouverture de chaque session criminelle le Président du Tribunal tire au sort, en Chambre du Conseil, sur les listes générales et à raison de dix pour chaque catégorie, les noms des Assesseurs qui seront appelés, pendant la dite session, à compléter le Tribunal.

Art. 9. Les six personnes, dont les noms seront sortis les premiers, sur la liste de la première catégorie, sont désignées comme Assesseurs de la session prochaine. Les quatre autres sont appelées, en suivant l'ordre du tirage au sort, à remplacer les Assesseurs décédés, et ceux qui justifieraient d'une cause d'empêchement, par suite d'absence ou de maladie, ou qui auraient été frappés d'une condamnation pénale depuis le renouvellement de la liste ou seraient sous le coup de poursuites criminelles. || Si l'accusé ou l'un des accusés est Français, les Assesseurs titulaires ou leurs suppléants siégeront comme adjoints au Tribunal. || Si les accusés sont de nationalité étrangère, le Président du Tribunal appelle à siéger avec les trois premiers Assesseurs Français les trois Assesseurs étrangers, dont les noms sont sortis les premiers sur la liste de la seconde catégorie. || Si les accusés sont indigènes, le Président du Tribunal pourvoit également au remplacement des trois dernieres Assesseurs Français par l'adjonction des trois Assesseurs indigènes dont les noms sont sortis les premieres sur la liste de la troisième catégorie. Si les accusés sont, les uns des étrangers et les autres des indigènes, les trois derniers Assesseurs Français seront remplacés par deux Asssesseurs étrangers et un Assesseur indigène dans l'ordre du tirage au sort. || Il est pourvu au remplacement des Assesseurs étrangers ou indigènes décédés, absents, malades, condamnés ou poursuivis, par l'appel des Assesseurs désignés après eux par le sort et dans l'ordre du tirage.

Art. 10. Les noms des Assesseurs qui auront rempli leurs fonctions durant une session ne seront pas compris dans les autres tirages de l'année courante.

Art. 11. Le Garde de Sceaux, Ministre de la Justice et des Cultes, est chargé de l'exécution du présent Décret.

Fait à Paris, le 14 Avril, 1883. Jules Grévy.

Par le Président de la République:
Le Garde des Sceaux, Ministre de la Justice et des Cultes,
F. Martin-Feuillée.

## No. 8178. TUNIS. — Decret des Bey vom 5. Mai, betreffend die Ausdehnung der französischen Gerichtsbarkeit auf die Unterthanen der befreundeten Staaten.

Nr. 8178. Tunis. 5. Mai 1883.

Par notre Décret du 10 Djoumadi-El-Tani, 1300, nous avons promulgué dans la Régence la Loi Française du 27 Mars, 1883, établissant des Tribunaux Français en Tunisie. Nous avons entendu que plusieurs des Puissances amies dont les Consuls, en vertu des Capitulations et des Traités passés avec nos prédécesseurs ont été investis de certains pouvoirs judiciaires, sont disposées à renoncer à ce privilège si leurs nationaux deviennent justiciables des Tribunaux Français récemment installés.

L'Article 2 de la Loi du 27 Mars, 1883, nous permet d'étendre la compétence de ces Tribunaux avec l'assentiment du Gouvernement Français.

Nous étant assuré de cet assentiment, nous prenons le Décret suivant: —

*Article unique.* — Les nationaux des Puissances amies dont les Tribunaux Consulaires seront supprimés deviendront justiciables des Tribunaux Français dans les mêmes conditions que les Français eux-mêmes.

---

## Nr. 8179. FRANKREICH. — Verbal-Note des franz. Botschafters in London an den englischen Min. des Ausw., betreffend die Aufhebung der Consulargerichtsbarkeit in Tunis.

Nr. 8179. Frankreich. 10. Mai 1883.

Le Gouvernement de la République Française joint à cette note verbale le texte de la Loi qui a institué la juridiction Française en Tunisie, du Décret du Bey, qui en autorise le fonctionnement, et de deux Règlements d'Administration Publique concernant — l'un la nomination des Assesseurs en matière criminelle; l'autre, l'établissement des circonscriptions de Justice de Paix. Ces documents permettront au Gouvernement de Sa Majesté la Reine de se faire une idée exacte de l'organisation judiciaire dont la France vient de doter la Régence; et l'Ambassadeur de la République est chargé par son Gouvernement d'exprimer au Cabinet de Londres le désir que les sujets Anglais, fixés en Tunisie, soient soumis à l'avenir à la nouvelle juridiction.

Il est inutile de revenir ici sur les motifs d'ordre général que la France peut invoquer pour légitimer la démarche dont il s'agit. L'attitude de l'Angleterre après l'occupation de Chypre, la déclaration qu'elle a faite au Gouvernement Français que le régime des Capitulations était caduc par le fait même de l'établissement des Anglais dans l'île, l'accueil que cette déclaration a rencontré auprès du Gouvernement de la République, autorisent celui-ci à penser que le Cabinet de Londres ne fera pas difficulté d'agir à l'égard de la France de la même manière dans le cas présent. || Il est, d'ailleurs, facile de démontrer, à l'aide des documents ci-inclus, que les Anglais fixés en Tunisie ne courent aucun risque d'être lésés par la nouvelle organisation judiciaire. Il

Nr. 8179. Frankreich, 10. Mai 1883.

suffit pour cela d'examiner quelle est la situation actuelle d'un Européen obligé de recourir aux Tribunaux dans la Régence. En matière immobilière, il est jugé par les Tribunaux indigènes. En matière mobilière, il n'est assuré du bénéfice de la juridiction nationale que s'il est défendeur ou s'il actionne un de ses compatriotes. Dans les autres cas il doit suivre le défendeur devant le Tribunal de ce dernier. A l'avenir, dans toutes les hypothèses où l'Européen était justiciable d'un Tribunal Consulaire, il ira devant les magistrats Francais, dont la compétence et l'impartialité ne font pas doute. L'avantage de cette juridiction unique n'est pas à démontrer. En matière civile, la loi Française sera naturellement appliquée en principe par les nouveaux Tribunaux, les Juges conservant la liberté de prendre en considération le statut personnel des parties et les législations sous l'empire desquelles auront été conclus des contrats donnant lieu à litige. Il n'en est pas autrement du reste en France, où les Tribunaux, bien qu'ils soient institués pour faire prévaloir la loi nationale, sont si souvent obligés de tenir compte des législations étrangères. En matière pénale, enfin, la loi Française sera exclusivement appliquée. A cet égard, le Règlement ci-joint accorde aux étrangers des garanties tout exceptionnelles résultant de la présence de quelques-uns de leurs compatriotes parmi les Assesseurs. || Le Gouvernement de la République se plaît à croire que ces éclaircissements dissiperont les préoccupations que le Gouvernement de Sa Majesté la Reine aurait pu conserver touchant la situation réservée aux sujets Anglais en Tunisie sous le Protectorat de la France.

Londres, le 10 Mai, 1883.

---

## Nr. 8180. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den franz. Gesandten in London (Tissot). — Bittet um Aufklärung über einige Punkte des Gesetzes vom 27. März.

Foreign Office, June 20, 1883.

Nr. 8180. Grossbritannien. 20. Juni 1883.

M. l'Ambassadeur, — In my note to Count d'Aunay of the 14th ultimo I had the honour to acknowledge the receipt of the *note verbale*, which he was good enough to place in my hands on the 10th May, inclosing the text of the French Law establishing French jurisdiction in Tunis, of a Decree of the Bey authorizing that measure, and of two administrative Regulations on the same subject. The note expressed the desire of the French Government, that British subjects residing in the Regency should be in future amenable to the new jurisdiction thus created. || The question of the abandonment of the Queen's ex-territorial jurisdiction over British subjects in the Regency of Tunis, which is vested in Her Majesty under the Capitulations and recent Treaties, has occupied the careful attention of Her Majesty's Government; and the examination of the documents inclosed in Count d'Aunay's note has suggested some inquiries into their precise meaning and effect, which I desire to submit

to your Excellency, with the request that you will be good enough to furnish me, at your convenience, with the further information required by Her Majesty's Government. All those inquiries being more or less of a technical nature, I have thought it more convenient to present them in the form of a Memorandum, which I have the honour to inclose. || As I have had occasion to inform your Excellency in the course of conversation on this subject, Her Majesty's Government are quite disposed to waive the rights of this country, under the Capitulations and Treaties, to the extent which may be required to give full scope to the exercise of civil and criminal jurisdiction over British subjects by the new French Tribunals. || They do not, however, believe that it would be expedient to extend the change beyond what is required by the circumstances of the case, and they lay much stress, for instance, on the maintenance of those privileges and immunities which are enjoyed by Consular officers in the East, and which partake of the character of those accorded to Diplomatic Agents in Europe. || Subject to these reserves and to the explanations, which your Excellency may be good enough to furnish me on the points referred to in the inclosed Memorandum, Her Majesty's Government will have much pleasure in acceding to the request of the French Government, and will take the proper measures to relieve Her Majesty's Consular officers in the Regency of their judicial functions as soon as the other foreign Governments represented in Tunis have signified their willingness to adopt a similar course. || I have, &c.

Granville.

*Memorandum respecting the Law of March 27, 1883, establishing French Tribunals in the Regency of Tunis.*

Article 2. The effect of the reference to the Court of Algeria is not clear. There is no express provision in relation to appeals, yet it is presumed that B itish subjects will have a right of appeal in civil and commercial cases, and it would be desirable to have information as to the Court, to which such appeal would lie, and the conditions under which it may be carried on.

Art. 4. No provision appears to be made as to appeal in criminal cases. It would be desirable, therefore, to obtain information as to the process applicable as regards the revision of sentences, the mitigation of punishment and the grant of pardons.

Art. 5. This Article seems to call for explanation on the following point:—

Is the effect of it that part of the process in a criminal case against a British subject is to be that he is to be taken to Algiers, and then brought back to Tunis for actual trial?

Art. 10. The following inquiries are suggested by this Article:—

What are the dispositions of the Arrêté Ministériel of the 26th November, 1841?

What is to be understood by the term "défenseur"?

Nr. 8180. Grossbritannien. 20. Juni 1883.

Are British advocates now in Tunis to be limited to the functions of "défenseur"?

This last inquiry appears especially important in view of paragraph 8 of the "Exposé des Motifs" annexed to the Bill (when brought into the Senate on the 25th January last), in which it appears to have been assumed that there would be an abandonment of the Capitulations.

*Presidential Decree of April 14, 1883.*

Art. 9, paragraph 3. It is stated that, if the accused are of foreign nationality, there are to be three foreign as well as the three French Assessors.

In the event of the accused being a British subject, is he to have three British Assessors? If not, it appears to Her Majesty's Government that a British subject should have the right to reject the three foreign Assessors, confiding his interests to the three French, if not to six French Assessors.

*General Observations.*

The following points also require elucidation:—

What is to be the state of the law as to the immovable property, having regard to the vested interests of present holders of land, and to the provisions of the Anglo-Tunisian Convention of the 10th October, 1863, and to Article IV of the Treaty between France and Tunis of the 12th May, 1881?

What is to be the position of British protégés?

Will the immunities and privileges attaching to the persons and residences of Consular officers be sufficiently secured without any legislative provision on the subject?

---

## Nr. 8181. FRANKREICH. — Antwort auf das englische Memorandum vom 20. Juni.

*Loi du 27 Mars, 1883.*

Nr. 8181. Frankreich. 20. Juli 1883.

Article 2. L'Article 2 de la Loi du 27 Mars, 1883, rattachant le Tribunal de Tunis au ressort de la Cour d'Appel d'Alger, il en résulte que cette Cour connaîtra des appels interjetés contre les Jugements du Tribunal de Tunis. Aux termes de l'Article 7 de la même Loi, les règles de Procédure actuellement en vigueur en Algérie s'appliqueront dans cette circonstance.

Art. 4. En ce qui concerne les causes criminelles, le droit d'appel proprement dit n'existe pas dans tous les cas en France. Il faut distinguer suivant qu'il s'agit de délits justiciables du Tribunal Correctionnel ou de crimes justiciables de la Cour d'Assises. Dans le premier cas seul on peut en appeler. La Cour d'Appel est alors compétente comme en matière civile ou commerciale. Les Jugements prononcés par le Tribunal de Tunis statuant au correctionnel pourront donc faire l'objet d'un appel devant la Cour d'Alger. || En

matière de crimes où les Cours d'Assises sont compétentes, il n'y a pas d'autre recours possible contre leurs décisions qu'un pourvoi en Cassation pour violation de la loi. Il en sera de même à Tunis dans le cas où le Tribunal assisté d'Assesseurs constitue une véritable Cour d'Assises. Le pourvoi à la Cour de Cassation de Paris sera introduit sous les mêmes formes qu'en France et en Algérie. || Des mesures d'atténuation ou de remise de peine pourront être prises en Tunisie à la suite des Jugements correctionnels ou criminels du Tribunal, comme en France, par le Président de la République.

Art. 5. L'Arrêt de Renvoi d'un accusé devant la Cour d'Assises est un acte d'instruction rendu par la Cour d'Appel, en dehors de l'accusé, sur le vu des pièces d'information. Le sujet Britannique arrêté sous l'inculpation d'un fait qualifié crime, ne sera pas transporté à Alger, mais il attendra à Tunis le moment de comparaître devant le jury, si la Chambre des Mises en Accusation de la Cour d'Appel d'Alger ordonne, sur le vu des pièces d'instruction, son renvoi devant les Assises. || Il y a là une garantie pour l'accusé qui ne peut être renvoyé aux Assises que s'il y a contre lui, d'après les renseignements de l'instruction, présomption suffisante de culpabilité. Cet examen doit être fait par des magistrats différents de ceux qui ont réuni ces renseignements.

Art. 10. L'Arrêté du 26 Novembre, 1841, établit en Algérie des défenseurs mandataires autorisés à représenter les parties devant des Tribunaux. || Les défenseurs remplissent, en même temps, les fonctions d'avoués et celles d'avocats. Ils joignent la postulation à la plaidoirie. || Le rôle des avocats Anglais, exerçant actuellement à Tunis et qui seront, par Décret, autorisés à exercer la profession de défenseurs, ne pourra donc être restreint, mais bien plutôt étendu. Le titre de défenseur va être accordé à trois avocats Anglais par un Décret déjà préparé.

*Décret du 11 Avril, 1883.*

Art. 9. § 3. La Loi du 27 Mars, 1883, n'établit ici qu'une règle absolue, c'est que les accusés Français seront jugés par des Assesseurs Français. Pour le reste elle a délégué au Gouvernement le soin d'organiser par Règlement d'Administration Publique les détails de l'organisation du Tribunal d'Assesseurs. C'est ce qui a été fait par le Décret du 14 Avril, 1883. Ce Décret a consacré, au profit des étrangers, une garantie qui consiste à composer les Assesseurs moitié de Français, moitié d'étrangers, ainsi que cela s'est pratiqué longtemps en Angleterre pour le jury. C'est une faveur pour les étrangers; il n'est pas douteux que ceux-ci peuvent y renoncer et demander l'application du droit commun.

*Observations générales.*

En ce qui concerne le régime de la propriété immobilière et l'application des lois qui s'y réfèrent, aucune modification n'est apportée au régime antérieur.

Nr. 8181. Frankreich. 20. Juli 1883.

les Tribunaux Français étant simplement substitués aux Tribunaux Consulaires: il n'est rien changé aux conditions et règles des contrats; aucune atteinte n'est portée aux droits acquis ni au régime institué par la Convention du 10 Octobre, 1863.

Rien ne sera changé à la situation des protégés. Ils se trouvent seulement, comme les sujets Britanniques eux-mêmes, justiciables des Tribunaux Français.

Le maintien des immunités et privilèges en faveur des Agents Consulaires et de leur résidence résulte d'un ensemble de règles internationales auxquelles il n'est pas question de déroger en quoi que ce soit.

---

## Nr. 8182. DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Tunis. Vom 27. Juli 1883.

[Reichs-Gesetzblatt 1883, S. 263].

Nr. 8182. Deutschland. 27. Juli 1883.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

Die dem Konsul des deutschen Reiches in Tunis für die Regentschaft Tunis zustehende Gerichtsbarkeit kann mit Zustimmung des Bundesrathes durch Kaiserliche Verordnung eingeschränkt oder ausser Uebung gesetzt werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Bad Gastein, den 27. Juli 1883.

Wilhelm.

In Vertretung des Reichskanzlers:
Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8183. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London (Waddington). — Die engl. Regierung ist geneigt, die britische Consulargerichtsbarkeit unter einigen Vorbehalten aufzuheben.

Foreign Office, November 16, 1883.

Nr. 8183. Grossbritannien. 16. Nov. 1883.

M. l'Ambassadeur, — On the 20th July last Count d'Aunay was good enough to place in my hands a Memorandum, containing the reply of the French Government on the various points referred to in the Memorandum attached to my note to M. Tissot of the 20th June last, on which Her Majesty's Government desired further information, bearing upon the precise meaning and effect of the French Law of the 27th March last, establishing French jurisdiction in Tunis. || Her Majesty's Government have, in communi-

cation with the Law Officers of the Crown, attentively considered the additional information on this subject, which the French Government have been good enough to furnish, and whilst accepting these explanations as on the whole satisfactory, I have to request, M. l'Ambassadeur, that you will inform your Government that there still remain some points as to which Her Majesty's Government consider that they are called upon to make reservations before surrendering British Consular jurisdiction in Tunis, but that, subject to the acquiescence of the French Government therein, they are prepared to abolish the British Consular jurisdiction in Tunis from the 1st January next. Nr. 8183. Grossbritannien. 16. Nov. 1883.

Those reservations are:—

1. The right of British subjects to challenge assessors in the new Courts.

2. The admission of duly qualified British advocates to practise before the Courts, without this privilege being limited, as at present proposed, to those only who are now established in Tunis. || 3. The extension to Great Britain of all privileges reserved to any other Power in connection with the new system of jurisdiction in Tunis. || 4. The immediate settlement by arbitration, or otherwise, of outstanding claims of British subjects in Tunis. || 5. The cesser of military jurisdiction over British subjects in cases cognizable by the Civil Tribunals.

With regard to this last condition I would observe, that in a recent note from M. Challemel-Lacour to Lord Lyons, dated the 19th ultimo, and relating to the case of the Maltese, Mangano, it was stated that it was the earnest desire of the French Government "de placer tous les habitants du pays sous le régime du droit commun," and the hope was expressed that Her Majesty's Government would not, by maintaining their Consular jurisdiction, retard the establishment of a more regular order of things. || Her Majesty's Government trust, therefore, that the Government of the Republic will see its way to meet their wishes in the matters above mentioned, and on receipt of a communication from your Excellency to that effect, they will take immediate steps to carry out the arrangement at the date above proposed. || I have, &c.

Granville.

---

## Nr. 8184. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Annahme der englischen Vorbehalte.

Londres, le 29 Décembre, 1883.

M. le Comte, — En me référant à la lettre du 16 Novembre dernier, par laquelle votre Excellence a bien voulu me faire connaître dans quelles conditions le Gouvernement de Sa Majesté la Reine serait disposé à supprimer pour le 1er Janvier prochain sa Cour Consulaire à Tunis, je suis heureux de vous faire savoir que le Gouvernement de la République ne voit aucune difficulté à accepter ces conditions. || Il n'y a, en réalité, que l'Article 4 de ces Nr. 8184. Frankreich. 29. Dec. 1883.

Nr. 8184. Frankreich. 29. Dec. 1883.

conditions qui ait nécessité quelques explications entre nous; je me permettrai de rappeler à votre Excellence ce dont nous sommes tombés d'accord à cet égard. || Les contestations mobilières entre le Gouvernement Tunisien et des sujets ou protégés Anglais seront réglées à l'amiable, s'il est possible, et sinon soumises à un arbitrage. || Les arbitres seront choisis d'une part pour le Gouvernement Tunisien par le Gouvernement de la République, d'autre part pour les sujets ou protégés Anglais par le Gouvernement de Sa Majesté; ils désigneront, en cas de désaccord, un tiers arbitre. (Les frais de l'arbitrage seront payés par les parties dans la proportion fixée par les arbitres.) || Il est bien entendu que ce réglement arbitral ne pourra en aucune façon revenir sur l'arrangement international du 23 Mars, 1870, et sur les décisions de la Commission Financière qui a été instituée dans l'intérêt des créanciers Européens par la France, la Grande-Bretagne et l'Italie. || Par conséquent, ne peuvent être soumises à l'arbitrage les réclamations antérieures au dit arrangement: c'est-à-dire, celles qui étant de la compétence de la Commission, n'auront pas été présentées à la Commission avant le 20 Février, 1870, date à laquelle les dettes du Gouvernement Tunisien ont été irrévocablement arrêtées. || Dans le cas où il y aurait contestation entre les parties sur la question de savoir si une réclamation antérieure à la date du 23 Février, 1870, n'aurait pas été présentée en temps utile à la Commission Internationale, les arbitres, avant d'examiner quant au fond, consulteront la Commission. || Si celle-ci déclare que la réclamation n'a pas été présentée en temps utile, la réclamation ne sera pas soumise à l'arbitrage et restera déchue. || Si elle déclare, au contraire, que la réclamation lui a été présentée en temps utile, et s'il est établi que c'est par une cause dont le réclamant n'est pas responsable, qu'elle ne l'a pas classée, la réclamation sera jugée par les arbitres. || Si leur sentence condamne le Gouvernement, la réclamation sera renvoyée de nouveau à la Commission, afin qu'elle soit classée dans les conditions de l'arrangement du 23 Mars, 1870. || Veuillez, &c.

Waddington.

---

## Nr. 8185. GROSSBRITANNIEN. — Königl. Ordre, betreffend die Aufhebung der Consulargerichtsbarkeit in Tunis.

At the Court at Osborne House, Isle of Wight, the 31st day of December, 1883.

Present:

The Queen's most Excellent Majesty.

Nr. 8185. Grossbritannien. 31. Dec. 1883.

His Royal Highness Prince Leopold, Duke of Albany.

Lord President.

Sir Henry Ponsonby.

Whereas by Treaty, Capitulation, grant, usage, sufferance and other lawful means, Her Majesty the Queen has power and jurisdiction in the Regency

of Tunis; and whereas the exercise of the power and jurisdiction aforesaid is now regulated by an Order of Her Majesty in Council, made the 12th day of December, 1873, and several amending Orders in Council, and by the Ottoman (Tunis) Order in Council of 1881, establishing Her Britannic Majesty's Court for Tunis; and whereas, by virtue of certain Laws of the French Republic and of certain Decrees of His Highness the Bey of Tunis, French Tribunals have been established in the Regency; and whereas, by a Decree of His Highness the Bey of Tunis, dated the 5th March, 1883, it is declared that the subjects of foreign Powers, whose Consular Courts in the Regency shall be abolished, shall be justiciable by the said French Tribunals under the same conditions as French subjects; and whereas Her Majesty the Queen has consented to abandon her Consular jurisdiction, with a view to British subjects in the Regency becoming justiciable by the said French Tribunals under the same conditions as French subjects, and to the extent of the jurisdiction vested by law in the said Tribunals.

Nr. 8185. Grossbritannien. 31 Dec. 1883.

Now, therefore, Her Majesty, by virtue and in exercise of the Powers in this behalf by the Foreign Jurisdiction Acts, 1843 to 1878, or otherwise, in Her Majesty vested, is pleased, by and with the advice of Her Privy Council, to order, and it is hereby ordered as follows:—.

As regards all such matters and cases as come within the jurisdiction of the said French Tribunals, the operation of the Orders in Council regulating Her Majesty's Consular jurisdiction in Tunis shall cease to be in force and operation within the Regency on and after the 1st day of January, 1884 except as regards any judicial matters pending in Her Britannic Majesty's Court for Tunis on the day above mentioned.

And the Right Honourable the Earl Granville, one of Her Majesty's Principal Secretaries of State, and the Lords Commissioners of the Treasury and the Lords Commissioners of the Admiralty are to give the necessary direction herein as to them may respectively appertain.

C. L. Peel.

---

## Nr. 8186. FRANKREICH. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Besondere Bestimmung für Processe gegen die Regierung wegen Immobilien.

Londres, le 31 Décembre, 1883.

M. le Comte, — Vous avez bien voulu me demander, pour compléter ma lettre d'avant-hier relative à la suppression de la Cour Consulaire Anglaise à Tunis, des explications sur la procédure que devront suivre à Tunis les sujets ou protégés du Gouvernement de la Reine qui ont des réclamations immobilières contre le Gouvernement du Bey. || Je m'empresse de vous rappeler, en réponse à ce désir de votre Excellence, les termes sur lesquels nous sommes tombés d'accord à cet égard et qui sont les suivants: "Les réclama-

Nr. 8186. Frankreich. 31. Dec. 1883.

Nr. 8186. Frankreich. 31. Dec. 1883.

tions immobilières ne seront pas soumises à l'arbitrage; elles seront jugées par le Tribunal compétent." Mais il est convenu que dans le cas où ce ne serait pas au Gouvernement Tunisien à être attaqué, mais où il serait au contraire d'après ses lois le demandeur il ne différera pas le moment d'intenter son action. Il est bien entendu que le Gouvernement Anglais de son côté usera de toute son influence pour que ses sujets protégés agissent de même. | Dans le cas où la question de savoir qui est demandeur ou défendeur serait douteuse, c'est le Chara qui tranchera. || Je prie M. Jules Ferry de vouloir bien faire connaître à notre Ministre Résident à Tunis les termes de cet accord et d'insister pour que nous puissions en finir ainsi le plus promptement possible avec toutes ces contestations. Veuillez, &c.

Waddington.

---

## Nr. 8187. DEUTSCHLAND. — Verordnung, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in der Regentschaft Tunis. Vom 21. Januar 1884.

[Reichsgesetzblatt 1884, S. 9.]

Nr. 8187. Deutschland 21. Jan. 1884.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen auf Grund des Gesetzes, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Tunis, vom 27. Juli 1883 (Reichsgesetzblatt S. 263) im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes, was folgt:

§ 1.

Die dem Konsul des deutschen Reiches in Tunis für die Regentschaft Tunis zustehende Gerichtsbarkeit wird vom 1. Februar 1884 ab mit der Maassgabe ausser Uebung gesetzt, dass die deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen in der Regentschaft Tunis von diesem Tage ab der Gerichtsbarkeit der von Frankreich in der Regentschaft eingesetzten Gerichte unterworfen sind.

§ 2.

Die am 1. Februar 1884 bei dem Konsulargerichte anhängigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen werden von diesem nach den bisherigen Vorschriften erledigt. Anhängige bürgerliche Rechtstreitigkeiten können jedoch auf den übereinstimmenden Antrag der Parteien an die von Frankreich eingesetzten Gerichte abgegeben werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 1. Januar 1884.

Wilhelm.
von Boetticher.

# Bündnisse, Conventionen etc.

## Nr. 8188. DEUTSCHLAND und URUGUAY. — Auslieferungsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem orientalischen Freistaat Uruguay. Vom 12. Februar 1880.

[Reichsgesetzblatt 1883, S. 287.]



Nachdem Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Seine Excellenz der Präsident des Senats in Ausübung der Exekutivgewalt des orientalischen Freistaates Uruguay übereingekommen sind, einen Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher abzuschliessen, haben zu diesem Zweck mit Vollmacht versehen

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen: Allerhöchstihren Minister-Residenten Dr. Theodor von Holleben;

Seine Excellenz der Präsident des Senats in Ausübung der Exekutivgewalt des orientalischen Freistaates Uruguay: Ihren Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Don Gualberto Mendez,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. Die Hohen vertragenden Theile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer der nachstehend aufgezählten strafbaren, im Gebiete des ersuchenden Theiles begangenen und daselbst strafbaren Handlungen, sei es als Thäter oder Theilnehmer, verurtheilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sind und im Gebiete des anderen Theiles sich aufhalten, nämlich:

1) wegen Todtschlags, Mordes, Giftmordes, Elternmordes und Kindesmordes;

2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;

3) wegen Aussetzung eines Kindes unter sieben Jahren oder vorsätzlicher Verlassung eines solchen in hülfloser Lage;

Nr. 8188. Deutschland und Uruguay. 12. Feb. 1880.

4. wegen Raubes, Verheimlichung, Entführung, Unterdrückung, Verwechselung oder Unterschiebung eines Kindes;

5. wegen Entführung einer minderjährigen Person;

6. wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, insofern sich eine Privatperson derselben schuldig macht;

7. wegen Eindringens in eine fremde Wohnung, insofern sich eine Privatperson desselben schuldig macht und die Handlung nach der Gesetzgebung beider Theile strafbar ist;

8. wegen Bedrohung mit Begehung eines schweren Verbrechens;

9. wegen unbefugter Bildung einer Bande, in der Absicht, Personen oder Eigenthum anzugreifen;

10. wegen mehrfacher Ehe;

11. wegen Nothzucht;

12. wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gewalt oder unter Drohungen in den von der Gesetzgebung beider Theile mit Strafe bedrohten Fällen;

13. wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder Drohungen an einer Person des einen oder anderen Geschlechts unter vierzehn oder unter zwölf Jahren, je nachdem auf die verfolgte That die in dem Gebiete des einen oder des anderen der vertragenden Theile geltenden strafgesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, sowie wegen Verleitung solcher Personen zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen;

14. wegen gewohnheitsmässiger Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder anderen Geschlechts;

15. wegen vorsätzlicher Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit oder dauernde Arbeitsunfähigkeit oder den Verlust des unumschränkten Gebrauchs eines Organs, eine schwere Verstümmelung, oder den Tod, ohne den Vorsatz, zu tödten, zur Folge gehabt hat;

16. wegen Raubes und Diebstahls;

17. wegen Unterschlagung, Untreue und Erpressung in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider vertragenden Theile mit Strafe bedroht sind;

18. wegen Betruges in denjenigen Fällen, in welchen derselbe nach der Gesetzgebung beider Theile als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist;

19. wegen betrüglichen Bankerutts und betrüglicher Benachtheiligung einer Konkursmasse;

20. wegen Meineides;

21. wegen falschen Zeugnisses und wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider Theile mit Strafe bedroht sind;

22. wegen Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide;

23. wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemandem zu schaden, sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemandem zu schaden;

24. wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beschädigung, Vernichtung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem Anderen zu schaden;

25. wegen Fälschung oder Verfälschung von Stempeln, Stempelzeichen, Marken oder Siegeln in der Absicht, sie als echte zu verwenden, und wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Stempel, Stempelzeichen, Marken oder Siegel;

26. wegen Falschmünzerei, nämlich wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verfälschtem Metall- oder Papiergeld;

27. wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und anderer vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstiger Werthpapiere, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Werthpapiere;

28. wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

29. wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten;

30. wegen Bestechung öffentlicher Beamten zum Zweck einer Verletzung ihrer Amtspflicht;

31. wegen folgender strafbarer Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen:

a) vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes,

b) vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes,

c) Widerstand mit Thätlichkeiten gegen den Schiffsführer, wenn dieser Widerstand von mehreren Schiffsleuten auf Verabredung gemeinschaftlich geleistet ist;

32. wegen vorsätzlicher und rechtswidriger gänzlicher oder theilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten;

wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzuges auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verrückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen, oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen;

33. wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Zerstörung oder Beschädigung von Gräbern, öffentlichen Denkmälern oder öffentlich ausgestellten Kunst-

Nr. 8188. Deutschland und Uruguay. 12. Feb. 1880.

gegenständen, von baulichen Anlagen, Lebensmitteln, Waaren oder anderen beweglichen Sachen, von Feldfrüchten, Pflanzen aller Art, Bäumen oder Propfreisern, von landwirthschaftlichen Geräthschaften, von Haus- oder anderen Thieren, — in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung beider vertragenden Theile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;

34. wegen Verhehlung von Sachen, welche durch eines der im gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Verbrechen oder Vergehen erlangt worden sind, wofern diese Handlung nach der Gesetzgebung der beiden vertragschliessenden Theile strafbar ist.

Es kann indessen, wenn das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen ein Antrag auf Auslieferung gestellt wird, ausserhalb des Gebiets des ersuchenden Theiles begangen worden ist, diesem Antrage alsdann stattgegeben werden, wenn nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates wegen derselben, ausserhalb seines Gebiets begangenen Handlungen eine gerichtliche Verfolgung statthaft ist.

Art. 2. Die Auslieferung kann auch wegen Versuchs einer der im Artikel 1 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Gesetzgebung der beiden vertragenden Theile mit Strafe bedroht ist.

Art. 3. Kein Deutscher wird von Seiten der Regierungen des deutschen Reiches an die Regierung von Uruguay, und von Seiten dieser kein Staatsangehöriger von Uruguay an eine Regierung des deutschen Reiches ausgeliefert werden.

Ist die reklamirte Person weder ein Deutscher noch ein Staatsangehöriger von Uruguay, so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wird, von dem gestellten Antrage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntniss setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder der anderen Regierung ausliefern.

Art. 4. Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des deutschen Reiches reklamirte Person in Uruguay, die seitens der Regierung von Uruguay reklamirte Person in einem der Staaten des deutschen Reiches wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden, oder sich noch in Untersuchung befindet, oder bereits bestraft worden ist. || Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamirte Person in Uruguay, oder wenn die seitens der Regierung von Uruguay reklamirte Person in einem der Staaten des deutschen Reiches wegen einer anderen strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

Art. 5. Wenn eine reklamirte Person Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen eingegangen ist, an deren Erfüllung sie durch die Auslieferung ver-

hindert wird, so soll dieselbe dennoch ausgeliefert werden, und es bleibt dem dadurch beeinträchtigten Theile überlassen, seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

Art. 6. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden auf solche Personen, die sich irgend eines politischen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, keine Anwendung. Die Person, welche wegen eines der in Artikel 1 und 2 angeführten gemeinen Verbrechen oder Vergehen ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, welche mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht, noch wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden, es sei denn, dass dieselbe, nachdem sie wegen des Verbrechens oder Vergehens, welches zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder endgültig freigesprochen ist, während dreier Monate im Lande bleibt oder nach Verlassen desselben wieder in dasselbe zurückkehrt. || Der Angriff gegen das Oberhaupt einer fremden Regierung oder gegen Mitglieder seiner Familie soll weder als politisches Vergehen, noch als mit einem solchen im Zusammenhang stehend angesehen werden, wenn dieser Angriff den Thatbestand des Todtschlags, Mordes oder Giftmordes bildet.

Art. 7. Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn nach den Gesetzen desjenigen Staates, in welchem der Verfolgte zur Zeit, da die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

Art. 8. Die Auslieferung eines der in Artikel 1 und 2 aufgeführten strafbaren Handlungen Beschuldigten soll bewilligt werden auf Grund eines verurtheilenden Erkenntnisses oder auf Grund eines förmlichen Beschlusses des zuständigen Gerichts auf Versetzung in den Anklagestand oder Eröffnung des Hauptverfahrens, oder auch auf Grund eines Haftbefehls oder eines anderen, von der zuständigen Behörde erlassenen Dokuments, welches die gleiche Geltung hat und worin der Thatbestand sowie die darauf anwendbare strafgesetzliche Bestimmung genau angegeben ist, insofern diese Schriftstücke in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift und zwar in denjenigen Formen beigebracht sind, welche die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates vorschreibt. || Auch sollen, sofern dies möglich ist, das Signalement der reklamirten Person und alle anderen zur Feststellung ihrer Identität geeigneten Angaben beigebracht werden. || Die Auslieferung geschieht in Folge von Anträgen, welche in diplomatischem oder konsularischem Wege bei der Regierung desjenigen vertragenden Theiles oder Landes, von welchem die Auslieferung erfolgen soll, gestellt sind.

Art. 9. In dringenden Fällen und insbesondere, wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, kann jede der respektiven Regierungen, unter Berufung auf

Nr. 8188. Deutschland und Uruguay. 12. Feb. 1880.

das Vorhandensein eines verurtheilenden Erkenntnisses oder eines Haftbefehls oder irgend eines anderen, von der zuständigen Behörde erlassenen Dokuments, welches die gleiche Geltung hat, in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege, die Verhaftung des Verbrechers beantragen und erwirken, unter der Bedingung, dass innerhalb neunzig Tage das Dokument, auf dessen Vorhandensein man sich berufen hat, beigebracht wird. Wird diese Bedingung innerhalb der genannten Frist nicht erfüllt, so wird der Gefangene freigelassen werden.

Art. 10. Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Festnahme im Besitz des Auszuliefernden befinden, sollen, wenn die zuständige Behörde des um die Auslieferung ersuchten Staates die Ausantwortung derselben angeordnet hat, dem ersuchenden Staate mitübergeben werden, und es soll sich diese Ueberlieferung nicht blos auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen könnte. || Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den oben erwähnten Gegenständen vorbehalten, und es sollen ihnen dieselben nach dem Schlusse des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei zurückgegeben werden.

Art. 11. Die vertragenden Theile gestatten ausdrücklich die Auslieferung mittelst Durchführung Auszuliefernder durch ihr Landesgebiet auf Grund einfacher Beibringung eines der im Artikel 8 dieses Vertrages näher bezeichneten gerichtlichen Dokumente, in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, vorausgesetzt, dass die strafbare Handlung, wegen welcher die Auslieferung beantragt wird, in dem gegenwärtigen Vertrage inbegriffen ist und nicht unter die Bestimmungen der vorangehenden Artikel 6 und 7 fällt.

Art. 12. Die Kosten, welche aus der Festnahme, Bewachung, dem Unterhalte und Transporte der Personen, deren Auslieferung bewilligt worden, sowie aus dem Transporte der im Artikel 10 bezeichneten Gegenstände erwachsen, sollen jedem der vertragenden Theile innerhalb der Grenzen ihrer respektiven Gebiete zur Last fallen. || Die Kosten des Unterhaltes und Seetransportes zwischen den beiden Ländern kommen auf Rechnung desjenigen Landes, welches die Auslieferung beantragte.

Art. 13. Wenn in einem Strafverfahren wegen Handlungen, welche nicht zu den politischen Verbrechen und Vergehen gehören, einer der vertragenden Theile die Vernehmung von Zeugen, welche sich im Gebiete des anderen Theiles aufhalten, oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für nothwendig erachten sollte, so wird ein entsprechendes Ersuchschreiben auf diplomatischem oder konsularischem Wege der betreffenden Regierung mitgetheilt und demselben nach Maassgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, Folge gegeben werden. Die Ausführung des Antrages kann verweigert werden, wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstande hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht strafbar ist. Die vertragenden Theile verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche wegen der

aus der Ausführung der Requisition entspringenden Kosten, sofern es sich nicht um Gutachten in Straf- oder Handelssachen oder Sachen der gerichtlichen Medizin handelt, welche mehrere Termine erfordern.

Art. 14. Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande hat, das persönliche Erscheinen eines Zeugen für nothwendig erachtet wird, so wird die Regierung des Landes, in welchem er sich aufhält, ihn befragen, ob er bereit ist der Aufforderung Folge zu leisten, welche zu diesem Ende die andere Regierung erlassen hat. || Wenn die requirirten Zeugen sich zu der Reise verstehen, so werden die respektiven Regierungen sich gegenseitig verständigen, um die Entschädigung, welche ihnen nach Entfernung und Aufenthaltszeit durch die ersuchende Regierung zu gewähren ist, sowie die Summe, welche letztere ihnen vorzuschiessen haben wird, festzusetzen. || In keinem Falle dürfen die Zeugen während ihres Aufenthaltes in dem Lande, wo sie vernommen werden sollen, noch während der Hin- und Rückreise wegen einer vor der an sie ergangenen Vorladung begangenen strafbaren Handlung in Haft genommen oder belästigt werden.

Art. 15. Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande hat, die Mittheilung von Beweisstücken oder von Urkunden, die in den Händen der Behörden des anderen Landes sind, für nothwendig oder nützlich erachtet wird, so soll deshalb das Ersuchen auf diplomatischem oder konsularischem Wege bei der betreffenden Regierung gestellt und demselben, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, stattgegeben werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden. || Die vertragenden Theile verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kosten, welche aus der Ausantwortung und Rücksendung der Beweisstücke und Urkunden bis zur Grenze entstehen.

Art. 16. Dieser Vertrag soll ratifizirt werden, und sollen die Ratifikations-Urkunden in möglichst kurzer Frist in Montevideo ausgetauscht werden.

Derselbe soll zwei Monate nach Austausch der Ratifications-Urkunden Kraft treten und in Kraft bleiben bis zu einem Jahr nach dem Tage, an welchem einer der vertragenden Theile dem anderen die Absicht, ihn ausser Kraft treten zu lassen, kundgiebt. || Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und mit dem Abdruck ihrer Petschafte versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift zu Montevideo, den zwölften Februar 1880.

Theodor von Holleben,
Gualberto Mendez.

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 25. Juli 1883 zu Montivideo stattgefunden.

## Nr. 8189. DEUTSCHLAND, BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, NIEDERLANDE. — Convention internationale ayant pour objet de régler la police de la pêche dans la mer du Nord en dehors de territoriales.

[Reichsgesetzblatt 1884 S. 25.]

Nr. 8189. Vertrags-Staaten. 6. Mai 1882.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, le Président de la République Française, Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande Brétagne et d'Irlande, et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, ayant reconnu la nécessité de régler la police de la pêche dans la mer du Nord en dehors des eaux territoriales, ont résolu de conclure à cet effet une convention et ont nommé pour Leurs plénipotentiaires, savoir:

[folgen die Namen der Bevollmächtigten]

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Les dispositions de la présente convention, qui a pour objet de régler la police de la pêche dans la mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, sont applicables aux nationaux des Hautes Parties contractantes.

Art. 2. Les pêcheurs nationaux jouiront du droit exclusif de pêche dans le rayon de trois milles, à partir de la laisse de basse mer, le long de toute l'étendue des côtes de leurs pays respectifs, ainsi que des îles et des bancs qui en dépendent. || Pour les baies, le rayon de trois milles sera mesuré à partir d'une ligne droite, tirée en travers de la baie, dans la partie la plus rapprochée de l'entrée, au premier point où l'ouverture n'excédera pas dix milles. || Le présent article ne porte aucune atteinte à la libre circulation reconnue aux bateaux de pêche, naviguant ou mouillant dans les eaux territoriales, à la charge par eux de se conformer aux règles spéciales de police édictées par les Puissances riveraines.

Art. 3. Les milles mentionnés dans l'article précédent sont des milles géographiques de soixante au degré de latitude.

Art. 4. Pour l'application des dispositions de la présente convention, les limites de la mer du Nord sont déterminées comme suit:

I. au Nord par le parallèle du 61° degré de latitude;

II. à l'Est et au Sud: || 1°. par les côtes de la Norvége entre le parallèle du 61° degré de latitude et le phare de Lindesnaes (Norvége); || 2°. par une ligne droite tirée du phare de Lindesnaes (Norvége) au phare de Hanstholm (Danemark); || 3°. par les côtes du Danemark, de l'Allemagne, des Pays-Bas, de la Belgique et de la France jusqu'au phare de Gris Nez;

III. à l'Ouest: || 1°. par une ligne droite, tirée du phare de Gris Nez (France) au feu le plus Est de South Foreland (Angleterre); || 2°. par les côtes orientales de l'Angleterre et de l'Ecosse; || 3°. par une ligne droite

joignant Duncansby Head (Ecosse) à la pointe Sud de South Ronaldsha (Iles Orcades); || 4°. par les côtes orientales des Iles Orcades; || 5°. par une ligne droite joignant le feu de North Ronaldsha (Iles Orcades) au feu de Sumburgh Head (Iles Shetland); || 6°. par les côtes orientales des Iles Shetland; || 7°. par le méridien du feu de North Unst (Iles Shetland) jusqu'au parallèle du 61e degré de latitude.

Art. 5. Les bateaux de pêche des Hautes Parties contractantes sont enregistrés d'après les réglements administratifs des différents pays. Pour chaque port, il y a une série continue de numéros, précédés d'une ou plusieurs lettres initiales indiquées par l'autorité supérieure compétente. || Chaque gouvernement établira un tableau portant indication des dites lettres initiales. || Ce tableau, ainsi que toutes les modifications qui pourraient y être ultérieurement apportées, devront être notifiés aux autres Puissances contractantes.

Art. 6. Les bateaux de pêche portent la lettre ou les lettres initiales de leur port d'attache et le numéro d'enregistrement dans la série des numéros de ce port.

Art. 7. Le nom de chaque bateau de pêche, ainsi que celui du port auquel il appartient, sont peints à l'huile, en blanc sur un fond noir, sur l'arrière de ce bateau, en caractères qui devront avoir au moins huit centimètres de hauteur et douze millimètres de trait.

Art. 8. La lettre ou les lettres et les numéros sont placés sur chaque côté de l'avant du bateau, à 8 ou 10 centimètres au dessous du plat bord, d'une manière visible et apparente. Ils sont peints à l'huile en couleur blanche sur un fond noir. || Néanmoins la distance ci-dessus indiquée n'est pas obligatoire pour les bateaux d'un faible tonnage sur lesquels il n'y aurait pas de place suffisante au dessous du plat bord. || Les dimensions de ces lettres et de ces numéros sont, pour les bateaux de quinze tonneaux et au dessus, de quarante-cinq centimètres de hauteur sur six centimètres de trait. || Pour les bateaux au dessous de quinze tonneaux, ces dimensions sont de vingt-cinq centimètres de hauteur sur quatre centimètres de trait. || La même lettre ou les mêmes lettres et numéros sont également placés sur chaque côté de la grande voile du bateau, immédiatement au dessus de la dernière bande de ris; ils sont peints à l'huile: en noir, sur les voiles blanches ou tannées; en blanc, sur les voiles noires. || La lettre ou les lettres et numéros portés sur les voiles ont un tiers de plus de dimension dans tous les sens que ceux placés sur l'avant des bateaux.

Art. 9. Les bateaux de pêche ne peuvent avoir, soit sur les parois extérieures, soit sur les voiles, d'autres noms, lettres ou numéros que ceux qui font l'object des articles 6, 7 et 8 de la présente convention.

Art. 10. Il est défendu d'effacer, d'altérer, de rendre méconnaissables, de couvrir ou de cacher, par un moyen quelconque, les noms, lettres et numéros, placés sur les bateaux et sur les voiles.

Art. 11. La lettre ou les lettres et le numéro affectés à chaque bateau

Nr. 8189. Vertrags-Staaten. 6. Mai 1882

sont portés sur les canots, bouées, flottes principales, chalûts, grappins, ancres et en général sur tous les engins de pêche appartenant au bateau. || Ces lettres et ces numéros sont de dimensions suffisantes pour être facilement reconnus. Les propriétaires de filets ou autre instruments de pêche peuvent en outre les marquer de tels signes particuliers qu'ils jugent utile.

Art. 12. Le patron de chaque bateau doit être porteur d'une pièce officielle, dressée par les autorités compétentes de son pays, qui lui permette de justifier de la nationalité du bateau. || Ce document indique obligatoirement la lettre ou les lettres et les numéros du bateau ainsi que sa description et le nom ou les noms, ou la raison sociale de son propriétaire.

Art. 13. Il est défendu de dissimuler par un moyen quelconque la nationalité du bateau.

Art. 14. Il est défendu à tout bateau de pêche de mouiller, entre le coucher et le lever du soleil, dans les parages où se trouvent établis des pêcheurs aux filets dérivants. || Toutefois, cette défense ne s'applique pas à des mouillages qui auraient lieu par suite d'accidents ou de toute autre circonstance de force majeure.

Art. 15. Il est défendu aux bateaux arrivant sur les lieux de pêche de se placer ou de jeter leurs filets de manière à se nuire réciproquement ou à gêner les pêcheurs qui ont déjà commencé leurs opérations.

Art. 16. Toutes les fois, que pour pêcher avec des filets dérivants, des bateaux pontés et des bateaux non pontés commenceront en même temps à mettre leurs filets à la mer, ces derniers les jetteront au vent des autres. || Les bateaux pontés doivent, de leur côté, jeter leurs filets sous le vent des bateaux non pontés. || En général, lorsque des bateaux pontés jettent leur filets au vent des bateaux non pontés déjà en pêche et lorsque des bateaux non pontés jettent leurs filets sous le vent de bateaux pontés déjà en pêche, la responsabilité des avaries causées aux filets incombe à ceux qui se sont mis en pêche les derniers, à moins qu'ils n'établissent qu'il y a cas de force majeure ou que le dommage ne provient pas de leur faute.

Art. 17. Il est défendu de fixer ou de mouiller des filets ou tout autre engin de pêche dans les parages où se trouvent établis des pêcheurs aux filets dérivants.

Art. 18. Il est interdit à tout pêcheur d'amarrer ou de tenir son bateau sur les filets, bouées, flottes ou toute autre partie de l'attirail de pêche d'un autre pêcheur.

Art. 19. Lorsque des pêcheurs au chalût se trouvent en vue de pêcheurs aux filets dérivants ou à la ligne de fond, ils doivent prendre les mesures nécessaires pour éviter tout préjudice à ces derniers; en cas de dommage, la responsabilité encourue incombe aux chalûtiers, à moins qu'ils ne prouvent soit un cas de force majeure, soit que la perte subie ne provient pas de leur faute.

Art. 20. Lorsque des filets appartenant à des pêcheurs différents viennent

à se mêler, il est défendu de les couper sans le consentement des deux parties. Toute responsabilité cesse si l'impossibilité de séparer les filets par d'autres moyens est prouvée.

Art. 21. Lorsqu'un bateau pêchant aux cordes croise ses lignes avec celles d'un autre bateau, il est défendu à celui qui les lève de les couper, à moins de force majeure, et, dans ce cas, la corde coupée doit être immédiatement renouée.

Art. 22. Sauf les cas de sauvetage et ceux prévus par les deux articles précédents, il est défendu à tout pêcheur de couper, de crocher ou de soulever, sous quelque prétexte que ce soit, les filets, lignes et autres engins qui ne lui appartiennent pas.

Art. 23. Il est interdit d'employer tout instrument ou engin servant exclusivement à couper ou à détruire les filets. || La présence à bord d'engins de cette nature est également défendue. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre les mesures nécessaires pour en empêcher l'embarquement à bord des bateaux de pêche.

Art. 24. Les bateaux pêcheurs ont à observer les règles générales, relatives aux feux, adoptées ou qui seront adoptées d'un commun accord par les Hautes Parties contractantes, en vue de prévenir les abordages.

Art. 25. Tout bateau de pêche, tout canot, tout objet d'armement ou de gréement de bateau de pêche, tout filet, ligne, bouée, flotte, ou instrument quelconque de pêche marqué ou non marqué, qui aura été trouvé ou recueilli en mer, doit, aussitôt que possible, être remis aux autorités compétentes dans le premier port de retour ou de relâche du bateau sauveteur. || Ces autorités informent les consuls ou agents consulaires de la nation du bateau sauveteur et de celle du propriétaire des objets trouvés. Elles rendent ces objets aux propriétaires ou à leurs représentants, dès qu'ils ont été réclamés et que les droits des sauveteurs sont dûment garantis. || Les autorités administratives ou judiciaires, selon la législation des différents pays, fixent l'indemnité que les propriétaires doivent payer aux sauveteurs. || Il demeure entendu que cette disposition ne porte aucune atteinte aux conventions déjà en vigueur sur cette matière et que les Hautes Parties contractantes se réservent la faculté de régler entre elles, par des arrangements spéciaux, le montant d'une allocation fixe à allouer par filet retrouvé. || Les engins de pêche de toute nature trouvés sans marque sont considérés comme épaves.

Art. 26. La surveillance de la pêche sera exercée par des bâtiments de la marine militaire des Hautes Parties contractantes; en ce qui concerne la Belgique, ces bâtiments pourront être des navires de l'État, commandés par des capitaines commissionnés.

Art. 27. L'exécution des règles qui concernent le document justificatif de la nationalité, la marque et le numérotage des bateaux etc. et des engins de pêche, ainsi que la présence à bord des instruments prohibés (art. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 et 23 §. 2), est placée sous la surveillance exclusive des

Nr. 8189. Vertrags-Staaten. 6. Mai 1882.

bâtiments croiseurs de la nation du bateau pêcheur. || Toutefois, les commandants des bâtiments croiseurs se signaleront mutuellement les infractions aux dites règles commises par les pêcheurs d'une autre nation.

Art. 28. Les bâtiments croiseurs de toutes les Hautes Parties contractantes sont compétents pour constater toutes les infractions aux règles prescrites par la présente convention, autres que celles indiquées dans l'article 27, et tous les délits se rapportant aux opérations de pêche, quelle que soit d'ailleurs la nation à laquelle appartiennent les pêcheurs qui commettent ces infractions.

Art. 29. Lorsque les commandants des bâtiments croiseurs ont lieu de croire qu'une infraction aux mesures prévues par la présente convention a été commise, ils peuvent exiger du patron du bateau, auquel une contravention est ainsi imputée, d'exhiber la pièce officielle justifiant de sa nationalité. Mention sommaire de cette exhibition est faite immédiatement sur la pièce produite. Les commandants des bâtiments croiseurs ne peuvent pousser plus loin leur visite ou leur recherche à bord d'un bateau pêcheur qui n'appartient pas à leur nationalité, à moins, toutefois, que cela ne soit nécessaire pour relever les preuves d'un délit ou d'une contravention relative à la police de la pêche.

Art. 30. Les commandants des bâtiments croiseurs des Puissances signataires apprécient la gravité des faits de leur compéteuce, parvenus à leur connaissance, et constatent le dommage, quelle qu'en soit la cause, éprouvé par les bateaux de pêche appartenant aux Hautes Parties contractantes. || Ils dressent, s'il y a lieu, procès-verbal de la constatation des faits, telle qu'elle résulte tant des déclarations des parties intéressées que du témoignage des personnes présentes. || Si le cas lui semble assez grave pour justifier cette mesure, le commandant d'un bâtiment croiseur aura le droit de conduire le bateau en contravention dans un port de la nation du pêcheur. Il pourra même prendre à son borde une partie des hommes de l'équipage pour les remettre entre les mains des autorités de la nation du bateau.

Art. 31. Le procès-verbal prévu à l'article précédent est rédigé dans la langue du commandant du bâtiment croiseur et suivant les formes en usage dans son pays. || Les inculpés et les témoins ont le droit d'y ajouter ou d'y faire ajouter, dans leur propre langue, toute mention ou témoignage qu'ils croiront utile. || Ces déclarations devront être dûment signées.

Art. 32. La résistance aux prescriptions des commandants des bâtiments croiseurs chargés de la police de la pêche ou de ceux qui agissent d'après leurs ordres sera, sans tenir compte de la nationalité du croiseur, considérée comme résistance envers l'autorité nationale du bateau pêcheur.

Art. 33. Lorsque le fait imputé n'est pas de nature grave, mais néanmoins il a occasionné des dommages à un pêcheur quelconque, les commandants des bâtiments croiseurs peuvent concilier à la mer les intéressés et fixer l'indemnité à payer, s'il y a consentement des parties en cause. || Dans ce cas,

si l'une des parties n'est pas en mesure de s'acquitter immédiatement, les commandants font signer en double expédition par les intéressés un acte réglant l'indemnité à payer. || Un exemplaire de cette pièce reste à bord du croiseur; l'autre est remis au patron en crédit, afin qu'il puisse au besoin s'en servir devant les tribunaux du débiteur. || Dans le cas, au contraire, où il n'y aurait pas consentement des parties, les commandants agiront conformément aux dispositions de l'article 30.

Art. 34. La poursuite des délits et contraventions, prévus dans la présente convention, aura lieu au nom de ou par l'Etat.

Art. 35. Les Hautes Parties contractantes s'engagent à proposer à leurs législatures respectives les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente convention et notamment pour faire punir soit de l'emprisonnement, soit de l'amende, soit de ces deux peines, ceux qui contreviendront aux dispositions des articles 6 à 23 inclusivement.

Art. 36. Toutes les fois que des pêcheurs de l'un des pays contractants se seront livrés à des voies de fait contre les pêcheurs d'une autre nationalité ou leur auront causé volontairement des dommages ou des pertes, les tribunaux du pays auquel appartiendront les bateaux des délinquants seront compétents pour les juger. || La même règle est applicable en ce qui concerne les délits et contraventions prévus par la présente convention.

Art. 37. La procédure et le jugement des contraventions aux dispositions de la présente convention ont toujours lieu aussi sommairement que les lois et règlements en vigueur le permettent.

Art. 38. La présente convention sera ratifiée. || Les ratifications seront échangées à la Haye, dans le plus bref délai possible.

Art. 39. La présente convention sera mise à exécution à partir du jour dont les Hautes Parties contractantes conviendront. || Elle restera en vigueur pendant cinq années à dater de ce jour et, dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année et ainsi de suite d'année en année. Dans le cas, au contraire, où l'une des Puissances signataires dénoncerait la convention, celle-ci sera maintenue entre les autres Parties contractantes, à moins qu'elles ne la dénoncent également.

## Article additionnel.

Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvége aura la faculté d'adhérer à la présente convention, pour la Suède et pour la Norvége, soit ensemble, soit séparément.

Cette adhésion sera notifiée au Gouvernement des Pays-Bas et par celui-ci aux autres Gouvernements signataires.

Nr. 8189 Vertrags-Staaten. 6. Mai 1882.

En foi de quoi, les plénipotentiaire respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à la Haye, en six exemplaires, le 6 Mai 1882.

| | |
|---|---|
| v. Schmidthals. | Em. Mancel. |
| Chr. Donner. | W. Stuart. |
| Baron A. d'Anethan. | C. M. Kennedy. |
| Léopold Orban. | C. Cecil Prevor. |
| C. Bruun. | Rochussen. |
| Ct. Lefebvre de Béhaine. | E. N. Rahusen. |

---

## Nr. 8190. OESTERREICH-UNGARN, SERBIEN, TÜRKEI, BULGARIEN,

Convention Relative à la Jonction des Voies Ferrés.

Nr. 8190. Vertrags-Staaten. 9. Mai 1883.

Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan, le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Serbie et le Gouvernement de Son Altesse le Prince de Bulgarie, animés du désir de favoriser et de régler, par l'exécution des jonctions des voies ferrées prévues aux Articles X, XXI et XXXVIII du Traité de Berlin, le trafic entre leurs territoires, ont résolu de conclure une Convention et ont nommé à cette fin pour leurs Plénipotentiaires, savoir: —

[folgen die Namen.]

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:—

Art. I. En exécution des dispositions arrêtées par les Articles X, XXI et XXXVIII du Traité de Berlin,*) les Parties Contractantes s'engagent à faire construire et raccorder et à livrer à l'exploitation simultanément à la date du 15 Octobre, 1886, les lignes désignées dans les Articles II, III, IV, et V ci-après, conformément aux dispositions de la présente Convention.

Art. II. Le Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie s'engage à faire construire et raccorder et à livrer à l'exploitation simultanément à la date susdite du 15 Octobre, 1886, une jonction de Budapest par Semlin jusqu'à la frontière Hongroise-Serbe à Belgrade.

Art. III. Le Gouvernement Impérial Ottoman s'engage à faire construire et raccorder et à livrer à l'exploitation simultanément à la date susdite du 15 Octobre, 1886: || 1. Le raccordement de la ligne déjà existante de Constantinople-Bellova à la ligne à construire de Nich, par Sophia, jusqu'à la frontière Ottomane-Bulgare; || 2. Un embranchement qui se détachera, aux environs de Pristina, ou de tout autre point qui sera trouvé convenable par les autorités Impériales

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIV No. 6773.

Ottomanes du chemin de fer déjà existant Salonique-Mitrovitza et qui sera conduit, suivant le tracé jugé le plus convenable d'un commun accord, jusqu'à la frontière Ottomane-Serbe, pour se joindre à la ligne Serbe désigné au No. 3 de l'Article IV ci-après.

Art. IV. Le Gouvernement Royal de Serbie s'engage à faire construire et raccorder et à livrer à l'exploitation simultanément à la date susdite du 15 Octobre, 1886:

1. La ligne de Belgrade à Nich, se raccordant près de Belgrade à la ligne de jonction Hongroise. || 2. Une ligne de raccordement de Nich, à la frontière Serbo-Bulgare, viâ Pirot, vers Bellova dans la direction de Constantinople. || 3. Une ligne de raccordement de Nich par Vrania à un point de la frontière Serbo-Ottomane à déterminer de commun accord, pour se joindre à la ligne Turque désignée dans l'Article III sous No. 2.

Art. V. Le Gouvernement Princier de Bulgarie s'engage à faire construire et raccorder et à livrer à l'exploitation simultanément à la date susdite du 15 Octobre, 1886, un chemin de fer se raccordant à la ligne à construire par la Serbie de Nich, viâ Pirot, à la frontière Bulgaro-Serbe et lequel ira de la dite frontière par Caribrod et Sophia jusqu'à la frontière Bulgaro-Ottomane, pour se joindre à la ligne Constantinople-Bellova qui sera conduite jusqu'à ce point.

Art. VI. Les Gouvernements voisins s'engagent à faire procéder, par une Commission Spéciale, nommée par eux et envoyée sur les lieux, aux études techniques nécessaires pour fixer le point de la frontière où la jonction de leurs lignes respectives devra avoir lieu. Ces travaux préparatoires seront terminés et les points de jonction fixés par les Gouvernements respectifs, au plus tard avant l'expiration d'un an à partir du jour de l'échange des ratifications de la présente Convention. || De même les Parties Contractantes prennent l'engagement de fournir dans le délai précité, la preuve qu'elles ont assuré selon leur convenance, soit par une concession définitive, soit par l'adjudication des travaux, l'exécution jusqu'au 15 Octobre, 1886, des lignes à construire sur leurs territoires respectifs.

Art. VII. Afin de simplifier autant que possible l'exercice du contrôle Douanier et autre par rapport au trafic des voyageurs et des manchandises, les Gouvernements voisins se réservent d'établir, d'un commun accord, des stations communes de frontière et de relais de manière à ce que les bureaux frontières des pays avoisinants intéressés y soient réunis et que les organes des dits bureaux puissent fonctionner immédiatement l'un après l'autre. || Dans le cas où des stations communes de frontière et de relais seraient établies, on est convenu que l'exploitation des lignes de jonction à partir de ces stations communes, jusqu'à la frontière territoriale, sera remise à l'Administration qui exploite la ligne de jonction située sur le territoire voisin. L'indemnité à payer par cette Administration sera fixée d'un commun accord, mais ne devra dépasser le montant de 5 pour cent du capital employé à la construction.

Nr. 8190. Vertrags-Staaten. 9. Mai 1883.

Art. VIII. Les chemins de fer à construire en vertu de la présente Convention devront être construits et exploités, pour autant que l'intérêt du trafic réciproque le demande, d'après des règles uniformes, notamment:— || 1. Ces chemins de fer auront, en conformité avec les lignes contiguës, la largeur de voie ordinaire, c'est-à-dire un intervalle de 1,436 mètres en lumière des rails. 2. Le matériel roulant devra être construit d'après des règles uniformes et de telle manière qu'il puisse librement circuler non seulement de la ligne du propre territoire sur celle du pays voisin, mais aussi sur les lignes de jonction des autres Parties Contractantes. || 3. Le service des signaux à introduire sur les lignes en question sera conforme au système en vigueur sur les lignes de jonction Austro-Hongroises.

Art. IX. Sur les chemins de fer à construire en vertu de la présente Convention aucune différence ne sera faite dans le même pays entre les sujets des Parties Contractantes, quant aux prix de transport et aux taxes publiques, comme au temps et mode d'expédition. || De même les marchandises importées de l'un des pays dans l'autre, soit pour y rester, soit pour y passer en transit, n'y seront, sous aucun des rapports susmentionnés, traitées moins favorablement que les marchandises indigènes.

Art. X. En ce qui concerne les Tarifs pour le trafic des marchandises et autres objets de transport de tout genre sur les lignes à construire en vertu de la présente Convention, on est convenu des dispositions suivantes:—

1. Chacune des Parties Contractantes se réserve pleine liberté de fixer les tarifs du trafic local sur son propre territoire. Il est entendu qu'on ne pourra traiter comme trafic local, au sens des dispositions précédentes, le transport des marchandises et d'autres objets, de toute sorte qui passent la frontière en rupture de charge.

2. Les tarifs pour le trafic international seront fixés sur la base du principe de la nation la plus favorisée, ainsi qu'il suit:—

(1.) La Sublime Porte s'engage à ne pas appliquer au trafic avec des pays tiers ni directement ni indirectement des taxes unitaires kilométriques moindres, ni autres facilités, ni faveurs que celles qui sont appliquées aux mêmes articles dans le trafic avec l'Autriche-Hongrie. || La Sublime Porte prend les mêmes engagements relativement à la Serbie et à la Bulgarie. || Il est toutefois entendu que les dispositions précédentes seront applicables aux lignes de jonction Ottomanes déjà existantes, en autant que les droits acquis en vertu de concessions antérieures ne s'y opposent.

(2.) La Bulgarie s'engage à ne pas appliquer au trafic avec des pays tiers ni directement ni indirectement des taxes unitaires kilométriques moindres, ni autres facilités, ni faveurs que celles qui sont appliquées aux mêmes articles dans le trafic avec l'Autriche-Hongrie. || La Bulgarie prend les mêmes engagements relativement à la Turquie et à la Serbie.

3. Conformément au principe de la réciprocité, la Turquie et la Bulgarie jouiront des mêmes avantages sur les lignes Serbes. Ces avantages leur sont

également garantis sur la ligne de jonction Hongroise devant aboutir à Budapest, ainsi que sur les lignes qui relient aujourd'hui Budapest à Vienne, en tant que pour ces derniers des droits déjà existants acquis en vertu de concessions ne s'y opposent.

Art. XI. Les Administrations des chemins de fer à construire en vertu de la présente Convention introduiront des correspondances directes pour le transport des personnes et des marchandises entre leurs stations principales y compris Constantinople et Salonique. Des correspondances directes seront de même établies entre les dites stations principales, y compris Constantinople et Salonique d'une part, et Vienne et Budapest de l'autre. Les Administrations des chemins de fer intéressés seront tenues de s'entendre sur les arrangements nécessaires pour les règlements et les tarifs directs à appliquer au trafic international. || Ces tarifs directs sont établis sur la base des taxes unitaires kilométriques égales. Il sera cependant tenu compte des rampes de 10 par 1,000 ou dépassant ce chiffre et des courbes d'un rayon de 600 mètres ou moindre, en fixant dès à présent que le nombre réel des kilomètres pourra être augmenté, suivant une échelle à concerter entre les Administrations des chemins de fer intéressés, d'une quote-part qui, au maximum, ne pourra dépasser les 100 pour cent. || Ces tarifs directs et les autres arrangements concertés entre les Administrations seront soumis pour elles à l'approbation des Gouvernements respectifs.

Art XII. Les chemins de fer à construire en vertu de la présente Convention ayant pour but d'établir non seulement une communication directe entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie d'une part et la Turquie d'Europe et la Bulgarie de l'autre, mais encore la communication indirecte de ces derniers pays avec les autres États Européens, les Gouvernements intéressés auront soin que les Administrations de ces chemins de fer, en établissant d'un commun accord le seroice des trains, pourvoient, à ce que les trains de voyageurs et de marchandises, qui desserviront sur ces lignes les transit, reçoivent une correspondance directe et commode, tant entre eux-mêmes qu'avec les lignes contiguës. || La Sublime Porte assurera, de plus, à ces trains une correspondance conforme également sur les lignes déjà existantes jusqu'à Constantinople et Salonique. || Quant au nombre des trains de voyageurs en transit circulant de Vienne et Budapest jusqu'à Constantinople et Salonique, il est expressément stipulé qu'il y aura un train au moins par jour allant dans chaque direction, pour le transport de la poste et de voyageurs, et ayant une vitesse de 35 kilom. à l'heure, au minimum, y compris les haltes. Cette vitesse minimum peut, la première année à partir de la mise en exploitation, être réduite à 30 kilom. à l'heure (haltes comprises).

Art XIII. Les Parties Contractantes s'engagent à garantir la circulation sur les voies ferrées entre leurs territoires contre toute perturbation et entrave. En conséquence il ne sera admis sur le territoire de l'une des Parties Contractantes aucune exécution sur l'accessoire se trouvant sur ce territoire et

Nr. 8190. Vertrags-Staaten. 9. Mai 1883.

appartenant à un chemin de fer de l'autre Partie Contractante, en particulier sur le matériel fixe et roulant, ainsi que sur les restants en caisse et les créances qui résultent du trafic réciproque.

Art. XIV. Dans le trafic réciproque des chemins de fer à construire en vertu de la présente Convention des règlements sanitaires autant que possibles uniformes seront appliqués à la désinfection des transports et des moyens de transport. Il en sera de même pour les autres mesures préventives contre les maladies d'infection d'hommes et d'animaux.

Art. XV. Les autorités de surveillance des chemins de fer, ainsi que les Directions de toutes les lignes de jonction pourront directement correspondre entre elles pour toutes les questions relatives à l'exploitation et au trafic.

Art. XVI. En ce qui concerne le détail des formalités à concerter par rapport à la révision Douanière et à l'expédition des bagages des voyageurs, ainsi que des marchandises importées et exportées, les Gouvernements contractants se donnent mutuellement l'assurance qu'ils admettront sur les lignes à construire en vertu de la présente Convention ainsi que sur celles qui y seront raccordées, dans l'intérêt du commerce, toute facilité et toute simplification compatibles avec les lois en vigueur dans leurs pays respectifs. || Les Parties Contractantes faciliteront sur leurs territoires la circulation réciproque par chemin de fer, en établissant des raccordements directs entre les lignes au point de leur jonction et en faisant passer le matériel roulant d'une ligne sur l'autre. || Les Parties Contractantes exempteront à la frontière, où se trouvent les jonctions directes et où a lieu le passage du matériel roulant, les marchandises de la déclaration, du déchargement et de la révision à la frontière, ainsi que de la fermeture des colis, pourvu qu'elles entrent dans des wagons clos selon le règlement, qu'elles soient destinées à être conduites dans ces mêmes wagons à un endroit à l'intérieur du pays où se trouve un Bureau de Douane ou de finances autorisé à l'expédition, et qu'elles soient déclarées à l'entrée par la remise des listes de chargement et des lettres de voiture. || Les marchandises qui, dans les wagons clos selon les règlements et sans être déchargées, passent en transit sur le territoire d'une des Parties Contractantes, en venant du territoire de l'autre ou y étant destinées, seront exemptées de la déclaration, du déchargement et de la révision, ainsi que de la fermeture des colis, tant à l'intérieur qu'aux frontières, pourvu qu'elles soient déclarées au transit par la remise des listes de chargement et des lettres de voiture. || L'application de ces dispositions est cependant subordonnée à la condition que les Administrations des chemins de fer intéressées répondent de l'arrivée des wagons, en temps opportun et avec fermeture intacte, au bureau d'expédition situé à l'interieur du pays ou à celui de sortie. || Bien qu'en général les dispositions précédentes ne trouvent pas d'application aux déchargements des marchandises, il reste d'ailleurs entendu que néanmoins, dans les cas où un pareil déchargement dévient nécessaire par suite de la très grande distance entre les lieux de chargement et de déchargement, ces facilités pour-

ront être étendues aux déchargements en question à la condition qu'ils aient lieu sous contrôle réglementaire. || Les Gouvernements voisins auront à s'entendre ultérieurement, quant au règlement à établir pour le service des Douanes aux stations frontières. Nr. 8190. Vertrags-Staaten. 9. Mai 1883.

Art. XVII. Les Administrations des Postes et Télégraphes des Parties Contractantes auront à s'entendre ultérieurement, quant au règlement à établir pour le service respectif sur les lignes des chemins de fer en question. Il est convenu toutefois dès à présent que les institutions postales et télégraphiques en vigueur sur les lignes déjà existantes et les mesures y relatives seront mises en harmonie avec les besoins d'une communication régulière des chemins de fer.

Art. XVIII. Les Gouvernements Contractants s'engagent à faciliter, tant que le permettra la sûreté publique, dans l'intérêt commun de la communication, et autant que possible, l'exercice de la police à la frontière.

Art. XIX. Chacune des Parties Contractantes se réserve le droit, sur son propre territoire, de contrôler l'exploitation des chemins de fer qui forment l'objet de la présente Convention, afin qu'elle réponde, de tout temps, aux besoins du traffic international et aux stipulations arrêtées entre les Gouvernements respectifs.

Art. XX. Dans le cas où l'une des Parties Contractantes, après l'expiration de la dixième année à partir du jour de l'échange des ratifications, demanderait la révision de la présente Convention, les Délégués des Parties Contractantes se réuniront à cet effet à Vienne sur la convocation du Gouvernement Impérial et Royal. || Il est entendu que les Parties Contractantes se réservent la faculté d'introduire, de tout temps et d'un commun accord, dans cette Convention, toute modification dont l'utilité serait démont ée par l'expérience.

Art. XXI. La présente Convention sera, s'il y a lieu, soumise aux Corps Législatifs respectifs et entrera en vigueur aussitôt après l'échange des ratifications, qui aura lieu à Vienne au plus tard le 1$^{er}$ Octobre, 1883.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, en quadruple expédition, le 9 Mai, 1883.

Sadoullah. Boghitchevitch.
Kálnoky. Stoïtschoff.
Szogyeni. Stoïloff.

---

## Nr. 8191. **DEUTSCHLAND** und **SPANIEN.** — Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reich u. Spanien.

[Reichsgesetzblatt 1883 S. 307.]

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Seine Majestät der König von Spanien, von dem Wunsche geleitet, die zwischen beiden Ländern bestehenden Bande der Freundschaft enger zu schliessen und Nr. 8191. Deutschland und Spanien. 12 Juli 1883.

Nr. 8191. Deutschland und Spanien. 12. Juli 1883.

die Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen und zu Bevollmächtigten ernannt:

[folgen die Namen]

welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befindlichen Vollmachten, unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratifikation, folgenden Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen haben:

Art. 1. Zwischen den Hohen vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen. Die Angehörigen jedes der Hohen vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in dem Gebiete des andern Theils, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag Ausnahmen festsetzt, in Bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren, allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Inländer unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

Art. 2. Die Angehörigen jedes der Hohen vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in dem Gebiet des anderen in gleichem Maasse, wie die Inländer, befugt sein, in alle Häfen und Flüsse mit ihren Fahrzeugen und Ladungen einzulaufen, zu reisen, sich aufzuhalten und sich niederzulassen, Handel und Gewerbe im Grossen wie im Kleinen zu betreiben, Häuser, Magazine und Läden zu miethen oder zu besitzen, Waaren oder Gelder zur See oder zu Lande zu versenden und sowohl vom Inlande wie vom Auslande in Konsignation zu nehmen, alles dieses nur gegen Zahlung derjenigen Abgaben, welche gesetzlich von den Inländern gegenwärtig oder künftig erhoben werden; sie sollen daselbst kaufen und verkaufen können, unmittelbar oder durch Vermittelung einer von ihnen gewählten Mittelsperson, und die Preise der Güter, Effekten, Waaren und sonstigen Gegenstände. sowohl der eingeführten wie der inländischen, bestimmen können, sei es, dass sie solche im Inlande verkaufen oder ausführen, jedoch unter Beobachtung der im Lande bestehenden Gesetze und Verordnungen; sie können ihre Geschäftsangelegenheiten besorgen, den Zollämtern ihre Deklarationen einreichen, sowohl in ihrem eigenen Namen als auch an ihrer Stelle durch jeden Dritten, je nachdem sie es für angemessen befinden und nur gegen die zwischen ihnen verabredete Vergütung.

Art. 3. Die Angehörigen jedes der Hohen vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theils gleich den Inländern berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben, zu besitzen und darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben. Auch sollen sie in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen als die Inländer. || Die freie Ausübung ihrer Religion wird ihnen gegenseitig nach

Maassgabe der Landesgesetze gewährt werden. || Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Refreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

Art. 4. Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der Hohen vertragschliessenden Theile nach Maassgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des anderen Theils diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

Art. 5. Die Kaufleute und die Gewerbetreibenden, welche in der im internationalen Verkehr üblichen Weise nachweisen können, dass sie in dem Lande, in welchem sie wohnen, als solche gehörig patentirt sind, sollen in dieser Beziehung im Gebiete des anderen Theils keinen weiteren Abgaben oder Steuern unterliegen, wenn sie, sei es mit oder ohne Muster, aber ohne Mitführung von Waaren, im Interesse ihrer Handels- oder Industriegeschäfte und zu dem Zwecke, Einkäufe zu machen oder Bestellungen zu erhalten, das Land bereisen oder durch ihre Handlungsgehülfen oder Agenten bereisen lassen. || Es versteht sich jedoch, dass durch die vorstehende Verabredung den Gesetzen und Verordnungen kein Eintrag geschieht, welche in jedem der beiden Länder hinsichtlich des Gewerbebetriebes im Umherziehen bestehen und auf alle Ausländer Anwendung finden. || Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Handelsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden und vorbehaltlich der Erfüllung der für die Wiederausfuhr oder für die Zurücklieferung in die Niederlage nothwendigen Zollförmlichkeiten. Diese Förmlichkeiten werden im gemeinschaftlichen Einverständniss beider Regierungen geregelt werden.

Dem freien Verkehr der Reisenden wird kein Hinderniss in den Weg gelegt, und die auf die Reisedokumente bezüglichen administrativen Förmlichkeiten beim Eintritt in das Gebiet der Hohen vertragschliessenden Theile, wie beim Austritt aus demselben, werden auf die unumgänglichen Anforderungen der öffentlichen Sicherheit beschränkt werden.

Art. 6. Die Angehörigen jedes der Hohen vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder munizipaler Art, von jedem persönlichen Dienste im Landheere, in der Marine, in der Land- und Seewehr und in der Nationalmiliz, von allen Lasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Leistungen, wie sie auch heissen mögen, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, frei sein, jedoch

Nr. 8191. Deutschland und Spanien. 12. Juli 1883.

unbeschadet der Verpflichtung, zur Quartierleistung und zu sonstigen Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, soweit sie den Inländern obliegt. Ihr Eigenthum soll keinem Sequester unterworfen, ihre Schiffe, Ladungen, Waaren, Effekten sollen nicht zurückgehalten werden zu irgend welchem öffentlichen Gebrauche ohne vorgängige Bewilligung einer auf gerechten und billigen Grundlagen unter den betheiligten Parteien festgesetzten Entschädigung.

Art. 7. In Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder deren Verpackung, sowie bezüglich der Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle, ferner der Erfindungspatente soll den Angehörigen des einen der Hohen vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen derselbe Schutz, welchen die eigenen Angehörigen geniessen, gewährt werden. || Der Schutz der Waarenzeichen, Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle wird den Angehörigen des anderen Theils nur insofern und auf so lange gewährt, als dieselben in ihrem Heimathsstaate geschützt sind. || Muster und Waarenzeichen, sowie Fabrik- und Handelsmarken, welche in dem einen Lande im freien Gebrauche aller oder gewisser Klassen von Gewerbetreibenden sich befinden, können fernerhin in dem anderen Lande den eine ausschliessliche Benutzung gewährleistenden Schutz nicht erlangen || Der Schutz der Muster und Modelle wird unabhängig davon gewährt, ob die Herstellung der betreffenden Gegenstände im Inlande stattfindet oder nicht.

Art. 8. Die Hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet.

Art. 9. Die in dem beiliegenden Tarife A bezeichneten Gegenstände spanischer Herkunft (Provenienz) oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif und die darin enthaltenen Bestimmungen festgestellten Zöllen zugelassen. || Die in dem beiliegenden Tarife B aufgeführten Gegenstände deutscher Herkunft (Provenienz) oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Spanien zu den durch diesen Tarif und die darin enthaltenen Bestimmungen festgestellten Zöllen zugelassen. || Jeder der beiden Hohen vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, den anderen bei der Ein- und Ausfuhr der im gegenwärtigen Vertrage genannten oder nicht genannten Waaren unverzüglich und ohne Entschädigung an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird.

Art. 10. Während der Dauer des Vertrages werden alle spanischen Naturweine in Fässern bei ihrer Einfuhr in Deutschland ohne Unterschied ihres Alkoholgehalts verzollt, dergestalt, dass stärker alkoholhaltige Weine keinem höheren Zollsatze unterliegen, als minder alkoholhaltige. || Für die Dauer des Vertrages werden andere Abgaben, Verbrauchs- oder innere Steuern

als die Eingangszölle bei der Einfuhr spanischer Weine in Deutschland für Rechnung des Staates oder der Gemeinden nicht erhoben. || Soweit nicht Vertragsrechte entgegenstehen, wird Deutschland solchen dritten Staaten, welche den Wein mit Unterscheidung nach dem Alkoholgehalt besteuern, die unter Absatz 1 erwähnte Vergünstigung nicht einräumen.

Art. 11. Bei der Ausfuhr nach Deutschland wird in Spanien und bei der Ausfuhr nach Spanien wird in Deutschland kein anderer oder höherer Ausfuhrzoll erhoben, als bei der Ausfuhr derselben Gegenstände nach dem meistbegünstigten Staate.

Art. 12. Die Hohen vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, bei der Einfuhr von Waaren und zum Nachweise der einheimischen Abkunft oder Fabrikation die Vorlegung von Ursprungszeugnissen zu fordern.

Art. 13. Zur weiteren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs wird, sofern die Identität der aus- und wieder eingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der Hohen vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen versendet, in dem Gebiete des anderen Theils aber nicht in den freien Verkehr gesetzt, sondern unter Kontrole der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen gelagert werden, wenn diese Gegenstände binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden.

Art. 14. Hinsichtlich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle, sowie in Bezug auf die Durchfuhr, die zollamtlichen Niederlagen, die (örtlichen) Gebühren, die Zollbehandlung und Zollabfertigung verpflichtet sich jeder der Hohen vertragschliessenden Theile, den anderen an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht und jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht gewährt hat. Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne weiteres dem anderen vertragschliessenden Theile zu statten kommen.

Art. 15. Die aus dem Gebiete des einen der Hohen vertragschliessenden Theile in das des anderen eingeführten Waaren jeder Art sollen keinen höheren inneren oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder der Gemeinden unterworfen werden, als denjenigen, welche die gleichartigen Waaren einheimischer Erzeugung gegenwärtig treffen oder in Zukunft treffen können.

Art. 16. Als deutsche oder spanische Schiffe sollen alle diejenigen angesehen werden, welche nach den Gesetzen des deutschen Reiches als deutsche oder nach den spanischen Gesetzen als spanische Schiffe anzuerkennen sind. || Die beiderseitigen Schiffsmessbriefe finden nach Maassgabe der im Jahre 1879 zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen getroffenen Vereinbarung gegenseitige Anerkennung.

Nr. 8191. Deutschland und Spanien. 12. Juli 1883.

Art. 17. Die Schiffe eines der Hohen vertragschliessenden Theile, welche mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Theils einlaufen oder dieselben verlassen, werden daselbst, welches auch immer der Ort ihres Auslaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, in jeder Hinsicht auf demselben Fusse wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Sowohl bei ihrem Einlaufen, wie während ihres Aufenthalts und bei ihrem Auslaufen werden sie keine anderen oder höheren Leuchtthurm-, Tonnen-, Lootsen-, Hafen-, Remorquirungs-, Quarantaine- oder sonstigen auf dem Schiffskörper lastenden, wie immer benannten Gebühren, dieselben mögen im Namen und zu Gunsten des Staates, der öffentlichen Beamten, der Gemeinden oder was immer für Korporationen erhoben werden, zu entrichten haben, als diejenigen, zu welchen die einheimischen Schiffe daselbst verpflichtet sind oder verpflichtet sein werden. || In Bezug auf die Aufstellung, die Beladung und die Löschung der Schiffe in den Häfen, Rheden, Plätzen und Bassins, sowie überhaupt in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsfahrzeuge, ihre Mannschaften und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man übereingekommen, dass den eigenen Schiffen des einen der Hohen vertragschliessenden Theile kein Vorrecht und keine Begünstigung zugestanden werden soll, welche nicht gleichmässig den Schiffen des anderen zukommen, indem es der bestimmte Wille der Hohen vertragschliessenden Theile ist, dass auch in dieser Hinsicht ihre Schiffe auf dem Fusse einer vollständigen Gleichheit behandelt werden sollen.

Art. 18. Was die Küstenschifffahrt betrifft, so soll jeder der Hohen vertragschliessenden Theile alle Rechte und Begünstigungen, welche der andere Theil in dieser Hinsicht irgend einer dritten Nation eingeräumt hat oder einräumen wird, insoweit für seine Schiffe in Anspruch nehmen können, als er den Schiffen des anderen Theils für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugesteht. || Es sollen die Schiffe jedes der Hohen vertragschliessenden Theile, welche in einen der Häfen des anderen Theils einlaufen, um daselbst ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, wenn sie sich den Gesetzen und Verordnungen des Landes fügen, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen, ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Art. 19. Von Tonnengeldern und Expeditionsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der Hohen vertragschliessenden Theile völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die schon erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können; 3. die Schiffe, welche freiwillig oder nothgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und denselben wieder verlassen, ohne irgend welches Handelsgeschäft vorgenommen zu haben.

Im Falle des durch Noth veranlassten Einlaufens sollen das Löschen und Wiedereinladen der Waaren behufs Ausbesserung des Schiffes, die Ueberladung auf ein anderes Schiff im Falle der Unbrauchbarkeit des ersten, die zur Wiederverproviantirung der Schiffsmannschaft nothwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waaren, wenn die Zollverwaltung hierzu die Genehmigung ertheilt hat, als Handelsgeschäfte nicht angesehen werden.

Art. 20. Die Kriegsschiffe der Hohen vertragschliessenden Theile sollen in den beiderseitigen Häfen auf demselben Fusse wie die Schiffe der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

Art. 21. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden ohne Ausnahme auf das Grossherzogthum Luxemburg Anwendung, solange dasselbe dem deutschen Zoll- und Handelssystem angehört.

Art. 22. Da die überseeischen Provinzen Spaniens einer besonderen Gesetzgebung unterliegen, so finden die vorstehenden Bestimmungen dieses Vertrages auf sie nur insoweit Anwendung, als die besondere Gesetzgebung dies gestattet. || Die deutschen Reichsangehörigen sollen daselbst in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Befreiungen, Begünstigungen und Ausnahmen geniessen, welche der meistbegünstigten Nation bereits bewilligt sind oder künftig bewilligt werden. Die deutschen Produkte und Waaren sollen daselbst keinen anderen Zöllen, Lasten und Förmlichkeiten unterworfen werden, als die Produkte und Waaren der meistbegünstigten Nation. Die Produkte und Waaren der überseeischen Provinzen Spaniens werden bei ihrer Einfuhr nach Deutschland dieselbe Behandlung geniessen, wie die überseeischen Produkte und Waaren der meistbegünstigten Nation.

Art. 23. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als thunlich in Berlin ausgetauscht werden.*) Derselbe soll zehn Tage nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1887 in Kraft bleiben.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin den zwölften Juli Ein Tausend Acht Hundert Drei und Achtzig.

v. Burchard. v. Bojanowski.
El Conde de Benomar.

---

## Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgehabten Unterzeichnung des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reich und Spanien haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt.

---

*) Geschehen am 22. October 1883. A. d. R.

Nr. 8191. Deutschland und Spanien. 12. Juli 1883.

Zu Artikel 5.

Diejenigen Gewerbetreibenden bezw. Handlungsreisenden, welche in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theils Waarenankäufe machen oder Waarenbestellungen suchen wollen, sollen hierzu abgabenfrei auf Grund von Gewerbe-Legitimationskarten zugelassen werden, welche von den Behörden des Heimathslandes ausgefertigt sind.

Die Ausfertigung dieser Karten soll nach dem anliegenden Muster erfolgen. Die Hohen vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten befugt sein sollen, und welche Vorschriften bei Ausübung des Gewerbetriebes zu beachten sind.

Zu Artikel 7.

Um den Schutz von Waarenzeichen, Fabrik- und Handelsmarken, sowie von Mustern und Modellen zu erwerben, haben die Angehörigen der Hohen vertragschliessenden Theile die in dem betreffenden Lande durch Gesetz oder Verordnung vorgeschriebenen Förmlichkeiten zu erfüllen.

Die Hinterlegung erfolgt zur Zeit

in Deutschland bei dem Amtsgericht in Leipzig,

in Spanien bei dem Ministerium del Fomento in Madrid.

Zu Artikel 9.

I. Der spanische Bevollmächtigte giebt die Erklärung ab, dass die Königlich spanische Regierung nur denjenigen nach Spanien eingehenden Sprit als deutsche Waare zu behandeln in der Lage sei, welcher aus deutschem Rohspiritus in Deutschland hergestellt worden ist.

Derselbe behält ausserdem für die Königlich spanischen Konsulate ausdrücklich die Berechtigung vor, zum Nachweise dafür, dass der zur Ausfuhr kommende Sprit aus deutschem Rohspiritus im Gebiete des deutschen Reiches hergestellt worden ist, nicht nur die Vorlage von speziellen Ursprungsattesten, sondern auch die Vorlage von Duplikaten der ertheilten Bonifikationsanerkenntnisse nach Maassgabe der den Konsulaten von ihrer Regierung ertheilten Instruktionen zu fordern, welche letzteren im Einvernehmen der beiden Regierungen festgestellt werden.

Die deutschen Bevollmächtigten bemerken hierauf, dass sie gegen die vorstehende Erklärung keine Einwendung erheben.

II. Die Bevollmächtigten der beiden Hohen vertragschliessenden Theile sind übereingekommen:

dass die Bindung des deutschen Zolls für den in Flaschen eingehenden Wein sich auf Schaumwein nicht erstreckt;

dass die Bindung des deutschen Zolls für Roggen nur für solchen Roggen zugestanden ist, welcher nachweislich in Spanien producirt worden ist;

und dass der Zoll auf das aus Spanien seewärts nach Deutsch-

land eingehende Salz nicht mehr betragen soll, als die innere Verbrauchssteuer, welche in Deutschland von dem in Deutschland gewonnenen Salze erhoben wird. Nr. 8191. Deutschland und Spanien. 12. Juli 1883.

Zu Artikel 13.

Was die öffentlichen Niederlagen betrifft, so wird die in diesem Artikel verabredete Zollfreiheit in Spanien nur in zwei Beziehungen gewährt:

1. für die Durchfuhr im Allgemeinen unter Beobachtung der Förmlichkeiten, welche die Zollverordnungen enthalten oder festsetzen werden;
2. für die Waaren, welche auf Handelsniederlassungen gebracht werden, immer unter der Voraussetzung, dass sie sich den für diese Niederlagen in der Zollgesetzgebung vorgeschriebenen Förmlichkeiten unterwerfen. Es wird dabei bemerkt, dass gegenwärtig Handelsniederlagen in den Häfen von Barcelona, Cadix, Mahon, Malaga und Santander bestehen. Auch hierin wird, wie im Uebrigen, Deutschland das Recht der meistbegünstigten Nation geniessen.

Zu Artikel 18.

Der spanische Bevollmächtigte erklärt, dass die Küstenschifffahrt in Spanien im Allgemeinen den Schiffen der spanischen Handelsmarine vorbehalten ist. Die deutschen Bevollmächtigten nehmen diese Erklärung an und erklären ihrerseits, dass, so lange deutsche Schiffe in Spanien nicht zur Küstenschifffahrt zugelassen werden, auch spanische Schiffe auf Zulassung zur Küstenschifffahrt in Deutschland keinen Anspruch haben.

Der spanische Bevollmächtigte nimmt diese Erklärung an.

Zu Artikel 23.

Die Bevollmächtigten sind übereingekommen, dass das gegenwärtige Protokoll zugleich mit dem Vertrage den Hohen vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden soll, und dass im Falle der Ratifikation des letzteren auch die in dem ersteren enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratifikation als genehmigt angesehen werden sollen.

So geschehen zu Berlin den zwölften Juli Ein Tausend Acht Hundert Drei und Achtzig.

v. Buchard. v. Bojanowski.
El Conde de Benomar.

---

## Nr. 8192. **DEUTSCHLAND.** — Denkschrift zum Deutsch-Spanischen Handelsvertrage. Dem Reichstage vorgelegt am 29. August 1883.

(Auszug.)*)

Ungeachtet der unausgesetzten Bemühungen, zu einer Verständigung zu gelangen, konnte eine Einigung bis zum 15. März d. J., bis zu welchem Ter- Nr. 8192. Deutschland. 29. Aug. 1883.

*) Es sind nur die auf die vorläufige Inkraftsetzung des Handelsvertrages und die Sprit-Clausel bezüglichen Stellen aufgenommen. A. d. R.

Nr. 8192. Deutschland. 29. Aug. 1883.

mine der alte Vertrag verlängert worden war, nicht erzielt werden. Nachdem die spanische Regierung vom 16. März d. J. ab die Verzollung der deutschen Provenienz nach den höheren Sätzen des Generaltarifs angeordnet hatte, musste in Erwägung kommen, ob gemäss § 6 Absatz 1 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 Zuschlagszölle auf spanische Waaren zu legen seien. Mit Rücksicht auf den weiteren Gang der Vertragsverhandlungen konnte hiervon Abstand genommen werden. Eine differenzielle Behandlung der spanischen Einfuhr in Deutschland ist inzwischen nur insoweit eingetreten, als die Italien gegenüber zugestandenen Zollermässigungen auf die spanische Einfuhr keine Anwendung finden konnten. Als demnächst die Vertragsverhandlungen mit dem 12. Juli d. J. zum Abschluss gebracht waren, trat auf beiden Seiten der Wunsch hervor, die gegenseitige differenzielle Behandlung baldthunlichst zu beseitigen. Der zu diesem Zweck deutscherseits gemachte Vorschlag, sich bis zur Perfektion des Vertrages gegenseitig auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation zu behandeln, wurde spanischerseits nicht angenommen. Da die Session des Bundesrathes und Reichstages bereits geschlossen war, so ergab sich die Nothwendigkeit, entweder den Bundesrath und Reichstag alsbald zu berufen um die Ratifikation des Vertrages zu ermöglichen, zu welcher die spanische Regierung mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Genehmigung des Vertrages durch die Kortes bereit war, oder ein Provisorium herzustellen, durch welches gegen Gewährung der deutscherseits im Vertrage gemachten Tarifzugeständnisse für die spanische Provenienz die Anwendung des spanischen Konventionaltarifs für die deutschen Produkte gesichert wurde.

Im Hinblick auf die grossen Unzuträglichkeiten, mit denen eine Einberufung insbesondere des Reichstages alsbald nach dem Schlusse einer langen und anstrengenden Session gerade in der sowohl den Erntearbeiten als auch der sommerlichen Erholung vorzugsweise gewidmeten Zeit zweifellos für eine grosse Anzahl von Mitgliedern des Reichstages verbunden gewesen wäre, sowie in Würdigung der aus den Kreisen der Industrie zahlreich geäusserten Wünsche einer thunlichst beschleunigten Einführung der im Vertrage vorgesehenen Zollerleichterungen entschieden die verbündeten Regierungen sich dafür, auf Grund eines Uebereinkommens mit der Königlich spanischen Regierung Inhalts der beiliegenden Bekanntmachung vom 9. d. M. die deutscherseits zugestandenen Zollermässigungen vom 14. August d. J. ab gleichzeitig mit den vertragsmässig vorgesehenen Erleichterungen spanischer Zölle in Kraft treten zu lassen.

Es geschah dies in der Erwartung, dass auch der Reichstag den lediglich mit Rücksicht auf die Geschäftslage und die Interessen der heimischen Industrie vorläufig getroffenen Bestimmungen seine nachträgliche Genehmigung nicht versagen werde.

Was den Inhalt der Bekanntmachung betrifft, so ist die vorläufige Anwendung der deutscherseits in dem Vertrage vom 12. Juli d. J. gemachten Tarifzugeständnisse nicht nur für die spanischen Produkte, sondern für die Einfuhr der betreffenden Gegenstände allgemein verfügt, da es den zwischen

Deutschland und anderen Nationen bestehenden Vertragsverhältnissen entsprechend erschien, keinen derjenigen Staaten, welche an der Produktion der in Rede stehenden Gegenstände im wesentlichen betheiligt sind, von der Begünstigung auszuschliessen, während eine Erörterung der Frage bezüglich solcher Länder, welche an der Produktion dieser Gegenstände nicht betheiligt sind, gegenstandslos wäre.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung, deren nachträgliche Genehmigung beantragt wird, würden bis zum Inkrafttreten des Vertrages, das gemäss Artikel 23 desselben zehn Tage nach Austausch der Ratifikation zu geschehen hat, in Geltung bleiben.

Von den Erklärungen im Schlussprotokoll ist diejenige zu Artikel 9 hervorzuheben, wonach die Königlich spanische Regierung nur denjenigen nach Spanien eingehenden Sprit als deutsche Waare zu behandeln in der Lage ist, welcher aus deutschem Rohspiritus in Deutschland hergestellt worden ist. An dieser bereits im ersten Stadium der Verhandlungen kundgegebenen Auffassung hielt Spanien fest, während es von der weiteren, im Laufe der Verhandlungen gestellten Forderung des Ausschlusses der deutschen Freihafengebiete von dem Vertrage überhaupt angesichts des diesseitigen Widerspruchs Abstand nahm. Die Festhaltung des in Rede stehenden Grundsatzes hielt die spanische Regierung jedoch für unbedingt nothwendig, um zu verhindern, dass der gegenwärtig bei der Einfuhr in Spanien dem Generaltarif unterliegende russische Spiritus auf dem Umwege über einen Vertragsstaat die den Erzeugnissen des letzteren vertragsmässig eingeräumten Vortheile des Konventionaltarifs geniesse. Diese Erklärung stellt sich als eine Interpretation darüber dar, was als Fabrikat eines Vertragsstaates zu betrachten sei, und wird die derselben zu Grunde liegende Auffassung selbstverständlich nicht nur auf die deutsche Einfuhr, sondern in gleicher Weise auch auf die Einfuhren aus den übrigen Vertragsstaaten nach Spanien Anwendung finden. Durch nachhaltigen Widerspruch gegen die Aufnahme jener Erklärung in das Schlussprotokoll die Vertragsverhandlungen zum Scheitern zu bringen, wäre um so weniger gerechtfertigt gewesen, als die Befugniss der spanischen Regierung, in gleicher Weise, wie es in ähnlichen Fällen in anderen Staaten geschehen ist, eine solche Interpretation auf autonomem Wege zu treffen, an sich nicht beanstandet werden kann. Es wird in dieser Beziehung beispielsweise bemerkt, dass nach den in Frankreich bestehenden Vorschriften ein Fabrikat aus ausländischem Rohstoffe als Waare eines Vertragsstaates bei der Verzollung nur dann behandelt wird, wenn die Bearbeitung, welche der Rohstoff im Vertragsstaate empfing, zur Folge hatte, dass das Erzeugniss in eine höher besteuerte Klasse des französischen Tarifs übergeht (Deutsches Handelsarchiv 1882 S. 681). Die Handhabung dieses Grundsatzes in Frankreich ist bisher nicht beanstandet worden, und der Berufung Spaniens hierauf konnte um so weniger entgegengetreten werden, als weder der spanische noch der deutsche Zolltarif einen Unterschied zwischen rohem und mehr oder weniger raffinirtem Spiritus machen. Im übrigen wird

Nr. 8192. Deutschland. 29. Aug. 1883.

bemerkt, dass unter deutschem Rohspiritus jeder in Deutschland, gleichviel ob im Zollgebiete oder im Freihafengebiete, erzeugte Rohspiritus zu verstehen ist Was die Frage der Beibringung von Duplikaten der ertheilten Bonifikationsanerkenntnisse betrifft, so ist hierüber eine vorgängige Verständigung der beiden Regierungen vorbehalten, welche zur Zeit noch aussteht.

---

## Nr. 8193. DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Ertheilung der Indemnität für die durch die Bekanntmachung vom 9. August 1883 angeordneten Zollermässigungen sowie die Verallgemeinerung der Zollermässigungen in den Tarifen A zu dem deutsch-italienischen und dem deutsch-spanischen Handels- und Schifffahrtsvertrage. Vom 10. September 1883.

[Reichs-Gesetzblatt 1883, S. 303]

Nr. 8193. Deutschland. 10. Sept. 1883.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1.

Dem Reichskanzler wird für die durch die in der Anlage abgedruckte Bekanntmachung vom 9. August 1883 erfolgten Anordnungen von Zollermässigungen Indemnität ertheilt.

§ 2.

Durch Kaiserliche Verordnung nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes kann angeordnet werden, dass die Zollermässigungen, welche in dem Tarif A zu dem Handels- und Schiffsvertrage zwischen dem deutschen Reich und Italien vom 4. Mai 1883 — Reichs-Gesetzbl. S. 109 — und in dem Tarif A zu dem Handels- und Schiffsvertrage zwischen dem deutschen Reich und Spanien vom 12. Juli 1883 enthalten sind, auch solchen Staaten gegenüber Anwendung finden, welche einen vertragsmässigen Anspruch auf diese Ermässigungen nicht haben.

Die auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Kaiserlichen Verordnungen sind dem Reichstage, sofern er versammelt ist, sofort, andernfalls bei dessen nächstem Zusammentreten zur Genehmigung vorzulegen. Dieselben sind ausser Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Genehmigung versagt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 10. September 1883.

Wilhelm.

von Boetticher.

Anlage.

Bekanntmachung.

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung und nach eingeholter Zustimmung der verbündeten Regierungen hat zwischen dem Reichskanzler und der König

lich spanischen Regierung ein Uebereinkommen dahin stattgefunden, dass unter Vorbehalt der späteren Ratifikation des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reich und Spanien vom 12. Juli d. J. der deutsche Zolltarif und der dem Vertrage beigefügte Tarif A auf die Einfuhr von Gegenständen spanischer Herkunft in Deutschland vom 14. August d. J. ab vorläufig Anwendung finden werden, während unter dem nämlichen Vorbehalt von dem gleichen Tage ab die zweite Abtheilung des spanischen Zolltarifs auf die Einfuhr von Gegenständen deutscher Herkunft in Spanien Anwendung finden wird. Nr. 8193. Deutschland. 10. Sept. 1883.

Demgemäss werden von diesem Tage ab die nachstehend bezeichneten Gegenstände bei ihrer Einfuhr in Deutschland allgemein zu den folgenden ermässigten Zöllen zugelassen, und zwar

[folgen die Zollsätze des Vertrags].

Gleichzeitig treten die nachstehend aufgeführten, in der Bekanntmachung vom 30. Juni 1883 (Centralblatt für das deutsche Reich S. 221) bezeichneten ermässigten Zollsätze

[folgen dieselben.]

allgemein in Kraft, und kommt daher der in jener Bekanntmachung angeordnete Nachweis über die Herkunft der daselbst bezeichneten Waaren in Wegfall.

Berlin, den 9. August 1883.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
von Burchard.

---

## Nr. 8194. GROSSBRITANNIEN und PORTUGAL. — Treaty between Her Majesty and His Majesty the King of Portugal respecting the Rivers Congo and Zambesi, and the Territory on the West Coast of Africa between the 8° and 5° 12′ of South Latitude. — Signed at London, February 26, 1884.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., &c., &c., and His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, &c., &c., &c., being animated with the desire to draw closer the ties of friendship which unite the two nations; to put an end to all difficulties relative to the rights of sovereignty over the districts at the mouth of the Congo on the West Coast of Africa, situated between 8° and 5° 12′ of south latitude; to provide for the complete extinction of the Slave Trade; and to promote the development of commerce and civilization in the African Continent; have resolved to conclude a Treaty for this purpose, and have named as their Plenipotentiaries, that is to say Nr. 8194. Grossbritannien und Portugal. 26. Febr. 1884.

[folgen die Namen der Unterhändler.]

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon the following Articles:—

Nr. 8194. Grossbritannien und Portugal. 26. Febr. 1884.

Art. I. Subject to the conditions of the present treaty, Her Britannic Majesty agrees to recognize the sovereignity of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves over that part of the West Coast of Africa situated between 8° and 5° 12′ of south latitude; and inland as far as follows:— On the River Congo the limit shall be Nokki. On the coast situated between 8° and 5° 12′ of south latitude the inland eastern frontier shall coincide with the boundaries of the present possessions of the coast and riparian tribes. This frontier shall be defined, and the definition shall be communicated with the least possible delay by His Most Faithful Majesty to Her Britannic Majesty. The definition, when approved by the High Contracting Parties, shall be recorded in a Protocol to be annexed to the present treaty.

Art. II. The territory specified in Article I shall be open to all nations and foreigners of all nationalities whatever, conforming themselves to the laws of the country, shall enjoy within the said territory the same benefits, advantages and treatment, in every respect, as the subjects of Portugal. They shall have full liberty to enter, travel, or reside, with their families, in any part of the said territory. They shall be permitted to establish factories or trading stations; to possess, purchase, rent, or lease land, houses, manufactories, warehouses, shops and premises, and all other kinds of property. They shall be allowed to carry on their commerce by wholesale or retail, either in person or by any agents whom they may think fit to employ, and in accordance with the existing local usages and customs of trade.

Art. III. The High Contracting Parties recognize the entire freedom in respect to commerce and navigation of the Rivers Congo and Zambesi and their affluents for the subjects and flags of all nations. The claims of Portugal on the Shire shall not extend beyond the confluence of the River Ruo with that River.

Art. IV. The trade and navigation of all rivers and waterways within the territory specified in Article I, and along the sea-coast thereof, shall be open to the flags of all nations, and shall not be subject to any monopoly, exclusive concession, or other impediment, nor to any customs duties, tolls, charges, fees, fines, or other imposts whatever not expressly provided for in the present Treaty, or hereafter agreed upon by the High Contracting Parties. A Mixed Commission, composed of Delegates of Great Britain and Portugal, shall be appointed to draw up Regulations for the navigation, police and supervision of the Congo and other waterways within the territory specified in Article I, and to watch over their execution. The Regulations may impose such tolls as may be sufficient to defray the cost of works necessary to facilitate trade and navigation and the expenses of the Commission. The Commission shall come to an arrangement with the Portuguese authorities for the erection and maintenance of lighthouses, beacons and marks to denote channels.

Art V. No transit or other duties, direct or indirect, of whatever deno-

mination, shall be levied on goods in transit by water through the territory specified in Article I. This freedom from duties shall apply to goods transhipped in course of transit, or landed in bond for further conveyance by water. The transhipment or landing in bond of such goods will be effected under the supervision of the Portuguese authorities, in order to prevent any fraud, and the expenses of such supervision will be chargeable to the traders or their agents. The scale of such charges will be fixed by the Mixed Commission. No such duties shall be levied on goods in transit by land through that territory, which shall have been legally imported and which shall have paid the duties imposed by the Tariff approved by the present Treaty.

Art. VI. All roads in the territory specified in Article I now open, or which may hereafter be opened, shall be kept free and open to all travellers and caravans, and for the passage of goods.

Art. VII. Complete protection shall be afforded to missionaries or other ministers of religion of any Christian denomination, of whatever nation or country, in the exercise of their vocation, within the territory specified in Article I. || They shall not be hindered or molested in their endeavours to teach the doctrines of Christianity to all persons willing and desirous to be taught; nor shall any natives who may embrace any form of Christian faith be on that account, or on account of the teaching or exercise thereof, molested or troubled in any manner whatsoever. || It is further agreed, that the local authorities shall set apart a piece of land within a convenient distance of each of the principal towns, to be used as a burialground for persons of whatever religious denomination. || All forms of religious worship and religious ordinances shall be tolerated, and no hindrance whatever shall be offered thereto by the Portuguese authorities. || Missionaries of religion, whether natives or foreigners, and religious bodies, shall have a perfect right to erect churches, chapels, schools and other buildings, which shall be protected by the Portuguese authorities. || All religious establishments, of whatever denomination, shall be on a footing of perfect equality as regards taxation and local charges.

Art. VIII. Her Britannic Majesty engages to communicate to His Most Faithful Majesty immediately after the ratification of the present Treaty, all Treaties or Engagements subsisting between Great Britain and native Chiefs in the territory specified in Article I. || His Most Faithful Majesty engages to communicate to Her Britannic Majesty all Treaties or Engagements subsisting between Portugal and native Chiefs in the said territory. || His Most Faithful Majesty engages to respect and confirm all the rights of the native Chiefs and of the inhabitants of the said territory under any of the Treaties and Engagements above mentioned, so far as is compatible with the sovereignty of Portugal; and undertakes to protect and maintain the said Chiefs and inhabitants in the free possession and enjoyment of the lands and other property now held by them, and not to allow them to suffer on account of anything which has happened in the past.

Nr. 8194. Grossbritannien und Portugal. 26. Febr. 1884.

Art. IX. The Customs Tariff in the territory specified in Article I shall not, for the term of ten years from the date of the exchange of the ratifications of the present Treaty, exceed that which was adopted in the Province of Mozambique in the year 1877. At the end of that term the Tariff may be revised, with the consent of the two High Contracting Parties; but no alteration shall be made therein pending such revision. || Provided always that, in the territory specified in Article I of the present Treaty, British ships shall not at any time hereafter be liable to the payment of any higher or other duties and charges, or be subject to any other restrictions, than are there payable or imposed on Portuguese ships; and goods, whether the property of British subjects, or imported in British vessels, or of British origin or manufacture, shall not at any time hereafter be subject to any differential treatment whatsoever, but shall be on the same footing in every respect as goods the property of Portuguese subjects, or imported in Portuguese vessels, or the produce or manufacture of Portugal. || Such equality of treatment shall apply to British vessels and goods, from whatever port or place arriving, and whatever may be their place of destination. || In all the African possessions of Portugal the present Customs Tariff shall not be raised for the term of ten years from the date of the exchange of the ratifications of the present Treaty. || No bill of health or other quarantine formality shall be required in any Portuguese port from British ships bound direct for British ports.

Art. X. His Most Faithful Majesty guarantees to British subjects and their commerce in all the African possessions of Portugal, in addition to any rights which they may already possess in the Portuguese Colonies, the treatment of the most favoured third nation:— || 1. As regards residence, whether temporary or permanent; the exercise of any calling or profession; the payment of taxes or other imposts, and the enjoyment of all legal rights and privileges, including the acquiring, holding and power of disposing of property. 2. As regards commerce; in respect of import and export duties and all other charges on or in respect of goods of whatever description, and whatever may be their place of origin or manufacture, and whether intended for consumption, warehousing, or re-exportation. Also with respect to the transit of goods, prohibition of importation, exportation, or transit; samples, Customs formalities, and all other matters connected with commerce and trade. || 3. As regards navigation; in respect of vessels, whether steam or sailing, from whatever place arriving, and whatever may be the pleace of origin or destination of their cargoes. Also, in respect of all charges or dues on or in respect of the said vessels and cargoes, and all formalities and regulations relative to them. || 4. Any favour, privilege, or immunity in regard to subjects, commerce, or navigation, as well as any reduction of customs duties or other charges on or in respect of goods or vessels which may hereafter be conceded by Portugal to any third Power, shall be extended immediately and unconditionally to Great Britain. || 5. British Consular officers, as regards appointment,

residence, functions and privileges, shall be placed on the footing of the most favoured nation.

Art. XI. Every assistance shall be given by the local authorities in all the African possessions of Portugal to vessels wrecked on the coasts or in the rivers, or forced into the ports or the entrance of rivers by stress of wheather. Such vessels and their cargoes shall be exempt from all customs duties, charges, fees, fines, and other imposts whatever, except as regards any goods landed therefrom for purposes of sale or barter. || Information of such wrecks shall be given, without delay, to the nearest British Consular officer, who shall be authorized to interpose for the protection of the ship, its merchandize and effects.

Art. XII. The Portuguese legislation for the complete extinction of slavery and the Treaties for the suppression of the Slave Trade shall, from the date of the exchange of the ratifications of the present Treaty, be effectively applied to the territory specified in Article I. || The High Contracting Parties bind themselves to use all possible means for the purpose of finally extinguishing slavery and the Slave Trade on the eastern and western coasts of Africa. || His Most Faithful Majesty agrees to grant, from the date of the ratification of the present Treaty, permission to Her Britannic Majesty's ships employed in suppressing the Slave Trade to enter the bays, ports, creeks, rivers, and other places in the eastern African Colonies or possessions of Portugal where no Portuguese authorities shall be established, and to prevent the Slave Trade from being carried on in such places. British vessels employed in this service shall exercise all the powers conferred on Her Majesty's vessels by the Slave Trade Treaty between Great Britain and Portugal of the 3rd July, 1842. || Similar powers shall be given, if required, for similar purposes to Portuguese vessels in Her Britannic Majesty's South African dominions. || Whenever the Commander of a cruizer of one of the High Contracting Parties shall have occasion to act under the provisions of this Article in the territorial waters of the other High Contracting Party, such Commander shall, whenever practicable, having regard to the circumstances of the case, invite a naval or other officer of the other High Contracting Party to accompany the expedition, in order to represent the national flag in such territorial waters. The provisions of this Article shall come into force immediately on the exchange of the ratifications of the present Treaty, except as regards any provision which may be found to require legislative sanction in either country, and as regards such provision, it shall come into force from the date when such legislative sanction shall have been obtained and duly notified by the High Contracting Party requiring the same to the other High Contracting Party.

Art. XIII. The provisions of the present Treaty, affecting the territory specified in Article I, shall be fully applied to all territories adjoining the same in Africa that may hereafter be brought under the sovereignty of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves.

Nr. 8194. Grossbritannien und Portugal. 26. Febr. 1884.

Art. XIV. His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves engages for himself, his heirs and successors, that if at any time it shall be the intention of Portugal to withdraw from the fort of St. John the Baptist of Ajudá, on the coast of Mina, due notification of such intention shall be given to Great Britain, to whom the cession of the fort, and of all rights appertaining to its possession, shall be offered; and no arrangement shall be made for the cession of the fort to any other Power without the previous consent of Great Britain. || This engagement shall apply in all its terms to the abandonment or cession by Portugal of any rights which may be claimed by her between 5° east and 5° west longitude on the same coast.

Art. XV. The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty and have affixed thereto the seals of their arms.

Done in duplicate at London the twenty-sixth day of February, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighty-four.

Granville.

Miguel Martins D'Antas.

# Panama-Canal.*)

Nr. 8195. **VEREINIGTE STAATEN.** — Staatssecretair des Ausw. (Frelinghuysen) an den amerikanischen Gesandten in London (Lowell). — Der Clayton-Bulwer-Vertrag ist ungültig geworden, weil er sich nur auf die Nicaragua-Route bezog und weil inzwischen die ehemalige britische 'Niederlassung' in Bélize eine britische Colonie geworden ist.

Department of State, Washington, May 5, 1883.

Nr. 8195. Vereinigte Staaten. 5. Mai 1883.

Sir, — I inclose herewith a copy of an instruction from Lord Granville to Her Britannic Majesty's Minister in Washington, dated the 30th December, 1882,*) a copy of which was handed to me by Mr. West, and which is a reply to the argument contained in my despatch to you of the 8th May. 1882, on the subject of the Clayton-Bulwer Treaty. || You will remember, that my above-mentioned despatch showed that the first seven Articles of the Treaty related to a particular canal then in contemplation, to aid the construction of which the Treaty was signed; that the United States, being then without the means to build the canal, for which they had secured an exclusive grant from Nicaragua, naturally turned to England for capital, to secure which they were willing to surrender some of their exclusive privileges, and that, the canal never having been built, the reason for the surrender of privilege has ceased, and the Treaty with Great Britain is voidable, being without consideration or any object to which it is applicable.

Lord Granville, in his instruction to Mr. West, in substance concedes that the first seven Articles of the Treaty related to what was then known as the Nicaragua Canal, but intimates an uncertainty as to the route. In this he is in error, for the line of the canal was definitely fixed soon after the conclusion of the Treaty and accepted by both Governments. || His

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. XLII. Nr. 7993. 7994 und Bd. XL. Nr. 7644—7650.

Nr. 8195. Vereinigte Staaten. 5. Mai 1883.

Lordship, however, practically confines himself to an assertion of rights under Article VIII, by which the parties, „after declaring that they not only desired in entering into the Convention to accomplish a particular object, but also to establish a general principle, agreed to extend their protection by Treaty stipulations to any other practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus which connects North and South America, and especially to the interoceanic communications, should the same prove to be practicable, whether by canal or railway, which are *now* proposed to be established by the way of Tehuantepec or Panamá;" and he claims, that this provision is in effect an agreement that all the prior provisions with reference to the particular ship-canal—the Nicaragua route—then in contemplation should be applied to any other canal thereafter constructed. Citing Treaties between the United States and some of the Central American States, he contends that this Government, having, since the Clayton-Bulwer Treaty of 1850, entered into Treaties which harmonize with the „general principle," is estopped from denying that the VIIIth Article has the construction and effect he contends for. || Lord Granville further holds, that Article VIII is none the less an agreement because it provides for further Treaty stipulations to carry it into effect.

This argument has already been anticipated in my above-mentioned despatch, in which it was shown that, while the parties interested agreed, in Article VIII, to extend by future Treaty stipulations their protection over other communications across the isthmus, the immediate object of the Article was the protection of the communications „*now*" (1850) proposed to be established by the way of Tehuantepec or Panamá. None of the proposed communications having been established, the reason for the agreement has disappeared. || Further, the Article provides for carrying out the „general principle" by additional stipulations which have not been even discussed. Nor is there anything in the VIIIth Article which makes applicable to any other route the provisions of the first seven articles, covering the „particular object," viz., the Nicaragua Canal. || The VIIIth Article, therefore, is simply a declaration of the intention entertained more than thirty years ago by two nations to take up, at some subsequent period, the negotiation of a Treaty on a particular subject. In order to carry out this purpose Treaties must be made by the United States and England with each other and with each of the Central American States through which a canal may be built, defining in detail the stipulations necessary to execute the general principle. || It cannot be successfully contended, as is suggested by Lord Granville, that the separate Treaties made by this country with some of the Central American States, by which this Government agrees to guarantee neutrality, show an agreement to guarantee it jointly with Great Britain, for that would involve the admission that an express agreement to guarantee singly is, in effect, an implied agreement to guarantee jointly. Nevertheless, it is not denied that the Uni-

ted States did for many years try to induce Great Britain to fulfil her part of the Agreement of 1850, and it was only when it became impossible for Her Majesty's Government to perform the promises which had led the United States to make the Treaty that the position now maintained was assumed. || If it be contended that, even if the Treaty may be considered as lapsed so far as it relates to the specific route by Nicaragua and the routes named in the VIIIth Article as contemplated in 1850 (by Panamá and Tehuantepec), yet the Treaty is binding so far as it relates to other isthmian communications not specified and not then contemplated, the answer is that the Treaty must be considered as a whole, and that the general stipulations of the VIIIth Article would never have been made but for the stipulations as to the specified routes then contemplated, and, that part of the Treaty having lapsed, the general stipulation as to any interoceanic communications fails for want of consideration. || To reach the construction his Lordship seeks to put on the VIIIth Article, its plain language must be disregarded, and the consideration must be ignored that the Article is as applicable to the Panamá Railroad as to any other means of isthmian transit, and that, by acquiescence for many years in the sole protectorate of the United States over this railway, Great Britain has, in effect, admitted the justice of the position now maintained by the President.

Passing the interpretation of Article VIII, you will remember that I contended that the Clayton-Bulwer Treaty is voidable, because, while by Article I the two nations expressly stipulated that neither of them would occupy, colonize, or exercise any dominion over any part of Central America, Great Britain at this time has a Colony, with executive and judicial officers, occupying a defined territory nearly equal in area to three of the smaller States of the Union. It is true, as was shown in my above-mentioned despatch, that, after the Treaty had been ratified by the Senate in the form in which it now appears, and on the 4th July, 1850, Mr. Clayton did exchange with Sir Henry Bulwer Memoranda stating that the stipulation in Article I should not apply to the „*Settlements*" in British Honduras (Belize); and it is also true, that Mr. Clayton declined to affirm or deny the British title in this „Settlement" or its alleged dependencies. Lord Granville now claims, that Honduras was then already (and to the knowledge of this Government) a British „possession," or Colony, by conquest from Spain through successful resistance by settlers to a Spanish attack. The stipulations of the Treaty, as well as the Memoranda exchanged by Mr. Clayton and Sir Henry Bulwer, relative to a British Settlement, appear to be inconsistent with any such claim, for nowhere in them can be found any statement which expresses or implies that Great Britain claimed, or the United States admitted, any such Governmental control in the former over Belize as is now advanced, and as is necessarily implied in the word „possessions." || The date of the conquest of Belize, alluded to by Lord Granville, is not stated; but the incident to

Nr. 8195. Vereinigte Staaten. 5. Mai 1883.

which it refers is supposed to be the repulse by a ship of the Royal Navy and the settlers of an attempt in 1798 on the part of Spain to take possession of Honduras. As the British settlers held under grants from Spain, it seems hardly necessary to consider whether the successful resistance of a tenant to an attempt to oust by force changes the tenure to one of full possession. His Lordship, however, meets this point by a plea of possession through abandonment, saying, „When peace was signed, most of the British conquests from Spain were restored to her; but the Settlement in Honduras, like that of the Falkland Islands, was not given up, and continued on the same footing as any other possession under the British Crown." || By the IIIrd Article of the Treaty of Amiens of 1802, Great Britain engaged to restore all Spanish possessions occupied or conquered by British forces. Belize was not given up, because it was not a conquest, but a Settlement under Spanish grants and Spanish sovereignty. The parallel with the Falkland Islands does not seem convincing, for these islands were ceded by France to Spain in 1763; by Spain they were in turn ceded absolutely to Great Britain in 1771; but their possession was abandoned until in 1820 Buenos Ayres occupied the islands as derelict and colonized them. Later, in 1831, after a difficulty between the settlers and American sealingvessels, the United States' ship of war „Lexington" broke up the Settlement and removed the settlers to Buenos Ayres, and it was not until 1833 that Great Britain enforced her claim under the cession of 1771. || As to Belize, however, there was no cession. If the sovereignty of Spain was annulled by conquest in 1798, it was restored by the Treaty of Amiens in 1802; and while, after this Treaty and during the Bonaparte occupation, hostilities were renewed, the Treaty of 1809 provided that there should be peace between Spain and Great Britain, and „also an entire obliteration of all hostilities committed during the late war." Since the conclusion of this Treaty Spain and Great Britain have been at peace, and it is not imagined that Earl Granville will seek to show that a lawful possession could be thereafter created for Great Britain by a violation of that Treaty in time of peace. No conquest of any part of Honduras is known to have occurred after 1802, but if there were, the perpetuation of this conquest would hardly comport with the reciprocal engagement of 1809 to restore the *status quo ante bellum*. || On the other hand, it is known that the Settlements in the Belize were made under certain limited grants from Spain, subject to her sovereignty, and that long after the Treaty of 1809 the occupation was generelly regarded simply as a „Settlement," and was so called by Lord Clarendon, as late as 1854, in a note to Mr. Buchanan, and so remained until the 12th May, 1862, when by Royal Commission it was erected into a full Colony and subordinated to the Government of Jamaica. || If Great Britain has turned the „Settlement" maintained for the cutting of logwood and mahogany into an organized British Colony—and this is admitted—or if that Settlement has encroached beyond the line occupied by

Nr. 8195. Vereinigte Staaten. 5. Mai 1883.

the settlers in 1850—and the reports from Guatemala and Mexico tend to show that this had been done—the action has been taken in contravention of the Clayton-Bulwer Treaty, and in violation of one of its most important provisions. The insufficiency of this part of Lord Granville's argument is shown by the contention that through a Postal Convention this Government has recognized the British position. The negotiation of a Postal Convention in 1869 cannot be held to involve any admission of the political status of the Belize district. It is a strained construction of such an agreement to hold that it works an estoppel as to a matter not in the mind of either party to the negotiation, and as to which both parties were endeavouring to reach a satisfactory conclusion through other and different channels; nor does the Post Office Department act politically in its dealings with similar Departments of other Governments. || If, however, the United States had submitted to the conversion of the Belize to a Colony by Her Majesty's Government in violation of the Treaty, that is by no means a recognition of the binding force of the Treaty on the United States when thus violated. || In the conviction, therefore, that the arguments heretofore presented by the United States remain unshaken, the President adheres to the views set forth in the instruction to you of the 8th May, 1882.

Lord Granville concludes by saying, in effect, that he does not answer that part of the instruction to you which relates to the Monroe doctrine, because of my observation that it is not necessary for Her Majesty's Government to admit or to deny that doctrine. As his Lordship placed the claim of Her Majesty's Government on the continued binding force of the Clayton-Bulwer Treaty, limiting that doctrine as we contend, I thing my remark was logical, and, so far the United States are concerned, their views on that doctrine are sufficiently manifest. || You will assure Lord Granville, that this Government shares the sincere desire of that of Her Majesty to arrive at that amicable adjustment of the question which cannot fail to promote harmony and good-will between the two countries, and which it is my duty and pleasure, equally with his Lordship, to do all in my power to perpetuate and increase. You will take an early occasion to read this instruction to Lord Granville, and, if he should so desire, to leave a copy with him. || I am, &c.

Fredk. T. Frelinghuysen.

---

## Nr. 8196. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (West). — Die „Monroe"-Doctrin ist durch den Clayton-Bulwer-Vertrag selbst durchbrochen.

Foreign Office, August 17, 1883.

Nr. 8196. Grossbritannien. 17. Aug. 1883.

Sir, — On the 29th May last Mr. Lowell communicated to me a copy of a further despatch, dated the 5th of that month, which he had received from

Nr. 8196. Grossbritannien. 17. Aug. 1883.

Mr. Frelinghuysen respecting the projected Panamá Canal, of which a copy was forwarded to you in my despatch of the 16th June last. || By my despatches of the 7th and 14th January and 30th December, 1882, which were written in answer to several lettres addressed by the United States' Secretaries of State to the American Ministers at this Court, and with the contents of which I had been made officially acquainted, you were informed of the views which Her Majesty's Government entertained on that important subject. Mr. Frelinghuysen, however, in his letter to Mr. Lowell of the 5th May last, after commenting upon the contents of my last despatch to you of the 30th December last, says that the President still considers that the arguments which have been presented to Her Majesty's Government by the United States upon this subject remain unshaken, and that he adheres to the views set forth in the instructions, which were given to Mr. Lowell on the 8th May, 1882, a copy of which was communicated to me on the 31st of that month.

This further despatch from Mr. Frelinghuysen to Mr. Lowell has been carefully considered by Her Majesty's Government. || They have not failed to remark, that Mr. Frelinghuysen still contends that the Clayton-Bulwer Treaty is voidable on two grounds — first, because the first seven Articles of that Treaty related to a *particular* Canal by the Nicaraguan route only; and, secondly, because Great Britain has at the present day a Colony, instead of a Settlement, at Belize; but, with regard to the first of these contentions, I explained to you, in my despatch of the 30th December last, why Her Majesty's Government were unable to accept that view, bearing in mind the VIIIth Article of the Convention. I pointed out to you, that it was expressly recorded in that Article that the High Contracting Parties, in entering into that Convention, had *not only* the desire to accomplish a *particular* object, but also to establish a *general principle*, and that, with that view, they agreed to extend their protection by Treaty stipulations to „any other" practicable communications, whether by Canal or railway, „across the Isthmus" which connected North and South America, and „especially" to the interoceanic communications, should the same prove to be practicable, wheter by Canal or railway, which it was then proposed should be established by the way of Tehuantepec or Panamá. No time was fixed by the Convention within which such interoceanic communications were to be made; and Her Majesty's Government consider that it would be putting a false construction on the Convention to say that the stipulations contained in the VIIIth Article had sole reference to the Canal schemes which were actually under consideration at the time of the conclusion of that Convention, for had such been the intention of the Contracting Parties, they clearly would not have made use of the expressions „especially" or „any other," when speaking of the Canals which it was then contemplated might be made across the Isthmus. || With regard to Mr. Frelinghuysen's further contention, that the Clayton-

Bulwer Treaty has been abrogated by the fact that British Honduras is now a „Colony," instead of remaining a „Settlement," as it was called at the time of the conclusion of that Treaty, I need only remark, in addition to what has already been stated to you in my previous despatches, that, when that Treaty was concluded in 1850, it was signed on the distinct understanding, expressed in writing, that it was not to apply to „Her Majesty's Settlement at Honduras," and that it was therefore not deemed necessary, at that time, either to mark out the exact limits of that Settlement, or to define its dependencies. || Inasmuch, then, as British Honduras was expressly excluded altogether from the arrangement which was entered into between the two Governments in 1850 for the settlement of the questions then in dispute, and all of which questions, President Buchanan informed the United Staates' Congress in December 1860 had been amicably and honourably adjusted, Her Majesty's Government cannot see with what justice it can now be said that the change of title of that Possession of Her Majesty, from that of a „Settlement" to a „Colony," can be appealed to as a violation of the arrangement of 1850. ||

You were informed, in my despatch of the 30th December last, that I did not think it necessary to burden the correspondence on the Panamá Canal question with a discussion on the so-called „Monroe Doctrine," because Mr. Frelinghuysen had admitted, in his despatch of the 8th May, 1882, that Her Majesty's Government were not called upon either to admit or deny the views which he explained in that despatch as being those which were entertained by his Government on that subject, but, as Mr. Frelinghuysen, in his despatch of the 5th May last, still maintains that the views of the United States on that doctrine are sufficiently manifest, I may remind you that the views which were entertained by President Monroe have not always been accepted by his successors; nor have the same views been always entertained either by the American Congress or by the Secretaries of State of the United States; but the mere fact that a Treaty was concluded between this country and the United States in 1850 (twenty-seven years after the so-called „Monroe Doctrine" was enunciated), for the express purpose of establishing communication by ship-canal across the Isthmus of Central America, and of *jointly* protecting any such communication which might be made, is a clear proof that neither the American Administration of that day, nor the United States' Congress which sanctioned that Treaty, considered that they were precluded by the utterances of President Monroe in 1823 from entering into such a Treaty with one or more of the European Powers. How, then, can it be said, at the present day, that the Clayton-Bulwer Treaty is opposed to the „Monroe Doctrine"? || Mr. Buchanan admitted, in January 1854, that „the main feature of the policy which dictated the Clayton-Bulwer Convention was to prevent either Great Britain or the United States from being placed in a position to exercise *exclusive control*, in peace or war, over *any* of the grand thoroughfares between the two oceans," and that, being

Nr. 8196. Grossbritannien. 17. Aug. 1883.

the policy which Her Majesty's Government are still anxious to adhere to, it has been with much regret that they have seen a disposition on the part of the present Government of the United States to depart from that policy by objecting to any concerted action of the European Powers for the purpose of guaranteeing the neutrality of the projected Panamá Canal or determining the conditions of its use. || The President of the United States stated in a message to Congress in March 1880, that the present policy of the United States with respect to an Interoceanic Canal is the construction of „a Canal under American control;" but it was pointed out to you, in my despatch of the 7th January, 1882, that, while recognizing to the fullest degree the extent to which the United States must feel interested with regard to any Canal which may be constructed across the Isthmus of Panamá, Her Majesty's Government would be wanting in regard to their duty if they failed to point out, that Great Britain had large colonial possessions, no less than great commercial interests, which rendered any means of unobstructed and rapid access from the Atlantic to the North and South Pacific Oceans a matter for her also of the greatest importance. || Her Majesty's Government see no reason whatever to depart from, or in any way to alter, the views which have been conveyed to you in my despatches above referred to, and they have therefore arrived at the conclusion that a prolongation of the discussion seems unlikely to lead to any practical result. || I have made the above observations on Mr. Frelinghuysen's note for your information and guidance; but you are at liberty to read this despatch to Mr. Frelinghuysen, and to give him a copy of it should he desire it. || I am &c.

Granville.

---

## Nr. 8197. VEREINIGTE STAATEN. — Staatssecretair des Ausw. an den amerikanischen Gesandten in London. — Hält den amerikanischen Standpunkt aufrecht.

Department of State, Washington, November 22, 1883.

No. 8197. Vereinigte Staaten. 22. Nov. 1883.

Sir —, I Inclose herewith a copy of an instruction from Lord Granville to Her Britanic Majesty's Minister in Washington, dated the 17th August, 1883, a copy of which was handed me by Mr. West, and which is in reply to my instruction to you of the 5th May, 1883, on the subject of the Clayton-Bulwer Treaty. || You will observe that Lord Granville says „that Mr. Frelinghuysen still contends that the Clayton-Bulwer Treaty is voidable on two grounds: first, because the first seven Articles of the Treaty related to a *particular* canal by the Nicaraguan route only; and secondly, because Great Britain has at the present day a Colony instead of a Settlement at Belize." || Lord Granville's attention should be called to the fact that this Government not only holds the position to which he has referred, but also holds,

Nr. 8197. Vereinigte Staaten. 22. Nov. 1883.

as stated to you in my instructions of the 8th May, 1882, and the 5th May, 1883, that for the purpose of obtaining the then-needed capital to construct an interoceanic canal by the Nicaraguan route, the United States were willing to surrender a part of their exclusive privileges in a canal by that route, and were also willing to agree that, by subsequent Treaty stipulation, they would join with Great Britain in the protection of the then proposed Tehuantepec, Panama, or other interoceanic communication, and that the consideration having failed, the Treaty is voidable as to the Nicaraguan route and as to the other routes. || Lord Granville raises the point, that „no time was fixed by the Convention within which such interoceanic communications were to be made." While this statement is correct, it is also true that it was contemplated that the canal was about to be constructed at the time the Treaty was negotiated, and that the survey therefor was then made, and that thirty-three years have elapsed without Great Britain rendering the consideration on which the Treaty was based, and this failure we think affects the Treaty in the same manner that a failure by Great Britain to give the consideration within a definite time, had one been fixed by the Convention, would have affected it. || The Treaty provides, that neither the United States nor Great Britain shall colonize or exercise any dominion over any part of Central America. This was a most important provision. It is one of a cluster restraining one nation from having any advantage over the other in regard to the police of the canal, such as the provision against alliance, against occupation and fortification, and against taking advantage of any intimacy or influence, and yet it is claimed that the Treaty does not prohibit the existence of a large regularly organized British Colony in Central America, while it does prohibit the United States from having any possession or Colony there. The colour for this claim is, that, while the stipulation „that neither of the two Governments should colonize any part of Central America" is most conspicuous, the Declaration of Sir Henry Bulwer prior to the exchange of the ratifications of the Treaty states, „that Her Majesty does not understand the engagements of that Convention to apply to Her Majesty's Settlement at Honduras or its dependencies." This Declaration cannot be held to authorize the subsequent colonization by Her Majesty's Government of a territory as large as three of our smaller states. The Declaration was made, not to change or vary the Treaty, but out of abundant caution that it might not be misunderstood. || The meaning of the Declaration we think is, that a mere settlement of British subjects for the purpose of cutting mahogany and logwood in Honduras, under Spanish-American sovereignty, was not to be considered a British Colony and thus be a violation of the Treaty, and I fail to see how, since the exchange of the ratifications of the Treaty, the organization of a Colony with a full Colonial Government under the British sovereignty can be looked upon as authorized or allowed, either by the Treaty or by Sir Henry Bulwer's Declaration. || The two Contracting Powers were

Nr. 8197. Vereinigte Staaten. 22. Nov. 1883.

equally bound not to colonize any part of Central America, and the Declaration itself of Sir Henri Bulwer not being the exception of any territory in Central America from the operation of the Treaty, but providing, in effect, that the Settlement should not be considered a British Colony, tended to strengthen and not to destroy the mutual obligation not to colonize in Central America. || Lord Granville is correct in saying, that I stated in my instruction to you of the 8th May, 1882, that Her Majesty's Government was not called upon either to admit or deny the views therein expressed as to the Monroe doctrine, and this was so for the reason there given, to wit, because Her Majesty's Government placed its claim to join in the protection of the interoceanic canal on a Treaty which, if binding, certainly modified the Monroe doctrine; but the fact that this Government, for a promised consideration, modified by Treaty what is called the Monroe doctrine, I think does not in any manner affect that doctrine after the Treaty has fallen because of its infraction, and because of the failure of the consideration contemplated. || You may read this instruction to Lord Granville, and leave a copy of it with him should he desire it. || I am, &c.

Fredk. T. Frelinghuysen.

# Annexion von Neu-Guinea.

Nr. 8198. **GROSSBRITANNIEN.** — Ausw. Amt an das Kolonial-Amt. — Das Kolonial-Institut hat die Annexion von Neu-Guinea angeregt.

Foreign Office, December 18, 1882.

Nr. 8198. Grossbritannien. 18. Dec. 1882.

Sir, — The enclosed communication has been received from the Royal Colonial Institute, calling attention to the detriment which would in their opinion accrue to the interests of the British Empire if the eastern part of the island of New Guinea were annexed by any foreign power. || It appears to Lord Granville, that this question is one which principally concerns the Colonial Office, and I am consequently to request that you will move Her Majesty's Secretary of State to deal with it and return an answer to the Colonial Institute. || The Council have been informed that their letter has been referred to the Colonial Office. || I am to add, that Lord Granville has no reason to suppose that the German Government contemplate any scheme of colonization. || I am, &c.

T. V. Lister.

The Under Secretary of State, Colonial Office.

Royal Colonial Institute, December 9, 1882.

My Lord, — I have the honour, on behalf of the Council of the Royal Colonial Institute, to request the attention of Her Majesty's Government to an article contained in the "Allgemeine Zeitung" of the 27th November last, recommending the German Government to annex and colonize New Guinea. || On reference to Parliamentary Paper, C.—1566, of 1876, your Lordship will observe, that on 29th April 1875 a large and influential deputation waited on Lord Carnarvon to present a memorial from the Council and Fellows of the Royal Colonial Institute, strongly advocating the annexation of the eastern half of New Guinea by Great Britain. Among the arguments adduced in favour of such action being taken one of the most important was that its possession by any foreign power would for many reasons be highly detrimental to British interests. || One of the deputation, the Hon. Arthur

Nr. 8198. Grossbritannien. 9. Dec. 1882.

(now Lord) Kinnaird, remarked, that "Germany was determined to be a great naval power, and would look to colonization as the principal means to that end, and if she looked to New Guinea we may lose a very important colony." (Proceedings of the Royal Colonial Institute, Vol. VI, p. 204.) || The Council of the Royal Colonial Institute, still holding the opinions expressed in the memorial referred to, request me to convey to your Lordship the hope that the whole question may have the earnest attention of Her Majesty's Government, with a view to the annexation of the eastern portion of New Guinea, in order to prevent any action on the part of a foreign power which would be so seriously detrimental to the interests of the British Empire. || I have, &c.

The Earl Granville, K. G., &c. F. Young, Hon. Secretary.

---

## Nr. 8199. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Königl. Kolonial-Institut. — Hält die Befürchtungen einer Annexion durch Deutschland für unbegründet.

Downing Street, January 4, 1883.

Nr. 8199. Grossbritannien. 4. Jan. 1883.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to acquaint you, that your letter of the 9th ultimo to Earl Granville, respecting New Guinea, has been referred to this Department. || Lord Derby desires me to state, that the proposal that a portion of that country should be annexed by Great Britain is one which Her Majesty's Government are not prepared to entertain, and that his Lordship has no reason for supposing that the German Government contemplate any scheme of colonization in the direction indicated by the "Allgemeine Zeitung" of the 27th November. I am, &c.

John Bramston.

The Secretary to the Colonial Institute.

---

## Nr. 8200. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von New South Wales (Loftus) an den engl. Min. der Kolonien. — Agitation in den australischen Kolonien für die Annexion Neu-Guinea's.

Sydney, February 19, 1883.

Nr. 8200. Grossbritannien. 19. Feb. 1883.

My Lord, — I have the honour to enclose to your Lordship herewith an interesting memoir on the subject of New Guinea, which has been placed in my hands by Dr. Robertson, who has been lately employed by an English company to visit and report on certain mines in Northern Queensland.

2. The proposed annexation of New Guinea to which this memoir refers already occupied the attention of Her Majesty's Government in 1874 and

1875, when the correspondence between the Earl of Carnarvon and Sir Hercules Robinson was submitted to Parliament.

3. Although I fully concur in the opinion expressed by Sir Hercules Robinson in his Despatch of 7th September 1874, that the expense and responsibility of annexing New Guinea would far outweigh any advantages to be derived from it, except by the Australian colonies, yet I consider that circumstances have very much changed since 1874, which give another aspect to the subject. At that time there was no direct steam navigation with Queensland through the Torres Straits. European attention had not been directed (as it now has been since the Exhibitions of Sydney and Melbourne) to the growing wealth of Australia, and there were no motives which could induce any European power to aspire to annexation in the southern seas.

4. But of late this has much changed. The French Government has annexed Tahiti and the adjoining islands. They have established a penal colony in New Caledonia, and it is reported are seeking other islands on which to hoist the French flag. Their attention, however, appears to be now directed to the acquisition of those islands which lie on the direct line to Panama in view of the construction of a future canal.

5. The German Government are also said to have an eye on Samoa, where the large Hamburgh firm of Godefrey had formerly established commercial relations, but which, since the failure of that house, have somewhat declined.

6. It is suspected, that proposals have been lately made to the Russian Government by a certain Baron Maclay-Miklouho (a naturalist who has been wandering about the South Sea Islands for the past 12 years, and at times is a resident in Sydney), to annex New Guinea and to establish a naval and coaling station in the vicinity of Torres Straits. I need not point out to your Lordship the great danger to Australia of such a design, nor, in the event of war, the facilities which such a position would afford a Russian fleet for aggressive action against British and Australian commerce.

7. I may further draw your Lordship's attention to the importance of the pearl and beche de mer fisheries referred to by Dr. Robertson, and which represent something like a million sterling annually.

8. But there is another and a very important feature of this question which has only been lately conceived, but which is now assuming a likelihood of being carried out. I refer to the projected Trans-Continental Railway to connect Brisbane with Point Parker in the Gulf of Carpentaria, which line will eventually become the shortest route for communication with England.

9. From the foregoing observations, and on a perusal of Dr. Robertson's Memoir, your Lordship will, I think, admit that the question of the annexation of New Guinea has considerably increased in importance since it was first brought forward in 1874 and 1875, and that the danger of its acquisition by a foreign power has rather increased than diminished.

Nr. 8200. Grossbritannien. 19. Feb. 1883.

10. I am informed, that a portion of the western coast of New Guinea is under the protectorate of the Netherlands, where a Dutch colony was established some years ago, but that it has never extended itself into the interior.

11. I do not consider, that the time has yet arrived for formally annexing or colonising New Guinea, thus commencing an endless state of warfare with the native population; but it might be possible to conciliate the native tribes along the coast, and by establishing friendly relations with their chiefs to gain, with their concurrence, a protectorate which would enable us to hoist the British flag, so as to preclude the possibility of its annexation by any foreign power.

12. I have the honour to enclose to your Lordship a leading article from the "Sydney Herald" on the subject of the annexation of New Guinea by Great Britain, and also a short article from the same organ alluding to the possibility of Germany acquiring New Guinea with a view to laying the foundation of a German Colonial empire.

13. Dr. Robertson has now left for England, and will probably present himself at the Colonial Office.

I have, &c.
Augustus Loftus.

The Right Hon. the Earl of Derby, &c.

Sydney, December 29, 1882.

My Lord, — When your Excellency requested me on the 15th instant to hand to you a memorandum of my reasons for advocating the annexation of part or the whole of New Guinea by Great Britain, I was not then aware that I would be obliged to leave for New Caledonia the next day on a business matter of some importance. Hence the delay in obeying your request. || I append a rough sketch chart of the northern territory of Australia, showing the relative positions of New Guinea and the most easterly islands belonging to the Netherlands. || As you are aware, the northern territory of Queensland has of late attracted much attention from capitalists. At the present moment all known and available lands have been taken up for pastoral purposes. Cattle stations have been or are being formed and the land stocked. The eastern coast is fringed by high mountain ranges, in which extensive and productive auriferous mines have for years been worked, while recently extensive discoveries of alluvial and lode tin, copper, silver, lead and antimony have been made, indeed, fresh discoveries of metalliferous ores are in these northern ranges being daily reported. || The great and growing importance of this part of the Colony has only recently been recognised by the Parliament of Queensland, who have determined to build several expensive lines of railway to open up the resources of the country in Yorke Peninsula and connect these mineral fields with the eastern seaboard. || Notwithstanding the discovery,

comparatively little of a positive kind is known of this part of the Colony. Exploration having devolved upon private enterprise, very little has been done. Prospectors have not as yet properly explored the rugged mountain chains or found their way among the tangled vegetation of the inland ravines or valleys, so that all-important as recent discoveries have been in demonstrating the extraordinary metalliferous wealth of the coast ranges of Queensland, there is fair and reasonable grounds for believing that past discoveries have only been the beginning and will lead on to greater and more important discoveries of metalliferous wealth, concealed at present by a luxuriant vegetation and in solitudes of nature as yet undisturbed by civilised man. || Around Cooktown a large area of carboniferous strata is developed, and at least two workable seams of coal have been found in proximity to the coast, while other coal seams have been partially opened many miles inland. || The shores of the Gulf of Carpentaria (southern shores) is overlaid by rocks of cretaceous age in which coal seams may yet be found. || The coast ranges referred to rise to an elevation of 5 000 feet in some parts, and are covered with rich and fertile soil. Consequent on the elevation, the climate is superb; it resembles that of Devon or north of France, and is suited for the growth of European fruits and vegetables. || The river banks are covered with dense tropical vegetation that grows on deep and extremely fertile soils. With a sufficient rainfall these alluvial flats are excellently adapted for the growth of sugar cane that matures with a rapidity unknown in the older sugar growing districts of Southern Queensland. In this part of the Colony probably over 1 000 000 l. sterling is being expended at present in opening up sugar estates, where only a few years ago the foot of the Anglo-Saxon never trod. On the success of these experiments large additional areas will at once be opened up at a large expenditure of money. || At the present moment Queensland requires 11 000 tons of sugar annually to supply her markets. The produce of existing sugar estates is 19 000 tons. In two years the produce will increase to 40 000 tons; in three years 50 000 tons may be expected. || The eastern coast is fringed by numerous coral reefs. Floating on the shallow waters on these reefs, tripang, sea slug, or beche de mer abounds. The collecting of beche de mer is conducted by English vessels manned by aborigines, an occupation for which they are admirably fitted. In this trade, so far as my investigations have gone, I believe, that these natives are well treated and handsomely paid. It is a trade that, as a civilising medium, deserves all encouragement. This trade is now assuming important dimensions. The dried fish is sent from Sydney or Cooktown to China, where its present value is about 140 l. per ton. || The great impetus that has of late been given to Colonial industries has, of course, resulted in largely increased coast and maritime traffic. Existing lines of steamers are being continually increased by new vessels of greater capacity and speed. New lines of steamers have been established. Two years ago a direct line of magnificent mail steamers

Nr. 8200. Grossbritannien. 29. Dec. 1882.

to London began to ply once a month. It was soon discovered, that even this addition to the carrying trade was insufficient for the requirements of a prosperous Colony eight (8) times the area of Great Britain. Bi-monthly steamers are now running to London through Torres Straits, and still the trade increases faster than the means of carrying it to foreign ports are supplied. All these steamers carry large numbers of immigrants. || Passing over to the watershed of the Gulf of Carpentaria, we find on the southern shores the Gilbert, Norman, Leichhart, Alexandra and Roper rivers, the outlet for one of the most extensive and fairest pastoral region on which probably the sun shines. A port on the Leichhart river will in the near future be the outlet for a very hive of industry. The richly grassed treeless downs stretch (level as the sea) to the S. S. E. and E. for hundreds of miles; these are covered by wonderfully nutritious permanent grasses that grow on deep rich loam, well watered, little subject to droughts, fitted by nature for the growth of every tropical product. The climate is excellent, and by care English vegetables are readily grown. These are the finest pastoral areas of the Australias. Tens of thousands of square miles of this country is at present being fenced and improved, and stocked with sheep, the only impediment being the want of adequate conveyance. || The gulf region abounds with metalliferous wealth, silver, lead, bismuth, auriferous quartz, and copper ores of the richest known description are found over 200 miles of country, beginning within 60 miles of the Gulf waters. From personal exploration of this region I am enabled to state, that little more than a beginning has been made in the work of prospecting this country for minerals. With sufficient railway facilities this will probably prove the most valuable and extensive mining region of Australia. The resources being so varied and super-excellent it is to me a foregone conclusion, that the principal port probably in Australia will be on the shores of the Gulf of Carpentaria. Such a port (with the proposed trans-continental railway made) will be the starting point of a large part of the passenger traffic with Britain, as by this route they would avoid the rough weather of the southern coast and eight days of sea travel. || Pardon me for mentioning, that Torres Straits separates the northern territory of Queensland from the large island of New Guinea, lying to the north and east. The nearest point of Australia mainland to New Guinea is about 70 miles. Torres Straits are, however, partitioned off by coral reefs and numerous islands into several channels. These islands are scattered over the tropical sea from land to land. All of these islands have by a recent edict come under the jurisdiction and have become the property of Queensland. I believe, that the boundary of Queensland extends to within a very few miles of the coast of New Guinea. || Of these islands Thursday Island is the more important as the port of call of mail steamers to Britain, Netherlands, India and China. It is contiguous to the mainland of Australia. || Thursday Island is the centre of the pearl fisheries and beche de mer industries of the straits

and adjoining islands. || The importance of these industries can scarce be over estimated. Some years ago the practice of diving for pearl shell was abandoned, and the resources of science solicited for the better prosecution of the trade. Diving dresses and air-pumps are now employed. The shell has by these means been traced from the shallow waters of the shores, where formerly it was only possible to recover it by swimmers, to the deep waters of the Straits. At the present moment the bulk of the pearl shell is recovered from 13 to 15 fathoms of water. The area of distribution has by these means been found to be very extensive. Pearl shell has been traced all along the New Guinea coast, where prolific beds along the Warrior Reef have been worked; they have been traced across the Straits over the Arafu Seas to the Dutch Islands of Timor Kupang, Timor Laut, the Aru Islands, and eastward along New Guinea to New Britain and the Solomon group of islands. These recent discoveries give promise of a permanent and lucrative future for the trade. || This important maritime industry has been established and is essentially in the hands of Sidney firms. A large capital is employed. The vessels in use are probably the finest and best found and fitted of their class afloat; they range from 10 to 30 tons capacity, are excellently built, carefully equipped, splendidly handled; they are a credit to the Colonies. || In the beche de mer and pearl shell trades of the Straits alone upwards of 180 boats are engaged, requiring about 1,500 men to man them. On the islands adjoining Thursday Island the various owners have erected their stations at which the shell is stored, sorted and packed, where stores have been erected and habitations for the men provided. Very great credit is due to the owners of these stations for the superior manner in which these have been planned and finished, as well as for the care and foresight that has been displayed for the comfort of the men, clean, trig. substantial, of sufficient size, the picture of good order. Stone or wooden wharfs have been constructed at each of these, with tramways for conveying shell to the stores, and, in some instances, slips for the repair of the boats have been built. || The beche de mer trade requires stations on the more remote islands for the preparation and drying of their fish, and in some cases these stations have been erected on islands contiguous to New Guinea. || The men employed at these industries and avocations are all coloured; the divers are South Sea Islanders; the crew, of Australians with a few Malays. They are all very highly paid (divers often averaging to 50*l.* per month) and generously fed and clothed. In no instance do they suffer abuse or are they subjected to ill-treatment, except when—flushed with money—they arrive at Thursday Island, and are there permitted, nay, enticed and encouraged, to spend large sums of money in spirits or in the purchase of rifles and ammunition to be taken back to their island home, and afterwards used against their own kindred or the unscrupulous white trader, who too often pays the penalty of his unprincipled cupidity or unbridled lust with his life. || I have in the foregoing pages taken the liberty of sketching out

Nr. 8200. Grossbritannien. 29. Dec. 1882.

the salient fectures and resources and industries of Northern Queensland in the hope that your Excellency, recognising the necessity of encouraging the development of these resources, will see the importance of affording them protection from the presence of any powerful European power acquiring a footing in these parts. || The exhaustion of the pearl shell and beche de mer fisheries on the coast of Australia necessarily drives the fishers to seek out fishing grounds further and further from the main land. At present the pearl shell is fished 50 miles distant, while, as I have remarked, the largest shell has been found along the south-west coast of New Guinea. || On my arrival here a few weeks ago after studying these industries I was somewhat alarmed at newspaper reports, that Russia, Germany and France were each bidding for that No Man's Land, known as New Guinea. I can remember, that some years ago the question of annexing this great island was freely discussed in Home papers. The question was indifferently treated by gentlemen whose distinguishing characteristic was their utter ignorance of the question. Still the conclusion that was come to seemed to be that New Guinea was too important an island to be permitted to drift into the possession of a European power other than Great Britain. This opinion in generally entertained in Queensland, and within the past six weeks leading articles have appeared in more than one Queensland paper calling attention to this subject and the necessity of instant and decisive action.

I am aware, that the Dutch lay claim to a portion of the Island, which I think has not been recognised. || I have not travelled in New Guinea, but from what I have seen of it, and from extensive and minute inquiries that I have made, the Island possesses in the main the character of Australia. It is mountainous in parts. It possesses rich alluvial flats, on which wonderfully prolific tropical productions grow. Sugar cane, rice, cocoa nuts, bananas are cultivated by the natives. There are many grassy plains and undulating country covered by an open forest. Its flora and fauna very much resemble that of Australia. || The country is healthy as a whole. || It possesses numerous large navigable rivers and exceptionally fine harbours. Its mineral wealth, although unexplored, promises to be varied and of great value. It is peopled by a stalwart race of men much superior in intellectual development to the Australian, who, on the whole, are not hostile to Europeans or trade. Several missionary stations have been established for years. The natives trade with those on the continent of Australia. || The presence of such a country fitted for the occupation of white races possessing resources favourable for European enterprise in such near proximity to Australia is too severe a temptation to other naval powers to be permitted to remain longer unclaimed. || In the event of New Guinea being occupied by France, a convict establishment and a social pandemonium would be (with all its attendant evils) raised in proximity to Queensland. Already France has annexed several important Pacific Islands, and has laid her plans for the annexation of the New Hebri-

Nr. 8200. Grossbritannien. 29. Dec. 1882.

des. If Germany or Russia hoists their flag on its shores it would probably be converted into a grand naval or military station, which, in the event of a European war, would be a source of the greatest danger to Australia, unprotected as it is, and in times of peace a source of continual anxiety and distrust. Endless complications would inevitably arise. Conflicting interests would constantly crop up requiring the most careful and delicate diplomacy to adjust. Property in Australia would be alarmingly depreciated in value. A perpetual menace would be held out that could only be met by an appeal to the warlike proclivities of our race, and the raising of expensive defensive forces, with the equipment of ships of war. The ever increasing trade and the bounding prosperity of the Colonies would be crippled and paralyzed. Society would be disorganised, and incalculable mischief done. || The peaceful and prosperous reign of progress that now reigns in these realms would be rudely broken, and the spear that has been transformed into ploughshares and pruning hooks will once again be beaten into swords and rifles, calamities that would be avoided by quiet and decisive action at present. || England, Australia, have everything to gain by the annexation of an Island so close to her shores, and everything to lose by a course of procrastination. We ought not to forget, that both in the case of New Zealand and the Island of Perim, we only forestalled France by a few days or hours, and as the annexation of New Guinea is being entertained by our powerful neighbour, your Excellency would in my humble opinion be doing the greatest kindness to Australia to advise Her Majesty's Government to annex an Island so contiguous to her shores, and so necessary for her progress, peace and protection. || I am quite aware that annexation is distasteful to certain sections of society at home. Probably we have too many blacks to look after; but I have yet to learn, that these black races could fall into the hands of a wiser or more benign governing power, or one that over the whole Pacific is more respected and trusted by savage men, or one whose strong arm could better defend them and fit them too for fulfilling the behests of civilisation. There are no limits to the colonising power of the Anglo-Saxon races, no limits to their enterprise or ambition, no limit to their ability to conquer nature, to penetrate and explore remote localities, and to transform nature's solitudes to theatres of throbbing life. || Recognising the genius and pre-eminent qualities of our race for colonisation; viewing, with an approbation that words cannot adequately express, the settlement and progress that has characterised Australia; knowing as I do the boundless, nay the illimitable, resources of the northern territory; how enormously the resources must year by year contribute to the world's wants and prosperity if fostered and encouraged by wise and discreet rulers; knowing all this, and seeing how perfectly unprotected this enormous territory is, how defenceless it is, how open and exposed it is to attack by any of the Queen's enemies, it is with much apprehension that I look upon the probable occupation of New Guinea by a European power

Nr. 8200. Grossbritannien. 29. Dec. 1882.

other than Great Britain as a calamity that cannot possibly be realised by any one unacquainted with the situation.

It is impossible to shut one's eyes to the large numbers of Germans already settled in Queensland, and who are in the possession of the suffrage and enjoy all the rights of Englishmen. In the event of hostilities with the German Empire, notwithstanding their naturalisation, are these peoples not an element of danger, and if New Guinea becomes a German Colony would they not become a positive source and centre of weakness? || The defence of such a magnificent insular continent as Australia must ever be considered a sufficient reason for annexation. || The raising of the British flag on this "No Man's Land" would, I believe, be not only a popular, but would be considered a precautionary measure worthy of a great statesman desirous to secure and maintain the peace and prosperity of a great country. It would be an act of defence not defiance, of economy rather than expense. It would interfere with the „status quo" of no power. It would consolidate and establish the progress and prosperity of Australia and maintain the supremacy of Great Britain, and this is the apology that I have to offer your Excellency for taking up so much of the valuable time at your disposal; and I have, &c.

James R. Robertson, M. D., F. G. S., F. R. G. S.

His Excellency Lord Augustus Loftus, Governor, &c.

If New-Guinea is not annexed by Great Britain the probability is, that it will soon be annexed by somebody else. It is at least clear, that European interest in this portion of the Pacific is on the increase. We all know, that towards New Guinea wistful eyes have been turned by the Dutch, to whom the credit of having been among the first explorers of the Island belongs. A short time ago we were told, that an expedition of 3,000 Italians under Menotti Garibaldi was about to start for the purpose of setting up an Italian colony in New Guinea. The Italian adventure came to nothing; but it showed, that our friend Signor D'Albertis had succeeded in engaging the interest of his countrymen in the question of the annexation of the Island. We know, that France is bent on making up for any loss of influence she may have suffered in Europe by a vigorous policy of colonial expansion. Nor is it to Africa and Asia alone that she is turning her attention. Nowhere else have the French been more active than in the South Seas. It has not yet been announced, that the French have designs on New Guinea, but they have made it clear enough that they intend their policy in the Pacific to be a progressive one. To the French, the Dutch and the Italians, all of whom are supposed to desire annexations in the South Seas, we must add the Germans. It is well known, that of the classes who have settled in the various groups of the Pacific they are the most numerous. The men who are doing most to make the South Sea Islands the homes of Europeans are German citizens, and the leading firms in those Islands belong to German speculators. Much

Nr. 8200. Grossbritannien. 29. Dec. 1892.

as the French like to acquire territory in that part of the world, they do not, as a rule, prefer to live there. They are better pleased to acquire colonies in which they can set up French influence than those in which they can establish settlements for the French people. The Frenchman's idea of a colony is, for the most part, a place that is brought within the compass of French commerce and French rule. || The German, on the other hand, does not look for centres which his country can annex, but for those in which his countrymen can settle down and prosper. The familiar notion of a German colony is not a region over which Germany bears sway, but one which is occupied by Germans. Fondly as the German loves his fatherland, it seldom takes much to induce him to leave it. Like the Scotchman, the Englishman, and the Irishman, he is never more at home than when he is abroad. Loyal as he is to the institutions of his own country, he can easily accommodate himself to those of any country in the world. While retaining his language, his habits and his idiosyncracies, he finds no difficulty in falling in with those of other people. Remarkable as the stream of Irish emigration has been during the last few years, that of German emigration has been more remarkable. Almost every part of the world is being peopled, if not in the usual sense colonised, by Germans, and it need hardly be said that German colonists are among the steadiest, the thriftiest and the most industrious in the world. But though Germans are fond of colonising after their own manner, outside Europe they do not trouble themselves very much about conquest. The German is as happy in another man's country as in his own. Although Germany has thousands of subjects in the South Seas, so far as we know she has no territory there. Some years ago she negotiated with King George of Tonga for a naval station; but by native potentates a grant of this kind is regarded as a loan rather than as a gift. In one of the groups near New Guinea somewhat extensive territory is, we believe, claimed by German colonists, but while there have been liberal appropriations there have been no formal annexations. || But Germans naturally ask why they should not annex some of the islands they are doing so much to people. A short time ago there was talk of a German annexation of Samoa, and now the German press is discussing the question of a German annexation of Papua. The discussion may end with the press. The work which Prince Bismarck has set himself to do is in Europe, not in the South Seas. There are aspects of German colonisation which have not commended themselves to German statesmen. Some Germans who stay at home are apt to think that many of their countrymen are too fond of going abroad. But if Germany does not take up a colonisation policy to-day she may do so to-morrow. The article from the "Allgemeine Zeitung" which we published on Wednesday may not show what the German Government is seriously thinking about, but it may be taken as showing what the German people are thinking about; and if we may judge from this article, the German people think that the German Government ought to

Nr. 8200. Grossbritannien. 29. Dec. 1882.

annex New Guinea, the idea being that the island might be made the foundation of a future colonial German kingdom. "According to our idea," says this organ, "it might be possible to create out of the island a German Java, a great trade and plantation colony, which would form a stately foundation-stone for a German colonial kingdom of the future." When Germans who live at home know more about New Guinea they may speak with less confidence both of its climate and its resources. But there can be no doubt, that they are right in thinking that New Guinea is an island on the acquisition of which they might congratulate themselves. We may add, that if the place is to be annexed by any other power than England we should be glad to see it in the hands of Germany. Nor, if we are unprepared to annex the island, can we complain if it is appropriated by Germany or France. We have no right to maintain a stationary policy in the South Seas, and to complain that others pursue a policy of progress. At the same time, if New Guinea is annexed at all, it ought to be annexed by England. Apart from the value of the place, it will not be pleasant, and it may not be safe, to have a foreign power so near the northern boundary of this continent. For what we know of New Guinea, and for what has been done there, we are indebted chiefly to British liberality and enterprise. || Desirable, however, as it may be for England to annex New Guinea, there is little ground for expecting that she will do anything of the kind. The English Liberal party dislikes annexations, and of late the dislike, instead of decreasing, has been increasing. A proposal to annex Egypt would in all probability have wrecked even Mr. Gladstone. Sometime ago Lord Kimberley suggested, that the Colonies should go into a partnership with the Imperial Government in carrying out Polynesian annexations. It may be doubted whether a Colonial Minister would be disposed to start even this idea now. The notion is, that England has too many Colonies, that colonists cannot be trusted to manage black races, and that so far as South Sea Islands go what Australians want is not to strengthen the empire, but to secure advantages for themselves and to throw the expenses and the risk necessary to the securing those advantages upon the broad back of the mother country. This, at least, is what the organs of English opinion have thought hitherto, and we suppose it is what they think now.

It would seem, that the German people are beginning to entertain the idea of becoming colonists on their own account. We know that they have for years been an important factor in the settlement of America and Australia, but hitherto their efforts in the establishement of colonies of their own have been too insignificant to deserve notice. It would seem, however, from an article in a recent number of the "Allgemeine Zeitung" that attention has been drawn to the Island of New Guinea, and a suggestion is thrown out that the German nation should annex that somewhat mysterious yet attractive island, with a view of thereby laying the foundations of a German colonial empire. A proposal of this kind is not without interest for Australians, and

we hardly fancy that such a scheme would be carried out without our neighbours in Queensland, for instance, having something to say to it. Should the Germans undertake seriously to carry out this project, it would probably be a somewhat different affair from the New Ireland colonisation idea as carried out by the Marquis de Rays. Nr. 8200. Grossbritannien. 20. Dec. 1882.

---

## Nr. 8201. GROSSBRITANNIEN. — Proklamation der Annexion.

Proclamation read at Port Moresby on 4th April 1883: — Nr. 8201. Grossbritannien. 4. April 1883.

I, Henry Majoribanks Chester resident magistrate at Thursday Island, in the colony of Queensland, acting under instructions from the Government of the said colony, do hereby take possession of all that portion of New Guinea and the islands and isles adjacent thereto, lying between the 141st and 155th meridians of east longitude, in the name and on behalf of Her Most Gracious Majesty Queen Victoria, her heirs and successors. In token whereof I have hoisted and saluted the British flag at Port Moresby in New Guinea this fourth day of April, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighty-three.

God save the Queen!

Henry M. Chester.

---

## Nr. 8202. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Queensland (Kennedy) an den englischen Min. der Kolonien. — Die Annexion ist vollzogen.*)

(Telegramm.)

April 16, 1883. — To prevent foreign powers from taking possession of New Guinea, Queensland Government, through Police Magistrate, Thursday Island, took formal possession in Her Majesty's name on 4th instant, pending your decision on my Despatch this mail. Nr. 8202. Grossbritannien. 16. April 1883.

---

## Nr. 8203. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Queensland an den engl. Min. der Kolonien. — Begründung des selbständigen Vorgehens der Kolonie.

Government House, Brisbane, April 19, 1883.

My Lord, — Referring to my despatches, and telegrams named below, I have the honour to transmit two letters from my Prime Minister, Sir Thomas Nr. 8203. Grossbritannien. 19. April 1883.

*) Die übrigen australischen Kolonial-Regierungen sprachen telegraphisch die Hoffnung aus, dass die englische Regierung die Annexion ratificiren werde.

Nr. 8203. Grossbritannien. 19. April 1883.

M'Ilwraith dated the 6th and 13th April, on the subject of the annexation of New Guinea.

2. I am not in a position to afford your Lordship any further information than you at present possess. || I have, etc.

A. E. Kennedy.

The Right Hon. the Earl of Derby, etc.

Colonial Secretary's Office, Brisbane. April 6, 1883.

Your Excellency, — With reference to the Executive Minute passed on the 15th ultimo, authorising the despatch of an officer of the Government to take possession, in Her Majesty's name, of the island of New Guinea, in anticipation of a reply to the despatch addressed by your Excellency to the Secretary of State upon the subject, I have the honour to inform you, that, in pursuance of the authority granted by the minute alluded to, Mr. H. M. Chester, Police Magistrate at Thursday Island, was instructed on the 20th ultimo to proceed in the Queensland Government schooner "Pearl" to New Guinea, and to take formal possession of so much of the island as was not already in the occupation or possession of the Dutch. || Advices have since been received apprising the Government of the departure of that officer from Thursday Island with this object on 22nd ultimo. || The Government have been thus prompt in taking action in this matter, because in the opinion of those most conversant with the subject and from information obtained from various sources, there appeared to be every probability of the island being taken possession of by a foreign Power, and thus not only a valuable territory be lost to the British Crown, but a source of danger to the Colonies established, the extent of which cannot at present be fully appreciated. || I have, etc.

Thomas M'Ilwraith.

Colonial Secretary's Office, Brisbane, April 13, 1883.

Your Excellency, — I had the honour to inform you, in a communication dated the 6th instant, that, in anticipation of a reply to the despatch addressed by your Excellency to the Secretary of State on the subject of the annexation of New Guinea, Mr. H. M. Chester, Police Magistrate, Thursday Island, had, in accordance with instructions from the Government, left Thursday Island for New Guinea on the 20th ultimo, with a view to take formal possession of so much of that island as was not already in the occupation or possession of the Dutch. || Advices have since been received from that officer apprising the Government of his arrival at Port Moresby, and of his having, on the 4th instant, taken possession, in the name of Her Majesty, of all that part of New Guinea and the isles adjacent thereto lying between the 141st and 155th meridian of East longitude. || In view of a possible request for an explanation of this summary step, it is considered desirable that your Excellency should impress upon the Secretary of State that the Queensland

Government have acted under the full belief that the matter was too urgent to admit of the delay necessarily involved in waiting for instructions from the Imperial Government. As the possession of this valuable territory depended on mere precedence in the formality of annexation, and as the Queensland Government, from information received from various sources, had strong reason to believe in the possibility, and even the probability, of being anticipated in their proposed course of action by a foreign power, — a contingency which could not but gravely affect the Australasian Dependencies of Great Britain, as tending not only to limit the range of their development, but possibly also to imperil their safety, — it is hoped, that the Secretary of State will perceive that in the step taken by the Queensland Government they have been guided by considerations of expediency which justify their promptness in taking action in the matter. In anticipating instructions from the Imperial Government they have been also largely influenced by the consideration urged in a former despatch, viz., that by undertaking the whole expense in connexion with the formation, maintenance and defence of a British Settlement in New Guinea, they effectually dispose of the only objection raised on the part of the Home Government, during previous correspondence on the subject, to the annexation of New Guinea by an Australian Colony. || I have, etc.

Nr. 8203. Grossbritannien. 13. Apr. 1883.

Thomas M'Ilwraith.

His Excellency Sir A. E. Kennedy, G.C.M.G., C.B.,
Governor, etc.

---

## Nr. 8204. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin (Ampthill) an den engl. Min. des Ausw. (Granville). — Die deutsche Regierung hat nicht die Absicht, Neu-Guinea zu colonisiren.

Berlin, May 3, 1883.

My Lord, — With reference to Sir John Lumley's Despatch of the 31st of March, upon the subject of a Company about to be formed in Germany with the view of colonising New Guinea, I asked the Secretary of State for Foreign Affairs whether I was correct in reporting to your Lordship that the above-named Company was a private one and not as yet supported by the Imperial German Government. His Excellency replied, that my impression was correct, besides which the Imperial Government did not promote any scheme for the increase of emigration from Germany, as I well knew. || I have, etc.

Nr. 8204. Grossbritannien. 3. Mai 1883.

Ampthill.

The Earl Granville, K.G., etc.

---

## Nr. 8205. GROSSBRITANNIEN. — Min. der Kolonien an den Administrator von Queensland (Palmer) und Antwort des letzteren. — Befürchtung der Annexion durch fremde Mächte.

(Telegraphic.)

Nr. 8205. Grossbritannien. 1. Juni 1883.

June 1. — Governor's despatch 19th April. What specific information led Government to believe occupation New Guinea by foreign Power probable?

(Telegraphic.)

4. Juni 1883.

General rumours of Germany and Italy; special rumour, German corvette "Carola" was leaving Sydney for South Seas without*) object of annexation. She left on 18th March.

---

## Nr. 8206. GROSSBRITANNIEN. — Min. der Kolonien (Derby) an den Gouverneur von Queensland. — Gründe der Annullirung der Annexion.

11. July 1883.

Nr. 8206. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

Sir, — Her Majesty's Government have given their careful consideration to the request of the Government of Queensland, as placed before them in the correspondence with Sir Arthur Kennedy and the Agent General for the Colony, which has been laid before Parliament, that the eastern portion of the Island of New Guinea, with the islands adjacent thereto, may be annexed to Queensland. Although the first communication reached me, through Mr. Archer, on the 28th February, it was not until the 19th of June that I received Sir A. Kennedy's observations on the subject, and, trough Mr. Archer, a copy of the proclamation with which Mr. Chester, the magistrate, took possession of the territory in the name of the Queen. It has, therefore, not been possible to communicate to you before now the conclusions at which Her Majesty's Government have arrived.

2. They are unable to approve the proceedings of your Government in this matter. It is well understood, that the officers of a Colonial Government have no power or authority to act beyond the limits of their Colony; and if this constitutional principle is not carefully observed, serious difficulties and complications must arise. If there had been any evidence of the intention, which is said to have been apprehended of a foreign Power to take possession of any part of New Guinea, the views and proposals of the Colonial Government could have been placed before Her Majesty's Government by telegraph; and if the circumstances had justified immediate action, it could have been

*) Query "with," but sic in original.

taken without a delay of more than a very few hours. It is therefore much to be regretted that your advisers should, without apparent necessity, have taken on themselves the exercise of powers which they do not possess.

3. The apprehension entertained in Australia that a foreign Power was about to establish itself on the shores of New Guinea appears to have been altogether indefinite and unfounded, and the inquiries which have been made by Her Majesty's Government have given them the strongest reasons for believing that no such step has been contemplated. Nor is there at the present time any sufficient ground for anticipating the early settlement on the shores of New Guinea of a white population from the Australasian Colonies, which, in the absence of any established authority, whould become a source of trouble and danger to the Colony. The results of former expeditions have been disastrous, and unless there should be indications of their intended renewal on a considerable scale, no question would arise with respect to the prevention of disorders resulting from that cause.

4. Her Majesty's Government are, moreover, clearly of opinion, that even if the time had arrived for asserting and exercising the Queen's authority and jurisdiction on the shores of the island, or on some portions of them, there would be no necessity or justification for including in these measures the whole of the vast territory to which the proclamation of the Queensland Government purports to apply. It is estimated, that the interior of the country contains several millions of savage inhabitants of whom little or nothing is known; but it is certain, that they have given no sign of a desire that their land should be occupied by white men. It would require exceptionally strong reasons to justify the annexation of these tribes and their territory, and, in the absence of any such reason, a grave responsibility would be incurred in establishing the Queen's jurisdiction over a large coloured population, which would certainly resist subjugation and has apparently nothing to gain by it.

5. If, however, it had been shown, that the extension of the Queen's sovereignty to the eastern portion of New Guinea has become necessary, the proposal that the territory so annexed should form part of the Colony of Queensland would be open to strong objections. The Colony already comprises an immense extent of territory; the seat of Government is situated in the south, a thousand miles from the south-eastern point of New Guinea. It is practically governed by a Parliament which represents the white population, whose interests are altogether different from those of the couloured races, aboriginal and imported, within the Colony; and while, I am aware of the difficulties with which the Colonial Government has had to contend in connexion with the labour, traffic and other questions affecting native interests, the fact that these difficulties have not in all cases been successfully dealt with cannot be disputed, and has often of late been the subject of much comment. The Queensland Government is at present undertaking heavy charges and responsibilities in connexion with the settlement and development of

Nr. 8206. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

its vast northern territory, which cannot be fully occupied for many years to come, and even if it could be reconciled with former precedents and sound general principles that the Imperial Government should devolve upon any Colony the duties incident to the establishment of British dominion in such a country as New Guinea, neither the time nor the circumstances would appear favourable for the assumption by the Queensland Government of the control of a large native population owning a territory not required and, to a great extent, at least not suited for the occupation and labour of European settlers. It has been stated in the press, that one reason for which some persons in Queensland desire the annexation of New Guinea is the facility which would thereby be afforded for obtaining a large supply of coloured labour for the sugar plantations without going beyond the limits of the Colony. It is, no doubt, generally understood, that the Natives of New Guinea would not willingly accept or be suitable for labour engagements at a distance from their shores; but the fact that the suggestion has been made indicates a special difficulty which might present itself if the request of the Colonial Government were complied with.

6. Her Majesty's Government have not failed to give due attention to the representations made by the Government of New South Wales, Victoria and South Australia in support of the action taken by your Government. Those Governments do not, as I understand, definitely endorse the proposal that the island should form part of Queensland, nor do they undertake to share the expenses which might be entailed by any attempt to govern it; but they express in general terms a desire that it should be brought under British rule. Such an expression of opinion has, necessarily, much weight with Her Majesty's Government; but it does not indicate any substantial advance towards the more effective settlement of a question of this nature. The affairs of the Pacific Ocean and the political and commercial relations of the Australian Colonies with adjacent places and powers are matters of the highest importance to those Colonies, and require to be dealt with on broad and clearly defined principles, and by the united action of the Colonies. Her Majesty's Government regret, that it should be necessary from time to time to refuse assent to proposals coming from individual Colonies for the assumption of large and serious responsibilities in regard to places and questions not specially concerning those of Her Majesty's subjects who live in other parts of the Empire; and I trust the time is now not distant when, in respect of such questions, if not for other purposes of government, the Australasian Colonies will effectively combine together and provide the cost of carrying out any policy which after mature consideration they may unite in recommending, and which Her Majesty's Government may think it right and expedient to adopt.

7. In the meantime, Her Majesty's Government are of opinion, that they must continue to decline proposals for large annexations of territory adjacent to Australia, in the absence of sufficient proof of the necessity of such mea-

sures. In the case of New Guinea there is already in existence a jurisdiction which may be made to suffice for immediate exigencies. The powers of the High Commissioner for the Western Pacific extend to that island, and if the Colony of Queensland, with or without assistance from other Colonies, is prepared to provide a reasonable annual sum to meet the cost of placing one or more Deputies of the High Commissioner on the coast, Her Majesty's Government will be willing to take steps for strengthening the naval force on the Australian station, so as to enable Her Majesty's ships to be more constantly present than hitherto in that part of the Pacific. A protectorate thus gradually established over the coast tribes would be capable of meeting the principal requirements of the case for some time to come, and would be free from the grave objections to which, as I have shown, the course now urged upon Her Majesty's Government is open. || I have, &c.

Nr. 8206. Grossbritannien. 11. Juli 1883.

Derby.

---

## Nr. 8207. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Queensland an den engl. Min. der Kolonien. — Widerlegung der von der engl. Regierung gegen die Annexion geltend gemachten Gründe.

Government House, Brisbane, October 9, 1883.

My Lord, — I beg to acknowledge receipt of your Despatch of the 11th July last, which I have submitted to my responsible advisers. || I now do myself the honor to enclose copies of a communication which I have received from the Premier on the subject. || Sir Thomas McIlwraith has gone so fully in tothis question that it does not appear necessary for me to enlarge upon it. I have, however, to express my entire concurrence in the view taken by him and my deep regret that the Imperial Government has not seen its way to endorse the action of Queensland. || I have, etc.

Nr. 8207. Grossbritannien. 9. Oct. 1883.

A. H. Palmer.

The Right Hon. the Secretary of State for the Colonies.

Colonial Secretary's Office, Brisbane, September 28, 1883.

Sir, I have the honour to acknowledge the receipt of the Despatch addressed to Your Excellency by the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies, dated the 11th of July last, containing the refusal of Her Majesty's Government to confirm the recent action of the Government of this Colony in taking possession, in Her Majesty's name, of so much of the Island of New Guinea as was not in the possession of any civilised power.

28. Sept. 1883.

2. The action of your predecessor, the late Sir Arthur Kennedy, in authorising the annexation of New Guinea, was taken after due deliberation and several consultations with his Ministers, throughout which he showed himself

Nr. 8207. Grossbritannien. 28.Sept.1883.

fully alive to the interests and responsibilities of Her Majesty's Government. Nor were his Ministers behindhand in studying, as far as they possibly could, in connexion with the question of annexation, the interests of the Empire generally, as well as those of Queensland. It is therefore with much regret we have received the announcement of the decision referred to, and find that the only result of our appeal is the expression of a hope that "the time is "now not distant when, in respect of questions of annexation, the Australian "Colonies will effectively combine together and provide the cost of carrying "out any policy which, after mature consideration, they may unite in recom- "mending, and which Her Majesty's Government may think it right and "expedient to adopt."

3. It is also with regret, that we are compelled to notice throughout Lord Derby's reply a certain incomplete conception of the aims of the Australian people and Governments in connexion with such matters as that under consideration. In this portion of the Empire we are daily cognisant of a ceaseless process of development and expansion, as natural as it is inevitable, which it is difficult for anyone who is not at least on the skirts of the movement to realise, and I believe that it is partly in a mistaken conception of the attitude which Colonial Governments assume toward this movement that any misunderstanding arises as to the desired extension of Her Majesty's Dominions in our vicinity. Their purpose is not, as is apparently assumed, to stimulate unduly this process of expansion. On the contrary, the object of all our appeals to Her Majesty's Government, in this connexion, has been to obtain such powers as may enable us to control this inevitable process, and restrict it within the bounds of law and order.

4. In reply to that portion of the Despatch in which Lord Derby remarks, that "it is much to be regretted that your advisers should, without "apparent necessity, have taken on themselves the exercise of powers which they do not possess," I desire to observe, what must have been already clearly perceived from the purport of previous despatches, that in formally annexing New Guinea we were perfectly aware that the efficacy of our action was altogether contingent on subsequent ratification by Her Majesty's Government. That we had no right, however, without the sanction of Her Majesty's Government, to annex territory in which there exists no settled Government, is contrary to the whole history of colonial acquisition. So far also as concerns the phrase, "without apparent necessity," I would submit that political necessity is constituted in a large measure by the pressure of public feeling and opinion; and that these were not wanting in this case is abundantly proved by the favourable verdict of the Australian Press, and the support given to our action by the Governments of the other Australian Colonies.

5. As a matter of fact, such apprehensions as made the annexation in question an act of necessity have by no means been allayed by the assurance

of Her Majesty's Government that they are unfounded; and subsequent events, which show how eagerly the eyes of another nation are turned towards colonial acquisition in this part of the globe, have rendered the Australian people still more sensitive to the danger of leaving to the mercy of the first comer a territory, the possession of which by a foreign power might prove disastrous to our trade and to our peace. The measure recently adopted by the French Chamber of Deputies for the deportation, in tens of thousands, of their most dangerous convicts to various islands in the Pacific, to be set free on arrival at their destinations, renders it doubly necessary that every point of vantage in our vicinity should find our jurisdiction firmly established thereon, before these spreading hordes of criminals, who will inevitably converge towards the large communities of Australia, attempt to settle within the neighbourhood of Australian waters. It is unnecessary for me to show how this project of utilising the Pacific for the free immigration of untrammelled vice, connects itself with the New Guinea question.

6. Not only has Lord Derby's despatch failed to allay the apprehensions of the Australian people as to the possible occupation of New Guinea by a foreign power, but they have derived as little comfort from his statement in Parliament that the formation of a settlement on the coast of that island by such a power would be regarded by Her Majesty's Government as an unfriendly act. At the stage, at which the act could be regarded as an unfriendly one, it must have been already accomplished, so that Lord Derby's words are either a mere prognostication of regret or a declaration that Her Majesty's Goverment would submit the matter to the arbitrament of war. If the Imperial Government mean eventually to annex, not only is no advantage to be gained by postponement, but in the meantime the course, which is now open and clear, will have become beset with difficulties, and our lost opportunities will have to be recovered at a much greater cost than would be incurred if we were to avail ourselves of them without delay.

7. In coming to the conclusion that "even granting that the extension of the Queen's sovereignty to the eastern portion of New Guinea has become necessary, the proposal that the territory so annexed should form part of the Colony of Queensland would be open to strong objection," Lord Derby has omitted to consider the position in which the question rested when negotiations last took place between the Governments of Great Britain and Queensland. Lord Carnarvon, when appealed to by the colonists to annex New Guinea, virtually consented, provided the colonies relieved the Home Government of the cost. The expense of government was then the only obstacle, and we have removed that obstacle by offering to provide the necessary funds. With regard to the objection raised by Lord Derby in the extract from his despatch quoted above, I may point out that the annexation of New Guinea to *this* colony is not considered by the Government to be a vital part of the question: on the contrary, they would prefer that the territory should be made a

Nr. 8207. Grossbritannien. 28. Sept. 1883.

Crown colony, or, better still, placed under the control of the "United Australian Colonies." Queensland does not desire an increase of territory. The part she has taken, and is still prepared to take, is to provide for the necessary expenditure, should the territory be annexed to her, and thereby remove the only difficulty which, previous to the initiation of the present correspondence, was supposed to exist. The Colony will, however, be quite satisfied if annexation to the British Crown takes place in another form.

8. Allusion is made by Lord Derby to a statement in the Press, that one reason why Queensland desires the annexation of New Guinea is the facility which would thereby be afforded for obtaining a large supply of coloured labour for the sugar plantations, without going beyond the limits of the Colony. On behalf of the Colony I deny, that we have been actuated by any such motive; nor was there the slightest ground for believing the statement. The only attempt at an assertion of fact in favour of such a position was that made by Lord Lamington in the House of Lords, that immediately the annexation had taken place a labour ship was despatched from Mackay to New Guinea in quest of labour. As a matter of fact no labour vessels have as yet cleared from any port in this Colony for New Guinea, nor have any natives of that island ever been introduced into Queensland. The inhabitants on the coast of New Guinea are agriculturists themselves, with abundance of land to cultivate, and it is quite likely that any improved system of European cultivation would give employment to a large body of New Guinea natives in their own country; but there is no probability, nor was it ever contemplated, that natives would be taken to the Australian coast.

9. The proposal of Lord Derby to place one or more deputies of the High Commissioner on the coast provided that a reasonable annual sum to meet the cost thereof be paid by this Colony, does not at all meet the requirements of the case. The powers of the High Commissioner do not extend beyond British subjects. Men from all nations are flocking towards the Settlements in Torres Straits, and these are the people we should find it most difficult to deal with. The Government must therefore decline to contribute in any way to meet the cost of these officers. The proposal, that in the event of the High Commissioner's Deputies being sent out, the Imperial Government would take steps for strengthening the naval force on the Australian station, is connected with a much wider subject, — the defences of our coast. The Government consider that the naval defence of the Colonies ought certainly not to fall exclusively on Her Majesty's Government; a large portion of it should be made a charge upon colonial funds; and I believe, that were proposals made to the various colonies, or the united colonies, for better and more permanent protection, Great Britain would be met in a patriotic and loyal spirit.

10. The present condition of New Guinea, uncontrolled by any civilised

Nr. 8207. Grossbritannien. 29. Sept. 1883.

government, and liable at any moment to be taken possession of by a foreign nation, is a constant source of uneasiness to the colonists of Queensland, who clearly perceive the evils and dangers likely to arise from the close proximity to our shores of a foreign power, and from the establishment, as the probable result, of penal settlements even nearer to the Colony than those already formed. Lord Derby insists, that we cannot of ourselves annex, but this in no way impeaches our contention that now is the opportune time for annexation, that delay will only result in an increase of Imperial responsibilities, and that what might appear to be a policy of enterprise is simply a prudent provision against future complications. If England, therefore, formally annex at once, the well-grounded fears of the colonists will be allayed. || I have, etc.

Thomas M'Ilwraith.

His Excellency the Administrator
of the Government of Queensland.

# Madagaskar.

## Nr. 8208. VEREINIGTE STAATEN und MADAGASKAR. — Friedens-, Freundschafts- u. Handels-Vertrag vom 13. Mai 1881.

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

Concluded at Antananarivo, May 13, 1881.
Ratification advised by the Senate, February 27, 1883.
Ratified by the President, March 10, 1883.
Ratified by the Ambassadors of the Queen of Madagascar at Washington, March 12, 1883.
Ratifications exchanged at Washington, March 12, 1883.
Proclaimed, March 13, 1883.

By the President of the United States of America,

*A Proclamation.*

Whereas a Treaty of Peace, Friendship and Commerce between the United States of America and the Kingdom of Madagascar was concluded and signed by their respective Plenipotentiaries at Antananarivo on the 13th May, 1881, which Treaty in the English and Malagasy*) languages is word for word as follows:—

Whereas a Treaty of Friendship and Commerce between the Government of Madagascar and the Government of the United States of America was concluded on the 14th February, 1867, at Antananarivo, the capital of Madagascar, under which the most friendly relations between the two have existed up to the present time; and whereas Her Majesty Ranavalomanjaka, Queen of Madagascar, and his Excellency James A. Garfield, President of the United States of America, are both desirous, for the good and welfare of their respective countries, to maintain the present friendly relations and to expand the commerce between the two countries, to prevent, as far as possible,

*) The Malagasy version not printed.

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

complications and disputes between their respective subjects and citizens, and to provide more definitely the manner of executing the obligations of the Treaty and the adjustments of disputes that may arise in the future, the following Articles of revision and addition to the Treaty of the 14th February, 1867, have been mutually agreed to and signed by Ravoninahitriniarivo, 15th Honour, Officer of the Palace, Chief Secretary of State for Foreign Affairs, on the part of the Government of Madagascar, and W. W. Robinson, United States' Consul for Madagascar, on the part of the Government of the United States of America, on the 13th May (17th Alakaosy), 1881:—

Art. I. The High Contracting Parties solemnly declare, that there shall continue to be a firm, inviolate peace and a true and sincere friendship existing between them and their respective heirs and successors for ever, without war.

Art. II. 1. The dominions of each Contracting Party, as well as the right of domicile of their inhabitants, are sacred, and no forcible possession of territory shall ever take place in either of them by the other party, nor any domiciliary visits, nor forcible entries be made to, or espionage of, the houses of either party against the will of the occupants, except as hereinafter provided in Article VI, sections 4 and 23. || 2. The right of sovereignty shall, in all cases, be respected in the dominions of one Government by the subjects or citizens of the other. || 3. Citizens and protégés of the United States of America will respect the Government of Ranavalomanjaka and that of her heirs and successors, and will not interfere with the institutions of the country, nor meddle with affairs of Her Majesty's Government unless employed by Her Majesty. || 4. The dominions of Her Majesty the Queen of Madagascar shall be understood to mean the whole extent of Madagascar; and United States' vessels and citizens shall not aid Her Majesty's subjects in rebellion, nor sell munitions of war to them, nor bring them help in warfare, or teach the art of war to them; and the same shall apply to rebels against the heirs and successors of Her Majesty within the dominions of Madagascar. || 5. Citizens and protégés of the United States of America, while in Madagascar, shall enjoy the privilege of free and unmolested exercise of their respective Christian religious opinions and customs. New places of worship, however, shall not be built by them without permission of the Government of Madagascar. || 6. Citizens and protégés of the United States of America, while in Madagascar, shall enjoy full and complete protection and security for themselves and their property equally with the subjects of Madagascar.

Art. III. 1. According to the laws of Madagascar from all time, Malagasy lands cannot be sold to foreigners, and therefore citizens and protégés of the United States of America are prohibited from purchasing lands in Madagascar; but, still, they shall be permitted to lease or rent lands, houses, or store-houses for a term of months or years, mutually agreed upon between the owners and United States' citizens, not exceeding twenty-five years for

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

one term; but the lessee or owner of the lease, at the expiration of a term, may, if he should wish to do so, and can agree with the lessor (proprietor of the land), renew the lease by periods not exceeding twenty-five years for any one term; and the conditions agreed upon by the parties for such renewals are to be inserted in the lease. || However, every renewal must be acknowledged at the time of making it before the proper authorities, as hereinafter provided in section 9 of this Article for executing leases for lands and houses; and the same fee may be exacted. || 2. United States' citizens and protégés shall be permitted to build houses and magazines of any material desired, on land leased by them, according to the agreement made with the owner; and when the lease contains a condition permitting the lessee to remove the buildings and fixtures so constructed by him, the same shall be removed within three months after the final expiration of the lease; otherwise they shall become the property of the owner of the land. || 3. This privilege of leasing lands and building thereon by United States' citizens and protégés shall not be construed as a right to build fortifications, of whatever nature, nor to mine on the lands; and should any minerals be accidentally found on such lands, they are to be left to the disposition of Her Majesty's Government, and no agreement will be valid made between parties to avoid this clause relative to minerals. || 4. United States' citizens and protégés who wish to lease tracts of unappropriated lands in Madagascar may lease of the Malagasy Government, under the same rules as provided above in this Article, sections 1 to 3, for leasing lands of Her Majesty's subjects. || 5. United States' citizens and protégés shall be allowed to hire labourers, not soldiers, and, if slaves, not without the permission of their masters. And if such hired labourers should desire to leave they shall be at liberty to do so, and be paid up to the time of leaving on giving one month's previous notice. || 6. This notice, however, shall not be required from the Government of Madagascar when Her Majesty the Queen shall have immediate and unexpected need of the services of such labourers; but the officers of the Government, in taking such labourers for Government service, will avoid taking the skilled labourers—those who have become habituated to the special avocations in which they are employed —and the permanently employed servants, when the circumstances will admit. And the Queen calling such labourers for soldiers or other pressing Government service shall be considered as the circumstances under which they may be taken without the notice, and paid up to the time of leaving. || The above restriction is intended to prevent the local authorities from taking such permanent labourers from their employers, but not to interfere with the right of Her Majesty the Queen of Madagascar to call them to Government service when needed. || 7. Mail carriers and bearers of despatches and bearers of freight, as well as the servants and bearers of travellers employed by United States' citizens and protégés, and provided with passports from the Malagasy Government, will not be taken away while *en route*, but must be permitted

to finish their journies. Nevertheless, such persons, if transgressing the law, will not be exempt from arrest even while on the journey. || 8. Slaves shall be allowed to engage themselves with United States' citizens and protégés for short periods where their masters are far away, or where it is not known whether they are slaves or not; but if they are demanded by their masters they shall be allowed to leave, and be paid up to the time of leaving, without giving the one month's previous notice. || 9. Contracts for renting or leasing lands, or houses, or hiring labourers, shall be executed by leases for lands and contracts for labour in writing, which shall be executed before the United States' Consular officer and the Governor of the district where such Consular officer resides, or, instead of said Governor, such officer as he may delegate for such duty, who, when satisfied that the parties have the right to make the contract, shall approve it in writing signed by them and sealed with their official Government seals. || 10. And for such service a fee not exceeding 2 dollars may be exacted for each official seal. But when the period contracted for labour does exceed six months, procuring this official approval shall be optional with the parties. || 11. And the United States' Consular officer, as well as the Governor of the district where such officer resides, or any other local officer that may be designated by the Governor for that purpose, shall approve the same without delay, unless it be in the case of some unavoidable preventing circumstances, or on a day when official business is stayed by the Queen of Madagascar. || 12. On lands so leased by American citizens and protégés the American lessee shall pay to Her Majesty an annual tax of 2 cents per English square acre upon lands for cultivation, and on town lands an annual tax of $^1/_4$ cent. per English square yard. || 13. This tax shall not be considered as payment in whole or in part of other taxes which may be levied on such United States' citizens and protégés, or the citizens and subjects of other nations residing in Madagascar, and Malagasy subjects, not of any part of the export duty upon the productions of such lands, but as a special land tax. || 14. This tax shall be paid once each year in the month which shall be fixed by the Government for its payment; and the officer who shall be designated to receive such shall, upon reception of each tax, give a receipt therefor, over his signature and official seal, mentioning the day, month and year on which it was received, and describing the land upon which the tax is paid, and for what year, as a proof of payment. || 15. Such leases may be transferred, in which cases notice must be given to the Government authority of Madagascar. || 16. Citizens and protégés of the United States of America who come to Madagascar must present a passport from their Government, or from some Consul, certifying their nationality; otherwise they are liable to be prohibited from residing in Madagascar. || 17. But after producing such passport they shall be permitted to follow any occupation they wish, to print books or newspapers of a moral character, or any books or periodicals on literary, commercial, or scientific subjects, pro-

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

vided they are not of an unlawful character, but shall not be permitted to publish seditious criticisms upon Her Majesty's Government. || 18. United States' citizens and protégés shall be permitted to pass, with or without merchandize, with their bearers, baggage, carriers and servants, through all parts of Madagascar which are under the control of a Governor duly appointed by Her Majesty the Queen of Madagascar, with the exception of Ambohmianga and Ambohmianambola and Amparafaravats, which places foreigners are not permitted to enter, and, in fact, be entitled to all privileges of commerce, or other business, calling, or profession granted to the most favoured nations, so long as they do not infringe the laws of Madagascar. || 19. The subjects of Her Majesty the Queen of Madagascar shall enjoy the same privileges in the United States of America.

Art. IV. 1. Commerce between the people of the United States of America and Madagascar shall be perfectly free, with all the privileges under which the most favoured nations are now, or may hereafter be trading. || 2. Citizens of the United States of America shall, however, pay a duty not exceeding 10 per cent. on both exports and imports in Madagascar, to be regulated by a Tariff to be mutually agreed upon. || 3. No other duties, such as tonnage, pilotage, quarantine, or lighthouse dues shall be imposed in ports of either country on the vessels of the other, to which national vessels, or vessels of the most favoured nations, shall not equally be liable. || 4. Until Her Majesty the Queen shall decide to collect all duties in money, the import duty on American goods may be paid in money or in kind, on each kind of goods, at the option of the owner or consignee, and according to a Tariff that shall be agreed upon, not exceeding 10 per cent. || 5. This Tariff of customs dues shall be drawn up by the United States' Consul and an officer delegated by Her Majesty's Government for the purpose, within three months after the exchange of the ratification of this Treaty, and shall be submitted to the two Governments for approval; and the same shall be published within one year from the date of the exchange of the ratification of this Treaty. And this Tariff may be revised in the same way, in whole or upon any article or articles, at any time, upon the application of either Government, should it be found rated too high or too low, in whole or upon any one article or articles of merchandize. || 6. In case any article of import or export should be inadvertently omitted from such Tariff, the duty levied on such article shall be 10 per cent. *ad valorem* until the proper Tariff on the same shall be agreed upon. || 7. United States' citizens and protégés are not allowed to import munitions of war into Madagascar except on orders from Her Majesty the Queen of Madagascar. || 8. In regard to alcoholic liquors, the Malagasy Government may regulate the importation according to its pleasure, or prohibit the importation altogether, or limit the importation as required; may levy as high a duty as it may see fit, or make it a misdemeanour to sell or give such liquors to certain classes of its subjects. || 9. And should it be

found at any time that any other articles of an injurious nature, tending to the injury of the health or morals of Her Majesty's subjects, are being imported, Her Majesty's Government shall have the right to control, restrict, or prohibit the importation in like manner, after giving due notice to the United States' Government. || 10. Prohibited from export by the laws of Madagascar are timber and cows. Timber, however, may be exported by Her Majesty the Queen of Madagascar, or by her order. || 11. Ports of Madagascar, where there is no military station under the control of a Governor duly appointed by Her Majesty the Queen of Madagascar, must not be entered by United States' vessels for purposes of trade; should they do so, they will be treated as smugglers. || 12. And Her Majesty's Government will not be responsible for damage by robbery of or other malfeasance to United States' citizens or protégés in districts where there are no Governors, nor other officers or soldiers duly appointed by Her Majesty's Government, should such United States' citizens go into such districts without special permits. || 13. Goods which have been duly entered and duties paid thereon at a regular port of entry may be carried to other ports in United States' coasting vessels and landed without further payment, on presentation of invoices of the same, duly certified by the Chief Collector of Customs at the port of entry, showing that the duties have been paid. || 14. Vessels entering Malagasy ports which are not ports of entry for the purpose of trade will be seized; the masters and crews will be treated as smugglers, and the vessel and cargo will be confiscated. || 15. It is further agreed between the High Contracting Parties, that the offering of a forged passport, or one surreptitiously obtained, for entry of goods at any of Her Majesty's ports, or being in any manner knowingly concerned in such fraudulent passports or invoices, either by making, or buying, or selling the same, or by offering to enter goods by means of the same, shall be considered a felony, and the person or persons found guilty of such an offence, whether American or Malagasy, shall be punished by imprisonment or fine, or both, according to the aggravation of the offence, as hereinafter provided by Article VI; and this in addition to the penalty for smuggling when goods have been smuggled, or attempt has been made to smuggle, by means of such fraudulent passports or invoice. || 16. United States' vessels of war shall be permitted to enter freely into the military ports, rivers and creeks situated in the dominions of Her Majesty the Queen of Madagascar, to make repairs and to provide themselves, at a fair and moderate price, such supplies, stores and provisions as they may from time to time need, including timber for necessary repairs, without payment of duty. || 17. On account of Her Majesty the Queen of Madagascar's desire to facilitate communications between the United States and Madagascar, and thereby to advance commerce between the two countries, the United States' Government and United States' private Steam-ship Companies are hereby granted the privilege to land and deposit coal for the use of United States' Government and private steamers at

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

Tamatave or Majunga, or both, on land designated by the Governor for that purpose, and to take the same away again from time to time for the use of such steamers, without payment of duties or harbour charges of any kind; but a nominal rent of 5 cents a ton shall be paid per annum as rent for the land on which it may be stored. This privilege shall continue until coal of Madagascar production in sufficient quantity for such steamers can be bought. But should any of the vessels bringing such coal, or any of the steamers taking the same away, bring goods to sell at such port, or take goods from the same, such vessel must pay the same duty and harbour charges as other merchant-vessels except on the coal. And should any of such coal be sold in Madagascar, duty must be paid on the quantity so sold.

Art. V. 1. The Contracting Parties may appoint Consular officers of any or of all grades to reside in the dominions of the other, and such Consular officers shall be granted all the rights and privileges granted to functionaries of like grades of the most favoured nations, as witnesses of the good relations existing between the two nations, and to regulate and protect commerce. || 2. The President of the United States of America may send a diplomatic officer of any grade to reside in Madagascar who shall enjoy the rights and privileges provided by international law for his grade. || 3. The Queen of Madagascar shall have the like privilege of sending a diplomatic officer of any grade to the United States of America, and he shall enjoy there likewise all the rights and privileges of his grade established by international law.

Art. VI. 1. Citizens and protégés of the United States of America who enter Madagascar, and subjects of Her Majesty the Queen of Madagascar while sojourning in the United States of America, are subject to the laws of trade and commerce in the respective countries. || 2. In regard to civil rights, whether of person or property, of citizens and protégés of the United States of America, where disputes or differences shall arise between them, or in cases of criminal offences committed by them upon each other, they shall be under the exclusive civil and criminal jurisdiction of their own Consuls, duly invested with the necessary powers. || 3. Neither shall the Malagasy authorities interfere in differences or disputes between United States' citizens and protégés and the citizens or subjects of any third Power in Madagascar. || 4. But the Malagasy police may whenever a United States' citizen or protégé shall be discovered in the act of committing a crime against any person, of whatever nationality, or breach of the peace in any manner, whether by making unlawful disturbance in the streets and public places, or in any manner breaking the published laws of Madagascar, arrest such offender without process and take him immediately before the proper United States' Consular officer, who will take such action in the case as the circumstances, the laws of the two countries and the stipulations of this Treaty require. || 5. The Malagasy Government will supply to each United States' Consular officer residing in Madagascar, within six months after the exchange of the

ratification of this Treaty, one or more printed copies of all laws, Decrees, or customs having the force of law which affect in any way, directly or indirectly, foreigners sojourning in Madagascar, in their rights and privileges, either of person or property, for the information of United States' citizens sojourning in Madagascar. || 6. And in like manner, whenever any change shall be made in such laws or Decrees, or new ones be promulgated, touching the interests of such persons, a like printed copy of the same shall be furnished to each said United States' Consular officers, at least one month before such change, or new law, or Decree shall take effect, and when any such change, or new law, or Decree touches or changes the Regulations of the custom-house, or duties to be paid, or the laws in regard to exports and imports, the said copies of such news laws and Decrees shall be so furnished at least six months before taking effect against United States' citizens. || 7. All disputes and differences arising between citizens and protégés of the United States of America and subjects of Madagascar, and all criminal offences committed by such citizens and protégés against said subjects of Madagascar, and all criminal offences committed by the subjects of Madagascar against the citizens and protégés of the United States of America, as well as all infringement of the laws of Madagascar by the United States' citizens and protégés, shall be investigated, tried and adjudged by "Mixed Courts," as follows: || 8. The Chief United States' diplomatic officer, when there shall be one in Madagascar, or when there is no such officer residing in the kingdom the chief or senior United States' Consular officer and a Malagasy officer, duly appointed by Her Majesty the Queen of Madagascar for that purpose, shall constitute a "Mixed Superior Court," which shall be "a Court of Record," and may hold its sittings at Antananarivo, the capital of Madagascar, or at Tamatave, according as the circumstances of the business of the Court may require. || 9. This Superior Court shall have both original and appellate jurisdiction; that is, actions may be commenced and decided in it, and it may also try cases appealed from the inferior Courts herein provided for, as follows: || 10. There shall be one Inferior Mixed Court in each United States' Consular and each United States' Consular Agent's district in Madagascar. Such Courts shall consist of the United States' Consular officer of the district and a Malagasy officer appointed by Her Majesty's Government for the purpose for each district. || 11. The Inferior Courts shall have original jurisdiction of civil cases where the sum claimed does not exceed 500 dollars or imprisonment for more than one year, or both, as will be more fully explained in the "Code of Rules" of proceedings for the Mixed Courts, hereinafter provided for. || 12. Appeals from the Superior Mixed Courts may be taken to either of the two Governments, at the option of the party appealing, in the matter provided in said "Code of Rules." || 13. In the trial of actions in these Courts, the native Judge shall preside and have the prevailing voice in the decisions when United States' citizens or protégés are the plain-

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

tiffs, and *vice versa* when they are defendants, that is, when subjects of the Queen are the plaintiffs, the United States' (Consular or Diplomatic) officer, as the case may be, shall preside and have the prevailing voice in the decisions. || 14. But the presiding Judge shall in every case counsel with and give due weight to the opinions of the associate Judge before giving decisions. || 15. It is agreed by the High Contracting Parties, that any attempt to influence the decision of these Judges, or any one of them, in a case on trial, or to be decided by them, except by arguments in open Court, shall be considered a misdemeanour, and that the offering a bribe to any one of them in money or other object of value or favour, for the purpose of influencing his decision, shall be considered a felony, and that the person proved guilty of either of these offences shall be punished by the Government to which he belongs, according to the grade of his crime. And if it shall be proved that the Judge of these Courts, of either nationality, shall have received a bribe to influence his decision in any case, he shall be dismissed from his office of Judge, and otherwise punished according to the laws of his own nation for such malfeasance. || 16. It is further agreed, that within six months after the exchange of the ratification of this Treaty, that the chief Diplomatic or Consular officer of the United States, who shall be at the time residing in Madagascar, and one or more officers to be selected by Her Majesty's Government, shall meet and together draw up a "Code of Rules" of proceedings for these Mixed Courts, which Code, when so drawn and signed by said officers, shall be forwarded by them to their respective Governments for approval, and when approved by both Governments, shall be considered a part of this Treaty, duly ratified as such. And this Treaty, including said "Code of Rules," together with international law, and the laws of the United States of America and of Madagascar, in so far as the latter can be made to harmonize, shall govern proceedings in these Courts. || 17. It is agreed, that the said "Code of Rules" shall follow, in so far as the laws and present status of things in Madagascar will admit, the rules of proceedings in United States' Consular Courts in Madagascar, that all attestations in the proceedings shall be made under the judicial oath or affirmation of civilized nations, and that the said "Code of Rules" shall define how actions shall be commenced and be conducted, the grades of offences and their punishments, under what circumstances arrests may be made, and the amount and manner of bail to be taken, the disposition to be made of fines collected, when, how and to whom appeals may be taken, and all other matters necessary for the intelligent working of such Courts. And shall also contain forms for writs and other processes and a Tariff of fees. || 18. In all cases of arrest permitted by this Treaty now and to be provided for by the "Code of Rules," the prisoners shall be, during their detention, treated with all the humanity consonant with the laws of civilized nations. Her Majesty's Government will see, that they are supplied with wholesome food and drink in sufficient quantity, and detained in healthy

quarters, and that they are brought to trial in the shortest time possible consonant with the convenience of the prisoner. || 19. In cases of arrest of American citizens or protégés in the absence of a United States' Consular officer, or where no such officer resides, the authority causing the arrest shall immediately inform the nearest United States' Consular officer of the fact and of the circumstance of the case, and also cause the prisoner to be taken as soon as possible before the Mixed Court of which that nearest Consular officer is a Judge. || 20. It shall be the duty of the Court to encourage the settlement of controversies of a civil character by mutual agreement, or to submit the same to the decision of referees agreed upon by the parties. And in criminal cases, which are not of a heinous character, it shall be lawful for the parties aggrieved or concerned therein, with the assent of the Court, to adjust the same among themselves upon pecuniary or other considerations. || 21. Her Majesty's Government will render all assistance in its power to United States' citizens and protégés toward collecting their legal claims against Her Majesty's subjects; and United States' Consular officers will likewise render every assistance in collecting legal claims against United States' citizens and protégés. || 22. Whenever it is known, or there is reason to believe, that transgressors against the laws, fugitives from justice, are on the premises of United States' citizens or protégés, such premises may be entered by the Malagasy police with the consent of the occupants, or against their consent in company with the United States' Consular officer, or with his written order. In case of absence of such United States' officers, or in places where no such officers reside, the police may make such entry by the order of the local authority to look for the offender or stolen property; and the offender, if found, may be arrested, and all stolen property seized. || 23. Murder and insurrection or rebellion against the Government of Madagascar with intent to subvert the same shall be capital offence, and not bailable; and when a United States' citizen shall be convicted by this Court of either of those crimes he shall be banished the country and sent to the United States of America for a review of his trial and approval of his sentence and punishment. If a Malagasy subject be convicted by the Court of the murder of a United States' citizen or protégé he shall suffer such punishment as the Malagasy law awards for such crime when Her Majesty the Queen of Madagascar shall have approved the Judgment of the Court. || 24. When a United States' citizen shall have been convicted of several minor offences, showing him to be a turbulent and intractable person, he shall, upon the request of the Government of Her Majesty the Queen, be banished the country.

Art. VII. 1. No United States' vessel shall have communication with the shore before receiving pratique from the local authorities of Madagascar and producing a "bill of health" from the port sailed from, signed by the Malagasy Consul, if there be one at that port; if none, then by the person duly authorized to give such bills of health. || 2. Malagasy subjects shall not be

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

permitted to embark on United States' vessels without a passport from Her Majesty's Government. || 3. In cases of mutiny on United States' merchant-vessels, or in cases of desertion from United States' national or private vessels, the local authorities shall, on application, render all necessary assistance as far as is possible to the United States' Consular officer to bring back the deserter or to restore discipline on board merchant-vessels. || 4. When a United States' Consular officer shall ask the local authorities to arrest a deserter from a vessel, the police shall be directed to do their utmost to arrest promptly such deserter in the district. And if the Consular officer suggest other places where the deserter may have secreted himself, the authorities shall give a written notice to the Governor of such district pointed out, who shall in his turn do his utmost to find and arrest the deserter. And the result of such efforts, whether successful or otherwise, shall be promptly reported to the Governor, who shall report to the Consular officer. || 5. For the services required by this Article for arresting deserters, if such deserters be arrested, a fee of 3 dollars may be exacted for each deserter arrested, and 5 cents per English mile for the distance actually travelled by the police, and also such necessary expenses as may be incurred for food, ferrying and imprisonment of the deserter. || 6. And if discovered that such police did not do their utmost, they shall be punished by the Governor; and if such police have done their utmost, but without success, they will be none the less entitled to the expenses above stated, but not to the fee of 3 dollars.

Art. VIII. 1. In case of a shipwreck of a United States' vessel on the coast of Madagascar, or if any such vessel should be attacked or plundered in the waters of Madagascar, adjacent to any military station, the Governor will do his utmost to urge the people to save life and to secure property, and to restore it to the owners or to the United States' Consul, and if there be no Consul nor owner in such district, an inventory of the goods rescued shall be made, and the goods shall be delivered to the nearest United States' Consular officer, who shall give the Governor a receipt for the same. || 2. The Governor of the district shall take the names of the people engaged in saving such vessel, and designate those who rescue lives and those who save goods. || 3. And if such vessel be an abandoned one, then one-fourth of vessel and goods may be claimed for salvage. || 4. And if a vessel be in distress, and the captain or crew demand help, such help shall be rewarded at the rate of 25 cents a day for soldiers and labourers, and 1 dollar a-day for officers who superintend such help. || 5. And if any vessel be wrecked or in distress, and the captain or crew do not demand assistance, being in a situation to do so, and consequently the Malagasy do not save anything, the Governor and people will not be responsible. || 6. However, in case the captain or crew demande assistance or are in a situation where making such a demand is impossible, and it is known that the Governor did not do his utmost to move the people to save such vessel and cargo, he shall be punished according to

the laws of Madagascar. || 7. The same protection shall be granted to Malagasy vessels attacked or plundered in the waters of the United States of America.

Art. IX. 1. American goods may be landed in bond to be reshipped to other ports without payment of duties, under the following rules: || 2. When it may be desired to so land goods to be reshipped to other ports the owner of the goods, or the consignee or master of the vessel, as the case may be, shall present to the local Governor, or to the Collector of Customs, as the Governor may direct, a correct invoice or manifest of the goods so landed, showing values by detail when there are goods of different kinds, or of different values, and quantities of each and the total value. || 3. The Malagasy Customs officers shall verify by inspection the goods when landed with the invoice or manifest; then the owner, consignee, or master of the vessel, as the case may be, shall execute a bond payable to the Governor or Collector of Customs, as may be directed by the local authority, conditioned to pay the established duties on such goods, or on such part of them as shall not have been reshipped within the period agreed upon, which period shall be mentioned in the bond as the date of its maturity. Then such goods may be stored on the premises of their owner or consignee, or in magazines rented by him for that purpose. || 4. When he reships the goods, he will notify the party to whom this bond has been given to be present and again verify the goods with the invoice or manifest, when, if none are lacking, he will be entitled to the return of his bond, or if the goods or any part of them are lacking, he must pay the duty as established by Article IV on such as are not found and reshipped, which will equally entitle him to receive back his bond.

Art. X. Her Majesty's Government desires the development of the dormant resources of the kingdom, and the advancement of all the useful mechanical and agricultural industries therein, and thereby to promote the best interests of commerce and Christian civilization by adoption and application of such modern improvements and appliances as shall be suitable for such purposes and best adapted to the condition of Madagascar, and for the best interests of Her Majesty's people; and toward the accomplishment of these objects, should any United States' citizens or protégés of good character, and possessing the requisite qualifications for the special business proposed, desire to engage in such industries in Madagascar by investment of capital or labour, or in teaching the people how to apply the modern improvements in the prosecution of the industries, their applications to the Government will be favourably received, and their propositions liberally entertained; and if they and the Government can agree upon terms, they will be permitted to engage in such avocations by contracts, grants, commissions, or salaries.

Art. XI. 1. It is agreed between the High Contracting Parties, that the levy of taxes on United States' citizens, as hereinbefore provided for conditio-

Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

nally in Article III, sec. 13, shall never be at a higher rate than shall be levied upon Her Majesty's subjects for the same purposes and upon like values, except the special land tax hereinbefore provided for in Article III sec. 12. || 2. United States' citizens and protégés shall not be deprived of any privileges relinquished by this Treaty unless the same restrictions be placed upon the citizens and subjects of all other foreign nations residing in Madagascar, but shall enjoy all the privileges that may be granted to the most favoured nations. || 3. And Her Majesty's subjects while sojourning in the United States of America shall enjoy all the privileges conceded by the United States' Government to the citizens or subjects of the most favoured nation.

Art. XII. 1. The above Articles of Treaty made in good faith shall be submitted to both the Government of the United States of America and Her Majesty the Queen of Madagascar for ratification, and such ratification be exchanged within one year from date of ratification at Antananarivo. || 2. Should it at any future time seem desirable, in the interests of either of the Contracting Parties, to alter or add to the present Treaty, such alterations or additions shall be effected with the consent of both Parties. || 3. Duplicate originals of this Treaty, with corresponding text in the English and Malagasy languages, which shall be both of equal authority, have been signed and sealed at Antananarivo, Madagascar, on this 13th day of May (17th of Alakaosy), 1881.

(Seal.) W. W. Robinson,
*United States' Consul for Madagascar.*

(Seal.) Ravoninahitriniarivo,
*15 Voninahitra, Off. D. P. Lehibe'n ny Mpanao Raharaha amy ny Vahiny.*

In the name of Her Majesty Ranavalomanjaka Queen of Madagascar, and by her Royal command and authority, we, Her Majesty's duly empowered Ambassadors Plenipotentiary, hereby ratify and confirm the within Treaty and every part thereof. March 12, 1883.

(Seal.) Ravoninahitriniarivo,
*15 Vtra O. D. P. Chief Secretary of State for Foreign Affairs, Chief Ambassador of Her Majesty the Queen of Madagascar.*

(Signed) Ramaniraka,
*14 Vtra O. D. P. Member of the Privy Council, Ambassador of Her Majesty the Queen of Madagascar.*

And whereas the said Treaty has been duly ratified on both parts, and the ratifications of the two Governments were exchanged in the city of Washington on the 12th March 1883: || Now, therefore, be it known, that I, Chester A. Arthur, President of the United States of America, have caused the said Treaty to be made public, to the end that the same and every Article and clause thereof may be observed and fulfilled with good faith by

the United States and the citizens thereof. || In witness thereof, I have hereunto set my hand and caused the seal of the United States to be affixed. || Done at the city of Washington, this 13th March, 1883, and of the Independence of the United States of America, the 107th. Nr. 8208. Vereinigte Staaten und Madagaskar. 13. Mai 1881.

(Seal.) Chester A. Arthur.

By the President:

Fredk. T. Frelinghuysen, *Secretary of State.*

---

## Nr. 8209. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Consul in Tamatave. — Die deutschen Unterthanen sollen unter den Schutz der französischen Agenten gestellt werden.

Paris, le 9. décembre 1882.

Le Cabinet de Berlin m'a récemment fait part de son intention de ne s'immiscer en rien dans les incidents auxquels peuvent donner lieu les affaires de Madagascar, et il m'a exprimé le désire de placer sous la protection des agents français la personne et les intérêts des sujets allemands établis dans l'île, pour le cas où des troubles viendraient à éclater. Nous avons pris acte de ces assurances en répondant au Gouvernement Impérial que nous étions prêts à déférer à sa demande. Nous l'avons prié en même temps de nous fournir sur le nombre de ses nationaux et sur leurs établissements les renseignements propres à faciliter notre action. || Dès que ces indications nous seront parvenues, le Ministre de la Marine enverra des instructions dans le même sens au Commandant de notre station navale. J'ai tenu à ce que, dès à présent, vous fussiez mis au courant de la démarche du Cabinet de Berlin et de notre réponse, pour régler votre conduite si quelque sujet allemand venait à réclamer votre protection. Nr. 8209. Frankreich. 9. Dec. 1882.

Duclerc.

---

## Nr. 8210. FRANKREICH. — Ultimatum des Admiral Pierre und des Consuls Baudais an die Königin von Madagaskar.

31. Mai 1883.

Le Gouvernement Français, animé du sincère désir de rétablir le plus promptement possible avec le Gouvernement de S. M. la Reine Ranavalona II les relations de paix et d'amitié qui les ont longtemps unis, mais décidé à employer tous les moyens pour sauvegarder la situation conventionnelle qui lui est acquise à Madagascar, a donné l'ordre aux soussignés de faire connaître au Gouvernement de la Reine Ranavalona les conditions auxquelles est désormais subordonné le maintien des bonnes relations que la France désire conserver avec Madagascar. Nr. 8210. Frankreich. 31. Mai 1883.

Nr. 8210. Frankreich. 31. Mai 1883.

1° Le Gouvernement Hova reconnaîtra effectivement les droits de souveraineté ou de protectorat que nous confèrent sur certains territoires les traités conclus avec les chefs Sakalaves. || Ces territoires s'étendent depuis la baie de Baly à l'ouest jusqu'à celle d'Antongil à l'est, en passant par le cap d'Ambre.

2° La loi 85, en complète contradiction avec l'article 4 du traité de 1868, sera rapportée, et la Reine s'engagera à donner des garanties formelles et immédiates que lui fera connaître en temps et lieu le Commissaire de la République française, muni de pleins pouvoirs de son Gouvernement pour régler cette question, afin qu'à l'avenir, le droit de propriété ou de bail à très longue échéance puisse être exercé en toute liberté par les nationaux français. || Elles feront l'objet d'une convention spéciale pour la signature de laquelle le Gouvernement de S. M. la Reine Ranavalona II s'engagera à envoyer dans le délai de quinze jours un plénipotentiaire au lieu que lui désignera le Commissaire de la République française. || Ce plénipotentiaire aura aussi les pouvoirs nécessaires pour accepter la revision que le Commissaire de la République lui proposera, s'il y a lieu, de tout ou partie du traité de 1868.

3° Le Gouvernement de la Reine s'engagera à payer, dans le délai de trente jours à partir de l'acceptation du présent ultimatum à Tamatave, entre les mains du Commissaire de la République, la somme de un million de francs, soit 200,000 piastres, pour les indemnités dues aux nationaux français. || Les soussignés, aussitôt le présent ultimatum accepté, feront connaître au Gouvernement de la Reine Ranavalona II les conditions qu'ils exigent en *garantie de l'exécution* des clauses énumérées ci-dessus. || Ces conditions ne sont point présentées au Gouvernement de la Reine Ranavalona II pour être discutées, mais pour être acceptées ou refusées, par oui ou par non, dans le délai de huit jours. || Ce délai a été ainsi calculé: trois jours pour aller de Tamatave à Tananarive, autant pour revenir de Tananarive à Tamatave; deux jours de réflexion. || Les soussignés ont reçu de leur Gouvernement l'ordre formel de ne laisser planer aucune ambiguïté sur le terme fixe. || Si donc, l'acceptation était ambiguë ou incomplète, ou, si elle ne parvenait pas avant minuit de la nuit du 9 au 10 juin au Commissaire de la République, qui la transmettrait au Commandant en chef de la Division navale de la mer des Indes, M. le Contre-Admiral Pierre aurait le regret d'ouvrir le feu sur les défenses de la ville de Tamatave, de s'en emparer, ainsi que de détruire tous les établissements du Gouvernement de S. M. la Reine Ranavalona II sur la côte Est de Madagascar. || La douane de Tamatave serait occupé et les droits en seraient perçus par les soins de l'autorité française, jusqu'à concurrence de la somme réclamée et tant que la satisfaction complète précitée n'aurait pas été obtenue. || Des mesures ultérieures seraient prises pour la garantie à venir du droit de propriété pour nos nationaux. || La manière dont les opérations de M. le Contre-Admiral, commandant en chef la Division navale de la mer des Indes, ont été conduites et exécutées sur la côte Nord-Ouest est de nature à renseigner le Gouvernement de Sa Majesté Ranavalona II sur l'efficacité des

moyens dont il dispose pour obtenir des résultats semblables. || Au nom du Gouvernement de la République française, les soussignés rendent ici solennellement le Gouvernement de la Reine Ranavalona II, ainsi que le premier Ministre, personnellement responsables de tout ce qui pourrait être tenté dans toute l'étendue de Madagascar, tant contre les Français que contre les étrangers, quelle que soit leur nationalité. || Tout ce qui pourrait porter atteinte directement ou indirectement à leur vie, à leur liberté, à leurs biens, à leurs familles ou aux biens de leurs familles, donnerait lieu à des indemnités dont les soussignés fixeraient le montant et dont le payement serait immédiatement exigible. || Si le Gouvernement de la Reine, après avoir accepté les conditions du présent ultimatum, apportant des lenteurs préméditées dans l'accomplissement d'une ou plusieurs de ses promesses, si le plénipotentiaire se retranchait, à un moment donné, derrière l'insuffisance de ses pouvoirs, les hostilités commenceraient sans l'envoi d'une sommation nouvelle. || Les soussignés ont le ferme espoir que le Gouvernement de la Reine Ranavalona, en acceptant des conditions dont il serait difficile de contester la modération, les dispensera de recourir à un nouvel emploi de la force, et rien ne pourra leur causer plus de satisfaction que d'éviter une effusion de sang inutile.

Nr. 8210. Frankreich. 31. Mai 1883.

---

## Nr. 8211. MADAGASKAR. — Min. des Ausw. an den franz. Consul. — Beantwortung des Ultimatums.

Antananarivo, le 5 juin 1883.

(Traduction.) Votre lettre du 31 mai 1883 à Son Exc. le 1er Ministre m'a été remise. || Voici ce que je vous dis: dans ladite lettre, vous accusez Son Excellence de l'expulsion des Français de la capitale avant qu'aucun ultimatum ait été adressé. En réponse j'ai à vous informer que notre désir comme cela a toujours existé est qu'une bonne amitié règne entre nous et le Gouvernement de la République française, néanmoins nous avions été réellement étonnés lorsque nous vîmes que sans aucun ultimatum l'amiral Pierre avait bombardé Amoovtsangana et Majunga. Ce bombardement a eu pour conséquence l'expulsion des Français. || Relativement à la responsabilité que vous faites reposer sur Son Excellence, j'ai à vous répondre que cette responsabilité doit peser sur vous, non seulement à l'égard des Français, mais aussi pour les pertes qu'ont subies les Malgaches dans leurs biens; car ce sont vos propres actes qui ont donné occasion à ce qui a lieu.

Randriamifidy.

Nr. 8211. Madagaskar. 5. Juni 1883.

---

## Nr. 8212. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Die Vereinigten Staaten haben die Souveränetät der Königin von Madagaskar über die ganze Insel anerkannt.

Foreign Office, June 9, 1883.

Nr. 8212. Grossbritannien. 9. Juni 1883.

My Lord, — I inclose a copy of the Treaty between the United States and Madagascar, which has been proclaimed by the President of the United States. I have to call your Excellency's special attention to the fourth paragraph of the IInd Article, which contains an admission of the sovereignty of the Queen of Madagascar over the whole island. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8213. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Wünscht Aufklärungen über die Ereignisse in Madagaskar.

Foreign Office, July 10, 1883.

Nr. 8213. Grossbritannien. 10. Juli 1883.

My Lord, — I transmit herewith, for your Excellency's information, copy of a telegram from the Acting British Agent and Consul-General at Zanzibar, reporting the death of Her Majesty's Consul in the Island of Madagascar and the proceedings of the French Admiral commanding the squadron of Tamatave. A report has also reached me from a private source to the effect that Mr. Shaw, a missionary, and Mr. Pakenham's Secretary, named Antrianiza, have been seized and imprisoned by the French authorities at Tamatave. || I have sent the substance of this information to your Excellency by telegraph, and have requested you to communicate it without delay to M. Challemel-Lacour, and to inquire whether the French Government has yet received intelligence as to the facts of the case, and whether they are in a position to offer any explanation of the alleged action of their Admiral. || I am, &c.

Granville.

(Telegraphic.) Zanzibar, July 10, 1883.

"Dragon" arrived Tamatave. Reports death Consul Pakenham. French Admiral had ordered him quit Tamatave in twenty-four hours, though dangerously ill; died seven hours before time expired. Commander "Dryad" has embarked archives. Admiral has stopped communication between British men-of-war and shore, and has refused hold written communication with Commander "Dryad." Tamatave practically French town, all foreign Consuls' flags hauled down.

---

## Nr. 8214. FRANKREICH. — Min. des Ausw. (Challemel-Lacour) an den franz. Botschafter in London (Waddington). — Beantwortung der engl. Beschwerden vom 10. Juli.

Paris, le 12 août 1883.

Nr. 8214. Frankreich. 12. Aug. 1883.

Monsieur, en accusant réception de la note du 11 juillet, par laquelle le Gouvernement Anglais nous avait entretenu, d'après des informations télégraphiques, de certains incidents survenus à Tamatave, j'avais fait savoir à Lord Lyons que nous étions dans la nécessité, pour répondre à sa communication, d'attendre les renseignements que nous avions demandés nous-mêmes à Madagascar. Je viens de recevoir du Commissaire de la République à Madagascar une dépêche en date du 12 juillet, et le Ministre de la marine m'a communiqué, de son côté, des rapports qui lui ont été adressés par l'amiral Pierre et qui vont jusqu'au 14. Je m'empresse de détacher de cette correspondance les éclaircissements qu'elle fournit sur les incidents signalés dans la note anglaise.

Le Cabinet de Londres, vous le savez, avait appelé notre attention sur les points suivants:

1° Le Commandant de nos forces navales aurait enjoint au consul de la Reine à Madagascar de quitter Tamatave dans les vingt-quatre heures, bien qu'il fût dangereusement malade, et M. Packenham serait mort quelques heures avant l'expiration de ce délai.

2° Le Commandant du bâtiment anglais le *Dryad* aurait fait transporter à son bord les archives du Consulat britannique.

3° L'Amiral français aurait intercepté toute communication entre les vaisseaux anglais et la terre.

4° Il aurait refusé d'entretenir aucune communication par écrit avec le Commandant du *Dryad*.

5° Tamatave serait devenue, en fait, une ville française.

6° Les pavillons consulaires auraient cessé d'y être arborés.

7° Le secrétaire du consul britannique, ainsi qu'un missionnaire anglais, M. Shaw, auraient été incarcérés par les autorités françaises.

Voici, sur ces divers points, les renseignements fournis par la correspondance de nos agents:

1° Votre télégramme du 10 août établit que le principal Secrétaire d'État est aujourd'hui fixé sur les circonstances qui ont accompagné la mort du consul d'Angleterre à Madagascar. Il n'ignore plus, sans doute, que, pour assurer la sécurité de la place, l'officier investi des fonctions de Commandant à Tamatave a dû interdire toute communication entre la ville et l'extérieur. Les mêmes considérations l'ont conduit à considérer comme incompatible avec l'ordre la présence du consul anglais, dont les correspondances avec les Hovas étaient demeurées assez importantes et assez actives pour avoir nécessité l'adjonction d'un officier en service. Sa mort est survenue avant qu'aucune mesure ait été mise à exécution; elle n'a aucune connexité avec les ordres

Nr. 8214. Frankreich. 12. Aug. 1883.

donnés par l'autorité militaire. Les communications échangées, à cette occasion, entre l'Amiral Pierre et le commandant du *Dryad* attestent que nos agents se sont attachés à tenir compte, autant qu'il a été possible, des conditions particulières dans lesquelles se trouvait le consul. C'est ainsi que l'Amiral Pierre a pris soin que la décision ne fût notifiée qu'au Commandant Johnstone, afin de ménager, jusqu'au dernier moment, M. Packenham, qui est mort, cela semble certain, sans l'avoir connue; il avait mis, en outre, le médecin du bord à la disposition du malade dès qu'il avait été informé de la gravité de son état. On sait, d'ailleurs, les honneurs dont les restes mortels de M. Packenham ont été l'objet, et le Gouverneur de l'île Maurice a tenu à rendre hommage à la conduite tenue en cette circonstance par l'amiral français.

2° Les renseignements qui nous sont parvenus jusqu'à ce jour ne font aucune allusion au transfèrement des archives du Consulat britannique à bord du *Dryad*.

3° Après la prise de Tamatave et en présence des attaques des Hovas, les nécessités de la défense ont amené le Commandant supérieur à se préoccuper des inconvénients qui résultaient de la présence d'officiers étrangers, qui s'ingéraient dans le règlement des questions relevant de son autorité exclusive; il a été décidé que le séjour dans la place leur serait interdit. Toutefois le Commandant Johnstone ayant exprimé le voeu qu'un officier fût adjoint à M. Packenham, en raison de son état de santé, pour assurer la gestion des affaires du Consulat, l'Amiral Pierre a consenti à faire différer la publication des dispositions ainsi arrêtées. Ce n'est qu'à la suite de la prétention émise par le Commandant du *Dryad* d'exercer une sorte de contrôle sur les consignes militaires, que l'interdiction dont il s'agit a dû être rigoureusement appliquée.

4° Le Gouvernement Britannique a probablement reçu, comme nous, copie de la correspondance volumineuse échangée, du 2 au 20 juin, entre le Commandant de nos forces navales et le Commandant du *Dryad*. Cette correspondance permet de constater les dispositions conciliantes dont l'Amiral Pierre s'est montré animé, au début de ses relations avec cet officier. Il n'eût dépendu que du Commandant Johnstone de l'y affermir. Malheureusement il semble que, par une ingérence presque quotidienne et trop souvent mal fondée dans nos affaires, par son insistance à saisir nos agents de questions qui échappaient à leur compétence, ou à soulever des discussions destinées à entraver leur action, enfin par le ton même de certaines de ses communications, le Commandant Johnstone ait pris à tâche d'amener l'Amiral Pierre à refuser de poursuivre une correspondance qui risquait, en se prolongeant, de donner naissance à de regrettables complications.

5° En entrant dans Tamatave, le Commandant de nos forces a trouvé la ville abandonnée par les autorités locales; il s'est empressé d'utiliser les éléments dont il pouvait disposer pour instituer provisoirement une administration française. Nul ne contestera qu'en agissant ainsi, il ne se soit acquitté

de l'un des premiers devoirs qui incombent à tout occupant, celui d'assurer sur le territoire occupé le maintien de l'ordre et le fonctionnement des services publics. Nr. 8214. Frankreich 12. Aug. 1883.

6° Il est vraisemblable que les changements apportés à l'organisation municipale, joints à la défense de toute communication avec l'extérieur, ont été considérés par nos autorités militaires comme mettant fin à la mission des étrangers. Les rapports de l'Amiral ne contiennent cependant aucun renseignement précis à cet égard. Quoi qu'il en soit, dès le 16 juillet, des instructions ont été adressées à Tamatave, pour que les agents étrangers fussent autorisés, autant que le permettraient les nécessités supérieures de la défense à continuer leurs fonctions et arborer leur pavillon.

7° Quant aux faits qui auraient motivé l'arrestation du secrétaire de M. Packenham et celle de M. Shaw, il n'en est point fait mention dans les pièces qui viennent de parvenir. Nous savons seulement, par un télégramme tout récent de l'Amiral Pierre, que l'autorité militaire s'est trouvée dans la nécessité de s'assurer, à un certain moment, de la personne d'un secrétaire hova de M. Packenham, qui est fils de l'ancien Gouverneur de Tamatave, allié lui-même à la famille du Premier Ministre; le détenu a été bientôt relâché sur parole. Les seuls renseignements que nous ayons sur la seconde de ces arrestations portent qu'une information judiciaire est ouverte contre M. Shaw sous une inculpation des plus graves.

Vous voudrez bien communiquer à lord Granville les indications qui précèdent, et qui concordent sans doute avec celles qu'il a lui-même reçues directement de Tamatave. Je me plais à penser qu'elles confirmeront le Gouvernement de Sa Majesté Britannique dans la conviction que le Commandant de notre escadre, dans l'exercice de ses droits, a usé de tous les ménagements que comportaient les intérêts légitimes des tiers et les relations amicales de la France avec l'Angleterre.

Challemel-Lacour.

---

## Nr. 8215. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Vertheidigung des Vorgehens des franz. Commandanten in Madagaskar.

Paris, le 15 octobre 1883.

Dès le 12 août dernier, nous avons eu soin de communiquer au Gouvernement anglais les éclaircissements que les premiers rapports reçus de Madagascar permettaient de donner sur les points signalés par une note de Lord Lyons en date du 11 juillet, comme se rattachant aux opérations militaires que nous nous sommes trouvés dans la nécessité de poursuivre sur la côte orientale de l'île et notamment à Tamatave. Le 24 août, le Cabinet de Londres nous transmettait lui-même un mémorandum sur les incidents auxquels les opérati- Nr. 8215. Frankreich. 15. Okt. 1883.

Nr. 8215. Frankreich. 15. Okt. 1883.

ons avaient donné lieu. Vous savez que, tout en reconnaissant les dispositions conciliantes dont témoignaient cette communication et les commentaires qui l'avaient accompagnée, nous avons dû formuler des réserves quant à la méthode même qui nous était suggérée par le Gouvernement Britannique pour l'étude de la question. Nous avons fait remarquer qu'en se bornant à examiner les faits isolément et au seul point de vue de leur exactitude matérielle, on s'exposerait à de sérieux mécomptes. Nous demeurions prêts d'ailleurs à fournir au Gouvernement de la Reine, soit sur certains points particuliers, soit sur l'ensemble même des faits, les explications complémentaires dont nous trouverions les éléments dans les informations que nous possédions déjà ou que nous attendions encore. || Nous sommes en mesure aujourd'hui de présenter l'historique des incidents survenus à Tamatave, vous le trouverez consigné dans la note ci-annexée; les faits y sont exposés dans l'ordre où ils se sont produits, ce qui permet d'en apprécier exactement le caractère. S'il n'y est fait qu'une mention incidente de ceux qui intéressent plus particulièrement M. Shaw, ma dépêche du 29 septembre a indiqué par avance les motifs pour lesquels nous avons dû en réserver l'examen à une communication spéciale. Vous aurez soin de rappeler ces motifs au Principal secrétaire d'État, en lui remettant la note ci-jointe. || Il résulte pour nous, des données que nous avons tenu à placer ainsi sous les yeux du Gouvernement britannique, qu'on ne saurait, qu'elle qu'en fût la rigueur, contester la légitimité des mesures prises par le Commandant des forces françaises à Madagascar. || Nous n'en avons que plus de motifs de regretter que, par un enchaînement de circonstances qu'il ne dépendait pas de lui d'éviter, mais dont le simple exposé suffit à montrer l'effet, le ton des communications de l'Amiral français au Commandant du *Dryad* ait à un moment cessé de répondre, autant que nous l'aurions souhaité, au caractère amical des relations existant entre les deux peuples et dont s'inspiraient nos instructions.

Challemel-Lacour.

---

## Nr. 8216. FRANKREICH. — Derselbe an denselben. — Anerbieten einer Entschädigung für die von Mr. Shaw erlittene Haft.

Paris, le 18 octobre 1883.

Nr. 8216. Frankreich. 18. Okt. 1883.

Monsieur, — Vous avez pu suivre les préoccupations éveillées en Angleterre par les incidents qui ont accompagné la prise de Tamatave et notamment par l'arrestation d'un membre de la Société des Missions, M. Shaw. En même temps vous avez été tenu au courant des instructions données au Commandant de nos forces navales, et réitérées à la première nouvelle des ces incidents pour garantir aux résidents étrangers tous les ménagements compatibles avec les exigences de la situation militaire. || Le 17 septembre dernier, le Principal

Nr. 8216. Frankreich. 18. Okt. 1883.

Secrétaire d'État de la Reine nous communiquait, pour information, une lettre adressée de la Réunion au Secrétaire de la Société des Missions à Londres, et dans laquelle M. Shaw présentait un exposé des poursuites intentées contre lui à Tamatave. A ce moment nous n'avions pas encore reçu les pièces de la procédure instruite par la juridiction militaire. Le dossier nous est parvenu seulement dans les premiers jours de ce mois. Nous en avons immédiatement soumis les éléments dans des conditions, qui offraient les plus sûres garanties, à un examen approfondi dont je puis aujourd'hui vous communiquer le résultat. || Il a été constaté tout d'abord qu'un ensemble de circonstances qui demeurent inexpliquées se trouvaient réunies, au début, pour faire peser sur M. Shaw la présomption d'un grave attentat préparé contre la sécurité de nos troupes, et dont l'autorité militaire avait le devoir d'assurer la répression. Un ordre d'arrestation a dû, par suite, être décerné contre M. Shaw. L'instruction s'est alors poursuivie conformément aux règles édictées pour la juridiction maritime; à la suite de cette procédure préparatoire qui s'est prolongée durant sept semaines, l'innocence de M. Shaw a été constatée. Le nombre des témoignages à recueillir, les constatations à faire sur les lieux, une analyse délicate à laquelle il ne pouvait être procédé à Tamatave, la difficulté des communications avec la Réunion, le temps nécessaire pour calmer, dans l'intérêt même de la justice, l'émotion soulevée par le bruit de l'attentat, toutes ces raisons expliquent la longueur de l'information. Durant cette période, M. Shaw a été interné sur un bâtiment de l'escadre dans les conditions réglementaires imposées par l'aménagement et la discipline du bord. Il a été rendu à la liberté aussitôt que le Commandant supérieur de Tamatave eut reçu notification des résultats de la procédure. || Quoi qu'il en soit, il est constant qu'un homme innocent, sujet d'une Puissance amie, a été, durant cinquante-quatre jours, privé de sa liberté, au préjudice de ses intérêts, et maintenu, dans des conditions pénibles, sous le coup d'une accusation qui ne s'est pas trouvée justifiée. Le Gouvernement a décidé que vous seriez autorisé à offrir une somme de 25,000 francs comme témoignage de notre désir d'alléger les conséquences des rigueurs dont M. Shaw a été l'objet. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique verra, j'en suis convaincu, dans cette décision une preuve des sentiments dont nous sommes animés, et un motif nouveau de poursuivre, de part et d'autre, dans le même esprit amical, le règlement des difficultés qui viendraient à s'élever entre les deux pays. || Vous pourrez donner lecture de cette dépêche à Lord Granville et lui en laisser copie.

Challemel-Lacour.

Nr. 8217. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Der englisch-französ. Conflict in Madagaskar ist durch die Schreiben vom 15. und 18. October zur Zufriedenheit erledigt.

Foreign Office, October 29, 1883.

Nr. 8217. Grossbritannien. 29. Okt. 1883.

M. l'Ambassadeur, — The despatch of M. Challemel-Lacour of the 15th instant, which your Excellency placed in my hands on the 17th, and the Memorandum contained in it relative to the proceedings of the late Admiral Pierre at Tamatave, have been carefully considered by Her Majesty's Government, together with M. Challemel-Lacour's further despatch of the 18th instant. || In the month of August last I had the honour to deliver to your Excellency a statement of facts, taken from the Reports of Commander Johnstone, of Her Majesty's ship „Dryad," and his correspondence with the French Admiral. That statement was unaccompanied by any comment, for it had been arranged between us that the first thing to be done was to come as nearly as possible to an agreement as to the facts of the case. || Her Majesty's Government did not doubt, that, when this had been accomplished, the Government of the Republic would be anxious to express regret that a departure should have taken place from the traditional courtesy of the French nation, as well as from the positive instructions which Admiral Pierre had received, to be careful to maintain the most courteous relations with the British Naval Commander. || In handing to me M. Challemel-Lacour's despatch and Memorandum, your Excellency explained, that an unfortunate delay in the reception of legal documents from Madagascar had retarded the reply of your Government, and that it was only a week before this communication that these papers had arrived. Her Majesty's Government have received with satisfaction this friendly explanation. || The French Memorandum is not a counter-statement of facts, but it aims at altering their complexion by numerous inferences, the justice of which Her Majesty's Government are by no means wholly able to admit, and also seeks to throw on Commander Johnstone the responsibility for the attitude of Admiral Pierre, by charging him with a want of promptitude in removing his ship from the immediate vicinity of the place of embarkation at Tamatave, in compliance with the requests of the Admiral. || Her Majesty's Government recognize in the fullest manner the absolute duty of British officers to observe with strictness the obligations of neutrality; but they are satisfied that there was not failure on the part of Commander Johnstone to fulfil this weighty international duty. || On this point it may be well, that I should observe upon Commander Johnstone's conduct with immediate relation to the obligations which he felt to be incumbent upon him in regard to his fellow-subjects on the spot. The bombardment was not to commence until the 10th June, at midnight, that being the date fixed in the ultimatum addressed to the Hova Government and notified to the Consuls at Tamatave. It is true, that Commander John-

Nr. 8217. Gross-britannien. 29. Okt. 1883.

stone was informed that the Admiral might possibly be compelled to open fire earlier, but that was an uncertain contingency; and in the meanwhile, Commander Johnstone was bound to use his utmost exertions, with the very limited resources at his disposal, to effect the embarkation of British subjects. Although he could not, consistently with that duty, remove his ship entirely from the scene of the intended operations, he kept out of the way as much as possible. The „Dryad" was under steam, ready to clear out at the shortest notice, and Commander Johnstone informed Admiral Pierre of his readiness to do so. He was still embarking British subjects on the 8th when again requested to remove beyond Tanio Point (which he did immediately), and even at that distance he embarked 183 more refugees. || It will be seen, therefore, that Commander Johnstone did the best he could to comply with the wishes of the Admiral, consistently with the dictates of humanity and with his duty towards his countrymen on shore. || The five distinct charges formulated against Commander Johnstone by Admiral Pierre in his letter of the 23rd June are shown in the English Memorandum to have been unfounded. The French Memorandum does not afford any fresh evidence in support of them, and there is no new statement of facts which, in the opinion of Her Majesty's Government, justify such acts as the Proclamation of the 21st June, the order for the expulsion of Consul Pakenham, the bombardment of Fenoarivo without notice and, finally, the long imprisonment and the treatment of Mr. Shaw. || Her Majesty's Government have no desire after the communication which they have received from the French Government to dwell on the events above mentioned; and with reference to Consul Pakenham, they have read with pleasure the letter of Lieutenant Martret de Préville, annexed to the French Memorandum, the full text of which they had not previously seen. This letter confirms their belief that the Admiral would not have carried out the order for the expulsion of the Consul on being made aware of his critical state. || Her Majesty's Government have never entertained any doubt, that the treatment of Mr. Shaw, a gentleman of high character both in this country and in Madagascar, would meet with the condemnation of the French Government; and it is therefore unnecessary to enter into details, or to pursue the subject any further. || As regards the part taken by Admiral Pierre in the proceedings which have given rise to the complaints of Her Majesty's Government, and the remarks thereon which are contained in M. Challemel-Lacour's despatch, I have only to observe that Her Majesty's Government can readily understand the disposition, with which the French Government would not fail to approach the subject, and their leaning to a favourable view of the conduct of a distinguished and gallant officer, who has long served his country with honour, and who at last, while suffering from an attack of illness which ended fatally, wrote and acted in a manner which, under other circumstances, would (as Her Majesty's Government cannot doubt) have been repugnant to his feelings and inconsistent with the friendly relations which, during a residence of some months, he had established in England. || The

Nr. 8217. Grossbritannien. 29. Okt. 1883.

expression of regret which appears in M. Challemel-Lacour's despatch shows, that the French Government are acting consistently with the friendly feeling and the good disposition existing between the two Governments, who both feel the same desire to smooth the differences which have arisen. || Moved by these sentiments, Her Majesty's Government accept the acknowledgment which has been offered by the French Government with a view of preventing a controversy inconsistent with the interests and dignity of the two countries. || It is difficult to appreciate exactly the amount of pecuniary compensation which ought to be awarded, not so much for loss of money as on account of the sufferings endured by an honourable and innocent man, unjustly confined on a criminal charge for so long a period. But the French Government have, by acknowledging the principle of an indemnity, completely relieved Mr. Shaw from any imputation on his character. Her Majesty's Government accept the sum which the French Government have decided to offer in the spirit in which it is tendered. || I have only, in conclusion, to express the satisfaction of Her Majesty's Government at the settlement of this painful question. || I have, &c.

Granville.

# Aegypten (Sudan).

## Nr. 8218. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Gen.-Consul in Kairo. — Die engl. Regierung lehnt alle Verantwortlichkeit für die Ereignisse im Sudan ab.

Foreign Office, August 8, 1883.

Nr. 8218. Grossbritannien. 8. Aug. 1883.

Sir, it appears from your despatch of the 1st ultimo, that General Hicks continues to communicate with you respecting the financial difficulties which he meets with in the Soudan, under the impression that you will exert your influence with the Egyptian Government to induce them to give favourable consideration to his wishes. I need not remind you, that Her Majesty's Government assume no responsibility whatever in regard to the conduct of affairs in the Soudan, and it is desirable that General Hicks should understand that, although they are glad to receive information as to the progress of the campaign, it is their policy to abstain as much as possible from interference with the action of the Egyptian Government in that quarter. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8219. GROSSBRITANNIEN. — Gen.-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Die ägyptische Regierung handelt auf eigene Verantwortung in Sudan.

Cairo, August 18, 1883.

Nr. 8219. Grossbritannien. 18. Aug. 1883.

My Lord, — With reference to my telegram of to-day, announcing the appointment of General Hicks as Commender-in-chief, and also to your Lordship's despatch of the 8th instant, disclaiming all responsibility on the part of Her Majesty's Government for the control of the Soudan, I have the honour to state that, in forwarding General Hicks' telegrams to Chérif-Pasha, I have constantly impressed upon his Excellency that they are merely communicated

Nr. 8219. Grossbritannien. 19. Aug. 1883.

for his information, and that Her Majesty's Government are in no way responsible for the action that may be taken upon them. || General Hicks' promotion and his nomination as Commander-in-chief were entirely spontaneous acts of the Egyptian Government, and I was not aware that they were contemplated. I have, &c.

Edward B. Malet.

---

## Nr. 8220. GROSSBRITANNIEN. — General-Consul in Kairo an den englischen Min. des Ausw. — Die ägyptische Regierung wünscht Reduction der Occupations-Armee auf 2000 Mann.

(Extract.) Cairo, August 26, 1883.

Nr. 8220. Grossbritannien. 26. Aug. 1883.

I have the honour to inclose herewith a copy of a Memorandum dated yesterday, which has been drawn up by Chérif-Pasha, suggesting that the time has come for a further diminution of the Army of Occupation, and stating that a force of 2,000 men of Her Majesty's army would now amply suffice for all requirements.

*Memorandum by Chérif-Pasha.*

Dans une communication adressée le 31 Décembre, 1882, au Ministre des Affaires Étrangères de Son Altesse le Khédive au sujet des frais d'entretien de l'Armée d'Occupation, l'Agence et Consulat-Général de Sa Majesté Britannique voulait bien informer le Gouvernement Égyptien que les forces Britanniques se trouvant en Égypte à cette époque seraient réduites au fur et à mesure que la sécurité dans le pays le permettrait, et en attendant la formation d'une armée ou d'une police Égyptienne pouvant les remplacer. Les réductions consécutives opérées dans l'effectif de l'Armée d'Occupation et les nombreuses déclarations faites au Parlement par les Ministres de la Reine ont confirmé le contenu de cette communication. Par les discours prononcés à la Chambre des Communes dans la séance du 9 Août, le Gouvernement de Sa Majesté a affirmé qu'il persistait dans la ligne de conduite qu'il s'était tracée, et qu'il n'épargnerait aucun effort pour arriver à ce que ce retrait eût lieu le plus promptement possible. || S'inspirant de ces idées le Gouvernement de Son Altesse croit devoir faire remarquer que, bien que considérablement réduite, l'Armée d'Occupation s'élève à l'heure qu'il est à 6,000 ou 7,000 hommes. || Le Gouvernement de Son Altesse estime que ce chiffre est considérable et qu'il n'est en rapport ni avec la tranquillité parfaite qui règne dans le pays, ni avec les ressources budgétaires. || Il est convaincu que 2,000 hommes de troupes Britanniques suffisent amplement pour parer à toute éventualité. C'est d'ailleurs par excès de précaution que le Gouvernement indique ce chiffre. Car, d'une part, l'armée et la gendarmerie sont suffisamment organisées, grâce aux intelligents efforts de Sir E. Wood et de Baker-Pacha,

pour assurer le maintien de l'ordre en Égypte, et d'autre part les dispositions d'esprit chez les indigènes et l'absence, depuis un an, de tout incident pouvant laisser subsister un doute quelconque sur leurs sentiments, permettent au Gouvernement de Son Altesse d'envisager l'avenir avec la plus grande confiance. || Des considérations d'ordre financier s'imposent, en outre, d'une manière plus pressante en faveur d'une prompte réduction. Les dépenses extraordinaires nécessitées par les événements insurrectionnels (parmi la plus importante desquelles figure le payement des indemnités), l'expédition du Soudan et l'épidémie, qui a sévi et sévit encore, ont porté un trouble sérieux dans les finances Égyptiennes. D'un autre côté les réformes projetées, telles que: l'organisation de la justice indigène et des institutions politiques, la réorganisation du service des prisons et de l'Administration Sanitaire, ne pourront voir le jour sans que des nouvelles ressources leur soient consacrées. Ces ressources devront, en grande partie, provenir d'économies; la seule et la plus importante qui puisse s'effectuer sans inconvénient est incontestablement celle qui porte sur la réduction de l'effectif de l'Armée d'Occupation. En effet, la réduction à 2,000 hommes de cette armée à partir du 15 Septembre allègerait les charges de l'année courante seule d'une somme d'environ 70 000*l.* || Cette économie, indépendamment de toute autre considération, est trop importante pour que le Gouvernement de Son Altesse ne se croit tenu de faire appel au Gouvernement de Sa Majesté afin d'obtenir la réalisation dans l'intérêt même de la prompte application des réformes dont il s'agit.

Nr. 8220. Grossbritannien. 26. Aug. 1883.

Chérif.

Le Caire, le 25 Août, 1883.

---

## Nr. 8221. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Rom. — Italien wünscht Garantieen für die Sicherheit und Freiheit des Suez-Kanals.

Foreign Office, October 1, 1883.

Sir, — The Italian Ambassador referred in conversation to-day to the question of the measures to be adopted to insure the free navigation of the Suez Canal. His Excellency observed, that my answer to the Italian proposals on this subject had been to the effect that the proposals contained in my Circular despatch of the 3rd January*) last appeared to Her Majesty's Government to be sufficient for the protection of the Suez Canal in time of war. || M. Mancini, he said, had hoped for a more favourable answer. My note on the subject had not given any reasons in support of the view expressed in it, and M. Mancini's conviction remained unaltered. || The idea of the Italian Government, Count Nigra continued, coincided substantially with that of Her Majesty's Government, namely, „to guarantee at all times the freedom of the

Nr. 8221. Grossbritannien. 1. Okt. 1883.

*) St.-A. Bd. XLII, Nr. 8079.

Nr. 8221. Grossbritannien. 1. Okt. 1883.

Suez Canal." Her Majesty's Government thought it sufficient for this purpose, that Egypt should take the necessary measures in time of war. The Italian Government, on the contrary, did not think this guarantee sufficient in any case in which the territorial Power was implicated in the conflict, and they proposed that, in view of this eventuality, and without derogating from the rights of the territorial Power, the Powers should reserve the right of concerting, if necessary, for a service of naval police, such as had been unanimously agreed upon in the Conference at Constantinople in 1882. || The objections of the Italian Government as to the eventuality of Egypt becoming a belligerent remained unshaken. They did not intend to insist at this moment on their proposal; but they wished it to be known that their opinion was unaltered, and that they believed the precedent would be dangerous for other occasions and other places. The question of the Suez Canal was, Count Nigra observed, mentioned in my Circular of the 3rd January as one of those which are to be the subject of diplomatic agreement between the Powers. Whenever Egypt or England shall take the initiative to bring about such agreement, the Italian Government reserves the right of putting forward their ideas upon the subject. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8222. GROSSBRITANNIEN. — General-Consul in Kairo (Baring) an den engl. Min. des Ausw. — Reduction der Occupations-Armee.

Nr. 8222. Grossbritannien. 9. Okt. 1883.

Cairo, October 9, 1883.

My Lord, — I have the honour to reply to your Lordship's despatch of the 6th September.

In that despatch your Lordship observes, with reference to Chérif-Pasha's suggestion that the time had come for a further reduction of the British force in Egypt, that "Her Majesty's Government entirely concur in the desire to reduce the force as far as is consistent with the preservation of order;" and your Lordship instructs me to consult the military authorities, and to report fully on the subject. || Since my arrival in Egypt, about a month ago, the important question upon which your Lordship has invited my opinion has engaged my constant attention, and I am now in a position to report to your Lordship the conclusions at which I have arrived. The only practical points to be considered for the moment are—

1. Is it safe to withdraw the British garrison from Cairo?

2. To what extent is it consistent with the preservation of public order that the total British force in Egypt should be reduced?

As regards the first question, I am of opinion, that the British garrison at Cairo may be with safety withdrawn. || As regards the second question,

am of opinion, after consultation with General Stephenson, that the total force in Egypt, which consists at present of about 6,700 men, may be reduced to three battalions of infantry, one battery of field artillery, one battery of garrison artillery and one company of engineers, making a total of about 3,000 men and 6 guns. || I agree with General Stephenson in thinking, that this force should be concentrated at Alexandria. General Stephenson has informed me, that a small expenditure of money will permit of barrack accommodation for this number of men being provided at Alexandria. || Should Her Majesty's Government be pleased to approve of the proposals which I have now the honour to make, the British force in Egypt will be amply sufficient to preserve order in Alexandria, and to maintain the honour of Her Majesty's arms against any force that it may be supposed, with any reasonable degree of probability, it may have to encounter. || Moreover, the moral effect produced by the presence of this force, or even, indeed, of a force considerably smaller than that proposed, will of itself, in all probability, suffice to insure the tranquillity of the country. It should, however, be clearly understood, that the main responsibility for preserving order throughout Egypt will devolve on the Egyptian Government. I trust, that they may rely upon the full moral support of Her Majesty's Government in the execution of that task. || I have, &c.

E. Baring.

Nr. 8222. Grossbritannien. 9. Oct. 1883.

---

## Nr. 8223. GROSSBRITANNIEN. — General-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Die ägyptische Regierung wird um engl. oder indische Truppen bitten.

(Extract.) Cairo, November 19, 1883.

I regret to have to inform your Lordship, that the present state of affairs in the Soudan is a subject of great anxiety to the Egyptian Government. It is clear, that their authority in the Eastern portion of the Soudan is limited to the coast of the Red Sea, and even there it is seriously threatened. As regards the Western Soudan, there has as yet been no confirmation of the report telegraphed by the French Consular Agent at Khartoum which formed the subject of my telegram of yesterday. But, on the other hand, no definite news has been received from General Hicks since the 27th September. He had only two months' provisions for his army when he started on his present expedition. The Egyptian Government is becoming very anxious, and evidently expects to get bad news of him. This morning I saw Giegler-Pasha, who was formerly in the Soudan under Colonel Gordon; he says, that, if General Hicks' army is defeated, Khartoum will probably fall into the hands of the rebels.

Nr. 8223. Grossbritannien. 19. Nov. 1883.

The Egyptian Government has no funds to meet an emergency, and they have already dispatched almost every available man to the Soudan, with the

Nr. 8223. Grossbritannien. 19. Nov. 1883.

exception of the forces under Sir Evelyn Wood and General Baker. If General Hicks' army is destroyed, it is nearly certain that the Egyptian Government will lose the whole of the Soudan, unless some assistance from outside is given to them; and once they begin to withdraw, it is hard to say at what point along the valley of the Nile they could stem the rebel movement. || I think, that it is not at all improbable that the Egyptian Government will request Her Majesty's Government to send English or Indian troops. || My own opinion is, that, once General Hicks' army is defeated, it would be wiser for the Egyptian Government to accept the fact, and to withdraw to whatever point on the Nile they can be sure of defending, although a great impulse would thus be given to the Slave Trade. || Another alternative which the Egyptian Government will not improbably suggest is to send a portion of General Wood's army to the Soudan. Chérif-Pasha has already spoken of the desirability of sending one of the English officers who are serving under General Wood to command at Suakin. But I think, that General Wood's army should be retained in Egypt proper, especially in view of the partial withdrawal of Her Majesty's troops.

---

## Nr. 8224. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. General-Consul in Kairo. — Die engl. Regierung wird keine Truppen senden.

(Telegraphic.) Foreign Office, November 20, 1883, 7·30 P.M.

Nr. 8224. Grossbritannien. 20. Nov. 1883.

Your telegram of 19th.

We cannot lend English or Indian troops.

If consulted, recommend abandonment of the Soudan within certain limits.

---

## Nr. 8225. GROSSBRITANNIEN. — General-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Die Erfolge des Mahdi sind eine Gefahr für Aegypten selbst.

Cairo, November 24, 1883.

Nr. 8225. Grossbritannien. 24. Nov. 1883.

My Lord, — With reference to your Lordship's telegram of the 22nd instant, I have the honour to report to your Lordship that the unanimous opinion of Lieutenant-General Stephenson, Major-General Sir Evelyn Wood and myself is, that the recent success of the Mahdi is a source of danger to Egypt proper, and that the danger would be greatly increased if Khartoum falls, which seems not improbable. || As regards the immediate measures which it is desirable to take, we are of opinion that the withdrawal of the British garrison from Cairo should be postponed for the present, and that the British force in Egypt should be maintained at its present strength. || We are now

considering whether it will not be desirable to strengthen the army under General Wood's command, and, if so, how it can best be strengthened; but further consideration is necessary before we can form our opinions on this point. || The Khedive and Chérif-Pasha have both expressed to me in conversation their opinion, that the withdrawal of the British garrison from Cairo should be postponed. || I have &c.

Nr. 8225. Grossbritannien. 24. Nov. 1883.

E. Baring.

---

## Nr. 8226. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. General-Consul in Kairo. — England darf keinerlei Verantwortung für die Maassregeln im Sudan übernehmen.

(Extract.) Foreign Office, November 25, 1883.

I have received your telegrams of the 22nd and 23rd instant, informing me of the measures which the Egyptian Government propose to adopt in consequence of the defeat of General Hicks' army in the Soudan.

Nr. 8226. Grossbritannien. 25. Nov. 1883.

Her Majesty's Government can do nothing in the matter which would throw upon them the responsibility of operations in the Soudan. This responsibility must rest with the Egyptian Government relying on their own resources.

I have to add that, in the opinion of Her Majesty's Government, the Egyptian Governmeut would be right to restrict their action to defensive operations.

---

## Nr. 8227. TÜRKEI. — Min. des Ausw. (Aarifi-Pascha) an den türk. Botsch. in London (Musurus-Pascha). — Protestirt gegen die Beibehaltung der engl. Garnison in Kairo.

(Télégraphique.) Constantinople, le 30 Novembre 1883.

La nouvelle du maintien de l'occupation du Caire par les troupes Britanniques nous a été d'autant plus pénible que la décision prise pour l'évacuation nous avait causé une légitime satisfaction. || L'ajournement en question ne nous semble pas en tout cas justifié par les événements du Soudan, dont la position n'implique en aucune manière la nécessité du maintien d'une force armée Anglaise au Caire. Aussi sommes-nous convaincus que le Gouvernement Britannique n'hésitera pas à revenir à sa première décision. || Je prie votre Excellence de s'exprimer auprès de Lord Granville dans le sens qui précède, et de me transmettre sans retard la réponse de sa Seigneurie.

Nr. 8227. Türkei. 30. Nov. 1883.

---

## Nr. 8228. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den türk. Botschafter in London. — Antwort auf den Protest vom 30. November.

Nr. 8228. Grossbritannien. 11. Dec. 1883.

Foreign Office, December 11, 1883.

M. l' Ambassadeur, — I have had the honour to receive from your Excellency copy of a telegram from the Sublime Porte, dated the 30th ultimo, protesting against the continued occupation of Cairo by the British troops. || Her Majesty's Government have received this communication with much surprise. Acting on the policy which they had publicly announced, they seized the first moment compatible with the maintenance of order in the capital to withdraw the British troops from Cairo. All the necessary orders in the matter had been given, and transports ordered for the purpose of bringing back a large portion of the army. || Meanwhile a great disaster has occurred in the Soudan, which may possibly produce inconvenience, or even danger, to Egypt; and Her Majesty's Government have found themselves obliged, in virtue of the responsibility thrown upon them under circumstances which will not have escaped your Excellency's recollection, to retain the troops provisionally in Cairo. || I have, &c. Granville.

---

## Nr. 8229. GROSSBRITANNIEN. — General-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Die ägyptische Regierung giebt sich ganz in die Hände Englands.

Nr. 8229. Grossbritannien. 12. Dec. 1883.

Cairo, December 12, 1883.

My Lord, — I received a visit from Chérif-Pasha this morning.

His Excellency announced to me, that the Khedive had held a Council of Ministers, and that they had resolved to place themselves absolutely in the hands of Her Majesty's Government. || At the same time they believe, that the best expedient in the present emergency is to resort to the Sultan; and they would be gratified if Her Majesty's Government would negotiate with His Imperial Majesty the conditions under which the assistance of Turkish troops can be obtained, the most necessary proviso being that the Turkish troops should be withdrawn when no longer required. || The principal objection, on the part of the Egyptian Government, to the employment of English or Indian troops is, that the religious element in the present movement would gain increased importance from the interference of a Christian Government. || I incline to believe, that Chérif-Pasha and his colleagues lay too great a stress on this consideration. || After making the foregoing communication to me, Chérif-Pasha suggested that these ideas should be expressed in an official note; but I replied, that, for the moment, it was not necessary to do so. || His Excellency said, in conclusion, that he hoped Her Majesty's Government would arrive at an early decision on the subject. || I have, &c.

E. Baring.

---

## Nr. 8230. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. General-Consul in Kairo. — Rath der ägyptischen Regierung, den Sudan aufzugeben.

Foreign Office, December 13, 1883.

Nr. 8230. Grossbritannien. 13. Dec. 1883.

Sir, — Her Majesty's Government have had under their consideration your recent telegrams on the subject of the Soudan. || Her Majesty's Government have no intention of employing British or Indian troops in that province. || Her Majesty's Government have no objection to offer to the employment of Turkish troops, provided they are paid by the Turkish Government, and that such employment be restricted exclusively to the Soudan, with their base at Suakin. || Excepting for securing the safe retreat of garrisons still holding positions in the Soudan, Her Majesty's Government cannot agree to increasing the burden on the Egyptian revenues by expenditure for operations which, even if successful — and this is not propable —, would be of doubtful advantage to Egypt. || Her Majesty's Government recommend the Ministers of the Khedive to come to an early decision to abandon all territory south of Assouan, or at least of Wady Halfa. || They will be prepared to assist in maintaining order in Egypt proper, and in defending it, as well as the ports in the Red Sea. || The proposed employment of Sebehr-Pasha appears to Her Majesty's Government inexpedient, both politically and as regards the Slave Trade. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8231. GROSSBRITANNIEN. — Dufferin an den engl. Min. des Ausw. — Die Entsendung des General Hicks war kein hoffnungsloses Unternehmen.

Constantinople, December 14, 1883.

Nr. 8231. Grossbritannien. 14. Dec. 1883.

My Lord, — As I have seen some letters in the public newspapers describing General Hicks' expedition into the Soudan as having been „a forlorn hope," and doomed to destruction from the outset, it is but just to the Egyptian Government that I should restate the position of affairs at the time referred to. || As your Lordship is aware, the first collision between the followers of the Mahdi and the Egyptian authorities took place in July 1881. From that time forward until the winter of 1882—83 the contest had been raging with varying results. In Kordofan the Madhi had succeeded in capturing both Obeid and Bara; but in Senaar he had been less successful, and on several occasions his followers had sustained severe defeats. The last of these occurred on the 27th January, the 23rd February and the 3rd March. On the 4th March General Hicks reached Khartoum accompanied by nine English officers, amongst whom was Captain Evans, who had served under General Wolseley in the Intelligence Department, and who was a thorough master of Arabic and well acquainted with the Soudan. || I had the pleasure of making General Hicks' acquaintance

Nr. 8231. Grossbritannien. 14. Dec. 1883.

on his arrival at Cairo. He had been engaged through the instrumentality of a person in whom the Egyptian Government placed the highest confidence, and through whom the various questions relating to his rank, status and powers were settled. He impressed me most favourably as a grave, sober-minded man, and both his antecedents and the testimony of those who knew him, indicated that the choice was excellent. During the fortnight spent in Cairo he was naturally in constant communication with the military authorities, and he had the further good fortune of meeting Sir Samuel Baker, whose knowledge of the Soudan would be of course very useful under the circumstances. Sir Samuel, in a letter to the „Times" of the 26th November, seems inclined to complain that nobody attended to his recommendations, and as he mentions my name in this connection, I may be permitted to refer to them. The first was, that General Hicks should take with him a „Green Turban." As the orthodox Ulemas of Khartoum had already denounced the Mahdi without any appreciable effect, I did not consider the dispatch of a „Green Turban" of special importance, and I see that Mr. Rassam, who is an undoubted authority upon the point, takes the same view; but I told Sir Samuel Baker that though I myself, being strictly precluded by my instructions from incurring any responsibility in connection with the Soudan expedition, could not force the Egyptian Government to adopt his advice, I had no doubt that through the intervention of his brother, General Baker, in whom Chérif-Pasha and the Khedive had the greatest confidence, the matter could be arranged if General Hicks so desired it, which I was afterwards given to understand he did not. || Another suggestion was that the General should be provided with a good interpreter, which was also a point which seemed to me susceptible of easy arrangement between the General himself and the Khedive's Government, and which was, in fact, satisfactorily settled. || Sir Samuel Baker adds, that he advocated the White Nile being made the western boundary of Egypt's revindicated authority. I do not, of course, know what he may have said to other persons; but this point was never mooted between us, as, with the rebels in part possession of Senaar, the reconquest of Kordofan had not then become a practical question. Had he made such a remark, I should have hastened to express my cordial agreement with him, for it is one of the suggestions I had already submitted in my General Report, dated the 6th February, and which I subsequently repeated to the Egyptian Minister for the Soudan on the 2nd April, to whom I observed that „the recent disturbances were mainly to be attributed to the misgovernment and cruel exactions of the local Egytian authorities at Khartoum, and that, whatever might be the pretensions of the Mahdi to a Divine mission, his chief strength was derived from the despair and misery of the native population. If the Egyptian Government were wise," I added, „it would confine its efforts to the re-establishment of its authority in Senaar, and would not seek to extend its dominion beyond that province and the bordering river banks. By this modest policy the annual drain on the Egyptian Treasury would be

greatly diminished, if it did not altogether cease, and if he succeeded in endowing Dongola, Khartoum, and Senaar with a just, humane and beneficent administration, there could be no doubt the ultimate recovery of so much of the abandoned territories as it might be desirable to reannex would be easily effected at a later period." || I had a final interview with General Hicks on the morning of the day he started, and I was careful to ask him whether he was satisfied with his prospects and the conditions of his engagement, and he told me that he was. I have not the means of stating the exact number of the Egyptian forces collected in the Soudan after General Hicks' arrival with his reinforcements; but they could not have been much less than 14,000 or 15,000. They were sufficiently well armed, and were furnished with one battery of Krupp field-guns, one battery of Nordenfelts and two batteries of mountainguns. Considering that the field force of this army was about to advance from so secure a base as Khartoum, that it could operate along the line of two rivers, that it was supported in a certain measure on the White Nile by steamers, and that the opponents whom it was destined to engage were armed principally with lances and match-locks, as is proved by the fact that in the battle which left him master of Senaar General Hicks only lost two men, while more than 500 of the enemy were killed, General Hicks' expedition never appeared to me as possessing the character of „a forlorn hope." The chances of war are of course always uncertain, and something has to be risked; but I was convinced that the prospect of success was sufficient to justify the effort which was about to be made, especially as the contemplated operations were such as, in the event of a check, or even a reverse, the troops could be retired to a position of safety. The result proved that these anticipations were not oversanguine. Undoubtedly General Hicks had to contend with innumerable difficulties and annoyances, and was frequently thwared by the jealousies, the apathy, and the incapacity of the local authorities with whom he had to act. His means of transport were also deficient; the steamers placed at his disposal were in an unsatisfactory condition; nor were his troops any of the best, though under his leading they do not seem to have fought badly. Over all these impediments, however, he successfully triumphed, and on the day I left Egypt I had the pleasure of telegraphing to your Lordship news of the victory of Marabiyeh, which took place on the 29th April and led to the complete re-establishment of the authority of the Egyptian Government in Senaar. A further account of this victory and of its effect in restoring peace and tranquillity even along the western banks of the White Nile has been given in a very interesting letter by Colonel Colborne, who took part in this campaign. || Had General Hicks' offensive operations terminated here, all would have been comparatively well. A deep river and a considerable tract of desert separated the liberated territory from the Mahdi's head-quarters, and breathing time had been gained for effecting the defensive operations suggested by Colonel Stewart, and for the establishment of a just and decent admini-

Nr. 8231. Grossbritannien. 14. Dec. 1884.

stration at Khartoum and Senaar, as well as for negotiations with some of the disaffected tribes. || Being unacquainted with the circumstances which induced the Egyptian Government to require General Hicks to risk Egypt's one army in an expedition across the wastes of Kordofan, I will not trouble your Lordship further. It is easy enough to be wise after the event, but I think I have said enough to show that there was nothing rash or foolhardy in the original project of the Egyptian Government for the reconquest of Senaar, or any considerable deficiency in the means adopted for its accomplishment. || I have, &c.

Dufferin.

---

## Nr. 8232. GROSSBRITANNIEN. — General-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Die ägyptische Regierung ist nicht gewillt den Sudan aufzugeben.

(Extract.) Cairo, December 22, 1883.

Nr. 8232. Grossbritannien. 22. Dec. 1883.

With reference to my despatch of the 16th instant, respecting the affairs of the Soudan, I have the honour to inclose herewith copy of a *note verbale* which has been communicated to me by Chérif-Pasha. || After noting that by the Firman of the 7th August, 1879*), the Khedive is forbidden to cede territory, his Excellency argues, that the cession of the Province of the Eastern Soudan and of the Moudiriehs of Berber and Dongola would so weaken the Khedive's authority as to alienate all those tribes who are either now loyal or are only wavering in their allegiance, that it would exercise a very disquieting influence over the Bedouin tribes which surround Egypt on every side, and that it would compel Egypt to maintain a greater force for its own defence than its Treasury can afford; whereas, if the Soudan were occupied and well administered, not only could soldiers be more easily and cheaply recruited there, but it could be made to support a portion of the cost of the whole army of Egypt. || Further, it is pointed out, that the permanent system of defence of the southern frontier of Egypt has always been to maintain an attitude of offence against the hordes of Central Africa, and to keep them at a distance from Egypt proper. „The Egyptian Government cannot, therefore," runs the *note verbale*", agree to the abandonment of territories which it considers absolutely necessary for the security and even for the existence of Egypt itself." || After drawing attention to the good done by Egypt in the Soudan by introducing a certain amount of civilization and suppressing to some extent the Slave Trade, the supporters of which are now the principal adherents of the Mahdi, Chérif-Pasha declares, that to continue this work, to re-establish Egyptian authority and to protect Egypt, the Government requires the temporary assistance of an armed force of about 10,000 men, to be employed in opening up the Berber-Suakin route, and in holding the country till another force can be organized to take its place. There is no intention of

*) St. A. Bd. XL, Nr. 7734.

undertaking another expedition into Kordofan. The Egyptian Government would limit its endeavours to securing its position at Khartoum, in the Eastern Soudan and along the Nile Valley. || In view of the religious character of the insurrection, the Egygtian Government, is of opinion that Turkish intervention would be the most suitable to meet the requirements of the case. It thinks, that the Porte would scarcely refuse its assistance, considering the contingents which in past times Egypt has sent to the Crimea, Crete, Servia and Bulgaria. || The note concludes with an expression of the extreme anxiety of the Egyptian Government that, whether Her Majesty's Government consent to negotiate on behalf of Egypt, or whether the Egyptian Government negotiate direct with the Porte, whatever arrangement may be made on this subject should be in concert with Her Majesty's Government. || My own opinion is, that the policy recommended by Her Majesty's Government is the best of which the very difficult circumstances of the case admit. The immediate position is not, I think, so alarming as appears to be thought in England. Dissensions seem to be rife among the tribes of the Soudan, some of the most important being opposed to the Mahdi. It is quite possible, that by a judicious expenditure of money and by good management the Government of the Khedive may succeed in maintaining its authority northwards from Khartoum. They will not, however, be able to hold that country except on sufferance, and I believe them to be perfectly incapable of governing it properly. On the other hand, the abandonment of the country as far as Wady Halfa would inflict a very serious blow on the authority of the Khedive in Egypt proper. Without doubt, too, the argument of Chérif-Pasha, that the friendly tribes and the hordes of Bedouins all round Egypt would turn against the Government, is very forcible. || Moreover, although I think, that the retention of the Soudan would entail greater financial difficulties than its abandonment, it must not be supposed that the latter course will be free from serious financial embarrassments. A considerable increase in the Egyptian army will be unavoidable. || I feel sure that under no amount of persuasion or argument will the present Ministers consent to the adoption of the policy of abandonment. The only way in which it can be carried out will be for me to inform the Khedive, that Her Majesty's Government insist on the adoption of this course, and that, if his present Ministers will not carry out the policy, others must be named who will consent to do so. || I am not, however, at present prepared to say that any native Ministry can be found both willing to carry out this policy and capable of doing so. I should very much regret a change of Ministry, and I think that the loss of Chérif-Pasha would be very detrimental to the country; but it will be almost inevitable if the policy of abandonment is carried out. || It would also be necessary to send an English officer of high authority to Khartoum, with full powers to withdraw all the garrisons in the Soudan and to make the best arrangements possible for the future government of that country.

Nr. 8232. Grossbritannien. 22. Dec. 1883.

*Note Verbale.*

Nr. 8232. Grossbritannien. 22. Dec. 1883.

La première objection qui se présente à l'esprit si l'on envisage la possibilité éventuelle d'un abandon du Soudan par l'Égypte, c'est le texte du Firman du 7 Août, 1879, qui interdit formellement au Khédive toute aliénation de territoire. || Mais en supposant même que l'Égypte puisse de sa propre volonté renoncer à ses possessions Soudaniennes, il est juste d'examiner quelles seront les conséquences. || Dans l'état actuel des choses, le Gouvernement conserve son autorité sur tout le Soudan à l'exception de la Province du Kordofan et des districts avoisinant Souakin. Il s'agirait donc de livrer à l'insurrection tout le Soudan oriental, les Moudiriehs de Berber et Dongola, ainsi que tout le cours du Nil depuis ses sources jusqu'à un point à définir comme frontière sud de l'Égypte. Le Faux Prophète se verrait donc consacré comme seule autorité de ces vastes régions, et les tribus restées fidèles à l'Égypte aussi bien que celles qui sont encore indécises, telles que les Cababiches, seront forcément destinées à grossir le nombre des adhérents du rebelle. || L'Égypte ayant ainsi contribué à augmenter le prestige du Faux Prophète serait réduite à ses limites les plus restreintes et aurait à supporter directement le choc des masses fanatisées. || Elle aurait, en outre, à se préoccuper des nombreuses tribus de Bédouins qui l'entourent de tous côtés, et qui, à cause de leurs instincts de pillage et du mirage que l'Égypte produit sur eux, ne sauraient rester indifférentes aux appels que le Faux Prophète ne peut manquer de leur adresser. || Quelques-unes d'entre elles, comme celle des Ababdehs et une grande partie des Bicharies demeurées fidèles jusqu'à présent et qui s'étendent depuis Berber à Esneh et Keneh même, seraient une source permanente de préoccupations pour le Gouvernement. || Privée de frontières naturelles, et par conséquent vulnérable des tous côtés, l'Égypte se verra obligée, pour assurer sa sécurité, de maintenir sur pied une armée considérable et au-dessus de ses moyens. || L'occupation du Soudan, au contraire, avec une bonne administration, lui permettrait, non seulement de recruter facilement et à bon marché des hommes dans ces contrées, mais de faire supporter à ces mêmes contrées une partie des frais destinés à l'entretien d'une armée contribuant à la fois au maintien de la tranquillité au Soudan et à la protection de l'Égypte propre. || D'ailleurs, depuis le temps le plus reculé, jusqu'à Mohammad Ali, elle a toujours eu à prendre l'offensive vers le sud pour être préservée des incursions des peuplades du Haut Nil. || Le système constant de la défense de l'Égypt a consisté de tenir ces peuplades en échec loin des limites de l'Égypte propre. || Le Gouvernement de Son Altesse ne saurait par conséquent se décider à l'abandon de territoires qu'il considère comme absolument nécessaires pour la sécurité et l'existence même de l'Égypt. || D'ailleurs, au point de vue de la civilisation, quelques fondées que puissent être les critiques dirigées contre l'Administration Égyptienne dans le Soudan il n'en est pas moins vrai que c'est grâce aux efforts de l'Égypt que les contrées jusqu'aux lacs appartiennent aujourd'hui au monde connu.

C'est grâce à elle également que des maisons de commerce Européennes ont pu se fonder au Soudan, que des voyages d'explorations scientifiques ont été entrepris, et que des missions Chrétiennes ont pu s'y établir. || Il serait, en outre, difficile de nier que l'Égypt a enrayé dans les limites du possible la Traite des Esclaves, et que le Faux Prophète a trouvé ses principaux adhérents parmi ceux qui ont vu leur honteux trafic entravé par l'Administration Égyptienne. || Mais pour continuer son oeuvre dans le Soudan, rétablir son autorité, et partant protéger l'Égypt, le Gouvernement de Son Altesse a besoin du concours temporaire d'une force armée d'environ 10,000 hommes. || Cette force armée serait employée à ouvrir, tout d'abord, le chemin entre Souakin et Berber, et à tenir garnison pour un délai terminé, en attendant que le Gouvernement de Son Altesse puisse organiser et concentrer des forces pour la remplacer. || Pas n'est besoin d'ajouter qu'il n'entre pas dans l'esprit du Gouvernement de Son Altesse d'entreprendre une nouvelle expédition au Kordofan. Il se bornera à prendre les dispositions nécessaires pour se maintenir au Khartoum, afin d'être rassuré du côté du Soudan oriental et commander le cours du Nil. || Le caractère religieux de l'insurrection étant donné, le Gouvernement de Son Altesse estime que l'intervention la plus adaptée à la circonstance serait l'intervention Turque. Il croit que la Sublime Porte ne saurait lui refuser ce concours si elle tenait compte des contingents que l'Égypte lui a fournis en Crimée, en Crète, en Serbie et en Bulgarie. L'urgence de ce concours ne saurait échapper à la Porte pour empêcher que l'insurrection gagne la Tripolitaine et l'Arabie. || Toutefois, le Gouvernement de Son Altesse est particulièrement désireux que tout arrangement à ce sujet soit consacré par un accord avec la Grande-Bretagne, soit que le Gouvernement de Sa Majesté consente à négocier pour l'Égypt, soit que cette dernière ait à s'entendre directement avec la Sublime Porte.

Nr. 8232. Grossbritannien. 22. Dec. 1883.

Chérif.

*Ministère des Affaires Etrangères, le Caire, le 21 Décembre 1883.*

---

## Nr. 8233. **GROSSBRITANNIEN**. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Die ägyptische Regierung will sich an die Pforte um militärische Hülfe wenden.

Cairo, January 2, 1884.

Chérif-Pasha called on me this morning and said he was very anxious to get an answer to the note which I forwarded to your Lordship in my telegram of the 22nd ultimo. || As his Excellency appeared in the meantime to have somewhat modified his views on the situation, I requested him to address me a further note on the subject, of which I have now the honour to inclose a copy. || Your Lordship will see, that the Egyptian Government proposes to

Nr. 8233. Grossbritannien. 2. Jan. 1884.

Nr. 8233. Grossbritannien. 2. Jan. 1884.

apply to the Porte for 10,000 men, and, in the event of their request being refused, to restore the Eastern Soudan and the ports of the Red Sea to the Sultan, and to attempt to hold the valley of the Nile up to Khartoum. || I can only say, that I entirely disbelieve that any Egyptian force which can be got together will be capable of defending the whole length of the valley of the Nile from Khartoum downwards.

I have, &c.

E. Baring.

*Chérif-Pasha to Sir E. Baring.*

Le Caire, le 2 Janvier, 1884.

M. le Ministre, — Dans ma note verbale du 21 Décembre dernier, j'ai eu l'honneur de vous exposer la nécessité qui s'impose au Gouvernement de Son Altesse de conserver le Haut-Nil et l'urgence qu'il y a pour lui d'obtenir le concours temporaire d'une force armée de 10,000 hommes destinée à frayer un chemin de Suakin à Berber. || Les informations qui nous parviennent de Baker-Pacha confirment, que les moyens dont nous disposons sont insuffisants pour maîtriser l'insurrection du Soudan oriental. || Dans ces conditions et tenant compte que nous ne pouvons obtenir aucun secours du Gouvernement de Sa Majesté, en ce qui concerne le Soudan, le Gouvernement de Son Altesse se trouve contraint de s'adresser, sans retard, à la Sublime Porte, pour obtenir l'envoi à Suakin d'un contingent de 10,000 hommes. Si Sa Majesté le Sultan ne croit pas devoir accéder à notre demande, le Gouvernement de Son Altesse est décidé à notifier à la Porte qu'il rétrocède à l'Empire l'administration des côtes de la Mer Rouge et du Soudan oriental. || Ainsi réduite aux frontières que l'Égypte avait du temps de Méhemét-Ali, elle pourrait concentrer ses forces disséminées de Harar à Suakin pour les diriger sur le Nil. Cette concentration nous permettrait de composer avec les troupes que nous avons à Sennaar, à Khartoum et à Berber, une force d'environ 15,000 qui, à nos yeux, est suffisante pour commander le Nil depuis Khartoum et assurer ainsi la sécurité de l'Égypt. || Je vous prie instamment de soumettre ces idées à sa Seigneurie Lord Granville au nom de Son Altesse et de son Gouvernement, et de solliciter une prompte réponse qui nous permettra de sortir de l'incertitude dans laquelle nous nous trouvons—incertitude qui nous épuise en augmentant chaque jour les difficultés que nous avons à surmonter.

Veuillez, &c.

Le Ministre des Affaires Étrangères,

Chérif.

## Nr. 8234. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. — Englands Stellung zur Sudan-Frage.

Foreign Office, January 4, 1884.

Nr. 8234. Grossbritannien. 4. Jan. 1884.

Sir, — I have received and laid before the Queen your telegram of the 22nd ultimo, in which you transmit the substance of a Memorandum communicated to you by Chérif-Pasha, stating the grounds, on which the Egyptian Government consider it necessary that the authority of the Khedive should be re-established in the Soudan, and the force which, in their opinion, would be required for the purpose. || I have also submitted to Her Majesty your telegram of the 2nd instant, transmitting the text of a further communication from Chérif-Pasha, in which his Excellency states that in view of the forces at the disposal of the Khedive being insufficient to quell the insurrrection in the Eastern Soudan, and their inability to obtain any help from Her Majesty's Government so far as that province is concerned, the Egyptian Government have determined — 1. To apply to the Porte for the dispatch of 10,000 men to Suakin. || And in the event of the Sultan not thinking fit to accede to such a request — || 2. To notify to the Porte, that Egypt gives back to the Turkish Government the administration of the shore of the Red Sea and the Eastern Soudan. || With the frontiers thus reduced Chérif-Pasha says, that — || 3. Egypt would be able to concentrate a force of about 15,000 men, which, in the opinion of the Khedive's Government, would be sufficient to hold the Nile up to Khartoum, and to secure the safety of Egypt. || The general views of Her Majesty's Government on the question of the Soudan were stated to you in my telegram of the 13th ultimo, and have already been made known to Chérif-Pasha. They have carefully considered the arguments and views of the Egyptian Government and your observations upon them, and they see no reason to modify their conclusions as set forth in my telegram of the 13th ultimo. With reference, however, to the proposals contained in Chérif-Pasha's note of the 2nd instant, I have to instruct you to inform his Excellency, that Her Majesty's Government have no objection to the Khedive's applying to the Porte to send troops to Suakin, provided that it will not increase the expenditure falling on the Egyptian Treasury, or cause the Egyptian Government to delay coming to a decision as to the movements of their troops from the interior of the Soudan. || You will further state to Chérif-Pasha, that Her Majesty's Government concur in his second proposal. || As to Chérif-Pasha's suggestion (3), that with the frontiers thus reduced Egypt would be able to hold the Nile up to Khartoum and secure the safety of Egypt, Her Majesty's Government do not believe it to be possible for Egypt to defend Khartoum, and whilst recommending the concentration of the Egyptian troops, they desire that those forces should be withdrawn from Khartoum itself, as well as from the interior of the Soudan,

Nr. 8234. Grossbritannien. 4. Jan. 1884.

and you will so inform Chérif-Pasha. || You will be good enough to keep me informed of the progress made in the preparations for the defence of Egypt proper at Assouan or Wady Halfa, according to whichever of these places may be fixed upon by the authorities as the first point of defence. It is of the greatest importance, that the Egyptian Government should, without delay, make up their minds as to the policy they are ready to adopt, and you will, with the utmost earnestness, urge upon the Khedive and his Ministers that all military operations, excepting those for the rescue of outlying garrisons, should cease in the Soudan, excepting in the ports of the Red Sea, where assistance can be afforded by Her Majesty's navale forces, and that no time should be lost in making provision for the military defence of Assouan or Wady Halfa. || Her Majesty's Government will, on their part, be prepared to assist in maintaining order in Egypt proper, and in defending it, as well as in continuing to protect the ports in the Red Sea. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8235. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an denselben. — England verlangt unbedingt die Befolgung der von ihm empfohlenen Politik.*)

Foreign Office, January 4, 1884.

Nr. 8235. Grossbritannien. 4. Jan. 1884.

Sir, — You stated in your telegram of the 22nd ultimo, that in the event of Her Majesty's Government insisting on the abandonment of the Soudan the present Ministers of the Khedive would not, in your opinion, consent to carry out such a policy. || I need hardly point out to you, that in important questions, where the administration and safety of Egypt are at stake, it is indispensable that Her Majesty's Government should, as long as the provisional occupation of the country by English troops continues, be assured that the advice which, after full consideration of the views of the Egyptian Government, they may feel it their duty to tender to the Khedive, should be followed. || It should be made clear to the Egyptian Ministers and Governors of provinces, that the responsibility which for the time rests on England obliges Her Majesty's Government to insist on the adoption of the policy which they recommend, and that it will be necessary that those Ministers and Governors who do not follow this course should cease to hold their offices. || Her Majesty's Government feel confident that, in the event of a change of Ministry being necessary, Egyptians will be found, either among those who have already held the rank of Minister, or in less prominent positions who will be ready to execute the orders which the Khedive, acting on the advice of Her

*) Baring theilte diese Depesche dem Khedive und dem Minister-Präsidenten Chérif Pascha am 6. Januar mit. Am 7. Januar reichte das Ministerium Chérif seine Entlassung ein. A. d. Red.

Majesty's Government, may give them. || In any representations which you may make with a view of carrying out the views above expressed, you may rely on the full support of Her Majesty's Government. || I am, &c. Nr. 8235. Grossbritannien. 4. Jan. 1884.

Granville.

---

## Nr. 8236. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Der Khedive acceptirt die englischen Vorschläge.

Cairo, January 8, 1884.

My Lord, — I have the honour to report to your Lordship, that the Khedive sent for me last night and informed me that he had accepted the resignation of the Ministers. His Highness then said, that he accepted cordially the policy of the abandonment of the whole of the Soudan, which he believed, on mature reflection, to be the best in the interests of the country. His Highness added, that he had thorough confidence that any advice given by Her Majesty's Government would be in the true interest of Egypt. || His Highness sent for Riaz-Pasha to charge him with the formation of a new Cabinet; but his Excellency has declined. The Khedive then sent for Nubar-Pasha, who is expected to arrive in Cairo to-day. || I have, &c. Nr. 8236. Grossbritannien. 8. Jan. 1884.

E. Baring.

---

## Nr. 8237. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den General Gordon. — Anweisung, sich nach Aegypten zu begeben.

Foreign Office, January 18, 1884.

Sir, — Her Majesty's Government are desirous, that you should proceed at once to Egypt, to report to them on the military situation in the Soudan and on the measures which it may be advisable to take for the security of the Egyptian garrisons still holding positions in that country, and for the safety of the European population in Khartoum. || You are also desired to consider and report upon the best mode of effecting the evacuation of the interior of the Soudan, and upon the manner in which the safety and the good administration by the Egyptian Government of the ports on the sea-coast can best be secured. || In connection with this subject, you should pay especial consideration to the question of the steps that may usefully be taken to counteract the stimulus which it is feared may possibly be given to the Slave Trade by the present insurrectionary movement and by the withdrawal of the Egyptian authority from the interior. || You will be under the instructions of Her Majesty's Agent and Consul-General at Cairo, through whom your Reports to Her Majesty's Government should be sent, under flying seal. || You will consider yourself authorized and instructed to perform such Nr. 8237. Grossbritannien. 18. Jan. 1884.

Nr. 8237. Grossbritannien. 18. Jan. 1884.

other duties as the Egyptian Government may desire to intrust to you, and as may be communicated to you by Sir E. Baring. You will be accompanied by Colonel Stewart, who will assist you in the duties thus confided to you. On your arrival in Egypt you will at once communicate with Sir E. Baring, who will arrange to meet you, and will settle with you whether you should proceed direct to Suakin, or should go yourself or dispatch Colonel Stewart to Khartoum viâ the Nile. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8238. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an den türkischen Botschafter in London. — Wünscht Meinungs-Austausch mit der engl. Regierung über die ägyptischen Angelegenheiten.

(Télégraphique.) Constantinople, le 20 Janvier, 1884.

Nr. 8238. Türkei. 20. Jan. 1884.

Votre Excellence sait que le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan s'est montré dès l'origine soucieux d'arriver à une entente avec le Cabinet de St James en ce qui regarde les affaires Égyptiennes. || Aussi est-ce avec la plus vive satisfaction qu'il a accueilli les assurances réitérées du Gouvernement de Sa Majesté la Reine pour la sauvegarde et le maintien plein et entier des droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan sur l'Égypte ainsi que pour l'évacuation complète et prochaine du pays par les troupes Britanniques. || Ces assurances ont été partiellement suivies de leur effet; car le Gouvernement Britannique a déjà bien voulu rappeler la majeure partie de ses troupes en prenant en même temps la résolution d'en retirer bientôt le reste. || Cette détermination nous reste donc acquise en tout état de cause attendu qu'elle vient de nouveau à l'appui des intentions bienveillantes et loyales de l'Angleterre dont la sympathie et la vieille amitié ne nous ont point fait défaut. Nous sommes plus que jamais désireux de voir les affaires Égyptiennes entrer dans une phase qui soit de nature à en faciliter la solution dans l'intérêt commun. || Je prie donc votre Excellence de soumettre, avec son tact habituel, à sa Seigneurie Lord Granville, les considérations qui précèdent et d'y attirer sa sérieuse et bienveillante attention. || Elle aura soin de donner à ses entretiens le caractère le plus amical et de bien faire sentir à sa Seigneurie que notre unique intention est d'arriver à un échange de vues entre les deux Gouvernements sur les affaires dont il s'agit. Il va sans dire que vous voudrez bien me mettre télégraphiquement et successivement au courant du résultat de vos entrevues à cet égard.

---

## Nr. 8239. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum des Generals Gordon über seine Aufgabe im Sudan.

Nr. 8239. Grossbritannien. 22. Jan. 1884.

I understand, that Her Majesty's Government have come to the irrevocable decision not to incur the very onerous duty of securing to the peoples of the Soudan a just future Government; that, as a consequence, Her Majesty's Government have determined to restore to these peoples their independence, and will no longer suffer the Egyptian Government to interfere with their affairs.

2. For this purpose, Her Majesty's Government have decided to send me to the Soudan to arrange for the evacuation of these countries, and the safe removal of the Egyptian employés and troops.

3. Keeping paragraph No. 1 in view, viz., that the evacuation of the Soudan is irrevocably decided on, it will depend on circumstances in what way this is to be accomplished.

My idea is, that the restoration of the country should be made to the different petty Sultans who existed at the time of Mehemet Ali's conquest, and whose families still exist; that the Mahdi should be left altogether out of the calculation as regards the handing over the country, and that it should be optional with the Sultans to accept his supremacy or not. As these Sultans would probably not be likely to gain by accepting the Mahdi as their Sovereign, it is probable that they will hold to their independent positions. Thus we should have two factors to deal with, namely: the petty Sultans asserting their several independence, and the Mahdi's party aiming at supremacy over them. To hand, therefore, over to the Mahdi the arsenals, &c., would, I consider, be a mistake. They should be handed over to the Sultans of the States in which they are placed.

The most difficult question is how and to whom to hand over the arsenals of Khartoum, Dongola and Kassala, which towns have, so to say, no old standing families, Khartoum and Kassala having sprung up since Mehemet Ali's conquest. Probably it would be advisable to postpone any decision as to these towns till such time as the inhabitants have made known their opinion.

4. I have in paragraph 3 proposed the transfer of the lands to the local Sultans and stated my opinion, that these will not accept the supremacy of the Mahdi. If this is agreed to and my supposition correct as to their action, there can be but little doubt that as far as he is able the Mahdi will endeavour to assert his rule over them, and will be opposed to any evacuation of the Government employés and troops. My opinion of the Mahdi's forces is, that the bulk of those who were with him at Obeid will refuse to cross the Nile, and that those who do so will not exceed 3,000 or 4,000 men, and

Nr. 8239. Grossbritannien. 22. Jan. 1884.

also that these will be composed principally of black troops who have deserted, and who, if offered fair terms, would come over to the Government side. In such a case, viz., „Sultans accepting transfer of territory and refusing the supremacy of the Mahdi, and Mahdi's black troops coming over to the Government," resulting weakness of the Mahdi; what should be done should the Mahdi's adherents attack the evacuating columns? It cannot be supposed, that these are to offer no resistance, and if in resisting they should obtain a success it would be but reasonable to allow them to follow up the Mahdi to such a position as would insure their future safe march. This is one of those difficult questions which our Government can hardly be expected to answer, but which may arise and to which I would call attention. Paragraph 1 fixes irrevocably the decision of the Government, viz., to evacuate the territory, and, of course, as far as possible involves the avoidance of any fighting. I can therefore only say, that having in view paragraph 1 and seeing the difficulty of asking Her Majesty's Government to give a decision or direction as to what should be done in certain cases, that I will carry out the evacuation as far as possible according to their wish to the best of my ability, and with avoidance, as far as possible, of all fighting. I would, however, hope, that Her Majesty's Government will give me their support and consideration should I be unable to fulfil all their expectations.

5. Though it is out of my province to give any opinion as to the action of Her Majesty's Government in leaving the Soudan, still I must say it would be an iniquity to reconquer these peoples and then hand them back to the Egyptians without guarantees of future good government. It is evident that this we cannot secure them without an inordinate expenditure of men and money. The Soudan is a useless possession, ever was so, and ever will be so. Larger than Germany, France and Spain together, and mostly barren, it cannot be governed except by a Dictator who may be good or bad. If bad he will cause constant revolts. No one who has ever lived in the Soudan can escape the reflection: "What a useless possession is this land!" Few men also can stand its fearful monotony and deadly climate.

6. Saïd-Pasha, the Viceroy before Ismael, went up to the Soudan with Count F. de Lesseps. He was so discouraged and horrified at the misery of the people that at Berber Count de Lesseps saw him throw his guns into the river, declaring that he would be no party to such oppression. It was only after the urgent solicitations of European Consuls and others that he reconsidered his decision. Therefore, I think Her Majesty's Government are fully justified in recommending the evacuation, inasmuch as the sacrifices necessary towards securing a good government would be far too onerous to admit of such an attempt being made. Indeed, one may say it is impracticable at any cost. Her Majesty's Government will now leave them as God has placed them; they are not forced to fight among themselves, and they will no longer be oppressed by men coming from lands so remote as Circassia, Kurdistan and Anatolia.

7. I have requested Lieutenant-Colonel Stewart to write his views independent of mine on this subject. I append them to this Report. Nr. 8239. Grossbritannien. 22. Jan. 1884.

C. G. Gordon, Major-General.

Steam-ship „Tanjore," at Sea, January 22, 1884.

*Observations by Colonel Stewart.*

I have carefully read over General Gordon's observations, and cordially agree with what he states.

2. I would, however, suggest that, as far as possible, all munitions of war be destroyed on evacuation.

3. I quite agree with General Gordon, that the Soudan is an expensive and useless prossession. No one who has visited it can escape the reflection: „What a useless posscssion is this land, and what a huge encumbrance on Egypt!"

4. Handing back the territories to the families of the dispossessed Sultans is an act of justice both towards them and their people. The latter, at any rate, will no longer be at the mercy of foreign mercenaries, and if they are tyranized over, it will be more or less their own fault. Handing back the districts to the old reigning families is also a politic act, as raising up a rival power to that of the Mahdi.

5. As it is impossible for Her Majesty's Government to foresee all the eventualities that may arise during the evacuation, it seems to me as the more judicious course to rely on the discretion of General Gordon and his knowledge of the country.

6. I, of course, understand that General Gordon is going to the Soudan with full powers to make all arrangements as to its evacuation, and that he is in no way to be interfered with by the Cairo Ministers; also that any suggestions or remarks that the Cairo Government would wish to make are to be made directly to him and Her Majesty's Minister Plenipotentiary, and that no intrigues are to be permitted against his authority. Any other course would; I am persuaded, make his mission a failure.

D. H. Stewart, Lieutenant-Colonel, 11th Hussars.

Steam-ship „Tanjore," at Sea, January 22, 1884.

---

## Nr. 8240. GROSSBRITANNIEN. — General-Consul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Weitere Instruction für Gordon.

Cairo, January 28, 1884.

My Lord, — After fully discussing Soudan affairs with General Gordon, it appeared desirable to both Nubar-Pasha and myself to give him some further instructions beyond those which are contained in your Lordship's letter Nr. 8240. Grossbritannien. 28. Jan. 1884.

Nr. 8240. Grossbritannien. 28. Jan. 1884.

to him of the 18th January, 1884. || I have the honour to inclose a copy of these instructions which will, I trust, meet with your Lordship's approval. || I read the draft of the letter over to General Gordon. He expressed to me his entire concurrence in the instructions. The only suggestion he made was in connection with the passage in which, speaking of the policy of abandoning the Soudan, I had said, „I understand also, that you entirely concur in the desirability of adopting this policy." || General Gordon wished, that I should add the words „and that you think it should on no account be changed." These words were accordingly added. || I have, &c.

E. Baring.

*Sir E. Baring to Major-General Gordon.*

Cairo, January 25, 1884.

Sir, — The instructions of Her Majesty's Government were conveyed to you in a letter of the 18th January, 1884, a copy of which has been communicated to me by Lord Granville. || In that letter, after drawing attention to certain points which were to engage your special attention, Lord Granville „authorized and instructed you to perform such duties as the Egyptian Government may desire to intrust to you, and as may be communicated to you by Sir E. Baring." || I have now to indicate to you the views of the Egyptian Government on two of the points to which your special attention was directed by Lord Granville. || These are (1) the measures which it may be advisable to take for the security of the Egyptian garrisons still holding positions in the Soudan, and for the safety of the European population in Khartoum. (2.) The best mode of effecting the evacuation of the interior of the Soudan. || These two points are intimately connected, and may conveniently be considered together. || It is believed, that the number of Europeans at Khartoum is very small; but it has been estimated by the local authorities that some 10,000 to 15,000 people will wish to move northwards from Khartoum only when the Egyptian garrison is withdrawn. || These people are native Christians, Egyptian employés, their wives and children, &c. || The Government of His Highness the Khedive is earnestly solicitous, that no effort should be spared to insure the retreat both of these people and of the Egyptian garrison without loss of life. || As regards the most opportune time and the best method for effecting the retreat, whether of the garrisons or of the civil populations, it is neither necessary nor desirable that you should receive detailed instructions. || A short time ago the local authorities pressed strongly on the Egyptian Government the necessity for giving orders for an immediate retreat. || Orders were accordingly given to commence at once the withdrawal of the civil population. || No sooner, however, had these orders been issued than a telegram was received from the Soudan, strongly urging that the orders for commencing the retreat immediately should be delayed. || Under these circumstances, and in view of the fact that the position at Khartoum is now represented as being

Nr. 8240. Grossbritannien. 28. Jan. 1884.

less critical, for the moment, than it was a short time ago, it was thought desirable to modify the orders for the immediate retreat of the civil population, and to await your arrival. || You will bear in mind, that the main end to be pursued is the evacuation of the Soudan. || This policy was adopted, after very full discussion, by the Egyptian Government, on the advice of Her Majesty's Government. || It meets with the full approval of His Highness the Khedive, and of the present Egyptian Ministry. || I understand, also, that you entirely concur in the desirability of adopting this policy, and that you think it should on no account be changed. || You consider, that it may take a few months to carry it out with safety. You are further of opinion, that „the restoration of the country should be made to the different petty Sultans who existed at the time of Mohammed Ali's conquest, and whose families still exist," and that an endeavour should be made to form a confederation of those Sultans. || In this view the Egyptian Government entirely concur. It will, of course, be fully understood that the Egyptian troops are not to be kept in the Soudan merely with a view to consolidating the power of the new rulers of the country. || But the Egyptian Government has the fullest confidence in your judgment, your knowledge of the country and your comprehension of the general line of policy to be pursued. You are therefore given full discretionary power to retain the troops for such reasonable period as you may think necessary, in order that the abandonment of the country may be accomplished with the least possible risk to life and property. || A credit of 100,000*l.* has been opened for you at the Finance Department, and further funds will be supplied to you on your requisition when this sum is exhausted. || In undertaking the difficult task which now lies before you, you may feel assured that no effort will be wanting on the part of the Cairo authorities, whether English or Egyptians, to afford you all the co-operation and support in their power. || I am, &c.

E. Baring.

---

## Nr. 8241. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Unterredung mit dem türkischen Botschafter.

Foreign Office, January 31, 1884.

Nr. 8241. Grossbritannien. 31. Jan. 1884.

My Lord, — The Turkish Ambassador called upon me to-day and informed me, that the Porte had been glad to receive the friendly answer, recorded in my despatch to you of the 21st inst. nt, which I had made to him respecting the complete understanding with Turkey on the subject of Egypt which was desired by the Porte. Musurus-Pasha said, that the basis of any understanding would naturally be the existing Treaties, but that, although he expected instructions, he had as yet received none of a precise character. ||

Nr. 8241. Grossbritannien. 31. Jan. 1884.

It would be, he said, a difficult matter for the Turkish Government to make proposals to England which might be totally rejected; but his personal opinion was, that an arrangement might be made by which the Sultan should send a contingent to reduce a portion of the Soudan, and replace it, with the assistance of the Egyptian army, in the state it was in under Mehemet Ali, His Majesty promising to withdraw his troops as soon as this object had been accomplished. The Sultan was anxious to avoid the precedent which Her Majesty's Government were establishing, of dealing with Egypt without his authority, and their example might be followed by others in different parts of the Ottoman Empire. The Sultan was, however, ready to come to an agreement with Her Majesty's Government. || I told Musurus-Pasha, that I could not discuss a proposal which he had given me to understand he had no authority to make, but that I did not wish to conceal from his Excellency that the policy of Her Majesty's Government was to advise the Egyptian Government not to continue in their attempts to accomplish what it was beyond their power to do. || I asked his Excellency how the expedition which he suggested would be paid. He answered, that the Egyptian Government could easily raise a loan for the purpose, that Turkey herself had not the means at present to meet such an expenditure. || I pointed out to his Excellency, that it was these pecuniary drains upon Egypt, for purposes which, since the conquest of Mehemet Ali sixty years ago, had always been a cause of loss to her, which constituted one of the principal reasons which had induced Her Majesty's Government to give the advice they had done. || I expressed the hope, that his Excellency would soon receive instructions which I could lay before my colleagues. We had no wish, I said, to diminish the rights of the Sultan, and Her Majesty's Government would be happy to consider any proposals which, without doing injury to Egypt, would obtain the concurrence of the Sultan to any course which it was found necessary to take. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8242. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum des Generals Gordon.

(Undated. Received by Sir E. Baring, February 4.)

Nr. 8242. Grossbritannien. Febr. 1884.

The rebellion in the Soudan is situated as on the accompanying Sketch. The programme of operations I propose to carry out is as follows: — || 1. To get down to Egypt all Egyptian employés' families and their belongings. || 2. To replace these Egyptian employés by native Soudan officials under myself, thus forming the foundation of the future Government of Soudan. 3. To concentrate the neighbouring tribes against the Hadendowa (Rebellion C), and to open road from Suakin to Berber and Suakin to Casala. || 4. To relieve Sennar and the triangle between Blue and White Niles (Rebellion B). || 5. To

send up expedition of five steamers to bring down families of the troops of Equatorial Province and Bahr-Gazelle. || 6. To arrange at Dongola for the exodus of those who remain in Darfour, if they still exist. Nr. 8242. Grossbritannien. Febr. 1884.

For this programme I need five officers to assist me, their pay to be that of their rank (which rank is indifferent), and 3*l.* a-day allowances. I shall need them for six months. I would wish Lord Wolsely to choose them. The Egyptian Government to pay for the interpreter each would need. || These five officers to be my agents; they are not to lead troops or enter into active operations, but merely to hold together the well-disposed Soudan tribes against these pillaging tribes, and to insure harmony among the well-disposed. || I particularly point out, that these officers are in no way supposed to lead troops, that the suppression of the Rebellion (B) and (C) will be the act of the Soudanese themselves (who are to be rendered independent of Cairo), and on which suppression depends the establishment of the independent Soudan Government which Her Majesty's Government desires. || If your Excellency feels any difficulty about these officers, or thinks that it would lead to trouble, never mind sending them, for I humbly believe we will manage without them, only it may take a longer time than if they were sent, and I may mention that, to me, it is of far greater import *not to raise an outcry in England* than to have these officers. || Any way, this Memorandum will show you what I design, and give you to understand that, if fighting occurs, it is the Soudanese conservatives of their property fighting the Soudanese communists, who desire to rob them, and that in the fighting, if it occurs (which is not certain and which I hope may be avoided), there is no idea of asserting the Khedive's authority over the Soudan, but only of forming a firm conservative Soudan Government, which I believe Her Majesty's Government has in view. || Should you be inclined to send the officers, let them come up Nile to Khartoum, when I will give them their instructions; it may be that the Darfour garrisons may have been destroyed, also that the Hadendowa have given in; if so, then you can diminish the number of officers called for. || At any rate, I would impress, if there is the slightest chance of an outcry in England in sending these officers, *do not send them*, for I can do without them with an increase of time.

C. G. Gordon, Major-General and Governor-General.

---

## Nr. 8243. GROSSBRITANNIEN. — Gordon an den engl. Generalconsul in Kairo. — Empfiehlt Räumung aber nicht vollständige Aufgabe des Sudan.

(Extract.) Abu Hamed, February 8, 1884.

I have the honour to state that, from the various telegrams soliciting appointments and from other signs of confidence in the Government, it is evident that the country is far less disturbed than has been reported, and Nr. 8243. Grossbritannien. 8. Febr. 1884.

Nr. 8243. Grossbritannien. 8. Febr. 1884.

that very probably the mass of civil employés will refuse to leave the Soudan, even if dismissed, and their expenses paid to Cairo. || Both with a view to eventual evacuation and also to economy, it will be absolutely necessary to reduce all establishments to a minimum, and should the dismissed employés refuse to leave the country, I propose making them sign a paper releasing the Egyptian Government from all future responsibility on their behalf. || I consider that on my arrival at Khartoum my first object should be to send to Cairo the families of all deceased employés, soldiers, &c., and to attempt the pacification of the country, and the reopening of the communications. When these objects are fulfilled, I would wish your Excellency to consider what is to follow. || You are aware, that a regular system of posts and telegraphs exists, legal Courts, financial and other Departments are established, and that, in short, the country has, during a considerable time, been accustomed to a more or less controlling and directing government. || To disturb, if not annihilate, this system at a moment's notice would appear to me to hand over the country to complete anarchy. Consider what the situation will be. || Let it be supposed, that the Soudan, or at least the East Soudan, is tranquillized, its administration „Soudanized," native Mudirs appointed, refugees all sent to Cairo, the Equatorial and Bahr-Gazelle Provinces evacuated, and the Egyptian troops ready to leave. Suppose, that the Firman dissolving the connection between Egypt and the Soudan is read, and the result will inevitably be that each Mudir will aim at securing his own independence, and that a period of violent and protracted commotion will ensue, which may very possibly react prejudicially on Egypt, owing to the intimate connection which has for so long obtained between the two countries. || Hence I would suggest, that the Government of Egypt should continue to maintain its position as a Suzerain Power, nominate the Governor-General and Mudirs, and act as a Supreme Court of Appeal. || Its controlling influence should, however, be a strictly moral one and limited to giving advice. || In spite of all that has occurred, I feel satisfied that the prestige of the Cairo Government, except in so far as the conduct of its troops in the field is concerned, is not seriously shaken, and that the people still continue to look up to the Cairo Government as the direct representative of the Sultan as Khalif, and would look with horror on a complete separation. || Should a nominal control, such as I advise, be maintained, it is evident that it could in no way involve the Egyptian Government, and that the prestige which the Governors, Mudirs, &c., would acquire from being nominated by Cairo would most probably secure them against rivals. On the other hand, in the event of the Mudir becoming unpopular, an order for his removal from Cairo would carry great weight and most probably insure his dismissal. || I would therefore earnestly beg that evacuation, but not abandonment, be the programme to be followed, and that the Firman with which I am provided be changed into one recognizing moral control and suzeranity. || In offering this suggestion, I must, however, premise that

the moral control will be exercised by the Egyptian Government as a responsible body, and that all nominations will be made by the Ministry uninfluenced by any individual, however exalted may be his position. || I am persuaded that, by following the above policy on the lines I have drawn, neither Her Majesty's Government nor yet the Egyptian Government would incur any risk, and that they would be able to secure, in a greater or lesser degree, the future of the Soudan. Nr. 8243. Grossbritannien. 8. Febr. 1884.

*Colonel Stewart's Remarks on Major-General Gordon's Despatch of February 8, 1884, to Sir E. Baring.*

Although it cannot be denied that anarchy and bloodshed would ensue were the policy of abandonment carried out in its entirety, still I think a solution in the direction as pointed out by General Gordon will altogether depend upon what policy Her Majesty's Government intend to pursue towards Egypt. || Should they decide to avacuate Egypt, and to cease having a controlling and directing voice in the affairs of that country, then I am decidedly of opinion that it would be far better, in the interests of both countries, to abandon the Soudan. To allow in such a case Egypt to maintain even a nominal control over the Soudan would only tend to insure further attempts at active interference, with their accompaniment of misgovernment, oppression, venality, and Cairene intrigue. || In the event of Her Majesty's Government retaining a directing voice in Egyptian Affairs, then I think that General Gordon's advice might be followed with considerable advantage. || Although I do not quite agree with him that the prestige of Cairo has not been greatly diminished, still I think sufficient of it remains to enable the Egyptian Government to exert a beneficial influence towards curbing the forces of disorder in the Soudan. Whether, or for how long, such an influence may last, it is impossible to say. Probably, in time, unless the Egyptian Government takes a more active part in the government of the country than that of giving advice, and the appointing and removing Mudirs at the request of the people, it will gradually wane and wear out; but, at any rate for some time to come, it will probably be strong enough to act usefully as a moral support to the Soudanese Government, and to diminish the extent of the change.

D. H. Stewart, Lieutenant-Colonel, 11th Hussars.

Abu Hamed, February 8, 1884.

---

## Nr. 8244. GROSSBRITANNIEN. — Gordon an den engl. Generalconsul in Kairo. — Schlägt Zebehr-Pascha als seinen Nachfolger vor.

(Telegraphic.) Khartoum, February 18, 1884.

In a previous Memorandum I alluded to the arrival of an epoch when whites fellaheen, troops, civilian employés, women and children of deceased Nr. 8244. Grossbritannien. 18. Febr. 1884.

Nr. 8244. Grossbritannien. 18. Febr. 1884.

soldiers — in short, the Egyptian element in Soudan — will be removed, when we shall be face to face with the Soudan administration, and when I must withdraw from the Soudan. I have stated, that to withdraw without being able to place a successor in my seat would be the signal for general anarchy throughout the country, which, though all Egyptian element was withdrawn, would be a misfortune and inhuman. || Also, I have stated that even if I placed a man in my seat unsupported by any Government, the same anarchy would ensue. || Her Majesty's Government could, I think, without responsibility in money or men, give the Commission to my successor on certain terms which I will detail hereafter. If this solution is examined, we shall find that a somewhat analogous case exists in Afghanistan, where Her Majesty's Government give moral support to the Ameer, and go even beyond that in giving the Ameer a subsidy which would not be needed in the present case. || I distinctly state that, if Her Majesty's Government gave a Commission to my successor, I recommend neither a subsidy nor men being given. I would select and give a Commission to some man, and promise him the moral support of Her Majesty's Government and nothing more. || It may be argued, that Her Majesty's Government would thus be giving nominal and moral support to a man who will rule over a Slave State, but so is Afghanistan, as also Socotra. || This nomination of my successor must, I think, be direct from Her Majesty's Government. || As for the man, Her Majesty's Government should select one above all others, namely, Zebehr. He alone has the ability to rule the Soudan, and would be universally accepted by the Soudan. He should be made K.C.M.G., and given presents. The terms of nomination should be as follows: — 1. Engagement not to go into Equatorial or Bahr-Ghazelle Provinces, and which I should evacuate. || 2. Engagement not to go into Darfour. || 3. Engagement, on payment of 200*l.* annually, to telegraph height of Nile to Cairo. || 4. Engagement to remain at peace with Abyssinia. || 5. Engagement not to levy duties beyond 4 per cent. on imports or exports. Of course he will not have Suakin or Massowah. || 6. Engagement not to pursue any one who was engaged in suppressing his son's revolt. || 7. Engagement to pay the pensions granted by the Egyptian Government to old employés. || To the above may be added other clauses as may seem fit.

P.S. — I think the decision of any Council of Notables for the selection of candidates for the post of my successor would be useless. || Zebehr's exile at Cairo for ten years, amidst all the late events, and his mixing with Europeans, must have had great effect on his character. || Zebehr's nomination, under the moral countenance of Her Majest's Government, would bring all merchants, European and others, back to the Soudan in a short time. || Despatch as above by post.

I have asked Stewart to give his opinions independently of mine, in order to prevent a one-sided view.

He is a first-rate man.

*Lieutenant-Colonel Stewart to Sir E. Baring.*

(Telegraphic.) Khartoum, February 18, 1884.

Nr. 8244. Grossbritannien. 18. Febr. 1884.

With reference to Gordon's telegram of to-day, I think that the policy he urges would greatly facilitate our retirement from the country. || The Turco-Arabian view of the question I would suggest as one demanding serious consideration. As to whether Zebehr-Pasha is the man who should be nominated, I think we have hardly yet a sufficient knowledge of the country to be able to form an opinion. It is, however, probable whoever is nominated will be accepted for a time.

---

## Nr. 8245. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an den türkischen Botschafter in London. — Die Pforte will die Beruhigung Aegyptens übernehmen.

(Télégraphique.) Constantinople, le 19 Février, 1884.

Nr. 8245. Türkei. 19. Febr. 1884.

Les événements graves qui se passent en Égypte ne laissent pas que d'être l'objet de nos plus légitimes préoccupations. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique en prenant la résolution d'envoyer des troupes dans ce pays s'est, dès l'origine, tracé une ligne de conduite qui, nous nous plaisons à le constater cette fois encore, a toujours eu pour mobile sa ferme intention de respecter et de maintenir intacts les droits souverains du Sultan sur l'Égypte et d'en retirer un moment plus tôt ses troupes. Cette intention il a bien voulu nous la témoigner officiellement et à plusieurs reprises. || Partant de là le Gouvernement Impérial, dans sa confiance absolue en l'amitié loyale et inaltérable de la Grande-Bretagne, a cru devoir lui proposer une entente amicale sur les affaires Égyptiennes, entente à laquelle le Cabinet de Saint-James a souscrit avec empressement et satisfaction, tout en laissant à nous le soin de lui énoncer les bases sur lesquelles cette entente doit, dans notre pensée, être établie. || Nous nous empressons, en conséquence, de déférer à ce désir du Gouvernement de Sa Majesté Britannique et de lui exposer en toute franchise nos vues à cet égard. || Le Gouvernement Ottoman ne saurait en aucune façon transiger avec les devoirs qui lui incombent dans la circonstance présente, ceux de sauvegarder l'intégrité de ses possessions Égyptiennes, dont le Soudan et les autres provinces adjacentes font partie intégrante. || L'anarchie qui règne actuellement dans le Soudan et qui prend sa source, d'un côté, dans l'incapacité des forces armées indigènes d'y rétablir l'ordre, et, de l'autre, dans la répugnance et l'aversion des populations Égyptiennes de voir l'occupation se prolonger chez elle, est, sans contredit, de nature à prendre des proportions de plus en plus inquiétantes et à fortifier ainsi les projets criminels et l'influence néfaste du Chef de l'insurrection. || Le prestige et l'autorité suprême du Souverain territorial n'éprouveraient, certes, aucune difficulté, à réprimer cette anarchie. || Mais la question pour nous offre beau-

Nr. 8245. Türkei. 19. Febr. 1884.

coup plus d'importance au point de vue des intérêts généraux Égyptiens, auxquels se rattachent intimement les affaires du Soudan. || L'ordre et le bien-être public doit faire retour une fois pour toutes et d'une façon permanente dans toute l'Égypte, et il est évident qu'une telle mission ne saurait être essentiellement dévolue qu'à la Puissance Souveraine. || Fort de l'appui moral et des assurances bienveillantes du Gouvernement de Sa Majesté la Reine, le Gouvernement Impérial se plaît à croire que, une fois les affaires Égyptiennes confiées uniquement à son savoir faire et à ses moyens d'action, à la suite d'une entente loyale et surtout amicale avec le Cabinet de Saint-James, les choses ne tarderaient pas, dans un court espace de temps, à rentrer dans leur état normal, et nos moyens d'action prendraient fin, à leur tour, aussitôt le rétablissement dans tout le pays d'une situation stable et satisfaisante pour les intérêts communs. || Dès le moment où le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan s'engagerait dans une tâche aussi sérieuse qu'il se fait fort de mener à bonne fin, l'occupation Anglaise, débarrassée des soucis qui pèsent sur elle, et se conformant aux assurances données dès le début relativement à son caractère temporaire, ferait place à l'expédition militaire du Souverain territorial, laquelle aurait à coeur ainsi que la Conférence en a déjà pris acte, de sauvegarder la teneur des Firmans Impériaux relatifs au Khédive, au Canal de Suez et autres, et d'évacuer le pays à une époque à déterminer entre les deux Cabinets, époque qui serait reconnue comme devant suffire au rétablissement de l'ordre de choses normal. || Je me hâte de dire notamment que malgré les charges extraordinaires qui pèseraient sur le Trésor Égyptien par suite de l'expédition en question, toutes les mesures conservatoires devront, avant tout, et d'accord avec la Grande-Bretagne, être prises et rigoureusement exécutées en vue de maintenir absolument intacts les droits et les intérêts sacrés des porteurs de fonds Égyptiens. || Dans le cas aussi où le Gouvernement Ottoman acquerrait la conviction que la question Égyptienne pourrait tout aussi bien être résolue sans une expédition militaire et que, en entrant, dans cet ordre d'idées, en pourparlers avec le Cabinet Britannique, il entreprendrait l'exécution du mode de solution conforme à cet ordre d'idées, nous nous plaisons à croire que ce mode sera apprécié par les deux Hautes Parties. || Telle est notre manière de voir dans la question qui nous occupe. Elle est à notre avis la seule pouvant amener une solution prompte, efficace, et répondant le mieux au voeu unanime de voir l'Égyte prospère et vivre tranquille et heureuse. || Nous aimons à espérer que son Excellence Lord Granville, en prenant connaissance de ce qui précède, aura la bonté de faire un accueil favorable à votre proposition, d'ailleurs toute naturelle et légitime, et de constater avec satisfaction la sincérité de nos intentions et surtout notre vif désir de résoudre à l'amiable une question qui préoccupe à si juste titre les esprits partout. || Je me permets d'ajouter ici que les préparatifs militaires de la Grande-Bretagne et les enrôlements opérés par ses Agents sur nos frontières Thessaliennes constituent à nos yeux des faits qui semblent

peu se concilier avec les assurances précitées que le Gouvernement de la Reine nous a données itérativement. Il nous serait donc impossible de considérer comme opportuns ces faits, ainsi que les expéditions militaires successives de l'Angleterre en Égypte et à Suakin, dans ce moment surtout où l'on s'efforce d'amener par rapport à cette importante question Egyptienne une solution conciliante et conforme aux intérêts des deux parties, et où des correspondances et des pourparlers ont lieu pour cet objet. || Vous êtes chargé de remettre copie de la présente dépêche au Chef du Foreign Office et de nous faire connaître au plus tôt le résultat de vos communications à cet égard.

Nr. 8245. Türkei. 19. Febr. 1884.

---

## Nr. 8246. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Gordons Proclamation.

Cairo, February 21, 1884.

My Lord, — It is only natural that the Proclamation issued by General Gordon at Khartoum should have caused a good deal of surprise in England. But in reality his declaration with regard to the buying and selling of slaves is of very little practical importance, and it is easy enough to understand his reasons for making it. || It was obvious from the first that a revival of slavery in the Soudan would result from the policy of abandonment. Nothing that General Gordon can do at Khartoum will prevent this revival; knowing that he is powerless to stop slavery in the future, General Gordon evidently intends using it as a concession to the people which will strengthen his position in other matters. || I consider, that he has succeeded admirably so far, and I sincerely trust that he will be allowed full liberty of action to complete the execution of his general plans. I have informed him, that my personal opinion is entirely in his favour, and that I will give him all the support in my power. || As to the best means of preventing slavery, the subject will have to be considered carefully and discussed afresh, in view of the altered circumstances of the situation. I propose shortly to address your Lordship upon it. || I have, &c.

E. Baring.

Nr. 8246. Grossbritannien. 21. Febr. 1884.

---

## Nr. 8247. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Gordons Vorschläge über die zukünftige Regierung des Sudan.

Cairo, February 28, 1884.

My Lord, — I communicated to General Gordon your Lordship's telegram of the 22nd instant, asking him at the same time whether he could suggest any one besides Zebehr-Pasha to succeed him at Khartoum. || I have the honour to inclose copy of my telegram to General Gordon on the sub-

Nr. 8247. Grossbritannien. 28. Febr. 1884.

Nr. 8247. Grossbritannien. 28.Febr.1884.

ject and of his reply. I also forward herewith another telegram from General Gordon, in the course of which he recommends that 3,000 black troops should be kept in the Soudan, and that the cost of their maintenance, which he estimates at 70,000 l. a-year, should be defrayed by the Egyptian Government. || Besides these telegrams, I have before me a Report addressed to me by General Gordon from Abou-Hamad on the 8th instant, a copy of which was forwarded to your Lordship in my despatch of the 25th instant. Your Lordship will observe, that this Report is dated ten days before his long telegram respecting the future government of the Soudan, which will be found in my despatch of the 18th instant. || I will now submit to your Lordship my views upon the main points at issue, after having carefully considered the different proposals made by General Gordon. There are obviously many contradictions in those proposals; too much importance should not be attached to the details. But I venture to again recommend to the earnest attention of Her Majesty's Government the serious question of principle which General Gordon has raised. || Two alternative courses may be adopted. One is to evacuate the Soudan entirely, and to make no attempt to establish any settled Government there before leaving, the other to make every effort of which the present circumstances admit to set up some settled form of Government to replace the former Egyptian Administration. || General Gordon is evidently in favour of the latter of these courses. I entirely agree with him. The attempt, it is true, may not be successful, but I am strongly of opinion that it should be made. From every point of view, whether political, military, or financial, it will be a most serious matter if complete anarchy is allowed to reign south of Wadi-Halfa. And this anarchy will inevitably ensue on General Gordon's departure, unless some measures are adopted beforehand to prevent it. || With regard to the wish of Her Majesty's Government not to go beyond General Gordon's plan, as stated in his Memorandum of the 22nd ultimo, I would remark that he appears to have intended merely to give a preliminary sketch of the general line of policy to be pursued. Moreover, in that Memorandum he makes a specific allusion to the difficulty of providing rulers for Khartoum, Dongola and other places where there are no old families to recall to power. || It is clear that, Her Majesty's Government cannot afford moral or material support to General Gordon's successor as Ruler of the Soudan; but the question of whether or not he should be nominally appointed by the authority of Her Majesty's Government appears to me to be one of very slight practical importance. || Whatever may be said to the contrary, Her Majesty's Government must in reality be responsible for any arrangements which are now devised for the Soudan, and I do not think it is possible to shake off that responsibility. || If, however, Her Majesty's Government are unwilling to assume any responsibility in the matter, then I think they should give full liberty of action to General Gordon and the Khedive's Government to do what seems best to them. || I have no doubt as to the most

advisable course of action. Zebehr-Pasha should be permitted to succeed General Gordon. He should receive a certain sum of money to begin with, and an annual subsidy of about 50,000 l. for the first five years, to depend upon his good behaviour. This amount would enable him to maintain a moderate-sized army, and the whole arrangement would be an economical one for the Egyptian Government. || The main difficulty lies in the selection of the man. It is useless to send any one who has no local influence. There are certain obvious objections to Zebehr-Pasha; but I think too great weight is attached to them, and I believe that General Gordon is quite right when he says that Zebehr Pasha is the only possible man. I can suggest none other, and Nubar Pasha is strongly in favour of him. || It is for Her Majesty's Government to judge of the importance to be attached to public opinion in England; but I venture to think, that any attempt to settle Egyptian questions by the light of English popular feeling is sure to be productive of harm, and in this, as in other cases, it would be preferable to follow the advice of the responsible authorities on the spot. || I have, &c.

Nr. 8247. Grossbritannien. 28. Febr. 1884.

E. Baring.

*Sir E. Baring to Major-General Gordon.*

(Telegraphic.) Cairo, February 23, 1884.

I have communicated to Lord Granville your long telegram of the 18th instant, also Colonel Stewart's. I have repeated to you by telegraph his Lordship's reply. || The views expressed in your telegram of the 18th do not appear to me to harmonize with those contained in your letter of the 8th instant, which I received this morning; but that is of no consequence. The real difficulty is to find a man, or several men, who will take over the government of the country to the south of Wady-Halfa, especially the government of Khartoum itself. In view of the objections entertained in England against Zebehr, can you suggest any other names?

*Major-General Gordon to Sir E. Baring.*

(Telegraphic.) Khartoum, February 26, 1884.

Telegram of the 23d February received respecting Zebehr. That settles question for me. I cannot suggest any other. Mahdi's agents active in all directions. No chance of Mahdi's advance personally from Obeid. You must remember that when evacuation is carried out Mahdi will come down here, and, by agents, will not let Egypt be quiet. Of course my duty is evacuation, and the best I can for establishing a quiet government. The first I hope to accomplish. The second is a more difficult task, and concerns Egypt more than me. If Egypt is to be quiet Mahdi must be smashed up. Mahdi is most unpopular, and with care and time could be smashed. Remember, that once Khartoum belongs to Mahdi, the task will be far more difficult; yet you will, for safety of

Nr. 8247. Grossbritannien. 28. Febr. 1884.

Egypt, execute it. If you decide on smashing Mahdi then send up another 100,000 *l.*, and send up 200 Indian troops to Wady-Halfa, and send officer up to Dongola under pretence to look out quarters for troops. Leave Suakin and Massowah alone. I repeat that, evacuation is possible; but you will feel effect in Egypt, and will be forced to enter into a far more serious affair in order to guard Egypt. At present, it would be comparatively easy to destroy Mahdi.

*Major-General Gordon to Sir E. Baring.*

(Telegraphic.) Khartoum, February, 24, 1884.

It is quite possible, that in a short time the whole Soudan, comprising Dongola, Berber, Khartoum, Senaar, Kassala will be quieted, and Bogos evacuated. This will leave us with a large and expensive force with a diminished revenue, as hardly even the half of the tax is likely to be realized for a year or so. We will allow that all Egyptian employés have left, and also the white troops; what are we next to do? We will not have funds to pay the forces requisite for the defence of the towns mentioned for longer than the allowance of the 100,000 *l.* lasts. Then comes a deadlock. To this question I can offer no solution. It is obvious, that not the least self-reliant spirit exists among the wealthy people of the towns, and that nothing can be expected of them. The difficulty above alluded to, viz., how to pay for the Soudan garrisons of these towns, is one which, whoever may be named Governor, must face. How he is to do so without funds I do not see. I can only see a slight hope against anarchy, which is this, namely, to place 1,000 Soudan troops in Khartoum, 500 ditto in Berber, 500 ditto in Dongola, 500 ditto in Kassala, 500 ditto in Senaar. Total 3,000, and costing about 70,000 *l.* a-year. I would then place in each town a Governor and a Meglis, and hand over to him the whole administration of taxes and of government. I would keep the 70,000 *l.* a-year apart for the payment of the 3,000 men, and I would place a supreme officer over them. By this means anarchy would be prevented, at any rate for a time, and if it did occur it would be the fault of the native government. Should an outbreak occur, as the troops will be natives, there would be no chance of their being massacred: the only risk would be for the European commander. The question therefore is now before you. Do you approve this scheme, can you find the 700,000 *l.*, or will you suggest some other? It is a most serious matter when one considers the state of the people of these towns. It must be remembered that revenue is taken by the separation from the Soudan of Suakin and Massowah and customs duties now taken at Suez.

## Nr. 8248. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg (Thornton). — Russland wünscht, dass Verhandlungen der Cabinette über die Situation in Aegypten eingeleitet werden.

Foreign Office, February 28, 1884.

Nr. 8248. Grossbritannien. 28. Febr. 1884.

Sir, — The Russian Ambassador called upon me to-day, and stated that he had been instructed to communicate to me the views entertained by his Government with regard to the present situation in Egypt. || Baron Mohrenheim said, that the Emperor had noted with satisfaction the declarations of Her Majesty's Government confirming their repeated assurances as to their policy in that country, and announcing that there was no change in the object of their policy. His Imperial Majesty recognized in these declarations a proof of the loyal desire of Her Majesty's Government to adhere to their engagements to the Great Powers, who had likewise interests and rights in Egypt guaranteed to them by Treaty. || The Russian Government, his Excellency continued, would be sincerely glad if Her Majesty's Government succeeded in the task they had undertaken of re-establishing a state of order in the country, so as to combine the welfare of its inhabitants with the interests of Europe; but it could not be denied; that up till now the object to be attained seemed rather to retreat than to advance. Difficulties were increasing and extending every day. They had at this moment assumed proportions which must engage the attention of foreign Cabinets, and which the British Government must certainly take into account. || The Russian Government did not know what measures might be necessary or possible with a view to restricting matters within their original limits. Her Majesty's Government might themselves not be in a position to say exactly what must be done in the presence of fresh factors of an unknown character, which were increasing the difficulties of this complicated question. || The Russian Cabinet had looked upon it from the outset as an essentially European question, as much from its antecedents and the Treaties relating to it, as from the international interests concerned. They remembered, that it was the concert of the Great Powers which, since 1830, had not only pacifically solved the numerous and equally grave crises provoked by the Egyptian question, but had also succeeded in establishing a state of things in the country which had worked for fifty years under the control of Europe. || Russia had proposed to the Powers to maintain their attitude in this respect, seeing the difficulty of arriving otherwise at a satisfactory solution. Facts had confirmed the accuracy of her conjectures. This rational course had been departed from, in the first instance, by the Anglo-French "consortium," then by the isolated action of England at Alexandria, and, finally, by the British occupation of Egypt. || It could hardly be said, that either the results arrived at or those which might be foreseen were a subject upon which any one could be con-

Nr. 8248. Grossbritannien. 28. Febr. 1884.

gratulated. || Baron Mohrenheim repeated, that the Emperor had confidence in the honest intentions of Her Majesty's Government and in the Prime Minister's assurances. His Government were, nevertheless, of opinion that in view of the increase of the present difficulties the moment had perhaps arrived when the question might again become the subject of a general understanding in order, at least, to avert, by an interchange of ideas between the Cabinets, the political complications to which the present crisis might give rise. || His Excellency reminded me that when Her Majesty's Government a year ago communicated their views on the reorganization of Egypt, the Russian Government had suggested*) that these proposals should be submitted to a collective examination, so as to enable the Powers, after ascertaining how far they were in harmony with existing Treaty rights, to invest them with a fresh European sanction; they were thus ready to take part in it in a spirit of equity and conciliation, having regard to the special and legitimate interests of England in Egypt, as well as the general interests of Europe. || His Excellency assured me that his Government were still animated by the same desire, and saw in the gravity of the present situation a further reason for persevering in the course they had recommended. || The hour of meeting of the House of Lords obliged me to interrupt the interview. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8249. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Die Vorschläge der Pforte sind keine geeignete Grundlage für Unterhandlungen.

Foreign Office, February 29, 1884.

Nr. 8249. Grossbritannien. 29. Febr. 1884.

My Lord, — The Turkish Ambassador communicated to me on the 20th instant the despatch of which I inclose a copy herewith, containing the views of the Ottoman Government as to the basis for an agreement between England and Turkey with regard to future action in Egypt. || In this despatch it is stated that the Porte cannot neglect the duty which is incumbent upon it of preserving the integrity of its Egyptian possessions, of which the Soudan and the adjacent provinces form an integral part; that the anarchy which at present reigns in the Soudan takes its origin, on the one hand, from the incapacity of the native troops to re-establish order, and on the other from the aversion of the Egyptian population to a prolongation of the British occupation; that the authority of the territorial Sovereign would repress this anarchy without difficulty, but that the general interests of Egypt, with which the affairs of the Soudan are intimately connected, are of far greater importance, and that the mission of restoring order and the public welfare once for all and permanently in Egypt can only be intrusted to the Sovereign

*) Staatsarchiv Bd. XLII. Nr. 8086.

Nr. 8249. Grossbritannien 29. Febr. 1884.

Power. The British occupation, it is suggested, might therefore be replaced by a Turkish military expedition, which would carefully respect the tenour of the Imperial Firmans with regard to the Khedive, the Suez Canal, &c., and would evacuate the country at a date to be determined by the Governments of the Great Powers, as sufficient for the re-establishment of the normal state of affairs. || At the same time, if the Ottoman Government were to be convinced of the practibility of settling the Egyptian question without recourse to a military expedition, they would be ready to discuss such a mode of solution with Her Majesty's Government. || It is impossible to admit the correctness of the arguments employed in this despatch, or of the statement of facts upon which they are based. In the first place, to whatever extent the present disorders in the Soudan may have been attributable to the inefficiency of the native Egyptian forces, it is obviously a mistake to attribute it in any way to an aversion on the part of the Egyptian population to the British occupation, which did not exist when the movement began, and which has not hitherto extended to the Soudan. Indeed, in the telegram from Aarifi Pasha which the Turkish Ambassador communicated to me on the 30th November last, his Excellency seemed to consider that the question of the Soudan was entirely distinct from that of the British occupation. Nor can it be contended that order does not a present exist in Egypt proper, or that there is any occasion for a Turkish military occupation in order to establish it on a permanent footing and insure the public welfare. || Her Majetsy's Government are ready to admit, that, when a rebellion first broke out in Egypt, the first and most naturale course would have been that the Sultan, as Sovereign, acting within the Firman, should have intervened to repress it. This step, however, was not taken by the Sultan, and the duty, by force of circumstances, devolved upon Great Britain. || It seems unnecessary to recapitulate the pledges which Her Majesty's Government have given as to the objects of their policy and the limits within which their action in Egypt is exercised. These have been stated in Her Majesty's Speeches to Parliament, in public Ministerial declarations, and in diplomatic documents addressed to the Porte and to the Great Powers of Europe. || A great crisis has arisen in the Soudan, and in the position which they temporarily hold towards Egypt Her Majesty's Government have been called upon to deal with it. || The attack made by the insurgents on the Egyptian garrisons in the vicinity of the Red Sea coast has made it necessary for us to undertake some military operations for the security of the Egyptian ports. These operations are not likely to be of long duration, and as soon as they are concluded Her Majesty's Government will be glad to come to a complete understanding with that of the Sultan as to the future treatment of Egyptian affairs. || The basis proposed in Aarifi-Pasha's despatch is obviously not one upon which negotiations could be commenced to any practical purpose. But Her Majesty's Government would be glad that any measures which are adopted in regard to Egypt should

Nr. 8249. Grossbritannien. 29. Febr. 1884.

receive the full concurrence of the Sultan as Sovereign of that country, and they would be prepared especially to discuss the questions of the settlement of the Soudan, and of the best method of securing the Egyptian ports in the Red Sea. || In connection with this branch of the subject I shall address you very shortly again. || Your Excellency will read this despatch to the Turkish Minister for Foreign Affairs, and give him a copy of it. || I am, &c.

Granville.

Foreign Office, February 29, 1884.

My Lord, — In the despatch from Aarifi-Pasha which was communicated to me on the 20th instant by the Turkish Ambassador, and to which I have replied in my immediately preceding despatch, allusion is made to alleged enlistments in Thessaly by British Agents, and to the military operations undertaken at Suakin, as being inconsistant with the assurances given by Her Majesty's Government to the porte. || Further reference is made to the operations undertaken for the defence of Suakin in a telegram from Aarifi Pasha which was communicated to me by the Turkish Ambassador on the 26th instant, and of which a copy is inclosed. || Her Majesty's Government regret these evidences of suspicion on the part of the Turkish Government; but it will not be difficult for your excellency to dispel them. || Her Majesty's Government are not aware of any enlistment having taken place in Turkish territory, and it is sufficiently patent to the world that the operations at Suakin have been undertaken for the relief and defence of Egyptian garrisons and Egyptian ports, and for the maintenance of the Khedive's authority, under the Sultan's Firman, and that they likewise tend to limit the area of disturbances which might otherwise have extended beyond the Red Sea. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8250. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. — Gründe gegen die Anstellung Zebehrs.

Foreign Office, February 29, 1884.

Nr. 8250. Grossbritannien 29. Febr. 1884.

Sir, — The arguments advanced by General Gordon and yourself in favour of the appointment of Zebehr Pasha as Governor-General of the Soudan are under the consideration of Her Majesty's Government; and I have to point out to you the principal grounds upon which they apprehend danger from such an appointment. || In the first place, it would appear not unlikely that he might, either by allying himself with the Mahdi, with whom he is already supposed to have some connection, or in some other manner, become himself a source of increased danger to Egypt from the Soudan, instead of a security against them. || Secondly, his reputation as a slave-trader and the absence of

any reason for supposing that he would find in his new position an object of ambition sufficient to induce him to give assurances in the fulfilment of which reliance could be placed, might raise grave doubts as to whether his power and influence after his appointment would be used for the prevention or, at all events, for the discouragement of the Slave Trade. || In the third place, it is impossible to overlook the danger in which General Gordon might be placed, owing to Zebehr Pasha's hatred of that officer, if they shouldh bot be in the same region at a time when Zebehr had the supreme control. || I shall be glad to receive your observations upon these points. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8250. Grossbritannien. 29. Febr. 1884.

---

## Nr. 8251. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Beschwerden der Pforte über England.

Constantinople, February 29, 1884.

Nr. 8251. Grossbritannien. 29. Febr. 1884.

My Lord, — Yesterday the Sultan sent the Under-Secretary of State to me with a message to the following effect: — || That His Majesty had abstained from appealing to any of the other Powers in reference to the Egyptian question, and had confined himself to proposing an exchange of ideas with the Britsh Government in the hopes of coming to a confidential understanding with England. In the meantime, however, events were marching with great rapidity in Egypt, or rather in the Soudan. Although the Sultan was Sovereign of the country, the British Government seemed to have appointed an independent Viceroy in the Soudan, in the person of General Gordon, who had issued a Proclamation containing allusions to His Majesty which had greatly surprised and disturbed him, at the same time that it surrendered to native Rulers large areas of the Imperial territories. Nor had the Turkish Ambassador in London been able to obtain from your Lordship any intimation as to the views of Her Majesty's Government in reference to the ideas his Excellency had submitted to them by the Imperial orders. Under these circumstances, His Majesty desidered that I would at once telegraph to your Lordship expressing his concern in relation to the points referred to, as His Majesty could not but feel that the religious interests of the Caliphate were likely to be compromised by the untoward events which were occurring. Artin-Effendi added, that His Majesty especially desidered this communication as possessing an officious and friendly character. || In reply, I told Artin-Effendi, that I was quite sure your Lordship would sympathize with His Majesty's legitimate preoccupations; but I regretted to observe, from what I understand to be the proposals of the Porte, that statesmen of Turkey seemed unable to comprehend the exigencies of the actual situation in Egypt. For instance, the Minister for Foreign Affairs had told me the other day, that he

Nr. 8251. Grossbritannien. 29. Febr. 1884.

considered the dispatch of reinforcements to Suakin as inopportune. Did the Porte then desire, that that place also should fall into the hands of the rebels? If only his Excellency would study the recent debates in Parliament he would see, that the chief fault found with Her Majesty's Government by their critics and opponents in England was that they were over-anxious to evacuate Egypt, and had been too tender of the Khedive's freedom of action in the Soudan. || The evident desire of Mr. Gladstone and his colleagues was to persevere in maintaining their original programme, with which the Sultan had declared himself perfectly satisfied, in spite of the unforeseen and disastrous series of events which had completely revolutionized many aspects of the problem. If there was one thing, therefore, clearer than another, it was that Her Majesty's Government was loyally endeavouring to terminate the present crisis in the way most calculated to assure the tranquillity of the Soudan, and the best interests both of His Majesty and of Egypt. As for General Gordon, his position was perfectly legitimate. He was exercising his powers under the authority of the Khedive, whose competency to delegate his power could not be disputed, and the abandonment — for the present at all events — of Kordofan, which Egypt was evidently perfectly unable to hold, and which the Sultan himself showed no disposition to reconquer, was an obvious and indisputable material necessity. In any event, I added, until the military operations were concluded it would be difficult to discuss what future arrangements might eventually be called for. || I have, &c.

Dufferin.

---

## Nr. 8252. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. — Hält an der Ablehnung Zebehrs fest.

Foreign Office, March 5, 1884.

Nr. 8252. Grossbritannien. 5. März 1884.

Sir, — I have received your telegram of the 4th instant on the subject of the proposal, that Zebehr-Pasha should succeed General Gordon at Khartoum, and I have to inform you that Her Majesty's Government see no reason at present to change their impressions about Zebehr, which were formed on various grounds, amongst others on the Memoranda, dated the 22nd January, written by General Gordon and Colonel Stewart on board the "Tanjore." Unless these impressions could be removed, Her Majesty's Government could not take upon themselves the responsibility of sending Zebehr to Khartoum. || Her Majesty's Government would be glad to learn how you reconcile your proposal to acquiesce in such an appointment with the prevention or discouragement of slave-hunting and Slave Trade, with the policy of complete evacuation and with the security of Egypt. || They would also wish to be informed as to the progress which has been made in extricating the garrisons,

and the length of time likely to elapse before the whole or the greater part may be withdrawn. || As Her Majesty's Government require details as to each garrison, your report should be a full one, and may be sent by mail. || In your telegram now under reply no allusion is made to the proposal, that the local Chiefs should be consulted as to the future government of the country, and Her Majesty's Government desire to know whether that idea has been abandoned. || I am, &c.

Nr. 8252. Grossbritannien. 5. März 1884.

Granville.

---

## Nr. 8253. GROSSBRITANNIEN. — Gordon an den engl. Generalconsul in Kairo. — Unterwirft sich der Entscheidung der Regierung bez. Zebehr's.

(Telegraphic.) Khartoum, March 6, 1884.

Be assured, that whatever is decided by Her Majesty's Government *in re* Zebehr, I honestly accept it, as I should look on it as ruled by a Higher Power, and it will be sure to come right. As I have been inconsistent about Zebehr, it is my fault, and I should bear the blame if Zebehr is sent, and should put up with inconvenience if he is not.

Nr. 8253. Grossbritannien. 6. März 1884.

---

## Nr. 8254. GROSSBRITANNIEN. — Gordon an den engl. Generalconsul in Kairo. — Die Zurückziehung der Garnisonen erfordert die Berufung Zebehrs.

(Telegraphic.) Khartoum, March 8, 1884.

The sending of Zebehr means the extrication of the Cairo employés from Khartoum, and the garrisons from Senaar and Kassala. || I can see no possible way to do so except through him, who, being a native of the country, can rally the well-affected around him, as they know he will make his home here. I do not think, that the giving a subsidy to Zebehr for some two years would be in contradiction to the policy of entire evacuation, || It would be nothing more than giving him a lump sum in two instalments under the conditions I have already written. || As for slave-holding, even had we held the Soudan, we could never have interfered with it. || I have already said, that the Treaty of 1877 was an impossible one, therefore, on that head, Zebehr's appointment would make no difference whatever. || As for slave-hunting, the evacuation of the Bahr Gazelle and Equatorial provinces would entirely prevent it. || Should Zebehr attempt, after his two years' subsidy was paid him, to take those districts, we could put pressure on him at Suakin, which will remain in our hands. || I feel sure, that Zebehr will be so occupied with the Soudan proper, and with consolidating his position, that he will not have time to

Nr. 8254. Grossbritannien. 8. März 1884.

Nr. 8254. Grossbritannien. 8. März 1884.

devote to those provinces. || As for the security of Egypt, Zebehr's stay in Cairo has taught him our power, and he would never dream of doing anything against Egypt. He would rather seek its closest alliance, for he is a great trader. || As to progress made in extrication of garrisons, all I have done is to send down from Khartoum all the sick men, women and children of those killed in Kordofan. || Senaar, I heard to-day, is quite safe and quiet. || Kassala will hold out without difficulty after Graham's victory; but the road there is blocked, as also is the road to Senaar. || It is quite impossible to get the roads open to Kassala and Senaar, or to send down the white troops, unless Zebehr comes up. || He will change whole state of affairs. || As for the Equatorial and Bahr Gazelle province, they are all right; but I cannot evacuate them till the Nile rises, in two months. || Dongola and Berber are quiet; but I fear for the road between Berber and Khartoum, where the friends of the Mahdi are very active. || A body of rebels on the Blue Nile are blockading a force of 1,000 men, which have, however, plenty of food; till the Nile rises I cannot relieve them. || Darfour, so far as I can understand, is all right, and the restored Sultan should be now working up the tribes to acknowledge him. || It is impossible to find any other man but Zebehr for governing Khartoum. No one has his power. Hussein-Pasha Khaleefa has only power at Dongola and Berber. || If you do not send Zebehr you have no chance of getting the garrisons away; this is a heavy argument in favour of sending him. || There is no possibility of dividing the country between Zebehr and other Chiefs; none of the latter could stand for a day against the Mahdi's agents, and Hussein-Pasha Khaleefa would also fall. The Chiefs will not collect here, for the loyal are defending their lands against the disloyal. || There is not the least chance of Zebehr making common cause with the Mahdi. Zebehr here would be far more powerful than the Mahdi, and he would make short work of the Mahdi. || The Mahdi's power is that of a Pope, Zebehr's will be that of a Sultan. They could never combine. || Zebehr is fifty times the Mahdi's match. He is also of good family, well known and fitted to be Sultan; the Mahdi, in all these respects, is the exact opposite, besides being a fanatic. || I dare say Zebehr, who hates the tribes, did stir up the fires of revolt, in hopes that he would be sent to quell it. || It is the irony of fate that he will get his wish if he is sent up.

---

## Nr. 8255. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Befürwortet die Berufung Zebehrs.

(Extract.)

Cairo, March 9, 1884.

Nr. 8255. Grossbritannien. 9. März 1884.

Having forwarded to your Lordship General Gordon's reply to your telegram of the 5th instant, I have now the honour to submit my own views

upon the points raised therein. || I think, that the policy of sending Zebehr-Pasha to Khartoum and giving him a subsidy is in harmony with the policy of evacuation. It is in principle the same policy as that adopted by the Government of India towards Afghanistan and the tribes on the north-west frontier. I have always contemplated making some arrangements for the future government of the Soudan, as will be seen from my despatch of the 22nd December, 1883, in which I said that it would be „necessary to send an English officer of high authority to Khartoum with full powers to withdraw all garrisons in the Soudan and make the best arrangements possible for the future government of that country." || As regards slavery, it may certainly receive a stimulus from the abandonment of the Soudan by Egypt; but the dispatch of Zebehr Pasha to Khartoum will not affect the question in one way or the other. No middle course is possible as far as the Soudan is concerned. We must either virtually annex the country, which is out of the question, or else we must accept the inevitable consequences of the policy of abandonment. || Your Lordship will see what General Gordon says about the question of the security of Egypt. I believe, that Zebehr-Pasha may be made a bulwark against the approach of the Mahdi. Of course there is a risk that he will constitute a danger to Egypt; but this risk is, I think, a small one, and it is in any case preferable to incur it rather than to face the certain disadvantages of withdrawing without making any provision for the future government of the country, which would thus be sure to fall under the power of the Mahdi.

Nr. 8255. Grossbritannien. 9. März 1884.

---

## Nr. 8256. TÜRKEI. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Die Pforte ist bereit die Circularnote als Basis der Unterhandlungen anzunehmen.

Ambassade Impériale Ottomane, Londres, le 18 Mars, 1884.

Milord, — Je n'ai pas manqué de transmettre au Gouvernement Impérial la copie que votre Excellence a bien voulu me communiquer de la dépêche qu'elle a adressée à son Excellence Lord Dufferin, sous la date du 29 du mois dernier, en réponse aux bases d'entente de la Sublime Porte, et que cet Ambassadeur a également, de son côté, communiquée à son Altesse Aarifi-Pacha. || La Sublime Porte a fait de cette communication l'objet d'un examen approfondi; et, conformément aux instructions que je viens de recevoir de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de présenter, en son nom, à votre Excellence, les observations suivantes. || Le Gouvernement Impérial est heureux de prendre, cette fois encore, acte des bonnes dispositions témoignées par le Gouvernement de Sa Majesté la Reine en vue de l'accord à intervenir pour la solution des affaires Égyptiennes. || Votre Excellence veut bien déclarer que la première voie à suivre, et la plus naturelle, aurait été, à l'origine, que Sa Majesté

Nr. 8256. Türkei. 18. März 1884.

Nr. 8256. Türkei. 18. März 1884.

Impériale le Sultan, comme Souverain, agissant en vertu des Firmans, intervînt en Égypte, et que, cette mesure n'ayant pas été prise par la Sublime Porte, la tâche en a été, par la force des circonstances, dévolue à la Grande-Bretagne. || Si, en effet, le Gouvernement Impérial n'a pas, à cette époque, envoyé une force armée en Égypte, cela tient, on se le rappelle bien, aux difficultés que les pourparlers engagés avec l'Ambassadeur de Sa Majesté la Reine avaient rencontrées; mais l'intention du Gouvernement Impérial n'est pas de revenir sur ce point. Ce dont il doit se préoccuper par dessus tout, c'est de mettre un terme à la situation anormale qui règne en Égypte. Le principe d'une entente ayant été favorablement accueilli de part et d'autre, le Gouvernement Impérial estime que cet accord devrait s'établir dès à présent, sans attendre l'issue des événements du Soudan, et sans se borner à la question du réglement des affaires de cette partie de l'Égypte, et à celle de la meilleure méthode de protéger les ports Égyptiens de la Mer Rouge. || Désirant d'autant plus naturellement de suivre cette voie, que les pourparlers à engager devant comprendre toute l'étendue du territoire de l'Égypte, aussi bien que son intégrité, les affaires du Soudan, qui en fait partie, seront nécessairement résolues, le Gouvernement Impériale aime à espérer que cette manière de voir sera partagée par le Cabinet de Sa Majesté la Reine. || C'est dans cette conviction que le Gouvernement Impérial se déclare prêt à discuter le contenu de la note circulaire de votre Excellence aux Puissances. || La Sublime Porte est persuadée que, en présence des dispositions dont les deux Gouvernements sont animés, il sera facile d'arriver à une entente sur les moyens les plus propres à rétablir l'ordre et le calme en Égypte, à assurer sa prospérité, et à raffermir l'autorité du Khédive, tout en sauvegardant les intérêts des porteurs des fonds Égyptiens. || Les sentiments d'amitié dont le Gouvernement de Sa Majesté la Reine se montre animé à l'égard de la Sublime Porte, et les assurances réitérées qu'il a bien voulu lui donner sur son intention inébranlable de respecter les droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan, lui sont de sûrs garants de l'accueil bienveillant qu'il fera à cette démarche. || En m'acquittant par la présente note des instructions que j'ai reçues de mon Gouvernement à la suite de la dépêche précitée de votre Excellence, je saisis, &c.

Musurus.

---

## Nr. 8257. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den türk. Botschafter in London. — Die bisherigen Vorschläge der Türkei bieten keine Basis zu praktischen Unterhandlungen.

Foreign Office, March 27, 1884.

*Nr. 8257. Grossbritannien. 27. März 1884.*

M. l'Ambassadeur, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 18th instant, which I have lost no time in

placing before my colleagues in the Cabinet. || In that note your Excellency states, that the Sublime Porte has carefully considered the despatch which I addressed to Lord Dufferin on the 29th ultimo in reply to their proposals for an agreement in regard to Egyptian affairs. The principle of such an agreement having been favourably received on both sides, the Imperial Government think that it should at once be arrived at without awaiting the issue of events in the Soudan, and without limiting it to the settlement of that part of Egypt, or to the best method of securing the Egyptian ports in the Red Sea. They argue, that as the subject matter of the negotiations would comprise the whole extent of Egyptian territory and the question of its integrity, the solution of the questions relating to the Soudan would necessarily be involved. || You state, that it is under the conviction that these views will be shared by Her Majesty's Government that the Imperial Government are ready to discuss the contents of my despatch, and that they are persuaded that, in presence of the disposition by which both Governments are animated, it will be easy to arrive at an understanding as to the fittest means of re-establishing order and tranquillity in Egypt, of assuring its prosperity and of confirming the authority of the Khedive, while securing the interests of the holders of Egyptian funds. || I would wish briefly to remind your Excellency of the several communications which have passed between us in regard to this matter. || On the 21 January last you communicated to me a telegram from Aarifi-Pasha, expressing the wish of the Porte for an exchange of views with Her Majesty's Government on Egyptian affairs. On that occasion I told your Excellency, that I was glad to receive the assurance of the friendly desire entertained by your Government for a complete understanding with Her Majesty's Government, and that, if you would give me a sketch of the basis on which such an understanding should rest, I would immediately submit it to my colleagues, who would, I had no doubt, give it careful consideration. || On the 31st of the same month you informed me, that the Porte had been glad to receive this friendly answer; you added, that the basis of any understanding would naturally be the existing Treaties, but that although you expected instructions, you had as yet received none of a precise character. You also made some personal suggestions which, as they were put forward without authority from your Government, I did not think it would be useful to discuss in detail. I expressed, in reply, the hope that you would soon receive instructions which I could lay before my colleagues, adding that we had no wish to diminish the rights of the Sultan, and that Her Majesty's Government would be happy to consider any proposals which, without doing injury to Egypt, would give the concurrence of His Majesty to any course which it was found necessary to take. || On the 20th ultimo your Excellency communicated to me a despatch from the Porte, the substance of which was to propose that the restoration of order in Egypt should be undertaken by the Sultan either by means of a Turkish expedition, or by any pacific method

Nr. 8257. Grossbritannien. 27. März 1884.

Nr. 8257. Grossbritannien. 27. März 1884.

which might appear calculated to secure the object in view. || To this I replied in my despatch to Lord Dufferin of the 29th ultimo, stating that the basis proposed was obviously not one upon which negotiations could be commenced to any practical purpose, but that Her Majesty's Government would be glad that any measures which are adopted in regard to Egypt should receive the full concurrence of the Sultan as Sovereign of that country, and that they would be prepared especially to discuss the questions of the settlement of the Soudan, and of the best method of securing the Egyptian ports in the Red Sea. || Her Majesty's Government recognize and reciprocate the friendly desire which, in these communications, has been manifested by the Porte to have a good understanding with this country on the affairs of Egypt. But they must repeat, that the only basis which has hitherto been proposed by your Government does not appear to them to be of a practical nature, and they do not perceive that the contents of your Excellency's last communication contributes any further materials for a settlement. || At the same time, it appears to Her Majesty's Government that it would be for the undoubted advantage of the Sultan, as Sovereign of the Ottoman Empire, that the steps which are being taken from day to day under the pressure of events, and which do not admit of delay, should be known to be acceptable to His Majesty. || On their side, Her Majesty's Government have endeavoured and will continue to make it their object to consult the best interests of Egypt and of the Sultan's dominions in the policy which they are pursuing, and it would be a satisfaction to them that their action should receive the further authority, which would flow from the direct expression of the Sultan's confidence and agreement. || I shall be obliged if you will communicate these observations to your Government, and will invite some further expression of their s. || I have, &c. Granville.

---

## Nr. 8258. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. — Gründe für die Verweigerung englischer Truppen und Zweck der Sendung Gordons.

Foreign Office, March 28, 1884.

Nr. 8258. Grossbritannien. 28. März 1884.

Sir, — Her Majesty's Government are desirous of stating to you in some detail, for your information and that of General Gordon, their reasons for refusing, under actual circumstances, and as at present advised, to authorize the dispatch of British or Indian troops to Berber with the view of co-operating in the withdrawal of the Egyptian garrisons from the Soudan. || The Mission of General Gordon, as originally designed and decided upon, was of a pacific nature, and in no way involved any movement of British forces. His first proposal was to proceed to Suakin with the object of reporting from thence on the best method of effecting the evacuation of the Soudan, a measure

Nr. 8258. Grossbritannien. 28. März 1884.

which Her Majesty's Government had decided to press upon the Khedive and his Ministers as the best policy to adopt. || On the 16th January you addressed to me by telegraph a request from the Egyptian Government, that a well-qualified British officer should be selected to go to Khartoum instead of the Egyptian Minister of War, for the purpose of arranging the withdrawal of the garrison of that place. It was stated, that to this officer would be given full powers, both civil and military, to conduct the retreat, and you added an expression of your opinion that General Gordon would be the best man for the purpose. || General Gordon was accordingly dispatched from England on the 18th of the same month, accompanied by Colonel Stewart. || His instructions, drawn up in accordance with his own views, were to report to Her Majesty's Government on the military situation in the Soudan, and on the measures, which it might be advisable to take for the security of the Egyptian garrisons still holding positions in that country, and for the safety of the European population in Khartoum; and, further, upon the best mode of effecting the evacuation of the interior of the Soudan and upon the manner, in which the safety and good administration by the Egyptian Government of the ports on the sea-coast could best be secured. He was, in addition, authorized and instructed to perform such other duties as the Egyptian Government might desire to intrust to him, and as might be communicated to him by you. || The circumstances with which it was necessary to deal were, no doubt, difficult, and might change from day to day; but it certainly was not in contemplation that the duties to be assigned to General Gordon should be of a nature which would require the dispatch of a British expedition to support or to extricate him. || It was left for you and him to decide in concert whether he should proceed to Suakin, or go himself, or dispatch Colonel Stewart to Khartoum via the Nile. Your opinion was, that it was useless that these officers should proceed to Suakin, and they were accordingly dispatched to Khartoum, with further instructions from you, in which General Gordon again expressed his entire concurrence. || In those instructions you impressed upon General Gordon that the main end to be pursued was the evacuation of the Soudan, adding that this policy had been adopted after very full discussion by the Egyptian Government under the advice of Her Majesty's Government; that it had the approval of the Khedive and of his present Ministers, and that you understood that General Gordon also concurred in this determination, and thought it should on no account be changed. It was General Gordon's opinion, as you stated in the instructions, that it might take a few months to carry out with safety the objects in view, and that the restoration of the country should be made to the different petty Sultans who existed at the time of Mohammed Ali's conquest, and whose families still exist, and that an endeavour should be made to form a confederation of those Sultans. In this view, you said, the Egyptian Government entirely concurred; but it would of course be understood that the Egyptian troops were not to

Nr. 8258. Grossbritannien. 28. März 1884.

be kept in the Soudan merely with a view to consolidating the power of the new rulers of the country. || The Egyptian Government had, however, entire confidence in General Gordon's judgment, knowledge of the country and comprehension of the general line of policy to be pursued. He was, therefore, given full discretionary power to retain the troops for such reasonable period as he might think necessary, in order that the abandonment of the country might be accomplished with the least possible risk to life and property. || Her Majesty's Government, bearing in mind the exigencies of the occasion, concurred in these instructions, which virtually altered General Gordon's mission from one of advice to that of executing, or at least directing, the evacuation not only of Khartoum, but of the whole Soudan, and they were willing that General Gordon should receive the very extended powers conferred upon him by the Khedive to enable him to effect his difficult task. But they have throughout joined in your anxiety, that he should not expose himself to unnecessary personal risk, or place himself in a position from which retreat would be difficult. They noticed with satisfaction, from the tenour of your instructions above referred to, that at the time when he and Colonel Stewart started for Khartoum, the state of affairs there was considered to be less critical than it had been a short time before, and that it had been considered safe to delay the withdrawal of the civil population of that town. || It was to be expected, that in a matter of such complexity, and depending so much upon local circumstances, General Gordon's views should be modified on arrival at Khartoum as to the details, and even some of the more material features of the course to be pursued, in order to attain the main objects in view. Her Majesty's Government have been anxious that in this respect he should have the largest discretion, and should be hampered as little as possible by criticisms and objections. In one important point they have felt unable to accede to his proposal, that, namely, of the dispatch of Zebehr-Pasha to Khartoum, with the object of his being appointed by Her Majesty's Government to be ruler of a large portion of the Soudan on General Gordon's departure. The reasons which have compelled them to refuse their sanction to this measure have been given in a separate despatch. || Although the demand for a military demonstration by a British force at Berber was contrary to the policy originally agreed upon, it has been very carefully considered; and Her Majesty's Government would not have willingly refused it, coming from General Gordon, with the additional weight of your concurrence, if the military and other objections to it had not appeared conclusive. The distance, the nature of the country to be traversed, and, above all, the climate, render the march of a British force to Berber at the present season an undertaking so difficult as almost to be impracticable. For a large body of European troops of all arms the military authorities regard the expedition as impossible, while for a small force of cavalry to undertake the expedition, without support or communications, in the face of possible opposition by largely superior numbers, would

Nr. 8258. Grossbritannien. 28. März 1884.

be an extremely hazardous venture, and might in the end prove useless. || The objections to sending an Indian force are no less considerable. The difficulties as regards climate would apply equally to any Europeans, whether officers or men, who might accompany them. It cannot be said, that India has any direct interest in the Soudan. Other considerations, moreover, both in respect to the feelings with which Indian troops would regard any prolonged service in Africa, and in respect to the peculiar nature of the contest in which they would be engaged there, are decidedly adverse to their employment upon this occasion. || On the other hand, the condition of affairs does not appear to be such as to call for measures attended by so much risk and entailing possibly a great loss of life and certainly large expenditure. || There is reason to hope, that the successful operations of General Graham in the neighbourhood of Suakin may have wiped away the unfortunate impression produced by the defeat of the Egyptian troops, and may enable the road from Suakin to Berber to be opened, by the friendly action of the tribes, without the necessity of further military measures. It is understood, that Khartoum is provisioned for six months, and that its present garrison is sufficient for its security, during that period, from any attack by the Arab tribes, who are without artillery. || Her Majesty's Government have sanctioned the dispatch of two British officers to Berber, from whence they could co-operate with General Graham and Major Chermside on the one hand and with General Gordon on the other. || They think it impossible to give further instructions until they have a better knowledge of General Gordon's actual position, his resources and his requirements. Upon these points, and as to his plans under present circumstances, they anxiously await information, and will be ready to give to all his and your proposals the most careful consideration. || The presence of British forces in Egypt, and the part which Her Majesty's Government are taking in the administration of the country, are for a special and temporary purpose, which has been clearly defined in declarations to Parliament, and in diplomatic communications to other Powers. It is their desire to keep within the limits so laid down, and not to extend the scope of British intervention more than is necessary for the efficient realization of the objects in view. || With regard to the Soudan, Her Majesty's Government adhere to the policy which formed the basis of the advice which they pressed upon the Khedive on the 13th December and 4th January last. || It appeared to them to be an obvious fact, although the late Egyptian Ministry were naturally unwilling to acknowledge it, that to reconquer the interior of the Soudan was a task beyond the powers of Egypt alone, and they were firmly resolved, although they pledged themselves to assist the Khedive in defending the Egyptian ports of the Red Sea, not to lend any military assistance for the purpose of regaining for Egypt vast territories, which, far from being of use, had created a constant drain of blood and treasure since their conquest sixty years ago. || Her Majesty's Government laid down in the most distinct terms

Nr. 8258. Grossbritannien. 28. März 1884.

their determination not to use British troops for this purpose. But they were willing by pacific means to assist as far as was practicable, under the difficult circumstances of the case, in withdrawing the Egyptian garrisons, and in promoting the possible establishment of some settled form of government in the territories no longer to be occupied by Egyptian troops. The mission of General Gordon, the negotiations with the tribes which have been entered into by General Graham, and those about to be undertaken by Admiral Sir W. Hewett with the King of Abyssinia, are all measures in this direction. General Gordon's mission, even though it be not successful, will have added to his very high reputation. No other man could have produced the extraordinary impression which he created on his arrival in the Soudan, or obtained the influence he has acquired over a considerable portion of the population, apparently checking the advance of the Mahdi. || Her Majesty's Government are aware of the complicated difficulties of the undertaking; but they believe, that there is a reasonable hope that at least a portion of what they desire may be accomplished. They know how much they may depend upon your ability, judgment and energy in contributing to such a result. I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8259. TÜRKEI. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Das Circular vom 3. Januar 1883 bietet eine genügende Basis zu Unterhandlungen.

Londres, le 12 Avril, 1884.

Nr. 8259. Türkei. 12. April 1884.

Milord, — J'ai l'honneur d'accuser réception de la note que votre Excellence a bien voulu m'adresser en date du 27 du mois dernier, et que je me suis empressé de transmettre au Gouvernement Impérial. || Après en avoir considéré attentivement le contenu, la Sublime Porte vient de me donner ses instructions qui me mettent à même d'y répondre en son nom. || Dans sa note précitée, votre Excellence fait le résumé des diverses communications échangées entre les deux Gouvernements, et conclut en déclarant que la dernière proposition de la Sublime Porte n'offre pas des éléments additionnels pour une entente, et demande à connaître ses vues ultérieures. || En dernier lieu, la Sublime Porte s'était déclarée prête à discuter le contenu de la note Circulaire que votre Excellence avait adressée en date du 3 Janvier, 1883, aux Grandes Puissances à la suite des opérations militaires des forces Britanniques en Égypte, et dont elle avait bien voulu lui donner communication au préalable. || En formulant cette proposition, la Sublime Porte avait pourtant la conviction qu'elle rencontrerait un accueil d'autant plus favorable qu'elle avait précisément pour objet l'examen des mesures proposées par le Gouvernement de Sa Majesté la Reine lui-même, examen devant naturellement com-

prendre l'ensemble de la question Égyptienne et par conséquent les affaires du Soudan. || La Sublime Porte croit toujours que cette base d'entente est de nature à amener une solution pratique et satisfaisante et à concilier, dès lors, à cet égard, les intérêts communs. || Le Gouvernement Impérial aime à espérer que, dans son appréciation éclairée, votre Excellence, mieux édifiée sur la valeur de la proposition de la Sublime Porte, voudra bien en reconnaître la justesse, et se montrer disposée à entrer le plus tôt possible en négociation pour arriver à l'entente désirée sur la base de sa note Circulaire du 3 Janvier, 1883. || J'ai &c.

Nr. 8259. Türkei. 12. April 1884.

Musurus.

---

## Nr. 8260. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Gordon wird seine Entschliessungen nach eigenem Ermessen ohne Rücksicht auf die engl. Regierung fassen.

Cairo, April 16, 1884.

My Lord, — I have received a telegram from General Gordon, of which I inclose a copy, in which he states that he considers himself free to act according to circumstances, that he shall hold on to Khartoum as long as he can, and will endeavour to suppress the rebellion, and that if he cannot do so he will retire to the Equator. || General Gordon has informed Colonel Stewart and Mr. Power, that they should go to Berber as soon at it is possible to send steamers down. || I have, however, received the inclosed telegrams from Colonel Stewart and Mr. Power, from which it appears that they both elect to follow General Gordon to the Equator. || I have, &c.

Nr. 8260. Grossbritannien. 16. April 1884.

E. Baring.

*Major-General Gordon to Sir E. Baring.*

(Telegraphic.) Khartoum, April 16, 1884, 5·15 P.M.

As far as I can understand, the situation is this: you state your intention of not sending any relief up here or to Berber, and you refuse me Zebehr. || I consider myself free to act according to circumstances. I shall hold on here as long as I can, and if I can suppress the rebellion I shall do so. If I cannot, I shall retire to the Equator, and leave you indelible disgrace of abandoning the garrisons of Senaar, Kassala, Berber and Dongola, with the certainty that you will eventually be forced to smash up the Mahdi under great difficulties if you would retain peace in Egypt.

*Lieutenant-Colonel Stewart to Sir E. Baring.*

(Telegraphic.) Khartoum, April ·, 1884.

General Gordon has acquainted me with your intention of not relieving Khartoum, and proposes I should go to Berber and trust to success of your

Nr. 8260. Grossbritannien. 16. April 1884.

negotiations for opening road from Suakin to Berber. General Gordon has given you his decision at to what he himself intends doing, and weighing all circumstances and doubting the success of your opening the road to Berber, unless by advancing troops, I am inclined to think my retreat will be perhaps safer by the Equator. I shall therefore follow the fortunes of General Gordon.

*Mr. Power to Sir E. Baring.*

(Telegraphic.) Khartoum, April ... 1884.

General Gordon, in view of the present critical situation here, has made the following intimation to me: — || „As soon as it is possible I propose you should go to Berber. If you do not so elect, then justify me to British Minister.“ || General Gordon of course does not like responsibility of taking English Consul to Equator; but at present I do not see how it is possible for any but an Arab to get to Berber. I would elect to take the less risky route, and go via Equator. || We are quite blocked on the north, east and west.

---

## Nr. 8261. GROSSBRITANNIEN. — Gordon an Zebehr-Pascha. — Berufung derselben zum Sub-Generalgouverneur.

(Translation.)

(Telegraphic.) (Received in Cairo, April 16, 1884.)

Nr. 8261. Grossbritannien. 16. April 1884.

We have appointed your Excellency Sub-Governor-General of the Soudan. Please note this. On your arrival at Berber inform me and do what you can to get peace, and I will see if it be possible to send two steamers on your arrival; and we shall send them, and your Excellency will arrange everything for your arrival at Khartoum by the two steamers above mentioned; and the two other steamers, which are at Berber, your Excellency must arm them with iron against the bullets of soldiers; and your Excellency must bring the needful ——, and take all necessary precautions against danger on the road.

---

## Nr. 8262. GROSSBRITANNIEN. — Gordon an Baker. — Appell an die Millionäre in Amerika und England.

(Telegraphic.) Khartoum, April ... 1884.

Nr. 8262. Grossbritannien. April 1884.

I have received a meagre telegram from Baring to the effect that it is not intended to send British troops to open road to Berber, but that negotiations are going on with Arabs for opening road. You will be able to judge of the value of such negotiations with the Arabs, and also of the time such arrangements would last after the withdrawal of the British from Suakin. We are in this position. We have provisions for five months, are hemmed

in by some 500 determined men and some 200 (? 2,000) rag, tag and bobtail Arabs. As you know, our position will be much strengthened when Nile rises. Senaar, Kassala and Dongola and Berber are quite safe for the present. Do you think an appeal to the millionnaires of America and England for the raising of 200,000*l.* would be of any avail? With this sum you might get the permission of the Sultan on certain terms for the loan of 2,000 or 3,000 Nizams, and send them up to Berber. With these men we could not only settle our affairs here, but also do for the Mahdi, in whose collapse the Sultan will be necessarily interested. I would not send many Europeans with them, as they cost too much, and I would put Zebehr in command. You know that by the Firman granted to Mehemet Ali in 1842 Egypt was given by one Firman to him and his family, while by a second Firman the Soudan was given to the individual, Mehemet Ali. Thus the Sultan kept the nomination of the Soudan Pashalik in his own hands. These Firmans are considered by the Foreign Office as abrogated by the Firmans by which Ismaïl was made Khedive and succession given to the direct line. I feel sure, that if it was known the loyal way the towns-people and troops here have held to me in such difficult circumstances, and the way my lot is involved in theirs I should be justified in making this appeal. I should be mean indeed if I neglected any steps that occur to me for the security of their safety. Rumour says Zebehr is at Korosko; but I have no official intimation of this from Cairo. If true, it is remarkable I am not informed.

Nr. 8262. Grossbritannien. April 1884.

I leave you full discretion to put forward this appeal or not, as you think fit. Unless it is likely to be carried out it would do more harm than good.

---

## Nr. 8263. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Zebehr hat abgelehnt.

Cairo, April 19, 1884.

My Lord, — In reply to your Lordship's inquiry, I have the honour to state that I have not seen Zebehr-Pasha myself, but I am told that he would be willing to go to Khartoum if the Egyptian Government would make good his previous losses, which he fixes at a very high figure. || I have the honour to inclose copy of Zebehr-Pasha's reply to the telegram from General Gordon, which was inclosed in my despatch No. 436 of the 17th instant. | I have &c.

E. Baring.

Nr. 8263. Grossbritannien. 19. April 1884.

*Zebehr-Pasha to Major-General Gordon.*

(Translation.)

(Telegraphic.) Cairo, April 17, 1884.

We have been ennobled by the receipt of your Excellency's telegram appointing us Deputy-Governor-General of the Soudan. || We inform your Ex-

Nr. 8263. Grossbritannien. 19. April 1884.

cellency, that we are extremely grateful and obliged for the kind notice of your Excellency towards us in every way, and I regret very much to have to tell your Excellency with the greatest regret that affairs as at present do not permit of my passing through now, and I pray God to perpetuate your health and success.

---

## Nr. 8264. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. General-Consul in Kairo. — Gordon soll Vorschläge machen, wie Khartum zu entsetzen. Verwendung türkischer Truppen ist ausgeschlossen.

Foreign Office, April 23, 1884.

Nr. 8264. Grossbritannien. 23. April 1884.

Sir, — I have this day forwarded to you a telegraphic despatch instructing you to send several messengers to General Gordon, through Dongola as well as Berber, or in such other way as might on the spot be deemed most prompt and certain. || The messengers should be dispatched at intervals, and should carry a message to the following effect: — || That he should keep Her Majesty's Government informed, to the best of his ability, not only as to the immediate danger to which Khartoum may be exposed, but also as to any prospective danger which may arise later; that in order to be prepared to meet such danger, he should advise us as to the force that would be necessary, under the circumstances, to secure his safe removal, giving his views as to its amount and composition, and as to the route by which it should approach Khartoum, and the time at which the operation should take place. General Gordon should, at the same time, understand that Her Majesty's Government do not propose to supply him with a Turkish or other force for the purpose of undertaking military expeditions against the Mahdi, such expeditions being beyond the scope of the commission which he holds, and at variance with the pacific policy which was the purpose of his mission to the Soudan. If, with the knowledge of this fact, General Gordon decides on remaining at Khartoum, he should state the cause of his decision and the intention with which he so continues. || I have requested you to add to this message the expression of the respect and gratitude felt by Her Majesty's Government towards General Gordon for his gallant and self-sacrificing conduct, and for the good results which he has achieved. || In my despatch to Sir E. Baring of the 28th March I recapitulated at some length the circumstances, under which General Gordon was dispatched to Egypt, and the instructions with which he was furnished on leaving England, and subsequently on his departure from Cairo to Khartoum. The object of his mission was to accomplish the evacuation of the Soudan, and the safe withdrawal, if possible, of the Egyptian garrisons. The intention was, that this should be effected by pacific means, or at least with no more recourse to force than might be necessary in self-defence. It was not intended, that the operation should include

Nr. 8264. Grossbritannien. 23. April 1884.

or involve measures for the purpose of crushing the Mahdi or of suppressing the rebellion by force. || Her Majesty's Government fully acknowledge their debt of gratitude to General Gordon for the heroic courage with which he has proceeded upon a mission which presented difficulties insurmountable by ordinary means, together with the possibility of serious danger. || They recognize the benefits which have resulted from it, the confidence which, at all events for a time, he restored in Khartoum, the dispatch of the women and children in safety from that place, and his success, perhaps, in arresting any military movements upon Egypt, certainly in dispelling the alarms connected with the expectation of such an event. || Immediately after General Gordon's arrival at Khartoum he expressed his opinion, that arrangements should be made for the future administration of the Soudan, and he urged the appointment of Zebehr-Pasha as Governor-General, with a commission from Her Majesty's Government and a promise of their moral support. || The reasons for which Her Majesty's Government found themselves unable to sanction such an arrangement are given in another despatch. || On the 4th March a telegram was received from Sir E. Baring stating, that General Gordon and Colonel Stewart advised the dispatch of a small force of British or Indian cavalry to Berber, as soon as the road was opened between that place and Suakin; but Sir E. Baring himself did not agree in this proposal. It appeared, that the object of the expedition was to overawe the tribes between Berber and Khartoum, and reassure the population of the towns. The military information in the possession of Her Majesty's Government showed, that it was unsafe to send a small body of cavalry from Suakin, and impossible to send a large force. They could not, therefore, authorize the advance of any troops in the direction of Berber until they were informed of the military conditions on which it was to be made, and were satisfied that the expedition was necessary for General Gordon's safety, and would be confined to that purpose. This decision was reconsidered, at the request of Sir E. Baring, on learning that General Gordon was still expecting the arrival of troops at Berber; but having regard to the danger of the climate and the extraordinary military risk, Her Majesty's Government did not feel justified in altering it. || General Gordon has recently suggested the employment of Turkish troops lent by the Sultan, variously estimating the number required at from 2,000 to 4,000 men. || The employment of Turkish troops in the Soudan would be contrary to the views advocated by him on former occasions. I need not remind you, that in his Proclamations issued at Berber and Khartoum, of which copies were inclosed in Sir E. Baring's despatch of the 17th March, he declared that he had averted the dispatch of troops by the Sultan, and had come in person to prevent further bloodshed. || Moreover, such a course would involve a reversal of the original policy of Her Majesty's Government, which was to detach the Soudan from Egypt, and restore to its inhabitants their former independence. || The request is not founded on any necessities of defence in Khartoum, as

Nr. 8264. Grossbritannien. 23. April 1884.

according to Sir E. Baring's telegram of the 9th April, General Gordon considered himself safe for a certain time; the town was provisioned for some months, and the marked was well supplied. It is clear from his messages to Sir E. Baring and also to Sir S. Baker, reported in the telegram already referred to, and in despatches of the 18th and 19th instant, || that his object in asking for these troops is to effect the withdrawal of the Soudan garrisons by military expeditions, and to bring about the collapse of the Mahdi. || Her Majesty's Government, while labouring under the disadvantage of insufficient information, have taken General Gordon's operations in the vicinity of Khartoum to be required for the defence of the place, and they can well understand that such action may be necessary even for defensive purposes. || But with respect to his request for Turkish troops with a view to offensive operations, General Gordon cannot too clearly understand, that these operations cannot receive the sanction of Her Majesty's Government, and that they are beyond the scope of his mission. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8265. AEGYPTEN. — Ministerpräsident an den engl. Geschäftsträger in Kairo. — Aegypten kann die für den Sudan nöthigen Ausgaben nicht tragen.

Caire, le 13 May, 1884.

Nr. 8265. Aegypten. 13. Mai 1884.

M. le Gérant, — J'ai l'honneur de vous transmettre ci-inclus copie d'une délibération du Conseil des Ministres prise dans sa séance d'hier au sujet des dépenses du Soudan, et de l'impossibilité dans laquelle se trouve le Trésor Égyptien d'y faire face. || Je vous prie, M. le Gérant, de vouloir bien soumettre cette question à la haute appréciation du Gouvernement de Sa Majesté et de me faire connaître la décision qu'il aura prise à cet égard. || Veuillez, &c.

Nubar.

*Résolution, 12 Mai, 1884.*

M. le Conseiller Financier appelle l'attention du Conseil sur l'état de pénurie du Trésor et déclare qu'on ne pourrait plus payer les traitements des fonctionnaires de l'État si l'on devait continuer à faire face aux dépenses du Soudan.

Le Conseil délibère et décide de communiquer cette déclaration de M. le Conseiller Financier au Représentant du Gouvernement de Sa Majesté la Reine, afin qu'il veuille bien la soumettre à la haute appréciation du Gouvernement de Sa Majesté, en le priant de vouloir bien ordonner telles mesures qu'il croira nécessaires en présence des événements du Soudan qui menacent l'Égypte propre.

---

## Nr. 8266. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Vorschlag, die ägyptischen Häfen am rothen Meere der directen Jurisdiction der Pforte zu unterstellen.

Foreign Office, May 14, 1884.

Nr. 8266. Grossbritannien. 14. Mai 1884.

My Lord, — On the 1st of the present month I addressed a note to Musurus-Pasha, placing on record the assurance which I had already given to his Excellency verbally, that Her Majesty's Government have endeavoured since the issue of my Circular of the 3rd January 1883, to act in accordance with its declarations, and that they intend to continue to do so. That assurance your Excellency is authorized to repeat to the Turkish Government. ‖ The Sultan is aware of the difficulties which have arisen in the Soudan. Her Majesty's Government thought it right to advise the Government of the Khedive no longer to occupy with their forces territory the retention of which had caused a constant drain of money and men, and which Egypt had neither the financial nor the physical power to hold. ‖ Until the present state of affairs in the Soudan becomes more settled, Her Majesty's Government cannot enter into any separate communications with the Sultan as to Egypt proper; but it is now their desire to propose to His Majesty, as Sovereign of Egypt, that he should resume direct jurisdiction over the ports on the Egyptian coast of the Red Sea, and should occupy them with his troops. Her Majesty's Government make this proposal, in the confidence that the Sultan will be ready to apply and observe with regard to the territory so resumed by His Majesty the provisions of the agreements existing between England and Turkey as to freedom of commerce and navigation, as to the amount of the Customs dues to be received by the Sultan, and as to the repression of the Slave Trade. ‖ It is right that I should state that negotiations are now being carried on with King John of Abyssinia, with a view of securing the frontier districts between his territory and Egypt from the frequently recurring disturbances which have resulted from the absence of any agreement as to the respective rights of the two countries. One of the most fruitful causes of quarrel has been the difficulty met with by Abyssinia in finding for her trade unrestricted access to and from the sea-coast, and Her Majesty's Government rely upon the readiness of the Sultan to confirm and carry out whatever concessions it may be found necessary to make for the purpose of ensuring freedom of trade at the port of Massowah or elsewhere, as Her Majesty's Government may recommend. ‖ Your Excellency is requested to read this despatch to the Turkish Minister for Foreign Affairs, and to give him a copy of it, and to request an early answer to it. ‖ I am, &c.

Granville.

## Nr. 8267. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. — Weitere Instruction für Gordon.

Foreign Office, May 17, 1884.

Nr. 8267. Grossbritannien. 17. Mai 1884.

Sir, — The following is the further message which Her Majesty's Government desire to communicate to General Gordon in addition to that contained in my telegram of the 23rd ultimo, which should be repeated to him. || Having regard to the time which has elapsed, Her Majesty's Government desire to add to their communication of the 23rd April as follows: — As the original plan for the evacuation of the Soudan has been dropped, and as aggressive operations cannot be undertaken with the countenance of Her Majesty's Government, General Gordon is enjoined to consider and either to report upon, or, if feasible, to adopt, at the first proper moment, measures for his own removal and for that of the Egyptians at Khartoum who have suffered for him or who have served him faithfully, including their wives and children, by whatever route he may consider best, having especial regard to his own safety and that of the other British subjects. || With regard to the Egyptians above referred to, General Gordon is authorized to make free use of money rewards or promises at his discretion. For example, he is at liberty to assign to Egyptian soldiers at Khartoum sums for themselves and for persons brought with them per head, contingent on their safe arrival at Korosko, or whatever point he may consider a place of safety; or he may employ and pay the tribes in the neighbourhood to escort them. Her Majesty's Government presume that the Soudanese at Khartoum are not in danger. In the event of General Gordon having dispatched any persons or agents to other points, he is authorized to spend any money required for the purpose of recalling them or securing their safety. || I am, &c.

Granville.

---

## Nr. 8268. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. — Unverantwortlichkeit der engl. Regierung.

Foreign Office, May 21, 1884.

Nr. 8268. Grossbritannien. 21. Mai 1884.

Sir, — By your telegram of the 13th instant you inform me, that the Council of Ministers decided on the previous day to bring to the notice of Her Majesty's Government the declaration of the Financial Adviser, that the state of the Egyptian Treasury does not allow of the payment of the official salaries if the expenditure for the Soudan continue, and to beg Her Majesty's Government to order such measures as they may consider necessary in view of the events in the Soudan, which the Egyptian Government state are menacing to Egypt proper. || It appears, moreover, from your telegram of the

Nr. 8268. Grossbritannien. 21. Mai 1884.

12th instant, that you had received an official communication from the Egyptian Government to the effect that the Council of Ministers, considering Her Majesty's Government since the mission of General Gordon to have taken in hand the retreat of the population and garrisons of the Soudan, thought it advisable to ask what course Her Majesty's Government considered should be taken with reference to the populations and garrison of Dongola. || Her Majesty's Government have been at all times ready to assist the Government of the Khedive with their advice as to the best means of withdrawing from the Soudan the Egyptian garrisons, and such of the civil population as might desire to retire from these provinces, and for that purpose they consented to the mission of General Gordon; but the Egyptian Government must bear in mind, that the presence of Egyptian garrisons in the Soudan, Equatorial and Bahr-Gazelle Provinces, is in no way due to any act of Her Majesty's Government, and that they cannot hold themselves responsible for the measures which those on the spot may think fit to take with a view to facilitate their withdrawal, or for the consequences of their possible failure to effect that object. || I am &c.

Granville.

# Deutsche Kolonien.

## 1. Togogebiet und Biafra-Bai.*)

**Nr. 8269.** **PREUSSEN.** — Min. des Ausw. an den preussischen Gesandten in Hamburg. — Welche Wünsche hegt der hanseatische Handelsstand bezüglich seines Schutzes und seiner Vertretung im Verkehr mit West-Afrika?

Berlin, den 14. April 1883.

Nr. 8269. Preussen. 4. April 1883.

In den französischen Documents Parlementaires vom März d. J. wird der Wortlaut einer am 28. Juni v. J. in Paris unterzeichneten Konvention zwischen Frankreich und England, betreffend eine Demarkationslinie für die Ausdehnung ihrer beiderseitigen Besitzungen an der Westküste von Afrika, nördlich von Sierra Leone veröffentlicht. || In den Motiven zu dem inzwischen angenommenen Ratifikationsgesetze ist ausser auf die Nothwendigkeit einer geographischen Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen, bezw. in Besitz zu nehmenden Landstriche, auch auf die in der dortigen englischen Kolonie gebräuchliche höhere Belastung des fremden als des britischen Handelsstandes hingewiesen. Nach Artikel 5 und 6 der Konvention sollen die Angehörigen der Kontrahenten in ihren beiderseitigen Besitzungen an der ganzen Westküste von Afrika auf gleichem Fusse behandelt werden. || Diese Konvention und andere noch schwebende Verhandlungen zwischen verschiedenen Kolonialmächten zur Regelung ihrer Beziehungen und Handelsinteressen an der westafrikanischen Küste, legen uns den Wunsch nahe, insoweit die bestehendem Handelsverträge hierzu nicht ausreichen, durch Zusatzkonventionen oder besondere Abmachungen mit denjenigen Staaten, welche Kolonien in Westafrika besitzen, die Interessen des deutschen Handels gegen Benachtheiligungen thunlichst sicherzustellen. || Euer

*) Die folgenden Nummern enthalten einen vollständigen Abdruck der dem Reichstage im Dezember 1884 vorgelegten Aktenstücke. Deswegen ist auch die Reihenfolge nach dem Eingang im Auswärtigen Amte an Stelle der im Staatsarchive sonst üblichen chronologischen Anordnung beibehalten. Ausgelassen sind nur Anlage II zu No. 8271 sowie einzelne kurze Schreiben von lediglich formellem Charakter. Auf dieselben ist dann in Anmerkungen aufmerksam gemacht.

A. d. Red.

Hochwohlgeboren ersuche ich deshalb ergebenst, die Senate der Hansestädte gefälligst hiervon in Kenntniss zu setzen und zur Aeusserung über die bei solchen Verhandlungen von uns geltend zu machenden Beschwerden und Wünsche des an dem Handels- und Schifffahrtsverkehr mit der Westküste von Afrika vorwiegend betheiligten hanseatischen Handelsstandes zu veranlassen. || Einem gefälligen Bericht über das Ergebniss Ihrer Schritte, unter Einreichung der Ew. etc. etwa zugänglich gemachten Gutachten der Interessentenkreise, werde ich ergebenst entgegensehen.

Nr. 8269. Preussen. 14. April 1883.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
In Vertretung: gez. Graf Hatzfeld.

---

## Nr. 8270. PREUSSEN. — Gesandter in Hamburg an den preussischen Min. des Ausw. — Antwort Bremens.

Hamburg, den 11. Juli 1883.

In Bezug auf die beabsichtigte Sicherstellung der Interessen des deutschen Handels an der westafrikanischen Küste habe ich in Gemässheit des Hohen Erlasses vom 14. April d. J. den Senaten der Hansestädte die mir aufgetragene Mittheilung gemacht und dieselben um eine Aeusserung über die eventuell geltend zu machenden Beschwerden und Wünsche des betheiligten hanseatischen Handelsstandes ersucht. || Der Senat von Lübeck hat auf Grund einer Erklärung der dortigen Handelskammer in Ermangelung direkter Handelsbeziehungen Lübecks zum westlichen Afrika besondere Wünsche, welche etwa demnächst von der Reichsregierung in der fraglichen Beziehung geltend zu machen sein möchten, nicht vorzutragen. Die Erwiederung der Bremer Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten beehre ich mich Eurer Durchlaucht hierneben gehorsamst vorzulegen. || Von Hamburg ist mir eine Erwiederung noch nicht zugegangen. Wie ich höre, liegt die Sache der Deputation für Handel und Schifffahrt vor, und hört diese zunächst das Gutachten der hiesigen Handelskammer.

Nr. 8270. Preussen. 11. Juli 1883.

gez. Wentzel.

Anlage (Auszug).

Bremen, den 9. Juli 1883.

Auf Ew. Excellenz gefälliges Schreiben vom 26. v. M., die Handelsverhältnisse an der Westküste Afrikas betreffend, beehren wir uns Nachstehendes ganz ergebenst zu erwiedern. || Soweit die deutschen, speciell Bremischen Faktoreien an der Westküste Afrikas in Territorien liegen, welche, wie Lagos, von Grossbritannien okkupirt sind, geben die politischen Verhältnisse zu besonderen Desiderien keinen Anlass. || Auf der von keiner civilisirten Macht in Besitz genommenen Strecke von Danoe bis Lagos existiren Bremische und andere deutsche Niederlassungen in Little Popo und Grand Popo, welche seit Jahren Aus- und Einfuhrhandel betreiben. Dieselben suchen sich mit den Negerhäuptlingen, so gut es gehen will, abzufinden. Früher ist das Verhältniss

Nr. 8270. Preussen. 11. Juli 1883.

ein leidliches gewesen; neuerdings wird darüber geklagt, dass die Häuptlinge den Handel belästigen und mit Zöllen mehr und mehr beschweren, daher zur Zeit der Ausfuhrhandel fast gänzlich ruhe. Man ist der Ansicht, die Neger würden von den französischen Händlern gegen die deutschen Konkurrenten aufgewiegelt, und wünscht, dass den Häuptlingen durch Erscheinen eines deutschen Kriegsfahrzeugs an jener Küste mehr Respekt vor unserer Nation beigebracht und bei solcher Gelegenheit versucht werden möge, mit den Eingeborenen eine Art Vertragsverhältniss abzuschliessen, um die Störung unseres Handels abzuwenden etc. || Mit Vergnügen erneuern wir auch bei diesem Anlasse den Ausdruck unserer ausgezeichnetsten Hochachtung.

Die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.
gez. Gildemeister.

---

## Nr. 8271. HAMBURG. — Denkschrift der Handelskammer über die deutschen Interessen in West-Afrika.

(Auszug.) Hamburg, den 6. Juli 1883.

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

In dem Schreiben der Königlich preussischen Gesandtschaft hierselbst vom 16. April d. J. ist anlässlich des zwischen England und Frankreich geschlossenen Vertrages über die Grenzregulirung der beiderseitigen Kolonien an der Sierra Leone-Küste, — in welchem jene Staaten sich gleichzeitig zusichern, ihre beiderseitigen Angehörigen in allen ihren Kolonien an der Westküste Afrika's auf gleichem Fusse zu behandeln, — die Frage erhoben worden, ob, bezw. welche Wünsche der am Verkehr mit Westafrika betheiligte hanseatische Handelsstand bezüglich seines Schutzes und seiner Vertretung durch das Reich hege. In Erledigung des ihr bezüglich jenes Schreibens gewordenen Auftrages hat die Handelskammer sich verpflichtet gefühlt, bei der grossen Bedeutung, welche das genannte Gebiet für den deutschen und speciell den Hamburgischen Handel besitzt, sowie in Rücksicht auf die wichtigen Vorgänge, welche sich gerade jetzt dort zutragen, sich über die bezüglichen Wünsche des Handelsstandes eingehend zu unterrichten, und sie gestattet sich, dieselben nachstehend ausführlich darzulegen. Zuvor aber dürfte es zweckmässig sein, in einigen allgemeinen Zügen die eigenthümlichen Handelsverhältnisse in jenem Gebiete zu schildern. || Derjenige Distrikt, welcher im Handel mit dem Namen „Westküste Afrika's" bezeichnet wird, umfasst die ganze Küste von St. Louis nördlich von Kap Verde bis zu dem südlichsten Punkte der portugiesischen Kolonie Benguela, Mossamedes. Der südlich von diesem Punkte gelegene Theil der Küste — Fisch-Bai bis zum Oranjestrom — ist bisher für den Handel aller Nationen ganz ohne Bedeutung gewesen, und erst ganz neuerdings hat eine Bremer Firma dort die Etablirung von Geschäften versucht. Ebensowenig gehört das Land nördlich von St. Louis, die Küste der Sahara und Marokko, zu diesem Handelsgebiet. || Das vorbezeichnete Gebiet zerfällt in zwei Theile:

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

die eigentliche Westküste von St. Louis bis in den äussersten Winkel an dem Busen von Biafra — Fernando Po, Kamerun — und die Südwestküste, von diesem Punkte südlich.

Ein grosser Theil dieser Küste ist im Kolonialbesitz der Engländer, Franzosen und Portugiesen.

Den Engländern gehört:

1. britisch Senegambien (Bathurst),
2. Sierra Leone,
3. die Goldküste (Adda, Accrah, Cape Coast Castle, Quettah, Jellah Coffee),
4. Lagos;

den Franzosen:

1. französisch Senegambien mit St. Louis und Gorée,
2. Grand Bassa,
3. Gaboon;

den Portugiesen:

1. portugiesisch Senegambien (Bissao, die Bissagos Inseln, Bolamo),
2. Isle de Prince, St. Thomé,
3. Angola, Benguela.

Spanien gehören die Inseln Fernando-Po und Eloby.

Ausser den genannten und anerkannten Kolonien beansprucht Portugal Wydah an der Küste von Dahomey und die Küste von 5° 12′ bis 8° südlicher Breite (Kongomündung), ohne jedoch seit langer Zeit irgend etwas gethan zu haben, um seine Herrschaft daselbst zu dokumentiren. Frankreich scheint neuerdings die ganze Südwestküste von Gaboon bis Loango, nach den neuesten Privatnachrichten auch verschiedene Punkte nördlich von Gaboon, z. B. Malimba dicht bei Kamerun, in Besitz nehmen zu wollen und auch bei Porto Novo in der Nähe von Lagos Schritte zur Besitzergreifung gethan zu haben.

Als selbständiger Staat ist die Republik Liberia zwischen Kap Mount, Monrovia und Kap Palmas zu nennen. Die übrigen Küstenstrecken — also südlich von Liberia bis Grand Bassa, die Küste von Dahomey mit Wydah, die gesammten Nigermündungen, die Küste von Kamerun bis Eloby und von Kap Lopez bis Ambriz in der portugiesischen Kolonie Angola — sind von unabhängigen Negerstämmen bewohnt.

Bezüglich der Handelsverhältnisse an der Westküste Afrikas besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den Kolonien europäischer Mächte und den, den freien Negerstämmen gehörenden Distrikten. In den letzteren liegt das Geschäft einzig und allein in den Händen von in Europa (Liverpool, Glasgow, Bristol, Hamburg, Bremen, Bordeaux, Marseille, Rotterdam, neuerdings auch Antwerpen) ansässigen Firmen, welche dort ihre Faktoreien und Niederlassungen haben, und deren Agenten in diesen Faktoreien den Umtausch der europäischen Waaren — Manufakturen, Spirituosen, Salz, Pulver, Gewehre, Steinzeug, Perlen etc. — gegen die Landesprodukte — Palmöl, Palmkerne, Gummi, Elfenbein, Farb-

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

hölzer etc. — im Wege des reinen Tauschhandels betreiben. Sie sind dabei stets der Willkür der eingeborenen Häuptlinge, welche so viele Abgaben wie möglich von ihnen zu erheben suchen, unterworfen. Dieser Willkür ist nur durch äussere Macht zu begegnen, und häufig sind die Firmen dabei auf Selbsthülfe angewiesen. Diese Art des Geschäftsbetriebes, welche nicht nur feste Etablissements, sei es auf Lagerschiffen (hulks), oder auf dem Lande, sondern auch grosse assortirte Waarenläger erfordert, bringt es mit sich, dass nur grössere Firmen mit bedeutendem Kapital sich mit demselben befassen können, und in der That befinden sich in den meisten Plätzen dieser Distrikte je nur wenige Firmen, welche das Geschäft beherrschen.

In den Kolonien dagegen, und namentlich in den älteren, hat sich neben den grösseren Firmen, welche auch dort nur Zweigniederlassungen europäischer Häuser sind, allmälig ein eigener Handelsstand gebildet, bestehend zum Theil aus Europäern, welche unter dem Schutze der civilisirten Regierung ohne grosse eigene Mittel selbständige, von europäischen Mutterhäusern unabhängige Firmen gegründet haben, zum Theil auch aus Negern, welche in Folge des langjährigen Verkehrs mit Europäern eine gewisse Geschäftsbildung erworben haben, die sie befähigt, auf halbwegs civilisirte Weise Handel zu treiben, und welche nunmehr das Bestreben haben, direkt von Europa Waaren zu beziehen und dagegen die Produkte ihres Landes dorthin zum Verkauf zu senden. (Die Engländer nannten diese Negerhändler ursprünglich tinpotters.) Dieser selbständige Handelsstand konnte in den Kolonien erst mit der Entwickelung der Dampfschiffsverbindungen entstehen; denn erst durch sie wurde es möglich, auch in kleineren Quantitäten Waaren zu beziehen und Produkte an die europäischen Märkte zu verladen, während früher die Verschiffungen nur in ganzen Ladungen geschehen konnten. Durch die grosse Anzahl dieser kleineren Firmen ist der Handel in den Kolonien ein sehr viel intensiverer geworden, so dass daselbst der Tauschhandel bereits in einen Verkehr auf Basis einer Geldvaluta übergegangen ist. Wie sich der Handel Westafrikas mit England und Deutschland (Hamburg) im letzten Jahrzehnt entwickelt hat, zeigen die beifolgenden statistischen Angaben. (Anlage.)

Was speciell das Interesse Deutschlands an dem westafrikanischen Handel betrifft, so ist es ein mehrfaches. Einerseits gehen viele deutsche Waaren — namentlich gedruckte und buntgewebte Baumwollenwaaren, halbwollene und wollene Waaren, Schiesspulver, Glasperlen, Nürnberger Waaren, Spirituosen, Steinsalz, Kochsalz, Eisen- und Messingwaaren, Steinzeug —, und zwar nicht nur für deutsche, sondern auch für englische, französische etc. Häuser, über Hamburg nach Westafrika, was sowohl für die deutsche Rhederei, als auch für den Hamburger Zwischenhandel und besonders für die deutsche Industrie von grossem Nutzen ist. Andererseits hat eine verhältnissmässig grosse Anzahl deutscher Firmen eigene Niederlassungen an der Westküste Afrika's, so dass ein nicht unbedeutender Theil des dortigen Handels in deutschen Händen liegt.

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

Hamburgische Firmen befinden sich, wenn man die Küste von Norden nach Süden verfolgt, in

Sierra Leone: Rosenbusch & Co. (naturalisirte Engländer).

Liberia (Monrovia, Grand Bassa, Sinoe, Kap Palmas): C. Woermann.

Goldküste, Accrah: R. Müller.

Wydah: C. Goedelt.

Little und Grand Popo: Wölber & Brohm; Grumbach & Co.

Porto Novo, Lagos: Witt & Büsch; G. L. Gaiser; Voigt, Schabert & Co.; Röthlisberger & Monier (Schweizer Staatsangehörige).

Kamerun und verschiedene Faktoreien an der Küste von Biafra, zwischen Bimbia und Eloby: C. Woermann; Jantzen & Thormählen.

Gaboon und Umgegend: C. Woermann; Jantzen & Thormählen; Goedelt & Gütschow.

Ambriz und Kinsembo: Alexander Stock.

Ausserdem befinden sich noch an verschiedenen Punkten der Küste Bremer Firmen (u. a. F. M. Victor Söhne an der Goldküste und F. A. E. Lüderitz in Lagos), sowie Stationen der Norddeutschen und Baseler Missionsgesellschaften, welche gleichfalls einen bedeutenden Handel treiben. Diese Geschäftshäuser sind an der hier in Rede stehenden Frage direkt und in erster Linie betheiligt; die Handelskammer hat die Vertreter der hiesigen Firmen zu einer Besprechung eingeladen und gestattet sich, das Resultat derselben der Deputation nachstehend mitzutheilen.

Bezüglich der in dem Schreiben der Königlich preussischen Gesandtschaft zunächst angeregten Frage der Behandlung deutscher Unterthanen in den Kolonien europäischer Mächte und speciell bezüglich des in dem Vertrage zwischen England und Frankreich erwähnten Punktes bemerkte Herr Rosenbusch, welcher sich lange Zeit in Sierra Leone aufgehalten hat, dass in dieser Kolonie der Erwerb von Grundeigenthum Ausländern, d. h. Nicht-Engländern, nicht gestattet sei, weshalb auch er und andere Theilhaber seiner Firma sich als Engländer haben naturalisiren lassen. Dagegen erklärten die in den anderen englischen Kolonien (namentlich Lagos) angesessenen Firmen, dass ihnen bezüglich des Erwerbs von Grundeigenthum daselbt nie Schwierigkeiten in den Weg gelegt seien. Diese auffällige Erscheinung rührt vielleicht daher, dass ein aus dem vorigen Jahrhundert datirendes englisches Gesetz, welches den Erwerb von Grundeigenthum in den Kolonien den Engländern vorbehält, nicht formell aufgehoben ist, in den meisten Kolonien aber seit langer Zeit thatsächlich nicht mehr beachtet wird. Es dürfte sich immerhin empfehlen, durch einen Vertrag den Deutschen dieses Recht des Grunderwerbs in englischen Kolonien zu sichern. Im Uebrigen werden nach übereinstimmender Angabe aller Betheiligten die Deutschen in den englischen Kolonien nicht nur den Angehörigen dritter Staaten, sondern auch den Engländern völlig gleich behandelt, und wurde die Bereitwilligkeit anerkannt, mit welcher die englischen Behörden auch den Deutschen erforderlichen Falles ihren Schutz angedeihen

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

liessen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass die Engländer, wie es jedes Land mit Kolonialbesitz thun wird, ihr Augenmerk darauf richten, dass die Kolonien zunächst dem Handel des Mutterlandes Vortheile bringen, dass sie demgemäss auf Waaren, welche vorzugsweise aus England bezogen werden, niedrige, auf solche, welche überwiegend aus anderen Ländern kommen, hohe Abgaben legen. Da hierbei aber formell der Grundsatz der gleichen Behandlung aller Nationen gewahrt wird, so lässt sich dagegen nichts einwenden. || Hier mag auch der von Herrn Müller geäusserte Wunsch nach Ernennung eines deutschen Konsuls für die Goldküste erwähnt werden. Zur Begründung desselben wurde angeführt, dass ausser den Handelsniederlassungen sich daselbst die Stationen der Norddeutschen und Baseler Missionsgesellschaften befinden, welche, wie erwähnt, einen nicht unbedeutenden Handel treiben und bei welchen viele deutsche Missionare angestellt sind, die häufig des Rathes und Schutzes eines Konsuls bedürfen, zu deren Erlangung sie sich jetzt stets nach dem entfernten Lagos wenden müssen.

Auch in den französischen Kolonien geniessen die Deutschen gleiche Rechte und gleichen Schutz, sowohl wie die Angehörigen dritter Staaten, als auch wie die Franzosen selbst. Speciell in der Kolonie Gaboon hat die seit 1862 daselbst etablirte Firma C. Woermann ohne Schwierigkeiten Grundeigenthum, selbst in ausgedehntem Umfange, erwerben können und hat stets den Schutz gegen die eingeborenen Stämme erhalten, welchen sie beanspruchte. Es ist dieser Firma gelungen, schon seit mehreren Jahren auf dem Ogoweflusse bis an die Katarakte Faktoreien zu etabliren und durch ihre Händler noch wesentlich weiter ins Innere vorzudringen, ohne seitens der französischen Kolonialregierung die geringsten Schwierigkeiten zu finden. Erst seitdem sowohl der Ogowe wie der Kongo die Aufmerksamkeit verschiedener Völker auf sich gezogen haben, insbesondere seitdem der französische Forscher de Brazza von seinen verschiedenen Entdeckungsreisen am oberen Ogowe und am Kongo nach Paris zurückgekehrt ist und in französichen Zeitungen und durch öffentliche Vorträge die Franzosen darauf hingewiesen hat, dass bisher keine einzige französische Firma in dieser französischen Kolonie etablirt sei, hat die Kolonialregierung Gaboons eine andere Haltung angenommen, indem sie den deutschen und englischen Firmen ernste Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat. || Anfang Januar dieses Jahres wurde nämlich von dem Kommandanten von Gaboon ein Dekret erlassen, nach welchem der Import von Gewehren gänzlich verboten und auch den Weissen sowohl in Gaboon wie auf dem Ogowe nur gestattet ist, Jagdgewehre bei sich zu führen. Zur Durchführung dieses Dekrets ist ein Kanonenboot nach den verschiedenen Plätzen geschickt, und haben französische Officiere die deutschen und englischen Faktoreien auf das Vorhandensein von Gewehren visitirt. Durch diese Maassregel wird nicht nur der Handel aufs empfindlichste geschädigt, es wird auch die persönliche Sicherheit der dortigen Europäer im höchsten Grade gefährdet; denn sobald die Eingeborenen wissen, dass die Weissen waffenlos sind, benutzen sie jede Gelegenheit, deren Waarenlager zu

plündern und zu berauben, und schrecken auch vor Angriffen auf das Leben derselben nicht zurück. Bei einem etwaigen Ueberfalle aber ist der französische Schutz nur nach etwa fünf- bis sechstägigem Zeitverlust zu erreichen. || Wenn das Verbot der Einfuhr von Gewehren und Pulver damit motivirt wird, dass die Eingeborenen nicht mit Waffen durch den Handel versorgt werden sollen, welche sie bei einem Kriege gegen die Kolonialregierung gebrauchen könnten (obgleich solche Waffen fast nur in Steinschlossgewehren der gewöhnlichsten Art bestehen), so ist das offenbar nur ein Vorwand; denn gleichzeitig sind für de Brazza, der wieder, und zwar dieses Mal als Gouverneur der Kolonie, nach Gaboon gegangen ist, dort grosse Mengen von Waffen gelandet worden; ja, die französischen Kammern haben ihm 100 000 alte Gewehre bewilligt. Nicht allein aus dieser Zahl, sondern auch aus der, die Bewilligung befürwortenden Rede des Ministers Ferry geht deutlich hervor, dass diese Gewehre nicht etwa für die eigenen Leute de Brazza's, sondern zum Handel bestimmt sind, und dass diese Maassregeln lediglich den Zweck verfolgen, den Handel der deutschen und englischen Firmen lahm zu legen. Ein derartiges Vorgehen widerspricht offenbar den bestehenden Verträgen, und wird daher dringend gebeten, die Reichsregierung möge thunlichst auf Zurücknahme des erwähnten Dekrets hinwirken.

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

Die portugiesischen Kolonien Angola und Benguela sind wegen der Differenzialzölle, mit welchen die auf nicht portugiesischen Schiffen eingeführten Waaren belastet sind, dem deutschen Handel so gut wie verschlossen. Eine Hamburger Firma, welche vor einigen Jahren eine Faktorei in Benguela und Umgegend etablirte, war in Folge dieser Verhältnisse genöthigt, dieselbe mit grossen Verlusten aufzugeben. Es wäre im Interesse des deutschen Exports und der deutschen Rhederei gewiss wünschenswerth, wenn bei etwaigen Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung in diesen Zuständen eine Aenderung herbeigeführt werden könnte.

Gewissermassen in der Mitte zwischen Kolonien europäischer Mächte und den von unabhängigen Eingeborenen bewohnten Gebieten steht die Republik Liberia. Hier hat die Firma C. Woerman seit dem Jahre 1852 ununterbrochen Faktoreien und Niederlassungen besessen, und zwar in Monrovia, Grand Bassa, Sinoe und Kap Palmas, zeitweise auch in Kap Mount und am Junk River. Die deutsche Reichsregierung hat bereits in früheren Jahren durch Aussendung eines Kriegsschiffes jene Firma in ihren Wünschen gegenüber der liberianischen Regierung unterstützt und die letztere im Jahre 1879/80, als das an der Küste gestrandete deutsche Dampfschiff „Carlos" von den Eingeborenen geplündert worden war, zu energischer Bestrafung der Missethäter angehalten. Auch jetzt geben die dortigen Verhältnisse in mehrfacher Beziehung zu Klagen Anlass. Allen englischen Dampferlinien, auch solchen, welche keine Post befördern, war bisher ohne weiteres die Befreiung von den liberianischen Hafenabgaben zugestanden worden; im Jahre 1880 hat eine englische Linie, welche unregelmässig fuhr und nach einem Jahre wieder einging, nie dergleichen Abgaben

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

bezahlt. Als aber die obengenannte deutsche Firma eine Dampfschifffahrt zwischen Hamburg und den Häfen von Liberia einrichtete, welche seit vorigem Jahre auch die Post befördert und auf Grund des Handelsvertrags zwischen diesem Lande und dem Norddeutschen Bunde vom 31. Oktober 1867 die gleiche Behandlung für diese Linie forderte, wurde dieses Verlangen mit der Begründung abgelehnt, dass jener Vertrag erloschen sei, obgleich eine Kündigung desselben, wie sie im Artikel 8 vorgesehen ist, wenigstens soweit die Handelskammer hat in Erfahrung bringen können, nicht stattgefunden hat. Die deutsche Linie musste demgemäss 3 Jahre lang eine Abgabe von jährlich $^1/_2$ Dollar pro Tonne bezahlen, bis es in allerneuester Zeit gelang, durch besondere Konzessionen den Erlass eines Spezialgesetzes in Liberia zu bewirken, durch welches auch sie von der Abgabe befreit wurde. || Eine fernere Beschwerde betrifft den Küstenstrich am Cavallyfluss und Taboo südlich von Kap Palmas. Die Liberianer behaupten die Zugehörigkeit dieses Landes zu ihrem Staate, besitzen aber weder Zollhäuser noch irgend welche thatsächliche Macht dort. Trotzdem verlangen sie von denjenigen Waaren, welche von der deutschen Firma in diesem Küstenstriche gelandet werden, den hohen liberianischen Einfuhrzoll, dessen Bezahlung durch Beschlagnahme der Waarenvorräthe der Firma in den wirklichen liberianischen Häfen erzwungen werden kann, so dass dieselbe bisher verhindert wurde, dort Faktoreien anzulegen. Von den englischen Firmen, welche in jenem Küstenstriche, aber nicht in Liberia selbst, Niederlassungen haben, werden aber keine Zölle erhoben, weil der Regierung die Macht dazu fehlt. Zu einer solchen Benachtheiligung der deutschen Firma gegenüber den englischen ist die liberianische Regierung in keinem Falle berechtigt; und sie ist überhaupt nicht berechtigt, Zölle zu fordern, wo sie nicht die Macht hat, dieselben von allen Händlern, abgesehen von deren sonstigen Niederlagen, zu erheben. || Diese Verhältnisse rechtfertigen den Wunsch, die Reichsregierung wolle die liberianische Regierung zur Anerkennung des Fortbestandes des im Jahre 1867 mit dem norddeutschen Bunde abgeschlossenen Handelsvertrages veranlassen, eventuell bei Abschluss eines neuen Vertrages besonders für Gleichstellung der Deutschen mit den Angehörigen anderer Staaten in jenem, von Liberia beanspruchten Gebiete Sorge tragen und durch gelegentliche Entsendung von Kriegsschiffen die Erfüllung der vertragsmässigen Verpflichtungen seitens der liberianischen Regierung sichern.

Wenn schon bei den soeben geschilderten Verhältnissen in Liberia klar zu Tage tritt, wie nothwendig der Schutz des Reichs, und zwar der materielle Schutz durch Entsendung von Kriegsschiffen, für den deutschen Handel ist, damit derselbe nicht gegenüber demjenigen anderer Länder und namentlich Englands zurückgesetzt werde, so besteht diese Nothwendigkeit in noch weit grösserem Maasse da, wo der Handel sich auf den Verkehr mit eingebornen, selbständigen Negerstämmen beschränkt, und wo der deutsche Kaufmann, sowohl für seine persönliche Sicherheit, als auch für die Sicherung seines, meistens bedeutenden Eigenthums in den dortigen Niederlassungen ausser auf sich selbst,

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

im günstigen Falle auf den Schutz von Kriegsschiffen angewiesen ist. || Alle eingeborenen Negerstämme werden von einem Häuptling (Chief, King, oder wie er sich sonst nennen mag) beherrscht, welcher unumschränkte Macht hat, seinen Unterthanen den Handel überhaupt, oder mit diesem oder jenem Kaufmann zu verbieten. Daher muss der fremde Kaufmann, bevor er den Handel beginnen kann, mit dem Häuptling einen Vertrag abschliessen, in welchem dieser dem Kaufmann Schutz und Sicherheit für sein Eigenthum zusagt, meistens auch die Haftung für seine Unterthanen übernimmt, und in welchem andererseits dem Häuptling Abgaben (Geschenke) zugesichert werden. Wünscht nun ein Häuptling Extrageschenke zu erlangen, und glaubt er es ungestraft thun zu können, so verbietet er seinem Stamme, mit der betreffenden Firma Handel zu treiben, ihr Produkte zu bringen etc. Jeder Negerhäuptling weiss aber, dass der Engländer, welcher so behandelt wird, in der Lage ist, in kürzester Frist ein Kriegsschiff zur Stelle zu schaffen und die Aufrechterhaltung des geschlossenen Vertrages zu erzwingen. Den Deutschen steht ein gleich energischer Schutz nicht zur Seite. Die Häuptlinge wissen nichts von der Macht und dem Willen Deutschlands, seine Angehörigen zu schützen, und erlauben sich ihnen gegenüber daher die grössten Willkürlichkeiten und Erpressungen. Dafür wurden in der stattgehabten Besprechung aus den verschiedensten Gegenden zahlreiche Beispiele angeführt. || Es ist aber nicht allein dieser stets bereite Schutz ihrer Kriegsschiffe, welcher den englischen und auch den französischen Kaufleuten eine begünstigte Stellung vor den Deutschen gewährt; er wird verstärkt und ergänzt durch das Bestehen zahlreicher Verträge dieser Länder mit eingeborenen Häuptlingen. || Als nämlich in den vierziger Jahren die Sklavenfrage eine so bedeutende Rolle spielte und England gemeinsam mit Frankreich der Sklavenausfuhr aus Afrika mit Gewalt ein Ende machte, schloss es mit einigen 70 Negerfürsten an der Westküste von Afrika Verträge ab, nach welchen diese sich nicht nur verpflichteten, den Sklavenexport vollständig aufzugeben und zu verhindern, sondern gleichzeitig den Unterthanen der Königin von England das Recht einräumten, an den betreffenden Plätzen frei und ungehindert Handel zu treiben, und zusicherten „to show no favour and give no privilege to the ships and traders of other countries' which they do not show to those of England". Frankreich ist den meisten dieser Verträge beigetreten, wenn es nicht separate Verträge geschlossen hat. || Es ist sehr anzuerkennen, und der deutsche Handel an der Westküste Afrika's hat gewiss bisher den meisten Vortheil davon gehabt, dass sehr viele dieser Verträge, welche England abgeschlossen hat, nicht nur für die Unterthanen Englands Geltung haben, sondern ganz allgemein auf Europäer lauten (theilweise auf: subjects of the Queen of England and all European Powers friendly to her); auch erkennen namentlich die in Kamerun etablirten deutschen Firmen mit lebhaftem Danke die Bereitwilligkeit an, mit welcher die englischen Konsuln und die englischen Kriegsschiffe mehrfach und noch in neuester Zeit bei Streitigkeiten mit den Kamerunhäuptlingen ihre In-

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

teressen mit gleicher Energie geschützt haben, wie sie es bei englischen gethan haben würden. Es dürfte aber nicht mehr der Stellung des Deutschen Reichs entsprechen, dass seine Angehörigen im Auslande auf den guten Willen und die Geneigtheit fremder Mächte angewiesen sind, Stützen, welche jeden Augenklick ins Wanken gerathen können; damit sie sowohl den anderen europäischen Nationen, als auch den Eingebornen gegenüber ihre Stellung behaupten können, ist erforderlich, dass sie sich auf den stets zuverlässigen und effektiven Schutz des eigenen Landes stützen können. Das erste und wenigstens in manchen Gegenden wichtigste Schutzmittel ist aber der Abschluss von Verträgen seitens des Reichs mit den mächtigeren Negerhäuptlingen. Denn nicht immer sind die von England, resp. Frankreich abgeschlossenen Verträge so unverfänglicher Art, wie die vorhin besprochenen. Häufig erwerben sich die europäischen Mächte durch sie einen besonderen Einfluss, ja geradezu das Protektorat über die Häuptlinge und benutzen diese Stellung dann dazu, den Angehörigen ihres Landes besondere Vortheile vor den Angehörigen anderer Länder zu sichern. Ein solches Protektoratsverhältniss ist für die anderen europäischen Völker ungünstiger, als wenn der betreffende Distrikt direkt als Kolonie annektirt würde; denn alsdann würde die betreffende Macht vertragsmässig die anderen Völker auf gleichem Fusse behandeln müssen, während sie in ersterem Falle die Verantwortung für die ungleiche Behandlung auf den unabhängigen Häuptling abwälzen kann. Derartiges befürchten die betheiligten Firmen von dem neuesten Vorgehen der Franzosen in Porto Novo bei Lagos; und ähnliche ungünstige Verhältnisse bestehen in dem mächtigen und fruchtbaren, von einer zahlreichen und konsumfähigen Bevölkerung bewohnten Gebiete des Nigerstromes. Derselbe ist bereits bis über den Zusammenfluss mit dem Benue, circa 300 Miles von der Küste aufwärts, von den Dampfern englischer nnd französischer Firmen befahren. Das von ihm, seinen zahlreichen Zuflüssen und Mündungen durchströmte Gebiet liefert schon jetzt ausser grossen Quantitäten von Elfenbein, Palmkernen, Ebenholz und anderen Produkten jährlich circa 40 000 Tons Palmöl, im Werthe von circa 25 Millionen Mark, nach England, und der Export ist noch steter Steigerung fähig. Wenn an diesem reichen Handel sich bisher kein einziges deutsches Haus betheiligt hat, so liegt das nach der Aussage der in Lagos, in der nächsten Nähe, angesiedelten Firmen an der bevorzugten Stellung, welche die fremden Firmen in Folge der Verträge ihrer Staaten mit den Häuptlingen dort geniessen, an dem Mangel ausreichenden Schutzes für die deutschen Firmen. Gerade für die dortige Gegend wurde der Abschluss solcher Schutz- und Meistbegünstigungsverträge seitens Deutschlands mit den Häuptlingen aufs lebhafteste befürwortet und von solchem Vorgehen ein lebhafter Aufschwung des deutschen Handels in sichere Aussicht gestellt. || Einstimmig wurde aber von den befragten Firmen hervorgehoben, dass derartige Verträge ohne Nutzen seien, wenn nicht die pünktliche Erfüllung derselben seitens der Eingebornen erzwungen werde. Das sei aber nicht dadurch zu erreichen, dass sich gelegentlich ein deutsches

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

Kriegsschiff an der Küste zeige, sondern es müssten beständig Kriegsschiffe in der Nähe sein, welche erforderlichenfalls sofort zur Stelle wären, um die Eingebornen wegen vorgekommener Willkürlichkeiten oder Ausschreitungen zur Rechenschaft zu ziehen. || Diesen Schutz für die deutschen Interessen an der Westküste Afrika's hielten aber die befragten Firmen für undurchführbar, wenn das Reich sich nicht entschliessen würde, eine Flottenstation in dortiger Gegend zu erwerben, und sie glaubten diesen Wunsch um so eher aussprechen zu sollen, als sie übereinstimmend einen geeigneten Platz hierfür in Vorschlag zu bringen wussten, nämlich die spanische Insel Fernando-Po. || Spanien besitzt an der Westküste Afrika's keine weiteren Kolonien als diese, 2 071 Quadratkilometer grosse Insel nebst den in der Bai von Corisco, eben nördlich von Gaboon, gelegenen kleinen Inseln Gross- und Klein-Eloby und Corisco, sowie einen an der Corisco-Bai liegenden kleinen Küstenstrich. Spanische Kaufleute befinden sich an allen diesen Plätzen nicht; auch besteht kein Handel nach oder von Spanien weder mit einer dieser Inseln, noch mit irgend einem Punkte der näheren oder ferneren Küste. In Fernando-Po residirt ein spanischer Gouverneur nebst einigen spanischen Beamten. Die Insel bringt dem Lande nichts ein, sondern verursacht nur Kosten. Einige Kakaoplantagen, die früher auf der Insel vorhanden waren, sind verkommen, weil die spanischen Eigenthümer nach Aufhebung der Sklaverei nicht verstehen, die Bearbeitung derselben durch freie Neger nutzbringend fortzusetzen. || Fernando-Po eignet sich aus folgenden Gründen ganz besonders zu einer deutschen Flottenstation: || 1. wegen seiner centralen Lage zu dem genannten westafrikanischen Handelsgebiet; || 2. wegen seines tiefen, ausgezeichneten Hafens, in welchem eine grosse Anzahl der tiefstgehenden Schiffe durch eine hohe, gebirgige Küste gegen Wind und Seegang vollständig geschützt vor Anker liegen kann. Es ist ein Hafen, wie er — im Gegensatz zu den offenen, stets der hohen Dünung ausgesetzten Rheden, oder den nur mit Schwierigkeiten zu passirenden Barren der Flussmündungen — kaum zum zweiten Male in Westafrika existirt. || 3. Das Klima ist, wenn auch in dem Hauptort, Fort Clarence, eine grosse Hitze vorherrscht, doch weniger ungesund, als an den meisten Küstenplätzen, und namentlich gesunder, als in den Flussmündungen, wo grosse Feuchtigkeit und mannigfache Ausdünstungen aus den Sumpfgegenden nachtheilig einwirken. Die hohen Berge der Insel bieten Gelegenheit, mit Leichtigkeit höher und deshalb gesunder gelegene Punkte zu erreichen, und hat die englische Regierung bereits früher die Errichtung einer Gesundheitsstation daselbst ins Auge gefasst. || Der Handel der Insel ist gegenwärtig gering und beschränkt sich im Wesentlichen auf die Befriedigung der Bedürfnisse der wenigen dort lebenden Europäer. — Auf dem Südende der Insel wohnt eine, dem Handel bisher wenig zugängliche eingeborne Bevölkerung (Bubies). || Die Insel eignet sich vorzüglich zur Kohlenstation für den sich stetig vermehrenden Dampfschiffsverkehr und würde durch Anlegung von Reparaturwerkstätten, Drydocks etc. leicht zu einem Stützpunkt für die Schifffahrt in den dortigen Gewässern sich entwickeln können.

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

Im Anschluss an die vorstehend wiedergegebenen Wünsche, und namentlich an den der Erwerbung Fernando-Po's als deutsche Flottenstation, befürworteten endlich die in der mehrerwähnten Besprechung anwesenden Vertreter westafrikanischer Firmen lebhaft die Erwerbung eines Küstenstriches am Festlande zur Begründung einer deutschen Handelskolonie, und sie empfahlen hierfür als besonders geeignet den Fernando-Po gegenüberliegenden. Sie unterstützten diesen Wunsch mit folgenden Ausführungen: || Das energische Vorgehen der Franzosen und Portugiesen an der Westküste Afrika's zeige, dass, wenn Deutschland nicht für immer auf den Besitz von Kolonien daselbst verzichten wolle, jetzt gewissermaassen der letzte Augenblick sei, um solche zu erwerben. Auch England habe sein Augenmerk auf jene Gegend gerichtet; im November 1882 sei der englische Konsul Hewett mit dem Kanonenboot „Flirt" im Kamerunflusse, also speziell in dem eben genannten Gebiete, gewesen, um einen Vertrag wegen Abtretung des Gebietes an England mit den Häuptlingen abzuschliessen. Sei der Vertrag auch dieses Mal aus unbekannten Gründen nicht zum Abschlusse gekommen, so zeige dieses Vorgehen doch, welche Aufmerksamkeit England jenem Gebiete schenke, und es sei namentlich sehr wahrscheinlich, dass, wenn Deutschland Fernando Po als Flottenstation erwerbe nicht aber gleichzeitig die gegenüberliegende Küste, diese dann sofort von anderen Nationen besetzt werden würde. Wolle Deutschland dauernd einen grösseren praktischen Vortheil aus diesem Welttheile ziehen — worauf es gewiss berechtigten Anspruch habe, da es im letzten Jahrzehnt durch wissenschaftliche Forschungen so viel zur Erschliessung desselben beigetragen, und da auch das Reich selbst durch Bewilligung von bedeutenden Beiträgen an die „Afrikanische Gesellschaft" diese Bestrebungen thätig unterstützt habe — so müsse es jetzt und zwar rasch vorgehen. Dass aber Deutschlands Handel und der Absatz deutscher Industrieprodukte in einer eigenen Kolonie sich schneller und günstiger entwickeln werden, als unter fremder Herrschaft, ergebe sich aus den vorhin dargelegten Verhältnissen. Wie in den englischen Kolonien, namentlich seit der Entwicklung der Dampfschifffahrt, kleinere selbständige Firmen sowohl von Europäern als von Eingebornen entstanden seien, und wie die grosse Zahl derselben so erheblich zur Vergrösserung des Liverpooler Geschäfts beigetragen hätte, so werde, zumal bei der Neigung und dem Geschicke der Deutschen für den Handelsbetrieb in überseeischen Ländern, zweifelsohne in einer deutschen Kolonie bald eine grosse Anzahl solcher Firmen entstehen und dieses Geschäft, anstatt nach England, nach Deutschland ziehen. Die in den als Anlage 2*) beifolgenden Manifesten zweier der allwöchentlich in Liverpool ankommenden Dampfer erscheinende grosse Anzahl von Empfängern, gegenüber den wenigen Namen, welche die Manifeste der nach Hamburg bestimmten Dampfer aufweisen, zeige deutlich, welcher Entwicklung der deutsche Handel unter der angegebenen Voraussetzung noch fähig sei. || Das Innere

*) Nicht aufgenommen. Anm. d. Red.

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

Central-Afrika's biete mit seiner dichten, konsumfähigen Bevölkerung und den von allen Reisenden geschilderten grossen Märkten ein besonders günstiges Absatzgebiet für europäische Industrieerzeugnisse, besonders da nicht allein alle Landesprodukte, sondern auch jede Arbeitsleistung nicht mit baarem Gelde oder Tratten, sondern stets mit fremden Waaren bezahlt werden. Die Erschliessung dieses Absatzgebietes für die exportbedürftige deutsche Industrie sei daher von grösstem Werthe; sie werde aber nicht weniger, als durch fremde Kolonien, durch die die Küste bewohnenden unabhängigen Negerstämme erschwert. Die Kamerun-Neger z. B. lassen keinen Weissen über die Flussmündung ins Innere hinein, und wenn es in einzelnen Fällen gestattet werde, so gehe stets ein Häuptling zur Begleitung mit, um jeden Verkehr mit den benachbarten Völkern zu verhindern. Ganz ähnliche Verhältnisse herrschten in den sogenannten Oil Rivers, Old Calabar, New Calabar, Bonny etc. Die Küstenneger hätten sich vielfach europäische Bedürfnisse angeeignet und verlangten für ihren Hausstand und ihre Kleidung nach kostbaren Stoffen und feinerem Hausgeräth (Mobilien, Spiegel, Lampen, Uhren etc.); es finde daher in solchen und in vielen anderen Luxusgegenständen ein belangreiches Geschäft für den Konsum an der Küste statt. Zu dem Neger im Inneren, dem sogenannten „Buschneger", dagegen liessen sie nur die geringen Waaren gelangen. Daher sei zur Erweiterung des Absatzes europäischer Industrieerzeugnisse der direkte Verkehr der Europäer mit den Negern im Innern erforderlich; dieser könne aber nur herbeigeführt werden, wenn die Küste im Besitze einer europäischen Macht sei, und diejenige Macht, welche die Küstenstrecke innehabe, werde den Löwenantheil an dem Verkehre haben. || Ferner empfehle sich die Erwerbung des genannten Gebietes ganz besonders deshalb, weil es sich vorzüglich zur Anlage von Plantagen eigene. Bisher wurden alle Produkte des Landes dort nicht angebaut, sondern wildwachsend geerntet. Das reiche Vorkommen von Gewürzen, Gummi, Kaffee etc. in der Wildniss lege ein sicheres Zeugniss für die Fruchtbarkeit des Bodens ab und zeige, wie sich seine Ertragsfähigkeit durch Anbau werde heben lassen. Auch an brauchbaren Arbeitskräften fehle es nicht; seien doch die Neger der Westküste als Sklaven stets das gesuchteste Arbeitsmaterial für alle heissen Klimate gewesen. Auch als freier Arbeiter leiste der Neger unter richtiger Leitung Vorzügliches. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht wurde auf die grossen Leistungen der an der ganzen Weltküste als freie Arbeiter beschäftigten Kroo-Neger, auf die bedeutenden Erfolge des Kaffeebaues in Liberia und auf die neuerdings angelegten Plantagen in der Kolonie Gaboon hingewiesen.

Freilich, wurde weiter ausgeführt, sei der Plantagenbau da nicht möglich, wo der Pflanzer der Willkür und Habgier uncivilisirter Häuptlinge macht- und rechtlos gegenüberstehe, wo er befürchten müsse, dass die Früchte der langjährigen Arbeit und die bedeutenden Kapitalien, die erforderlich sind, um einen bisher unbebauten Boden urbar zu machen, ihm gelegentlich durch einen Ueberfall der Eingebornen vernichtet werden. Daher könne der Plantagenbau

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

nur da in Angriff genommen werden, wo die Herrschaft einer civilisirten Nation den erforderlichen Schutz gewähre. Dass er dann aber nicht allein vortheilhaft für den Unternehmer, sondern das beste Mittel zur Hebung des Wohlstandes des Landes und seiner Bewohner sei, lehrten vielfache Erfahrungen. || Endlich wurde für die Erwerbung dieser Küstenstrecke hervorgehoben, dass hier das deutsche Interesse bereits jetzt sehr stark vertreten sei. Klein-Eloby sei als Freihafen das Hauptdepot für die in den dortigen Gegenden etablirten deutschen Firmen; dort würden die europäischen Waaren gelandet, um in die umliegenden Faktoreien vertheilt zu werden, und von dort würden die von den Faktoreien angesammelten Produkte mit den Dampfschiffen nach Europa verladen. Nördlich von Eloby bis nach Kamerun seien noch deutsche Faktoreien in Benita, Bata, Batanga, Small Batanga, Malimba, Kamerun und Bimbia. Die deutschen Firmen seien den Eingeborenen in jenem ganzen Lande bekannt, und dies würde die Erwerbung um so mehr erleichtern, als, wie verlaute, die Kamerunhäuptlinge nicht abgeneigt seien, die Oberhoheit eines europäischen Staates anzuerkennen. Günstig sei auch, dass man es dort nicht mit einem mächtigen Könige, wie in Dahomey und Ashanti, sondern mit vielen kleinen Häuptlingen zu thun habe, so dass etwaige Differenzen mit ihnen nie einen ernsteren Charakter annehmen könnten.

Die Handelskammer schliesst sich den im Vorstehenden mitgetheilten Wünschen der am westafrikanischen Handel betheiligten Firmen an und befürwortet ihrerseits lebhaft deren Berücksichtigung, namentlich auch in Bezug auf die Erwerbung einer Flottenstation und eines Küstenstriches zur Gründung einer Handelskolonie. || Der deutsche Handel mit Westafrika ist, wie die Statistik zeigt, so bedeutend und ist in einer so erfreulichen Entwickelung begriffen, dass es im höchsten Grade bedauerlich wäre, wenn er in Folge äusserer Verhältnisse in dieser Entwickelung gehemmt würde oder gar zurückginge. Dafür ist aber nach den Ausführungen jener, als kompetenteste Sachverständige anzuerkennenden Kaufleute dringende Gefahr vorhanden, wenn Deutschland sich nicht entschliesst, durch Erwerbung eines geeigneten Gebietes seinem Handel zunächst in diesem selbst, dann aber, durch den Eindruck, den ein solches Vorgehen machen würde, auch in der ganzen Umgegend einen Schutz und Rückhalt zu geben. Die Handelskammer legt auf diese Aeusserungen der Sachverständigen um so mehr Gewicht, da manche derselben bis vor kurzem die Erwerbung deutschen Kolonialbesitzes für überflüssig und bedenklich gehalten haben und erst durch die erwähnten neuerlichen Vorgänge und die Rückwirkungen, welche sie von denselben verspürt haben, zu anderer Ansicht gelangt sind. Diese Aeusserungen erscheinen auch um so beachtenswerther, als die jetzt in dem betreffenden Gebiete angesessenen Firmen von der Besitzergreifung desselben durch Deutschland zunächst keinen erheblichen Vortheil haben würden; denn diese wissen sich vermöge der Stellung, die sie einnehmen, durch Verträge mit den Häuptlingen etc. schon selbst einigermaassen zu schützen; ihnen würde der mit Sicherheit zu erwartende grosse Zuzug

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

neuer Firmen in eine deutsche Kolonie eher eine nachtheilige Konkurrenz bereiten können. Die grössere Vertheilung des Geschäfts ist es aber, durch die, wie mehrfach hervorgehoben ist, der Handel im Allgemeinen bedeutend vermehrt und jenes weite, bisher nur zu ganz kleinem Theile erschlossene Absatzgebiet der deutschen Industrie eröffnet werden würde. Unter solchen Umständen unterliegt es für die Handelskammer keinem Zweifel, dass die Gründung einer deutschen Handelskolonie an der Westküste Afrika's im Interesse des deutschen Handels und der eng mit ihm verbundenen Schifffahrt liegt. Nicht minder aber würde sie fast allen Zweigen der deutschen Industrie, der gesammten deutschen Erwerbsthätigkeit zu gute kommen. Die im Binnenlande von Männern der verschiedensten Berufsklassen und der verschiedensten wirthschaftlichen Richtungen mit so grossem Eifer betriebene Agitation für eine deutsche Kolonialpolitik wird, wie immer man auch sonst über sie denken möge, als Beleg dafür gelten können, dass es sich bei dieser Frage nicht um die Interessen einzelner Kreise, sondern der Gesammtheit handelt. || Die Handelskammer hat es nicht für richtig gehalten, bei diesem Anlasse in eine prinzipielle Erörterung der Frage der Kolonialpolitik einzutreten, da sie der Ansicht ist, dass in jedem einzelnen Falle zu prüfen sei, wie sich bei den konkreten Verhältnissen die von der Gründung einer Kolonie zu erwartenden Vortheile zu den eventuell mit derselben verbundenen Nachtheilen stellen. Um so mehr hat sie in diesem Falle davon abgesehen, weil hier der für eine Kolonialpolitik in der Regel in erster Linie betonte Gesichtspunkt der Sorge für die Nutzbarmachung der deutschen Auswanderung im Interesse des deutschen Wirthschaftslebens gar nicht in Frage kommt; denn dass die Westküste Afrika's für deutsche Auswanderer im eigentlichen Sinne des Wortes — nicht geeignet ist, bedarf kaum der Erwähnung. Es kann sich immer nur um eine beschränkte Anzahl von Personen handeln, welche dort an der Leitung von kaufmännischen Geschäften oder Plantagen und anderen Unternehmungen betheiligt sind. Bei der grossen Wichtigkeit aber, welche die befürwortete Maassregel immerhin als erster Schritt einer deutschen Kolonialpolitik unzweifelhaft haben würde, hat die Handelskammer die Bedenken, welche sich gegen die Erwerbung einer Kolonie in der fraglichen Gegend erheben lassen, und welche auch in ihrer Mitte nachdrücklich geltend gemacht wurden, eingehender Erwägung unterzogen, wenn auch diese Bedenken nicht eigentlich die von der Handelskammer zu prüfenden wirthschaftlichen Verhältnisse betreffen und sie sich daher nur eine beschränkte Kompetenz zu deren Erörterung beilegen kann. Als solche Bedenken wurden die folgenden hervorgehoben: || 1. Das Klima. Anerkanntermaassen sei das Klima in dortiger Gegend den Europäern nicht günstig. Wenn jetzt eine nicht unbedeutende Zahl von Deutschen sich demselben aussetzten, so thäten sie es freiwillig und ihres Erwerbes wegen; ganz etwas Anderes sei es, wenn das Reich sowohl Verwaltungsbeamte für die Flottenstation und die Kolonie, als auch die Mannschaften der Marine dorthin sende. Namentlich in letzterer Beziehung sei Deutschland mit seinem System

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

der allgemeinen Wehrpflicht ganz anders und in dieser Hinsicht viel ungünstiger gestellt, als z. B. England, welches nur geworbene Truppen habe. 2. Die Kosten. Abgesehen von den einmaligen Kosten der Erwerbung der Flottenstation werde die Verwaltung dieser und der Kolonie fortlaufend nicht unerhebliche Mittel erfordern. Ferner sei es sehr wahrscheinlich, dass der jetzige Bestand der deutschen Marine nicht genüge für den Schutz der zu erwerbenden Besitzungen und für den auch an anderen Orten verlangten wirksamen Schutz der deutschen Interessen. Es werde daher eine Vergrösserung der deutschen Flotte, und eine entsprechende Vermehrung der Mannschaften der Marine erforderlich sein. || 3. Kriegerische Verwickelungen. Wenn die vorstehenden beiden Bedenken sich auf regelmässige Zustände beziehen, so wurde als ferneres Bedenken, auf welches vielleicht das grösste Gewicht zu legen sei, hervorgehoben, dass überseeische Besitzungen sehr leicht zu kriegerischen Verwickelungen führen könnten, und zwar sowohl mit mächtigen eingeborenen Volksstämmen, als auch mit eifersüchtigen europäischen Mächten. Gerade die neuere Geschichte fast aller Kolonialstaaten (England, Frankreich, Spanien, Holland) biete Beispiele hierfür dar.

Die Handelskammer kann diese Bedenken nur in beschränktem Maasse als zutreffend anerkennen und glaubt, dass sie den Vortheilen gegenüber, welche von der Erwerbung einer Kolonie in Westafrika zu erwarten stehen, nicht ausschlaggebend sein dürften. Denn wenn auch das dortige Klima kein günstiges ist, so ist es doch auch nicht so schlecht, wie es häufig dargestellt wird, und nicht schlechter als in den meisten tropischen Ländern, beispielsweise in manchen Gegenden Brasiliens. Die Krankheiten der in diesen Klimaten lebenden Europäer sind vielfach auf unverständige, unmässige Lebensweise zurückzuführen. Der Deutsche ist, weil er im heissen Klima in der Regel vorsichtig lebt, besser als die Angehörigen vieler anderer Nationen zum Aufenthalte in demselben geeignet, und die zunehmende Zahl der gerade an der Westküste Afrika's lebenden Deutschen spricht gegen die besondere Schädlichkeit des dortigen Klimas. Der hervorgehobene Unterschied zwischen Kaufleuten und Beamten, dass erstere freiwillig ihres Erwerbes wegen sich den Gefahren aussetzen, letztere aber auf Befehl hinausgehen, dürfte kaum vorhanden sein. Denn wenn, was allerdings wird geschehen müssen und auch in anderen Ländern mit Kolonialbesitz geschieht, die Gehalte für die in der Kolonie angestellten Beamten wesentlich höher bemessen werden, als die im Mutterlande üblichen, so wird sich auch eine mehr als genügende Zahl tüchtiger Bewerber für jene Stellen finden. Für die Marine lässt sich vermuthlich ebenfalls eine Einrichtung treffen, welche für den Dienst in der Kolonie, wenigstens in der Regel, nur die freiwillig sich dazu Meldenden verwendet, und an solchen würde es bei höherer Besoldung und etwaiger höherer Anrechnung der dort verbrachten Dienstzeit vermuthlich nicht fehlen. Endlich aber kommt in Betracht, dass der eigentliche Schiffsdienst in jener Gegend schon auf Handelsschiffen und mehr noch auf den dort stationirten Kriegsschiffen nicht von der europäischen Mannschaft, sondern fast ausschliesslich

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

von den Kroo-Negern besorgt zu werden pflegt, und dass zum Schutze der Kolonien und des Handels in der Umgegend sich erfahrungsgemäss aus der eingeborenen Bevölkerung eine, wenigstens für gewöhnliche Verhältnisse völlig genügende Truppe ausbilden lässt. || Auch der Kostenpunkt kann keine ernstlichen Bedenken erregen. Bei dem bedeutenden Handel, welcher schon jetzt in dem für die Kolonie in Aussicht genommenen Gebiete besteht, und dem Aufschwunge desselben, welcher bei einer Besitzergreifung durch Deutschland zu erwarten ist, kann zuversichtlich darauf gerechnet werden, dass die Kosten der Verwaltung, wenn auch nicht in der ersten Zeit, so doch sehr bald durch die zu erhebenden Eingangszölle werden gedeckt werden; dafür sprechen die von der englischen Kolonie Lagos jährlich gelieferten, nicht unerheblichen Ueberschüsse. Um welche Summen es sich bei diesen Eingangszöllen handelt, mag daraus abgenommen werden, dass beispielsweise eine Hamburger Firma in Liberia in einem Jahre bis zu 50 000 Dollars, eine andere, und zwar nicht die grösste, in Lagos circa 8000 Pfd. Sterl an Zöllen entrichtet, Ob eine Vermehrung der deutschen Marine erforderlich sein würde, vermag die Handelskammer nicht zu beurtheilen; vermuthlich würde es sich nur um die Anschaffung einiger kleiner Kanonenböte handeln können, welche keine allzu erheblichen Summen erfordern. Es darf aber hervorgehoben werden, dass der Schutz der deutschen Interessen in überseeischen Ländern recht eigentlich Aufgabe der deutschen Flotte ist. || Was endlich die Gefahr kriegerischer Verwicklungen betrifft, so entzieht sich dieser Punkt der Prüfung und Beurtheilung der Handelskammer; sie beschränkt sich auf den Hinweis, dass wenigstens in neuerer Zeit derartige Verwickelungen unter europäischen Mächten aus Anlass kolonialer Erwerbungen nicht stattgefunden haben, und dass Kriege mit mächtigen eingeborenen Fürsten bei dem in Vorschlag gebrachten Gebiete, welches allein jetzt in Frage kommt, nicht zu befürchten sind.

Die Handelskammer glaubt hiermit im Wesentlichen die Gründe berührt zu haben, welche gegen die Erwerbung einer deutschen Besitzung in Westafrika geltend gemacht werden könnten, gleichzeitig aber auch dargelegt zu haben, dass diesen Bedenken gegenüber den wirthschaftlichen Vortheilen, welche von einer solchen Erwerbung zu erwarten sind, doch keine entscheidende Bedeutung beizulegen sei. Wenn sie es bezüglich dieses von den am westafrikanischen Handel betheiligten Kaufleuten geäusserten Wunsches für angezeigt gehalten hat, ihre befürwortende Stellungnahme zu demselben noch besonders zu begründen, so wird das hinsichtlich der übrigen erörterten Punkte nicht weiter erforderlich sein, und darf sie sich darauf beschränken, zum Schluss die sämmtlichen geltend gemachten Wünsche wie folgt zusammenzufassen:

1. Ernennung eines deutschen Konsuls an der Goldküste.
2. Abschluss von Verträgen mit England, eventuell auch Frankreich, durch welche den Deutschen in den Kolonien dieser Staaten in jeder Beziehung, namentlich bezüglich des Erwerbes von Grundeigenthum,

Nr. 8271. Hamburg. 6. Juli 1883.

gleiche Rechte mit den Angehörigen derselben gewährleistet werden (besonders mit Bezug auf die Verhältnisse in Serra Leone).

3. Einwirkung auf Frankreich zwecks Aufhebung der Benachtheiligung des deutschen Handels, wie sich durch das Verbot der Einfuhr von Gewehren in der Kolonie Gaboon und die gleichzeitige Einfuhr grosser Quantitäten zum Handel bestimmter Gewehre durch de Brazza herbeigeführt wird.
4. Bewirkung der Anerkennung des Inkraftbestehens des Handelsvertrages durch die liberianische Regierung; eventuelle Revision des Vertrages und Sicherung gleicher Behandlung der Deutschen in Liberia mit den Angehörigen anderer Staaten.
5. Schutz der deutschen Interessen in den von unabhängigen Negerstämmen bewohnten Distrikten durch Abschluss von Verträgen mit den Häuptlingen, und durch Stationirung von Kriegsschiffen zu diesem Zwecke.
6. Neutralisirung der Kongomündung und des benachbarten Küstenstriches.
7. Begründung einer Flottenstation (Fernando Po).
8. Erwerbung eines Küstenstrichs in Westafrika zu Gründung einer Handelskolonie Biafra Bai.

Die Handelskammer richtet an die Deputation das ganz ergebene Ersuchen, Hohem Senate diese Wünsche zur geneigten Befürwortung bei der deutschen Reichsregierung empfehlen zu wollen.

Die Handelskammer.

An
die Deputation für Handel und Schiffahrt hierselbst.

Anlage 1.

*Hamburgs Verkehr mit Westafrika und den Inseln.*

| | Angekommene Seeschiffe, im Ganzen | | darunter | | | Abgegangene Seeschiffe, im Ganzen | | darunter | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Schiffe | Reg.-Tons | Dampfer | Reg.-Tons | | Schiffe | Reg.-Tons | Dampfer | Reg.-Tons |
| 1871 | 30 | — | — | — | 1871 | 39 | — | — | — |
| 1872 | 33 | — | — | — | 1872 | 34 | — | — | — |
| 1873 | 22 | 5 888 | — | — | 1873 | 35 | 8 668 | 1 | 45 |
| 1874 | 27 | 7 034 | — | — | 1874 | 43 | 9 786 | 1 | 351 |
| 1875 | 42 | 9 736 | — | — | 1875 | 69 | 17 012 | — | — |
| 1876 | 45 | 11 048 | — | — | 1876 | 67 | 16 646 | 1 | 803 |
| 1877 | 36 | 11 722 | — | — | 1877 | 88 | 21 018 | 2 | 187 |
| 1878 | 25 | 8 054 | 1 | 738 | 1878 | 98 | 25 674 | 1 | 738 |
| 1879 | 39 | 14 660 | 5 | 4 958 | 1879 | 78 | 30 951 | 14 | 15 221 |
| 1880 | 38 | 21 799 | 14 | 14 956 | 1880 | 77 | 38 737 | 24 | 24 135 |
| 1881 | 35 | 24 470 | 17 | 18 417 | 1881 | 83 | 36 028 | 17 | 17 588 |
| 1882 | 36 | 44 349 | 21 | 21 584 | 1882 | 96 | 44 733 | 27 | 25 646 |

| | Einfuhr. | | Ausfuhr. | |
|---|---|---|---|---|
| | Mark | Doppelzentner | | Doppelzentner |
| 1871 . . . . . | 4 620 300 | 84 338 | 1871 . . . . . | — |
| 1872 . . . . . | 3 712 320 | 93 447 | 1872 . . . . . | — |
| 1873 . . . . . | 2 678 530 | 71 934 | 1873 . . . . . | 67 939 |
| 1874 . . . . . | 3 595 680 | 80 501 | 1874 . . . . . | 110 506 |
| 1875 . . . . . | 5 108 420 | 110 297 | 1875 . . . . . | 164 167 |
| 1876 . . . . . | 5 899 980 | 128 511 | 1886 . . . . . | 159 731 |
| 1877 . . . . . | 5 647 650 | 122 302 | 1877 . . . . . | 206 277 |
| 1878 . . . . . | 3 754 670 | 92 664 | 1878 . . . . . | 251 807 |
| 1879 . . . . . | 7 025 660 | 128 962 | 1879 . . . . . | 259 252 |
| 1880 . . . . . | 7 056 010 | 183 271 | 1880 . . . . . | 339 080 |
| 1881 . . . . . | 5 724 830 | 153 868 | 1881 . . . . . | 305 101 |
| 1882 . . . . . | 8 588 000 | 223 659 | 1882 . . . . . | 417 513 |

*Englands Verkehr mit Westafrika.*

| | Angekommene Schiffe, im Ganzen | | darunter | | Abgegangene Schiffe, im Ganzen | | darunter | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Schiffe | Reg.-Tons | Dampfer | Reg.-Tons | Schiffe | Reg.-Tons | Dampfer | Reg.-Tons |
| 1871 | 252 | 96 054 | 66 | 52 749 | 381 | 138 600 | 67 | 52 684 |
| 1872 | 210 | 84 818 | 64 | 51 276 | 330 | 128 617 | 78 | 59 811 |
| 1873 | 170 | 78 334 | 62 | 52 570 | 366 | 152 877 | 82 | 62 369 |
| 1874 | 190 | 87 324 | 66 | 58 482 | 390 | 157 653 | 70 | 65 178 |
| 1875 | 186 | 84 825 | 65 | 57 860 | 332 | 129 323 | 58 | 53 664 |
| 1876 | 152 | 78 488 | 56 | 54 396 | 297 | 121 991 | 52 | 46 043 |
| 1877 | 146 | 81 234 | 62 | 59 409 | 350 | 153 777 | 71 | 61 964 |
| 1878 | 133 | 79 838 | 62 | 61 758 | 382 | 167 843 | 75 | 69 077 |
| 1879 | 139 | 82 742 | 69 | 65 042 | 357 | 179 702 | 84 | 76 450 |
| 1880 | 142 | 101 647 | 82 | 83 532 | 347 | 183 889 | 79 | 80 456 |
| 1881 | 124 | 92 116 | 78 | 79 412 | 426 | 210 389 | 88 | 84 580 |

| | Einfuhr. | | | Ausfuhr. | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Pfd. Sterl. | | Pfd. Sterl. | Pfd. Sterl. | | Pfd. Sterl. |
| 1871 | 2 485 062 | 1877 | 2 414 879 | 2 005 721 | 1877 | 2 368 679 |
| 1872 | 2 504 909 | 1878 | 1 925 880 | 2 206 189 | 1878 | 2 404 558 |
| 1873 | 2 436 912 | 1879 | 2 053 666 | 2 198 894 | 1879 | 1 903 219 |
| 1874 | 2 563 640 | 1880 | 2 689 889 | 2 147 185 | 1880 | 2 114 691 |
| 1875 | 2 365 138 | 1881 | 2 105 201 | 1 907 406 | 1881 | 2 038 478 |
| 1876 | 2 376 904 | | | 2 072 244 | | |

## Nr. 8272. PREUSSEN. — Min. des Ausw. an den preussischen Gesandten in Hamburg. — In Aussicht genommene Massregeln.

Nr. 8272. Preussen. 22. Dec. 1883.

(Auszug.) Berlin, den 22. Dezember 1883.

Mit Bezug auf die gefälligen Berichte vom 11. Juli d. J., betreffend die Wahrung und Förderung der deutschen Handelsinteressen an der Westküste von Afrika, beehre ich mich Ew. etc. vertraulich von denjenigen Massnahmen zu unterrichten, welche nach eingehender Prüfung der von den Hansestädten Bremen und Hamburg geäusserten Wünsche und unter Berücksichtigung der inzwischen über die Verhältnisse in den westafrikanischen Küstenländern erforderten Berichte Kaiserlicher Schiffskommandanten in Aussicht genommen sind. || Vorbehaltlich der Einstellung einer Dotirung für den Posten eines Berufskonsulats in den Reichshaushalt für 1885/86 wird beabsichtigt, alsbald eine kommissarische Vertretung der deutschen Interessen an der Küste von Westafrika einzurichten. || Auch die dauernde Stationirung von Kriegsschiffen an dieser Küste ist in das Auge gefasst; einstweilen soll S. M. S. „Sophie" mit dem Schutze der dortigen deutschen Interessen beauftragt werden. Das Schiff wird in nächster Zeit u. A. auch die Häfen von Grand und Little Popo besuchen. || Es wird der Versuch gemacht werden, den deutschen Handel in den Besitzungen der Kolonialstaaten gegen Benachtheiligungen thunlichst zu wahren, und womöglich die bestehenden Vertragsrechte zu erweitern. || Der Vertrag mit Liberia ist weder von uns, noch von der liberischen Regierung gekündigt worden und besteht deshalb noch in Kraft. Wir werden die liberische Regierung um eine, die Gültigkeit des Vertrags ausdrücklich anerkennende Erklärung ersuchen lassen, und sodann im Einzelnen die den Angehörigen des Reichs vertragsmässig zustehenden Rechte zur Geltung zu bringen bemüht sein. Geeignetenfalls wird eine Revision und Ergänzung des Vertrags beantragt werden. || Der von dem hanseatischen Handelsstande beantragte Abschluss von Verträgen mit anderen unabhängigen Negerstaaten wird zu den Aufgaben des Kaiserlichen Kommissars bezw. des später zu entsendenden Generalkonsuls gehören. Mittheilungen der beiden Senate in Betreff derjenigen Gebiete, für welche dies zumeist oder zunächst erwünscht ist, und hinsichtlich der hierbei geltend zu machenden, auf Erfahrungen gestützten Desiderien werden mir willkommen sein.

etc.

Ew. etc. ersuche ich ergebenst von Vorstendem den Senaten der Hansestädte Hamburg und Bremen vertraulich Kenntniss zu geben.

etc.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
In Vertretung:
gez. Graf von Hatzfeldt.

## Nr. 8273. HAMBURG. — Eingabe der Firma Jantzen & Thormählen. Vorschläge für Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen.

(Auszug.)

Hamburg, den 5. Februar 1884. Nr. 8273. Hamburg. 5. Febr. 1884.

Der Handelskammer hierselbst beehren wir uns rücksichtlich der von Seiten der deutschen Reichsregierung in Aussicht genommenen, unter Begleitung eines Kaiserlichen Kommissars demnächst stattfindenden Hinaussendung eines deutschen Kriegsschiffes nach der Westküste Afrikas im Nachstehenden unser diesbezügliches Gutachten mit der Bitte zu überreichen, die darin enthaltenen Vorschläge dem auswärtigen Amt zu Berlin zur geneigten Berücksichtigung zu empfehlen. || Wir müssen hierbei vorausschicken, dass es sich dabei nur um denjenigen Theil des afrikanischen Küstengebiets handelt, der uns während einer langen Reihe von Jahren persönlich bekannt geworden ist und die Strecke von Kamerun bis Gaboon umfasst. Bis vor 25 Jahren befand sich der Handel an dieser Küste lediglich in Händen der Engländer, und war die hiesige Firma C. Woermann, für welche wir drüben während vieler Jahre geschäftlich thätig zu sein die Ehre hatten, das erste deutsche Handelshaus, welches in Gaboon sowohl als in Kamerun festen Fuss fasste und die Konkurrenz der Engländer mit Erfolg bekämpfte. Seit dem Jahre 1874 sind wir dazu geschritten, ebenfalls Handelsniederlassungen an den in Frage stehenden Plätzen zu errichten. Wir greifen gewiss nicht fehl, wenn wir behaupten, dass den jetzt an dortiger Küste befindlichen deutschen Handelshäusern fast die Hälfte der in den benannten Distrikten an den Markt kommenden Produkte zufällt gegenüber einer drei- bis vierfach stärkeren Konkurrenz seitens der Liverpool- und Bristolhäuser etc. || Wir erlauben uns, die Namen derjenigen Persönlichkeiten zu verzeichnen, die behufs Abschluss von Verträgen in Frage kommen würden, und gestatten wir uns noch ferner über diese Persönlichkeiten noch einige Bemerkungen hinzuzufügen. || Für Kamerun, woselbst der deutsche Handel einen ganz bedeutenden Umfang genommen hat, sind in erster Linie King Bell und King Aqua und in zweiter Reihe Lock Preso und Dido die massgebenden Häuptlinge, und wäre es von der grössten Wichtigkeit und von unberechenbarem Vortheil, wenn es zu erreichen wäre, dass diese Chiefs die Navigation des oberen Laufes des Kamerunflusses freigäben. || Was nun die politischen Verhältnisse in Kamerun anlangt, so hat von jeher eine grosse Rivalität zwischen King Bell und King Aqua bestanden und häufig zu blutigen, den Handel höchst schädigenden Kriegen geführt, ohne dass es Einem von ihnen gelungen wäre, über den Anderen die Oberherrschaft zu erlangen. Die Familie Bell blickt, im Bewusstsein ihrer durch Geburt ererbten völligen Freiheit, auf die Familie Aqua, weil von Sklaven abstammend, als nicht ebenbürtig herab, wogegen Aqua im Gefühl seiner numerischen Stärke mit Erfolg den Kampf gegen Bell und die mit letzterem zeitweilig verbündeten, aber ebenso freien Stämme der Dido's und

Nr. 8273. Hamburg. 5. Febr. 1884.

Preso's bestanden hat. || Es sind daher beim Abschluss eines Handelsvertrages Bell und Aqua als ganz gleichmässige Kontrahenten zu behandeln, wogegen Dido und Lock Preso in einer mehr oder minder abhängigen Stellung den beiden Kings gegenüber sich befinden. || In Malimba heisst der Häuptling King Passall, der dafür bekannt ist, ein zu Gewaltthätigkeiten und Plündern sehr geneigter Mensch zu sein, und namentlich deshalb dieses Räuber- und Erpressungshandwerk treibt, da ihm von der See aus schwer beizukommen und der Eingang zu dem Malimba-River nur mit ganz flach gehenden Böten, zur Zeit der ungünstigen Saison aber selbst nicht mal mit solchen Fahrzeugen zu bewerkstelligen ist etc. || Bezüglich Eloby und Gaboon brauchen wir nichts zu erwähnen, da diese Plätze spanisches, bezw. französisches Gebiet sind und demnach die mit diesen Ländern bestehenden Handelsverträge zur Geltung kommen etc. || Mit Hochachtung ergebenst

gez. Jantzen & Thormählen.

An die Handelskammer zu Hamburg.

---

## Nr. 8274. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den Generalkonsul Dr. Nachtigal. — Auftrag gewisse Küstenstriche unter deutsches Protectorat zu stellen.

(Auszug.)

Berlin, den 19. Mai 1884.

Nr. 8274. Deutschland. 19. Mai 1884.

Ew. etc. ertheile ich für Ihr Kommissorium an der Westküste von Afrika nachstehende Instruktion: || Um den Angehörigen des Reiches an der Westküste von Afrika gegen die Verdrängung aus den in einzelnen Gebieten errungenen Positionen durch etwaige Besitzergreifung von anderer Seite Sicherheit und hiermit die Möglichkeit weiterer Entwickelung zu gewähren, hat Seine Majestät der Kaiser beschlossen, den Schutz der Deutschen und ihres Verkehrs in einigen Küstenstrichen im Namen des Reichs unmittelbar zu übernehmen. Die Einrichtung eines Verwaltungsapparats, der die Entsendung einer grösseren Anzahl deutscher Beamten bedingen würde, die Errichtung ständiger Garnisonen mit deutschen Truppen und die Uebernahme einer Verpflichtung des Reichs, den in solchen Gebieten sich ansiedelnden Deutschen und ihren Faktoreien und Unternehmungen, auch während etwaiger Kriege mit grösseren Seemächten, Schutz zu gewähren, wird dabei nicht beabsichtigt. || Für unsern Zweck wird der Abschluss von Freundschafts-, Handels- und Protektoratsverträgen ausreichen, durch welche die zur Ausübung wirksamen Schutzes deutscher Unterthanen erforderlichen Rechte erworben werden. Es handelt sich zunächst um folgende Punkte, die wir gegen eine unseren Handel schädigende Beschlagnahme von Seiten anderer Mächte sicherzustellen wünschen etc:

I. Angra Pequena etc.

II. Der Küstenstrich zwischen dem Nigerdelta und Gaboon, insbesondere

Nr. 8274. Deutschland. 19. Mai 1884.

die Strecke gegenüber der Insel Fernando Po in der Bai von Biafra möglichst westlich von der Kamerunmündung bis zum Kap. St. John. || Die bezüglich dieser Strecke bestehenden Wünsche wollen Ew. etc. aus dem zu Ihrer Kenntnissnahme abschriftlich beifolgenden Schreiben des Herrn Adolph Woermann vom 30. v. M. gefälligst ersehen, welches dieser im eigenen und im Namen anderer Hamburger Firmen, insbesondere der Herren Jantzen und Thormählen, an mich gerichtet hat. Die Gründe, welche in diesem Falle für die eigentliche Besitzergreifung Namens des Reichs geltend gemacht werden, haben Seine Majestät den Kaiser bewogen, in die Proklamirung Allerhöchstdessen Protektorats über diesen Küstenstrich und in die Einsetzung eines Kaiserlichen Kommissars mit seinerzeit näher zu bestimmenden Regierungsbefugnissen zu willigen. || Die Kaiserliche Oberhoheit ist erst nach deren vertragsmässiger Anerkennung seitens der eingeborenen Häuptlinge oder auf Grund zuvoriger Erwerbung in den betreffenden Gebieten seitens Angehöriger des Reichs durch Ew. etc. zu proklamiren. || Die interessirten deutschen Firmen haben bereits einige vertragsmässige Erwerbungen gemacht, und können die betreffenden Gebiete daher sofort vorbehaltlich der bestehenden Rechte Dritter unter das Protektorat Seiner Majestät des Kaisers gestellt werden. || Um bis zu Ew. etc. Ankunft in der Bai von Biafra neue Erwerbungen, zu welchen die Interessenten Auftrag ertheilt haben, zu erleichtern und um deren Anfechtung von dritter Seite möglichst auszuschliessen, habe ich den mit den Verhältnissen an dieser Küste besonders vertrauten Kaiserlichen Konsul in Gaboon, Herrn Schulze, zur amtlichen Beglaubigung solcher Verträge ermächtigt. Bei Aufrichtung der Schutzherrschaft Seiner Majestät des Kaisers ist es angezeigt, unsererseits diejenigen Grundsätze zu bethätigen, deren Verletzung seitens anderer Mächte die berechtigten Interessen unserer Angehörigen vielfach geschädigt und unseren Entschluss, einige noch unabhängige Gebiete hiergegen sicherzustellen, hervorgerufen hat. || Bei den abzuschliessenden Verträgen und bei deren Verkündigung wird daher im Sinne der vorliegenden Eingabe des Herrn Woermann ausdrücklich auszusprechen sein, dass wir die von anderen Nationen oder deren Angehörigen mit den Eingeborenen früher abgeschlossenen Handelsverträge und Kontrakte respektiren und überhaupt die in den betreffenden Gebieten bestehende Handelsfreiheit aufrecht erhalten würden. Auch ist, dem Antrage sub 6 gemäss, den eingeborenen Häuptlingen die Forterhebung von Abgaben in der seitherigen Weise zu gestatten. || Vorbehaltlich der definitiven Beschlussfassung über den Rang und die Befugnisse des für diesen Küstenstrich zu ernennenden Kaiserlichen Kommissars, ermächtige ich Ew. etc. mit Allerhöchster Genehmigung, entweder im Einverständniss mit dem Kommandanten S. M. Kanonenboot „Möwe" einen Offizier dieses Fahrzeuges oder eine Ihnen sonst geeignet scheinende Persönlichkeit als interimistischen Vertreter Seiner Majestät des Kaisers einzusetzen.

III. Ausser diesen Küstenstrichen haben Ew. etc. Little Popo anzulaufen. Aus dem Ihnen mitgetheilten Berichte des Kapitäns Stubenrauch sind Sie über

Nr. 8274. Deutschland. 19. Mai 1884.

die früheren Vorkommnisse an diesem Küstenpunkte unterrichtet. In der Voraussetzung, dass inzwischen die Häuplinge sich keine Gewaltthätigkeiten mehr gegen die deutschen Firmen haben zu Schulden kommen lassen, sind die von S. M. S. „Sophie" seiner Zeit genommenen Geiseln wieder in Freiheit zu setzen. || Nach neueren Mittheilungen der dortigen deutschen Firmen hat der englische Gouverneur der Goldküste unmittelbar nach der Abfahrt S. M. S. „Sophie" seine Bemühungen fortgesetzt, um auf eine englische Annexion dieses Küstenstrichs hinzuwirken. Unter dem 5. März d. J. haben der König von Little Popo und Grigi und eine Anzahl von Häuptlingen das zu Ew. etc. Kenntnissnahme abschriftlich beifolgende Schreiben an Seine Majestät den Kaiser gerichtet, worin dieselben unter dem Ausdruck des Dankes für die Friedensstiftung durch das deutsche Kriegsschiff Seiner Majestät um Uebernahme des Protektorats behufs Abwendung der befürchteten Annexion durch England bitten. || Im Laufe der vertraulichen Besprechungen des Fürsten Hohenlohe mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten über westafrikanische Fragen, welche wir möglichst im Einvernehmen mit Frankreich zu behandeln wünschen, ist uns französischerseits mitgetheilt worden, dass bereits vor einem Jahre die Häuptlinge von Little Popo mit Frankreich eine Art Protektoratsvertrag abgeschlossen hätten. Dieser sei einstweilen nicht publizirt worden, und man sei ungewiss, ob der Zeitpunkt für die Veröffentlichung jetzt schon gekommen sei. Wir haben deshalb die französische Regierung wissen lassen, wir würden unser Entgegenkommen auf diesem Gebiet zunächst dadurch bethätigen, dass wir das hierher gerichtete Gesuch des Königs und der Häuptlinge zu Little Popo, in Erwartung unserer Verständigung mit Frankreich einstweilen auf sich beruhen lassen und, falls Frankreich dazu übergehe, seinen Vertrag zu publiziren und in Kraft zu setzen, solchen unsererseits respektiren würden. || Wir gingen hierbei von der Annahme aus, dass die französische Regierung die an die Uebernahme der Herrschaft über diesen Küstenstrich seitens einer anderen Macht sich knüpfenden Besorgnisse des deutschen Handelsstandes durch Aufrechterhaltung der daselbst bestehenden Handelsfreiheit zerstreuen werde.

Ew. etc. wollen in dieser wie in den übrigen Fragen jeder Kollision unserer und der französischen Interessen sorgfältig aus dem Wege gehen.

gez. von Bismarck.

Anlage 1. Hamburg, den 30. April 1884.

Nachdem Ew. Durchlaucht mir das Vertrauen geschenkt haben, mich in der am Montag den 28. d. M. stattgehabten Besprechung als Vetreter der an dem Handel mit Westafrika interessirten Firmen nach meinen Ansichten über diejenigen Instruktionen zu fragen, welche dem nach der Westküste Afrikas gesandten Kommissar der deutschen Regierung in Betreff der Erwerbung von Küstenstrecken zu ertheilen sein würden, erlaube ich mir, die folgenden Punkte als meines Erachtens noch erforderlich zu bezeichnen:

Nr. 8274. Deutschland. 19. Mai 1884.

1. Wenn deutsche Firmen, welche jetzt an dem Golf von Biafra Handelsniederlassungen besitzen, gemeinschaftlich oder auch einzeln mit den eingeborenen Häuptlingen Verträge abgeschlossen haben oder abschliessen können, nach welchen diese Häuptlinge ihre Hoheitsrechte an Seine Majestät den Kaiser von Deutschland abzutreten gewillt sind, so ist der Kaiserliche Kommissar, resp. der Kommandant des Kriegsschiffes befugt, solches Land im Namen Seiner Majestät des Kaisers für Deutschland in Besitz zu nehmen.

2. Die jetzt in Kamerun etablirten deutschen Firmen sind: a) C. Woermann und b) Jantzen & Thormählen, beide in Hamburg.

3. Die Besitzergreifung erfolgt sofort, nachdem genannte Firmen die Verträge abgeschlossen haben; dieselbe wird dokumentirt durch Aufziehen der deutschen Flagge in einem jeden der abgetretenen Gebiete, sowie durch eine öffentliche Erklärung, dass das Land nunmehr deutsches Eigenthum sei.

4. In der Erklärung ist ausdrücklich zu sagen, dass etwaige frühere Rechte und Ansprüche Dritter respektirt werden sollen; auch müssen die seitens Englands und anderer Nationen in früheren Zeiten mit den eingeborenen Häuptlingen abgeschlossenen Handelsverträge in Kraft bleiben.

5. Solche Besitznahme darf an allen Plätzen des Küstengebietes im Golf von Biafra zwischen Bimbia und Kap St. Johns erfolgen. Die betreffenden Plätze heissen von Norden nach Süden: Bimbia, Kamerun, Malimba, Small Batanga, Batanga, Bata, Benito. In Malimba und Benito sind Abtretungen an die Firma C. Woermann bereits erfolgt.

6. Den eingeborenen Häuptlingen ist zunächst die Erhebung von Abgaben ganz in bisheriger Weise zu gestatten: auch dürfen dem Handel der in jenem Gebiet etablirten Kaufleute fremder Nationen keinerlei Beschränkungen auferlegt werden.

7. Nach erfolgter Besitznahme hat der Kommandant des betreffenden Kriegsschiffs zunächst bis zum Eintreffen weiterer Berichte von zu Hause als Vertreter Seiner Majestät des Kaisers zu fungiren.

Meines Erachtens genügen diese Instructionen, bis diesseits die Berichte über vollendete Thatsachen eingetroffen sind.

Ueber die dann zu treffenden Massnahmen würde ich mir die folgenden Vorschläge erlauben:

1. Die möglichst ununterbrochene Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffs, dessen jeweiliger Kommandant als Vertreter des Kaisers von Deutschland zu fungiren haben würde, erscheint nothwendig.

2. Wenn irgend möglich, müsste diesem Kommandanten ein Civilbeamter beigegeben werden. Zu solchem Posten würde ein Berufskonsul oder ein anderer mit anderen Ländern vertrauter Beamter zu designiren sein.

3. Sehr wünschenswerth würde ferner sein, dass ein ausrangirtes Fahrzeug der Kriegsmarine als Hulk in den Kamerunfluss gelegt würde, entsprechend dem Vorgehen der Kaufleute, welche ausrangirte Handelsschiffe als Waarenläger benutzen.

Nr. 8274. Deutschland. 19. Mai 1884.

Dieser Marinehulk könnte einerseits als Residenz des deutschen Beamten dienen und würde zu gleicher Zeit ein deutlich sichtbares Zeichen der deutschen Oberhoheit sein.

Bei Begründung der Kolonie Gaboon hatten die Franzosen zuerst ebenfalls einen solchen Hulk.

In der Hoffnung, dass diese Vorschläge die Genehmigung Ew. Durchlaucht finden werden, zeichne ich mit grösster Hochachtung

Ew. Durchlaucht ganz ergebener

gez. Adolph Woermann.

Anlage 2.

*Auszug aus einem Bericht des Kommandanten S. M. S. „Sophie", Korvettenkapitäns Stubenrauch, an die Kaiserliche Admiralität vom 22. Februar 1884.*

Als S. M. S. „Sophie" am 30. Januar 1884 in Little Popo eintraf, theilten die Vertreter der dortigen deutschen Faktoreien dem Kommandanten mit, dass die Verhältnisse sich in einer Krisis befänden und dass ihre Stellung in dem gedachten Orte gefährdet sei. || Sie gaben im Näheren Folgendes an: Im Februar 1882 hätten sie mit dem damals allgemein anerkannten Machthaber in Little Popo, dem Häuptling Quadjovi, einen Kontrakt geschlossen, in welchem ihnen gegen Entrichtung gewisser Ausfuhrzölle auf Oel und Palmkerne und gegen eine jährliche Abgabe an den Häuptling volle Freiheit in ihren Handelsoperationen zugesichert wurde. Bis zum November 1883 seien sie im Allgemeinen nicht belästigt worden; zu dieser Zeit aber seien von anderen Häuptlingen in Little Popo Ansprüche auf den von ihnen zu entrichtenden Zoll erhoben worden. Jeder derselben habe die Behauptung aufgestellt, der Zoll müsse an ihn entrichtet werden, und eine Zahlung desselben an die anderen Häuptlinge sei ungültig. Hierüber seien auch die Häuptlinge unter sich in Streitigkeiten gerathen, und stehe infolge dessen der Ausbruch eines Krieges, bei welchem das Eigenthum und Leben der Deutschen gefährdet sei, zu erwarten. Alle Versuche, durch Versammlung der Häuptlinge oder des Volkes die Streitigkeiten beizulegen, seien vergeblich geblieben; namentlich habe auch eine am Tage zuvor abgehaltene und von Tausenden Bewaffneter besuchte Versammlung zu keinem Resultate geführt; es sei infolge dessen ohne das Eintreffen S. M. S. das Schlimmste zu befürchten gewesen. Bezüglich der politischen Verhältnisse in Little Popo wurde von dem Kommandanten S. M. S. „Sophie" Folgendes ermittelt. Little Popo und die dazu gehörenden Küstenstriche unterstehen rechtmässig der Herrschaft des Königs von Grigi, eines Negerfürsten, dessen Residenz Grigi ungefähr zwei Seemeilen nördlich von Little Popo im Innern liegt. Der König von Grigi hat seiner Zeit für Little Popo drei Häuptlinge eingesetzt und ihnen die Eintreibung der Steuern von den dort lebenden Fremden übertragen. Dem einen Häuptling, Georg Lawson, übertrug er die Erhebung der Handelsabgaben von den Engländern, dem zweiten,

Quadjovi, die Einziehung der Handelsabgaben von allen anderen Nationen; den dritten, Pedro Quadjo, betraute er mit der Erhebung der Grundrente. Anfang der fünfziger Jahre ist der König von Grigi gestorben. Da sein Nachfolger noch minderjährig war, so ist der Tod des Königs nicht bekannt gegeben, sondern der Landessitte gemäss gesagt worden, der König schliefe. Die Regierungsgeschäfte wurden unter dem Zeichen der Königlichen Würde — dem Stocke des Königs — von den Verwandten des verstorbenen Herrschers wahrgenommen. Die Königliche Macht hat sich indess allmälig vermindert. || Als im Jahre 1883 der Häuptling Georg Lawson starb, versuchte ein in Sierra Leone geborener Verwandter desselben, Namens William Lawson, sich zum Regenten aufzuwerfen. Er kam mit einem englischen Schiffe nach Little Popo und wusste sich, gestützt auf englischen Einfluss, bedeutende Macht zu erwerben. Da seinem erwähnten Vorhaben indessen von den übrigen Häuptlingen und von der Bevölkerung Schwierigkeiten entgegengestellt wurden, hat er sich damit begnügt, einen Neffen des verstorbenen Häuptlings, Namens G. A. Lawson, als König von Little Popo zu proklamiren und sich selbst zum ersten Minister desselben zu machen. Die Behauptung des gedachten Ministers, G. A. Lawson sei thatsächlich König von Little Popo, ist nicht berechtigt: derselbe ist nur an die Stelle des verstorbenen Georg Lawson getreten und somit lediglich Häuptling oder Kaboceer geworden. Immerhin ist aber die Macht des G. A. Lawson durch die Bemühungen seines Ministers sehr gewachsen. Während bis zum Jahre 1883 Quadjovi der unbestrittene Machthaber in Little Popo war, wird jetzt Georg Lawson am meisten gefürchtet. Gleichwohl wurde es aber von den Deutschen bezweifelt, dass seine Streitkräfte denen der beiden anderen Häuptlinge überlegen seien und dass er allein die Sicherheit der Deutschen zu gewährleisten im Stande sein würde. || Am 31. Januar wurde, um eine Sicherstellung der deutschen Interessen zu erreichen, von dem Kommandanten S. M. S. „Sophie“ ein Palaver abgehalten, zu welchem Vertreter des Königs von Grigi und des Häuptlings Pedro Quadjo, der Häuptling Quadjovi und der Minister William Lawson erschienen. Dasselbe blieb erfolglos. Dagegen gelang es am folgenden Tage, mit den Vertretern des Königs von Grigi und den Häuptlingen Quadjovi und Pedro Quadjo eine Vereinbarung zu schliessen, in welcher dieselben den von den deutschen Firmen im Jahre 1882 mit Quadjovi abgeschlossenen Vertrag als zu Recht bestehend anerkannten, und worin dieselben sich verpflichteten, für die Sicherheit der Deutschen und ihrer Faktoreien zu sorgen. || Obgleich die Partei Lawson dem Vertrage nicht beigetreten war, glaubten die Vertreter der deutschen Firmen doch, dass ihnen durch dieses Abkommen genügender Schutz gewährt werde. || S. M. S. „Sophie“ ging infolge dessen am folgenden Tage nach Grand Popo in See. Gleich nach dem Eintreffen daselbst kam indessen ein Vertreter der deutschen Firma Wölber & Brohm, welcher den Weg von Little Popo nach Grand Popo zu Pferde zurückgelegt hatte, an Bord und bat den Kommandanten, so schnell wie möglich den Deutschen in Little Popo zu Hülfe zu kommen, da das

Nr. 8274. Deutschland. 19. Mai 1884.

Schlimmste für Leben und Eigenthum derselben zu befürchten sei. Die Neger, und zwar anscheinend solche von der Lawsonpartei, hätten die Leute der deutschen Firmen mit Waffengewalt daran verhindert, die Landungsböte zum Löschen eines kurz nach Abgang des S. M. S. „Sophie" eingetroffenen deutschen Dampfers „Carl Woermann" zu gebrauchen; dieselben hätten sich auch dahin geäussert, dass der deutsche Kaiser ja doch nicht Macht genug besässe und seine Kriegsschiffe nicht wagen würden, zur Wahrung der deutschen Interessen militärisch einzuschreiten. || Alsbald nach Little Popo zurückgekehrt, ertheilte der Kommandant S. M. S. „Sophie" einem Landungskorps in der Stärke von etwa 100 Mann den Befehl, die 3 Häuptlinge nebst ihren Rathgebern gefangen zu nehmen und dieselben an Bord zu bringen. Dieser Befehl wurde auch auf das prompteste ausgeführt. Nachdem der Hauptvertreter des Königs von Grigi freiwillig an Bord gekommen war, wurde eine Untersuchung der Vorganges vorgenommen und dabei durch die Aussagen der Deutschen sowohl als auch der Eingeborenen festgestellt, dass es Leute der Lawsonpartei gewesen seien, welche die Gewaltthätigkeiten gegen Deutsche begangen hätten. Es stellte sich ferner heraus, dass der Minister Lawson sowie ein Mulatte Namens Gomez und ein Rathgeber des Königs Namens Wilson die Hauptschuldigen an den Vorkommnissen des vorigen Tages gewesen waren, während sich die Häuptlinge Pedro Quadjo und Quadjovi nach Möglichkeit bemüht hatten, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. || Im Laufe der hierauf folgenden Verhandlungen verpflichtete sich der Häuptling Lawson, das zwischen den Vertretern der deutschen Firmen und den anderen Häuptlingen bezüglich der Steuerzahlung abgeschlossene Uebereinkommen auch seinerseits anzuerkennen und die persönliche Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die Deutschen auch seitens seiner Partei beschützt würden. || Es wurden hierauf die Gefangenen freigelassen bis auf den Minister Lawson, den Mulatten Gomez und den vorerwähnten Wilson, welcher letztere sich bereit erklärt hatte, als Bürge für den König an Bord zu bleiben. || Diese 3 Personen wurden bei der am 5. Februar erfolgten Abfahrt S. M. S. „Sophie" mitgenommen. || Bei der Ankunft S. M. S. „Sophie" in Lagos theilte der Minister Lawson dem Kommandanten mit, dass er englischer Unterthan sei; da diese Mittheilung sich als richtig erwies und sich überdies herausstellte, dass der etc. Lawson als surveyor in englischen Diensten stand und sich während seiner Anwesenheit in Little Popo auf Urlaub befunden hatte, so wurde derselbe auf Ersuchen des Königlich grossbritanischen Gouverneurs von Lagos freigegeben, nachdem der letztere die schriftliche Verpflichtung eingegangen war, den etc. Lawson nicht nach Little Popo zurückkehren zu lassen.

Anlage 3.

I. Wir, die unterzeichneten Könige und Häuptlinge von Little Popo und Grigi, bringen Eurer Majestät unsern besten Dank dar für den zur Aufrechterhaltung des Friedens in diesem Lande geleisteten Beistand.

II. Es würde hier keinerlei Gefahr oder Beunruhigung bestehen, wenn die englische Regierung sich der Einmischung enthalten und sich nicht um unsere Angelegenheiten bekümmern wollte, indem sie Verlangen nach unserem Lande trägt, welches wir kein Verlangen haben ihnen zu überlassen. Nr. 8274. Deutschland. 19. Mai 1884.

III. Wir bitten Euere Majestät, uns zu schützen und die Annexion zu verhindern.

IV. Wir erflehen Hülfe von Eurer Majestät, da wir uns ganz und gar unter Ihren Schutz gestellt haben.

V. Wir bitten demüthig um schnelle Maassnahmen.

gez. König Aiaushi Agbanor von Little Popo und Grigi.
Caboceer Quadjovi.
Häuptling Pedro Quadjo
und 11 weitere Unterschriften.

---

## Nr. 8275. DEUTSCHLAND. — Nachtigal an den Reichskanzler. — Protections-Vertrag mit Togo.

Madeira, den 23. August 1884.

(Telegramm.) Ich habe Protektionsvertrag mit dem König von Togo und seinen Häuptlingen abgeschlossen. Ihr Gebiet erstreckt sich östlich von den englischen Besitzungen bis nach Little Popo. Die Hauptorte sind Lome und Bagida. Heinrich Randad ist zum provisorischen Konsul bestellt und der in Quittah stationirte englische Beamte benachrichtigt. Nachtigal. Nr. 8275. Deutschland 23. Aug. 1884.

---

## Nr. 8276. DEUTSCHLAND. — Nachtigal an den Reichskanzler. — Die deutsche Flagge ist an verschiedenen Punkten der Biafra-Bai gehisst.

Madeira, den 28. August 1884.

(Telegramm.) Ich habe in den von Bimbia bis Klein-Batanga belegenen Gebieten der Biafra-Bai die Kaiserliche Flagge gehisst. Die Häuptlinge des weiter südlich gelegenen Gross-Batanga hatten Vertrag mit Frankreich abgeschlossen. || In Benita habe ich die Flagge gehisst; indessen ist es zweifelhaft, ob nicht ältere französische Rechte auf das südliche Ufer bestehen. Nach Gaboon gegangen, um französischen Gouverneur über die Vorgänge zu sprechen. Nachtigal. Nr. 8276. Deutschland. 28. Aug. 1884.

---

## Nr. 8277. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in Paris (Hohenlohe). — Das Vorgehen Nachtigals wird, soweit es mit französischen Ansprüchen collidirt, nicht aufrecht erhalten werden.

Varzin, den 29. August 1884.

Nr. 8277. Deutschland. 29. Aug. 1884.

(Telegramm.) Das Vorgehen Nachtigals südlich von Batanga scheint nach einem mir soeben zugegangenen Telegramm desselben mit französischen Ansprüchen zu kollidiren. Soweit dies der Fall, werden wir dasselbe nicht aufrecht erhalten. Theilen Sie dies Herrn Ferry mit.

von Bismarck.

---

## Nr. 8278. DEUTSCHLAND. — Nachtigal an den Reichskanzler. — Bericht über die Vorgänge in Togo.

(Auszug.) Golf von Benin, den 9. Juli 1884.

Nr. 8278. Deutschland. 9. Juli 1884.

Ew. etc. beehre ich mich den nachfolgenden Bericht über meine Thätigkeit in Little Popo und Umgegend ganz gehorsamst zu unterbreiten.

Nachdem wir am 25., resp. 28. Juni Sierra Leone und Monrovia behufs der Einnahme von Kohlen und Empfangnahme der Post berührt hatten, ankerten wir am 2. Juli Nachmittags auf der Rhede von Little Popo. Bald darauf kamen die Herren Bertheau von der Faktorei Wölber und Brohm (Hamburger Faktorei) und Eccarius (Hansafaktorei) an Bord S. M. S. „Möwe" und berichteten auf Befragen, dass seit dem Einschreiten des Korvettenkapitäns Stubenrauch mit S. M. S. „Sophie" die deutschen Faktoreien keinen neuen Unannehmlichkeiten und Feindseligkeiten seitens der Partei des Häuptlings Lawson ausgesetzt gewesen seien. Sie fügten hinzu, dass freilich die politischen Verhältnisse des Ländchens noch keineswegs geordnete oder auch nur gebesserte seien. Der König von Grigi, bezw. sein Vertreter, und diejenigen Häuptlinge von Little Popo, die zu seiner Partei halten, würden durch die Hoffnung auf einen ihrer Bitte um die Protektion Seiner Majestät des Kaisers günstigen Allerhöchsten Bescheid augenblicklich noch zusammengehalten und gestärkt gegen die Lawsonpartei, deren Wühlereien, wenn kein Einhalt gethan werde, binnen kurzem zum Verlust der Unabhängigkeit des Ländchens führen dürften. Es habe den Anschein, als wenn diese Partei beständig bemüht sei, Unruhen und Unordnungen hervorzurufen, die eines Tages ein gewaltsames Einschreiten der sie anstiftenden englischen Kolonialautoritäten rechtfertigen oder entschuldigen würden. Binnen kurzem würde sich übrigens wahrscheinlich das Schicksal von Little Popo entscheiden, da in der folgenden Woche ein König von Grigi gekrönt werden solle und bei dieser Gelegenheit von den Anhängern der Grigipartei beabsichtigt werde, von den Lawson's eine Erklärung darüber zu erzwingen, ob es wahr sei, dass sie beabsichtigten, die Engländer ins Land

zu bringen („ob sie das Land an die Engländer verkauft hätten") und im Bejahungsfalle sie aus dem Little Popo-Gebiete zu vertreiben. Bei dieser Gelegenheit werde es sich zeigen, über welchen Grad von Macht und Muth die Grigipartei nöthigenfalls gebieten könne. || Entsprechend den Hohen Anweisungen Ew. etc. erklärte ich den Herren, dass es vorläufig nicht in meiner Machtvollkommenheit läge, die Entwickelung der inneren politischen Verhältnisse von Little Popo zu beeinflussen, sondern dass ich für jetzt nur den Auftrag hätte, mich zum Zwecke der Berichterstattung von der Lage der Dinge zu überzeugen und, wenn den in Little Popo angesiedelten Deutschen in der Zwischenzeit keinerlei Unbill zugefügt oder neue Schwierigkeiten bereitet worden wären, die von S. M. S. „Sophie" vier Monate zuvor als Geiseln fortgeführten Mitglieder der Lawsonpartei, Gomez und Wilson, wieder freizugeben. Wenn auch die Vertreter der deutschen Faktoreien aus der letzteren Maassregel keinen unmittelbaren Schaden für sich und die von ihnen vertretenen Firmen befürchten zu müssen glaubten, so waren sie doch ersichtlich niedergeschlagen durch die geringe Aussicht auf die Uebernahme des Protektorats über Little Popo seitens Seiner Majestät des Kaisers, wie sie ihnen aus meiner Antwort hervorging, und überzeugt, dass diese Enttäuschung einen sehr entmuthigenden und schwächenden Einfluss auf die Grigipartei ausüben und somit zu einer unerwünschten Lösung der Verwickelungen in Little Popo beitragen werde.

Nr. 8278. Deutschland. 9. Juli 1884.

Ich begab mich in Begleitung des Dr. Buchner gegen Abend an Land, um folgenden Tags möglichst früh das Palaver abhalten zu können, behufs dessen Zusammenberufung ich unverzüglich Botschaften an den Vertreter des Königs von Grigi und die Häuptlinge von Little Popo ergehen liess. Im Laufe des Abends hörten wir von den deutschen Herren, zu denen sich auch der Hauptagent von Victor Söhne (Bremer Faktorei), Herr Reimann, gesellte, noch manchen Beitrag zur Geschichte der Vergrösserung des dortigen englischen Kolonialbesitzes erzählen: wie Sir Samuel Rowe, der ehemalige Generalgouverneur der Goldküste-Kolonie — er ist seit kurzem abberufen und soll nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren —, nach Kapitän Stubenrauchs Einschreiten in Little Popo dorthin gekommen sei und einige Tage hindurch öffentlich angekündigte Geldspenden an Frauen und Mädchen vertheilt habe; wie bezahlte schwarze Agenten, meist Sierra-Leone-Neger, in die noch unabhängigen Negerländchen geschickt würden, um Zwistigkeiten, Unruhen, Schädigungen des europäischen Handels und dadurch Gelegenheiten zum gewaltsamen Einschreiten hervorzurufen; wie besonders gegenwärtig das zwischen Little Popo und der englischen Goldküste-Kolonie gelegene Togoland mit den Küstenortschaften Porto Seguro, Bagida und Lome (Bey-Beach) durch die Drohungen des englischen Distriktkommissionars Firminger von Kittah (Quittah) in Aufregung versetzt worden sei. Dieser Herr sei kürzlich mit englischen Kolonialsoldaten (Haussa) in den drei genannten Küstendistrikten erschienen, um sich bei deren Häuptlingen über den Schmuggel, der mit dem daselbst frei ein-

Nr. 8278. Deutschland. 9. Juli 1884.

gegangenen Tabak, Pulver, Rum und Gin nach der englischen Besitzung getrieben werde, zu beklagen und denselben Geld für die Annahme des englischen Protektorats zu bieten. Als die Häuptlinge sich auf ihre Abhängigkeit von Togo beriefen und aus einer Unterredung in Porto Seguro mit Abgesandten des Königs von Togo — dieser selbst, welcher gleichzeitig ein grosser Fetischpriester ist, darf seine Residenz nicht verlassen — kein günstigeres Resultat für seine Absichten erfolgt war, hätte Firminger den Leuten erklärt, er lasse ihnen 30 Tage Zeit, um entweder die fremden Kaufleute aus ihrem Lande zu entfernen oder das englische Protektorat anzunehmen, und werde, wenn sie weder das eine noch das andere freiwillig thun wollten, nach Ablauf der gestellten Frist das Land mit Gewalt nehmen und der Goldküste-Kolonie einverleiben. Dann begab er sich zu den in Bagida und in Lome (eine halbe Stunde von der englischen Grenze entfernt) angesiedelten Deutschen, Agenten der Firmen Wölber & Brohm, Victor Söhne und C. Goedelt, um ihnen zu sagen dass die Eingeborenen Böses gegen sie im Schilde führten, dass er aber im nahen Kittah vorkommendenfalls stets zu ihrer Hülfe bereit sein werde. Sobald Firminger das Land verlassen hatte, waren die Leute von Lome und Bagida zu den Kaufleuten mit der Erklärung gekommen, dass sie sich bereit machen möchten, das Land zu räumen, da anderenfalls die Engländer kommen zu wollen gedroht hätten. Herr Heinrich Randad, Hauptagent der Herren Wölber & Brohm für diesen Theil der Küste, war vor einigen Tagen von Little Popo nach Bagida und Lome gereist, um zu sehen, was in der Sache zu thun sei.

In der folgenden Nacht liefen Briefe aus Lome und Bagida ein, welche die Lage der deutschen Faktoreien als bedrohlich schilderten. Der König von Togo und seine Edlen hätten ein Rundschreiben an die Küstenleute erlassen, demzufolge diese die fremden Kaufleute in Güte veranlassen sollten, ihre Geschäfte aufzugeben und das Land zu verlassen; nöthigenfalls aber sollten sie durch Anwendung von Gewalt jeden Vorwand zu englischem Einschreiten aus dem Wege räumen. Und so würde es nach der Ansicht der Briefschreiber geschehen, wenn nicht etwa S. M. S. „Möwe" helfend eingreife. Bei der Dringlichkeit der Verhältnisse und der geringen Entfernung der angegebenen Ortschaften von Little Popo — Bagida liegt etwa 15, Lome ungefähr 24 Seemeilen westlich von Little Popo — erschien es mir geboten, mich noch am Nachmittag desselben Tages mit der „Möwe" nach Bagida zu begeben.

Die Zusammenkunft wurde in der Hansafaktorei abgehalten. Der Erste, welcher sich einfand, war Lawson, der schon Abends ein Begrüssungsschreiben aus seinem "New London-Palace" an mich gerichtet hatte. In meiner Ansprache an die Versammlung gab ich meiner Genugthuung Ausdruck, dass nach Kapitän Stubenrauchs Abreise die dortigen Deutschen keinen Grund zu neuen Klagen gehabt hätten, und meiner Hoffnung, dass in Zukunft das gute Einvernehmen zwischen denselben und den Eingeborenen nicht wieder gestört werden möge. Seine Majestät der Kaiser habe mir in Seiner grossen Güte

und Milde anbefohlen, für den Fall, dass sich inzwischen kein Grund zu Klagen der Deutschen geltend gemacht habe, die der Lawsonpartei angehörigen Geiseln wieder frei zu geben. Indem ich hinzufügte, dass ich hoffte, die Behandlung, welche die letzteren sowohl in Deutschland als auf der Reise erfahren haben, werde zur Hebung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschen und Eingeborenen in Little Popo beitragen, erbat ich mir zuvor eine schriftliche Erklärung King Lawson's, dass er auch nach der Freigabe der Geiseln sich an das am 4. Februar d. J. an Bord S. M. S. „Sophie" von ihm ausgestellte und unterzeichnete Dokument gebunden erachte, wie es die Faktoreien als wünschenswerth beantragt hatten. Dies weigerte sich King Lawson unter verschiedenen Ausflüchten zu thun. Als nach mehr als einstündiger Verhandlung noch keine Nachgiebigkeit erzielt, liess ich im Einverständniss mit Kapitän Hoffmann die Geiseln von der als Ehrenwache gestellten Mannschaft der „Möwe" wieder an Bord schaffen, rieth dem Häuptling Lawson, bis 2 Uhr Nachmittags, zu welcher Zeit Seiner Majestät Schiff die Rhede von Little Popo verlassen werde, einen vernünftigeren Entschluss zu fassen, verabschiedete mich freundlich von den Häuptlingen der Grigipartei, welche spontan erklärt hatten, jede mir genehme neue Erklärung zu Gunsten der deutschen Kaufleute in Little Popo abgeben zu wollen, und begab mich mit Kapitän Hoffmann, Dr. Buchner und anderen wieder an Bord. Die Geiseln waren äusserst entrüstet gegen ihren Chef, schrieben ihm einen dringlichen Brief und gaben sich der festen Hoffnung hin, dass derselbe demnächst zur Vernunft kommen werde.

Als wir auf der Rhede von Bagida vor Anker gegangen waren, stellten sich ein die Herren Heinrich Randad, Hauptagent von Wölbert & Brohm, H. Armerding, Agent derselben Firma in Bagida, E. Kentzler, Agent derselben Firma in Lome, H. Brandt, Agent von Victor Söhne in Lome, E. Hille, Agent derselben Firma in Bagida, bestätigten voll und ganz, was oben über ihre kritische Lage gesagt worden ist, fügten hinzu, dass an demselben Tage die Abgesandten des Togokönigs, auf Grund eines Rundschreibens des letzteren, mit den Bagidaleuten die Entfernung der dortigen deutschen Kaufleute beschliessen wollten, und baten um Beistand. Da ich noch im Fieber lag, begleitete Dr. Buchner die Herren an Land, berieth mit diesen und den Eingeborenen und erschien um die Mittagszeit wieder an Bord, mir eine schriftliche Bitte um Beistand seitens der Abgesandten des Togokönigs und der Häuptlinge von Bagida überbringend. Unverzüglich begab ich mich mit Dr. Buchner wieder an Land, fand die autorisirten Personen noch im Palaver versammelt und empfing von denselben auch mündlich die Versicherung, dass sie nur aus Furcht vor den Drohungen des englischen Kommandanten von Kitta sich genöthigt gesehen hätten, die Entfernung der deutchen Faktoreien von ihrem Grund und Boden ins Auge zu fassen, dass sie aber glücklich sein würden, wenn ihrem Lande durch meinen Beistand der Handel erhalten bleiben könne, ohne dass dies die englische Besitzergreifung zur Folge haben werde.

Nr. 8278. Deutschland. 9. Juli 1881.

Auf Grund der dargelegten dringlichen Verhältnisse und einer formellen Bitte der autorisirten Personen um den Schutz des Deutschen Reichs hielt ich es zur Sicherstellung des nicht unbeträchtlichen deutschen Handels in Lome und Bagida für geboten, mit den Vertretern des Königs von Togo und den Häuptlingen der beiden genannten Küstendistrikte einen Vertrag zu vereinbaren, der das Togogebiet unter das Protektorat Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland stellt, obgleich Euere Durchlaucht in den mir unter dem 19. Mai d. J. ertheilten Hohen Instruktionen eine derartige Sicherstellung vor fremder Besitznahme für irgend ein Gebiet dieses Theils der afrikanischen Westküste nicht in Betracht gezogen hatten. Ausser dem zwingenden Grunde der Beschützung und Erhaltung deutscher Reichsangehöriger und ihrer Faktoreien können noch zwei Rücksichten zum Beweise der Opportunität meines Vorgehens geltend gemacht werden. Erstens sind im Togogebiet verhältnissmässig nur unbedeutende Interessen nicht-deutscher europäischer Kaufleute vertreten. In Bagida sind ausser den Herren Wölber & Brohm und Victor Söhne nur noch zwei Sierra-Leone-Neger etablirt und in Lome finden sich ausser den genannten deutschen Firmen, zu denen hier noch C. Goedelt kommt, gleichfalls nur Negerfirmen (vier Sierra-Leone-Leute), mit Ausnahme des englischen Hauses F. & A. Swanzy, welches hier aber gleichfalls nur einen farbigen Agenten hält. Zweitens darf das kleine Gebiet von Togo bezüglich der Handelswege in das fernere Innere ein vielversprechendes genannt werden. Von Lome führt ein Weg schon jetzt nach Szalaga am oberen Volta, dem unter dem Namen Gondscha bekannten Endpunkte zahlreicher Karawanen, wohin die Leute ebensowohl aus Timbuktu, als aus dem Haussastaate und selbst aus Bornu zum Kaufe der Kola- (Guro-) Nuss ziehen. Bei den exorbitanten Einfuhrzöllen, welche in der englischen Goldküste-Kolonie von nichtenglischen Artikeln erhoben werden, und welche 100 Prozent (Tabak, Gin), 200 Prozent (Pulver) und 25 Prozent (Rum) vom Einkaufspreise betragen, würde überdies ein daneben gelegenes Freihandelsgebiet einer glänzenden Zukunft entgegengehen, da der englische Besitz an der Goldküste sich, soviel ich habe in Erfahrung bringen können, rechtlich nur über 10 Seemeilen ins Innere erstreckt und sich also die Hinterländer aus jenem Gebiete mit den genannten Waaren versehen würden. Die Klagen der englischen Behörden über den aus dem Togolande nach der Goldküste-Kolonie betriebenen sogenannten Schmuggelhandel haben, auch meinen Erkundigungen zufolge, grossentheils den legitimen Handel aus Togo nach dem Hinterlande der Goldküste zum Gegenstande und sind nur zum kleineren Theil gerechtfertigt, indem die Waaren direkt aus genanntem Gebiet über die Grenze der Kolonie ohne Zoll eingeführt werden.

Der Schutzvertrag, den ich in Abschrift ganz gehorsamst beizufügen mich beehre, ist mit Rücksicht auf den Bildungsgrad der Togoleute und in dem Wunsche, möglichst wenig Zeit zu opfern, sehr einfach gehalten. Er enthält darum ausser der Bitte und Gewährung des Protektorats nur die Grundsätze,

deren besondere Formulirung bei der etwaigen Errichtung des Protektorats Seiner Majestät in anderen Gebieten der afrikanischen Westküste mir Ew. etc. zur Pflicht gemacht haben.

Der Vertrag ist in englischer Sprache vollzogen worden, da auf diese Weise den Eingeborenen Gelegenheit gegeben war, sich durch die englisch lesenden und schreibenden Dolmetscher genau über den Inhalt zu unterrichten. Da die Souveränität des Königs von Togo über die Küstendistrikte zwar im Ganzen zweifellos erschien, aber den Chefs der letzteren immerhin noch eine gewisse Selbständigkeit zustehen konnte und überdies der König Mlapa nur durch seine zwar im Allgemeinen bevollmächtigten, aber für den Fall eines Vertrags nicht mit besonderer Vollmacht versehenen Grossen des Landes vertreten war, so trug ich Sorge, dass sowohl der Häuptling von Bagida, als der von Lome den Vertrag gleichfalls unterzeichneten.

Der Vertrag selbst war noch im Laufe des 4. Juli vereinbart worden; die Unterzeichnung desselben und die Feierlichkeit der Aufhissung der Kaiserlichen Flagge fanden erst folgenden Tags gegen Mittag statt. Zu diesem Zweck kam der Kommandant S. M. S. „Möwe" mit einer Flagge an Land, und nachdem ein provisorischer Flaggenstock ausserhalb der Faktoreien errichtet war — leider war das Dorf Bagida zu weit vom Strande entfernt — und eine möglichst grosse Menge von Eingeborenen versammelt worden war, erklärte ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers, auf Grund des abgeschlossenen Vertrages und vorbehaltlich aller wohlerworbenen Rechte Dritter, das Gebiet des Königs von Togo und insonderheit den Distrikt von Bagida als Schutzgebiet des deutschen Reichss und liess zum äusseren Zeichen der Schutzherrlichkeit Seiner Majestät die deutsche Flagge hissen. Ein dreimaliges begeistertes Hochrufen der versammelten Deutschen auf Seine Majestät, unsern allergnädigsten Kaiser und Herrn, und 21 Salutschüsse von Seiner Majestät Schiff beendigten die Feierlichkeit; die Bedeutung dieser sowie der Wortlaut meiner Erklärung waren den Eingeborenen von den Dolmetschern zum Verständniss gebracht worden. Noch im Laufe des Nachmittags (5. Juli) begaben wir uns nach dem etwa 2 Stunden entfernten Lome, wo bei unserer Ankunft die „Möwe" bereits vor Anker lag und eine Versammlung von Eingeborenen des Distrikts uns in der Faktorei von Wölber & Brohm erwartete. Da die Dunkelheit bereits hereingebrochen war und die Leute von Togo und Bagida gleichfalls dorthin zu kommen zugesagt hatten, so wurde vorläufig nur festgestellt, dass die Leute von Lome durchaus zufrieden waren mit dem, was ihre Machthaber von Togo mit uns vereinbart hatten, und die Versammlung auf den folgenden Tag wieder einberufen. An diesem (6. Juli) wurde Vormittags die feierliche Erklärung des Territoriums als Schutzgebiet des Deutschen Reichs und der Akt des Flaggehissens in Gegenwart des Herrn Korvettenkapitain's Hoffmann ganz so vorgenommen, wie Tags zuvor in Bagida. Gleich darauf wurde ein etwa 3 Meter langer Pfahl, der an seinem oberen Ende eine Tafel mit der eingegrabenen Inschrift: „Kaiserlich deutsches Protektorat"

Nr. 8278. Deutschland. 9. Juli 1884.

trug, unter der Begleitung der Deutschen und vieler Eingeborenen bis in die Nähe der durch einen Flaggenstock bezeichneten englischen Grenze getragen, dort im Boden befestigt und mit den deutschen Farben versehen.

Bei der unbedingten Nothwendigkeit, zur Sicherung der neu geschaffenen Verhältnisse und zum Rath und Schutze der Eingeborenen eine mit der nöthigen Autorität ausgestattete Person zurückzulassen, glaubte ich auf Grund der mir ertheilten Hohen Instruktionen und Vollmachten Herrn Heinrich Randad, Hauptagenten der Firma Wölber & Brohm in jener Gegend, provisorisch zum Konsul des Deutschen Reichs für das Togogebiet mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lome, dem wichtigen Grenzdistrikte des Gebietes, ernennen zu dürfen.

Ich führte ihn in seiner offiziellen Eigenschaft bei den versammelten Togo-, Lome- und Bagida-Leuten ein, vertraute ihm die Kaiserliche Flagge an und instruirte ihn dahin, dass er sobald als thunlich unter Beihülfe der Togoleute die Grenzen des Gebietes derselben festzustellen und an den wichtigsten Punkten mit Grenzpfählen in den deutschen Farben zu versehen habe, dass er sich zur Residenz des Königs Mlapa begeben und von diesem noch eine schriftliche Erklärung einholen solle, dass er den von seinen Bevollmächtigten abgeschlossenen Vertrag billige und ratifizire, wogegen er ihm eine zweite, aus den Beständen der „Möwe" übergebene Flagge aushändigen möge etc.

Im Laufe des folgenden Vormittags schickte der Häuptling Lawson einen seiner Verwandten an Bord mit einem Briefe, in dem er um Entlassung der Geiseln bat und die Versicherung gab, dass er, so lange es ihm vergönnt sein werde, seine jetzige Stellung inne zu haben, nicht verfehlen werde, den in Little Popo angesiedelten Deutschen seinen vollen Schutz angedeihen zu lassen. Im Einverständniss mit Korvettenkapitän Hoffmann glaubte ich diese Erklärung als genügend betrachten zu dürfen, um die Geiseln Gomez und Wilson zu entlassen, zumal diese nach der von uns während der Reise gewonnenen Ueberzeugung gewiss nicht verfehlen werden, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verbreitung einer richtigen Würdigung Deutschlands in Little Popo beizutragen. Mit lebhaftem Dank für die ihnen in Deutschland und auf der Reise zu Theil gewordene Behandlung und nach einigen an die Adresse der Lawsonpartei gerichteten Ermahnungen meinerseits, nahmen Gomez und Wilson Abschied und begaben sich ans Land, wo sie von einer erfreuten Menge begrüsst und nach Hause geleitet wurden. Am 7. Juli verliess S. M. S. „Möwe" die Rhede von Little Popo, um sich zunächst nach Waidah zu begeben.

gez. Dr. Nachtigal.

Anlage. Nr. 8278. Deutschland. 9. Juli 1884.

(Uebersetzung.) Bagida, den 15.*) Juli 1884.

Der Generalkonsul des Deutschen Reichs, Dr. Gustav Nachtigal, im Namen Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, und Mlapa, König von Togo, vertreten für sich, seine Erben und seine Häuptlinge durch Plakkov, Träger des Stockes des Königs Mlapa, haben folgendes Uebereinkommen getroffen:

§ 1. König Mlapa von Togo, geleitet von dem Wunsch, den legitimen Handel, welcher sich hauptsächlich in den Händen deutscher Kaufleute befindet, zu beschützen und den deutschen Kaufleuten volle Sicherheit des Lebens und Eigenthums zu gewähren, bittet um den Schutz Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, damit er in den Stand gesetzt werde, die Unabhängigkeit seines an der Westküste von Afrika, von der Ostgrenze von Porto Seguro bis zur Westgrenze von Lome oder Bey-Beach sich erstreckenden Gebietes zu bewahren. Seine Majestät der Kaiser gewährt Seinen Schutz unter dem Vorbehalt aller gesetzmässigen Rechte Dritter.

§. 2. König Mlapa wird keinen Theil seines Landes mit Souveränitätsrechten an irgend eine fremde Macht oder Person abtreten, noch wird er Verträge mit fremden Mächten ohne vorherige Einwilligung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers eingehen.

§. 3. König Mlapa gewährt allen deutschen Unterthanen und Schutzgenossen, welche in seinem Lande wohnen, Schutz und freien Handel und will anderen Nationen niemals mehr Erleichterungen, Begünstigungen oder Schutz gewähren, als den deutschen Unterthanen eingeräumt werden. König Mlapa wird ohne vorherige Zustimmung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers keine anderen Zölle oder Abgaben als die bis jetzt üblichen erheben, nämlich

1 Schilling für jede Tonne Palmkerne,
1 Schilling für jedes Fass Palmöl,

welche an die Häuptlinge des betreffenden Ortes zu zahlen sind.

§. 4. Seine Majestät der Deutsche Kaiser wird alle früheren Handelsverträge zwischen König Mlapa und Anderen respektiren, und wird in keiner Weise den in König Mlapa's Land bestehenden freien Handel belasten.

§. 5. Seine Majestät der Deutsche Kaiser wird in die Art und Weise der Zollerhebung, welche bis jetzt von König Mlapa und seinen Häuptlingen befolgt ist, nicht eingreifen.

§. 6. Die vertragschliessenden Parteien behalten sich künftige Vereinbarungen über die Gegenstände und Fragen von gegenseitigem Interesse, welche nicht in diesem Vertrage eingeschlossen sind, vor.

*) So im Weissbuch. Muss wohl 5. Juli heissen (cf. das Datum auf Seite 259, Absatz 3, Zeile 1). A. d. Red.

Nr. 8278. Deutschland. 9. Juli 1884.

§. 7. Dieser Vertrag wird vorbehaltlich der Ratification durch die deutsche Regierung sogleich in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben wir in Gegenwart der unterzeichneten Zeugen unsere Unterschriften hierunter vollzogen.

Zeugen:

J. J. Gacher, J. B. Ahpevor } als Dolmetscher.
H. Randad
Josua Lenze.
Mandt, Lieutenant zur See.
Dr. Max Buchner.
Chief Plakkov, × sein Handzeichen.
Chief Adey von Lome oder Bey, × sein Handzeichen.
Coodayce, × sein Handzeichen.
Hadzi, 2ter Chief von Bey, × sein Handzeichen.
Okloo, × sein Handzeichen.
Nukoo, × sein Handzeichen.
König Garsa von Bagida, × sein Handzeichen.

Dr. G. Nachtigal.

---

## Nr. 8279. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin (Scott) an den Unterstaatssekretär des deutschen Ausw. Amtes (Busch.) — Mittheilung über die Beziehungen der britischen Regierung zu den Häuptlingen im Kamerungebiete.

(Uebersetzung.)

Britische Botschaft, Berlin, den 29. August 1884.

Nr. 8279. Grossbritannien. 29. Aug. 1884.

Herr Minister, — Ich beehre, mich Euerer Excellenz mitzutheilen, dass ich von Ihrer Majestät Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten folgende Nachrichten über die Beziehungen Ihrer Majestät Regierung zu den eingeborenen Häuptlingen verschiedener Städte und Dörfer im Oelflüsse- und Kamerungebiet erhalten habe und beauftragt bin, dieselben zur Kenntniss der Kaiserlichen Regierung zu bringen. || Vor einigen Jahren haben diese Häuptlinge Ihre Majestät um Gewährung Ihres Schutzes gebeten und den dringenden Wunsch ausgesprochen, sich unter englische Hoheit zu stellen. Petitionen in diesem Sinne wurden unter Anderen von König Bell und König Aqua nebst anderen Kamerun-Häuptlingen am 7. August 1879 und am 6. November 1881 eingereicht. Dieselben wurden im März 1882 benachrichtigt, dass die Angelegenheit geprüft und ihnen weitere Mittheilungen gemacht werden würde. Ihrer Majestät Konsul für das gedachte Gebiet, welcher damals beurlaubt war, wurde demgemäss beauftragt, die näheren Umstände zu ermitteln, um Ihre Majestät zur Entscheidung über die Angelegenheit in den Stand zu setzen. Er besuchte das Gebiet im November 1882. Während seines dortigen Aufenthalts wurden auch seitens der Eingeborenen von Bimbia Gesuche um Annektirung an ihn gerichtet. Im April 1883 schrieben die Könige Bell und Aqua

von Neuem: „Wir können nicht zulassen, dass eine andere Regierung unser Land annektire, da wir diese Regierung freiwillig eingeladen haben, uns und unser Land unter ihren Schutz zu nehmen. Wir erwarten fast täglich unsere Wünsche erfüllt zu sehen.“ || Umstände verhinderten die Rückkehr Ihrer Majestät Konsuls zur Küste bis zum Mai dieses Jahres. Er ging fort mit der Weisung, unter gewissen Bedingungen die Abtretung Kameruns anzunehmen und zugleich das Gebiet der Ambas-Bay, wo seit langer Zeit eine britische Niederlassung besteht, unter den Schutz und die Aufsicht der britischen Krone zu stellen. || Indem ich mir die Ehre gebe, diese Thatsachen zu Euer Excellenz Kenntniss zu bringen, benutze ich etc.

Nr. 8279. Grossbritannien. 29. Aug. 1884.

Charles Scott.

---

## Nr. 8280. DEUTSCHLAND. — Nachtigal an den Reichskanzler. — Bericht über die Vorgänge in der Biafra-Bai.

(Auszug.)

Klein-Eloby, den 16. August 1884.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich den nachfolgenden Bericht über meine Thätigkeit in der Biafra-Bai ganz gehorsamst zu unterbreiten. || Nachdem wir am 8. Juli die Rhede von Waidah verlassen hatten, wendeten wir uns der Biafra-Bai zu und trafen am 11. Juli am späten Nachmittage vor der Mündung des Kamerunflusses ein. || In der Mündung des Kamerunflusses stiessen wir auf zwei Woermann'sche Dampfer, von denen der eine Kohlen für S. M. S. „Möve“ nach dort gebracht hatte und der andere, der kleine Küstendampfer Mpougwe, von Bimbia kam und zu unserer grossen Freude den Kaiserlichen Konsul Herrn Emil Schulze, den Agenten von C. Woermann in Kamerun, Herrn E. Schmidt und Herrn Woermann, einen jüngeren Bruder des Herrn Adolph Woermann an Bord hatte. || Von diesen Herren erfuhren wir zunächst, dass die im Auftrage des Herrn Adolf Woermann in den in der Biafra-Bai gelegenen Distrikten getroffenen Vorbereitungen für eine etwaige Inbesitznahme Deutschlands Aussichten auf Erfolg böten. || Kaum waren wir am nächsten Vormittag vor den dicht neben einander liegenden Residenzen der Könige Bell und Aqua angelangt, als die Agenten von C. Woermann und von Jantzen & Thormählen an Bord kamen und meldeten, dass der Häuptling Dido und seine Unterhäuptlinge am gestrigen Tage einen Vertrag mit ihnen abgeschlossen haben. Der Tag ging mit Verhandlungen mit dem König Bell und dem König Aqua, welcher letztere erst am Abend eingetroffen war, hin. Schliesslich führten dieselben zu dem Ergebniss, dass auch die Könige Bell und Aqua nebst ihren Leuten einen Vertrag unterzeichneten, durch welchen sie den Firmen C. Woermann und Jantzen & Thormählen sämmtliche Hoheitsrechte abtraten.

Nr. 8280. Deutschland. 16. Aug. 1884.

In den mit den Kamerunhäuptlingen abgeschlossenen Verträgen sind seitens der letzteren folgende Reserven ganz besonders stipulirt worden:

Nr. 8280. Deutschland. 16. Aug. 1884.

1. Rechte Dritter sind vorbehalten;
2. frühere Handels- und Freundschaftsverträge sollen Gültigkeit behalten;
3. der Grund und Boden der Städte und Ortschaften und ihrer Bewohner soll das Eigenthum derselben bleiben;
4. die Häuptlinge sollen ihre Abgaben erheben dürfen, wie bisher;
5. in der ersten Zeit sollen die Sitten und Gebräuche der Eingeborenen respektirt werden.

Somit konnte die Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers über das ganze Kamerungebiet als gesichert betrachtet werden, und es herrschte am Abend des 12. Juli grosse Freude unter den dortigen Deutschen. Am anderen Tage kamen die Eingeborenen aus den entfernteren Ortschaften in ihren buntbemalten, oft 20 Meter langen Kanoes, um ihrer Freude über den Anschluss an Deutschland Ausdruck zu geben, und die Angesehenen unter ihnen drängten sich zur Unterzeichnung des Vertrages. Nur der lokale Häuptling von Ekre- (engl. Hikory-) Town, Lock Preso, war auf einer Handelsreise abwesend, und sein Stellvertreter wagte nicht, für ihn zu zeichnen. Da aber Lock Preso, wenn auch nicht ohne ein gewisses Ansehen und eine gewisse Selbständigkeit, doch weit entfernt davon ist, eine Stellung einzunehmen, wie etwa Häuptling Dido, sondern unter der direkten Oberhoheit King Bell's steht, so glaubte ich Ekre-Town ohne Weiteres als zu dem in den Verträgen behandelten Gebiete rechnen zu dürfen, indem ich für die geeignete Hinzuziehung Lock Preso's nach seiner Rückkehr bei meiner Abreise die nöthigen Anweisungen zurückliess. || Nachdem ich durch einen, von den Vertretern der genannten Hamburger Firmen und mir unterzeichneten Akt die von denselben gemachte Erwerbung unter den Schutz des Deutschen Reichs gestellt und die Uebernahme der Allerhöchsten Schutzherrlichkeit über das Kamerungebiet erklärt hatte, wurde am 14. Juli in den Residenzen der Häuptlinge Bell, Aqua und Dido der Akt des Flaggenhissens vorgenommen. Da die angestrengte Reise S. M. S. „Möwe" unter beständigem Dampf bis Kamerun eine längere Ruhe der Maschine erheischte, und da beständige starke Regenfälle die dringend nothwendig gewordene Revision der Effekten sehr erschwerten, so konnten wir erst am Sonntag den 20. Juli Kamerun verlassen. || Da durch diesen Vorgang in Kamerun die englischen Interessen in Mitleidenschaft gezogen wurden — es sind daselbst fünf englische Firmen vertreten —, so erliess ich ein Cirkular an die betreffenden Agenten, um dieselben über ihre Handelsinteressen zu beruhigen, und machte einen Besuch in der dort bestehenden Baptistenmission, um auch diese des ungestörten Fortgangs ihrer Thätigkeit zu versichern. || Bei der Mannigfaltigkeit der kommerziellen Interessen und der politischen Verhältnisse in Kamerun war es ausserdem dringend geboten, in irgend einer Weise für die Begleichung etwaiger Differenzen der Fremden mit den Eingeborenen Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke funktionirt seit Jahren der unter dem Vorsitz des englischen Konsuls tagende sogenannte Court of Equity. Ich glaubte also ein zweites Cirkular an die Agenten der dortigen englischen Handelsfirmen,

welche mit den Vertretern von C. Woermann und Jantzen & Thormählen und mit den eingeborenen Häuptlingen den Court of Equity zusammensetzen, erlassen zu sollen, in welchem ich sie um ihre Mitwirkung bei einem Schiedsgericht bat, das ganz wie der Court of Equity, nur unter deutschem Protektorat, zu funktioniren hätte, bis die Kaiserliche Regierung weitere Bestimmungen getroffen haben würde. In einer Berathung, zu welcher die englischen Herren sich bereitwilligst einfanden, erklärten dieselben, dass sie eventuell nicht verfehlen würden, an einem provisorischen Gerichtshof der genannten Art, wie zuvor am Court of Equity, mitzuwirken, dass sie aber den natürlichen Wunsch hätten, zunächst mit dem englischen Konsul, der demnächst erwartet werden könne, zu konferiren. In dieser Berathung zog ich meinen in dem erwähnten Cirkular gemachten Vorschlag, den modifizirten Gerichtshof unter dem Vorsitz des von mir zurückzulassenden interimistischen Kaiserlichen Vertreters tagen zu lassen, zurück und schlug vor, dass ein unter den Mitgliedern zu wählender Chairman, als durch seine Kenntniss der lokalen Verhältnisse besser dazu geeignet, die Sitzungen leiten möchte, verlangte aber, dass der interimistische Kaiserliche Vertreter den letzteren beiwohnen und die Entscheidungen sanktioniren sollte. Im Allgemeinen fand ich bei den in Kamerun etablirten Engländern ein anerkennenswerthes Entgegenkommen. || Am Sonnabend den 19. Juli Nachmittags lief das englische Kanonenbot „Flirt" in den Kamerunfluss ein. Der an Bord befindliche Konsul Hewett liess noch selbigen Abends die Häuptlinge Bell und Aqua bitten, an Bord zu kommen, welcher Aufforderung jedoch nur der Erstere Folge leistete. Herr Hewett machte ihm Vorwürfe, dass er über das Land verfügt hätte, ohne die Antwort der grossbritannischen Regierung abgewartet zu haben, theilte ihm mit, dass er Geschenke der Königin für ihn an Bord habe, und fragte ihn, ob er nicht doch noch vielleicht in der Lage sei, mit ihm einen Vertrag abzuschliessen. King Bell verhielt sich ablehnend, berief sich darauf, dass er lange genug vergeblich die Antwort der englischen Regierung erwartet und schliesslich die sichere Gelegenheit ergriffen hätte, seinem Lande die Segnungen einer starken Regierung unter einem mächtigen Souverän und der Civilisation einer hochentwickelten Nation zu verschaffen. || Am nächsten Vormittage machte der Konsul Hewett mit dem Kommandanten der „Flirt" an Bord S. M. S. „Möwe" mir, während ich an Land war, einen Besuch, den ich unverzüglich erwiderte. Bei dieser Gelegenheit protestirte Herr Hewett in freundlicher Weise mündlich gegen die Unterstellung des benannten Gebietes unter die Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers, da die Häuptlinge durch früheres Versprechen an die grossbritannische Regierung gebunden seien, und speziell gegen meinen Versuch, durch das oben erwähnte Cirkular den Court of Equity aufzuheben, da derselbe einem Staatsvertrag seinen Ursprung verdanke. Ich nahm den allgemeinen Protest zur Berichterstattung an Euere Durchlaucht an und zeigte mich bezüglich des Court of Equity entgegenkommend, da es im allseitigen Interesse liege, während des naturgemäss ziemlich langen Provisoriums den

Nr. 8280. Deutschland. 16. Aug. 1884.

Nr. 8280. Deutschland. 16. Aug. 1884.

gegenwärtigen Zustand der Dinge aufrecht zu erhalten. Es erschien mir unbedenklich, den Court of Equity einstweilen fortbestehen zu lassen unter der Bedingung, dass der interimistische Kaiserliche Vertreter den Sitzungen beiwohne und den Entscheidungen seine Sanktion ertheile, welchen Vorbehalt Herr Hewett seinerseits natürlich fand. || Mit Rücksicht auf diesen Court of Equity, da ferner in Kamerun ausser den deutschen Interessen nur englische in Betracht kommen, und da die dort herrschende europäische Sprache die englische ist, erschien es mir dringend geboten, einstweilen mit der Kaiserlichen Vertretung jemand zu betrauen, der der englichen Sprache in Wort und Schrift und in der Abart, welche man als Negerenglisch bezeichnet, mächtig war und gleichzeitig die nöthige Erfahrung im Umgange mit afrikanischen Eingeborenen hatte. Da keiner der abkömmlichen Offiziere diese Erfordernisse in sich vereinigte, so blieb mir nichts anderes übrig, als meinen Begleiter, Dr. Buchner, provisorisch mit der Vertretung Seiner Majestät des Kaisers zu betrauen, und ertheilte ihm dem entsprechend die mir geeignet erscheinenden Instruktionen. || Nachdem ich Abschied vom englischen Konsul Hewett, welcher beabsichtigte, folgenden Tags Kamerun zu verlassen, genommen hatte, dampften wir nach dem westlich davon gelegenen Bimbiaflusse, vor dessen Mündung wir noch am Abend des 21. Juli zu Anker gingen. || Das zwischen dem Kamerunflusse und dem von Bimbia gelegene Terrain ist fast unbewohnt und besteht fast ganz aus Mangrowesümpfen, die von zahlreichen Creeks durchschnitten sind. Durch solche stehen auch beide Flüsse in Verbindung, so dass man nöthigenfalls in Booten von Kamerun nach Bimbia gelangen kann. Aus diesem Grunde unterstellte ich auch das Bimbiagebiet einstweilen der Aufsicht des Dr. Buchner, während eine gleiche Maassregel für die südlich von Kamerun gelegenen Distrikte unthunlich erschien, da man dorthin nur mittelst eines Küstendampfers oder mittelst eines Segelschiffes gelangen kann. Alle südlich von Kamerun gelegenen Distrikte müssen nach meiner Ansicht der Aufsicht des Kaiserlichen Konsuls E. Schulze, der nicht allein mehrere Küstendampfer besitzt, sondern die wichtigen Küstenplätze in regelmässigen kurzen Zwischenräumen zu besuchen gehalten ist und sich auf der ganzen Strecke ebenso sehr hohen Ansehens erfreut, als er selbst die maassgebenden Persönlichkeiten und Verhältnisse genau kennt, so lange unterstellt bleiben, bis die Kaiserliche Regierung in endgültiger Weise über die Vertretung Seiner Majestät des Kaisers in der Biafra-Bai Bestimmung getroffen haben wird. || Das Bimbialand besteht nur aus den drei Ortschaften King Williams-Town, Money-Town und Dukullu-Town und aus der Nikolinsel, auf der nur ein Sierra-Leone-Neger haust. Eigentlich gehört noch dazu der Distrikt Viktoria, den die Bimbialeute aber bereits vor langer Zeit an die dort angesiedelte englische Baptistenmission verkauft haben. || Die Bimbialeute gehorchten früher einem Könige, haben aber den letzten derselben, welcher im Kriege gefallen war, nicht wieder ersetzt, und seitdem steht den Ortsältesten das Verfügungsrecht über das Land zu, wenn auch King Bell in Kamerun eine

Art Souveränitätsrecht über das Gebiet in Anspruch nimmt. Die Insel Nikol ist bereits vor längerer Zeit als Kriegsentschädigung ganz dem letzteren abgetreten worden. || Die Firma C. Woermann und Jantzen & Thormählen haben nun durch einen Kontrakt das Land der drei genannten Bimbiaortschaften von der Grenze des Viktoriadistrikts, von dem es durch das Flüsschen Mofimoselle getrennt ist, bis zum Bimbiaflusse und fünf Meilen landeinwärts käuflich erworben und sich dann durch einen besonderen Vertrag die Hoheitsrechte abtreten lassen. Diese Verträge waren von den Ortsältesten, den sogenannten Headleuten, unter ungefähr denselben Reserven abgeschlossen worden, welche ich weiter oben bei der Besprechung der Kamerunverträge aufzuführen mich beehrt habe. Die Insel Nikol ist dem King Bell von der Firma C. Woermann allein mit allen Hoheitsrechten abgekauft worden. || Am 19. Juli war das englische Kriegsschiff „Opal" vor Bimbia erschienen, und der Kommandant desselben war an Land gekommen mit dem Auftrage, wie er gesagt hatte, den Distrikt in Besitz zu nehmen. Nachdem der Agent von C. Woermann, H. Jürs, ihm eine Abschrift des Vertrages gezeigt und die Bewohner der Bimbia-Ortschaften ihm erklärt hatten, dass sie Deutsche seien und bleiben wollten, war er wieder an Bord gegangen. || Im Laufe des 21. Juli wurde von mir in ähnlicher Weise, wie in Kamerun, das Bimbialand als unter dem Schutze des Deutschen Reichs und der Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers stehend erklärt, und nachdem die Kaiserliche Flagge gehisst worden war, zu welcher Feierlichkeit ein Offizier S. M. S. „Möwe" mit der dazu kommandirten Abtheilung Matrosen an Land kam, begaben wir uns am folgenden Morgen nach der Mündung des Malimbaflusses, wo wir Nachmittags eintrafen.

In Malimba wurden wir von dem Kaiserlichen Konsul E. Schulze, dem dortigen Agenten von C. Woermann, Herrn Rudolph Rabenhorst und dem King Jambe nebst seinen Häuptlingen empfangen. || In dem Vertrage, welcher zwischen den letzteren und dem genannten Rudolf Rabenhorst am 20. Juli abgeschlossen worden ist, werden sämmtliche Hoheitsrechte über das Land zwischen dem Kamerunflusse im Norden und dem Lotteflusse im Süden der Firma C. Woermann abgetreten. Es ist jedoch hierbei zu bemerken, dass der nördlichste Theil dieses Gebietes, welcher zwischen dem Quaquaflusse, dem nördlichen Mündungsarm des Malimba und dem Meere liegt und, mit Ausnahme der Residenz des Häuptlings Passall und eines diesem gehörigen Sklavendorfes, keine Ortschaften enthalten soll, möglicherweise als französisches Protektoratsgebiet reklamirt werden wird. Uebrigens machte King Bell in Kamerun über diesen Theil des Malimbagebietes gleichfalls eine Art Suzeränitätsrecht geltend.

Am Morgen des 23. Juli setzten wir unsere Reise längs der Küste fort und erreichten um die Mittagszeit die Mündung des Small-Batangaflusses, der eigentlich Some- oder auch Beundofluss heisst. Der Leiter der dortigen Faktorei von C. Woermann, Herr H. Dettmering, hat am 18. Juli drei Verträge abgeschlossen, von denen sich der erste auf die zwischen dem Lotte-

Nr. 8230. Deutschland. 16. Aug. 1884.

flüsschen im Norden und dem Lakunjefluss im Süden gelegene Small Bantanga-gegend und auf die südlich vom letztgenannten Flüsschen gelegene unabhängige Ortschaft Lanuge-Town, der zweite auf den zwischen Lanuge-Town und dem Olabe-Point gelegenen und „Plantation" genannten Distrikt und der dritte auf den zwischen dem Olabe-Point und dem Behuwe-Creek gelegenen Distrikt „Criby" bezieht. Durch dieselben treten die unabhängigen und anerkannten Häuptlinge der genannten, sich ungefähr zehn Meilen landeinwärts erstreckenden Gebiete der Firma C. Woermann sämmtliche ihnen zustehenden Hoheitsrechte ab. || Nachdem King Japite und Häuptling Ngemgwe als berechtigte Vertreter des Small-Batangagebiets und der Häuptling Ndingi von Lanuge-Town herbeigeholt worden waren, wurde die Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers über das Gebiet proklamirt und die Kaiserliche Flagge gehisst.

Am 24. Juli begaben wir uns zunächst nach dem Dorfe des Häuptlings Gray von Plantation und sodann nach dem Hauptorte des Districtes Criby. In beiden Gebieten wurde unter enthusiastischer Betheiligung der Eingeborenen die Proklamation der Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers vollzogen. . . . .

Am 31. Juli stiegen wir an Land und fanden sämmtliche Awunivertreter bereits versammelt, unserer Ankunft harrend. Da wir in Erfahrung gebracht hatten, dass auch für diesen Distrikt bereits ein französischer Vertrag bestände, so liessen wir uns angelegen sein, denselben ausfindig zu machen. Es stellte sich auch bald heraus, dass ein älterer Bruder des jetzigen Oberhäuptlings, Namens Nyondo, im Dezember vorigen Jahres nach Gaboon gereist war, um eine Hauptfaktorei und eine Missionsstation zu erbitten, und dass er mit einem Vertrage zurückgekommen war, von dem weder sein Bruder noch die übrigen Häuptlinge und Aeltesten Kenntniss erhalten hatten. Diesen hatte er nur einige andere Papiere, durch welche ihm die Errichtung einer Missionsstation und einer Faktorei zugesagt wurde, gezeigt. Durch den Vertrag, den Nyondo mit dem damaligen Kommandanten von Gaboon abgeschlossen hatte, wurde in der That der Distrikt Awuni der Souveränität Frankreichs unterstellt. || Die versammelten Vertreter des Distrikts protestirten lebhaft gegen ein Abkommen, zu dem sie keinerlei Auftrag ertheilt hatten, und bestritten dem Nyondo jedes Recht, in ihrem Namen irgend etwas abzumachen, ein Recht, welches der letztere, der anwesend war auch gar nicht in Anspruch zu nehmen schien. Meine Erhebungen über die inneren politischen Verhältnisse des Distrikts ergaben Folgendes: Der vorige Oberhäuptling King Malunga hinterliess fünf Söhne; der vierte Sohn Boté wurde allgemein als Oberhaupt anerkannt. Derselbe erfreut sich als solcher noch heute eines unbestrittenen Ansehens. Diese Auskunft wurde uns nicht allein von den Stammesältesten, sondern auch von den Brüdern Boté's gegeben. || Immerhin war Nyondo der älteste Sohn des verstorbenen Häuptlings gewesen, und hatte der französische Oberkommandant von Gaboon den Vertrag mit demselben in gutem Glauben abgeschlossen. Ich begnügte mich in Folge dessen damit, den Vertrag zwischen der Firma

C. Woermann und King Boté und seinen Häuptlingen durch den Kaiserlichen Konsul Emil Schulze beglaubigen zu lassen, und verzichtete einstweilen auf den Akt des Flaggehissens, indem ich mir vorbehielt, die Rechte der deutschen Firma dem gegenwärtigen Oberkommandanten von Gaboon und dem Vertrage seines Vorgängers gegenüber zur Geltung zu bringen. Nr. 8280. Deutschland. 16. Aug. 1884.

Noch am Nachmittag des 31. Juli begaben wir uns zurück nach Batta, wo wir alsbald einen weiteren Boten zu den nördlich von der Battagegend wohnenden Ottondeleuten abschickten, da Herr Schulze sich mittlerweile entschlossen hatte, ihnen bezüglich einer von ihnen gewünschten Faktorei einige Konzessionen zu machen, im Falle sie noch keinen Vertrag mit den Franzosen abgeschlossen hätten. Da aber am nächsten Morgen weder unser Bote, noch Vertreter der Ottondeleute angekommen waren, so glaubte ich zunächst nicht länger zögern zu dürfen mit der Ordnung der viel wichtigeren Verhältnisse am Benitafluss und liess für eine Vereinbarung mit jenen die nöthigen Anweisungen in Batta zurück.

Am 1. August begaben wir uns nach dem Benitafluss, auf dessen Südufer, nahe dem Jokopoint, die Faktorei von C. Woermann liegt und nicht weit davon nach Süden auf dem Mbinipoint die französische Flagge weht. Der von dem Agenten des Herrn Schulze im Oktober des verflossenen Jahres im Namen der Firma C. Woermann abgeschlossene Kaufvertrag betrifft das Land zu beiden Seiten des Flusses, vier Meilen landeinwärts, bis zu den etwa 15 Seemeilen stromaufwärts gelegenen Wasserfällen. Alle auf der Nordseite des Flusses gelegenen Ortschaften hatten durch ihre berechtigten Vertreter den Kontrakt unterzeichnet, während auf der Südseite in der Nähe des Flusses sich nur sehr wenige Ortschaften befinden, als deren legitimer Vertreter der Häuptling Old Bobala angesehen werden dürfte. Dieser ist der Vater des von der Faktorei als Haupthändler angestellten und eines grossen Einflusses geniessenden Roko und hatte gleichfalls unterzeichnet. Die unterzeichneten Häuptlinge, an deren Spitze Boté oder King Boté stand, hatten in dem Kaufvertrag den Wunsch ausgesprochen, dass Seine Majestät der Kaiser die Oberhoheit über das betreffende Territorium übernehmen möchte. || Nun war von diesem Kaufvertrage und den aus demselben resultirenden Vortheilen der Häuptling Ikaka ausgeschlossen worden, weil weder er noch die ihm unmittelbar unterstehenden Dörfer Landbesitz in nächster Nähe des Flusses hatten. Ikaka war seit fünf oder sechs Jahren anerkanntes, durch Wahl eingesetztes Oberhaupt der Chefs der Benitagegend gewesen und hätte, wenn er noch Wahlkönig war, bei der ganzen Angelegenheit nicht übergangen werden dürfen. Die von mir befragten Notabeln der Gegend versicherten mir aber, dass Ikaka schon vor dem Abschluss des Kontraktes seiner Würde enthoben worden sei, weil er verschiedentlich Anlass zur Unzufriedenheit bei der Entscheidung von Streitsachen gegeben hatte. Theils wegen dieser Absetzung theils entrüstet über die Missachtung, die man ihm bei dem Abkommen, der übrigen Häuptlinge mit dem Woermann'schen Agenten bezeigt hatte, begab er sich in Be-

Nr. 8280. Deutschland. 16. Aug. 1884.

gleitung von einigen angesehenen Männern seines Distrikts nach Gaboon und schloss am 3. November mit dem dortigen Gouverneur einen Vertrag, durch den das Land der Souveränität Frankreichs unterstellt wird. Dieser Vertrag ist nicht von ihm in seiner Eigenschaft als König abgeschlossen worden, sondern nennt als solchen einen gewissen Babendsche. König Babendsche aber, einst unbestrittenes Oberhaupt in beiden Uferlandschaften des Benitaflusses, ist vor etwa sechs Jahren gestorben und hat keinen Sohn, sondern nur einen adoptirten Neffen Namens Ngunde hinterlassen, der von den Häuptlingen nicht als König anerkannt wurde. Dieser Ngunde nun hatte unter dem Namen seines Adoptivvaters den Vertrag unterschrieben. Da mir weder Ikaka noch Ngunde irgend ein Recht zu haben scheinen, über die Uferterritorien des Flusses zu verfügen, so glaubte ich annehmen zu sollen, dass sich ihr Vertrag mit den Franzosen auf die vom Mbinipoint nach Süden gelegenen Distrikte beziehe, unterstellte das von den Häuptlingen der Firma C. Woermann verkaufte Land gemäss dem von jenen in dem Kaufvertrag ausgesprocheuen Wunsche der Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers und hisste die Kaiserliche Flagge auf beiden Ufern des Flusses. Auf dem Südufer that ich das unter besonderem Vorbehalt, weil mir nicht ganz klar wurde, ob Ikaka dort nicht doch noch von der Majorität in seiner früheren Würde anerkannt werde; wenigstens konnte ich feststellen, dass das von den Distrikten des Nordufers gewählte Oberhaupt Boté auf der Südseite des Flusses seine Autorität nicht geltend machen konnte. || Vom Benitafluss begaben wir uns am 3. August nach Klein-Eloby, der Insel, welche den Firmen C. Woermann, Jantzen & Thormaehlen und Goedelt & Gütschow als Stapelplatz dient. Von hier aus fuhr ich am 6. August auf dem von der Firma Jantzen & Thormaehlen zur Verfügung gestellten kleinen Küstendampfer „Fan" nach den in der Nähe des Kap St. John belegenen Bapukodistrikten, mit deren Häuptlingen der Agent von C. Woermann, Herr A. Lubke, Verträge abgeschlossen hatte. Unmittelbar nördlich vom Kap St. John liegen einige Distrikte, welche von Benga, die aus Corisco stammen, bewohnt werden. Die Häuptlinge derselben legten mir spanische Papiere vor, aus denen klar hervorging, dass die spanische Regierung die Benga als ihre Unterthanen betrachtet. Nördlich von diesem Küstenstrich liegt zwischen Gumbegumbe und dem Point Belva ein kleiner, unter den Häuptlingen N'Yambo und N'Yumbo stehender Distrikt, in dem sich zu Itala-Manga eine Zweigfaktorei von C. Woermann befindet. Hier war ein Kaufvertrag abgeschlossen worden, und wurde auf Grund desselben von mir die Kaiserliche Oberhoheit proklamirt. || Nördlich von diesem Distrikte liegt das kleine Gebiet des Häuptlings Masongo, der sich vertragsmässig Frankreich unterstellt hat, und nördlich von diesem wieder liegen zwei Distrikte, welche sich, der erste unter dem Häuptling Ikaka vom Baga-Point bis zum Dschoni-Point, der zweite unter dem Häuptling Cumballa vom Dschoni-Point bis nach Handsche erstrecken. In beiden wurde die Proklamirung der Oberhoheit Seiner Majestät des Kaisers vorgenommen, aber dem Häuptling Cumballa der daranf bezügliche Akt wieder

entzogen, da nachträglich entdeckt wurde, dass auch für sein Land bereits ein Vertrag mit Frankreich existirte. || Mit Rücksicht auf die verwickelten Verhältnisse, welche ich in dem ganzen Küstenstriche von Batanga bis zum Kap. St. John vorgefunden hatte, hielt ich es für geboten, nach Gaboon zu gehen, um mich mit dem dortigen Gouverneur auszusprechen. Am 10. August begab ich mich also, wieder an Bord S. M. S. „Möwe", nach Gaboon, wo am folgenden Vormittage auch das französische Kanonenboot „Basilic", das nach Benita geschickt worden war und unter dem Kommando des Linienschiffs-Lieutenants Felix steht, eintraf. || Ich hatte an diesem und dem folgenden Tage längere Unterredungen mit dem Gouverneur Herrn Kornut Gentille. Derselbe sagte mir, meine Thätigkeit von Batanga südwärts sei geeignet, die französischen Interessen zu beeinträchtigen; denn nicht allein habe die Regierung der Republik ein vertragsmässiges Recht auf dortige Küstengebiete, sondern der Besitz eines Theils derselben sei auch für die Zukunft Gaboons unentbehrlich. Nachdem ich ihm die Gründe für mein Vorgehen dargelegt hatte, meinte Herr Kornut Gentille, dass Alles darauf ankommen werde, eine passende Demarkationslinie für die deutschen und französischen Ansprüche zu finden, was bei dem guten Einvernehmen zwischen der Kaiserlichen Regierung und derjenigen der französischen Republik keine Schwierigkeiten haben werde.

gez. Dr. Nachtigal.

Nr. 8280. Deutschland. 16. Aug. 1884.

---

## Nr. 8281. DEUTSCHLAND. — Aufzeichnung über eine Unterredung des Reichskanzlers mit den Inhabern der im Biafragebiete interessirten Firmen.

(Auszug.)

Auf Einladung des Herrn Reichskanzlers hatten sich die Inhaber der Firmen C. Woermann und Jantzen & Thormählen in Hamburg, die Herren Ad. Woermann, E. Bohlen, W. Jantzen und I. Thormählen, zu einer Besprechung der, ihre Niederlassungen im Biafragebiete betreffenden Angelegenheiten am 25. September in Friedrichsruh eingefunden.

Nr. 8281. Deutschland. 25. Sept. 1884.

1. Von Seiner Durchlaucht wurde zunächst der Gedanke einer Vereinigung der in den deutschen Schutzgebieten an der westafrikanischen Küste domizilirten Firmen erörtert. Das Reich könne für diese Gebiete nur die Departements des Krieges, des Auswärtigen und der Justiz übernehmen; die Departements des Inneren und des Handels dagegen müssten den betheiligten Kaufleuten überlassen bleiben. || Für den Verkehr mit der Reichsregierung werde in Hamburg ein Syndikat zu bilden sein. Durch Vermittelung dieses Syndikats wären die Wünsche und Anträge der einzelnen Firmen in allen, zur Entscheidung durch das Reich stehenden Fragen der Regierung vorzutragen. Auf Erfordern des Auswärtigen Amtes, als der vorgesetzten Behörde der in den deutschen Schutzgebieten stationirten Beamten, werde das Syndikat sich

Nr. 8281. Deutschland. 25. Sept. 1884.

ausserdem gutachtlich über neue Einrichtungen und Anordnungen der Beamten zu äussern haben. Zweckmässig werde es sein, in Berlin eine ständige Vertretung des Syndikats einzurichten. Die anwesenden Herren stimmten der Bildung eines solchen, zur Wahrnehmung ihrer Interessen berufenen Organs zu; sie waren der Ansicht, dass sie sich mit den im Togo-Gebiet etablirten Firmen: Wölber & Brom (Hamburg), C. Goedelt (Hamburg) und F. M. Victor Söhne (Bremen), zu diesem Zwecke würden vereinigen können.

2. Ueber die, südlich von Batanga, unterbrochen durch französische Enklaven unter deutschen Schutz gestellten Küstenstrecken hatten die Herren bereits bei einer früheren Gelegenheit sich dahin geäussert, dass in Betreff der Punkte, wo die deutschen Besitzergreifungen mit älteren französischen Ansprüchen kollidiren, ein Austausch mit anderen Gebiete herbeizuführen sein werde.

3. Ueber die Organisation der Regierung und der Verwaltung im Biafragebiet sprachen die Herren sich dahin aus, dass die Landeshoheit im Namen Seiner Majestät des Kaisers ausgeübt werden müsse. Als Vertreter der Kaiserlichen Regierung werde ein Beamter einzusetzen sein, der am besten den, den Eingeborenen bekannten Titel eines Gouverneurs führen werde; derselbe müsse seinen Sitz in Kamerun haben, woselbst für die Einrichtung einer angemessenen Wohnung ohne Schwierigkeiten Sorge getragen werden könne. Ueber die Person des zukünftigen Gouverneurs wurden bestimmte Vorschläge nicht gemacht. || Zur Untersützung des Gouverneurs bei der Regierung und Verwaltung des Landes und bei der Rechtsprechung soll aus den Vertretern der in Kamerun etablirten Firmen ein Kollegium gebildet werden. Es erscheine wünschenswerth, auch zwei englische Kaufleute, einen Missionär und einen oder zwei eingeborene Häuptlinge, letztere als Beisitzer mit berathender Stimme, in diese Körperschaft zu wählen. Ernennung und Entlassung der einzelnen Mitglieder müssten durch den Gouverneur erfolgen. || Die „Courts of Equity" hätten sich in Kamerun nicht bewährt. || Die Jurisdiktion im Biafragebiete müsse durch den Gouverneur unter Hinzuziehung einzelner Mitglieder des Rathes, als Beisitzer, ausgeübt werden. || Für die Europäer sei deutsches Recht, vor allem das deutsche Handelsgetetzbuch und das deutsche Strafgesetzbuch einzuführen. Als Appellationsinstanz werde das hanseatische Oberlandesgericht fungiren können. Bei der Rechtsprechung über Eingeborene müsse den Landessitten und Gebräuchen Rechnung getragen werden. Sollte der Gouverneur kein Jurist sein, so würde ihm ein rechtsverständigr Sekretär beigegeben werden müssen. Der Rath werde über die Aufbringung der im öffentlichen Interesse für die Regierung und Verwaltung des Landes erforderlichen Mittel zu beschliessen haben. Durch seine Vermittelung werden den Häuptlingen die ihnen von den einzelnen Firmen zu entrichtenden Abgaben zu zahlen sein. Diese Abgaben (Kumi) bestehen zur Zeit in Waaren; erwünscht erscheine es, dass dieselben später in Geld geleistet würden. || Durch einen mässigen Ausgangszoll auf die zur Ausfuhr gelangenden Produkte würden die erforderlichen Mittel ohne Schwierigkeit zu beschaffen sein.

4. Der häufige Besuch von Kriegsschiffen in den dem deutschen Schutze unterstellten Küstendistrikten sei sehr erwünscht. Nr. 8281. Deutschland. 25. Sept. 1884.

5. Für den Gouverneur von Biafra müsse ein Küstendampfer und ausserdem ein kleines Fahrzeug angeschafft werden, welche, um die Flüsse hinauffahren zu können, nur geringen Tiefgang haben dürften. Die Kosten dieser beiden Dampfer würden etwa 180 000 Mark betragen.

6. Es wurde ferner als wünschenswerth bezeichnet, wenn durch Kaiserlichen Erlass oder in anderer Form baldmöglichst die deutsche Besitzergreifung das Biafragebiets öffentlich proklamirt werde.

---

## Nr. 8282. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an die kaiserlichen Missionen in London, Paris, Madrid, Lissabon, Haag, Brüssel, Washington, Rom, Wien, St. Petersburg, Kopenhagen, Stockholm. — Auftrag, der betr. Regierung amtlich mitzutheilen, welche Gebiete unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt sind.

Berlin, den 13. Oktober 1884. Nr. 8282. Deutschland. 13. Okt. 1884.

Euer etc. ersuche ich, auf Grund des beiliegenden Entwurfs eine Note an die dortige Regierung zu richten, um dieselbe amtlich zu verständigen, welche Gebiete an der Westküste von Afrika bisher unter den Schutz des Reichs gestellt worden sind.

von Bismarck.

[Anlage.]

*Entwurf zu einer Note.*

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat zur wirksameren Wahrung des deutschen Handels an der Westküste von Afrika einige Gebiete dieser Küste unter ihren Schutz genommen. Es ist dies geschehen auf Grund von Verträgen, welche theils von dem nach Westafrika entsandten Generalkonsul Dr. Nachtigal mit unabhängigen Häuptlingen abgeschlossen worden sind, theils auf Grund von Schutzanträgen Reichsangehöriger, welche bestimmte Gebiete durch Verträge mit unabhängigen Häuptlingen erworben haben. || In Folge dessen sind an der Sklavenküste das Togogebiet mit den Hafenplätzen Lome und Bagida, in der Bai von Biafra die Gebiete von Bimbia mit der Insel Nikol, Kamerun, Malimba bis auf den nördlichsten Theil, Klein-Batanga, Plantation und Criby und in Südwestafrika das Küstengebiet zwischen Kap Frio und dem Oranjefluss mit Ausschluss der Walfisch-Bai unter den Schutz Seiner Majestät des Kaisers gestellt worden. Dies ist durch Hissen der Kaiserlichen Kriegsflagge und Aufpflanzung von Grenzpfählen äusserlich bekundet und hierbei die Zusage ertheilt worden, dass alle bestehenden nachweislichen Rechte

Nr. 8282. Deutschland. 18. Okt. 1884. Dritter geachtet werden sollen. || Der Unterzeichnete ist beauftragt, der etc. Regierung von Vorstehendem Kenntniss zu geben. || Indem er die Ehre hat, sich dieses Auftrages zu entledigen, benutzt er diesen Anlass, um Sr. Excellenz dem etc. die Versicherung etc.

## 2. Angra Pequena.

### Nr. 8283. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Anfrage, ob England die Niederlassungen der Rheinischen Missionsgesellschaft schützen wolle.

Berlin, den 4. November 1880.

Nr. 8283. Deutschland. 4. Nov. 1880. Die in Barmen bestehende Rheinische Missionsgesellschaft, welche seit etwa 35 Jahren in Südafrika, insbesondere in der Kap-Kolonie und in dem an der Westküste Südafrika's belegenen Herero- (Damara-) und Namaqua-Lande, mit grossem Erfolge Missionsarbeit und in Verbindung hiermit seit 10 Jahren als Handelsgesellschaft auch Handel betreibt, hat sich mit dem Antrage hierher gewandt, dass die Kaiserliche Regierung sich ihrer Interessen, die durch den kürzlich dort ausgebrochenen Krieg unter den Eingeborenen bedroht sind, annehmen möge. || Nach Mittheilungen von Ende August d. J. sind auf Befehl des Oberhäuptlings der Damaras 8 zu friedlichen Verhandlungen eingeladene Namaquas nebst 5 anderen Personen dieses Landes unter den Augen der Europäer ermordet worden. Gleichzeitig wurde zum Kriege aufgerufen, und die von dem deutschen Missionar Schroeder besetzte Namaquastation Windhoek war von einem Damaraheere eingeschlossen und belagert. Der Oberhäuptling der Damaras hatte offen erklärt, er wolle alle Europäer aus dem Lande jagen. Es schwebt hiernach nicht nur der Erfolg der seit 30 Jahren betriebenen Missionsarbeit, sondern auch Leben und Eigenthum der deutschen Missionare und Händler in ernstlicher Gefahr. Es wohnen etwa 23 deutsche Familien in den dem Kriege ausgesetzten Landestheilen, der Mehrzahl nach zur Mission, der Minderzahl nach zu der deutschen Handelsgesellschaft gehörend, welche letztere dort mit etwa 4 bis 500 000 Mark engagirt ist. Die Barmer Missionsgesellschaft ist dieselbe, welche im Jahre 1868 mit einem ähnlichen Antrage sich hierher wandte. Ueber die hierdurch veranlassten Schritte bei der grossbritannischen Regierung wollen Ew. etc. Sich gefälligst des Näheren aus den Akten der Kaiserlichen Botschaft aus jener Zeit informiren. Im Wesentlichen bemerke ich hierüber Folgendes:

Nr. 8283. Deutschland. 4. Nov. 1880.

Mit Rücksicht auf das damals erkennbar gewordene Bestreben Englands, seine Machtsphäre auf die in Rede stehenden Gebiete auszudehnen, ward die Anfrage nach London gerichtet, ob es der grossbritannischen Regierung eventuell genehm sein würde, wenn ein deutsches Kriegsschiff gemeinsam mit englischen sich des Schutzes der bedrohten Missionare annähme. Die Antwort ging dahin, dass England sich von maritimen Demonstrationen an der Küste überhaupt keinen Erfolg verspreche und die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes dorthin nur widerrathen könne. Die grossbritannische Regierung zeigte sich jedoch bereit, den Schutz, welchen sie den eigenen Unterthanen zu gewähren im Stande sei, auch auf die Deutschen auszudehnen. || Inzwischen hat sich England im Jahre 1876 in der Walfisch-Bai, dem Schlüsselpunkt zu jenen Gebieten, festgesetzt. Man hatte bereits angefangen, sich staatlich einzurichten und von den fremden Händlern Zölle und Abgaben zu erheben. Nachdem es sich jedoch herausstellte, dass man nicht im Stande sei, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, hat neuerdings die Regierung der Kap-Kolonie die Rückzahlung der erhobenen Beträge angeordnet, eine Maassregel, die offenbar bezweckt, allen etwaigen Reklamationen von vornherein zu begegnen. Die britische Kolonialregierung wird bei dieser Sachlage auch die Verantwortlichkeit für die den deutschen wie den englischen Unterthanen erwachsenden Schäden zurückweisen. || In Anbetracht dieser Verhältnisse scheint es nach der Erfahrung des Jahres 1868 nicht angezeigt, auf das Erbieten zu einer Kooperation zurückzukommen, zumal eine solche nach Lage der Verhältnisse den Charakter einer Expedition in das Innere des Landes annehmen müsste. Es erübrigt daher nur, der grossbritannischen Regierung den Wunsch auszusprechen, dass die etwa aus Anlass des ausgebrochenen Krieges im Hererolande zum Schutze von Leben und Eigenthum der englischen Unterthanen angeordneten oder beabsichtigten Maassregeln auch auf die dort lebenden deutschen Missionare und Händler erstreckt werden möchten. || Ew. etc. beehre ich mich ergebenst zu ersuchen, diesem Wunsche geeigneten Ausdruck geben zu wollen. Im Falle die englische Regierung sich zur Ertheilung der geeigneten Befehle bereit erklärt, bitte ich Ew. etc., mich gefälligst davon telegraphisch zu benachrichtigen, um meinerseits die Barmer Missionsgesellschaft sowie den Kaiserlichen Konsul in Kapstadt auf kürzestem Wege verständigen zu können.

In Vertretung des Reichskanzlers:

(gez.) Graf Limburg-Stirum.

## Nr. 8284. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London*). — England kann die Verantwortung für Ereignisse ausserhalb seines Territoriums nicht übernehmen..

(Uebersetzung.) Foreign Office, den 29. November 1880.

Nr. 8284. Grossbritannien. 29. Nov. 1880.

Herr Botschafter, — Wie ich die Ehre habe, Ew. etc. mitzutheilen, benachrichtigt mich der Staatssekretär der Kolonien, dass er mit letzter Post dem Administrator der Kap-Kolonie Ihre Vorstellung bezüglich der deutschen Missionare und Kaufleute in Damara- und Namaqua-Land hat zugehen lassen, und dass er sich versichert hält, die Kap-Regierung werde bereitwilligst, soweit es in ihrer Macht steht, deutschen Unterthanen Schutz gewähren. Indessen bittet er mich, Ew. etc. aufzufordern, der deutschen Regierung bestimmt zu erklären, dass England nicht verantwortlich gemacht werden könne für irgend welche Ereignisse ausserhalb des britischen Territoriums, welch letzteres nur Walfisch-Bay und ein ganz kleines Gebiet in deren Umgebung begreift.

Ich beehre mich etc. Granville.

---

## Nr. 8285. GROSSBRITANNIEN. — Min. der Kolonien (Kimberley) an den Gouverneur der Kap-Kolonie (Robinson). — Oranjefluss die Grenze der Kap-Kolonie.

Downing Street, den 30. Dezember 1880.

Nr. 8285. Grossbritannien. 30. Dec. 1880.

1—28 etc.

28. Zugleich muss ich Ihnen die Nothwendigkeit eindringlich ans Herz legen, die Verantwortlichkeit Englands nicht über die gegenwärtigen Grenzen der Besitzungen Ihrer Majestät auszudehnen. Ihrer Majestät Regierung ist der Ansicht, dass der Orangefluss als die nordwestliche Grenze der Kap-Kolonie beizubehalten ist, und wird Plänen auf Ausdehnung der britischen Gerichtsbarkeit über Gross-Namaqua- und Damara-Land ihre Unterstützung nicht geben. Da die Walfisch-Bai auf Veranlassung der Kap-Kolonie für britisches Gebiet erklärt wurde, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Kontrole über den einzigen Hafen an einem grossen Küstestriche, durch welchen Waffen und Handel in das Innere zu gelangen vermögen, so will Ihrer Majestät Regierung dieses Arrangement nicht stören, unter der Bedingung, dass das Kap-Parlament fortfahren werde, für die Unterhaltung der Einrichtungen an jenem Platze angemessene Vorsorge zu treffen.

(Auszugsweise Uebersetzung.)

---

*) Von Graf Münster mittels Schreibens vom 2. Dezember an den Reichskanzler gesandt. A. d. R.

## Nr. 8286. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär des Auswärtigen (Busch) an den deutschen Botschafter in London. — Erneute Anfrage wegen Schutzes der Rheinischen Missionsgesellschaft.

Berlin, den 20. Oktober 1881. Nr. 8286. Deutschland. 20. Okt. 1881.

Ew. Excellenz beehre ich mich unter Bezugnahme auf den gefälligen Bericht vom 2. Dezember v. J. den beifolgenden Auszug aus einer neueren Eingabe der Rheinischen Missionsgesellschaft vom 28. August d. J., die Verhältnisse im Herero- (Damara-) Land, Südafrika, betreffend, zur gefälligen Kenntnissnahme zu übersenden. || Danach hat der zwischen den Hereros und Namaquas andauernde Krieg für die genannte Missionsgesellschaft, wie noch mehr für die zu ihr in engen Beziehungen stehende Missions-Handels-Aktien-Gesellschaft schwere Verluste an Eigenthum zur Folge gehabt, und die Erfolge einer durch 35 Jahre mit vielen Opfern durchgeführten Arbeit erscheinen schwer bedroht. Die gestellten Anträge richten sich auf Gewährung von Schutz seitens der Königlich grossbritannischen Regierung und auf Entschädigung für die erlittenen Verluste. Daneben wird gebeten, die Kaiserliche Regierung möge bei dem mangelhaften Schutze, der englischerseits selbst in der Walfisch-Bai geboten werde, ihrerseits zum Schutze der bedrohten deutschen Interessen ein Kriegsschiff dorthin entsenden. || Die ersten beiden Anträge sind, wie ich Ew. etc. gegenüber kaum hervorzuheben brauche, aus rechtlichen und thatsächlichen Gründen zu einer Vertretung bei der englischen Regierung nicht geeignet. Letztere hat in der Note vom 29. November v. J., welche Ew. etc. mit dem gefälligen Bericht vom 2. Dezember v. J. hierher eingereicht haben, ausdrücklich jede Verantwortlichkeit für alle Ereignisse ausserhalb der britischen Grenzen in Südafrika abgelehnt und hinzugefügt, dass nur die Walfisch-Bai und ein schmaler, diese umgebender Streifen Land britisches Territorium sei. Hiermit stimmen die an den neu ernannten Gouverneur der Kap-Kolonie, Sir H. Robinson, ertheilten Instruktionen vom 30. Dezember v. J. überein, in welchen, abgesehen von der Walfisch-Bai, der Orange-River als äusserste Grenze des britischen Territoriums festgehalten wird. Wie der Kaiserliche Konsul zu Kapstadt berichtet hat, sind auch seitens der Kap-Regierung alle dorthin gerichteten Anträge der Rheinischen Missionsgesellschaft auf Gewährung von Schutz unter dem Hinweis darauf zurückgewiesen worden, dass die Regierung nicht beabsichtige, weitere Gebiete zu annektiren, und dass sie in dem betreffenden Lande keine militärischen Maassnahmen ergreifen oder irgendwie sich in die inneren Wirren des Landes einmischen wolle. || Die bedrängte Lage der betreffenden Missionsgesellschaft und Handelsgesellschaft lässt es gleichwohl angezeigt erscheinen, die erbetene Vermittelung bei der Königlich grossbritannischen Regierung nicht ganz von der Hand zu weisen. Ew. etc. beehre ich mich daher ergebenst zu ersuchen, die Angelegenheit im Foreign Office noch einmal mündlich zur Sprache zu bringen und anzufragen, ob sich etwa nach den dort

Nr. 8286. Deutschland. 20. Okt. 1881.

vorliegenden Nachrichten inzwischen in der Lage der Verhältnisse etwas geändert habe und was wohl zum Schutze der bedrängten Interessen der im Hererolande lebenden Reichsangehörigen daselbst gethan werden könne und etwa zu thun beabsichtigt werde. Busch.

Anlage. Barmen, den 28. August 1881.

Im Anschluss an meine Vorstellung vom 3. Juni 1880, betreffend den Schutz der im Herero- (Damara-) Land angesiedelten Deutschen, bin ich genöthigt, einem Hohen Auswärtigen Amt des Deutschen Reichs eine erneute Vorstellung im Namen und Auftrag der Deputation der Rheinischen Missionsgesellschaft gehorsamst zu unterbreiten. Die in der Eingabe vom 3. Juni v. J. ausgesprochenen Befürchtungen haben sich im vollsten Maasse erfüllt. Der Krieg zwischen Namaquas und Hereros ist im August v. J. ausgebrochen. Sechs deutsche Missionsstationen sind inzwischen, soweit heute bekannt, in Folge der Kriegsereignisse verlassen und beraubt worden, und die hier domizilirte Missions-Handels-Aktien-Gesellschaft hat so bedeutende Verluste erlitten, dass sie sich zur Liquidation gedrängt sieht. Von Monat zu Monat steigt auch die Gefahr des Lebens für die im Lande wohnenden deutschen Familien, während alle inzwischen bei der kapischen Kolonialregierung und dem deutschen Konsul gemachten Schritte erfolglos geblieben sind. Wenn irgend je, glauben wir unter diesen Umständen berechtigt und verpflichtet zu sein, das dringende Gesuch an ein Hohes Auswärtiges Amt zu richten, Hochdasselbe wolle doch bei der Königlich grossbritannischen Regierung Vorstellungen machen, um eine möglichst ungesäumte Herstellung der Ordnung und des Schutzes der im Namaqua- und Herero-Land wohnenden Deutschen zu erwirken. Zur Begründung dieser gehorsamsten Bitte erlaube ich mir Nachfolgendes darzulegen: || Der mit grosser Erbitterung geführte Kampf hat während des vergangenen Herbstes und Winters ohne irgend welchen entscheidenden Erfolg hin- und hergeschwankt. In jüngster Zeit hat sich ergeben, dass an der Seeküste wie von der Kap-Kolonie aus trotz des Verbotes der kapischen Regierung, welches in keiner Weise überwacht wird, grosse Quantitäten von Munition ins Namaqua-Land eingeführt werden. Auch südlich und südöstlich wohnende Stämme, welche unter direkter Protektion der kapischen Regierung stehen, haben sich nun angeschickt, ohne dass ihnen ein Wort der Abmahnung aus Kapstadt zugegangen wäre, am Kriege sich zu betheiligen. Da gleichzeitig der britische Beamte in Walfisch-Bai seit Ausbruch des Krieges den Herero jede Zufuhr von Munition abgeschnitten hat, so ist zu befürchten, dass nicht nur das Hererovolk von seinen Feinden überwältigt wird, sondern dass auch die seit 35 Jahren im Herero-Lande geführte deutsche Missionsarbeit gänzlich zum Stillstand komme. Nicht nur das Eigenthum, sondern auch das Leben sämmtlicher im Lande wohnenden Deutschen ist unter diesen Umständen schwer bedroht. || Während des ganzen bisherigen Verlaufes des Krieges hat die britische Regierung nicht einmal ein kleines Kriegsschiff an der Walfisch-Bai stationirt, so dass nichts

im Wege steht, dass auch dort bald einmal Räuberbanden die Bai überfallen, die Lagerhäuser berauben uud die Gebäulichkeiten zerstören, womit die im Lande wohnenden Europäer vollends ganz abgeschnitten sein würden. || So dürfte die heutige Lage, wo England nichts zum Schutze der Bai gethan hat und thut und der noch anwesende, vielleicht inzwischen auch abgerufene britische Beamte völlig machtlos ist, das baldige Anlaufen der Bai durch ein deutsches Kriegsschiff und eine zeitweilige kurze Stationirung desselben daselbst nachdrücklich empfehlen. || Die Rheinische Missionsgesellschaft hat seit 35 Jahren zum Besten des Namaqua- und Herero-Landes gearbeitet und ist der Pionier der Civilisation wie des Handels für diese Länder geworden. Sie hat, abgesehen von allem Schweiss und aller Arbeit ihrer Sendboten, in dem bezeichneten Zeitraum wohl auch vielleicht 2 Millionen Mark für ihre Arbeiten dort verausgabt. || In ähnlicher Lage befindet sich die hiesige Handelsgesellschaft. Sie ist nicht als eine Spekulationsgesellschaft gegründet worden, sondern als eine Arbeit, welche bei mässigem Ertrage für die Aktionäre die Arbeiten der Mission im Sinne christlicher Civilisation unterstützen sollte. Nach einem schweren Verluste, welchen dieselbe vor mehreren Jahren im Klein-Namaqua-Lande erfahren, waren ihre Verhältnisse im Herero-Lande während des letzten Jahres so geordnet worden, dass die ruhige und erfolgreiche Arbeit im Herero-Lande in sicherer Aussicht stand. Der Krieg und seine Ausbreitung hat nicht nur diese Aussicht vernichtet, sondern bereits sehr grosse Verluste gebracht und zugleich die Möglichkeit, Rimessen aus dem Lande zu beziehen, aufs äusserste erschwert. Die kriegführenden Häuptlinge haben von den Lagerhäusern der Handelsgesellschaft Waaren und Munition gegen Schuldscheine entnommen, welche gegenwärtig und voraussichtlich auch später keinen Werth darstellen. So sieht sich die Handelsgesellschaft zur Liquidation genöthigt, und da ihre noch zu Buch stehenden vorhandenen Werthe, soweit sie nicht entnommen oder geraubt wurden, unverkäuflich sind, so wird die bevorstehende Liquidation voraussichtlich den Verlust des gesammten Aktienkapitals (718 000 Mark) herbeiführen. In einem Augenblicke, wo von allen Seiten die Stärkung des deutschen Exports und die Anlegung deutschen Kapitals in überseeischen Unternehmungen erstrebt und bevorwortet wird, erscheint es doppelt bedauerlich, dass eine seit 11 Jahren solid geführte und von den besten Absichten getragene deutsche überseeische Handelsunternehmung aus Mangel an genügendem politischen Schutze von Seiten der britischen Regierung zu Grunde gehen muss. || Im Blick auf diese Lage erlaube ich mir weiter die dringende Bitte auszusprechen: Hohes Auswärtiges Amt wolle bei der Königlich britischen Regierung einen Ersatz für die durch den Krieg herbeigeführten Verluste der Missions- wie der Handelsgesellschaft geneigtest erwirken. || Soweit heute die eingetretenen Verluste sich von hier aus übersehen lassen, würde etwa eine Summe von 25 000 Pfd. Sterl. bis 30 000 Pfd. Sterl. in Betracht kommen.

Nachschrift. Seit Monaten sind keine direkten Nachrichten aus dem Herero-Lande uns zugekommen, da auch die Verbindung über See fast ganz

Nr. 8286. Deutschland. 20. Okt. 1881.

aufgehört hat. Sicher aber ist, dass der Krieg fortdauert, und dass von dem Schepmansdorp-Ameiber Stamm für die nöthigsten Zusendungen von Proviant aus der Walfisch-Bai grosse Kontributionen den im Lande wohnenden Deutschen auferlegt worden sind.

Fabri.

---

## Nr. 8287. DEUTSCHLAND. — Anfrage von F. A. E. Lüderitz an das Auswärtige Amt, ob einer an der Südwestküste von Afrika zu gründenden Faktorei deutscher Schutz gewährt werden würde.

Nr. 8287. Deutschland. 16. Nov. 1882.

Bremen, den 16. November 1882.

Dem Kaiserlichen Auswärtigen Amt erlaube ich mir ganz ergebenst das Folgende vorzutragen: || Ich beabsichtige in nächster Zeit ein Schiff mit assortirter Ladung, hauptsächlich deutscher Waaren, nach der Südwestküste Afrika's zu senden, und zwar nach einem Platze zwischen 22 und 28 Grad südlicher Breite, welcher noch im Besitze eingeborener Herrscher ist. || Einen, die dortigen Verhältnisse kennenden Superkargo sende ich mit, um die Ladung zu verkaufen und zugleich einen Platz an oder in der Nähe der Küste auszusuchen, der für die Anlage einer bleibenden Faktorei geeignet ist. || Um dies unter möglichst günstigen Verhältnissen für mich bewerkstelligen zu können, gebe ich dem Superkargo Vollmacht, in meinem Namen Kontrakte mit einem oder mehreren der dortigen Machthaber abzuschliessen, welche dahin lauten sollen, dass dieselben mir gegen einen jährlich von mir zu zahlenden Tribut den Alleinhandel in ihrem Lande gestatten und das alleinige Besitzrecht auf die, zur Anlage der Faktoreien und Pflanzungen, oder auch Straussenfarmen nöthigen Ländereien einräumen. Um in einem solchen Besitze nicht gestört zu werden, wünsche ich denselben sofort bei Abschluss der Kontrakte unter den Schutz der deutschen Reichsflagge zu stellen und gestatte mir die gehorsamste Bitte, mich geneigtest benachrichtigen zu wollen, ob und unter welchen Bedingungen dieser Schutz mir gewährt werden kann. || Eines Hohen Kaiserlichen Amts || gehorsamster

F. A. E. Lüderitz.

---

## Nr. 8288. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Geschäftsträger in London (Herbert Bismarck) — Anfrage, ob England jetzt beabsichtigt, das Lüderitz'sche Unternehmen zu schützen.

(Auszug.)

Nr. 8288. Deutschland. 4. Febr. 1883.

Berlin, den 4. Februar 1883.

Wie Ew. etc. aus dem Erlass vom 20. Oktober 1881 gefälligst entnehmen wollen, hatte die Rheinische Missionsgesellschaft seinerzeit durch meine Vermittelung für ihre Stationen in Südafrika — Herero- (Damara-) und Namaqua-Land — den Schutz der grossbritannischen Regierung nachgesucht, diese

letztere aber zur Gewährung eines solchen nur in beschränktem Maasse sich bereit gezeigt. Grund hierfür war, dass die britische Regierung Ausübung einer Staatsgewalt in jenen Gebieten nicht in Anspruch nimmt und sich lediglich auf die Position bei der Walfisch-Bai beschränkt. || Kürzlich hat nun ein Bremer Kaufmann befürwortet, Faktoreien, die er in den Küstengebieten zwischen dem Oranje-Fluss und dem kleinen Fischfluss anzulegen beabsichtigt, unter den Schutz der Kaiserlichen Regierung stellen zu dürfen. Obwohl an sich nichts im Wege steht, dem betreffenden Unternehmen diesen Schutz zu gewähren, so ist es mir doch erwünscht, die grossbritannische Regierung von diesen Plänen für den Fall unterrichtet zu wissen, dass dieselbe jetzt etwa in jenen Gegenden Souveränitätsrechte ausüben oder Schutz zu gewähren beabsichtigen sollte. || Ew. etc. ersuche ich deshalb ergebenst, diesen Gegenstand gesprächsweise dort zu berühren und sich über die bezüglichen Auffassungen und Intentionen der englischen Regierung thunlichst zu orientiren. Eventuell stelle ich anheim, zu sagen, dass wir selbstverständlich uns vorbehalten, diesen Schutz unsererseits dann eintreten zu lassen, wenn die betreffenden Ansiedelungen ausserhalb des englischen Einflusses oder des Einflusses einer anderen befreundeten Macht lägen.

Nr. 8288. Deutschland. 4. Febr. 1883.

In Vertretung des Reichskanzlers:
Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8289. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Konsul in Kapstadt. — Instruction bezüglich des Lüderitz zu gewährenden Schutzes.

(Auszug.) Berlin, den 18. August 1883.

Der Kaufmann F. A. E. Lüderitz aus Bremen hat, wie Ew. bereits bekannt sein wird, im April d. J. an der Bai von Angra Pequena von einem Hottentottenhäuptling ein Areal von ungefähr 150 englischen Quadratmeilen käuflich erworben. Derselbe beabsichtigt in einigen Tagen, begleitet von einem technischen Personal, nach Kapstadt zu reisen, um sich von dort nach Angra Pequena und weiter ins Innere zu begeben. || Während seines Aufenthalts in Deutschland hat sich Herr Lüderitz auf dem Auswärtigen Amt vorgestellt und hier zum Zwecke des Schutzes für sein Unternehmen auch um ein Einführungsschreiben an Ew. etc. gebeten. || Ich habe Herrn Lüderitz die Erfüllung seiner Bitte zugesagt, und ersuche Ew. etc. daher ergebenst, ihm, wenn er sich an Sie wendet, mit Ihrem Rathe beizustehen sowie dem Unternehmen desselben Ihren konsularischen Schutz angedeihen zu lassen. || Bezüglich der Grenzen, welche Sie in letzterer Beziehung einzuhalten haben, bemerke ich, dass Herr Lüderitz auf den Schutz der Kaiserlichen Regierung wird rechnen können, soweit sein Unternehmen sich auf wohlerworbene Rechte stützt und

Nr. 8269. Deutschland. 18. Aug. 1883

Nr. 8289. Deutschland. 18. Aug. 1883.

nicht mit früheren Rechtsansprüchen, sei es der einheimischen Bevölkerung, sei es der benachbarten Engländer, kollidirt.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage:
(gez.) von Bojanowski.

---

## Nr. 8290. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Die engl. Regierung verlangt zunächst nähere Bezeichnung des Orts der Niederlassung.

(Auszug.) London, den 26. Februar 1883.

Nr. 8290. Deutschland. 26. Febr. 1883.

Behufs Erledigung des hohen Erlasses vom 4. d. M., die Anlage von Faktoreien an den Küstengebieten zwischen dem Oranje- und dem kleinen Fisch-Flusse betreffend, hatte ich die darin befohlenen Erkundigungen auf dem hiesigen Auswärtigen Amt anstellen lassen. Ich hörte daselbst, dass an einigen Punkten des erwähnten Küstengebietes englische Ansiedelungen beständen und es darauf ankommen würde, zu wissen, wie weit die anzulegenden deutschen Faktoreien von jenen englischen Niederlassungen entfernt sein würden, um ermessen zu können, ob England in der Lage sein werde, den Schutz zu übernehmen; wäre diese Distanz nicht zu gross, so würde England dazu gern bereit sein. || Die mir versprochene schriftliche Auskunft ist heute eingegangen, und beehre ich mich, Abschrift davon ganz gehorsamst beizufügen. || Wie Euere Durchlaucht daraus entnehmen wollen, erklärt die englische Regierung noch eine genauere Angabe über die Stelle, welche für die deutsche Ansiedelung in Aussicht genommen ist, für nothwendig, bevor sie auf die vorliegende Frage definitiv antworten kann.

(gez.) Münster.

### Anlage.

(Uebersetzung.) Foreign Office, den 23. Februar 1883.

Herr Botschafter, — Mit Bezug auf die Anfrage des Grafen von Bismarck vom 7. d. M., ob die Regierung J. M. in der Lage sei, der geplanten deutschen Ansiedelung an der afrikanischen Küste, zwischen dem Oranjefluss und dem kleinen Fischfluss, Schutz zu gewähren, beehre ich mich Ew. etc. zu benachrichtigen, dass mir dass Kolonialamt auf mein Befragen mitgetheilt hat, es habe zwar die Regierung der Kap-Kolonie einige Niederlassungen an der Küste; ohne genauere Angabe aber an welcher Stelle die deutsche Ansiedelung beabsichtigt werde, sei es unmöglich, zu einer Ansicht darüber zu gelangen, ob die englischen Behörden im Nothfalle einen Schutz gewähren könnten. || Wenn indessen die deutsche Regierung genauere Angaben über den gedachten Punkt machen wollte, so würde die Regierung der Kap-Kolonie zum Berichte aufge-

fordert werden, ob und in welchem Umfange man den deutschen Wünschen entgegenkommen könne. || Ich habe die Ehre etc. Nr. 8290. Deutschland. 26. Febr. 1883.

(gez.) Granville.

---

## Nr. 8291. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. (Hatzfeldt) an den deutschen Geschäftsträger in London. — Anfrage, ob England auf Angra Pequena Ansprüche macht.

Berlin, den 12. November 1883.

Auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers beehre ich mich, Ew. etc. zu ersuchen, bei der Königlichen grossbritannischen Regierung mündlich, aber amtlich, anzufragen, ob englischerseits Ansprüche auf das Gebiet von Angra Pequena erhoben würden oder nicht, und im bejahenden Falle, auf welche Titel sich diese Ansprüche gründeten. Nr. 8291. Deutschland. 12. Nov. 1883.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8292. DEUTSCHLAND. — Lüderitz zeigt den Erwerb weiterer Gebiete an.

Bremen, den 20. November 1883.

Ew. Durchlaucht beehre ich mich davon in Kenntniss zu setzen, dass, wie mein am 11. Oktober d. J. auf meiner Besitzung in der Bai von Angra Pequena, Südwest-Afrika, angelangter Herr Adolf Lüderitz mir mittheilt, mein Bevollmächtigter, Herr Heinr. Vogelsang, am 25. August d. J. von dem Chief Joseph Fredericks in Bethanien ausser der bereits in meinem Besitz befindlichen Bai von Angra Pequena nun auch den übrigen Theil der Küste vom Oranjefluss aufwärts bis zum 26. Grad südlicher Breite nebst 20 geographischen Meilen Landesfläche von jedem Punkt der Küste aus für mich gekauft hat. || Ich habe die Ehre etc. Nr. 8292. Deutschland. 20. Nov. 1883.

(gez.) F. A. E. Lüderitz.

---

## Nr. 8293. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Die engl. Regierung hält eine fremde Kolonie an der südwestafrikanischen Küste für einen Eingriff in die Rechte Englands.

London, den 22. November 1883.

Auf meine der Weisung vom 12. d. M. gemäss gestellte mündliche Anfrage hinsichtlich der Ansiedelung in Angra Pequena erhielt ich soeben die in Abschrift beiliegende Note Lord Granville's. Eure Durchlaucht werden aus derselben hochgeneigtest ersehen, dass die englische Regierung, wenn sie Nr. 8293. Deutschland. 22. Nov. 1883.

Nr. 8293. Deutschland. 22. Nov. 1883.

auch formell nur Besitz von einzelnen Punkten genommen hat, doch ein Protektorat an der afrikanischen Küste von der portugiesischen Grenze vom 18. Breitengrade an bis zur Kap-Kolonie beansprucht und es ausspricht, dass die Souveränität einer anderen Macht an jener Küste mit den Rechten Englands kollidiren würde. || Lord Granville sagte mir, als er die Sache vorher mit mir besprach, dass die Ansiedelung deutscher Kaufleute in jenen Gegenden der englischen Regierung nur erwünscht sein könne und ihnen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden würden. Was speciell die Ansiedelung des Herrn Lüderitz in Angra Pequena betreffe, so scheine die Sache dadurch verwickelter zu sein, dass ein englisches Haus am Kap dort ältere Ansprüche zu haben glaube.

(gez.) **Münster.**

## Anlage.

(Uebersetzung.) Foreign Office, den 21. November 1883.

Herr Botschafter, — Bezüglich Ihrer im Auftrage der deutschen Regierung an mich gerichteten Anfrage, ob die Regierung Ihrer Majestät irgend welche Souveranitätsrechte über die Bai von Angra Pequena und über das umliegende Territorium beanspruche, bin ich mit dem Staatssekretair der Kolonien in Verbindung getreten. Nunmehr habe ich die Ehre, Ew. Excellenz mitzutheilen, dass, obwohl die Souveränität Ihrer Majestät nicht längs der ganzen Küste, sondern nur an bestimmten Punkten, wie Walfisch-Bai und auf den Inseln von Angra Pequena, proklamirt worden ist, die königlich grossbritanische Regierung doch der Ansicht ist dass irgend welche Souveränitäts- oder Jurisdiktionsansprüche einer fremden Macht auf das Gebiet zwischen der südlichen Grenze der portugiesischen Oberhoheit am 18. Breitengrad und der Grenze der Kap-Kolonie in ihre legitimen Rechte eingreifen würden. Die Regierung Ihrer Majestät erwartet im Laufe dieses Monats einen Bericht von dem Marineoffizier, der kürzlich Angra Pequena zu dem Zwecke besucht hat, Streitigkeiten zu verhüten zwischen deutschen Kaufleuten, welche sich daselbst niedergelassen haben, und britischen Unterthanen, die ein Recht auf das Festland von Angra Pequena für lange Zeit auf Grund einer Verleihung seitens des Häuptlings von Gross-Namaqua-Land besitzen. Sie hegt das Vertrauen, dass es sich ermöglichen lassen werde, Einrichtungen zu treffen, auf Grund deren die deutschen Kaufleute an der Besiedelung von Angra Pequena Theil nehmen können. Sobald der erwähnte Bericht eingegangen sein wird, werde ich mich beehren, Ew. etc. eine weitere Mittheilung über diesen Gegenstand zugehen zu lassen. || Ich habe die Ehre etc.

(gez.) **Granville.**

## Nr. 8294. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London — Nochmalige Anfrage wegen Angra Pequena's.

Berlin, den 27. Dezember 1883.

Nr. 8294. Deutschland. 27. Dez. 1883.

Den gefälligen Bericht vom 22. v. M., betreffend Angra Pequena, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. || Der Herr Reichskanzler wünscht, dass die früher von Ew. etc. zufolge des Erlasses vom 12. v. M. gestellte mündliche Anfrage nunmehr in Form amtlicher Note wiederholt werde. || Es kommt darauf an, die Rechtstitel für die jetzt in Gegensatz zu früheren Erklärungen erhobenen Ansprüche Englands kennen zu lernen. || Den Entwurf zu einer Note füge ich ergebenst bei. || Ausserdem wünscht der Herr Reichskanzler, dass Ew. etc. mündlich auf diejenigen Erfahrungen Bezug nehmen, welche deutsche Ansiedler hinsichtlich ihrer wohlerworbenen Rechte auf Grundeigenthum in Fidji gemacht haben, nachdem diese Inselgruppe später von England in Besitz genommen worden war.

(gez.) Busch.

---

## Nr. 8295. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Auf welche Rechtstitel gründet sich der engl. Anspruch?

London, den 31. Dezember 1883.

Kaiserlich Deutsche Botschaft.

Nr. 8295. Deutschland. 31. Dec. 1883.

Die Antwort, mit welcher Ew. etc. mich am 21. v. Mts. auf meine Anfrage beehrten, ob England auf das Gebiet von Angra Pequena Ansprüche erhebe und auf Grund welcher Titel, habe ich der Kaiserlichen Regierung mitgetheilt. || Ew. etc. Antwort ging dahin: die Königlich grossbritannische Regierung habe zwar nicht in dem ganzen Lande, sondern nur an bestimmten Punkten, wie z. B. an der Walfisch-Bai und auf den Angra Pequena-Inseln, die Souveränität Ihrer Majestät der Königin proklamirt; sie halte jedoch dafür, dass irgend ein Anspruch einer anderen Macht auf die Souveränität oder Jurisdiktion zwischen dem die südliche Grenze der portugiesischen Jurisdiktion bildenden 18. Breitengrade und der Grenze der Kap-Kolonie in ihre legitimen Rechte eingreifen würde.

Diese Antwort lässt hinsichtlich der rechtlichen Begründung der Ansprüche der Königlich grossbritannischen Regierung und in Betreff der thatsächlichen Wirkungen derselben Zweifel bestehen, wegen deren ich von meiner Regierung beauftragt bin, auf die von mir gestellte Anfrage zurückzukommen. || Die von Ew. etc. bestätigte Thatsache, dass die britische Souveränität jenseit der Grenze der Kap-Kolonie sich auf die Walfisch-Bai und die Inseln vor Angra Pequena beschränkt, gehört zu den Voraussetzungen, unter welchen die Kaiserliche Regierung berechtigt und berufen ist, dem Hause Lüderitz den Schutz

Nr. 8295. Deutschland. 31. Dez. 1888.

des Reichs für eine Niederlassung zu gewähren, welche diese Firma, ausserhalb der Souveränität jeder anderen Macht, an der Südwestküste von Afrika anzulegen beabsichtigte. Frühere Vorgänge hatten diese Voraussetzung begründet.

In Folge eines Antrages der Rheinischen Missionsgesellschaft auf Gewährung von Schutz für ihre Missions- und Handelsniederlassungen in Gross-Namaqua und Herero (Damara) hatten Ew. etc. mittelst Note vom 25. Mai 1880 mir mitgetheilt, dass das britische Hoheitsgebiet sich auf die Walfisch-Bai und ein kleines, dieselbe umgebendes Territorium beschränkt. || Eine dem britischen Parlamente unter South-Afrika 1881 mitgetheilte Instruktion des damaligen britischen Staatssekretärs für Kolonien, Lord Kimberley, an den Gouverneur der Kap-Kolonie vom 30. Dezember 1880 erklärte in ihrem § 28, dass der Oranjefluss als die nordwestliche Grenze der Kap-Kolonie anzusehen sei, und dass die grossbritannische Regierung keinem Plane zur Ausdehnung der britischen Jurisdiktion über Gross-Namaqua- und Herero-Land Folge geben werde. || In einer weiteren Depesche Lord Kimberley's an Sir Hercules Robinson, vom 13. Januar 1881, welche auf die Schutzanträge der Rheinischen Missions-Gesellschaft Bezug hatte, wurde der betreffende Passus der vorerwähnten Depesche vom 30. Dezember 1880 als maassgebend bezeichnet. || Aus Anlass der Niederlassung der deutschen Firma in Angra Pequena erhielt die Kaiserliche Regierung durch das deutsche Konsulat in Kapstadt Kenntniss von einer Parlamentsakte der Kap-Kolonie, vom 26. Juni 1873, durch welche zwei von den drei vor Angra Pequena liegenden sowie mehrere andere, südlich der Walfisch-Bai gelegenen Inseln, nicht aber die Angra Pequena-Bai, oder irgend ein Gebiet auf dem Festlande ausserhalb der durch den Orangefluss gegebenen Grenze als Dependenzen der Kap-Kolonie bezeichnet wurden. Die oben in Bezug genommene Instruktion des englischen Kolonialsekretärs an den Gouverneur der Kap-Kolonie vom 30. Dezember 1880 berechtigte zu der Annahme, das die Königlich grossbritannische Regierung der Annexion selbst der genannten Inseln durch die Kap-Kolonie die Genehmigung nicht ertheilt habe. || Der Vollständigkeit halber erlaube ich mir hinzuzufügen, dass der englische Unterthan, Mr Spence, der einen Theil des von der Firma Lüderitz erworbenen Küstenstrichs, auf Grund eines älteren Kaufvertrages, als sein Privateigenthum beansprucht, in einem an das Kaiserliche Konsulat in Kapstadt gerichteten Schreiben vom 25. September dieses Js. ausdrücklich anerkennt, dass sein Anspruch sich nicht auf Angra Pequena erstrecke, und dass Mr. Spence am Schluss seines Schreibens erklärt, er würde nichts dagegen haben, wenn die Deutsche Regierung dieses Gebiet besetzte; denn er sei überzeugt, dass in diesem Falle seine Rechte voll anerkannt werden würden.

Es folgt hieraus, dass bis in die neueste Zeit auch in der Kap-Kolonie nicht angenommen wurde, dass Grossbritannien in jenem Gebiete Hoheitsrechte besitze oder beanspruche.

Die Kaiserliche Regierung erachtet sich für verpflichtet, in Gebieten, wo

ausreichender Rechtsschutz durch anerkannte staatliche Organisation nicht verbürgt ist, den dort verkehrenden Reichsangehörigen Schutz und Förderung selbst zu Theil werden zu lassen. Dieser Standpunkt entspricht derjenigen Auffassung, welche England und Deutschland bei verschiedenen Gelegenheiten anderen Mächten gegenüber gemeinsam vertreten haben. Dies war namentlich der Fall gegenüber den im Jahre 1874 spanischerseits erhobenen Ansprüchen auf die Oberhoheit über die Carolinen- und Pelew-Inseln. Auf Antrag der Königlich grossbritannischen Regierung legten wir in Madrid gegen jene Ansprüche gemeinschaftlich Verwahrung ein. Die Protestnote des Königlich grossbritannischen Gesandten vom 3. März 1875 enthielt die Erklärung, dass Ihrer Majestät Regierung die von Spanien beanspruchten Rechte über die Carolinen- und Pelew-Inseln, über welche es niemals thatsächlich Herrschaft ausgeübt habe und auch gegenwärtig nicht ausübe, nicht anerkenne. Die Verhandlungen mit Spanien über die Souveränitätsverhältnisse im Sulu-Archipel, welche zu dem Madrider Protokoll vom 11. März 1877 geführt haben, gipfelten in demselben Gedanken. || Wenn nun die Königlich grossbritannische Regierung jetzt, was mir zweifelhaft erscheint, die Oberhoheit über das bisher für unabhängig geltende weite Gebiet zwischen dem Orangefluss und dem 18. Grade südlicher Breite beanspruchen sollte, so würde die Kaiserliche Regierung mit Rücksicht auf den ihr obliegenden Schutz des deutschen Handels Werth darauf legen, zu erfahren, auf welchen Titel dieser Anspruch gegründet ist und welche Einrichtungen England dort besitzt, um deutschen Unterthanen in ihren Handelsunternehmungen und rechtmässigen Erwerbungen daselbst solchen Rechtsschutz zu gewähren, welcher das Reich der Pflicht überhöbe, seinen Angehörigen in jenem Gebiete selbst und direkt den Schutz zu gewähren, dessen sie bedürfen können. || Indem ich Ew. etc. um eine Mittheilung hierüber zu ersuchen mich beehre, benutze ich auch diese Gelegenheit etc.

Münster.

Nr. 8295. Deutschland. 31. Dez. 1883.

---

## Nr. 8296. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an den Reichskanzler. — Die Kap-Regierung ist dem Unternehmen Lüderitz' abgeneigt.

(Auszug.) Kapstadt, den 22. Januar 1884.

Ew. Durchlaucht beehre ich mich in Nachfolgendem in Angelegenheit des Herrn Lüderitz weiter zu berichten. || Die Ankunft S. M. S. „Nautilus" und das Bekanntwerden, dass der Kommandant noch nicht in Angra Pequena gewesen, sondern um telegraphische Instruktion ersucht habe, gab dem stellvertretenden Gouverneur Veranlassung, dem hiesigen Ministerium von der bevorstehenden Reise des „Nautilus" Kenntniss zu geben. || Auf Wunsch des letzteren liess mich Seine Excellenz um eine Unterredung ersuchen und legte mir in einer längeren Unterhaltung das Interesse dar, welches die Kolonie an der nördlich vom

Nr. 8296. Deutschland. 22. Jan. 1884.

Nr. 8296. Deutschland. 22. Jan. 1884.

Oranje-River gelegenen Seeküste habe. || Der vorsitzende Minister legte mir die Unzuträglichkeit vor, welche daraus entstände, dass so hart an der Grenze der Kolonie ein unbeschränkter Handel mit Waffen, Pulver und spirituosen Getränken mit den Eingeborenen stattfände, nachdem erst vor kurzem die Kolonie den Hafen von der Walfisch-Bai übernommen habe, um diesen Handel reguliren zu können. || Einen bestimmten Vorschlag hatte er nicht zu machen; er hoffte indess, dass die Angelegenheit des Landstückes, welches Herr Lüderitz gekauft haben wolle, nicht zu Verwickelungen Anlass geben möge, und dass sich ein Ausweg finden lasse, welcher die etwaigen legalen Ansprüche des genannten Herrn mit den gerechten Interessen dieser Kolonie vereinige.

Der Kaiserlich deutsche Konsul.

(gez.) Lippert.

---

## Nr. 8297. DEUTSCHLAND. — Kommandant des „Nautilus" (Aschenborn) an den Chef der Admiralität. — Gutachten über die Aussichten der Lüderitz'schen Niederlassung.

Südatlantischer Ocean, den 27. Januar 1884.

An
den Chef der Kais. Admiralität.
Berlin.

An Bord S. M. Kbt. „Nautilus".

(Auszug.)

Nr. 8297. Deutschland. 27. Jan. 1884.

Euerer Excellenz beehre ich mich, in Befolg des mir in meiner Segelordre gegebenen hohen Befehls, über den Stand der Lüderitz'schen Unternehmung in der Bucht von Angra Pequena ganz gehorsamst Folgendes zu berichten: || In Bezug auf die Rechtsfrage des Besitztitels des etc. Lüderitz suchte ich mich während meines Aufenthaltes in Kapstadt, vom 13. bis zum 20. Januar cr., über diese Angelegenheit zu informiren, und erfuhr ich, dass der Ankauf der Landstrecke um die Bucht von Angra Pequena bis 5 Meilen (englisch) landeinwärts durch den Kaufmann Lüderitz aus Bremen (d. d. 1. Mai 1883) in Bezug auf die Grenzen derselben durch einen Herrn Spence (Vertreter der Firma de Pass, Spence & Co.) angefochten würde, welcher daselbst ältere Rechte auf einen Theil des von Herrn Lüderitz in Besitz genommenen Terrains zu haben glaubt. || Die englische Firma stützt sich dabei auf einen mit dem früheren Beherrscher (Kapitän) des Landes geschlossenen Vertrag, der ihr den Küstenstrich zwischen Baker-Bai (Angra Junta) und Angra Pequena zur Benutzung einräumt, um die aus den derselben Firma überlassenen Minen gewonnenen Erze zu verschiffen. || Durch Herrn Lüderitz, der nunmehr laut Kaufvertrages vom 25. August 1883 die ganze Küste vom Orangefluss aufwärts bis zum 26° Südbreite, einschliesslich aller Häfen und Baien, ausserdem das Land 20 geographische Meilen von jedem Punkt der Küste landeinwärts gerechnet, gekauft hat, wurden mir in Angra Pequena diese beiden Kaufverträge sowie unter Anderem eine Erklärung des Kapitäns Joseph Fredericks über

die von Spence vorgebrachten Ansprüche vorgelegt. || Der Hafen von Angra Pequena ist ein sehr guter. Schiffe von geringem Tiefgang, wie S. M. Kanonenboot „Nautilus“ und die hier an der Küste verkehrenden Schooner können bequem nördlich und südlich von der Penguin-Insel einlaufen und zwischen dieser Insel und der Niederlassung ankern. Grössere Schiffe (Korvetten) müssen etwas südlicher beim Robert Harbour ankern, wo sie gegen die hier herrschenden südlichen Winde und die draussen stehende Dünung guten Schutz finden. || Die Bucht ist durch die vorliegenden Inseln fast nach allen Richtungen geschützt, besitzt einen guten Ankergrund und scheint mir deshalb bei weitem der beste Hafen an der ganzen südlichen Westküste von Afrika, vielleicht mit Ausnahme der Saldanha-Bucht. || Die genannten Inseln schützen den Innenhafen auch gegen die ausserhalb derselben fortwährend stehende Dünung, so dass das Wasser des Hafens ruhig und glatt und das Landen an den sandigen Stellen leicht und bequem ist. Im Innenhafen liegt nur ein der Schifffahrt etwas hinderlicher Felsen: der Tiger Rock, an der Nordostseite von Penguin-Island; um denselben ist aber tiefes Wasser, und muss er nur durch eine Baake, auch bei Hochwasser, bei dem er unter der Oberfläche liegt, bemerkbar gemacht werden, um seine Gefährlichkeit zu verlieren. || Das Klima ist ein gutes zu nennen, weil der Temperaturwechsel nur ein geringer ist und Flussmündung, oder Sümpfe nicht vorhanden sind. Die höchsten dort von den Deutschen beobachtete Wärme betrug 34° Reaumur. Die Hitze belästigt wenig, da fast fortwährend ein frischer Südwest- bis Südwind weht, der, von der See kommend, kühlend wirkt. Das Wasser hat in Folge des kühlen nördlichen Küstenstroms nur eine Temperatur von 17,5° Celsius. || Die Inseln waren, wie ihre Namen besagen, früher nur von Pinguinen und Robben bewohnt; jetzt befinden sich einige Hütten der Arbeiter auf denselben, welche den Guano einsammeln. Verschiedene Arten von Seevögeln nisten noch in Mengen dort; doch soll die Guanoentnahme in zwei Jahren wegen Mangels an Stoff ihr Ende erreichen. || Die Buchten des Hafens enthalten eine Anzahl von Fischen. || Der Mineralreichthum des Landes soll ein grosser sein, und wird in den, im Bereich der Kolonie und nördlich von derselben liegenden Bergen mit Erfolg nach Kupfer, Silber und Gold gegraben. || Herr Lüderitz hat die in der Nähe von Angra Pequena gefundenen Mineralien gesammelt; unter ihnen sind verschiedene Metalle. Eisen z. B. fanden wir in kleinen reinen Stücken in der Felsenmasse der Berge eingesprengt und konnten diese Eisenstückchen taschenvoll sammeln. || Um dem Wassermangel abzuhelfen, sollen Versuche mit artesischen oder abessinischen Brunnen angestellt werden, und hofft Herr Lüderitz dazu die Hülfe eines aus der Kap-Kolonie erwarteten berühmten Quellenfinders. || Auch plant er die Anlage einer Kohlenstation, da es häufig passiren soll, dass Dampfern vor dem Erreichen von Kapstadt die Kohlen ausgehen. || Nach allem, was ich gesehen und gehört habe, geht nun das von mir verlangte Gutachten dahin: || Dass das von der Firma F. A. Lüderitz in Bremen im Hafen von Angra Pequena ins Werk gesetzte Handelsunter-

Nr. 8297. Deutschland. 27. Jan. 1884.

nehmen gut gegründet und erfolgreich ist und dasselbe wachsen und gedeihen wird, besonders wenn der Versuch, Brunnen anzulegen, gelingt. Das Fehlen des Wassers ist der Hauptmangel.

(gez.) Aschenborn,
Korvetten-Kapitän und Kommandant.

---

## Nr. 8298. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Konsul in Kapstadt. — Lüderitz und seine Niederlassungen stehen unter deutschem Schutze*).

(Telegramm.) Berlin, den 24. April 1884.

Nr. 8298. Deutschland. 24. Apr. 1884.

Herrn Lippert, deutschem Konsul, Kapstadt.

Nach Mittheilungen des Herrn Lüderitz zweifeln die Kolonialbehörden, ob seine Erwerbungen nördlich vom Orange-Fluss auf deutschen Schutz Anspruch haben. Sie wollen amtlich erklären, dass er und seine Niederlassungen unter dem Schutze des Reiches stehen.

(gez.) von Bismarck.

---

## Nr. 8299. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Erklärungen Lord Derby's gegenüber einer Deputation südafrikanischer Kaufleute.

(Auszug.) London, den 17. Mai 1884.

Nr. 8299. Deutschland. 17. Mai 1884.

Die heutige „Times" bringt die Mittheilung, Lord Derby habe gestern eine Deputation von südafrikanischen Kaufleuten empfangen, welche darum petitionirt hätten, dass die britische Regierung Angra Pequena dem Deutschen Reich nicht abtreten, sondern daselbst die britische Autorität aufrecht erhalten und weiter ausbreiten möchte. || An der Spitze der Deputation stand Sir Donald Currie, liberales Parlamentsmitglied und Chef der bekannten grossen Firma Donald Currie & Co., welche, soviel ich weiss, Besitzerin einer Dampferlinie zwischen England und dem Kap ist. Auf die Ansprache desselben gab Lord Derby zur Antwort, England habe nie Angra Pequena selbst als britisches Gebiet betrachtet, wohl aber Anspruch — „a sort of general right" — darauf erhoben, andere Mächte von dieser Küste bis an das portugiesische Gebiet hin auszuschliessen. Die deutsche Regierung habe verschiedene Anfragen in Betreff der Natur der Ansprüche, welche England auf Angra Pequena geltend mache, gestellt, aber, soviel ihm bekannt, diese Rechte nie bestritten. Deutschland habe nicht beabsichtigt, eine Kolonie dort zu gründen, habe vielmehr

*) Durch Telegramm von demselben Tage wurde der deutsche Botschafter in London angewiesen, Lord Granville von dieser Depesche Mittheilung zu machen.
A. d. R.

nur wissen wollen, ob England das Gebiet als sein Eigenthum betrachte und in diesem Falle die deutschen Niederlassungen dort schützen würde, und ob entgegengesetzten Falles England etwas dagegen einzuwenden habe, wenn dann Deutschland den Schutz seiner Angehörigen selbst ausübe. Das Kolonialamt habe darauf die Regierung der Kap-Kolonie gefragt, ob sie Angra Pequena und die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung daselbst übernehmen wolle, was dieselbe wegen der damit verbundenen Kosten damals ausgeschlagen habe. || Das englische Kabinet habe jedoch vor einigen Tagen nochmals telegraphisch angefragt, ob die Kap-Kolonie für den Fall, dass die Regierung sich entschlösse, die Rechte der Krone Englands auf Angra Pequena geltend zu machen, dieses Gebiet doch zu übernehmen bereit sei. Eine Antwort darauf sei in Folge der jüngsten Ministerkrisis in der Kolonie allerdings noch nicht erfolgt. (gez.) Münster.

Nr. 8299. Deutschland. 17. Mai 1884.

---

## Nr. 8300. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Was hat Granville auf Nr. 8298 geantwortet?

Telegramm. Berlin, den 21. Mai 1884.

(Inhalt.) || Der Botschafter wird um Auskunft ersucht, was Lord Granville auf die im Telegramm vom 24. April d. J. angeordnete Mittheilung geantwortet habe. (gez.) Graf von Hatzfeldt.

Nr. 8300. Deutschland. 21. Mai 1884.

---

## Nr. 8301. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Antwort Granville's.

Telegramm. London, den 21. Mai 1884.

(Inhalt.) || Meldung, Lord Granville habe seiner Zeit erwidert, dass er sich mit dem Kolonialamt in Verbindung setzen werde; die Sache werde verzögert durch die Berathungen mit der Kap-Kolonie, wo zur Zeit eine Ministerkrisis eingetreten sei. Die Erklärung Lord Derby's gegenüber der Deputation südafrikanischer Kaufleute enthalte die Auffassung des Kolonialamts.

(gez.) Münster.

Nr. 8301. Deutschland. 21. Mai 1884.

---

## Nr. 8302. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Die englische Regierung ist an Beantwortung der Note vom 31. Dezbr. zu erinnern.

Telegramm. Berlin, den 24. Mai 1884.

(Inhalt.) || Der Botschafter wird angewiesen, darauf hinzuweisen, dass wir nur mit der englischen Regierung, nicht mit der Kap-Kolonie in Ver-

Nr. 8302 Deutschland. 24. Mai 1884.

Nr. 8302. Deutschland. 24. Mai 1884.

handlung und überhaupt in Beziehung stehen. Zugleich wird daran erinnert, dass die Note vom 31. Dezember 1883 noch unbeantwortet sei.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8303. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an den Reichskanzler. — Erledigung von Nr. 8298.

(Auszug.) Kapstadt, den 28. April 1884.

Nr. 8303. Deutschland. 28. Apr. 1884.

Ew. Durchlaucht beehre ich mich, den Empfang des Telegrammes vom 24. d. M. zu bestätigen. || In Folge hiervon begab ich mich zu Mr. Scanlen, dem Kolonialsekretär und Premierminister, und benachrichtigte ihn von dem Inhalte der mir gewordenen Instruktion, welche er mit einiger Verwunderung, was eine Hohe Kaiserliche Regierung zu dieser Mittheilung veranlasst haben könne, entgegennahm. Er ersuchte mich um schriftliche Bestätigung des ihm Gesagten, welche ich ihm am selben Tage einreichte.

Der Kaiserlich deutsche Konsul.
(gez.) Lippert.

---

## Nr. 8304. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den deutschen Reichskanzler. — Ursachen der Verzögerung der englischen Antwort.

(Auszug.) London, den 26. Mai 1884.

Nr. 8304. Deutschland. 26. Mai 1884.

Das Telegramm vom 24. d. M., Angra Pequena betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. || Ich habe diese Angelegenheit mit Lord Granville, Sir Julian Pauncefote und auch mit Lord Derby öfters besprochen, habe aber stets die Antwort erhalten, dass das Kolonialamt sich erst mit der Kap-Kolonie in Verbindung setzen und darüber einige Zeit vergehen müsse. || Lord Granville gegenüber habe ich Angra Pequena als einen der Punkte bezeichnet, auf deren Erledigung Euere Durchlaucht den grössten Werth legten. || Lord Granville hat mir darauf erwiedert, dass er gern thun werde, was er könne, dass diese Angelegenheit aber eigentlich Sache der Kap-Kolonie sei und durch die Ministerkrisis daselbst verzögert werde.

Lord Derby ist am 19. d. M. durch Lord Sidmouth im Oberhause interpellirt worden. Dieser richtete an die Regierung die Frage, welche Nationalflagge in Angra Pequena und in der Walfisch-Bai wehe, und ob genügende Maassregeln zum Schutze der englischen Interessen während der Unterhandlungen mit Deutschland getroffen worden seien. Lord Derby erklärte, in Betreff der Walfisch-Bai sei keine Streitigkeit entstanden, und werde eine solche auch wahrscheinlich nicht entstehen. Die Walfisch-Bai sei seit einigen Jahren im Besitze Englands und der Besitzanspruch nie bestritten worden. In Betref

Angra Pequena's gebe es zwei besondere Fragen, nämlich diejenige wegen der Inseln ausserhalb des Hafens und diejenige wegen des Hafens selbst. Die Inseln seien, so viel er wisse, unbesetzt. || Auf den Zwischenruf Lord Sidmouths: „Er glaube, die Inseln seien von englischen Kaufleuten besetzt," fuhr Lord Derby wörtlich fort: „Sie mögen in diesem Sinne besetzt sein. Aber ich wollte nur sagen, dass keine eigentliche Niederlassung sich dort befindet, noch irgend ein Vertreter unserer Kolonial- oder Centralbehörde. Sie werden als britische Besitzungen beansprucht; aber ich weiss nicht, ob irgend eine Flagge dort weht; wenn eine weht, so ist es unzweifelhaft die britische Flagge. Die Frage wegen des Festlandes ist komplicirter. Wir haben, so viel ich weiss, niemals formell darauf Anspruch erhoben; auch haben wir keinerlei Regierung dort eingerichtet. Ich weiss wohl, dass nahezu vor 90 Jahren britische Truppen unter Kapitän Alexander dort landeten und von dem Lande im Namen der britischen Krone Besitz ergriffen. Da dies jedoch vor 90 Jahren stattfand und keiner auswärtigen Regierung hiervon Anzeige gemacht wurde, so könnte man wohl mit Recht die Frage aufwerfen, in wie weit ein nomineller Anspruch der Art jetzt noch für gültig angesehen werden kann. Unsere Haltung dieser Frage gegenüber ist die gewesen, dass wir zwar nicht formell den Besitz der Bai beansprucht haben, aber doch das Recht, fremde Mächte von derselben aus dem Grunde auszuschliessen, weil sie zu nahe an unseren Niederlassungen wären, ohne jedoch selbst die Gründung einer Kolonie oder einer Niederlassung dort unternommen zu haben." || Am Schluss seiner Rede bemerkte Lord Derby, dass in den nächsten Tagen eine Antwort vom Kap erwartet werde. (gez.) Münster.

Nr. 8304. Deutschland. 26. Mai 1884.

---

## Nr. 8305. **DEUTSCHLAND.** — Derselbe an denselben. — Entschuldigung der Verzögerung.

London, den 27. Mai 1884.

Nach Abgang meines gehorsamsten Berichts vom gestrigen Tage bat mich Lord Granville, zu ihm zu kommen, um mich zu bitten, seine Entschuldigung darüber Euerer Durchlaucht auszusprechen, dass meine Note vom 31. Dezember v. J. noch nicht beantwortet sei. Die Verhandlungen mit der Kap-Kolonie und die dortige Ministerkrisis seien daran Schuld. In diesen Tagen werde die Antwort vom Kap eintreffen und ich dann gleich mit Antwort versehen werden. || Lord Granville sagte, die ganze Frage sei nicht dazu angethan, dass dadurch das gute Verhältniss zwischen beiden Ländern leiden könne; wir würden jedenfalls zu einer Verständigung darüber gelangen, und ich möge Euerer Durchlaucht die Versicherung geben, dass er seinerseits Alles thun werde, um diese zu erleichtern. (gez.) Münster.

Nr. 8305. Deutschland. 27. Mai 1884.

## Nr. 8306. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an das deutsche Auswärtige Amt. — Die Kap-Kolonie ist bereit, die Küste bis Walfisch-Bai zu übernehmen.

Kapstadt, den 3. Juni 1884.

Nr. 8306. Deutschland. 3. Juni 1884.

Telegramm. Der Premier benachrichtigt mich vertraulich, er habe der englischen Regierung mitgetheilt, dass die Kolonie bereit sei, die Küstenstriche bis zu Walfisch-Bai, einschliesslich Angra Pequena's zu übernehmen.

(gez.) Lippert.

---

## Nr. 8307. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Die Besitzergreifung der Kap-Kolonie wird nicht anerkannt.

Telegramm. Berlin, den 4. Juni 1884.

Nr. 8307. Deutschland. 4. Juni 1884.

(Inhalt.) Nach einem Telegramm des Konsuls in Kapstadt vom gestrigen Tage hat der Premierminister der Kap-Kolonie der englischen Regierung die Bereitwilligkeit der Kap-Kolonie erklärt, die ganze Küstenstrecke bis Walfisch-Bai, einschliesslich Angra Pequena's zu übernehmen. || Im Auftrage des Reichskanzlers bitte ich, vorläufig Lord Granville vertraulich mitzutheilen, wir seien nicht in der Lage, eine solche Besitzergreifung anzuerkennen und bestritten das Recht dazu.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8308. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an das deutsche Auswärtige Amt. — Granville's Antwort auf diese Mittheilung.

Telegramm. London, den 7. Juni 1884.

Nr. 8308. Deutschland. 7. Juni 1884.

(Inhalt.) Auf die im Telegramm vom 4. d. M. befohlene Mittheilung erwiederte Lord Granville, ich möge Euerer Durchlaucht sagen, die Ausgleichung der entstandenen Differenz werde sein eifrigstes Bestreben sein. Eine weitere Antwort könne er erst in einigen Tagen nach Rückkehr der anderen Minister geben. Zu seinem Bedauern sei in Folge des Ministerwechsels in der Kap-Kolonie die Antwort auf meine Note noch immer nicht erfolgt.

(gez.) Münster.

---

## Nr. 8309. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Rekapitulation des Sachverhältnisses als Direction für die künftigen Unterhandlungen.

Berlin, den 10. Juni 1884.

Euerer Excellenz Telegramm vom 7. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Nr. 8309. Deutschland. 10. Juni 1884.

Nachdem vermehrte Anfragen deutscher Unterthanen, namentlich hanseatischer, ob sie bei ihren afrikanischen Unternehmungen auf den Schutz des Reichs rechnen könnten, zu Anfang des vorigen Jahres an mich herangetreten waren, ist es zunächst mein Bestreben gewesen, zu verhüten, dass wir, bei pflichtmässiger Leistung dieses Schutzes, mit bestehenden oder auch nur behaupteten Rechten anderer Nationen in Kollision geriethen. Es lag mir daran, dies sicherzustellen, ohne unnöthiger Weise Befürchtungen über unsere Intentionen, oder die Neigung, letzteren zuvorzukommen, hervorzurufen. Ich habe deshalb die erste Anfrage, welche durch die Kaiserliche Botschaft an die englische Regierung gerichtet wurde, in die Form gekleidet: ob England in der Lage sei, deutschen Ansiedelungen in Südafrika Schutz zu gewähren. Ich war mir dabei bewusst, dass England, ohne neue, bisher nicht vorhandene Einrichtungen zu treffen, in dieser Lage nicht sei. Es war mir aber erwünscht, die eigene Erklärung Englands darüber bei den Akten zu haben. Diese fiel, wie Euerer Excellenz bekannt, verneinend aus (Bericht vom 26. Febr. 1883). Durch Krankheit verhindert, dieses Geschäft im Auge zu behalten, bin ich erst im Herbst vorigen Jahres durch erneute Mahnungen der betheiligten Deutschen veranlasst worden, auf der Basis jener ersten von England erhaltenen Auskunft die Sondirungen darüber, ob wir bei Berücksichtigung der bremischen Wünsche auf englischen Widerstand stossen würden, in der schonenden Form fortzusetzen, dass wir die englische Regierung fragten, ob sie glaube, an die Küstenstriche zwischen dem Oranjefluss und den portugiesischen Besitzungen, mit Ausnahme der Walfisch-Bai, rechtliche Ansprüche zu haben, worauf sich dieselben gründeten und welche Mittel eventuell in jenen Landstrichen vorhanden wären, um deutschen Ansiedlern Schutz daselbst zu gewähren. Es war uns dabei nicht unbekannt, dass England über solche Mittel auf jenen Küstenstrichen auch gegenwärtig nicht verfügt, sogar nicht einmal in der Walfisch-Bai, wo meines Wissens nur drei Engländer im Auftrage der Regierung vorhanden sind. || Meine Absicht bei diesen Sondirungen war dahin gerichtet, das amtliche Anerkenntniss, dass jene Küstenstriche in europäischem Sinne res nullius seien, von England zu erlangen, ohne dass irgend ein Schatten von Misstrauen oder Verletzung auf einer der beiden Seiten entstände. Meine Absicht war, Gewissheit und Anerkenntniss von England darüber zu erhalten, dass England bisher keine nachweislichen Rechtsansprüche oder Besitztitel in jenen Küstenstrichen hinter sich habe. Diese von uns gestellte Frage konnte von England in acht Tagen und ohne Rückfrage am

Nr. 8309. Deutschland. 10. Juni 1884.

Kap erschöpfend beantwortet werden; es handelt sich nur um eine Erklärung über den damaligen rechtlich nachweisbaren Besitzstand Englands. Diese einfache Frage ist von England dadurch komplizirt worden, dass Lord Granville und insbesondere Lord Derby sie so aufgefasst haben, als hätten wir gefragt, ob es England vielleicht konvenire, jetzt und in Zukunft noch etwas Anderes als die Walfisch-Bai auf jenen Küstenstrichen sich anzueignen. Eine Rückfrage bei der Kap-Regierung und ein Abwarten der dortigen Ministerkrise wurde für die britische Regierung nur ein Bedürfniss, wenn sie sich darüber vergewissern wollte, ob England oder dessen Provinz, die Kap-Kolonie, vielleicht noch Lust hätte, sich neue Küstenstriche in jener Gegend anzueignen. || Zur Beantwortung unserer Frage hätte eine einfache Durchsicht der Register der früheren englischen Besitzergreifungen genügt; diese Register aber schliessen nördlich vom Oranjefluss die ganze Küste nach Abzug der Walfisch-Bai aus. || Dies ist der Punkt, auf welchem wir meinem Gefühl nach von England nicht auf dem Fusse der Gleichheit behandelt worden sind. Dieses Gefühl wird verstärkt durch die Erklärungen, welche verschiedene englische Staatsmänner in dem Sinne abgegeben haben, dass einmal die Nähe der englischen Besitzungen England ein legitimes Recht gebe, Ansiedelungen anderer Nationen zu hindern, dass also England gegen die Nachbarschaft anderer Nationen die Monroe-Doktrin in Afrika geltend macht und dass ferner die englische Regierung, immer in der Voraussetzung, dass jene Landstriche res nullius seien, zwar der von England abhängigen Kap-Kolonie das Recht der Besitzergreifung dieser herrenlosen Länder einräumt, jeder andern Nation und in specie uns das Recht dazu bestreitet. || Ich habe gestern die gleiche Frage mit Lord Ampthill besprochen und ihm dabei gesagt, dass das deutsche Reich seinen Angehörigen den Schutz ihrer Unternehmungen und Erwerbungen auch in Afrika nicht versagen könne, dass ich die Unternehmer, welche den Schutz des Reichs in überseeischen Ländern anrufen, auch nicht auf englischen Schutz anweisen könne, da, wo bisher englische Herrschaft nicht Platz gegriffen hat, und wo deutsche Kaufleute, in der Ueberzeugung, unter die Botmässigkeit keiner anderen europäischen Macht zu treten, sich angesiedelt haben, ich ihnen nicht zumuthen könne, sich in Betreff ihrer Erwerbungen aus deutschen Unterthanen in englische zu verwandeln. || Meine Ansicht geht nach wie vor dahin, dass ein Kolonialsystem nach Analogie des heutigen englischen mit Garnisonen, Gouverneurs und Beamten des Mutterlandes für uns nicht angezeigt sei, aus Gründen, welche in unseren inneren Einrichtungen und Verhältnissen liegen, dass das Reich aber nicht umhin könne, seinen Schutz, soweit seine Kräfte reichen, auch auf solche Handlungsunternehmungen deutscher Unterthanen zu erstrecken, welche mit Landerwerb verbunden sind. Ich habe mich auf die Analogie der englisch-ostindischen Kompagnie in ihren ersten Anfängen berufen. Die darauf von Lord Ampthill an mich gerichtete Frage, ob wir soweit gehen würden, den Betheiligten ein Royal Charter zu bewilligen, habe ich bejaht. || Euere Excellenz wollen aus Vorstehendem die Richtung für Ihre

Haltung in Besprechungen mit Lord Granville entnehmen. Unser Verhalten muss darauf gerichtet sein, in Deutschland den Eindruck zu verhüten, als ob wir dem in der That aufrichtig vorhandenen Wunsche des guten Einvernehmens mit England vitale Interessen Deutschlands opfern könnten. Nr. 8309. Deutschland. 10. Juni 1884.

(gez.) von Bismarck.

---

## Nr. 8310. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London an den Reichskanzler. — Unterredung mit Granville.

(Auszug.) London, den 14. Juni 1884.

Soeben habe ich mit Lord Granville eine längere Unterredung über die Angra-Pequena-Angelegenheit gehabt. || Ich habe dabei alles verwerthet, was in den letzten Erlassen Ew. etc. hierher gesagt ist; ich betonte die Richtung unserer Politik und erklärte, wir müssten uns an die verschiedenen, in den Akten befindlichen Erklärungen der englischen Regierung halten, dass nördlich vom Oranje-Flusse ausser an der Walfisch-Bai keine englische Souveränität oder Jurisdiktion existire. Unsere Note vom 31. Dezember v. J., welche nur zu wissen verlangte, über welche Mittel England bei Angra Pequena verfüge, um event. Schutz auszuüben, sei ohne Antwort geblieben. Inzwischen sei die Sache vorwärts gegangen; unsere Landsleute, deren Kapitalien in Angra Pequena angelegt waren, hätten wissen müssen, unter wessen Schutz sie ständen. Im April d. J. hätten sich dieselben bei uns beschwert, dass seitens der Kap-Regierung ihr Anspruch auf deutschen Schutz bestritten werde. Unter diesen Umständen hätten Euere Durchlaucht sich Ende April veranlasst gesehen, sowohl der Königlich grossbritannischen Regierung als auch der Regierung der Kap-Kolonie zur Kenntniss bringen zu lassen, dass die deutschen Ansiedelungen in Angra Pequena unter dem Schutze des Reiches ständen. Diese Eröffnung habe Lord Granville ohne Widerspruch mit der Bemerkung entgegengenommen, dass er dieselbe dem Kolonialamt mittheilen wolle. Mehrere Wochen später habe dann Lord Derby die bekannte Erklärung den südafrikanischen Kaufleuten gegenüber abgegeben. Dadurch sei nothwendig der Eindruck bei uns erweckt worden, als wolle man uns in Angra Pequena mit vollendeten Thatsachen entgegentreten, die ein weiteres Vorgehen deutscherseits illusorisch machten. Nr. 8310. Deutschland. 14. Juni 1884.

Lord Granville erwiederte: || Es sei ihm peinlich, dass die Beantwortung der Note vom 31. Dezember v. J. eine Verzögerung erlitten habe. „Sie haben ganz Recht", fuhr er fort, „dass Ihre Regierung unsere Bezugnahme auf das Kolonialamt und die Kap-Regierung nicht zu acceptiren brauchte und dass Sie nur mit dem Foreign Office zu verhandeln und von mir eine Antwort zu erwarten hatten. Aber unsere administrativen und Kolonialeinrichtungen sind komplizirt und schwierig; wir haben also mit der Rückfrage viel Zeit gebraucht, um Ihre in der Note vom 31. Dezember gestellten Fragen wegen der even-

Nr. 8310. Deutschland. 14. Juni 1884.

tuellen englischen Schutzeinrichtungen prüfen zu können." Jene Fragen seien von Lord Derby so aufgefasst worden, als ob es von deutscher Seite gewünscht würde, dass England jenen Landstrich unter seinen Schutz nehme, und in diesem Gedanken habe derselbe seine Erklärung abgegeben. Lord Granville verwahrte sich dagegen, dass die Haltung Lord Derby's eine Deutschland feindliche gewesen sei. Er drückte die Ueberzeugung aus, dass Missverständnisse de part et d'autre vorgekommen wären.

Auf die Frage Lord Granville's: „Will you proclaim your sovereignty?" antwortete ich, wir würden voraussichtlich ähnlich handeln, wie England in Borneo. Jedenfalls wahrten wir uns das Recht, „in Gebieten, wo ausreichender Rechtsschutz durch anerkannte staatliche Organisationen nicht verbürgt sei, den dort verkehrenden Reichsangehörigen Schutz und Förderung selbst zu Theil werden zu lassen". || Lord Granville erwiederte: Wir haben keinen Grund, dem entgegen zu sein, und werden uns nur für die Wahrung der Rechte der in jenen Gebieten Handel treibenden englischen Unterthanen interessiren. Ich antwortete: Es sei für meine Regierung selbstverständlich, dass die zu Recht bestehenden englischen Ansprüche respektirt würden. || Zum Schlusse bemerkte Lord Granville, ihm liege daran, diese Sache thunlichst rasch zu erledigen; er würde daher mit Lord Derby sich berathen und uns dann mit möglichster Beschleunigung eine Antwort zukommen lassen.

(gez.) Graf von Bismarck-Schönhausen.

---

## Nr. 8311. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an das deutsche Auswärtige Amt — Die Kap-Kolonie ist angewiesen sich jeden Vorgehens zu enthalten.

Telegramm. London, den 17. Juni 1884.

Nr. 8311. Deutschland. 17. Juni 1884.

(Inhalt.) Nach einer Mittheilung Lord Granville's an den Grafen Herbert Bismarck werde Lord Derby noch heute der Regierung der Kap-Kolonie telegraphisch einstweilen jedes Vorgehen bezüglich Angra Pequena's untersagen. (gez.) Münster.

---

## Nr. 8312. DEUTSCHLAND. — Derselbe an dasselbe. — Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft.

Telegramm. London, den 22. Juni 1884.

Nr. 8312. Deutschland. 22. Juni 1884.

(Inhalt.) Nach einer Mittheilung Lord Granville's an Graf Bismarck hat das englische Kabinet die Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft über Angra Pequena gestern beschlossen. (gez.) Münster.

---

## Nr. 8313. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an den Reichskanzler. — Annexions-Plan der Kap-Regierung.

Kapstadt, den 4. Juni 1884.

Nr. 8313. Deutschland. 4. Juni 1884.

Der Premierminister theilte mir mit, dass, wie er durch die ihm übersandte Korrespondenz wisse, die deutsche Regierung keinerlei Absicht habe, das Land um Angra Pequena zu annektiren; alles, was sie wünsche, sei, dass daselbst geordnete Zustände herrschten, und sei es ihr deshalb nur lieb, wenn die Kolonial- oder englische Regierung das Land übernehme. Er habe vor, demnächst einen Antrag, die Einverleibung der Küstenländer in die Kolonie betreffend, bei dem Kolonial-Parlament einzubringen. || Auf meine Anfrage, ob ich von diesen Mittheilungen, welche er mir privatim gemacht, Gebrauch machen könne, bat er sich Bedenkzeit aus, um seine Kollegen zu konsultiren, und theilte er mir nun gestern Morgen mit, seine frühere Mittheilung etwas modifizirend, dass er nichts dagegen habe, wenn ich Ew. Durchlaucht berichte, ohne hiervon in der Kolonie einstweilen etwas bekannt zu machen, dass das hiesige Ministerium der englischen Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erklären gegeben habe, die Küstenländer bis hinauf nach Walfisch-Bai, also einschliesslich Angra Pequena's, der Kolonie einzuverleiben.

Der Kaiserlich deutsche Konsul.
(gez.) Lippert.

---

## Nr. 8314. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Mittheilung von Nr. 8313.

Berlin, den 11. Juli 1884.

Nr. 8314. Deutschland. 11. Juli 1884.

Euerer Excellenz beehre ich mich anbei in Abschrift einen Bericht des Kaiserlichen Konsuls in Kapstadt vom 4. v. M., betreffend die Angra-Pequena-Angelegenheit, zu übersenden. Der Inhalt desselben bestätigt unsere Annahme, dass die von London aus nach Kapstadt gerichteten Informationen und Weisungen sich in der Richtung bewegt haben, als ob wir eine Erweiterung des englischen Herrschaftsgebiets unsererseits gewünscht hätten. || Euerer Excellenz stelle ich anheim, den Inhalt dieses Berichts gelegentlich noch zu verwerthen.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8315. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen. — Bedingte Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft. Vorschlag kommissarischer Verhandlungen.

(Uebersetzung.) Britische Botschaft. Berlin, den 19. Juli 1884.

Nr. 8315. Grossbritannien. 19. Juli 1884.

Herr Staatssekretär, — Nach sorgfältiger Prüfung der gepflogenen Verhandlungen und aller Umstände des Falles ist die Regierung J. M. zu dem

Nr. 8315. Grossbritannien. 19. Juli 1884.

folgenden Beschlusse gekommen: || Mit Rücksicht auf die Erklärungen, welche sie bezüglich der Grenzen der Kap-Kolonie öffentlich gegeben hat, kann sie den Anspruch der Kaiserlich deutschen Regierung, deutschen Unterthanen Schutz zu gewähren, welche in Angra Pequena unter den dortigen eingeborenen Häuptlingen sich niedergelassen haben, nicht bestreiten; ebensowenig aber kann über die Zugehörigkeit von Walfisch-Bai und der bei Angra Pequena befindlichen Inseln zu Grossbritannien ein Zweifel erhoben werden. || Die Regierung J. M. ist daher bereit, die Berechtigung der deutschen Regierung zum Schutze ihrer Unterthanen am genannten Orte anzuerkennen, sobald zwischen den beiden Regierungen eine Uebereinkunft sich zu Stande bringen lässt, welche Sicherheit dafür giebt, dass an keinem Punkte der in Frage stehenden Küste eine Strafkolonie gegründet wird, und dass Vorkehrungen getroffen werden, um die erworbenen Rechte und die Interessen britischer Unterthanen, welche irgendwelche Gerechtsame haben oder in jenen Gegenden Geschäfte treiben, anzuerkennen und zu schützen. Die Regierung J. M. ist der Ansicht, dass der beste Weg, um alle widersprechenden Ansprüche zu schlichten, voraussichtlich die Ernennung einer englisch-deutschen Kommission sein würde, mit der Aufgabe, alle solche Ansprüche an Ort und Stelle zu prüfen und zu entscheiden. || In Gemässheit der von Lord Granville erhaltenen Instruktionen erlaube ich mir diesen Vorschlag Ew. etc. zu unterbreiten. In der Hoffnung, dass derselbe den Beifall der Kaiserlichen Regierung finden wird, benutze ich etc.

Ampthill.

---

## Nr. 8316. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Sind der Kapregierung dem Anerkennungs-Beschluss entprechende Weisungen ertheilt?

Nr. 8316. Deutschland. 21. Juli 1884.

Telegramm. Berlin, den 21. Juli 1884.

(Inhalt.) Lord Ampthill hat die in dem Bericht vom 14. Juli im Wortlaut mitgetheilte Note unter dem 19. d. M. überreicht; neuerdings aus Kapstadt eingetroffene telegraphische Nachrichten lassen es aber als zweifelhaft erscheinen, ob der Kap-Regierung in der That die von Lord Derby angekündigten Weisungen (cfr. Telegramm des Botschafters vom 17. Juni d. J.) zugegangen sind. Auftrag, bei Lord Granville anzufragen, ob und wann dies geschehen sei.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8317. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Entsprechende Weisungen sind am 14. Juli ertheilt.

Telegramm. London den 22. Juli 1884.

(Inhalt.) Auf meine Anfrage hat Lord Granville erklärt, dass bereits am 14. d. M. der Kap-Regierung die entsprechende Weisung telegraphisch ertheilt sei. (gez.) Münster.

Nr. 8317. Deutschland. 22. Juli 1884.

---

## Nr. 8318. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Eine bedingte Anerkennung kann nicht acceptirt werden.

Varzin, den 24. Juli 1884.

Lord Ampthill hat am 19. d. M. eine Angra Pequena betreffende Note an mich gerichtet, durch welche Ew. Excellenz Note vom 31. Dezember v. J. beantwortet und die Richtigkeit unserer Voraussetzung anerkannt wird, dass die Gegend nördlich vom Oranjefluss mit Ausnahme der Walfisch-Bai und der früher namhaft gemachten Inseln vor Angra Pequena ausserhalb der englischen Herrschaft liegen. || Wir waren hiervon schon bei Stellung unserer Anfrage vom Dezember vorigen Jahres überzeugt und nehmen Akt von der englischen Anerkennung der Richtigkeit unserer Voraussetzung. || Diese Anerkennnng schliesst aber die Möglichkeit aus, dass England dem deutschen Reiche oder einer anderen unabhängigen Macht in Bezug auf die Art, wie sie in jenen Landstrichen den Schutz ihrer Unterthanen ausüben will, Bedingungen stellen könnte. || Dennoch wird in der erwähnten Note Lord Ampthills die Anerkennung des Rechts der deutschen Regierung, deutsche Unterthanen in einem anerkanntermaassen ausserhalb der englischen Jurisdiktion liegenden Lande zu beschützen, an die Bedingung geknüpft, dass Deutschland zuvor Sicherheit gegen die Errichtung von Strafanstalten auf irgend einem Theile jener Küste gebe. || Es ist der britischen Regierung aus früheren Besprechungen bekannt, dass die deutsche Regierung bisher niemals beabsichtigt hat und auch heute nicht beabsichtigt, Strafkolonien anzulegen; aber das Verlangen, dass Deutschland sich in Ausübung zweifelloser eigener Rechte durch Bedingungen binde, welche eine andere Macht nach ihrem Ermessen stellt, ist ein aussergewöhnliches. Bei den zahlreichen Fällen, in welchen England Ansiedelungen seiner Unterthanen unter den Schutz der britischen Regierung gestellt hat, sind meines Wissens Bedingungen ähnlicher Art niemals von England übernommen oder von fremden Nationen England gegenüber gestellt worden. || Es ist mir deshalb unerwartet gewesen, in der Note Lord Ampthills vom 19. d. M. die Anerkennung des Rechts des Deutschen Reichs, seine Angehörigen in überseeischen Ländern zu schützen, ausdrücklich an eine Bedingung der Art geknüpft zu sehen, und ich vermag die Uebernahme der letzteren bei Seiner Majestät dem

Nr. 8318. Deutschland. 24. Juli 1884.

Nr. 8318. Deutschland. 24. Juli 1884.

Kaiser nicht zu befürworten. || Die Anerkennung und Achtung der erworbenen Rechte britischer Unterthanen und der Schutz der Interessen dieser ist selbstverständlich und beruht auf den zwischen allen Mächten in Uebung stehenden völkerrechtlichen Grundsätzen. || Wenn über die Richtigkeit der Anwendung der letzteren ähnliche Zweifel entstehen sollten, wie dies auf den Fidji-Inseln neuerdings der Fall gewesen ist, so würde die Regierung Seiner Majestät des Kaisers in demselben Maasse, wie von englischer Seite in dem erwähnten Falle beabsichtigt wird, auch in jedem deutschen Schutzbezirke zu ähnlichen Maassregeln bereit sein, sobald der Fall streitiger Interessen eintritt. || Ew. Excellenz wollen diese Ihre Instruktion dem Grafen Granville vorlesen und ihm Abschrift derselben behändigen.

(gez.) von Bismarck.

---

## Nr. 8319. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an das deutsche Ausw. Amt. — Parlamentsbeschluss über die Annexion. Instruction des Londoner Kabinets*).

(Telegramm.) Kapstadt, den 28. Juli 1884.

Nr. 8319. Deutschland. 28. Juli 1884.

(Inhalt.) Der Parlamentsbeschluss erklärt es für rathsam, dass die zwischen dem Oranjefluss und der Südgrenze der portugiesischen Besitzungen gelegenen Küstenländer annektirt und für englisches Gebiet erklärt würden. || Lord Derby's Telegramm vom 14. besagt in Antwort eines Telegramms vom 9.: die englische Regierung habe beschlossen, sie sei nicht in der Lage, der Absicht der deutschen Regierung hinderlich zu sein, da, wo keine britische Jurisdiktion bestehe, über deutsche-Unterthanen, die Gerechtsame besitzen oder Niederlassungen gegründet haben, ein Protektorat auszuüben. Alles Land also bei Angra Pequena, das nach sorgfältiger Prüfung zweifelsohne von Herrn Lüderitz zu Recht erworben sei, werde dem deutschen Schutz unterstehen. Die englische Regierung ist aber bereit, beliebige andere Punkte an der Küste südwärts unter englischen Schutz zu stellen, falls die Kap-Kolonie die Kosten übernehmen wolle. De Pass behaupte, Anspruch auf Sandwich- und Hottentotten-Bai wie auf Angra Pequena zu haben. Die englische Regierung nehme an, dass es der Kap-Kolonie erwünscht sein werde, die Küste nördlich von der Lüderitz'schen Besitzung, die sich bis zum 26. Grad erstreckt, unter britischen Schutz zu stellen.

Lippert.

---

*) Dies Telegramm ist die Antwort auf folgende telegraphische Anfrage vom 26. Juli 1384: An den Kaiserlichen Konsul in Kapstadt. || Auftrag. kurz den Inhalt des Parlamentsbeschlusses über Annexionen und den Wortlaut des Telegramms Lord Derby's vom 14 Juli zu telegraphiren. (gez.) Graf von Hatzfeldt.

## Nr. 8320. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Widerspruch der der Kap-Regierung ertheilten Instructionen mit dem Kabinetsbeschluss über die Anerkennung.

Berlin, den 2. August 1884.

Nr. 8320. Deutschland. 2. Aug. 1884.

Ew. Excellenz Telegramm vom 22. Juli d. J. veranlasste mich, den Kaiserlichen Konsul in Kapstadt zur telegraphischen Berichterstattung über den Inhalt der am 14. v. M. von Lord Derby der Kap-Regierung ertheilten telegraphischen Weisung aufzufordern, da das in den "Times" vom 18. v. M. unter „South Africa" Durban, den 17. Juli abgedruckte Kabel-Telegramm die Bestätigung für diejenigen Privat-Telegramme enthielt, welche mich zu dem an Ew. Excellenz gerichteten Telegramme vom 21. Juli d. J. veranlassten. Ich musste hiernach annehmen, dass die Annexionsbeschlüsse des Kap-Parlaments vom 15. Juli die unmittelbare Folge des Lord Derby'schen Telegramms vom 14. desselben Monats gewesen sind. || Die telegraphische Meldung des Konsuls Lippert vom 28. v. M. hat diese Annahme vollauf bestätigt. Danach war Lord Derby's Telegramm vom 14. die Antwort auf ein Telegramm der Kap-Regierung vom 9. Juli, und dieses enthielt das zustimmende Ergebniss derjenigen Erwägungen, welche Lord Derby durch seine Zwischentelegramme angeregt hatte, um die Bereitwilligkeit der Kap-Regierung, bezw. des Kap-Parlaments zur Uebernahme der Kosten für die Annexion der ganzen Küste zwischen dem Oranjefluss und der portugiesischen Grenze herbeizuführen. || Dieses Verfahren der englischen Regierung ist um so auffallender, als unmittelbar vor dem Erlass der telegraphischen Weisung nach Kapstadt vom 14. v. M. Lord Granville dem Grafen von Bismarck und hierauf Ew. Excellenz Abschrift des Erlasses an Lord Ampthill mittheilte, in welchem nochmals auf die von der grossbritannischen Regierung öffentlich bezeichnete Grenze der Kap-Kolonie, also den Orranje-Fluss, mit einziger Ausnahme der Walfisch-Bai und einiger Inseln bei Angra Pequena, ausdrücklich hingewiesen wurde.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8321. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Die engl. Regierung wolle den deutschen Unternehmungen durchaus keine Schwierigkeiten bereiten.

(Auszug.) London, den 8. August 1884.

Nr. 8321. Deutschland. 8. Aug. 1884.

Lord Granville war diese Zeit mit der Konferenz und nachher mit der aegyptischen Frage so stark beschäftigt, dass ich ihn nicht oder nur flüchtig sehen konnte. Ich bin deshalb einige Tage länger hier geblieben, um mich ruhig mit ihm über Angra Pequena und die Kongo- und Südseefragen unterhalten zu können. || Gleich nach Empfang des hohen Erlasses vom 24. Juli habe ich den Inhalt

Nr. 8321. Deutschland. 8. Aug. 1884.

desselben Lord Granville am 27. Juli mitgetheilt und, dem mir ertheilten Auftrage gemäss, Abschrift desselben hinterlassen. || Ich habe Lord Granville keinen Zweifel darüber gelassen, wie ernst Euere Durchlaucht diese Angelegenheit ansehen, und wie sie auf die Beziehungen beider Länder zurückwirken kann. || Lord Granville wird durch Lord Ampthill der Kaiserlichen Regierung Antwort auf diesen Erlass wohl zukommen lassen, hat mir aber mündlich Folgendes darauf erwiedert: || Der Ausdruck in der Note des englischen Botschafters vom 19. v. M. „security" habe weiter keine andere Bedeutung haben sollen, als dem Wunsche der Königlich grossbritannischen Regierung wegen Nichtanlegung von Strafkolonien Ausdruck zu verleihen. || Nehme die Kaiserliche Regierung daran Anstoss, so sei er bereit dazu, ähnliche Verpflichtungen von englischer Seite in Beziehung auf Strafkolonien überhaupt zu übernehmen, oder, falls das nicht gewünscht werde, sich nur auf die mündlichen Versicherungen zu beziehen. || Lord Granville versicherte auf das bestimmteste, dass es dem hiesigen Kabinet gar nicht in den Sinn komme, deutschen Unternehmungen Schwierigkeiten zu bereiten; auch bestehe hier keine Eifersucht in Beziehung auf die deutschen Kolonialbestrebungen weder in Angra Pequena noch in anderen Welttheilen. Die deutschen Kolonisten seien den Engländern immer die liebsten. || Wenn aber in Angra Pequena eine deutsche Niederlassung entstehe, so werde sie doch die Nachbarin einer bedeutenden englischen Kolonie, und es sei von höchster Bedeutung, dass Nachbarn von vornherein auf guten Fuss sich stellten. Deshalb glaube er, dass es, um alle Missverständnisse von vornherein und für die Zukunft zu vermeiden, sehr nützlich sein würde, wenn wegen der Grenzen und überhaupt wegen anderer Fragen eine Verständigung gesucht würde, und dazu würde er die Ernennung von Kommissaren für den richtigsten Weg halten.

(gez.) Graf Münster.

---

## Nr. 8322. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an den Reichskanzler. — Verhandlungen des Kap-Parlaments über die Annexion.

Nr. 8322. Deutschland. 23. Juli 1884.

(Auszug.) Kapstadt, den 23. Juli 1884.

Ew. Durchlaucht beehre ich mich über eine Verhandlung des Unterhauses der Kap-Kolonie vom 16. d. M., Annexion der Küstenländer betreffend, zu berichten. || Der Antrag des Premierministers, die Küstenländer zwischen Walfisch-Bai und der Kolonie, soweit sie als englisches Territorium erklärt werden sollten, dieser Kolonie einzuverleiben, wurde mit dem Amendement angenommen, auch die Küstenländer von Walfisch-Bai bis zu den portugiesischen Besitzungen nördlich in die Annexion mit einzuschliessen. || Der Premierminister widersprach anfänglich dieser Ausdehnung seines Vorschlages; weil aber augenscheinlich die Meinung des Hauses dem erweiterten Antrage günstig war, so widersetzte er sich demselben schliesslich nicht. || Ein fernerer Vor-

schlag des Herrn Innes, auch die Gegenden zu annektiren, welche östlich an das Gebiet des Herrn Lüderitz stossen und so dasselbe von drei Seiten umgrenzen und von dem Inneren abschneiden, fand zwar Beifall, aber keinen Ausdruck in dem Wortlaute des Vorschlages. Nr. 8322. Deutschland. 23. Juli 1884.

Der Kaiserlich deutsche Konsul.
(gez.) Lippert.

---

## Nr. 8323. DEUTSCHLAND. — Kommando der „Elisabeth" an die Kaiserliche Admiralität. — Das Territorium Lüderitz ist unter deutschen Schutz gestellt.

Kapstadt, den 14. August 1884.

(Telegramm.) Das Territorium Lüderitz vom Oranjefluss bis zum 26° ist am siebenten August unter den Schutz Seiner Majestät gestellt; Leipzig anwesend; beide Schiffe verliessen Angra Pequena am siebenten. Nr. 8323. Deutschland. 14. Aug. 1884.

Kommando der „Elisabeth."

---

## Nr. 8324. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Collision des Beschlusses der Kap-Regierung mit deutschen Ansprüchen.

Telegramm. Berlin, den 17. August 1884.

(Inhalt.) Auftrag, mündlich Lord Granville, eventl. seinem Vertreter zu sagen, der Beschluss der Kap-Regierung bezüglich der von ihr beanspruchten Küstenstrecke bereite uns Verlegenheit, da den gleichen Beschluss wie die Kap-Regierung auch die Reichsregierung gefasst habe. Nr. 8324. Deutschland. 17. Aug. 1884.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8325. DEUTSCHLAND. — Derselbe an den deutschen Geschäftsträger in London. — Erweiterung des deutschen Schutzgebietes nach Norden.

Berlin, den 19. August 1884.

Im Anschluss an mein Telegramm vom 17. d. M. ersuche ich Eure Hochwohlgeboren, Lord Granville baldigst Folgendes mündlich mitzutheilen: || „Nördlich von dem Territorium, welches Herr Lüderitz im vorigen Jahre durch Vertrag mit dem Häuptling von Bethanien erwarb, hätten andere Angehörige des Reiches in den beiden letzten Jahren durch Verträge mit unabhängigen Häuptlingen, bezw. durch Cessionsverträge mit früheren Erwerbern Eigenthums- und Nutzungsrechte in Gebieten von Namaqua und Damara erlangt; zu diesen Nr. 8325. Deutschland. 19. Aug. 1884.

Nr. 8325. Deutschland. 19. Aug. 1884.

Erwerbungen gehöre auch die, bis dahin anerkanntermaassen nicht unter englischer Hoheit stehende Umgebung des englischen Territoriums der Walfisch-Bai. || Nachdem besagte deutsche Unterthanen für diese Erwerbungen den Kaiserlichen Schutz reklamirt hätten, sei ihnen derselbe von der Reichsregierung zugesagt worden. Wir gewährten diesen Schutz, sobald derselbe nachgesucht würde, überall, wo deutsche Niederlassungen auf einem, bisher von einer anderen Macht nicht okkupirten Gebiete begründet würden und den deutschen Erwerbungen gültige, die Rechte Dritter nicht verletzende Verträge zur Seite ständen. || Dies sei auch hier der Fall: die Verträge seien in aller Form Rechtens abgefasst, und habe also kein Grund vorgelegen, den Antragstellern den nachgesuchten Schutz zu versagen. Gerade deshalb aber setze, wie Ew. Hochwohlgeboren schon mitgetheilt, der von der Kap-Regierung bei Einverleibung des englischen Walfisch-Bai-Territoriums in die Kap-Kolonie jüngst erhobene Anspruch auf die ausserhalb der britischen Herrschaft gelegenen benachbarten Gebiete die Reichsregierung in Verlegenheit; denn dieselbe sei ausser Stande, diesen Anspruch mit dem den deutschen Unterthanen schuldigen Schutze in Einklang zu bringen. || Nachdem der Orangefluss im Jahre 1880 als die mit einziger Ausnahme der Walfisch-Bai und eines kleinen umliegenden Gebietes festzuhaltende Nordwestgrenze der englischen Jurisdiktion in Südwestafrika bezeichnet worden sei, hätten wir nicht erwarten können, dass die im vorigen Jahre von uns an die englische Regierung gerichtete vertrauensvolle Anfrage, welche Rechte sie in den Gebieten nördlich vom Orangefluss jetzt etwa besitze, zum Ergebniss den Versuch haben würde, die Grenzen der britischen Hoheit über die in den früheren amtlichen Erklärungen der englischen Regierung bezeichneten Grenzen hinaus gerade jetzt, und zwar in Konkurrenz mit den deutschen Bestrebungen, abzuändern und zu erweitern."

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

---

## Nr. 8326. DEUTSCHLAND. — Derselbe an denselben. — Uebersendung eines Notenentwurfs und eines Aide-mémoire. Forderung, dass England den Beschlüssen der Kap-Kolonie die Genehmigung versage.

Berlin, den 22. August 1884.

Nr. 8326. Deutschland. 22. Aug. 1884.

Mit Bezug auf mein Telegramm vom 17. d. M., betreffend Angra Pequena, ersuche ich Euere Hochwohlgeboren ergebenst, die im Entwurf beiliegende Note an Lord Granville zu richten. || Bei Ihrer Besprechung der Angelegenheit wollen Sie sich des anliegenden Aide-mémoire bedienen, und ermächtige ich Sie, dasselbe Lord Granville auf dessen Wunsch zurückzulassen.

(gez.) Graf von Hatzfeldt.

Anlage 1.

No. 8326.
Deutschland.
22. Aug. 1884.

London, den .. August 1884.

Entwurf zu einer Note des Kaiserlichen Geschäftsträgers in London an Lord Granville.

Der Unterzeichnete ist beauftragt, der Königlich grossbritannischen Regierung die folgende Mittheilung zu machen: || Die in letzter Zeit gemeldeten Beschlüsse des Kap-Parlaments, durch welche die Unterstellung der nördlich vom Oranjefluss liegenden Küstengebiete bis zur portugiesischen Grenze, mit Ausnahme des von Herrn Lüderitz im vorigen Jahre erworbenen Gebiets, unter das Protektorat und die Autorität der grossbritannischen Regierung bezweckt wird, stehen mit der in der Note des Kaiserlichen Botschafters vom 31. Dezember v. J. erwähnten Erklärung der grossbritannischen Regierung über die festzuhaltende Nordwestgrenze der Kap-Kolonie in einem für die Kaiserliche Regierung unerwarteten Widerspruch. Da ihr eine Antwort auf ihre Note nicht zu Theil wurde, so hat die Kaiserliche Regierung in Betreff der Protektion der deutschen Unternehmungen an der Küste nördlich vom Oranjefluss ihren Beschluss entsprechend jener amtlichen Erklärung der britischen Regierung gefasst und am 24. April durch den Kaiserlichen Botschafter der grossbritannischen Regierung und durch den Kaiserlichen Konsul in Kapstadt den dortigen Behörden amtlich mitgetheilt. || Der sich hieran knüpfende Meinungsaustausch, namentlich die im Monat Juni von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Ihrer britische Majestät abgegebenen Erklärungen liessen für die Kaiserliche Regierung keinen Zweifel zu, dass die grossbritannische Regierung die erforderlichen Weisungen nach Kapstadt ertheilen werde, um Beschlüssen vorzubeugen, welche den beiden befreundeten Regierungen Verlegenheiten bereiten könnten. || Noch am 13. Juli d. J. übersandte Lord Granville dem Grafen Münster die Abschrift einer an den britischen Botschafter in Berlin gerichteten Depesche, in welcher auf die von der grossbritannischen Regierung öffentlich gegebenen Definitionen der Grenze der Kap-Kolonie ausdrücklich Bezug genommen wird. Diese Definitionen können nur diejenigen sein, an welche die Note des Grafen Münster vom 31. Dezember v. J. erinnerte, und wonach die grossbritannische Regierung erklärt hatte, dass der Oranjefluss mit alleiniger Ausnahme der Walfisch-Bai und eines kleinen umliegenden Territoriums die nordwestliche Grenze der Kap-Kolonie bilde, und dass sie keinem Plane zur Ausdehnung der britischen Jurisdiktion über Gross-Namaqua und Herero Folge geben werde. || Die nach den jüngsten Beschlüssen des Kap-Parlaments beabsichtigte Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes richtet sich im Effect auf die Schädigung der deutschen Unternehmung. || Der Unterzeichnete hat dem Vertrauen der Kaiserlichen Regierung Ausdruck zu geben, dass die Königlich grossbritannische Regierung den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder dadurch Rechnung tragen werde, dass sie den Anträgen der Kap-Kolonie die Genehmigung versagt. || Im Vertrauen auf diese bisher bestehenden Beziehungen hat die deutsche Regierung in offener und loyaler Weise im vorigen Jahre zunächst

Nr. 8326. Deutschland. 22. Aug. 1884.

vertraulich und zuletzt durch die amtliche Note vom 31. Dezember v. J. an die englische Regierung Anfragen gerichtet zu dem Zwecke der amtlichen Feststellung der aus den früheren Vorgängen sich von selbst ergebenden Thatsache, dass Ansprüche Englands auf irgend welche Gebiete nördlich des Oranjeflusses mit Ausnahme der Walfisch-Bai nicht bestehen. Es würde möglich gewesen sein, die Antwort hierauf in wenigen Tagen zu ertheilen, da es hierzu einer Korrespondenz mit der Kap-Regierung nicht bedurfte. Die deutsche Regierung hatte allerdings bei ihrer Anfrage nicht darauf gerechnet, dass die definitive Antwort sich mehr als sechs Monate verzögern und die Zwischenzeit benutzt werden könnte, um konkurrirende englische Besitzergreifungen vorzubereiten. || Der von dem Kap-Parlament angewandten Theorie von theoretischen Besitzergreifungen ausgedehnter und unerforschter Küsten- und Landstriche auf dem Wege des Dekrets aus der Entfernung kann eine rechtliche Wirkung nicht zugeschrieben werden; sie widerspricht dem Völkerrecht und den Traditionen. || Wenn die Kap-Regierung die von ihr gefassten Beschlüsse zur Ausführung brächte, so würde die grossbritannische Regierung die Verantwortlichkeit hierfür nicht ablehnen können, auch abgesehen von der Thatsache, dass der englische Kolonialminister die Zeit, während welcher wir auf die Beantwortung unserer Anfrage vom 31. Dezember v. J. vertrauensvoll warteten, benutzt hat, um durch seine in Kapstadt publizirten Telegramme vom 3. Februar, 8. Mai, 17. Juni und 14. Juli d. J. die Kap-Regierung zu diesen Beschlüssen, welche die Entwickelung der deutschen Unternehmungen zu beeinträchtigen bezwecken, ausdrücklich zu ermuntern.

## Anlage 2.

Aide-mémoire.

Die Kaiserliche Regierung ist bei Behandlung der Angra Pequena-Angelegenheit davon ausgegangen, dass keine andere Macht auf die Gebiete nördlich vom Oranjefluss bis zur portugiesischen Grenze, mit einziger Ausnahme der Walfisch-Bai und eines kleinen umliegenden Territoriums, Anspruch erheben kann. || Was England anbelangt, so stützte sich diese Annahme auf verschiedene amtliche Dokumente, welche seinerzeit dem englischen Parlament vorgelegt und in der Kapstadt publizirt worden sind. || In erster Linie kam hierbei eine Instruktion des damaligen britischen Staats-Sekretärs für die Kolonien, Lord Kimberley, an den Gouverneur der Kap-Kolonie und Ober-Kommissar in Süd-Afrika vom 30. Dezember 1880 in Betracht, worin erklärt wurde, dass der Oranjefluss, mit Ausnahme der auf Wunsch der Kap-Kolonie für britisches Territorium erklärten Walfisch-Bai, als die nordwestliche Grenze der Kap-Kolonie anzusehen sei und dass die grossbritannische Regierung keinem Plane zur Ausdehnung der britischen Jurisdiktion über Gross-Namaqua und Herero Folge geben werde. Der Kaiserlich deutschen Regierung gegenüber hatte die grossbritannische Regierung, aus Anlass von Schutzanträgen der in den letzteren Gebieten seit 40 Jahren etablirten deutschen Rheinischen

Nr. 8326. Deutschland. 22. Aug. 1884.

Missionsgesellschaften, durch eine Note Lord Granville's vom 29. November 1880 erklärt, die Kap-Regierung werde deutschen Unterthanen gern den Schutz gewähren, den sie verleihen könne. Der Kolonialminister bitte aber, der deutschen Regierung ausdrücklich zu sagen, dass die englische Regierung nicht verantwortlich sein könne für das, was ausserhalb des britischen Territoriums vorgehe, welch letzteres nur die Walfisch-Bai und einen sehr kleinen Theil des unmittelbar umliegenden Landes einschliesse. || Nach diesen Erklärungen der grossbritannischen Regierung würde es an sich nicht erforderlich gewesen sein, aus Anlass des Schutzantrages des Herrn Lüderitz für die von ihm auf notorisch unabhängigem Gebiete begründete Niederlassung nochmals an die grossbritannische Regierung eine Anfrage zu richten. || Wenn die Kaiserlich deutsche Regierung dies dennoch gethan, so geschah es, weil sie früher sich an die grossbritannische Regierung gewandt hatte, um eine Gefälligkeit in Anspruch zu nehmen, jetzt aber eine amtliche Aeusserung über die bestehenden Rechte der englischen Regierung auf die fraglichen Gebiete zu besitzen wünschte. Im Vertrauen auf Englands Freundschaft hoffte sie zugleich, für die zu begründende deutsche Niederlassung in der Nachbarschaft einer britischen Kolonie auf das Wohlwollen der grossbritannischen Regierung zählen zu können. || Die Note Lord Granville's an den deutschen Botschafter vom 21. November v. J. entsprach nicht dieser letzteren Hoffnung; sie bestätigte indess in der Hauptsache die Annahme, dass England inzwischen an der fraglichen Küste keine neuen Rechte erworben habe. Zugleich aber erhob sie einen Anspruch auf Ausschliessung der Jurisdiktion jeder anderen Macht lediglich aus dem Titel der Nachbarschaft. Diesen Grundsatz konnte die deutsche Regierung nicht gelten lassen und stellte deshalb durch die Note des Kaiserlichen Botschafters vom 31. Dezember die faktische Frage, welche Einrichtungen etwa England dort getroffen habe, um den Schutz, welchen das Reich seinen Angehörigen schulde, entbehrlich zu machen. || Während die Beantwortung dieser Note seitens der grossbritannischen Regierung vier Monate auf sich warten liess, ging der Kaiserlichen Regierung aus Kapstadt die Nachricht zu, dass die Kap-Regierung zu zweifeln schiene, ob die Landerwerbungen und Geschäfte des Herrn Lüderitz nördlich vom Oranjefluss auf den Schutz des deutschen Reiches Anspruch hätten. Der Kaiserliche Konsul in Kapstadt ward deshalb unter dem 24. April telegraphisch angewiesen, diesen Zweifel durch eine amtliche Erklärung zu beseitigen, und der Kaiserliche Botschafter in London ward zugleich beauftragt, der grossbritannischen Regierung hiervon Kenntniss zu geben. || Bei den an die letztere Mittheilung sich knüpfenden Unterredungen hat der britische Herr Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten die Nichtbeantwortung der Note vom 31. Dezember v. J. auf ein Missverstehen der letzteren und auf eine in Folge dessen stattgehabte Korrespondenz zwischen dem englischen Kolonialamt und der Kap-Regierung zurückgeführt. || Die Blaubücher der Kap-Regierung enthalten jedoch eine Anzahl von Depeschen, welche ergeben, dass die Neigung der Kap-Regierung zur Erweiterung ihres Gebietes durch die Tele-

Nr. 8326. Deutschland. 22. Aug. 1884.

gramme Lord Derby's erst allmälig geweckt und bis in die jüngste Zeit gesteigert worden ist. || Die Kaiserliche Regierung erhielt zuerst Kenntniss von diesen Vorgängen durch ein Telegramm des deutschen Konsuls in Kapstadt aus den ersten Tagen des Monats Juni, wonach in Folge eines Telegramms Lord Derby's vom 8. Mai sich die Kap-Regierung bereit erklärt habe, die Kosten für die Uebernahme der Küste bis zur Walfisch-Bai, einschliesslich Angra Pequena, zu tragen. Der hierdurch veranlasste Meinungsaustausch zwischen der deutschen und englischen Regierung führte zu der von Lord Derby unter dem 17. Juni ertheilten telegraphischen Weisung an die Kap-Regierung, vorläufig den Beschluss über diese Frage auszusetzen. || Der Kaiserlich deutsche Botschafter ward hiervon durch Lord Granville amtlich in Kenntniss gesetzt. Die Kaiserliche Regierung hielt es nach den damaligen Aeusserungen Lord Granville's für definitiv abgemacht, dass von jetzt an der naturgemässen Entwickelung der deutschen Unternehmung keinerlei Erschwernisse von englischer Seite würden bereit werden. In dieser Annahme könnte sie durch den Hinweis auf die von England öffentlich gegebenen Definitionen der Grenzen der Kap-Kolonie, welcher sich in der am 13. Juli dem Kaiserlichen Botschafter mitgetheilten Depesche an Lord Ampthill findet, nur bestärkt werden. || Sie war daher auch nicht geneigt, dem ihr um die Mitte Juli mitgetheilten Privattelegramm des Herrn Lüderitz Glauben zu schenken, wonach sich am 15. Juli, in Folge eines Telegramms Lord Derby's vom 14. desselben Monats, das Kap-Parlament zur Uebernahme der Kosten für die Annexion der ganzen Küste bis zur und über die portugiesische Grenze hinaus bereit erklärt habe. || Auf die Frage des Kaiserlichen Botschafters, ob seit dem 17. Juni Weisungen nach der Kapstadt ergangen seien, erhielt derselbe von Lord Granville nur die Antwort, dass am 14. Juli eine entsprechende telegraphische Weisung dorthin ergangen sei. Es konnte dies von der Kaiserlichen Regierung nur so verstanden werden, dass diese Weisung dem Inhalt der dem Grafen Münster am 13. Juli mitgetheilten Depesche entsprochen habe. Nach den in diesen Tagen aus Kapstadt eingelaufenen Berichten und Zeitungen ist jedoch nicht mehr zu bezweifeln, dass der Inhalt der Weisung vom 14. Juli jenem Privattelegramm entsprochen hatte. || In der That hat danach Lord Derby erklärt, die grossbritannische Regierung sei bereit, den ganzen Küstenstrich mit Ausnahme der Lüderitz'schen Erwerbung bei Angra Pequena unter britischen Schutz zu stellen, wenn das Kap-Parlament die Kosten für diese Annexion übernehmen wolle. Das Kap-Parlament beschloss demgemäss am 15. Juli und verlangte zugleich, dass die Küstenländer zwischen dem Oranjefluss bis zur portugiesischen Grenze für britisches Territorium erklärt werden möchten. Der Unterstaatssekretär im britischen Kolonialamt, Mr. Ashley, erwähnte diesen Beschluss in der Sitzung des Unterhauses vom 29. v. M. in der Form: es sei in Vorschlag gebracht worden, dass die Küste zwischen dem Oranjefluss und der südlichen portugiesischen Grenze einschliesslich der britischen Niederlassung von Walfisch-Bai unter die Aufsicht der Kap-Regierung gebracht, und

dass diese Aufsicht nur in dem Gebiet von Angra Pequena, welches unter deutschem Schutze stehe, nicht ausgeübt werden solle. || Zu Folge der Zeitungsberichte über die Verhandlungen im Kap-Parlament, welche diesen Beschlüssen vorausgingen, steht fest, dass es sich bei den letzteren um eine beabsichtigte Schädigung der deutschen Unternehmung handelt. || Die Beschlüsse und die dabei geäusserten Gesinnungen sind für die Kaiserliche Regierung um so befremdlicher, als aus den von der Kap-Regierung vorgelegten Blaubüchern erhellt, dass die sich dort folgenden Ministerien ursprünglich finanzielle Bedenken gegen jede Ausdehnung der Grenzen der Kap-Kolonie gehegt und der englischen Regierung gegenüber geäussert hatten.

Nr. 8326. Deutschland. 22. Aug. 1884.

---

## Nr. 8327. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London (Plessen) an den Reichskanzler. — Erledigung von Nr. 8324.

London, den 18. August 1884.

Die hohe telegraphische Weisung vom 17. d. M., betreffend die Beschlussfassung der Kap-Regierung, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und dem Unterstaatssekretär Sir Julian Pauncefote die entsprechende Mittheilung gemacht. || Der Herr Unterstaatssekretär erwiderte mir, dass es sich, soweit ihm bekannt, bei der Beschlussfassung der Kap-Regierung um Küstenstrecken handele, von denen die deutscherseits beanspruchten Territorien ausdrücklich ausgeschlossen worden seien. Auch sei der von der Kap-Regierung gefasste Beschluss seines Wissens noch nicht zur Ausführung gelangt, während meiner früheren Mittheilung zufolge das Territorium vom Oranjefluss bis zum 26. Grad südlicher Breite bereits faktisch unter den Schutz Seiner Majestät des Kaisers gestellt worden sei. Natürlich habe Deutschland das Recht, von Länderstrecken, die res nullius seien, Besitz zu ergreifen. || Sir Julian Pauncefote äusserte schliesslich die Zuversicht, dass diese Frage keine weiteren Schwierigkeiten bereiten werde, und stellte mir eine Antwort der hiesigen Regierung auf meine bezüglichen Mittheilungen in baldige Aussicht.

(gez.) von Plessen.

Nr. 8327. Deutschland. 18. Aug. 1884.

---

## Nr. 8328. DEUTSCHLAND. — Derselbe an denselben. — Erledigung von Nr. 8326.

London, den 26. August 1884.

In Gemässheit der hohen Weisung vom 22. d. M., betreffend Angra Pequena, habe ich die vorgeschriebene Note heute an Lord Granville gerichtet und mit dem Unterstaatssekretär Mr. Currie, der Lord Granville gegenwärtig vertritt und dem ich die Note persönlich übergab, nach Maassgabe des dem Erlass beigefügt gewesenen Aide-mémoire über die Angelegenheit gesprochen.

Nr. 8328. Deutschland. 26. Aug. 1884.

Nr. 8328. Deutschland. 26. Aug. 1884.

Mr. Currie nahm meine Eröffnungen entgegen, ohne seinerseits etwas Wesentliches darauf zu erwiedern. || In Folge der mir ertheilten Ermächtigung habe ich demselben auf seinen Wunsch das Aide-mèmoire in Abschrift zugestellt.

(gez.) von Plessen.

---

## Nr. 8329. DEUTSCHLAND. — Derselbe an denselben. — Granville behauptet, der deutschen Note liege ein Missverständniss zu Grunde.

London, den 29. August 1884.

Nr. 8329. Deutschland. 29. Aug. 1884.

Da ich, einer Einladung Lord Granville's folgend, heute in Walmer Castle war, suchte ich die Gelegenheit zu benutzen, um im Sinne der mir durch den Erlass vom 22. d. Mts. betreffend Angra Pequena, ertheilten hohen Weisung mit dem Herrn Minister über die Angelegenheit zu sprechen. Ich knüpfte daher an die Note an, die ich in Gemässheit dieses Erlasses am 26. d. Mts. an denselben gerichtet habe. || Lord Granville erwiderte mir, dass ihm die Note zugegangen sei. Es herrsche ein Missverständniss bei der Sache vor: „There is a misunderstanding altogether." Er werde mir eine Antwort zukommen lassen, nachdem er mit Lord Derby Rücksprache genommen habe. Weiter liess sich Lord Granville, der leidend ist, auf eine Erörterung der Angelegenheit nicht ein.

(gez.) von Plessen.

---

## Nr. 8330. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an das Ausw. Amt. — Die Küste bis Kap Frio ist unter deutschen Schutz gestellt.

Kapstadt, den 5. September 1884.

Nr. 8330. Deutschland. 5. Sept. 1884.

Telegramm. Der Konsul berichtet, dass ihm eine schriftliche Mittheilung von dem Kommando S. M. Kanonenboots „Wolf" aus Angra Pequena zugegangen sei, wonach die Küste vom 26. Breitengrad bis Kap Frio, ausgenommen Walfisch-Bai, unter deutschen Schutz gestellt sei.

(gez.) Lippert.

---

## Nr. 8331. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London. — Auftrag, Mittheilung von Nr. 8330 zu machen.

Telegramm. Berlin, den 7. September 1884.

No. 8331. Deutschland. 7. Sept. 1884.

(Inhalt.) Auftrag, unter Bezugnahme auf die früheren, auf Grund des Erlasses vom 19. August gemachten mündlichen Mittheilungen, vertraulich der

englischen Regierung davon Kenntniss zu geben, dass die Küstenstrecken von dem 26. Breitengrad bis Kap Frio nördlich, ausgenommen Walfisch-Bai, von S. M. S. „Wolf" durch Flaggenhissen unter Reichsschutz gestellt seien, ferner, zur Regelung dieser Angelegenheit ebenfalls Verhandlung durch Kommissarien vertraulich anzubieten. Nr. 8331. Deutschland. 7. Sept. 1884.

(gez.) Busch.

---

## Nr. 8332. DEUTSCHLAND. — Konsul in Kapstadt an den Reichskanzler. — Proclamation, betreffend die Einverleibung der Walfisch-Bai und Umgegend in die Kolonie.

Kapstadt, den 11. August 1884.

Ew. Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage einen Ausschnitt der amtlichen Zeitung zu behändigen, welcher Proklamation Nr. 184 enthält, betreffs Annektion von Walwich-Bai und der Westküste sowie einer Landstrecke an der Südostküste.*) Nr. 8332. Deutschland. 11. Aug. 1884.

Der Kaiserlich deutsche Konsul.
(gez.) Lippert.

(Anlage.)

### Proclamation

*by His Excellency the Rhight Honourable Sir Hercules George Robert Robinson.* A Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Governor and Commander-in-Chief of Her Majesty's Colony of the Cape of Good Hope in South Africa, and the Territories and Dependencies thereof, and of Tembuland, Emigrant Tambookieland, Bomvanaland and Galekaland and Her Majesty's High Commissioner etc. etc. etc.

Whereas it is enacted by the Act No. 35 of 1884, intituled „An Act to provide for the annexation to the Colony of the Cape of Good Hope of the Port or Settlement of Walfish Bay on the West Coast of Africa and certain territory surrounding the same, and of certain British Territories in the St. John's River in South Africa", that from and after such day as the Governor shall, pursuant to the powers in that behalf contained in Her Majesty's Letters Patent, bearing date at Westminster, the 14th day of December, 1878, by Proclamation under his hand and the public seal of this Colony, fixed in that behalf, the Port or Settlement of Walfish Bay on the West Coast of Africa, and certain territory surrounding the same, the limits of which are defined in the Letters Patent aforesaid, shall become and be part of the Colony of the Cape of Good Hope, and subject to the laws in force therein, except as the application of the same to the said Port or

*) Diese Inhaltsangabe ist unrichtig. A. d. R.

Nr. 8332. Deutschland. 11. Aug. 1884.

Settlement of Walfish Bay and certain territory surrounding the same may be modified by any such proclamation: Now, therefore, I, the Governor aforesaid, under and by virtue of the powers aforesaid, do hereby proclaim, declare and make known, that I have fixed the date hereof, as the day from and after which the said Port or Settlement of Walfish Bay and certain territory surrounding the same, and included under the following limits, that is to say: — On the south by a line from a point on the coast, fifteen miles south of Pelican Point, to Scheppmann's Dorp; on the east by a line from Scheppmann's Dorp to the Rooibank, including the plateau, and thence to ten miles inland from the mouth of the Swakop river; on the north by the last ten miles of the course of the Swakop river, and on the west by the Atlantic ocean, shall, under the name, designation and title of Walfish Bay, become and be part of the Colony of the Cape of Good Hope, and subject to the laws in force therein.

2. I do further proclaim a Court of Resident Magistrate to be erected, constituted and established for and within the said territory of Walfish Bay, and the said Court shall be holden by and before the Resident Magistrate for the territory aforesaid.

God Save the Queen!

Given under my hand and the Public Seal of the Colony of the Cape of Good Hope, this 7th day of August, 1884.

Hercules Robinson, Governor

By Command of His Excellency the Governor in Council.

Thomas Upington.

(Auszugsweise Uebersetzung.)

Bekanntmachung.

des

*Gouverneurs der Kap-Kolonie Sir Hercules George Robert Robinson.*

Durch die Akte Nr. 35 von 1884 ist verfügt, dass der Hafen oder die Niederlassung von Walfisch-Bai an der Westküste von Afrika und ein gewisses dieselben umschliessendes Gebiet, deren Grenzen in Ihrer Majestät Letters patent, d. d. Westminster, den 14. Dezember 1878, festgesetzt sind, von demjenigen Tage, den der Gouverneur in Gemässheit der in den Letters patent enthaltenen Vollmacht durch eine Bekanntmachung bestimmt, ein Bestandtheil der Kolonie des Kaps der guten Hoffnung werden und deren Gesetzen unterworfen sein sollen. — Der Gouverneur bestimmt den 7. August als denjenigen Tag, von welchem jenes Gebiet, in den nachstehenden Grenzen eingeschlossen, nämlich: — im Süden von einer Linie, die von einem Punkt an der Küste fünfzehn Meilen südlich von Pelican-Point bis Scheppmann's Dorp geht, im Osten von einer Linie, die von Scheppmann's Dorp bis zu dem Rooibank führt, das Plateau einschliesst und von da bis zehn Meilen landeinwärts

von der Mündung des Swakop-Flusses geht, im Norden von den letzten zehn Meilen des Laufes des Swakop-Flusses und im Westen von dem Atlantischen Ocean —, unter dem Namen „Walfisch-Bai" Bestandtheil der Kap-Kolonie sein soll. No. 8332. Deutschland. 11. Aug. 1884.

2. Der Gouverneur ordnet ferner die Einsetzung eines Gerichts für die Walfisch-Bai an, welches durch den Resident Magistrat dieses Gebietes abgehalten werden soll.

---

## Nr. 8333. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den Staatssekretär des Ausw. — England begrüsst Deutschland als Nachbar in Südwestafrika und beansprucht Oberhoheit nur für Walfischbai und die Inseln.

Englische Botschaft.

(Uebersetzung.) Berlin, den 22. September 1884.

Herr Staatssekretair, — Wie ich Ew. etc. zu benachrichtigen mich beehre, ist der erste Staatssekretär des Auswärtigen Amts mit dem Staatssekretär der Kolonien über die Note Baron v. Plessens an Lord Granville vom 8. d. M. ins Benehmen getreten. Die in dieser Note enthaltene Mittheilung, dass die Westküste von Afrika vom 26° bis Kap. Frio, mit Ausnahme der Walfisch-Bai durch Flaggenhissen seitens des Kommando's S. M. Schiffes „Wolf" unter deutschen Schutz gestellt worden sei, ist der Regierung Ihrer Majestät auch von der Kap-Regierung zugegangen. || Im Auftrage Lord Granville's benachrichtige ich die Kaiserliche Regierung, dass, wenn Deutschland beabsichtigt, in der genannten Gegend eine Kolonie oder ein Protektorat mit territorialem Charakter von einer bestimmten Art zu begründen, was nach den neuesten Mittheilungen anzunehmen —, dass in diesem Falle die Regierung Ihrer Majestät Deutschland als Nachbar an den Theilen der Küste begrüsst, die noch nicht innerhalb der Grenzen der Kap-Kolonie und überhaupt thatsächlich noch nicht im britischen Besitz sich befinden. || Die Kap-Regierung hat Ihrer Majestät Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass die Inseln an der Küste zwischen dem Oranje-Fluss und dem 26°, ferner Hollam's Bird und Mercury Island an der Küste zwischen dem 26° und Kap Frio zur Kap-Kolonie gehörten und mithin britisches Territorium seien. Diese Angabe hat das Kolonial-Amt bestätigt. Ich bin daher beauftragt worden, diesen Punkt zur Kenntniss der Kaiserlichen Regierung zu bringen. Dieselbe wird ohne Zweifel die geeigneten Schritte thun, um ihre Officiere und Unterthanen darüber zu belehren, dass das deutsche Protektorat sich nicht auf die Inseln erstreckt. Ein Missverständniss über diesen Punkt könnte deutsche Unterthanen zu Handlungen verleiten, die mit britischen Rechten unverträglich und verletzend wären für Personen, die auf eine Reihe von Jahren jene Inseln von der englischen Krone gepachtet haben. || Die Re- Nr. 8333. Grossbritannien. 23. Sept. 1884.

Nr. 8333. Grossbritannien. 22. Sept. 1884.

gierung Ihrer Majestät glaubt nach dem Wortlaut der letzten Note des Baron v. Plessen annehmen zu dürfen, dass die deutsche Regierung geneigt ist, sich mit dem Vorschlage einer gemischten Kommission behufs Bestimmung und Sicherung der Rechte britischer Unterthanen, die sich in dem unter das deutsche Protektorat unterstellten Territorium niedergelassen haben, einverstanden zu erklären. Die englische Regierung stimmt ihrerseits der Vereinbarung einer solchen Maassregel bereitwilligst zu. || Ueber einen weiteren Punkt bezüglich des deutschen Vorgehens würde Ihrer Majestät Regierung erfreut sein, thunlichst bald Auskunft zu haben: || Die Gesetze der Kap-Kolonie und die britischen Gerichtshöfe in Süd-Afrika haben bisher ihre Kompetenz auf sämmtliche britische Unterthanen erstreckt in allen Theilen von Süd-Afrika, nördlich vom 25° Parallelkreis, welche nicht unter der Jurisdiktion einer anderen civilisirten Regierung stehen. || Nach britischen Grundsätzen würde mit dem deutschen Protectorat, vorausgesetzt, dass es einen territorialen Charakter hat, die statutarische Gerichtsbarkeit der Gerichtshöfe der Kap-Kolonie, wie weit sich deren Gebiet auch erstrecken möge, ein Ende nehmen. Mithin werden Vergehen, die bisher zur Competenz jener Gerichtshöfe gehörten, fernerhin nicht mehr vor diesen zur Aburtheilung gelangen. || Aus diesem und anderen Gründen ist es der Regierung Ihrer Majestät wichtig, zu wissen, ob ihre Annahme gerechtfertigt ist, dass das deutsche Protektorat einen politischen und territorialen Charakter habe, und dass es nicht blos über die Personen der deutschen Unterthanen in der Art ausgeübt werde, wie jede civilisirte Macht, die die Mittel dazu hat, es über ihre in uncivilisirten Gegenden Handel treibenden Unterthanen ausübt. || Ferner, ob sich das Protektorat über die ganze Küste bis zur portugiesischen Grenze (ausgenommen Walfisch-Bai und die britischen Inseln) erstrecken, oder aber, ob es auf gewisse Küstenpunkte sich beschränken soll, und, wenn dies der Fall ist, welches diese Punkte und wo deren genaue Grenzen sind. || Aus dem vorerwähnten Grunde ist eine Auskunft sowohl über die Längen-, als auch über die Breiten-Ausdehnung des Protektorats erwünscht.

Was die Natur der innerhalb des Protektoratsgebiets einzusetzenden Behörden anlangt, so würde die Regierung Ihrer Majestät es allerdings lieber sehen, dass direkt von der deutschen Regierung ressortirende Behörden eingesetzt würden. Im Uebrigen hegt sie zu der erleuchteten Weisheit und der liberalen Politik der Kaiserlichen Regierung das Vertrauen, dass sie geeignete Einrichtungen schaffen werde, um britischen Unterthanen in ihren Handelsunternehmungen und ihrem wohlerworbenen Besitzthum vollen gesetzlichen Schutz zu gewähren. || Was die Klagen über die Haltung der Regierungen Ihrer Majestät und der Kap-Kolonie anlangt, ihre Handlungen und Beweggründe, so würde Ihrer Majestät Regierung eine zwecklose Kontroverse darüber gern vermeiden. Da aber jene Klagen, wenn nicht ganz und gar, so in der Hauptsache auf einem Missverständnisse beruhen, ausserdem auf einem begreiflichen Mangel an Bekanntschaft mit dem dunkleren Detail der britischen Kolonial-Gesetzgebung

und -Geschichte, so beabsichtigt Lord Granville, mich mit einem zur Mittheilung an die Kaiserliche Regierung bestimmten Memorandum zu versehen, welches eine genaue Aufklärung über alles geben soll, was die Regierung Ihrer Majestät in dieser Angelegenheit gethan und in welcher Absicht. Lord Granville hofft, dass eine Prüfung dieser Aufklärung alle Missverständnisse, welche den Gegenstand der früheren Korrespondenz bildeten, beseitigen und dass alsdann Deutschland bereit sein werde, in freundschaftlichem Einvernehmen mit den Regierungen Ihrer Majestät und der Kap-Kolonie die Verhältnisse in Süd-Afrika so auszugestalten, wie es für die glükliche Entwickelung und die Sicherheit aller daselbst interessirten, civilisirten Mächte erforderlich ist. || Ich benutze auch diesen Anlass etc.

Nr. 8333. Grossbritannien. 22. Sept. 1884.

(gez.) Charles Scott.

---

## Nr. 8334. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London. — Das deutsche Protektorat hat einen territorialen Charakter. Begrenzung des Gebietes.

Berlin, den 6. Oktober 1884.

Nr. 8334. Deutschland. 6. Okt. 1884.

Euerer Hochwohlgeboren übersende ich anbei in Abschrift den Text der Note des englischen Geschäftsträgers vom 22. v. Mts., betreffend die Angra Pequena-Angelegenheit, sowie den beiliegenden Entwurf zu einer Antwortnote, welche ich Sie bitte baldgefälligst an Lord Granville zu richten*).

(ges.) Busch.

### Anlage.

, den ... Oktober 1884.

An

Seine Excellenz etc. Lord Granville.

Der Unterzeichnete beehrt sich, im Auftrage seiner Regierung Seiner Excellenz (ins.) den Empfang des Schreibens zu bestätigen, welches der Königlich grossbritannische Geschäftsträger in Berlin unterm 22. v. Mts. in Betreff der Unterstellung gewisser Küstenstriche im südwestlichen Afrika unter den Schutz des deutschen Reichs an den Grafen von Hatzfeldt gerichtet hat. || Wie der Unterzeichnete bereits mündlich auszusprechen beauftragt war, ist es seiner Regierung erfreulich gewesen, aus dem gedachten Schreiben die Geneigtheit der Königlich grossbritannischen Regierung zu ersehen in Südwestafrika ein freundnachbarliches Verhältniss zu Deutschland anzubahnen. || Was die in dem Schreiben vom 22. v. Mts. berührten Punkte im Einzelnen anbe-

*) Laut Schreiben des Baron von Plessen vom 8. Oktober hat er die Note an diesem Tage an Lord Granville gerichtet. A. d. Red.

Nr. 8334. Deutschland. 6. Okt. 1884.

trifft, so beehrt sich der Unterzeichnete, Folgendes zu bemerken: || Das in den fraglichen Gebieten im Namen Seiner Majestät des Kaisers verkündete Protektorat erstreckt sich, wie die Königlich grossbritannische Regierung richtig annimmt, nicht lediglich auf die Person der daselbst wohnhaften oder sich aufhaltenden deutschen Reichsangehörigen, sondern auf das Gebiet als solches, hat mithin einen territorialen Charakter. || Das unter Schutz gestellte Gebiet umfasst die gesammte Küste von Kap Frio bis zum Orangefluss, mit Einschluss der völkerrechtlich als Zubehöhr des Festlandes zu betrachtenden Inseln, ausgenommen die Walfisch-Bai und diejenigen Theile des Festlandes und der Inseln, welche etwa ausser der Walfisch-Bai als unter britischer Oberhoheit stehend anzuerkennen sind. Eine genauere Abgrenzung auch nach dem Innern zu behält die Regierung Seiner Majestät späteren Festsetzungen nach Maassgabe der Entwickelung der Ansiedlungen und ihres Verkehrs vor. || Der Unterzeichnete ist ermächtigt, den Vorschlag anzunehmen, dass zur Prüfung und Sicherstellung der Rechte britischer Unterthanen in dem fraglichen Territorium eine gemischte, aus beiderseitigen Kommissaren bestehende Kommission zusammentrete. Er erlaubt sich, als Ort des Zusammentritts derselben Kapstadt in Vorschlag zu bringen und als Kommissar von deutscher Seite den zum General-Konsul in Kapstadt ausersehenen Herrn Dr. Bieber, der binnen kurzem sich von Berlin nach Kapstadt begeben wird, namhaft zu machen. || Die gemischte Kommission wird nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät in den Kreis der ihr obliegenden Aufgaben auch die Prüfung der Frage zu ziehen haben, welche von den längs der in Rede stehenden Küste belegenen Inseln als unter britischer Herrschaft stehend von dem deutschen Protektoratsgebiete auszunehmen sind. || Der Unterzeichnete hat der Ansicht Ausdruck gegeben dass die Regierung Seiner Majestät auf einige, den vorliegenden Angaben zufolge schon im Jahre 1874 der Kap-Kolonie einverleibte Inseln keinen Anspruch erhebe. Neuere, der Regierung des Unterzeichneten zugegangene Informationen lassen es indess zweifelhaft erscheinen, ob die Voraussetzungen, auf denen die abgegebene Erklärung beruhte, richtige waren, und ob die Thatsachen und Erwerbungstitel, auf welche sich die britischen Ansprüche stützen, als rechtlich feststehende zu erachten sind. Die gemischte Kommission wird nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät diese Punkte zu prüfen und unter Beweis zu stellen haben. || Was den Rechtsschutz der in dem deutschen Schutzgebiete wohnhaften britischen Unterthanen betrifft, so wird in dieser Beziehung demnächst die geeignete Fürsorge getroffen und dabei im Allgemeinen der Grundsatz zur Richtschnur genommen werden, dass die Behandlung der britischen Unterthanen derjenigen gleichgestellt wird, welche den Deutschen in den englischen Kolonien in Afrika gewährt wird. || Indessen verdient bemerkt zu werden, dass, soweit die vorliegenden Nachrichten reichen, eine nennenswerthe britische Bevölkerung in den fraglichen Küstenstrichen nicht vorhanden ist, da sich nur wenige britische Unterthanen zum Zwecke des Handels, des Robbenfangs oder der Fischerei daselbst aufzuhalten pflegen. || Indem der Unter-

zeichnete der Bezeichnung des britischen Kommissars entgegensehen darf, benutzt er etc. Nr. 8334. Deutschland. 6. Okt. 1884.

---

## Nr. 8335. DEUTSCHLAND. — Derselbe an denselben. — Conflikt zwischen Lüderitz und Spence. Vorschlag, bis zur Beendigung der kommissarischen Verhandlungen den status quo aufrecht zu erhalten.

(Auszug.) Berlin, den 13. Oktober 1884.

Nr. 8335. Deutschland. 13. Okt. 1884.

Herr Lüderitz hat mir ein Schreiben vom 30. v. M. mitgetheilt, welches er an den Gouverneur der Kap-Regierung gerichtet hat, um womöglich durch dessen Vermittelung die Beeinträchtigung seiner Rechte seitens des Mr. Spence zu erreichen. Zugleich hat Herr Lüderitz bei der Regierung Seiner Majestät über die Schädigungen, welche ihm durch die weitere Ausbeutung nicht nur der streitigen Inseln, sondern auch gewisser, an der Küste belegenen Punkte, namenlich der unzweifelhaft zum Festlande gehörenden Riffe und Baien, von Seiten des Mr. Spence zugefügt würden, Beschwerde geführt und damit den Antrag verbunden, dass diese Ausbeutung untersagt werden möchte. || Auf der anderen Seite ist der englische Geschäftsträger von seiner Regierung beauftragt worden, bei Sr. Majestät Regierung zu beantragen, dass Herr Lüderitz veranlasst werde, seine Ansprüche auf die Inseln fallen zu lassen und sich eines Vorgehens gegen Personen, welche diese Inseln von der britischen Regierung gepachtet hätten, zu enthalten. || Ew. etc. ersuche ich ergebenst, Lord Granville oder dessen Vertreter unter Bezugnahme auf Ihre Note vom 8. d. M. zu sagen, dass wir hinsichtlich der Inseln bis zur kommissarischen Auseinandersetzung in Kapstadt die Aufrechterhaltung des status quo für angezeigt, umgekehrt aber auch es für billig erachten, dass gleichzeitig die englischen Privaten sich auf dem Festlande und den Riffen sowie in den Baien, welche zum Festlande gehören, der Vornahme von Handlungen, wie Robbenschlag, Fischen und Erzgraben, enthalten, da diese Handlungen Eingriffe in die unbestrittenen Eigenthumsrechte des Herrn Lüderitz darstellen. || Sie wollen Sich eine Aeusserung darüber erbitten, ob die englische Regierung bereit ist, in diesem Sinne den Behörden der Kap-Kolonie Instruktionen zu ertheilen. In dieser Voraussetzung wird Herr Lüderitz dahin verständigt werden, dass er bis zum Schluss der Verhandlungen über die Inseln den dort bestehenden, aus den Pachtverträgen der englischen Privaten sich ergebenden Zustand zu achten habe. || Der Kaiserliche General-Konsul Dr. Bieber, welchen wir der englischen Regierung bereits als unsern Kommissar für die Auseinandersetzung bezeichnet haben, wird in den nächsten Tagen sich nach Kapstadt einschiffen. Ew. etc. wollen auch dies Lord Granville sagen und hieran die Bitte knüpfen, dass ein englischer Kommissar baldmöglichst ernannt und uns bezeichnet werden möchte.

Busch.

---

## Nr. 8336. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London*). — Vorläufiges Einverständniss mit den deutschen Vorschlägen.

(Uebersetzung.) London, den 11. Oktober 1884.

Nr. 8336. Grossbritannien. 11. Okt. 1884.

Herr Geschäftsträger, — Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 8. d. Mts., betreffend das deutsche Protektorat über gewisse Theile der Südwestküste von Afrika und den Vorschlag wegen Zusammentritts einer gemischten Kommission zu Kapstadt behufs Prüfung und Sicherstellung der Rechte britischer Unterthanen in dem fraglichen Gebiete, zu bestätigen, und darf Ihnen die Versicherung geben, dass der Gegenstand, auf den Ihre Mittheilung sich bezieht, von Ihrer Majestät Regierung einer sofortigen eingehenden Erwägung unterzogen werden wird. || Ich habe die Ehre etc.

für Earl Granville.
(gez.) T. O. Lister.

---

## Nr. 8337. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London an den Reichskanzler. — Erledigung von Nr. 8335.

London, den 15. Oktober 1884.

Nr. 8337. Deutschland. 15. Okt. 1884.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich mit Bezugnahme auf den Hohen Erlass vom 13. d. M., betreffend Angra Pequena, ganz gehorsamst zu berichten dass ich die Angelegenheit heute dem Unterstaatssekretär Mr. Lister gegenüber in der mir vorgeschriebenen Weise zur Sprache gebracht und demselben Abschrift des Erlasses zurückgelassen habe.

(gez.) von Plessen.

---

# 3. Deutsche Interessen in der Südsee.

## Nr. 8338. DEUTSCHLAND. — Verweser des Konsulats in Apia (Stuebel) an den Reichskanzler. — Einreichung zweier Denkschriften über den deutschen Handel in der Südsee und dessen fremde Konkurrenz.

(Auszug.) Apia, den 18. Dezember 1883.

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1883.

Eurer Durchlaucht beehre ich mich beifolgend eine Denkschrift, betreffend die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg,

---

*) Mittels Schreibens des Baron von Plessen vom 13. Oktober dem Reichskanzler übersandt. A. d. R.

Nr. 8338. Deutschland 18. Dec. 1883

und eine Denkschrift, betreffend die fremde Konkurrenz der deutschen Handels- und Plantagen-Interessen in dem unabhängigen Theile des westlichen Stillen Meeres ganz gehorsamst zu überreichen. || In der ersteren habe ich versucht, auf Grund eigener Beobachtung die augenblickliche Lage des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft auf seinen verschiedenen Gebieten darzustellen. Dabei ist betreffenden Ortes auf die Bedeutung der deutschen Konkurrenz-Geschäfte gleichzeitig eingegangen worden. Aus der Denkschrift dürfte sich ergeben, dass der Erfolg des Unternehmens nicht allein von der Geschäftsleitung, sondern ganz wesentlich von der alsbaldigen Befestigung der staatlichen Verhältnisse in den bearbeiteten Gebieten, insbesondere auf den Samoa-Inseln, abhängt. || Aus der anderen Denkschrift geht hervor, dass in dem unabhängigen Theile des westlichen Stillen Meeres der deutsche Handel noch heute eine herrschende Stellung einnimmt. Soweit von einer Konkurrenz überhaupt die Rede ist, handelt es sich nur um Versuche, deren Erfolg nicht verbürgt ist. Eine wirkliche Gefahr dürfte nur seitens der Englisch-Australischen Konkurrenz drohen, insoweit dieselbe, von politischen Beweggründen getragen, Alles daran setzen wird, englische Interessen zu schaffen, welche gegen die Festsetzung deutschen Einflusses hier verwerthet werden können. Wir werden unsererseits danach streben müssen, uns durch Vermehrung der konsularischen Berufsbeamten und der maritimen Streitkräfte in der Südsee die erzielten kaufmännischen Erfolge zu sichern.

(gez.) Dr. Stuebel.

---

Anlage 1.

*Denkschrift, betreffend die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg.*

(Auszug.)

Der räumliche Umfang des geschäftlichen Betriebes der Gesellschaft erstreckt sich über den ganzen westlichen Theil des Stillen Meeres. Es sind dabei drei Bereiche zu unterscheiden.

1. Der Bereich von Apia.

In Apia befindet sich die Oberleitung des ganzen Geschäftes. Von hier aus wird direkt das Gebiet bearbeitet, welches im Norden von den Kingsmill- oder Gilbert-, im Süden von den Tonga-Inseln begrenzt wird. Es gehören dazu die Ellice- und Samoa-Inseln und die in der Nähe liegenden kleineren Inseln und Inselgruppen.

2. Der Bereich von Jaluit.

Von Jaluit aus werden die Marshall-Inseln und die Karolinen bearbeitet.

3. Der Bereich von Mioko.

Man kann zu demselben ganz Melanesien rechnen, die Neu-Hebriden, Salomon-Inseln, den Archipel von Neu-Britannien und die westlich davon gelegenen Inseln.

Das Kopra-Geschäft erstreckt sich über alle drei Bereiche; das Plantagen-Geschäft ist zu Folge der Lage der Pflanzungen in Samoa und Tonga auf den

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1883.

Bereich von Apia beschränkt. Die Arbeiter-Anwerbung findet jetzt hauptsächlich im Bereiche von Mioko statt.

## I. Das Kopprageschäft.

Andere Landes-Produkte als Kopra wie Perlschalen, Schildpatt, Fungus und dergleichen kommen nur in verhältnissmässig sehr kleinen Quantitäten in den Handel. Vor längerer Zeit ist auch von den Eingeborenen gebaute Baumwolle eingetauscht und exportirt worden. Die Gesellschaft hat gegenwärtig auf der Insel Sawaii Baumwollsamen vertheilt, und es steht zu erwarten, dass im nächsten Jahre auch Baumwolle dem Geschäfte wieder zugeführt werden wird. Die Bedeutung des Geschäfts richtet sich gegenwärtig nach der Menge der auf den betreffenden Inseln von den Eingeborenen bereiteten Kopra.

Den grössten Umfang hat das Geschäft im Bereiche von Apia.

Hier ist es die Tonga-Gruppe, wo verhältnissmässig die meiste Kopra gebaut und in den Handel gebracht wird. Es ist der staatlich fortgeschrittenste Theil des noch unabhängigen westlichen Stillen Meeres. Die Eingeborenen sind mittelst Zwangs an Bedürfnisse wie Kleidung und dergleichen gewöhnt worden und werden streng zur Zahlung von Steuern (gegenwärtig 8 Dollars pro Kopf der männlichen Bevölkerung über 16 Jahre) angehalten. In Folge dessen werden hier die verschiedenen Bodenprodukte planmässig angebaut, insbesondere die Kultur der Kokospalme betrieben. Die augenblickliche Produktion beträgt ca. 8000 bis 9000 Tonnen im Jahre. Davon hat im Jahre 1882

die Gesellschaft . . . . . 4800 Tonnen,
H. M. Ruge & Co. . . . . 613 „

exportirt. Die Produktion soll sich innerhalb der nächsten 3 bis 4 Jahre bis auf 20000 Tonnen steigern. Die guten Beziehungen der Gesellschaft zu der Regierung in Tonga lassen erwarten, dass die Gesellschaft einen beträchtlichen Antheil an dem Export dieser Mehrproduktion haben wird.

Samoa steht in Beziehung auf die Produktion von Kopra weit hinter Tonga zurück. Es giebt hier keinen Zwang einer Regierung, welcher die Bedürfnisse der Bevölkerung steigerte und dieselbe zur Zahlung ernsthafter Steuern anhielte. Die augenblickliche Produktion wird auf 2000 bis 3000 Tonnen geschätzt. Davon haben im Jahre 1882

die Gesellschaft . . . . . 1975 Tonnen,
H. M. Ruge & Co. . . . . 662 „

exportirt. Das Geschäft war ausschliesslich in den Händen dieser beiden deutschen Firmen. Auch in diesem Jahre wird die entstandene amerikanische Konkurrenz den deutschen Handel nicht wesentlich beeinträchtigt haben. Das Geschäft ist indessen durch den Sturm bedeutend geschädigt worden, theils durch den an den Palmen und insbesondere den Früchten angerichteten direkten Schaden, noch mehr aber dadurch, dass in Folge der Zerstörung der Brodfruchtbäume und Yam- und Taro-Pflanzungen die Eingebornen mit ihrer Ernährung wesentlich auf die Kokosnuss angewiesen waren. Hiervon abge-

sehen, nimmt man an, dass bei den gegenwärtigen Beständen an Kokospalmen die Produktion bereits heute auf 5000 Tonnen sich würde steigern lassen, in einigen Jahren auf 10 000 Tonnen. Eine vermehrte Produktion setzt indessen die Befestigung der inneren politischen Verhältnisse des Landes voraus.

Ausser Tonga und Samoa gehörten früher zu den im Bereiche von Apia von der Gesellschaft bearbeiteten Gebieten: die Kingsmill-Inseln, die Ellice-Inseln, die Union-Inseln mit Fakaofo und die einzelnen Inseln Quiros (Gente Hermosa), Niue (Savage Island), Wallis, Futuna, noch früher auch Fiji und Rotumah. Es wird die jährliche Produktion der nachstehenden Inseln, bezw. Inselgruppen geschätzt auf:

| | | |
|---|---|---|
| Kingsmill . . . . . | 600 | Tonnen, |
| Ellice . . . . . | 200 | „ |
| Fakaofo . . . . . | 80 | „ |
| Quiros . . . . . | 100 | „ |
| Niue . . . . . | 100 | „ |
| Wallis . . . . . | 400 | „ |
| Futuna . . . . . | 200 | „ |
| Summa . . . . | 1680 | Tonnen, |

eine Schätzung, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Von diesen Inseln werden gegenwärtig nur Fakaofo, Niue und Futuna ernstlich bearbeitet. Die Bearbeitung der Kingsmill-Gruppe, von Wallis und Quiros ist unter der früheren Leitung der Gesellschaft eingestellt, die der Ellice-Gruppe gänzlich vernachlässigt worden. Die Folge davon ist, dass sich insbesondere an den Hauptpunkten der Kingsmill-Gruppe amerikanische Firmen festgesetzt haben. Die neue Leitung der Gesellschaft wird ohne Verzug die Bearbeitung des ganzen Gebietes wieder aufnehmen. Die Produktion auf den meisten dieser Inseln wird für steigerungsfähig gehalten.

In Rotumah hat die Gesellschaft vor der Annexion der Inseln an England das ausschliessliche Geschäft gemacht. Ihr Export von dort betrug vor dem Jahre 1880, in welchem die Annexion erfolgte, 100 bis 200 Tonnen jährlich. Seitdem durften die Schiffe der Gesellschaft die Inseln nicht mehr direkt, sondern nur von einem Zollhafen (Port of Entry) in Fiji besuchen. Die Gesellschaft ist hierdurch zu gänzlicher Aufgabe der Geschäfte in Rotumah genöthigt worden. Damit sind bedeutende Verluste an dem dort gehaltenen Waarenlager herbeigeführt worden. Die ziemlich werthvollen Baulichkeiten sind erst vor kurzem mit beträchtlichem Schaden verkauft.

Auch in Fiji hat die Gesellschaft früher das Koprageschäft hauptsächlich in der Hand gehabt. Sie hatte sich indessen aus demselben schon vor Annexion des Landes an England zurückgezogen. Die Gesellschaft kauft jedoch gegenwärtig wieder in Fiji durch ihren Agenten Kopra zu limitirten Preisen, welche sie auf den von ihr gecharterten Schiffen exportirt. Es werden von ihr im laufenden Jahre ca. 2000 Tonnen gekauft und verschifft werden.

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1888.

Der gesammte Export von in Fiji erzeugter Kopra betrug im vergangenen Jahre nach dem amtlichen Ausweise 5283 Tannen. Der Export von Kopra wird auch von anderen deutschen Firmen daselbst betrieben.

Die Produktion des Bereiches Jaluit kann auf mindestens 3000 Tonnen Kopra veranschlagt werden. Von der vorjährigen Produktion sind nach dem Jahresberichte des Kaiserlichen Konsulates daselbst für das Jahr 1882

von Hernsheim & Co. . . . . ca. 1700 Tonnen,
„ der Agentur der Gesellschaft . . . . . „ 1100 „

exportirt worden.

Die Gesellschaft beabsichtigt, in dem Bereiche Jaluit von jetzt ab durch Angestellte mit aller Energie das Geschäft fortzuführen. Für später ist beabsichtigt, die Kingsmill-Gruppe von Jaluit, die Karolinen von Mioko aus zu bearbeiten.

Im Bereiche von Mioko hat die Gesellschaft zuerst im Jahre 1871 auf den Admiralitäts-Inseln, vom Jahre 1876 ab auch im Archipel von Neu-Britannien das Kopragеschäft betrieben.

Die Firma Hernsheim & Co. ist dann im Jahre 1878 nach Matupi gekommen. Die räumliche Entfernung von Apia macht auch hier eine besondere Leitung des Geschäfts an Ort und Stelle nöthig.

Die Produktionsfähigkeit des Bereiches ist noch unbekannt. Man nimmt indessen an, dass das Kopragеschäft sich als ausserordentlich entwickelungsfähig erweisen werde. Die Gesellschaft hofft in diesem Jahre etwa 600 Tonnen Kopra von dort zu exportiren, was allerdings noch immer hinter der Hälfte des durch die Firma Hernsheim & Co. gemachten Exports zurückbleiben wird. Das Hauptinteresse der Gesellschaft in Mioko liegt augenblicklich in dem Arbeitergeschäft.

Das Kopragеschäft macht einen Apparat von Agenten und Unter-Agenten nöthig, welche über das bearbeitete Gebiet vertheilt sind. Die Unter-Agenten kaufen die Kopra auf und liefern dieselbe an die Agenten ab. Aus den Agenturen wird dieselbe direkt, oder über einen Zentralpunkt wie Apia oder Nukualofa auf Tongatabu verschifft. Die Agenten oder Unter-Agenten werden von der Gesellschaft mit Waaren versorgt.

Die Agenten und Unter-Agenten bilden einen ansehnlichen Stab von Personen, welche für die Gesellschaft arbeiten. Im Bereiche von Apia beläuft sich die Zahl derselben gegenwärtig auf 50, davon 25 in Tonga und 20 auf Samoa. H. M. Ruge & Co. beschäftigen im Bereiche von Apia 26, davon 5 auf Tonga und 18 auf Samoa. Durch die Wiederaufnahme früher aufgegebener Handels-Stationen Seitens der Gesellschaft steht eine Vermehrung des Agenten-Personals bevor. Im Bereiche Jaluit hat A. Capelle seither mit 15—20 Agenten, bezw. Unter-Agenten gearbeitet, Hernsheim & Co. ungefähr mit der gleichen Anzahl. Im Bereiche Mioko arbeiteten früher für die Gesellschaft bis 20 Unter-Agenten, jetzt nur 6. Es ist indessen ein Schiff unterwegs mit 6 farbigen Unter-Agenten an Bord, um mit denselben neue Stationen zu be-

setzen. Hernsheim & Co. sollen im Bereiche Mioko auch ungefähr 8 Unter-Agenten beschäftigen.

Die Agenten der Gesellschaft sind wie deren Angestellte mit wenigen Ausnahmen Deutsche, die Unter-Agenten sind dagegen fast ausschliesslich Nichtdeutsche, darunter viel Engländer. Ist dieser Umstand im Interesse einer Ausbreitung des deutschen Elementes zu bedauern, so wird die Gesellschaft bei dem Mangel an geeigneten Deutschen auch mit dem besten Willen hierin nur langsam Abhülfe schaffen können.

Als Kopra produzirendes Land soll ausser der Südsee nur Ostindien von wesentlicher Bedeutung sein. Eine Gefahr vor Ueberproduktion und eines dauernden Sinkens der Preise auf dem europäischen Markte wird nicht befürchtet. Die Seifenproduktion der Welt ist mit ihren besseren Fabrikaten nothwendig auf Kopra angewiesen. Da nicht anzunehmen ist, dass die Seifenproduktion einen Rückgang erfahren werde, so scheint damit für Kopra auch ein dauernder Markt gesichert.

## II. Das Waaren- oder Importgeschäft.

Das Waarengeschäft ist sowohl ein Theil des Koprageschäftes als des Plantagengeschäftes. Es werden mittelst desselben sowohl diejenigen Waaren importirt, welche unmittelbar oder mittelbar für den Eintausch von Kopra erforderlich sind, als auch diejenigen, welche für die Zwecke der Arbeiteranwerbung und der Lohnzahlung an die Arbeiter sich nöthig machen. Diesem letzteren Zwecke dient gegenwärtig etwa der vierte Theil aller importirten, Waaren. Dazu kommt der Import von Maschinen, Werkzeugen, Sämereien. Bauholz und dergleichen, welche der Plantagenbetrieb verlangt.

Die importirten Waaren sind deutschen, englischen und amerikanischen Ursprungs.

Im Jahre 1882 importirte

die Gesellschaft Waaren im Werthe von 160 500 Dollar, welche sich ungefähr gleichmässig auf die 3 Ursprungsländer vertheilten.

Es importirten

H. M. Ruge & Co. Waaren im Werthe von 30 500 Dollar, wovon 3500 Dollar deutschen Ursprungs.

Der amerikanische Import umschliesst hauptsächlich Provisionen und Bauholz, der englische Import Manufakturen aus England und Provisionen aus den australischen Kolonien. Für Bauholz und Provisionen sind die Vereinigten Staaten, bezw. die australischen Kolonien die natürlichen Bezugsquellen. Nur was die Manufakturwaaren anbelangt, würde es möglich sein, dieselben künftig in noch grösserem Umfange aus Deutschland zu beziehen.

Der Bedarf an gesalzenem Fisch und Fleisch für die Ernährung der Arbeiter wird mit der Zeit durch frisches Fleisch aus den Viehbeständen der Gesellschaft ersetzt werden. Der Bedarf an Mehlfrüchten wird schon jetzt durch selbstgebaute Bananen, Mais, Taro, Yam, Brodfrucht und dergleichen grössten-

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1883.

theils gedeckt; doch hat der durch den letzten Orkan verursachte Ausfall von erwarteten Ernten in diesem Jahre den Import von Reis und Yams in grösserem Maasstabe nöthig gemacht.

Von Maschinen sind hier vor der Hand nur eine Baumwollenmühle nebst einer Dampfmaschine in Betrieb. Hiervon stammen nur die Baumwollgins welche amerikanisches Patent sind, aus den Vereinigten Staaten, Dampfmaschine nebst Zubehör aus Deutschland. Maschinen für Bearbeitung der Faser aus der Hülle der Kokosnuss sind aus England bezogen worden. Mit der Ausdehnung des Plantagenbetriebes werden weitere Maschinen aller Art nöthig werden, deren Bestellung, wenn irgend möglich, an deutsche Industrielle vergeben werden wird.

Die amerikanischen und australischen Waaren werden direkt von San Francisco und Sydney bezogen, die europäischen, auch die englischen über Hamburg. Dieselben sind seither in den für die Gesellschaft gecharterten Segelschiffen in Hamburg verladen worden. Auf diesem Wege vergingen zwischen Bestellung der Waaren und dem Eintreffen derselben in Apia 12 bis 18 Monate. Es hat sich herausgestellt, dass das Waarengeschäft unter diesem Modus leidet, auch der Konkurrenz nicht gewachsen ist. Die Waarenbestellungen werden daher künftig mit bestmöglicher Gelegenheit von hier nach Sydney gegeben, um von dort mittelst Telegraphs nach Hamburg zu gelangen. Die bestellten Waaren werden von Hamburg mit Dampfschiff nach Sydney geschickt, um erst von dort mit Segelschiff hierher verschifft zu werden. Es wird auf diesem Wege möglich sein, innerhalb 6 Monate im Besitz der bestellten Waaren zu sein.

Der Hauptimport findet nach Apia statt. Von hier aus wird der Bereich von Apia mit Waaren versorgt. Der Agentur in Jaluit gehen die Waaren entweder über Apia oder direkt von Deutschland, bezw. Sydney aus zu. Die Agentur in Mioko ist der räumlichen Entfernung wegen zunächst noch auf direkte Bestellungen in Sydney angewiesen.

Es wird jetzt an eine Dampferverbindung gedacht mit Rundreisen über die Hauptgeschäftspunkte Apia, Jaluit, Mioko, Tonga, was nicht nur eine rasche Versorgung derselben mit Waaren von Apia aus, sondern auch eine regelmässige Beförderung der in den Arbeiteranwerbungsdistrikten angeworbenen Arbeiter aus den weiter unten zu erwähnenden Depots nach Apia ermöglichen würde. Die Vortheile einer solchen Dampferverbindung liegen auf der Hand.

### III. Das Exportgeschäft.

Mittelst des Exportgeschäftes werden sowohl die eingehandelten Landesprodukte, insbesondere die Kopra, als auch die auf den Pflanzungen der Gesellschaft gebauten Produkte, vorläufig Kopra und Baumwolle, ausgeführt. Es begreift somit einen Theil des Koprageschäfts und einen Theil des Plantagengeschäfts. Die Verhältnisse des Exportgeschäfts, insoweit es ein Theil des Koprageschäfts ist, insbesondere seine Ertragsfähigkeit, ist bereits oben bei

der Darstellung des Koprageschäfts besprochen worden. Die Ertragsfähigkeit des Exportgeschäfts, insoweit es ein Theil des Plantagengeschäfts ist, fällt mit der Ertragsfähigkeit der Pflanzungen zusammen. Von den Bedingungen dieser letzteren wird weiter unten in Verbindung mit dem Plantagenbetrieb die Rede sein.

## IV. Das Arbeitergeschäft.

Dasselbe vermittelt die Anwerbung und Einführung des Bedarfs der Pflanzungen auf Samoa und Tonga an Arbeitern in den Schiffen der Gesellschaft und die Zurückbeförderung derselben nach Ablauf der Kontrakte in der Heimath.

Von dem neuen Leiter der Gesellschaft ist der bereits früher gehegte Plan der Anlegung von Arbeiterdepots in Angriff genommen worden. Der Anfang damit ist auf Mioko, Duke of York, dem Sitz der Agentur der Gesellschaft für den Archipel von Neu-Britannien, gemacht worden. Ein Schooner ist in dem Archipel thätig, Arbeiter anzuwerben und nach dem Depot in Mioko zu bringen. Die am 12. Dezember hier eingetroffenen Arbeiter sind bereits aus dem dortigen Depot entnommen. Zwei grössere Schiffe sind von Sydney aus gegenwärtig dorthin unterwegs, um weitere Arbeiter hierher zu bringen. Ein anderer Schooner ist dazu bestimmt, Arbeiter auf den Salomon-Inseln anzuwerben, um dieselben nach einem Depot auf den östlich gelegenen Lord Howe-Inseln (Ongtong Java) zusammen zu fahren. Der Schooner wird in der nächsten Zeit von hier abgehen.

Für später ist auch die Errichtung eines Depots für die Arbeiteranwerbung in den Neu-Hebriden in dem Sandwich-Hafen auf Malicolo in Aussicht genommen, woselbst die Gesellschaft werthvollen Grundbesitz hat. Bei den schlechten Erfahrungen, welche gegenwärtig mit der Arbeiteranwerbung in den Neu-Hebriden gemacht werden, soll mit Anlegung dieses Depots vorläufig noch gewartet werden.

Die Gesellschaft hofft mit diesen Einrichtungen ihren Arbeiterbestand mit der Zeit beliebig verstärken und allen Anforderungen, welche von Aufsichtswegen an das Arbeitergeschäft zu machen sind, gerecht werden zu können. Ein grosser Uebelstand sind die langen Reisen der Segelschiffe von Mioko nach Apia. Das am 12. Dezember hier eingelaufene Schiff ist fast drei Monate unterwegs gewesen. Die beabsichtigte Einrichtung einer interinsularen Dampfverbindung, welche, wie oben bemerkt, für das Waarengeschäft bedeutenden Vortheil bieten würde, könnte auch dem erwähnten Uebelstand in dem Arbeitergeschäft am besten abhelfen.

Die Kosten der Anwerbung und Einführung der Arbeiter haben vor längeren Jahren nur 25 Dollar für den Kopf betragen. Die Arbeiter wurden damals auf eine Zeit von fünf Jahren angeworben. Jetzt sind die betreffenden Kosten bei einer nur dreijährigen Kontraktzeit bis auf 60 Dollar für den Kopf gestiegen. Die Kosten der Heimbeförderung belaufen sich gegenwärtig

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1883.

auf 15 Dollar. Die Gesellschaft hofft durch die neuen Depoteinrichtungen dafür gesorgt zu haben, dass wenigstens eine Erhöhung der gegenwärtigen Kosten vermieden wird. Die Kosten der Anwerbung und Einführung von Arbeitern nach Fiji und Queensland belaufen sich gegenwärtig, zum Theil durch die gesetzlichen Kautelen hervorgerufen, in einzelnen Fällen bis auf das Doppelte der hiesigen Kosten und mehr.

Der Anbau von Zucker in Fiji und Queensland verträgt auch diese Steigerung der Unkosten. Der hier betriebene Anbau von Kokospalmen und Baumwolle würde solche gesteigerte Unkosten nicht tragen können.

Die vielfach aufgeworfene Frage, ob die Anwerbung polynesischer Arbeiter überhaupt Bestand haben werde, kann nur die Zukunft entscheiden. Nach dem Urtheile der seit Jahren mit der Sache vertrauten Kapitäne ist ein Versiegen der Arbeiterquellen, insbesondere in dem Archipel von Neu-Britannien, vor der Hand nicht zu befürchten.

Für die deutschen Interessen in Samoa ist es jedenfalls bedauerlich, dass die Konkurrenz von Fiji und Queensland, besonders auf dem von den Deutschen erschlossenen Gebiete von Neu-Britannien, nicht nur direkt die Nachfrage und damit die Kosten der Anwerbung erhöht, sondern auch durch die stattfindenden Ausschreitungen den Kredit des Arbeitergeschäfts überhaupt empfindlich schädigt. Die Konkurrenz soll oft zu den unehrlichsten Mitteln greifen und die Verdächtigung der deutschen Arbeiterschiffe und der Behandlung der Arbeiter auf den deutschen Plantagen Samoa's nicht verschmähen. Die Konkurrenz ist es ferner, vor allem die der Queensland-Schiffe, welche durch den Vertrieb guter Gewehre nicht nur den Werth anderer Tauschmittel ganz ausserordentlich verringert, sondern auch die Sicherheit aller Fremden in den betreffenden Distrikten gefährdet.

Im Uebrigen wird man sich hüten müssen, bei Beurtheilung des Arbeiterhandels eine allzu grosse Empfindsamkeit an den Tag zu legen oder denselben gar als versteckten Sklavenhandel zu bezeichnen. Die grosse Verschiedenheit von dem früheren Sklavenhandel liegt darin, dass die Arbeiter nach Ablauf der Kontraktzeit unentgeltlich zurückbefördert werden, und dass ihre Verwendung während der Zeit des Kontrakts auf das bestmöglichste kontrolirt wird. Vor allem wird nicht vergessen werden dürfen, dass ihre Lage sich durch ihre Anwerbung nicht verschlechtert, und dass nicht nur der angeworbene Arbeiter durch den Aufenthalt in der Fremde Elemente der Civilisation in sich aufnimmt, sondern diese Elemente der Civilisation nach seiner Heimkehr auch seinen Landsleuten vermittelt. Dazu kommt, dass der polynesische Arbeiter ein nothwendiges Mittel für die Kultur und Besiedelung von Inselgruppen wie Samoa, wo die Eingeborenen selbst zur Arbeit wenig geneigt sind, bildet. Er kann vor der Hand hierfür nicht entbehrt werden.

Die Kontrole des Arbeitergeschäfts ist eine äusserst schwierige Aufgabe, deren vollständige Lösung noch nicht gelungen ist. Es wird für uns nicht ausser Acht zu lassen sein, dass Ausschreitungen, welche von englischen Ar-

beiterschiffen trotz aller gesetzlichen Kautelen immer wieder begangen werden, deutschen Arbeiterschiffen, für welche die gleichen Kautelen nicht bestehen, seither nicht haben nachgewiesen werden können. Der Grund mag darin liegen, dass die Gesellschaft eine Anzahl von Kapitänen und Steuerleuten hat, die seit Jahren mit dem Arbeitergeschäft vertraut sind und dazu persönliche Garantie für ein gesetzliches Vorgehen bieten. Die für die Anwerbung und den Transport von Arbeitern bestehenden Bestimmungen und die von dem Kaiserlichen Konsulate zu Apia auszuübende Kontrole sind gewiss nicht ohne Werth, bieten aber gleichwohl keine genügende Garantie für die Verhütung von Ausschreitungen bei der Anwerbung selbst. Mit Rücksicht auf die konkurrirenden deutschen und englischen Interessen wird die Bestellung eines Berufskonsuls für den Archipel von Neu-Britannien und die Stationirung eines Kanonenbootes daselbst nicht länger zu umgehen sein.

## V. Das Rhedereigeschäft.

Der Import von Waaren und in noch weit grösserem Maasse der Export von Bodenprodukten macht die Verwendung einer grösseren Anzahl von Schiffen erforderlich.

Es sind zwei Punkte, die der besonderen Berücksichtigung der Geschäftsleitung bedürfen: die Billigkeit und die Beschleunigung des Transports. Wie oben bemerkt werden soll behufs Beschleunigung des Waarenbezuges künftig die Verschiffung der Waaren zunächst mittelst Dampfschiffs nach einem australischen Hafen erfolgen. Die Waaren europäischen und australischen Ursprungs werden somit künftig aus einem australischen Hafen, die amerikanischen Ursprungs aus San Francisco mit Segelschiffen hierher zu bringen sein.

Behufs Erlangung billiger Frachten haben schon seither die von der Gesellschaft gecharterten Schiffe auf ihrer Ausreise hierher Waaren für fremde Rechnung nach Kapstadt und Australien mitgenommen. Dies wird auch künftig geschehen. In ähnlicher Weise sollen künftig auch deutsche Schiffe für die Rundreise über San Francisco gechartert werden, womit sich die theuere Charter amerikanischer Schiffe, die von hier früher in Ballast zurückgegangen sind, umgehen lassen wird.

Im Jahre 1882 liefen für Rechnung der Gesellschaft 23 Schiffe mit 12 964 Tonnen, darunter 21 deutsche Schiffe mit 12 214 Tonnen von Europa hier ein, um mit Landesprodukten befrachtet zu werden. Von San Francisco kamen mit Waaren 2 amerikanische Schiffe mit 936 Tonnen, welche in Ballast zurückkehrten. Für H. M. Ruge & Co. liefen im Jahre 1882 6 Schiffe mit 3595 Tonnen, darunter 3 deutsche Schiffe mit 1644 Tonnen von Europa hier ein, um mit Landesprodukten befrachtet zu werden. Den Bedarf an amerikanischen Waaren brachten H. M. Ruge & Co. mittelst eines eigenen von hier aus nach San Francisco geschickten Schiffes von 143 Tonnen nach hier.

Ausserdem macht das Kopra-, bezw. Waarengeschäft und das Arbeitergeschäft eine grössere Anzahl von Schiffen erforderlich. Was das Kopra-

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1883.

geschäft anbelangt, so haben meist kleinere Küstenfahrer die Kopra von den einzelnen Inseln, bezw. Agenturen nach den grösseren Verschiffungspunkten zusammenzufahren und den betreffenden Agenturen Waaren zuzuführen. Den Waarentransport zwischen den grösseren Inselgruppen vermitteln grössere Schiffe.

Ein Schooner von circa 30 Tonnen stellt gegenwärtig eine regelmässige Postverbindung zwischen hier und Fiji her. Diese Maassregel wird hier als ein grosser Gewinn gegen früher empfunden.

Alle diese Schiffe stehen als Regel im Eigenthum der Gesellschaft. Da durch den Orkan dieses Jahres 2 Schooner und 1 Kutter von zusammen 185 Tonnen verloren gegangen sind und durch die vermehrte Geschäftsthätigkeit ein grösserer Bedarf an Schiffen eingetreten ist, so sind gegenwärtig mehrere englische Schiffe vorübergehend gechartert worden.

Die Gesellschaft besitzt bereits gegenwärtig 13, für die Zwecke des Kopra-, bezw. Waarengeschäfts und Arbeitergeschäfts verwendete Schiffe, worunter

1 Bark, 1 Dreimasterschooner, 2 Brigantinen, 7 Schooner und 2 Kutter.

Im Bau begriffen sind 4 Schooner. Diese 17 Schiffe haben zusammen 1808 Tonnen oder 3833 Kubikmeter Netto Raumgehalt. Die Firma H. M. Ruge & Co eignet 4 Schiffe, welche für das Kopra-, bezw. Waarengeschäft verwendet werden, darunter 1 Brigantine, 2 Schooner und 1 Kutter mit zusammen 236 Tonnen oder 500 Kubikmeter Netto Raumgehalt.

Auf den eigenen Schiffen der Gesellschaft, bezw. der Firma H. M. Ruge & Co. finden deutsche Kapitäne und Steuerleute eine lohnende Beschäftigung; die Bemannung besteht zum grossen Theil aus Eingeborenen. Die bevorstehende Vermehrung der Schiffe der Gesellschaft wird immer mehr deutschen Seeleuten lohnende Beschäftigung bieten.

## VI. Der Plantagenbetrieb.

Die grossen Plantagen der Gesellschaft liegen auf der Insel Upolu. Die sämmtlichen Pflanzungen auf Samoa haben gegenwärtig ein Gesammtareal von 6311 Ackern. Auf denselben befanden sich am 1. September d. Js. 1152 Arbeiter.

Der Plantagenbetrieb auf Samoa wird von der Hauptagentur der Gesellschaft in Apia geleitet. Auf den 6 Pflanzungen sind 5 Verwalter und 4 Aufseher angestellt. Für das ärztliche Bedürfniss sorgt ein angestellter Arzt, welcher in Apia wohnhaft ist und die Pflanzungen regelmässig zu besuchen hat. Von der früheren Verwaltung waren vielfach Nichtdeutsche angestellt worden, insbesondere Engländer. Auch der jetzige Arzt ist ein Engländer. Bei Vakanzen werden von jetzt ab, wenn möglich, nur noch Deutsche angestellt werden.

Der gegenwärtige Arbeiterbestand ist eben genügend, die Pflanzungen in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung unter Kultur zu halten. Die auf dem Ge-

biete des Arbeitergeschäfts getroffenen Maassnahmen sollen eine beliebige Verstärkung des Arbeiterbestandes ermöglichen. Von einer solchen Vermehrung des Arbeiterbestandes wird die Vergrösserung der bestehenden Plantagen und die Anlegung neuer abhängen.

Die Behandlung, Pflege und Ernährung der Arbeiter auf den Pflanzungen verdient alle Anerkennung. Die Häuser derselben sind luftig und werden reinlich gehalten. Die ihnen gewährte Kost besteht im Wesentlichen aus vegetabilischer Nahrung, an welche die Leute in ihrer Heimath gewöhnt sind, wie Bananen, Yams, Taro, Brodfrucht, welche zum Theil auf den Pflanzungen gebaut werden. Ein Hauptnahrungsmittel bildet der Mais, welcher gleichfalls auf den Pflanzungen gebaut wird und welcher, mit dem Kern der Kokosnuss gekocht, eine schmackhafte Speise abgiebt. Weiter ist der Reis ein beliebtes Nahrungsmittel. Einmal in der Woche wird Salzfleisch oder Salzfisch in Portionen von ca. $^3/_4$ Pfund pro Kopf verabreicht. Die Arbeiter werden regelmässig mit Tabak und Pfeifen versehen.

Sie leben auf den verschiedenen Pflanzungen und nach ihren betreffenden Heimathsinseln zusammen und erfreuen sich in ihren Freistunden an ihren heimathlichen Spielen und Tänzen. Sie machen im Allgemeinen den Eindruck zufriedener Menschen. Streit oder gar Verbrechen unter ihnen sind äusserst selten. Den Verwaltern und Aufsehern gegenüber benehmen sie sich bescheiden und gehorsam. Auflehnung gegen deren Autorität gehört zu den grossen Ausnahmen und ist meistens durch das unrichtige Benehmen des Verwalters oder Aufsehers verursacht. Dabei müssen sie selbstredend in strenger Disziplin gehalten werden. Sie lernen alle einige Worte Englisch, deren sie zur Verständigung unter einander bedürfen, und legen im Gegensatz zu dem Samoaner grossen Werth auf europäische Kleidung. Der schwarze Arbeiter ist auch keineswegs das stumpfe, schutz- und wehrlos dem Arbeitsherrn preisgegebene Wesen, für das er vielfach gehalten wird. Es giebt sehr intelligente Menschen darunter, und der Sinn für Recht und Unrecht ist so fein in ihnen ausgebildet, wie in dem Europäer. Aus der Haltung der Arbeiter in Samoa wird jedenfalls kein Einwand gegen das System der heutigen Arbeiteranwerbung hergenommen werden können.

Dessenungeachtet wird darauf Bedacht zu nehmen sein, dem Kaiserlichen Konsulate thunlichst bald bestimmte Aufsichtsrechte über die Verwendung und Behandlung sowie rechtzeitige Heimbeförderung der polynesischen Arbeiter zu übertragen. Die einschlagenden schwierigen Fragen werden von dem Kaiserlichen Konsulate demnächst zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht werden.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Arbeiteranwerbung und die angeregten Zweifel über die Fortdauer derselben ist die Leitung der Gesellschaft auf solche Mittel bedacht, welche die Unabhängigkeit des Plantagenbetriebes von dem Arbeitergeschäft anbahnen könnten. Mit Arbeitern der Kingsmill-Gruppe wird der Versuch gemacht, dieselben zur dauernden Nieder-

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1888.

lassung als Pflanzungsarbeiter zu bewegen. Man wird den Familien ein Stück Land, ein eigenes Haus und einen freien Wochentag geben, daneben den Lohn der anderen Arbeiter. Es haben sich mehrere Familien bereit erklärt, unter diesen Bedingungen zu bleiben. Eventuell würde auch ein Versuch mit Chinesen zu machen sein.

Wenn, was noch zu bezweifeln ist, der Versuch, welcher gegenwärtig auf Hawaii mit deutschen Feldarbeitern gemacht wird, gelingen sollte, so würde auch die Verwendbarkeit derselben hier nicht ausgeschlossen sein. Das Klima hier wird sich nicht wesentlich von dem dortigen unterscheiden. An einen solchen Versuch würde indessen hier nur gedacht werden können, wenn Deutschland die ausschliessliche Kontrole über die hiesigen Regierungsverhältnisse übernehmen sollte. Es würde auch ein anderer Modus als das gegenwärtige Kontraktsystem aufgefunden werden müssen.

Die erste Plantage Le Utu Saa Vaa (Mulifanua) ist im Jahre 1865, die nächst grösste Plantage Vailele ist im Jahre 1867 angelegt worden. Die Plantagenwirthschaft befindet sich noch heute im Stadium des Experimentes. Es ist jedoch zu erwarten, dass eine grosse Anzahl der Schwierigkeiten, mit welchen der Betrieb jetzt zu kämpfen hat, vorübergehender Natur ist; dahin gehören namentlich die Unsicherheit der hiesigen politischen Verhältnisse, der in Folge dessen unzureichende Schutz gegen Diebstahl und die Unerfahrenheit der Angestellten.

Ursprünglich war ausschliesslich die Anlegung von Kokospalmenplantagen beabsichtigt. Zuerst wurde Baumwolle gepflanzt, welche sofort einen Ertrag gab. Zwischen die Baumwolle setzte man alsdann die jungen Palmen. Die Baumwollpflanze hat hier eine Tragfähigkeit von 5 Jahren, dann verliert der alte Stock seine Kraft. Inzwischen ist die Kokospalme so gewachsen, dass eine weitere Anpflanzung von Baumwolle ausgeschlossen ist.

Ehe die Kokospalme indessen ihre eigene Tragfähigkeit erlangt, vergehen weitere 5 Jahre. In der Zwischenzeit liefert die Plantage keinen oder, soweit die jüngeren Palmen bereits eine geringe Ernte geben, nur einen geringen Ertrag.

Um die Ertragsfähigkeit der betreffenden Plantagen zu steigern, ist gegenwärtig die Verwerthung der in der Hülle der Nuss enthaltenen Faser in Aussicht genommen, welche einen gangbaren Handelsartikel bildet. Die nöthigen Maschinen befinden sich bereits in Apia, und es soll der Betrieb im Laufe des nächsten Jahres begonnen werden.

Eine weitere Verwerthung der Kokosnussplantage besteht in der Ausnützung derselben als Viehweide. Es befinden sich schon jetzt auf der Plantage Vailele 615, auf der Plantage Le Utu Saa Vaa (Mulifanua) 283 Stück Rindvieh. Abgesehen von dem geringen Bedarf der Fremden in Apia, ist ein Markt für Rindvieh hier allerdings nicht vorhanden. Für die Gesellschaft liegt indessen der Werth der Viehzucht in der Erzeugung des eigenen Bedarfs an Fleisch für die Arbeiter, zu dessen Deckung gegenwärtig Salzfleisch und Salz-

fisch importirt werden muss. Bei einer Arbeiterzahl von 2000 Köpfen würde sich der Bedarf an Fleisch, in der Woche auf den Kopf 1 Pfund gerechnet, auf circa 100 000 Pfnnd, also circa 150 bis 200 Stück jährlich belaufen. Man denkt im Jahre 1887 soweit zu sein, mit der regelmässigen Ernährung der Arbeiter durch frisches Fleisch anfangen zu können. Um bereits vorher die Einführung präservirten Fleisches thunlichst unnöthig zu machen, werden auf allen Pflanzungen grosse Schweinebestände herangezogen. Dieselben werden in etwa 1 bis 2 Jahren die Ernährung der Arbeiter mit Schweinefleisch gestatten.

Es ist eine Frage der Zukunft, wie hoch sich die Ertragsfähigkeit der Kokospalmenplantagen wird steigern lassen.

Die Schattenseiten der Kokospalmenplantagen und die bedeutenden Gewinne, welche seither aus dem Anbau der Baumwolle gemacht worden sind, haben vor einigen Jahren bereits dahin geführt, grössere Strecken Landes ausschliesslich mit Baumwolle zu bepflanzen. Dies ist hauptsächlich auf der Pflanzung zu Vailele geschehen, wo 385 Acker nur mit Baumwolle bestanden sind. Auch auf Le Utu Saa Vaa (Mulifanua) sind 189 Acker reiner Baumwollpflanzung vorhanden.

Es sind jetzt 135 Acker mit Kaffee bepflanzt. Die Pflanzung Utumapu ist ausschliesslich für Kaffeebau angelegt. Dieselbe liegt etwa 600 Fuss über dem Meere. Die jungen Pflanzen sind jetzt einjährig und haben ein gutes Aussehen. Auch der Kaffee in Le Utu Saa Vaa (Mulifanua) liegt abseits vom Meere etwa 200 Fuss hoch. Eine mittlere Ertragsfähigkeit tritt erst nach vier Jahren ein. Erfahrungen darüber, ob der Kaffee in Samoa gedeihen wird und die anderwärts beobachteten Krankheiten von ihm werden ferngehalten werden können, sind noch zu machen. Diesen Fall vorausgesetzt, würden mit Kaffee sich grosse Gewinne machen lasssen.

Auf den sämmtlichen Pflanzungen befinden sich 303 Acker mit Proviantpflanzungen, wie Mais, Bananen, Yams und dergleichen, bestellt. Diese Proviantpflanzungen sind den Diebstählen der Samoaner am meisten ausgesetzt, was zeitweise zur gänzlichen Aufgabe derselben, insbesondere der Yam- und Taro-Pflanzungen, geführt hat. Es haben dann die betreffenden Früchte gekauft werden müssen. In der Hoffnung auf eine grössere Rechtssicherheit ist jetzt wieder mit der Anpflanzung von Proviantfrüchten in grösserem Maassstabe vorgegangen worden. Die Bananen und Brodfruchtbäume wachsen ausserdem auf den meisten Pflanzungen an den Wegen und zwischen den Kokospalmen.

Es werden gegenwärtig auch Versuche mit der Anpflanzung von Tabak gemacht. Die Eingeborenen bauen schon seit langer Zeit guten Tabak, und es sollen besondere Schwierigkeiten der Kultur des Tabaks hier nicht im Wege stehen. Dazu kommt, dass Tabak behufs Ueberführung in einen marktfähigen Handelsartikel nur einer verhältnissmässig einfachen Behandlung ohne Maschinen bedarf.

Auch Versuche mit Kakao und Thee sind in Aussicht genommen; dagegen

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1883.

trägt die gegenwärtige Geschäftsleitung vorläufig Bedenken, Versuche mit dem Anbau von Zuckerrohr zu machen. Das Klima würde denselben begünstigen, und Wasserkräfte würden ausreichend zu beschaffen sein. Die Kultur des Zuckerrohrs erfordert jedoch tiefen und steinfreien und somit pflügbaren Boden, und selbst wenn der geeignete Boden hierzu ermittelt werden würde, so hat doch die Gesellschaft gegenwärtig nicht über das nöthige Kapital zu verfügen.

Es wird gegenwärtig von der Geschäftsleitung in Apia wie von den einzelnen Verwaltern Alles gethan, um Tüchtiges zu leisten. Der Erfolg wird nicht allein von ihnen abhängen, sondern hauptsächlich von einer grösseren Sicherheit und Stabilität der staatlichen Verhältnisse auf Samoa.

Die Gesellschaft hat auf Tongatabu circa 500 Acker besten Bodens in Pacht. Es ist eine ursprünglich auf 99 Jahre vergebene Regierungspacht, von welcher Zeit 7 Jahre vergangen sind. Auf dem Lande sind vorläufig 250 Acker mit Kaffee bepflanzt. Die Plantage wird unter einem Verwalter mit 65 Arbeitern bearbeitet. 120 Acker sind bereits mit dreijährigem Kaffee bestanden, von welchen eine Ernte von 15 bis 20 Tonnen im Werthe von 5000 Dollar in diesem Jahre zu erwarten gewesen wäre. Der Kaffee ist indessen krank, und es sind nur 2 Tonnen im Werthe von 400 Dollar geerntet worden; es ist wahrscheinlich, dass der Anbau des Kaffees in Folge dessen hier aufgegeben werden muss. Ausserdem hat die Gesellschaft in Tongatabu etwa 385 Acker Weideland in Pacht. Von der ursprünglichen Pacht auf 99 Jahre sind etwa 20 abgelaufen. Auf dem Lande werden etwa 260 Stück Rindvieh und 50 Pferde gehalten. Viehwirthschaft bezahlt sich indessen in Tongatabu nicht, und es wird an eine andere Verwerthung des Landes gedacht werden müssen.

## Anlage 2.

*Denkschrift über die fremde Konkurrenz der deutschen Handels- und Plantagen-Interessen in dem unabhängigen Theile des westlichen Stillen Meeres.*

### I. Die englisch-australische Konkurrenz.

Auf den Samoa-Inseln ist von englischen Firmen, von dem Waaren-, bezw. Kleinhandel in Apia abgesehen, nur eine Handelsniederlassung der Neuseeländer Firma Mr. Arthur & Co. in Auckland zu nennen. Dieselbe befindet sich nicht in Apia, sondern in Fasitrotai auf Upolu, im Westen Apia's, und besteht bereits seit dem Jahre 1870. Die Firma hält daselbst ein Waarenlager und betreibt das Koprageschäft. Die Handelsumsätze der Firma sind während der Zeit des Bestehens der gedachten Niederlassung nie sehr bedeutend gewesen. Sie sind auch gegenwärtig noch ohne Belang. Man nimmt an, dass die Niederlassung kaum ihre Kosten deckt. Die Firma scheint sich vor der Hand in Samoa in den Konkurrenzkampf nicht einlassen zu wollen.

Dagegen ist die Firma neuerdings in Tonga mit grosser Energie vorgegangen. Sie hat daselbst Agenturen auf Vavau und Haapai und zuletzt auch auf Tongatabu gegründet. In Haapai hat sie die Pachten und Gebäude

der deutschen Firma H. M. Ruge & Co., welche ihre Handelsniederlassung daselbst aufgegeben hat, gekauft. Sie bearbeitet das Gebiet, wie die deutschen Firmen, mit einem Apparat von Agenten uud Unteragenten und ist als eine ernstliche Konkurrenz derselben anzusehen. Ueber den Umfang ihrer augenblicklichen Geschäfte ist noch nichts Näheres bekannt. Die verhältnissmässig kurze Entfernung zwischen den Inseln und Auckland erlaubt, Waaren von dort in kürzester Zeit auf die Märkte der Inseln zu bringen. Ungünstig dagegen ist der Umstand, dass in den Kolonien ein Markt für Kopra nicht vorhanden ist.

Die Firma sendet mehrere Male im Jahre Segelschiffe nach Samoa und Tonga, welche gelegentlich auch Waaren für die Kleinhändler in Apia mitbringen. Es heisst, dass die Firma im nächsten Jahre einen Dampfer zwischen Auckland, den Samoa- und den Tonga-Inseln laufen lassen wolle. Man bezweifelt hier, dass eine solche Einrichtung ohne staatliche Subvention die Unkosten decken würde. Die Agitation für Annexion der Inseln an Neu-Seeland mag einen Beweggrund für die neuerlichen Maassnahmen der Firma abgeben.

In den Marshall-Inseln, Karolinen- und Salomon-Inseln soll die Auckländer Firma Henderson & Mc. Farlane und die Sydney-Firma Kelly & Williams Handelsinteressen haben. Irgend welche Bedeutung soll denselben nicht innewohnen. Etwas Näheres ist hier nicht bekannt.

Ausserdem kommt eine Anzahl Schiffe in Betracht, welche von den australischen Kolonien aus die Tonga- und Samoa-Inseln sowie die benachbarten Inseln regelmässig ein oder mehrere Male im Jahre besuchen, um auf denselben Waaren an die Kleinhändler abzusetzen und Landesprodukte als Rückfracht aufzukaufen. Sie treten auch gelegentlich zu den deutschen grossen Firmen in geschäftliche Beziehungen. In den letzten Jahren sind 4 Schiffe mit zusammen ca. 1000 Tonnen in ungefähr 7 bis 8 Reisen jährlich an diesem Inselhandel betheiligt gewesen. Der Waarenumsatz wird jährlich auf ca. 45000 bis 50000 Dollar geschätzt. Die Preise der Waaren werden durch diesen Handel vielfach geworfen. Eine ernstliche Konkurrenz für den deutschen Handel ist jedoch bisher nicht darin zu sehen.

## II. Die amerikanische Konkurrenz.

Neben mehreren amerikanischen Kleinhändlern in Apia bestehen daselbst seit etwa 2 Jahren 2 amerikanische Firmen Kustel & Wightman, jetzt Wightman & Co., und Grevsmühl & Moors.

Wightman & Co. sollen mit einem Kapital von ca. 20000 Dollar arbeiten. Grevsmühl & Moors stehen mit der bedeutenden San Francisco-Firma A. Crawford & Co. in Verbindung. Beide Firmen betreiben das Kopra- und Waarengeschäft, ausserdem ein Platzgeschäft in Apia. Was das Koprageschäft der beiden Firmen anbelangt, so ist es denselben gelungen, in den letzten Jahren hauptsächlich auf den Kingsmill-Inseln festen Fuss zu fassen. Der Theilhaber Grevsmühl der Firma Grevsmühl & Moors war früher in den Diensten der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft und es sind die von ihm während

Nr. 8338. Deutschland 18. Dec. 1883.

seiner Anstellung bei der Gesellschaft gemachten Erfahrungen, welche den amerikanischen Firmen jetzt zu Gute kommen.

Beide Firmen waren zufolge finanzieller Schwierigkeiten im vergangenen Jahre gezwungen, ihre hiesigen Koprabestände von ca. 23 Tonnen, bezw. 80 Tonnen an die Gesellschaft zu verkaufen. Die Firma Grevsmühl & Moors hat dies auch in diesem Jahre wieder gethan. Einen geordneten Apparat von Agenten und Unteragenten besitzen diese Firmen nicht. Sie verfügen jedoch über einige kleine Schiffe für den interinsularen Verkehr. Ihre Waaren importiren sie auf gecharterten Schiffen von San Francisco. Sie haben in diesem Jahre angeblich je für ca. 40 000 Dollar an Bauholz, Provisionen und dergleichen hier eingeführt. Hierzu kommt die Einfuhr von gleichen Artikeln, welche ein hiesiger amerikanischer Platzkaufmann im Werthe von ca. 10 000 Dollar eingeführt hat.

Damit ist eine momentane Ueberfüllung des Marktes hier eingetreten, welche einen bedeutenden Druck auf die Preise ausgeübt hat. In der Hauptsache haben sich die genannten amerikanischen Firmen hiermit nur selbst geschädigt. Sie sehen sich gezwungen, grössere Vorräthe ihrer Waaren zu dem Selbstkostenpreise an andere Kaufleute hier, darunter auch an die deutsche Gesellschaft, abzugeben; die Firma Wightman & Co. hat ausserdem in diesem Jahre durch den Verlust zweier unversicherter Schiffe bedeutenden Schaden erlitten. Mit dem einen ist auch der frühere Theilhaber Kustel verloren gegangen.

Die deutschen Firmen sehen vor der Hand keine ernstliche Gefahr in dieser amerikanischen Konkurrenz, man bezweifelt, dass sie sich als lebenskräftig erweisen wird.

### III. Der Waaren- bezw. Kleinhandel in Apia.

In Apia giebt es ausser den beiden grossen deutschen Firmen und den beiden grösseren amerikanischen Firmen, welche sämmtlich ebenfalls Platz- und Detailgeschäfte haben, noch 17 sich mit Waaren-Kleinhandel beschäftigende Kaufleute und Krämer, darunter 4 Deutsche bezw. Deutsche von Geburt, 3 Engländer, 3 Amerikaner bezw. unter amerikanischem Schutz lebende Skandinavier, 1 Skandinavier, 1 Franzose und 5 Chinesen, deren Waarenumsatz auf zusammen ca. 80 000 Dollar geschätzt werden kann.

Der Platzumsatz der beiden amerikanischen Firmen wird zusammen auf ca. 50 000 Dollar angenommen, der der Gesellschaft auf ca. 50 000 Dollar und der von H. M. Ruge & Co. auf ca. 40 000 Dollar. Rechnet man zu dem Platzumsatz der beiden deutschen Firmen von zusammen 90 000 Dollar als den Umsatz der oben gedachten 4 kleineren deutschen Kaufleute 22 500 Dollar, so beträgt in Apia der Waarenumsatz der deutschen Kaufleute überhaupt 112 500 Dollar gegen 107 500 Dollar aller nichtdeutschen Kaufleute.

In den Waarenumsatz der kleineren Kaufleute befindet sich übrigens ein grosser Theil derjenigen Waaren, welche sie von den grösseren Firmen am

Platze übernommen haben und die somit auch in dem Waarenumsatze der letzteren erscheinen. Ausserdem bestellen die kleineren Kaufleute ihre Waaren theils direkt in den Kolonien, theils kaufen sie dieselben von den auf eigene Nahrung hierher kommenden Handelsschiffen.

Das Waarengeschäft in Apia ist Ursache, dass die hiesigen Preise sich in angemessenen Grenzen halten. Die früheren Monopolgewinne der deutschen Gesellschaft im Waarenhandel haben in Apia und damit überhaupt auf den Samoa-Inseln der Konkurrenz dieses Waarengeschäfts in Apia weichen müssen. Auf den grossen Handel hat diese Konkurrenz einen nachtheiligen Einfluss nicht.

## V. Die Konkurrenz auf dem Gebiete der Plantagenwirthschaft.

Auf Samoa hatte ein Engländer Namens Cornwall zuerst im Jahre 1872, in grösserem Maassstabe im Jahre 1877 Land zu Plantagenzwecken gekauft, auch mehrere kleine Plantagen auf Upolu und Sawaii, jede von mehreren hundert Ackern, angelegt. Als derselbe vor etwa 2 Jahren seinen Zahlungsverbindlichkeiten nicht nachkommen konnte, ist nach einem Verfahren vor dem hiesigen englischen Deputy Commissioner das Grundeigenthum zum öffentlichen Verkaufe gekommen und von der Firma Mc. Arthur & Co. in Auckland erstanden. Ueber den Werth des Besitzes sind sichere Angaben nicht zu erhalten. Es wird auf 200 000 Acker in Sawaii Anspruch erhoben. Der bei weitem grösste Theil dieses Landes soll indessen noch unvermessen und unbezahlt sein. Die gedachten Pflanzungen sind zum grossen Theil mit Kokospalmen bestanden; sie sind jedoch ohne Arbeiter und in Folge dessen ganz vernachlässigt und bringen keinen Ertrag.

Im Jahre 1872 wurden von einer amerikanischen Landkompagnie, welche sich in San Francisco gebildet hatte, mit dem Ankauf von Ländereien im Grossen vorgegangen.

Mit dem Ankaufe wurde eine Anzahl hier lebender und mit den Verhältnissen bekannter Personen beauftragt. Es wurden auf grosse unvermessene Strecken Landes geringe Anzahlungen gemacht, was den Agenten bedeutenden Gewinn einbrachte. Das Vorgehen dieser Landkompagnie gab damals der Firma I. C. Godeffroy & Sohn den Anstoss, ihrerseits Ländereien in grösserem Umfange zu erwerben. Die Geschichte der amerikanischen Landkompagnie und ihrer Transaktionen und Landkäufe ist dunkel. Man hat anfänglich behauptet, Strecken Landes gekauft zu haben, welche das Areal des Landes überhaupt überschreiten. Jetzt werden noch etwa 300 000 Acker beansprucht. Die Mehrzahl der Kaufurkunden ist indessen verschwunden, und es soll unmöglich sein, auch nur die Lage der betreffenden Ländereien heute zu ermitteln. Als gesicherter Besitz verbleiben jedoch immerhin etwa 20 bis 25 000 Acker guten Landes, von dem ein Theil sich in der besten Lage in der Nähe von Apia befindet.

Indessen ist wegen mangelnder finanzieller Mittel noch nicht der Versuch gemacht worden, auch nur einen Theil des Landes zu kultiviren.

Nr. 8338. Deutschland. 18. Dec. 1883.

Ausserdem befindet sich eine grössere Anzahl kleinerer Stücke kultivirten und nicht kultivirten Landes im Besitze von Fremden, unter welchen das deutsche Element mindestens ebenso zahlreich vertreten ist, als jedes andere.

In Tonga war seither die Insel Eua an einen Engländer Namens Parker verpachtet, welcher daselbst Schafzucht, jedoch ohne Erfolg, betrieb. Die Pacht wird in kurzer Zeit ablaufen und die Regierung will dieselbe nicht erneuern.

Apia den 15. Dezember 1883.

---

## Nr. 8339. DEUTSCHLAND. — Niederlassungen und Stationen der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg auf den Inseln im Grossen Ocean 1883.

Nr. 8339. Deutschland. 1883.

Samoa-Inseln: auf Upolu, auf Sawaü, auf Tutuila, auf Manua, auf Rose-Insel, ausser den im Betrieb befindlichen 5 Pflanzungen mit ca. 10 000 Morgen, diverse Landcomplexe in der Gesammtgrösse von ca. 200 000 Morgen.

Diverse Inseln: auf Nassau-Insel, auf Fakaofo-Insel, Wallis-Insel, auf Futuna-Insel, auf Niuafoou-Insel, auf Keppels-Insel, auf Niue-Insel.

Tonga-Inseln: auf Vavau, auf Haabai, auf Tongatabu (mit 2 Pflanzungen ca. 1300 Morgen).

Ellice-Inseln: auf Nukulailai, auf Funafuti, auf Oaitupu (Vaitupu), auf Niuatao.

Gilbert-Inseln: auf Maraki, auf Nanouti, auf Makiu.

Marshall-Inseln: auf Ebon, auf Jaluit, auf Killi, auf Namerick, auf Milli, auf Arnoh, auf Mejuro, auf Molwoulap, auf Bigar.

Karolinen-Inseln: auf Ujilong, auf Bonapé, auf Lukunor, auf Losap, auf Nukuor, auf Lamotrik, auf Uluthi, auf Yap, auf Pelew (?)

Neu-Britannien-Archipel: auf Hermit-Insel, auf Duke of York, Neu-Britannien (Blanche-Bay, Port-Weber u. s. w.), Mioko, Utuan.

Salomon-Inseln: auf Ongtong Java.

Neu-Hebriden: auf Sandwich-Inseln (Havanna-Hafen).

---

## Nr. 8340. DEUTSCHLAND. — Zusammenstellung über die Besitzungen der Firma Hernsheim & Co. in der Südsee 1883.

Nr. 8340. Deutschland. 1883.

Das Südseegeschäft hat 2 selbstständige Filialen unter der Firma Hernsheim & Co., wovon die eine auf Jaluit, Marshall-Inseln, und die andere auf Matupi, Neu-Britannien, ihr Domizil hat. — Jede Filiale hat drei eigene, unter deutscher Flagge fahrende Schiffe zur Verfügung, welche ausschliesslich für den Verkehr zwischen den Inseln in der Südsee bestimmt sind.

Die Besitztitel der Ländereien sind sämmtlich bei dem Kaiserl. Konsulat

Jaluit registrirt und auch den Akten desselben beglaubigte Kopien einverleibt worden.

Die folgenden Angaben beziehen sich nur auf den Stand des Geschäfts bis Ende 1883; über Landerwerbungen und Anlagen neuer Faktoreien im laufenden Jahre liegen genaue Daten noch nicht vor.

Hernsheim & Co., Jaluit, Marshall-Inseln, bearbeiteten folgende Inselgruppen und Inseln:

a) Marshall-Inseln:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Erwerb 1876/77: | 1. Jaluit: | Hauptstation, deutsches Konsulat, Kohlenlager auf eigenem Grundbesitz | |
| „ „ | 2. Ebon: | 1 Faktorei auf eigenem Grundbesitz | |
| „ „ | 3. Namurik: | 1 „ „ „ „ | |
| „ „ | 4. Majura: | 2 „ „ „ „ | |
| „ „ | 5. Arnoh: | 1 „ „ „ „ | |
| „ „ | 6. Milli: | 2 „ „ „ „ | |

Ausserdem sind 1884 noch verschiedene Inseln der Radack-Kette (östlicher Theil der Marshalls) in Arbeit genommen, wie Aurh, Maloelap u. a.

b) Kingsmill- (Gilbert-) & Ellice-Gruppe mit Pleasant-Island (Nowoda):
Diese werden seit 1878 regelmässig durch die Schiffe der Firma besucht und theilweise durch eigene Stationen, theilweise durch unabhängige, d. h. keiner bestimmten Firma angehörige Unterhändler bearbeitet.

c) Karolinen:
Seit 1876/77. Ponape mit 2 Faktoreien auf eigenem Grundbesitz und 1 Faktorei neuerdings auf den naheliegenden Ants-Inseln. — Ausserdem noch ein Grundbesitz im Norden der Insel Ponape, Kiti-Harbour.

Hernsheim & Co., Matupi, Neu-Britannien, bearbeiteten folgende Inselgruppen und Inseln:

a) Duke of York-Gruppe.

| Erwerb: | Name: | Wo belegen: | Bemerkungen: |
|---|---|---|---|
| 1875 | Niata | Port-Hunter, Duke of York | In der Nähe der Wesley'schen Missionsstation. |
| 1876 | Uruputput | Makada-Insel | Deutscher Hafen 1878 v. Werner S. M. S. „Ariadne". |

b) Neu-Britannien:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 2 Titel | 1877 | Rolavio | Matupi-Insel | Hauptstation, Kohlenlager. Neuerdings Domizil des Kaiserl. Konsulats-Secretärs Hrn. v. Oerzen aus Apia. |
| | 1879 | Rolavio | dito | |
| | 1880 | Bae | Nodup | — — |
| | 1877 | Korokokol | Kabakada | Land mit einem Zaun umgeben, Wohn- und Kopra-Häuser etc. |
| | 1883 | Kuragaul | dito | |

Nr. 8340. Deutschland. 1883.

| | Erwerb: | Name: | Wo belegen: | Bemerkungen: |
|---|---|---|---|---|
| | 1878 | Ulu-lu-lai | Kabakoul | Haus. |
| | 1880 | Wlavollo | Ratavul | Wohn- und Kopra-Haus etc. |
| 3 Titel 1. v. 1880 2. v. 1881 | 1880/81 | Raulai | Matupi-Insel | Eingezäunt, grosses Wohnhaus. |
| | 1880 | Lagumgum | Kinigunau | Wohn- und Kopra-Haus etc. |
| 2 Titel | 1881 | Rakunai | Kabakada | dito |
| | 1881 | Birara | Neu-Britannien | — — |
| | 1883 | Ruluana | dito | Wohn- und Kopra-Haus etc. |
| | 1883 | Tawanu | Blanchebay | dito. |
| | 1883 | Kabaira | Port-Weber | dito. |
| c) Neu-Irland: | | | | |
| | 1880 | Nusa | Neu-Irland | Hauptstation 1884 Januar abgebrannt und neu errichtet. |
| | 1880 | Kabathéron | Steffenstrasse | — — |
| | 1880 | Kablamau | Nordküste | Häuser. |
| | 1880 | Butbut | dito | Station abgebrannt. |
| | 1880 | Navangai | dito | — — |
| | 1880 | Pakail | dito u. Nusa-Hafen | — — |
| | 1880 | Lagunebanje | dito | — — |
| | 1881 | Kapsu | dito | Hauptstation u. bêche de mer-Fischerei. |
| | 1881 | Lainaru | dito | — — |
| d) Hermit-Inseln: | | | | |
| | 1880 | Carcome | Hermits | 1882 abgebrannt, 1883 neu aufgebaut. |
| | 1881 | Loof | dito | Hauptstation u. bêche de mer-Fischerei. |
| | 1881 | Maccau | dito | |
| | 1874 | Pemé | dito | |

c) Anchoriten — Handelsstation.

f) Laughlan-Insel.

1881 Ovurak, Station. 1883 von Queensland Arbeiterschiff „Stanley" zerstört.

g) Karolinen:

Yap-Insel, Rul u. Nif, 2 Stationen und Kohlenlager, Titel von 1874.
Ouleai, 1 Station, Titel von 1877.

## Nr. 8341. DEUTSCHLAND. — Bericht des Konsulats in Apia über die Verhältnisse im westlichen Melanesien, speziell in Hinsicht auf den Bezug von Arbeitern für die Plantagen auf Samoa.

(Auszug.) An Bord S. M. Schiffes „Carola". Februar 1883.

Nr. 834 Deutschl Febr. 18

Nachstehendes ist hauptsächlich niedergeschrieben, um die während eines kurzen Aufenthaltes auf S. M. Schiff „Corala" im westlichen Pacific gewonnenen Eindrücke festzuhalten. Die Rentabilität der Plantagen soll hier keineswegs besprochen werden. Dieselben sind bisher nur auf Samoa vorhanden, und die Frage ist, was hat zu geschehen, wenn sie fortbestehen und gedeihen sollen.

Die Zukunft der deutschen Plantagen auf den Samoa-Inseln beruht, da die Eingeborenen dieser Inseln nach den vorliegenden Erfahrungen als Arbeiter nicht zu verwenden sind, auf dem gesicherten Bezuge fremder Arbeitskräfte. Dabei kommen die Eingeborenen der übrigen Südsee-Inseln zunächst in Betracht. Die Einfuhr von Chinesen würde unter den heutigen Produktionsverhältnissen voraussichtlich zu grosse Schwierigkeiten und Kosten verursachen, und indische Coolies dürfen meines Wissens nur nach englischen Kronkolonien ausgeführt werden. Nachdem der Arbeiterbezug von den sogenannten Linieninseln, den Union, Ellice und Gilbert's, aus verschiedenen Gründen fast ganz aufgehört, hat man sich nach den meist entfernteren, aber grösseren und volksreicheren Inselgruppen des westlichen Pacifics (Melanesiens) gewandt, zuerst nach den Neu-Hebriden und, in Folge der grossen englischen und französischen Konkurrenz daselbst, neuerdings nach dem Neu-Britannien-Archipel und den Salomon-Inseln, als den letzten Zufluchtsorten.

Die nach den Plantagen der deutschen Handels-Plantagen-Gesellschaft auf Samoa eingeführten melanesischen Arbeiter werden sehr gelobt und den Leuten der Linien-Inseln sogar vorgezogen, weil sie bei gleicher Haltung gesunder und kräftiger als diese sind und weniger zu Eifersucht und Jähzorn neigen. Der von ihnen verlangten Plantagenarbeit scheinen sie, nach dem zu urtheilen, was ich sowohl in Samoa wie jetzt in ihrer Heimath gesehen habe, vollständig gewachsen zu sein. Die Neu-Britannier geben ihren Vorgängern, den Neu-Hebridenleuten, nichts nach; die Salomon-Insulaner sind im Allgemeinen grösser und muskulöser gebaut, und von den Neu-Irländern, die ihre Heimath bis jetzt noch nicht verlassen haben, heisst es, sie seien „the finest lot of all".

R. Andree's Handatlas von 1881 giebt die Einwohnerzahl des Neu-Britannien-Archipels und der Salomoninseln zusammen mit 364 000, die von den Samoa-Inseln auf 36 800 an. Der Flächeninhalt von Samoa ist mit 2787 Quadrat-Kilometern, der von Neu-Britannien und den Salomons mit 110 000 Quadrat-Kilometern aufgeführt. Danach würden in Samoa ungefähr 13 und auf den Inseln des westlichen Melanesiens 3 Einwohner auf den Quadrat-Kilometer kommen. Ich glaube nicht, dass der Unterschied so gross ist. Längs den Küsten von Neu-Britannien, Neu-Hannover, den Admiralitäts- und Salo-

Nr. 8341. Deutschland. Febr. 1883.

mon-Inseln erblickten wir, wohin wir kamen und wo sandiges Ufer und Kokosnusspalmen zu sehen waren, auch zahlreiche Eingeborene am Strande oder in der Nähe des Riffs in ihren Kanoes, ähnlich wie in Samoa. Dazu soll das Innere jener Inselgruppen auch zum Theil bewohnt sein, was in Samoa nicht der Fall ist. Auf der kleinen Insel Matupi allein, wo die Herren Hernsheim & Co. ihre Hauptagentur haben, wohnen nach deren Schätzung circa 1000 Eingeborene in einem Dorf und Stamm vereinigt. Mioko (Duke of York), wo die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft eine Agentur besitzt, ist ebenfalls sehr dicht bevölkert. In einem Hafen von Buka (Salomons), wo wir einige Tage lagen, waren wiederholt 150 bis 200 erwachsene männliche Eingeborene in ihren Kanoes längsseit. Auf einer der drei Inseln, auf denen sie wohnen und wohin wir im Boot fuhren, waren in kurzer Zeit 92 männliche Eingeborene und darunter nur wenige Knaben um uns versammelt. Man wird daher schwerlich zu hoch greifen, wenn man die Anzahl aller erwachsenen Männer auf etwa 250 und, ebenso viele Frauen und die doppelte Zahl Kinder gerechnet, die ganze Kopfzahl des Stammes auf nicht weniger als 1000 schätzt. Neu-Britannien und Duke of York, wo wir am Meisten von den Eingeborenen sahen, zeigten einen zahlreichen, gesund aussehenden jungen Nachwuchs. Von besonderen Krankheiten oder von einer Abnahme der Bevölkerung habe ich, obwohl ich mich wiederholt danach erkundigt, nichts von Belang gehört.

Die oben erwähnte Andree'sche Angabe erscheint daher eher zu niedrig als zu hoch, und wenn wir mit Einbegriff der vielen kleinen Inselgruppen in der Nähe die ganze Einwohnerzahl des Salomon- und Neu-Britannien-Archipels auf rund 400 000 annehmen, so ist das gewiss nicht überschätzt. Dient davon nur 1 Prozent auswärts, so ergiebt dies schon 4000. Von den Linien-Insulanern war ihrer Zeit auf Samoa allein mehr als 1 Prozent. Der jetzige Bestand an Arbeitern auf den deutschen Plantagen ist kaum 1500 und der jährliche Bedarf bei der üblichen 3jährigen Dienstzeit höchstens 500.

Die bis jetzt von der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft nach dem westlichen Melanesien ausgesandten Arbeiterschiffe sind in verhältnissmässig kurzer Zeit mit einer vollen Arbeiterladung zurückgekehrt. Der Senior der Südseefahrer, Kapitain Hoyer auf der „Ninafoou", versicherte, wie er Anfang vorigen Jahres mit ca. 100 Arbeitern von dort nach Apia zurückkehrte, er habe ebenso gut 500 bringen können, wenn sein Schiff dazu gross genug gewesen wäre. Herr Pfeffer, augenblicklich Bevollmächtigter der Gesellschaft in Mioko, sprach sich in ähnlicher Weise aus und meinte, es sei leicht, gelegentlich des Abholens von Produkten von den kleinen Duke of York-Inseln und dem benachbarten Festlande 100 bis 200 Arbeiter für den Weitertransport nach Samoa mitzubringen.

Die Hauptagenturen der beiden grossen deutschen Firmen, der „Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft in Mioko" und der Herren Hernsheim & Co. in Matupi, nebst ihren Unteragenturen (etwa 20), führen einen regen Ver-

kehr mit den Eingeborenen und damit Gelegenheit zur Anwerbung von Arbeitern herbei. Nr. 8341. Deutschland Febr. 1883

Diese Einrichtungen und Beziehungen sind allerdings noch so in den Anfängen begriffen und lokal so beschränkt (auf die nähere und weitere Umgegend von Mioko und Matupi, die Nordküste von Neu-Britannien, einen kleinen Theil von Neu-Irland und einige ausliegende kleine Inselgruppen), die Sicherheit von Person und Eigenthum ist überall noch so gering, dass die vorhandenen günstigen Verhältnisse ebenso leicht und schnell wieder verschwinden wie sich weiter entwickeln können. Besonders die Anwerbung und Behandlung von Arbeitern bedarf der grössten Vorsicht und Sorgfalt seitens der Interessenten sowie vor allem staatlicher Aufsicht und Schutzes.

Die grosse Konkurrenz auf dem Arbeitermarkt hat am besten für das Wohl der Arbeiter gesorgt. Auf einen dauernden Bezug kann heute nur derjenige rechnen, welcher redlich bei der Anwerbung derselben verfährt, der sie gut ernährt, gerecht behandelt, pünktlich abbezahlt und rechtzeitig nach ihrem Heimathsdorf zurücksendet.

Mag die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft auch im Einzelnen gefehlt haben, so muss man doch ihr ernstes Bestreben, diesen Anforderungen gerecht zu werden, um so mehr anerkennen, als eine staatliche Aufsicht bisher fast ganz fehlte.

Am allerwenigsten trifft die Maclay'sche Behauptung in dem bekannten Berichte des Commodore Wilson zu, dass die Lage der Arbeiter auf Samoa schlechter wie in den englischen Kolonien sei. Sie ist im Gegentheil ungleich besser wie die in jenem Berichte beschriebene Lage der Arbeiter in Queensland, und von Pflanzern aus Fiji habe ich es wiederholt aussprechen hören, dass die Haltung und Behandlung der Arbeiter daselbst nur in wenigen Fällen eine so gute sei wie auf den Plantagen der deutschen Gesellschaft in Samoa.

Die von Herrn Th. Weber, dem langjährigen Leiter der Gesellschaft zu Apia, geplante Einrichtung, an einigen Punkten der Südsee-Inseln Centraldepots zu etabliren, wo die Arbeiter allmählig angesammelt und von wo sie, wenn eine genügende Anzahl vorhanden, in einem grösseren Schiffe nach Samoa gebracht werden sollen, würde sich gerade für Mioko ausserordentlich empfehlen.

Bei etwaiger Anlegung weiterer grosser Agenturen und Arbeiterdepots, z. B. eines auf Neu-Irland an der Byron-Strasse, eines an der Südküste von Neu-Britannien und zweier auf den Salomons, würde ein dreimal im Jahre fahrendes und die Rundreise nach diesen vier Depots machendes grösseres Transportschiff, das von jedem Depot zur Zeit nur 100 Leute abholte, bezw. dorthin zurückbrächte, den Umtausch von 3000 Arbeitern vermitteln und den Bestand in Samoa auf über 4000 bringen können, vorläufig genug für die bestehenden und neu anzulegenden Plantagen. In Fiji sind jetzt schon ungefähr 4000 und in Queensland 6000 Südsee-Insulaner als Plantagenarbeiter beschäftigt. Die in Samoa gebräuchlichen Arbeiter-Schooner pflegen zweimal

Nr. 8341. Deutschland. Febr. 1883.

im Jahre zu fahren und zur Zeit ungefähr 100 Leute zu bringen, die sie selbst anwerben. Zur Einfuhr von 1 500 Arbeitern würden daher 7 bis 8 solcher Schooner gehören und im Vergleich dazu dürfte ein grosses, entsprechend eingerichtetes Schiff eine wesentliche Kostenersparniss ausmachen.

Die für Anwerbung, Transport und Behandlung polynesischer Arbeiter in Aussicht genommenen gesetzlichen Bestimmungen lassen sich von dem Konsul in Apia, als dem Ausschiffungshafen immerhin nur auf die Behandlung der Leute auf den Plantagen und den Rücktransport anwenden. Für die Anwerbung und Einschiffung nach Samoa fehlt bis jetzt jede Kontrole. Es ist daher nothwendig, dass zunächst in Mioko oder Matupi, die kaum 20 Seemeilen von einander entfernt sind, ein eigener Konsularbeamter ernannt werde, der die Befolgung der erlassenen Vorschriften gleichmässig im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeiter zu überwachen haben würde. Auch der wohlverstandene Vortheil der Plantagenbesitzer fordert gesetzliche Regelung der Arbeiter-Verhältnisse. Diese schützt sie gegen manchen begründeten oder unbegründeten Vorwurf und giebt ihnen eine sicheren Anhalt bei vorkommenden Ungehörigkeiten und Ungesetzlichkeiten ihrer Angestellten.

Wo eine solche staatliche Kontrole eingreift, darf auch der entsprechende Schutz gegenüber den Eingeborenen nicht fehlen.

Die ständige Anwesenheit eines Kriegsschiffes (Kanonenbootes) in jenen Gewässern ist nothwendig, um, wenn die neu angeworbenen oder heimkehrenden Arbeiter sich ernstere Ausschreitungen oder Widersetzlichkeiten zu Schulden kommen lassen, auf Requisition einzuschreiten oder, wo gar Arbeiterschiffe von den Leuten am Lande zum Zwecke der Plünderung und des Mordes überfallen werden sollten, sofort auf dem Fusse die strengste Strafe folgen zu lassen, ebenso auch um für Beschädigung von Handelsstationen und Misshandlung der Agenten zu strafen, sowie um rechtmässige Landkäufer, wenn nöthig mit Gewalt, in Besitz ihres Eigenthums zu setzen.

Die Herren Hernsheim & Co., die keine Plantagen haben und Eingeborene nur in ganz beschränkter Anzahl für ihre Schiffe und Handelsstationen engagiren, wünschen dringend für ihre Interessen die Anstellung eines Konsularbeamten und die Stationirung eines Kriegsschiffes. Leben und Eigenthum schweben ohne bewaffneten Schutz dort noch in der grössten Gefahr wie zahlreiche Beispiele fortwährend zeigen. Auf den Hermit-Inseln allein wurden kurz hintereinander der Hernsheim'sche Agent nebst 9 Salomons-Jungen ermordet, ersterer lebendig begraben, und die beiden Hernsheim'schen Dampfer überfallen, dabei der Kapitän der „Freya" erschossen und der Steward schwer verwundet. Bei der durch S. M. Schiff „Carola" bewirkten Exekution fanden sich in den Häusern der Hermiten die Ueberreste eines grösseren deutschen Schiffes, wahrscheinlich der Brigg „Elise", die vor einigen Jahren in jener Gegend verschollen war. Bekannt ist, dass dort früher ein englisches Schiff ausgeplündert und die Besatzung erschlagen wurde.

Wenn einerseits Alles geschieht, um durch gerechte und gute Behandlung

das Zutrauen und die Zuneigung der Eingeborenen zu gewinnen, so muss man andererseits auch nicht vergessen, dass dieselben noch auf einer Stufe stehen, wo Furcht die stärkste Triebfeder ist. Durch die dauernde Anwesenheit eines Kriegsschiffes würde den meisten Vergehen überhaupt schon vorgebeugt werden.

Die englischen Handelsinteressen sind zur Zeit sowohl im Neu-Britannien-Archipel, wie auf den Salomon-Inseln, verhältnissmässig unbedeutend, da sich dort bis jetzt nur einzelne kleine Händler niedergelassen haben und keine einzige grössere Handelsniederlassung existirt. Landbesitz von Bedeutung befindet sich nur in den Händen des Engländers Farrel, der am Gazellen-Kap (Neu-Britannien) mehrere tausend Acres erworben und mit der Anlegung einer Plantage begonnen hat.

Dagegen ist die Anwerbung von Arbeitern von Queensland und Fiji aus in letzter Zeit gerade auf Neu-Britannien mit der grössten Energie und allen Mitteln, Ueberredung und Gewalt, wie es heisst, betrieben worden und dies unter den Augen der (Government-Labour-Agenten) und in der Nähe englischer Kriegsschiffe. Die Bodenkultur in Fiji und besonders in den weiten Gebieten von Queensland ist in so stetigem, rapidem Wachsen begriffen und mit ihr der Bedarf an Plantagenarbeitern, dass die Kolonialregierungen wohl oder übel mitgehen müssen.

Der im vorigen Jahre in Matupi, bezw. Mioko stationirte englische Segelschooner wird in diesem Jahre durch einen Dampfaviso ersetzt werden. Grössere englische Kriegsschiffe haben ebenfalls in letzter Zeit wiederholt ihre Flagge dort gezeigt und werden auch für den kommenden Sommer wieder erwartet. Sie sollen in Matupi 500 bis 1000 Tonnen Kohlen bestellt haben. Der englische General-Konsul und High Commissioner für den Western Pacific steht im Begriff, einen Deputy Commissioner in Matupi einzusetzen; das Haus für denselben ist bereits fertig.

Ob alles dies nur für die Kontrole der Arbeiteranwerbung, oder, wie man dort glaubt, in direkter Vorbereitung zur Annexion geschieht, lässt sich schwer sagen. Die Ausführung der Commodore Wilson'schen Vorschläge, wonach die Südsee mit einem Netz englischer Beamten und Regulationen überzogen und sogar die Missionäre als Vize-Konsuln dienen sollen, dürfte allerdings bald zu dem Wunsche führen, sich für die Mühen und Kosten durch die Vortheile der Annexion zu belohnen.

Die nächste Folge aber, wenn wir hinter dem aktiven Vorgehen der Engländer zurückbleiben, wird muthmaasslich die sein, dass die Kontrole über den Arbeitermarkt mehr und mehr in englische Hände übergeht. Unter dem Schutze der englischen Flagge werden sich gewiss auch grössere Handelsgeschäfte aus Australien dort niederlassen und die deutschen Firmen zu verdrängen suchen, die ohnehin beide in den letzten Jahren eher Rück- als Fortschritte gemacht zu haben scheinen.

Leider haben wir den Engländern gegenüber entschieden an Terrain verloren, und dasselbe kann nur durch ausserordentliche Anstrengungen wieder

Nr. 8341. Deutschland. Febr. 1883.

gewonnen werden. Gewichtige Gründe mehr, die staatliche Betheiligung unsererseits ungesäumt eintreten zu lassen.

Die Deutschen, die schon ihren Hauptverkehr mit Australien haben, möchten sich sonst auch dort draussen mit ihren Wünschen an die englischen Behörden wenden und die Eingeborenen sich gewöhnen, die Begriffe von Ordnung, Recht und Frieden an den englischen Namen zu knüpfen. Die zuerst kommenden Weissen haben und behalten immer einen Vorsprung in der Idee der Eingeborenen.

Auch Kirche, Schule und Sprache richten sich nach der Nationalität der ersten Missionäre, die bis jetzt in der Südsee fast immer die englische war, während von deutscher Seite in dieser Beziehung nichts geleistet ist. Auf den Duke of York-Inseln sind zwei englische Wesleyan Missionäre und in der Umgegend von Matupi zwei französische Jesuiten, Ueberbleibsel der Marquis de Rays'schen Expedition, daneben ein Dutzend oder mehr Lehrer aus Tonga und Fiji (alle Wesleyaner.)

Deutsche Missionäre würden dort heute noch reiche verdienstvolle Thätigkeit finden. Die Arbeiter würden sich geneigt zeigen, vorzugsweise nach Plantagen zu gehen, wo ihnen bereits bekannte Sprache und Gebräuche existiren.

Bis jetzt hiess es immer, die Eingeborenen der Südsee arbeiten auf ihren heimathlichen Inseln nicht. Die Herren Farrel und Parkinson haben vor wenigen Monaten die erste Plantage auf Neu-Britannien an der Nordküste angelegt. Ich sah dort als Arbeiter 10 oder 12 Salomons und 27 Neu-Britannien Jungen, letztere in der Nachbarschaft der neuen Plantage zu Hause gehörend, von denen der grösste Theil früher in Samoa gearbeitet hatte, und die jetzt einen ähnlichen Kontrakt wie dort eingegangen waren.

Die Herren Hernsheim & Co. sagten mir, wenn das geht, dann legen wir hier auch Plantagen an. Durch solche Wechselwirkung würde der Arbeiterverkehr mit Samoa eine noch weit grössere Bedeutung erhalten. Die Leute, welche dort Plantagenarbeit gelernt, würden dieselbe zu Hause um so leichter verrichten können. Die Inseln des westlichen Melanesiens geben den übrigen Inseln der Südsee an Fruchtbarkeit des Bodens und Reichthum tropischer Produkte nicht nur nichts nach, sondern sind zum grossen Theil leichter und billiger kultivirbar. Es sind daselbst grosse Flächen reichen Prärieboden vorhanden, wo nur das mannshohe Gras abgebrannt zu werden braucht und dann der Pflug eingesetzt werden kann. In Samoa dagegen ist das Ausroden des Urwaldes ebenso schwierig wie zeitraubend und nachher in Folge der vielen Steine und Felsen nur Handarbeit anwendbar.

Die Ernährung der Leute ist ebenfalls ungleich billiger. In Samoa rechnet man 5 Cents tägliche Ernährungskosten; in Neu-Britannien kann man für $^1/_2$ Cent (Tabak ist dabei das Tauschmittel) so viel Taro — das beliebteste Nahrungsmittel der Eingeborenen — kaufen, wie eine Person nur essen mag.

Es handelt sich nicht nur um die Erschliessung neuer Arbeitsfelder für die Plantagen in Samoa, sondern um die Gewinnung der grösseren, bis jetzt noch fast ganz unberührten und unausgenutzten Hälfte der Südsee-Inseln für den deutschen Handel und für deutsche Civilisation. Dort muss demnächst die Entscheidung fallen, ob wir uns schliesslich doch von den Engländern den Wind aus den Segeln nehmen lassen oder mit ihnen gleichen Kurs in der Südsee weiter halten werden. Was aber geschehen soll, muss bald geschehen. In zwei oder drei Jahren kann und wird es wahrscheinlich schon zu spät sein. Wenn das Reich jetzt gleich mit in die Schranken tritt, so thut es alles, was der nicht leicht zu befriedigende Deutsche im Auslande billiger Weise zu erwarten berechtigt ist, und kann dann demselben die richtige Benutzung der so gesicherten Verhältnisse getrost überlassen.

Nr. 8341. Deutschland. Febr. 1883.

(gez.) G. von Oertzen.

---

## Nr. 8342. DEUTSCHLAND. — Denkschrift des Verwesers des Konsulats in Apia, betreffend die deutschen und fremden Interessen in dem Archipel von Neu-Britannien.

(Auszug.)

Der Handel in dem Archipel von Neu-Britannien ist mit einer später zu erwähnenden Ausnahme, welche auf Beachtung keinen Anspruch hat, in den Händen der beiden deutschen Firmen, der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft und von Hernsheim & Co.

Nr. 8342. Deutschland. 20. Apr. 1884.

Die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft hat ihre Agentur in dem sehr guten Hafen von Mioko, auf der Insel gleichen Namens, auf der sie die werthvollsten Ufergrundstücke eignet. Dort sind gegenwärtig ausser dem Agenten 2 Kommis beschäftigt. Auf der Nordküste der Gazellen-Halbinsel hat die Gesellschaft 8 Handelsstationen, wovon 4 mit weissen, 4 mit farbigen Händlern aus Samoa und Tonga besetzt sind. Eine 9. Station auf Utuan, Duke of York, ist von einem Tonganer, eine 10. in Kurass, Südküste von Neu-Irland, von einem weissen Händler besetzt. Unter den weissen Händlern befinden sich 2 Deutsche, 1 Deutsch-Russe und 2 Engländer. Der Versuch, Samoaner und Tonganer als Händler zu verwenden, scheint sich zu bewähren. Dieselben kommen mit ihren Frauen in das Land und haben viel geringere Bedürfnisse als ein weisser Händler. Dem ungünstigen Einfluss des Klima können auch sie sich nicht entziehen. Seit etwa einem Jahre hat sich ein erfreulicher Aufschwung im Kopragеschäft bemerkbar gemacht. Von der Produktion des Landes werden gegenwärtig ca. 1000 Tonnen pro Jahr der Agentur in Mioko zufliessen. Neue Handelstationen sind eingerichtet worden und sollen eingerichtet werden.

Die Firma Hernsheim & Co. hat ihre Niederlassung in dem Archipel auf der Insel Matupi, Blanche-Bay auf der Gazellen-Halbinsel, welche mit dem

Nr. 8342. Deutschland. 20. Apr. 1884.

nördlich gegenüber liegenden Festland einen vorzüglichen Hafen bildet. Die Firma eignet die besten Ufergrundstücke. Konsul Hernsheim beabsichtigt die Leitung hier dauernd zu übernehmen. Neben ihm sind gegenwärtig 2 Kommis beschäftigt. Die Firma hat 8 Handelsstationen auf der Nordküste der Gazellen-Halbinsel und 2 im Nordwesten Neu-Irlands, einschliesslich der jüngst zerstörten Stationen auf Nusa, deren Wiedereinrichtung alsbald in Angriff genommen werden soll. Vier der Stationen in Neu-Britannien und die beiden Stationen in Neu-Irland werden von Weissen bearbeitet, worunter sich 2 Deutsche, 4 Franzosen und 1 Amerikaner befinden. Die vier unbedeutenderen Stationen in Neu-Britannien sind von Eingeborenen besetzt. Mit hierher gehören auch die zwei Stationen, welche vor Kurzem auf den Hermit-Inseln unter 2 deutschen Händlern wieder eingerichtet worden sind. Die Leitung der Geschäfte in dem Archipel hat sich bis vor Jahresfrist in den Händen von Angestellten der Firma befunden. Ein neuer Impuls ist in die Geschäftsführung mit der Ankunft des Konsuls Eduard Hernsheim gekommen. Der Antheil, welchen die Firma gegenwärtig von der Kopraproduktion des Landes erhält, mag auf ebenfalls ca. 1000 Tonnen jährlich angenommen werden. Konsul Hernsheim ist von der grossen Entwickelungsfähigkeit des Koprahandels in dem Archipel, wo die Verhältnisse für die Produktion dieses Artikels besonders günstig liegen, überzeugt. Leider sind dem Geschäfte gerade seit einem Jahre durch Zerstörung der Handelsstation auf den Laughlan-Inseln durch den Kapitain des Queensland-Arbeiterschiffs „Stanley“ und durch die Zerstörung der Handelstation auf Nusa beträchtliche Verluste zugefügt worden.

Die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft hat von dem früheren Agenten Farrel in der Duke of York-Insel einen nicht näher ausgemessenen Besitz von angeblich 1000 bis 2000 Ackern grösstentheils ebenen, mit Wald bestandenen Landes übernommen. Die Firma Hernsheim & Co. eignet an grösserem Grundbesitz ca. 4000 Acker Waldland auf der Insel Makada, Duke of York, ca. 8000 Acker angeblich Grasland in der Nachbarschaft von Nusa im Nordwesten Neu-Irlands und zwei der Hermit-Inseln mit je 600 und 1300 Ackern Areal, welche gut mit Kokospalmen bestanden sein sollen. Es ist möglich, dass auf diesem Lande in der Zukunft werthvolle Pflanzungen entstehen werden. Gegenwärtig hat unbebautes Land in dem Archipel noch keinen Werth. Gültige Rechtsformen für den Erwerb von Eigenthum sind noch zu schaffen.

Der Engländer Farrel, welcher bis vor einem Jahre noch Agent der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft war und sich jetzt auf seiner Pflanzung in Ralune, Blanche-Bay, niedergelassen hat, treibt daselbst ebenfalls Handel mit Kopra. Er hat indessen nur eine einzige Handelsstation unter einem englischen Händler und mag jährlich vielleicht 100 Tonnen Kopra verschiffen, gegen 2000 Tonnen der beiden deutschen Firmen. Er hat nur einen alten Schooner von etwa 90 Tonnen, mit dem er die Kopra nach Sydney schafft. Hiermit ist so wenig Gewinn zu machen, dass er der deutschen

Handels- und Plantagen-Gesellschaft bereits Anerbietungen wegen Abnahme seiner Kopra in dem Archipel von Neu-Britannien selbst gemacht hat. Nr. 8342 Deutschland. 20. Apr. 1884.

Auf seiner Pflanzung, welche er vor etwa 2 Jahren, als er noch Agent der Gesellschaft war, angefangen hat anzulegen, sind gegenwärtig etwa 30 Acker unter Baumwollenkultur. Er beschäftigte darauf 122 Arbeiter. Darunter befinden sich etwa 70 auf der Insel Bougainville, Salomon-Inseln, angeworbene. Der Rest besteht aus Landeseingeborenen. Weitere 100 Arbeiter sollen in den nächsten Monaten auf Bougainville angeworben werden. Er glaubt mit diesen Arbeitskräften in etwa Jahresfrist noch 100 Acker unter Baumwollenkultur zu bringen. Im Zusammenhang mit dem kultivirten Lande will er ungezählte Quadratmeilen Landes durch Kauf erworben haben. Die Urbarmachung des mit hohem Gras bestandenen Landes scheint Schwierigkeiten nicht zu bieten. Das Gras wird ausgerissen, an Ort und Stelle getrocknet und verbrannt. Dann kann der Pflug darüber gehen. Die junge Baumwolle steht gut, die Reinhaltung von Unkraut scheint ebenfalls leichter zu sein als in Samoa. Der Samen ist von Samoa bezogen. Die Sea-Island Baumwolle scheint dieselben guten Eigenschaften als dort zu haben. Die nachhaltige Fruchtbarkeit des Bodens bleibt durch die Erfahrung noch zu beweisen. Für einen grösseren Betrieb fehlt es dem etc. Farrel an den nöthigen Mitteln. Er ist daher bemüht, in Australien Käufer für seinen Besitz zu finden, eventuell denselben an eine Aktiengesellschaft zu bringen.

Der High Commissioner hat indessen noch unter dem 2. Januar d. Js. eine Bekanntmachung erlassen, wonach die Registrirung von Kaufbriefen über Land ausserhalb des britischen Territoriums nicht mehr erfolgen darf, auch jede Verantwortlichkeit hinsichtlich solcher Landkäufe zurückgewiesen wird.

Sydney, den 20. April 1884.

Dr. Stuebel.

---

## Nr. 8343. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den Verweser des Konsulats in Apia. — Entsendung eines Kommissarischen Reichsbeamten nach Neu-Britannien und Neu-Irland.

(Auszug.) Berlin, den 29. Dezember 1883.

etc. Ihre Mittheilungen lassen es mir erwünscht erscheinen, die Vertretung der deutschen Interessen in Neu-Britannien und Neu-Irland kommissarisch in die Hände eines Berufsbeamten zu legen, und zwar in der Art, dass dieser Beamte schon während der nächsten Arbeiter-Saison in Neu-Britannien anwesend sei. Da der zu entsendende Beamte jedenfalls unter Ihrer Verantwortung zu handeln haben wird, so unterlasse ich umsomehr Ihnen hinsichtlich der Wahl eine bestimmte Vorschrift zu machen, als die Entscheidung auch von den sonstigen Bedürfnissen des Kaiserlichen Konsulats in Apia abhängen wird. Für die Ihrerseits demselben zu ertheilende Instruktion bemerke Nr. 8343. Deutschland. 29. Dec. 1883.

Nr. 8343. Deutschland. 29. Dec. 1883.

ich Folgendes: || Es wird dem genannten Beamten obliegen, unterstützt durch das Kaiserliche Kriegsschiff, die Befolgung der für die Arbeiter-Rekrutirungen auf deutschen Schiffen erlassenen Vorschriften zu kontroliren und überhaupt die Rechte und Interessen des deutschen Handelsstandes gegen Benachtheiligungen und Vergewaltigungen zu schützen. | Er wird bemüht sein müssen, durch taktvolles Verhalten Reibungen zwischen den Angehörigen des Reiches und denjenigen anderer Nationen fernzuhalten, oder auf ein Maass zurückzuführen, welches Weiterungen verhütet. || Wir beabsichtigen dort nur deutsche Handels-Interessen zu schützen und zu unterstützen. Die seiner Zeit dem General-Konsul Zembsch ertheilten Instruktionen bleiben hierfür maassgebend und enthalten ausreichende Vollmachten und Anregungen für eine nutzbringende Thätigkeit der Kaiserlichen Vertreter in der Südsee. Ich vertraue auf Ihre, schon während Ihrer hiesigen Thätigkeit gewonnene Kenntniss von den Intentionen der Kaiserlichen Regierung und bin überzeugt, dass Sie bei Entwerfung der Instruktion Sich die allgemeinen leitenden Gesichtspunkte unserer Haltung in der Südsee gegenwärtig halten werden.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage:
(gez.) Busch.

---

## Nr. 8344. DEUTSCHLAND. — Konsulats-Verweser in Apia an den Reichskanzler. — Nothwendigkeit einer ständigen Berufsvertretung im Archipel von Neu-Britannien.

(Auszug.) Sydney, den 14. April 1884.

Nr. 8344. Deutschland. 14. Apr. 1884.

In meinen früheren Berichten hatte ich mir erlaubt, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, in dem Archipel von Neu-Britannien eine ständige, berufsmässige Vertretung zu schaffen. Nachdem ich Gelegenheit gehabt habe, die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen, bitte ich, auf den Gegenstand zurückkommen zu dürfen.

Der Archipel von Neu-Britannien ist seiner Zeit dem Amtsbezirke des Kaiserlichen Konsulats zu Jaluit zugetheilt worden. Es ist dies aus dem einzigen Grunde geschehen, weil die Firma Hernsheim & Co., deren Theilhaber, Franz Hernsheim, zum Konsul in Jaluit ernannt wurde, geschäftliche Niederlassungen an beiden Orten besitzt. Ein innerer Zusammenhang der beiden grossen Gebiete, der Marshall-, Karolinen- und Kingsmill-Inseln einerseits und des Archipels von Neu-Britannien andererseits, der eine Zutheilung des letzteren zu dem Bezirke eines in Jaluit lebenden Konsuls rechtfertigen könnte, ist nicht vorhanden. Wind- und Strom-Verhältnisse sind dem Verkehr mit Segelschiffen zwischen den beiden Gebieten ungünstig, weshalb auch die Geschäfts-Niederlassungen von Hernsheim & Co. in Jaluit und Matupi fast vollkommen unabhängig von einander arbeiten. An eine Regelmässigkeit der Verbindung zwischen beiden Punkten ist nicht zu denken. || Für den Neu-

Britannien-Archipel steht jetzt die Frage einer Beaufsichtigung des Arbeiterhandels im Vordergrunde. Wird der Einrichtung einer solchen näher getreten, was meines Erachtens unbedingt erforderlich, so ist die Ernennung eines Berufsbeamten, und zwar eines juristisch gebildeten Berufsbeamten, für den Archipel geboten. || Die Untersuchung von Ausschreitungen bei der Arbeiter-Anwerbung, die strafrechtliche Beurtheilung derselben erfordern juristische Kenntnisse. Dieselben sind aber auch in dem Archipel übrigens für den stationirten Beamten nothwendig. Noch herrscht auf diesen Inseln das Faustrecht. Zwischen den daselbst wohnenden Deutschen, zwischen ihnen und den Angehörigen anderer Nationen ergeben sich Differenzen, welche der richterlichen Entscheidung bedürfen. Ein dort ansässiger Engländer hat mir eine ganze Anzahl von Beschwerden gegen einen deutschen Händler vorgetragen. Dieser Letztere erwiderte dieselben mit einer noch grösseren Anzahl von Beschuldigungen gegen den Engländer. Bei der geringen Zeit meines Aufenthaltes war an einen gerichtlichen Austrag nicht zu denken. Durch Errichtung einer deutschen juristischen Autorität im Lande wird allein Abhülfe geschaffen werden können. Im vergangenen Jahre hat sich der englische Deputy Commissioner Romilly mehrere Monate lang in Matupi aufgehalten. Er ist von dort nach Neu-Guinea gegangen und befindet sich augenblicklich wieder in Australien. Sollte, wie ich vermuthe, Herr Romilly oder ein anderer englischer Deputirter wieder nach Neu-Britannien geschickt werden, so würde die Anwesenheit eines juristisch gebildeten deutschen Berufsbeamten daselbst wünschenswerth erscheinen, nicht nur um etwa zur Sprache kommende Streitigkeiten zwischen Deutschen und Engländern gemeinsam entscheiden zu können, sondern auch um dem politischen Einflusse, welchen die Entsendung eines englischen Deputirten zur Folge haben würde, die Wage zu halten. || Der zu ernennende Konsularbeamte würde viel in dem Archipel unterwegs sein müssen. Er würde aber doch einen Ort zu seinem Wohnort und Amtssitz zu erwählen haben. Die Wahl könnte nur auf Mioko oder Matupi fallen. Für Mioko würde sprechen, dass hier die Arbeiterkontrole auszuüben sein würde. Der gesünderen Lage wegen erscheint indessen Matupi als der bessere Platz. Es würden dann öftere Fahrten nach Mioko nöthig werden, die erforderlichen Falls in einem Boote gemacht werden können. Aber in Mioko wie in Matupi giebt es, hier nur die eine Niederlassung der Firma Hernsheim & Co., dort die eine Niederlassung der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft. || Es würde nicht räthlich sein, den Aufenthalt des Beamten an einem der beiden Punkte für längere Jahre zu fixiren. Das Klima ist ungesund, die Entbehrungen, welche der Mangel aller Civilisation und eventuell jedes anregenden Umganges auferlegt, zu gross und die Gefahr, unter solchen Umständen die Spannkraft zu verlieren und sich gehen zu lassen, oder auch zu der einen Firma in eine unbemerkte, aber unerwünschte Abhängigkeit zu gerathen, nicht zu unterschätzen. Es muss auch der Fall vorgesehen werden, wo der Beamte wegen Erkrankung am Fieber mit der ersten Gelegenheit den Archipel zu verlassen hat. || Aus diesen Gründen muss

Nr. 8344. Deutschland. 14. Apr. 1884.

es wünschenswerth erscheinen, eine Einrichtung zu schaffen, welche einen Wechsel unter den in der Südsee angestellten Konsularbeamten vorsieht. Die verschiedenen Beamten würden zu diesem Behufe in engere Beziehungen zu dem Konsulate in Apia zu bringen sein. Für eine solche Einrichtung sprechen aber meines Erachtens auch beachtenswerthe sachliche Gründe. Was die Wahrnehmung der selbständigen deutschen Interessen anbelangt, so bildet die ganze Südsee ein grosses einheitliches Gebiet. Der Arbeiterbedarf für die Pflanzungen in Samoa insbesondere, sowie die sich über den ganzen westlichen Theil der Südsee erstreckenden Interessen der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft rufen Wechselbeziehungen unter fast allen dazu gehörenden Inselgruppen hervor. Die wichtigen Fragen der Arbeiterkontrole, der Politik gegenüber den Eingeborenen, der Landstreitigkeiten mit denselben und Anderes mehr, erfordern eine einheitliche Behandlung. Für den Konsularbeamten in Neu-Britannien erscheint es wünschenswerth, dass er die, die ganze Südsee betreffenden Angelegenheiten, insbesondere die Verhältnisse in Samoa, durch eine Beschäftigung in dem Konsulate zu Apia kennen gelernt hat. Dann wird er für ein Jahr nach Neu-Britannien zu entsenden sein. Nach Ablauf dieser Zeit oder wenn er krank werden sollte, kehrt er nach Apia zurück, um entweder wieder hier zu arbeiten, oder an einem dritten Punkte in der Südsee selbständig Konsulatsgeschäfte zu führen. Derjenige, dessen Beschäftigung er übernimmt, wird an seiner Stelle nach Neu-Britannien entsendet. Auch in Jaluit wird sich in Zukunft eine zeitweilige Vertretung durch einen Berufsbeamten nöthig machen. Die mehreren, dem Konsul in Apia unterzuordnenden Beamten müssen in der Lage sein, den Konsul innerhalb des ganzen Bezirks zu vertreten. Führt die Reise den nach Neu-Britannien entsendeten Beamten nach Jaluit oder Yap, so wird er in der Lage sein müssen, auch dort Konsulatsgeschäfte zu erledigen. Ein jüngerer Beamter des Konsulats in Apia wird eventuell auch dort durch interimistische Uebernahme der Stellung eines Munizipalrichters die grössten Dienste leisten können. || Ich bitte endlich, bei dieser Gelegenheit auf die in meinen früheren Berichten als dringend wünschenswerth bezeichnete Entsendung eines juristisch gebildeten Beamten nach Apia der eventuell die Stellvertretung des Konsuls zu übernehmen haben und daneben mehrere Monate des Jahres nach Tonga zu kommittiren sein würde, gleichfalls ganz gehorsamst zurückkommen zu dürfen.

Dr. Stuebel.

## Nr. 8345. DEUTSCHLAND. — Derselbe an denselben. — Einreichung einer Denkschrift, betreffend die politischen und kommerziellen Verhältnisse auf den Gilbert-Marshall-, Karolinen-, Ellice- und Tokelau-Inseln. Einrichtung einer Berufs-Vertretung und häufiger Besuch von Kriegsschiffen sind erforderlich.

(Auszug.) Apia, den 2. September 1884.

Nr. 8345. Deutschland. 2. Sept. 1884.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage eine Denkschrift über die politischen und kommerziellen Verhältnisse in den Gilbert-, Marshall-, Karolinen-, Ellice- und Tokelau-Inseln ganz gehorsamst zu überreichen. Ich habe dieselbe auf Grund der während meiner Reise durch einen Theil des behandelten Inselgebietes gemachten Beobachtungen und des sonst mir zur Verfügung stehenden Materials ausgearbeitet etc. || Aus der Denkschrift ergiebt sich, welchen Werth das behandelte Inselgebiet für den fremden, insbesondere den deutschen Handel hat. || Die Kopraproduktion von circa 7000 Tonnen bleibt zwar hinter derjenigen der Tonga-Inseln zurück, welche allein heute auf circa 8000 Tonnen angenommen wird. Sie ist aber ohne Zweifel ausserordentlich steigerungsfähig. || Wenn man das Inselgebiet als Ganzes betrachtet, so nimmt der deutsche Handel noch immer die erste Stelle in demselben ein. Fast die Hälfte der Gesammtproduktion fliesst in seine Kanäle. Von den konkurrirenden Firmen anderer Staaten ist nur die chinesische Firma Ong-Chong in Sydney für den Handel in den Gilbert-Inseln von grösserer Bedeutung. Die Interessen der englischen Firma Henderson & Mc. Farlane treten, von den Tokelau-Inseln abgesehen, deren Produktion nicht ins Gewicht fällt, überall hinter die der deutschen Firmen zurück. Der Engländer O'Keefe hat nur in Yap Interessen neben denen der deutschen Firmen. Die amerikanische Firma Wightman Brothers in Apia ist ein neues Unternehmen, dessen Lebensfähigkeit noch nicht feststeht. Bei dem neuen Aufschwung, den die deutschen Handelsunternehmungen in dem Inselgebiet augenblicklich nehmen, ist es keinem Zweifel unterworfen, dass sie sich bald einen grösseren Antheil an der wachsenden Produktion desselben zu sichern wissen werden. || Was die Einrichtung einer zweckmässigen Konsular-Vertretung in dem Inselgebiete anbelangt, so kann ich nur wiederholt die kommissarische Entsendung eines Konsularbeamten von Apia aus in das bezeichnete Inselgebiet befürworten. In Gegenden, in welchen der Konsul in Ermangelung einer höchsten staatlichen Gewalt selbst die oberste Autorität repräsentirt, kann, namentlich bei der Entwicklung, welche die Verhältnisse in der Südsee augenblicklich nehmen, die Vertretung des Reiches nur einem konsularischen Berufsbeamten anvertraut werden. Dies trifft sowohl für diesen Theil der Südsee als auch für die Tonga-Gruppe zu. || Auch für einen regelmässigen Besuch der Inseln durch ein Kaiserliches Kriegsschiff wird in Zukunft Sorge getragen werden müssen. Nur S. M. Aviso „Habicht" hat im Jahre 1881 eine längere Rundreise durch die Marshall-Inseln gemacht. S. M. Schiff „Ariadne" und S. M. Kbt.

Nr. 8345. Deutschland. 2. Sept. 1884.

„Hyaene“ hatten bei ihren Reisen durch dieses Gebiet in den Jahren 1878, beziehungsweise 1884 über so wenig Zeit zu verfügen, dass nur eine geringe Zahl von Inseln und auch diese nur auf ganz kurze Zeit, oft nur auf Stunden, besucht werden konnten. || In den Gilbert-Inseln gewinnt der deutsche Handel heute wieder neuen Boden, in den Karolinen nimmt er einen neuen Aufschwung und wird seine Stellung zu vertheidigen haben. Auch diese Gruppen werden von Zeit zu Zeit von deutschen Kriegsschiffen zu besuchen sein. Einem deutschen Konsularbeamten wird die Gelegenheit zum Besuche der Inseln an Bord eines Kriegsschiffes zu geben sein. Nur wenn die Südsee-Station mit 3 Schiffen besetzt wird, werden die nöthigsten Rundreisen in dem hier in Betracht kommenden Inselgebiete ausgeführt werden können. || Auch Zuständen, die auf Yap im vergangenen Jahre zu einem Einschreiten englischer Autoritäten gegen die englischen Händler deutscher Firmen geführt und die Geschäftsinteressen der letzteren gefährdet haben, wird nur auf dem Wege einer wirksamen Polizei durch Konsularbeamte und durch den häufigeren Besuch von Kriegsschiffen abgeholfen werden können etc.

Dr. Stuebel.

## Anlage.

(Auszug.)

Nicht nur in geographischer und ethnographischer Beziehung, sondern auch für den fremden Handel bilden die unter der Gesammtbezeichnung Mikronesien zusammengefassten Gilbert-Inseln, Marshall-Inseln und Karolinen ein einheitliches Gebiet.

Nur mit wenigen Ausnahmen sind alle diese Inseln niedrige oder Lagunen-Inseln mit einem Minimum bewohnbaren Landes. Man zählt 18 Gilbert-Inseln und 33 Marshall-Inseln und rechnet, dass auf allen diesen Inseln nur 4 geographische Quadratmeilen bewohnbaren Landes vorhanden sind. Unter den 50 angenommenen Karolinen befinden sich 5 hohe Inseln. Die für den Handel hauptsächlich in Betracht kommenden niedrigen Karolinen sollen nicht mehr als eine geographische Quadratmeile bewohnbaren Landes haben. || Auf den Karolinen und den nördlichen Marshall-Inseln ist die nöthige Humus zum Anbau der in der Südsee sonst heimischen Nahrpflanzen wie Bananen, Yam, Taro und Brodfrucht vorhanden. Die südlichen Marshall- und Gilbert-Inseln sind dagegen, was die Ernährung der Bevölkerung anbelangt, fast ausschliesslich auf die Kokosnuss, die Frucht des Pandanusbaumes und auf den Fischfang angewiesen.

In der Gilbertgruppe wird im Wesentlichen nur eine Sprache gesprochen. Ebenso auf der Marshallgruppe. Auf den Karolinen zählt man zwar sechs Sprachen; dieselben sollen aber unter einander nahe verwandt sein. Körperbau, Sprache und Sitten lassen die Bevölkerung aller drei Gruppen mit einander verwandt erscheinen.

Zwischen Gilbert- und Samoa-Inseln liegen die beiden Gruppen der Ellice-

und Tokelau-Inseln. Auch alle Inseln dieser Gruppen sind Lagunen-Inseln mit den beschriebenen Eigenschaften. || Sie bilden mit den Inseln Mikronesiens ein grosses Handelsgebiet. Mit Ausnahme der Insel Niue in der Ellicegruppe, welche eine von den Gilbert-Inseln stammende Bevölkerung hat, sind Ellice- und Tokelau-Inseln indessen von Polynesiern samoanischer Herkunft bewohnt. || Als Bevölkerungszahlen werden von den Geographen auf Grund der Mittheilungen älterer Reisender und der Missionäre 30000 bis 35000 für die Gilbert-Inseln, 10000 für die Marshall-Inseln und 25000 für die Karolinen, 2000 bis 2500 für die Ellice-Inseln und 600 für die Tokelau-Inseln angegeben. Die Bevölkerung der Gilbert-Inseln mag sich durch Hungersnoth, Kriege und Auswanderung um etwa 10000 Köpfe verringert haben. Für die Karolinen fehlt es noch an den erforderlichen Unterlagen für eine zuverlässige Schätzung. Die angegebenen Zahlen für die Marshall-, Ellice- und Tokelau-Inseln können noch heute als korrekt angesehen werden. Als Gesammtbevölkerung aller hier in Betracht kommenden Inseln werden mit einiger Sicherheit 60000 bis 65000 Köpfe angenommen werden können.

Das Regiment auf den nördlichen Gilbert-Inseln, den Marshall-Inseln und Karolinen ist ein Regiment der Häuptlinge über den einzelnen Stamm (Feudalsystem), in den südlichen Gilbert-Inseln, den Ellice- und Tokelau-Inseln ein Regiment der Aeltesten über die einzelnen Familien (Patriarchalsystem) etc.

Der Handel beruht in dem ganzen Gebiete ausschliesslich auf der Kopraproduktion. Im Austausch gegen Kopra werden den Eingeborenen europäische und bezw. amerikanische Fabrikate angeboten. Die Haupt-Importartikel sind Baumwollenstoffe, Tabak, Werkzeuge aller Art, Provisionen, Feuerwaffen und Branntwein.

Was den Ursprung der Waaren anbelangt, so sind auch die deutschen Firmen durch die Verhältnisse bisher genöthigt gewesen, einen grösseren Theil aus nichtdeutschen Ländern zu beziehen. Baumwollenzeuge und Waffen kommen hauptsächlich aus England und nur zum kleineren Theil aus Deutschland. Tabak, Werkzeuge und Provisionen sind in der Hauptsache amerikanischen Ursprungs. Die Firma Hernsheim & Co. bezieht ihren Bedarf an amerikanischen Produkten aus New York über Hamburg, die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft auf dem Wege San Francisco—Apia. Was Gewehre anbelangt, so sind Musketen schon seit längerer Zeit kein gangbarer Artikel mehr; es kommen hauptsächlich Snider- und Winchester-Gewehre in den Handel. || Was die Bedeutung der einzelnen Inselgruppen für den Handel anbelangt, so stehen die Gilbert-Inseln mit einer ungefähren Kopraproduktion von 3000 Tonnen in erster Linie. Gerade hier war der deutsche Handel verhältnissmässig schwach vertreten. Die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft hatte sich unter ihrer früheren Leitung ganz aus den Gilbert-Inseln zurückgezogen. Unter der neuen Leitung sind jedoch in neuster Zeit Erfolg versprechende Schritte für eine Wiederaufnahme der Handelsthätigkeit daselbst im grösseren Umfange geschehen. Die Firma Hernsheim & Co. ist erst

Nr. 8345. Deutschland. 2. Sept. 1884.

seit wenigen Jahren hier erschienen, nimmt aber immerhin mit einem Antheil von 400 Tonnen den zweiten Rang unter den betheiligten Firmen ein. Das Hauptgeschäft in der Gruppe machte bisher die chinesische Firma Ong-Chong in Sydney. Erst nach der Firma Hernsheim & Co. kommen alsdann die Antheile, welche die amerikanische Firma Wightman Brothers in Apia, die englische Firma Henderson & Mc. Farlane in Auckland und einige Firmen in San Francisco und Sydney, die die Gruppe durch ihre Schiffe besuchen lassen, an dem Handel daselbst haben. Die genannten Firmen haben auf den verschiedenen Inseln Händler. Mehr als in anderen Gruppen lebt aber in den Gilbert-Inseln eine Anzahl selbständiger Händler, welche mit den verschiedenen, an dem Handel in der Gruppe betheiligten Firmen in geschäftlicher Verbindung stehen. Die Firma Ong-Chong und Wightman Brothers haben auf der Insel Butaritari Hauptstationen mit je einem Agenten. Die Firma Hernsheim & Co. bearbeitet die Gruppe von Jaluit aus.

Auf den Marshall-Inseln und Pleasant-Island kommt neben den beiden deutschen Firmen: deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft und Hernsheim & Co., nur die englische Firma Henderson & Mc. Farlane in Betracht Von einer Gesammtproduktion von ca. 1400 Tonnen Kopra entfallen etwa 1100 Tonnen zu gleichen Theilen auf die deutschen Firmen, 300 auf die englische Firma. Von der Produktion Pleasant-Islands mit ca. 500 Tonnen Kopra kommen 400 zu etwa gleichen Theilen auf die deutschen, 100 Tonnen auf die englische Firma. Die betheiligten Firmen haben auf einer Anzahl der Marshall-Inseln sowie auf Pleasant-Island Händler. Die deutschen Firmen haben ihre Niederlassungen in Jaluit, die englische die ihrige in Mejuro.

Auf den Karolinen hat nur die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft Interessen, welche den ganzen Archipel umfassen. Daneben hat in den östlichen Karolinen die Firma Hernsheim & Co. einen Händler auf Ponape und die englische Firma Henderson & Mc. Farlane einige Händler auf Ponape und in den Mortlock-Inseln. In Westen kommt nur die Insel Yap in Betracht. Hier hat der Engländer O'Keefe ein hervorragendes Interesse, indem er mit etwa der Hälfte an dem Handel daselbst betheiligt ist. Die andere Hälfte liegt zu etwa gleichen Theilen in den Händen der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft und von Hernsheim & Co. || Bemerkenswerth ist, dass die hohen östlichen Inseln Kusaie und Ponape verhältnissmässig nur wenig Kopra liefern. Bei der grossen Fruchtbarkeit derselben sind die Eingeborenen weniger als die der Lagunen-Inseln auf die Produkte der Kokospalme für ihre Ernährung angewiesen. In den westlichen Karolinen liegt die Grenze zwischen dem eingentlichen Südseehandel und dem indisch-chinesischen Handel. Der Engländer O'Keefe auf Yap steht mit einem englischen Hause in Hongkong in Geschäftsverbindung. Auch die Firma Hernsheim & Co. hat dort ihre Beziehungen. Die Insel Palau wird nur von dort chinesischen Häfen aus bearbeitet. Es sind deutsche Interessen dort noch nicht vertreten. || Man kann die augenblickliche Gesammtproduktion der Karolinen auf 1300

Nr. 8345. Deutschland. 2. Sept. 1884.

Tonnen Kopra annehmen, wovon 1000 Tonnen auf die beiden deutschen Firmen (800 Tonnen Antheil der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft und 200 Antheil von Hernsheim & Co.) und 300 Tonnen auf die englischen Interessenten entfallen.

In den Ellice-Inseln haben die deutschen Firmen: deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft und H. M. Ruge & Co., Interessen. Daneben die englische Firma Henderson & Mc. Farlane in Auckland und die amerikanische Firma Wightman Brothers in Apia. Auch werden die Inseln von den Schiffen einiger San-Francisco- und Sydney-Firmen angelaufen. Die Ellice-Inseln werden von den deutschen Firmen von Apia aus bearbeitet. Die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft bedient sich hierzu der Schiffe, welche den Verkehr zwischen Apia und Jaluit vermitteln. Von einer Gesammtproduktion von ca. 500 Tonnen Kopra entfällt etwa die Hälfte auf die deutschen Firmen (100 Tonnen Antheil der Deutchen Handels- und Plantagen-Gesellschaft, 150 bis 200 Tonnen Antheil von H. M. Ruge & Co.) || In den Tokelau-Inseln liegt der Handel in den Händen der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft und der englischen Firma Henderson & Mr. Farlane. Die Bearbeitung des Gebietes seitens der deutschen Firma geschieht von Apia aus. Von der Gesammtproduktion von circa 150 Tonnen Kopra entfallen 50 auf die deutsche, 100 Tonnen auf die englische Firma.

Hiernach kann die Gesammtproduktion aller hier in Betracht kommenden Inseln auf circa 7000 Tonnen Kopra angenommen werden, wovon fast die Hälfte dem deutschen Handel zufliesst. Der Betrag der ausgeführten Kopra wird immer den sichersten Rückschluss auf die Menge der eingeführten Waaren zulassen. Die kaufmännischen Gewinne hängen wesentlich von den Konjunkturen des Kopramarktes in Europa ab. || Was die Entwickelungsfähigkeit des Handels in dem Inselgebiete anbelangt, so kommt in Betracht, dass ein Theil der Inseln, insbesondere der Karolinen, dem Handel noch gar nicht erschlossen ist und dass in den Inselgruppen, die bereits als erschlossen gelten können, wie Gilbert- und Ellice-Inseln, eine Steigerung der Kopraproduktion mit der Zeit sicher eintreten wird. Nicht nur wachsen überall junge Palmen heran, der Handel wird auch zur Folge haben, dass immer mehr Kokosnüsse, die seither zur Ernährung der Bevölkerung gedient haben, als Kopra gegen importirte Lebensmittel, wie Reis und Brod, ausgetauscht werden. || Da die Kokospalme auf den Lagunen-Inseln ihren natürlichen Standort hat, so würden sich solche Inseln ganz besonders zur Anlage von Palmenplantagen eignen. Einem solchen Vorgehen stellen sich auf den stärker bevölkerten Inseln indessen die Eigenthumsrechte der Eingeborenen selbst am kleinsten Stück kultivirbaren Bodens und das Widerstreben gegen jede Veräusserung desselben entgegen. Bei einer einigermassen zahlreichen Bevölkerung, wie sie die Gilbert-Inseln haben, reicht ausserdem der Grund und Boden oft nicht zur Erzeugung der für diese erforderlichen Nahrungsmittel aus. Dagegen ist auf einigen ursprünglich unbewohnten Inseln bereits mit der Anlage von Plantagen vorge-

Nr. 8345. Deutschland. 2. Sept. 1884.

gangen worden. In den Marshall-Inseln eignet die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft die Providence-Insel und der deutsche Saatsangehörige A. Capelle, in Gemeinschaft mit einigen nichtdeutschen Miteigenthümern, die Insel Ligiep. Die Sophia-Insel in der Ellice-Gruppe gehört der Firma H. M. Ruge & Co. Auf diesen 3 Inseln sind Kokospalmen angepflanzt worden, die zum Theil schon heute einen Ertrag an Kopra geben oder einen solchen wenigstens demnächst versprechen.

Die Gilbert-, Marshall- und Karolinen-Inseln, sowie Pleasant-Island, gehören zum Bezirk des Kaiserlichen Konsulats zu Jaluit. Die Ellice- und Tokelau-Inseln stehen direkt unter dem Kaiserlichen Konsulat zu Apia. Die sämmtlichen Inseln gehören zu dem Jurisdiktionsbezirk der englischen High Commission, welche auf den Western Pacific Orders in Council von 1877 und bezw. 1879 beruht. Amerikanischerseits sind die Marshall-Inseln im Jahre 1881 unter das Konsulat der Vereinigten Staaten zu Apia gestellt, und es ist im Jahre 1882 der deutsche Staatsangehörige A. Capelle, Agent der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft, zum amerikanischen Konsular-Agenten in Jaluit ernannt worden. Daneben befindet sich eine Konsular-Agentur Hawaii's in Jaluit in den Händen eines deutschen Angestellten der Firma Hernsheim & Co. etc.

---

## Nr. 8346. DEUTSCHLAND. — Konsulats-Verweser in Apia an den Reichskanzler. — Einschreiten eines engl. Kriegsschiffes gegen Angestellte deutscher Firmen.

(Auszug.)

Apia, den 12. September 1884.

Nr. 8346. Deutschland. 12. Sept. 1884.

Im August vorigen Jahres ist das englische Kriegsschiff „Espiègle" gegen zwei britische Unterthanen auf der Insel Yap eingeschritten. || Im Februar 1883 war der auf der genannten Insel von der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft angestellte Händler Amery, welcher britischer Staatsangehöriger ist, von den Eingeborenen des Dorfes Fal auf einer Geschäftsreise angegriffen worden und angeblich nur durch Zufall mit dem Leben davongekommen. Die sämmtlichen, auf Yap lebenden weissen Händler mit einer Ausnahme hatten darauf zur Bestrafung der Schuldigen einen Kriegszug unternommen und bei dieser Gelegenheit ein Haus in Fal zerstört. || Die hierbei betheiligt gewesenen Engländer, der bereits genannte Amery und ein Händler von Hernsheim & Co., Namens Shaw, sind deshalb von dem an Bord des Espiègle befindlichen britischen Beamten wegen Friedensbruches mit 20, bezw. 10 Pfd. Sterl. bestraft worden. Die deutschen Firmen sahen sich gezwungen, diese Strafen für ihre Angestellten zu erlegen, weil die letzteren andernfalls verhaftet und weggeführt worden wären und ihnen hierdurch noch bedeutenderer Schaden erwachsen sein würde. || Die Berechtigung englischer Behörden, gegen die englischen Händler deutscher Firmen einzuschreiten, auch wenn dadurch den letzteren bedeutende Verluste zugefügt werden, wird sich nicht in

Abrede stellen lassen. Die deutschen Firmen werden das gleiche Einschreiten in Ansehung ihrer deutschen Händler auch seitens der deutschen Behörden in der Südsee zu gewärtigen haben. Nur durch die Handhabung einer solchen Polizei und Jurisdiktion wird in Zukunft den recht- und gesetzlosen Zuständen auf vielen Inseln abgeholfen werden können. Eine andere Frage ist, inwieweit im vorliegenden Falle die Voraussetzung eines Einschreitens in einer strafbaren Handlung der betreffenden englischen Händler wirklich vorlag. || Ich glaube, dass aus dem Vorfall auch für Deutschland eine Verpflichtung erwächst, mehr, als es seither geschehen ist, zu dem Schutz des unter seiner Flagge getriebenen Handels durch den Besuch der Inseln von Kriegsschiffen und Konsularbeamte beizutragen. || Bezüglich der Insel Yap liegt ferner seitens der hiesigen Hauptagentur der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft die Anzeige vor, dass von den Eingeborenen die vor langen Jahren von ihr käuflich erworbene kleine Insel Obe wieder in Besitz genommen worden ist. || Ich habe an den betreffenden Häuptling geschrieben und ihn für den der Gesellschaft erwachsenden Schaden verantwortlich gemacht. || Ich halte es aber für dringend wünschenswerth, dass die Insel Yap sowie die wichtigeren Karolinen, im nächsten Jahre spätestens, durch ein Kaiserliches Kriegsschiff besucht werden und dass sich ein Konsularbeamter an Bord befinde. Ich würde Werth darauf legen, falls hier inzwischen für meine Stellvertretung Sorge getragen wird, eine solche Rundreise selbst zu unternehmen. Der Weg würde mich zunächst von hier über einige Punkte der Neu-Hebriden und Salomon-Inseln nach dem Archipel von Neu-Britannien führen. Von dort würde die Reise nach Yap fortgesetzt werden, auf dem Wege von Yap nach Jaluit würden die wichtigeren Karolinen, und auf dem Wege von Jaluit nach Apia die Gilbert-Inseln anzulaufen sein. Die Reise würde hier etwa im Mai nächsten Jahres angetreten werden können. Bei der längeren Dauer derselben würde dieselbe sich indessen nur mit einem dritten Schiffe bemerkstelligen lassen, da die beiden, gegenwärtig auf der Station befindlichen Kanonenboote gerade nur hinreichen, den deutschen Interessen hier und in Neu-Britannien einen nothdürftigen Schutz zu gewähren.

Nr. 8346. Deutschland. 12. Sept. 1884.

(gez.) Dr. Stuebel.

---

## Nr. 8347. DEUTSCHLAND. — Derselbe an denselben. — Nothwendigkeit der Errichtung einer Berufs-Vertretung auf den Tonga-Inseln.

(Auszug.) Apia, den 8. September 1884.

Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, in verschiedenen Berichten auszuführen, welche Bedeutung Tonga für den deutschen Handel hat. Von der ganz ausserordentlich hohen Kopraproduktion dieser Inselgruppe, welche sich auf 8000 Tonnen beziffert und noch einer sehr bedeutenden Steigerung fähig ist, wird die grössere Hälfte von deutschen Kaufleuten exportirt. || Die politischen

Nr. 8347. Deutschland. 8. Sept. 1884.

Nr. 8347. Deutschland. 8. Sept. 1884.

Verhältnisse in Tonga sind noch Schwankungen unterworfen. Zwar ist der dortige Minister Mr. Baker mit allen Kräften bestrebt, die tonganische Selbständigkeit zu erhalten; diese Bestrebungen werden indessen durch englische Einmischungsversuche beeinträchtigt, welche angeblich in dem Verhalten englischer Beamten Ermuthigung finden und durch das gelegentliche Erscheinen von britischen Kriegsschiffen unterstützt werden. Sollte England die Inselgruppe annektiren, so würde hierdurch der deutsche Handel an der Wurzel geschädigt werden. || Eine Grundlage des deutschen Handels in Tonga ist das mit Ausnahme der isolirt gelegenen Inseln Ninatobutabu und Ninafoou daselbst bestehende Steuersystem, wonach die Steuern in Geld an die Regierung abzuführen sind. Der Eingeborene verkauft die von ihm produzirte Kopra an wen er will. In Fiji sind mit Einführung der Bezahlung der Steuern in Landesprodukten seiner Zeit dem dortigen Handel die Vortheile des direkten Handelsverkehrs mit den Eingeborenen verloren gegangen. Es wird gefürchtet, dass die dortigen englischen Autoritäten, welche im Falle der einseitigen Unterwerfung Tonga's unter englischen Einfluss hier freie Hand bekommen würden, das Fiji-Steuersystem auch in Tonga einführen und damit den deutschen Handel, wie er seither betrieben wird, vernichten werden. || Eine fernere Grundlage des deutschen Handels in Tonga ist der Umlauf des von ihm eingeführten Chile-Dollars. Die Versuche der Engländer im Lande, englisches Geld an dessen Stelle zu setzen, sind seither gescheitert. Das Gelingen würde für den deutschen Handel nicht nur die Folge haben, dass der im Verkehr dem Chile-Dollar gleich geachtete Betrag von 4 englischen Schillingen sich nur für etwa 4 sh. 3 d. würde einführen lassen, während der Chile-Dollar dem deutschen Handel an Ort und Stelle in der Südsee einschliesslich Transport und Versicherungskosten nur auf ca. 3 sh. 8 d. zu stehen kommt. Die englische Münze aber würde das Bestreben zeigen, wieder ausser Landes zu gehen, und müsste beständig neu eingeführt werden, während die Minderwerthigkeit des Chile-Geldes sein Verbleiben im Lande sichert. Mit dem Wegfall des im Verhältniss zum englischen Gelde minderwerthigen Chile-Dollars würde auch ein Haupthinderniss wegfallen, welches es seither dem englischen Handel erschwert hat, in Tonga mit dem deutschen Handel zu konkurriren. Maassgebender englischer Einfluss würde hierauf selbstredend zuerst hinwirken. Die heutige Tonga-Regierung erhält von der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft Wechsel auf englische Plätze zu dem Kurse von 1 Chile-Dollar gleich 4 englischen Schilligen, hat also selbst kein Interesse an der Aenderung des bestehenden Zustandes. || Eine weitere Gefahr, welche dem deutschen Handel durch Befestigung des englischen Einflusses in Tonga drohen würde, wäre die Einführung eines mit der Einrichtung besonderer Einfuhrhäfen verbundenen Zollsystems. Müssen die Schiffe der Gesellschaft, um mit den nördlichen Inseln Ninatobutabu und Ninafoou zu verkehren, erst einen südlichen Hafen, als sogenannten port of entry, anlaufen, so würden damit Unkosten verbunden sein, die jeden Handelsgewinn in Frage stellen könnten. Auf diese Weise ist

der Handel der Gesellschaft in Rotumah nach Annexion der Insel an England vernichtet worden. || Endlich wird die Gefahr gefürchtet, welche den Interessen der deutschen Kaufleute in Tonga aus der Nichterneuerung der Pachtverträge über die von ihnen gegenwärtig zu Handelszwecken benutzten Grundstücke nach Ablauf der gegenwärtigen Verträge entstehen würde. Der Tonga-Regierung gegenüber würden sich Schritte thun lassen, um einer grundlosen Schädigung deutscher Interessen in dieser Richtung zu begegnen. || Nicht so englischen Behörden gegenüber, welche geneigt sein werden, gerade an diesem empfindlichen Punkte, wo sie den Rechtsstandpunkt nicht zu verlassen brauchen, dem deutschen Handel zu nahe zu treten. || Nach Lage der Sache werden ohne Verzug Vorkehrungen zu treffen sein, damit der deutsche Einfluss in Tonga nicht hinter dem englischen zurückbleibt. || Die ständige Anwesenheit eines Berufsbeamten erscheint zu diesem Zwecke unentbehrlich, da der zeitweilige Besuch Tonga's durch den Konsularbeamten zu Apia sich als nicht ausreichend erwiesen hat, um Fühlung mit den Personen und Verhältnissen auf der Tongagruppe zu erhalten und Einfluss auf dieselben auszuüben.

Nr. 8347. Deutschland. 8. Sept. 1884.

Dr. Stuebel.

---

## 4. Reden des Reichskanzlers.

**Nr. 8348. DEUTSCHLAND.** Aus der Rede des Reichskanzlers in der Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages vom 23. Juni 1884 bei Gelegenheit der Berathung der Postdampfer-Subventionsvorlage. Programm der deutschen Kolonialpolitik.

[Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung."]

Was die Frage des Zusammenhanges der Dampfervorlage mit der überseeischen Politik anbelange, so theilte der Herr Reichskanzler Folgendes über die Entwicklung dieser Frage mit: Er habe sich schon früher dagegen ausgesprochen und sei auch heute noch der Ansicht, dass es für uns nicht richtig sein würde, Landstriche, wo wir noch keine Interessen haben, zu okkupiren, um dort künstlich eine deutsche Einwanderung hervorzurufen, ein solches Gebiet von deutschen Beamten verwalten zu lassen und dort Garnisonen zu errichten. Für ein solches Kolonialsystem fehle es uns an hierzu geschulten Beamten; dasselbe würde für uns zu theuer sein und würde unsere Marine zu sehr in Anspruch nehmen, deren Entwickelung durch die geringe Ausdehnung der deutschen Küste und die hieraus sich ergebende schwache seemännische Bevölkerung, sowie durch die niedrige Heuer begrenzt werde, welche unsere Seeleute vielfach veranlasste, bei den Engländern und Amerikanern Dienste zu suchen. Etwas Anderes aber sei es, die aus der deutschen Nation gewissermaassen herauswachsenden freien Ansiedelungen von Reichsangehörigen in Ge-

Nr. 8348. Deutschland. 23. Juni 1884.

Nr. 8348. Deutschland. 23. Juni 1884.

genden, welche nicht unter der anerkannten Hoheit einer anderen Nation stehen, unter den Schutz des Reiches zu stellen. Er halte es für eine Pflicht des Reiches, den auf diese Art begründeten überseeischen Niederlassungen von Reichsangehörigen, nicht nur ihren Faktoreien, sondern auch den von ihnen erworbenen Territorien, mit dem Schutze des Reiches zu folgen. Auch hier lasse sich der Nutzen nicht rechnungsmässig vorhersagen; aber man könne ihn auf Grund der von anderen Nationen gemachten Erfahrungen erwarten.

In diesem Sinne habe Se. Majestät der Kaiser sich dazu entschlossen, die von Herrn Lüderitz begründete Niederlassung unter den Schutz des Reiches zu stellen. Um von vornherein die Möglichkeit von Streitigkeiten zu verhüten, habe er — der Reichskanzler — zunächst zu ermitteln versucht, ob der fragliche Küstenstrich irgend einer anderen Nation gehöre. Es sei aktenmässig festgestellt worden, dass dies nicht der Fall sei. In amtlichen englischen Dokumenten sei der Oranjefluss als die nördliche Grenze der Kapkolonie bezeichnet worden, und die portugiesischen Besitzungen, südlich vom Kongogebiet, reichten nicht bis dorthin. Zudem hätten Schutzanträge rheinischer Missionäre schon vor einigen Jahren die Gelegenheit zur Anfrage bei der englischen Regierung geboten, ob sie den im Namaqua- und Herrero-Lande sich aufhaltenden Deutschen Schutz gewähren wolle. Wir hatten die Antwort erhalten, dass England nördlich vom Oranjefluss mit einziger Ausnahme der Walfischbai keine Jurisdiktion ausübe und nicht in der Lage sei, in den fraglichen Gebieten Schutz zu gewähren. Trotzdem habe er — der Reichskanzler — der Sicherheit wegen im Dezember v. J. an die englische Regierung eine Note mit der Frage gerichtet, ob England an diesem Küstenstriche Eigenthumsrechte besitze oder auf denselben einen Anspruch erhebe, und wenn ja, auf welchen Rechtstitel ein solcher Anspruch begründet würde, sowie eventuell, welche Einrichtungen englischerseits dort beständen, um Schutz zu gewähren. Hierauf sei lange keine Antwort erfolgt, obwohl eine solche aus den Akten über die faktische Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes wohl möglich gewesen wäre. Es sei vielmehr eine Korrespondenz zwischen London und Kapstadt eingeleitet worden, welche dort so aufgefasst wurde, als wenn wir den Schutz Englands für die deutsche Niederlassung herbeiwünschten. In Kapstadt sei eine Ministerkrisis hinzugekommen und dadurch die dortige Beschlussfassung verzögert worden. Als dieser Hergang hier bekannt geworden, sei es angezeigt erschienen, zur Beseitigung jener irrthümlichen Annahme durch den deutschen Konsul in Kapstadt die dortigen Behörden zu benachrichtigen, dass Herr Lüderitz mit seinen Niederlassungen unter dem Schutze des Reiches stehe. Dies sei die Bedeutung des Telegramms vom 24. April, welches zugleich auch der englischen Regierung mitgetheilt wurde. Seit einer gestern eingelaufenen telegraphischen Nachricht aus London dürfe er die Frage als dahin entschieden ansehen, dass die englische Regierung nicht glaube, auf den fraglichen Küstenstrich einen Rechtsanspruch zu besitzen, und dass auch die Kap-Regierung in Folge dessen die deutsche Erwerbung respectiren werde.

Nr. 8348. Deutschland. 23. Juni 1884.

Der Herr Reichskanzler konstatirte ferner die vorhandene Absicht, auch andere, in ähnlicher Weise entstandene oder entstehende Niederlassungen unter den Schutz des Reiches zu stellen.

Die Frage wegen Sicherstellung der deutschen Interessen im Kongogebiete sei insofern etwas verwickelter, als es sich hierbei um Verhandlungen mit vielen Mächten handle. Der Meinungsaustausch, in den wir hierüber mit anderen Regierungen eingetreten seien, habe ergeben, dass die Ansprüche Portugals auf das untere Kongogebiet nicht anerkannt würden. Auch sei man im Interesse des Handels nicht geneigt, einer Ausdehnung der portugiesischen Kolonialverwaltung zuzustimmen. Dagegen werde jetzt mit Portugal und den anderen seefahrenden Staaten darüber verhandelt, wie die Kongo-Frage durch ein gemeinsames Abkommen geregelt werden könne. Der Erfolg lasse sich noch nicht mit Gewissheit voraussehen; doch sei kein Grund vorhanden, an dem Zustandekommen einer Verständigung zu zweifeln.

Die Errichtung neuer Freistaaten am Kongo auf der Grundlage der von der internationalen afrikanischen Gesellschaft, die er nach ihrem Kristallisationspunkt die belgische nennen wolle, aufgestellten Gesichtspunkte sei ein Unternehmen, das wir zu unterstützen gedächten, falls es gelinge, die deutschen Interessen vorher durch einen Vertrag sicherzustellen, welcher uns dort volle Handels- und Verkehrsfreiheit gewähre.

Auf diese Weise sei also Se. Majestät der Kaiser bestrebt, dem deutschen Handel das weite Gebiet von Zentralafrika zu freier Entfaltung offenzuhalten.

Was die Form anbelangt, in welcher der Niederlassung von Angra Pequena der Schutz des Reiches zu Theil werden solle, so schwebe der Regierung vor, derselben einen kaiserlichen Schutzbrief zu ertheilen, ähnlich wie solche unter dem Namen „Royal Charter" englischerseits der Ostindischen Kompagnie und neuerdings der Nord-Borneo-Gesellschaft gewährt worden seien.

Es werde sich hieran vielleicht die Errichtung von Kohlenstationen und eine Ausdehnung des Konsularsystems knüpfen.

Dieses System könne eventuell auch auf andere Unternehmungen dieser Art an der afrikanischen Küste und in der Südsee angewendet werden.

Sein früheres Vertrauen, dass die deutschen Unternehmungen unter englischem Schutze sich ausreichend sicher fühlen würden, sei, wenn auch nicht der grossbritannischen Regierung gegenüber, so doch durch das Verhalten englischer Kolonialregierungen erschüttert worden. Er erinnere z. B. daran, dass es nöthig gewesen sei, Jahre lang gegen die Nichtachtung der vor der englischen Besitzergreifung auf den Fidschiinseln durch Deutsche gemachten Landerwerbungen zu remonstriren. Neuerdings hätten die australischen Kolonialregierungen nicht nur ungemessene Ansprüche auf unabhängige Gebiete in der Südsee erhoben, sondern zugleich auch das Prinzip proklamirt, dass alle vor einer eventuellen englischen Besitzergreifung gemachten Landerwerbungen in diesen Gebieten null und nichtig sein würden.

Frage man nach den Mitteln, welche das Reich besitze, um die deutschen

Nr. 8348. Deutschland. 23. Juni 1884.

Unternehmungen in fernen Gegenden wirksam zu schützen, so komme vor allem der Einfluss des Reiches und der Wunsch und das Interesse anderer Mächte, mit ihm in freundschaftlicher Beziehung zu stehen, in Betracht. Wenn man im Auslande den festen Willen der deutschen Nation erkenne, jeden Deutschen nach der Devise civis Romanus sum zu schützen, so werde es nicht schwer fallen, diesen Schutz ohne besondere Kraftanstrengung zu gewähren. Wenn freilich das Ausland sehen müsste, dass wir nicht einig wären, dann würden wir nichts erreichen können und besser thun, auf jede überseeische Entwickelung zu verzichten.

---

## Nr. 8349. DEUTSCHLAND. — Aus den Reden des Reichskanzlers in der Sitzung des Reichstages vom 26. Juni 1884 über die deutsche Kolonialpolitik bei Gelegenheit der Berathung des Handelsvertrages mit Korea.

Nr. 8349. Deutschland. 26. Juni 1884.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat sich darüber beklagt, dass der Zusammenhang, in den ich meiner Ueberzeugung nach die Dampfschifffahrtsvorlage mit den Kolonialbestrebungen im Allgemeinen bringen muss — ebensogut wie hier die Koreafrage und die Frage der Handelsvertragschliessung mit den ostasiatischen Staaten in denselben Zusammenhang gebracht worden sind —, dass dieser Zusammenhang von mir nicht früher geltend gemacht worden wäre. Ja, einerseits muss ich auch da auf Ihre Nachsicht rechnen; Sie überschätzen mitunter das Maass von Zeit und Kräften, über die ich verfüge. Ich habe neben meiner Thätigkeit im Reichstage doch auch eine gewisse Anzahl nicht minder wichtiger Geschäfte, die gerade bei der jetzigen europäischen Lage mich wesentlich in Anspruch nehmen. Ich kann deshalb unmöglich zugeben, dass es meine Pflicht gewesen wäre, jeden meiner Gedanken und Hintergedanken bei dieser Gelegenheit auszusprechen. Ausserdem aber habe ich schon neulich in der Kommissionssitzung in Gegenwart des Herrn Abgeordneten Rickert darauf aufmerksam gemacht, dass ich nicht berechtigt gewesen wäre, über diese Kolonialprojekte früher zu sprechen, als bis die Gefahr überwunden war, dass wir bei dem fait accompli, das wir machten, uns in einem Widerspruche mit befreundeten Mächten, wie England, befinden würden, dessen Lebhaftigkeit und Tragweite sich vorher gar nicht berechnen liess. ‖ (Hört! hört! rechts.) ‖ Deshalb habe ich mit grosser Sorgfalt und Vorsicht über diese Sache kein Wort geäussert, bis ich die volle Sicherheit hatte, dass die englische Regierung sich überzeugt hatte, dass weder ihr noch ihrer Kapkolonie irgend ein den deutschen Bestrebungen entgegenstehendes Recht zur Seite stände, und dass sie kein Interesse dabei hätte, unsere Bestrebungen zu hindern. Von dem Augenblicke an — ich glaube, nicht 24 Stunden, nachdem ich die telegraphischen Mittheilungen von diesem mir erwünschten Abschlusse erhalten hatte — habe ich nicht mehr geschwiegen. Sie können von einem auswärtigen Minister über-

haupt nicht verlangen — es wird das in keinem Lande der Welt verlangt —, dass er über alle schwebenden Verhandlungen mit Ihnen cartes sur table spielt und Ihnen die innersten Winkel seines Herzens, alle seine Pläne hier offen darlegt. Ich erlaubte mir, in der Kommission schon zu bemerken: wenn Sie überhaupt auswärtige Politik treiben wollen oder Politik, die Sie mit dem Auslande auch nur in Beziehung bringt, wie die Kolonialpolitik, so ist ein gewisses Maass von Vertrauen zu dem Leiter der auswärtigen Politik, zu den Vorschlägen, die er macht, ganz unentbehrlich, || (sehr richtig! rechts) || und Sie sagen, Sie hätten das zu mir; nur im Innern, nur in der inneren Politik sei ich der Gegenstand Ihres Misstrauens und Ihres Widerspruches. So oft ich aber in der äusseren Politik etwas Aussergewöhnliches unterstütze, wie diese Dampfervorlage, so habe ich immer noch gefunden, dass auch dort dieses Vertrauen mir nicht zur Seite steht, und wenn der Herr Abgeordnete Rickert von Schmeicheleien spricht, die mir aufgedrungen werden sollen, so lasse ich mir das gern gefallen; ich bin daran gewöhnt und dagegen abgestumpft; einen Ersatz aber für das Vertrauen, dessen ich bedarf, um ernste auswärtige Geschäfte des deutschen Reiches zu führen, kann ich in diesen äusserlichen Kundgebungen von Wohlwollen nicht sehen, die nur einen Angriff, der demnächst auf mich erfolgt, mit mehr Nachdruck versehen, indem sie den Schein erwecken, als wenn selbst die wohlwollenden Freunde des Ministers, der sonst ihr Vertrauen verdiene, durch seine Unternehmungen ausser Stand gesetzt werden, ihm zu folgen. Solche Versicherung kann ich als einen Ersatz für die solide Basis des Vertrauens nicht annehmen. Ausserdem ist von Kolonialbestrebungen in allen unseren Blättern über auswärtige Politik und über inländische in den letzten Monaten so viel die Rede gewesen, sehr viel mehr, als mir lieb gewesen ist. Es ist sehr schwer, das Geheimniss über die Pläne, die wir hatten, zu bewahren, und ich bin überzeugt, die Herren Abgeordneten Rickert und Bamberger haben bei der Feinfühligkeit, die sie in Bezug auf alle Erscheinungen in der Presse haben, bereits gewusst, um was es sich handelt, und den Zusammenhang zwischen überseeischer Kolonialpolitik und Dampfschiffssubvention erkannt. Ich glaube, dazu hätten Sie meine Führung nicht gebraucht, und mir scheint, Sie haben jetzt das Bedürfniss, von ihrer Einsicht eine geringere Meinung in den Blättern zu verbreiten, als wirklich der Fall ist. Sie stellen sich so, als wenn Sie das nicht längst klar gesehen hätten; ich will mich nicht schärfer ausdrücken, wie Sie sich stellen; || (Heiterkeit rechts) || aber Jeder wird vom Gegner am genauesten gewürdigt, und wenn ich mit Ihren Ansichten nicht einverstanden bin, so muss ich doch der Geschicklichkeit und der Einsicht, mit der Sie die Sache vom Parteistandpunkte aus verfolgen, die vollste Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine so weitgehende Gerechtigkeit, dass ich an Ihr Nichtwissen nicht glaube. Meine Pflicht zum Schweigen dehnte sich auch auf meine Beziehungen zu dem eigentlichen Pflegevater dieser Vorlage, dem Herrn Staatssekretär Stephan, aus. Ich habe auch diesem Herrn kein Wort von unseren Kolonialabsichten gesagt, weil ich, wo ich die Ver-

Nr. 8349. Deutschland. 26. Juni 1884.

Nr. 8349. Deutschland. 26. Juni 1884.

pflichtung habe, zu schweigen, diese Verpflichtung sehr ernsthaft nehme, auch den Leuten gegenüber, deren Verschwiegenheit mir vollkommen sicher ist.

Dass ich der Vorlage früher vor meiner Erklärung eine andere Bedeutung gegeben habe, als jetzt durch meine Versicherung, dass sie für mich unbedingt im Zusammenhange mit der Kolonialfrage steht, kann ich unmöglich zugeben. Ich glaube, Herr Rickert spielt da auf die Erklärung an, die ich in der Kommission zuerst abgegeben habe, nämlich dass es in keiner Weise meine Absicht sei, die bestehenden Linien und Interessen zu ignoriren, sondern dass ich schon vor Wochen, als ich einmal Gelegenheit hatte, mich über die Sache zu äussern, gesagt habe, ich wäre nicht für Regie, sondern für Subventionen. Ich habe hinzugefügt, dass ich als Regie jede durch gouvernementalen Einfluss neugeschaffene Linie ansehe. Wie ich dadurch, durch diese meine Erklärung, das Bestehende pflegen und ausbilden zu wollen und nicht durch Konkurrenz zu zerstören, der Sache eine andere Färbung gegeben haben soll, verstehe ich nicht.

Das Vertrauensvotum, welches die Vorlage für den Reichskanzler verlangt, ihm die Verfügung über vier Millionen vollständig zu überlassen, ist in so allgemeinen Ausdrücken gefasst, dass diese meine Version ebenso gut wie jede andere Platz greift, und wenn Sie von Hause aus die einseitige Erklärung der Sache gegeben haben, als müsse die Vorlage dahin führen, wenn sie angenommen würde, die bestehenden Linien durch die Konkurrenz zu ruiniren, so ist das Ihre Sache. Es ist wieder der Mangel an Vertrauen, über den ich vorher zu klagen hatte, dass Sie jederzeit das Gemeinschädlichste und Thörichtste den Intentionen zu Grunde legen, die der Reichskanzler haben könnte, wenn er einer Vollmacht bedarf. Ich habe nie eine andere Absicht gehabt, als mit den bestehenden Firmen zuerst zu verhandeln über die Aufbesserung ihrer Verhältnisse, über die Bedingungen, welche man ihnen zu stellen hätte, wenn sie sich diese Vorlage verdienen wollten. Ich glaube nicht, dass ich den Muth gehabt hätte, wenn ich es beabsichtigte, auf eigene Verantwortung zur Schöpfung einer vollständig selbständigen, gewissermaassen fiskalischen Konkurrenz vorzuschreiten, ohne von neuem die Zustimmung des Reichstages dafür zu gewinnen.

Wenn Sie den Text der Vorlage genau lesen, so können Sie meine Behauptung nicht bestreiten, dass die Vollmacht, die mir durch dieselbe ertheilt wird, so allgemein ist, dass sie weder diese, noch eine andere Version ausschliesst; sie geht so weit, dass ich mich nie unterstanden haben würde, sie in voller Ausdehnung zu benutzen, ohne durch Kontrole mich zu versichern, dass ich im Einverständniss mit denjenigen Körperschaften bliebe — nämlich mit dem Bundesrath und Reichstage —, die mir diese weitgehende Vollmacht anvertraut haben. Ich weiss, dass ich in dem, was ich thue, eine wohlwollende Kritik nicht zu erwarten habe, und dass in einer neuen Branche der Thätigkeit, für die ich verantwortlich bin, nur eine neue Unterlage für die Kritik und die Angriffe meiner Thätigkeit geschaffen wird.

Nr. 8349. Deutschland. 26. Juni 1884.

Wenn der Herr Abgeordnete Rickert den Wunsch ausgesprochen hat, dass ich in authentischer Form wiederholen möchte, was ich über die Kolonialprojekte und über meine Auslegung der Vorlage in der Kommission gesagt habe, so glaube ich in letzter Beziehung mich hier schon dementsprechend geäussert zu haben. Was die Kolonialfrage im engeren Sinne anlangt, so wiederhole ich die Genesis derselben, wie ich sie damals angegeben habe. Wir sind zuerst durch die Unternehmung hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlasst worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maasse versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, dass ich gegen Kolonien — ich will sagen, nach dem System, wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte —, gegen Kolonien, die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, — dass ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, dass man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, dass dieser falsche Weg eingeschlagen war, dass man gewissermaassen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten.

Etwas ganz Anderes ist die Frage, ob es zweckmässig, und zweitens, ob es die Pflicht des deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Unterthanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesammten deutschen Körpers naturgemäss herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmässigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird —, aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. || (Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mich dem nicht entziehen. Ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen asiatischen Unternehmern, über deren Muth — ich habe die Herren persönlich gesprochen —, über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe —, womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich ihnen sagen wollte: das ist alles sehr schön; aber das deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Uebelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde, wie Herr Dr. Bamberger sehr richtig schilderte, in unangenehme Berührung mit anderen kommen, es würde Nasenstüber || (hört! hört! rechts) || erhalten, für die es keine Ver-

Nr. 8349. Deutschland. 26. Juni 1884.

geltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug!? — alles das hat Herr Dr. Bamberger in der Kommission vorgetragen. Aber ich muss sagen, dass ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reiches doch eine gewisse Schüchternheit empfand, eine Abneigung, mich so auszusprechen, und selbst wenn ich an diese unsere Schwäche und Unfähigkeit geglaubt hätte, ich würde mich genirt haben, den Hilfesuchenden offen zu sagen: wir sind zu arm, wir sind zu schwach, || (Bravo! rechts) || wir sind zu furchtsam, für euren Anschluss an das Reich euch Hilfe vom Reiche zu gewähren. || (Bravo! rechts.) || Ich habe nicht den Muth gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen. Wohl aber habe ich mich sehr sorgfältig bemüht, ausfindig zu machen, ob wir nicht in unberechtigter Weise in wohlerworbene ältere Rechte anderer Nationen eingriffen, und die Bemühungen, mich darüber zu vergewissern, haben mehr als ein halbes Jahr Zeit erfordert. Sie werden mir wohl erlassen, das auseinanderzusetzen, weil es ohne Kritik nicht abginge. Ich habe mich dann entschlossen, an die englische Regierung die Frage zu stellen, ob sie auf Angra Pequena Rechtsansprüche geltend mache, und wie sie, im Falle, dass es so wäre glaube, diese begründen zu können. In Bezug auf andere Landstriche, wo ebenfalls deutsche Kaufleute sich in gleicher Weise zu etabliren beabsichtigen, konnte ich mich ohne Rückfrage bei anderen überzeugen, dass dort nur die eingeborenen Stämme bisher eine Souveränetät ausüben, und dass da Zweifel nicht vorliegen. Es wird sich bald Gelegenheit bieten, (hört! hört!) || auch hierüber, wenn Sie dann auch freilich nicht mehr versammelt sein werden, Eröffnungen zu machen; es wird sich diese Gelegenheit jedenfalls in der nächsten Session finden, und die Zeitungen werden vorher schon Nachricht davon bringen. Aber in Bezug auf Angra Pequena war es nicht ganz zweifellos; es waren englische Bergwerksunternehmungen da, die gleichfalls von den dortigen Männern Konzessionen erworben hatten, es waren englische Kaufleute dort ansässig, es war dicht dabei eine zweifellos von Engländern früher einmal in Besitz genommene Insel ähnlichen Namens; kurz und gut, es waren dort so viele Zweifel vorhanden, dass ich einer so eng und traditionell befreundeten Regierung und Nation gegenüber, wie es die englische ist, auf keinen Fall leichtfertig vorgehen wollte, um nicht Anlass zu einem Konflikt zu geben, aus dem wir uns entweder in Erkenntniss unseres Unrechts hätten zurückziehen müssen oder ihn durchfechten auf Kosten einer Freundschaft, auf die wir Werth legen.

Es ist nun die Ermittelung einigermaassen dadurch verwickelt worden, dass die englische Regierung glaubte, nicht ohne Verständigung mit der Kap-Regierung, wohin die Verbindung noch nicht so schnell ist, wie zwischen hier und London, in der Sache vorgehen zu können. Es hat sich hingezogen, und erst die lebhafteren Verhandlungen in den letzten Wochen haben mich erkennen lassen, dass ein günstiges Resultat erreicht werden würde, und in der That ist dieses günstige Resultat im Laufe der vorigen Woche durch eine

unumwundene Erklärung der englischen Regierung herbeigeführt worden, die dahin lautet, dass die englische Regierung lediglich wünschte, durch einen Notenaustausch die Rechte ihrer Konzessionäre und Unterthanen, die in jenen Bezirken bereits wohnen, sicherzustellen, kurz die Achtung wohlerworbener Rechte von uns zu verlangen — ein selbstverständliches Verlangen, dem wir durch Beantwortung der hierüber zu erwartenden englischen Note entsprechen werden.

Es ist das jederzeit unsere Absicht gewesen, wie wir überhaupt in keine exklusive Kolonialpolitik einzutreten gedenken, wie leider andere, weniger mächtige Staaten, als England, sie ausüben und dadurch das Aufblühen und den Handel ihrer Kolonien unterdrücken. Das liegt nicht in unserer Absicht, sondern ich glaube, soweit wir überhaupt eine Kolonialpolitik treiben, wird sie selbst die Zufriedenheit der veränderlichen Parteien in unserem Lande sich zu erwerben vermögen. Indessen das gehört der Zukunft an, das wollen wir abwarten.

Es ist sodann von dem Herrn Abgeordneten Richter darauf hingewiesen, dass unsere Kolonialunternehmungen ganz ausserordentlich kostspielig sein und unseren nothleidenden Reichsschatz in eine noch schlimmere Lage bringen würden als jetzt. Es ist das allerdings richtig, wenn wir, wie das früher bei ähnlichen Versuchen geschehen ist, damit anfangen wollten, eine Anzahl von oberen und unteren Beamten dort hinzuschicken und zunächst eine Garnison dort hinzulegen, Kasernen, Häfen und Forts zu bauen. Das ist aber nicht entfernt unsere Absicht, wenigstens die meinige nicht. Meine von Seiner Majestät dem Kaiser gebilligte Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwickelung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen der Thätigkeit und dem Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Form der Annektirung von überseeischen Provinzen an das deutsche Reich vorzugehen als in der Form von Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal charters, im Anschluss an die ruhmreiche Laufbahn, welche die englische Kaufmannschaft bei Gründung der ostindischen Kompagnie zurückgelegt hat, und || (hört! hört! rechts) || den Interessenten der Kolonie zugleich das Regieren derselben im wesentlichen zu überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Jurisdiktion für Europäer und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnison dort leisten können.

Ich denke mir also, dass man dann entweder unter dem Namen eines Konsuls oder eines Residenten bei einer derartigen Kolonie einen Vertreter der Autorität des Reiches haben wird, der Klagen entgegenzunehmen hätte, und dass irgend eines unserer See- und Handelsgerichte — sei es in Bremen oder Hamburg oder wo sonst — die Streitigkeiten entscheiden wird, die im Gefolge der kaufmännischen Unternehmungen entstehen könnten.

Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwickelung, auch solche, die sich

Nr. 8349. Deutschland. 26. Juni 1884.

eine Souveränetät, eine schliesslich dem deutschen Reiche lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Souveränetät erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwickelung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen Bedrückung und Schädigung von Seiten anderer europäischer Mächte. Im übrigen hoffen wir, dass der Baum durch die Thätigkeit der Gärtner, die ihn pflanzen, auch im Ganzen gedeihen wird, und wenn er es nicht thut, so ist die Pflanze eine verfehlte, und es trifft der Schade weniger das Reich — denn die Kosten sind nicht bedeutend, die wir verlangen —, als die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben. Das ist der Unterschied: bei dem System, welches ich das französische nannte, will die Staatsregierung jedesmal beurtheilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt; bei diesem System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl, und wenn wir sehen, dass der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reiches anruft, so stehen wir ihm bei, und ich sehe auch nicht ein, wie wir ihm das rechtmässig versagen können.

Ich bedauere, dass mein Gesundheitszustand im Augenblick mir nicht gestattet, meinen Auslassungen die Ausdehnung zu geben, die der Wichtigkeit der Sache und meinen eigenen Wünschen entspricht; denn ich befinde mich leider in den letzten Tagen nicht so, wie ich es im Interesse der Geschäfte wünschen möchte, und deswegen bitte ich, meine Mittheilungen, soweit ich sie gegeben habe, mit Nachsicht aufzunehmen.

Ich kann meinen Wunsch nicht wiederholen, dass jetzt noch Dinge beschlossen werden möchten; es würde auch zu nichts führen. Den Beschluss, jetzt nicht zu beschliessen, welchen die Vertreter Ihrer Fraktionen ausdrücklich kundgegeben haben, konnte ich schon aus der dilatorischen *) Art der Kommissionsverhandlungen entnehmen. Wenn man dort gleich einen Aufschub von 8 Tagen zuerst in Aussicht nahm und dann wieder einen von 8 Tagen beantragte und dann, anstatt am Dienstag die Berathung fortzusetzen, sie auf den Freitag verschob — nun, meine Herren, ich bin Diplomat genug, um diese Sprache zu verstehen. || (Heiterkeit.)

Es heisst also: Sie wollen in dieser Session die Vorlage nicht weiter berathen, und ich muss mir daher vorbehalten, wenn ich es erlebe und im Amte bin, sie in der nächsten Session wieder vorzubringen. Ich nehme also nicht für immer von dieser Vorlage Abschied, sondern ich sage: auf Wiedersehen. (Bravo! rechts.)

— — — — — — — —

So z. B. hat der Abgeordnete Richter die Geschicklichkeit gehabt, auf Grund meiner Aeusserung, dass ich hoffte, wir würden Garnisonen nicht brauchen, und dass ich mich dem Princip der Garnisonen widersetze, nun vor den Augen der erschreckten Wähler den deutschen Landwehrmann in dem

*) Im stenographischen Bericht steht „literarischen". A. d. Red.

Gebiet der Namaquastämme hinter den Negern herlaufend darzustellen, || (Heiterkeit. || als ob ich das gewollt hätte. Ich dächte, hier wäre ich wenigstens ganz sicher; aber latet anguis sub herba! Ich war sehr erstaunt, als der Herr Abgeordnete anfing, im gewöhnlichen Tone anerkennend zu erwähnen, dass ich also Garnisonen nicht brauchte. Damit war er sehr zufrieden; nun aber folgte im gehobenen Tone eine sehr scharfe Missbilligung der Möglichkeit, dass der deutsche Landwehrmann womöglich im Alter von 39 Jahren seiner Frau und seinen Kindern entrissen werden könnte, um in West- oder Ostafrika, in einer „Sandbüchse" — so, dünkt mich, nannte er Angra Pequena —, dazu verwendet zu werden, fliehende Namaquas zu greifen. Und muss nicht jeder, der nur den Herrn Abgeordneten gehört hat, oder der nachher den geschickt zugestutzten Bericht liest, glauben, der Reichkanzler wolle dem deutschen Landwehrmann dergleichen zumuthen? Und das knüpft Herr Richter an meine Bemerkung an, in der ich genau das Gegentheil gesagt und mich gegen eine solche Auffassung verwahrt habe. || (Sehr richtig! rechts) — — —

Ich muss dann noch leider auf einige Worte kommen, die mir trotz aller gegentheiligen Versicherungen der Herren beweisen, wie gering das Vertrauen ist, das Sie auf die Reichsregierung und persönlich auf meinen guten Willen und meine Einsicht setzen. Also der Herr Abgeordnete Bamberger hat gesagt, er wolle nicht, dass die Ehre des Reiches nach der Inspiration eines jeden abenteuerlustigen Deutschen engagirt werde; er nimmt also an, dass das deutsche Reich im allgemeinen in der Lage ist, dass der Beamte, der an seiner Spitze steht, die Ehre desselben engagiren würde — denn ohne denselben kann sie nicht engagirt werden — für einen jeden Abenteurer, der sich in fremden Meeren umhertreibt. Das ist doch wirklich eine Geringschätzung meiner Urtheilsfähigkeit und Sachkunde, wie ich sie in ähnlicher Weise selbst von Herrn Bamberger bisher kaum gehört habe. Als ob es hinreichend wäre, dass ein abenteuernder Lump an mich schreibt, damit ich sofort mit der ganzen Schwerfälligkeit der deutschen Race für den Mann mich engagiren würde! Wenn Sie jemals einen solchen Narren von Reichskanzler haben, auf den diese Voraussetzungen des Herrn Bamberger passen, dann streichen Sie ihn und jagen ihn weg: das ist das Beste, was Sie thun könnten.

— — — — — — — —

Dann, die vorliegende Sache betreffend, muss ich noch eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter releviren. Er sagte, er habe nicht den deutschen Landwehrmann gegenüber dem afrikanischen Namaqua vorher im Sinne gehabt, obschon ich das nach dem Zusammenhange seiner Rede glauben musste; denn er knüpfte es an Garnisonen in Kolonieen; ich halte also seine Berichtigung auf die Gegend von Metz hin für etwas, was ihm später eingefallen ist und das er dann hat sagen wollen; aber ursprünglich knüpfte er es an Garnisonen in Kolonieen, indem er meine Ablehnung solcher utilisirte, um etwa zu sagen, das wäre ja noch besser, wenn wir dazu kommen sollten, dass in solchen Gegenden —; aber wenn er soweit geht, dass der deutsche Land-

Nr. 8349. Deutschland. 26. Juni 1884.

wehrmann auch dazu nicht berufen sein soll — um in der Sprache des Herrn Bamberger zu bleiben —, Nasenstüber, die wir irgendwo empfangen, unmittelbar an unserer Grenze zu vertreten und abzuwehren, ja dann weiss ich nicht: wozu haben wir Landwehr und Armee? Dann können wir sie einfach abschaffen, ‖ (sehr wahr! rechts) ‖ wenn wir so ängstlich damit sein wollen, dass wir jedem Konflikt, in fernen Meeren sowohl als in der Nähe, unbedingt aus dem Wege gehen müssen. Wenn auf dem Kontinent hier unsere Truppen sich schlagen müssen, so ist die Unannehmlichkeit, die daraus hervorgeht, nicht minder gross — denn jeder Krieg, auch der siegreiche, ist immer ein grosses Unglück für das Land, das ihn führt; für das Land ist die Ursache ziemlich gleichgültig, aus der er entsteht —, so ist die Unannehmlichkeit für den Landwehrmann, bei Metz erschossen zu werden, gerade so gross, als bei Angra Pequena erschossen zu werden, und wie ich glaube, wird das irrthümlich ergriffene Argument des Herrn Abgeordneten Richter dadurch nicht sanirt, dass er das Lokal jetzt nach Metz übertragen will. Ich muss dabei bemerken, dass dieses Akzentuiren gerade des geographischen Punktes von Metz für mich in der Kommission eine Nothwendigkeit war.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger sagte, wir können uns gegen „Nasenstüber" nicht decken, so muss ich die Frage lokalisiren, wie wir uns decken können, sowohl England als Frankreich gegenüber. Wenn aber nun von dem Herrn Abgeordneten Richter das Lokal von Metz gerade wieder aufgegriffen wird, so bin ich überzeugt, dass das wieder ein Ausdruck ist seiner immer mehr sich annähernden Uebereinstimmung mit der Politik des Reichskanzlers und seines Wohlwollens für mich; aber einen Dienst hat er mir diplomatisch damit nicht erwiesen, indem er gerade diesen Satz unterstreicht und reproducirt. Indessen es schadet das auch nichts; unser Verhältniss zu Frankreich und besonders meine persönlichen Beziehungen zur französischen Regierung sind so gut, dass der Herr Abgeordnete Richter nicht in der Lage ist, ihnen zu schaden. (Unruhe links.) ‖ Ich erinnere an die Zeiten bald nach dem Frankfurter Frieden, wo hier nicht bloss von den rein oppositionellen Fraktionen, sondern von allen angenommen wurde, in kurzer Zeit würden wir wieder Krieg haben. Im Jahre 1875 wurde mir hier einmal — damals ging es vom Zentrum aus — gesagt, die Entscheidung über Krieg und Frieden liege bei Russland, und wir seien davon abhängig; kurz, unsere ganze Situation machte hier nach dem Frieden von 1870 den Eindruck, als ob sie eine prekäre wäre, als ob wir, wie Friedrich der Grosse nach dem ersten schlesischen Kriege einen zweiten führen musste, sofort nach dem ersten französischen Kriege einen zweiten führen müssten. Es hat ja nicht an Elementen gefehlt, welche diese Möglichkeit herbeizuführen gesucht haben, in Frankreich natürlicher Weise, wo die von uns im Vertheidigungskampfe geschlagene Wunde noch nicht vernarbt war; aber auch bei anderen Nationen hat es nicht gefehlt an der Neigung, die Eventualität des Krieges näher zu rücken und wahrscheinlicher zu machen, und dennoch, meine Herren, müssen Sie mir das Zeugniss geben, dass